THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

053
SU
v. 22[2]

Süddeutsche Monatshefte

Unter Mitwirkung von

Josef Hofmiller, Karl Alexander von Müller,
Hans Pfitzner, Hans Thoma

herausgegeben von

Paul Nikolaus Cossmann

Zweiundzwanzigster Jahrgang
Oktober 1924 bis September 1925

Süddeutsche Monatshefte G.m.b.H., München
Alle Rechte vorbehalten

ERSTER BAND
Oktober 1924 bis März 1925

Seite

Oktober 1924

Der Weg Iswolskis zum Weltkrieg. Von FRIEDR. STIEVE

Nationale Würde, Vorwort der Schriftleitung 1
Der Weg Iswolskis zum Weltkrieg:
I. Das Jahr 1911 2
II. Iswolski und Poincaré . 10
III. Der erste Balkankrieg . . 18
IV. Die Fortdauer der Balkanwirren 26
V. Dem Weltkrieg entgegen . 33
Anhang: Aus dem diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914 41

ADOLF DIRR, Tagung deutscher Orientalisten in München, 1.—4. Oktober 1924 48
AUGUST GALLINGER, Das Gedächtnis 49
Die Besteigung des Mount Everest . 49
Moderne Literaturwissenschaft . . . 50
Ein Vorkriegsdokument zur Kriegsschuld der Entente 50
Zwei Schriften in englischer Sprache zur Schuldfrage 50
Zur Frage der Offiziersverluste . . 51
Berichtigung des Grafen Montgelas 51
Zuschrift des Generals Suchomlinow . 51
Aus Zeitschriften 52
Eine Auferstehung 53
Jubiläum des Inselverlags 54
ARTHUR HÜBSCHER, Bücher vom Kriege 54
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 55

Zapfenstreich in England 59
Französische Zerstörungen am Straßburger Münster 60
Zu unseren Boschstudien 61
TIM KLEIN, Anekdoten 62
Aus unserem Tagebuch 63

Seite

November 1924

Wir deutschen Frauen

Hans Thoma† 1
Vorbemerkung der Schriftleitung . . 4
ALICE VON BISSING, Der nationale Wille deutscher Mütter 4
BEDA PRILIPP, Vom nationalen Willen der deutschen Frau unserer Tage 6
EMMY VOIGTLÄNDER, Die deutsche Frau und die Schuldfrage . . . 10
CLARA MLEINEK, Die Frau in den christlich-nationalen Gewerkschaften 16
MATHILDE VON KEMNITZ, Das deutsche Weib der Vorzeit . . . 20
GERTRUD BÄUMER, Die deutsche Frau im Weltkriege 24
PIA SOPHIE ROGGE, Die Revolution und der politisch-soziale Wille der nationalen Frau 27
MATHILDE VON KEMNITZ, Die deutsche Frau im Staate 30
GERTRAUD WOLF, Die deutsche Frau und die Politik 33
LEONORE KÜHN, Frauenzeitschriften 39
LOTTE WILLICH, Von charitativer und sozialer Arbeit in deutschen Frauenvereinen 43

HANS WINTERSTEIN, Fünfzig Jahre zoologische Station in Neapel . . 48
Völkerbund 53
KARL D'ESTER, Der Boschkult Frankreichs 54
Erstunterricht im Haß 55
Der Stand der Kriegsschuldfrage . . 55
Ein Wörterbuch der Diplomatie . . 56
In eigener Sache 56
Berichtigung 56
ARTHUR HÜBSCHER, Bücher von Frauen. 57
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 57
59

053
SU
V, 22²

Seite

Vorankündigungen 60
Aus Zeitschriften 60

Bismarck über die deutschen Frauen . 61
Die Mutter eines „Junkers" 61
Französische Diplomaten als Mitschuldige am Morde des Grafen Mirbach? 62
Symbolische Tatsachen 63
Aus unserem Tagebuch 63

Dezember 1924

Der Glaube an das Proletariat

AUGUST WINNIG, Der Glaube an das Proletariat 1
JOSEPH KURTH, Gewerkschaften und Sozialdemokratie 22
EMIL KLOTH, Ursprung, Aufstieg und Niedergang der Sozialdemokratie 33
OTTO PERTZ, Um Nation und Arbeiterschaft 39

ERNST DRAHN, Das Reichsarchiv und seine Ausstellung 44
BENNO LASKOW, Wie entstehen technische Fortschritte? 46
Eduard Meyer über die Vereinigten Staaten 48
FRITZ HASINGER, Räterußland nach Lenins Tod 50
Die deutsche Sozialdemokratie und der Staat 52
Kleinere politische Schriften . . . 53
Steins Geschichtswerke 53
August Winnig 53
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 54
Hinweise 60

Die Wahrheit setzt sich durch . . . 61
Eine Erinnerung aus französischer Kriegsgefangenschaft 61
Deutsche Kunst im Auslande . . . 62
ADOLF DIRR, Icaros zweiter Flug . 63
Aus unserem Tagebuch 64

Januar 1925

Leidensjahre der Pfalz. Von ERWEIN FREIHERR VON ARETIN

Kurzes Gedächtnis, Vorwort der Schriftleitung 1
Leidensjahre der Pfalz 2
Die Verwaltung der Pfalz durch General Gérard vom Waffenstillstand November 1918 bis zu seiner Verabschiedung am 20. Okt. 1919 6

Seite

Von der Verabschiedung des General Gérard bis zum Inkrafttreten des Versailler „Vertrags" und des Rheinlandabkommens (20. Okt. 1919 bis 10. Jan. 1920) 17
Vom Inkrafttreten des Rheinlandabkommens bis zum Ruhreinbruch (10. Jan. 1920 bis 11. Jan. 1923) 19
Passiver Widerstand und Separatistenterror (11. Jan. 1923 bis 31. März 1924) 33
Die neuesten Ereignisse bis zur Abberufung des Generals de Metz (31. März 1924 bis 15. Nov. 1924) 51

ULRICH VON WILAMOWITZ-MOELLENDORFF, Eduard Meyer . . 55
GEORG KARO, E. D. Morel zum Gedächtnis 58
Neues zur Kriegsschuldfrage . . . 60
Die Friedrichsruher Ausgabe des Bismarck-Werkes 61
Werke Friedrichs des Großen . . . 61
Eine neue Monatsschrift 61
JOSEF HOFMILLER, Langens Bücher der Bildung 61
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 64

Ein standardisiertes Volk 65
Vom Chauvinismus französischer Geistlichkeit 67
Eine heitere Wahlgeschichte . . . 67
Kautsky 68
Straßenkehrergespräch 68
Aus unserem Tagebuch 68

Februar 1925

Uberseedeutsche

LENE WENCK, Auslanddeutsche im Weltkrieg 1
HERMANN LUFFT, Deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten 14
WAHRHOLD DRASCHER, Deutsches Leben in Südamerika 27
ALFREDO HARTWIG, Die kulturelle Bedeutung der deutschen Vereine im Ausland 36
WALTER WEBER, Vom deutschen Schulwesen im Ausland 42
CARLO V. KÜGELGEN, Aus dem Wirtschafts- und Kulturleben der deutschen Kolonisten Kaukasiens und Südrußlands 50
WILHELM WITTIG, Der deutsche Kaufmann im Ausland 54

624295

Seite

PAUL FICKELER, Das Werk und die Bedeutung Sven Hedins 56
Eine Fälschung 56
Karl Ludwig Sand 62
ARTHUR HÜBSCHER, Bücher von Auslanddeutschen 63
100 Jahre Deutschtum in Rio Grande do Sul 64
WAHRHOLD DRASCHER, Die deutschen Banken im Ausland . . . 65
Berichtigung 66
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 66

ADOLF DRESLER, Futurismus und Kriegsschuldfrage 69
ERICH BROCK, Französische Kulturzustände 70
HILMAR V. D. BUSSCHE, Der Wettlauf um den argentinischen Markt 71
Aus Buenos Aires 72
Aus unserem Tagebuch 72

März 1925

Aus belgischen Dokumenten. Von BERNHARD SCHWERTFEGER

Schon wieder Akten. Vorwort der Schriftleitung 1
Die belgischen Dokumente
Vorbemerkung 2
Revanche-Idee und Panslavismus . 4

Seite

Die Zirkulare des belgischen Außenministeriums 1897—1914 . . . 13
Schlußwort 30

OSWALD BUMKE, Kultur und Entartung 32
WLADIMIR ALEXANDROWITSCH SUCHOMLINOW, Rußland und der Bolschewismus 43
HUBERT CONRAD WALTER, Macdonalds Außenpolitik und die englischen Wahlen 46
ALBERT VÖGLER, Zur deutschen Wirtschaftslage 49
Brief eines französischen Pfarrers an Philipp von Bismarck aus dem Jahre 1871 53
Literatur über die Kriegsschuldfrage . 55
Aus anderen Zeitschriften 55
ADOLF DIRR, Russische Literatur . 56
Stern und Unstern 57
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 57

Der Bosch als Nadelkissen (mit Bild) . 59
Thackeray über den Lügenkrieg . . 59
Brief eines ehemaligen Fremdenlegionärs 60
Ende eines Armeeskandals 61
FRITZ LOSCH, „Tapfer wie Löwe, aber — dumm wie Schaf!“ . . . 61
ROSA KEMPF, Die nationale Frau und die Politik 62
TIM KLEIN, Anekdoten 64
Aus unserem Tagebuch 64

ZWEITER BAND
April 1925 bis September 1925

Seite

April 1925

Die Tschechen

Ein Schuldmärchen. Vorwort der Schriftleitung 1
ANTON KLEMENT, Der tschechische Imperialismus 3
OTTO GRAF ZU STOLBERG-WERNIGERODE, Die Tschechen auf der Friedenskonferenz 8
EUGEN GRAF LEDEBUR-WICHELN, Außenpolitik 16
Militärpolitik 20

Seite

HANS HARTL, Innenpolitik . . . 26
EMANUEL SCHWAB, Über Herkunft und Siedelung der Bevölkerung . . 33
ERNST SCHWARZ, Deutsche und Tschechen im Mittelalter 40
WILHELM WEIZSÄCKER, Deutsche und Tschechen in der Neuzeit . . 56
FRANZ JESSER, Natürliche und künstliche Ausdehnungspolitik . . 52
ALBIN OBERSCHALL, Die Nationalitätenverhältnisse in der Tschechoslowakei 56

Seite

KARL NOWAK, Das Tschechische Schrifttum 59
FERDINAND MATRAS, Die Tschechen in Wien 62

GEORG JOOS, Neuere Untersuchungen über Wesen und Ursprung des Lichts 65
THEOBALD V. SCHÄFER, Politik und Kriegsplan 69
ADOLF DRESLER, Der „Times"-Herausgeber und die Tschechen . 72
ARTHUR HÜBSCHER, Der tschechische Verrat an Rußland . . . 73
Zum Aufsatz „Eine Fälschung" im Februarheft 1925 „Überseedeutsche" 75
Colin Roß 75
Bücher über die Tschechoslovakei . . 75
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 77
Ein deutsches Heldengrab (Bild) . . 78
FRIEDRICH HEISS, Prag 78
ALFONS FONCK, Wieder einmal Miss Cavell 80

Mai 1925

Die Kriegsziele der Entente. Von FRIEDRICH STIEVE

Die Menschheitsbeglücker. Vorwort der Schriftleitung 1
Die Kriegsziele der Entente . . . 2
Dokumente 8
Schlußwort von Wilson 33

MEINHARD PFAUNDLER, Aphorismen über Kinderpflege und -Erziehung 34
OSKAR V. WERTHEIMER, Bismarcks Bündnispolitik 42
AUGUST HEINZ HOFER, Vom Deutschtum in Spanien 47
Eine kulturhistorische Kriegssammlung 49
Die Friedrichsruher Ausgabe der Bismarckwerke 49
Aus Zeitschriften 49
ERNST DRAHN, Neues von der Literatur des Sozialismus 51
Dostojewskij geschildert von seiner Gattin 53
Der andere große Russe 53
Französische Frauen 53
JOSEF HOFMILLER, Neue Kunstliteratur 54
Friderizianische Neuerscheinungen . . 56

Seite

Kohlennachlese im Lande des Anthrazits 57
ARTHUR HÜBSCHER, Die Entdekkung Ossendowskis 60
THEODOR SEIBERT, Der Tarzanskandal 61
JOSEF HOFMILLER, Nach einer Lektüre 62
Die Erlösten 63
Lichtenberg über die Intellektuellen . 64
TIM KLEIN, Anekdoten 64
Aus unserm Tagebuch 64

Juni 1925

Der Völkerbund

Vorbemerkung 1
ARTHUR HÜBSCHER, Die Vorläufer des Versailler Völkerbunds . . . 1
ERNST SAUERBECK, Deutschland und der Völkerbund 7
HANS METTLER, Die Schweiz im Völkerbunde 15
JAN DE LOUTER, Holland und der Völkerbund 18
PIETER MOLENBROEK, Das Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerbundes 24
Ein Holländer über die Ruhrbesetzung 42
C. DELISLE BURNS, Die britische Auffassung des Völkerbundes . . 43
FRIEDRICH SIEBER, Der englische und der französische Standpunkt . 46
MAX BLÜMNER, Die französischen Rüstungen 53
GIUSEPPE CANIGLIA, Italien und der Völkerbund 61
ANTONIO AZPEITUA, Spanien und die Feinde des Völkerbundes . . . 63
Deutsche Gesichtspunkte 65

WALDEMAR OEHLKE, Die deutsche Wissenschaft in China 76
JEEVANLAL GAUBA, Jung-Indien 80
Der neue Kürschner 81
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 82
Aus Zeitschriften 84

GEORG KARO, Friede auf Erden . . 85
Besetzte Gebiete 88
Aus unserem Tagebuch 88

Juli 1925

Der Zusammenbruch der deutschen Kampffront. Von EUGEN NETER 1

Seite

FRANZ FUCHS, Hertz'sche Wellen und Röntgenstrahlen 48
General Henry T. Allen und sein Rheinlandtagebuch 55
HILMAR V. D. BUSSCHE, Deutsche Auswanderung nach Argentinien. Ein Brief an den Herausgeber . . 58
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 61

TIM KLEIN, Selbstbestimmungsrecht 65
Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten 65
Aus unserem Tagebuch 66

August 1925

Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich. Von JAKOB REINHARDT 1

FERDINAND SAUERBRUCH, Die moderne Chirurgie im Rahmen der Kulturentwicklung 30
KURT V. RAUMER, Leopold Ranke und die Gegenwart 33
Der deutsche Untergang 34
THEODOR SEITZ, Frankreich als Kolonialmacht 35
WALDEMAR VOLLERTHUN, Politische Dokumente des Großadmirals von Tirpitz 38
ADOLF DRESLER, Lord Northcliffes Generalstabschef 41
WILHELM V. SCHRAMM, Der Dichter des Bürgertums 45
ARTHUR HÜBSCHER, „Der Zauberberg" und „Das letzte Kapitel" . . 49
ERNST DRAHN, Sozialistische Literatur 51
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 55

Der bayerische Ministerpräsident über den Völkerbund 57
HANS FRHR. V. WOLZOGEN, Elsaß 57
FRITZ LOSCH, Die Frau als Wählerin 58
Das apokalyptische Rußland . . . 58

Seite

Karikaturen der Magdeburgischen Zeitung 58
ADOLF DIRR, Die traurige Prinzessin 59
Aus unserem Tagebuch 60

September 1925

Bauer in Not

GEORG HEIM, Die Lage der Landwirtschaft 1
TILO FRH. VON WILMOWSKI, Wirtschaftliche und politische Aufgaben des Großgrundbesitzes 2
WILHELM EICHHORN, Die Kreditnot der Landwirtschaft 8
MAXIMILIAN WITTWER, Die steuerliche Überlastung der Landwirtschaft 11
MICHAEL HORLACHER, Die handelspolitische Lage Deutschlands und die deutsche Landwirtschaft . . 19
WILHELM RIETH, Der Niedergang der Bauernschaft 27

OTTO LANZ, Der Kriegsgewinn der Chirurgie 35
FRIEDRICH ZAHN, Zur Wiedergeburt Jean Pauls 45
ALFRED FRH. VON MENSI-KLARBACH, Zur Kritik der Religionen 50
ERNST DRAHN, Flicken auf „das Loch in der Arbeiterbewegung" . 54
HEINRICH HEIDE, Die Wiederherstellung der Eisenbahnen auf dem östlichen Kriegsschauplatz . . . 56
ADOLF DIRR, Reisen und Völkerkunde 57
Meyers Lexikon in neuer Bearbeitung 57
JOSEF HOFMILLER, Neuerscheinungen 57

Hindenburg in Paris 61
Heinrich II. von Frankreich als Vorläufer von Wilson 61
ERICH BROCK, Eine entdeckte alldeutsche Verschwörung 61
Knut Hamsun über die Engländer . 62
Amerikanische Kadettenanstalten . 63
AUGUST GALLINGER, Aufklärungsunterricht 63
Aus unserem Tagebuch 63

053
Su
v.22 nov. 7-12
Stacke

Ein Schuldmärchen

In welcher Weise die Schuldfrage aufgemacht werden muß, um im Auslande gelesen zu werden, ersieht man aus einem tschechischen Schulbuch für Musteraufsätze: „Ceské úkololy na školách střadnich a ustavech učitelských" (herausgegeben von Wenzel Suk, Realschulprofessor, und Dr. Frantisek Simek, Gymnasialprofessor, verlegt bei Jan Svatek in Budweis). Das Märchen, gedichtet von F. Placek, hat folgenden Wortlaut:

„Ein Märchen wie es die Großmutter ihren Enkeln schon in 100 Jahren erzählen wird.

Es war einmal ein großes Reich, in dem ein hundertköpfiger Drache herrschte. Dieser Drache hatte einen besonderen Namen. Man nannte ihn Germania. Er fraß nicht nur einzelne Leute auf, sondern er griff und würgte ganze Völker, die in der Nachbarschaft seines Reiches lebten. So unterjochte er schon viele und machte sie zu seinen Dienern.

Es gelüstete ihn auch nach einem kleinen Ländchen, in welchem gute friedfertige Leute wohnten, die dem Drachen noch niemals einen Schaden zugefügt hatten. In diesem kleinen, aber schönen Ländchen lebte ein armer herrschaftlicher Kutscher mit seinem Weibe. Sie wohnten in einer kleinen, mit Stroh gedeckten Hütte und erzogen einen kleinen Sohn, welchen sie Tomas nannten. Der kleine Tomas wuchs heran, und als er 13 Jahre alt war, schickten sie ihn zur Prüfung in die Welt. Er ging nun auf die Wanderschaft. Er kam in eine große Stadt, die man Vindobona (Wien) hieß und wollte dort ein Handwerk erlernen. Aber diese Stadt lag schon im Nachbarreiche, wo der häßliche Drache Germania herrschte. Dem kleinen Tomas gefiel es nicht unter den Dienern dieses Staates, die eine fremde unbekannte Sprache redeten und jeden fremden Staatsangehörigen quälten und plagten. Daher schnürte er sein Ränzchen, warf es auf den Rücken und wanderte heimwärts, über Berg und Tal, bis er wieder in sein Dörfchen zu Mutter und Vater kam. Als er angekommen war, sagte er: „Mutter, ich war in der Welt und es gefiel mir dort nicht, denn dort herrscht der hundertköpfige Drache Germania und quält alle braven Leute. Wenn ich groß bin, töte ich ihn!" Vater und Mutter lächelten traurig.

Sie gaben ihn zu einem Schmied in die Lehre und Tomas schlug vom Morgen bis zum Abend mit dem Hammer auf den Amboß, daß die Funkenregen weit umhersprühten. Als er immer stärker wurde, konnte er vor Freude kaum die Zeit erwarten, da er so viel Kräfte gesammelt hatte, um den abscheulichen Drachen besiegen zu können.

Als einmal Tomas nach dem Dorfplatz Wasser holen ging, traf ihn ein Greis und fragte ihn: „Was treibst du, kleiner Tomas?" Da erzählte ihm Tomas, worauf er sich vorbereite. Der Greis schüttelte mit dem Kopfe und sagte: „Lieber Junge, diesen Drachen Germania wirst du niemals mit dem Hammer überwinden, denn dieser Drache hat hundert Köpfe, und wenn du einen abschlägst, wachsen zehn neue nach. Suche erst zu lernen, wie du den Drachen schwächen kannst. Die Kraft, die du dazu brauchst, wirst du in den Herzen der Menschen finden. Und dann gehe fort über drei Flüsse und drei Berge und suche mächtige Herrscher, die im Herzen jene Kraft haben, die dir den Drachen überwinden hilft."

Der kleine Tomas kam nach Hause und sagte: „Liebes Väterchen und Mütterchen, seid so gut und laßt mich Weisheit und Wissenschaften studieren." Der Vater stimmte zu und gab ihm seinen Segen. Die Mutter buk ihm Buchteln und schnürte ihm seine Kleider in ein Bündel. Tomas ging in die Welt und kam wieder in die Stadt Vindobona, wo er in die Hochschule eintrat und nichts anderes tat als studieren. Viele Bücher durchforschte er eifrig, hatte aber dabei das hundertstemal nichts zu essen. Daher gab er anderen Knaben Unterricht, und sie gaben ihm, was er benötigte. Da er aber die Schüler bei Tage unterrichtete, mußte er selbst bis

lange in die Nacht hinein studieren. Und bei der rauchenden Lampe in dem kleinen Stübchen lernte er viel und viel. — Er konnte sieben Sprachen, die in fremden Ländern gesprochen wurden. Dorthin ging er und erfuhr dort auch, daß der Drache Germania Köpfe hatte, die verschiedene Namen trugen, wie Lüge, Haß, Gewalt, Rohheit, Knechtschaft, Unehrlichkeit usw. Weiter erkannte er dort, daß diese Köpfe des Drachen nur von Menschen besiegt werden könnten, die in ihren Herzen Liebe, Wahrheit, Friedseligkeit, Freiheit, Ehrlichkeit als strahlende Göttinnen eingeschlossen haben.

Als er in sein Heimatland zurückkehrte, begann er die Menschen zu suchen, die in ihren Herzen jene strahlenden Göttinnen verborgen hielten. Aber die Leute wußten nicht, was er suche. Sie verstanden ihn nicht, bewarfen ihn deshalb mit Steinen und bespuckten ihn. Aber er harrte aus und beständig suchte und suchte er. Und diejenigen, die mit ihm suchen wollten, belehrte er und gab ihnen Ratschläge.

Einmal nahm sich der hundertköpfige Drache Germania vor, die ganze Welt zu unterwerfen, und er zog in den Kampf.

Da erinnerte sich Tomas an den Greis und begab sich auf den Weg. Obzwar er schon alt war, wanderte er doch so lange, bis er in ein Reich gelangte, gegen das der Drache Germania auch zu Felde gezogen war.

Und dort lebten Leute, die ihr Land liebten und friedlich beisammen wohnten. Da erkannte Tomas, daß dort alle Menschen im Herzen Wahrheit, Liebe, Freiheit und Ehrlichkeit tragen, sowohl das Volk als auch sein König. Mit ihnen zog er nun in den Kampf. Auch aus seinem Heimatlande kamen ihm Ritter mit glänzend strahlenden Stirnen zu Hilfe und sie alle zusammen hieben nach den Köpfen des Drachen. Und wie sie einen Kopf abgehauen hatten, bestrahlte diese Stelle sogleich irgendeine der Göttinnen, die sie in ihren Herzen bewahrten, und eine lodernde Flamme die aus den Wunden hervorsprang, verbrannte die häßlichen Hälse, so daß keine Köpfe mehr nachwachsen konnten.

Ohne jegliche Macht lag der kopflose Drache Germania, und seine Diener flüchteten in Winkel und Löcher vor jenem mächtigen September, welcher herausloderte aus den Herzen der Tomaskämpfer. Der Drache war getötet!

Darauf kehrte Tomas in seine Heimat zurück, wo das abscheuliche Ungeheuer Germania seine Tatzen noch nicht ausgebreitet hatte.

Die Städte jubelten ihm entgegen, aus den Fenstern flatterten die weißroten Fahnen und er kehrte als Sieger zurück, wie ein König. Jede Mutter zeigte ihn ihrem Kind, all die Frauen und Greise weinten, und den Männern schnürte es vor Rührung die Brust zusammen.

Er kehrte zurück, der Held, auf dessen Stirn der Stern erglühte: „Ehrlichkeit und Wahrheit"!

Der tapferste Mann des Volkes kehrte zurück: Tomas Masaryk."

Den zahlreichen Deutschen, denen die Schuldfrage ein Exportartikel ist, den man je nach Bedarf mit Propaganda vertreiben muß so wie eine neue Stiefelwichse, könnte das vorstehende Märchen lehrreich werden. Sie mögen sich vorstellen, was es für die Millionen von Deutschen außerhalb des Deutschen Reiches bedeutet, schutzlos solchen Verleumdungen ihrer Geschichte und ihrer Kultur preisgegeben zu sein. Wer als Landsmann nur denjenigen betrachtet, der mit ihm dem gleichen Staatsverbande angehört, ist ein Anhänger der Kabinettspolitik, mag er in einer Republik leben oder in einem absoluten Fürstentum. Und wer den Kampf für die Wahrheit nicht aufnimmt, kann die Deutschen aus der Kabinettspolitik nicht herausführen. Entweder werden sie eine Ehr- und Kulturgemeinschaft oder Dünger für fremde Kulturen. fremde Wirtschaft und fremde Heere.

Der tschechische Imperialismus

Von Anton Klement in Wien

Seit Frühjahr 1919 hatten wir Kuffners Schrift[1]) in der Hand und obgleich wir allen zuständigen Stellen und vielen Verlegern eine vollständige Übersetzung in Maschinenschrift mit einer Kartenwiedergabe vorgelegt hatten, fand sich niemand bereit, die Drucklegung zu fördern oder zu übernehmen. Erst als die über die Grenzführungen hinausgehenden Bedingungen der Friedensbefehle von Versailles und St. Germain fühlbar wurden, erst als die verschiedenen Denkschriften der tschechischen Friedensdelegation an den hohen Rat in Paris vorlagen, die in Maßlosigkeit, falscher Begründung und fanatischem Deutschenhaß den gleichen Zug verrieten und als tschechische Politiker und die Presse über erlittene Enttäuschungen hinsichtlich der Grenzführung des tschechischen Staates jammerten, legte man dieser Schrift, die vom Verfasser in einer Vorbemerkung als wesentlicher Auszug einer 1917 den maßgebenden Faktoren vorgelegten Denkschrift bezeichnet wird, mehr Bedeutung bei. Man vermutete sogar als Verfasser den tschechischen Außenminister Dr. Beneš selbst, der ja eine besondere Vorliebe für Denkschriften unglaublichster Art gezeigt hatte. Minister Dr. Beneš ist nicht der Verfasser der Denkschrift. Er hat nur nach Mitteilung des Autors von der letzten Fassung 150 Stück der Friedenskonferenz vorgelegt und war von der deutschen Ausgabe recht peinlich berührt. Kaum war diese erschienen, bezeichnete die tschechische Regierungspresse die Schrift als „allerhand Wahn" und ihren Verfasser Hanuš Kuffner als „einen in Politik dilettierenden Prager Kinobesitzer". Mit solchen bewußt irreführenden Nachrichten suchte man noch im Sommer 1924 im Auslande, besonders in der Schweiz, die Wirkung der Denkschrift abzuschwächen. Scheinbar mit Erfolg, denn selbst ein in nationalen Kreisen sehr angesehener Berliner Politiker hatte es sich verbeten, mit dieser Broschüre Propaganda zu machen, da sie ein Schwindel wäre. So dürfte man ihn bei seinen Besuchen auf dem Prager Hradschin unterrichtet haben. Aber der Wahlspruch des Tschechenstaates — die Wahrheit siegt — bewährte sich in dieser Angelegenheit: trotz allen Irreführungen seitens der tschechischen Regierungspresse kam die Wahrheit ans Licht, ja die Denkschrift des „obskuren Kinobesitzers" gewinnt sogar als Beleg für die Schuld am Weltkrieg an Bedeutung.

Im Verlaufe des Zeitungskampfes über die Frage, ob die Tschechen, die daheim, oder die, die im Auslande an dem Zusammenbruch des alten Österreich arbeiteten, mehr Verdienste um den tschechischen Staat hätten, teilte der erste tschechische Landesverteidigungsminister und Senator Wenzel Klofač in einem Aufsatz über „Die revolutionären Vorbereitungen der Tschechen" in seinem Parteiblatte „Ceske Slovo" vom 4. Dezember 1923 mit, daß er im Mai 1914 mehrmals mit dem „unbedingten und kompromißlosen antiösterreichischen" Professor Masaryk zusammengekommen sei, der ihm bekannte, daß er, im Gegensatz zu anderen, mit dem Alter immer radikaler werde. Sie hätten sich auf einer Linie gefunden und im Mai 1914 ihre Pflicht getan. Unter anderem habe Klofač im Mai 1914 den russischen Konsul Jukowski in Prag aufgesucht und ihn gebeten, dem russischen Außenamt mitzuteilen, daß es bald zum Krieg kommen werde. Ebenso habe er den russischen Botschafter in Wien, Schebeko, auf den unmittelbar bevorstehenden Krieg aufmerksam gemacht, und der russophile Abgeordnete Dr. Markow, der Klubhospitant des Klofač, sei eigens nach Petersburg gereist. Noch im Mai 1914 habe Klofač den ersten Plan über die Zerreißung Österreichs vorgelegt. Da bei der neuen Karte Europas strategische Rücksichten eine große Rolle spielen würden, habe Klofač ‚den guten Tschechen und gewesenen Offizier Hanuš Kuffner, den Verfasser der Hussitenkriege' aufgefordert, als Fachmann seine Gedanken zu korrigieren und

[1]) Hanuš Kuffner: Náš stát a světový mír — „Unser Staat und der Weltfrieden". Mit fünf Landkarten.

selbst eine Karte auszuarbeiten. Kuffner sei dem Wunsche nachgekommen und die Originalkarte habe Klofač dem russischen Gesandten in Wien, Schebeko, eine Kopie dem russischen Konsul Jukowski in Prag übergeben, um sie Sasonow zu senden. So geschehen im Mai 1914, vor dem Fürstenmord in Sarajewo! Da erscheint Hanuš Kuffner, der übrigens seit Jahrzehnten Schriftleiter, Verfasser einer Reihe von Büchern und in panslawistischen Kreisen eine bekannte Persönlichkeit ist, nicht als „obskurer Kinobesitzer", sondern als Historiker und militärischer Fachmann.

Der Sachverhalt ist demnach folgender: Der frühere Abgeordnete im österreichischen Parlament und erste Minister für Landesverteidigung der tschechischen Republik, Wenzel Klofač, der sich wiederholt mit Masaryk, dem ersten Präsidenten der Tschechei, noch vor dem Mord in Sarajewo über den bevorstehenden Krieg besprach, ist der Anreger der Schrift und der Karten, der tschechische Schriftleiter und Historiker Hanuš Kuffner der Verfasser, und der tschechische Außenminister Dr. Eduard Beneš hat die Denkschrift jenen Gewaltigen unterbreitet, die sich berufen fühlten, der Welt und insbesondere Mitteleuropa eine neue staatliche Ordnung zu geben.

Neben vielen anderen tschechischen Größen hatte auch der erste tschechische Ministerpräsident und Führer der Prager Abordnung bei den Friedensverhandlungen[1]), Dr. Karl Kramař, in seiner Parlamentsrede vom 27. Januar 1921 bekannt, daß in Paris nicht alle Forderungen der Tschechen erfüllt wurden, weil Frankreich allein sie gegenüber England und Amerika nicht durchsetzen konnte. D. h. die so reich bedachten Tschechen kamen sich verkürzt vor, hatten einen größeren Wunschzettel vorgelegt, dem aber trotz des allgemeinen Hasses gegen das Deutschtum nicht voll Rechnung getragen werden konnte. Was die Tschechen noch forderten, sagt die Denkschrift Hanuš Kuffners, die hüllenlos die ganze Einstellung des Tschechentums gegenüber dem Deutschtum aufdeckt.

Vorausgeschickt wird der Gedanke, daß der Weltkrieg nur für die Freiheit der Menschheit geführt worden sei. Dieses Ziel würde aber nicht erreicht, solange zwischen den friedliebenden Völkern Deutschland liege, das trotz seiner Niederlage von dem Größenwahn seiner Weltgeltung nicht geheilt werden würde, solange es mit der Zahlengröße seiner Bewohner und den wirtschaftlichen Hilfsquellen innerhalb seiner jetzigen Grenzen (vor dem Versailler Vertrag) rechnen könne. Wenn nun die Struktur Europas im Sinne der dauernden Befreiung der Völker und des Weltfriedens geändert werden soll, so habe neben den während des Krieges herausgebildeten Interessenzonen, der ozeanisch-angelsächsischen und der romanischen Mittelmeerzone, nur die slawische Festlandszone mitzurechten und mitzurichten. Die Festigung der letzteren sei bisher durch die Ränke Deutschlands verhindert worden. Daher müsse jetzt, im Augenblicke der Ohnmacht Deutschlands oder nie die allslawische Frage restlos und endgültig gelöst werden. Zur dauernden Ausgestaltung sei eine Sicherung der Westgrenze der slawischen Zone notwendig, „mit den Häfen Hamburg, Triest, Valona und einem widerstandsfähigen Böhmen als unerläßlichen Stützpunkten slawischer Zukunft". Daß die nordischen Staaten in die slawische Interessensphäre fallen, sei zufolge des Länderzusammenhanges selbstverständlich. Den slawischen Block zusammenzuschmieden, sei Aufgabe des tschechischen Volkes als des politisch und kulturell reifsten Slawenstammes, der durch Jahrhunderte der gewaltsamen Germanisierung Widerstand geleistet und durch diese Kämpfe den Befähigungsnachweis erbracht habe, die Führerschaft aller Slawen zu übernehmen; dies um so mehr, als der allslawische Gedanke bei den Tschechen am tiefsten eingewurzelt sei und dieses Volk im Kriege durch seine politische Reife, seine großen Opfer und die ihm angeborene Hochachtung vor der Freiheit und Demokratie das Vertrauen aller gewonnen habe.

[1]) Die Haltung der tschechischen Vertreter wird im folgenden Aufsatz zum ersten Mal auf Grund der unveröffentlichten Akten dargestellt.

Karte aus Hanuš Kuffner: „Nás stát a světovy mir“

(Europäische Einflußzonen)

Kuffner bezeichnet alle Gebiete östlich der Linie: Wesermündung zum Golf von Triest als östliche, d. i. slawische Interessenzone (Soušové Pásmo).

Die Gebiete, welche er die Tschechen für ihren eigenen Staat fordern läßt, sind in der Karte als karierte Fläche gekennzeichnet. Die Nordgrenze des Südslawischen Staates ist durch einen Gürtel senkrechter Schraffen dargestellt.

Westlich des Gürtels schräger Schraffen ist das Gebiet der mittelländischen, d. i. französischen Einflußzone (Pásmo Středozemni).

Der Bereich der „Nordseeinteressen“ ist auf der Karte punktiert.

„Německa Reservace“ soll die „Deutschen-Reservation“ sein, welche die Tschechen als Rest des Deutschen Reiches bestehen lassen.

„Středomezi“ bedeutet den Rest von Österreich, aber innerhalb der tschechischen und südslawischen Zone.

Übersetzungen der in der Karte vorkommenden Namensbezeichnungen:

Dolnolabi . . Niederelbien	Solnohrad . Salzburg	Cheb . . Eger
Odrolabi . . Oderelbien	Styr.Hradec (steirisch) Graz	Řezno . . Regensburg
Vezeřansko . Weserstaat	Sv. Hypolit . St. Pölten	Hlinec . . Linz a. D.
Kolin . . . . Köln	Brankobrod Frankfurt	Budin . . Ofen(tschechisch)
Kobylance . Koblenz	Chotěbuz . . Kottbus	Pešt . . . Pest (madjarisch)
Mohuc . . . Mainz	Lipsko . , . Leipzig	Těšin . . Teschen
Basilej . . . Basel	Réza . . . . Riesa	Vratislav Breslau
Viden . . . . Wien	Ferno . . . Pirna	Inomosti Innsbruck

Das tschechische Volk könne seiner Aufgabe aber nur gerecht werden, wenn die Entente die Notwendigkeit erkenne, das zwischen den drei Interessenzonen liegende Deutschland von einem Kordon von Pufferstaaten zu umgeben, die zufolge ihres Aufbaus mit diesem nie ein Bündnis eingehen könnten, untereinander aber durch einen Bündnisvertrag so gebunden wären, daß alle automatisch gegen den „geschlagenen Gewalttäter und Treubrecher" aufstünden, falls er gegen einen der Randstaaten vorgehe, denn es sei Aufgabe dieser Staaten, dem „Raubtier Deutschland an der Gurgel zu bleiben". Um den Pufferstaaten Zeit zu ihrem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Ausbau zu bieten, müsse Deutschland konsequent in dem Maße geschwächt werden, daß es sich von der vollzogenen Einkreisung nicht erholen könne. Daher müßten ihm die Grundlagen und Quellen seiner Kraft entzogen werden: es müsse seinen Seehandel verlieren und von den Meeren abgeschlossen werden; aber auch die Wasserstraßen des Rheins, der Weser, der Elbe und der Donau dürften nicht in seiner Hand verbleiben; es dürfe kein stehendes Heer, keine Waffen und Ausrüstungsgegenstände, keine Kriegsindustrie behalten oder neu schaffen. Insbesondere jedoch seien ihm die Quellen seiner Kriegsstärke zu nehmen, vor allem die eingedeutschten Gebiete. „Da das gesamte Deutschtum nur die Nachkommenschaft gewaltsam verdeutschter Völker ist," ist es Pflicht, „Deutschland in den Rahmen einzuzwängen, aus dem es einst hervorgekommen ist". Der Kern Deutschlands, bestehend aus Teilen Westfalens, Sachsens und Bayerns sowie Hessens, Württembergs und Badens könne als eine deutsche Reservation (gleich den Indianerreservationen) bestehen bleiben; „aber das nördliche Gebiet, Preußen, dann Österreich ob und unter der Enns und die Alpenländer dürfen nicht verschont bleiben". „Eine deutsche politische Kolonie an der Donau zu dulden, würde Selbstmord bedeuten." Frei müßten auch die Friesen, die Dänen, die Pommern, die Lausitzer, die Schlesier und die „übrigen Slawenstämme" werden und man müsse „den Befreiten auch die ursprüngliche Muttersprache zurückgeben". Solle Prag bestehen können, so müßten Berlin und Wien verschwinden, müsse es die Elbe bis Hamburg, die Donau von Regensburg bis Ofen beherrschen. Wolle sich die Entente der deutschen Rivalität zu Wasser und zu Lande entledigen, so müsse sie auf Kosten Deutschlands einen starken tschechischen Staat in Mitteleuropa schaffen, der im Innern selbst den letzten Schatten des politischen Deutschtums auszumerzen in der Lage und der nicht der Umklammerung Deutschlands ausgesetzt wäre. Daher sei notwendig: Sicherung des Elbetores durch einen Brückenkopf, Erwerbung der beiden Lausitz und Schlesiens bis an die Oder, die die gemeinsame Grenze zwischen Polen und Böhmen zu bilden habe; das Vorland des Fichtelgebirges bis zur Naab und Haide, von dort nach Süden zur Donau bei Regensburg, die bis Budapest die Grenze bilden soll, doch mit weit vorgeschobenen Brückenköpfen bei Regensburg, Passau, einem breiten Streifen südlich der Donau von Melk bis Nußdorf bei Wien, von Hainburg a. d. Donau über Bruck bis an den Neusiedler See.

Da der Südslawenstaat bis an die Grenze Steiermarks vorgeschoben werden, Nordtirol und Vorarlberg, mit der Schweiz vereinigt, der romanischen Interessensphäre unterstellt werden soll, bliebe von Österreich nur ein schmaler Streifen, von Salzburg, einschließlich Reichenhall, dem nichtbesetzten Streifen Landes von Österreich ob und unter der Enns südlich der Donau und ein Teil Westungarns bis zum Plattensee übrig. Dieses Mittelland solle eine neutrale Zone für den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den Tschechen und Südslawen bilden, vollständig entdeutscht und durch die slawische Bevölkerung Wiens und die tschechischen und slowenischen Rückwanderer besiedelt werden. Die Verwaltung sei zwischen den Tschechen und den Slowenen zu teilen. Im Kriegsfalle mit Deutschland habe die Bevölkerung teils ins tschechische, teils ins serbische Heer einzutreten.

Damit ist in Kürze wiedergegeben, was auf 28 Oktavseiten bloß den „wesentlichen Inhalt des Memorandums" ausmacht, „das Ende Sommer 1917 den berufenen Faktoren überreicht worden ist". Eine Nachprüfung, wieviel von diesen

Forderungen bereits in Erfüllung gegangen ist, überlassen wir dem Leser. Jedenfalls spürt Deutschland wie Deutsch-Österreich, daß ihm „die Wächter des Weltfriedens auch nach dem Kriege an der Gurgel bleiben"; daß die mit französischem Gelde ausgerüstete Kleine Entente sowie Polen einen Teil jenes Kordons von Pufferstaaten darstellen, von denen jeder ein Stück deutschen Bodens erhielt, ohne dessen Herausgabe keiner mit Deutschland in ein Bündnisverhältnis gelangen kann, ist ebenso ersichtlich wie das Bestreben, „Deutschland konsequent in dem Maße zu schwächen, daß die neuen Staaten Zeit zu ihrem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Aufbau finden, um für den Bedarfsfall vollwertige Faktoren zu sein."

Die tschechische Außenpolitik wird sich nie zu Kuffners Broschüre als ihrem politischen Handbuch bekennen; aber bei den wider Erwarten anders entwickelten Verhältnissen sucht sie Schritt für Schritt zu verwirklichen, was Rußland — das fehlte — und Frankreich in Paris hätten durchsetzen sollen. Beneš hat die Kleine Entente geschaffen, hat entscheidend zum Verluste Oberschlesiens an Polen beigetragen, ließ nach Willkür durch Entzug der Kohle in Deutsch-Österreich Verkehr und Wirtschaft stillegen und billigte den Ruhreinbruch und die Sanktionen. Tschechisches Geld ist unter den Lausitzer Wenden und den Wiener Tschechen wirksam und aus der ganzen Welt hat man in der Tschechei die flüchtige russische Intelligenz zusammengezogen, um sie auf Staatskosten zu Aposteln des allslawischen Gedankens unter tschechischer Führung auszubilden, um mit ihnen einst ein anderes Rußland aufzubauen, ohne dessen Rückendeckung die Tschechei gefährdet erscheint. Den romantischen Panslawismus, der sich von der Zarenkrone seinen Glorienschein lieh, hat Beneš in Anpassung an die Zeit über Bord geworfen. Er rechnet mit dem russischen Volke, dessen Blüte in seine Schulen geht.

„Prag bereitet die slawische Zukunftsidee vor, und wir, seine hier versammelten Kinder, bringen diese Idee nach Mütterchen Moskau." Mit diesen Worten hatte der Führer der tschechischen Abordnung im Juli 1867 anläßlich der ethnographischen Ausstellung in Moskau für die Begrüßung gedankt. Die Idee der Tschechen fiel in gute Hände und bald war dort der Gedanke geboren, daß zwischen Deutschtum und Slawentum durch ewige Mächte Feindschaft gesetzt, daß letzteres auserlesen sei, die germanische Rasse in ihrer Weltgeltung abzulösen, und zwar in einem Kampfe „ohne sittliche Hemmungen". Hiefür sei die böhmische Frage der Angelpunkt, da die Tschechen der Hauptvortrupp gegen Deutschland seien, mit denen die allslawische Frage stehe und falle. Die russischen Wortführer des Panslawismus traten auch für ein Bündnis der angelsächsischen, lateinischen und slawischen Gruppe gegen Deutschland ein und betonten, daß es Englands besondere Aufgabe sein werde, im kommenden Kriege dem militärisch überlegenen Deutschland durch die Blockade die Schlagkraft zu nehmen.

Aus der Fülle der russischen Literatur über diese Frage sticht als bezeichnender Niederschlag eine Karte der slawischen Völker hervor, die 1889 N. C. Zarjanko herausgab. Auf ihr ist die Westgrenze der Slawen in die Linie Danzig-Triest vorgeschoben. Die staatlichen Grenzen sind ebenso verwischt wie die Sprachinseln, nur Ober- und Niederösterreich (das Mittelland Kuffners) bilden einen schmalen fremdvölkischen Streifen, während die Alpenländer und Sudetendeutschland als slawisch gelten. Somit haben Klofač bzw. Kuffner nur Gedanken versinnbildlicht und den günstigeren Verhältnissen angepaßt, die schon Jahrzehnte Gemeingut der Panslawisten waren. Kuffners Gedankengänge beleben die gesamte tschechische Presse und in Masaryks Buch „Das neue Europa" finden wir sie wieder, das im Kriege, während seines Aufenthaltes in Rußland entstanden und in französischer und englischer Ausgabe als Manuskript gedruckt worden ist. Dieses Buch, das in seiner englischen und französischen Ausgabe wohl allen „berufenen Faktoren" als Leitfaden für die Neugestaltung Mittel- und Osteuropas von Masaryk selbst vorgelegt worden ist, bildet das Seitenstück zu Kuffners Arbeit, nur mit einem wissenschaftlicheren Kleide angetan. Im Grund wollen hinsichtlich der Neu-

gestaltung Europas beide dasselbe. Man merkt die gleiche Schule der Gedanken. Auch Masaryks Wünsche wurden nicht völlig erfüllt. Nun sitzt er auf dem Thron der Tschechei, spielt den in Humanität und Demokratie aufgehenden Weisen, legt sich hinsichtlich seiner außenpolitischen Pläne größtes Schweigen auf. Ob er diese Pläne fallen gelassen hat, seit es ihm nicht mehr möglich ist, als Agitator von einem Regierungssitz zum anderen zu eilen und zu schüren? Sicherlich nicht hinsichtlich Sudetendeutschlands, wo unter seiner Verantwortung alles getan wird, um „den letzten Schatten des Deutschtums auszumerzen", so wie es die Denkschrift Hanuš Kuffners verlangt.

Die Tschechen auf der Friedenskonferenz

Nach unveröffentlichten Akten[1])

Von Dr. Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode in München

Jeder Deutsche, der auf den Weg zurückblickt, den das tschechische Volk von der ersten großen nationalen Erhebung in den Hussitenkriegen bis zur Erfüllung seiner politischen Sehnsucht, der Errichtung der tschecho-slowakischen Republik im Oktober 1918, gegangen ist, muß einen tiefen Eindruck davon empfangen, was ein starker, auf ein Ziel gerichteter nationaler Wille vermag. Wir Deutsche müssen es uns immer wieder sagen, daß die bittere Notwendigkeit, vor der wir heute stehen, die nackte Existenz des Deutschtums zu verteidigen, letzten Endes nicht die Folge des militärischen Zusammenbruchs ist, sondern daß der deutsche nationale Gedanke dem Nationalismus seiner Nachbarn sich unterlegen gezeigt hat.

Nach kurzer Betäubung haben die Tschechen im Weltkriege den offenen Kampf gegen den Staat der Habsburger aufgenommen. Wie Masaryk es in einem in England erschienenen Artikel im Jahre 1917 ausdrückte, konnte der Sieg Österreichs und Deutschlands nur die völlige Germanisierung der Donaumonarchie bedeuten. Der fortgesetzte Landesverrat der Tschechen wurde offenes Geheimnis. Die guten österreichischen Truppen und die deutschen Soldaten hatten das Überläufertum der Tschechen an den Fronten teuer zu bezahlen. In der französischen wie russischen Armee kämpften tschechische Legionäre mit einer Glaubensinbrunst für die eigene Sache, die deren Sieg auf die Dauer sichern mußte. An der Mißhandlung deutscher und österreichischer Gefangener in Rußland waren Tschechen in hervorragender Weise beteiligt. Seit 1917 bestand in Paris ein tschechischer Nationalrat, der in enger Fühlung mit der Entente arbeitete. Am 27. Oktober 1918 wurde die Tschechoslowakei von der Entente als selbständige kriegführende Macht anerkannt, von diesem Augenblick an betrachteten sich die Tschechen als im Kriegszustande mit den Mittelmächten. Die Tschechoslowakei legte besonderes Gewicht darauf, auf der Friedenskonferenz nicht als Nutznießerin des mitteleuropäischen Zusammenbruchs, sondern als ebenbürtige feindliche Macht angesehen zu werden. Wie groß die Deutschfeindlichkeit der Tschechoslowaken auf der Friedenskonferenz war, geht aus der Meinungsäußerung der tschechoslowakischen Delegation über die Okkupationsfrage hervor. In der Sitzung der Reparationskommission vom 13. März 1919 wurde gesagt: „Die Delegation nimmt den Vorschlag an, bemerkt aber, daß wenn die Okkupation wirksam sein soll, wenigstens folgende Städte besetzt werden müßten: Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck, Stettin, Berlin, Leipzig, Essen, Magdeburg, Wien, München und Budapest. Ferner wirft sie die Frage auf, ob nicht eine fiktive Okkupation empfehlenswert wäre, um Deutschland und seine Verbündeten moralisch zu zwingen, die Regulierung der Kriegsschulden zu beschleunigen. Eine

[1]) Aus einem Teil der benützten Akten sind bereits Auszüge in den Münchner Neuesten Nachrichten 1924, Nr. 242, 246, 249, 253, 254, 275, 277, 281 und 284 erschienen, und gleichzeitig in den Leipziger Neuesten Nachrichten und dem Hannoverschen Kurier.

solche Okkupation würde sich lediglich vollziehen durch wenig zahlreiche Garnisonen der Verbündeten in den wichtigsten Städten dergestalt, daß der bloße Anblick der Uniformen von Soldaten der Verbündeten die Bevölkerung zwingen würde, schnell zu bezahlen. Um die Sicherheit der Truppen zu garantieren, müßte man in die Friedensbedingungen strenge Strafmaßregeln gegen die Städte aufnehmen, in denen Verfehlungen gegen die Soldaten begangen würden, und man müßte im Bedarfsfall Geiseln von den angesehensten Bürgern Deutschlands nehmen, die man für den Fall, daß die dauernde Okkupation verlängert würde, wechseln könnte. Man würde in solchen Maßregeln einen Bruch des internationalen Rechts nicht sehen können, da sie mit formeller Zustimmung der in Frage stehenden Nationen stattfinden würden, was das gerade Gegenteil der brutalen ungesetzmäßigen Maßregeln ist, die Deutschland und seine Verbündeten ergriffen haben"[1]). Wie sehr man sich als Sieger fühlte, kennzeichnet ein Bericht der tschechoslowakischen Kommission für Reparationen, den diese am 21. Februar 1919 der Konferenz übergab. Da heißt es unter dem Abschnitt „Schaden in dem besetzten Gebiete"[2]): „Es wurde in einer besonderen Denkschrift, die sich mit den internationalen Beziehungen der tschechoslowakischen Republik und den Zentralmächten beschäftigte und sich auf das Recht der Tschechoslowakei stützte, Entschädigungen zu verlangen, ausgeführt, daß man vom Gesichtspunkt des internationalen Rechts aus das Gebiet der tschechoslowakischen Republik wie ein von einer fremden Macht besetztes betrachten müsse." Es ist dann in eingehender Weise geschildert, wie die österreichisch-ungarischen Behörden dem Lande nur zum Teil durch die Lasten einer Besetzung Schaden zugefügt haben und oft andere Ziele im Auge hatten, die dem internationalen Recht widersprachen. „Indem sie ohne die Entschuldigung der Kriegsnotwendigkeit das wirtschaftliche Leben des Landes zugrunde richteten, zeigten die österreichisch-ungarischen Behörden die Absicht, für die Zukunft die Erholung der wirtschaftlichen Macht der tschechoslowakischen Republik unmöglich zu machen oder wenigstens die Konkurrenz zu verhindern, die der wirtschaftliche Wohlstand Deutschlands, Deutsch-Österreichs und Ungarns machen konnte....." Von diesem Standpunkt aus verlangten die Tschechen nicht nur Entschädigung für alle Verluste, die durch die Kriegswirtschaft entstanden waren, sondern wollten sogar für den Ausfall entschädigt werden, den ihr Handel während des Krieges gehabt hatte. Der Hochverrat fordert Bestrafung desjenigen, an dem er Hochverrat begangen hat.

Die Tschechen verband mit den Franzosen die gleiche Entschlossenheit, das Deutschtum soweit wie möglich zu schwächen und die gleiche Notwendigkeit, sich so stark wie möglich gegen die immer noch gefürchteten Nachbarn zu sichern, um die eigene Machtstellung zu behaupten. Dieser Vernichtungswille kittete fester und dauernder zusammen als das gemeinsam vergossene Blut. Als der Zusammenbruch erfolgte, bestand zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei vollkommenes Einverständnis darüber, daß jetzt der Augenblick ausgenützt werden müsse, um den entscheidenden Schlag gegen das Deutschtum zu führen.

Die kurz nach dem Zusammenbruch bekanntgewordene Schrift von Kuffner[3]) enthält den Grundgedanken der tschechoslowakischen Politik in klassischer Form: „Den geschlagenen Gewalttäter in dem Maße konsequent zu schwächen, daß er nicht imstande ist, sich aufs neue aufzuraffen, ehe die Wächter des Weltfriedens für den Bedarfsfall wirksame Faktoren geworden sind... Auch nach dem Kriege werden wir Deutschland an der Gurgel bleiben. Unsere Interessen sind mit den deutschen unvereinbar."

Man wird sagen können, daß die Tschechen sich ihrer Schicksalsstunde gewachsen gezeigt haben. Sie hatten in Masaryk und Beneš die geschicktesten Vorkämpfer

[1]) Siehe Münchner Neueste Nachrichten vom 16. Sept. 1924 Nr. 253.
[2]) Annexe 8 A der ersten Unterkommission der Reparationskommission.
[3]) Vgl. den Aufsatz von Anton Klement in diesem Heft.

und Unterhändler. Sie haben mit unermüdlicher Ausdauer um den kleinsten Streifen Landes für ihren Staat gestritten. Die Vorfriedenskonferenz, die am 18. Januar 1919 ihre Arbeiten begann, stand vor Aufgaben von einer Tragweite, wie niemals zuvor. Es wurde wohl gearbeitet, wenigstens in den Ausschüssen, und man rühmte sich gern des Unterschiedes vom Wiener Kongreß. Aber nicht nur, daß es eine Geschichtslegende ist, wenn man behauptet, es sei auf dem Wiener Kongreß nur getanzt und gar nicht gearbeitet worden, hatte der oberste Rat, in dessen Händen die letzte Entscheidung lag, nicht allzuviel Grund, mit dem Fortschritt in der Auswahl der Persönlichkeiten zu prahlen. Die mangelnde Sachkenntnis, die vor allem Wilson eignete, wurde höchstens noch durch das Bewußtsein der eigenen Wichtigkeit überboten. Es wird immer ein schlechter Witz der Geschichte bleiben, daß die Vertreter der vier Großmächte bei der Beratung über die Neuverteilung der Welt sich nicht ohne Dolmetscher verständigen konnten, und daß das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" im engsten Zusammenhang mit Wilsons geographischen Unkenntnissen stand, von deren abgründigen Tiefen die S. M. seinerzeit ihren Lesern eine Probe vorgelegt haben[1]). In einer Rede vom 16. April 1919 fragte Wilson, wer vor den jetzigen Verhandlungen schon den Namen Teschen gehört hätte. Nach der schweigenden Aufnahme seiner Offenherzigkeit versuchte er dann eilfertig die Blöße zu decken[2]). Die hübsche Episode kennzeichnet Wilsons Standpunkt, daß Unkenntnis kein Fehler ist, wenn es sich um Leben und Tod der Nationen handelt. Ein anderes Mitglied der Konferenz jammerte sogar einmal, was denn die Armenier mit Oberschlesien zu tun hätten, worauf sich herausstellte, daß der gute Mann Silesia (Schlesien) mit Zilizia in Kleinasien verwechselt hatte[3]). Da konnte es nicht ausbleiben, daß die Sachverständigenkommissionen einen überragenden Einfluß erhielten, wobei die Sachverständigkeit sich nach der Macht richtete.

Die Tschechen waren von vornherein der französischen Unterstützung sicher, ihre Denkschriften waren deshalb für den, der zwischen den Zeilen lesen konnte, nur ein stummes Mienenspiel mit der mächtigen französischen Freundin. Das Memoire I: „Die Tschechoslowaken, ihre Geschichte und ihre Zivilisation; ihr Kampf und ihr Werk; ihre Aufgabe in der Welt", müßte allgemein bekannt sein. Es fällt auf, daß die Tschechen bei der großen Übersicht über ihre Geschichte und ihre Ziele nicht mit der üblichen Wilsonphrase ihre letzten Ziele zu vertuschen suchen. Sie pochen auf das historische Recht. Sie erzählen der Friedenskonferenz von den unaufhörlichen Kämpfen, die das tschechische Volk seit den Tagen von Johann Huß für seine Freiheit gefühlt hat. Sie stellen weniger die Frage: Was gehört zu uns, weil es dieselbe Sprache spricht und dasselbe Blut hat, als daß sie erklären, wie das in einer späteren Denkschrift scharf formuliert wurde: „Wir sind gesetzlich unabhängig und unser Land wird gebildet von Böhmen, Mähren und Schlesien." Es wird nicht geleugnet, daß Böhmen und Schlesien starke deutsche Bestandteile haben, aber die Germanisierung ist eben das große Unrecht, das wieder gutgemacht werden muß[4]). Wie fangen es nun die Tschechen an, die Konferenz davon zu überzeugen, daß die Existenz eines lebensfähigen tschechischen Nationalstaates Voraussetzung für die Erhaltung des Weltfriedens ist? Das geschieht durch die Ausführung von zwei Grundgedanken: 1. Die geschichtliche

[1]) Januarheft 1923 „Versailles" Seite 330.

[2]) Margarete Rothbarth, „Die Großen Vier am Werk" (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1921, S. 35).

[3]) Die großen Vier am Werk S. 69.

[4]) Das Problem der Germanisierung Böhmens ist zuletzt in einem Aufsatz von Berthold Bretholz „Das böhmisch-mährische Deutschtum" (Archiv für Politik und Geschichte, Okt. 1924) behandelt worden. Hier wird auch auf Seite 367 eine Stelle aus dem Memoire III wiedergegeben, die den tschechisch-slowakischen Standpunkt scharf beleuchtet. Es heißt da: „Die Deutschen haben sich in Böhmen künstlich festgesetzt als Kolonisten oder Beamte und Bureaukraten, als gelehriges Element einer gewalttätigen Germanisation".

Rolle des tschechischen Volkes besteht in seinem Kampf gegen das Deutschtum und 2. die tschechische Nation ist die gegebene Vorkämpferin für die großen Ideale der Menschheit.

Es ist interessant zu sehen, wie die Tschechen die Überlegenheit des Deutschtums während langer Jahrhunderte zu erklären suchen. Nachdem zunächst festgestellt wird, daß anfangs wenig Unterschiede zwischen Germanen und Slawen bestanden haben, heißt es: „Woher kommt es, daß die Germanen in gewisser Hinsicht die Slawen in ihrer Entwicklung zu einem höheren Grad politischer und sozialer Organisation so hinter sich gelassen haben? Dies kann aus mehr als einem Grunde erklärt werden. Unseres Erachtens ist diese Tatsache daraus zu verstehen, daß die Germanen die nächsten Nachbarn der Romanen waren, mit denen sie daher fünf Jahrhunderte vor den Slawen in Verbindung traten. Wir wissen gleichfalls, daß die Germanen in Länder auswanderten, die von Welschen und Latinern bewohnt waren. Sie vermischten sich überall mit diesen Völkern und kamen unter ihren Einfluß; wir wissen, daß zu dieser Zeit die Romanen schon in Städten lebten und eine hohe Kultur, eine blühende Wirtschaft und Industrie besaßen. Diese Umstände veranlaßten die Germanen, ihre Nomadengewohnheiten abzulegen, ihre Familien in größere Gemeinschaften zusammenzufassen und sich endlich auf gleiche Weise niederzulassen. Im 4. Jahrhundert können wir die Bildung verschiedener germanischer Völker verfolgen: Sachsen, Thüringer, Germanen. Aus demselben Grunde wurde ihre Sprache mehr von lateinischen Formen durchsetzt als die Sprache der Slawen. Sie wurden auch mehrere Jahrhunderte vor den Slawen zum Christentum bekehrt und die Bibel wurde fünf Jahrhunderte vor ihrer Übersetzung in eine slawische Sprache ins Gotische übersetzt."

Dann wird über die besondere Mission der Tschechoslowakei folgendes ausgeführt: „... Abseits von den allgemeinen Betrachtungen über die Stellung der Tschechoslowaken unter den Slawen zeigen einige charakteristische Züge in der geschichtlichen Entwicklung der tschechoslowakischen Nation besser als alles andere die besondere Stellung, die die Tschechoslowaken in der großen Familie der Slawen einnehmen. Unter diesen Eigentümlichkeiten sind es besonders zwei, die erwähnt werden müssen: 1. Die Vorstellung, daß die Tschechoslowaken die politische und historische Mission ihrer eigenen Nation zu überwachen hätten; 2. die Vorstellung der slawischen Zusammengehörigkeit.

Tschechische Historiker, Politiker und Soziologen haben lange über die Frage der besonderen Eigentümlichkeiten der nationalen Geschichte der Tschechoslowakei disputiert, indem sie von ihr die Philosophie der tschechischen Geschichte oder die praktischen Folgerungen für ihre nationale Politik herleiteten. Alle stimmen darin überein, daß die großen Tschechoslowaken während ihres ganzen Lebens für große Menschheitsideale gekämpft haben, und zwar gegen die brutale Gewalt der Germanen (und Magyaren). Die Tschechoslowaken konnten ihr nur die geistigen Kräfte und die hohen moralischen Grundsätze wirksam entgegenstellen. Sie machten aus der tschechoslowakischen Geschichte eine philosophische Theorie. An diesem Punkt aber gingen sie auseinander. Einige sagen, die historische Mission der Tschechoslowakei müsse gestützt und die großen Menschheitsideale in religiöser und moralischer Hinsicht der ganzen Welt gelehrt werden. Andere sagen, daß Böhmen eine besondere Aufgabe habe und daß seine ganze Geschichte ein erbitterter Kampf gegen das Deutschtum gewesen sei.

Diese beiden Theorien können jedoch bis zu einem gewissen Grad ganz gut miteinander in Einklang gebracht werden. Es ist richtig, daß die Tschechen durch ihre geographische Lage genötigt sind, ständig vor ihrem Erbfeind, den Germanen, auf der Hut zu sein. Sie waren sieben- oder achtmal weniger als die Germanen, und sie hatten um so mehr Grund, für ihre Existenz zu fürchten, als sie das schreckliche Schicksal der Slawen an der Elbe mit angesehen hatten und vom 8. Jahrhundert an einen verzweifelten Kampf gegen einen Feind führten, der nach Osten vorstieß, wie er es auch heute noch tut.

... Die Tatsache, daß diese hohen Grundsätze, durch die Tschechoslowakei eingeflößt, um sie gegen die Germanen zu behaupten, immer einen religiösen Charakter hatten — die Tatsache, daß in Böhmen der religiöse Reformator Johann Huß, daß in Böhmen die Religionskriege des 17. Jahrhunderts begannen und daß in Böhmen die edle Vereinigung der böhmischen Brüder und solche Männer wie Huß, Jerome von Prag, Chelcicky, Comenius, Dobrovsky, Kollar, Palacky, Havlicek, Masaryk geboren wurden, d. h. Männer, deren Philosophie sowohl menschlich wie gottesfürchtig war — diese Tatsachen scheinen die zweite Theorie zu unterstützen.

Auf jeden Fall kennzeichnen jene beiden Elemente die tschechoslowakische Zivilisation: einerseits der fortwährende und erbitterte Kampf gegen die Germanen, andererseits das heiße Suchen nach einem hohen ethischen Standpunkt und nach einer neuen Religion. Und, wie das immer so ist, das zweite ist das Ergebnis des ersten. Es ist tatsächlich Böhmen, das durch seine Geschichte die Wiege vieler großer religiöser Bewegungen in Europa war. Weder das eine noch das andere Element ist so ausgeprägt bei den anderen slawischen Völkern zu finden . ."

Auf dieser Grundlage werden nun in den nächsten Denkschriften die territorialen Ansprüche gestellt in einer so großzügigen Art, daß dafür die Bezeichnung der Unverschämtheit nicht zu unhöflich wäre, wenn man nicht gleichzeitig die Geschicklichkeit bewundern müßte, mit der das Unwahrscheinlichste als die einzig mögliche Lösung hingestellt wird. Man höre z. B. die Schlußfolgerung, die die tschechoslowakische Delegation aus ihrer Denkschrift über die territorialen Ziele der Tschechoslowakischen Republik (Memoire II) zog:

1. Um den tschechoslowakischen Ländern die Möglichkeit einer notwendigen ökonomischen Entwicklung zu geben, um ihnen die Aufgabe zu erleichtern, die sie zur Erhaltung des dauernden Friedens übernehmen müssen, und endlich um freundliche Beziehungen mit den Donaustaaten zu ermöglichen, ist es notwendig, die Donau zu internationalisieren.

2. Um die Tschechoslowakische Republik von Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht ausreichend unabhängig zu machen, ist es nötig, die Elbe zu internationalisieren.

3. Um freundschaftliche politische und ökonomische Beziehungen zwischen den Tschechoslowaken und den Polen zu erleichtern und den Tschechoslowaken einen neuen Ausgang zum Meer zu geben, wird es notwendig sein, die Weichsel zu internationalisieren."

Die anderen Denkschriften behandeln dann eingehend die territorialen Fragen, so das Problem von Teschen, die nationalen Ziele der Lausitzer, die Frage der Staatsangehörigkeit der Ruthenen in Ungarn, und eine Denkschrift endlich befaßt sich mit Oberschlesien[1]). Wo die Forderung gegen die Polen vertreten werden muß, zögern die Tschechen nicht, auch deutsche Sympathien in den umstrittenen Gebieten einzugestehen, freilich mit dem von Tatsachen unberührten Zusatz, daß die Deutschen lieber unter der Tschechoslowakei als unter Polen leben würden.

Die Friedenskonferenz mußte sich besonders mit zwei Fragen beschäftigen, dem tschechischen Anspruch auf die Grafschaft Glatz und das vormals österreichisch-schlesische Teschen. Die Kommission für tschechoslowakische Angelegenheiten hatte sich leicht bereit gefunden (Cambon war Vorsitzender), die Grenze der Tschechoslowakei den tschechischen Wünschen entsprechend bei Glatz zu „verändern". Freilich lebten dort 90 vH Deutsche, aber diese Tatsache konnte doch unmöglich für das hohe Ziel der dauernden Sicherheit Frankreichs maßgebend sein. In der Sitzung vom 14. Februar 1919 nahm der oberste Rat den Vortrag der Kommission für die tschechoslowakischen Angelegenheiten entgegen. Leider liegt uns nur ein Bruchteil des Protokolls vor, aber selbst dieser Auszug gewährt einen lehrreichen Einblick in die in Paris gleich zu Beginn der Konferenz auf-

[1]) Memoire 2, 4, 6, 7, 8 der tschechoslowakischen Delegation.

tauchenden Gegensätze. Die Sprache, die in dieser Sitzung geführt wurde, hat so wenig mit den schönen Worten gemein, mit denen die demokratischen Massen des Westens betört wurden, daß es schade wäre, auch nur ein Wort zu streichen.

Die im Bureau von M. Pichon am Quai d'Orsay abgehaltene Besprechung Dienstag, den 1. IV. 1919, 5 Uhr nachmittags

Bericht der Kommission für die tschechoslowakischen Angelegenheiten[1]).

M. Cambon setzt auseinander, daß der östliche Berührungspunkt mit Deutschland in Neustadt beginnt.

Wir schlagen indessen eine Abänderung dieser Grenze von diesem Orte aus immer nach Westen abbiegend vor. Die Grenze, die wir vorschlagen, folgt so den gegenwärtigen staatlichen Grenzen an den Bergen entlang. Wir schlagen eine Abänderung dieser Grenze in der Gegend von Glatz vor. Die rot eingezeichnete Linie auf der Karte bezeichnet die Grenze der tschechoslowakischen Zurückforderungen. Die Kommission hat es nicht für billig gehalten, diese rote Linie den Tschechen zu gewähren, aber sie hat geglaubt, den Vorsprung, der durch das deutsche Gebiet geschaffen wird, in der Gegend von Glatz zu verkleinern, um die militärische Situation des neuen Staates in dieser Gegend zu verbessern.

M. Balfour: Werden durch diese Veränderung beträchtliche deutsche Bevölkerungsteile an Böhmen abgetreten?

M. Cambon: Die so abgetretene Bevölkerung ist sehr unbeträchtlich.

Mr. Lansing: Bezieht sich der Vorbehalt der amerikanischen Delegierten auf dieses Gebiet?

M. Cambon: Nein, er bezieht sich nicht auf dieses Gebiet.

Mr. Lansing: Ich glaube, daß der Vorbehalt des amerikanischen Delegierten einen allgemeinen Charakter hat und sich auf alles bezieht. Die amerikanischen Delegierten sind im allgemeinen grundsätzlich dagegen, eine Grenze auf Grund von strategischen Erwägungen festzulegen.

M. Cambon: Es sind keine strategischen Gesichtspunkte, die uns geleitet haben, sondern Erwägungen der nationalen Verteidigung.

Mr. Lansing: Ich sehe keinen Unterschied zwischen diesen beiden Formulierungen.

M. Cambon: Ich habe hier selbst den Präsidenten Wilson erklären hören, daß die neuen Staaten so konstituiert sein müssen, daß sie leben können. Die Kommission war beauftragt, in Mitteleuropa einen neuen Staat ins Leben zu rufen. Dieser Staat hat eine unmögliche Gestalt und sein Gebiet ist so schmal, daß er Gefahr läuft, bei Eintritt von Feindseligkeiten vollkommen besetzt zu werden. Aus diesem Grunde hat die Kommission es vorgezogen, das deutsche Glacis in der Gegend von Glatz zurückzulegen.

Mr. Lansing: Ich wünsche nicht die Debatte für Glatz zu eröffnen, aber ich lege Wert darauf zu erklären, daß die Ziehung einer Grenze mit der Idee der nationalen Verteidigung oder militärischen Sicherung offen dem Gebiet des Völkerbundes, dem Plan der internationalen Abrüstung und der ganzen Politik der Vereinigten Staaten widerspricht, wie sie durch den Präsidenten Wilson dargelegt worden ist.

M. Cambon: Ich darf Ihnen bemerken, daß der Bericht keinen allgemeinen Vorbehalt der amerikanischen Delegierten erwähnt....[2]). Ich bin nicht berufen, Fragen der allgemeinen Politik zu behandeln, aber ich glaube mich berechtigt, zu sagen daß die völkischen Richtlinien nicht die einzigen waren nach denen sich die Kommission richten mußte. Wenn irgendein Land konstituiert werden mußte indem man nur den nationalen Wünschen eines jeden Dorfes Rechnung trug, könnte das Ergebnis nur sein, daß die Karte dieses Landes einem Pantherfell gleichen würde. Ich glaube nicht, daß eine solche Politik der Auffassung der Friedenskonferenz entspricht. Ich darf hinzufügen, daß die Kommission zahlreiche Abordnungen und zahlreiche Berichte aller Länder empfangen hat, die alle die Errichtung kleiner Republiken verlangen so wie die von St. Marin oder von Val d'Andore. Ich glaube nicht, daß die Konferenz diese Tendenzen besonders in Mitteleuropa zu ermutigen wünscht, wo die nationale Sicherheit noch nicht sehr stark befestigt ist....

Mr. Lansing: Dieser Vorsprung ist von 90000 Deutschen bewohnt und enthält keine Tschechen.

---

[1]) Siehe M. N. N. Nr. 281, 14. Oktober 1924.

[2]) Hier ist eine große Lücke im Protokoll. Das Folgende bezieht sich augenscheinlich auf eine andere Grenzregelung.

M. Cambon: Die Kommission dachte, daß in einem Gebietsteil, wo die Natur so vollkommen die Grenzen bestimmte, man nicht davon abweichen dürfte, wenn es nicht äußerst ernste entgegenstehende Gründe gab. Andererseits glaubten wir, nicht empfehlen zu können, daß Deutschland das kostenlose Geschenk einer Zuwachsbevölkerung gemacht würde, indem so ein Präzedenzfall für die Zuerteilung der Deutsch-Österreicher Böhmens an Deutschland geschaffen wurde.... Es schien uns vernünftiger zu sein, den alten staatlichen Grenzen zu folgen, die an den Kämmen der Berge entlang laufen, und wir sahen keinen genügenden Grund, die Gewohnheiten einer Bevölkerung zu verändern, die seit langem daran gewöhnt ist, unter der Verwaltung von Böhmen zu leben.

Mr. Lansing: Würde sich die Kommission zugunsten einer Volksabstimmung in dieser Gegend aussprechen?

M. Laroche: Die Frage der Volksabstimmung war durch die Kommission geprüft worden und sie hat nach der Prüfung sich dahin entschieden, daß sie nicht zu einer Abstimmung in einem isolierten Vorsprung raten könne, ohne genötigt zu sein, dieses Prinzip allen Deutschen Böhmens zu gewähren. Wenn eine Volksabstimmung stattfände, wäre die Folge, daß die Tschechoslowakei ansehnlich verkleinert würde.

Mr. Lansing: Das scheint mit kein genügender Grund zu sein, um eine Ungerechtigkeit zu rechtfertigen.

M. Laroche: Es handelt sich nicht um eine Ungerechtigkeit. Die Bewohner dieses Landstrichs sind daran gewöhnt, in enger Verbindung mit dem übrigen Böhmen zu leben, von dem sie nicht wünschen getrennt zu sein. Im übrigen ist die deutsche Kolonisation in diesem Gebiet neueren Datums....

M. Pichon: Ich habe nach wie vor im Namen von Frankreich unter Vorbehalt zu erklären: Wir können nicht gestatten, daß Deutschland durch Bevölkerungsteile gestärkt wird, die früher österreichische Kolonien waren, um so mehr als sie zum Nachteil von Böhmen weggenommen werden würden, das, wie wir hoffen, ein Verbündeter von Frankreich bleiben wird, um sie Deutschland zu geben, das für uns immer zu fürchten ist. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika sich weigern, dem Gesichtspunkt der nationalen Verteidigung Rechnung zu tragen, darf ich sagen, daß Frankreich nicht in der Lage ist, ihn außer acht zu lassen.

Trotz des pathetischen französischen Protestes siegte schließlich der amerikanische Standpunkt. Der Anspruch auf Glatz wurde von der Botschafterkonferenz zurückgewiesen, obgleich die Friedenskonferenz volles Verständnis für die französische „Sicherheit" besaß. Auch die schlechte amerikanische Note in der Geographie konnte Glatz nicht in ein tschechisches Land verwandeln.

Am schwierigsten aber gestaltete sich das Problem von Teschen, denn die Tschechen und Polen beanspruchten mit gleicher Hartnäckigkeit und angeblich gleich guten Rechtsgründen dies wirtschaftlich überaus wertvolle Gebiet für sich. Polnische und tschechische Truppen waren bereits im Frühjahr 1919 in das umkämpfte Gebiet einmarschiert und eine Spezialkommission hielt monatelang Sitzungen ab, ohne zu einem Ergebnis kommen zu können[1]). Mehrmals berief man die streitenden Parteien vor das Forum der Sachverständigen. Während der polnische Vertreter den Anspruch auf die überwiegend polnische Bevölkerung stützte, ging der Tscheche Beneš mit einer leichten Handbewegung über das Selbstbestimmungsrecht hinweg und kam mit dem altbewährten Feldgeschrei: „Unser ist das historische Recht." Wir folgen ihm in demjenigen Teil seiner Ausführungen, in dem er sich abmühte, die Klippe einer Volksabstimmung zu umschiffen (Sitzung am 31. Juli 1919).

„... Die Polen berufen sich auf ethnographische Beweisgründe. Man muß anerkennen, daß sie die zahlreichsten sind, aber man muß auch bemerken, daß eine gewisse Zahl unter ihnen einen Mischdialekt zwischen Polnischem und Tschechischem spricht. Dazu kommt, daß ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung von Teschen nicht eingesessen ist. Das schlesische Teschen bildet ein industrielles Zentrum von großer Bedeutung, das sehr viele fremde Handwerker heranzieht. Dies ergänzt sich viel mehr durch die Polen als durch die Tschechen, weil die Tsche-

[1]) Das Folgende nach dem Protokoll der vereinigten Kommissionen für die polnischen und tschechoslowakischen Angelegenheiten.

chen, in sozialer Hinsicht viel weiter vorgeschritten als die Polen, sich weigern, zu so geringen Löhnen zu arbeiten, wie sie in dieser Gegend üblich sind ... Die Polen fordern die Volksabstimmung, aber wenn man dem Vorhandensein des schlesischen Teiles Rechnung trägt, und der Tatsache, daß die Deutschen in der Gegend von Teschen in einer Stärke von 60 000 gewiß die tschechische Herrschaft der polnischen vorziehen, kann man denken, daß die Tschechen die Mehrheit haben. Aber die Volksabstimmung würde eine zu radikale Lösung sein, und wie auch ihr Ausgang wäre, Bitterkeit der einen oder anderen Seite wäre die Folge. Man muß zu einem Kompromiß kommen ...“ Es ist nicht ohne historisches Interesse, wie der englische Delegierte Harold Nicolson die Chancen des „politischen Nutzens“ abwog, ohne fürchten zu müssen, bei den anderen Delegierten kein Verständnis für diesen „altmodischen“ Gesichtspunkt zu finden. Nachdem er in der Sitzung vom 18. August 1919 die tiefgründige Weisheit ausgesprochen hatte, daß die Frage von Teschen ebenso bedeutsam wie verwickelt sei, äußerte er sich folgendermaßen: „Man muß gewisse politische Erwägungen ins Auge fassen. Wenn man davon ausgeht, daß die Entscheidung nicht gleichermaßen die Tschechen und die Polen befriedigen kann, wird man dazu gebracht, sich die Frage vorzulegen, welches von beiden Ländern von ganz Europa mehr Berücksichtigung verdient. In Verfolgung dieses Gedankenganges kommt man zu der Feststellung, daß die Polen in gewisser Hinsicht sich in einer Zwangslage befinden. Sie stellen ein Volk von 22 Millionen Einwohnern dar, das weder freundschaftliche Beziehungen zu den Deutschen noch zu den Russen pflegen kann. Sie werden notwendigerweise gezwungen sein, ihre Politik in einem ententefreundlichen Sinne zu orientieren. Die Lage ist komplizierter in Bezug auf die Tschechen. Diese können zwischen zwei Richtungen in der Politik schwanken: einer Politik der Annäherung und der Verständigung mit den Westmächten und einer panslawistischen Richtung. Eine zu starke Enttäuschung in der Teschener Frage würde das Risiko in sich tragen, die Tschechen auf Petersburg zurückzustoßen, möglicherweise sogar auf Berlin. Die politischen Folgen der Entscheidung, die die Kommission zu treffen hat, werden sehr wichtig sein, und die britische Delegation fragt sich, ob es nicht gut sein könnte, dem obersten Rat zu erklären, daß die Kommission die Tatsachen einstimmig beurteilt, aber daß sie dem obersten Rat die endgültige Regelung einer Frage überlassen zu müssen glaubt, deren politische Folgen beträchtlich sein können und außerdem nicht der Zuständigkeit der Sachverständigenkommission unterliegen.“

Bei solchen Hemmungen und Gegensätzlichkeiten kam man nur sehr langsam vorwärts. Erst im Juli 1920 entschied die Botschafterkonferenz die Teschener Frage, und zwar durch eine Teilung, die der Tschechoslowakei nicht alle Wünsche erfüllte, sicherlich aber mehr gab, als sie nach Recht und Billigkeit fordern konnte. Die Geschicklichkeit der Unterhändler, die einheitliche Stimmung des tschechischen Volkes, die nach Bedarf entschlossen in die Wagschale geworfen wurde, sicherte den Erfolg.

Die Tschechoslowakei hat es wahr gemacht, daß sie den Kampf gegen das Deutschtum als eine ihrer Aufgaben betrachtet. Sechs Jahre schwerster Bedrückung sind vergangen und die Deutschen dürfen sich keinen Augenblick darüber täuschen, daß dieser fanatische Feind den Kampf ohne Gnade weiterführen wird. Alles hängt davon ab, ob das Gesamtdeutschtum in seinem großen Abwehrkampf denjenigen zielklaren Willen zur nationalen Behauptung finden wird, der seine Feinde in die Lage versetzt hat, aus der Verteidigung in den Angriff auf der ganzen Linie überzugehen.

Außenpolitik

Von Graf Ledebur-Wicheln in Krzemusch (Böhmen)

Die tschechische Außenpolitik ist älter als der tschechoslowakische Staat. Schon vor dem Kriege haben tschechische Politiker mit Paris Beziehungen angeknüpft; die Fäden der panslawistischen Bewegung verbanden Moskau und Belgrad mit Prag. Diese Verbindungen wurden durch den Weltkrieg keineswegs unterbunden, sie haben im Gegenteil dank eines ebenso gut vorbereiteten wie durchgeführten Nachrichtendienstes eine Befestigung erfahren. Die außenpolitische Betätigung des nationalen Tschechentums bewegte sich schon seit der letzten Jahrhundertwende in jener den Zentralmächten feindlichen Richtung, die zum Weltkrieg drängte. Sie wurde ein politischer Faktor, mit dem man in Paris und an der Newa rechnete; sie hat die Erwartungen ihrer Gönner erfüllt.

Eine außenpolitische Tätigkeit des tschechoslowakischen Staates dagegen tritt erst seit den Pariser Friedensverhandlungen in Erscheinung. Sie stand von Anbeginn unter dem Einfluß einer aus Siegesrausch, Freiheitstaumel und Deutschenhaß zusammengesetzten Nachkriegsstimmung. So schlug sie den Nachbarstaaten gegenüber eine ausgesprochen unfreundliche Richtung ein, die sich in schroffen Absperrungsmaßnahmen nach außen, nach innen aber in planmäßiger Bedrängung der eigenen nationalen Minderheiten äußerte. Sie führte zu allerhand innerpolitischen Konflikten und zu schweren Schädigungen der heimischen Volkswirtschaft.

Die tschechoslowakische Außenpolitik kann nicht für sich beurteilt werden. Sie ist von der Person des Mannes, der seit Gründung des Staates das Amt des Außenministers bekleidet, nicht zu trennen. Von der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse war sie bisher mehr oder minder unabhängig, denn die Tatsache, daß Dr. Beneš als der einzige für das Amt des Außenministers geeignete Tscheche betrachtet wird, sichert ihm, trotz vielfacher persönlicher Gegensätze, ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der einander folgenden Ministerien immer wieder die Zustimmung der herrschenden Mehrheitsparteien.

In dieser fast despotischen Sicherheit lag bisher die Stärke seiner Politik. Als Mann von großen Fähigkeiten und außerordentlichem Geschick verstand es Dr. Beneš schon während seines Pariser Aufenthaltes in den Jahren 1916 und 1918 nicht nur sich als Experter für mitteleuropäische Fragen unentbehrlich zu machen, sondern auch durch den Einblick, den er hinter die Kulissen gewann, alle Schwächen der westlichen Politik kennenzulernen. Dank dieser wertvollen Vorbildung und dank seiner Anpassungsfähigkeit spielt Dr. Beneš noch heute eine große Rolle in der europäischen Politik, nicht so sehr die Rolle einer Autorität als die Rolle des unentbehrlichen Maklers.

Trotz der vielfachen, noch auf die Kriegszeit zurückgreifenden Beziehungen der Dr. Beneš zu Paris gab es in der nunmehr sechs Jahre dauernden französisch-tschechischen Ehe vorübergehende Trübungen. Gleich nach dem Umsturz betrachtete Dr. Beneš den Anschluß Oesterreichs an Deutschland als Sicherung gegen habsburgische Restaurationsversuche, während Paris den Anschlußgedanken grundsätzlich ablehnte. Als im Jahre 1920 die Sowjetarmee gegen Westen vorzudringen drohte, lehnte Dr. Beneš in richtiger Einschätzung der zu gewärtigenden innerpolitischen Schwierigkeiten die Zusicherung bewaffneter Vasallendienste ab.

Unter dem Eindruck, daß in Frankreich einzelne politische Faktoren den Restaurationsversuchen Kaiser Karls nicht unfreundlich gegenüberstanden und mit Ungarn sympathisierten, schuf er als Rückversicherung die Kleine Entente, die zunächst ihre Spitze gegen Ungarn richtete, aber auf weitere Sicht für Frankreich die Verbindung mit dem slawischen Südosten begehrenswerter gestalten sollte. Tatsächlich dehnte sich die Schutzherrlichkeit Frankreichs bald auf die Kleine Entente aus, ein Verhältnis, das trotz mehrfacher Mißhelligkeiten bis heute im wesentlichen unerschüttert geblieben ist. Die Bündnisse mit Jugoslawien und

Rumänien waren die ersten Sonderverträge, die die tschechoslowakische Republik abschloß; ihnen sind seither weitere Verträge mit Frankreich und Italien gefolgt.

Das Ziel, das der Außenpolitik des Dr. Beneš vorschwebt, ist die größtmögliche politische und territoriale Sicherung des tschechoslowakischen Staates in der Form wie dieser aus den Friedensverträgen hervorgegangen ist. Die Mittel, die Dr. Beneš bisher zur Erreichung seines Zieles anwandte oder deren Anwendung er als Mitglied von vier Regierungen duldete, stehen aber nicht nur im Widerspruch mit den völkerrechtlichen Grundsätzen, die nach den früheren Erklärungen der Ententemächte für die Friedensverhandlungen bestimmend sein sollten, nicht nur im Widerspruch mit den in der feierlichen Proklamation der tschechoslowakischen Republik gegebenen Versprechungen und mit den von Dr. Beneš selbst in Paris gemachten Zusicherungen, sondern auch im Widerspruch mit den geographischen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen die tschechoslowakische Republik als Nachfolgestaat der österreichisch-ungarischen Monarchie fußt.

Dem jungen Staatswesen standen an seiner Wiege zwei Wege offen: der des sittlichen Rechts und der der Gewalt; der Weg friedlicher Überbrückung oder der Weg der Mißachtung vorhandener Gegensätze. Der erstere hätte die Gewinnung der nichttschechischen Nationen für den Staatsgedanken im Wege einer loyalen Auseinandersetzung auf der Grundlage voller Gleichberechtigung, nach außen hin aber volle Neutralität und vertrauensvolle Anlehnung an die durch die Friedensverträge geschaffenen Schutz- und Rechtsstellen des Völkerbundes und des internationalen Schiedsgerichtshofes bedeutet; der zweite Weg stützt sich auf Vorkriegsmethoden, die auf Ausrottung der Unzufriedenen hinzielen und in den von militärischen Rüstungen begleiteten Schutz- und Trutzbündnissen nach außen hin Unterstützung finden.

Die offene Rückkehr zu den gerade von den Vertretern der neuen Staaten verästerten Vorkriegsmethoden der europäischen Diplomatie hindert den tschechoslowakischen Außenminister aber nicht, im Völkerbund das hohe Lied der Völkerversöhnung auf demokratischer Grundlage zu singen und zum Verfasser jenes bekannten Genfer Protokolls zu werden, durch die bewaffnete Konflikte zwischen den Vertragsstaaten unmöglich gemacht werden sollen. Mit Rücksicht auf die Stellung, die England dem Genfer Protokoll gegenüber einnahm, kann dieses in seiner heutigen Form als erledigt bezeichnet werden. Wenn das Organ des tschechoslowakischen Außenministers, die „Prager Presse", aus diesem Anlaß betont, daß der Geist der Genfer Vorschläge trotzdem weiterbestehe, so können wir das nur in dem Sinne verstehen, daß der Schwerpunkt der tschechoslowakischen Außenpolitik nach wie vor in dem Streben nach Sicherung, d. h. Erstarrung des durch die Friedensverträge geschaffenen europäischen Kräfteverhältnisses zu suchen sein wird. Der Völkerbundpakt und die geplanten Schutzverträge werden in diesem Sinne von Dr. Beneš wohl lediglich als Mittel zur Erreichung seines politischen Zieles gewertet, während er in den Minderheitsschutzverträgen kaum mehr als eine Hemmung erblickt, von der er sich unter Hinweis auf die Gefährdung der Staatsautorität nach Möglichkeit zu befreien trachtet.

Im Sinne dieser Einstellung bedeutet für die tschechoslowakische Außenpolitik ein starkes, auf dem europäischen Kontinent tonangebendes Frankreich nach wie vor die stärkste Aktivpost. Daher die ständige Angst vor einer englisch-französischen Trennung, daher das geschäftige Streben des Außenministers, zwischen diesen beiden Mächten zu vermitteln und es mit keiner zu verderben; daher die heimliche Mitarbeit gegen die politische Wiedererstarkung Deutschlands und der Wunsch nach einer direkten deutsch-französischen Verständigung, die die innerpolitische Spaltung in Deutschland vertiefen, aber eine gewisse wirtschaftliche Festigkeit herbeiführen müßte, an der die Tschechoslowakei als Nachbarstaat,

dessen Außenhandel mit mehr als 40 vH nach Deutschland geht, in erheblichem Maße interessiert ist.

Politisch geschwächte und wirtschaftlich geordnete Nachbarn zu besitzen, ist in der Richtung der tschechoslowakischen Außenpolitik gelegen; daher die Ablehnung des österreichischen Anschlußgedankens und daher auch heute die gönnerhafte Schutzherrnmiene gegenüber dem erst unter den brüderlichen Dolchstößen des tschechoslowakischen Nachbarn völlig verbluteten Österreich; daher die offizielle Ablehnung aller Donauföderationspläne mit dem gleichzeitigen Streben nach politischer und wirtschaftlicher Führung an der mittleren Donau.

Die größte Schwierigkeit bereitet dem Außenminister der slawische Nordosten. Mit Polen einen politischen Vertrag abzuschließen, ist trotz mehrjähriger Bemühungen bisher nicht gelungen. Es waren nicht nur die verhältnismäßig geringfügigen Grenzstreitigkeiten, sondern es sind vor allem die Bestrebungen der in beiden Staaten zahlreich vertretenen ukrainischen Bevölkerung, die russische Frage und eine gewisse Rivalität in der französischen Gönnerschaft, die die Beziehungen der beiden Schwesternationen störten und bis heute stören. Bezüglich Rußlands sagte Dr. Beneš in einer Rede vom 4. Dezember 1924, er sei immer gegen den Bolschewismus, aber auch gegen jede Intervention gewesen; er stehe Rußland gegenüber auf dem Standpunkt wirtschaftlicher Vorteile und halte demnach jetzt den Augenblick für die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Rußland gekommen.[1]) Eine Rückkehr zur allslawischen Politik der Vorkriegszeit lehne er ab, da diese immer reaktionär und utopisch war. Auch heute stünden einer solchen Politik große Schwierigkeiten entgegen, da Polen und Rußland unüberbrückbare Gegensätze bilden, zwischen denen der tschechoslowakische Staat nicht Partei ergreifen könne. Diese offene Erklärung richtet sich einerseits gegen die tschechische nationaldemokratische Partei, die panslawistisch und interventionistisch orientiert ist, anderseits gegen die tschechischen Kommunisten. Sie läßt aber auch sonstige Schwierigkeiten durchblicken, die aus einer Annäherung an Rußland gegenüber Polen und Rumänien erwachsen würden.

In einem grundsätzlichen Gegensatz befindet sich der tschechoslowakische Außenminister schließlich auch dem Vatikan gegenüber. Seiner persönlichen Überzeugung und dem Drängen seiner nationalsozialistischen Parteigenossen folgend, würde er eine vollständige Trennung von Kirche und Staat auch auf Kosten eines Bruches mit dem Heiligen Stuhl nicht ungern sehen; dagegen duldet die in der nationalen Regierungskoalition befindliche tschechische katholische Volkspartei auch außenpolitisch keinen antikatholischen Kurs. Aus diesem Zwiespalt haben sich in der letzten Zeit heftige Konflikte ergeben, die vorübergehend selbst die Regierungskoalition zu sprengen drohten.

Dies sind in Kürze die Gedanken, denen die tschechoslowakische Außenpolitik bisher gefolgt ist. In ihrer Ausführung werden sie durch einen über die Kräfte der Republik weit hinausgehenden Aufwand unterstützt. Der Zuschnitt der Gesandtschaften ist (wenigstens äußerlich) der einer Großmacht, und der dem Außenministerium zur Verfügung stehende Presseapparat übertrifft den der europäischen Großstaaten. Die Kosten der auswärtigen Vertretung und ihrer Propaganda belasten schwer die heimische Volkskraft; sie haben, neben den durch die militaristische Politik verursachten Rüstungen, wohl am meisten dazu beigetragen, daß im Inland das soziale Elend der Kriegsanleihebesitzer und Altpensionisten keine entsprechende Berücksichtigung finden konnte.

Der Weg, den Dr. Beneš in Vertretung der außenpolitischen Interessen seines Staates einschlug, hat ihm nicht nur persönliche Erfolge im Ausland gebracht, sondern hat auch im Lichte der öffentlichen Meinung ein Zauberbild von Größe, Ordnung und Kraft geschaffen, von dem sich alle jene gern täuschen lassen, die

[1]) Vgl. hierzu Werner Bracht, Wiederaufbau Rußlands durch — die Tschechoslowakei, Februarheft 1924 der S. M. „Die Ukraine und Deutschlands Zukunft".

n der tschechoslowakischen Republik die gelungenste Nachkriegsgründung und len verläßlichsten Förderer der eigenen politischen Interessen erblicken.

In seiner Heimat begegnet Dr. Beneš Außenpolitik vielfach einer ablehnenden Kritik, nicht nur innerhalb der Opposition, sondern auch im tschechischen Lager, wo man die unliebsamen finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der falschen Großmannssucht an der eigenen Tasche schmerzlich empfindet. Anderseits beeitet die hoffnungslose Parteiherrschaft und die sich in den häßlichsten Formen ibspielende Rivalität der tschechischen Parteien dem Außenminister auf handelspolitischem Gebiet Hindernisse, die er selbst wiederholt hervorgehoben hat.

Die äußere Handelspolitik krankt aber nicht nur an innerpolitischen Schwierigeiten. Die durch die Friedensverträge erfolgte Gründung der mitteleuropäischen Kleinstaaten widerspricht an und für sich dem Erfahrungssatz, daß fortschreiende Technik im Verkehr und in der Gütererzeugung eine Ausdehnung und Vereinheitlichung der Wirtschaftsgebiete fordert. Die tschechoslowakische Außenpolitik darf über diese Wahrheit nicht hinweggehen und muß sich dessen bewußt werden, daß die geographischen Grundlagen und die geschichtliche Entwicklung las Wirtschaftsleben der Republik an die Flußgebiete der Elbe und der oberen Donau weisen.

Alles in allem genommen, bietet die Richtung, in der sich die tschechoslowakische Außenpolitik heute bewegt, keine dauernde Sicherheit. Nicht nur weil sie auf den Schultern eines einzigen Mannes ruht, sondern auch weil sie sich auf die heutige Weltlage als auf etwas Feststehendes stützt und die dauernde Bewegung der wirkenden Kräfte auf dem gegenwärtigen Punkt zum Stillstand zu bringen bestrebt ist. Sie ist verfehlt, weil sie den Staat lediglich vom Gesichtspunkt eines nationalen Machtfaktors betrachtet, aber das nationale Konglomerat, aus dem er gebildet wird, in seiner arithmetischen und psychologischen Bedeutung übersieht; sie ist verfehlt, weil sie unaufrichtig ist und im Ausland Eindrücke hervorzurufen trachtet, die mit den inneren Zuständen der Republik nicht übereinstimmen; sie steht auf keiner festen Grundlage, weil sie den praktischen Bedürfnissen der Volkswirtschaft nicht genügend Rechnung trägt und weil sie den politischen Interessen eines guten Drittels sowie der politischen Überzeugung eines noch größeren Teiles der Bevölkerung widerspricht. Die tschechoslowakische Außenpolitik ist schließlich zu teuer, weil der kleine Staat die übergroßen militärischen Lasten und die Kosten der propagandistischen Aufmachung auf die Dauer nicht ohne Schaden für die produktive Arbeit des wirtschaftlichen Lebens bezahlen kann.

Dessenungeachtet wird die nationale Koalition, von der die tschechoslowakische Republik auf der von Anbeginn falschen Grundlage eines einseitigen Nationalstaates beherrscht wird, bis auf weiteres keine Änderung der für die nationalen Minderheiten unerträglichen außenpolitischen Richtung gestatten. Daher werden diese, insbesondere die Sudetendeutschen, auch weiterhin in der schärfsten Opposition gegen den heutigen Kurs der Politik des Außenministers verharren.

Die tschechoslowakische Außenpolitik hat ein Reklameschild, auf das Dr. Beneš regelmäßig mit besonderem Pathos hinweist, wenn er seine Politik verteidigt. Es ist das Wort „Demokratie". Das Antlitz der tschechoslowakischen Demokratie ist nach links gewendet. Die tschechische Außenpolitik rechnet, nach den letzten Ausführungen des sich selbst als Sozialisten bekennenden Ministers zu urteilen, mit einer fortschreitenden Entwicklung der europäischen Verhältnisse in dieser Richtung, sie ist jedenfalls bestrebt, sie im In- und Auslande zu fördern.

Ob sich nun die Resultante der in der Weltpolitik arbeitenden Kräfte in den kommenden Jahren nach rechts oder nach links verschieben mag, eines scheint sicher, daß „Demokratie" nur dort bestehen kann, wo an die Stelle der unantastbaren Autorität des beseitigten monarchischen Systems die unbedingte Autorität von Recht und Moral tritt.

Militärpolitik

Kampf gegen den deutschen Militarismus und Schutz der kleinen Staaten ist das Schlagwort, unter dem der Weltkrieg entfesselt wurde. Niederhaltung des deutschen Militarismus war das Schlagwort, mit dem der verbrecherische Frieden von Versailles gerechtfertigt, unter dem die Wehrhaftigkeit des Deutschen Reichs und Österreichs bis zur vollkommenen Ohnmächtigkeit zerstört wurde. Niederhaltung des deutschen Militarismus ist immer noch das Schlagwort, unter dem Frankreich 6 Jahre nach dem Friedensschluß die Berechtigung findet, eine Armee zu erhalten, die den Friedensstand um ein weites übersteigt. Niederhaltung des deutschen Militarismus ist auch das Schlagwort, unter dem die aus dem Territorium der Mittelstaaten entstandenen neuen Staatengebilde Armeen unterhalten, die nicht nur die deutsche Wehrmacht weit überschreiten, sondern auch in keinem Verhältnis zur finanziellen Lage und Bevölkerungszahl dieser kleinen Staaten stehen.

An der Spitze dieser Länder marschiert die Tschechoslowakei, ein Land, das dem Begriff eines Nationalstaates in der gleichen Weise widerspricht wie die ehemalige österreichisch-ungarische Monarchie, deren Zertrümmerung erfolgte, um die Gründung von „Nationalstaaten" zu ermöglichen. Weit entfernt jedoch, daß die kleine tschechische Nation sich mit ihrem die nationalen Grenzen beträchtlich überschreitenden Staatsgebiet zufrieden gibt, ist die ganze Politik seit dem Entstehen des Staates auf Erweiterung nach allen Seiten eingestellt. Den besten Einblick in die tschechische Eroberungspolitik gibt die bekannte Broschüre Hanuš Kuffners: „Unser Staat und der Weltfrieden"[1]). In der Politik der Tschechoslowakei findet man immer wieder das hier geäußerte Bestreben zur absoluten Beherrschung eines kontinentalen Blockes mit dem freien Ausgang an die Nordsee bei Hamburg, dem Hafen, nach welchem die böhmische Ausfuhr seit Urzeiten stark konzentriert war, und zur Beherrschung der mittleren Donau als Stützpunkt für die Beeinflussung des Balkans. Je nach der politischen Lage hat die Tschechoslowakei sprunghaft die eine oder andere Richtung bevorzugt und verfolgt, und stets waren es militärisch-politische Verträge, welche sie zur Erreichung ihres Zieles, natürlich immer unter der Maske der Verteidigung, abschloß.

Die bekanntesten Verträge der Tschechoslowakei führten zur Gründung der kleinen Entente. Über ihr Zustandekommen veröffentlichte die Prager Regierung ein Weißbuch, betitelt: Diplomaticke Dokumenty o spojeneckych slouvach. Die veröffentlichten Verhandlungen über das Zustandekommen ergeben in Kürze folgendes Bild: Die kleine Entente stellt ein Bündnis politischer und militärischer Natur dar, dessen Defensivabsicht ausdrücklich betont wird. Es entstand gegen die Integritätspolitik Ungarns und infolge der Restaurationsbestrebungen der Habsburger. Da aber diese Gefahren von Monat zu Monat sich verminderten, trat der Wille mehr und mehr zutage, aus der reinen Verteidigungsstellung zu einer positiven, mitteleuropäischen Politik überzugehen, was sich deutlich in einem 1923 abgeschlossenen Zusatzvertrag zwischen der T. S. und S. H. S. zeigte. Bei dem Zustandekommen wurde ein Vorschlag des rumänischen Ministers Take Jonescu auf eine Zusammenfassung Mitteleuropas unter Heranziehung Italiens und Polens zu einem Großmachtblock von Beneš als zu weit gehend abgelehnt, dagegen ein Plan von Beneš angenommen, der eine um so festere Bindung zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei, der Tschechoslowakei und Rumänien und schließlich zwischen Rumänien und S. H. S. vorsah. Eine losere Verbindung sollten Polen und Österreich eingehen. Der erste Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und S. H. S. trägt das Datum vom 14. 8. 20, nachdem die Verhandlungen seit 10. 12. 19 liefen. Am 5. 1. 20 ging der erste Vorschlag auf den gleichen Vertrag an den rumänischen Ministerpräsidenten ab, führte jedoch erst am 23. 4. 21 unter dem Eindruck des Osterputsches in Ungarn zum Vertragsabschluß. Die jugoslawisch-rumänische Konvention kam erst am

[1]) Vgl. den Aufsatz von Anton Klement in diesem Heft.

. 6. 21 zustande. Neben dem zur Veröffentlichung gelangten politischen, wurde in militärischer Geheimvertrag abgeschlossen.

Im Frühjahr 1921 veranlaßten nationale und kommunistische Umtriebe in der Slowakei die Regierung, militärische Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen und die slowakischen Garnisonen zu verstärken. Wie sich später herausstellte, erfolgte dieser Aufmarsch im Einvernehmen mit der Regierung von Belgrad zu dem Zwecke, einen günstigen Augenblick zu benützen, um aus Westungarn den jugoslawisch-tschechischen Korridor zu bilden. Im Herbste des Jahres 1921 kam infolge der Anschlußbestrebungen Österreichs an das Deutsche Reich die Aufteilung des österreichischen Staates in Erwägung. Die großen Mächte hatten hieran wenig Interesse, Frankreich hätte vielleicht sogar eine habsburgische Restauration bevorzugt. Gerade die Möglichkeit der Wiederkehr der Habsburger veranlaßte die Tschechoslowakei, die Aufteilung Österreichs zu betreiben, wobei es sich die wichtigsten Gebiete Niederösterreichs mit Wien zudachte. Die unmittelbare Grenze mit Jugoslawien sollte durch Zuteilung Kärntens und Steiermarks an diesen Staat hergestellt werden.

Die Verlegung des Schwerpunktes der kleinen Entente nach Prag ist seit März 1922 offenkundig, da sich Beneš zu dieser Zeit dahin aussprach, Südslawien könne überhaupt nicht als ein Teil des mitteleuropäischen Staatensystems angesehen werden, es gehöre zum Balkan. Der südslawische Gesandte in Athen, Balugschitsch, griff diese Äußerung auf, betonte in einem Artikel die Verschiebung des Schwergewichtes der kleinen Entente nach dem Norden und damit den Einbezug der kleinen Entente in die Interessensphäre Frankreichs. Von diesem Zeitpunkt ab ergab sich eine Lockerung der kleinen Entente, die bei den Konferenzen mehr und mehr zutage trat.

Die Bestrebungen einer Vormachtstellung bei den Donaustaaten sind aus den Donaukonföderationsbestrebungen von Dr. Beneš, die bis zum heutigen Tage noch nicht aufgegeben sind, ersichtlich. Die Versuche von Dr. Beneš, Österreich in die kleine Entente einzubeziehen, setzen stets voraus, daß die Führung der kleinen Entente in Prag liege. Die Donaubundbestrebungen traten am deutlichsten im Jahre 1921 und 1922 in Erscheinung und verstummten dann, bis Beneš am 6. 2. 1924 in einer Denkschrift erklärte: Die Konzeptionen der kleinen Entente werden so sein, daß sie keinen Stachel mehr gegen Ungarn und auch nicht gegen Österreich besitzen werden. Es wird zu einer Organisation Zentraleuropas kommen, wobei alle Staaten ihre Souveränität behalten werden. In diesem Exposé, das der Erklärung des tschechisch-französischen Bündnisvertrages galt, ist der Beweis dafür enthalten, daß diesem Vertrage in bezug auf das Donaubecken Bestrebungen zugrunde liegen, die über die offiziellen Erklärungen weit hinausgehen. Sonst wäre die programmatische Erklärung des Ministers nicht möglich geworden.

Eine Ergänzung hierzu bildet die Äußerung von Beneš nach der Völkerbundstagung im Herbst 1924, er sei vom Völkerbund zur Ausarbeitung eines Planes für eine Donaukonföderation beauftragt worden. Nach dem erfolgten scharfen Dementi dieser Behauptung durch den österreichischen Ministerpräsidenten Dr. Seipel ergab sich, daß dieser Auftrag allerdings nicht gegeben wurde, sondern daß Beneš den Vorschlag hierzu gemacht hatte, die Zusicherung des Wohlwollens vom französischen Vertreter erhalten hatte, während die übrigen europäischen Großmächte wenig Interesse für diesen Plan zeigten. Beneš hat jedoch trotz dieser Bloßstellung seinen Plan keineswegs aufgegeben. Mitte November beabsichtigte er einen Besuch in Wien, bei dem ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der Donaustaaten durch Zollverträge auf dem Programme stand. Das heißt: Über wirtschaftlichen Zusammenschluß soll ein späterer politischer vorbereitet werden, natürlich unter Führung Prags. Der friedliche Weg zum Ziele zu gelangen ist jetzt der einzig gangbare, da die Festigung Österreichs und Ungarns den Weg der Gewalt ausschaltet.

Ebenso konsequent wie die Ausdehnungs- und Vormachtbestrebungen im Donaubecken, wurden die Pläne der Tschechoslowakei gegen den deutschen Nachbarn betrieben, durch Frankreich weitgehendst unterstützt. Als günstigen Anlaß zur Gebietserweiterung an der Nordgrenze betrachtete Dr. Beneš die Teilung Schle-

siens. Die Ansprüche der Tschechoslowakei auf Ratibor und Glatz, die zu tiefgehenden Differenzen mit Polen führten, sind wohl noch in Erinnerung.[1])

Am 5. 11. 1921 wurde in Prag ein Bündnisvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Polen unterzeichnet, der als gegenseitiger Garantievertrag hingestellt wurde, zu wohlwollender Neutralität im Falle eines Defensivkrieges verpflichtete und die Durchfuhr von Kriegsmaterial sicherte. Polen erklärte sich in der Slowakei, die Tschechoslowakei in Ostgalizien für uninteressiert. Verschwiegen wurde allerdings, daß Polen auf eine Grenzberichtigung in der Javorina rechnete. Beneš erklärte am 6. 11. 1921: „Wir wollen niemand schaden, auch Deutschland nicht". Die Behauptung, die Tschechoslowakei habe territorialen Gewinn haben wollen, wies er als lächerlich zurück. Wie stimmt jedoch dazu ein Artikel des „Venkov" vom 12. 11. 1921, in dem das Bündnis nicht nur als Wall gegen den Bolschewismus dargestellt wird, sondern unter Ausmalung von Feldzugsplänen die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit Deutschland erörtert wird? Der Verfasser betrachtet den Vertrag als Provisorium und als den ersten Schritt zu einem Abwehrbündnis. Wie es mit solchen Abwehrbündnissen bestellt ist, das ist kein Geheimnis mehr. Einige deutschböhmische Abgeordnete stellten auch alsbald an den Ministerpräsidenten die Frage, was die laut gewordenen Befürchtungen einer weiteren Besetzung deutscher Gebietsteile auf sich hätten. Tatsächlich forderte die „Narodni Democracie" 10 Gemeinden im Ratiborer Bezirk. „Bezrucuv Kray" erörterte einen Gebietsaustausch mit Deutschland, der den Glatzer Kessel an die Tschechoslowakei bringen sollte. Die tschechisch-polnischen Reibungen, die in der Javorinafrage gipfelten, banden der Tschechoslowakei freilich die Hände.

Wie wenig aber die Gelüste der Tschechoslowakei auf deutsche Gebiete schwanden, beweist die Oktoberbotschaft 1923 des Präsidenten Masaryk, in der die Zugehörigkeit der Lausitzer Sorben zu den tschechischen Nachbarn hervorgehoben wurde. Die Presse des Landes griff die Anspielung mit größtem Eifer auf. Der Landesverteidigungsminister schrieb im „Vecer" am 15. 11., daß die Lausitzer Sorben unter der wachsenden Drangsalierung der Sachsen und Preußen bitter zu leiden hätten, und verweist auf ein in Frankreich erschienenes Buch „Un peuple martyr", dessen Verfasser er lieber verschweigt. „Wenn schon die Welt diesen Stamm verlassen hat, so haben die Tschechen die Pflicht, diesem Volke zu Hilfe zu kommen", fährt er fort, alles rufe nach der Rettung der Lausitzer Sorben. Der „Daily Telegraph", der dem tschechischen Ministerpräsidenten sehr freundlich gegenüberstand, schrieb zu dieser Zeit, man werde es der Tschechoslowakei überlassen gegen Sachsen vorzugehen. Das Buch „Un peuple martyr" wurde seither in der tschechischen Presse immer wieder angezogen.

Die dauernde Bedrohung des Deutschen Reiches durch die Tschechoslowakei erweist sich am klarsten durch die Abhängigkeit des Staates von Frankreich. Diese vollständige Abhängigkeit, die am besten aus der Vormachtstellung des französischen Generalstabes in Prag hervorgeht, geht auf die Abmachungen des Pariser Kongresses vom Oktober 1918 zurück, der die Grundlage für den tschechoslowakischen Staat schuf. Die damals festgelegten Bindungen, besonders militärischer Art, wurden seither immer wieder erneuert und ausgebaut. Diese Verträge „rein defensiver Natur" bildeten eine immer wiederkehrende Gefahr für Bayern.

Die Bedrohung Bayerns zeigte sich erstmals im Herbst 1918 als die neugebildete Tschechoslowakei den Besitz des Donauhafens Passau und vor allem von Furth im Wald anstrebte. Die Berechtigung für den Besitz von Furth leiten die Tschechen davon ab, daß bei Furth die tschechische Bevölkerung bis an die bayerische Grenze heranreicht und daher der Ort, welcher ein Ausgangstor aus dem Böhmerwald nach Bayern bildet, den Tschechen zustehe.

Die Bedrohung des Ruhrgebietes durch Frankreich in den Jahren 1921 und 1922 brachte regelmäßig auch eine Bedrohung des Reiches durch die Tschechoslowakei, die durch ihre Verträge mit Frankreich verpflichtet war, auf Wunsch des letzteren

[1]) Vgl. den Aufsatz von Graf Stolberg-Wernigerode in diesem Heft.

ich an Reparationsmaßnahmen zu beteiligen. Im Jahre 1921 weilten Dr. Beneš ınd der polnische Minister Pilsudski in Paris, wobei militärische Vorbereitungen ınläßlich der Abstimmung in Oberschlesien besprochen wurden, die auch für die Tschechoslowakei den Einmarsch in deutsche Gebiete vorsahen. Im März 1922 fand ·in weiterer Besuch von Beneš in Paris statt, bei dem abermals der alte Plan erörtert vurde. Für den Fall einer Besetzung des Ruhrgebietes zog man einen Vormarsch ıer Tschechoslowakei von Eger aus in das Maintal in Erwägung. Als die Besetzung ies Ruhrgebietes schließlich im Jahre 1923 stattfand, drohte auch sofort die Gefahr ies Einmarsches der Tschechen, zumal wenn Deutschland einen Versuch gemacht ıätte, sich gegen diesen unerhörten französischen Rechtsbruch zur Wehr zu setzen. Die gleiche Gefahr wiederholte sich anläßlich des Hitlerputsches im Herbst 1923.

Im Herbste 1923 wollte das Gerücht über neue Geheimabkommen zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich mit der Spitze gegen das Deutsche Reich nicht nehr verstummen. Das Frühjahr 1924 brachte dann die einwandfreie Klarstellung iber die tatsächlich am 25. 1. 1924 abgeschlossenen Geheimverträge, deren wesentlicher Inhalt für unsere Betrachtung folgender ist: Es erfolgt unter französischer Leitung der Ausbau der tschechischen Wehrmacht unter restloser Ausnutzung der tschechischen Volkskraft für den Wehrzweck nach den von der französischen Militärmission in Prag gemachten Entwürfen. Die Tschechoslowakei erhält die hierfür nötigen Kredite von Frankreich zugesichert. Die beiden Staaten verpflichten sich gegenseitig im Kriegsfalle mit Deutschland (von einem Defensivkrieg ist nicht mehr die Rede) zu weitest gehender Waffenhilfe. Ein Rechtsputsch im Reiche — das ist wohl ein dehnbarer Begriff — und der Versuch einer Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie in irgendeinem Teile des Reichs gilt als casus belli. Eine Anschlußbewegung von Österreich an das Reich wird durch Besetzung Österreichs verhindert. Die kleine Entente sollte durch den gleichen Vertrag gebunden werden; dies scheiterte jedoch an dem Widerstand von Nincic.

Stärkere Hemmungen noch fand die Tschechoslowakei in ihrer inneren Struktur. Die vielen unterdrückten und mit allen Mitteln gequälten Minderheiten bringen keine besondere Begeisterung für eine Machterweiterung der tschechischen Bedrücker auf. Daher fürchtete die Regierung bei offensivem Vorgehen gegen ihre Nachbarn zum mindesten einen passiven Widerstand im eigenen Lande.

Der französische Druck und die tschechische Expansionslust führten dazu, daß der tschechische Staat den Ausbau seiner Armee und damit die Militärpolitik in den Vordergrund schob. Diese Tatsache kann durch keine Friedensversicherungen des Ministerpräsidenten widerlegt werden. Wir wollen mit einigen Zahlen das Rüstungsfieber dieses militärisch Frankreich kaum nachstehenden Staates belegen.

Die tschechische Armee hatte im Oktober 1921 noch eine Friedensstärke von 190000 bis 200000 Mann. Sie wurde später auf die Normalstärke von 150000 Mann reduziert, wozu noch 14200 Mann Gendarmerie kommen, das sind 1,21% der Bevölkerung. Für den Mobilmachungsfall konnten in den letzten Jahren etwa 1 Million Mann aufgestellt werden, bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 13,8 Millionen eine ansehnliche Zahl. Die französische Militärmission gab sich jedoch damit nicht zufrieden. In den schon einmal erwähnten Entwürfen der Militärmission vom Dezember 1923 wurde erklärt, die Ausnutzung der tschechoslowakischen Armee entspreche nicht der bedrohten Lage des Landes. Das Assentierungskontingent sollte auf 5000 Mann pro Million Einwohner erhöht werden, wodurch sich die Gesamtzahl der Ausgebildeten um 50% erhöhen würde. Durch Bildung weiterer Formationen 3. und 4. Linie ließe sich die Zahl der Kriegstauglichen zwischen 17 und 50 Jahren auf 3,7 Millionen erhöhen, also auf fast ¼ der Gesamtbevölkerung. Da eine Erhöhung des Kontingents der Wehrmacht bei der durch das hohe Militärbudget an und für sich übermäßig belasteten Bevölkerung kein Verständnis finden würde, soll nunmehr durch eine Herabsetzung der Dienstzeit und vorzeitige Beurlaubung von Ausgebildeten die Möglichkeit zur Einziehung einer größeren Zahl von Mannschaften geschaffen werden.

Die tschechische Armee besteht aus 12 Infanterie-Divisionen. Interessant ist die Stärke der Artillerie. Sie gliedert sich in 16 leichte Artillerie-Regimenter, 14 sogenannte grobe Artillerie-Regimenter, 3 Gebirgsartillerie-Regimenter, 5 schwere Artillerie-Regimenter mit Automobilabteilung, darunter 1 schweres Kanonen-Regiment, 2 schwere Haubitzen-Regimenter und 2 schwere Mörser-Regimenter, ferner Spezialartillerie, bestehend aus dem Minenwerfer-Regiment, der Fliegerabwehr-Artillerie und der Artillerie-Messungs-Ersatzabteilung.

Die Legionärformationen, die in den ersten Jahren der Republik soviel von sich reden machten, sollen nicht unerwähnt bleiben. Nach der Errichtung des tschechoslowakischen Staats bestand der Kern der Armee aus den Legionärformationen, jenen Hochverrätern, die während des Weltkrieges aus der österreichisch-ungarischen Armee desertierten und dann auf russischer, italienischer oder französischer Seite den Krieg gegen das Heimatland führten. Nach ihrer Rückkehr wurden sie natürlich als nationale Helden gefeiert und in der Truppe durch besondere Bevorzugungen belohnt. Diese Kerntruppen des Jahres 19 wurden aber infolge ihrer Unbrauchbarkeit und Überhebung mehr und mehr eine schwere Sorge für die Regierung. Nach Möglichkeit wurden die Legionäre in staatlichen und privaten Stellen untergebracht, aber es war der Regierung noch nicht möglich, diese Formationen völlig zu beseitigen. Eine besondere Last bildeten die Legionäroffiziere, die in den ersten Jahren, trotz vollkommener Unfähigkeit, in ganz jungen Jahren bereits in höhere Kommandostellen kamen und jetzt weder entfernt werden können, noch irgendwie ihre Posten auszufüllen in der Lage sind. War es in den ersten Jahren der tschechoslowakischen Republik eine besondere Ehre, den Legionärregimentern anzugehören, so gilt es jetzt in der Armee eher als Qualifizierung für einen Soldaten 2. Klasse.

Das Militärbudget der ganzen letzten Jahre ergibt gleichmäßig außerordentlich hohe Belastungen der Steuerzahler. In den Jahren 1922—1924 betrug das Militärbudget jährlich rund 3 Milliarden Kronen, das sind 14—15% des gesamten Staatsbudgets; pro Kopf der Bevölkerung trifft für das Militärbudget 200—250 Kronen. Tatsächlich aber sind die Kosten für die Armee wesentlich höher, da im Budget die Kosten für Militärbauten nicht inbegriffen und eine Reihe anderer Posten, auf andere Etats übernommen sind. Die Oppositionsgruppen im Parlament nahmen in letzter Zeit besonders ausgesprochen Stellung gegen die hohe Belastung des Budgets durch die Wehrmacht. Es wird daher von der Regierung beabsichtigt, noch mehr als bisher die Kosten der Militärverwaltung auf andere Etats zu überschreiben.

Einen besonders hohen Posten im Militärbudget mit 130—150 Millionen jährlich nimmt das Flugwesen ein. Daran hat Frankreich ein ganz besonderes Interesse, denn gut ausgebaute Flugzeugstationen in Polen und in der Tschechoslowakei sollen es Frankreich ermöglichen, das gesamte deutsche Staatsgebiet an einem Tage zu überfliegen und so alle deutschen Städte mit Fliegerbomben zu belegen. Das französische Interesse bekundete sich am eindruckvollsten in dem französisch-tschechischen Flugabkommen des Jahres 1923, das durch regen Austausch von Ingenieuren, Konstrukteuren und technischem Personal den Bau von Flugzeugen zu fördern versucht. Der Ausbau des Flugwesens machte jedoch trotz aller Anstrengungen nicht die gewünschten Fortschritte. Immerhin ist ein bedeutender Aufschwung festzustellen. Nach einer Statistik wurden von tschechischen Militärfliegern folgende Zahlen von Flügen ausgeführt: 1918 — 102, 1919 — 1214, 1920 — 10903, 1921 — 14405, 1922 — 21273, 1923 — 54449. Die im Jahre 1923 zurückgelegte Strecke betrug 1579030 km. Ende 1923 betrug der Flugpark nur 199 startbereite Flugzeuge, mit 1850 Piloten. In den nächsten 5 Jahren soll die Zahl der Flugzeuge verfünffacht, die der Piloten verdreifacht werden[1]).

Die Fliegertruppe besteht aus drei Regimentern, zusammengesetzt aus 2 Fliegerbataillonen, Ballonkompanie, photographische Abteilung etc. Flugplätze werden

[1]) Die große Zahl von Fliegerunfällen in der Tschechoslowakei ist eine eigenartige Erscheinung, findet jedoch vielleicht, wenigstens teilweise, ihre Erklärung in dem großen Benzinskandal, der den Blätterwald des letzten Jahres beschäftigte.

dauernd neu errichtet. Wegen der Nähe der Grenze wird die eventuelle Verlegung des Flugplatzes von Eger besprochen. Neue Flugplätze entstanden in Mährisch-Ostrau, Brünn, Prosnitz u. s. f. Von besonderer Bedeutung ist, daß die französische Militärmission in allerletzter Zeit durch ein neues Mitglied, einen Inspekteur des tschechischen Flugwesens verstärkt wurde.

Damit kommen wir zur Bedeutung der französischen Militärmission in der Tschechoslovakei. 1921 nistete sich bereits in Prag eine französische Mission, bestehend aus General Mittelhauser, 70 Offizieren und 50 Unteroffizieren ein. 1922 wurde von tschechischen Kreisen gegen diese kostspielige Bevormundung Einspruch erhoben, von der Regierung jedoch eine beschwichtigende Kundgebung erlassen, die auf die Wichtigkeit der Mission hinwies, deren Beendigung der Zeitpunkt brächte, an welchem der tschechische Staat genügend militärische Mitarbeiter zur Verfügung habe. Dieser Zeitpunkt scheint aber noch in weiter Ferne, denn inzwischen ist die französische Mission lawinenartig angewachsen. Von 104 Generalstabsoffizieren der tschechischen Armee sind 44, also 42% Franzosen. 20% des gesamten Offizierskorps sind aus Frankreich entlehnt. Sie befinden sich in allen höheren Stäben, bei jedem Truppenteil, besonders bei den technischen Truppen. Die Militärbildungsanstalten sind von ihnen geleitet; wieweit französische Ingenieure, Chemiker etc. die tschechische Kriegsindustrie durchsetzt haben und beherrschen, läßt sich gar nicht feststellen. Nunmehr wurde ein „Oberster Kriegsrat" in der Tschechoslowakei geschaffen, der die militärische und wirtschaftliche Mobilisierung vorzubereiten hat. Der Chef dieses Rates soll dem französischen Generalstabschef gleichgestellt sein. Also auch er hat nichts zu sagen. So sieht die nationale tschechische Armee aus, eine französische Kolonialtruppe. Die südslavische Regierung wußte, warum sie es vorzog, sich mit Italien zu einigen und dem tschechisch-französischen Geheimvertrag nicht beizutreten.

Die für ein kleines Land selten vorteilhafte Eisen- und Hüttenindustrie der Tschechoslowakei ermöglicht eine Kriegsindustrie, die alle Bedürfnisse des Landes voll befriedigen kann. Die Skodawerke in Pilsen, die in französischen Händen sind, beliefern die Tschechoslowakei mit dem gesamten Geschütz, Maschinengewehr, Minenwerfermaterial u. s. f. und sollen auch im Kriegsfalle den Bedürfnissen des Staates voll gerecht werden. Die Staatliche Waffenfabrik Pbrovice liefert die Infanterieausrüstung, des ferneren ist auch die Firma „Praga A.-G." mit Lieferungen voll beschäftigt. Dies sind die drei hauptsächlichsten Firmen der Kriegsindustrie. Ganz besondere Sorgfalt wird auch auf die chemischen Werke gelegt, an deren Ausbau der Staat aus militärischen Gründen größtes Interesse bezeugt.

Im Zusammenhang mit der Militärpolitik des Staates steht der Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes. Zwar verfügt die Tschechoslowakei bereits über ein sehr ausgedehntes und gutes Bahn- und Straßennetz, jedoch nur in der Tschechei, während die von den Karpathen in der Längsrichtung durchzogene Slowakei, die vor dem Weltkriege vom militärischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nach Ungarn orientiert war, auf das Staatsgebiet erst eingestellt werden muß. Bis 1926 soll ein Eisenbahnbauprojekt durchgeführt sein in der Gesamtlänge von 516 km mit 16 neuen Strecken, die als rein strategische Bahnen angesprochen werden können. Für die Beschaffung von Eisenbahnmaterial dürften im allgemeinen die Skodawerke, die böhmisch-mährische Maschinenfabrik Kolben, Nesseldorfer Waggonfabrik, Brünn-Königswalder Waggonfabrik und Witkowitzerfabrik den Bedarf voll zu decken in der Lage sein. Bei Einsatz aller Mittel unter Heranziehung französischen Kredites könnten die Verkehrsmittel im Jahr um etwa 400—450 Lokomotiven und 4 bis 5000 Waggons vermehrt werden.

Hand in Hand mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes geht die Instandsetzung und der Ausbau der Straßen. Die Reichsstraßen wurden in den letzten Jahren alle in Stand gesetzt, die Bezirksstraßen, die unter der österreichischen Monarchie zum Teil in sehr mäßigem Zustand waren, sind in den Grenzgebieten neu gebaut worden.

Besonders aufmerksam wurden die Brücken auf ihre Tragfähigkeit für die Anforderungen der Armee nachgeprüft.

Das Bodenenteignungsgesetz wurde ebenfalls in den Dienst der Militärpolitik gestellt. Weite Waldgebiete wurden an der äußeren Peripherie des Landes enteignet, und mit einwandfrei verläßigen Tschechen besiedelt. So schuf sich der Staat zu militärischen Zwecken einen breiten Gürtel Eigenbesitzes innerhalb seiner Grenzen.

Dem Militärbildungswesen wird große Sorgfalt zugewendet. Die von französischen Offizieren geleitete Kriegsschule hat seit November 1922 den vollen Betrieb mit 2 Jahrgängen aufgenommen. Ferner ist in Mährisch-Weißkirchen eine Militärakademie eingerichtet worden. Eine Militärfliegerschule, die auch die Ausbildung von Zivilfliegern übernimmt, ferner Kurse für Reserveoffiziere und Spezialkurse vervollständigen die Ausbildung, so eine Ingenieurakademie und Telegraphenkurse an der Technischen Hochschule, Schule des Artillerie-Verwaltungsdienstes etc.

Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der Sokolorganisationen, der tschechischnationalen Turnvereine, die militärisch organisiert sind und als Freiwilligenformationen ausgebildet werden. Ihnen gehören heute auch nicht Gediente an. Bei Armeewettspielen, die im Juli 1923 in Prag stattfanden, wurden sie als einziger Zivilverein zum Wettkampf mit der Armee zugelassen. Vom Ende des schulpflichtigen Alters bis zum Diensteintritt ist für die Jugend sportliche und turnerische Ausbildung obligatorisch, nach Ausbildungsplänen, die von den Behörden überwacht werden.

Der Riesenaufbau des Heeres der tschechoslowakischen Republik, der in keinem Verhältnis zur Größe des Landes steht, zumal von einer tatsächlichen Bedrohung des Staates durch seine ohnmächtigen Nachbarn Deutschland, Österreich und Ungarn keine Rede ist, beweist, daß der Staat rein auf Militärpolitik gegründet ist. In geschickter Weise verstand es Frankreich die Eroberungslust des Staates jahrelang zu schüren, bis er restlos in die Hand des starken Alliierten aus dem Westen gegeben war. Schwer bedrückt durch die Kosten, die der Heeresapparat erfordert, bekommt die Regierung zeitweise vor ihren eigenen Erfolgen Angst. Aber es gibt kein Zurück mehr. Heute bildet die Tschechoslowakei in der Hand Frankreichs eine schwere Bedrohung des mitteleuropäischen Friedens. Aber sie kommt nicht zum reinen Genuß ihrer militärischen Macht, da alle ihre Nachbarn in gleicher Weise bedroht sind und daher zu keinem gutnachbarlichen Verhältnis mit dem Land gelangen können, während der französische Alliierte räumlich weit entfernt ist.

Innenpolitik

Von Senator Hans Hartl in Reichenberg (Böhmen)

Deutscher Auffassung des Rechts- und Wahrheitsbegriffes wird es nicht leicht, sich in den Charakter der tschechischen Politik im allgemeinen und der Innenpolitik im besonderen hineinzudenken. Welcher Deutsche würde es ohne weiteres verständlich finden, daß die tschechische „Auslandsregierung" im Jahre 1919 in die Friedensverträge die monumentale Geschichtslüge einschmuggelte, alle Völker der Tschechoslowakei hätten sich aus freiem Willen zu diesem Staate zusammengeschlossen, daß aber schon drei Jahre später die Prager Regierung in ihrer Erwiderung auf die beim Völkerbunde eingebrachte Beschwerdeschrift der Sudetendeutschen behauptete, diese hätten mit Gewalt ihre Eingliederung in den gegen ihren Willen gegründeten Staat zu verhindern gesucht? Oder wer könnte angesichts der in derselben Erwiderung enthaltenen Behauptung, das Bodenreformgesetz sei in der Nationalversammlung in Gegenwart der Deutschen festgelegt worden, annehmen, daß dieses Gesetz in Wirklichkeit im Revolutionskonvent [1]) beschlossen wurde, in dem sich kein einziger Deutscher befand? Und wie könnte

[1]) Die erste, nichtgewählte Nationalversammlung. Siehe unten.

ein Deutscher es verstehen, daß der tschechische Abgeordnete Nemec in der Nationalversammlung, ohne zu erröten, verkündete: „Die Enteignung der Großgrundbesitze bedeutet tatsächlich eine ungeheure Revolution der bisherigen Ansichten über das Eigentum. Sie ist ein Eingriff ins Eigentumsrecht, aber wir sind uns dessen auch vollkommen bewußt," und wenn sein Kollege Binowec hinzufügt: „Für die Enteignung ohne Entschädigung sprach in erster Linie das Rechtsbewußtsein des tschechischen Volkes." Nebenbei bemerkt: Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Tschechen hinsichtlich ihres Eigentums ihre „bisherigen Ansichten" keineswegs geändert haben und daß sich daher die vom Abgeordneten Nemec betonte „ungeheure Revolution des Eigentumsbegriffes" nur auf fremdes Eigentum erstrecken kann.

All das muß vorausgeschickt werden, um begreiflichen Zweifeln an der Wahrheit mancher der folgenden Darlegungen von vornherein zu begegnen. Das ungeheure Unrecht, unter dem alle nichttschechischen Völker des Staates schwer und dauernd leiden, hat seinen Ursprung darin, daß die Verfassung und die wichtigsten sonstigen Gesetze in der von niemand gewählten, aus eigener Machtvollkommenheit zusammengetretenen ersten „Nationalversammlung", von der die Deutschen und Magyaren vollkommen ausgeschlossen waren, geschaffen wurden, und daß diese Gesetze von der erst im Juni 1920 zusammengetretenen, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung ohne Revision übernommen wurden.

Daß die Wahlgesetze nach demokratischen Grundsätzen konstruiert wurden, muß zugestanden werden. Aber bei Durchführung der verschiedenen Wahlen traten so haarsträubende Mißbräuche auf, daß die Freiheitlichkeit der Wahlgesetze vielfach ganz illusorisch wurde. Es sei nur an die Ausnützung des Soldatenwahlrechtes durch die zeitweise Verlegung der sog. Wahlbataillone in deutsche Städte erinnert. Und was nützte es den deutschen Parlamentariern, daß sie auf Grund eines freiheitlichen Wahlrechtes ihr Mandat erhielten, wenn sie bei ihrem Eintritt ins Parlament eine Geschäftsordnung vorfanden, die sie von höchst wesentlichen Teilen der parlamentarischen Arbeit grundsätzlich oder wenigstens nach der herrschenden Praxis ausschloß? So ist der Gebrauch der nicht „tschechoslowakischen" Sprachen beim Vorsitz und in der Berichterstattung im Hause wie in den Ausschüssen nicht gestattet, und ein stilles Übereinkommen der Regierungsparteien sorgt dafür, daß deutsche und magyarische Anträge, wären sie auch noch so gut begründet, einfach niedergetreten werden. Gewöhnlich besorgt dies schon der Initiativausschuß, der zu entscheiden hat, ob ein Initiativantrag überhaupt dem Hause vorzulegen sei oder nicht. Ganz außerordentliche Befugnisse des Präsidenten bieten ebensoviele Möglichkeiten für die Knebelung der Redefreiheit und sonstige Maßregelung unbequemer Volksvertreter, und es ist wohl am bezeichnendsten für den reaktionären Geist der Geschäftsordnung, daß der Präsident befugt ist, die im Parlamente gehaltenen Reden eigenmächtig zu zensieren und von der Aufnahme in das stenographische Protokoll auszuschließen.

Das größte innerpolitische Problem des vielsprachigen Staates ist und bleibt die Nationalitätenfrage. Der tschechoslowakische Staat sah sich gleich bei seiner Gründung vor die gewiß nicht leichte Aufgabe gestellt, mehr als ein Drittel seiner Gesamtbevölkerung, darunter 3½ Millionen kulturell und wirtschaftlich höchststehende Deutsche, mit der gegen ihren Willen erfolgten Eingliederung in den Staat zu versöhnen. Eine Aufgabe, die ein Höchstmaß an staatsmännischer Besonnenheit, Mäßigung und Gerechtigkeit verlangt hätte. An deren Stelle aber traten die schlechtesten Berater: Haß und Rache, innerlich ganz unbegründet und nur abgeleitet aus wahrheitswidrigen Deklamationen über angeblich früher selbst erlittene Unterdrückung, aus Legenden, die als Stimmungsmache für die Verschwörung gegen den alten Staat zweckdienlich sein mochten, die aber, nachdem ihr Zweck erreicht worden war, als größte Hemmnisse für einen wirklich demokratischen Aufbau des neuen Staates hätten erkannt und beseitigt werden müssen.

Die Männer aber, die an der Wiege der tschechoslowakischen Republik standen, dachten nicht daran, diese auf Recht und Gerechtigkeit zu gründen. Sie teilten die Bevölkerung in Herrscher und Beherrschte, in Überberechtigte und Rechtlose, und für ihre Auffassung der Stellung des Deutschtums im Staate ist nichts bezeichnender als die Äußerung des ersten Ministerpräsidenten Dr. Kramař: „Wir (die Tschechen) haben die Deutschen nicht zu fürchten. Sie werden sich nicht rühren können in diesem Staate, wenn wir nur stark bleiben."

Hat man den Deutschen durch das Sprachengesetz ein außerordentlich eingeschränktes Sprachenrecht eingeräumt, das ihnen den Gebrauch ihrer Sprache bei den Gerichten und Ämtern nur dort gestattet, wo sie mehr als ein Fünftel der Bevölkerung bilden, so wurde auch dieses noch durch Willkürakte der Verwaltung immer mehr eingeengt. Dies konnte um so leichter geschehen, als die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetze trotz unausgesetzten Drängens der Deutschen auch heute, nach fünf Jahren, noch nicht erschienen ist. Der Zweck dieser unerhörten Verzögerung liegt klar zutage. Der Verwaltung sollte Zeit gelassen werden, allmählich durch Verordnungen und Erlasse „via facti" sprachenunrechtliche Verhältnisse zu schaffen, die man nie und nimmer als Interpretation des Sprachengesetzes hätte herausgeben können, die man aber gewissermaßen als bloße Kodifikation der sprachlichen Zustände, wie sie sich inzwischen entwickelt haben, endlich in der Durchführungsverordnung zusammenfassen wird.

Zur Kennzeichnung dieser Entwicklung sei nur auf folgendes hingewiesen: Alle Ortstafeln und Straßenbezeichnungen, alle Aufschriften an Apotheken, Tabakläden, an Gasthöfen und Wirtshäusern einschließlich der Speisekarten müssen auch in rein deutschen Städten an erster Stelle in tschechischer Sprache ausgefertigt sein. Hoteliers, die in ihrer Bett- und Tischwäsche, im Geschirr, in den Bestecken usw. ganz harmlose, aber den Behörden mißfällige Zeichen, z. B. eine Krone (Hotel Imperial in Karlsbad) oder den früheren Hotelnamen, z. B. „Stadt Wien" in Trautenau, eingewebt, eingebrannt oder eingraviert hatten, erhielten den amtlichen Auftrag, diese Bezeichnungen binnen 14 Tagen zu beseitigen (!) oder, wenn dies undurchführbar wäre, neues Inventar ohne jene Bezeichnungen anzuschaffen. (!!) Und was soll man dazu sagen, wenn die höchste politische Behörde des Landes, die politische Landesverwaltung in Prag, der Stadt Asch den Auftrag erteilte, in der zu Ehren eines früheren Bürgermeisters erfolgten Straßenbenennung „Wilhelm Weiß-Straße" den Vornamen Wilhelm (!) zu entfernen?

An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die Friedensverträge (Minderheitsschutzvertrag) allen Völkern den uneingeschränkten Gebrauch ihrer Sprache im privaten und geschäftlichen Verkehre zusichern und daß in vollster Mißachtung der damit übernommenen Verpflichtung unmittelbar nach dem Umsturz zuchtlose, mit Leitern, Spitzhaken, Teerkübeln und Maurerpinseln ausgerüstete Banden tagelang die Straßen Prags durchzogen und alle deutschen Aufschriften, sogar die deutschen Vornamen auf den Firmenschildern gewaltsam beseitigten oder beschmierten. Die Behörden duldeten nicht nur diese unerhörte Gewalttat; sie sind auch heute noch bemüht, jede Wiederherstellung des alten Zustandes zu verhindern. Der „Primas" von Prag, Dr. Baxa, hat sich sogar erst kürzlich herausgenommen, das Auflegen deutscher Speisekarten in den Wirtschaften zu untersagen.

Wenn die besprochenen Gewaltmaßnahmen einerseits den Fremden über die nationalen Verhältnisse in einzelnen, insbesondere in den deutschen Staatsgebieten gröblich täuschen sollen, so bedingen sie anderseits auch eine bewußte Demütigung der Deutschen, eine beabsichtigte Verletzung ihres nationalen Stolzes.

Weit darüber hinaus gehen aber die Maßnahmen zur Entfernung der Deutschen aus den staatlichen Ämtern und Unternehmungen. Was hier an Unrecht und Unmenschlichkeit begangen wurde, kann sich der Außenstehende kaum vorstellen. Zuerst erfolgten Entlassungen, Zwangspensionierungen und Versetzungen deutscher Beamten unter Berufung auf irgendwelche Dienstesrücksichten, dann kam die Verfügung, daß sich alle nichttschechischen Beamten, Angestellten und Ar-

weiter einer Prüfung in der Staatssprache zu unterziehen haben, von deren Ergebnis die Weiterbelassung im Staatsdienst abhängig gemacht würde. Seither konnte man beobachten, wie die Deutschen planmäßig aus Amt und Brot hinausgeprüft wurden. Schon die Fragestellung ließ oft den eigentlichen Zweck der Prüfung deutlich erkennen. Fragen nach dem Lebenslaufe irgendeines tschechischen Dichters oder nach dem Erbauer des tschechischen Nationaltheaters kann man doch wahrhaftig nicht als geeignet betrachten, die für den Dienstgebrauch erforderliche Kenntnis der Staatssprache bei einem untergeordneten Eisenbahnangestellten festzustellen. Und wenn kürzlich einem niederen Postbeamten in Teplitz die Prüfungsfrage vorgelegt wurde: „Warum hat Deutschland den Krieg begonnen?" so erkennt man darin die rohe Absicht, den Prüfling zu zwingen, gegen besseres Wissen die infame Kriegsschuldlüge zu wiederholen und so auch seine Seele in den Staub zu drücken. Aber trotz allen Prüfungsquälereien hat sich doch noch ein Rest deutscher Staatsbeamten erhalten können. Nun soll auch dieser über die Klinge springen. Die Handhabe dazu bietet das neue Beamtenabbaugesetz, nach welchem 10 vH aller Staatsangestellten, das sind 35 000, im Laufe des Jahres 1925 zwangsweise pensioniert oder gegen eine bettelhafte Abfertigung entlassen werden sollen. Für die nationale Tendenz des Gesetzes spricht schon der Umstand, daß sich der Ministerpräsident Swehla entschieden weigerte, irgendeine, die nationale Unparteilichkeit verbürgende Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Außerdem liegen öffentliche Äußerungen hervorragender tschechischer Politiker in dem Sinne vor, daß der Beamtenabbau nur die Deutschen und Magyaren treffen werde. Daß das Gesetz über wohlerworbene Rechte der Beamten schonungslos hinweggeht, ergibt sich aus dem § 31, der lautet: „Für die Dauer der Wirksamkeit dieses Gesetzes verlieren alle Dienst- und Pensionsvorschriften und Verträge, die diesem Gesetze widersprechen, ihre Gültigkeit." Das Heer der Verzweifelnden in unserer Republik wird durch dieses Gesetz mindestens um 100 000 Personen vermehrt werden. Ganz nebenbei sei bemerkt, daß die nationale „Reinigung" der Ämter, besonders der Zentralstellen, eine merkwürdige Parallelerscheinung aufweist: die Verunreinigung der Verwaltung, die durch eine Kette von Korruptionsaffären die Aufmerksamkeit der ganzen Welt in unrühmlicher Weise auf unseren Staat lenkte.

Die Tschechen wußten und wissen ganz genau, welche Bedeutung unsere anfängliche kulturelle und wirtschaftliche Überlegenheit für unsere nationale Selbstbehauptung besitzt. Und da sie — gewiß nicht ohne Grund — befürchten, daß sich auch das Ausland nicht mehr lange über die wirklichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei täuschen lassen wird, daß sie demnach die angestrebte Umwandlung ihres Nationalitätenstaates in einen Nationalstaat und als Voraussetzung hiefür die Entnationalisierung der Nichttschechen, vor allem aber der Deutschen, mit rücksichtsloser Gewalt betreiben müssen, so suchen sie vorerst die Widerstandskraft der Deutschen durch Zerstörung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Kraft zu brechen. Der kulturellen Zurückwerfung dient vor allem das noch vom Revolutionskonvent geschaffene Schulgesetz, das Auflösung und Errichtung von Volksschulen oder einzelnen Klassen in die Hände eines einzigen, dem Parlamente nicht verantwortlichen Mannes, des jeweiligen Präsidenten des Landesschulrates legt. Außerdem bestimmt das Gesetz, daß im Gegensatze zu den gewöhnlichen, an bestimmte Schülerzahlen gebundenen Volksschulen für die nationalen Minderheiten staatliche Minderheitsschulen ohne Rücksicht auf die Kinderzahl errichtet werden können. Wie sehr von dieser Bestimmung zur nationalen Durchsetzung des deutschen Sprachgebietes Gebrauch gemacht wurde, erhellt schon daraus, daß in Deutschböhmen allein rd. 700 solcher tschechischer Minderheitsschulen errichtet wurden. Den Deutschen aber wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 31. Dezember 1923 nicht weniger als 1856 Volksschulklassen (einschließlich der Bürgerschulen) gesperrt, eine Ziffer, die an sich schon erschreckend groß ist, die aber durch die im Jahre 1924 erfolgten Sperrungen noch eine sehr

bedeutende Erhöhung erfahren hat. Dabei richten sich die Sperrungen weniger gegen die Parallelklassen, als vielmehr gegen die abschließenden Klassen, durch deren Aufhebung die Organisation der Schulen verstümmelt wird. So werden fünfklassige Schulen in dreiklassige, zweiklassige in einklassige umgewandelt und einklassige ganz aufgelöst. Auf diesem Wege wird die allgemeine Volksbildung und damit auch die Erwerbstüchtigkeit des deutschen Nachwuchses um Jahrzehnte zurückgeworfen. Daß es sich dabei aber nicht um die vorgeschützten Sparmaßnahmen sondern um eine gewollte Kulturschädigung handelt, zeigt sich am besten darin, daß Anerbieten von Gemeinden und Privaten, die zur Sperrung bestimmten Klassen aus eigenen Mitteln weiter zu erhalten, abschlägig beschieden werden.

In der mährischen Stadt Littau bestanden im Jahre 1918 eine deutsche fünfklassige Volksschule (für Knaben und Mädchen) und eine dreiklassige deutsche Bürgerschule. Heute ist von diesem deutschen Besitzstand nichts mehr übrig als eine einklassige gemischte Volksschule (für Knaben und Mädchen zusammen). Im deutschen Orte Hackelhöf bei Budweis wurde die bodenständige deutsche Schule, da die Kinderzahl auf 29 gesunken war, ganz aufgelöst, dafür aber für viel weniger tschechische Kinder eine Minderheitsschule errichtet, die sich nun mit den ihrer Schule beraubten deutschen Kindern füllen wird.

Die gleiche feindselige Behandlung wie unsere Volks- und Bürgerschulen erfahren auch die deutschen Mittelschulen (Gymnasien und Realschulen), von denen uns bereits 28 gesperrt wurden. In der letzten Zeit sind besonders deutsche Lehrerbildungsanstalten aufgelassen worden, um künstlich einen Lehrermangel herbeizuführen, durch den man, wenn nach Überwindung der Kriegsfolgen die Schülerzahl auch an den deutschen Schulen wieder steigt, die dadurch bedingte Wiedereröffnung gesperrter Klassen zu vereiteln suchen wird.

Auf dem Gebiete des Hochschulwesens haben wir den Verlust der deutschen montanistischen Hochschule und des Prager Konservatoriums durch rechtswidrige Tschechisierung dieser Anstalten zu beklagen. Ebenso die fortdauernde Zurücksetzung und Vernachlässigung der uns verbliebenen technischen Hochschulen in Prag und Brünn[1]) und der altehrwürdigen Prager deutschen Universität, der man ihren historischen Namen, das Archiv, die Insignien und anderen wertvollen Besitz einfach weggenommen hat, um damit die tschechische Universität zu bereichern. Und schon spielt man in sehr maßgebenden tschechischen Kreisen mit dem Gedanken, die beiden deutschen technischen Hochschulen zu einer Anstalt zu vereinigen, obwohl beide Schulen derzeit doppelt soviele Hörer zählen wie in den letzten Friedensjahren und daraus eigentlich einen Anspruch auf Entlastung durch Errichtung einer dritten technischen Hochschule ableiten könnten!

Wie schon erwähnt, greift die Innenpolitik des Staates in gefährlichster Weise auch an den wirtschaftlichen Besitzstand der Deutschen. Es würde zu weit führen dies auch an der Steuergesetzgebung und an handelspolitischen Maßnahmen aufzuzeigen, und ich will mich daher darauf beschränken, zunächst die sog. „Bodenreform" zum Beweise heranzuziehen. Als ein Werk sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit wurde diese Reform durch die tschechische Propagandapresse dem Auslande angepriesen. Gerechtere Verteilung des Bodens, Stärkung des Bauernstandes und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sollten ihr Zweck sein. Will man erfahren, wieviel von diesen Verheißungen erfüllt wurde, so braucht man nur die tschechische Presse zu lesen. Es wimmelt darin von bittersten Klagen und Anklagen wegen der beängstigenden Verminderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, wegen der bei Vergebung der enteigneten Grundbesitze offenkundig geübten Protektion und wegen des Güterschachers, zu dem die Bodenreform ausgeartet sei. Diese Beschuldigungen, die in kaum zu überbietender Schärfe vorgebracht werden, richten sich in erster Linie gegen das

[1]) Nach den letzten Meldungen beabsichtigt die tschechische Regierung diese beiden Hochschulen „zusammenzulegen"., d. h. die eine von ihnen aufzuheben. D. Schr.

Bodenamt, dessen Präsident durch das Gesetz autorisiert ist, eigenmächtig die Beschlagnahme und Enteignung von Großgrundbesitzen durchzuführen, und der dabei, wie auch der Präsident der Republik schon einmal tadelnd. aber erfolglos hervorgehoben hat, eigentlich keiner Kontrolle untersteht. Was das bedeutet, mag daran ermessen werden, daß das Bodenamt nicht weniger als 28,3 vH der gesamten Bodenfläche des Staates, nämlich 3 963 000 ha, davon 1 230 000 ha Ackerboden, beschlagnahmt hat. Und daß man diese ungeheure Enteignung rechtmäßigen Besitzes ausschließlich im tschechischnationalen Sinne durchführt, wird heute allerorts mit zynischer Offenheit eingestanden. Der Präsident des Bodenamtes, Minister und sonstige tschechische Politiker überbieten sich förmlich in Beteuerungen, daß der politische Zweck der Bodenreform in der „Überführung des deutschen und magyarischen Grundbesitzes in tschechische Hände" bestehe und daß diesem nationalen Gewinne gegenüber die wirtschaftlichen Schäden der Reform eine Frage zweiten Ranges bilden. Auch in der Wälderverstaatlichung tritt die gleiche nationale Tendenz unverhüllt hervor. Von der 316000 ha umfassenden Wälderverstaatlichung im Jahre 1923 wurden 37 Besitzer, darunter 32 Deutsche (!) betroffen. Wie der Sektionsrat des Bodenamtes Fiala in der Bodenreformenquete erklärte, ‚besteht im Bodenamte kein Zweifel, daß die Grenzwälder (d. h. die Wälder in den deutschen Grenzgebieten) in tschechische Hände gelangen müssen", und der Abgeordnete Bergmann fügte hinzu, daß „hiebei die Wahl eines verläßlichen Personals die Hauptrolle spielt". Was Abgeordneter Bergmann hier angedeutet hat, ist derzeit bereits in voller Durchführung: die Entlassung der deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter auf den beschlagnahmten Herrschaften und ihre Ersetzung durch „verläßliche" — lies tschechische Nachfolger. Der schon erwähnte Sektionsrat Fiala hat als Berichterstatter in der Enquete auch die Frage der Entschädigung an die bisherigen Besitzer mit folgenden Worten abgetan: „Durch das Gesetz wird eine verhältnismäßig niedrige Entschädigung abgemessen, damit auch die bestraft werden, die ihren Besitz auf unrechtmäßige Weise besitzen."

Die Tschechen hören es nicht gern, wenn solche Bodenreform als glatter Bodenraub bezeichnet wird. Sie mögen aber in dieser Hinsicht bei dem seiner Nation gewiß treu ergebenen tschechischen Universitätsprofessor Dr. Pekař anfragen, der in seiner Broschüre über die Bodenreform davor warnt, „sich auf dem Wege eines wie immer gearteten Raubes oder Gewaltaktes der wirtschaftlichen Güter zu bemächtigen, die bisher in den Händen des nationalen Gegners waren." Und er zerstört auch als Historiker ganz gründlich die geschichtsfälschende Legende von dem angeblich nach der Schlacht am weißen Berge am tschechischen Volke verübten Bodenraub, womit man die heutige Bodenreform entschuldigen und ihr den Charakter einer gerechten Bestrafung (s. oben) geben will. Freilich wird diese Stimme der Wahrheit und Ehrlichkeit gleich anderen ungehört verhallen, und das Unrecht wird, unbekümmert um solche Mahnungen, weiter schreiten und wirken nach der Vorschrift des „Czeske slovo": „Es ist notwendig, daß man von der bisherigen Zaghaftigkeit (!) der Bodenreform zu rücksichtsloser unverzüglicher Überführung des Bodens in tschechischen Besitz übergeht ... Bei der Durchführung der Bodenreform muß auch die Industrie nationalisiert werden. Einzig die Rücksicht auf den Staat und die tschechische Nation soll entscheiden." Wahrscheinlich ist nach der Schlacht am weißen Berge auch die tschechische Industrie von den Deutschen gewaltsam in Besitz genommen worden, wofür jetzt durch die „Nationalisierung" der deutschen Industrie Vergeltung geübt werden soll![1])

Wenn die Bodenenteignung unmittelbar nur den Großgrundbesitz, mittelbar allerdings auch ungezählte Tausende deutscher land- und forstwirtschaftlicher Pächter, Angestellter und Arbeiter getroffen hat, so erstrecken sich die verheerenden Wirkungen des Kriegsanleihegesetzes vom 30. September 1924 auf die breitesten Bevölkerungsschichten und das in ihnen verteilte Volksvermögen, das sich ja ge-

[1]) Vgl. hierzu den Aufsatz von Franz Jesser in diesem Heft.

rade auf deutscher Seite während des Krieges zum großen Teile in Kriegsanleihe umgesetzt hatte. Es handelt sich dabei um deutschen Volksbesitz, der auf 3 bis 4 Milliarden Kronen geschätzt wird. Nun hat die tschechische Auslandspropaganda das Märchen von der 75proz. Einlösung der Kriegsanleihe durch die großmütige tschechische Regierung vielgeschäftig zu verbreiten verstanden. Wie es aber in Wirklichkeit damit bestellt ist, ergibt sich aus folgenden Darlegungen:

1. Einem ganz kleinen Teile der Kriegsanleihebesitzer, jenen, die nicht mehr als 125 000 K Kriegsanleihe und einschließlich der mit 30 vH zu bewertenden Kriegsanleihe höchstens 25 000 K Reinvermögen besitzen, wird für je 100 K Kriegsanleihe ein auf 75 K lautendes 3proz. Staatspapier, dessen börsenmäßiger Wert höchstens 28 K beträgt, ausgefolgt. Es liegt also auch in diesem günstigsten Falle keine 75proz., sondern nur eine 28proz. Einlösung vor.[1]) Es wird aber für diese Einlösung nur ein verschwindend kleiner Teil der Kriegsanleihen in Betracht kommen, da in den meisten Fällen der eine oder andere der beiden Grenzbeträge überschritten wird, besonders deshalb, weil Vermögen und Kriegsanleihebesitz aller Haushaltungsangehörigen mit der Summe zur Anrechnung gebracht wird. Wenn z. B. der Mann 20 000 K Kriegsanleihe und 12 000 K sonstiges Vermögen (einschließlich Haus- und Grundbesitz), die Frau 10 000 K Kriegsanleihe und 5000 K sonstiges Vermögen besitzt, so ist der Gesamtbesitz an Kriegsanleihe (30 000 K) mit 30 vH, also 9000 K, dem sonstigen Gesamtvermögen (17 000 K) zuzurechnen, so daß das ganze Vermögen 26 000 K, somit mehr als 25 000 K beträgt. Die beiden scheiden also wegen der gesetzlich bestimmten Summierung ihrer Vermögen aus der 28proz. Einlösung aus, die ihnen gebührte, wenn jedes einzeln behandelt würde.

2. Allen anderen Kriegsanleihebesitzern wird die Kriegsanleihe nur gegen Barzuzahlung umgetauscht, und zwar erhalten sie für 100 K Kriegsanleihe ein auf 75 K lautendes 3,5proz., an der Börse mit durchschnittlich 40 vH notierendes Staatspapier, aber nur dann, wenn sie 75 K bar zuzahlen, wofür sie ein 5,5proz. (ab 1935 bloß 5proz.) Papier erhalten, das einen Durchschnittskurs von 64 hat, so daß sie an der Barzuzahlung 36 vH (von 75 K) verlieren, während das Umtauschpapier einen Wert von 40 vH von 75 K darstellt. Somit verbleibt als Endwert der ganzen Umwandlung 4 vH (40—36) von 75 K, das ist 3 K. 100 K Kriegsanleihe ergeben also 3 K, einen Betrag, der sich übrigens durch unvermeidliche Spesen noch verringert.

Und auch das wurde und wird dem gläubigen Auslande als eine 75proz. Einlösung der Kriegsanleihe vorgegaukelt!

3. Aber auch von diesem armseligen Umtausch ihrer Kriegsanleihen sind alle jene ausgeschlossen, die kein Bargeld zur Zuzahlung besitzen oder letztere deshalb unterlassen müssen, weil die umgetauschte Kriegsanleihe mit 30 vH in ihr Vermögen eingerechnet und dadurch ihre Vermögensabgabe nachträglich eine solche Erhöhung erfahren würde, daß sich für sie zum Schlusse ein Verlust ergeben müßte, der besonders bei größeren Vermögen sehr beträchtlich wäre. All diese, die den Großteil der Kriegsanleihen in Händen haben dürften, müssen also ihre Kriegsanleihen einfach verfallen lassen. Für sie bedeutet das Gesetz die glatte Annullierung ihrer Kriegsanleihen.

4. Am furchtbarsten aber gestaltet sich die Lage jener, die während des Krieges, den Verlockungen der Banken nachgebend, Kriegsanleihe lombardiert haben und nunmehr nicht nur ihre Kriegsanleihen annulliert sehen, sondern auch zur Bezahlung ihrer Lombardschuld verhalten werden sollen. Gerade in diesen Fällen wird sich die Kriegsanleihetragödie in ihrer ganzen erschütternden Größe

[1]) Berücksichtigt man auch den durchaus berechtigten Anspruch auf Nachzahlung der seit 1919 rückständigen Zinsen, so langen die 28 Kronen gerade hin, diesen Anspruch zu befriedigen. Der Kapitalswert der Kriegsanleihe erscheint dann selbst in diesem günstigsten „Einlösungsfalle" annulliert. In unserer Darlegung ist aber von den rückständigen Zinsen abgesehen worden.

:ntwickeln. Demgegenüber ist die Bestimmung des Gesetzes, daß diejenigen, deren Kriegsanleihebesitz und Jahreseinkommen nicht mehr als je 15 000 K (30 000 K) betrügt, aus ihren Lombardverpflichtungen gegen Hingabe ihrer Kriegsanleihen ganz (teilweise) zu entlassen sind, nur als eine schöne Geste zu werten. Dies um so mehr, als auch hier wieder Kriegsanleihebesitz und Einkommen aller Haushaltsangehörigen zusammenzuzählen sind, so daß in den meisten Fällen die eine oder die andere Grenze überschritten werden dürfte. Die letzte Hoffnung der vom Staate verlassenen Lombardschuldner richtet sich auf die Einsicht der Lombardgläubiger, die davor zurückschrecken dürften, durch allzugroße Härte Hunderttausende schuldloser Menschen ins größte Elend zu treiben.

Zum Schlusse sei noch in Kürze eines großen Gesetzgebungswerkes gedacht: der Sozialversicherung der Arbeiter, das durch ein entsprechendes Gesetz für die Selbständig-Erwerbstätigen ergänzt und erst mit diesem in Kraft gesetzt werden soll. So sehr die Sozialversicherung der Arbeiter vom sozialen Standpunkte aus zu begrüßen ist, ebensosehr muß es verdammt werden, daß auch bei der Abfassung dieses Gesetzes der Gedanke vorherrschte, die Sozialversicherung durch ihre zentralistische Organisation zu einem Werkzeug für die weitere Erhöhung der nationalpolitischen Macht des tschechischen Volkes zu gestalten. Die Anträge der Deutschen auf nationale Sektionierung der Sozialversicherungsanstalt (wofür ein vorzüglich bewährtes Muster in der Pensionsversicherungsanstalt vorliegt) wurden glattweg abgelehnt und die Anstalt so eingerichtet, daß die deutsche industrielle Bevölkerung zwar einen Großteil der Kosten (Beiträge) aufzubringen hat, aber von jedem wirklichen Einfluß auf die Verwaltung ausgeschlossen erscheint. Darin liegt eine um so größere Gefahr, als das Gesetz für die finanzielle Sicherung der Leistungen das Anwartschaftdeckungsverfahren gewählt hat, das die größte Kapitalsanhäufung mit sich bringt. Der ehemalige Finanzminister Dr. Engliš bezeichnete sie kürzlich als „eine der grandiosesten Kapitalsansammlungen". Nach sachkundiger Schätzung dürften sich bei der Zentralleitung nach 20 Jahren schon 12 Milliarden K angehäuft haben, die der wirtschaftlichen Produktion entzogen und nach den Bestimmungen des Gesetzes in Staatspapieren oder sonstigen vom Finanzminister zu bestimmenden Papieren, in Hypothekardarlehen auf Liegenschaften oder bei „vertrauenswürdigen" Geldinstituten angelegt werden müssen. Ein Milliardensegen, der sich natürlich nur über die tschechische Wirtschaft ergießen wird!

Ein Rückblick auf das Gesagte läßt wohl deutlich erkennen, daß auch auf dem Gebiete der Innenpolitik die tschechische Gesetzgebung und Staatsverwaltung durchaus im Dienste des Gedankens steht, die Scheidung der Gesamtbevölkerung in das herrschende Tschechenvolk und in die beherrschten, lediglich als Objekte der tschechischen Politik betrachteten Minderheitsvölker immer mehr zu verschärfen und zu diesem Zwecke auch großzügige Eigentumsverschiebungen zugunsten des tschechischen Volkes durchzuführen. Die Tschechen gehen hiebei mit einer durch keinerlei moralische Bedenken gehemmten Energie „aufs Ganze".

Herkunft und Siedelung der Bevölkerung

Von Ministerialrat Dr. Emanuel Schwab in Iglau (Mähren)

Die Sudetenländer waren nach einer langen, für uns namenlosen Vorgeschichte um die Mitte des ersten vorchristlichen Jahrtausends von Illyriern, nachmals von keltischen Stämmen besetzt. Von 60 vor bis 560 n. Chr. wohnten Germanen in ihnen, ohne daß ihre Vorgänger völlig verschwunden wären. So kennt Tacitus im herzynischen Berglande die keltischen Cotiner und pannonischen Osen, Ptolemäus an der Donau von Regensburg bis Waitzen die keltischen Kampen und Takater (eine Art römischer Militärgrenze), deren Einführung — wie ich meine

— in einer Darstellung der Markussäule verewigt ist. Den Ausklang dieser Nachrichtengruppe bilden (im zweiten Viertel des 7. Jahrhunderts) die Kämpfe zwischen Franken, Thüringern und dem slawisch-awarischen Mischvolke des meines Erachtens pannonischen Samoreiches, die mit dem Verluste der thüringischen Außenmarken an die Slawen endeten.

Nach einem Vierteljahrtausend, aus dem für unser Gebiet nur ausländische Nachrichten über Zwergkantone und Großreiche von nicht immer bestimmbarer Lage und schwankenden Grenzen erhalten sind, die in Bausch und Bogen dem großen Slawenlande zugerechnet werden, und nach einem zweiten, ebenso langen Zeitraum, währenddessen ein sich slawisch fühlendes und von Prag aus schrittweise gegen die heutigen Grenzen erweiterndes Staatswesen von seiner Hof-, Kriegs- und Kirchengeschichte erzählt, beginnen (Mitte des 12. Jahrhunderts) Quellen in breiterer Fülle zu fließen, die uns als Bewohner des Landes Angehörige zweier verschiedener Volksstämme zeigen: Deutsche und Slawen. Es ist die erste und entscheidende Frage der sudetischen Siedlungsgeschichte, wie dieses — in Westeuropa ungewöhnliche — seit Jahrhunderten nicht unterbrochene gleichgewichtige Zusammenwohnen zweier Nationen in einem geographisch anscheinend so wohlgerundeten Raume zu erklären ist.

Über die Herkunft des slawischen Teils der Bevölkerung hört man zwei Ansichten: nach der einen (Pič) wurzeln die Slawen seit den Zeiten der Lausitzer Kultur oder (Šafařik) der Illyrier im Lande, nach der anderen sind sie zwischen dem 3. und 8. Jahrhundert in das von den Germanen völlig oder teilweise geräumte Land eingewandert (alle deutschen Forscher; Palacky). Ich dächte, daß die kapitalistische und überwiegend auf Handarbeit aufgebaute römische Wirtschaft und das Reisläufertum in die ostgermanischen Wanderstaaten die heimischen Arbeitskräfte mehr und mehr gelichtet und zu einer zunehmenden Durchdringung mit fremdstämmigen Zuzüglern geführt hätte. Als diese schließlich in den filii chunorum eine blutsverwandte und sprachgenössische Führerschaft erhielten, war der Grund für slawische Staatsbildungen gelegt. Über die Herkunft der Deutschen waren (bis letztlich 1897) und sind (seit 1912) zwei Ansichten im Schwange: die eine erklärt das Auftreten deutscher Siedlungen in den Quellen des 12. Jahrhunderts aus einem Übergreifen ostdeutscher Kolonisation auf unser Gebiet, in dem — auf jungfräulichem Waldboden — nach vollständigem Erlöschen der altgermanischen Siedlung ein neues Deutschtum erwachsen wäre. Die andere möchte die heutige deutsche an die alte germanische Siedlung anknüpfen. Jene Meinung ist in unserer Zeit von Zycha, Wostry und Krofta vorgetragen worden. Diese wurzelt seit jeher in Mähren. Bertold Bretholz hat sie zu neuem Ansehen gebracht. Eine vermittelnde Stellung haben Luschin, Uhlirz, Gierach und E. Schwarz eingenommen, insofern sie zwar der ostdeutschen Kolonisation bei der Bildung des heutigen Deutschtums die entscheidende Bedeutung zuerkennen, die Kontinuität des Germanentums aber nicht ausschließen, in einzelnen Fällen sogar für erwiesen halten.

Die Einwanderung der Slawen liegt jenseits unserer schriftlichen Nachrichten. Aber auch in der Frage nach Alter und Herkunft des sudetischen Deutschtums ist höchstens ein Wahrscheinlichkeitsbeweis aus ihnen zu erbringen. Die Geschichtschreiber jener Zeit sehen nur die Staatsgewalt, berichten fast ausschließlich von den Vorgängen zwischen und an den Höfen der Fürsten und Großen. Die „Untertanen" sind ihnen keine Träger historischen Geschehens, Ortsgeschichte liegt außerhalb ihres Gesichtskreises. Die urkundliche Überlieferung aber ist von Haus aus lückenhaft — bis zum 14. Jahrhundert ist so gut wie kein weltliches Archiv erhalten. Dazu kommt, daß in unseren Ländern erst die Orden der Johanniter, Zisterzienser und Prämonstratenser die schriftliche Beurkundung der Rechtsgeschäfte zum Brauch erhoben haben; und von dem immer noch reicheren Schatze an Urkunden und Wirtschaftsbüchern, die seit dieser Zeit entstanden sind, haben die Glaubenswirren 1420—1620 und der Rationalismus des 18. und 19. Jahrhunderts ganze Bestände hinweggerafft. Wie trügerisch daher alle Schlüsse

sind, die aus dem Schweigen unserer geschriebenen Quellen gezogen werden, hat die Auffindung der Urkunde über die Stiftung der Benediktinerabtei Trebitsch erwiesen (1101), die — in ihrem ältesten Bestande spätestens in der Mitte des 12. Jahrhunderts aufgezeichnet — im Herzen Westmährens, zum Teil auf vorgeblichem Urwaldgebiet, ein dichtes Netz (dichter als das heutige!) von Siedlungen entschleiert hat, von denen mindestens ein halbes Dutzend deutsche Namen führen (Rapotici, Hekkartici, Gothsalcouici, Hecleuici, Aldicouici, Wiprehtici; jünger Hermanice; zweifelhaft Racouo, Wrihotici; dazu die heutigen Hartikovice, Otratice, Ocmanice, Heráltice, Markvatice, Vilimovice). Umgekehrt sind die zufälligen Erwähnungen deutscher Siedlungsnamen oder ortsgeschichtlicher Begebenheiten so selten und zusammenhanglos, daß es gewagt erschiene, auf ihnen allein ein systematisches Lehrgebäude zu errichten.

Bleiben die ungeschriebenen Quellen: Kleinformen der Oberfläche der Erde und ihres Innern sowie Reste von Kunstbauten, Formen von Haus und Hof, Anlage von Siedlung und Flur, Werkzeug und Schmuck, Volksglaube und Brauch, Pflanzendecke und Getier, Menschenschlag und religiöser Kult, Namen für all das, Mundart und Sage — ein weitverzweigtes und vielfältig verflochtenes Geäder von Beobachtungsreihen, in dem wir, wäre jede für sich bestimmt und erklärt, alle Einflüsse, die die heutige Siedlung geformt haben, ihren Wettbewerb und ihre Ablösung wie in einem aufgeschlagenen Buche zu lesen vermöchten. Aber damit stehen wir vor einer erst zu lösenden Aufgabe. Die Erdgeschichte hat den Aufriß ihrer Schichtenfolge und die Leitfossilien, die Vorgeschichte ihre Formenkreise und Leitformen, die Siedlungsgeschichte nichts, was sich dem vergleichen ließe.

Das kommt daher, daß die Siedlungsgeschichte als selbständige Wissenschaft erst im Werden ist, bisher als Nebenzweig der allgemeinen Geschichte, der „Quellen"-geschichte betrieben wurde. Von dieser aber ist sie durch die Gegensätzlichkeit ihrer leitenden Denkform scharf geschieden. Die „Quellen"geschichte ist als Tochter der politischen vorwiegend Ideengeschichte und als solche noch heute vom politischen Fortschrittsgedanken bestimmt. Was ist, hat sich aus kleinen Anfängen „entwickelt". Diese „Entwicklung" geht im Grundsatz — zeitlich und räumlich, an Tiefe und Stärke — in die Unendlichkeit, ist nur durch den Wettbewerb der vielen anderen Entwicklungen begrenzt, mit denen sie in Zeit und Raum zusammenstößt. In diesem Zusammentreffen kann eine solche Entwicklung sogar abgeschnitten werden, ein „Ende" nehmen, immer aber hat sie einen Anfang, und daß die Quellengeschichte geneigt ist, diesen Anfang dorthin zu verlegen, wo ihre Quellen verstummen, ist begreiflich. Anders die Siedlungsgeschichte. Sie wurzelt in der Körperwelt und hat teil an ihren Gesetzen. Das „Gesetz" von der Erhaltung der Materie gehört zu ihren tiefstliegenden Denkformen. Was entsteht, ist Ergebnis nicht einer Schöpfung, sondern einer Umformung. Es gibt keinen Anfang. Was wir sehen, ist ein Endzustand, der aus der Veränderung vorangegangener Zustände hervorgegangen sein muß. Ihrer Kette nachzuspüren, ist die Aufgabe der Siedlungsgeschichte. Wo ihre Erkenntnismittel versagen, steht sie am Ende ihres Wissens, nicht am Anfange einer Entwicklung.

Für die „quellen"mäßige Zeit- und Ortsgeschichte ist die Frage nach Alter und Herkunft des sudetenländischen Deutschtums offen. Siedlungsgeschichtlich ist die Katastrophentheorie unbrauchbar, die der Reihe nach Illyrier, Kelten und Germanen spurlos verschwinden, im 6. bis 7. Jahrh. eine völlig neue, unberührte slawische, im 12. bis 14. eine ebensolche deutsche Siedlung entstehen läßt. Es fehlt dieser Lehre die Tiefe des Blickfeldes, die nötig ist, um die Aufeinandertürmung verschiedener Zustände derselben Entwicklungsreihe, die Durchflechtung der verschiedenen Reihen in vorstellbare Entwicklungslinien aufzulösen.

Für die siedlungsgeschichtliche Forschung aller Zweige war das Auftreten von Bretholz eine befreiende Tat. Vor ihm gab es für keine im Deutschtum wurzelnde Einrichtung vorvergangene Zustände; denn erst die Kolonisation, nach der

damaligen strengen Auffassung des 13. und 14. Jahrhunderts, habe sie fertig ins Land gebracht. Für die Einrichtungen der älteren Zeit wiederum gab es keine spätere Entwicklung; denn die Kolonisation hatte — etwa vom Staats- und Landrecht abgesehen — allen früheren Zuständen ein Ende bereitet. An der Jahreswende 1200 erhob sich drohend eine Bretterwand und wehrte neugierigen Fragen. Erst seit Bretholz ist eine unbefangene Würdigung einer Reihe bekannter Einzelheiten möglich, unser Blick für eine Fülle bislang unbeachteter geschärft.

So wußte man längst, daß der heutige tschechische Buchstabe h in alten Schriften mit g geschrieben wird. Daß er auch so gesprochen wurde, lehrten deutsche Namensformen wie Prag für Praha. Die Beachtung der urkundlichen Schreibungen schloß jeden Gedanken daran aus, daß die Tschechen diesen Laut über das Jahr 1241 hinaus noch „g" (mit Verschluß) gesprochen hätten. Da aber die Deutschen nach Palacky erst nach 1200 eingewandert waren, blieb für den Wandel von alttschechisch g zu neutschechisch h der unwahrscheinlich knappe Zeitraum eines Menschenalters übrig. Zwei Dutzend ältere h-Schreibungen mußten mehr oder minder künstlich hinweggedeutet werden. Nun steht aber das ganze Urkundenwesen und in ihm ganz besonders die Schreibung der Eigennamen unter der Herrschaft strenger zählebiger Gesetze. Wir haben noch ein Vierteljahrtausend Crefeld geschrieben, nachdem die Schreibung Crafft für Kraft abgekommen war. Es ist wider alle Erfahrung, daß 1131 ein Schreiber Hizleh, Honouici für Gizleh (heute Hysle), Gonouici (heute Hunkovice) geschrieben hätte, bevor die h-Aussprache fester Bestandteil der Hof- und Kanzleisprache geworden war. Die Richtigkeit dieser Auffassung bezeugen Schreibungen, in denen das Zeichen g den alten Hauchlaut (heute ch geschrieben) wiedergibt: Grudim, Pragaticich für Hrudim (heute Chrudim), Prahaticih (heute Prachatitz) aus der Mitte des 12. Jahrhunderts, bezeugt die Schreibung Roznata für den Glatzer Burggrafen Groznata in einer Originalurkunde vom Jahre 1169. Denn nur wenn g den neuen (schwächeren) Hauchlaut bezeichnete, konnte es zur Wiedergabe des alten schärferen verwendet werden, konnte es sich in anlautender Doppelkonsonanz gänzlich verflüchtigen. Alle späteren g-Schreibungen beweisen nichts für die Aussprache, sondern sind Ausflüsse jenes Beharrens beim Hergebrachten, von dem uns die Rechtschreibung fast aller Kulturvölker auf Schritt und Tritt Zeugnis gibt. Da aber die Deutschen in mehr als einem Dutzend von Fällen den alten Verschlußlaut g bewahrt haben (Gerspitz, Raigern, Grusbach, Göding, Iglau, Regens, Pilgram, Gratzen, Grätz, Müglitz, Gnoitz, Bogenau, König- und Münchengrätz, Prag), müssen sie mehr als ein Menschenalter vor 1131 im Lande geschlossene Siedlungen gebildet haben, denn nur dann konnten sie ihre Aussprache gegen den Lautwandel ihrer anderssprachigen Lebensgenossen festhalten, wie umgekehrt nur dann die slawischen Bewohner deutsches g an ihm teilnehmen lassen konnten (Humpolec aus Gumpolds, Hospřiz aus Gotfrids, Hoštálky aus Gothsalcouici u. dgl.).

In die gleiche Richtung führt eine andere Beobachtung. Als die obengenannten neuen Orden in Westböhmen eingeführt wurden, schrieben sie Dubrawic, Hodowis, Kralowic, Manetin, Mise, Netschtin, Plas, Rokitzan — wie wir heute noch sprechen und schreiben. (Die Diphthongierung des u in Daubrawitz, der Abwurf des e in Mies ist spätere innerdeutsche Entwicklung.) Es ist nicht abzusehen, wie sie dazu gekommen wären, im ersten Wurfe aus den slawischen Vollformen die noch heute gültige deutsche Lautgestalt zu schaffen, nicht abzusehen, wie sich diese in einer erst werdenden Kolonistenbevölkerung gegen den Sprachgebrauch der einheimischen Bevölkerung und der landesfürstlichen Gewalt ohne Schwanken hätte durchsetzen sollen. Auch hier liegt es näher, in dem Auftreten einer seither unerschüttert geltenden Endform das Zeichen eines eingetretenen Endzustandes zu sehen, nicht das Vorzeichen einer beginnenden Entwicklung, d. h. anzunehmen, daß die deutsche Besiedlung Westböhmens 1150 im Wesen vollendet war.

Aus der methodisch ganz gleichartigen Zurückführung der heute doppelsprachigen Namen auf ihre gemeinsame Stammform und aus der Bestimmung und Datierung

der Sprachgesetze, unter deren Herrschaft die „Spaltung" der Stammform und die Bildung der beiden heutigen Lautgestalten erfolgte (Agara, Nebenform Agira, aus jenem tschechisch Ohře, aus der zweiten deutsch Eger), haben neuerdings E. Schwarz und A. Mayer Gebiete abgegrenzt, deren deutsche Namengebung älter ist als selbst unser Stichjahr 1100: der erste die Landschaft um die Dreiländerecke nördlich Gmünd — Südostböhmen, Süd- und Südwestmähren und das nördliche Waldviertel umfassend und auf die Donausueven zurückgehend —, der zweite die Iglauer Sprachinsel (zahlreiche Namen in die Zeit der germanischen Landnahme reichend, eine schwächere Berührung mit den Slawen im 8. bis 11. Jahrhundert, eine zweite in der Neuzeit) und — in einem erst im Druck befindlichen Aufsatze — Egerland und Westböhmen. Darüber hinaus weist eine Ortsnamengleichung wie Vlachov: Wolledorf (bei Hohenstadt in Nordmähren, Spaltung vor dem 9. Jahrhundert) mit der Wurzel Walh in die keltische Zeit. Vergegenwärtigt man sich, wie in einem seit Jahrhunderten zweisprachigen Lande die beiden Landessprachen einander unaufhörlich beeinflussen, stets bestrebt sind, ältere Lautvertretungen durch die in der Umgangssprache gültigen zu verdrängen, so wird man solche Beobachtungen nicht leicht nehmen. Aber freilich erwarten die angezeigten Arbeiten noch ihre Bewährung in der wissenschaftlichen Diskussion. Jedenfalls hat das unveränderte Fortleben der deutschen Namensformen seit dem 12. Jahrhundert eine ununterbrochene deutsche Siedlung zur Voraussetzung. Daß tatsächlich die auch von deutscher Seite (Meinert, Bremer) behauptete Unterbrechung des Deutschtums zwischen 1420 und 1620 eine Fabel ist, haben mich die Untersuchungen gelehrt, die ich über die Verhältnisse im Schönhengstgau und in der Iglauer Sprachinsel angestellt habe. Hier wird in den Stadtbüchern des 15. Jahrhunderts die böhmische Nationalität eines Dörflers ausdrücklich vermerkt — es sind vereinzelte Fälle. Dort beweist die Namengebung (Michelveit, Lorenzsteffe), daß die Bauern untereinander deutsch sprachen, im slawischen Dorfe heißt es Jan Wanku (Johann Sohn des Wenzel) und Wania Křiwonos (Wenzel mit der krummen Nase). Daß die slawischen Amtmänner auch im deutschen Dorf einen Dworzak (Höfer), Tkadlec (Leinweber), Jan Kuba (Hans Sohn des Jakob Leischner) nennen, ist so wenig ein Gegenbeweis wie das Vorkommen tschechischer Testamente und Zuschriften im Archiv der deutschen Städte. Denn die Sprache der öffentlichen Behörden und Urkunden ist in weitem Umfange durch die Gesetzgebung vorgeschrieben. Verschiebungen des Geltungsbereichs einer Sprache in diesen Anwendungen bezeugen uns Schwankungen ihres politischen Gewichts, aber noch keine Verschiebung der Sprachgrenzen.

Hat die neueste Ortsnamenforschung den geschlossenen Bestand einer deutschen Siedlung bereits für das Jahr 1100 zuallermindest wahrscheinlich gemacht, so hat der Spaten der Vorgeschichtsforscher den geschlossenen Bestand der germanischen bis ins 7. Jahrhundert erhärtet. Nicht nur im Herzen Böhmens, wo dies Pekář anerkannt hat. In Südmähren sind in jüngster Zeit germanische Grabfelder aufgeschlossen worden, deren älteste Fundstücke dem 3. bis 4. Jahrhundert angehören, während einzelne Fundreihen nach Vrbka bis ins 7. Jahrhundert herabreichen. Ob die Laut- und Namensgleichungen, die Schwarz und Mayer aus dem 9. bis 13. Jahrhundert in lückenloser Folge nachweisen, nicht nur die leibliche sondern auch die sprachliche Fortdauer der germanischen Siedlung über die Jahrhunderte von 650 bis 1100 außer Zweifel stellen, bleibt abzuwarten. Aber zwei Vorstellungen haben jene Ausgrabungen ein Ende bereitet. Sie schließen jeden Gedanken an eine Autochthonie der Slawen im Lande aus. Und sie engen das Gebiet der dauernden Waldbedeckung auf jene schmalen Gürtel ein, in denen sie — mit gelegentlichen Lücken — noch heute erhalten sind. Ich verweise im Vorbeigehen auf Czernys Veröffentlichungen über die Schönhengster Vorkommen und auf die bekannten Funde bei Trebitsch und (aus jüngerer Zeit, ein Tonfigürchen und acht goldene Regenbogenschüsselchen, beides keltisch) bei Pilgram. Hier mache ich namhaft die typischen, kragenartig dem Mantel des Bergkegels auf-

sitzenden Burgwälle (8. bis 10. Jahrhundert) von Hochstein (westlich Hohenstadt), Unterbobrau (östlich Iglau; Berg Valy) und Neuhäuseln (westlich Znaim); die Erdwälle „Schlössel" (östlich Iglau) und Hirschpiel (bei Stannern südlich Iglau); den Hradiště von Libitz-Hranitz (bei Chotieborsch), den Fliehberg Horka bei Radeschin (westlich Saar), die neolithischen Steinbeile von Swatoslau (südöstlich Iglau) und Schrittenz (nördlich Iglau) — alles nur zufällige Beobachtungen und fast ausnahmslos aus dem Gebiete des sagenhaften Urwaldes.

Ihm steht aber auch der Quellenstand entgegen. Vellejus Paterculus berichtet nur von Sentius Saturninus (Feldzug gegen Marbod, Rheinarmee), nicht aber von Tiberius (Donauarmee; Vormarschrichtung Carnuntum-Westböhmen), daß er ein geschlossenes Waldgebiet durchschritten habe. Tacitus stellt die Feldarmut (pauca campestria) der im herzynischen Berglande hausenden Kleinvölker (Marsigni, Cotini, Buri, Osi) in Gegensatz zum Siedlungsgebiet der Naristen, Markomannen und Quaden nördlich der Donau, Cosmas den Fisch- und Waldreichtum Ostmährens (mit dem Regenschwamm des Altvaterstockes und der karpathischen Nordwestabdachung) gegen die fruchtbaren Ackerfluren Westmährens. Vom innersudetischen Urwald weiß keiner von ihnen zu berichten. Und das unvermutete Licht, das der Zufallsfund der Trebitscher Stiftungsurkunde auf den Siedlungsstreifen beiderseits der alten Verkehrswege (Humpoletz-) Wladislau-Raigern (-Mönitz) und Trebitsch-Gegend Znaim (-Donau bei Tulln oder Krems) geworfen hat, is teine eindringliche Warnung, Gebiete, für die uns aus jener Frühzeit keine Ortsnamen überliefert sind, kurzerhand als siedlungsleer zu behandeln.

Mit dem Gesagten tritt auch die Frage nach der Entstehung der böhmisch-mährischen Städte in ein neues Licht. Tschechische und deutsche Forscher stimmen überein, in ihnen eine Einrichtung deutschen Ursprungs zu sehen. Den Vorgeschichtlern gilt die mährische Teilfürstenzeit (11. und 12. Jahrhundert) schon jetzt als die Zeit des Übergangs zur städtischen Siedlung. Wenn die Rechtshistoriker demgegenüber das Städtewesen erst in die markgräfliche Zeit (13. und 14. Jahrhundert) setzen wollen, so ist hierfür vor allem der behauptete Mangel des sprach- und rechtsgenössischen Untergrundes maßgebend, aus dem es langsam hätte erwachsen können. Der Nachweis eines geschlossenen einheimischen Deutschtums schon im Jahre 1100 räumt dieses Bedenken hinweg. Wir haben in den Sudetenländern zwei Stadtrechtsgebiete: das süddeutsche (Nürnberger Recht in Alt-Prag, bayrisch-österreichisches in Brünn, Leobschütz und Iglau, dessen Recht den größten Einfluß erlangte) und das Magdeburger im Norden des Landes. Für die Rechte von Leobschütz und Iglau kennen wir keine Vorlage. Daß das letztere schon in seiner ersten Aufzeichnung (1249) eine vorbildliche juristische Durchbildung aufweist, drängt zur Annahme einer längeren Entwicklung im Lande, d. h. eines höheren Alters. Im süddeutschen Stadtrechtsgebiet finden wir nun eine Fülle städtischer und halbstädtischer Anlagen, die nicht den „Ring" als Mittelpunkt aufweisen, sondern — wie in den Voralpen — aus einer Erweiterung der Hauptverkehrsstraße entwickelt sind. Und im Iglauer Bergrecht hat Zycha an Stelle der vielfach (auch heute noch) behaupteten norddeutschen Einflüsse alpenländische Berührungen nachgewiesen. In dieselbe Richtung führt die Beobachtung, daß die nachmalige Metropolstellung 1. Brünns und 2. Znaims sich ursprünglich auf eine Mehrheit von Siedlungen verteilte: castrum 1. Petersberg, 2. Burg; villa 1. Altbrünn, 2. Klosterbruck; ecclesia nach den 1131 angeführten Besitzungen keine der nachmaligen Stadtpfarren; forum 1. Scharatitz, später Mönitz, 2. unbekannt. Auch in Iglau legen die Mehrheit der überlieferten Gründungsjahre (781, 799 — mit drei Sagen —, 841, 884, 934) und die Schwierigkeiten, die die Erwähnung Iglaus in den Gründungsurkunden von Tischnowitz (1234) und der Altbrünner Johanniterkommende (1243) bereiten, die Frage nahe, ob das nachmalige Großiglau nicht an Stelle einiger kleinerer landschaftlicher Mittelpunkte getreten sei. Auch diese Mehrheit von Gaumittelpunkten ist in den Alpenländern durchwegs

geläufig (vicus, plebis und curtis Vinomna, Vigo di Fassa, Pieve di Cadore, Cortina d'Ampezzo u. dgl.).

Nimmt man dazu, daß manche Städte in ihrem Grundriß eine mehrfache Stadterweiterung erkennen lassen (Brünn, Olmütz, Troppau, Znaim) oder Altstädte in suburbialer Lage (Boskowitz, Groß-Meseritsch) oder Spuren einer nachmaligen Regulierung des Stadtplans (Iglau; vgl. die Urkunde von 1270), daß wir Neugründungen als Folge einer Verkehrsverlagerung beobachten (Kolin) — so scheinen mir die Anzeichen einer langsamen (und d. h. wohl urwüchsigen) Entwicklung des böhmisch-mährischen Städtewesens bisher unterschätzt worden zu sein. Nun steckt das süddeutsche Recht den Kreis der städtischen Selbstverwaltung weiter, als das in den Magdeburger Rechtsbüchern geschieht. Der ortsansässige Vertreter des Landesfürsten steht nicht über dem städtischen Verwaltungsorganismus, sondern ist ihm eingeordnet. Der Rechtszug zum König ist durch das Erfordernis der persönlichen Überreichung der Berufungsschrift beschränkt, bei Sachfälligkeit mit Geldbuße bedroht. Der Anteil, den sonst der Landesfürst an den Strafgeldern nimmt, fällt den Geschworenen zu. Kauf- und Rathäuser erscheinen, ohne daß uns eine landesfürstliche Bewilligung überliefert wäre. Dazu stimmt, daß die Bewidmung mit süddeutschem Recht außerhalb seines engsten Geltungsbereichs als Auszeichnung erscheint (Chrudim, Kuttenberg, Eger, Ungarisch-Hradisch). All das erweckt den Anschein, als hätte sich längst von der alten Kulturstraße der Donau her ein breiter Strom städtischer Entwicklung ins Land ergossen (vgl. Mönitz, das außerhalb des Landes zu Haupte ging!), bevor es die landesfürstliche Gewalt unternahm, das neue Gebilde — wo es noch anging in den strafferen Formen des Magdeburger Rechts — dem Verfassungsgefüge des Landes einzuordnen.

So ist es nur wenig, was wir heute über die Siedlungsgeschichte Böhmens sagen können. Abzuweisen ist der Gedanke der slawischen Autochthonie. Die Stichjahre 650 und 1100 für die Fortdauer der geschlossenen germanischen und den geschlossenen Bestand einer deutschen Siedlung im Lande dürften als gesichert gelten. Ebenso die Zweisprachigkeit des Landes, seit wir von seinen inneren Verhältnissen genauere Kunde haben. Vielleicht hat Wettstein recht, wenn er sie für naturgegeben hält. Das Landesinnere ist — von dem Einflußbereich der wenigen regenspendenden Kämme abgesehen, niederschlagsarm und trägt das Pflanzenkleid der pontischen Steppe oder ist von seinen Ausläufern durchsetzt. Die Randgebiete und einige Inseln der Mitte gehören dem baltischen Florenreich an. In ihm halten sich, seit wir Genaueres wissen, die deutschen Siedlungen; außerhalb seiner Grenzen versickern sie wie im Sande.

Quer durch das Land zieht, Eger ein-, Prag ausschließend, hart südlich Deutschbrod über die Saarer Berge, das Hochland von Drahan zur Waagenge südlich des Flußknies, die Grenze zwischen Mittel- und Oberdeutsch. Die Nordgrenze des süddeutschen Stadtrechtsgebietes überschreitet diese Linie nur in einzelnen Ausnahmsfällen. Ptolemäus setzt zwischen seiner Gabreta hyle und der Donau von Norden gegen Süden die Markomannen, deren Hauptstadt Marobuduum irgendwo im Pilsner Becken oder an seinem Rande gesucht wird; die Sudiner, an deren Namen noch der Markt Schweinitz südlich Budweis erinnert; hart an der Donau die Kampen. Unmöglich kann er mit dem Namen Gabreta die Vorstellung des heutigen Böhmerwaldes verknüpft haben. So wie er den Namen einzeichnet: quer durch die Nordsüdspalte zwischen der Linie Duppauer Enge—Innmündung im Westen und Marchlauf im Osten, entspricht ihm nur der Waldgürtel Kaiserwald—Brdywald—Waldpaß Habern (na Gaber)—Saarer Berge. Dreimal, zu drei, Jahrhunderte auseinanderliegenden Zeiten sehen wir eine wichtige Grenze den gleichen Landstreifen durchlaufen. Kommt auch ihr Kontinuität zu? Ist die Zweisprachigkeit unserer Länder ihr vorbestimmtes Schicksal? Das sind vielleicht die anziehendsten Fragen, die Bretholz unserer Forschung aufgerollt hat.

Deutsche und Tschechen im Mittelalter

Von Privatdozent Dr. Ernst Schwarz in Prag

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Sudetenslawen setzen zur Zeit der slawischen Einwanderung in die Sudetenländer ein. Die Sudetenslawen trafen hier mit den Germanenresten zusammen und sprachliche wie kulturelle Beziehungen konnten nicht ausbleiben. Aber auch mit den benachbarten Deutschen, den Baiern, Thüringern und Sachsen gab es vielfache Berührungen. Historische, sprachliche und archäologische Umstände zeigen, daß vor dem letzten Drittel des 6. Jahrhunderts nicht mit einer slawischen Bevölkerung in den Sudetenländern zu rechnen ist. Bis zu dieser Zeit sind uns Germanen als Herren Böhmens, Mährens und Oberungarns bezeugt.

Die swebischen Markomannen und Quaden hatten noch vor Christi Geburt die keltischen Bojer, nach denen Böhmen seinen germanischen Namen (Bojerheimat) empfangen hat, abgelöst. Zur Zeit ihrer Landnahme hatten sie unter König Marbod eine achtunggebietende, weit über die Sudetenländer hinausreichende Machtstellung inne. Die Römer fochten von 166—180 n. Ch. einen schweren Abwehrkampf gegen sie aus und vermochten nur unter großen Opfern die Donaugrenze zu halten. Um 530 ist die Besitznahme des nur mehr dünn von Romanen bewohnten Gebietes zwischen Donau, Lech und Enns durch die aus Böhmen vordringenden Baiern anzusetzen. Sie erinnern in ihrem Namen Männer aus Böhmen an ihre alte Heimat. Im 6. Jahrhundert herrschten noch die Langobarden über Böhmen und Mähren. Mit ihrem Abzug nach Italien (568) fällt das letzte Hindernis für die weitere Ausbreitung der Slawen. Die Langobarden mußten vor ihren avarischen Bundesgenossen aus Westungarn weichen. In allen avarischen Herrschaftsgebieten und in den übrigen von den Germanen verlassenen Ländern beginnen nun die Slawen, von den Avaren bunt durcheinander gewürfelt, zu siedeln. Slovenen stehen seit dem Ende des 6. Jahrhunderts mit den Baiern im Pustertale und Sorben um 620 an der Saale mit den Thüringern im Kampfe. Auch die Sudetenländer werden damals ihre slawische Bevölkerung erhalten haben.

Von den Slovenen in Kärnten bis zu den Sorben östlich der Saale scheint der Herrschaftsbereich des ersten Slawengroßfürsten Samo gereicht zu haben. Es ist eine germanische Kaufmanns- und Kriegergründung, ähnlich dem russischen Warägerstaat des 9. Jahrhunderts. Aber es gab keine germanischen Zuschübe, seit dem Tode Samos hat die westliche Kultur sich anscheinend nicht mehr mit den Slawen beschäftigt. Das wird erst seit dem Ende des 8. Jahrhunderts anders. Karl der Große gliederte die Sachsen und Baiern seinem Reiche an und führte seine Heere gegen Avaren und Slawen. 791 zog Karls Nordarmee durch Böhmen, 805 und 806 wandten sich fränkische Heere unmittelbar gegen die böhmischen Slawen. Diese mußten die Oberherrschaft des deutschen Kaisers anerkennen und Tribut zahlen.

Der deutsche Einfluß hat nicht mehr aufgehört. 822 erschienen slawische Gesandtschaften aus Böhmen und Mähren mit Geschenken in Frankfurt a. M.; 845 ließen sich 14 Herzöge aus Böhmen in Regensburg taufen; 895 erschienen auf einer Reichsversammlung in Regensburg alle Herzöge der Böhmen vor Kaiser Arnulf. Eine andere Entwicklung hatte inzwischen Mähren genommen. Die mährischen Slawen werden zuerst 822 als „Marchanwohner" genannt. Hier erfolgte um die Mitte des 9. Jahrhunderts die Aufrichtung eines aufstrebenden mährischen Herzogtums, das seinen Höhepunkt unter Zwentibald (*Svatopluk*) erreichte.

Das Christentum zeigte damals eine große Ausdehnungskraft, auch die böhmischen und mährischen Slawen gerieten in seinen Bann. Um den Einfluß der deutschen Geistlichen zu schmälern, berief Herzog Rastislav 864 die griechischen Mönche Konstantin und Method in sein Land. Sie haben zu Missionszwecken das Neue Testament in die ihnen bekannte altbulgarische Sprache übersetzt und Konstantin hat unter Zugrundelegung des griechischen Alphabetes eine eigene Schrift, die

Glagolithica, erfunden. Ihr Auftreten hatte scharfe Kämpfe mit dem deutschen Klerus zur Folge, in denen die griechischen Glaubensaposteln schließlich unterlagen.

Das großmährische Reich wurde 906 von den Madjaren vernichtet. Eine ruhigere Entwicklung nahm Böhmen, wo sich besonders Herzog Wenzel dem Christentum und Deutschtum freundlich erwies. 973 wurde in Prag ein Bistum errichtet, dessen erster Bischof ein Sachse war. Unter Boleslav II. war beim Gottesdienste am Hofe neben der lateinischen auch die deutsche Sprache in Übung. Das 11. und 12. Jahrhundert sah wieder deutsche Heere in Böhmen, die Beziehungen zwischen dem deutschen Königreich und Böhmen-Mähren waren rege. Während der häufigen Bürgerkriege fanden tschechische Prinzen manchmal Zuflucht am deutschen Hofe. Seit sich Břetislaw I. aus Deutschland seine Gemahlin, Judith von Schweinfurt, geholt hatte, wurde dieses Beispiel noch einige Male nachgeahmt, der vorletzte Prschemyslide, Wenzel II, war mit der Habsburgerin Guta vermählt. Unter den letzten Prschemysliden stieg Böhmen an Wohlstand und Macht, unter Ottokar I (1197—1230), Wenzel I (1230—1253) und Ottokar II (1253—1278). Diesem gelang es, nach dem Tode des letzten Babenbergers (1246) sich des österreichischen Herzogtumes und Steiermarks zu bemächtigen, aber in den Kriegen gegen den neugewählten deutschen König Rudolf von Habsburg wurde er zuletzt 1278 geschlagen und fand in der Schlacht von Dürnkrut den Tod. Mit seinem Enkel Wenzel III schied 1306 der letzte männliche Sprosse des Prschemyslidenhauses dahin.

Durch die Wahl Johanns von Luxemburg 1310 kam ein deutsches Fürstenhaus nach Böhmen. Seine bedeutendste Gestalt ist Karl IV (1346—1378). Da er gleichzeitig deutscher Kaiser war, wurde Prag, seit 1343 auch Sitz eines Erzbistums, zur Reichshauptstadt. Durch die Gründung der Prager Universität (1348), der ersten in den deutschen und slawischen Ländern, machte Karl seine Hauptstadt zum kulturellen Mittelpunkte von Mitteleuropa. Die deutsche Sprache wurde überall im Lande gesprochen. Böhmen erreichte eine Blüte, wie erst wieder im 18. Jahrhundert und galt den Zeitgenossen als Musterland. Aber schon unter seinem Sohne Wenzel IV (1378—1419) mehrten sich die Verfallszeichen, innere Unruhen hemmten den Fortschritt. Schließlich kam die mit dem Namen Huß verknüpfte große Volksbewegung zum Ausbruch, die ebenso gegen die Mißstände in der Kirche wie gegen das Übergewicht des bereits lange mit Mißtrauen beobachteten Deutschtums gerichtet war. Am Ende der 1419—1436 währenden Hussitenkriege sah sich das Deutschtum in Böhmen zwar nicht vernichtet, in den Randgebieten, wo es sich an die benachbarten deutschen Länder zum Teil hatte anlehnen können, hatte es die schreckliche Zeit überdauert, aber im Innern Böhmens war es aus vielen Städten geschwunden oder stark zurückgedrängt (Prag, Kolin, Melnik, Kuttenberg u. a.).

Seitdem die Sudetenländer unter deutschem Einfluß stehen, machen sich auf allen Gebieten die Einwirkungen der deutschen Nachbarschaft bemerkbar. Es ist natürlich, daß bei der höheren kulturellen Stellung der Deutschen und der Vorherrschaft ihres Königtums die Anregungen der deutschen Kultur weit größer waren als die Gegengaben der Tschechen an die Sudetendeutschen.

Seit dem 10. Jahrhundert ist der deutsche Einfluß in der Ausgestaltung des Staatswesens zu beobachten. Wie in Ungarn dringt die deutsche Grafschaftsverfassung ein, wie in den deutschen Ländern erfolgt allmählich eine Zweischichtung des Adels. Neben den hohen Adel mit reichem Grundbesitz stellt sich die zweite Adelsklasse der Edlen, der Ritter. Im 13. Jahrhundert wird Böhmen ein Lehensstaat gleich den deutschen Ländern, nur daß diese auch hier vorangehen. Wie die deutschen Ritter erbauen sich die böhmischen Burgen, die bezeichnenderweise deutsche Namen führen (Biberstein, Rosenberg, Lichtenburg, Wartenberg, Hassenstein, Klingenstein u. a.). Wie groß gerade im Burgenbau der deutsche Einfluß war, erhellt daraus, daß schon die erste Burg, von deren Entstehung wir in der Mitte des 10. Jahrhunderts erfahren, einen deutschen Namen erhalten hat (Nimburg = bei der neuen Burg). Auch die Sitten des deutschen Rittertums fanden Eingang, deutsche Minnesänger

wurden gastlich in Böhmen aufgenommen, das sich bald auch schaffend an der deutschen Literatur beteiligte. Es ist natürlich, daß unter den Luxemburgern die Anpassung an die deutschen Verhältnisse anhielt, daß der Aufstieg des Adels im 15. Jahrhundert und sein Niedergang durch den 30jährigen Krieg die gleiche Entwicklung wie in Deutschland zeigte.

Vom 12. Jahrhundert ab wurden die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen besonders rege, denn nun traten im Lande selbst die beiden Völker in ständigen Kulturaustausch. Wir bemerken zuerst in dem freilich erst seit 1322 zu Böhmen gehörenden Egerlande und in Südmähren das Eindringen deutscher Siedler. Die Gründe, die dazu geführt haben, sind sicherlich zum Teil dieselben gewesen, die nördlich von den Sudetenländern das ostelbische Land mit deutschen Bewohnern und Dörfern gefüllt und südlich von ihnen die Baiern schon früher in die östlichen Alpenländer gezogen haben: die Übervölkerung in Altdeutschland, die weitgehende Zersplitterung des Besitzes, die verbesserten Rodungsmethoden, aber auch Handels- und gewerbliche Interessen. Anregend wirkte Förderung durch die einheimischen Fürsten und Großen sowie durch die Klöster, deren Mönche meist aus Deutschland kamen. Freilich klafft eine große Lücke in den mittelalterlichen Geschichtsquellen. In Norddeutschland erzählen uns Augenzeugen von den großen Wirkungen, die das Zuströmen deutscher Bauern ausübte. In den Sudetenländern hüllen sich die Quellen in Schweigen, die wenigen unmittelbaren Nachrichten sind nicht eindeutig genug. Der Widerspruch klärt sich auf, wenn wir von den Tatsachen ausgehen, die uns die Namen- und Mundartenforschung in die Hand geben; die jeweiligen Randgebiete hängen mit den deutschen jenseits der Grenze zusammen, die Mundarten setzen sich über die Grenze fort und ebenso die Ortsnamenbildung. Die vom 12. bis 14. Jahrhundert üblichen Bildungen im nördlichen Nieder- und Oberösterreich, der Oberpfalz, aber auch der erst besiedelten Mark Meissen und Schlesiens finden sich anschließend in Südmähren, Süd- und Westböhmen, Nordböhmen und Nordmähren; in Südmähren herrscht die bairisch-österreichische, in Südböhmen die mittelbairische, in Westböhmen und dem Egerlande die nordbairische (oberpfälzische), in Nordwestböhmen die erzgebirgische (obersächsische), in Nordböhmen und Nordmähren die meissnisch-schlesische Mundart. Diese deutsche Neubesiedlung der Randgebiete ist also ein Vorschieben der deutschen Ansiedler jenseits der heutigen Grenze in die Wälder hinein. Großenteils erfolgen die Ansiedlungen nicht in den schon bestehenden Dörfern, sondern es sind Neuanlagen, die auch deutsche Namen erhalten. Zum Teil freilich werden auch schon bestehende Dörfer mit tschechischen Namen ausgebaut, bisweilen wird nur ein tschechischer Flurname übernommen. So haben die Randgebiete von Böhmen und Mähren ihren Kranz von deutschen Orten erhalten. Auch der Aufschwung der Städte ging von den deutschen Ansiedlern aus. Ansätze dazu waren schon da, Saaz begegnet frühzeitig als Stadt, auch unter dem Schutze von Burgen emporwachsende Orte wie Prag u. a. wuchsen dazu aus. Aber die Einrichtungen, die das Wesen einer mittelalterlichen Stadt ausmachen, außer der Ummauerung die städtischen Freiheiten, eine weitgehende Selbstverwaltung, die brachten erst die deutschen Ansiedler. Das Beispiel Altdeutschlands wirkt auch hier.

Eine Förderung der Deutschen durch die Landesgewalten ist nicht zu verkennen. Der Urwald, der den Schutz des Landes gebildet hatte, wurde schmäler, aber die neuen Ansiedler zahlten Pachtzinse, die eine wichtige Einnahmequelle der Grundherren wurden. Den neu entstehenden Klöstern wurde weites Land geschenkt, das erst Wert erhielt, als zinszahlende Dörfer auf ihm entstanden. So bemerken wir, wie am Ende des 12. Jahrhunderts nach der Gründung der Stifte Tepl und Osseg in West- und Nordwestböhmen deutsche Dorfnamen auf ihrem Gebiete auftauchen. Der Abt des Klosters Goldenkron nahm am Ende des 14. Jahrhunderts für sein Kloster allein die Gründung von 22 vorwiegend deutschen Ortschaften im Bereiche der Städte Prachatitz und Wallern in Anspruch.

Die erste Urkunde, die ein besonderes Recht für die Deutschen erwähnt, ist die des Herzogs Sobieslaw (1173—1178) für die Deutschen in Prag, die eine Bestätigung

und Erneuerung eines älteren Privilegs von König Wratislaw (1061—1092) darstellt. Der Herzog betont, daß die in seinen Schutz aufgenommenen Deutschen als Volk von den Böhmen verschieden bleiben sollen wie sie von ihnen verschieden sind durch ihr Recht und durch ihre Gewohnheiten. Am wichtigsten ist der Satz: „Ihr sollt wissen, daß die Deutschen freie Menschen sind." Das Prager Deutschtum blickt demnach auf hohes Alter zurück. Im 13. Jahrhundert ist das „deutsche Recht" schon allgemein bekannt. Freilich schafft das Fortleben der alten Rechtsgewohnheiten verschiedene Stadtrechtsgebiete.[1])

Das deutsche Recht gab Bauern und Bürgern gewisse Freiheiten und eine günstigere soziale Stellung, als sie die tschechischen besaßen. Dieses bessere Recht wurde auch von tschechischen Dörfern angestrebt, so wird es 1274 dem mährischen Dorfe Groß-Teinitz bei Olmütz verliehen. Auch die Tschechen genossen somit die Vorteile, die das deutsche Recht im Gefolge hatte.

Unmittelbar an das Eindringen deutscher Ansiedler in die Sudetenländer schließt sich eine lebhafte Binnenkolonisation an. Die Deutschen dieser Jahrzehnte sind unternehmungslustig, sie verstehen die gebotenen Vorteile auszunützen. So schließen sich an die „Neudörfer" binnen weniger Menschenalter andere, die ihre Siedler aus den schon bestehenden Nachbargemeinden erhalten. Es sind großenteils einheimische Kräfte, die den weiteren Landesausbau leiten. Sie haben sich auch in erster Linie bei dem nach dem 30jährigen Krieg neu einsetzenden Landesausbau beteiligt. Die meist klein gebliebenen Anlagen dieser Zeit erinnern uns schon durch ihre Namen an ihre grundherrliche Gründung (Josefstal, Maxdorf, Johannesdorf u. a.).

Die erste Nachricht über Bergbau in unseren Ländern bietet Tacitus, der in seiner Germania erzählt, daß die keltischen Cotini unter der Oberhoheit der Quaden Eisen abbauen. Ihre Eisengruben waren in Oberungarn. Ob sonst noch ein primitiver Bergbau in den Sudetenländern betrieben worden ist, ist fraglich, eine Anknüpfung aber nicht ausgeschlossen. Früh wurde Gold in Eule gegraben, das auch darnach seinen Namen hat (tschech. *jil* Schlamm), außerdem an der Tepl in Westböhmen und an der Wottawa in Südböhmen gewaschen. Die ergiebigsten Silbergruben des Mittelalters waren in Mies, bei den Tschechen danach *Stříbro* Silber genannt, in Deutsch-Brod und Iglau. Der Bergbau lag hier im Mittelalter fast ganz in deutschen Händen. In Eule kommen später deutsche Namen von Gängen und Zechen vor, die Anwesenheit Deutscher in Iglau, Mies und Deutsch-Brod ist schon durch die deutsche Namengebung oder Beziehung auf die Deutschen bezeugt. Die Bergstadt Kuttenberg, der Mittelpunkt des Silberabbaus im späteren Mittelalter, wird zuerst gegen Ende des 13. Jahrhunderts genannt (1289 *in Kuttis*) und führt bezeichnenderweise einen deutschen Namen, den norddeutsche Bergleute etwa aus dem Harz, dem ältesten Bergbaugebiete Deutschlands, mitgebracht haben (*kûte* Grube, davon tschech. *kutiti* graben). In der Kuttenberger Gegend treten auch im 14. Jahrhundert wie in Norddeutschland die sich bildenden Familiennamen im zweiten Falle auf (Oswalds, Ekhards u. a.). Auf norddeutsche Bergleute wird auch das Iglauer Bergrecht zurückgeführt, von dem wieder das slowakische Bergrecht abstammt. Ein neuer Aufschwung des Bergbaus erfolgte im 15./16. Jahrhundert, als das Erzgebirge seinetwegen deutsche Ansiedler erhielt. Nachdem schon früh in Graslitz und Graupen Stollen angelegt worden waren, erfolgten nun viele Neugründungen. Die Namen dieser Bergstädte sind fast alle deutsch und kennzeichnend (Kupferberg, Zinnwald, Gottesgab, Klostergrab). Nach der Prägestätte in Joachimstal wurden die Taler benannt. Auch im Lausitzer- und Isergebirge sowie Gesenke sind deutsche Bergstädte entstanden (Georgental, Neustadt an der Tafelfichte, Bergstadt u. a.). Der Bergbau hat Böhmen im Mittelalter reich gemacht. Die Hussitenkriege versetzten ihm einen schweren Schlag, so zerstreuten sich vor allem die Kuttenberger Bergknappen. Die jetzigen Kohlengebiete dagegen zeigen ein

[1]) Vgl. den Aufsatz von Emanuel Schwab in diesem Heft.

Herbeiströmen tschechischer Arbeiter, wodurch die zunehmende Tschechisierung der neuen Bergbaugegenden (von Brüx, Dux) gefördert wird.

Auch im Handel ist der deutsche Einfluß früh zu spüren. Die erste Organisierung des deutsch-slawischen Grenzhandels hat Karl der Große zu Beginn des 9. Jahrhunderts angeordnet, indem er einige Handelsplätze an den Grenzgegenden gewissermaßen zu offiziellen Übergangsstellen machte (so in der Nähe Böhmens Halle a. S., Forchheim, Premberg, Regensburg, Lorch). Ein spanischer Jude, der in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts Prag besuchte, erwähnt schon die steinerne Burg und die aus aller Welt zusammenströmenden Händler. Für den Handel mit Deutschland waren Passau und Regensburg wichtige Stapelplätze. Getreide, Vieh, Felle, Honig und Sklaven waren die bedeutendsten Ausfuhrgegenstände, Salz, Heringe und gewerbliche Gegenstände die wichtigsten Teile der Einfuhr. Alte Handelsstraßen führten über den Böhmerwald (der goldene Steig von Kuschwarda, der Paß von Taus), durch das Egerland, über das Erzgebirge bei Kulm, nach Zittau und durch den Glatzer Kessel nach Schlesien, eine alte Bernsteinstraße längs der Oder von Niederösterreich durch Schlesien an die Ostsee. Auch die Elbe wurde schon benützt. Ein Höhepunkt des Handels war natürlich im Jahrhundert Karls IV.

Nicht minder wurde das Gewerbe im Mittelalter durch Deutsche befruchtet. Die Tuchmacherei fand in Orten wie Reichenberg, Iglau, Brünn, Troppau durch Deutsche Eingang; Karl IV. war bemüht, fremde Handwerker aus Italien und dem Orient, besonders aber aus Deutschland herbeizuziehen. Im 16. Jahrhundert blühte in Nordböhmen und dem Böhmerwalde die Glasmacherei auf, die noch heute größtenteils in deutschen Händen ist. Es ist natürlich, daß auch die Baukunst von Deutschland her angeregt worden ist. Die ersten Kirchen und Kapellen waren kleine, massive Rundbauten mit kleinen Fenstern (die St. Georgskapelle auf dem Reif bei Raudnitz). Seit dem 13. Jahrhundert werden Kirchen im gotischen Baustil erbaut, besonders dann unter Karl IV. (der Veitsdom mit der Wenzelskapelle in Prag, die Barbarakirche in Kuttenberg). Bedeutende Meister wie Matthias von Arras und Peter Parler von Schwäbisch-Gmünd, der Erbauer des Veitsdomes und der steinernen Brücke in Prag, wirkten in Böhmen. Die Malerei erlebte unter Karl IV. und Rudolf II eine höhere Blüte, beide Male gaben deutsche Künstler die Richtung an. Auch Renaissance und Barock fanden Pflege, wieder mit Hilfe deutscher Meister. Von Nürnberg aus kam der Buchdruck in das Land.

Bei diesen regen und stetigen Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen ist die Vielseitigkeit der sprachlichen Berührungen erklärlich. Die Überlegenheit der Deutschen zeigt sich auch in der Sprache. Einige deutsche Lehnwörter des Tschechischen sind schon aus der alten Heimat mitgebracht worden (Wörter wie *pluh* Pflug, *císař* Kaiser, *skot* Vieh, *kusiti* wählen, *kupiti* kaufen, *buk* Buche u. a.). Die meisten sind aber in den Sudetenländern von den Germanenresten oder von den deutschen Nachbarn übermittelt worden. Bemerkenswert ist das Wort *javor* Ahorn, das aus dem Sudetengermanischen stammen muß, da der Bergahorn den Slawen in ihrer alten Heimat fremd war. *Mýto* Maut ist erst an den Zollstationen der Donau bekannt geworden. Bis in die neueste Zeit dringt eine Masse deutscher Lehnwörter ein, von denen zwar viele durch die Reinigungsbestrebungen der tschechischen Grammatiker des 19. Jahrhunderts wieder entfernt worden sind, viele aber Heimatrecht erhalten haben. Sie beziehen sich auf verschiedene Begriffsgebiete, hauptsächlich natürlich auf diejenigen, in denen die Tschechen von den Deutschen gelernt haben. Die Zeit der Entlehnung zieht sich von der althochdeutschen Zeit bis in die Gegenwart herein.

Die Christianisierung den Sudetenslawen brachte eine Reihe von kirchlichen Fremdwörtern wie *mnich* Mönch, *klášter* Kloster, *kapla* Kapelle, *fara* Pfarre, *opat* Abt, *probošt* Propst, *biskop* Bischof, *papež* Papst, *almužna* Almosen, *žehnati* segnen. Der Bekanntschaft mit dem deutschen Staatswesen, seinen Beamten und Einrichtungen

verdanken *král* König (der Name Karls des Großen), *říše* Reich, *hrabě* Graf, *purkrabe* Burggraf ihren Einzug ins Tschechische. Das Ritterwesen und die Bürgerkriege und innere Zwiste des Mittelalters leben weiter in *oř* Roß, *léno* Lehen, *erb* Erbe, Wappenschild, *brnění* Panzer, *bit* Beute, Anteil, *hejtman* Hauptmann, *žold* Sold, *rytíř* Ritter, *turnaj* Turnier, *knap* Knappe, *dráb* Kriegsknecht, *puntovati se* sich verbünden, verschwören. Aus der Bekanntschaft mit den deutschen städtischen und dörflichen Einrichtungen sind herübergenommen *purkmistr* Bürgermeister, *mistr* Meister, *rychtář* Dorfrichter, *břitov* Friedhof, *krchov* Kirchhof, *búr* Bauer (Schimpfwort), *karmeš* Kirchmesse, *hák* Hakenpflug, *ßelpuch* Pergament. Dem gewerblichen Betriebe und dem Handelsleben der deutschen Städte entstammen *knejp* Schusterkneif, *knot* Knoten, Docht, *knoflik* Knopf, Knoten, *křída* Kreide, *lat* Latte, *cihla* Ziegel, *laib* Leibchen, *lišta* Leiste, *loktuše* Kopftuch, *louh* Lauge, *karnéř* Tasche, *kantnéř* Dachbalken, *kafr* Kampfer, *jircha* feines Leder, *žemle* Semmel, *frýmark* Freimarkt, *fortna* Pforte, *fortel* Vorteil, Nutzen, *forberk* Vorwerk, *cil* Ende, Termin, *drát* Draht, *cukr* Zucker, *lítkup* Leitkauf, Angeld, Trunk beim Kaufe, *košt* Kosten, Versuch, *kramář* Krämer. Auf die Bedeutung des deutschen Bergbaues weisen *stoupa* Stampfe, *hut'* Hütte, *cech* Zeche, *latr* Klafter, *havíř* Hauer, Bergmann, *štola* Stollen, *valcha* Walke, *cín* Zinn. Auch Pflanzen und Tiere wurden durch die Deutschen bekannt: *třebule* Kerbel, *křez* Kresse, *cibule* Zwiebel, *ledořice* Lakritze, Nieswurz, *limba* Leinbaum, Ahornart, *líbček* Liebstöckel, *cizrna* Kichererbse, *krumpír* Kartoffel (Grundbirne), *brambor* Kartoffel (Brandenburger), *jilm* Ulme, *hejduše* Heidekorn, Buchweizen, *fík* Feige, *páv* Pfau, *lebhart* Leopard, *kapoun* Kapaun, *hejl* Dompfaff, *bažant* Fasan. Aus deutschen Prägestätten stammten die mittelalterlichen Münzen *haléř* Heller, *helblink* Heller, Halbpfennig, *groš* Groschen. Auf das deutsche Volksleben gehen zurück *kejkléř* Gaukler, *lejchéř* Gaukler, Spielmann, Betrüger (mittelhochdeutsch *leichaere*), *lotr* Lotterbube, Bösewicht, *frejíř* Freier, Buhler. Sogar Zeitwörter wurden übernommen wie *musiti* müssen, *hyřiti* irren, übertreten, *duněti* donnern. Durchspickt mit deutschen Wörtern und Wendungen ist das sogenannte Kuchelböhmisch, das meist von wenig gebildeten Personen gesprochen wird. Es wurde seit dem Ende des 18. Jahrhunderts auch zur Erzielung komischer Wirkungen auf dem Theater verwendet, ist aber in den letzten Jahrzehnten sehr zurückgegangen.

Dem gegenüber ist die Zahl der gemein- oder schriftsprachlichen deutschen Wörter, die aus dem Tschechischen (oder überhaupt einer slawischen Sprache) entlehnt sind, gering: Peitsche (von *bič*), Grenze (*hranice*), Kren (*křen*), Jauche (polnisch *jucha*), Jause (slowenisch *južina*) u. a. Viel größer ist die Zahl der in den Berührungsgebieten des deutsch-tschechischen Lebens, aber auch in Wien, übernommenen Lehnwörter: Batschkoren ‚Filzschuhe' (*bačkory*), Kasch ‚Brei' (*kaše*), Pawlatsch ‚Altan' (*pavlač*), Kaschen (*kašna* Wasserkasten), in Westböhmen Babe ‚Topfkuchen' (*baba*), Straka ‚Elster', Krawasch ‚Kuhhirte' (*kravář*), Tschotschke ‚Linse' (*čočka*). Das weit verbreitete Plauze, jetzt auch mit der Bedeutung ‚Gesicht', rührt aus dem Polnischen her (*pluca* Lunge). Besonders der Speisezettel ist durch die böhmische Kochkunst bereichert worden: Buchte (*buchta*), Kolatschen (*koláč* Kuchen), Liwanzen, ‚gegossene Talken' (*lévanci*), Powidl ‚Zwetschgenmus' (*povidlí*), Talken ‚Art Mehlspeise' (*dolky*). Daß die Entlehnung solcher Lehnwörter wirklich erst bei den Sudetendeutschen erfolgen konnte, ersieht man dann deutlich, wenn sich hier andere Formen zeigen als im Gemeindeutschen. So gewinnt man anstatt Quark (*tvaroh*) und Schmetten (*smetana*) in Teilen der Iglauer Sprachinsel Zwarg und Zmetten.

Das Eindringen deutscher Personennamen in die tschechische Sprache beginnt, von Vorläufern abgesehen, etwa seit dem 11./12. Jahrhundert: *Zibřid* Siegfried, *Zipota* Siboto, Seiboth, *Heřman* Hermann, *Jindřich*, *Hendřich* und *Hynek* Heinrich, *Oldřich* Ullrich, *Olbram* Wolfram, *Litold* Leutold, *Lipold* Leopold, *Jarloch* Gerlach, *Adléta* Adelheid, *Arnošt* Ernst, *Artléb* Hartlieb, *Bedřich* Friedrich, *Děpold* Dietbold, *Dětřich* Dietrich, *Vintíř* Günther, *Vilém* Wilhelm, *Kuneš* Kunz, *Kunhuta* Kunigunde. Auch nichtdeutsche Namen sind durch deutsche Vermittlung (ebenso wie manche

der obigen Lehnwörter) eingedrungen, z. B.: *Jiří* Georg, *Řehoř* Gregor, *Háta* Agathe, *Jilji* Egidius, *Tobiáš* Tobias, *Tomáš* Thomas, *Zofie* Sophie, *Ježíš* Jesus. Demgegenüber ist die Zahl der auf das Tschechische zurückgehenden Personennamen auf Wenzel (*Václav*) beschränkt, dessen Name, später als Landespatron, seit dem 10. Jahrhundert den Deutschen bekannt war.

Orts- Fluß- und Bergnamen sind den Sudetenslawen sicher zur Zeit ihrer Einwanderung bekannt geworden. Denn es ist undenkbar, daß Länder wie Böhmen und Mähren mit so fruchtbaren Landschaften von jeder Bevölkerung verlassen gewesen wären. Tatsächlich führt eine genaue sprachliche Untersuchung einiger alter Namen, deren Deutung aus dem Slawischen unmöglich ist, zu einer einwandfreien Ableitung aus dem Germanischen. Es seien die Flußnamen Elbe, Moldau, March, Schwarzach, Angel, Waag, Gran, der Bergname Reif angeführt, deren tschechische Formen *Labe, Vltava, Morava, Svratka, Uhlava, Váh, Hron, Řip* auf den deutschen beruhen. Die Flußnamen Eger und Iser gehen auf die keltischen Bojer zurück und sind durch deutsche Vermittlung den Tschechen zugekommen. Seit dem 12. Jahrhundert begegnen dann neben den tschechischen Ortsnamen auch deutsche, die den zu gleicher Zeit in den Nachbargegenden auftretenden gleichen. In Südböhmen sind häufig Rodungsnamen auf -reut und -schlag, im Egerland auf -reut und -grün, in Nordböhmen auf -dorf, -au u. v. a. Dort, wo Deutsche neben Tschechen wohnten, wurden oft tschechische Namen übernommen, die dann im deutschen Munde ihre Weiterentwicklung gefunden haben (z. B. *Žatec* Saaz, *Litoměřice* Leitmeritz, *Hradec* Grätz, *Lipa* Leipa). Bisweilen begegnen auch verschiedene Benennungen nebeneinander, ohne daß das Verhältnis der Übersetzung (wie in Brüx *Most*, Schlackenwerth *Ostrov*) besteht; hier wird bisweilen getrennte Anlage vorhanden gewesen sein (Maffersdorf *Vratislavice*, Eger *Chéb*, Langenau *Skalice* u. a.).

Überblickt man die gegenseitige Beeinflussung der deutschen und tschechischen Kultur, so ist die Übermacht der deutschen Einwirkung so auffällig, daß sie auch von objektiver tschechischer Seite ohne weiteres zugegeben wird. Die Kulturströmungen gehen eben im Mittelalter bis zur Neuzeit von Süden und Westen nach Norden und Osten und treffen deshalb die Deutschen früher als die Slawen. Die Tschechen haben sich allein von den weit in das ehemalige Ostgermanien vorgeschobenen Slawenstämmen erhalten, durch deutsche Kultur gekräftigt stellen sie heute den westlichen Vorposten der Slawen dar.

Deutsche und Tschechen in der Neuzeit

Von Dr. Wilhelm Weizsäcker, Privatdozent an der deutschen Universität Prag

Noch war Prag der Herrschersitz eines Mannes, der sich „von Gottes Gnaden Römischer König und allezeit Mehrer des Reiches" nannte, als gerade durch dieses Mannes Macht ein schwerer Schlag gegen das deutsche Element im Lande geführt wurde. Es war die durch die nationaltschechische Partei (unter tätiger Mitwirkung Hussens) veranlaßte und von König Wenzel aus politischen Gründen durchgeführte Änderung der Prager Universitätsverfassung zu Ungunsten der die Mehrheit bildenden deutschen Dozenten und Studenten. Ihre Folge war der bekannte Abzug der deutschen Magister und Scholaren aus Prag, der mit dem Aufblühen der neuen Universität zu Leipzig in ursächlicher Verbindung steht (1409). Auf 800—1000 Köpfe hat ein vorsichtiger Forscher die ausziehende akademische Bevölkerung geschätzt, gewiß ein empfindlicher Verlust für das damalige Prag, dessen tschechische Bevölkerung im Laufe des 14. Jahrhunderts merklich angewachsen war. Ob die Zahl der Tschechen die der deutschen, damals viel wohlhabenderen Bevölkerung bereits erreicht hatte, wissen wir nicht. Sie ersetzten jedenfalls durch lärmende Rührigkeit, was ihnen an Zahl abgehen mochte, und gaben

so dem Könige wenige Jahre später (1413) Veranlassung zu einer zweiten, ebenso empfindlichen Maßregel, der Änderung der Ratsverfassung in der Prager Altstadt, wonach der bisher deutsche Rat fortan halb aus Deutschen und halb aus Tschechen bestehen sollte. Aber der König hielt sich nicht einmal an diese von ihm selbst ausgehende Verfügung, sondern setzte noch im selben Jahre einen neuen Rat mit tschechischer Mehrheit ein, durch den — im Widerspruch zu der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung — das deutsche Element in der Ratsstube von nun an fast ausgeschaltet war. Huß selbst behandelte in Schrift und Rede nicht bloß politische und nationale Fragen neben den religiösen, sondern eiferte auch nachdrücklich für die Aufrecht- und Reinerhaltung der tschechischen Sprache. Seine Verurteilung und Hinrichtung wurde als eine der ganzen tschechischen Nation zugefügte Beleidigung aufgenommen.

So schwelte unter der Asche ein furchtbarer Brand, genährt in gleicher Weise durch religiöse wie nationale Gefühle. Die tschechische Bevölkerung, in ihrer großen Mehrheit den Lehren Hussens anhangend, sah in den Deutschen zugleich Gegner ihrer religiösen Überzeugung und ihres Volkstums. Dazu kamen Erregungsmomente sozialer Natur vom Lager der extremsten tschechischen Partei, der Taboriten, ausgehend und gegen die besitzenden Klassen gerichtet. Der glühende Haß gegen alles deutsche Wesen blieb auf deutscher Seite gewiß nicht unerwidert, aber hier war er noch durchaus mittelalterlichen Charakters; er bestand einerseits in einer gewissen altüberkommenen Geringschätzung des Slawen (von den Tschechen mit ganz besonderer Erbitterung empfunden), anderseits in dem Abscheu der „Rechtgläubigen" vor den „Ketzern". Auf tschechischer Seite scheint der Haß tiefer, grimmiger, dem modernen Nationalhaß vollkommen entsprechend. Er kam in den Hussitenkriegen zum heftigsten Ausbruch, insbesondere in jenen schrecklichen Zügen gegen die deutschen Städte (1420 und 1421), die in ihrer Vereinzelung großenteils erstürmt oder zur Übergabe gezwungen wurden. Nicht bei allen Städten freilich gelang den Feinden der Sieg; Brüx z. B. wehrte dem feindlichen Ansturm mit Erfolg und wahrte sich auch für die Folgezeit seinen deutschen Charakter. Dagegen wurde in den eroberten Städten rücksichtslos tschechisiert. Wir hören von furchtbaren Greueltaten gegen die Bewohner, von Ausweisung der Katholischen auch in den durch Übergabe gewonnenen Orten; das Stadtregiment übernahm die tschechisch-hussitische Partei. Groß ist der Verlust, den das Deutschtum in Böhmen damals erlitt. Unzweifelhaft deutsch blieben das Egerland, Ellbogen, ein Streifen entlang dem Erzgebirge mit Brüx, den Schluckenauer und Friedländer Zipfel und südlich davon Leipa, Sprachinseln im Riesengebirge und an der Grenze gegen Mähren, schließlich ein Streifen im Böhmerwalde und die Tachauer Gegend. Außerdem scheint sich in vielen hussitisch gewordenen Städten des inneren Böhmen eine deutsche Minderheit erhalten zu haben.

Der bald eintretende wirtschaftliche Bedarf wirkte dann für ein rasches Wiedererstarken des Deutschtums. Man brauchte die Deutschen als Bergleute, als Handwerker, so ungern man sich dies auch gestand; es nützte nichts, daß man in manchen Städten die Aufnahme Deutscher als Bürger verbot oder ihnen auferlegte, binnen bestimmter Frist die tschechische Sprache zu erlernen. Auch geistig war eine Abschließung Böhmens gegen Deutschland unmöglich. Das zeigte sich am deutlichsten im Jahrhundert der Reformation, in dem sich wirtschaftlicher und geistiger Einfluß von Deutschland her zu einer mächtigen Einheit verband. Auf den Höhen des Erzgebirges war neuer Bergsegen erschlossen worden. Scharenweise drängen sich die deutschen Knappen über Böhmens Grenze. Sie bringen das neue Evangelium mit. In Joachimsthal, wo auch Georg Agricola eine Zeitlang lebte, hielt Luthers Freund und Tischgenosse Mathesius seine Bergpredigten. Der deutsche Bergmann dringt wieder weit ins Land; man gewährt ihm und dem deutschen Handwerker einen deutschen Prediger. Tschechische Prediger empfangen häufig ihre Ausbildung in Wittenberg und Frankfurt an der Oder. Der nationale Gegensatz wird scheinbar gemildert. Kein Zweifel, daß durch den Protestantismus das Deutsch-

tum in Böhmen gewann. So wurde schon im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts eine ganze Anzahl der verlorenen Städte dem Deutschtum zurückgewonnen.

Im Landrecht indessen war die Alleinherrschaft der tschechischen Sprache gesetzlich festgelegt. Kein Ausländer durfte eine Würde oder ein Amt des Landes innehaben; auch in seinem Rate sollte sich der König bloß böhmischer Räte bedienen (und zwar solcher, die es mit ihrem Herzen seien, meinen die Stände im Jahre 1575); in die Landtafel, das überaus wichtige Grundbuch (aber nicht bloß Grundbuch) des ständischen Liegenschaftseigentums, durften nur tschechische Eintragungen gemacht, vor allen Gerichten sollte (auch von Ausländern) bloß tschechisch gesprochen werden. Die gleiche Verfügung über die Gerichtssprache galt im Stadtrecht, bezog sich aber nicht auf das Egerland, das Ellbogner und das Glatzer Gebiet und wurde auch in anderen Städten nicht durchwegs beachtet.

Den Gipfel der deutschfeindlichen gesetzlichen Vorschriften bezeichnet das Sprachengesetz von 1615. Es verfügte, daß keine Ausländer im Lande und als Stadtbürger aufgenommen werden dürfen, die nicht tschechisch können; ihre Nachkommen bis ins dritte Glied sind von allen Ämtern ausgeschlossen; die aufgenommenen Ausländer sind verpflichtet, ihre Kinder von Jugend auf tschechisch lernen zu lassen, und nur tschechisch sprechende Kinder sind erbberechtigt zum liegenden Gut; Pfarren, Kirchen und Schulen, die vor zehn Jahren tschechisch waren, müssen wieder mit Tschechen besetzt werden; am krassesten war die Bestimmung, daß derjenige, der als Inwohner des Königreichs der tschechischen Sprache kundig sei, aber nicht tschechisch reden wolle und auch andere vom Tschechischsprechen abhalte, des Landes verwiesen werden solle. Dieses Gesetz atmet, mögen auch politische Motive mitgespielt haben, doch in erster Linie den Geist desselben Deutschenhasses, der aus zahlreichen tschechischen Tendenzschriften und Fälschungen aus dem 15., 16. und 17. Jahrhundert spricht: die Tschechen sind die rechtmäßigen Besitzer des Landes. Die Deutschen haben das Bestreben, sich auf alle Weise in das Land einzudrängen. Wenn sie bleiben wollen, müssen sie aber zu Tschechen werden, also vor allem in Sprache und Religion mit diesen übereinstimmen.

Als das eben besprochene Sprachengesetz erlassen wurde, trugen Habsburger schon fast ein Jahrhundert lang die böhmische Königskrone. Es wird auch auf tschechischer Seite zugegeben, daß den Habsburgern jener Zeit kein Germanisierungsbestreben zugeschrieben werden darf. Einen Vorteil gewann das Deutsche nur mittelbar dadurch, daß sie gewöhnlich der tschechischen Sprache nicht mächtig waren, daß deshalb die böhmische Kammer im Verkehr mit dem Kaiser die deutsche Sprache gebrauchte und die Landesbehörden ihren Berichten an den Kaiser deutsche Übersetzungen beischlossen. Am Herzen lagen den Habsburgern zwei Dinge: die Erhaltung ihrer Macht und die Ausbreitung der katholischen Religion. Nachteilig war für die Deutschen Böhmens ihre Spaltung in die beiden religiösen Lager. Dadurch wurden die Vorteile, die ihnen die Ausbreitung des Protestantismus in Böhmen gebracht hatte, teilweise wieder aufgehoben.

Im böhmischen Kriege (1618—1620) sehen wir die Reihen der Kämpfenden nach dem Glauben und nicht nach Nationen geordnet. Und so bluteten auch Deutsche auf dem Altstädter Ring zu Prag an jenem schrecklichen 21. Juni 1621 unter dem Schwerte des Nachrichters. Es ist eine in weiten Kreisen des tschechischen Volkes verbreitete Legende, daß durch die Konfiskationen, mit denen die am böhmischen Aufstande Schuldigen bestraft wurden, der tschechische Adel seine Güter zugunsten von Ausländern, hauptsächlich Deutschen, verloren hätte. Erst vor kurzem hat ein namhafter tschechischer Gelehrter wieder nachdrücklich betont, daß schon vorher zahlreicher deutscher Adel im Lande war und daß die eingezogenen Güter keineswegs bloß an Ausländer, sondern auch an Inländer, und zwar Tschechen überlassen wurden. Dennoch bildet die Schlacht am Weißen Berge, in der die böhmische Rebellion niedergeworfen wurde, einen wichtigen Ein-

schnitt auch in der Geschichte der Nationalitäten in Böhmen. Zwar war die habsburgische Restauration keineswegs planmäßig germanisierend, sondern bloß absolutistisch und gegenreformatorisch, aber sie bedurfte zur Erreichung ihrer Ziele der deutschen Sprache. In der „Verneuerten Landesordnung" für Böhmen (1627) fielen demnach die Beschränkungen, die bisher für den Gebrauch der deutschen Sprache gegolten hatten, zugunsten der Gleichberechtigung der deutschen und der tschechischen Sprache, die der Kaiser „im Erbkönigreich Böhmen zugleich gehalten und fortgepflanzt haben" wollte: vor den Gerichten und in der Landtafel wurde die deutsche Sprache neben der tschechischen zum Gebrauche nach bestimmten Regeln zugelassen (so war im Prozesse die Sprache des Beklagten maßgebend). Die deutsche innere Amtssprache ist nicht allgemein eingeführt worden, ist vielmehr, von Einzelvorschriften abgesehen, im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts gewohnheitsmäßig erwachsen. Auch die von den Habsburgern schon früher errichteten Zentralbehörden gewannen allmählich größeren Einfluß.

Mehr als diese gesetzlichen Vorkehrungen wirkte auf den Adel der durch die Berührung mit dem Hofe immer wieder vermittelte Einfluß der Wiener Kultur und Mode. Es kam zu einer weitgehenden Germanisierung des aus einheimischen und fremden Elementen zusammengesetzten böhmischen Adels. Im Bürger- und Bauernstand gab es im 17. und 18. Jahrhundert erhebliche Verschiebungen. Wir finden eine Abwanderung deutscher und tschechischer Bevölkerungsteile in die deutschen evangelischen Länder infolge der Gegenreformation und dafür in beschränkten Grenzen eine neue Kolonisation aus den angrenzenden deutschkatholischen Gebieten. In einigen Gegenden trat nach und nach ohne Wechsel der Bevölkerung die tschechische Sprache zugunsten der deutschen in den Hintergrund. Noch gründlicher war der Verdeutschungsprozeß in vielen Städten, auch jetzt noch befördert durch die Zuwanderung von Handwerkern deutscher Zunge. So wurde im Lauf des 17. Jahrhunderts ein weiterer Teil des im Hussitenkriege entnationalisierten Gebiets zurückgewonnen. Nicht durch äußere Gewalt, vielmehr durch eine Art innerer Entkräftung war die tschechische Sprache um die Mitte des 18. Jahrhunderts ihrer Ausbreitung und ihrer Pflege nach auf einem bemerkenswerten Tiefstand angelangt; man unterschied zur Zeit des aufgeklärten Absolutismus neben den im geschlossenen Sprachgebiet und in Sprachinseln lebenden Deutschen und den hauptsächlich in der Mitte des Landes sitzenden Tschechen die „Utraquisten", die beide Sprachen gebrauchten. Zu ihnen gehörte die Bevölkerung der meisten nichtdeutschen Städte.

Maria Theresia fühlte sich bemüßigt, in einem Reskript vom Jahre 1763 offen auszusprechen, daß die „böheimbische" Sprache beim größten Teile der Landeseinwohner dermaßen in Abgang gerate, daß sich „an dieser Sprache fähigen Subjectis ein großer Abmangel äußert". Sie erklärte es darum für notwendig, diese „verfallene Sprache wiederumb emporzubringen" und schärfte die Beförderung des Unterrichts in tschechischer Sprache ein. Und wenn ihr Sohn, Kaiser Josef II., wirklich einen planmäßigen und großzügigen Versuch machte, seine Erbländer zu germanisieren, so ist nachdrücklich zu betonen, daß der Maßstab des modernen Nationalitätenprinzips auf Josef II. und seine Zeit nicht angewendet werden darf. Für Josef war Staatswohl und Volkswohl identisch, seine Handlungsweise zweifellos von den reinsten Absichten getragen. Dennoch mußte der Plan scheitern, weil in dem werdenden Nationalitätsbewußtsein des „wiedererweckten" tschechischen Volkes eine auf ideeller Grundlage ruhende und daher bloßen Nützlichkeitserwägungen unzugängliche Macht erstand.

Diese „Wiedererweckung" war übrigens eine echte Tochter der deutschen Romantik, durchgeführt von einigen böhmischen Adeligen und Gelehrten auf literarischem Wege, von der Regierung gefördert durch die Errichtung von Lehrstühlen für die tschechische Sprache an der Wiener und der Prager Universität. Neben Männern ehrlicher Arbeit und idealen Strebens fehlten aber auch Fälscher

nicht, die „ad majorem populi gloriam" angeblich uralte slawische Handschriften anfertigten, in echte Handschriftenminiaturen Spruchbandinschriften mit tschechischen Künstlernamen einfügten und eine große Anzahl angeblich mittelalterlicher Urkunden kurzerhand selbst herstellten. Das Wiedererwachen des tschechischen Nationalbewußtseins war um so bedeutsamer, als es in dieselbe Zeit fiel, in der die Grundlagen des österreichischen Kaiserstaates durch die Reformen Maria Theresias und Josefs II. gelegt wurden. Vollends unter Franz II. wurden die Bewohner Böhmens zu „österreichischen Staatsbürgern", zu Bürgern eines Staates, in dem zufolge seiner geschichtlichen Entwicklung und politischen Stellung das deutsche Volk die erste Stelle einnahm und die landesfürstliche Bureaukratie der deutschen Geschäftssprache bedurfte. Es war die Schicksalsfrage Österreichs, wie seine nichtdeutschen Bürger sich dazu stellen würden.

Die Deutschen im „Vormärz" hatten keine Ahnung von der Bedeutung dieser Frage. Ihre Führer huldigten sogar einem ausgesprochen „böhmischen" Partikularismus; ihre liberalen Ideen ließen sie das Aufstreben des tschechischen Volkes nicht nur ohne Abneigung, sondern geradezu mit Sympathie betrachten. Nachklänge dieser Stimmung setzten sich bis in die Bewegung des Jahres 1848 hinein fort und fanden ihren sonderbarsten Ausdruck in einem Verbrüderungsfeste, bei dem Deutsche und Tschechen unter weiß-rotem Zeichen (den böhmischen Landesfarben) Arm in Arm lustwandelten. Der Liberalismus ließ eben mitunter die nationalen Notwendigkeiten übersehen. Und doch tat sich in derselben Zeit der Riß zwischen den beiden Völkern auch für den Kurzsichtigsten erkennbar genug auf. Der Absagebrief Palackýs an den Fünfzigerausschuß des deutschen Vorparlamentes wegen der Wahlen in Böhmen, Angriffe der Tschechen wegen Tragens der schwarz-rot-goldenen Zeichen und überhaupt die weit über die Gleichberechtigung hinausgehenden nationalen Forderungen der Tschechen hätten ihre Ziele auch dann enthüllt, wenn sie nicht mit dürren Worten ausgesprochen worden wären: die staatsrechtliche Sonderstellung der böhmischen Länder (Böhmen, Mähren und Schlesien), allerdings nach dem Wunsche der Gemäßigten im Rahmen eines förderativen österreichischen Staates. Im Herzen der Deutschen Böhmens aber lebte die Sehnsucht nach der deutschen Einheit, der die österreichische Regierung höflich ablehnend gegenüberstand, weil sie die Zerreißung der inneren Einheit Österreichs fürchtete. So ging schon damals durch die Politik der Deutschböhmen der schmerzliche Riß zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen.

Im Rahmen des österreichischen Staates war es durch den Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstages (1848/49) zu einer Einigung zwischen Deutschen und Tschechen gekommen, die eine Einteilung des Landes in national abgegrenzte Kreise und schiedsgerichtliche Entscheidung rein nationaler Angelegenheiten in Aussicht nahm. Diese einzige Gelegenheit zu einer Bannung des Völkerzwistes ließ die Regierung vorübergehen, indem sie den Kremsierer Reichstag auflöste und binnen kurzem wieder in die Bahnen eines absolutistischen Zentralismus einlenkte. Damit gelangen wir zum letzten Akte des österreichischen Trauerspiels, bei dessen Darstellung der Vorbehalt subjektiver Auffassung mehr als sonst vonnöten ist.

Die Tschechen haben den verschiedenen österreichischen Regierungen gegenüber eine recht geschickte und konsequente Politik getrieben. Ihr in zahlreichen Protesten und Erklärungen ausgesprochenes Ziel war die Föderalisierung Österreichs (unter slawischer Führung), jedoch unter Wahrung der Ländergrenzen ohne Rücksicht auf die Nationalität der Bevölkerung, was für die Deutschen Böhmens eine Auslieferung an die tschechische Mehrheit bedeutet hätte. An staatliche Selbständigkeit unter Zertrümmerung Österreichs dachte bis tief in den Weltkrieg hinein nur die Minderheit der Tschechen, so gerne man auch bei gegenseitigen Besuchen mit Russen und Franzosen kokettierte. Der ständige Kampf gegen die Verfassung hat aber die Tschechen nicht gehindert, ihre Politiker auch als k. k. Minister öffentlich und im stillen zu ihrem Vorteil arbeiten zu lassen. Sie waren

Meister in der zweckmäßigen Anwendung aktivistischer und scharf oppositioneller Politik, Meister auch in der Verfolgung ihrer nationalen Ziele mit den Schlagworten des Liberalismus und zugleich in Bundesgenossenschaft mit dem hochkonservativen böhmischen Adel. Neben dem großen Kampfe um die Verfassung, die administrative und judizielle Einheit (gegen die Zweiteilung) Böhmens und die Regelung der Sprachenfrage ging der nationale Kleinkrieg um Beamtenstellen, Städte, Dörfer, Schulen und einzelne Objekte. Auch darum handelte es sich, die durch Einwanderung tschechischer Arbeiter entstandenen Minderheiten im deutschen Gebiete zu erhalten und zu stärken. Zu einem nationalen „Ausgleich" kam es bloß in Mähren (1905), während in Böhmen alle Verhandlungen erfolglos blieben.

Die Stellung der Deutschen in Österreich und besonders in Böhmen war unleugbar schwierig. Wie sonderbar die Verhältnisse verschoben waren, zeigt die Tatsache, daß die Deutschen Österreichs in den „Bruderkrieg" von 1866 mit großdeutscher Gesinnung zogen, während tschechische Blätter auf eine preußische Proklamation hindeuteten, die ihnen Erfüllung ihrer nationalen Bestrebungen in Aussicht zu stellen schien. Nachdem die großdeutschen Wünsche durch den Prager Frieden als begraben galten, suchten die Deutschen Österreichs in ihrer Mehrzahl durch Festhalten am zentralistischen Gedanken ihre Bedeutung zu wahren und wurden dadurch in die Stellung eines Staatsvolkes gedrängt, wobei sie aber die Regierung des Staates, für dessen Einheit sie eintraten, keineswegs entschlossen hinter sich, ja oft genug sogar gegen sich hatten. Das war insbesondere der Fall, als mit dem Polen Potocki (1870—1871) der föderalistische Gedanke auch für die Regierung richtunggebend wurde, als unter dem Ministerium Hohenwart die Fundamentalartikel (1871) „als Antwort auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches" die Schaffung eines böhmischen Staates ins Auge faßten, als unter dem Grafen Taaffe der „Eiserne Ring" der Slawen und Klerikalen Österreich auseinanderzuregieren begann und als der Pole Badeni (1895—1897) durch verschiedenartige Drangsalierung (Sprachenverordnung) die Sudetendeutschen kirre zu machen suchte. Damals schien man auch im Reich zu erkennen, worum es in Österreich ging und Mommsen schrieb den Deutschösterreichern männliche Worte der Aufmunterung.

Alle diese Angriffe auf die Einheit Österreichs wurden durch die Politik der Deutschösterreicher (zum Teil mit ungarischer Hilfe) vereitelt. Das hatte aber bei der sozialen Schichtung der Bevölkerung die geradezu tragisch anmutende Folge, daß in dem einheitlichen Österreich jede Erweiterung des Wahlrechtes, für die auch die Deutschliberalen eintreten zu müssen glaubten, den Deutschen Nachteile brachte. Wenige scharfblickende Deutsche traten für eine (von den tschechischen Wünschen freilich grundverschiedene) föderalistische Staatsverfassung, einen nationalen Föderalismus, ein. Bei der von der Mehrheit der Deutschen befolgten staatserhaltenden Innenpolitik wurde eben nicht bedacht, daß ein Zerfall Österreichs keineswegs unbedingt zur slawischen Vorherrschaft geführt, sondern die Hindernisse weggeräumt hätte, an denen 1849 in der Paulskirche die wirkliche deutsche Einheit gescheitert war. Daß eine Minderheit der Deutschen dies erkannte und aussprach, hat freilich den nationalen Gegnern Gelegenheit gegeben, die Gesamtheit der österreichischen Deutschen bei der Regierung zu verdächtigen. So kämpften die Deutschen ihren ehrlichen Kampf im ganzen mit der gleichen Frontrichtung bis zu Österreichs Ende, ohne von der österreichischen Regierung auch nur die so sehnlichst gewünschte administrative Zweiteilung Böhmens zu erlangen. Als sich das sterbende Österreich im Mai 1918 dazu aufraffte, war es bereits zu spät, da der staatliche Umsturz eintrat, bevor die Kreiseinteilung eingeführt wurde. Und so führen heute die Deutschen der Sudetenländer unter gänzlich geänderten Umständen den schweren Kampf um ihren Bestand.

Natürliche und künstliche Ausdehnungspolitik

Von Senator Franz Jesser in Zwittau (Mähren)

Präsident Masaryk hat die Zuteilung der sudetendeutschen Gebiete an die tschechische Republik mit strategischen, wirtschaftlichen und nationalen Notwendigkeiten begründet: Diese Zuteilung widerspreche zwar scheinbar dem auch von ihm anerkannten Selbstbestimmungsrechte der Völker — aber die Sudetendeutschen seien kein „Volk", sie seien „Emigranten", in ihren Wohngebieten lebe eine zahlreiche tschechische Minderheit, ihre Gebirge seien die besten strategischen Grenzen und die Tschechoslowakei „brauche" einfach diese Gebiete, weil sie sonst nicht lebensfähig sei. Die Deutschen hätten ja im Deutschen Reiche ihren Nationalstaat — es scheint ihm daher recht und billig zu sein, daß 3½ Millionen Deutscher auf ihr Selbstbestimmungsrecht verzichten, damit die wenigen hunderttausend Tschechen in ihrem Gebiete der Segnungen eines tschechischen Nationalstaates teilhaftig werden könnten.

Sympathischer ist die brutale Offenheit des Abgeordneten Kramař und seiner Anhänger. Kramař, ein Schüler Schmollers, hat nie verhehlt, daß die „Revindikation", die Wiedereroberung das höchste Ziel der tschechischen Politik sein müsse. Masaryk nennt uns „Einwanderer", denen gegenüber die Tschechen als ursprüngliche Besitzer des jetzt von Deutschen besiedelten Raumes anzusehen seien — „Volk" im politischen Sinne seien daher nur die Tschechen. Ich habe es stets für einen taktischen Fehler angesehen diese Begründung hinfällig zu machen durch den Nachweis einer deutschen Seßhaftigkeit vor dem 12. Jahrhundert. Die Frage, ob die Deutschen 800 oder 1800 Jahre im Lande sitzen, ist politisch nicht anders zu bewerten, als wenn sie erst vor 100 Jahren eingewandert wären. Sie wurden von den böhmischen Königen, mährischen Markgrafen und schlesischen Herzogen, von den Bischöfen und dem Adel „gerufen", haben durch ihre Arbeit der Allgemeinheit gedient und sich ihren Besitz ehrlich erworben. Das genügt in aller Welt als Legitimation des rechtlichen Besitzes, als Anspruch auf politische und nationale Gleichwertigkeit. Nicht ohne Absicht habe ich die „Ehrlichkeit" des Erwerbes hervorgehoben, denn die tschechische Agitation, sogar der frühere Handelsminister Dr. Stransky, haben die Industrieblüte des deutschen Sprachgebietes auf die „Protektion" durch Österreich zurückgeführt.

Die sudetendeutsche Industrie ist ein Kind der Not! Die schlechten Gebirgsböden haben die Bevölkerung zur Heimarbeit gezwungen — aus ihr sind die bedeutendsten Industrien, in Geweben, in Glas und Erden erwachsen. Jedermann kennt das Weberelend und die „Schleiferkrankheit" (Tuberkulose), jedermann auch die reichen tschechischen Bauern des inneren Böhmens und Mährens. Vor 1860, zur Zeit der überwiegenden Agrarwirtschaft, waren die tschechischen Gebiete wohlhabender zu nennen als die Mehrzahl der deutschen Landschaften. Mit der zunehmenden Industrialisierung verschob sich die Kapitalansammlung nach den deutschen Randgebieten. Die berufliche Überlieferung in der Industrie, im Handel und in der Technik war im deutschen Gebiete älter — kein Wunder, daß die jüngere Industrialisierung im tschechischen Gebiete lange Zeit von Deutschen geleitet wurde und daß der damit zusammenhängende Handel, einschließlich der Geldwirtschaft, in deutschen Händen lag.

Dazu trat die Vorherrschaft der deutschen Kulturformen und der äußerlich deutsche Anstrich der Zentralverwaltung von Wien aus. Dadurch aber wurde der nationale Gegensatz auch zu einem wirtschaftlichen und sozialen. Der Deutsche galt nicht nur als der politisch bevorzugte Teil, sondern auch als der „Ausbeuter". Wenn die Tschechen nun den Gedanken vertraten, die ihnen angeblich von den deutschen Einwanderern entrissenen Gebiete mit ihren Reichtümern „wieder zu

erobern", so mußte diese Verquickung des nationalen Idealismus mit materieller Begehrlichkeit aufreizend wirken.

Zum Verständnis der heutigen tschechischen Politik ist aber auch ein kurzer Hinweis auf die volksbiologischen Wirkungen der Industrialisierung des deutschen Gebietes nötig. Die Industrie im deutschen Gebiete, einschließlich des mit ihr verbundenen Groß- und Kleinhandels, des zahlreichen Gewerbes, der zahlreicheren Beamtenschaft und freien Berufe hatte einen Umfang erreicht, der für die vorhandene deutsche Bevölkerung zu groß war. Die Einwanderung fremder Arbeiter war nötig. Diese lieferte das viel schwächer industrialisierte, noch überwiegend agrarische tschechische Gebiet. Die ersten Einwanderer wurden rasch assimiliert, mit der zunehmenden Einwanderung und der fortschreitenden Demokratisierung des öffentlichen Lebens nahm die deutsche Assimilationskraft ab. Die tschechischen Minderheiten blieben tschechisch, blieben in Verbindung mit dem geschlossenen tschechischen Gebiete. Es entstanden tschechische Inseln, die in einzelnen Gegenden, z. B. im Braunkohlenreviere am Fuße des Erzgebirges, zu einer geschlossenen Kette zusammenwuchsen. Sie gelten als die Pioniere des Gedankens der Wiedereroberung.

Der Umsturz gab den Tschechen die staatlichen und militärischen Machtmittel in die Hand. Vom ersten Tage an wurden sie in den Dienst der „Revindikation" gestellt. Während früher die tschechische Ausdehnung von besonderen Vereinen und vom tschechischen Nationalrate, einer privaten Körperschaft, geleitet wurde, stehen die Sudetendeutschen heute nicht nur dieser völkischen Organisation gegenüber, sondern auch dem mit ihr verbündeten Staate.

Diese Vereine und die vom Nationalrate seinerzeit bestimmten Vertrauensleute haben heute etwa die Funktionen des Jakobinerklubs — sie üben ihren Einfluß auf die staatliche Verwaltung aus und maßen sich nicht selten sogar eine Art Nebenregierung an. Da sie an keinen Instanzenzug gebunden sind, so setzen sie sehr oft ihren Willen gegen die bessere Einsicht der Unterbehörden durch. Formell sind zwar die revolutionären „Vybore" (Ausschüsse) aufgelöst, tatsächlich aber machen sie sich in anderer Form noch immer geltend. Ihre Unverantwortlichkeit verlockt nur zu oft zur privaten geschäftlichen Ausnutzung ihrer Macht. Erleichtert wird diese Korruption durch die Auffassung vom Staat als einem Besitz der Nation, nicht nur im ideellen, sondern vor allem im plump materiellen Sinne.

Naše, d. h. unser, des tschechischen Volkes ist der Staat. Aus diesem Besitze soll jedem Tschechen persönlicher Vorteil zufließen. Die Tschechen haben vor dem Kriege einen vorbildlichen Nationalismus gepflegt. Sie empfanden sich echt demokratisch als eine „Bruderschaft", in der einer den anderen fördern soll. Sie haben auch in diesem Sinne gehandelt — ihre Parteikämpfe haben diese „Bruderschaft" nie gefährdet.

Der ihr zugrunde liegende Idealismus konnte jedoch nur solange wirksam bleiben, als das tschechische Volk sich auf seine organisierte Volkskraft stützen mußte. In dem Augenblick, als es aus einem oppositionellen zu einem herrschenden Volke wurde, mußte die Idee der gegenseitigen Förderung andere Äußerungen annehmen — die Förderung wurde zur Protektion, die Bruderschaft zur Gevatterschaft, der Altruismus zur Korruption. Da aber ein sehr großer Teil des Staates mit den in ihm ruhenden und aus ihm quellenden Schätzen anderen Nationen gehört, so werden diese als das Beutefeld angesehen, das von der Gevatterschaft auszunutzen sei. Die Welt kennt ja die grandiosen Korruptionsfälle — sie hat aber noch nicht erkannt, daß sie eine unausbleibliche Folge der eigenartigen volkstümlichen Staatsauffassung sind. Sie werden sich solange wiederholen, als die Tschechen an der Fiktion des tschechischen Nationalstaates festhalten.

Die früher gekennzeichnete tschechische Ausbreitung war eine natürliche — das Ergebnis einer Wanderbewegung aus dem an Arbeitskräften überreichen tschechischen Gebiete in das der Arbeitskräfte bedürftige deutsche. Sie vollzog sich fast immer innerhalb der arbeitnehmenden Berufe, vor allem der minder quali-

fizierten oder minder aussichtsreichen (z. B. landwirtschaftliche Arbeiter, Gesinde, industrielle Arbeiter, Lehrlinge, Gesellen). Die natürliche Ausdehnung ist begrenzt durch das Bedürfnis an Arbeitskräften — das deutsche Gebiet kann daher über ein gewisses Maß hinaus keine tschechischen Einwanderer aufnehmen, besonders nicht in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges und des Überflusses an Arbeitskräften. So wurde die tschechische Masseneinwanderung eingedämmt und die Regierung gezwungen, andere Wege zu suchen, um ihr Ziel zu erreichen.

Zur natürlichen Ausdehnung gesellt sich die künstliche. Die einfachste Form ist die Versetzung tschechischer staatlicher Angestellter in das deutsche Gebiet, — Hand in Hand damit geht die Versetzung deutscher Beamter in das tschechische Gebiet, die Entlassung oder Pensionierung deutscher Angestellter, die Züchtung des tschechischen Beamtennachwuchses und die Erschwerung der Beamtenqualifikation für Deutsche. Um diese Aufgaben zu lösen, werden folgende Methoden angewendet: Die Ausdehnung des staatlichen Einflusses auf die Besetzung von Beamtenstellen der Gemeinden und anderer autonomer Körperschaften, die Verstaatlichung der Bahnen und gewisser militärischen Zwecken dienenden Industrien, die Verminderung der Mittelschulen, die Erschwerung des Hochschulstudiums im Auslande, zugleich aber die Vernachlässigung der deutschen Inlandshochschulen[1]). Die Rechnung ist einfach: Wenn die Deutschen nicht mehr in öffentliche Dienste eintreten können, dann wird der Besuch der Hochschulen und Mittelschulen geringer werden, dann können neue Schulsperrungen vorgenommen werden. Im Laufe weniger Jahrzehnte muß die geistige deutsche Oberschicht sehr schmal werden, die geistigen Zusammenhänge mit der gesamtdeutschen Kulturentwicklung müssen sich lockern, der tschechische kulturelle Einfluß muß zunehmen. Daß ich richtig schließe, beweist folgender Vorfall: Um den Mangel an deutschen Priestern zu beheben, wurde in Freudenthal i. Sch. ein Knabenseminar errichtet. Als man an maßgebendster Stelle um die Förderung dieses Unternehmens bat, erhielt man die bezeichnende Antwort: Wir haben kein Interesse an deutschem priesterlichem Nachwuchs. Tschechische Priester in deutschen Orten sind geeigneter, die „Amalgamierung" zwischen Deutschen und Tschechen zu beschleunigen.

Der Raummangel verbietet leider, den raffinierten Abbau der deutschen höheren Fachbildung, aber auch der allgemeinen Volksbildung zu schildern. Ich muß mich auf die Tatsache beschränken, daß dieser Abbau der künstlichen Ausdehnung der tschechischen Beamten und geistigen Oberschichten über das deutsche Gebiet dienen soll. Es soll — wie einst in Ungarn — die Intelligenz entnationalisiert werden — im Gegensatz zu Ungarn aber nicht mit rücksichtsloser Offenheit, sondern unter der täuschenden Verhüllung mit humanitären Phrasen.

Die zweite Form der künstlichen Ausdehnung ist die wirtschaftliche. Hunderte von Aussprüchen tschechischer Politiker und Zeitungen lassen sich als Beweis für die deutschfeindliche Wirtschaftspolitik, für die zielbewußte Entgüterung der deutschen Bevölkerung anführen. Wir begnügen uns mit einem einzigen Zitat aus der neuesten Zeit. Der Eisenbahnminister Stříbrny erklärte im Dezember 1924 auf dem Parteitage der tschechischen Nationalsozialisten, die tschechischen „Erfolge" in der Schwer- und Grubenindustrie seien minimal. Man dürfe sich nicht damit begnügen, daß ein oder zwei Tschechen in die Verwaltung der Unternehmungen gewählt werden und dort ihren deutschen Charakter decken. Da diese Unternehmungen private Aktiengesellschaften sind, völlig autonom in der Wahl ihrer Funktionäre, da trotzdem um des lieben Friedens willen die gewaltige deutsche Aktionärmehrheit Tschechen in den Verwaltungsrat sozusagen als Vertrauensmänner des tschechischen Volkes entsendet hat, so deutet die Ankündigung neuer Eingriffe in die gesetzlich garantierte Autonomie auf einen bevorstehenden Gewaltakt oder auf einen starken moralischen Druck. Der Verwaltungsrat soll überwiegend aus Tschechen bestehen. Die Ausnützung der staatlichen Macht zur Tschechisierung

[1]) Vgl. hierzu den Aufsatz von Hans Hartl in diesem Heft.

nichttschechischer Unternehmungen gilt als eine selbstverständliche Sache. Man hat die Prager Eisenindustrie gezwungen, den tschechischen Minister a. D. Stransky in die Leitung zu berufen, die Aussiger Chemische Industrie A. G. den Minister a. D. Prašek. Zahlreiche andere tschechische Politiker sind in die angenehme Lage versetzt worden, ihre nationale Überwachungspflicht mit den Bezügen eines Verwaltungsrates verbinden zu dürfen.

Die Bewilligung, ein- und auszuführen, fremde Devisen anzukaufen, Waggons beigestellt zu erhalten, Bauten vornehmen zu dürfen u. a. m. wurden ebenso zu diesem Zweck ausgenützt wie Steuerverschreibungen. Sogar die staatliche Handelspolitik stand lange Zeit im Dienste der Schwächung der Industrie als überwiegend deutscher Erwerbsform.

Minister haben von der angeblichen Notwendigkeit eines Abbaus der Industrie gesprochen, Minister haben offen erklärt, daß die Tschechoslowakei nicht mehr so sehr nach den alten Märkten, d. h. Deutschland, Österreich, Ungarn usw. exportieren solle, sondern nach dem atlantischen Westen, in vollem Bewußtsein, daß diese Umstellung gleichbedeutend sein müßte mit der Sperrung zahlreicher Unternehmungen. Die Regierung ist schuldig, daß die Handelsverträge mit den Nachfolgestaaten noch nicht abgeschlossen sind, sie hat versucht, durch ein korrumpierendes Protektionssystem neue tschechische Unternehmungen aufzupäppeln, z. B. die verkrachte Tschecho-vene als Konkurrenz gegen die deutsche Glasindustrie, sie hat ihre Auslandsvertreter angewiesen, tschechische Zweigfirmen zu empfehlen, deutsche weltbekannte Firmen totzuschweigen. Der Chef der mährischen Landesverwaltung hat rundheraus erklärt, daß nur „legale", d. h. gefügige Staatsbürger Anspruch auf Förderung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Interessen durch die Verwaltung haben.

Für reichsdeutsche Sozialdemokraten besonders lehrreich ist — um nur ein Beispiel anzuführen — die Forderung der tschechischen sozialisten und nationalsozialistischen Arbeiterschaft im Ostrauer Industriegebiete und in der Waggonfabrik in Stauding, deutsche Beamte und Arbeiter zu entlassen und tschechische an ihre Stelle zu setzen. Der deutsche sozialdemokratische Senator Dr. Heller hat am 10. Dezember 1924 im Senate Klage geführt über „die Verdrängung des deutschen Arbeiters, des deutschen Beamten in den deutschen Gebieten und über die Drohung des Eisenbahnministers, 7000 deutsche Eisenbahner zu entlassen, weil sie die Sprachprüfungen angeblich nicht bestanden hätten". Derselbe Abgeordnete sagte: „Die Tschechen können sich über das Verhalten der deutschen Banken in Prag nicht beklagen. Teils aus Angst, teils aus Servilität haben die Bankdirektoren alles getan, was von ihnen verlangt wurde."

Über die tschechischen Methoden, das deutsche Geldwesen in tschechische Hände zu überführen, ließe sich ein Buch schreiben. Man zwang die ehemaligen Wiener Banken, ihre Filialen in der Tschechoslowakei zu selbständigen Unternehmungen zu machen. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Man gab ihnen aber die Erlaubnis nur, wenn sie ihren deutschen Charakter entweder ablegten oder wenigstens eine größere Zahl tschechischer Verwaltungsräte aufnehmen. Daß die Zivnostenska banka eine Monopolstellung einnimmt, ist daraus zu ersehen, daß ihr Verwaltungsrat Rašin Finanzminister und nach seinem Tode sein Verwandter Bečka, ebenfalls Verwaltungsrat der Zivno, sein Nachfolger wurde.

Die dritte Form der künstlichen Ausdehnung ist die Überführung deutschen Grundbesitzes in tschechische Hände durch die sog. Bodenreform. Die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten bäuerlicher Neusiedler ist gewiß richtig. Was im tschechischen Gebiete geschieht, soll uns hier nicht beschäftigen. Im deutschen Gebiete erhalten jedoch nur in ganz vereinzelten Fällen deutsche Bauern Land, dagegen werden tschechische Bauern angesiedelt, besonders an der Sprachgrenze oder in deren Nähe. Wo diese Ansiedlungen nicht möglich sind, dort werden die großen Güter ganz oder teilweise an tschechische Kapitalisten abgegeben, um einen neuen Stand tschechischer Landedelleute zu züchten.

Die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes hat tausende deutsche, aber auch tschechische Güterbeamte brotlos gemacht. Für die tschechischen wird in anderer Weise gesorgt werden, die deutschen stehen dem nackten Elend gegenüber. Mit welcher höhnischen Grausamkeit vorgegangen wird, beweist die Tatsache, daß im Vorjahre viele Großgrundbesitzer zum Weihnachtstage gekündigt bekommen haben. Dieselben Tschechen, die vor dem Kriege das fast nie angewendete preußische Enteignungsgesetz als Eingriff in die heiligsten Menschenrechte bezeichnet haben, wenden heute ein viel härteres Gesetz in hundertfach zahlreicheren Fällen an.

Nur in großen Zügen konnte ich die systematische künstliche Ausdehnung kennzeichnen. Die Absicht liegt klar zutage. Die tschechischen Verwaltungsräte und Landedelleute, die neuen tschechischen Unternehmer, die Beamten und Angestellten sollen den Kern bilden, an den sich andere tschechische Existenzen anschließen können — tschechische Arbeiter, Kaufleute, Gastwirte, Gewerbetreibende. Die künstliche Ausdehnung soll also den Anlaß zu einer neuen natürlichen geben. Es wäre verlockend, den Fehler in dieser Rechnung aufzuzeigen und auf die jedem Kenner der nationalen Kämpfe bekannte Tatsache hinzuweisen, daß es unmöglich ist, gleichzeitig das tschechische Sprachgebiet mit seinen großen Städten wirtschaftlich zu stärken, in die Slowakei und das deutsche Gebiet tausende Tschechen zu versetzen, im tschechischen Gebiete aus landlosen Taglöhnern seßhafte Bauern zu machen, gleichzeitig aber eine deutsche industrielle Reservearmee zu züchten und doch eine Masseneinwanderung in das deutsche Gebiet einzuleiten.

Dieser Rechenfehler entschuldigt aber weder die Tendenz der tschechischen Politik, noch lindert er das Elend, das über zahllose Deutsche gekommen ist.

Die tschechische Absicht ist in einem einzigen Satze wiederzugeben: Die Tschechen wollen nicht nur das nationale und politische Herrenvolk sein, sondern auch das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle — sie die Herren, wir die geduldeten „Einwanderer", die nur Gastrecht beanspruchen können. „Wenn es euch nicht gefällt, so wandert nach Deutschland aus!" Das wurde und wird uns immer wieder zugerufen. In diesem Worte liegt ein tiefer Sinn: Ihr habt euren Besitz nur, solange wir ihn euch lassen, ihr seid Staatsbürger minderen Rechtes, Objekte unseres Willens!

Die Nationalitätenverhältnisse in der Tschechoslowakei

Von Dr. Albin Oberschall in Prag

Auf Grund der Volkszählung vom 15. Februar 1921 machen wir uns folgende Übersicht über die Stärke der einzelnen Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Republik.

Die Nationalitätenverhältnisse in der Tschechoslowakei.[1])

Volk	Staatsangehörige					Ausländer der Nation. nach	Einwohner insgesamt
	Böhmen	Mähren und Schlesien	Slowakei	Karpatho-rußland	zusammen		
Deutsche	2 173 239	779 969	139 900	10 460	3 123 568	94 437	3 218 005
Tschechen[2])	4 376 132	2 335 646	71 732	9 478	6 792 988	47 307	6 840 295
Slowaken[2])	6 656	8 974	1 942 060	10 259	1 967 949	11 419	1 979 368
Ruthenen	2 007	1 314	85 644	372 884	461 849	15 581	477 430
Polen	973	72 047	2 536	297	75 853	34 285	110 138
Südslawen	347	1 230	413	118	2 108	3 784	5 892
Madjaren	5 476	628	637 183	102 144	745 431	16 392	761 823
Rumänen	87	47	230	13 610	13 974	854	14 828
Juden (Nat.)	11 251	19 016	70 529	80 059	180 855	10 001	190 856
[Juden (Rel.)[3])	75 239	38 939	130 843	91 643	336 664	17 678	354 342]
Zigeuner	34	27	7 967	418	8 446	282	8 728
Sonstige	623	276	363	81	1 343	4 466	5 809
Zusammen	6 576 825	3 239 174	2 958 557	599 808	13 374 364	238 808	13 613 172

[1]) Quelle: Bd. 9 des Quellenwerks des Statistischen Staatsamtes (Volkszählungsergebnisse, 1. Teil). [2]) Quelle: Věstnik des Statistischen Staatsamtes, Jahrg. 4 (1923), Heft 3—4. [3]) In der Summe natürlich nicht einbezogen.

Die Tschechen leben geschlossen in Böhmen, Mähren und Schlesien, wo dieses an Mähren grenzt, die Slowaken in den nördlichen und mittleren Teilen der Slowakei. Was die Tschechen in den Karpathenländern betrifft, so handelt es sich dabei größtenteils um dorthin versetzte Staatsangestellte. Das gleiche dürfte auch von dem größten Teil der Slowaken in den Sudetenländern gelten. Die Ruthenen finden sich in geschlossenen Siedlungen in den an Polen grenzenden Teilen von Karpathorußland und der nordöstlichen Slowakei. Die Polen leben nur in geschlossenen Siedlungen in der östlichen Hälfte des der Tschechoslowakei zugesprochenen Teiles des Teschener Gebietes oder Ostschlesiens, das hier an Polen grenzt. Bei den Südslawen handelt es sich bis auf drei kroatische Kolonistendörfer in Südwestmähren um zerstreut lebende Angehörige dieses Volkes. Die Madjaren bewohnen in geschlossenen Sied-

Verteilung der Deutschen und Tschechen in Böhmen

lungen die an Ungarn grenzenden südlichen Teile der Slowakei und Karpathorußlands. In den Sudetenländern finden sich nur zerstreut lebende Angehörige dieses Volkes. Die Rumänen leben in geschlossenen Siedlungen nur im östlichsten Zipfel Karpathorußlands, wo dieses an Rumänien grenzt. Die Juden leben nur zerstreut in den Sudetenländern und in der Slowakei. Ob es in Karpathorußland Dörfer mit jüdischer Mehrheit gibt, läßt sich noch nicht sagen, da noch kein Ortslexikon vorliegt. Übrigens muß genau unterschieden werden zwischen Juden, die als ihre Nationalität ausdrücklich die jüdische angegeben haben (Nationaljuden, Zionisten u. ä. genannt) und Juden, die sich wohl zur jüdischen Religion bekennen, aber sich nicht zur jüdischen, sondern zu einer andern Nationalität rechnen. Wie man sieht, haben in Karpathorußland fast alle Juden bei der Volkszählung jüdisch als ihre Volkszugehörigkeit angegeben, in der Slowakei, sowie in Mähren und Schlesien etwa die Hälfte und in Böhmen gar nur etwa ein Siebentel. Bei den Zigeunern und Sonstigen handelt es sich natürlich um über das ganze Gebiet der Tschechoslowakei zerstreut lebende Angehörige anderer Völker. Das Statistische Staatsamt hat im Gegensatz zu der ehemaligen österreichischen Praxis auch die Nationalität der Ausländer ermittelt und untersucht, zu welcher Nationalität sich die Israeliten bekannt haben. Die Ergebnisse stellen wir in folgender Übersicht zusammen:

Die Juden der Nationalität nach.[1])

Land	Deutsche	Tschechen u. Slowakei	Ruthenen	Madjaren	Juden	Sonstige	Zusammen
Böhmen	26 058	37 234	—	—	10 983	964	75 239
Mähren und Schlesien	13 571	6 116	—	—	18 630	622	38 939
Slowakei	8 738	29 136	179	21 584	71 018	188	130 843
Karpathorußland . .	262	717	3 528	6 863	79 560	713	91 643
Zusammen . .	48 629	73 203	3 707	28 447	180 191	2 487	336 664

In dieser Tabelle handelt es sich um Personen, die sich zur jüdischen Religion bekennen und Staatsangehörige der Tschechoslowakei sind. Wir sehen, daß sich ein reichliches Drittel (38,0%) in den Sudetenländern zur tschechischen Nationalität bekannt hat, während ein Drittel (34,7%) deutsch als ihre Nationalität angegeben hat. Nur ein Viertel (25,9%) der Juden in den Sudetenländern haben sich auch zur jüdischen Nationalität bekannt. Ein unbedeutender Teil (1,4%) hat eine andere Nationalität angegeben. Ganz anders dagegen liegen die Verhältnisse in den Karpathenländern. Hier haben fast drei Viertel aller Juden (67,7%) sich auch zur jüdischen Nationalität bekannt. Die übrigen Juden bekannten sich zu den Slowaken (13,4%) zu den Madjaren (12,8%), zu den Deutschen (4,0%), zu den Ruthenen (1,7%) und zu den sonstigen (0,4%). Die Deutschen endlich wohnen in geschlossenen Siedlungen in den Randgebieten von Böhmen, Mähren und Schlesien. In der Slowakei gibt es 63 Gemeinden mit einer deutschen Mehrheit, daneben noch etwa ebensoviel Gemeinden mit einer deutschen Minderheit. Es handelt sich in der Slowakei durchwegs um alte deutsche Kolonistendörfer. Ob und wieviel deutsche Dörfer es in Karpathorußland gibt, darüber fehlen wieder die Angaben. Als geschlossenes deutsches Sprachgebiet in den Sudetenländern ist dasjenige Gebiet zu betrachten, das Gemeinden mit über 50% Deutschen enthält, die miteinander zusammenhängen. Die Deutschen dieser Gebiete stellen sich dar als Ausläufer von Deutschen des der Tschechoslowakei benachbarten Deutschen Reiches und Deutschösterreichs. Die Wahlergebnisse zum Abgeordnetenhaus von 1920 ergeben folgende Übersicht:

Die Deutschen der Sudetenländer.[2])

Gebiet	Zahl der Gemeinden mit deutscher Mehrheit			Deren Fläche in ha	Darin Stimmen	
	mit 80—100 vH deutschen Stimmen	mit 50—80 vH Stimmen	zusammen		deutsche	tschechische
Geschlossen deutsch . . .	2 957	234	3 191	2 485 171	1 363 402	121 229
Darunter 16 tschech. Inseln	—	—	—	—	9 276	15 309
Deutsche Inseln	163	43	206	170 693	93 021	18 920
Deutsche Minderheiten . .	—	—	—	—	119 569	3 080 157
Zusammen . .	3 120	277	3 397[5])	2 655 864	1 585 268	3 235 615

Hinsichtlich Stimmen- und Flächenausmaß des tschechischen Gebietes in Böhmen, Mähren und Schlesien (ohne das Teschner Gebiet) erhalten wir folgendes Bild:

Die Tschechen der Sudetenländer.[3])

Gebiet	Fläche in ha	Tschechische Stimmen
Geschlossen tschechisches Gebiet . . .	5 036 126	3 080 157
Darin liegende deutsche Inseln . . .	—	18 920
Tschechische Inseln	11 288	15 309
Tschechische Minderheiten	—	121 229
Zusammen . . .	5 047 414	3 235 615

Aus obigen zwei Übersichten seien folgende bemerkenswerte Tatsachen hervorgehoben. Zunächst ist beachtenswert, daß die deutschen Minderheiten im tschechischen Gebiet den tschechischen Minderheiten im deutschen Gebiet der Grundzahl nach entsprechen. Weiter ist be-

[1]) Quelle: Bd. 9 des Quellenwerks des Statistischen Staatsamtes (Volkszählungsergebnisse, 1. Teil). [2]) Quelle: Dr. Albin Oberschall, »Der politische Besitzstand der Deutschen in den Sudetenländern (Böhmerland-Verlag in Eger, 1922). [3]) Daneben gibt es noch 148 Gemeinden mit einer deutschen Minderheit (10—50 vH Deutschen), in denen 119 569 deutsche Stimmen abgegeben wurden.

merkenswert, daß die Fläche des geschlossenen deutschen Gebietes halb so groß ist, wie die des tschechischen und, um zum Vergleich ein anderes Land anzuführen, um die Hälfte größer als Elsaß-Lothringen. Während die tschechischen Inseln der Fläche nach nur 0,2% des geschlossenen tschechischen Sprachgebietes ausmachen, betragen die deutschen Inseln 6,8% des deutschen geschlossenen Sprachgebietes. Im geschlossenen deutschen Sprachgebiet wohnen 85,9%, samt den tschechischen Sprachinseln 86,5% aller Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. In den deutschen Sprachinseln wohnen 5,9%, in der Minderheit 7,6%, darunter in neun tschechischen Städten 5,4%, so daß auf die zerstreut lebenden Deutschen nur 2,2% entfallen. Das geschlossene deutsche Sprachgebiet mit seinen 93,6% Fläche des deutschen Sprachgebietes und seinen 86,5% aller Deutschen stellt also mit Recht das Deutschtum in diesem Staate dar. Auf die Fläche des geschlossenen deutschen Sprachgebietes entfallen rund 32% des gesamten Bodens der Sudetenländer und rund 29% seiner Einwohner. In der Siedlungsweise unterscheiden sich die Deutschen bedeutend von den Tschechen und Slowaken. Während von allen Deutschen 16,3% in den kleinsten Dörfern mit bis 500 Einwohnern sich befinden, dagegen 24,2% in Städten mit 5 bis 50000 Einwohnern, finden sich von den Tschechen und Slowaken (getrennte Daten liegen nicht vor) in den kleinsten Gemeinden 20,6%, in den genannten Städten dagegen nur 15,3%.

Wollen wir klar in die Zukunft sehen, so müssen wir die zahlenmäßige Entwicklung unseres Volkes in den letzten vierzig Jahren klar vor Augen haben. Wir stellen eine Übersicht auf, in der wir drei Gebiete unterscheiden: 1. Die Summe aller Bezirke, die keine tschechische Gemeinde enthalten; 2. Die Summe aller Bezirke, die keine deutsche Gemeinde umfassen. 3. Die Summe aller Bezirke, in denen ein Teil der Gemeinden deutsch, der andere tschechisch ist.

Zu- bzw. Abnahme der Deutschen und Tschechen in den Sudetenländern in vH.[1])

Gebiet	1880–1910		1910–1920		1880–1920	
	Deutsche	Tschechen	Deutsche	Tschech.	Deutsche	Tschech.
	vH	vH	vH	vH	vH	vH
Deutsches Gebiet (darunter zerstreute Tschechen)	+ 17,0	+ 53,9	— 9,3	+ 190,5	+ 6.0	+ 347,0
Deutsch-tschechisches Gebiet	+ 23,4	+ 49,2	— 21,0	+ 13,4	— 2,5	+ 69,1
Tschechisches Gebiet (darunter zerstreute Deutsche)	— 16,9	+ 12,0	— 57,9	— 0,7	— 65,0	+ 11,2

Wir sehen, daß die Deutschen vor und nach 1910 um so mehr abnehmen, mit je mehr Tschechen sie leben. Die Tschechen dagegen nehmen im Verhältnis um so mehr zu, mit je mehr Deutschen sie leben. Diese Tatsache in Zukunft wohl zu beachten und daraufhin alle Bestrebungen in Kultur, Wirtschaft und Politik einzustellen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Sudetendeutschen.

Das tschechische Schrifttum

Von Professor Karl Nowak in Reichenberg (Böhmen)

Die tschechische Literatur steht im Mittelalter unter dem überragenden Einfluß der Kirche und der deutschen Kultur. Erst vom 13. Jahrhundert an haben die Tschechen eine geistliche und weltliche Dichtung in ihrer Muttersprache. Diese ersten Versuche folgen fast durchwegs den fremden Richtungen und Mustern. Im 14. Jahrhundert wurde die Legende und die ritterliche Dichtung beliebt. Die tschechische ritterliche Dichtung hängt eng mit der Einführung des Rittertums in Böhmen zusammen, wodurch deutsche Sitten und die Kenntnis der deutschen Sprache verbreitet wurden. Als das deutsche Element in der Staatsverwaltung weiter vordrang, erwachte allerdings der Widerstand gegen das Fremdländische.

Einen großen Aufschwung nahm die tschechische Literatur unter Karl IV., der sich nicht nur um den materiellen Wohlstand des tschechischen Landes bemühte, sondern auch die geistigen Interessen förderte, indem er hervorragende deutsche Gelehrte und Künstler nach Böhmen berief. Karl IV. verdankt die tschechische Literatur eine juristische Literatur, sein Interesse gibt Veranlassung zur tschechischen Geschichtsschreibung; er gründet schließlich im Jahre 1348 die erste deutsche Universität und macht damit Prag zum Mittelpunkt der religiösen und kulturellen Bewegung. Auch in den Kampf gegen die katholische Kirche greift

[1]) Quelle: Dr. Albin Oberschall, Die „Deutschen der Sudetenländer 1880—1920" (Sudetendeutscher Verlag in Reichenberg, 1923.)

Karl IV. ein, er beruft den berühmten deutschen Prediger Konrad Waldhauser, der neben Jan Milič von Kremsier gegen die Mißstände in der Kirche auftritt. So ist von deutscher Seite der erste Anstoß zu einer Reformation der Kirche ausgegangen. Allerdings kamen dann besonders von England Anregungen durch die Schriften Wiclifs, die besonders an der Prager Universität ungewöhnliche Aufmerksamkeit erregten. Neben Mathias von Janov verstand es vor allem Johann Hus, als Professor der Prager Universität und Prediger an der Bethlehemskapelle, aus der Frage der Reformation ein Problem des ganzen tschechischen Volkes zu machen. Er trug seine Ansichten über die Dinge des Glaubens vom Professorenkatheder ins Volk und besiegelte seine Anschauungen mit dem Märtyrertod. Hus hat als Schriftsteller eine größere Bedeutung denn als Theologe. Er verwarf in der Rechtschreibung und in der Sprache die Archaismen und paßte sie dem Bedürfnisse der Wirklichkeit an, indem er die diakritischen Zeichen einführte und die in der Umgebung von Prag gesprochene Mundart zur Grundlage der Schriftsprache erhob. Auch um die Entwicklung des tschechischen Kirchengesanges hat er sich große Verdienste erworben. Aber die religiöse Bewegung, die sein Märtyrertod hervorrief, war dem literarischen Leben keineswegs günstig. Der streng asketische hussitische Geist verurteilte die Kunst überhaupt und so verschwindet auf einige Jahrhunderte aus Böhmen die erzählende Prosa und das weltliche Drama. Nur die Gattungen der politischen und religiösen Polemik blieben erhalten. In Peter Chelčicky erreichte die tschechische Reformationsbewegung ihren Höhepunkt, er versuchte es nach Hus noch einmal, das verlassene evangelische Ideal zu retten. Durch seine Ideen, welche er besonders in dem Werk „Netz des Glaubens" vertrat, gab er die Anregung zur Gründung der Brüdergemeinde.

Obwohl der Humanismus und die Brüdergemeinde in bezug auf ihren Ursprung, Zweck und Mittel ganz verschieden sind, ergänzten sie sich doch gegenseitig und griffen in die Entwickung der Literatur ein. Der bedeutendste Schriftsteller der Brüdergemeinde ist Joh. Blahoslav, er übersetzte das Neue Testament aus dem Griechischen und gab dadurch den Anstoß zur Übersetzung der ganzen Bibel aus dem Original, der berühmten Kralicer Bibel.

Die Schlacht am Weißen Berge (1620) versetzte der tschechischen Literatur einen schweren Schlag. Sie hat ihren größten Tiefstand erreicht, der von 1620 bis 1780 dauerte. Der einzige große Schriftsteller dieser Zeit ist Johann Amos Komenius, dessen Bedeutung als Pädagoge erst die moderne Zeit anerkannte.

Einen neuen Aufschwung nimmt die tschechische Literatur erst im letzten Fünftel des 18. Jahrhunderts. Er hängt zusammen mit der französischen Revolution, deren Ideen in Österreich durch Maria Theresia und Josef II. gefördert und verbreitet wurden. Aber gerade Josef II. Forderung einer einheitlichen deutschen Verwaltungssprache hatte das Erwachen des tschechischen Nationalgefühls zur Folge. Der tschechische Adel unterstützte die Bestrebungen von Gelehrten aus dem Priester- und Laienstande, die zur Verteidigung der tschechischen Sprache auftraten. Ihre Arbeit war sehr schwer, denn die tschechische Sprache war den Gebildeten nicht mehr geläufig, sie war zwar noch im Volke vorhanden, aber sie entsprach keineswegs den wissenschaftlichen Bedürfnissen. Auch die geschichtlichen Denkmäler waren der Forschung nicht zugänglich, nur Fabeln und Legenden sprachen von der tschechischen Vergangenheit.

Hier setzt die Tätigkeit der tschechischen Wiedergeburt ein und daher steht an ihrem Anfang die Sprach- und Geschichtsforschung. Josef Dobrorský, der bekannt ist als Patriarch der slavischen Philologie, faßt alle Bestrebungen der Aufklärungswissenschaft zusammen, er ist nicht nur der Begründer der wissenschaftlichen Grammatik und systematischen Literaturgeschichte der Tschechen, sondern er stellt auch Gesetze für die neutschechische Schriftsprache und Prosodie auf. Allerdings ist Dobrorský, der übrigens nur deutsch schrieb, überzeugt, daß das tschechische geistige Leben nur der Vergangenheit angehöre. Erst das Geschlecht nach Dobrorský, dessen Führer Josef Jungmann war, ging daran, eine nationale tschechische Wissenschaft und Dichtung zu schaffen. Obwohl Jungmann kein schöpferischer Dichter war, so schuf er durch seine Übersetzungen aus der deutschen, englischen und französischen Literatur eine moderne Dichtersprache, die er durch Übernahme andersslavischer Wörter bereicherte. Seine beiden großen Werke, das tschechisch-deutsche Wörterbuch und die Geschichte der tschechischen Literatur zeigen deutliche Spuren der Romantik. Die Dichtung, die sich zuerst in anakreontischen Spielereien und ermüdenden Beschreibungen versuchte, hatte das Glück, daß unter der Gefolgschaft Jungmanns zwei wirkliche Dichter erschienen: J. Kollár und Franz Lad. Celakovský. Ein jeder ist der Vertreter eines anderen Typs, aber beide sind sie begeisterte Bekenner des Romantismus und Vertreter und Verkünder der slavischen Wechselseitigkeit. Der evangelische Prediger aus der Slovakei, Joh. Kollár, hatte an der romantischen Hochschule in Jena Herders Philosophie zur Geschichte der Menschheit kennengelernt. Dort hatte auch die alldeutsche Bewegung der romantisch-deutschen Studenten in ihm die panslawistische Idee erstehen lassen, die er in seiner „Slávy dcera" darstellte. In Celakovský er-

gänzte der Philologe den Dichter, er liebte den Witz, gebrauchte gern das Epigramm und verachtet auch die Didaktik in seiner Dichtung nicht. Unter dem Einflusse Herders und Goethes sammelte er die Volksdichtungen der tschechischen und slavischen Völker, er dichtete auch im Geiste dieser Volksdichtung. Die Lyrik dieser Zeit besingt die landschaftlichen Schönheiten und die Vergangenheit des Landes, die Schönheit der Muttersprache. Sie ist vergessen wie der historische Roman, der Walter Scott als freilich nie erreichtes Vorbild hat. Auch J. Kaj. Tyls Name wäre schon längst verschollen, wenn er nicht der Verfasser der heutigen Staatshymne, des Kde domov můj? wäre. Kein Ruhmesblatt in der Geschichte des tschechischen Schrifttums stellt der Name Václav Hanka dar, der mit Paul Linda dem Mangel der tschechischen Literatur an altertümlicher Dichtung durch Fälschungen abzuhelfen versuchte. Fast drei Viertel des Jahrhunderts dauerte es, bevor die Wissenschaft diese Fälschungen aufdeckte.

Alle diese Epigonen überragt die Gestalt des Dichters, dem die Romantik Lebensschicksal wurde. Obzwar K. H. Mácha nicht mehr als 24 Jahre vergönnt waren, so hat er sich doch auf allen Gebieten der schönen Literatur versucht. Sein Vermächtnis ist sein Gedicht „Máj", in dem das Leid der Liebe, ein leidenschaftliches Verhältnis zur Natur und metaphysische Erwägungen sich die Form der Byronschen Verserzählung gewählt haben.

Der Ruf Jungmanns nach einer nationalen Wissenschaft war auf fruchtbaren Boden gefallen. Es wurden wissenschaftliche Zeitschriften gegründet und dauernd an einer wissenschaftlichen Terminologie gearbeitet. Am besten gedieh die historische Wissenschaft, an deren Spitze der Slowake P. J. Šafařik und der Mähre Fr. Palacký standen. Šafařik befaßt sich mit der Erforschung slawischer Altertümer, Literaturen und Sprachen und fördert die Idee der Wechselseitigkeit. Palacký, der zu ähnlichen Anschauuungen wie Šafařik kam, machte es sich zur Lebensaufgabe, dem tschechischen Volke eine umfassende Geschichte zu geben. Seine Politik verbreitete K. Havlíček im Volke, der Begründer des tschechischen Zeitungswesens.

Durch die Reaktion der 50 Jahre wurde die tschech. literarische Tätigkeit wieder fast vollständig lahmgelegt. Nur die Tätigkeit der Božena Němcová, der ersten bedeutenden tschechischen Schriftstellerin, weckte Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. In kleineren Erzählungen schildert sie die Leiden und Freuden des kleinen Menschen, auch die Emanzipationstendenzen der Zeit hat sie sich angeeignet und nimmt zu ihnen Stellung.

Zehn Jahre nach der Revolution kündigte die junge Generation, die positivistisch und materialistisch dachte, dem Romantismus den offenen Kampf an und wandte sich von der Vergangenheit zu den Fragen der Gegenwart. Begeistert von den liberalen Bestrebungen des Jungen Deutschland, verlangte sie das Studium der sozialen Aufgaben, des großstädtischen Lebens, der Geschlechterfrage und der arbeitenden Klassen. Ihre Führer waren Byron, Heine, Lenau, V. Hugo. Der Mittelpunkt der neuen Lyrik ist die Zeitschrift Lumír, später der Almanach „Lada Niola" und Máj. Einer der Führer dieser Gruppe, Vítězslav Hálek schuf in seinem kurzen und unermüdlichen Leben ein vielseitiges Werk, in dem alle Dichtungsarten vertreten sind, allerdings öfters mit starker Entlehnung aus fremden Literaturen. Heute leben nur noch seine realistischen Bilder der Gestalten und Geschichten des mitteltschechischen Dorfes und leicht hingeworfene Lieder von Wald und Wiese. Ein ähnlicher Ton erklingt aus der fast unübersehbaren Produktion Adolf Heyduks, der besonders glücklich ist, wenn er seine Strophen an den Quellen des slawischen Liedes tränkt oder wenn er sie in das tiefe Grün seines geliebten Böhmerwaldes kleidet. Viel komplizierter als diese beisen lyrischen Dichter war Karolina Světlá, ohne Zweifel das größte Erzählertalent der ganzen Schule. Ihre Tätigkeit umfaßt volle 30 Jahre, sie hinterließ mehr als 100 kleinere und größere Arbeiten, fast durchwegs Novellen und Romane. Stark schlägt sie allmenschliche Themen an und umwindet vor allem die Frau mit der Gloriole der Selbstentsagung. — Neben ihren Romanen verschwindet heute das künstlerisch unreife Werk der jüngeren Prosaiker ihrer Generation, die den modernen sozialen Roman pflegten.

Der eigentliche Führer und geistige Mittelpunkt der ganzen Schulen war Jan Neruda. In seinen Anfängen erscheint er nur als strenger und kühler Beobachter der Tatsachen und herber Kritiker des Lebens und des eigenen Innern. Aber bald erweitert sich der Horizont des realistischen Beobachters, er hat den europäischen Westen, das Meer, Rom und Kleinasien kennen gelernt und schreibt die erste künstlerische Reisebeschreibung. Die soziale Not seiner Vaterstadt erfaßt er in wahrheitsgetreuen und anschaulichen Skizzen. Er zertrümmert die chinesische Mauer, welche die tschechische Literatur von der Weltliteratur trennte.

Unter dem Eindruck der österreichischen Niederlage des Jahres 1866 taucht die panslawistische Idee wieder auf und die Dichter der 60er und 70er Jahre kehren zu den Idealen der Wiedergeburt zurück. Zu diesen Dichtern gehört vor allem Svatopluk Čech, der lange Zeit als der populärste und größte Dichter galt. Čech liebte die Hussitenzeit und die Zeit nach der

Schlacht am Weißen Berge und immer wieder zeichnete er sie in seinen großen Epen. Es nimmt Čech zu allen sozialen Fragen seiner Zeit Stellung. Mit Vorliebe verwendet er nach dem Muster Byrons die gereimte Erzählung, in welcher er wie in seinen Liedern sozialpolitische Fragen im Geiste des Demokratismus und des romantischen Panslawismus löst und besonders gut die Welt des Kleinstädters und des Landmannes malt. Große Anregungen gab er dem historischen Roman. Dieser greift nach seinem Vorbilde immer wieder auf die tschechische Reformationszeit zurück und erfaßt genau das altertümliche Kostüm. Über Václav Beneš Třebizský, der trotz seines weinerlichen Tones und der Schablonisierung seiner Helden, der populärste Prosaiker seiner Zeit war, steht Alois Jirásek. Er schrieb neben vielen Romanen und Erzählungen die Psohlavci, eine Epopoe des Bauerntrotzes, und Temno, eine Elegie auf den nationalen Verfall im 18. Jahrhundert.

Während Čech und Jirásek die alten Gedanken der nationalen Wiedergeburt erneuerten, ohne neue Gedanken und neue künstlerische Formen zu bieten, erachtete die jüngere Intelligenz das Studium, die Übersetzung und Nachahmung der westeuropäischen Literatur als den geeignetsten Weg, zu diesen Zielen zu gelangen. Der publizistische Führer dieser kosmopolitischen Schule war Josef V. Sládek, der Redakteur des Lumír. Ihm verdankt die tschechische Literatur eine gute Shakespeareübersetzung und Volkslieder im Tone Čelakovskýs. Zulius Zeyer, der nur der Sprache und Gesinnung, nicht aber der Abstammung nach zum tschechischen Volke gehörte, ist ein verspäteter Romantiker. Am besten beherrscht er den Roman, der gewöhnlich die Form des Blankverses hat. Im Gegensatz zu ihm steht Jaroslav Vrchlický, Renaissancedichter. Seiner Übersetzertätigkeit verdankt die tschechische Literatur die Vermittelung der hauptsächlichsten Werke der französischen und italienischen Dichtung. Später kamen dazu noch die deutschen Dichter: Goethe, Schiller und Hamerling. Seine dichterischen Werke bilden eine ganze Bibliothek, in der neben der Poesie und den Übersetzungen auch die kritische Literatur vertreten und als Unterabteilung die erzählende Prosa zu finden ist. In Vrchlický erfüllte sich das Programm Jungmanns und Nerudas, von ihm wurde die tschechische Dichtung aus der Abhängigkeit von der deutschen Literatur herausgeführt. Aber die Reaktion gegen ihn war ebenso groß wie sein Einfluß. Sie erfolgte unter dem Schlagworte des Realismus, der mit der Erneuerung der tschechischen Prager Universität in den 80er Jahren zusammenhängt. T. G. Masaryk griff, bevor er sich der Politik widmete und der Schöpfer des tschechischen Staates wurde, als wissenschaftlicher Organisator und Kritiker in die Entwicklung der tschechischen Literatur ein. Er verlangte vom Schriftsteller, daß er sich vom Historismus befreien müsse, die Wirklichkeit studiere und keine Vorurteile übernehmen dürfe. Dadurch stellte er die Idee über die Form. Schriftsteller, die Masaryks Grundsätze vertreten, gibt es nur wenige. Auch Josef S. Machar ist eher ein Journalist großen Stils, als ein Künstler. In seiner Prosa und seinen Versen findet der tschechische Widerstand gegen Wien und Rom ebenso wie das revolutionäre Selbstbewußtsein des Proletariats heftigen Ausdruck.

Aus Petr Bezručs Liedern ertönt die Klage des schlesischen Volkes und der Fluch des Kohlenlandes in ergreifender Weise. Die tschechische realistische Prosa zeigt deutlich den Einfluß französischer und russischer Erzählungskunst. Den Roman und die Novelle pflegen Ignát Hermann, Karel V. Rais, Matěj A. Šimáček, Josef Merhau und Božena Vikorá Kunětická. Die moderne tschechische Dichtung, als deren Führer der Kritiker F. A. Sálda erscheint, zeigt neben kosmopolitischer Gesinnung auch eine stark nationale Färbung.

In dem gesamten slawischen Schrifttum gibt es zwei große Dinge: Das serbische Volkslied und den russischen Roman. Ihnen hat die tschechische Dichtung nichts Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. In steter Anlehnung an das deutsche Vorbild geworden und gewachsen, hat sie trotz alles Strebens nach französischem und englischem Muster nur selten sich von ihm freimachen können. Selbständig slawischer Geist — wenn man nicht den Deutschenhaß dazu rechnen will — tritt nicht allzu häufig in Erscheinung. Mit keinem Werke ragt das tschechische Schrifttum in die Weltliteratur herein wie etwa die großen Russen, es hat bisher keinen Dichter erster Größe hervorgebracht. Es hat nur manches beachtenswerte Talent aufzuweisen und die Liebe zum eigenen Volkstum hat oft wahre dichterische Werke geschaffen.

Die Tschechen in Wien

Von Ferdinand Matras in Wien

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wanderten zum drittenmal Slawen in die Donauländer ein; in erster Linie zog das hochentwickelte Großgewerbe, der Bau von Bahnen usw. Tschechen und Slowaken herbei. So ist die Gruppe der tschechischen Fabrikarbeiterschaft in Wien und im Industriegebiete südlich von Wien entstanden. Dagegen sind viele von den im Laufe der Jahrzehnte nach Wien gewanderten tschechischen Dienstboten nach dem Umsturz im Jahre

1918 und 1919 in ihre Heimat zurückgekehrt. Fester sitzen die tschechischen Gewerbetreibenden, vor allen die Schuster und Schneider. Im Jahre 1910 stellten sie 27% der in diesem Berufe Tätigen dar. Im Jahre 1922 siegte die deutsche Liste bei den Wahlen in die Wiener Schneidergenossenschaft mit geringer Mehrheit, bei den Wahlen in die Schuhmachergenossenschaft mit 2 800 Stimmen gegen 1 400 tschechische. Gab es vor dem Umsturz zahlreiche tschechische Beamte, die in den Zentralämtern der Monarchie und der österreichischen Reichshälfte in großer Anzahl saßen, so verringerte sich diese tschechische Intelligenz seit dem Kriegsende durch Abwanderung. Als Führer der Tschechen in Wien sind die Angehörigen freier Berufe vor allem des Lehrberufes und der Privatbeamten, von diesen wiederum in erster Linie die Bankbeamten zurückgeblieben.

Über die Zahl der Tschechen in Wien kann, nachdem das Ergebnis der Volkszählung vom März 1923 nicht verarbeitet worden ist, weil der Generalkommissär Dr. Zimmermann die Einstellung der hiezu nötigen Mittel in den Staatshaushalt nicht bewilligte, keine verläßliche Angabe gemacht werden. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der Tschechen in Wien ungefähr 100 000 Köpfe, sie hat durch Kindersterblichkeit und Abwanderung während und nach dem Kriege abgenommen; im Jahre 1920 wurden in Wien 37 868 gültige tschechische Wählerstimmen abgegeben. Gegenwärtig schätzt die tschechische Zeitung „Narodni Listy" die tschechischen Wählerstimmen Wiens auf 65 000; der beste Kenner dieser Frage auf deutscher Seite, Dr. Günther Berka, schätzt die Gesamtzahl der nationalbewußten Tschechen in Wien auf 70 bis 80 000. Man muß ausdrücklich betonen „der nationalbewußten"; denn eine große Anzahl von Slawen, insbesondere von Tschechen, sind im Laufe der Zeit völlig eingedeutscht worden, besser gesagt, sie haben sich selbst eingedeutscht. Es sei hier an das Wort Dr. Luegers erinnert „Laßt's mir meine Böhm' in Ruh", das zweifellos auf dem Boden der Reichshauptstadt, wo alle Nationalitäten zusammentrafen, die das alte Österreich-Ungarn aufwies, große Wirkung hatte. Im übrigen ist dieses Eindeutschen sowie das Vorkommen ursprünglich slawischer Namen bei Deutschen und ursprünglich deutscher Namen bei Slawen, das ja auch in Böhmen und Mähren häufig festgestellt werden kann, eine bekannte und erklärte Tatsache. Der Tschechische Volksrat für Österreich hat in den letzten Jahren des öftern mit Stolz berichtet, daß das Zurückgewinnen bereits eingedeutschter Tschechen für das tschechische Volk große Erfolge aufzuweisen habe.

Die Organisation der nationalbewußten Tschechen steht auf bewundernswerter Höhe, so daß dadurch der Rückgang in der zahlenmäßigen Stärke der tschechischen Minderheit wettgemacht wird, um so mehr als die Gründung des Tschechoslowakischen Staates nicht nur das nationale Selbstbewußtsein sowie die Kultur und die Politik der Tschechen erstarken ließ, sondern auch einen tatsächlichen öffentlich zugegebenen Rückhalt für ihre Bestrebungen bot und bietet. Gerade nach dem Umsturz bauten sie mit größter Tatkraft ihre Vereine aus. Im Jahre 1918 gab es, aus privaten tschechischen Mitteln erhalten, in Wien drei tschechische Kindergärten und eine tschechische Volksschule. Heute erhält der Komensky-Verein mit 25 Wiener Ortsgruppen 7 Kinderbewahranstalten, 8 Volksschulen, 5 Bürgerschulen, 1 Handels-, 1 Gewerbeschule, 1 Realgymnasium und 1 Volkshochschule mit zusammen 3 442 Schülern und 600 Kursteilnehmern. In den öffentlichen tschechischen Volksschulen, welche die Republik Österreich nach dem Brünner Vertrag errichten muß, gibt es 3 195 Schüler, in den deutschen Volks- und Bürgerschulen 2 400 tschechische Schüler. Insgesamt also werden in Schulen und Kursen (4 deutsche Kurse, 1 Kurs für Legionäre, 5 slowakische Kurse) 9 037 tschechische junge Menschen erzogen. Infolge der Geburtenrückgänge und höheren Sterblichkeit während und nach dem Kriege hat die Zahl der Schulkinder in Wien abgenommen; der Geburtenrückgang macht bei den tschechischen Schulkindern 4,8%, bei den deutschen dagegen 9,1% aus, der tschechische Verlust ist also nur halb so groß wie der deutsche. Offenbar deshalb, weil die Tschechen eine größere Geburtenzahl und einen geringeren Kriegsverlust hatten. In diesem Zusammenhange ist erwähnenswert, daß die Zahl der tschechischen Kinder, deren Eltern dem selbständigen Gewerbestand angehören, um ein volles Viertel zurückgegangen ist, während die Zahl der Arbeiterkinder gleichblieb. Es kann nicht verschwiegen werden, daß die Gemeinde Wien weit über die Verpflichtungen hinaus, die der Brünner Vertrag Deutsch-Österreich auferlegt, tschechische Volksschulen errichtet hat. Das Entgegenkommen der Wiener Schulbehörde übertraf die Verpflichtung im Jahre 1922 um 66 und im Jahre 1923 immer noch um 63 Volksschulklassen. Die Grundlagen für die Verpflichtung Österreichs, tschechische Minderheitsschulen zu errichten, sind im Artikel 68 des Staatsvertrages von St. Germain und im Artikel 20 des zwischen der österreichischen und der tschecho-slowakischen Regierung in Brünn geschlossenen Vertrages gegeben. Der erste Artikel schreibt vor, daß „in den Städten und Bezirken, wo österreichische Staatsangehörige, die eine andere als die deutsche Sprache sprechen, einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen, angemessene

Erleichterungen zu gewähren sind, um sicherzustellen, daß in den Volksschulen den Kindern dieser österreichischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer Muttersprache erteilt wird." „In Städten und Bezirken", heißt es dann weiter, „wo eine verhältnismäßig beträchtliche Anzahl österreichischer Staatsangehöriger wohnt, die einer Minderheit nach Rasse, Religion oder Sprache angehören, wird diesen Minderheiten von allen Beträgen, die etwa für Erziehungs-, Religions- oder Wohltätigkeitszwecke aus öffentlichen Mitteln in Staats-, Gemeinde- oder anderen Voranschlägen ausgeworfen werden, ein angemessener Teil zu Nutzen und Verwendung gesichert." Am 7. Juni 1920 wurde der Brünner Vertrag abgeschlossen, der nur die Durchführung des Vertrages von St. Germain für die tschechischen Minderheitsschulen in Wien regelt, und zwar so, daß für die Kinder österreichischer Staatsangehörigkeit (tschechischer Sprache) in Wien öffentliche Volksschulen in dem Umfange errichtet werden sollen, daß auf eine Klasse im allgemeinen durchschnittlich dieselbe Schülerzahl zu entfallen hat, wie bei den deutschen Volksschulen, wobei ein Mindestdurchschnitt von etwa 42 Schülern angenommen wird. Tschechische Kinder tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit können zwar in diese Schulen aufgenommen werden, kommen aber bei Berechnung des Durchschnitts der Schülerzahl nicht in Betracht. (Ein Übereinkommen über die Auslegung der unklaren Bestimmungen von St. Germain ist bis heute nicht abgeschlossen worden, so daß eine Verpflichtung zur Errichtung tschechischer Schulen außerhalb Wiens derzeit überhaupt nicht besteht.)

Nach den angeführten Bestimmungen war die Gemeinde Wien im Jahre 1922 verpflichtet, für 1582 tschechische Kinder österreichischer Staatsangehörigkeit 38 öffentliche Volksschulklassen zu errichten, hat aber 104 aufgestellt. Selbstverständlich wurde im Wiener Gemeinderat diese vom deutschen Standpunkte aus als Verblendung zu bezeichnende Tat der Wiener Schulbehörde heftig angegriffen. Am 1. Juni 1923 erklärte der Bürgermeister, daß zu den 1582 Kindern noch die 1214 tschechischen Kinder österreichischer Staatsangehörigkeit hinzuzuzählen wären, die die Schulen des Komensky-Vereines besuchen, da im Falle einer Einschulung dieser Kinder in die öffentlichen tschechischen Volksschulen aus diesen dafür Kinder tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit entfernt werden müßten, die dann in die öffentlichen deutschen Volksschulen aufzunehmen wären. Es wären für die 2796 Kinder österreichischer Staatsangehörigkeit 76 bzw. bei einer Durchschnittszahl von 30 Kindern für die Klasse, 93 Klassen erforderlich gewesen; daher, so sagte der Bürgermeister, mußten 104 Klassen errichtet werden, die sich auf 14 allgemeine Volksschulen mit je 2 bis 11 Klassen verteilen.

Die tschechische Presse im tschechoslowakischen Staat und in Österreich, ja sogar der slawische Volksrat für Österreich und der Gesandte Prof. Dr. Krofta, der jetzt von Wien als Vertreter der tschechoslowakischen Republik nach Berlin zieht, stellen einmütig fest, daß sie mit der Behandlung der tschechischen Minderheit in Wien zufrieden sein können. Trotzdem forderte eine Abordnung seinerzeit beim Bundeskanzler und beim Bundespräsidenten neben der Errichtung von etwa 20 tschechischen Volksschulen in Niederösterreich die Einführung der tschechischen Sprache als Lehrgegenstand an allen öffentlichen Schulen in Nieder- und Oberösterreich, an den landwirtschaftlichen Lehranstalten dieser beiden Länder, die Errichtung einer tschechischen Landwirtschaftsschule, die Schaffung eines Minderheitenrates im Bundeskanzleramte usw. Was Wien betrifft, so forderte der Komensky-Verein eine tschechische Universität und Technik in Wien.

Wir haben absichtlich das Schulwesen eingehender behandelt, weil es die unerläßliche Voraussetzung und stärkste Grundlage für die Schutzarbeit ist, und die Tschechen es seit jeher verstanden haben, diesen Unterbau zweckmäßig auszuführen. Darüber vernachlässigen sie natürlich nicht ihre übrigen Körperschaften. In Wien gibt es 12 tschechische Sokolvereine, eine Zentralbücherei von 20 000 Bänden, einen Kulturverband aller unpolitischen tschechischen Vereine; 5 tschechische politische Parteivereine betreiben bewußt nationale Parteipolitik; im Wiener Gemeinderate sitzen 8 Vertreter der Tschechen. Die tschechoslowakische Handelskammer, 10 Banken und Kassen, zahlreiche Einkaufs-, Konsum-, Druckerei- und Baugenossenschaften besorgen die tschechische Wirtschaft. An der Spitze aller Bestrebungen steht der genannte tschechische Volksrat, unterstützt werden sie von Tages-, Wochen- und Monatszeitungen; als jederzeit bereiter Helfer steht der großmächtig gewordene tschechoslowakische Staat hinter den Wiener Tschechen. Wie richtig die Tschechen den Wert eines öffentlichen Sprachrohres einschätzen, das beweist der Aufruhr in allen tschechischen Blättern, als das Wiener Tschechenblatt „Vidensky Denik" in letzter Zeit wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte. Dabei wurde festgestellt, daß tschechische Bankdirektoren der Zivnostenska Banka in Wien sich bisher dieser Zeitung mit Rat und Tat angenommen hätten und sie eben wegen ihrer nationalen Richtung unterstützten. Nach der stets bewiesenen Opferwilligkeit aller tschechischen Kreise für ihre Volksinteressen darf es nicht weiter wundernehmen, daß die Er-

mahnung der tschechischen Presse, das genannte Wiener Blatt nicht im Stiche zu lassen, vollkommen hingereicht hat, um diesem die nötigen Mittel zuzuführen.

Welche Absichten die Tschechen mit Wien haben, das beweisen verschiedene Aussprüche ihrer Führer. Einer nennt 1921 Wien den geeigneten Vermittler und eine Verbindung slawischen Nordens und Südens. Ein anderer sagt, so wie früher Brünn eine Vorstadt von Wien war, so werde Wien eine Vorstadt von Brünn werden. Dr. Frantisek Jetel hat in seiner Broschüre „Ceska Viden", herausgegeben vom Vereine „Ceske srdce" (Tschechisches Herz), die Minderheitenfrage so gelöst, daß Niederösterreich bis zur Donau, Wien eingeschlossen, einverleibt werden solle, da ja die Mehrheit der Bevölkerung Wiens tschechischer Abkunft sei und Wien ohnehin von den anderen Alpenländern angefeindet werde. Ebenso hat E. Chalupny beim Minderheitenausschuß des tschechischen Volksrates in Prag am 20. November 1918 den Antrag gestellt, daß Teile von Nieder- und Oberösterreich und Wien mit der Tschechoslowakei vereint werden sollen. Beide Vorschläge sind ähnlich denen, die Hanus Kuffner in der Denkschrift „Unser Staat und der Weltfriede" gemacht hat[1]). In der Zeitschrift „Die freie Donau" veröffentlichte am 15. November 1921 Lebloch einen Aufsatz „Wien und die Balkanslawen". Darin behauptet er, daß für absehbare Zeit an eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland gar nicht zu denken sei. Die „Vereinigung Wiens mit der breiteren Umgebung und den östlichen Gegenden Niederösterreichs mit Deutschland ist für die Zukunft direkt ausgeschlossen. Wien war während der Allmacht der Hohenzollern und Habsburger zum östlichen Vorposten des Pangermanismus bestimmt. Durch die Errichtung des slawischen Staates in Mittel- und Südeuropa wird es einer von den slawischen Vorposten im Westen. Wien wird für uns ein wichtiger Platz bleiben, der für den slawischen Balkan ein guter Wächter gegen die neuerdings zunehmende Gefahr des Pangermanismus sein wird".

Daß die hochfliegenden Zukunftspläne auch in den Kindern der Tschechen von Wien lebendig erhalten werden, dafür sorgt der Geist, der diesen Kindern beigebracht wird. Der genannte Verein vom tschechischen Herzen hat einen Jungbrunnen für die tschechischen Kinder Wiens herausgegeben, worin es heißt:

„Wir wollen, daß ihr gute tschechische Kinder seid, in Worten wie in Gefühlen. Von euch Wiener tschechischen Kindern verlangen wir, daß ihr euch gut in eure Herzen einprägt, daß ihr zu uns gehört, zu uns Tschechoslowaken im Vaterland, wenn ihr auch in einem anderen Staate wohnt. Wien ist nur euer Wohnort, aber euer Vaterland ist unsere Republik." „Wir sind hier ja 500 000, einer gegen vier; aber wir bekommen es (Wien!). Doch kräftig müssen wir uns zeigen, nicht verwienern, Schulen gründen, Kinder auffangen und sie im angeborenen Geiste in der Muttersprache erziehen. In 50 Jahren ist es anders. Dann werden wir Wien unsere tschechische Kultur zum Wohle und Heile der Stadt gegeben haben, kein tschechisches Kind wird in den deutschen Schulfallen, sowie jetzt, körperlich und sittlich geschwächt werden. Wohin ihr blickt, überall seht ihr unsere Arbeit, unsere Kraft, unser Heil — wer kann verhindern, daß wir uns dazu bekennen. — Wien ist unser mit jedem Stein, mit jedem Holz, jedem Buchstaben."

Bedarf es nach all dem noch besonderer Worte, um zu beweisen, daß der Kampf um die Erhaltung des deutschen Charakters Wiens nicht nur für Wien, für Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und Kärnten geführt wird, sondern für das gesamte Deutschtum?

Wissenschaftliche Rundschau

Neuere Untersuchungen über Wesen und Ursprung des Lichts

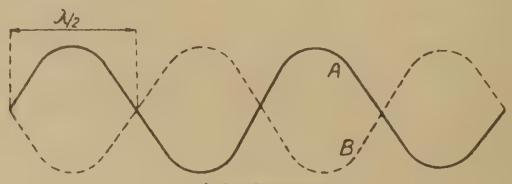
Von Dr. Georg Joos, Professor der Physik an der Universität Jena

Bis vor wenigen Jahrzehnten schien die Frage nach dem Wesen des Lichts endgültig dahin beantwortet, daß wir es mit einer sich wellenförmig ausbreitenden elektro-magnetischen Schwingung zu tun haben. So schloß Heinrich Hertz im Jahr 1889 seine Ausführungen über diesen Gegenstand mit den stolzen Worten: „Ein Zweifel an diesen Dingen ist nicht mehr möglich, eine Widerlegung für den Physiker undenkbar; die Wellentheorie des Lichts ist, menschlich gesprochen, Gewißheit." Obwohl seit Hertz die Kenntnis der elektrischen Wellenstrahlung gewaltig erweitert wurde, obwohl wir heute das Spektrum der Strahlung von den Kilometerwellen der drahtlosen Telegraphie, denen eine Schwingungszahl von „nur"

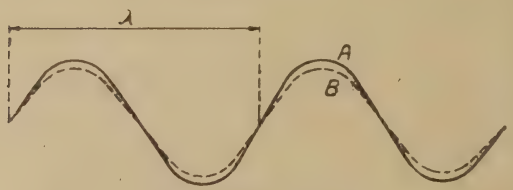
[1]) Vgl. den Aufsatz von Anton Klement in diesem Heft.

rd. 100000 pro Sek.[1]) zukommt, bis zu den kurzwelligsten γ-Strahlen der radioaktiven Atome mit ihren 150 Trillionen Schwingungen in der Sekunde fast lückenlos beherrschen, d. h. die in diesem Bereich liegenden Schwingungen hervorrufen und ihre Eigenschaften untersuchen können, haben doch in den letzten Jahren schwerwiegende Gründe Physiker ersten Rangs zu einer zeitweiligen Abkehr von der Wellenlehre und zu einer Annäherung an die alte Newtonsche Emissionstheorie geführt.

Newton hielt das Licht für Korpuskeln, die von der Lichtquelle mit „Lichtgeschwindigkeit" fortfliegen. Durch besondere Annahmen über die Kräfte, die die Atome der Körper auf diese Teilchen ausüben, konnte er die einfachsten optischen Erscheinungen, wie die Lichtbrechung erklären. Aber der Fülle der bald entdeckten feineren optischen Phänomene, wie der Interferenz von Lichtstrahlen oder der Beugung von Strahlen, stand die Emissionstheorie immer ratloser gegenüber, während sie von der nunmehr durchdringenden Wellenlehre zwanglos erklärt wurden. Bei der Interferenz handelt es sich stets um das Zusammenwirken zweier von derselben Lichtquelle stammender Lichtstrahlen, die, wie sich experimentell zeigt, einander je nach dem Unterschied des von beiden durchlaufenen Wegs, auslöschen oder verstärken. Vom Standpunkt der Wellenlehre leuchtet es unmittelbar ein, daß zwei Wellenzüge A und B einander auslöschen, wenn sie um $^1/_2$, $^3/_2$, $^5/_2$ usw. Wellenlängen verschoben sind, und einander



a) Auslöschung



b) Verstärkung. Fig. 1.

verstärken, wenn der Gangunterschied null oder eine ganze Zahl von Wellenlängen beträgt. Auf dieser Erscheinung beruht gerade die wichtigste Methode zur Messung der Wellenlänge einer gegebenen Strahlung; es werden die Wegunterschiede ermittelt, bei denen Auslöschung oder Verstärkung stattfindet. In gleich einfacher Weise läßt sich die Wellenlängenänderung bei bewegter Lichtquelle, der sog. Dopplereffekt, aus der allgemeinen Annahme einer sich wellenförmig ausbreitenden Schwingung erklären, ohne daß über die Art der Wellenbewegung besondere Annahmen erforderlich sind. Es lag daher nahe, beim Licht wie beim Schall an eine periodisch wechselnde Verdichtung bzw. Verdünnung zu denken. Freilich kam als Träger dieser Bewegung nicht wie beim Schall die Luft in Betracht, da man sonst die Himmelskörper nicht sehen könnte, vielmehr nahm man einen äußerst feinen, das ganze Weltall erfüllenden Stoff, den sog. Weltäther an. Damit geriet man aber in neue Schwierigkeiten, als man bemerkte, daß das Licht unter gewissen Bedingungen, z. B. nach Reflexion an einer Glasplatte unter geeignetem Winkel sich in verschieden durch die Fortpflanzungsrichtung gelegten Ebenen ganz verschieden verhält, die Schwingungen also nicht wie beim Schall in der Fortpflanzungsrichtung, sondern senkrecht dazu erfolgen, eine Schwingungsform, die mechanisch nur in einem festen Körper möglich ist. Aus diesem Dilemma half die von Maxwell und Hertz zutage geförderte Erkenntnis heraus, daß es sich hierbei gar nicht um mechanische Schwingungen von Ätherteilchen handelt, sondern um die Ausbreitung einer elektrischen

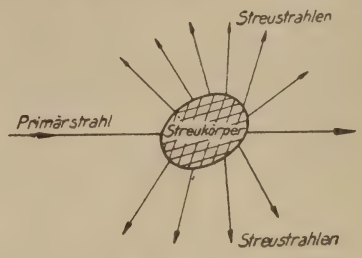
[1]) Die Fortpflanzungsgeschwindigkeit der elektrischen Wellenstrahlung beträgt $c = 300000$ km/sec; mit der Frequenz ν bezeichnet man die Zahl der Wechsel pro Sek. an einem festen Ort, als Wellenlänge λ den Abstand zweier Punkte gleichen Zustands in einem bestimmten Moment. Zwischen den drei Größen besteht die leicht zu beweisende Beziehung $c = \nu\lambda$; großen Wellenlängen entsprechen also kleine Frequenzen und umgekehrt.

Kraft, die ihre Größe im Tempo der Lichtschwingung, also billionenmal in der Sekunde wechselt und nach den Gesetzen der Elektrodynamik von einer ebenso wechselnden magnetischen Kraft begleitet ist. Und seit es Hertz gelungen war, den Lichtwellen wesensgleiche, nur in der Wellenlänge verschiedene Wellen auf rein elektrischem Weg zu erzeugen, nämlich die „Radio"-Wellen, seitdem galt die elektromagnetische Lichttheorie als eines der gesichertsten Kapitel der Physik.

Die Erscheinungen, die in den letzten Jahren das Vertrauen in diese Theorie erschütterten, beziehen sich alle auf die Entstehung oder Vernichtung des Lichts. Die sog. klassische Theorie nahm in Analogie zur Erzeugung der Radiowellen in den Atomen schwingende oder kreisende elektrische Ladungen an, die nach den Gesetzen der Elektrodynamik als eine Art von Miniaturantennen Licht ausstrahlen müssen von der Frequenz ihrer Schwingung. Die Unmöglichkeit auf Grund dieses so einleuchtenden Bildes die Verteilung der Energie der Strahlung eines glühenden Körpers auf die einzelnen Frequenzen („Farben") berechnen zu können, führte im Jahr 1900 M. Planck zu der folgenschweren Annahme, daß der Energieaustausch zwischen Materie und Strahlung nur in ganzen Quanten erfolgen könne, deren Größe er gleich dem Produkt aus der Frequenz ν, und einer universellen Konstanten, dem berühmten „Wirkungsquantum" h setzte. Damit ergab sich dann die richtige Energieverteilung. Noch augenfälliger zeigt sich aber dieser quantenhafte Energieaustausch beim sog. lichtelektrischen Effekt. Trifft kurzwelliges Licht auf eine metallene Oberfläche auf, so werden aus ihr negative elektrische Elementarladungen, Elektronen, frei. Die Geschwindigkeit dieser Elektronen läßt sich dadurch messen, daß man die elektrische Gegenkraft bestimmt, die den Austritt der Elektronen eben verhindert. Diese Geschwindigkeit hängt nun in höchst einfacher Weise mit der Frequenz der auffallenden Strahlung zusammen: Die Bewegungsenergie eines austretenden Elektrons ist nämlich bis auf einen kleinen, bei einem bestimmten Metall für alle Wellenlängen gleichen Arbeitsbetrag, der zur Freimachung des Elektrons aus dem Metall erforderlich ist, gerade gleich der Größe eines Lichtquants der betreffenden Frequenz. Wenn wir noch so schwache Röntgenstrahlen auffallen lassen, so ist die Geschwindigkeit der ausgelösten Elektronen entsprechend der hohen Frequenz dennoch sehr groß, während die Zahl derselben mit der Intensität der Strahlung abnimmt. Es verhält sich also hier das Licht gerade so, als bestünde es aus einzelnen Energiezentren, den Lichtquanten.

Dieser quantenhafte Energieumsatz ist endlich auch ein wesentlicher Bestandteil der Bohrschen Theorie des Atombaus. Nach ihr besteht das Atom aus einem positiv geladenen „Kern" von verschwindender Ausdehnung, in dem die gesamte Masse bis auf einen verschwindenden Bruchteil vereinigt ist. Dieser Kern wird nun von Elektronen umkreist. Wie im Planetensystem sich Zentrifugalkraft und Massenanziehung das Gleichgewicht halten, so wird bei der Elektronenbewegung der Zentrifugalkraft durch die Anziehung der entgegengesetzten Ladungen von Kern und Elektron die Wage gehalten. Ein derartiges Planetensystemmodell des Atoms ist als einziges Modell mit den Versuchen über den Durchgang elektrisch geladener Teilchen durch die Atome vereinbar. Allerdings könnte dieses Modell, sofern man die Gesetze der Elektrodynamik in ihrer aus der makroskopischen Erfahrung gewonnenen Form auch noch auf das Atom anwendet, nicht lange existieren, denn darnach müßten die Elektronen wie Antennen elektrische Wellen von der Frequenz ihres Umlaufs ausstrahlen und infolge dieses Energieverlustes schließlich in den Kern stürzen. Das erste Postulat der Bohrschen Theorie ist nun die Existenz gewisser strahlungsloser Bahnen, die unter den unendlich vielen mechanisch möglichen durch eine gewisse mathematische, das Plancksche Wirkungsquantum enthaltende Bedingung ausgezeichnet sind. Die Ausstrahlung von Licht soll dagegen dann erfolgen, wenn das Elektron von einer energiereicheren zu einer energieärmeren Quantenbahn übergeht, wobei sich die Frequenz wieder nach dem $h\nu$-Prinzip aus der Energieabgabe des Atoms berechnet. Dabei ist es eine notwendige Folgerung der beiden Bohrschen Ansätze, daß für lange Wellen ausgestrahlte und Umlaufs-Frequenz identisch werden. Diese Theorie ermöglichte es, beim einfachsten chemischen Atom, dem Wasserstoffatom, aus dem Modell die Frequenzen, die es emittieren kann, d. h. sein Spektrum, mit ganz außerordentlicher Genauigkeit vorauszuberechnen. Umgekehrt eröffnete sie bei den komplizierteren Atomen mit Hilfe des bereits vorliegenden ungeheuren spektroskopischen Materials ganz unerwartete Einblicke in das Elektronengebäude des Atoms. Zu diesen auf eine quantenhafte Struktur des Lichts hinweisenden Tatsachen, die alle mit der Entstehung oder Vernichtung des Lichts zusammenhängen, kommt nun ein im letzten Jahr von H. A. Compton entdeckter Effekt, der sich auf die Ausbreitung selbst bezieht, die bisher die unumstrittene Domäne der Wellenlehre war. Es handelt sich dabei um folgendes: Lassen wir Licht durch ein trübes Medium gehen, so wird es nach allen Seiten zerstreut. Bei dieser Zerstreuung bleibt, wenn wir einfar-

biges Licht verwenden, selbstverständlich die Farbe, d. h. die Frequenz unverändert[1]). Compton führte nun denselben Versuch mit Röntgenstrahlen durch, indem er diese durch einen Wachskörper sandte und die Wellenlänge der einfallenden und der nach verschiedenen Richtungen zerstreuten Strahlung in der üblichen Weise mittels eines Kristallspektrometers maß. Dabei ergab sich das überraschende Resultat, daß die seitlich zerstreute Strahlung je



[Fig. 2]

nach dem Streuwinkel eine mehr oder weniger große Frequenzänderung im Sinne kleinerer Frequenzen erlitten hat. Während die Wellentheorie diese Erscheinung nicht ohne recht künstliche Hilfsannahmen erklären kann, folgt sie quantentheoretisch aus der einfachen Annahme, daß die Streuung durch den Zusammenstoß des Lichtquants mit einem Körperelektron bewirkt wird. Die nach den elementaren Stoßgesetzen bei diesem Vorgang an das Elektron übertragene Energie hat nämlich eine Verkleinerung des Lichtquants $h\nu$ und damit eine Verminderung der Frequenz ν zur Folge, wobei die Winkelabhängigkeit dieser Änderung in vollkommener Übereinstimmung mit der Erfahrung herauskommt. Im Gebiet der sichtbaren Strahlung liegen die Verhältnisse für den Nachweis dieses Effekts viel ungünstiger, so daß das Fehlen einer analogen Farbänderung durchaus verständlich ist. An der Realität der Erscheinung im Gebiet der kurzwelligen Strahlen dürfte aber kein Zweifel mehr bestehen, nachdem es gelungen ist, das Spektrum der gestreuten Strahlung photographisch festzuhalten und auch den zweiten Teil des Vorgangs, die Rückstoßelektronen, nachzuweisen.

Angesichts dieses Tatsachenmaterials ist es wohl verständlich, daß in den letzten Jahren namhafte Forscher die Lichtquanten als das Reale ansahen und aus ihnen die bisher wellentheoretisch erklärten Erscheinungen zu deuten versuchten. Wenn hierbei auch Teilerfolge erzielt wurden, wie die höchst einfache Ableitung des Dopplereffekts, so scheiterten bisher doch alle Versuche, die Interferenz- und Beugungserscheinungen zu erklären, wollte man nicht zu den gewagtesten Hypothesen, wie der zwangsläufigen Verknüpfung des Emissionsvorgangs mit dem Absorptionsakt, also einem vollkommenen Determinismus des Naturverlaufs seine Zuflucht nehmen. Infolgedessen wurden in letzter Zeit wieder andere Wege zur Lösung des Quantenrätsels beschritten. Der bemerkenswerteste Versuch, der in gewisser Hinsicht als eine Lösung des Problems anzusprechen ist, wurde von Bohr zusammen mit Kramers und Slater gemacht: Erkauft ist die Lösung mit der Preisgabe des Satzes von der Erhaltung der Energie im unendlich Kleinen. Erst im Mittel über viele Elementarerscheinungen soll dieser Fundamentalsatz zurecht bestehen. Demgemäß soll das Atom, wenn es einmal in einem energiereicheren Zustand ist, Licht ausstrahlen von der Frequenz, die es nach der früheren Bohrschen Theorie beim Quantensprung ausstrahlen würde. Der Energieinhalt des Atoms soll aber trotz der fortwährenden Ausstrahlung zunächst unverändert bleiben, es soll durch die Strahlung lediglich die Wahrscheinlichkeit geschaffen werden, daß das Atom wieder in den energieärmeren Zustand übergeht, wodurch die Ausstrahlung abgeschnitten wird. Dabei wird diese Wahrscheinlichkeit so angesetzt, daß bei vielen Atomen die ausgestrahlte Energie gleich der insgesamt von den Atomen abgegebenen Energie ist. In gleicher Weise wird bei der Zerstreuung von Röntgenstrahlen die Verknüpfung zwischen Streustrahlung und Rückstoßelektron nicht mehr im Einzelprozeß zwangsläufig, sondern nur noch statistisch angenommen. An diesem Punkt ist die Theorie einer experimentellen Prüfung zugänglich, die in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im Gange ist. Dem Ergebnis der Untersuchung muß man mit größter Spannung entgegensehen. Bestätigt sich die Grundannahme, so würde dies eine große Umwälzung im physikalischen Weltbild bedeuten. Denn dann wäre der sog. erste Hauptsatz der Thermodynamik, von dessen strenger Gültigkeit auch in der Welt der Atome man

[1]) Daß weißes, d. h. alle möglichen Frequenzen enthaltendes Licht, beim Durchgang durch ein trübes Medium gefärbt erscheint, liegt an der für verschiedene Frequenzen verschieden großen Zerstreuung.

bisher überzeugt war, auf die Stufe des zweiten Hauptsatzes, des Satzes der Vermehrung der Entropie gedrückt, bei dem man längst erkannt hat, daß er nur statistische Gültigkeit als das Gesetz der „maximalen Unordnung" besitzt. Ähnlich wie aus dem speziellen Problem der Lichtausbreitung in bewegten Körpern schließlich die Relativitätstheorie mit ihren grundlegenden Änderungen unserer Auffassung von Raum und Zeit entsprang, scheint auch hier die Lösung des Quantenrätsels mit einer völligen Umordnung unserer physikalischen Grundbegriffe verknüpft zu sein.

Aus Zeit und Geschichte

Politik und Kriegsplan

Von Oberstleutnant a. D. Theobald v. Schäfer in Potsdam

Über die Beziehungen, die zwischen Politik und Kriegsplan bestehen, hat Dr. Aloys Schulte, Professor der Geschichte an der Universität Bonn, interessante Betrachtungen angestellt[1]) und darauf hingewiesen, daß schließlich die Starrheit der militärischen Pläne dem Staatsmanne die Hände gebunden habe. Er hat dabei den Satz geprägt: „Die Technik war Meister geworden über die Kriegspläne, diese über die Vertreter strategischer Interessen und diese über die Diplomaten." Professor Schulte sieht in solcher Entwicklung der Dinge fast die Umkehr des Satzes von Clausewitz: „Die Kriegführung ist die Fortsetzung der Politik nur mit anderen Mitteln." Demgegenüber soll versucht werden nachzuweisen, daß man betreffs der Zusammenhänge der Geschehnisse doch auch zu anderen Ergebnissen kommen kann.

Soweit die eisenbahntechnische Ausführung des deutschen Aufmarsches in Frage steht, hat kürzlich Major a. D. Dr. Kretzschmann[2]) zu dem Schulteschen Aufsatze Stellung genommen. Er weist darauf hin, daß der deutsche Generalstab sich schon vor dem Kriege mit einer freieren Bearbeitung des Eisenbahnaufmarsches beschäftigt und darin bei der Rückbeförderung der Truppen aus den Kaisermanövern Erfahrungen gesammelt hatte, die recht günstig waren. So habe auch 1914 durchaus die Möglichkeit bestanden, die Masse des Heeres gegen Rußland statt gegen Frankreich aufmarschieren zu lassen, obgleich nur der große Westaufmarsch planmäßig vorbereitet war. Es ist das dieselbe Feststellung, die sich auch in der Einleitung zum amtlichen Kriegswerk des Reichsarchivs findet.

Major Kretzschmann geht aber weiter. Er sagt, selbst am Abend des 1. August, als Seine Majestät der Kaiser auf Grund der Lichnowskyschen Depesche den großen Aufmarsch gegen Rußland forderte, sei es noch möglich gewesen, auch diesen durchzuführen. Die damals vom Generaloberſten v. Moltke vorgebrachte Ansicht, daß eine solche Änderung zu diesem späten Zeitpunkt ein Chaos herbeigeführt hätte, hält er nicht für zutreffend. An dieser Feststellung von sachverständiger Seite kann man nicht vorübergehen, auch wenn man überzeugt ist, daß die Änderung in allerletzter Stunde doch nur unter mancherlei Verzögerungen und Reibungen ausführbar gewesen wäre, denn seit der Ausgabe des Mobilmachungsbefehls um 5 Uhr nachmittags waren alle Militär- und Eisenbahnbehörden geistig auf den planmäßigen großen Westaufmarsch eingestellt und hatten wohl vielfach auch schon vorbereitende Maßnahmen für ihn getroffen. General v. Moltke aber hat, wie auch Major Kretzschmann vermutet, das „Chaos" nicht nur eisenbahntechnisch, sondern vor allem in der Gliederung des Heeres befürchtet. Es mag sein, daß er dabei die Aussichten ungünstiger beurteilt hat, als sie es tatsächlich waren. Solche Auffassung hätte ihn aber sicher nicht gehindert, den militärischen Plan trotzdem der politischen Lage anzupassen, wenn er diese wirklich gegenüber den bisherigen Voraussetzungen als verändert angesehen hätte. Der tiefere und ausschlaggebende Grund für die ablehnende Haltung des Generalstabschefs ist doch darin zu sehen, daß er den Gedanken des großen Ostaufmarsches an sich verwarf, so lange man nicht die sichere Gewähr hatte, daß von Frankreich keine Gefahr drohe. Dazu hielt der Generalstabschef mit Recht ungewöhnlich starke tatsächliche Bindungen dieses Landes für erforderlich. Sie konnten durch die vom Fürsten Lichnowsky erweckte, recht ungewisse Hoffnung, daß England Frankreichs Neutralität verbürgen werde, auch nicht im entferntesten ersetzt werden. Diese Hoffnung „war ein Schemen, der sofort zerrann"; so drückt es der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg selbst in seinen Erinnerungen aus (I, S. 182). Es wäre ein nicht wieder gutzumachender Fehler gewesen, wenn der Generalstabschef versucht hätte, dem Kaiserlichen Wunsche nachzukommen.

[1]) Septemberheft 1924 der Süddeutschen Monatshefte: „Die Herrschaft der militärischen Pläne in der Politik. — Offensiver und defensiver Militarismus."

[2]) Militär-Wochenblatt vom 4. Januar 1925: „Die Abhängigkeit militärischer Pläne von der Technik."

Nun schreibt aber Professor Schulte ganz allgemein, also nicht nur mit Bezug auf die soeben geschilderte Krise am Abend des 1. August 1914: „Der Generalstab kann aber seine Pläne der veränderten Lage zuliebe nicht mehr ändern ... Die Technik legte den Generalstab fest, dieser das Auswärtige Amt", und an anderer Stelle, der militärische Plan der Mittelmächte habe ihre Politik bestimmt, „die Auffassung der deutschen Militärs wollte nicht auf Zeit und Kraft verzichten, sondern sie ausnutzen." Worauf diese Feststellungen sich im einzelnen beziehen, ist nicht gesagt. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß Prof. Schulte meint, bei größerer Biegsamkeit der deutschen militärischen Pläne und Vorbereitungen sei z. B. der große Ost- statt des Westaufmarsches oder ein Verzicht auf den Durchmarsch durch Belgien, vielleicht auch ein noch längeres Zuwarten mit der Mobilmachung möglich gewesen. Rein technisch gesehen, waren derartige Änderungen sicher möglich, wenn man absieht von einer etwaigen Rückgängigmachung der schon ausgesprochenen Mobilmachung oder von einer völligen Änderung des Aufmarsches, nachdem dieser schon im Rollen war. Voraussetzung für ein Abgehen von reiflich erwogenen und eingehend vorbereiteten militärischen Plänen hätte aber doch nur eine veränderte politische Lage sein können. Um ganz sicher zu gehen, ist daher gerade diese durch die am 31. Juli nach Paris und Petersburg gerichteten Anfragen nochmals geklärt worden: Eine Änderung der politischen Gesamtlage war aber nicht eingetreten. Sie ist tatsächlich in den kritischen Tagen vor Kriegsausbruch zu keinem Zeitpunkte wirklich vorhanden oder auch nur in Aussicht gewesen. Das kann heute nicht wohl bestritten werden.

Darüber, daß der Krieg seinen Anfang ebensowohl von der russischen wie von der französischen Seite her nehmen könne, war sich der deutsche Generalstab bei Aufstellung seiner Pläne schon immer klar gewesen. Trotzdem hatte sich der Generalstabschef auf Grund der politischen Gesamtlage seit 1913 zu dem Entschlusse durchgerungen, nur noch den großen Westaufmarsch planmäßig vorbereiten zu lassen, denn es stand für ihn seit langem fest, daß ein Krieg gegen Rußland mit Frankreich als untätigem Zuschauer nicht denkbar und daß eine schnelle Entscheidung gegen Rußland nicht zu erreichen sei. Man hat nie gehört, daß die politische Leitung dieser Auffassung, die ihr bekannt war, oder schließlich der einseitigen Bearbeitung des alleinigen großen Westaufmarsches je widersprochen hätte. Sie hatte auch keinen Anlaß dazu, da ein großer Ostaufmarsch — falls die politische Lage sich wider Erwarten tatsächlich ändern sollte — immer noch möglich blieb[1]). Wie recht aber General v. Moltke hatte, den Ostaufmarsch angesichts der geographischen, wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands abzulehnen und darauf zu bestehen, daß die Entscheidung zuerst gegen Frankreich gesucht werden müsse, wird von neuem schlagend bewiesen durch das soeben erschienene Buch des Generals Danilow[2]), des damaligen Generalquartiermeisters der russischen Armee. Aus diesem Buche geht hervor, daß General v. Moltke die operativen Absichten der Russen durchaus zutreffend eingeschätzt hatte. Danilow führt (S. 148) aus: „Wenn die Masse des deutschen Heeres gegen Osten aufmarschierte, so erforderte das für Rußland gebieterisch die Rückverlegung der Aufmarschzone tiefer ins Innere des Landes. Eine Verteidigung unserer (d. h. der russischen) vorgeschobenen Grenzgebiete galt als ausgeschlossen, da diese vom Feinde sofort von allen Seiten umfaßt werden würden. Alle unsere Kriegsmaßnahmen während der ersten Kriegsmonate durften nur einen rein defensiven Charakter tragen, solange nicht alle Truppen aus Sibirien, Turkestan und Transkaukasien eingetroffen waren, oder die Kriegslage unter dem Einflusse der Ereignisse an der Front unserer Verbündeten sich gründlich geändert hatte." Dementsprechend sollten nördlich des Polesje gegen den erwarteten deutschen Vormarsch vier Armeen in der Linie der großen Festungen Kowno—Grodno—Brest-Litowsk, eine weitere dahinter bei Petersburg aufmarschieren, alles in allem zunächst 20 Korps. — Demgegenüber wäre es nach dem letzten vor dem Kriege ausgearbeitetem Plane des deutschen Generalstabes für den großen Ostaufmarsch möglich gewesen, bis zum 19. Mobilmachungstage 21½ deutsche aktive und Reserve-Korps längs der Grenze von Thorn bis Insterburg bereitzustellen; davon hätte aber ein volles Drittel auf dem weit abhängenden rechten Flügel bei Thorn gestanden. Dieser Flügel hatte dann 300 km Marsch (Luftlinie), bis er an den Feind kam. Für Teile, die etwa in Oberschlesien — wie es Major Kretzschmann andeutet — aufmarschierten, war der Weg nicht kürzer, wohl aber hatten sie obendrein noch den Weichselstrom zu überschreiten[3]). Vorausgesetzt, daß kein Aufenthalt durch

[1]) Vgl. das erst während der Drucklegung dieses Aufsatzes erschienene Buch des Generals H. v. Staabs, Aufmarsch nach zwei Fronten, Berlin 1925.

[2]) „Rußland im Weltkriege 1914—1918", deutsche Ausgabe, Jena 1925.

[3]) General v. Staabs nimmt einen ähnlichen Aufmarsch (im ganzen 20½ aktive und Reserve- und 1 Landwehr-Korps) an, dessen Beendigung er dabei schon am 15. Mobilmachungstage für möglich hält.

den Feind entstand und keine wesentlichen Stockungen im Nachschub durch russische Zerstörungen an Verkehrswegen eintraten, so konnte es etwa vom 35. Mobilmachungstage an in der Linie Brest-Litowsk—Kowno zur Schlacht kommen. Wie und wann dabei in der weiten russischen Ebene eine Entscheidung zu erreichen war, ließ sich vorher nicht übersehen. Auch bedeutende Erfolge an einer Stelle hätten sich bei der ungeheueren Ausdehnung der Front wohl erst nach längerer Zeit ausgewirkt. Und dann standen voraussichtlich noch weite Rückmärsche bis zu den Eisenbahn-Endpunkten bevor. — Der entscheidungsuchende Angriff gegen Rußland bei Kriegsbeginn erforderte eine weite Reise in fernes Land, bei der der Zeitpunkt der Rückkehr gar nicht zu übersehen war. Diese Reise konnte der Generalstabschef die Masse des deutschen Heeres nur dann antreten lassen, wenn er völlig sicher war, daß kein Feind im Westen zu vorzeitiger Umkehr zwinge. Nicht die mangelnde Biegsamkeit des Kriegsplans, sondern die innere Unmöglichkeit des Ostaufmarsches hat zu seiner Ablehnung geführt. Diese aber entsprach der großen politischen Lage, die sich — wie schon gesagt — auch in den kritischen Tagen 1914 höchstens scheinbar, in Wirklichkeit aber gar nicht geändert hatte.

Ähnlich lagen die Verhältnisse bezüglich des Zeitpunktes und des Umfanges der deutschen Mobilmachung wie auch des Durchmarsches durch Belgien beim Westaufmarsch. Auch hier bestanden militärische Notwendigkeiten, die in der nun einmal gegebenen Lage tief begründet waren. Man konnte auch nicht unberücksichtigt lassen, daß Belgien seiner Neutralität — von anderem abgesehen — vor allem durch die ausschließlich gegen Deutschland gerichtete Landesbefestigung eine sehr einseitige Richtung gegeben hatte. Dieser Umstand zwang Deutschland zu schnellem Handeln, während die Franzosen Zeit behielten. Dauernde volle Ausnutzung unserer Volks- und Wirtschaftskraft zur Verstärkung der Wehrmacht vor dem Kriege hätte die militärische Gesamtlage für Deutschland wesentlich verbessern können und damit möglicherweise auch für die Kriegspläne einen weiteren Spielraum geschaffen. Man hätte dann militärisch vielleicht noch mehr in der Hinterhand bleiben können, als es ohnehin geschah. Mit der militärischen wäre auch unsere politische Stellung stärker geworden, und die Arbeit der Diplomaten hätte sich entsprechend vereinfacht. Daß dieser Vorteil ihnen versagt blieb, war nicht Schuld des Generalstabes.

Der politischen Leitung waren die militärischen Notwendigkeiten kein Geheimnis. Sie war in der Lage, von langer Hand alle für den Augenblick des Eintritts solcher Notwendigkeiten wünschenswerten diplomatischen Schachzüge eingehend zu erwägen und vorzubereiten. Die unglückliche Lösung der Frage der Kriegserklärungen wäre dann vielleicht vermieden worden. Die oft aufgestellte Behauptung, daß die Kriegserklärungen eine zwangsläufige Folge der militärischen Pläne gewesen seien, kann nicht aufrechterhalten werden. Vom militärischen Standpunkt aus gesehen, war weder die Kriegserklärung an Rußland noch die an Frankreich erforderlich. Auch der Durchmarsch durch Belgien zwang nicht zur Kriegserklärung an Frankreich. Gerade hierauf hat Generaloberst v. Moltke den Reichskanzler noch am 2. August ausdrücklich aufmerksam gemacht[1]). An Belgien selbst ist bekanntlich überhaupt keine Kriegserklärung abgegeben worden.

Fälle, wie die anfangs gekennzeichneten, daß nämlich in gespannter Lage die Politik schließlich durch militärische Notwendigkeiten bestimmt wird, hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es stets wieder geben. Mit der Entwicklung der Technik — in des Wortes weitester Bedeutung — sind solche Erscheinungen nicht zu begründen, wenn diese auch das ganze Räderwerk der politischen wie der militärischen Maßnahmen vielfach kompliziert und die Zeit für die Entschlußfassung gelegentlich einschränkt, oft aber auch ausdehnt. Die Gründe für den Einfluß militärischer Bedürfnisse auf die Politik liegen tiefer: Staat und Politik sind auf Macht gegründet, und diese verkörpert sich letzten Endes in Heer und Flotte. Wie sollte es da anders sein, als daß in Zeiten bestehender Kriegsgefahr die Frage des Einsatzes dieser Machtmittel auch die Politik selbst beeinflußt? Um so zwingender aber drängt sich die Notwendigkeit auf, daß der Staatsmann, ähnlich wie der Feldherr, alle in den Tagen einer Kriegsgefahr möglichen Lagen schon in ruhigen Zeiten nach jeder Richtung geprüft und alle dann etwa nötig werdenden politischen Schritte vorbereitet hat. Engstes Zusammenarbeiten und tiefinneres Verstehen der politischen und militärischen Spitze des Staates sind dazu unerläßlich. Clausewitz sagt: „Wo der Staatsmann und der Soldat nicht in einer Person vereinigt sind, bleibt nur ein gutes Mittel übrig, nämlich den obersten Feldherrn zum Mitglied des Kabinetts zu machen, damit er in den wichtigsten Momenten an dessen Beratungen und Beschlüssen teilnehme."

In Deutschland hat sich die Staatsleitung bis zum Beginn des Krieges den vom Generalstabschef vorgebrachten militärischen Notwendigkeiten — abgesehen allerdings von der

[1]) Wolfgang Foerster, „Graf Schlieffen und der Weltkrieg", S. 28.]

Frage der Rüstungen vor dem Kriege, und das war eine der wichtigsten — nicht verschlossen. Soweit daraus eine Abhängigkeit von militärischen Plänen entstanden ist, waren diese Pläne doch Fleisch von ihrem Fleisch, waren gerade der Ausfluß ihrer Politik. Die Abhängigkeit ist also nur eine scheinbare gewesen. Letzten Endes hatte doch die Staatsleitung selbst diese Kriegspläne als das Werkzeug ihrer Politik, der großen Gesamtlage entsprechend, durch den Generalstabschef bereitlegen lassen, um sie bei Bedarf zu gebrauchen. Daß man das Werkzeug nachher nicht jeder Augenblicksschwankung der politischen Lage entsprechend abändern konnte, ist zuzugeben, war im Sommer 1914 aber vielleicht gar nicht einmal so schlecht.

In Frankreich lagen die Verhältnisse nicht anders als in Deutschland, doch haben dort Staatsleitung wie Volk der Rüstungsfrage ganz andere Liebe entgegengebracht als bei uns. Der Ausführung der militärischen Kriegspläne ist keinerlei Hindernis entstanden. Daß, politischen Erwägungen nachgebend, der Befehl erteilt wurde, den Grenzschutz vorübergehend 10 km ins Innere zurückzuziehen, war doch nur eine schöne und — soweit sie überhaupt ausgeführt wurde — militärisch ungefährliche Geste.

Für Rußland lag die Schwierigkeit einer doppelten Bearbeitung der Mobilmachung für den Krieg gegen Österreich-Ungarn oder gegen Deutschland oder gegen beide zugleich vor allem darin, daß in jedem Falle das Generalgouvernement Warschau mit einbezogen werden mußte und dadurch sofort auch eine Bedrohung desjenigen Nachbarstaates ergeben hätte, mit dem man keinen Krieg haben wollte, der aber nach der politischen Gesamtlage solche Bedrohung nicht ruhig mit ansehen konnte. So wird man auch hier nicht sagen können, daß die Politik tatsächlich durch unnötige Starrheit der militärischen Kriegsvorarbeiten festgelegt worden sei.

In Österreich-Ungarn waren dagegen nicht weniger als drei verschiedene Aufmärsche (Rußland, Balkan, Italien), zum Teil noch ergänzt durch ein oder mehrere Varianten, vorbereitet. Hier hat dann aber der Generalstabschef nicht vermocht, sich zu solcher Klarheit über die große europäische Lage durchzuringen, daß er dem Staatsmann im entscheidenden Augenblick die Unmöglichkeit des großen Aufmarsches gegen Serbien vor Augen halten konnte. Das hat für den späteren Aufmarsch gegen Rußland empfindlichen Zeitverlust zur Folge gehabt und ist mit als ein wesentlicher Grund anzusehen für die schweren Mißerfolge des verbündeten Heeres bei Feldzugsbeginn, von denen es sich nie wieder ganz erholt hat. Man wird an das alte Moltke-Wort erinnert: „Fehler in der ursprünglichen Versammlung der Heere sind im ganzen Verlauf der Feldzüge kaum wieder gut zu machen."

An solcher Wahrheit kann auch der Staatsmann nicht vorüber. Gewiß ist der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das setzt aber voraus, daß die Politik der Eigenart dieses Mittels, die sich in den Kriegsplänen verkörpert, Rechnung trägt, solange diese Pläne auf richtiger, auch bei Kriegsausbruch noch gültiger politischer Voraussetzung aufgebaut sind. Es bedarf gewiß auch dann noch — zumal bei einer in jeder Hinsicht so einzig schwierigen Lage, wie es die der Mittelmächte 1914 war — der Meisterhand des Staatsmannes, um der Anwendung der militärischen Pläne den Weg zu bereiten. Wo diese Hand fehlt, kann allerdings schließlich der Eindruck entstehen, daß der Kriegsplan der Politik das Gesetz vorschreibe.

Der „Times"-Herausgeber und die Tschechen

Ein Mann, der unter unseren Gegnern während des Krieges mit größter Zielbewußtheit auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns hingearbeitet hat, ist der Engländer H. Wickham Steed, der langjährige Herausgeber des Londoner Weltblattes „The Times", dessen Außenpolitik er in einer Weise geleitet hat, die mehrmals auch die Politik Englands entscheidend beeinflußte. Steed hat kürzlich seine Erinnerungen unter dem Titel „Durch 30 Jahre" erscheinen lassen (Through Thirty Years, London 1924, Verlag W. Heinemann, Bd. I, 412 S., Bd. II, 418 S.). In ihnen behandelt er mit größter Ausführlichkeit die im Kriege akut gewordenen Fragen der Donaumonarchie, besonders die tschechische und südslawische.

Das erstemal ist Steed mit Tschechen bei seinem Aufenthalt in Paris im November 1893 zusammengetroffen. Anläßlich einer Feier elsässischer Vereine gelobten dort tschechische Studenten, im baldigen Kampfe gegen die deutschen Barbaren unter Frankreichs Fahnen zu kämpfen (Bd. I, S. 43, 44). Als dann Steed 1902 Vertreter der „Times" in Wien geworden war, hat er, der ein scharfer Gegner des Deutschtums war und gegen Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Franz Joseph eine lebhafte Abneigung empfand, mit fast allen Führern der nichtdeutschen Völker und der Oppositionsparteien in Österreich-Ungarn Verbindung aufgenommen, darunter mit den Tschechen Masaryk und Kramař. Mit beiden nahm er 1912 an dem großen slawischen Sokolfest in Prag teil. Damals sagte er bereits zu Kramař während des

Vorbeizuges der 35 000 Sokoln: „Das sind keine Turner, das ist eine Armee", und erhielt zur Antwort: „Ja, mit eigenen Waffen würden sie in einem europäischen Kriege mitzählen." Besonders prägte sich Steed der Gesang des deutschfeindlichen Liedes „Hei Slovane" ein (Bd. I, S. 359).

In dem Thronfolger Franz Ferdinand sah Steed nur ein blindes Werkzeug Kaiser Wilhelms, in seiner Ermordung eine Tat der österreichischen, unter deutschem Einfluß stehenden Kriegspartei. Um Deutschland auf die Kniee zu zwingen, arbeitete Steed daher im Kriege auf die völlige Vernichtung des Habsburgerreiches hin. Sofort nach Ausbruch des Kampfes trat er für die Bildung von Nationalkomitees der nichtdeutschen Völker der Doppelmonarchie in London ein. Als erstes von ihnen wurde das tschechische unter Sykora und Kopecky ins Leben gerufen. Die Versammlungen fanden nachts bei Steed im Gebäude der „Times" statt. Mitte September ließ Masaryk Steed durch Voska, einen amerikanischen Staatsangehörigen, ersuchen, für die Möglichkeit des Überlaufens tschechischer Truppen zu sorgen. Steed ließ Masaryk nach Prag den Rat zukommen, die Tschechen sollten nachts in den Gräben das Lied „Hei Slovane" singen; gleichzeitig benachrichtigte er das russische Armeeoberkommando. So sind ganze tschechische Regimenter mit dem in Rußland verbotenenen Liede übergelaufen. Ende Oktober 1914 traf Masaryk in Rotterdam mit Steeds Abgesandten Professor Seton-Watson zusammen, wobei gemeinsame politische Richtlinien festgelegt wurden. Auch sorgte Steed für die Aufnahme von Tschechen ins englische Heer. 1915 war Masaryk zumeist in London, Beneš kam oft von Paris herüber. Ausserdem hatte Steed noch Verbindung mit Kramař in Prag, wie der verstorbene österreichische Nationalrat Dr. Friedrich Wichtl in seinem auf Grund der Akten des Hochverratsprozesses gegen Kramař verfaßten Buch „Dr. Karl Kramař, der Anstifter des Weltkrieges" (München-Wien 1918, 2. Aufl. Der Besitz dieses Buches wird in der Tschechoslowakei schwer bestraft) überzeugend nachgewiesen hat. Kramař stand stand schon seit 1902 mit der „Times" in Fühlung, wurde 1906 mit Steed eng befreundet und hat stark auf dessen, im April 1914 in Österreich-Ungarn beschlagnahmtes Buch „Die Habsburger Monarchie" (The Habsburg Monarchy) eingewirkt. Im Februar 1915 brachte die „Times" eine Reihe gutunterrichteter Aufsätze aus Böhmen, z. B. mit Nachrichten über das Überlaufen tschechischer Truppen, deren tschechischer Urtext — bei Kramař gefunden wurde (Wichtl S. 46 ff.). Über diese Dinge freilich schweigt sich Steed in seinen Erinnerungen bezeichnender Weise aus.

Für den 6. Juli 1915 lud Steed zu einer Feier des tschechischen Nationalhelden Huß in London ein. Bald darauf erwirkte er für Masaryk die Möglichkeit, an der Londoner Universität Vorlesungen über die slawischen Völker zu halten. Im April 1916 gab er in der „Edinburgh Review" ein Friedensprogramm bekannt, das einen unabhängigen Tschechenstaat, gebildet aus Böhmen, Mähren und der Slowakei, vorsah (Bd. II, S. 94). Im Oktober desselben Jahres gründete er mit Masaryk eine Wochenschrift „Das neue Europa" (New Europe), welche die Zertrümmerung Österreich-Ungarns forderte, als die Staatsmänner der Entente seine Umwandlung in einen Bundesstaat noch für genügend hielten. Steed vertrat diese Forderung auch gegenüber Lloyd George und Balfour, er arbeitete im März 1918 den Pakt von Rom der „unterdrückten Völker Österreichs-Ungarn" mit aus und betätigte sich für den folgenden Kongreß im April. Auch die großzügige Propaganda an der italienischen Front — im Oktober allein wurden 5360000 Flugblätter den österreichisch-ungarischen Truppen zugeworfen — war größtenteils Steeds Werk. Am 27. Oktober erklärten die Tschechen ihre Unabhängigkeit, Steeds Ziel war erreicht und wurde durch den „Frieden" von St. Germain bekräftigt.

München Adolf Dresler.

Der tschechische Verrat an Rußland

Bekanntlich gehörte die Befreiung Böhmens von der österreichischen Herrschaft zu den russischen Kriegszielen. Petersburg war seit 1914 der Mittelpunkt einer großzügigen Wühlarbeit tschechischer Komitees. Noch im 1. Kriegsmonat wurde in Kiew eine 1000 Mann starke tschechische Hilfstruppe unter dem Titel Česka Družina gebildet, die sich Ende 1915 zu einem Schützenregiment ausgewachsen hatte. Ostern 1916 wurde bereits die Aufstellung einer tschechischen Brigade beschlossen. Das österreichische Armeeoberkommando hat diese Vorgänge ebenso wie die verräterischen Umtriebe der Tschechen in Heimat und Etappe von Anfang an aufmerksam verfolgt und am 21. Mai 1915 bekanntlich auch Dr. Kramař als Haupträdelsführer verhaftet. Das gesamte zur Kenntnis der österreichischen Behörden gelangte Material wurde später in einem dicken Bande „Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg" (2. Aufl. Wien 1918, im Selbstverlag des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Hans Schürff) gesammelt. Heute nun wird in dem Buche des ehemaligen russischen General-

leutnants von Sakharow, „Das weiße Sibirien" (soeben in Übersetzung im Verlag A. Laubereau, München, erschienen) die sehr ungenaue Behauptung aufgestellt, die erste tschechische Division sei 1916 aus Flüchtlingen und Auswanderern, die zweite 1917 aus Kriegsgefangenen gebildet worden. Es sei unrichtig, daß sich die tschechischen Truppen in der österreichischen Armee freiwillig und ohne Kampf ergeben hätten, und daß sogar ganze Regimenter übergelaufen seien. Durch das dokumentarische Material der angeführten österreichischen Veröffentlichung, beispielsweise den Bericht über die Auflösung der Infanterie-Regimenter 28 und 36, ist diese Ansicht Sakharows längst widerlegt. Überdies haben wir gerade jetzt durch die Erinnerungen Steeds neue Aufschlüsse über die planmäßige Organisation der tschechischen Fahnenflucht erhalten[1]). Offensichtlich sucht der alte russische Frontoffizier das Eingeständnis einer Waffenbrüderschaft mit Deserteuren zu vermeiden, um nicht die letzten Reste eines ehedem starken Glaubens an das Heldentum der Tschechen preiszugeben. Denn daß die tschechischen Legionäre nach dem Ausbruch der russischen Revolution an seinem Vaterlande ebenso Verrat übten, wie vordem an Österreich-Ungarn, das hat von Sakharow selbst zu seinem bittersten Schmerz erfahren müssen und aus diesem schweren Erlebnis ist sein Erinnerungsbuch erwachsen. Es bringt die erste zusammenfassende Darstellung über den russischen Bürgerkrieg von 1918—1920, klärt die verhältnismäßig wenigen bisher bekannten Geschehnisse nach Ursache und Zusammenhang und gibt darüber hinaus eine Menge von bisher noch ganz unbekanntem Material.

Die Tschechen hatten nach der Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Bolschewiken und dem deutschen Hauptquartier allen Grund zu fürchten, daß sie an die deutschösterreichischen Behörden ausgeliefert und für ihren Landesverrat bestraft werden würden. Sie beschlossen zunächst über Sibirien nach der Westfront zu gehen, änderten aber ihre Absicht, als die Aufrufe der Alliierten zur Bildung einer neuen Ostfront gegen Deutschland und die Bolschewiken unter der russischen nationalen Fahne ergingen. Sie beteiligten sich dann an der Befreiung Sibiriens durch die Weiße Garde im Sommer 1918 und an der Bildung der neuen Wolgafront. Besonders schwere Kämpfe hatten sie nach der ausdrücklichen Versicherung von Sakharows nirgends zu bestehen. So kam es, daß die Agitation russischer und tschechischer Sozialisten den Zusammenhalt der Truppe in kurzer Zeit vollständig untergrub. Mit der verhängnisvollen Gehorsamsverweigerung gegenüber dem tapferen russischen Oberst Kappel im September 1918 begann der zweite große Verrat der Tschechen an ihren russischen Bundesgenossen. Mordend und plündernd und mit dem Diebsgut schachernd ergossen sich die zügellosen Horden — etwa 50000 Mann — in die Etappe. Die alliierten Missionen sahen untätig zu und überhörten geflissentlich die immer dringender gestellte Forderung nach dem Abtransport. Daß sie gewisse geheime Ziele verfolgten, hatte Admiral Koltschak, das Oberhaupt der nationalen russischen Regierung, schon im Oktober 1918 erkannt. Es ist sehr wohl glaublich, daß sie auch das entscheidende geheime Abkommen kannten, in dem die Tschechen gegen das Ausfuhrrecht für die Millionen-Beute den Sozial-Revolutionären ihre Hilfe bei der Niederwerfung Koltschaks zusicherten. Mit Unterstützung des tschechischen Stabes in Wladiwostok begann der Aufstand, mit der Auslieferung Koltschaks an die Sozial-Revolutionäre und mit dem Sturz seiner Regierung im Dezember 1919 kam er zu einem raschen und überraschenden Ende. Alle Gegenmaßnahmen der geschlagenen Weißen Armee schlugen fehl, auch Koltschak konnte nicht befreit werden und wurde am 7. Februar 1920 erschossen. Unaufhaltsam rückten die Bolschewiken vor. Daß die Tschechen die endlosen Flüchtlingskolonnen noch der letzten Hilfsmittel beraubten, ihnen die Züge nahmen und die unglücklichen Opfer ihres Treubruchs schutzlos den Feinden überließen, daß sie an ihren alten Bundesgenossen bis zuletzt Verrat übten und beispielsweise den General Wolkow mit seiner Abteilung auslieferten, daß sie schließlich im besten Einvernehmen mit den Bolschewiken gemästet und mit dem gestohlenen Gut beladen nach Wladiwostok kamen, das alles vervollständigt die Liste der Heldentaten dieser tschechischen Kulturträger in würdiger Weise. Ohne den Verrat der Tschechen, meint Sakharow, „lebte heute noch Admiral Koltschak, bestände heute noch seine Armee, und man kann glauben, sie hätte das heilige, vielgeprüfte Rußland aus den blutigen Klammern der Internationale befreit" (S. 273). Rußland aber werde die Völker der Tschechoslowakei fragen müssen, „wie sie die Judasse und Verräter empfingen, und was sie zu tun beabsichtigen, um die Rußland zugefügten Leiden gutzumachen" (S. 286).

München. Arthur Hübscher.

[1]) Vgl. den vorstehenden Aufsatz von Adolf Dresler.

Zu dem Aufsatz „Eine Fälschung"

Zu dem im Februar-Heft 1925 der Südd. Monatshefte „Überseedeutsche", S. 60 ff., abgedruckten Aufsatz: „Eine Fälschung" sendet uns das „Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M." folgende Berichtigung:

„Die Mitteilung, daß das Sozialwissenschaftliche Institut in Frankfurt a. M. (richtig: Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M.) im Verein mit dem Marx-Engels-Institut in Moskau am Frankfurter Platze einen Verlag errichtete, ist in jedem Worte unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß weder das Institut für Sozialforschung, dem ich vorstehe, noch ich selbst, allein oder in Gemeinschaft mit wem immer, irgendeinen Verlag gegründet haben, noch auch zu gründen gedenken. gez. Dr. Carl Grünberg."

Auf unsere Rückfrage hin teilt uns der Verfasser des Aufsatzes folgendes mit:

Die Mitteilung im Februar-Heft 1925, daß sich das „Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M." mit dem „Marx-Engels-Institut" in Moskau an einem neuen Verlag beteilige, geschah auf Grund einer Äußerung, die der Leiter des Marx-Engels-Institutes in Moskau, D. N. Rjasanow (D. Goldendach) — als einer der Hauptbeteiligten — einem Geschäftsfreunde gegenüber tat, um zu begründen, daß das Moskauer Institut in Zukunft Erwerbungen neuer deutscher Verlagswerke nicht mehr durch den deutschen Sortimentsbuchhandel, sondern, um den Verlegerrabatt zu genießen, durch den fraglichen neuen Verlag aufgeben werde. Die Nachricht, daß das Institut in Frankfurt und das in Moskau, bzw. ihre Leiter, gemeinsam an der Herausgabe der Gesamtwerke Marxens und Engels tätig sind, und daß Ausländer diese deutsche Neuausgabe besorgen, was die Hauptsache an der Nachricht war, ist durch die Berichtigung überhaupt nicht berührt worden. E. E. C. D.

Colin Roß

Herr Colin Roß bittet uns zur Richtigstellung der in unserem Februarheft „Überseedeutsche" S. 39 enthaltenen Bemerkung, er sei „in Chile wegen bolschewistischer Propaganda eingelocht worden," folgendes Schreiben zu veröffentlichen:

„Ich bescheinige, daß Mitte des Jahres 1920 der deutsche Staatsbürger Herr Colin Roß, wegen bolschewistischer Propaganda denunziert wurde, daß aber die Untersuchung des Falles durch die Nachforschungen der unterzeichneten Sektion ergaben, daß Herr Roß keinerlei Lehren propagierte, die mit der Ordnung oder dem herrschenden Regiment unvereinbar sind und daß sein Vortrag sich darauf beschränkte, die gegenwärtige Lage in Deutschland zu schildern. Ich stelle das vorliegende Zeugnis auf Wunsch des Interessenten aus und für die Zwecke, die ihm genehm erscheinen.

Santiago, den 19. Januar 1921 Die Polizei von Santiago — Sicherheitsabteilung
Der Subpräfekt: Jefe."

Bücher

Bücher über die Tschechoslowakei

Ein Tschechoslowakisches Jahrbuch 1924, herausgegeben von Dr. Julius Luebeck, Syndikus, München, ist bei der Verlags-A.-G. Richard Pflaum, München erschienen. Es gehört in die Reihe jener in Deutschland herausgekommenen Bücher, die von ganz falschen Voraussetzungen ausgehen und nur den Zweck haben, das staatspolitische Denken in Deutschland über das volkliche zu stellen. Es mag ja tiefinnerliche Überzeugung des Herausgebers sein, daß das „Nachbarvolk" sich auch „auf dem Gebiete der Politik" Deutschland am besten über die wirtschaftlichen Beziehungen nähern wird; aber, indem er dies feststellt, drückt er — bewußt oder unbewußt (je nach seinen ethnographischen Kenntnissen) — vor den volkspolitischen Tatsachen der Tschechoslowakei die Augen zu und wird dadurch zu irrealen Sätzen verführt, wie: „Je besser wir. . . . unterrichtet sind, um so mehr wird sich das Verständnis für die Lebenserfordernisse im ‚Nachbarvolke' durchsetzen". Es genügt nicht anzunehmen, daß Dr. Luebeck über die wirklichen nationalen Verhältnisse der Tschechoslowakei nichts weiß, sondern es ist notwendig vorauszusetzen, daß er zur Vereinfachung seiner Konstruktion einer deutsch-tschechoslowakischen Handelskammer die Dinge bei uns einfach nicht sehen will.

Der bewegende Gedanke dieses Buches ist also jenes Bestreben reichsdeutscher Kreise, wie bisher Staat und Volk (in beiden Staaten) als eins zu betrachten und das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen nicht mehr zu sehen. Darin ist Dr. Luebeck durchaus einer Meinung mit der tschechoslowakischen Propaganda.

Die Sudetendeutschen stören die wirtschaftlichen Gesichtspunkte gewiß nicht. Aber in der Tschechoslowakei sind solche nicht maßgebend. Das Aktivum Deutschlands im Handel mit der Tschechoslowakei in der Höhe von 7 Milliarden tschechischen Kronen (1920—23) wäre undenkbar und unhaltbar, wenn die Tschechoslowakei nicht eben naturnotwendig gehalten wäre, diesen Zustand in Kauf zu nehmen.

Zu den einzelnen Aufsätzen nur einige kurze Bemerkungen: Ein ganz propagandistisch gehaltener, mit Ziffern jonglierender und auch sonst irreführender Beitrag ist der Aufsatz von Dr. Rudolf Stranský, „Aufgaben und Charakter einer Fürsorge für („die" fehlt) Entwicklung des Schulwesens". Nur ein Beweis! Ohne Lehrerbildungsanstalten führt er für 1918 116 tschechische und 93 deutsche Mittelschulen in Böhmen, Mähren und Schlesien an. Nach Dr. Oberschalls „Das deutsche und tschechische Schulwesen", Verlag der Arbeitsstelle, Prag, lauten diese Ziffern: 127 tschechische und 108 deutsche Staats- und Privatmittelschulen. Für 1921 führt Dr. Stranský 238 tschechische und slowakische, 115 deutsche, 7 ruthenische, 7 ungarische und 1 polnische Mittelschule an. Seine Angaben können wir nur nach Nr. 7 und 8 des Jahrganges 1922 der „Mitteilungen des Staatsamtes" vergleichen und kommen zu dem Ergebnis, daß (einschließlich der Lehrerbildungsanstalten) zu Beginn des Schuljahres 1921/22 bereits 241 (davon 46 Privat-) tschechische und slowakische, 114 (23) deutsche, 6 (1) ungarische, 8 (1) ruthenische und 1 (1) polnische Mittelschulen gezählt wurden. Zählen wir von den 114 deutschen Mittelschulen 16 Lehrerbildungsanstalten ab, so ergeben sich 98 deutsche Staats- und Privatmittelschulen oder 78 Staatsmittelschulen. Es ist also Dr. Stranský mit diesem Zahlenspiel gelungen, dem uninformierten Leser einen Zuwachs von 22 deutschen Mittelschulen vorzuspiegeln, während eine Abnahme schon im Jahre 1921 und noch mehr heute festgestellt werden muß. Ähnlich macht es auch Ingenieur Trzický in seinem Aufsatz „Die Bodenreform". Da er aber mit dem kühnen Satz schließt: „Anders lautende Mitteilungen sind nur auf bewußte Unwahrheit und Unkenntnis der Sachlage zurückzuführen", bleibt uns nur übrig, zu warten, wie über unsere „Unwahrheiten" und die „unwahren" Gutachten ausländischer Gelehrter das internationale Forum entscheidet. Dr. Gustav Peters.

In der Nár. Listy unterzieht Dr. F. Pelikán ein tschechisches Buch von O. Vočádlo: „In babylonischer Gefangenschaft, Deutsche Einflüsse auf uns", einer Besprechung. Pelikán meint, daß die materielle und politische Unabhängigkeit der Tschechen erst durch ihre kulturelle Freiheit ihren höheren Sinn und ihre höhere Bedeutung erlangt. Der Umsturz sei nur eine Vorbereitung zur Schaffung eines neuen Kulturtypus des tschechischen Menschen, der sich vom frivolen Wiener genau so wie „vom gewalttätigen und sentimentalen deutschen Michel" völlig unterscheide. Das tschechische Volk stehe vor einem Scheideweg: Soll es sich der Kultur des Westens oder der des Ostens zuwenden? Diese Frage beantwortet der Anglizist Vočádlo in seinem Buch. Er tritt ebenso wie seinerzeit Palacký der „Legende" vom kulturellen Parasitentum der Tschechen entgegen, indem er behauptet, der Einfluß der Deutschen auf die Tschechen habe sich stets nur auf eine Vermittelung beschränkt. Man könne die deutschen „Kolonisten" in Böhmen und Mähren mit den flämischen Webern vergleichen, welche den Wohlstand Englands begründet haben. Aber das glücklichere England habe es verstanden, nach dem Tod Eduards VI. diese im fremden Land reich gewordenen Ausländer aus religiösen Gründen auszuweisen, und habe daher heute keine Minderheitenfragen. Die Tendenz des Buches Vočádlos geht dahin, die junge tschechische Generation unter den Einfluß der englischen Kultur zu bringen. Mindestens zwei Generationen hindurch solle die tschechische Intelligenz ganz dem Deutschtum aus dem Wege gehen und alles Deutsche vermeiden. Noch immer drohen deutsche Einflüsse in bezug auf Stil, Tendenz zur Sozialisierung, „Mangel an Inspiration", ja auch „Rohheit der Sitten". Es sei kein Zufall, daß das tschechische Schimpfwörterbuch ausschließlich deutsch ist (Lump, Gauner usw.).

Man sieht, daß es Vočádlo nicht gelingt, den deutschen Einfluß auf die tschechische Kultur überall wegzuleugnen. Schon der Titel seines Buches spricht dafür, daß er ihn im Grunde für stärker hält, als er dann wirklich zugeben will. Aber in seiner Verkleinerungssucht verläßt er den Weg wissenschaftlicher Objektivität und wahrheitsgetreuer Beobachtung. Er bringt es z. B. fertig, die Kultur des deutschen Mittelalters einfach auf französische Rechnung zu schreiben. Übrigens ist die kulturelle Beeinflussung eines Volkes durch ein anderes nicht ausschließlich das Ergebnis bewußter, freiwilliger Wahl auf Grund von Sympathien. Geographische, geschichtliche und andere Verhältnisse üben auf diese Entwicklung oft einen unwiderstehlichen Zwang, der stärker ist, als aus theoretischen Erwägungen oder Sympathien abgeleitete Wünsche. Darum wird es dem tschechischen Volk auch stets unmöglich bleiben, sich dem Kultureinfluß des deutschen Volkes, das jenes räumlich um schließt und zum Teil durchsetzt, zu entziehen.

Einen brauchbaren Überblick über die „Literaturgeschichte der Tschechoslowaken, Südslawen und Bulgaren“ gibt Josef Leo Seifert im Rahmen der bekannten Sammlung Kösel (Verlag Kösel und Pustet, München). Für den tschechischen Teil hat Arne Nováks umfangreichere Darstellung anregend gewirkt, im ganzen aber ist der Abriß um so mehr als selbständige Leistung zu bewerten, als für die Literaturgeschichte der kleinen slawischen Völker großenteils noch die notwendigsten Vorarbeiten fehlen. So beruht der Hauptwert des Buches in der Kennzeichnung der wichtigsten Persönlichkeiten und Tendenzen.

Der Weiße Ritter-Verlag in Potsdam eröffnet soeben eine Sammlung „Die Grenzlandbücherei“. Als erster Band ist „Der Sudetendeutsche“ von Emil Lehmann erschienen, ein übersichtliches und innerhalb des schon zahlreichen Schrifttums über die Sudetendeutschen beachtenswertes Werk. Auf genaue Erforschung der geschichtlichen, volkskundlichen und kulturellen Zusammenhänge gründet es eine Gesamtbetrachtung, die man um so dankbarer hinnehmen wird, als sich der Reichsdeutsche immer noch mit wenigen, ganz allgemeinen und oft falschen Vorstellungen vom sudetendeutschen Leben zu begnügen pflegt. Man darf wünschen, daß sich auch eine zweite, im Weißen Ritter-Verlag erscheinende Sammlung von Märchen- und Sagenbänden, die einstweilen mit einer schönen Auslese von „Sachsenmärchen aus Siebenbürgen“ begonnen hat, bald dem Sudetendeutschtum zuwende und uns die reiche und doch kaum bekannte Welt des böhmischen Märchens erschließe.

Unter Beteiligung von namhaften grenzdeutschen Führern bringt der Verlag Englert und Schlosser, Frankfurt a. M., ein Handbuch „Deutsche Politik“ in Lieferungen heraus. Die soeben erschienene zweite Lieferung nimmt den „Kampf um den deutschen Volksboden“ zum Gegenstand. Sie unterrichtet über die deutsche Kolonisation im Osten und Südosten, über den Kampf um die deutsche Westmark, über die Nordmark und Südtirol. Einen Aufsatz über „Das Deutschtum in der Tschechoslowakei“ hat der Mitarbeiter des vorliegenden Hefts, Senator Franz Jesser, beigesteuert.

Eindrücke von seiner letzten Fahrt in die Tschechei faßt Ludwig Finckh in einem liebenswürdigen Skizzenbuch „Sudetendeutsche Streife“ (Dresden, Falkenverlag 1924) zusammen. Es kann wohl dazu beitragen, die Anschauungen über das deutsche Volkstum jenseits der Grenzen und die besonderen, schwierigen Verhältnisse, mit denen es zu kämpfen hat, zu klären.

A. H.

Neuerscheinungen

Gottfried Kellers Leben, Briefe und Tagebücher, auf Grund der Biographie Jakob Baechtolds dargestellt und herausgegeben von Emil Ermatinger. Dritter Band. Die 5. und 6. Auflage dieses wichtigsten Werkes der gesamten Literatur über den Dichter ist in Band II der Briefe vor allem durch Aufnahme der Briefe an Paul Heyse stark vermehrt worden (geheftet 12 M.). Der genaue Wiederabdruck war um so notwendiger, als die Veröffentlichung durch Kalbeck viele störende Druckfehler aufwies. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß Kellers Briefe nicht nur eine unentbehrliche Ergänzung zu seinen Werken sind, sondern ein Schatz für sich. Die drei Bände sind vom Verlag Cotta in einer Weise ausgestattet worden, die des großen Dichters würdig ist.

Aus den Briefen und Tagebüchern Gottfried Kellers hat Wilhelm Langewiesche-Brandt eine Auswahl gemacht, ein Dutzend der schönsten Gedichte dazu. Wer seine Droste kennt, seine Goethe-Briefe („Alles um Liebe “und„ Vom tätigen Leben“) wird diesen Band nicht minder lieben. Selbst, wer den 3bändigen Ermatinger besitzt, wird Langewiesches meisterhafte Auswahl nicht missen wollen (kart. M. 3, in Ganzleinen M. 5).

Adalbert Stifter: Betrachtungen und Bilder (Amalthea-Verlag). Eine Auswahl der so gut wie unbekannten Prosa Stifters, darunter Stücke ersten Ranges, wie die Selbstbiographie (Bruchstück), die Sonnenfinsternis, das reizende Fragment „Weihnacht“, Betrachtungen über Kunst und Dichtung. Die 12 Bilderbeilagen nach Originalgemälden von Stifter zeigen ihn als Maler von Eigenart und hohem Wollen.

Die ausdrücklich auch für jüngere Leser bestimmte Auswahl aus Goethe für Schule und Haus (Verlag Herder & Co., 3 Bände, je M. 4,50) erschien in 5. Auflage. Sie enthält Gedichte und Diwan in Auswahl, Reineke Fuchs, Hermann und Dorothea, Achilleis, Werthers Leiden, Götz, Egmont, Iphigenie, Tasso und Faust (gekürzt), dazu Lebensbeschreibung, Einleitungen und Anmerkungen.

Rosenheim

Josef Hofmiller.

Kleine Tatsachen und Gedanken

Das Ehrengrab
der am 4. März 1919 in Kaaden an der Eger für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen gefallenen Opfer: Kinder, Mädchen, Frauen, Bürger, alte Leute.

Prag

Erinnerungen und Tagebuchblätter

Naß und kalt waren die Maitage. In den uralten Gassen mit den dunklen düsteren Lauben lag es wie namenloses Grauen. Der Hunger? Nein! Die Not? Nein! Der Tod? Nein! Das Gespenst der Meuterei schlug die lautlose Trommel, pochte und grollte, rollte die wilde Fahne zügelloserer Leidenschaft auf vor den Massen.

Ein Feldgeneral ist eingetroffen. Ein Mann, der im Isonzosturm hart geworden, der seine Regimenter durch die Bergtäler hinaus in die italienische Ebene zum Siege führte. Er wird unnachgiebig sein! Ausnahmebestimmungen! Feldregimenter rücken ein. Madjaren, irgendwoher aus den Schützengräben geholt, wilde Gestalten mit Not und Tod in Bruderschaft.

Die Lieder sind lange tot in der Stadt. Nun jubelt ein Marsch durch die Straßen. Ein deutsches Regiment. Ein deutsches Lied: „In der Heimat, in der Heimat . . .“ Reiter, Maschinengewehrkarren, Bagagewagen. Ein ganzes Feldheer ist da.

Sie bauen im Fackelschein am Hradschiner Burgberg Drahtverhaue, Maschinengewehrstellungen werden ausgeworfen, an beherrschenden Punkten der Stadt. Tag und Nacht stehen Wachen am Verhau. Patrouillen streifen, Reiter spähen. Sie schützen den Rücken der Front gegen Verrat.

Ein gnadenloser Sommer. Hunger! Hunger! Fanatismus! Geflüster: Paris! Geflüster: Sibirien! Geflüster: Verrat! Verrat! Maschinengewehre an den Brücken, auf den Türmen, Halbkompagnien als Wachen, Bataillone abgetreten in den Straßen um Gewehrpyramiden und dampfende Feldküchen.

Herr General, werden Sie halten können? Er ist bleich und alt geworden! Im Septembernebel reitet er unsere Front ab, schaut jedem fragend ins Auge: Bist du noch treu?

Heute nacht sind wieder Soldaten gekommen. Es war kein Lied mehr bei ihnen. Sie marschierten mit geladenen Gewehren, gesichert, wie im Feindesland. Das Glockenspiel von Loretto ist tonlos geworden. Wir hören es jede Nacht singen. Leise. Es ist ein deutsches Lied. Aus fernen Zeiten, an die niemand mehr denkt!

Sind wir die letzten Deutschen, die hier stehen werden? Ein Schuß durch die Nacht. Dann mehrere. Ein Signal. Ein paar harte, klingende Befehle. Wir starren hinaus in die tote Nacht, die keine Antwort geben kann auf unser Fragen. Irgendwo Geflüster: Paris! Geflüster: Sie sind bereit in Sibirien.

Aufruhr in Fiume! Kroatische Soldaten haben den Bahnhof besetzt! Durazzo geräumt! Vorfeldgefechte bei Lille! In unserem Bataillon Deutsche, Madjaren, Tschechen, Polen, Italiener, Kroaten — — —. Sie stehen noch zusammen, gefügt durch jahrelange Kameradschaft.

Herr General, wir warten auf den Schußbefehl! Noch kein Alarm? Herr General! — Ein alter Mann kommt aus der Stadt heraus. Er trägt auf seiner Schulter ein Stück eines zertrümmerten Doppeladlers. Es wird ein gutes Feuer werden!

Ein Schrei! Herr General! —

Der Posten steht ruhig und sieht dem Alten nach. Patronen im Lauf, Patronen in den Ledertaschen! Wozu?

Die Nacht ist voll Nebel. Wir schlafen nicht. Mit müdem Schritt gehen die Wachen. Wir wissen nun alles: Es ist aus! Wir liegen angezogen auf den Betten und warten und würgen Schreie der Not, der Wut, der Verzweiflung in uns hinein. Wir wissen: Es — ist —aus! —

Ein kalter Morgen. Es gibt keine österreich-ungarische Armee mehr! Unten tost die Stadt im Freiheitsrausch. Das Bataillon ist zerbrochen. Nationen stehen einander gegenüber! Alles ist sinnlos geworden. Alarm! Ein Befehl des neuen Staates. Dann hebt sich die Hand des Offiziers: „Kinder, jetzt macht mir noch einmal eine recht schöne Defilierung!“

Die letzten deutschen Kommandos. Das Echo vom Dom zurück! „Tambour vor!“ „1. Bataillon Vergatterung!“ Ein Aufschrei in uns. „Defilierung, Bataillon links schaut!“

Jetzt sind wir nochmals eins. Nur Soldaten! Soldaten, die die Jahrhundert alten Zeichen österreich-deutscher Arbeit und Siege tragen! Eine unsichtbare Fahne fliegt vor uns auf. Die Fahne, die den Hunnen und Türken vor Wien Halt gebot, die Fahnen vom Marchfeld, von Belgrad, die Fahne von Aspern, vom Iselberg! Von Zenta, Custozza und Solferino, die Fahne von Lissa!

Klingende Stimmen in uns! „Prinz Eugen der edle Ritter“ ... Kommando „Direktion der 3. Baum rechts“. Ein Singen in uns: „Radetzky — — —“, Kommando: „Baon marsch“! Ein Schritt hart, dröhnend! „Wer will mit nach Italien ziehn — —“, „Deutschmeister“ ..., „Andreas Hofer“ ..., „Kaiserjäger — — — —“. Märsche aus tausend Schlachten, Signale aus tausend Gefechten —. „O du mein Österreich — — — “.

Wie eine Säule steht der Reiteroffizier! Der Säbel blitzt grüßend. Haarscharf ist die Front. Tränen in allen Augen und Würgen in allen Kehlen! Wie ein Schrei: „Leb' wohl, du — du — Kamerad!“

Die Fahne ist für immer eingezogen, der Trommelwirbel ist tot. „Abtreten!“ Aus! Wir sind keine Soldaten mehr! Es gibt keine österreichische Armee mehr!

Unten ziehen Haufen von Burschen und Männern, teils in alten österreichischen Uniformen zur Vereidigung auf den tschechoslowakischen Staat zur Sofien-Insel und singen siegestrunken: „Kde domov můy“.

Wir reißen die Gewehre aus den Ständern und zerschlagen sie an den Stufen und Steinen. In allen Öfen lodern Feuer. Wir verbrennen Schmuck und Bilder der Stuben, Zeichen, die an die deutsche Vergangenheit erinnern! Wir stopfen unsere Rucksäcke mit dem wenigen Eigenen, das wir besitzen; dann hocken wir still und dumpf drüben in den Stuben, bis es Nacht wird. Dann reisen wir. Durch die jubelnde, im Freiheitsrausch aufgepeitschte Stadt. Unser Schritt ist müde, unsere Herzen sind leer. Zehntausende in allen Straßen. Alle Häuser mit vielen Fahnen, Teppichen und brennenden Kerzen, die das Bild Wilsons umgeben. Aus allen Vororten singende Massen in scharfem Gleichschritt zur inneren Stadt. Sokoln, die Falkenfeder an der Mütze, zu Pferd und zu Fuß halten die Ordnung aufrecht.

Manchmal ein banges Fragen in den Straßen. Ein scheues Aufblicken zu den finsteren Silhouetten des Hradschin, die hart in den vergehenden Tag hineingreifen. Dort liegen noch ungarische Verbände in sicheren Stellungen! Oder sind sie auch schon verraten, zerbrochen, verlaufen? Wir haben den Boden verloren. Über den Graben her kommt ein großer geschlossener Zug mit Musik, Fahnen; Offiziere, Soldaten, Bauern mit ihren Frauen in tschechischer Tracht, die höchsten Beamten im tosenden Jubel von Zehntausenden.

Zehntausende füllen den „Wenzels Platz". Vor der „Goldenen Gans", der Hochburg tschechischer Wühl- und Aufstandsarbeit, eine überreich geschmückte Linde, das tschechische Nationalsymbol. Irgendwo spricht einer. Heiß, fanatisch, mit hetzender Leidenschaft. Und dann, von einer Orgel begleitet, aufrauschend, ein Sturm, heilig wie ein Choral, dankend wie Krieger, singend nach siegreichen Schlachten. „Kde domov můy . . ."

Wir sind am Bahnhof. Er ist besetzt. Sokoln. Nationalarmee, Legionäre. Wir sitzen in den Wagen, die finster und kalt sind. Stundenlang. Und keiner hat ein Wort. Nur ein Schmerz in Seele und Herz: Geschlagen!

Fremde Soldaten durchwühlen unser Gepäck. Sie beschlagnahmen unsere Säbel, unsere Dolche. Wir springen auf: „Nein!" Es steht in dem Stahl: „Getreu bis in den Tod . . ." Der Wagen ist sofort umringt. Pistolen, aufgepflanzte Bajonette, schußbereite Gewehre —. Geschlagen!

Tot liegt der Bahnhof. Wir sind bewacht. Einmal werden wir reisen in dieser Nacht. In die Heimat, dahin und dorthin. Wir brüten. Geschlagen! Geschlagen? Nein! — Wir brüten stundenlang und reichen uns dann die Hände, wortlos mit freien, klaren, bestimmten Augen: „Du Bruder, wir kommen wieder!" Und in unser Händereichen senken sich Burschenfäuste der Jugend, die einst vertrieben von den hohen deutschen Schulen Prags: „Ihr Brüder, wir kommen wieder. . ."

Friedrich Heiß.

Wieder einmal Miss Cavell

Nachdem die deutschfeindliche Auslandspresse, die jahrelang die kriegsgerichtliche Verurteilung und Erschießung der Miß Cavell wegen Spionage in völlig entstellender gehässiger Weise gegen Deutschland ausgenutzt hat, wegen Übersättigung ihrer Leserschaft zur Zeit nicht mehr von dieser Sache spricht, bekommen es deutsche Blätter fertig, sie wieder an die Öffentlichkeit zu zerren und damit wieder neue Angriffspunkte gegen Deutschland zu bieten.

Herr Regierungsrat Dr. v. Böhm fühlt sich berufen, in der „Allgemeinen Rundschau" über „Selbsterlebtes aus dem Kriege" zu berichten und darin ausführlich die Vorgänge vor der Vollstreckung jenes Urteils zu schildern. Dabei erhebt er schwere Vorwürfe gegen den Gerichtsherrn des damaligen Feldgerichts des Gouvernements Brüssel, der einen bedauerlichen Mangel an politischem Empfinden gezeigt und durch den überschnellen Vollzug des Vollstreckungsbefehls der eigentliche Urheber des ganzen politischen Feldzugs gegen Deutschland in der Miß-Cavell-Frage gewesen sei.

Sachlich sei hierauf zum soundsovielten Male festgestellt, daß Miß Cavell als Leiterin eines Lazaretts in Brüssel, nach ihrem eigenen Eingeständnis — nicht wie Regierungsrat Dr. v. Böhm behauptet, daß „sie jede Schuld energisch bestritten hätte" — mindestens 200 englische, französische und belgische Soldaten, die hinter der deutschen Front versprengt waren, verborgen gehalten, verpflegt und für ihre sichere Führung an die holländische Grenze gesorgt hat, so daß sie über Holland ihre Armeen erreichen konnten.

Das Todesurteil wurde in dem damaligen, ordnungsmäßig zusammengesetzten Gericht einstimmig ausgesprochen und vom Gerichtsherrn bestätigt. Daß Letzterer im Rahmen des Möglichen Milde walten zu lassen geneigt war, ergibt sich daraus, daß er für eine zweite zum Tode verurteilte Frau, Elsa de Belleville ein Gnadengesuch einreichte und erwirkte.

Jede Wiederzuführung von neuen Kräften mußte entsprechende Verluste auf deutscher Seite zu Folge haben. Sich hiergegen zu schützen war selbstverständliche Pflicht gegen die eigenen Soldaten. Mit Rücksicht auf den überaus großen Umfang der damals in Belgien tätigen Spionageorganisationen, denen es nach dem Urteil eines belgischen Offiziers gelungen ist, etwa 20000 wehrfähige Belgier, Franzosen und Engländer den feindlichen Fronten wieder zuzuführen, mußte energisch durchgegriffen und das schärfste Abschreckungsmittel in Anwendung gebracht werden, um diese Art der Spionage, die den deutschen Truppen schwere Verluste beibrachte, zu unterbinden. Die völkerrechtlich durchaus gerechtfertigte Verurteilung und Erschießung der Miß Cavell hat zwar gegen Deutschland eine ungerechtfertigte propagandistische Hetze sondergleichen hervorgerufen, deutsche Soldaten wurden dadurch aber am Leben erhalten, weil mit der Erschießung der Miß Cavell die in Belgien tätigen Organisationen zur Stärkung der feindlichen Front gesprengt und unschädlich gemacht wurden. Jede Nachsicht wäre unweigerlich als Schwäche ausgelegt worden und hätte keinen Erfolg gehabt.

Im übrigen haben die Franzosen sich nicht gescheut, im Kriege mindestens 6 Frauen, wovon drei Deutsche, zwei Französinnen und eine Holländerin waren, und die Belgier mindestens eine Frau (Belgierin) wegen weniger schwerer Spionage erschießen lassen, ohne daß sich in England nur eine Stimme hiergegen erhoben hätte.

Berlin Alfons Fonck.

Redaktionell abgeschlossen am 21. März 1925.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. — Druck- und Buchbinderarbeiten: R. Oldenbourg, München. — Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Die Menschheitsbeglücker

Das für den unbefangenen und ungelehrten Beurteiler einleuchtendste Argument gegen Deutschlands Schuld am Kriege liegt in der Frage: Was sollte Deutschland von einem Kriege erhoffen?

Irgendwelche Kriegsziele hatte das deutsche Volk nicht und auch von Einzelpersonen sind sie nicht bekannt geworden. Wenn es einen Offizier gegeben hat, der den Besitz von Belfort zur Verteidigung gegen französische Angriffe für wünschenswert hielt, so hat es gewiß nicht einen einzigen Offizier gegeben, der einen Weltkrieg zu führen wünschte, um Belfort zu erobern.

In Deutschland sind Kriegsziele erst während des Krieges entstanden. In einer Lage, die das ganze Volk als Überfall eines Schlafenden empfand, wurde man sich plötzlich der furchtbaren Gefahren der geographischen Lage bewußt. Auch die an den Sieg glaubten, glauben nicht, daß ein zweites Mal in gleicher Lage diese Grenzen mit Blut gehalten werden könnten. Für andere brachte der Krieg die Erkenntnis von der furchtbaren Bedrohung des Deutschtums und der deutschen Kultur außerhalb der Reichsgrenzen. Sie wollten der feindlichen Parole „Vernichtung des Deutschtums" als unsere Parole entgegensetzen: Vereinigung aller Deutschen.

Aber auch nur für das angrenzende und verbündete Österreich hatte niemand den Mut, dieser Parole zum Sieg zu verhelfen, kaum jemand den Mut, einen Plan zur Erhaltung des Deutschtums gegenüber den vordringenden anderen Nationen der österreichischen Monarchie zu fassen.

So stehen unsere Staatsmänner in einer Anklage auf Mord des Weltfriedens vor den Assisen der Welt auch von dieser Seite her glänzend da: sie können erweisen, daß ihnen jeder Antrieb zu solcher Tat fehlte, von der sie alles zu fürchten, nichts zu hoffen hatten.

Weniger günstig wäre ihre Lage vor einem Gerichtshof für den die Erhaltung des Deutschen Reichs und des Deutschtums oberstes Gesetz wäre.

Umgekehrt bei den feindlichen Staatsmännern. Wir sehen sie in den folgenden Urkunden[1]) am Werk, wie sie ohne jede andere Rücksicht die Belange ihres Landes verfolgen. Um diese zu fördern sind ihnen alle Mittel recht. Sie verschachern Länder und Völker, um Bundesgenossen für ihre nationalen Ziele zu erwerben, und wo sie Versprechungen machen, die sich widersprechen, bauen sie darauf, daß sie am Schluß die Macht haben werden, Unzufriedenen den Mund zu stopfen. So ist es denn auch in Versailles gemacht worden. Und das Ganze nannte man Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Der Hergang ist alt. Die Kabinettspolitik früherer Jahrhunderte hat nach den gleichen Grundsätzen Kriege entfesselt und Kriege geführt. Neu ist die Etikette. Wir sind Friedrich Stieve dankbar, daß er unseren Lesern eine Flasche des Gifttrankes vorsetzt, der nachher die schöne Etikette erhalten hat: aqua vitae.

[1]) Die Urkunden sind entnommen einem demnächst auf Veranlassung des Deutschen Auswärtigen Amtes bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin erscheinenden Werk „Iswolski im Weltkriege" von Friedrich Stieve. Dieses Werk ist die Fortsetzung des Briefwechsels von Iswolski aus den Jahren 1911—1914, den Stieve im Vorjahr, gleichfalls im amtlichen Auftrag und im gleichen Verlag herausgegeben und erläutert und für unsere Leser im Oktoberheft 1924 „Der Weg Iswolskis zum Weltkrieg" kurz zusammengefaßt hat.

Die Kriegsziele der Entente

Das neue Material, das wir hier vorlegen können, behandelt naturgemäß wie der gesamte diplomatische Schriftwechsel Iswolskis vor Ausbruch des Weltkrieges in erster Linie die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland. Es wirft also vornehmlich auf die Bestrebungen dieser beiden Länder ein aufklärendes Licht. Man kann freilich auch hier nicht sagen, daß die Geheimnisse restlos enthüllt werden, denn dafür klaffen in der Folge der Dokumente viel zu große Lücken. Wir bewegen uns an der Hand der veröffentlichten Schriftstücke gleichsam in einem dunklen Raum, in dem hier und dort ein Licht entzündet wird, das uns die sonst noch verborgene Umgebung ahnen läßt. Versuchen wir nun zusammenzustellen, was uns die Dokumente über die Kriegsziele verraten, die man in Paris und Petersburg verfolgte! Es ist klar, daß gerade daraus am deutlichsten zu ersehen ist, in welchem Geiste dortselbst das große europäische Ringen geleitet wurde. Dabei wird aber auch Licht fallen auf die Kriegsziele, mit denen man Bundesgenossen warb.

Betrachten wir zunächst die französische Seite!

Am 5. August, also zwei Tage nach der deutschen Kriegserklärung an Frankreich, depeschierte Iswolski an seinen Außenminister, die Regierung der Republik sei damit einverstanden, daß Rußland mit Italien über den Anschluß an die Ententemächte verhandle, und auch damit, daß Italien beim Friedensschluß das Trentinum und Valona erhalte. Bei letzterem Punkt findet sich jedoch der Zusatz „ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen", und Iswolski bemerkt hierzu in dem erwähnten Telegramm: „Auf meine Frage, was die Wendung ‚ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen, bedeute, antwortete Doumergue, daß sie Elsaß-Lothringen betrifft, dessen Rückgabe an Frankreich in jedem Fall sichergestellt werden muß." Die Erklärung des französischen Außenministers ist nach den einleitenden Worten der Depesche auf Grund einer Besprechung der Frage mit Poincaré, dem Präsidenten der Republik, und Viviani, dem Ministerpräsidenten, abgegeben worden (1).[1]) In einem Telegramm vom 7. August meldet dann Iswolski noch den Vorschlag Doumergues, „die Klausel von den nationalen Wünschen Frankreichs auf die gleichen Wünsche Rußlands und Englands auszudehnen".(2). Wir können somit beweisen, daß man in Paris von Anfang des Weltkrieges an die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen anstrebte, daß also schon in der ersten Stunde der angebliche Verteidigungskrieg ein Krieg um Gebietserweiterung war.

Am 27. September beauftragt Sasonow seinen Botschafter an der Seine, er solle „gelegentlich persönlich von sich aus" festzustellen versuchen, „welches die Forderungen Frankreichs sein werden" (7). Iswolski führt den Auftrag aus und hat, wie er am 13. Oktober 1914 meldet, Gelegenheit gehabt, mit Delcassé, dem Nachfolger Doumergues auf dem französischen Außenministerposten, zu sprechen. Dieser macht zwar den Vorbehalt, „daß es zur Zeit zu früh sei, ‚den Pelz des Bären zu verkaufen', und daß er bislang jede Erörterung dieses Gegenstandes mit seinen Kollegen vermieden habe"; er gibt aber die Nützlichkeit rechtzeitiger Klarstellung zwischen den Verbündeten zu und ist davon überzeugt, „daß dabei zwischen Rußland, Frankreich und England keinerlei Meinungsverschiedenheiten entstehen könnten". Dann heißt es wörtlich weiter:

„Er selbst (Delcassé) habe sehr oft und ganz offen mit Ihnen (Sasonow) gesprochen und sich von der Gleichheit der sowohl von Frankreich als auch von Rußland verfolgten Ziele überzeugen können. Für sich selbst strebe Frankreich in Europa keinerlei Landerwerbungen an, mit Ausnahme selbstverständlich der

[1]) Die in Klammern beigefügten Ziffern bezeichnen die Nummern der betreffenden Schriftstücke unter den nachfolgenden Dokumenten.

Rückgabe von Elsaß-Lothringen In Afrika strebe es ebenfalls nach keinen neuen Eroberungen und begnüge sich mit der Vernichtung der letzten Überreste der Algecirasakte und der Regulierung einzelner kolonialer Grenzen. Ferner sei das Hauptziel Frankreichs — und darin seien alle drei verbündeten Mächte vollkommen solidarisch — die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Es sei notwendig, es so einzurichten, daß die einzelnen deutschen Staaten daran selbst interessiert sein werden. Über die Einzelheiten der künftigen Gestaltung Deutschlands zu reden, sei noch zu früh" (8).

Ein weiteres Telegramm Iswolskis fügt dann noch erläuternd hinzu: „Dabei bat Delcassé, indem er sich auf die Verhandlungen berief, die 1913 in Petersburg stattgefunden haben, eindringlich, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs die gleichen geblieben sind, mit Ausnahme des unumgänglichen Wunsches, die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umstandes wird von der sich ergebenden Konjunktur diktiert, insbesondere durch den Eintritt Englands in den Krieg, und die französische Regierung besteht auf der Erreichung dieses Zieles, da sie der Ansicht ist, daß das in gleicher Weise nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Staaten und sogar für die ganze Welt wichtig ist"(9).

Die angeführten Stellen sind — das lehrt der erste Blick — in mehrfacher Hinsicht überaus aufschlußreich. Zunächst erfahren wir, daß Delcassé bereits im Jahre 1913 „sehr oft und ganz offen" mit dem russischen Außenminister über die Kriegsziele Frankreichs und Rußlands gesprochen hat. Bekanntlich war er damals als Nachfolger von Georges Louis der Botschafter der Republik in Petersburg. Schon zu jener Zeit, als die Großmächte unseres Kontinents noch in Frieden miteinander lebten, nahm man sich also in Frankreich vor, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern! Damit gelangen wir über unsere erste Feststellung hinaus zu dem Schluß, daß der Kampf, zu dem man im Sommer 1914 angeblich durch den deutschen Angriff gezwungen wurde, lange bevor er ausgebrochen war, ins Auge gefaßt, und zwar als ein Kampf um Landerwerb ins Auge gefaßt war. Nun, während die Waffen gekreuzt wurden, und angesichts der Tatsache, daß man sich der Hilfe Großbritanniens erfreuen konnte, ging man noch einen erheblichen Schritt weiter. Das Hauptziel wurde jetzt, nach der ersten der von uns herangezogenen Depeschen, „die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens", was sich mit dem im zweiten Telegramm geäußerten „unumgänglichen Wunsch" deckt, „die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands zu vernichten". Wie man dabei zu verfahren gedachte, wird ziemlich klar angedeutet. Denn wenn erklärt wird, man müsse es „so einrichten, daß die einzelnen deutschen Staaten daran selbst interessiert sein werden", und wenn im Anschluß an „die künftige Gestaltung Deutschlands" in dem ersten unserer Dokumente davon die Rede ist, daß England „wahrscheinlich die Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers fordern" werde und Dänemark Schleswig-Holstein erhalten müsse (8), so begegnet uns hier schon in großen Umrissen der Plan einer Zerlegung des Deutschen Reiches in seine Bestandteile, d. h. einer vollkommenen Zertrümmerung, der bis in die jüngste Vergangenheit hinein eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat.

Nunmehr hören wir längere Zeit wieder nichts. Wir können nur aus einem Schriftstück vom 12. Februar 1917, auf das wir gleich näher zu sprechen kommen, ersehen, daß am 9. März 1916 ein Telegramm der russischen Regierung „Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenzen Deutschlands" zugestanden hat (19). Damit betreten wir einen Weg, der tatsächlich zu festen Abmachungen hinsichtlich der Kriegsziele zwischen Rußland und Frankreich geführt hat.

Nach eben jenem Dokument vom 12. Februar 1917 machte Doumergue auf einer Audienz beim Zaren dem Kaiser „Mitteilung von dem Wunsche Frankreichs, sich nach der Beendigung des jetzigen Krieges die Rückgabe Elsaß-Lothringens und eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern, ferner die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland zu erreichen und diese auf einer besonderen Grundlage zu organisieren, damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen einen deutschen Einfall bildet" (19).

In einer Note des russischen Außenministers Sasonow an den französischen Botschafter in Petersburg vom 14. Februar 1917 wurden dann die französischen Forderungen folgendermaßen festgesetzt:

„1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.

2. Die Grenzen (dieses Gebiets) werden mindestens bis zum Umfange des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzusetzen, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers dem französischen Territorium einverleibt wird.

3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, sollen von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden.

4. Die linksrheinischen Gebiete, die dem Bestand des französischen Territoriums nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und solange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen und Garantien erfüllt haben werden, die im Friedensvertrage angeführt sein werden" (21).

Diese Abmachungen sind ein Akkord aus all den Tönen, die wir bisher anklingen hörten. An der Spitze steht Elsaß-Lothringen, dessen Grenzen nicht etwa nach den Wünschen oder Bedürfnissen der Bewohner, sondern nach den wirtschaftlichen und militärischen Interessen Frankreichs bestimmt werden sollen. Dann kommt der Plan der Zertrümmerung des Deutschen Reiches an die Reihe, wenigstens soweit Frankreich ihn von sich aus durchzuführen vermag; die linksrheinischen Gebiete sollen losgelöst und in ein wirtschaftlich und politisch autonomes neutrales Staatswesen verwandelt werden. Die wahren Absichten treten demnach in nackter Deutlichkeit zutage: Weitestgehendste Schwächung des Gegners, vereinigt mit möglichster Ausdehnung des eigenen Gebietes und der eigenen Einflußsphäre: das war das Ziel, das sich Frankreich zu sichern versuchte.

Und Rußland? Lautet hier die Antwort ebenso klar? Sehen wir wieder, was uns die Urkunden erzählen!

Am 10. August bespricht nach einer Depesche Iswolskis der Gehilfe des politischen Direktors im Pariser Außenministerium, Herr Ponceau, mit dem russischen Botschaftsrat die Haltung der Türkei. Der Franzose meint, die Pforte stehe in erster Linie unter dem Eindruck des Glaubens an den deutschen Sieg und der Angst vor russischen Absichten auf die Meerenge von Konstantinopel. Dann heißt es wörtlich: „Ponceau nimmt an, daß man einerseits in Konstantinopel die Lage im wahren Lichte darstellen müsse, um zu zeigen, daß alle Chancen auf seiten der Triple-Entente sind, daß man aber andererseits die Türken beruhigen solle, indem man ihnen einige Garantien bezüglich unserer (der russischen) Absichten gibt." Der Gegensatz zwischen der aufrichtig gemeinten Schilderung der Gesamtlage und den zweifellos nicht ernst gemeinten Versicherungen hinsichtlich der Dardanellen, der aus diesem Satze spricht, ist äußerst kennzeichnend. Die tatsächliche Stellungnahme geht aus dem Schluß des Telegramms hervor, wonach der gleiche Ponceau zu verstehen gab, „es wäre (angesichts der Siegesaussichten) vielleicht vorteilhafter, die Türkei in das Lager unserer Gegner hineinzuziehen, um auf diese Weise mit ihr ein Ende zu machen" (4). Eine Drahtnachricht Is-

wolskis vom folgenden Tage meldet ergänzend, auch der französische Außenminister Doumergue rate eine Beruhigung der Pforte durch eine Garantie für die Integrität ihrer Gebiete, was jedoch Rußland nicht hindern würde, die Frage der Meerengen bei Beendigung des Krieges nach seinem Sinne zu entscheiden (5). Aus diesen Schriftstücken erhellt sofort, daß man an der Seine von Anfang des Weltkrieges an mit dem Wunsch des Zarenreiches nach Eroberung der Dardanellen als mit einer gegebenen Tatsache rechnete. Hier haben wir also das Gegenstück zu Elsaß-Lothringen, das nationale Ziel der slawischen Großmacht.

Für unseren Zusammenhang ist es demnach von größter Wichtigkeit, daß in einem Brief des damaligen russischen Gesandten in Serbien, Trubezkoi an Iswolski vom 2. September 1915 ein „politisches Abkommen" zwischen dem Zarenreich und seinen Bundesgenossen genannt wird, „das nach Friedensschluß das Recht auf den endgültigen Besitz Konstantinopels zuerkennt" (19 und 14). Damit konnte man also in Petersburg das eine, von Anfang an verfolgte russische Hauptziel als gesichert ansehen.

Doch die slawische Großmacht strebte weit mehr an. Ihre Pläne richteten sich nicht nur gegen die Türkei, sondern in noch umfassenderem Maße gegen Österreich-Ungarn. Mit großer Freigebigkeit wurden gleich bei Beginn des europäischen Zusammenstoßes Teile der Donaumonarchie an Rumänien und Italien ausgeboten, um die beiden Staaten zu Mitkämpfern zu gewinnen. Mit der Zeit wuchsen dann diese Lockbissen zu ganz beträchtlichem Umfang an. Schon daraus erhellt die Absicht einer weitgehenden Verkleinerung der Habsburger Lande. Wir werden aber gleich feststellen müssen, daß man bei dem Gedanken an eine solche Verkleinerung nicht haltmachte, sondern viel weiter ging.

In den Telegrammen vom 13. Oktober 1914, in denen Iswolski von seinen Gesprächen mit Delcassé über die französischen Kriegsziele berichtet, findet sich auch eine eingehende Stelle, die „die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie" behandelt. Der russische Diplomat beklagt zunächst, daß diese Frage die Franzosen „weit weniger als das Schicksal des Deutschen Reiches" interessiere, ja er spricht sogar von „gewissen Sympathien", die in Paris und noch mehr in London für Österreich-Ungarn bestehen. Dann fährt er wörtlich fort: „Daher erscheint es mir überaus erwünscht, rechtzeitig und vollkommen bestimmt sowohl das Pariser als auch das Londoner Kabinett mit unseren Ansichten über diese Frage bekanntzumachen. Wenn ich meine persönliche Meinung sage, so lasse ich keine Gelegenheit vorübergehen, um hier auf die Notwendigkeit hinzuweisen, der Habsburger Monarchie ein Ende zu bereiten, da sie einen vollkommenen Anachronismus darstellt, und die zu ihrem Bestande gehörigen Völkerschaften, mit Ausnahme der Polen, zu einer selbständigen politischen Existenz aufzufordern. Dabei taucht unfehlbar eine ganze Reihe im höchsten Grade komplizierter politischer, geographischer und ethnographischer Fragen auf, über die man hier sehr wenig, in vielen Fällen aber falsch unterrichtet ist. Eine und vielleicht die wichtigste dieser Fragen ist der künftige Bestand des serbischen Königreichs. Ich bemühe mich, hier den Gedanken an einen einheitlichen und starken serbo-kroatischen Staat mit Einschluß Istriens und Dalmatiens in ihn als ein notwendiges Gegengewicht gegen Italien, Ungarn und Rumänien zu verbreiten. Zu diesem Zwecke habe ich Delcassé den hier eingetroffenen bekannten serbisch-kroatischen Politiker, den ehemaligen Abgeordneten des ungarischen Abgeordnetenhauses, Supilo, einen eifrigen Vertreter dieses Gedankens, vorgestellt. Meine Beweisgründe bleiben augenscheinlich nicht ohne Eindruck auf Delcassé, doch ich halte es für überaus wünschenswert, ihn eingehend und in autoritativerer Weise mit unserem Plan für die künftige Gestaltung Österreich-Ungarns bekanntzumachen" (10).

Erkennen wir schon in diesen Ausführungen den ganzen Iswolski wieder, wie er uns aus seinem diplomatischen Schriftwechsel aus der Vorkriegszeit entgegentritt, so werden wir gleich darauf an eine seiner bekannten Arbeitsmethoden erinnert,

wenn wir erfahren, daß er bei Sasonow anfrägt, über welche Summe er verfügen könne, um seine Idee von der Zertrümmerung der Habsburger Monarchie propagieren zu können (11). Er denkt natürlich an eine ausgiebige Beeinflussung der französischen Presse, die er vor Ausbruch des Krieges so gerne durch das ‚klingende' Argument der Bestechung zu seiner Ansicht zu bekehren pflegte.

Seine eben wiedergegebenen Vorschläge verraten uns, daß er das Problem Österreich-Ungarn sehr eifrig und folgerichtig bis zum Ende durchgedacht hatte. Die einzelnen Völkerschaften sollen — mit Ausnahme der Polen — selbständig gemacht werden. Das bedeutete also die vollkommene Auflösung des alten Staates und die Errichtung von zahlreichen kleineren Ländern, unter denen besonders Serbien durch Vereinigung mit Kroatien und Ausdehnung an die Adria ein mächtiges Reich bilden sollte.

In der Folgezeit bemühte er sich rastlos, die Einzelheiten seines Planes einer Auflösung der Donaumonarchie zu empfehlen. Er läßt den kroatischen Politiker Supilo und den russischen Generalkonsul in Marseille, Salviati, umfangreiche Denkschriften ausarbeiten, die besonders für die Schaffung eines großserbischen Staates eintreten (15 a—15 f). Dieser Staat, der meist als Jugo-Slawien bezeichnet wird,soll alle südslawischen Provinzen Österreich-Ungarns umfassen. Hierzu gehören: Kroatien und Slawonien, Bosnien und die Herzegowina, Dalmatien mit allen Inseln im Adriatischen Meer, Istrien mit Goritza, die Krain, der südliche Teil von Kärnten und das südliche Steiermark. Die Vereinigung der genannten Gebiete zu einem Ganzen ist, wie Supilo ausführt, „nur mit Hilfe und unter dem Schutz unserer Schwestermacht, der großen russischen Nation, und unter der politischen Herrschaft Serbiens möglich". Und bei weiterer Verfolgung des hier angedeuteten Gedankens heißt es an anderer Stelle: „Als Rußland sich dem demütigenden und schmachvollen Angriff gegen Serbien widersetzte, hat es die Sache Serbiens zu der seinigen gemacht und sich mit Serbien identisch erklärt, indem es das ganze Gewicht seiner ungeheuren Macht für den Schutz der slawischen Interessen in die Wagschale warf. Demnach ist Serbien nur ein verschwindend kleiner Teil der Slawen, für die es im Augenblick des Angriffs eintrat. Wie in der Vergangenheit könnte Serbien kaum existieren, wenn zwei Drittel seiner Brüder unter fremder Herrschaft blieben und es nicht einen Zugang zum Adriatischen Meer erhielte. Es ist daher nur folgerichtig, daß Rußland in Erfüllung einer geschichtlichen Aufgabe die slawischen Gebiete, die noch unter fremdem Joch liegen, zusammenschließt. Nur auf diesem Wege kann auch die Zukunft Serbiens gesichert werden" (15a). Die zitierten Sätze sind im Original unterstrichen, und es ist leicht ersichtlich, warum der russische Botschafter in Paris, der die Denkschriften von Supilo und Salviati nicht nur nach Petersburg sandte, sondern auch der französischen Regierung überreichte, die darin zum Ausdruck gebrachten Grundsätze besonders hervorheben wollte. Enthalten sie doch ganz deutlich einen Teil des Programms für die Errichtung der russischen Hegemonie auf dem neuen Balkan, wie er auf den Trümmern der Habsburger Monarchie entstehen sollte.

Mit der Eroberung Konstantinopels und der Zertrümmerung Österreich-Ungarns sind aber die russischen Kriegsziele noch immer nicht erschöpft. Man führte in Petersburg auch Pläne gegen Deutschland im Schilde. Die Vermutung bestätigt sich, wenn wir die Abmachungen Rußlands mit Frankreich vom 11. März 1917 genau prüfen, durch die das Zarenreich dem westlichen Bundesgenossen Elsaß-Lothringen und das linksrheinische Gebiet zugestand. In der Notiz über diese Abmachungen im Geheimarchiv des russischen Außenministeriums heißt es: „Hierzu telegraphierte der Minister des Auswärtigen, N. N. Pokrowski, dem Botschafter in Paris, daß wir unsere Zustimmung zur Erfüllung der Wünsche unserer Verbündeten geben wollen, daß er es aber für seine Pflicht halte, den Standpunkt, den Sasonow bereits im Februar 1918 entwickelt habe, in Erinnerung zu bringen: Indem Rußland Frankreich und England völlig freie Hand bei Bestim-

mung der Westgrenze Deutschlands läßt, rechnet es darauf, daß die Verbündeten ihrerseits die gleiche Freiheit bei der Grenzführung mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen" (23). Man beabsichtigte somit, den Mittelmächten auch im Osten Gebiete abzunehmen, über deren Umfang wir allerdings nichts erfahren.

Nehmen wir alles zusammen, was uns die Dokumente über die Kriegsziele Frankreichs und Rußlands verraten, so kommen wir zu einem wahrhaft gigantischen Gesamtergebnis. Deutschland sollten auf beiden Flanken große Stücke seines Gebietes entrissen werden; darüber hinaus wurde die Vernichtung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht als unbedingt erforderlich angesehen und im Zusammenhang hiermit trug man sich zweifellos mit dem Gedanken, die Einheit des Deutschen Reiches weitgehend zu lockern. Österreich-Ungarn sollte zertrümmert werden, wobei gewisse Bestandteile der alten Monarchie dem Zarenreich, andere den Vasallenstaaten des Zarenreiches, besonders Serbien zugedacht werden, während der Rest teils selbständig werden, teils an Rumänien und Italien fallen sollte. Viel besser war auch das Los der Türkei nicht gedacht, denn hier wurde die Hauptstadt den Russen zugesprochen, was natürlich zur Auflösung des Ottomanischen Reiches führen mußte (16, 17). Wie wir im Laufe unserer Untersuchung feststellen konnten, reichen die Wurzeln zu diesen gewaltigen Plänen bis in die ersten Tage des Weltkrieges, ja mindestens bis in das Jahr 1913 zurück.

Da derartig umfassende Ziele den Staatsmännern der Ententemächte vorschwebten, nimmt es nicht wunder, wenn wir aus den Akten erfahren, daß diese Staatsmänner alles taten, um sich gegenseitig zum gemeinsamen Ausharren bis zum Ende zu verpflichten. Für Frankreich und Rußland bestand eine solche Bindung schon kraft des zwischen den zwei Ländern bestehenden Vertrages. Am 7. August regt Sasonow an, auch England aufzufordern, die Verhandlungen über den Frieden „nicht anders als gemeinsam und nach einer gemeinsamen Übereinkunft" zu führen (3). Auf der anderen Seite wies man, soweit die vorliegenden Schriftstücke darüber Aufschluß erteilen, alle Schritte neutraler Staaten, die eine Beendigung der Feindseligkeiten bezweckten, weit von sich ab. Nach einem Telegramm Iswolskis vom 11. September 1914 beauftragte der französische Außenminister Delcassé seinen Botschafter in Washington, dort zu erklären, Frankreich könne sich nur „ablehnend zu einem Versuche Deutschlands verhalten, eine Vermittlung der Vereinigten Staaten herbeizuführen, denn dieser Versuch weise entweder auf den Wunsch hin, die Sympathien der Amerikaner zu erwerben, oder auf die Ermüdung, die sich in Deutschland bemerkbar zu machen beginne" (6). Im November 1914 wird eine Anfrage Italiens von Sasonow dahin beantwortet, im gegenwärtigen Augenblicke könne eine Vermittlung nicht auf Erfolg rechnen, „da sich Deutschland kaum schon jetzt zu den Opfern bereit erklären würde, die allein imstande seien, die Erreichung des Hauptzieles der Verbündeten, und zwar die Unmöglichmachung einer Erneuerung des Krieges in nächster Zukunft, zu sichern" (12). Und Delcassé erwidert Tittoni, dem italienischen Botschafter in Paris, seine Anwesenheit im Kabinett bürge dafür, „daß Frankreich diesen Krieg zu Ende führen werde" (13). Beide Bescheide sind äußerst kennzeichnend und passen ganz in den Rahmen der oben entwickelten Absichten. Wir kennen die vom russischen Außenminister angedeuteten „Opfer", die man Deutschland aufzuerlegen wünschte, und verstehen, daß Berlin im November 1914 noch nicht zu ihnen reif sein konnte. Und wir wissen auch, was man in Paris mit der Führung des Krieges bis zum Ende meinte. Besonders interessant ist Sasonows Wendung, man strebe hauptsächlich „die Unmöglichmachung einer Erneuerung des Krieges in nächster Zukunft" an. Mit dieser Formel, durch die die Mittelmächte als die Friedensstörer hingestellt wurden, wollte man also schon damals die eigenen Eroberungen, die man sich vorgenommen hatte, als heilsame Taten im Dienste der Menschheit hinstellen. Hier haben wir zweifellos den letzten psychologischen Ursprung für die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands und seiner Bundesgenossen am Weltkrieg. Man mußte

den ungeheuren imperialistischen Zielen, die man sich gesetzt hatte, vor den Augen der Welt eine moralische Begründung geben, um sie den Völkern gegenüber irgendwie zu erklären. Wer auf Selbstbereicherung ausgeht, wird Beifall finden, sobald er seine Tat dahin umdeutet, daß er an einem angeblichen Bösewicht eine angeblich gerechte Strafe vollziehen müsse.

Wenn man angesichts der Aufschlüsse, die uns die neuen Dokumente vermitteln, an die wohlklingenden Reden denkt, mit denen führende Staatsmänner der Entente den Ausbruch des großen Blutvergießens begleiteten, so ist es einem wie Siegfried zumute, der nach dem Bade im Blut des Drachens die Stimmen der Waldvögel verstand. Am 4. August 1914 rief Raymond Poincaré in der französischen Kammer aus: Frankreich „repräsentiert heute abermals vor dem Universum die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Vernunft". Die Depeschen Iswolskis verraten uns, was der Präsident der Republik eigentlich mit diesen Worten sagen wollte. Rußland zog, wie versichert wurde, zum Schutz des kleinen Serbiens aus. Daß damit in Wirklichkeit die Vernichtung der Mittelmächte gemeint war, ist jetzt vollkommen klar erwiesen.

Der sog. Verteidigungskrieg gegen den deutschen „Angreifer" war tatsächlich ein Eroberungskrieg allergrößten Stiles, ein gewaltiger, konzentrischer Ansturm gegen das politische Gleichgewicht Europas, gegen den bestehenden Zustand, den status quo, dessen Bewahrung nur im Interesse der Mittelmächte lag. Die Rückschlüsse, die sich aus diesen einfachen Tatsachen auf die Beantwortung der Frage nach der Schuld am Kriege ziehen lassen, liegen auf der Hand. Wer von Anfang an bestimmte, und wie wir nunmehr sehen, geradezu umwälzende Pläne verfolgte, der mußte den Entschluß, das Schwert zu ziehen, bei weitem leichter fassen als jener andere, dessen Hauptaugenmerk auf die Erhaltung seiner Macht gerichtet war. Darum ist die Kenntnis der Kriegsziele von größter Wichtigkeit für die Erkenntnis der Kriegsursachen.

Dokumente

1.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 247 Paris, den 23. Juli/5. August 1914.

Erhielt die Telegramme Nr. 1657 und 1672.

Teilte ihren Inhalt sofort Doumergue mit, der nach Besprechung der Frage mit Poincaré und Viviani mir folgende Antwort gab:

„Die französische Regierung ist mit der Kaiserlichen Regierung einverstanden, daß unter Vermittlung Rußlands Verhandlungen auf Grund der durch den italienischen Botschafter in Petersburg Herrn Sasonow bekanntgegebenen Antworten nach Verständigung von seiten Frankreichs mit England fortgesetzt werden sollen. Wenn Italien in dem gegenwärtigen Krieg Rußland, England und Frankreich seine Unterstützung gewährt, würde die französische Regierung gern damit einverstanden sein, daß Italien bei Friedensschluß ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen Trentino und Valona erhält, wobei selbstverständlich Serbien und Griechenland ihrerseits territoriale Genugtuung an der adriatischen Küste erhalten."

Auf meine Frage, was die Wendung „ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen" bedeute, antwortete Doumergue, daß sie Elsaß und Lothringen betrifft, deren Rückgabe an Frankreich in jedem Falle sichergestellt werden muß.

Iswolski.

2.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 250 Paris, den 25. Juli/7. August 1914.

Cambon telegraphiert aus London, die englische Regierung habe ihm erklärt, daß sie die Grundlagen annehme, auf denen Sie Italien vorzuschlagen empfehlen, sich Rußland und Frankreich anzuschließen, wobei es nach Ansicht der genannten Regierung notwendig ist, Italien auch Triest zu versprechen. Nach Ansicht Greys müssen die Verhandlungen mit Italien durch Vermittlung Rußlands geführt werden. Doumergue telegraphierte Paléologue das endgültige Einverständnis der französischen Regierung, wobei er vorschlägt, die Klausel von den „nationalen Wünschen" Frankreichs auf die gleichen Wünsche Rußlands und Englands auszudehnen.

Iswolski.

3.

Der russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris

Nr. 1711 Petersburg, den 25. Juli/7. August 1914.

Höchst vertraulich.

Hält es der französische Minister des Äußern für möglich, kraft der engeren Beziehungen zwischen Frankreich und England letzteres zu bewegen, sich Frankreich und Rußland anzuschließen, damit, wenn die Zeit des Friedensschlusses kommt, die Verhandlungen über einen solchen, wie es von unserem Bündnisvertrage mit Frankreich vorgesehen wird, nicht anders als gemeinsam und nach einer gemeinsamen Übereinkunft zwischen Rußland, Frankreich und England geführt werden?

Kopie nach London.

Sasonow.

4.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 259 Paris, den 28. Juli/10. August 1914.

Im Privatgespräch mit dem Botschaftsrat äußerte der Gehilfe von Margerie, Ponceau, der mit den Jungtürken und ihren Ansichten gut bekannt ist, folgende Ansichten: Die Türken suchen keineswegs Abenteuer und streben nicht einen Triumph Deutschlands an, doch vielleicht befinden sie sich einerseits unter dem Einflusse der verstärkt von Deutschland verbreiteten Gerüchte über einen für letzteres günstigen Gang der Ereignisse und andererseits unter dem Drucke der Furcht, daß ein Sieg Rußlands über Deutschland zur Besitzergreifung der Meerengen durch uns führen könnte. Ponceau nimmt an, daß man einerseits in Konstantinopel die Lage im wahren Lichte darstellen müsse, um zu zeigen, daß alle Chancen auf seiten der Tripleentente sind, daß man aber andererseits die Türken beruhigen solle, indem man ihnen einige Garantien bezüglich unserer Absichten gibt. Übrigens ist man hier vom Siege so sehr überzeugt, daß Ponceau zu verstehen gab, es wäre vielleicht vorteilhafter, die Türkei in das Lager unserer Gegner hineinzuziehen, um auf diese Weise mit ihr ein Ende zu machen.

Iswolski.

5.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 264 Paris, den 29. Juli/11. August 1914.

Nehme Bezug auf mein Telegramm Nr. 259.

Im Gespräch mit mir bestätigte Doumergue die von Herrn Ponceau dem Gesandtschaftsrat gegenüber geäußerten Erwägungen, und zwar, daß die Türkei befürchte, wir würden die Sachlage und einen etwaigen Sieg über Österreich und Deutschland ausnutzen, um von Konstantinopel und den Meerengen Besitz zu ergreifen — und daß es sehr wünschenswert wäre, die Türkei in dieser Beziehung zu beruhigen, z. B. dadurch, daß wir ihr anbieten, die Integrität ihrer Gebiete zu garantieren. Nach Doumergues Meinung würde uns das nicht hindern, die Frage der Meerengen bei Beendigung des Krieges in unserem Sinne zu entscheiden.

Iswolski.

6.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 388 Bordeaux, den 29. August/11. September 1914.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 378.

(Ch. K.) Delcassé drahtete dem französischen Botschafter in Washington, Frankreich, das sich verpflichtet habe, keinen Sonderfrieden abzuschließen, könne sich seinerseits nur ablehnend zu dem Versuche Deutschlands verhalten, eine Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika herbeizuführen, denn dieser Versuch weise entweder auf den Wunsch hin, die Sympathien der Amerikaner zu erwerben, oder auf die Ermüdung, die sich in Deutschland bemerkbar zu machen beginne. Dem französischen Botschafter wird hierbei vorgeschrieben, einen möglichen Schritt des Präsidenten Wilson im erwähnten Sinne zu verhüten.

Abschriften nach London und Washington.

Iswolski.

7.

Der russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris

Nr. 2935 St. Petersburg, den 14./27. September 1914.

Persönlich. Sehr vertraulich.

(Ch. K. S.) In privaten Unterredungen mit mir und anderen Ministern berührte der französische Botschafter mitunter die Frage der Forderungen, die Rußland nach Beendigung des Krieges erheben kann. Aus sehr geheimer Quelle ist mir bekannt, daß er die diesbezüglichen ihm gegenüber geäußerten Gedanken seiner Regierung übermittelt hat. Ich würde es für nützlich halten, wenn Eure Exzellenz bei Gelegenheit persönlich von sich aus, und ohne das oben Dargelegte zu erwähnen, das Gespräch auf diese Frage brächten und festzustellen versuchten, welches die Forderungen Frankreichs sein werden.

Sasonow.

8.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 497 Bordeaux, den 30. September/13. Oktober 1914.

Beziehe mich auf Ihr Telegramm Nr. 2935.

Persönlich. Ich hatte Gelegenheit, persönlich von mir aus mit Delcassé über die darin berührte Frage zu sprechen. Delcassé machte den Vorbehalt, daß es zur Zeit noch zu früh sei, „den Pelz des Bären zu verkaufen", und daß er bislang jede Erörterung dieses Gegenstandes mit seinen Kollegen vermieden habe, gab aber zu, daß es nicht ohne Nutzen wäre, rechtzeitig die gemeinsamen Ansichten und Wünsche der Verbündeten klarzustellen. Er ist davon überzeugt, daß dabei zwischen Rußland, Frankreich und England keinerlei Meinungsverschiedenheiten entstehen könnten. Er selbst habe sehr oft und ganz offen mit Ihnen gesprochen und sich von der Gleichheit der sowohl von Frankreich als auch von Rußland verfolgten Ziele überzeugen können. Für sich selbst strebe Frankreich in Europa keinerlei Landerwerbungen an, mit Ausnahme selbstverständlich der Rückgabe von Elsaß-Lothringen. In Afrika strebe es ebenfalls nach keinen neuen Erwerbungen und begnüge sich mit der Vernichtung der letzten Überreste der Algecirasakte und der Regulierung einzelner kolonialer Grenzen. Ferner sei das Hauptziel Frankreichs — und darin seien alle drei verbündeten Mächte vollkommen solidarisch — die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Es ist notwendig, es so einzurichten, daß die einzelnen deutschen Staaten daran selbst interessiert sein werden. Über die Einzelheiten der künftigen Gestaltung Deutschlands zu reden, sei noch zu früh. England werde wahrscheinlich die Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers fordern, und dem werden natürlich weder Rußland noch Frankreich Hindernisse in den Weg legen. Schleswig und Holstein müßten zu Dänemark kommen, ungeachtet des zweideutigen Verhaltens der dänischen Regierung. England suche ebenfalls nach keinen Eroberungen in Europa, werde aber eine koloniale Erweiterung auf Kosten Deutschlands verlangen, wogegen Frankreich keinen Widerspruch erhebe. Was Rußland betrifft, so würden seine territorialen Forderungen in allgemeinen Zügen von selbst bestimmt, und Frankreich sei selbstverständlich von vorneherein mit ihnen einverstanden. Außerdem werde Rußland natürlich die Freiheit der Meerengen und in dieser Beziehung ausreichende Garantien verlangen, und hier werde Rußland weitgehende Unterstützung von seiten Frankreichs finden, das in dieser Frage einen für uns nützlichen Einfluß auf England ausüben könne. — Fortsetzung folgt.

Iswolski.

9.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 497 Paris, den 30. September/13. Oktober 1914.

(Fortsetzung.)

Persönlich. Höchst vertraulich.

Dabei bat Delcassé, indem er sich auf die Verhandlungen berief, die 1913 in Petersburg stattgefunden haben, eindringlich, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs die gleichen geblieben sind, mit Ausnahme des unumgänglichen Wunsches, die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umstandes wird von der sich ergebenden Konjunktur diktiert, insbesondere durch den Eintritt Englands in den Krieg, und die französische Regierung besteht auf der Erreichung dieses Zieles, da sie der Ansicht ist, daß das in gleicher Weise nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Staaten und sogar für die ganze Welt wichtig ist.

Iswolski.

10.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 498 Bordeaux, den 30. September/13. Oktober 1914.

Fortsetzung des Telegramms Nr. 497.

Am wenigsten bestimmt sprach sich Delcassé über die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Diese Frage interessiert die Franzosen weit weniger als das Schicksal des Deutschen Reiches. Außerdem muß man, obwohl Delcassé das Gegenteil versichert, im Auge behalten, daß unzweifelhaft gewisse Sympathien der Franzosen für Österreich-Ungarn bestehen, die auf der vollkommen falschen Vorstellung, als ob letzterem ein Streben nach Unabhängigkeit von Deutschland innewohne und auf den von ihm Frankreich in Algeciras geleisteten Diensten beruhen. Ebensolche Sympathien bestehen in noch weit stärkerem Maße in England, wovon unter anderem das letzte Blaubuch mit den Berichten Bunsens Zeugnis ablegt. Daher erscheint es mir überaus erwünscht, rechtzeitig und vollkommen bestimmt sowohl das Pariser als auch das Londoner Kabinett mit unseren Ansichten über diese Frage bekanntzumachen. Wenn ich meine persönliche Meinung sage, so lasse ich keine Gelegenheit vorübergehen, um hier auf die Notwendigkeit hinzuweisen, der Habsburger Monarchie ein Ende zu bereiten, da sie einen vollkommenen Anachronismus darstellt, und die zu ihrem Bestande gehörigen Völkerschaften, mit Ausnahme der Polen, zu einer selbständigen politischen Existenz aufzufordern. Dabei taucht unfehlbar eine ganze Reihe im höchsten Grade komplizierter politischer, geographischer und ethnographischer Fragen auf, über die man hier sehr wenig, in vielen Fällen aber falsch unterrichtet ist. Eine und vielleicht die wichtigste dieser Fragen ist der künftige Bestand des serbischen Königreichs. Ich bemühe mich, hier den Gedanken an einen einheitlichen und starken serbo-kroatischen Staat mit Einschluß Istriens und Dalmatiens in ihn als ein notwendiges Gegengewicht gegen Italien, Ungarn und Rumänien zu verbreiten. Zu diesem Zwecke habe ich Delcassé den hier eingetroffenen bekannten serbisch-kroatischen Politiker, den ehemaligen Abgeordneten des ungarischen Abgeordnetenhauses Supilo, einen eifrigen Vertreter dieses Gedankens, vorgestellt. Meine Beweisgründe bleiben augenscheinlich nicht ohne Eindruck auf Delcassé, doch ich halte es für überaus wünschenswert, ihn eingehend und in autoritativerer Weise mit unserem Plan für die künftige Gestaltung Österreich-Ungarns bekanntzumachen. Delcassé fragte mich unter anderem, wo meiner Meinung nach der künftige Kongreß stattfinden werde. Ich antwortete, daß das wahrscheinlich im letzten Augenblicke entschieden werde, nach meiner persönlichen Meinung aber liege kein Grund dafür vor, daß die Friedensverhandlungen und sogar die vorläufigen Besprechungen zwischen den drei Verbündeten unbedingt unter der Ägide Sir Edwards Greys stattfänden, der vor dem Kriege als Bindeglied zwischen den Mächten der Entente und des Dreibundes diente, wozu jetzt kein Bedürfnis mehr vorliegt. Falls Sie nicht den Wunsch haben sollten, die genannten Verhandlungen in Ihren eigenen Händen zu konzentrieren, so scheint mir, daß es am besten wäre, ihre Leitung Delcassé zu überlassen, der in gleicher Weise sowohl in London als auch in Petersburg volles Vertrauen einflößt und über alle dazu notwendigen persönlichen Eigenschaften verfügt.

Iswolski.

11.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 498 Paris, den 30. September/13. Oktober 1914.

(Fortsetzung.) Höchst vertraulich.

Ich bitte um dringliche Mitteilung, über welche Summe ich für die Organisation der Propaganda der obenangegebenen Idee verfügen darf. Dabei halte ich es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß das gegenwärtig die Entschließungen Rumäniens und Italiens zu unseren Gunsten beschleunigen wird, in Zukunft aber den genannten Staaten ein bedeutendes Übergewicht geben wird.

Iswolski.

12.

Der russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris

Nr. 3648 St. Petersburg, den 24. Oktober/6. November 1914.

(Ch. S.) Der hiesige italienische Botschafter hat ebenso wie Tittoni in Bordeaux den Boden sondiert und festzustellen versucht, wie ein Vermittlungsvorschlag Italiens aufgenommen werden würde. Ihm wurde geantwortet, jegliche Friedenserörterungen seien nicht anders als nur gleichzeitig mit Rußland, Frankreich und England zulässig, und im gegenwärtigen Augenblicke könne die erwähnte Vermittlung nicht auf Erfolg rechnen, da sich Deutschland kaum schon jetzt zu den Opfern bereit erklären würde, die allein imstande seien, die Erreichung des Hauptzieles der Verbündeten, und zwar die Unmöglichkeit einer Erneuerung des Krieges in nächster Zukunft, zu sichern. Falls Italien erneute Anläufe im erwähnten Sinne machen sollte, ist es erwünscht, ihm mit einem Male jegliche Hoffnung darauf zu nehmen, daß es die Vermittlerrolle zur Erreichung eigener Vorteile ausnutzen könnte, die es sich nicht durch Krieg zu erlangen entschließt.

Gleichlautend nach London, Abschrift nach Rom.

Sasonow.

13.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 571 Bordeaux, den 25. Oktober/7. November 1914.

Ihr Telegramm Nr, 3648 erhalten.

(Ch. K.) Habe seinen Inhalt Delcassé mitgeteilt. Delcassé sagte mir, er habe als Antwort auf den Versuch Tittonis, ihm gegenüber die Frage der Vermittlung anzuschneiden, Tittoni daran erinnert, was er ihm beim Amtsantritt als Minister des Äußern erklärt hätte, daß nämlich seine Delcassés, Anwesenheit im Kabinett dafür bürge, daß Frankreich diesen Krieg zu Ende führen werde. Diese Erklärung bleibe auch jetzt voll in Kraft, um so mehr, als der Gang der Ereignisse den Verbündeten die vollständige Zuversicht ihres endgültigen Erfolges gebe.

Iswolski.

14.

Der russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris

Nr. 3996 St. Petersburg, den 14./27. November 1914.

Persönlich. Zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme.

(Ch. K. S.) Am 27. des verflossenen Oktobers sagte Sir E. Grey dem Grafen Benckendorff, die Frage des Schicksals der Meerengen und Konstantinopels könne im Falle einer Niederlage Deutschlands nicht anders als in Übereinstimmung mit unseren Wünschen gelöst werden. Ich habe den Grafen Benckendorff beauftragt, sich bei Grey zu bedanken und ihm zu übergeben, daß wir von seiner Erklärung mit Befriedigung Kenntnis genommen haben.

Sasonow.

15.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Brief Paris, den 1./14. Dezember 1914.

Hochgeehrter Herr Sergei Dimitrijewitsch!

In meinem Telegramm vom 30. September/13. Oktober d. J. unter Nr. 498 habe ich den Gedanken darüber geäußert, daß es erwünscht wäre, beizeiten die Frage über das Schicksal der österreichisch-ungarischen Monarchie und speziell über den zukünftigen Bestand des

serbischen oder vielleicht serbisch-kroatischen Königreiches zu bearbeiten und der französischen Regierung zu erläutern. Ihnen ist bereits bekannt, daß ich Herrn Delcassé den in Bordeaux eingetroffenen bekannten kroatischen Politiker Herrn Supilo vorgestellt habe, der sowohl mit ihm als auch mit einigen anderen französischen Ministern lange Gespräche geführt hat. Herr Supilo war erstaunt über den bei den französischen Staatsmännern herrschenden Mangel an klaren Vorstellungen und genauen Tatsachen über die die slawische Bevölkerung der habsburgischen Monarchie betreffenden Fragen; er konnte sich zum Beispiel davon überzeugen, daß die Mehrzahl der Franzosen Dalmatien und Istrien ihrer ethnographischen Beschaffenheit nach unbedingt für italienische Länder hält. In Anbetracht dessen bat ich Herrn Supilo wie auch den zeitweiligen Chef unseres Generalkonsulats in Marseille, Herrn Salviati, der während seines Aufenthalts in Fiume die serbisch-kroatischen Verhältnisse gründlich kennengelernt hat, ihre Meinungen über die Bildung eines zukünftigen serbisch-kroatischen Staates und über verschiedene, damit in zweiter Linie verbundene Fragen schriftlich niederzulegen.

Die hier beifolgenden sechs Niederschriften der Herren Supilo und Salviati enthalten ein sehr interessantes Material in der obenerwähnten Frage. Besondere Exemplare dieser Niederschriften habe ich Herrn Delcassé mit dem Bemerken übergeben, daß ich keineswegs die Verantwortung für die in denselben dargelegten Anschauungen übernähme, die indessen, wie mir scheine, ernsthafte Beachtung verdienten.

Außer den obenerwähnten Niederschriften in der serbisch-kroatischen Frage, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen gleichfalls als interessantes Material eine Schrift über die Frage der Zukunft Böhmens vorzulegen, die ich von demselben Herrn Supilo erhalten habe und die nach seinen Worten von dem angesehenen tschechischen Politiker Professor Masaryk angefertigt worden ist.[1])

Empfangen Sie ... Iswolski.

15 a.

Denkschrift

Von Supilo

Das Gebiet, welches das slawische Volk unter den drei völkischen Namen Slowenen, Kroaten und Serben in einer eng zusammengedrängten Masse bewohnt, umfaßt den größten Teil des nordwestlichen Balkans und dehnt sich aus bis zu den Alpen und den Donauländern von Zentraleuropa: es hat einen Flächeninhalt von 260 000 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 14 000 000 Einwohnern. (In dieser Zahl sind die Slawen von der gleichen Rasse und Sprache nicht mit inbegriffen, die einen Teil des nördlichen Italiens bewohnen; sie zählen nach einer offiziellen italienischen Statistik 50 000 Köpfe, sind aber in Wirklichkeit mindestens 100 000 Köpfe stark.)

Die 260 000 Quadratkilometer verteilen sich auf folgende Länder:

1. Das südliche und östliche Kärnten, der Teil, dessen Grenzlinie von dem Engpaß Pontafel—Ponteba nördlich der Stadt Klagenfurt ausgeht und dann direkt östlich auf die Grenze von Steiermark zuläuft.
2. Das südliche Steiermark, der Teil, der immer östlich, längs der Grenze von Kärnten sich hinzieht und im Norden von Marburg gegen die ungarische Grenze zu sich erstreckt.
3. Das österreichische Küstenland mit Görz, Gradiska, Triest und Istrien.
4. Dalmatien.
5. Bosnien und die Herzegowina.
6. Kroatien und Slawonien, mit Fiume und Umgebung.
7. Das südliche Ungarn, welches die Grenzlinie von Steiermark fortsetzt (ein wenig nördlich des Flusses Mur) und im Süden von Pecz. Dann gegen Mohacz, wo die Linie die Donau überschreitet und nördlich sich hinzieht, jenseits der Srabardraca bei Zenta südlich von Szegedin endet.
8. Das derzeitige Montenegro.
9. Das derzeitige Serbien.

Von den 14 000 000 Einwohnern, die über dieses Gebiet verteilt sind, gehören 12 000 000 zu dem Slawenvolk unter dem Namen Serben, Kroaten und Slowenen und 1 300 000 zu vier anderen Völkern, nämlich:

a) 350 000 Deutsche bewohnen verschiedene Städte im slawischen Teil von Kärnten und Steiermark (Colovatz), Marburg und Plettau, und ein sehr beschränkter Teil in Krain (Ljubl-

[1]) Diese Schrift fehlt.

jana, Gottschec), in Triest, Pola, Goritza, und zerstreut in kleinen Kolonien von Slawonien, dem Banat, Baeska (Ungarn) und Bosnien.

b) 250 000 Ungarn bewohnen das Banat, Baeska und Sreime (Ungarn).

c) 350 000 Italiener wohnen in Triest (die Mehrheit), in den Seestädten Istriens bei Rovigno (die Mehrheit), Pola (die Hälfte), ein gewisser Teil in Albona (Istrien), Görz, Monfalcone, Rieka, Veglia und Sadar in Dalmatien. Eine beträchtliche Zahl von ihnen sind nicht in Italien geboren, sondern Slawen, die infolge einer lebhaften Propaganda in den Schulen und an anderen Orten Italiener geworden sind.

d) 200 000 Rumänen, die sich auf den Osten des von Slawen in Ungarn bewohnten Gebietes verteilen, und im Nordosten des derzeitigen Serbiens.

Es gibt noch Albanier in Montenegro und Albanier und Bulgaren in Serbien sowie Bulgaren und Slowenen im südlichen Ungarn, aber ihre Zahl ist sehr klein und ohne jede Bedeutung.

Es gibt ferner 12 700 000 Slawen von gleichem Blut und gleicher Sprache und 1 300 000 Nicht-Slawen. Es ist zu bemerken, daß diese Nicht-Slawen nirgends eine eng zusammengeschlossene Masse bilden, sondern auf dem weiten Gebiet hie und da verstreut sind und sich in der Menge der Slawen verlieren. Die Italiener z. B. bewohnen nur die Städte, und in der ganzen Gegend gibt es nicht ein einziges italienisches Dorf. Das slawische Element macht im Gegenteil 90 Prozent der Bevölkerung aus.

Wie oben erwähnt, führt dieser slawische Volksstamm drei verschiedene Namen: Serben, Kroaten und Slowenen. Die Serben bewohnen den östlichen Teil, die Kroaten das Zentrum sowie die adriatische Küste, und die Slowenen den nordwestlichen Teil.

Die Anzahl der Serben beläuft sich auf 7 000 000, die der Kroaten auf 3 400 000 und die der Slowenen auf 1 400 000. Außerdem gibt es in Bosnien 700 000 serbische Muselmanen, die mehr vom religiösen Standpunkt aus als vom politischen Muselmanen sind.

Was die Religion anbelangt, so gibt es 7 000 000 Orthodoxe, 4 600 000 Katholiken, 100 000 Griechisch-Unierte und 700 000 Muselmanen, ferner 2000 Protestanten und 70 000 Juden, die verstreut sind.

Die österreichische Politik hat sich aller nur möglichen Mittel bedient, um im Volke den Separatismus und Atavismus des Namens und der Religion aufrechtzuerhalten, mit dem Ziel im Auge „Divide et impera". Seinerzeit wurden hitzige Kämpfe über die Namensfrage von den Exklusivisten geführt. Aber mit dem Fortschritt des nationalen Empfindens verschwanden diese Differenzen mehr und mehr. Und in den jungen serbischen, kroatischen und slowenischen Generationen sind sie bereits vollkommen verschwunden. Heutzutage ist es, sozusagen, unmöglich, einen jungen Serben, Kroaten oder Slowenen zu treffen, der ein Anhänger des Separatismus wäre. Und dies ist eine sichere Bürgschaft für die Zukunft des Volkes.

Verschieden ist die Geschichte der Serben und der Kroaten und bis zu einem gewissen Grade weist ihre Religion auch Verschiedenheiten auf. Die Sprache ist genau dieselbe; sogar dialektische Unterschiede gibt es nicht einmal. Die slowenische Mundart weicht ein wenig ab. Aber diese Verschiedenheiten sind nicht so groß wie die zwischen den Dialekten von Venedig und Florenz oder selbst Mailand, um nicht von dem Unterschied der Dialekte der Genuesen und Sizilianer zu reden. Dort verstehen sich die einfachen Leute nicht untereinander. Unser Volk aber versteht sich ohne Schwierigkeit vollkommen, vom Triglawberg bis zum Timokfluß, welchen Dialekt es auch immer sprechen oder hören mag. Infolgedessen darf man unumwunden sagen, daß kein Volk im mittleren oder westlichen Europa in sich selbst so viel sprachliche Einheit aufweist wie die zwölfundeinhalb Millionen der Slawen des Südens.

Die unumstößliche Wahrheit von der Gleichheit unserer Sprache, unseres Blutes und unserer Rasse ist die Mutter des politischen Gedankens, eine nationale Einheit zu schaffen, welche die Namensfrage ganz beiseite läßt. Es ist nicht von Wichtigkeit, was für einen Namen dies Volk erhalten wird; die Hauptsache ist, daß es leben kann, frei und einig ist und vorwärts kommt.

Es gibt noch Parteien und Volksteile, die einer nationalen Vereinigung hindernd im Wege stehen; diese schöpfen ihre Kraft aus den Überlieferungen der Vergangenheit; die Religionsbekenntnisse mußten ihren Zwecken dienen und sie genossen den wohlwollenden Schutz der österreichisch-ungarischen Politik. Außer allem Zweifel steht es, daß ihre Tätigkeit mit dem Verschwinden dieser Politik an Einfluß verlieren wird. Mit Sicherheit kann man sagen, die Politik der brüderlichen Liebe werde diesen traurigen Zeitabschnitt unserer Vergangenheit in Vergessenheit geraten lassen und in diesem Sinne einen großen Umschwung

vollbringen. Nur um die alte Generation, die sich übrigens in der Minderheit befindet, handelt es sich hier. Denn man muß immer festhalten — eine wichtige Tatsache für die Organisation des neuen Staates —, daß dieser Umschwung in der jungen serbischen, kroatischen und slowenischen Generation sich bereits vollzogen hat. Dies ist nicht die Ansicht eines einzelnen, sondern es ist eine Tatsache, die von Tausenden und Hunderttausenden unserer unabhängigen Geister bestätigt werden würde, wenn sie ihre Ansicht aussprechen könnten und dürften. Aber alle diese jungen Geister gehen entweder in den Gefängnissen zugrunde oder sie stehen als deutsche oder ungarische Soldaten, als „Kanonenfutter", an der Drina und an der Weichsel im Kampf gegen ihre eigenen slawischen Brüder. Sie können jetzt nicht sagen, was sie fühlen.

Es entspricht also die Errichtung eines großen Staates vom Timok bis zur Adria dem Wunsch der stärksten Mehrheit des Volkes.

Die Bildung dieses Staates ist nur mit Hilfe und unter dem Schutz unserer Schwestermacht, der großen russischen Nation, und unter der politischen Vorherrschaft Serbiens möglich. Serbien hat, besonders in den letzten Jahren, immer die Garantien und den Beweis geliefert, daß es fähig ist, die Aufgabe eines derartigen politischen Schöpfers zu erfüllen, und Rußland hat die Pflicht, dieser Organisation den slawischen Geist zu erhalten, ohne den sie nicht leben könnte.

Hier stelle ich nun die Frage nach dem Namen. Welchen Namen wird der neue Staat und sein Volk tragen? Serbo-Kroatien? Jugoslawien? Serbien?

Die Frage nach dem Namen des Staates soll nicht übereilig gelöst werden und bevor nicht die erst einmal durchgedrungene nationale Politik selbst die Lösung vorbereitet hat. Diese Vorbereitung war schon lange vor dem Kriege sehr weit gediehen, als man noch nicht einmal hoffen konnte, die nationalen Ideale sich ihrer Verwirklichung nähern zu sehen. Wenn aber trotzdem sich Schwierigkeiten ergeben, so werden sie doch keinen großen Einfluß haben. Vor der gewaltigen Tatsache der Einigung und Freiheit wird der gesunde Sinn des Volkes alle diejenigen überholen, die es wagen könnten, in der Namensfrage halsstarrig zu sein. Es ist des Unterzeichneten tiefe Überzeugung, daß alles dies s p ä t e r viel leichter entschieden werden wird, als man j e t z t denkt und als man vor dem Kriege dachte.

Sollte aber die Namensfrage durch bösen Willen oder Intrigen dem nationalen Zusammenschluß gefährlich werden, so ist der Unterzeichnete der Meinung, man müsse diese Frage Rußland zur Entscheidung unterbreiten. Es möge den Namen des neuen Staates und der Nation bestimmen.

Wenn von seiten des katholischen Klerus gewisse Schwierigkeiten sich ergeben, so können diese durchaus nicht von der unteren Geistlichkeit herkommen, sondern von den Jesuiten, die zu allen Zeiten auf der Balkaninsel die eifrigsten Pioniere Österreichs und seiner Parteigänger unter der hohen Geistlichkeit waren. Es wird aber nicht schwer sein, sie beizuliegen, wenn dem Volk das Recht auf seine Sprache und seine Religion garantiert wird — Prinzipien, für die es stets gekämpft hat — und das Rom unter Österreichs mächtiger Protektion ihm andauernd verweigerte. In den neuen Verhältnissen wird diese Protektion gänzlich verschwinden.

Eine so starke Organisation des slawischen Südens wird selbstverständlich die Pflicht haben, als Schutzwall gegen ein neues Vordringen der Germanen nach dem Orient zu dienen, das, augenblicklich zwar aufgehalten, eines Tages in anderer Form sich zeigen wird. Der Staat müßte auch im Adriatischen Meer seine Seemacht und seinen Handel mit aller Macht entfalten. Dazu sind unsere Küsten und unsere Häfen wunderbar geeignet; selten findet man ein so reiches Küstengebiet. Und das Volk selbst ist durchaus befähigt für solche Aufgaben. Seine Seeleute sind als die ausgezeichnetsten bekannt.

Nur naturgemäß wäre es, wenn in diesen Bedrohungen durch das Germanentum die Italiener sich auf die Seite unseres Volkes stellten. Das würde unter einem anderen Gesichtspunkt auch für die Italiener nützlich sein. Eine Vereinbarung könnte der Industrie, dem Ackerbau und dem Handel Italiens die Tür öffnen, was beiden Ländern dienlich wäre.

Bekanntlich trägt sich Italien mit großen, übrigens unberechtigten Ansprüchen auf die adriatische Küste. Das liegt in der Tradition der Westküste begründet. Die Geschichte beweist uns, daß es immer die Westküste war, die die Ostküste angriff, niemals die Ostküste die Westküste. So sehen wir Rom gegen Illyrien, Venedig gegen Kroatien und Dalmatien vorgehen. Das Italien von heute gibt die Absicht zu erkennen, sich auf dem Balkan festzusetzen. Wenn es diesen Traum verwirklicht, so würden die Slawen des Südens an Stelle Österreichs eine andere, vielleicht noch gefährlichere Macht als Gegner haben. Deshalb wird eine Verständigung nur möglich sein, wenn eine gerechte Grenzscheidung auf Grund

des Nationalitätenprinzips stattgefunden hat. Eine ungerechte Abgrenzung würde nur neue Kämpfe zur Folge haben.

Nun muß man sich klar darüber sein, daß der Verlauf unseres nationalen Zusammenschlusses sich viel leichter und viel schneller vollziehen würde, wenn man die Slawen des Südens, wo sie eine geschlossene Masse bilden, unberührt ließe. Andernfalls wird diese Angliederung schwierig sein, denn wenn man dort Änderungen vornimmt, so würde man dem Volk Landesteile rauben, auf die es großen Wert legt. Darunter ist in erster Linie Istrien mit seinen Inseln zu verstehen. Dort bilden die Slawen die Mehrheit (mindestens 70 Prozent). Diese istrischen Slawen haben am treuesten den slawischen Charakter bewahrt. Und dort ist die einzige Gegend, wo der reine alt-slawische Akzent sich erhalten hat. Die kaiserlich-russische Akademie schickte Philologen (die Professoren Belitch und Courtenay u. a. m.) dorthin, welche die sprachlichen Überbleibsel des Alt-Slawischen studierten. Diese Slawen Istriens sind gegen ihren Willen der nationalen Schulen beraubt worden. Die noch existierenden wurden Jahre um Jahre durch Gaben und Opfer des kroatischen und slowenischen Volkes erhalten. Selbst in unseren entlegensten Weilern wurden Subskriptionen zugunsten der slowenischen Schulen in Istrien veranstaltet. Diese Provinz ist die schmerzlichste Wunde unter allen den Leiden, die wir unter der österreichisch-ungarischen Herrschaft zu erdulden hatten. Wenn man daher aus irgendwelchem Grunde gezwungen wäre, die Slawen Istriens preiszugeben, so würde dies Opfer den Fortgang der nationalen Einigung der Geister sehr aufhalten — eine conditio sine qua non für das Bestehen und die normale Weiterentwicklung dieser großen politischen Schöpfung.

Als Rußland sich dem demütigenden und schmachvollen Angriff gegen Serbien widersetzte, hat es die Sache Serbiens zu der seinigen gemacht und sich mit Serbien identisch erklärt, indem es das ganze Gewicht seiner ungeheuren Macht für den Schutz der slawischen Interessen in die Wagschale warf. Dennoch ist Serbien nur ein verschwindend kleiner Teil der Slawen, für die es im Augenblick des Angriffs eintrat. Wie in der Vergangenheit, könnte Serbien kaum existieren, wenn zwei Drittel seiner Brüder unter fremder Herrschaft blieben und es nicht einen Zugang zum Adriatischen Meer erhielte. Es ist daher nur folgerichtig, daß Rußland in Erfüllung einer geschichtlichen Aufgabe die slawischen Gebiete, die noch unter fremdem Joch liegen, zusammenschließt. Nur auf diesem Wege kann auch die Zukunft Serbiens gesichert werden. Das wird das Märtyrervolk, abwechselnd tyrannisiert von den Türken, den Ungarn und den Deutschen, dem großen Rußland niemals vergessen; ich möchte sogar sagen: es kann es nicht vergessen. Sind die größten und bedeutendsten Schriften über die slawische Zusammengehörigkeit nicht das Werk hervorragender Geister aus diesem Volke? (Gundulic, Krijanic, Stroßmayer, Tkalac, Prinz Michael und viele andere.) Während des russisch-japanischen Krieges hat der Unterzeichnete einen der glühendsten Apostel dieses Gedankens weinen sehen, Erasmus Barcic, Advokaten in Fiume und Deputierten, denselben Mann, der den Mut und die Kühnheit hatte, vor dem voll versammelten Landtag in Agram zu erklären, daß Kroatien seine Freiheit erst an dem Tage erblicken werde, wo die Steigbügel der Kosaken durch die Straßen von Wien fliegen werden. Er sah aus demselben Anlaß auch Tränen in den Augen vieler Kroaten und Serben, die nie in ihrem Leben geweint hatten. Das beweist, wie sehr unser Volk an Rußland, der Mutter des Slawentums, hängt. Wie würde sich unsere Dankbarkeit und Ergebenheit ausdrücken, mit der wir unseren gemeinsamen Sieg und unser volles nationales Wiedererwachen begrüßen! Nie wird die Arbeit Rußlands so nützlich und wohltuend sein als dann, wenn es sie in den Dienst der Befreiung und Einigung der Slawen des Südens stellt.

Nur dem Zufall, daß er sich im Augenblick der Kriegserklärung im Ausland befand, verdankt es der Unterzeichnete, jetzt nicht das Los seiner mißhandelten, eingesperrten, von den Zivil- und Militärbehörden der Doppelmonarchie erschossenen politischen Freunde teilen zu müssen. Dennoch ist Vorstehendes nicht nur der Ausdruck seiner persönlichen Gedanken, sondern gleichzeitig derjenige aller Kroaten und aller Serben, mit denen er während dieser kritischen Zeit und unter Überwindung großer Schwierigkeiten Fühlung nehmen konnte und die ihn beauftragt haben, diesen Gedanken bei unseren Freunden Geltung zu verschaffen. Ihnen schließt sich die große Mehrheit unseres Volkes an, das unter den augenblicklichen Verhältnissen sich nicht so aussprechen kann, wie es wohl möchte, das aber die Bedeutung des historischen Augenblicks herausfühlt, den wir durchleben.

15 b.

Die gegenwärtige budgetäre und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jugoslawischen Länder mit Einschluß Serbiens und Montenegros

Von Supilo

Es ist sehr schwierig, eine genaue Darstellung dieser Frage zu geben. Der Grund dafür ist die Tatsache, daß die jugoslawischen Länder in der Habsburger Monarchie dem politischen und finanziellen System der Gesamtmonarchie eingeordnet sind, das seinerseits sehr kompliziert ist. So besitzt Österreich ein Steuersystem, Ungarn ein anderes, Bosnien wieder ein anderes, während z. B. die Zölle für die gemeinsamen Bedürfnisse der Monarchie erhoben werden. Kroatien hat ein spezielles finanzielles Arrangement mit Ungarn. Ihm zufolge erhält von der Gesamtsumme der Einnahmen, die nicht für die Gesamteinnahmen der Monarchie verwendet werden, Kroatien 44% für seine drei autonomen Ressorts. Der Rest wird für die mit Ungarn gemeinsamen Ausgaben verwandt. Seit 47 Jahren diskutieren die Finanzleute und Politiker Ungarns und Kroatiens über die Frage der Finanzabmachung zwischen diesen beiden Ländern. Die Kroaten behaupten, daß die Ungarn mit Hilfe der Finanzgesetzgebung und der Exekutivgewalt, die sie besitzen, und durch Anwendung einer willkürlichen Zollpolitik, Kroatien jährlich 20 Millionen rauben, indem sie gewisse Einnahmen als die ihrigen in Anspruch nehmen.

Ebenso ist es sehr schwierig, die finanzielle Leistungsfähigkeit Dalmatiens und Istriens abzuschätzen; da diese beiden Provinzen die Seeprovinzen der g a n z e n Monarchie sind, entsprechen die für sie gemachten Ausgaben nicht nur ihren eigenen Bedürfnissen, sondern diese Ausgaben sind notwendigerweise höher als sie sein müßten, auf Grund der Tatsache, daß die Monarchie als Großmacht große Bedürfnisse hat.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der jugoslawischen Provinzen kann annähernd nach den provinziellen Finanzzuschlägen geschätzt werden, die zwischen 80 und 100% schwanken.

Es ist beinahe unmöglich, die budgetäre Leistungsfähigkeit der von Südslawen bewohnten ungarischen Provinzen festzustellen. Aber wenn man der Tatsache Rechnung trägt, daß diese Provinzen die fruchtbarsten und reichsten Ungarns und vielleicht ganz Europas sind, muß man für sie einen relativ größeren Teil des Gesamtbetrages des ungarischen Budgets ansetzen, das 1910 sich auf 2074 Millionen Kronen belief.

Desgleichen fehlen die Unterlagen für Serbien und Montenegro nach ihrer Vergrößerung. Für die Zeit vor 1912 ergibt sich aus den Unterlagen jedoch für Serbien ein Budget von 130 Millionen und für Montenegro ein solches von 4 Millionen. Ohne sich zu irren, kann man sagen, daß ihre Einkünfte sich mindestens um ein Drittel vermehrt haben.

Ausgehend von den erwähnten Tatsachen, hat der Unterzeichnete ein ungefähres Budget für die jugoslawischen Provinzen Österreich-Ungarns einschließlich Serbiens und Montenegros, ausgearbeitet. Er muß darauf hinweisen, daß er keine Unterlagen zur Verfügung hatte, und infolgedessen die Zahlen annähernd angegeben hat, wie er sich ihrer auf Grund seiner Arbeiten als Abgeordneter und Politiker erinnert. Er wiederholt, daß die Ziffern nicht w i s s e n s c h a f t l i c h genau sind und infolgedessen nicht als Verhandlungsgrundlage dienen können, daß sie aber i n p o l i t i s c h e r H i n s i c h t genügend genau sind, um einem Staatsmann ein Bild der gegenwärtigen budgetären Verhältnisse dieser Provinzen zu geben (für die Vorkriegszeit natürlich).

Nach alledem glaubt der Unterzeichnete versichern zu können, daß die budgetäre Leistungsfähigkeit dieser Länder, die insgesamt 260 000 Quadratkilometer und 14 Millionen Einwohner umfassen, 750 bis 800 Millionen Franken betragen wird.

Die jugoslawischen Provinzen der Monarchie bringen nur ein Zehntel des österreichisch-ungarischen Budgets auf, das 5600 Millionen beträgt, während sie an Flächeninhalt mit 165 000 qkm ein Viertel des Flächeninhalts der Monarchie umfassen.

Diese Provinzen sind im Verhältnis zu ihrem Flächenumfang und im Vergleich mit anderen Provinzen finanziell in sehr schlechter Lage, weil sie fortwährend vernachlässigt und wirtschaftlich schikaniert worden sind, wie z. B. Dalmatien, Kroatien und Bosnien. Die herrschenden Nationen ließen ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht zu, um sie besser beherrschen zu können. Es steht außer allem Zweifel, daß diese Provinzen durch die Erwerbung der Freiheit und Einigkeit zu den blühendsten Europas werden würden. Sie besitzen eine gut entwickelte Küste, sehr fruchtbare Felder, fruchtbare Weinberge und Badestätten von Weltruf. Sie besitzen große Mengen Eisenerz, Goldbergwerke (Bosnien), Kupfer- und Eisenbergwerke und besondere Quecksilberbergwerke, die Österreich-Ungarn Hunderte von Millionen eingebracht haben. Sie besitzen außerdem reiche Kohlenbergwerke, besonders in

Dalmatien, Kroatien und Slawonien. Diese sind zwar nicht von erster Qualität, aber doch sehr gut für den Fabrikbedarf.

Diese Provinzen haben schließlich eine so günstige geographische Lage, daß ihre Staatseinnahmen sich leicht vermehren könnten. Schon in ihrer derzeitigen Verfassung bilden sie eine Masse von genügender Stärke, aber wenn sie erst vereinigt wären, würden sie zu den stärksten Staaten nach den Großmächten gehören. Ihre Finanzkraft würde sich in kurzer Zeit verdoppeln, besonders wenn sie eine ihren Interessen entsprechende Innen- und Außenpolitik führten.

15 c.

Die Italiener in den jugoslawischen Provinzen Österreich-Ungarns

Von Supilo

Die jugoslawischen Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie zählen 350 000 italienische Einwohner. Diese Zahl verteilt sich folgendermaßen:

1. Ungefähr 160 000 in der Stadt Triest (Triest hat zusammen mit seinem Landkreis im ganzen 240 000 Einwohner). Die Italiener, ungefähr 10 000 Deutsche und 77 000 Serben und Kroaten wohnen in der Stadt selbst. Der Landkreis ist ausschließlich von Slawen bewohnt. Die Mehrzahl dieser Italiener sind nicht Italiener von Geburt, sondern assimilierte Slawen.

2. Ungefähr 100 000 in Istrien (in Istrien gibt es mehr als 200 000 Kroaten und Slowenen). In zusammenhängenden Massen wohnen die Italiener nur an der Westküste Istriens und in den kleinen Flecken. So sind die Orte Mugia, Capo d'Istria, Pirano, Citanova, Parenzo und Rovigno von Italienern bewohnt. Im Gegensatz dazu sind alle diese Orte umgebenden Dörfer von Slawen bewohnt. In der Stadt Pola ist die Hälfte der Einwohner italienisch. Ferner finden sich Italiener, allerdings in geringer Zahl, in den Städten Veglia, Sussin piccolo und auf den Inseln Istriens, wo jedoch die Landbevölkerung vollständig slawisch ist. Sie ist reinrassig und altslawisch in Aussprache und Akzent.

3. Ungefähr 60 000 in Gorico-Gradiska, und zwar jeweils in den Flecken und wenig zahlreich. In den Flecken Aquiles, Monfalcone und Grado sind sie dagegen etwas zahlreicher. Die Mehrheit der Landbevölkerung ist aber slawisch (70%), und diese slawische Bevölkerung von Goritza setzt sich in kompakter Siedlung jenseits der gegenwärtigen österreichisch-italienischen Grenze bis nach Udine fort. Sie beträgt 100 000 Köpfe, mit ihrer wichtigsten Stadt San Pietro al Natisone (auf italienisch).

4. Ungefähr 20 000 in der Stadt Fiume, die auch keine Italiener sind. Im Jahre 1868 hat Ungarn Kroatien Fiume mit Hilfe einer Fälschung des § 66 des kroatisch-ungarischen Vertrages (Nagodba) weggenommen. Die Sanktionierung eines derartigen gefälschten Gesetzes durch das Staatsoberhaupt ist ohne Beispiel in der Jurisprudenz. Als die Ungarn nach Fiume kamen, fanden sie ziemlich viele italienisch sprechende Slawen vor. Dagegen sprach niemand ungarisch, da das ungarische Gebiet 400 km von Fiume entfernt liegt. Um den Slawen die Stadt leichter wegnehmen zu können, begannen die Ungarn eine Politik der Italienisierung der Stadt, die sie mehrere Jahrzehnte fortsetzten. Dieser Zurückdrängung des slawischen Elementes verdanken die Italiener in Fiume ihre Existenz. Später, als sich die Ungarn stark genug fühlten, begannen sie mit der Politik der Magyarisierung.

5. Ungefähr 16 000 in Dalmatien. Diese Ziffer beruht auf der offiziellen Statistik, ist jedoch in Wirklichkeit geringer. Der größte Teil wohnt in Zadar, der Rest in Spalato und Chibenik. Die Tatsache, daß die Slawen Dalmatiens, sobald sie etwas gebildet sind, italienisch sprechen und verstehen, und zwar hauptsächlich in den Städten, täuscht alle Fremden Westeuropas, die durch Dalmatien reisen. Da sie die Landessprache nicht kennen, verständigen sie sich mit den Bewohnern auf italienisch und schildern dann in ihren Schriften das Land als italienisch. Aber das ist ein sehr großer Irrtum. Von allen slawischen Ländern gibt es keines, das derartig rein und einheitlich slawisch ist, wie das auf die Slawen Dalmatiens zutrifft. Auf Grund des allgemeinen Stimmrechts schicken sie stets und ausschließlich Slawen als Vertreter ins Wiener Parlament.

Die Schlußfolgerung aus den sämtlichen oben zitierten Tatsachen ist, daß die Italiener an der Ostküste der Adria, in diesem slawischen Lande, nirgends in kompakten Massen wohnen. Sie stellen überall ein eingewandertes oder italienisiertes Element dar, sind überall in der Minderheit und können nirgends als nationale Einheit organisiert werden, ohne der großen und kompakten Masse der slawischen Mehrheit Eintrag zu tun. Dasselbe gilt für die Stadt Triest. Sie ist der einzige Ort, wo die Italiener in der Mehrheit sind. Aber vor

den Toren der Stadt trifft man auf Slawen, und ihr Hinterland ist völlig slawisch. Die einzige Stelle in Österreich-Ungarn, wo es ein von gebürtigen Italienern bewohntes Gebiet gibt und wo die Italiener stark in der Mehrheit sind, ist das Trentino.

Die Stadt Triest ist das Produkt der Handelspolitik Österreich-Ungarns und Deutschlands auf der Adria. Sie hat sich innerhalb der letzten hundert Jahre entwickelt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte Triest nur 5000 Einwohner. In Triest wie in Fiume hat man stets die Italiener gegenüber den Slawen begünstigt, aber neuerdings übergeht man die Italiener, um die Deutschen zu begünstigen. Der ganze Handel Triests ist gegenwärtig in den Händen der Deutschen. Ebenso die Banken, die Transportmittel und anderes. Aber die Slawen Triests (Kroaten, Serben und Slowenen) haben immerhin einen großen Teil des Handels in Händen, dank den Slawen des Hinterlandes und der adriatischen Küste. Die Slawen Triests zählen unter sich viele reiche Kaufleute und Millionäre. Die Italiener sind auf die kommunale Politik beschränkt.

Triest Italien zuzuweisen würde bedeuten, den Handel der Stadt zu ruinieren. Es genügt ein Blick auf die geographische Karte, um sich davon zu überzeugen. Triest als italienische Stadt kann nur existieren, wenn man ihr ein Hinterland von mehreren Kilometern gibt. Aber auch als slawische Stadt könnte Triest seine gegenwärtige Blüte nicht aufrechterhalten. Die Reede von Triest hat jedoch dank ihrer geographischen Lage eine Zukunft.

Die beste Lösung der Triester Frage, die den Interessen der Stadt für die Zukunft entsprechen würde, wäre, aus ihr eine freie Stadt nach dem Muster der freien Hansastädte Norddeutschlands zu machen. Sie ist leicht durchführbar auf der Basis eines italienisch-jugoslawischen Kompromisses.

Auf diese Weise könnte Triest seine gegenwärtige Bedeutung als Handelszentrum behalten, und wäre die Gefahr, daß es der Ausgangspunkt eines neuen „Dranges nach dem Osten" wird, vermieden.

15 d.

Die Ungarn und ihr Zugang zum Meere

Von Supilo

Es ist außerordentlich schwer, sich in der offiziellen ungarischen Statistik zurechtzufinden. Ich glaube, es gibt kein Land auf der Welt, wo die Zahlenangaben ebenso falsch sind. Alle Magyaren, die einigermaßen ungarisch sprechen oder verstehen, oder die Staats-, Provinz- oder Kommunalbeamte sind, werden in der Statistik als Ungarn aufgeführt. Auf Grund der so aufgestellten Statistik zählt man im Ungarnlande 52 Prozent ungarische Einwohner. In dieser Zahl sind die Juden mit inbegriffen, von denen es in Ungarn ungefähr 900 000 gibt. Es wäre kein großer Fehler, zu behaupten, daß von der Bevölkerung Ungarns, die sich auf 8½ Millionen beläuft, wobei Kroatien und Slawonien nicht mitgerechnet sind, nur 43 bis 45 Prozent wirkliche Ungarn sind. Diese Zahl von 8½ Millionen teilt sich in zwei dicht zusammengedrängte Massen.

Die bedeutendste und größte umfaßt die Täler der Donau und der Theiß; sie beginnt im Westen bei den Städten Raab (ungarisch Györ) und Steinamanger und reicht im Norden bis zu den Städten Satorallya Ujhely, Beregszasa; im Osten bis zu den Städten Szatmar Nagyvarad und Arad; im Süden bis zu den Städten Mako, Szegedin, Baja und Pecsvar. Das sind genau die Grenzen, innerhalb deren, dicht zusammengedrängt, die Ungarn wohnen. Außerhalb dieser Grenzen gibt es keine Ungarn. Wenn man trotzdem auf solche stößt, so sind sie nur da als Ausbeuter der unterdrückten Völker: Slowenen, Russen, Serben, Kroaten sowie Rumänen. Die Slowaken wohnen im Osten bis zur Stadt Kaschau. Von dort unten ab breiten sich die Russen aus. Die Grenzen der Serben und Kroaten sind in der Denkschrift angegeben, welche die jugoslawische Frage behandelt.

Die andere, kleine Gruppe der Magyaren, einige Hunderttausende stark, genannt Szekler, lebt in Erdely (Siebenbürgen). Sie reicht bis an die rumänische Grenze und ist auf allen anderen Seiten von 4 Millionen ungarischer Rumänen umgeben.

Wie sind nun die Ungarn zu ihrer jetzt herrschenden Stellung in der habsburgischen Monarchie gekommen?

Durch die Niederlage von Sadowa im Jahre 1866 wurde Österreich aus dem Deutschen Bunde ausgeschlossen. Auf ihre eigenen Grenzen beschränkt, bildeten die Deutschösterreicher die auffallende Minderheit von ungefähr einem Sechstel der ganzen Bevölkerung. Diese Minderheit war selbstverständlich zu gering, um über die anderen fünf Sechstel gebieten zu können. Das war der Zeitpunkt, zu dem der große deutsche Staatsmann Beust, der Vater der österreichisch-ungarischen dualistischen Staatsform, auf den Gedanken kam,

die Ungarn, als ein mehr zusammengeschlossenes und antislawisches Element, zur Teilnahme an der Regierung heranzuziehen. So wurden die Ungarn zu Dienern Wiens in einer Politik der Unterwerfung und Gleichmachung der slawischen Mehrheit in der Monarchie der Habsburger und dadurch eine, wenn auch mittelbare, aber doch immerhin sichere Filiale der großen Politik, die von Berlin ausging.

Von Sadowa bis zum heutigen Tage haben die Ungarn diese Rolle treu und konsequent durchgeführt.

Das Streben des ungarischen Imperialismus zielte schon lange auf einen Zugang zum Meere hin. Lajos Kossuth gab dieser Idee Ausdruck in der Devise: „Die Ungarn ans Meer." Und das wurde später zum Programm der ganzen ungarischen Nation.

Aber um bis ans Meer zu kommen, mußten die 400 Kilometer nichtungarischen Gebietes und die Bevölkerung von mehreren Millionen Menschen durchquert werden. Das hat die dualistische Staatsform den Ungarn ermöglicht. Sie sind an das Meer gelangt, indem sie Fiume Kroatien entrissen und dort ihren hauptsächlichsten Handelshafen als ihr ausschließliches Monopol errichteten. Teils durch Eisenbahntarife — was ein in der Welt einzig dastehendes Beispiel von Ungerechtigkeit ist —, teils durch eine Politik, die den Bau von Bahnlinien durch Kroatien und Bosnien bis zum dalmatischen Meere verbot, haben sie den übrigen Teil der Küste von Kroatien und Dalmatien brachgelegt. Mit einem ganzen Buch von Dokumenten könnte man diese Behauptung belegen.

In Fiume haben die Ungarn weder Geld gespart noch Mühe gescheut, um die Slawen von der Küste zu verdrängen. Große Summen haben sie zur Ausbildung ungarischer Seeleute aufgewandt. Aber die Anstrengung war nutzlos. Alle jungen Männer, die man aus dem Innern Ungarns herangeschleift und mit großen Geldmitteln versehen hatte, um sie die Marineschule durchmachen zu lassen, kehrten bald nach Beendigung ihrer Studien nach Ungarn zurück, weil sie nicht Seeleute bleiben wollten. Und dann war man gezwungen, junge Staats-, Provinzial- sowie Kommunalbeamte, Leute, die an Banken und ähnlichen Instituten angestellt waren, zu Kapitänen und Offizieren der ungarischen Handelsmarine zu ernennen. Aber trotz aller starken staatlichen Unterstützung war die Handelsmarine von Fiume genötigt, den Stamm ihrer Offiziere aus den Slawen an der Küste zu rekrutieren, die allein wirkliche Seeleute waren. Nach 47 Jahren unausgesetzter Bemühungen hat die ungarische Marine nur 3 Kapitäne ungarischer Nationalität. Alle anderen sind Slawen aus dem Küstengebiet. Das ist der beste Beweis, daß die Ungarn nicht nur keine Seeleute sind, sondern daß sie auch niemals ein seefahrendes Volk werden können.

Man hat die Frage eines Zugangs Ungarns zum Meer aufgeworfen.

Der Unterzeichnete ist überzeugt, daß ein solcher Zugang, wenn man ihn auf ein politisches Recht gründen wollte, sich nicht schaffen ließe, ohne den Küstenvölkern und denjenigen, durch deren Gebiete die Ungarn hindurch müßten, um an das Meer zu gelangen, großen Schaden zuzufügen. Auf Grund von Handelsverträgen aber könnten sie, ebenso wie dies der Schweiz möglich wäre, einen Zugang zum Meer erhalten. Unter all den zahlreichen Häfen des Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meeres wird es Ungarn nicht schwer fallen, einen zu finden und sich Einfuhr und Ausfuhr von Waren durch Verträge von beiderseitigem Interesse zu sichern.

Der Unterzeichnete ist der Ansicht, daß es für die anwohnenden, seefahrttreibenden Völker und für die logische Entwicklung derZukunft nachteilig wäre, wenn man einem Volk, das niemals seefahrend war und seine Unfähigkeit dazu trotz aller Anstrengungen, es zu werden, bewiesen hat, einen Zugang zum Meer bewilligen wollte.

Eine ungarische Legende erzählt, Gott habe dem Ungarn ein gutes Pferd und ein weites Ackerland gegeben. So möge er sein gutes Pferd und sein weites Ackerland, die sein eigen sind, auch behalten; aber das Meer gehöre den Völkern, die seit Jahrhunderten die Küste bewohnen. Das verlangt das Prinzip der Gerechtigkeit und der Nationalität.

15 e.

Denkschrift

Von Salviati

Die zur Zeit unter der österreichisch-ungarischen Monarchie stehenden jugoslawischen Provinzen sind folgende:

1. Kroatien und Slawonien, zugehörig zum Königreich Ungarn, mit Fiume und Umgebung als „corpus separatum" der Stephanskrone. Fiume ist der einzige Seehafen Ungarns.
2. Bosnien und die Herzegowina.

3. Dalmatien mit allen Inseln im Adriatischen Meer.
4. Istrien mit Goritza.
5. Krain.
6. Der südöstliche Teil von Kärnten.
7. Das südliche Steiermark.

Alle diese Provinzen (2 bis 7) gehören zu Österreich.

Alle diese Länder sind rein slawisch, und ihre Bevölkerung besteht aus Kroaten, Serben und Slowenen.

Die Slowenen bilden den südwestlichen Zweig der Slawen des Südens. Sie sind die Reste einer ehemals mächtigen Gruppe, die zu Beginn des Mittelalters das Gebiet zwischen dem Donauknie und dem adriatischen Seeweg besetzt hielt und sich bis tief hinein in die Alpenregionen erstreckte.

Heutzutage umfaßt das slowenische Land: Ganz Krain, den Norden von Istrien, Goritza, den südöstlichen Teil von Kärnten, das südliche Steiermark und einen Teil des Ostens von Ungarn (die Komitate Vas und Zalad).

Kroaten und Serben gehören, wie die Slowenen, zu der jugoslawischen Völkerfamilie. Anfänglich bildeten sie eine einzige Gruppe, die im Verlauf der Geschichte in zwei Teile zerfiel, in zwei Nationen, die Serben und die Kroaten. Beide Nationen, obwohl sie sich ihrer nahen Verwandtschaft bewußt sind, beanspruchen im Prinzip eine selbständige Existenz. Es gibt unter ihnen eine Strömung, die sogar Unterscheidungen zwischen den verschiedenen Teilen der künftigen serbischen und der künftigen kroatischen Einheit verlangt. Aber diese Unterschiede sind nicht tiefgehend. Es sind dialektische Schattierungen, Unterschiede in der inneren Organisation, im heimatlichen Leben und in der politischen Kultur. Der Grundstamm jedoch ist rein slawisch.

Die Kroaten gehören ganz zu Österreich-Ungarn. Sie sitzen im südöstlichen Teil von Istrien, an der Küste (Fiume), in Dalmatien, wo sie eine sehr große Mehrheit haben, in Bosnien, in ganz Kroatien-Slawonien, mit Ausnahme von Syrmien, und sind außerdem über das westliche Ungarn verstreut.

Die Serben (deren Kern hauptsächlich auf der Balkanhalbinsel angesiedelt ist), wohnen in Bosnien, in der Herzegowina, in dem größten Teil von Slawonien und in einem kleinen Teil von Dalmatien. Das südliche Ungarn, das Gebiet zwischen Weißkirchen (Fehertemplon), Versecz, Vinga, Temeswar, Arad, Szegedin und Szombar ist stark von Serben bevölkert. Ferner muß noch eine gewisse Anzahl serbischer Inseln erwähnt werden; besonders die bedeutende Gruppe im Komitat von Torontal, im Osten von Zenta, bis nach Velika-Kikinda (Nagy-Kikinda) hin, und außerdem eine Zahl von Inseln, z. B. die von Kassa im Komitat gleichen Namens; andere in dem von Temeswar, in der Baska, in der Umgegend von Szombar und jenseits der Donau die Inselchen in der Umgebung von Mohacs.

Eine fest zusammengeschlossene Gruppe von Kroaten beginnt im südlichen Teil des Komitats Szomod, bei Sztara an der Drau. Zunächst bildet sie längs der Flusses eine Anzahl von Gemeinden, dann eine andere Gruppe im Komitat von Szalad, wo die kroatische Sprache im Norden der Mur und bis Kanitza an der steierischen Grenze gesprochen wird. Außerdem breitet sich eine lange Kette kroatischer Dörfer in den Komitaten von Vas, Soprony und Monsony aus, zwischen der ungarischen Grenze und dem mittleren Lauf der Raab bis zur Leitha und der Donau.

Nach den neuesten Statistiken kann man die Zahl der vorgenannten jugoslawischen und italienischen Bevölkerung folgendermaßen feststellen:

1. Kroatien-Slawonien und das Küstengebiet:
   a) Kroaten 1 900 000
   b) Serben 650 000
   c) Italiener 20 000
2. Bosnien-Herzegowina:
   a) Serben 700 000
   b) Kroaten 400 000
   c) Muselmanen (Slawen) . 700 000

(Die Muselmanen Bosniens sind Slawen, die nach der türkischen Invasion zum Islam übergetreten sind.)

3. Dalmatien mit den Inseln:
   a) Kroaten 540 000
   b) Serben 90 000
   c) Italiener 16 000

4. Istrien:

a) Slowenen	50 000
b) Kroaten	145 000
c) Italiener	100 000

Gradisca, Goritza und Triest:

a) Slowenen	250 000
b) Italiener	220 000

5. Krain:

Slowenen	600 000

6. Kärnten:

Slowenen	200 000

7. Süd-Steiermark:

Slowenen	300 000

8. Ungarn:

a) Serben	700 000
b) Kroaten	250 000

Insgesamt:

1. Kroaten	3 235 000
2. Serben	2 140 000
3. Slowenen	1 400 000
4. Italiener	356 000

Dazu kommen, wie oben erwähnt, 700 000 Muselmanen serbischer Abstammung.

Kroaten und Serben bewohnen seit Jahrhunderten dieselbe Gegend. Sie haben, die einen für die anderen, gelitten und gekämpft für ihre Existenz und sind geschaffen, sich zu verständigen. Ihre alten Nationalitätsstreitigkeiten, ihre wirtschaftliche Konkurrenz und ihre religiösen Eifersüchteleien haben aufgehört und sind, wie man sagen kann, vergessen. Sie haben eingesehen, daß diese Bruderkämpfe von den österreichisch-ungarischen Regierungsstellen genährt und ermutigt wurden und nur den Interessen Wiens und Pests dienlich waren. Es mußte ein tatkräftiger und mutiger Mann an die Spitze einer Bewegung der Reaktion gegen jeden Versuch, Zwietracht in die Familie der Kroaten und Serben zu säen, sich stellen und ungeheure Anstrengungen machen, um es durchzusetzen, daß die Vertreter der politischen Parteien in den jugoslawischen Provinziallandtagen ein Programm völligen Zusammenschlusses zwischen Kroaten und Serben annahmen zum Kampf gegen die germanomagyarischen Beeinträchtigungen der slawischen Rechte.

Dies war das Werk des Herrn Supilo, des Urhebers des Vertrags von Fiume vom Jahre 1905 und Schöpfers des kroatisch-serbischen Bündnisses, das durch seinen Zusammenhalt, besonders am Anfang, und seine Widerstandskraft in den letzten Jahren den Behörden in Pest manche Nuß zu knacken gegeben hat; letztere hatten nur ihre politisch-wirtschaftlichen Interessen im Auge und ließen alle Rechte Kroatiens unberücksichtigt, obwohl sie durch das kroatisch-ungarische Abkommen von 1868 (Nagoda) garantiert worden waren.

Das Bündnis hat stark gewirkt, und es ist ihm geglückt, die jugoslawischen Völkerschaften über die vitale Bedeutung einer wirklichen Einigung und eines vollkommenen Einvernehmens zwischen den österreichisch-ungarischen Kroaten und Serben aufzuklären.

Die Verfolgungen der Serben, die den berüchtigten „panserbischen" Prozeß von Zagreb und die Affäre Friedjung in Wien begleiteten und ihm folgten, enthüllten die ganze Falschheit der österreichischen Politik sowie die Schliche der Wiener Diplomatie und schlossen die kroatisch-serbische Union und ihre brüderlichen Sympathien nur noch enger zusammen.

Der Balkankrieg, die serbischen Siege und die Vergrößerung Serbiens fanden einen starken Widerhall unter den Jugoslawen, die ihre patriotischen Gefühle und ihre Freude nicht verbergen konnten. Die österreichisch-ungarische Regierung war sehr entrüstet. Gegen jede offene Kundgebung zugunsten der siegreichen Serben begann sie zu wüten und sah sich schließlich genötigt, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Sie fürchtete einen Aufstand, milderte die in Kroatien-Slawonien angewandten Gewaltmaßregeln durch die Abberufung des königlichen Kommissars und stellte die normale Ordnung wieder her durch die Ernennung eines Ban (Baron Skerlesz), der weniger ungerecht und slawenfeindlich war, sowie durch Einberufung des Landtages von Zagreb (Sabar).

Gegenüber dieser kroatisch-serbischen Union, entstanden und aufrechterhalten, um den Gedanken nationaler Unabhängigkeit gegen eine germano-magyarische Invasion zu stützen, ist anzunehmen, daß Kroaten und Serben unter dem gemeinsamen Banner an dem vielleicht nicht fernen Tag sich zusammenfinden werden, wenn ihre politischen und nationalen Wünsche

greifbare Form annehmen. Zur Stunde scheint die Schaffung eines Groß-Serbiens nicht mehr ein Traum oder eine Utopie zu sein.

Das derzeitige Serbien ist das slawische Piemont, um das sich alle jetzt kroatisch-serbischen Provinzen Österreich-Ungarns gruppieren werden zur Bildung eines großen jugoslawischen Staates.

Dann wird die Union der Kroaten und Serben ihren wirklichen Wert beweisen müssen. In dem zukünftigen jugoslawischen Staate soll die Einigung der Kroaten und Serben eine vollkommene sein, damit die alten Streitigkeiten unter ihnen — aus denen Österreich so geschickt Nutzen zu ziehen wußte, um sie in Trennung und Zwietracht zu halten — nicht von neuem ausbrechen und die Solidarität durch innere Kämpfe gefährden.

Die Kroaten wollen ihren scharf bezeichneten Platz haben und ihre Rolle spielen. Zagreb wird immer die Seele des Körpers bleiben, dessen Glieder in ganz Jugoslawien von Klagenfurt bis Temeswar und von Antivari bis Saloniki zerstreut sind. Es war schon von jeher als die ideale Hauptstadt eines an den Ufern des Adriatischen Meeres zu bildenden jugoslawischen Staates betrachtet worden. Es war, was es auch jetzt noch ist, das Zentrum des Widerstandes der österreichischen Slawen gegen die Übergriffe der Magyaren, die Ansprüche der Italiener und gegen die Germanisierung des Landes.

Die Hauptstadt von Kroatien-Slawonien hat als Sitz des kroato-serbischen Landtages und als politischer Mittelpunkt aller jugoslawischen Provinzen der österreichischen Monarchie immer mutig für das Recht und die Unabhängigkeit dieser Provinzen gekämpft. Auch hat sie mit ihrer Akademie, ihrer Universität, ihren zahlreichen literarischen und wissenschaftlichen Instituten eine intellektuelle, philosophische und moralische Bewegung unter den Slawen des Südens hervorgerufen und bei ihnen das heilige Feuer der großen Idee der Freiheit und politischen Unabhängigkeit wach gehalten.

Die Serben, die so viel gelitten und gekämpft haben, um sich ein unabhängiges Vaterland zu schaffen, dürfen die Leiden ihrer kroatischen Brüder nicht vergessen und ihre Verdienste und ihren moralischen Wert nicht verkennen.

Es ist nicht nötig, daß gleich zu Anfang ein Konflikt über die Frage entsteht, welchen Namen man dem neuen Staat geben soll. Bekanntlich hat jede der beiden Gruppen stets ein Ideal angestrebt, das sich mit dem anderen nicht vereinigen ließ: ein großes Kroatien und ein großes Serbien. Was wird dabei herauskommen, wenn Serbien, vergrößert durch die Annexion aller slawischen Länder Österreich-Ungarns, dieser Vereinigung neuer Gebiete ausschließlich den Namen eines Königreichs Serbien zuteilen will? Man kann von vornherein davon überzeugt sein, daß die Kroaten und Slowenen, die durch ihre Zahl und das hohe geistige und moralische Niveau, das sie erreicht haben, sehr viel mitzählen, nicht leicht auf ihren völkischen Namen verzichten und damit einverstanden sein werden, mit der Bezeichnung Serben belegt zu werden. Der Klugheit derer, die die Organisation des neuen jugoslawischen Staates auf sich nehmen werden, bleibt es daher vorbehalten, ihm einen Namen zu geben, der allen Gruppen der großen slawischen Familie eine Garantie der Toleranz und des dauerhaften Friedens verbürgt.

Eine andere zu besiegende Schwierigkeit wird ohne Zweifel die sein, den Widerstand des hohen katholischen Klerus gegen diese neuen Verhältnisse zu überwinden.

Wenn auch in dem schon genügend fortgeschrittenen Volk und besonders in den intellektuellen Kreisen zurzeit religiöse Konflikte nicht mehr zu befürchten sind, so muß doch der katholische Klerus, der seine Weisungen von außerhalb erhält und augenblicklich unter der Regierung der Habsburger sehr mächtig und begünstigt ist, als ein wenig versöhnliches Element und als ein Gönner der Verwirrung und der Intrigen in einem Staat, wie dem zu bildenden, angesehen werden, in welchem die Mehrheit der Bevölkerung orthodox sein wird und in dem gezwungenermaßen die Vertreter der römischen Kirche die zweite Stelle einnehmen werden.

Gewohnt, eine Regierung mächtig zu unterstützen, die ihm freie Hand ließ, die serbisch-orthodoxe Kirche im Lande zu demütigen und zu bekämpfen, wird der katholische Klerus unter der Herrschaft Serbiens sich nur schwer in seine Stellung und die ihm zugeteilte Rolle fügen. Man wird also auf den sehr wichtigen Punkt des religiösen Friedens zwischen Kroaten und Serben das Augenmerk richten müssen, damit eine eventuelle Mißstimmung zwischen den beiden Konfessionen nicht eine gefährliche Waffe in den Händen äußerer Feinde wird.

Hier wäre die Frage der altslawischen Liturgie (Glagolite) in den katholischen Kirchen an der kroatischen Küste und an den Küsten von Dalmatien und Istrien zu erörtern.

Die neue Regierung der jugoslawischen Provinzen wird sich gewiß die größten Sympathien des kroatischen Volkes sichern, wenn es ihr glückt, von dem Vatikan für alle Kirchen ohne Unterschied die Ermächtigung zum Gebrauch der slawischen Liturgie und der kroatischen

Sprache beim Gottesdienst zu erlangen. Die außerordentlichen Hemmungen, die während des letzten Pontifikats durch den Heiligen Stuhl — gehorsam den Befehlen der Wiener Politik — der Verwendung der Glagolite entgegengesetzt wurden, haben einen großen Teil des kroatischen Klerus und alle Katholiken der Gegend sehr in Erregung versetzt.

Man weiß, wie es um diese Frage steht, und man kennt die Zwistigkeiten, die sie unlängst hervorgerufen hat, sowie die Bedeutung, die ihr die Kroaten beilegen.

Eine gerechte Lösung der Frage, die auch voll den religiösen Bedürfnissen der Bevölkerung entspräche, die ihren Glauben noch nicht verloren hat, würde folglich sofort die erhöhte Dankbarkeit und Anhänglichkeit eines großen Teiles ihrer Bekenner sichern.

Das Problem wäre jetzt um so leichter zu lösen, als der derzeitige Papst, ein eifriger Apostel der Lehren und der Denkungsweise Leos XIII., dessen treuester Schüler er in seiner Jugend war, eine zweifellos gute Aufnahme den Bitten zuteil werden ließe, die ihm im Interesse der Gläubigen der östlichen Küste des Adriatischen Meeres vorgebracht werden. Denn Benedikt XV. würde der religiösen Politik seines großen Meisters folgen und den kroatischen Kirchen nicht die Liturgie verbieten — eine einfache Annäherung an den traditionellen Ritus der orientalischen Kirche, deren Vereinigung mit der Kirche von Rom Leo XIII. in seinem versöhnlichen Geiste bereits träumte.

Die politischen Parteien spielen auch im inneren Leben all dieser Völker Jugoslawiens eine überwiegende Rolle, und sie sind es, die immer unter den Slawen des Südens, trotz ihrer nahen Verwandtschaft, eine gewisse Verschiedenheit der Ansichten aufrechterhalten haben. Einzig durch die Politik wurden diese Differenzen geschaffen, da die beiden Religionsbekenntnisse und die beiden literarischen Richtungen schon die nötigen Mittel gefunden hatten, um sich nicht gegenseitig zu befehden. Die Parteien, die nicht nur unter den Kroaten, Serben und Slowenen, sondern auch innerhalb dieser drei Gruppen selbst offensichtlich voneinander abweichende Tendenzen nähren, die sie alle drei auf Grund ihrer geschichtlichen Überlieferungen befolgen, sind die nachstehenden:

1. Die kroatische Partei (Hrvatska Straka) in Dalmatien. Das ist die Partei der Mehrheit auf der Grundlage der serbisch-kroatischen Einheit. Von jeher eine Partei der Opposition gegen die österreichische Regierung. Sie hat Dalmatien im national-slawischen Sinne frei gemacht.

1. Die serbische Partei (Srbska Stranka) in Dalmatien mit demselben Programm wie die vorstehende, nur unter dem Namen einer serbischen. Sie gehört zur Opposition.

3. Die serbische Partei (Srbska Rieo) in Bosnien-Herzegowina, auf der Grundlage einer serbisch-kroatischen Einheit mit starrsinniger Opposition (Jeffanovic, Sola u. a.).

4. Die Narodpartei (Narodna Stranka) in Bosnien-Herzegowina auf der Grundlage einer nationalen Einheit, halsstarrige Opposition, aber getrennt von der Partei „Srbska Rieo" aus persönlichen Gründen.

5. Die Partei Dimovic und Co. in Bosnien-Herzegowina auf der Grundlage einer nationalen Einheit, regierungsfreundlich und bekämpft von allen unabhängigen Parteien.

6. Die muselmanische Partei in Bosnien. Sie ist regierungsfreundlich, weder kroatisch noch serbisch, obwohl sie sich der serbisch-kroatischen Sprache bedient, aber auf religiöser (konfessionlleer) Grundlage beruhend. Die Tendenzen dieser Partei werden mit der neuen Generation verschwinden.

7. Die starcevicisch-kroatische Partei (Starcevicanjka Stranka). Sie ist mehr oder weniger überall verbreitet, wo es Kroaten gibt. Ihre Begründer waren vor fünfzig Jahren Ante Starcevic und Kvaternik. Anfänglich hatte diese Partei durchaus antiösterreichische und antimagyarische Tendenzen. Ihr Programm war die Freiheit und Einigung aller Kroaten in einem unabhängigen Staat „Velika Krvatska". Sie hatte sehr viel unter der Regierung zu leiden. Nach dem Tode des Starcevic (Kvaternik wurde von österreichischen Soldaten im Jahre 1873 während des Aufstandes von Rakovica getötet) hatte der Jude Dr. Frank, nachdem er sich in die Partei eingeschmuggelt und eine „Frankovacka Stranka" gebildet hatte, sie bald in eine österreichischfreundliche und ganz antiserbische Partei verwandelt. Vor einigen Jahren haben sich viele Mißvergnügte von dieser Partei getrennt, so daß es zurzeit zwei Flügel dieser Partei gibt: die Gruppe „Frankisten" und die Gruppe der „unabhängigen Starcevicisten", geleitet von Dr. Mille Starcevic, einem Neffen des Begründers. Dr. Frank ist vor vier Jahren gestorben. Alle Parteianhänger sind katholische Klerikale. In Bosnien stützen sie die Regierung. In Dalmatien sind die Führer der unabhängigen Starcevicisten für die nationale serbo-kroatische Einigung. Aus diesem Grunde sind sie zu Beginn des Krieges alle ins Gefängnis geworfen worden.

8. Die kroatisch-serbische Koalition (Hrvatska-Srbska Koalica) ist eine in Kroatien-Slawonien bestehende Partei. Sie leitet ihren Ursprung auf den Pakt vom Jahre 1905 zurück, ist aus liberalen Elementen zusammengesetzt und die kroatische Fortschrittspartei ist in ihr aufgegangen. Gleich nach ihrer Gründung hatte die Koalition viel zu leiden, weil sie bei der ungarischen Regierung auf die Wahrung der autonomen Rechte Kroatiens nach dem Kompromiß von 1868 drang. Später, müde vom Kriege, wurde die Koalition opportunistisch und unterwarf sich gewissen Forderungen der ungarischen Ministerpräsidenten Graf Khuen Hedervary und Graf Tisca. Das Programm dieser Partei ist die nationale serbisch-kroatische Einigung.

9. Die Bauernpartei (Seljacka Stranka). Sie wurde von einem Volksführer und talentvollen Publizisten Stjepan Radić gegründet; sie hat den Interessen des Landes genutzt und geschadet. Zu einem gewissen Zeitpunkt war sie für die Regierung und später trat sie zur Opposition über, verfocht aber stets das Prinzip der serbisch-kroatischen Einigung.

Diese Partei ist nicht zahlreich und besteht nur in Kroatien.

10. Die serbische radikale Partei (Radikalna Stranka), nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen in Serbien. Ihre Anhänger sind nicht begeistert für die nationale kroatisch-serbische Einigung, aber sie passen sich diesem Grundsatz an. Unter den Serben Syrmiens und des südlichen Ungarn ist sie stark und zahlreich. Der Sprecher der Partei ist Sasa Tomie. (Es geht das Gerücht, daß dieser serbische Patriot von den Österreichern aufgehängt worden ist.)

11. Die serbische liberale Partei (Samostalna Stranka), deren Haupt Dr. Polit ist. Sie hat viele Anhänger unter den serbischen Intellektuellen im südlichen Ungarn, ist aber in den Volksschichten nicht sehr verbreitet.

12. Die kroatisch-slowenische Partei in Istrien. Sie führt einen sehr heftigen Kampf für das Slawentum in Istrien und absorbiert in sich selbst alle Sonderbestrebungen, indem sie sich auf den Gedanken des serbisch-kroatischen Zusammenschlusses stützt. Sie ist eine sehr rührige Partei und ihre Führer finden bei allen jugoslawischen Parteien viel Sympathie.

13. Die liberale slowenische Partei. Sie besteht nur in den von Slowenen bewohnten Provinzen, ist antiklerikal und hält am Prinzip der nationalen serbisch-kroatischen Einigung fest. Gleichzeitig verheimlicht sie nicht ihre Vorliebe für die „slawische Idee". Ihre Anhänger sind die intellektuellen Slowenen. Sie wird von den österreichischen Behörden sehr belästigt.

14. Die slowenische klerikale Partei, Führer Dr. Sustersic. Sehr vertreten unter der ländlichen Bevölkerung. Sie baut sich auf religiösem Fanatismus auf. Außerordentlich österreichfreundlich, vielleicht auch, weil sonst die Slowenen von den Deutschen und Italienern erdrückt werden würden.

Alle aufgezählten Parteien gehören ihrer Entstehung nach der Vergangenheit an, und die Zukunft verspricht ihnen nichts. Unter ihren Anhängern befinden sich keine Elemente, die jung an Lebensalter und Geist sind. Die große Mehrheit der jungen serbisch-kroatischen und slowenischen Generation in den unter der Monarchie der Habsburger stehenden jugoslawischen Provinzen folgt ihren alten Parteien nicht mehr, deren Differenzen mitunter schwer zu verstehen sind. Die jugoslawische Jugend hat seit kurzem eine nationalistische Partei (Omladina) gebildet, für die alle in verschiedenen Aktionsbezirken tätig sind, aber stets die große Idee der nationalen Einigung im Auge haben. Die jugoslawische Welt setzt von nun an alle ihre Hoffnungen auf das jugendliche Element, das bisher viel Energie und Ernst in der ihm zugeteilten Rolle gezeigt hat. Fast die ganze Jugend der Universität und der höheren Schulen hat sich in die Listen der nationalistischen Partei eintragen lassen. Diese macht keinerlei Unterschiede nach Namen oder völkischer Abstammung und entfaltet mutig das Banner der nationalen slawischen Einheit und Freiheit. Obwohl nicht von rein antiklerikalen Prinzipien durchdrungen, ist diese Partei Verfolgungen durch die Jesuiten und den hohen, der österreichischen Regierung ergebenen Klerus ausgesetzt.

Bei der Charakterisierung der zahlreichen vorerwähnten politischen Gruppierungen ergibt es sich, daß — mit Ausnahme der muselmanisch-bosnischen (6), der Partei Dimovic u. Co. (5), der „Starcevicistisch-Frankistischen" (7) und der slowenisch-klerikalen (14) — sämtliche anderen jugoslawischen Parteien und besonders die der nationalistischen Jugend (Omladina) für einen nationalen serbisch-kroatischen Zusammenschluß sind. Es ist darum anzunehmen, daß ihre Hilfe und Mitwirkung an dem vielleicht nicht fernen Tage, wo die endgültige Regelung der jugoslawischen Frage zur Sprache gebracht werden soll, nicht fehlen werden.

Die italienischen Ansprüche auf die Ostküste des Adriatischen Meeres.

Die Italiener hatten stets großes Verlangen nach dem, was sie „l'altra sponda" nennen. Sie betrachten die Adria als ein rein italienisches Meer, und ihr lebhafter Wunsch ist es, sich an der Ostküste festzusetzen. Dabei schieben sie Ansprüche vor, die durchaus ungerechtfertigt sind. Als die alten Römer die Illyrier niederkämpften, konnten sie einige Kolonien längs der dalmatinischen Küste gründen. Später bemächtigten sich die Venetianer mehrerer Punkte Dalmatiens, indem sie die türkischen Siege über die serbischen und kroatischen Eingeborenen ausnutzten, und gründeten dort Städte. Die Berührung mit dem Westen war erfolgt, und nachdem die schädliche Einwirkung der türkischen Herrschaft fast überall die slawische Kultur ausgerottet hatte, machte sich ein großer Einfluß der italienischen Sprache und Kultur auf die Slawen in Dalmatien geltend, aber nicht im italienisch-nationalistischen Sinne. Ein Beispiel ist die Republik Ragusa. Wenige Städte und dalmatinische Verkehrszentren können sich rühmen, der Entwicklung und der Propaganda für die italienische Kultur so geholfen zu haben wie diese berühmte Republik. Nichtsdestoweniger war Ragusa hinsichtlich der Gefühle seiner Einwohner immer ein wahres Musterbeispiel des reinen und unüberwindlichen Slawentums, und so hat es sich auch unter der österreichischen Herrschaft erhalten. Könnte man für diese Gefühle wohl einen überzeugenderen Beweis erbringen als die traurige, kürzlich vom Ausland gekommene Nachricht von der Verurteilung und bereits vollstreckten Todesstrafe des Podesta von Ragusa, Dr. Cingria, wegen seiner slawischen Gesinnung?

Die Entwicklung der italienischen Sprache und Kultur unter den Slawen der Ostküste der Adria hat die Begehrlichkeit des imperialistischen-italienischen Chauvinismus erregt. Italien war nicht damit zufrieden, zu sehen, daß die italienische Kultur die beste Aufnahme unter den Slawen Dalmatiens fand, die doch mit dem Fortschritt der Schulbildung und der Literatur bereits selbst eine nationale Kultur hatten, sondern es wollte alle Länder annektieren, in denen Slawen lebten, die die italienische Sprache verstanden und sprechen konnten. In fast der gleichen Lage befanden sich zu Zeiten der Kämpfe für die nationale Einheit Italiens Turin und Piemont, wo die gebildeten Klassen beinahe ausschließlich französisch sprachen, ohne daß dies den nationalistischen Ansprüchen im mindesten geschadet hätte. Die französische Kultur war in Italien eingedrungen, aber sie griff nicht in die nationalen Rechte der Einwohner ein, die an ihrem Zusammenschluß arbeiteten. Die Ansprüche Italiens auf die Ostküste der Adria sind nur Eroberungsgelüste, ohne jede Berechtigung, weder in nationaler noch in völkischer Beziehung. In dem historischen Augenblick, in dem die beiden Völker — das slawische und das italienische — sich die Hand geben und sich als gute Nachbarn verständigen sollten, könnte diese Begehrlichkeit von Anfang an dem guten Einvernehmen unter ihnen nur Abbruch tun, und doch ist dies für die einen wie für die anderen so notwendig, um die österreichische Erbschaft unter sich zu teilen.

15 f.

Der Ausgang Ungarns zur Adria

Von Salviati

Wenn man die Bildung eines unabhängigen serbisch-kroatischen Staates voraussetzt, der die ganze Ostküste der Adria von Istrien bis nach Cattaro umfaßt, erhebt sich sofort die Frage nach dem Ausgang Ungarns zum Meere.

Es ist bekannt, daß sowohl in Frankreich wie in England trotz des Krieges und des Wunsches nach dem Endsieg unserer Armeen, der als unmittelbare Folge die endgültige Regelung der jugoslawischen Frage haben wird, wenn nicht gerade Sympathien für die Magyaren offenbar werden, die unzeitgemäß wären, im Augenblick, wo man gegen sie auf zwei Fronten kämpft, so doch eine gewisse Besorgnis sichtbar wird, was aus Ungarn werden wird, wenn die neuen Grenzen gezogen werden, durch die die Reste der Habsburger Monarchie ihre Umgrenzung erfahren werden. Es ist nicht unbekannt, daß ungarische Agenten bereits in London daran arbeiten, der dortigen Auffassung eine für Ungarn günstige Richtung zu geben für den Fall, daß der österreichisch-ungarische Staat sich der Verwirklichung katastrophaler Möglichkeiten gegenüber sieht. Es ist außerdem in gewissen hohen Londoner Kreisen nicht unbekannt, daß die gute Aufnahme, die man diesen Bemühungen der Pester Sendlinge angedeihen zu lassen geneigt wäre, nur auf der Furcht vor einem zu starken Vordringen der Slawen nach dem Mittelmeer und auf dem Albdruck des Panslawismus beruht, der noch immer zahlreiche Geister in England bedrückt.

Durch die Bildung des neuen großen jugoslawischen Staates, der Serbien mit seinen letzten Gebietserwerbungen und alle südslawischen Provinzen Österreich-Ungarns umfassen wird, werden natürlich die Ungarn vollständig von der Adria abgeschlossen. Aber wenn die Magyaren auf ihr Land beschränkt und von der Adria mehr als 300 Kilometer entfernt sind, werden sie notgedrungen einen Ausgang zum Meer für ihren Aus- und Einfuhrhandel mit dem des Mittelmeeres und denen jenseits der Meerenge von Gibraltar suchen.

Es ist also notwendig, auf eine Lösung dieser Frage, die zweifellos einmal aktuell werden wird, vorbereitet zu sein, um in der Lage zu sein, den Ungarn und jenen, die sie unterstützen, eine gerechte Lösung vorzuschlagen, die in gleicher Weise den Forderungen Ungarns und den Rechten der Slawen, die im Besitze der Küste sind, genügt.

Welche sind nun die Adriahäfen, die für den ungarischen Handel als Ausgänge dienen können? Wenn man einen Blick auf eine Karte Ungarns wirft, sieht man, daß zwei Häfen der westlichen Küste in beinahe gleichem Abstande, in gerader Linie gemessen, von den Grenzen dieses Landes und von seinen fruchtbarsten und blühendsten Gegenden entfernt liegen: Fiume und Spalato.

Die Bahn Fiume—Zagreb—Budapest ist gegenwärtig die Linie, auf der der ganze ungarische Überseehandel sich entwickelt. Auf ihr schädigen die Ungarn durch eine egoistische Wirtschaftspolitik und ein niederträchtiges Tarifsystem die wirtschaftlichen und kommerziellen Interessen Kroatiens und Slawoniens bis zum äußersten.

Spalato ist der zukünftige Hafen Dalmatiens und Serbiens. Durch seine äußerst günstige geographische Lage und dank dem sehr ausgedehnten und tiefen Hafenbecken, dem Golf von Salona, der sich hinter der Stadt befindet, kann er einer der größten und schönsten Häfen der Adria werden. Der neue serbisch-kroatische Staat wird sich diesen Vorteil ohne Zweifel zunutze machen, und es wird ihm ein leichtes sein, Spalato mit dem gegenwärtigen bosnischen und serbischen, sowohl wie mit dem slawonischen und ungarischen Eisenbahnnetz zu verbinden.

Ungarn würde also auf den Linien des neuen Staates durch Transitverkehr seine Erzeugnisse ans Meer führen und die des Auslandes zu sich leiten müssen. Durch ein Eisenbahnabkommen wäre diese Frage zwischen den beiden Staaten zu regeln.

Unter Ausschluß jeglichen Gebietshoheitsrechtes könnte Ungarn unter Berücksichtigung der Wichtigkeit dieses Handelsaustausches einen Teil der Kais und des Hafens langfristig pachten, um dort seine Lager und großen Magazine einzurichten. Diese Regelung könnte auf der gleichen Grundlage und nach denselben Grundsätzen getroffen werden, die dem vor kurzem zwischen Serbien und Griechenland für den Hafen von Saloniki abgeschlossenen Abkommen zugrunde liegen.

Die große Entwicklung, welche der Hafen von Fiume dank den durch die Ungarn an ihm getroffenen Verbesserungen während der letzten Jahre genommen hat — die Ungarn haben für ihn ungefähr 100 Millionen Kronen ausgegeben —, wird von Anfang an die Überlassung eines Teiles der Kais mit den an ihnen befindlichen Magazinen an die Ungarn ermöglichen.

Vorzugstarife auf der ganzen Linie des kroatischen Eisenbahnnetzes würden die Durchfuhr von Waren von und nach Ungarn schützen, die außerdem keinerlei Zölle, weder bei der Ausfuhr noch bei der Einfuhr zu zahlen hätten. Alles das zusammengenommen würde eine Summe von für den ungarischen Handelsverkehr sehr vorteilhaften Konzessionen bedeuten, und der slawische Staat könnte seinerseits Begünstigungen für seinen Handelsverkehr mit Ungarn erhalten.

Wenn man Ungarn dieselben Vorteile für den Hafen von Spalato zugestehen würde, wären seinem Handel vielleicht günstigere Bedingungen gesichert, als es gegenwärtig besitzt, wo es nur einen Zugang zum Meere hat. Sicherlich würde es auf keinen Fall innerhalb seiner Grenzen ersticken, wie dies Serbien bis in die letzten Jahre hinein infolge der heftigen Feindseligkeit Österreich-Ungarns ergangen ist.

Die jugoslawischen Patrioten, die gegenwärtig in der Hoffnung der baldigen Erlösung ihres Vaterlandes leben, sind vorläufig nicht in der Lage, Pläne für die Garantierung der wirtschaftlichen Blüte Ungarns zu formulieren, für die Zeit, da dieses 300 Kilometer weit von der Küste zurückgedrängt sein wird. Wenn ihnen gegenwärtig derartige Vorschläge unterbreitet würden, würden sie ohne Zweifel in vollem Umfang abgelehnt werden, und wenn ein Südslawe es wagte, eine Meinung zugunsten einer Lösung der Frage zum Vorteil der Magyaren zu äußern, würde er von seinen Landsleuten desavouiert und vielleicht sogar des Hochverrats angeklagt werden.

Deswegen hat Herr Supilo es nicht für angebracht gehalten, seine diesbezüglichen Ansichten schriftlich niederzulegen. Trotzdem hat Herr Supilo auf die Frage, ob die oben aus-

einandergesetzten Gedanken, die auf die Lösung eines Problems zielen, das zweifellos eines Tages aktuell sein wird, seine Zustimmung finden würden, geantwortet, daß die vorgeschlagene Lösung die praktischste wäre, aber auch, „daß sie das Maximum an Konzessionen bedeutet, welche der neue Staat Ungarn zubilligen könnte". Die Geistesverfassung der unterdrückten jugoslawischen Völker, die gegenwärtig den Gedanken der Begünstigung ihrer jahrhundertelangen Unterdrücker ablehnt, wird sicherlich eine andere sein mit dem Tage, an dem die Sonne der Befreiung am Horizonte ihres Vaterlandes erscheint. Wenn sie erst Herren ihrer Geschicke sind und das Bedürfnis nach Konsolidierung des neuen Staates sich offenbart, werden ihre regierenden Kreise sich leicht von der Notwendigkeit überzeugen, zu guten nachbarlichen Beziehungen mit den angrenzenden Ländern zu gelangen. Serbo-Kroatien wird in erster Linie sich mit seinen nordwestlichen Nachbarn, Ungarn und Italien, verständigen und sich entschließen müssen, mit ihnen in einem auf Toleranz und Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen begründeten dauernden Frieden zu leben.

Es ist zu wünschen, daß die Südslawen, die der Hilfe Rußlands ihre Vereinigung und ihre Existenz als freie und unabhängige Nation verdanken werden, sich von der Notwendigkeit einer derartigen Politik Rechenschaft geben, die ohne Zweifel bei der Konsolidierung des neuen Königreiches helfen und eine wesentliche Rolle in ihrem zukünftigen Geschick spielen wird.

16.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 740 Paris, den 28. Dezember 1914/10. Januar 1915.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 739.

(Ch. K. S.) Buxton traf mit Delcassé zusammen und teilte ihm dieselben Nachrichten mit. Auf meine Frage, wie er sich zum Gedanken einer Überlassung eines Teils der kleinasiatischen Küste an Griechenland stelle, antwortete Delcassé recht ausweichend; er sagte, er persönlich sei keineswegs ein Anhänger irgendwelcher territorialen Erwerbungen Frankreichs auf Kosten der Türkei. Doch sei es notwendig, mit der französischen öffentlichen Meinung zu rechnen. Gewöhnlich ist man der Ansicht, daß die Interessen Frankreichs sich auf Syrien und Palästina beschränken. Man muß im Auge behalten, daß die Herrschaft irgendeiner europäischen Macht über Palästina undenkbar ist. Was Syrien anbetrifft, so stellt es in materieller Hinsicht keinen Wert dar. Smyrna interessiert die Franzosen als Knotenpunkt des französischen Eisenbahnnetzes. Übrigens ist ebenso auch England an diesem Gebiet interessiert, dessen Ansicht ihm, Delcassé, unbekannt ist. Aus den Worten Delcassés konnte ich schließen, daß er die Frage der künftigen Aufteilung Kleinasiens noch nicht ausgearbeitet und nicht überdacht hat. Wenn der Gedanke, die Gelüste Griechenlands auf die kleinasiatische Küste zu leiten und es auf diese Weise von Mazedonien abzulenken, Ihnen richtig erscheint, müßte man ihn hier schon jetzt betonen, wobei man die in einigen hiesigen Kreisen so lebhaften griechenfreundlichen Tendenzen ausnützen könnte.

Kopie nach London.

Iswolski.

17.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 12 Paris, den 10./23. Januar 1915.

Erhielt die Telegramme Nr. 137 und 147.

Anläßlich ihres Inhalts sagte mir Delcassé das Folgende: Vor allem zweifelt er trotz der von Buxton mitgeteilten Nachrichten sehr stark daran, daß Venizelos in die Abtretung Kawallas, selbst im Austausch gegen Smyrna, einwilligen werde. Alsdann muß vorausgesehen werden, daß Griechenland sich nicht mit einem allgemeinen Versprechen territorialer Entschädigungen in Kleinasien zufrieden geben und genaue Angaben dieser oder jener Gegend fordern werde. Hinsichtlich Smyrnas wies Delcassé mich nochmals auf dessen Bedeutung für Frankreich als Knotenpunkt des französischen Eisenbahnnetzes hin. Persönlich strebe er keine territorialen Erwerbungen an und sei bereit, in dieser Frage die größte Nachgiebigkeit zu bekunden. Doch sei, fügte er hinzu, das Schicksal Smyrnas so eng mit der allgemeinen Frage der Aufteilung der Asiatischen Türkei verbunden, und Rußland, Frankreich und England müßten sich, bevor sie dieses Gebiet Griechenland zusprechen, überhaupt über diese Aufteilung verständigen. Bislang wisse er, Delcassé, nichts über die Ansichten Englands hinsichtlich Smyrnas, und er habe Cambon beauftragt, Grey darüber zu befragen. Aus dem Gespräche mit Delcassé gewann ich den Eindruck, daß er seine Stellung zur Smyrnafrage

NEUIGKEITEN

Die deutsche Malerei

vom Rokoko bis zum Expressionismus

Von Dr. R. HAMANN

Professor an der Universität Marburg

Photogr. Kunstgesch. Seminar Marburg

Anton Graff: Bildnis der Sängerin Gertrud Elisabeth Mara

Schrift und Ausstattung von Prof. W. Tiemann. Mit etwa 400 Abb. und 8 farbigen Tafeln / Geh. M. 24.–, in braunem Buckramleinen geb. mit Golddruck M. 28.–, in Halbleder M. 40.–

LEIPZIG * B. G. TEUBNER * BERLIN

Ph. M. II: 25. 450.

Hamann / Die deutsche Malerei

Photo Rudolph, Dresden

FELIXMÜLLER: DER STADTMENSCH

In dieser neuen Darstellung erscheint grundlegend für das Verständnis der Kunst des 19. Jahrhunderts die Entwicklung des Naturgefühls, einer dem Malerischen fernstehenden, auf einer durch und durch menschlichen Teilnahme an der Natur beruhenden Versenkung in alles Lebendige um uns. So wird die deutsche Malerei von dem Entstehen des Naturgefühls im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert über Klassizismus und Romantik bis zu der Kunst der großen Maler Böcklin, Feuerbach, Leibl, Hans von Marées, Thoma verfolgt, bis zuletzt die künstlerische Sprache als Ausdruck des Künstlers mehr und mehr eine Eigenbedeutung gewinnt und den der Natur abgesehenen Oberflächenreizen des Impressionismus die in Farbe und Form von der Natur unabhängigen Konstruktionen des Kubismus folgen.

DIE ANTIKE KULTUR

In ihren Hauptzügen dargest. v. Oberstud.-Dir. Prof. Dr. F. Poland, Direktor Dr. E. Reisinger u. Oberstud.-Dir. Prof. Dr. R. Wagner

2. Aufl. Mit 130 Abb. im Text, 6 ein- u. mehrf. Taf. u. 2 Plänen. In Leinw. geb. M. 9.–

LÄUFER VON EINER STATUENBASIS IN ATHEN

„In sieben Abschnitten findet sich hier in musterhafter Kürze, in lebendigster Klarheit und bewundernswürdiger Auswahlkunst die gesamte Kultur des Altertums dargestellt. Dazu kommen die technisch überaus gelungenen Abbildungen, die uns ein lebendiges Anschauungsmaterial von allen Seiten des antiken Lebens gewähren und die Sprache aufs beste illustrieren." (Augsburger Postztg.)

Die deutsche Lyrik seit Herder

Von Dr. E. ERMATINGER

Professor an der Universität Zürich

Band I: Von Herder zu Goethe / Band II: Die Romantik
Band III: Vom Realismus bis zur Gegenwart

2. Aufl. Geh. je M. 6.–, in Leinwand geb. je M. 8.–

„Ein Berufener, ein unbefangen und tief empfindender, mit unbeirrbarem Feingefühl begnadeter, ein auf das Reinste und Reifste künstlerischer Geist hat hier eine verehrungswürdige Tat geleistet; es ist in unmittelbarer Gegenwart der Garten der deutschen Lyrik aus seinem ureigenen Wesen errichtet und zur Schau gestellt." (Ostdeutsche Monatshefte für Kunst u. Geistesleben)

„Wie ein Jungbrunnen ist eine Darstellung der Geschichte der Lyrik so, wie Ermatinger sie gibt. Da ist ein Gelehrter mit dem warmen Herzen eines Romantikers und dem klaren Blick eines Herder in die Tiefen deutschen Wesens hinabgestiegen." (Rheinisch-Westfälische Zeitung)

*

Die deutschen Lyriker
von Luther bis Nietzsche

Von Dr. PH. WITKOP

Professor an der Universität Freiburg i. Br.

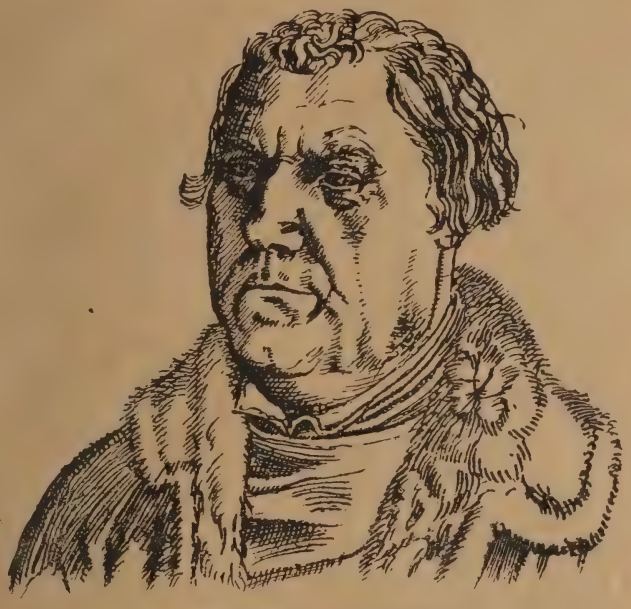
I. Band: Von Luther bis Hölderlin. 3., veränderte Aufl. Mit 6 Bildnissen. In Leinwand geb. M. 10.–. II. Band: Von Novalis bis Nietzsche. 2. Aufl. Geh. M. 7.50, in Leinwand geb. M. 10.–

„Witkop lebt als Künstler das Leben seiner Dichter nach und gibt es als Gelehrter von Geschmack und Urteil wieder. Er schreibt für denkende, ringende Menschen, die die Probleme ihres eigenen Lebens an denen großer Persönlichkeiten zu messen und zu läutern imstande und gewillt sind."
(Karlsruher Tageblatt)

„... In solcher Vollständigkeit und doch solcher Beschränkung besitzen wir kein Werk über Lyrik wie dieses, dessen Wert neben der wissenschaftlichen Bedeutung im Durchdringen der Materie mit dichterischem Einfühlen ruht. So werden die Namen zu lebenden Menschen, die durch die Wahrheit ihres Gefühls oder das Erkünstelte ihrer Dichtung uns nahetreten oder abstoßen."
(Frauenbildung)

D. Martin Luthers Briefe

Ausgewählt von
Superintendent D. Dr. G. Buchwald



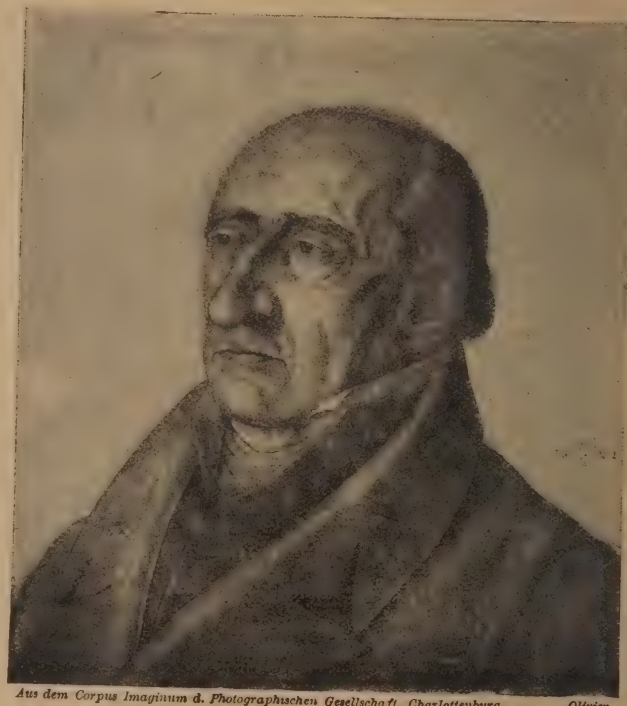
Mit 1 Bildnis und 1 Handschrift
In Leinwand gebunden M. 7.—

Diese Auswahl von Lutherbriefen kann in vollem Umfange eine Selbstbiographie Luthers ersetzen. Sie gibt einen gut angeordneten Überblick über Luthers menschliche Entwicklung von 1507 bis 1546. Bei dem Reichtum der Lutherschen Persönlichkeit entstand so ein Hausbuch deutschester Art.

Deutschland in den weltpolitischen Wandlungen des letzten Jahrhunderts

Von Dr. F. SCHNABEL
Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe

Mit 16 Bildnissen in Kupfertiefdr. / Geh. M. 6.–, in Leinw. geb. M. 8.–



Aus dem Corpus Imaginum d. Photographischen Gesellschaft, Charlottenburg. *Olivier.*

FREIHERR VOM STEIN

Eine lebendig und fesselnd geschriebene Darstellung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, in den Zusammenhang des weltgeschichtlichen Verlaufs gestellt, gesehen von einem Deutschen mit warmem Herzen für sein Volk, aber auch mit unbeirrbar klarem Auge für Schwächen und Fehler, mit sicherem Gefühl für das, was für immer vergangen und das, was aus der Vergangenheit lebendig und wirksam geblieben ist und bleiben wird.

Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie

Von Prof. Dr. K. SAPPER

Mit 70 kartographischen und statistisch-graphischen Darstellungen
Geb. M. 12.–

In diesem Handbuch, das die Weltwirtschaft und den Weltverkehr in ihrer heutigen Ausdehnung auf der ihnen von der Natur gegebenen Grundlage und in ihrem geschichtlichen und kulturellen Zusammenhange zur Darstellung bringt, werden Produktion, Handel und Verkehr über die ganze Erde hin verfolgt und jedes Land am Schluß in bezug auf diese nach dem gegenwärtigen Stand kurz charakterisiert.

DIE EISENERZLAGER DER ERDE
(Aus Sapper, Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie)

Grundzüge der Länderkunde

Von Prof. Dr. A. HETTNER

Mit insgesamt 466 Kärtchen, Fig. u. Diagrammen im Text u. 4 Tafeln

Band I: Europa. 3. Aufl. Geh. M. 11.–, in Leinwand geb. M. 13.–
Band II: Die außereuropäischen Erdteile. 1. u. 2. Aufl. Geh. M. 14.20, in Leinwand geb. M. 16.–

„Das Werk ist reich an neuen Gedanken, besonders in politisch-geographischer Hinsicht; ein Prachtstück ist z. B. der großartige Überblick über die politische Geschichte Europas vom geographischen Standpunkt gesehen."
(Prof. Dr. Gradmann in „München-Augsburger Abendztg.")

PHYSIK

Unter Redaktion von Hofrat Prof. Dr. E. LECHER

(Die Kultur der Gegenwart, herausgegeben von Prof. P. Hinneberg. Teil III, Abt. III, Bd. I.)

Mit 116 Abb. Geh. M. 34.–, geb. M. 36.–, in Halbleder M. 41.–

Das Erscheinen einer Neubearbeitung des Bandes, der eine für den Fachmann wie den für physikalische Probleme interessierten gebildeten Laien gleich wertvolle Darstellung der wichtigsten Teilgebiete ihrer historischen Entwicklung und ihrem heutigen Stande nach gibt, wird bei der zunehmenden Bedeutung, die die Physik für viele Gebiete wie für die Ausgestaltung und Vereinheitlichung unseres Weltbildes gewonnen hat, besonders begrüßt werden, dies um so mehr, als sich in ihr zahlreiche Physiker Deutschlands wieder mit den bedeutendsten Vertretern des Auslandes zu gemeinsamer Arbeit auch für die zeitgemäße Umgestaltung der Beiträge inzwischen verstorbener Verfasser vereinigt haben. Der Quantentheorie wurde ihrer großen Bedeutung entsprechend ein neuer Abschnitt eingeräumt.

*

ARBEITSKUNDE

Grundlagen, Bedingungen und Ziele der wirtschaftlichen Arbeit

Unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute herausgegeben von Dr.-Ing. JOH. RIEDEL

Mit 35 Abb. im Text und auf 2 Tafeln. Geh. M. 13.–, in Leinwand geb. M. 15.–

Das Werk gibt die erste aus wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Erfahrung gewonnene zusammenfassende Darstellung, die in 26 Beiträgen führender Fachleute die Leitgedanken Taylors und Fords zu vertiefen und für deutsche Verhältnisse eine möglichst befriedigende und vorteilhafte Gestaltung der wirtschaftlichen Arbeit zu gewinnen sucht.

Druck von B. G. Teubner in Leipzig

noch nicht endgültig entschieden hat und daß diese Entscheidung davon abhängig sein wird, was überhaupt Frankreich bei der Aufteilung der Asiatischen Türkei zugesprochen werden wird. Ich erlaube mir auszusprechen, daß es zur Vermeidung eines noch größeren Mißverständnisses als das, das anläßlich Kawallas entstand, sehr erwünscht wäre, sich schon jetzt mit Frankreich und England nicht nur über das Schicksal Smyrnas, sondern überhaupt über die Frage der Aufteilung der Asiatischen Türkei ausführlich auszusprechen.

Iswolski.

18.

Der russische Gesandte in Serbien an den russischen Botschafter in Paris

Nisch, den 2. September 1915.

Seiner Exzellenz A. P. Iswolski.

Brief. — Sehr vertraulich.

Sehr geehrter Alexander Petrowitsch!

Das Ministerium des Äußern hat mir zwei Entwürfe, den englischen und den französischen, der zeitweiligen Verwaltung Konstantinopels mitgeteilt und mich gleichzeitig davon in Kenntnis gesetzt, daß Eure Exzellenz beauftragt seien, dieserhalb mit dem französischen Minister des Äußern und dem englischen Botschafter in Paris in Verhandlungen zu treten.

Infolgedessen erlaube ich mir, einige Gedanken in dieser Angelegenheit zu äußern, denn ich bin, wie Ihnen wohl bekannt sein dürfte, für den Posten des russischen Hauptbevollmächtigten (Haut Commissaire) ausersehen, für den Fall, daß die Besetzung Konstantinopels zur vollendeten Tatsache werden sollte.

Vom Standpunkte unserer Interessen aus ruft der englische Entwurf wegen gewisser grundlegender Ausgangspunkte am meisten Widerspruch hervor. So setzt beispielsweise dieser Entwurf einen Vorrang der Militärgewalt vor der Zivilgewalt für die gesamte Dauer der Besetzung Konstantinopels durch die verbündeten Truppen fest. Da der Rangälteste der englische General Hamilton ist und sein Vorrang sowohl von unserer als auch der französischen Regierung anerkannt ist, so befände sich bei der erwähnten Behandlung der Frage die gesamte Verwaltung während der Besetzung tatsächlich unter der Kontrolle Englands.

In § 5 des erwähnten Entwurfs heißt es, die Verwaltung der Stadt könne nach Herstellung der Ruhe und Sicherheit in den Händen der Hohen Kommissare vereinigt sein, jedoch unter der Oberkontrolle des ältesten Kommandierenden der Besatzungsabteilungen. Unter diesen Umständen würde der Beginn der Tätigkeit des Rates der Kommissare nur zu einer neuen Befestigung der Macht desselben englischen Generals dienen.

Mit einer derartigen Behandlung der Frage ist, wie dies aus dem französischen Entwurfe klar ersichtlich ist, die französische Regierung nicht einverstanden; noch weniger können wir uns hiermit einverstanden erklären.

Unser politisches Abkommen mit den Verbündeten, das Rußland nach Friedensschluß das Recht auf den endgültigen Besitz Konstantinopels zuerkennt, bestimmt zugleich auch den besonderen Standpunkt, von dem aus wir die zeitweilige Übergangsverfassung während der Besetzung Konstantinopels durch die verbündeten Truppen zu betrachten haben. Kraft der Umstände und hauptsächlich im Hinblick auf die Tatsache, daß Konstantinopel nicht durch die Anstrengungen unserer Truppen, sondern der Verbündeten genommen werden wird, haben wir uns mit zwei Hauptforderungen der Franzosen einverstanden erklären müssen: 1. mit der Gleichheit der Lage und der Rechte der Mächte während der Besetzung und 2. mit der vollständigen Wahrung derjenigen Wirtschaftsinteressen, die die Verbündeten in Konstantinopel zum Zeitpunkte ihres Bruches mit der Türkei hatten. Da wir diese beiden Grundsätze angenommen haben, so müssen wir sie natürlich in vollem Umfange erfüllen, darüber hinaus kann jedoch von uns nichts weiter verlangt werden. Die Gleichheit der Rechte der Mächte während der Besetzung darf auf keine Weise zu unserem Nachteile verletzt werden. Hieraus geht hervor, daß es für uns notwendig ist, den französischen Vorschlag über die oberste Verwaltung Konstantinopels durch den Rat der drei Kommissare und über die vollständige Unabhängigkeit dieser letzteren von der Militärgewalt anzunehmen. Dieser Grundsatz verursacht infolge der ungleichen Interessen der Verbündeten zweifellos ernste Verwaltungsschwierigkeiten. Verwirklicht werden kann er nur beim Vorhandensein eines unstreitig guten Willens der Kommissare und ihrer Regierungen, in praxi jedesmal zu einer vernünftigen Vereinbarung zu gelangen, sowie unter der Bedingung, daß die drei verbündeten Regierungen ihre Interessen genau abgrenzen und vom Bewußtsein durchdrungen sein werden, daß diese Interessen gegenseitig gerecht befriedigt werden müssen.

Der Amtsantritt der Kommissare selbst kann natürlich erfolgen, nachdem die militärischen Handlungen eingestellt sein werden und die Gefahr in Konstantinopel vorüber sein wird, was im Laufe der nächsten Tage nach Einnahme der Stadt der Fall sein könnte. In diesem Falle würde sich der Bezirk, auf den sich die Amtsgewalt der Kommissare erstreckt, mit fortschreitender Entwicklung der militärischen Handlungen und tatsächlicher Befriedigung der eroberten Gebiete erweitern. Andererseits würden, sobald nur ein bestimmtes Gebiet aufhören würde, Kriegsschauplatz zu sein, die in ihm befindlichen Truppen Garnisonscharakter erhalten, wobei in entsprechender Weise die Zivilgewalt vor der Militärgewalt den Vorrang hätte. Einzelne strategische Punkte und Gebiete, wie z. B. möglicherweise die Halbinsel Gallipoli und ein Teil der asiatischen Küste, könnten, falls dies aus militärischen Rücksichten erforderlich sein sollte, nach Übereinkunft zwischen dem militärischen Oberkommando und den Zivilkommissaren unter der Oberkontrolle der Militärgewalt verbleiben.

Auf diese Weise könnte man ungefähr eine sehr wesentliche Abgrenzung der Befugnisse der Militär- und der Zivilgewalt vornehmen: in den befriedeten Gebieten — Vorrang der Zivilgewalt, in den eines besonderen militärischen Schutzes bedürftigen Gebieten — ein ebensolcher Vorrang der Militärgewalt.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß sich der Wirkungskreis der Zivilgewalt ständig erweitern kann, je mehr die militärischen Handlungen im Gebiete Konstantinopels und der Meerengen fortschreiten und diese Gebiete vom Feinde gesäubert werden. In diesem Falle gewinnt in Anbetracht des Wunsches unserer Verbündeten, in Konstantinopel für jede der verbündeten Armeen eine besondere Besetzungszone zu schaffen, eine genaue Festsetzung dieser Zonen unabhängig von der Stärke und dem Umfange der einzelnen Abteilungen eine besondere Bedeutung. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man sich mit § 3 des englischen Entwurfes vom 29. Juni 1915 tatsächlich nicht einverstanden erklären. Hierbei ist die ursprüngliche Teilung der Stadt in drei Zonen, die in Zukunft jede Möglichkeit von Mißverständnissen ausschließt, zweifellos sehr erwünscht, um so mehr als die Tätigkeit der Militärgewalt in den oben erwähnten drei Zonen den Charakter des Garnisonsdienstes tragen wird, bei dem die Anzahl der vorhandenen Streitkräfte keine wesentliche Bedeutung haben wird.

Die zweite wesentliche Frage ist die Übereinstimmung der Tätigkeit der Kommissare auf der Grundlage der Anerkennung der gegenseitigen Interessen. Die Verbündeten sind, wie oben erwähnt wurde, berechtigt, von uns die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu erwarten. Von diesem Standpunkte aus müssen die Forderungen der Franzosen mit vollster Aufmerksamkeit einer allseitigen Prüfung unterzogen werden. Gegenwärtig habe ich nicht die notwendigen Angaben zur Hand, um mich in bestimmter Weise im einzelnen über jede dieser Forderungen zu äußern und insbesondere über die in der Note der französischen Botschaft in Petrograd vom 6./19. Juli 1915 erhobenen Forderungen, die sich auf die ausnahmslose Anerkennung aller durch die Irade des Sultans vom 21. April 1914 bestätigten Verträge und Abkommen zwischen Frankreich und der Türkei beziehen, selbst derjenigen von ihnen, die von den interessierten Parteien noch nicht unterzeichnet sind. Diese Angelegenheit erfordert eine Prüfung durch die zuständigen Finanzfachleute und sodann eine politische Beurteilung. Jedenfalls ist der Grundsatz der Wahrung der Wirtschaftsinteressen der Verbündeten in Konstantinopel selbst unbestreitbar. Nicht weniger erwünscht und durchaus gesetzlich dürfte von unserem Standpunkte aus das Bestreben erscheinen, durch Verträge allmählich solche Einrichtungen und Rechte der Ausländer aufzuheben, die in Zukunft eine lästige Beschränkung der souveränen Gewalt Rußlands in Konstantinopel wären. Die Einlösung des auf uns entfallenden Teiles der türkischen Schuld und der Verbindlichkeiten müßte als eines unserer Hauptziele gesetzt werden.

Außer den wirtschaftlichen Interessen wird man wahrscheinlich auch einigen Vorrechten auf religiösem und kulturellem Gebiete sowie den Rechten der Ausländer auf dem Gebiete der Rechtspflege Rechnung tragen müssen. In der Übergangszeit verpflichtet dies alle Parteien, den Status quo nach Möglichkeit zu wahren, wobei jedoch eine allmähliche Abgrenzung der souveränen Rechte der verbleibenden Gewalt von den Vorrechten der ausländischen Personen und Einrichtungen Platz greift. Ohne besondere Rechte in der Übergangszeit zu beanspruchen, können wir jedoch von unseren Verbündeten die Anerkennung davon erwarten, daß wir auch in dieser Übergangszeit die spätere Verankerung unserer Macht in Konstantinopel nicht aus dem Auge lassen können, und daß es in unser aller Interesse liegt, diesen Übergang möglichst schmerzlos zu gestalten.

Infolgedessen ist es für uns wesentlich, daß wir bei Beibehaltung des Grundsatzes der Obergewalt der drei Kommissare uns diejenigen Verwaltungszweige sichern, durch die die allgemeine Leitung der Staatsmacht am meisten bestimmt wird, d. h. die Departements

des Innern und der Justiz. Die Ressorts der Finanzen, des Handels und der Zölle dagegen könnten für die Dauer der Besetzung unter den Verbündeten verteilt werden. Wie Sie aus dem russischen Entwurfe zu ersehen belieben, schlagen wir vor, die Chefs aller Departements in einem den Kommissaren unterstellten besonderen Verwaltungsorgan zusammenzufassen. Wir ließen uns hierbei von dem Gedanken leiten, daß die zwischen den einzelnen Departementschefs möglichen Unstimmigkeiten nach Möglichkeit durch dieses Organ geschlichtet werden könnten. Auf diese Weise würde sich die Möglichkeit von Reibungen zwischen den Hohen Kommissaren verringern und damit zugleich in der Person dieser letzteren der für die Autorität der obersten Verwaltung notwendige Grundsatz der Solidarität der drei Mächte auf bessere Weise gewahrt werden. Im § 5 des russischen Entwurfes sind sechs Departements in Aussicht genommen. Da die Franzosen dringend verlangen, daß ihnen der Posten des Chefs des Finanzdepartements eingeräumt wird, während die Zollverwaltung den Engländern versprochen ist, so könnte man vielleicht das von uns vorgesehene besondere Kultusdepartement ausschließen und das Zolldepartement als selbständiges Departement einsetzen. Was die Frage des Kultusdepartements anbelangt, so könnte dieser begrenzte Verwaltungszweig für die Dauer der Besetzung dem Departement des Innern übertragen werden. Die von mir vorgeschlagene Änderung ist durch den Wunsch hervorgerufen, die bereits in Aussicht genommene Zahl von sechs Departements zwecks gleichmäßiger Verteilung unter die drei Verbündeten beizubehalten. Gleichzeitig wäre die Einverleibung der Kultusangelegenheiten in den Geschäftskreis russischer Amtspersonen darin begründet, daß wir, ohne den unmittelbaren Interessen unserer Verbündeten zu nahe zu treten, Angelegenheiten verwalten würden, die für die Staatsgewalt, der es bestimmt ist, in Konstantinopel zu verbleiben, unbedingt von Interesse sind. Auf diese Weise wäre folgendes Schema der Verteilung der Departements nach Nationalitäten in Aussicht genommen: 1. Die Departements des Innern und der Justiz würden uns gehören; 2. an der Spitze der Departements der Finanzen, der Zölle sowie des Handels und der Industrie — Franzosen und Engländer nach gegenseitiger Übereinkunft und endlich an der Spitze des Departements der Ewkafen entsprechend dem Wunsche unserer Verbündeten — irgendein Mohammedaner, der des Vertrauens der Mächte würdig ist.

Was die im französischen Entwurfe enthaltenen Erwägungen über die Justizverfassung anbelangt, so würde ich Bedenken tragen, sie gegenwärtig genau zu zergliedern, da ich der Ansicht bin, daß dies Sache der Fachleute ist und daß man ein entsprechendes Gutachten vom ehemaligen ersten Dragoman der Botschaft in London erhalten könnte. Ich beschränke mich auf den Hinweis, daß es wünschenswert wäre, das Regime der Kapitulationen nach Möglichkeit durch nichts festzulegen und gleichzeitig die Schaffung irgendwelcher neuer Organe an Ort und Stelle, die einen internationalen Charakter tragen, zu vermeiden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und vollständigen Ergebenheit.

Fürst Trubezkoi.

19.

Der russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris

Nr. 507 St. Petersburg, den 30. Januar/12. Februar 1917.

Geheim.

Kopie nach London.

Auf einer Audienz beim Zaren machte Herr Doumergue dem Kaiser Mitteilung von dem Wunsche Frankreichs, sich nach der Beendigung des jetzigen Krieges die Rückgabe Elsaß-Lothringens und eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern, ferner die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland zu erreichen und diese auf einer besonderen Grundlage zu organisieren, damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen einen deutschen Einfall bildet. Doumergue sprach die Hoffnung aus, daß die Kaiserliche Regierung sich nicht weigern würde, sofort ihr formelles Einverständnis mit diesen Vorschlägen auszusprechen. Seine Majestät geruhte, sich hiermit grundsätzlich einverstanden zu erklären; infolgedessen bat ich Doumergue, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen und mir den Entwurf eines Abkommens mitzuteilen, das durch einen Notenwechsel zwischen dem französischen Botschafter und mir formell vollzogen werden könnte. Indem wir auf diese Weise den Wünschen unseres Bundesgenossen entgegenkommen, halte ich es dennoch für meine Pflicht, an den Standpunkt zu erinnern, den die Kaiserliche Regierung im Telegramm vom 9. März 1916, Nr. 948, eingenommen hat: „daß, indem wir Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenzen Deutsch-

lands überlassen, wir unsererseits damit rechnen, daß unsere Verbündeten ihrerseits uns die gleiche Freiheit in unseren Grenzregulierungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen". Daher gibt uns der bevorstehende Notenaustausch über die von Doumergue angeregte Frage Anlaß, die französische Regierung zu bitten, uns gleichzeitig ihr Einverständnis damit zu bestätigen, daß sie Rußland in der Sache der Bestimmung seiner zukünftigen westlichen Grenzen volle Handlungsfreiheit läßt. Genaue Angaben zu dieser Frage werden wir seinerzeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Außerdem halten wir es für notwendig, einen Vorbehalt zu machen bezüglich des Einverständnisses Frankreichs zu der Abschaffung des auf den Alandsinseln ruhenden Servituts nach Beendigung des Krieges. Wollen Sie sich bitte im oben angeführten Sinne mit Briand aussprechen und mir die Ergebnisse mitteilen.

Pokrowski.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

20.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 88 Paris, den 31. Januar/13. Februar 1917.

Geheim.

Kopie nach London.

Ich nehme Bezug auf Ihr Telegramm Nr. 507.

Ich habe eben schriftlich dessen Inhalt Briand mitgeteilt, der mir sagte, daß er nicht verfehlen würde, mir die offizielle Antwort der französischen Regierung zu übermitteln, daß er aber schon jetzt in seinem eigenen Namen mir erklären könne, daß die in Ihrem Telegramm ausgesprochenen Wünsche auf keine Schwierigkeit stoßen werden.

Iswolski.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

21.

Note des russischen Außenministers an den französischen Botschafter in Petersburg

Nr. 26 St. Petersburg, den 14. Februar 1917.

In der Note vom heutigen Tage waren Euer Exzellenz so freundlich, der Kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtige, unter die Friedensbedingungen, welche Deutschland vorgeschlagen werden sollen, folgende Forderungen und Garantien territorialer Natur aufzunehmen:

1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. Die Grenzen (dieses Gebiets) werden mindestens bis zum Umfange des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzusetzen, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers dem französischen Territorium einverleibt wird.
3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, sollen von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden.
4. Die linksrheinischen Gebiete, die dem Bestand des französischen Territoriums nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und so lange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen und Garantien erfüllt haben werden, die im Friedensvertrage angeführt sein werden.

Euer Exzellenz erklärten mir, daß die Regierung der Republik glücklich wäre, die Möglichkeit zu haben, auf die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer Absichten rechnen zu können. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät, meines erlauchten Gebieters, habe ich die Ehre, im Namen der russischen Regierung auf die gegenwärtige Note Euer Exzellenz zu erklären, daß die Regierung der Republik auf die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer oben dargelegten Absichten rechnen kann.

Genehmigen Sie usw.

Sasonow.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

22.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister

Nr. 168 Paris, den 26. Februar/11. März 1917.

Geheim.

Meine Antwort auf das Telegramm Nr. 167.

Nr. 2. — Um die volle Bedeutung der im Jahre 1916 mit der russischen Regierung abgeschlossenen Verträge hervorzuheben, nach denen nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges die Frage bezüglich Konstantinopels und der Meerengen entsprechend den Wünschen Rußlands geregelt werden soll, sowie um den Verbündeten in militärischer und industrieller Hinsicht aller Garantien zu verschaffen, die die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches gewährleisten, gesteht die Regierung der französischen Republik Rußland volle Freiheit zu, seine westlichen Grenzen nach seinem Ermessen zu bestimmen.

Iswolski.

(Auswärtiges Amt: Dokumente aus den russischen Geheimarchiven.)

23.

Notiz über den Vertrag zwischen Rußland, Frankreich und England über Elsaß-Lothringen und das linksrheinische Gebiet sowie über die westlichen Grenzen Rußlands vom Jahre 1917.

Geheimarchiv des Ministers. Sehr geheim.

Während der Anwesenheit des ersten französischen Bevollmächtigten auf der Konferenz der Verbündeten in Petersburg im Jahre 1917 teilte Herr Doumergue den Wunsch Frankreichs mit, daß demselben nach Beendigung des Krieges die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen gewährleistet und eine besondere Stellung im Flußtal der Saar zuerkannt, und daß das linksrheinische Gebiet von Deutschland abgetrennt und nach besonderen Grundsätzen organisiert werde, damit künftig der Rhein eine gesicherte strategische Grenze gegen deutsche Einfälle bildet. Herr Doumergue äußerte die Hoffnung, daß die russische Regierung es nicht ablehnen werde, ihrem Einverständnis mit diesen Vorschlägen die nötige Form zu geben.

Hierzu telegraphierte der Minister des Auswärtigen N. N. Pokrowski dem Botschafter in Paris, daß wir unsere Zustimmung zur Erfüllung der Wünsche unseren Verbündeten geben wollen, daß er es aber für seine Pflicht halte, den Standpunkt, den Sasonow bereits im Februar 1916 entwickelt habe, in Erinnerung zu bringen: indem Rußland Frankreich und England völlig freie Hand bei Bestimmung der Westgrenze Deutschlands läßt, rechnet es darauf, daß die Verbündeten ihrerseits Rußland die gleiche Freiheit bei der Grenzführung mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräume.

Das Pariser Kabinett schloß sich dem dargelegten Standpunkt an, woraufhin ein Austausch von folgenden zwei diplomatischen Dokumenten stattfand:

1. Durch die Note vom 14. Februar 1917 unterrichtete N. N. Pokrowski Herrn Paléologue von der Zustimmung Rußlands zu den französischen Vorschlägen über die Führung der westlichen Grenzen Deutschlands.

2. Am 11. März 1917 teilte der Botschafter in Paris, Herr Iswolski, den Text der Note des französischen Ministers des Auswärtigen mit, in der Frankreich seine Zustimmung dazu gibt, daß Rußland bei Bestimmung seiner westlichen Grenze volle Freiheit genießt.

(Auswärtiges Amt: Dokumente aus den russischen Geheimarchiven.)

Schlußwort von Wilson

In seiner Rede am Grabe Washingtons am 4. Juli 1918 formulierte Wilson die vier Punkte, „für welche die verbündeten Völker der Welt kämpfen und die ihnen zugestanden werden müssen, bevor Frieden werden kann". Punkt II verlangt:

„Die Regelung jeder Frage, ob sie sich auf Gebiete, auf Oberhoheit, auf wirtschaftliche Vereinbarungen oder auf politische Beziehungen erstreckt, auf Grund der freien Annahme der betreffenden Regelung durch das unmittelbar davon betroffene Volk und nicht auf Grund des materiellen Interesses oder des Vorteils irgendeiner anderen Nation oder eines anderen Volkes, das eine abweichende Regelung zugunsten seines eigenen äußeren Einflusses oder seiner Herrschaft wünschen mag."

Wissenschaftliche Rundschau

Aphorismen über Kinderpflege und -Erziehung[1])

Von Professor Meinhard von Pfaundler in München

Meine Damen und Herren!

In Erziehungsfragen Fachmann ist der Pädagoge und Sie werden sich vielleicht wundern, daß ein Paediater, ein Kinderarzt dazu gehört sein will. Dieser mag — so werden Sie denken — etwas verstehen von Kinderkrankheiten, aber in Erziehungsangelegenheiten ist er wohl besten Falles Dilettant. Wie immer dem sei — eines muß unbedingt festgehalten werden: Der Kinderarzt ist es, dem auf Schritt und Tritt gewisse Folgen von Erziehungsfehlern begegnen, über die der Fachpädagoge weniger erfährt oder mindestens nicht in so unmittelbarer und eindrucksvoller Form — und zwar deshalb, weil das Publikum nicht in ihm, sondern im Arzte die Instanz zur Klärung und Änderung der Sachlage erblickt. Dies mag verfehlt und vielleicht bedauerlich sein, doch ist es begreiflich, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: Die Schäden, die wir heute ins Auge fassen wollen und die wir als die Folgen pädagogischer Fehler ansprechen, treten bemerkenswerterweise in einer ganz eigentümlichen Verkleidung auf, nämlich in der Maske von ausgesprochenen Körperschäden (im gewöhnlichen Sinne des Wortes), ja sie können ganz geläufige Krankheitsbilder in solchem Maße imitieren, daß nicht allein Laien, sondern Erzieher, Lehrer und schließlich auch Ärzte völlig irregeführt werden. Es kommt vor, daß erst nach jahrelanger nutzloser Behandlung einer vermeinten, „Krankheit", sei es durch Zufall, sei es durch zielbewußtes Handeln, dieser die Larve vom Antlitz gerissen wird und dahinter das wahre Gesicht zum Vorschein kommt, nämlich der Erziehungsfehler oder aber der Pflegeschaden; die beiden Dinge gehen ja praktisch Hand in Hand und sind oft schwer voneinander abzugrenzen.

Diese Sachlage rechtfertigt es, ja sie fordert geradezu, daß auch der Kinderarzt von seinen Wahrnehmungen erzähle. Es wird ihm fernestehen, die Angelegenheit von dem sublimen Standpunkte der Theorien von pädagogischer und psychologischer Wissenschaft zu behandeln; vielmehr wird er sich bescheiden und nur ganz schlichte Worte wählen für den Bericht, wie sich die Dinge in seiner Perspektive darstellen.

Recht bunt ist das Bild der körperlichen Symptome, die sich — in mannigfacher Verknüpfung — auf dem Boden von Pflege- und Erziehungsfehlern entwickeln können. Beispielsweise gehören hiezu: Blasse Gesichtsfarbe, wie bei schweren Formen von Blutarmut, doch bei normaler Blutbeschaffenheit, blaue Ringe um die Augen, Nahrungsverweigerung infolge Appetitlosigkeit, Würgen und Erbrechen bei und nach der Nahrungsaufnahme, schmerzhafte Koliken, Durchfälle und Hartleibigkeit wie bei ernsten Verdauungsstörungen, chronischen Magen- oder Darmkatarrhen und Blinddarmentzündung, Husten, bronchialasthmatische Zustände, gestörte Schlagfolge des Herzens, Ausscheidung von stark getrübtem Harne, Hautentzündungen mit quälendem Juckreiz und noch viele andere.

Für den behaupteten Zusammenhang solcher, auf körperliche Ursachen nicht zurückzuführender Krankheitszeichen mit gewissen Pflege- und Erziehungsfehlern spricht der Umstand, daß wir ihnen begegnen gerade in jenen Ständen, in jenen Familien, in denen solche Fehler an der Tagesordnung sind und daß wir sie selten vermissen, wenn gewisse äußere Umstände jenen Fehlern besonderen Vorschub leisten; beispielsweise läßt sich das Auftreten von Zeichen aus obiger Reihe ziemlich sicher voraussagen, wenn ein einziges oder gar ein durch lange Zeit ersehntes Kind von vermögenden, nervösen und stark nachgiebigen Eltern aufgezogen wird. Der Beweis aber, daß der Zusammenhang wirklich der vermeinte ist, ergibt sich aus dem Heilerfolg von Maßnahmen wesentlich pädagogischer Natur und das Versagen der ärztlichen Kunst, wenn sie sich nur auf die ihr sonst eigenen Requisiten stützt. So befremdlich es zunächst erscheint, so steht doch unbedingt fest, daß man die aufgezählten, aber auch andere körperliche Zeichen oft nur mit erziehlichen Mitteln erfolgreich bekämpfen, ja prompt beseitigen kann.

Welches ist nun die Natur und Entstehungsweise der vermeinten Gesundheitsstörungen, wenn sie nicht in sinnlich wahrnehmbaren Körperveränderungen ihre wahren Wurzeln haben?

Seit langer Zeit steht bei Ärzten und Laien ein Leiden im Rufe, ohne alle körperliche, wie wir sagen, organische Ursachen Krankheitsbilder jeglicher Art hervorzurufen; das ist die Hysterie. Diese kann in der Tat nicht allein bei Erwachsenen, sondern auch bei Kindern in

[1]) Nach einem am 4. Februar 1925 im Auditorium maximum der Universität München gehaltenen Vortrage.

solcher Richtung wirksam sein. Aber die Typen, die wir heute ins Auge fassen wollen, sind nicht einschlägig. Die Träger der vermeinten Störungen haben in der überwiegenden Zahl durchaus nicht den Charakter von Hysterikern.

In zweiter Linie wird man — mindestens bei einigen jener Störungen, z. B. beim Erbrechen, bei den Koliken, bei den Pulsunregelmäßigkeiten — daran denken, daß sie, wie man sagt, „nervöser" Natur oder auf dem Boden einer „allgemeinen Nervosität" entstanden sein könnten. Solche Ausdrucksweise ist in der Tat auch bei Kundigen sehr verbreitet. Es kann im Einzelfalle die Frage entstehen: Ungezogen oder nervös? Ein richtiges Entweder-Oder können wir darin aber kaum erblicken. „Zwischen den Eigentümlichkeiten eines Kindes, die als Ungezogenheit bezeichnet werden und zwischen denen, die man nervöse Störungen nennt, ist (nach Czerny) kein prinzipieller, sondern nur ein gradueller Unterschied". „Nervosität", so werden andere vielleicht sagen, ist die euphemistische, d. h. die schonend umschreibende Form des Ausdruckes „Ungezogenheit", mit dem der Arzt sich bei den wenig befähigten Erziehern recht unbeliebt machen und von vorneherein eine seinem ersprießlichen Wirken wenig nützliche Opposition schaffen würde. Aber wir haben auch ganz andere und streng sachliche Gründe, den Ausdruck „ungezogen" zu meiden; er ist oft ganz ungeeignet, denn die Erziehungsfehler, die wir im Auge haben, müssen durchaus nicht zu Ungezogenheit im gewöhnlichen Sinne des Wortes führen. Vielfach wurde überhaupt an den Kindern gar nicht zu wenig, sondern von nervös-vielgeschäftigen Eltern eher zu viel gezogen; „Fehlgezogenheit" wäre also schon eine weit bessere Bezeichnung.

Nervosität ist natürlich auch insoferne ein viel weiterer Begriff, als Erziehungseinflüsse doch erst für das Geborene in Betracht kommen, während Nervosität anlagemäßig, angeboren sein kann, auf welchen Fall einzugehen unsere heutige Fragestellung nicht nötig macht.

Stets freilich müssen wir uns darüber klar sein, daß die Sache mit den veritablen „Nerven", d. h. mit den schönen weißen Fasersträngen, die wir am anatomischen Präparat nach den Gliedern streben und sich dort verzweigen sehen, als solchen gar nichts zu tun hat; könnte man bei einem „Nervösen" alle diese Nervenstränge herausholen und durch jene eines völlig Gesunden ersetzen, dann würde man damit in der hier vermeinten Richtung nichts erreichen. Es sind vielmehr höhere Instanzen, die für die sogenannten nervösen Störungen in Betracht kommen, nämlich regulierende Stationen, zentral gelegene Stellwerke, die mit dem Seelenleben in engster Fühlung stehen und die in Unordnung, in Desorganisation geraten, wenn das letztere Schaden hatte. Fehlerziehung aber ist in hervorragendem Maße geeignet, solche seelische Störungen und auf dem Umwege über diese schließlich auch körperliche Störungen herbeizuführen, wie wir hier erläutern wollen.

Ein Wort noch über das Wesen dessen, was wir im folgenden unter „Erziehung" hauptsächlich verstehen — erläutert an dem Objekt der ersten pädagogischen Beeinflussung. Der neugeborene Mensch ist zunächst eine Reflexmaschine, wandelt sich aber binnen Tagen zum Instinktwesen um, und die Prüfung der für sein Tun bestimmenden Instinkte ergibt, daß sie „alle auf Erhaltung, auf Mehrung des Ich, auf Gewinn und Sicherung von Lustgefühlen für das Ich" eingestellt sind, mit einem Worte egoistische Triebe „stellen den angeborenen, durch die Kette der Generationen vererbten Unterbau alles seelischen Lebens dar" (Goett). Das gilt grundsätzlich gleich von Mensch und Tier. Auch der Mensch fängt als Naturprodukt an, hört aber im Gegensatze zum Tier gleichsam als Kulturprodukt auf, muß also früher oder später gänzlich umgestellt werden; denn Kultur fordert Zusammenarbeit von Gruppen, Sozialisierung, ist also zum mindesten mit ungeschminktem, ungehemmtem, mit brutalem Egoismus unvereinbar. Die vermeinte Umstellung aber ist der Kernpunkt der Erziehung des Menschen. Auch Tiereltern wirken systematisch auf ihre Brut ein und auch da spricht man von Erziehung; aber diese Erziehung unterstützt und fördert nur die angeborenen Instinkte der Jungen, beispielsweise bei der Aufspürung und Bewältigung der Beute[1]), während die menschliche Erziehung denselben Instinkten (die nur glücklicherweise ärmer und lockerer gefügt sind als beim Tier) geradezu entgegenwirkt, dem schon laufenden Rad nicht Antrieb gibt, sondern ihm in die Speichen greift und es zurückdrehen muß. Man versteht so, welche grundsätzlichen Schwierigkeiten der Erziehung, einer Umziehung beim Menschen entgegenstehen. Äußerlich und innerlich, körperlich und seelisch gänzlich unangepaßt wird der Mensch in seine Umwelt hineingeboren und die für ihn harte, für die Umgebung mühevolle Anpassung muß in den ersten Lebenstagen beginnen.

Wie aber steht es mit der vielgepriesenen Rückkehr zur Natur?

Preisen wir nicht die natürliche Ernährung des Säuglings und freuen wir uns nicht, daß wir neuerdings zu ihr zurückgefunden haben? Ich behaupte, wir haben sie in Wirklichkeit

[1]) Eine interessante Ausnahme machen die sozialen, die staatenbildenden Tiere.

gar nicht. Lassen wir denn die Neugeborenen so, wie es die Natur vorschreibt, wie sie es uns am Beispiel der Naturvölker und der Säugetiere weist, Tag und Nacht das Lager oder den Aufenthalt der Mutter teilen in stetem körperlichen Kontakte, lassen wir sie fast ohne Unterbrechung an den Brüsten liegen, wonach auch das natürliche Streben vieler Neugeborener so deutlich geht? Nein, das dulden wir nicht. Wir schaffen dem Kinde also bestenfalls eine natürliche Nahrung, aber nicht auch eine wahrhaft natürliche Ernährungsweise. Wir streben nach einer widernatürlichen Scheidung des Lagers und einer widernatürlichen zeitlichen Begrenzung und Verteilung der einzelnen Mahlzeiten. Die wahrhaft natürliche Säuglingsernährung scheint uns beim Menschen unrationell; wir bekämpfen sie und das mit vollem Rechte. Denn im Gegensatze zum erwachsenen Tier, das auf der Weide oder sonst bei gebotener Gelegenheit ziemlich ununterbrochen Mahlzeit nimmt, kann der erwachsene Mensch es nicht so halten; er muß vielmehr angesichts der ihm erwachsenden kulturellen Aufgaben die nur dem Körper dienenden Leistungen einschränken und die Erziehung nach dieser Richtung beginnt in den ersten Lebenstagen.

Die Ernährung ist nur eine Teilfunktion der Pflege. Wenn wir natürliche Ernährung fordern, dann müßten wir folgerichtig auch natürliche Säuglingspflege verlangen, was sich leicht ad absurdum führen läßt. Unsere Säuglingspflege ist höchst widernatürlich und sie muß es sein und bleiben im Dienste der Erziehung.

Gerade die ersten Anfänge der Erziehung lassen deren Wesen richtig erkennen: als „die bewußte Umstellung des subjektiven Funktionierens in den Bahnen größtmöglichen Lustgewinnes auf ein den Wirklichkeiten des Kulturlebens angepaßtes Sichbescheiden mit dem sozial eben noch zulässigen und möglichen Maß von Lustgewinn", wobei wir aber im Gegensatz zu Freud, Friedjung u. a. durchaus nicht nur an erotische Lust denken. Diese Erziehung ablehnen hieße die Kultur aufgeben, das einige Instrument, das dem körperlich entwaffneten Menschen zur Erhaltung seiner Existenz im Kampf ums Dasein geblieben ist.

Eine der wichtigsten Leistungen und Aufgaben der Erziehung ist dasjenige, was wir die seelische Abhärtung nennen. Was verstehen wir darunter? Inwiefern und mit welchen Folgen für die Körperfunktionen wird sie unterlassen? Um dies zu erkennen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, mir nun im Geiste ein wenig in die Kinderstube zu folgen.

Das Neugeborene wird eben zum ersten Male an die Mutterbrust gelegt. Ein feierlicher und erhebender Akt, der aber leider insofern unprogrammäßig verläuft, als das Kind nicht recht anbeißen will, oder, wenn dies geschehen ist, beim Saugen keine rechte Energie entfaltet, nämlich anscheinend die damit verbundenen Mühen scheut. So muß es vor der schwellenden Brust fasten — das arme Kind! Aber rasch ist die schon bereit gehaltene Milchflasche zur Hand, aus der ihm die Nahrung in den Mund geträufelt wird, was ihm bis auf das Schlucken jegliche Mühe spart. Freilich geht das Neugeborene nach dieser Erfahrung erst recht nicht mehr an die Brust; es wird also zum Flaschenkinde, aber man hat es doch wenigstens vor unnützen Anstrengungen bewahrt.

Ein paar Tage später! Der Säugling schreit — ach, das arme Kind! Es ist wohl hungrig oder liegt naß oder kalt oder auf einer Falte der Windel? Doch nicht! Man hat es eben erst gefüttert, trockengelegt und tadellos gebettet. Also muß es Schmerzen haben. Nebenbei bemerkt eine verfehlte Logik; denn sicher schreien Säuglinge oft auch nur deshalb, weil sie sich in der dunklen aber richtigen Empfindung ihrer persönlichen Hilflosigkeit gefährdet wissen, wenn sie sich selbst überlassen und nicht von fremder Hand betreut sind, was sie leicht wähnen können, sobald sie die Pflegepersonen nicht sinnlich wahrnehmen.

Aber nein, das Kind muß Schmerzen haben. Man muß diese Schmerzen übertäuben, man muß den Säugling aus der Wiege reißen, man muß mit einem nicht versiegenden Schwalle begütigender Worte in allen Tonarten zärtlichster Empfindung, man muß mit lärmendem, grell gefärbtem Spielzeug, durch Wiegen, Tragen, Schwenken, Schaukeln, mit einem Worte durch starke Reize auf alle Sinne zu Werke gehen. Sie führen in der Tat zum Ziele — allerdings nur für kurze Zeit, und bei weiteren „Schmerzanfällen" bedarf es schon etwas größeren Aufwandes solcher angeblicher Beruhigungs-, in Wirklichkeit Reizmittel.

„Locken" ist ein alter, heute schon halbvergessener Fachausdruck für solches Tun der Pflegenden. Viele von Ihnen haben vielleicht die Erfahrung gemacht, daß ein gewisses Maß von „Locken" da und dort sichtlich Vorteil und keinen erkennbaren Schaden gebracht hat. Das sei gerne zugegeben. Ja, in des Mönches Salimbene Chronika steht sogar zu lesen, daß Säuglinge, die der Hohenstaufenkaiser Friedrich II. unter strengem Lockverbot aufziehen ließ (angeblich aus Neugierde, welcher Sprache sie sich bedienen würden, wenn sie nie eine solche vernommen hätten), daran zugrunde gegangen seien. Und auch Kinderärzte vertreten die Ansicht, daß gewisse Schäden, die die Massenpflege in Säuglingshospitälern mit sich bringen kann, auf den Nichtgebrauch oder das strikte Verbot jeglichen Lockens und damit

auf eine Art von seelischer Verhungerung der Kinder zurückzuführen seien. Da handelt es sich allerdings zumeist um abnorm veranlagte und kranke Kinder. Ich gebe zu, daß es von diesem Zustande zu jenem der Gesundheit keine scharfe Grenze gibt und möchte auch in der Privatpflege das Locken nicht unter allen Umständen und in jeder Form verdammt wissen. Aber es darf nicht zum Verlocken werden.

Wir kehren zu unserem Baby zurück. Mittels der genannten und vieler anderer Kunstgriffe gelang es tatsächlich auch in den nächstfolgenden Monaten ihm die herbe Erkenntzu ersparen, daß — wie der Dichter sagt — „hienieden allerlei zuwider und verdrießlich sei". Freilich ist der Aufwand an Mühen und Opfern groß und die mütterlichen „Nerven" tragen die Unkosten. Dazu kommt, daß es mit zunehmendem Alter immer schwerer wird, die schöne Täuschung aufrechtzuerhalten. Nicht mehr an sein Lager gebannt stößt der Jährling allen Ortes an körperliche wie an seelische Härten und Ecken der Umwelt. Ihm über diese hinwegzuhelfen, dazu reicht die Kraft einer noch dazu schon erschöpften Person keinesfalls mehr aus. Es muß ein Kindermädchen eingestellt werden und wir nehmen den Glücksfall an, daß eine opferwillige und gewissenhafte Helferin gefunden werde. Sollte diese die Absicht der Arbeitgeber, das Kind tunlichst zu schonen, nicht ohne weiteres richtig erkennen, so wird sie durch Wort und Beispiel darüber aufgeklärt und in Kürze zu einer von der Herrschaft geschätzten, zu einer „kinderlieben" Mitarbeiterin. Viribus unitis geht man den einmal beschrittenen Weg weiter. Nun muß man ihn ja wohl weiter gehen; wäre doch die mehr und mehr schon zum Vorschein kommende Unart — oder sagen wir vielleicht Eigenart — des Kindes anderenfalls unvereinbar mit einem leidlich reibungslosen Dasein, einem gewissen Hausfrieden, auf den auch der heimkehrende Vater sichtlich Gewicht legt.

Man beginnt freilich Wahrnehmungen zu machen, die unerwünscht sind. Das gleichaltrige Kind im Nachbarhause ist schon bett- und zimmerrein geworden, das unsere aber noch nicht im mindesten. Man beginnt wohl „abzuhalten", wie der Fachausdruck lautet, doch ist das ein für das Objekt lästiges Verfahren. Da es doch unterhaltendere Beschäftigungen vor Augen hat, widerstrebt es, ja es schreit. Ach, das arme Kind! Unter diesen Umständen sieht man von solchen Zwangsmaßnahmen doch lieber ab.

Eine zweite Wahrnehmung: Unser Kind hat jüngst einmal seine Milchmahlzeit abgelehnt — es war freilich schon die sechste an dem Tage, aber sie war doch früher immer noch bewältigt worden. Nun, man wußte sich zu helfen. Eine kleine Beimischung von Bohnenkaffee hat die Schwierigkeit behoben und als sie wiederkehrte, bewährte sich Kakao, noch besser Milchschokolade in flüssiger und in fester Form, von der ja feststeht, daß sie bekömmlich und nahrhaft ist und die daher eine zunehmende Rolle im Speisezettel zu spielen beginnt. Um dem Kinde aber daneben auch noch andere und minder würzige Kost beizubringen, wurden sinnige Methoden erdacht. Durch Vorweisung von immer neuem Spielzeug oder wohl auch von Gegenständen, die an sich nicht zum Inventar einer Kinderstube gehören, von Uhren, Schmuckwerk u. dgl., dann durch kleine Vorführungen, beispielsweise Puppen- oder Kasperltheater, durch Kastagnettentänze (wie ich jüngst hörte) und ähnliche Kurzweil wird die Aufmerksamkeit des Kindes für einige Augenblicke abgelenkt, die eine andere Person geschickt dazu verwendet, rasch einen Bissen in den Mund des Kindes zu stecken; dieser wird freilich nicht gekaut, sondern bestenfalls ganz hinunter geschluckt, oft aber auch gespieen oder richtig erbrochen. Leider muß im ganzen doch festgestellt werden, daß unser Kind recht appetitlos geworden ist.

Auch mit der Verdauung ist nicht alles in Ordnung. Anscheinend macht es ihm Beschwerden, sich seiner Nahrungsreste zu entledigen; es meidet jedenfalls darauf abzielende Bemühungen, was ihm den Akt nicht völlig erspart, sondern nur aufschiebt und dadurch erst recht qualvoll gestaltet. Wohl wurde jüngst der Versuch gemacht, das widerstrebende mit sanfter Gewalt festzuhalten; aber das ging übel aus. Das Kind geriet darüber in Wut, schrie immer lauter und heftiger, kam dabei ganz außer Atem, wurde blau und schließlich zum Entsetzen der Umstehenden zwar still, aber blaß, ganz schlaff und anscheinend ohnmächtig! Konnte es aus diesem bedenklichen Zustande auch durch eine Schar alarmierter Hausgenossen bald wieder zum Leben erweckt werden, so war der Schreck von dem Vorkommnis doch allen mächtig in die Glieder gefahren und man gelobte sich, nie wieder durch erzieherischen Eigensinn einen lebensgefährlichen „Herzkrampf" herbeizuführen.

Im übrigen reift nun die Erkenntnis: Das Kind ist appetitlos, es leidet an Hartleibigkeit, an Blasenschwäche, ja sogar an Herzkrämpfen, mit einem Wort, es ist ernstlich krank und es muß, da die üblichen Hausmittel alle versagt haben, zum Arzt gebracht werden. Wenn dieser natürlich auch nicht untersuchen kann, da der Patient beim geringsten Anlauf dazu in eine Art Tobsucht und erneut in Herzkrampf zu verfallen droht, wenn der Arzt auch keine zusammenhängende Schilderung der vorliegenden Beschwerden erreichen kann, weil

die Mutter in der Sprechstunde ihre ganze Aufmerksamkeit aufwendet, um das Kind zu beruhigen, so wird er doch wohl Abhilfe schaffen können. Wozu wäre er sonst Arzt! Aber auch hier setzt es Enttäuschungen. Man durchläuft den üblichen Instanzenweg vom Hausarzt über den Facharzt zum Dozenten, Professor usw., in der bestimmten Annahme, daß einer der Befragten sich doch wohl mit überlegener Miene hinsetzen und jenes geheime Zaubermittel verschreiben werde, das man nur aus der nächsten Apotheke zu beziehen und dem Kranken einzugeben hätte, um auf der ganzen Linie Erfolg zu haben, um mit einem Schlage Ordnung zu schaffen. Aber leider versagt jedes Pulver, jede Mixtur. Der eine oder andere der befragten Ärzte verkannte den Zweck der Konsultation sogar in solchem Maße, daß er überhaupt gar kein Rezept verschrieb, sondern sich in einem längeren lehrhaften Gespräch über pädagogische Fragen erging, dem die enttäuschte Mutter natürlich kaum zuhörte und das an dem Zustande des Kindes erwartungsgemäß auch nicht das Mindeste änderte. Das arme Kind!

Nun beginnt man zu grübeln: Was ist die Ursache, wer trägt die Schuld? Abwechselnd ergeben sich folgende Annahmen: Der Vater hat im Feld einen Nervenschock erlitten, die Mutter war während des Krieges unterernährt, während der Schwangerschaft aufgeregt; das Kind wurde von der Pflegerin zu kühl gebadet, zu rasch gefüttert; gelegentlich erschreckt oder gar fallen gelassen; es wurde vom Arzte falsch behandelt. Das praktische Ergebnis dieser Studien ist leider gleich Null.

Nun wird nach einem kleinen Abstecher in die Homöopathie und Naturheilkunde auf eigene Faust weitergewurstelt, wodurch nichts besser wird, manches schlechter. Aber schier unerträglich gestaltet sich die Sachlage mit der Einschulung. Nicht allein, daß, wie den Eltern scheint, von der schlechten Luft, von der Heizung, vom Staub, vom langen Sitzen, von der Ungeduld, dem Ungeschick und Unverstande der Lehrperson, von der Ungezogenheit der anderen Kinder die körperlichen Beschwerden des Schulrekruten rasch zunehmen, besonders seine wachsgelbe Blässe, sein bis zur Verfallenheit verschlechtertes Aussehen, seine Nahrungsverweigerung, sein Bettnässen, und nicht allein, daß neue Zeichen sich hinzugesellen, Kopfschmerzen, morgendliches Erbrechen, Schreckhaftigkeit und spätes Einschlafen — es erwächst den Angehörigen eine neue Enttäuschung. Die beste Seite des Kindes war seine geistige Regsamkeit; eine gewisse (nicht ganz altersgemäße) Redegewandtheit, eine stete Teilnahme an Interessen Erwachsener bekundete eine außergewöhnliche Intelligenz und ließ damit auch ein geradezu glänzendes Bestehen in der Schule erhoffen. Davon ist aber gar keine Rede. Im Gegenteil: Leistungen, die die Eltern und gar die Großeltern stets in helle Verzückung versetzt haben, werden vom Lehrer als unvollständig bekritelt; es gibt schlechte Noten, es laufen Klagen aller Art ein: der Schüler sei unruhig, zappelig, zerstreut, flüchtig, ungenau, ungeschickt, unselbständig, ja störrisch. Das Urteil der Kameraden aber ist kein günstigeres als jenes der Lehrer. Freundschaften werden nicht gemacht. Bald erweist sich im Seelenleben des Kindes alles, was mit der Schule zusammenhängt, als mit peinlichen Sensationen verknüpft, als schmerzlich oder feindlich empfunden. Kein Wunder: Verglichen mit jener Schonung und Zärtlichkeit, die ihm im Elternhause entgegengebracht wurde, deucht dem Kinde dieser neu in sein Leben getretene, mächtige Außenfaktor rauh und kalt, ja bösartig und abstoßend. Gleich den körperlich unabgehärteten Kindern wird auch den seelisch unabgehärteten die Schule zum Verhängnis. Eine verspätete Anpassung von Schülern beiderlei Art gelingt bestenfalls nach einer unabsehbaren Reihe von Störungen, Konflikten, ja Katastrophen und sie gelingt oft genug gar nicht, da die Eltern alsbald darauf sinnen, auch jetzt noch ihr Erziehungsprinzip in Anwendung zu bringen: Auch weiterhin soll die Umwelt sich nach dem Kinde richten, nicht umgekehrt und das ist in gewissem Maße durch Einzelunterricht oder durch Privatschulen erreichbar. Die öffentliche Schule aber, ihre Einrichtungen, ihre Leiter und Organisatoren werden mit Vorwürfen überhäuft, die großenteils sicher ungerechtfertigt sind und bei kritischer Prüfung durchaus auf die Eltern zurückfallen müssen; denn sie haben es versäumt, im Spielalter die so wichtige „Erziehung zur Schule" — wie es Czerny trefflich ausdrückt und schildert — durchzuführen.

Im engsten Zusammenhange mit der Unterlassungssünde hinsichtlich der seelischen Abhärtung steht jene hinsichtlich der „pädagogischen Begrenzung". Primär ist jedes Kind Träger uferloser Wünsche. Es verlangt den ganzen Tag mögliche, aber auch unmögliche Dinge — weit mehr als etwa junge Säugetiere, deren Instinkt sie bald Interesselosigkeit an den meisten, nämlich allen nicht freßbaren Gegenständen der Umwelt lehrt. Eine vernünftige Erziehung zielt auf eine gewisse Begrenzung der Wünsche, und zwar noch ehe die erwachende Vernunft hier automatisch eingreift, die dann vieles Begehren gewissermaßen im Keime erstickt.

Am durchsichtigsten liegen die Dinge beim Besitz. Der erste Besitz des Kindes ist sein Spielzeug. Spielzeug von geeigneter Beschaffenheit wird bei ihm zur Quelle heiterster Freuden, die ein verstärktes Echo bei den umgebenden Erwachsenen finden. Beide Teile streben nun nach Vermehrung solchen Lustgewinnes und leicht werden hier gewisse Grenzen überschritten; ja manche Kinder werden noch in der Wiege mit Spielzeug aller Art geradezu überschüttet, so daß sie gar nicht mehr imstande sind, den einzelnen Gegenständen eine oft wiederholte, sich allmählich vertiefende Aufmerksamkeit zu schenken; sie werden derart geradezu zu flüchtiger Beobachtung erzogen. Man erlebt es immer wieder, daß ein Kind in seinem eigenen Bilderbuch bald altersgemäß guten Bescheid weiß, während bei einem anderen zehn Bilderbücher sichtlich alle miteinander ohne nachhaltigen Eindruck geblieben sind. Dies letztere Kind sieht man nur rasch die Seiten wenden, während das erstere anfängt, gesammelt mit stillem Ernste oder sichtlich belustigt auf Einzelheiten mit dem Finger zu weisen und bei ihnen zu verweilen. Aber mit Spielzeug tun sich die Eltern oft noch nicht genug. Das Kind begehrt darüber hinaus nach Dingen, die ausschließlich für den Gebrauch Erwachsener bestimmt sind, die man ihm aber trotzdem überläßt. Wichtiger als das Bedenken, daß davon gelegentlich Körperschäden entstehen können (Verletzungen, Verschlucken usw.), ist der Umstand, daß so die Gelegenheit versäumt wird, dem Kleinen den Begriff von Zugehörigkeit und Ordnung, ja geradezu von Mein und Dein, also im Grunde die Beschränkung beizubringen. Eltern, die es nicht übers Herz bringen können, kindliche Wünsche zu versagen, begeben sich damit einer wichtigen Erziehungshandhabe.

Auch in der späteren Kindheit wird der Aufwand an Spielzeug nicht selten ganz unsinnig weiter betrieben und dabei über dies noch inder Auswahl der Spielsachen grob gefehlt. Wahre Wunderwerke der einschlägigen Technik und Industrie sind gerade gut genug: Sprechende und laufende Puppen, heizbare Lokomotiven, Rundfunkapparate oder (wie ich jüngst sah) auch Puppenklosette mit Wasserspülung und ähnlichen Kram sieht man in Schaufenstern und leider auch in Kinderstuben. Solche Dinge reizen die meisten Kinder erfahrungsgemäß erst zum Hineinschauen ins Innere, dann zum Öffnen, zum Zerlegen und damit zum Zerstören. Schenkt man aber Werkzeug und Bausteine, Papier, Pappe, Ton und anderes Material, aus dem sich etwas herstellen läßt und leitet man die Kinder dazu beharrlich an (was freilich nicht so bequem ist, wie das Aufziehen einer Triebfeder unter dem Weihnachtsbaum), dann erzieht man zum Aufbauen, zum Gestalten. Im einen Falle also ist Analyse und Destruktion, im andern Fall Synthese und Konstruktion das Ergebnis; das eine blendet, das andere fördert; die Freude am einen ist vergängliches Strohfeuer, die am anderen kann die Grundlage für einen das Leben erfüllenden Beruf werden. Nur wenige besonders gut veranlagte Kinder sind es, die, klüger als ihre Erzieher, Kunstspielzeug bald in die Ecke werfen und sich voll Phantasie und Geschick mit einem denkbar einfachen Gegenstand sinnig unterhalten.

Aber nicht nur auf dem Gebiete des Spielzeuges, sondern auf allen andern Gebieten, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Vergnügung, Reisen, kann ein gewisser, recht bescheidene Grenzen überschreitender Aufwand oder gar richtiger Luxus überaus nachteilig in erzieherischer und damit auch in körperlicher Hinsicht wirken. Tragische Ironie sehen wir sich erfüllen an jenen ungezählten Vätern, die von allen (einschließlich von ihnen selbst) für die besten, für schlechtweg ideale Väter gehalten werden, weil sie tagaus, tagein nach Mammon jagen — nicht um ihrer selbst, sondern nur um ihres Kindes Willen, um diesem alles zu schaffen, zu schenken, was gerühmt wird, die kostbarsten Waren, die teuersten Sommerfrischen und Kurorte, die anspruchvollsten Pfleger und Lehrer und die nur eines dem Kinde zu schenken vergessen, nämlich sich selbst. Dazu finden sie ja keine Zeit; dazu sind sie überdies weder fähig noch geeignet, wenn sie allabendlich erschöpft und entnervt mit der Tüte voll Pralinen heimkehren, dem Symbol aller so gut gemeinten, aber durch tückische Kräfte insgeheim in Schaden und Gift verwandelten Gaben. Sieht man solches vor sich gehen, dann taucht wohl in weiter Ferne und mit schon nebelhaften Umrissen, aber gleichwohl überragend das Bild des Vaters auf, der weiten großstädtischen Kreisen oft kaum mehr vom Hörensagen bekannt ist, des Vaters, der die Pausen der Berufstätigkeit damit erfüllt, seinen Kindern alle Wunder der Natur in Wald und Wiesen selbst zu weisen, auch all das Wirken der kundigen Menschenhand in den Stätten des Handwerkes, der ihnen an Winterabenden Spielzeug selbst zu schneiden, formen, kleben lehrt und sich mit ihnen an den Spieltisch setzt, der im Frühjahr mit ihnen sein Gärtlein bestellt und, während er da Körner in die Furche streut, ganz anderen Samen noch in fruchtbaren Boden senkt und herrlich wird aufgehen sehen.

Der Beschränkung im Besitze stellen wir jene nach Raum und Zeit zur Seite. Ein schlichtes Möbel der Kinderstube, die „Gehschule", auch Schutzpferch oder Stall genannt und vorwiegend vom Standpunkte der Bazillenfurcht aus empfohlen, schätzen wir als einen vortrefflichen Beschränker im Raume und damit als stillen Erzieher (wenn er richtig gebraucht

wird). Analogen Dienst auf dem Gebiete der Zeit zu leisten, ist die Uhr berufen, womit nicht gesagt wird, daß ein Fahrplan die oberste Richtschnur für den Kinderstubenbetrieb sein solle.

Wird die pädagogische Begrenzung systematisch durchgeführt, d. h. setzt man den ungehemmten und ursprünglich, wie gesagt, rein selbstsüchtigen Trieben eines Kindes in geeigneten Augenblicken konsequent unübersteigliche äußere Schranken, dann tritt eine bemerkenswerte Anpassungserscheinung auf: Die gewaltsame, äußere Begrenzung wird dann mit der Zeit mehr und mehr entbehrlich oder ersetzbar; nicht mehr bloß mechanisch, sondern auch psychisch vermag dann der Erzieher triebhemmend zu wirken: Das Kind begrenzt sich selbst, wenn es dazu angeregt wird und schließlich auch spontan. Äußere Begrenzung — Disziplin, Gehorsam — innere Selbstbegrenzung, reife Beherrschung, das sind die Stufen auf dieser Bahn, die nach oben führt. Von der Selbstbeherrschung aber sagt Czerny, sie sei „eine der notwendigen Voraussetzungen für das Funktionieren des Nervensystemes in normalen Grenzen", also natürlich auch für die Ordnung aller körperlichen Vorgänge.

Disziplin ist auch die Basis, auf der erst einer dritten Forderung genügt werden kann, nämlich dem Verlangen der Leistung.

Überflüssig, darauf hinzuweisen, daß schon der Säugling manches — in seiner Art — leisten kann; leitet sich doch schon die Bezeichnung „Säugling" von einer Leistung, der schon erwähnten Saugleistung ab, die zu fordern auf pädagogischem Gebiete vielleicht ebenso wichtig ist wie auf körperlichem. Das Saugen ist (wenn es mit rechten Dingen zugeht) ein angeborenes Können. Jedem, im weiteren Leben erworbenen Können muß die Ausübung auf den Schritt folgen, dem Beißen-, Kauen-, Greifen-, Bitten-, Sitzen-, Stehen-, Gehen-, Springen- und Sprechen-Können. Allerhand Irr- und Aberglauben steht dem im Wege, wovon ich nur ein Beispiel nenne, nämlich die Ansicht, ein gesundes Kind könnte davon krumme Beine kriegen, daß es sie im Ausmaße seines eigenen Antriebes zum Stehen gebraucht.

Das zweite und die folgenden Lebensjahre bringen im einzelnen schier täglich neues Können, dem das Leistungsverlangen der Umgebung Rechnung tragen muß; so das Verlangen nach Reinlichkeit, Ordnung, Selbstbesorgung gewisser täglich wiederkehrender Aufgaben im Hause und später auch außerhalb. Viel Schaden stiftet hier oft die Einrichtung der Kindermädchen, nämlich dann, wenn diese ihre Hauptaufgabe darin sehen, das Kind von eigener Leistung abzuhalten, indem sie es noch mit sechs Jahren an- und auskleiden, waschen, füttern, über die Stiege tragen, seine Spielsachen und Kleider ordnen, mit einem Worte es bedienen (was Standesdünkel der Eltern oft geradezu fordert), anstatt nur dahin zu wirken, daß das Kind zu alledem rechtzeitig und richtig angeleitet und vor Schaden bewahrt werde. Anerzogene Unselbständigkeit wird naturgemäß zur Katastrophe in der Schule, in der das Kindermädchen „leider" keinen Zutritt hat und die einen gewissen Grad von Selbständigkeit fordern darf und soll. Kein Wunder, daß das Proletarierkind aus dem hygienisch ungünstigsten Milieu physisch sowie psychisch im Durchschnitt dem durch äußere Umstände vermeintlich begünstigten weit überlegen erscheint.

Dieselben Eltern, die die rechte Mitte zwischen Schonung und Übung auf seelischem Gebiete nicht zu finden wissen, greifen auch auf dem körperlichen Gebiete daneben. Sie ziehen Kinder heran, für deren körperliche Ausbildung bis zum Einschulungsalter nichts, aber rein gar nichts geschehen ist und die sich dann selbstverständlich nicht allein als „Nerven"krüppel, sondern auch als richtige Muskelkrüppel erweisen. Von ausgedehnten Teilen der normalen Muskulatur, beispielsweise an Schultern und Rücken sind oft nur Andeutungen vorhanden. Diese Körperbeschaffenheit steht im Zusammenhang mit Erscheinungen, die ganz anders gedeutet werden, von Laien wie von Ärzten. Einmal gelten diese Kinder wegen des Fehlens der Muskulatur irrtümlicherweise als mager, d. h. fettarm, während sie in Wirklichkeit vorwiegend muskelfleischarm sind. Ein verhängnisvoller Irrtum! Denn anstatt durch Körperübungen, die allein zum Ziele führen, den Fleischbestand zu heben, strebt man danach, durch vermehrtes Nahrungsangebot und künstliche Nährpräparate den Fettbestand zu heben, was allerdings, ich möchte sagen glücklicherweise, oft an der „Appetitlosigkeit" scheitert. Daß das Kind aber „appetitlos" ist, das vermag man bei richtiger Deutung dieser sogenannten Magerkeit leicht einzusehen; denn der stärkste Verbrauch an den in der Nahrung enthaltenen Brennstoffen trifft auf die Muskulatur; wo diese fehlt, ist folglich der Nahrungsbedarf ein sehr viel geringerer, als wenn sie altersgemäß entwickelt ist. Das Wenige, was das muskelarme Kind aufnimmt, deckt angesichts seines Körperzustandes tatsächlich völlig den Bedarf, und gewaltsam aufgedrängte Überschüsse bringen eher Schaden als Nutzen; keinesfalls macht verzehrtes Fleisch auch Körperfleisch. Nicht mehr essen müßte das Kind, um voller zu werden, sondern mehr leisten, mehr arbeiten.

Wir sind ausgegangen von Körperschäden, die zunächst als Krankheitserscheinungen imponieren, die aber mittelbar oder unmittelbar als Folgen von Fehlerziehung und -pflege gelten müssen, und die zu beseitigen in gewissen Kreisen der Großstadt alltäglich dem Arzte zur Aufgabe gemacht wird. Sie können sich denken, daß diese Aufgabe oft keine leichte ist. Schon das wahre Wesen der Übel zu erkennen, körperliche Leiden im engeren Sinne des Wortes auszuschließen, ist umständlich und mühselig. Erziehungsschäden als solche zu erfassen ist besonders schwierig für den Anfänger, für den Arzt nämlich, der seine Kenntnisse bishin nur in Armenspitälern oder Kinderkliniken oder aber aus Lehrbüchern gewonnen hat und dem nun bei seinem Eintritt in die Praxis aurea die Kinderheilkunde ein ganz fremdes Antlitz darbietet; besonders schwierig auch für den, der nicht Hausarzt ist, dem Vorgeschichte und Umweltsbedingungen des Patienten unbekannt sind. Da heißt es aus dem Wesen, aus dem Verhalten des Kindes hinsichtlich Disziplin, Selbständigkeit, Beharrungsvermögen, aus seiner Diktion usw. Anhaltspunkte zu gewinnen, die oft unscheinbaren Kennzeichen der Fehlerziehung festhalten. Aber hinter der Diagnose fängt die Sorge erst recht an, nämlich die, wie man wird Hilfe bringen können. Vor allem: Kann und wird es nach der Geistesverfassung der Eltern oder Erzieher überhaupt gelingen, ihnen die Augen zu öffnen und so die Grundbedingung für eine wahrhaft ursächliche Therapie zu schaffen? Manchen Eltern fehlt jede Einsicht und man kann es ihnen nicht verdenken, da sie selbst vielfach unter gleichen Bedingungen aufgewachsen sind und es anders überhaupt nicht kennen. Andere scheinen ihrer Aufgabe wohl intellektuell, aber nicht hinsichtlich Willensstärke und Tatkraft gewachsen — in jedem Falle müßte eine überaus zeitraubende Belehrung versucht werden, zu der sich mancher Arzt auf diesen Grenzgebieten vielleicht nicht mit Unrecht unzuständig fühlt. Wer will es ihm verdenken, wenn er sich die Sache angesichts des oft mehr als zweifelhaften Erfolges einer radikalen Kur, die er im wesentlichen fremder Kraft anvertrauen müßte, bequemer macht und irgendeines der als unfehlbar wirksam gepriesenen neuesten Erzeugnisse der Heil- und Nährmittelindustrie verschreibt. Andere Ärzte beschränken sich darauf, einzelnen besonders lästigen Symptomen zuleibe zu rücken, etwa einer Verdauungsstörung, einem Bettnässen usw. Eine neuere Richtung, derzufolge sich das seelisch bedrängte Kind gewissermaßen aus seinen Konflikten in solche Symptome hineinrettet oder flüchtet, muß es logischerweise als grausam bezeichnen, den Patienten bloß dieser seiner Zufluchtsstätte zu berauben. Dabei wird freilich die Frage auftauchen, ob nicht das Fortbestehenlassen gewisser körperlicher Zeichen und ihrer ernsten Folgen für die Umgebung nicht mindestens ebenso „grausam" ist. Daß es richtiger wäre, das Übel mit der Wurzel auszurotten, wird freilich unbestritten bleiben. Dazu kommt aber der Arzt oft reichlich spät; denn die vermeinten Störungen teilen mit manchen als besonders tückisch geltenden Körperkrankheiten die Eigenart, daß zwischen dem ersten Wirken der ursächlichen Schäden und dem deutlichen Hervortreten der Folgen lange Zeiträume liegen können.

Die Radikalkur bringt den Arzt sehr leicht auch zu Beginn oder späterhin in Konflikt mit den Eltern: „Der Kinder Freund — der Mütter Feind!" wird man bei solchem Wirken dann gelegentlich von Frauen genannt, die klug genug waren, zu erkennen, daß man dem Kinde zu helfen richtige Wege beschritten hat, die aber ihrerseits den Vorwurf, im wesentlichen selbst Schuld zu tragen, nicht ganz zu überwinden vermochten.

Wo die Einsichts- und Talentlosigkeit der häuslichen Erzieher jeden Erfolg vereitelt oder von vornherein ausschließt, bleibt leider oft nichts anderes übrig als die Verpflanzung der Kinder in fremde Umgebung unter günstigere, pädagogische Bedingungen, und man ist immer wieder erstaunt zu sehen, wie verläßlich nicht nur, sondern wie prompt auch in gewissen Fällen der Erfolg eintritt, wie sich namentlich das Erziehungsmittel des Beispiels disziplinierter Gleichaltriger bewährt, wie schon der Geist einer wohl geleiteten Anstalt wunderkräftig wirkt. Solche Wahrnehmungen klären über das wahre Wesen einer vermeintlich rein körperlichen Störung oft erst auf, und viele Heilerfolge von Kurheimen werden fälschlich auf klimatische, hygienische und medizinische Faktoren im gewöhnlichen Sinne des Wortes bezogen. Manche Kur wirkt heilend durch Disziplinierung; ihr Angriffspunkt ist gar nicht der Körper, sondern die Seele. Jahrelang bestandene, Tag für Tag sich zeigende Übel, wie Nahrungs- und Stuhlverweigerung, Erbrechen, Bettnässen, Asthmaanfälle usw. verschwinden mit einem Schlage, wenn man die Kinder aus dem Elternhause entfernt und in die Anstalt versetzt, wo nur eine Schein- und Suggestivbehandlung statthat. Solche Erfolge zu erzielen, ist oft leicht und billig; viel schwieriger ist es, sie festzuhalten und das Kind im richtigen Zeitpunkte schadlos wieder seinem natürlichen Dasein im Elternhause zuzuführen.

Wir fragen uns endlich, welches denn das spätere Schicksal der im vermeinten Sinne fehlerzogenen Kinder ist, wenn alle Korrekturen ausbleiben. Das entzieht sich im Einzelfalle oft der Kenntnis des Fachkinderarztes, dem seine ehemaligen Patienten jenseits der Entwicklungsjahre nicht mehr vorgeführt zu werden pflegen. Gleichwohl erfährt man da und dort

etwas, und zwar sehr Verwunderliches, nämlich, daß sich nach stattgehabter Reifung gleichsam von innen heraus alles oft völlig verändert hat, und zwar im günstigen Sinne. Der Intellekt ist der einzige Seelenbestandteil, dem die Fehlerziehung nicht viel anzuhaben pflegt und wo nebst anderen, charakterlichen Vorbedingungen ein guter Intellekt vorliegt, da steht eine automatische Korrektur in Aussicht. Zu einer gewissen Selbständigkeit und Selbstbestimmung gelangt, auf eigene Füße gestellt und seiner Selbstverantwortung, sowie der durch rein egoistisches Verhalten drohenden Nachteile bewußt geworden, erkennt der Herangewachsene früher oder später die sozialen Forderungen der Umwelt und paßt sich ihnen nach erfolgreichem Kampfe mit sich selbst vernunftgemäß und schließlich glatt an. Auf anderer Grundlage droht ein anderer Ausgang, nämlich jener ins Verbrechertum. Das bezeugt unter anderem namentlich die nordamerikanische Statistik. Nirgends in der Welt gibt es mehr verwöhnte, verzärtelte und gröblich verzogene Kinder wie dort, aber auch nirgends mehr jugendliche Verbrecher. Alle öffentlichen Einrichtungen gegen diese Geißel haben ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten. Es lohnt sich also wohl, den Dingen größte Aufmerksamkeit zu schenken und namentlich gewisse Krankheitszeichen bei Kindern nicht ohne weiteres als primär körperlich bedingt anzusprechen, sondern darauf zu prüfen, ob sie nicht aus Pflege- und Erziehungsfehlern hervorgegangen sind.

Aus Zeit und Geschichte

Bismarcks Bündnispolitik von 1871—1890

Von Oskar von Wertheimer in Berlin

Graf Julius Andrassy der Jüngere, Sohn des Grafen J. Andrassy, der 1879, als Krönung seiner Politik, gemeinsam mit Bismarck den Zweibund schloß, hat jüngst ein Buch erscheinen lassen, das, auf Grund der großen deutschen Aktienpublikation, die Politik Bismarcks vom Frankfurter Frieden bis zum Sturze des großen Kanzlers behandelt. Dem deutschen Publikum ist auch Andrassy der Jüngere kein Fremder. Mit Ausnahme der unglückseligen Tage des Zusammenbruches nach dem Weltkriege, war Andrassy der eifrigste Verfechter der Freundschaft Ungarns mit Deutschland. Er setzte darin die Überlieferungen seines Vaters fort, aber er wandelte dabei auch in den gleichen Bahnen wie die übrigen großen ungarischen Politiker, die alle in der Freundschaft mit dem deutschen Element das Fundament der auswärtigen Politik Ungarns sahen. Ist es nötig, in die Erinnerung zurückzurufen, daß es Andrassy der Ältere gewesen, der 1870 in Gegensatz zu Beust, der Österreich-Ungarn an der Seite Frankreichs in den Krieg ziehen wollte, die Neutralität der Monarchie bewahrte? In dem Geiste der Annäherung und der Freundschaft mit Deutschland wurde auch unser Verfasser erzogen. Später als Mann, ward er zum selbständigen, tiefforschenden Politiker und leistete auch als Historiker Bedeutendes. Diesen beiden Eigenschaften verdanken wir seine hervorragende Darstellung der Politik Bismarcks.

Welche Periode eignet sich aber auch mehr dafür, um in die tiefsten Gründe staatsmännischen Wirkens und Waltens hinabzusteigen, als eben die beiden Jahrzehnte der deutschen Geschichte nach dem Frankfurter Frieden? Die Deutschen sehen in Bismarck oft nur den Verwirklicher uralter Träume, den Bringer der deutschen Einheit. Allein Bismarcks Tätigkeit nach der Einigung des Reiches war eine ebenso schöpferische. Mit seinem intuitiven Blick für das Wesentliche der Staatsmänner und der historischen Entwicklungen sieht unser Verfasser das Einmalige der Persönlichkeit Bismarcks gerade darin, daß er vom Jahre 1863 bis 1871 drei blutige Kriege führte, dann aber, als er sein großes Ziel erreicht hatte, zwei Jahrzehnte hindurch jeden Gedanken an weitere Kriege von sich wies, obwohl ihm Gelegenheit genug geboten war, durch einen neuen Kampf Macht und Ruhm zu vermehren. Andrassy zieht eine Parallele zwischen dem großen Kanzler, sowie Napoleon und Clémenceau. Napoleons I. Ziel war, die Welt mit dem Glanz seines Namens zu füllen, seine Persönlichkeit auswirken zu lassen. „Bismarck", sagt Andrassy, „steht in dieser Beziehung turmhoch über Napoleon. Seine Größe beruht auf moralischer Grundlage, auf seinem lauteren Patriotismus." Und Clémenceau? „Clémenceau machte den Frieden genau, wie er seine innere Politik und den Krieg machte, mit imponierender Willenskraft, Leidenschaft und Gehässigkeit. Deshalb nutzte er Frankreich während des Krieges und schadete bei dem Friedensschlusse." Der Verfasser stellt den französischen Staatsmännern Bismarck gegenüber, der sich weder von seiner Galligkeit, noch von seinem Temperament leiten läßt, sondern seiner Einsicht folgt.

Er versteht das Erringen des Sieges ebenso, wie die Bewahrung des Gewonnenen und die Erhaltung des Friedens[1]).

In der Tat — Bismarck ist seiner grundlegenden Ansicht, daß Deutschland alles tun müsste, um den Frieden zu erhalten, unerschütterlich treu geblieben. Wohl trat auch an ihn — was nur allzu verständlich ist im Angesicht der immer sich drohender auftürmenden Gefahren — bisweilen die Frage heran, ob es nicht besser wäre, Frankreich neuerlich zu besiegen. Doch diese Erwägung gewann nie die Herrschaft über ihn. Die Lage, der sich Bismarck nach dem Frankfurter Frieden gegenüber befand, war diese: Frankreich war besiegt und ein ewiger, unversöhnlicher Gegner geworden. Rußland, obwohl es treu zu Deutschland hielt, war beunruhigt durch den Zusammenbruch der französischen Republik. England suchte zu vermitteln, stand jedoch auf Deutschlands Seite. Obwohl Andrassy die Leitung des Ministeriums des Äußeren übernommen hatte, war Bismarck noch nicht gewiß, ob der Wiener Hof den Gedanken einer Rache für Königgrätz wirklich fallen gelassen hatte. Schon damals erkannte der Kanzler klar das fortan leitende Prinzip seiner äußeren Politik — jede Koalition fremder Mächte mit Frankreich zu verhindern, da eine solche zu einem französischen Revanchekrieg gegen Deutschland führen mußte. Die erste, Bismarcks Anschauungen am meisten entsprechende Kombination gegenüber der französischen Gefahr war die eines Bündnisses zwischen Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn. Der Zar selbst war es, der den ersten Schritt in dieser Richtung tat. Als er sah, daß infolge der Ernennung Andrassys zum Minister des Äußeren die Rivalität zwischen dem Deutschen Reich und der Donau-Monarchie schwand, da fürchtete er, isoliert zu werden und bot Wilhelm I. ein Bündnis an. Bismarck griff zu. Die Konvention zwischen den beiden Monarchen kam am 24. März 1873 zustande. Doch allein mit dem Zaren abzuschließen, hätte geheißen, Österreich-Ungarn in die Arme Frankreichs zu treiben. Deshalb machte der deutsche Kanzler dem österreich-ungarischen Minister den Vorschlag, der Konvention beizutreten. Andrassy jedoch lehnte ab. Er wollte sich nicht gegen Frankreich festlegen. Das aber gerade erstrebte Bismarck. In Schönbrunn kam (1873) schließlich das erste Dreikaiserbündnis zustande, durch das die Monarchen sich verpflichteten, ihre gegenseitigen Interessen auszugleichen und vor dem Abschluß eines Vertrages mit anderen Staaten erst untereinander die Schaffung eines Bündnisses zu versuchen. Bismarck hatte somit, wenn auch nicht ganz in der von ihm beabsichtigten Form, den Zusammenschluß der drei Mächte verwirklicht. Die tatsächlichen Gegensätze zwischen ihnen konnte er natürlich nicht aus der Welt schaffen. Es war ein für Deutschland tragischer Umstand, daß die beiden Länder, mit denen das Deutsche Reich seine Existenz auf das innigste verknüpfen wollte, einander so feindlich gegenüberstanden. Durch die Verbindung mit den beiden Staaten gedachte der Lenker der deutschen Politik, die Orientfrage in den Hintergrund zu drängen. Seine Verbündeten erstrebten jedoch das Gegenteil davon. Gortschakoff äußerte sich gelegentlich, er wolle aus dem öffentlichen Leben nicht ausscheiden wie eine verlöschende Öllampe, sondern wie die Sonne, die die Landschaft noch mit ihren letzten Strahlen in die herrlichste Farbenpracht eintaucht. Die Ruhmestat, die mit seinem Namen verknüpft sein würde, sollte die Verwirklichung der alten russischen Träume, der Ziele Peter des Großen und Katharina II., die Eroberung der Meerengen und die Errichtung der russischen Herrschaft am Balkan sein. Deshalb suchte Gortschakoff Deutschlands Hilfe, deshalb schloß er den Bund mit ihm. Andrassy wieder beabsichtigt mit Deutschlands Unterstützung Rußland am Balkan zurückzudrängen und dessen weitreichende Aspirationen dort zunichte zu machen.

Den wesentlichen Inhalt der Ereignisse bis 1879 bildet das immer deutlicher werdende Verlangen Gortschakoffs, die Unterstützung Deutschlands im Kampfe Rußlands um die Vorherrschaft am Balkan zu erlangen, das immer stärker Ins-Gedächtnis-Rufen, welche Dienste der Zar Wilhelm I. und seinem Kanzler im Kampfe gegen Napoleon III. geleistet hatte. Aber Bismarck konnte auf das Verlangen des russischen Staatsmannes nicht eingehen. Im Maße, wie sich nun sein Verhältnis zu diesem verschlechtert, bessert sich das zu Andrassy. Als Rußland nun 1877 den Krieg mit der Türkei doch beginnt und im Frieden von San Stefano die Versprechungen, die es Österreich-Ungarn gegeben hatte, bricht, da setzt Andrassy die Einberufung eines Kongresses in Berlin durch, auf dem er, mit Hilfe Englands, die russischen Pläne beinahe gänzlich vereitelt. Der Kanzler war von der Idee eines Kongresses in Berlin von Anfang an nicht begeistert gewesen. Er sah die Gefahr, die ihm drohen konnte, voraus und hätte es lieber gehabt, wenn Andrassy durch ein Ultimatum Rußland zur Nachgiebigkeit gezwungen hätte. Andrassy aber wollte, daß ganz Europa dem

[1]) Vgl. die Ausführungen zu dem Buche von Dr. Otto Becker über „Bismarcks Bündnispolitik" im Juniheft 1924 der Süddeutschen Monatshefte „Der Pazifismus".

Zaren Halt gebiete und setzte seinen Plan durch. Bismarck unterstützte offiziell Rußlands Pläne, aber er legte auf die Erhaltung Österreich-Ungarns, das Andrassy repräsentierte, zu großen Wert, um deren Erfüllung wirklich zu wünschen. Er mißtraute eben der Persönlichkeit Gortschakoffs und hegte Vertrauen zu dem Auswärtigen Minister der Monarchie. Deshalb konnte er seine Politik nicht im Gegensatz zu diesem bringen. Als dann nach dem Kongreß Bismarck aus Rußland eine Welle des Mißtrauens, ja des Hasses entgegenschlug, da schloß er 1879 den Zweibund mit Österreich-Ungarn. Zum Unglück für beide Länder ist der Sinn dieses Abkommens in den späteren Jahren getrübt und verfälscht worden.

Bismarck hatte also im Jahre 1879 eine andere Grundlage für seine Politik gewählt, als er im Jahre 1873 plante. Durch die Klugheit, Entschlossenheit und Ehrlichkeit Andrassys standen die Freundschaft mit der Donau-Monarchie im Mittelpunkt seiner Konzeption. Dies Jahr war dem deutschen Kanzler auch sonst nicht günstig. In England wird Disraeli, der Freund Deutschlands, gestürzt und an seinen Platz kommt Gladstone, der Verkünder demokratischer Grundsätze auch in der auswärtigen Politik, kein Freund Deutschlands, ein Feind Österreich-Ungarns und Träger des Gedankens einer Annäherung Großbritanniens an Rußland. Damals hätte eine Koalition zwischen Rußland, England und Frankreich gegen Deutschland entstehen können. Doch schon während des Kongresses in Berlin hatte Bismarck den französischen Staatsmännern zu erkennen gegeben, daß sie eine ausgedehnte Kolonialpolitik betreiben könnten, ohne von seiner Seite irgendeinen Angriff befürchten zu müssen. Dadurch suchte Bismarck nun die kriegerischen Gelüste Frankreichs vom Rhein abzulenken.

Jules Ferry (1880) war derjenige Ministerpräsident Frankreichs, der den Worten Bismarcks vertrauend, es wagt, zuerst an die Erwerbung von Tunis zu schreiten. Dieses Vorgehen des Kanzlers beweist, wie wenig Bismarck daran dachte, Frankreich zu vernichten. Denn indem er die koloniale Ausdehnung Frankreichs befürwortete, konnte es ihm doch auch nicht entgehen, daß die Erwerbung von Kolonien möglicherweise auch dessen Stärkung zur Folge haben könnte.

Hier dürfen wir einen Augenblick verweilen und betrachten, wie Bismarck, im Gegensatze zu Poincaré, nachdem er sein Ziel verwirklicht hatte, den besiegten Gegner behandelte. Der deutsche Kanzler dachte nie nach dem Siege an eine Vernichtung Frankreichs, wie Poincaré an die Deutschlands. Auch nach dem Frankfurter Frieden mischte er sich nicht in die innere Politik der französischen Republik ein. Als Gambetta, von dem man ähnlich wie von Poincaré sagte: „Gambetta, c'est la guerre", Ministerpräsident wurde, da erklärte Bismarck dennoch, daß er die Selbständigkeit Frankreichs achten werde. Auch als es möglich erschien, daß das Königtum in Frankreich wieder triumphieren würde, betonte Bismarck zwar, daß er eine französische Monarchie für weniger friedliebend halte als die Republik, daß er aber abwarten müsse, ob das neue Regime wirklich den Krieg wolle. Wohl hielt Bismarck im Jahre 1887 eine drohende Rede, in der er erklärte, er werde Frankreich, wenn es neuerdings besiegt würde, gänzlich niederbrechen und es seiner Aktionskraft ein für allemal berauben. Doch diese Rede bedeutete kein Programm, sondern war nichts als ein taktischer Zug, eine Drohung um Frankreich zu schrecken. In Wirklichkeit dachte er ganz anders und schrieb in einem Brief aus jenem Jahre, ein Volk von 40 Millionen mit den Fähigkeiten und dem Selbstbewußtsein der Franzosen könne nicht vernichtet werden, und es sei am klügsten, nach einem neuerlichen Siege über Frankreich einen derart schonungsvollen Frieden mit ihm zu schließen, wie er es in dem Jahre 1866 mit Österreich tat. Hätte Bismarck den Krieg mit Frankreich gewollt, so hätte er ihn oft führen können. Doch er kämpfte auf diplomatischem Gebiete mit seiner ganzen Genialität und Größe für den Frieden. Er wollte Frankreich nicht knebeln, nicht unterdrücken, nicht zertrümmern.

Poincaré und vor ihm Clémenceau erstrebten das gerade Gegenteil. Sie wollten den Sieg Frankreichs und die Niederlage Deutschlands verewigen. Sie beabsichtigten, dem deutschen Volke Ketten anzulegen und einen gewaltsamen und gewalttätigen Zustand in Europa dauernd zu machen. Bismarck lenkte die ganze Politik Europas, ohne das Schwert zu ziehen. Im Grunde war Poincarés Politik an Gedanken arm. Er ist der starrste Politiker, Bismarck der beweglichste, gedankenreichste. Es ist auch sehr lehrreich, zu sehen, wie Bismarck durch seine friedliche Politik die Macht Deutschlands erhöhte. Und wie viel größer war Deutschlands Einfluß 1890 als 1871. Und es ist ebenso lehrreich zu beobachten, wie Poincaré durch seine kriegerischen Alluren Frankreich schwächte. Bei seinem Sturze war keine einzige Großmacht an seiner Seite. Wem wäre es je nach 1871 eingefallen, zu sagen, daß Bismarck den Frieden Europas bedrohe? Alle Welt behauptet aber dies von Poincaré.

Während also Frankreich sich 1880/81 in koloniale Erwerbungen einließ, eroberte Gladstone im Widerspruch zu seinen Grundsätzen, fortgerissen von der öffentlichen Meinung seines Landes, Ägypten. Diese für die Zukunft so bedeutungsvolle Tat schuf im Augenblick England

große Schwierigkeiten. Denn es brachte es in Gegensatz zu Frankreich und Rußland. Was tat Bismarck in dieser Lage? Es wäre ihm ein leichtes gewesen, sich an Gladstone, der so unfreundlich gegen ihn aufgetreten war, zu rächen. Denn England war im Augenblicke ganz vereinzelt. Seine Lage war so schlimm, daß Gladstone bei Bismarck anfragen ließ, ob er nicht geneigt wäre, mit ihm ein Bündnis zu schließen. Bismarck aber geht nicht mit Frankreich gegen Großbritannien, weil dieses in seinen Berechnungen für die Zukunft noch eine große Rolle spielen kann und er es deshalb um keinen Preis zum Feind machen will. Aber er hält es auch nicht mit England gegen Frankreich, weil er Frankreich nicht unnötig reizen und erbittern möchte, weil es ihm damals (1882) wieder gelungen war, das Dreikaiserbündnis zu erneuern und er fürchten mußte, durch einen Bund mit England sich die Feindschaft des russischen Volkes zuzuziehen. Dennoch gewinnt er Großbritannien für sich durch die Erklärung, daß er dessen Politik in Ägypten unterstützen werde. Der latente Gegensatz zwischen Großbritannien und der französischen Republik ist für ihn das wichtigste. Und dieser Gegensatz vertieft sich immer mehr. Die englisch-deutsche Annäherung ist aber auch nicht so stark, um Petersburg oder Paris einander in die Arme zu treiben. Die wundervolle Ausgeglichenheit dieser Politik wird gestört durch den Widerstand Gladestones gegen die Erwerbung von Angra Pequena durch Deutschland. Kaum sieht Bismarck den Widerstand Englands, so ändert er seine ganze Politik und geht schonungslos gegen das Inselreich vor. Er erklärt, daß er, falls England seine kolonialen Forderungen nicht bewillige, sich gegen Großbritannien wenden werde (1884). Er nähert sich deshalb Frankreich noch mehr als bisher und wirft in Paris den Gedanken auf, ob sich die übrigen Staaten des Kontinents nicht gegen die Seeherrschaft Englands zusammenschließen sollten. Es ist ihm aber nicht ernst mit diesem Plan. Er will Gladstone nur einschüchtern. Und wirklich — man wird in England unruhig und der englische Ministerpräsident ist gezwungen, nachzugeben. Sogleich aber, als dies geschehen, unterstützt Bismarck wieder die Politik Englands in Ägypten.

Im Osten Europas war Bismarck wieder zu seiner Lieblingsidee des Dreikaiserbündnisses zurückgekehrt. Der Zweibund war ihm deshalb nicht weniger wichtig, aber nach der Entfremdung, die der Berliner Kongreß mit sich gebracht hatte, schien dem deutschen Kanzler die Gewinnung der russischen Freundschaft doppelt wichtig. Die Besorgnis vor der Macht des Zweibundes und die Angst vor revolutionären Erhebungen bewogen den Zaren, zur Erneuerung des Bündnisses den ersten Schritt zu machen. Sobald Bismarck die Bereitwilligkeit des Zaren erkennt, drängt er (1881) in Wien auf die Erneuerung des Bündnisses. Zum Glück für Bismarck — zum Nachteil jedoch von Österreich-Ungarn — war Andrassy damals nicht mehr in seinem Amt. Die Folgen machten sich sogleich bemerkbar. Das neue Bündnis kam weit mehr den russischen als den Bestrebungen der Donau-Monarchie entgegen. Es machte den Verbündeten eine gemeinsame Balkanpolitik zur Pflicht und beraubte dadurch Österreich-Ungarn der Möglichkeit, selbständig vorzugehen. Auch brachte es die Monarchie dadurch, daß es sich in der Meerengen-Frage auf den russischen Standpunkt stellte, in einen Gegensatz zu England. Noch ein weiteres Bündnis kam unter Bismarcks Ägide zustande. Italien, durch die französische Kolonialpolitik beunruhigt, wandte sich an den deutschen Kanzler, um bei ihm Schutz gegen die Ausdehnung Frankreich zu suchen. Dies benutzt Bismarck, um am 20. Mai 1882 den Dreibund ins Leben zu rufen, der Österreich-Ungarn damals geringe Vorteile brachte, Italien die Möglichkeit zu kolonialen Erwerbungen gab und Bismarck dazu verhalf, Italien von Frankreich ferne zu halten. — Aber auch auf den Balkan erstreckte sich Bismarcks vorbauende Tätigkeit. Daß König Milan sich (1881) an Österreich-Ungarn anschloß, war noch eine Folge der für Serbien so günstigen Politik Andrassys am Berliner Kongreß. Rumänien, das damals noch mit Furcht auf Rußland blickte, geht gleichfalls einen Pakt mit Österreich-Ungarn und Deutschland ein. Obwohl also Bismarck Rußland unterstützt und auf das eifrigste fördert, sorgt er doch auf der anderen Seite dafür, daß die Macht Österreich-Ungarns am Balkan gestärkt werde, damit es Übergriffe des Zaren abwehren könne.

Dieses Bündnis-System ist ebenso großartig wie verwickelt. „Es machte," sagt Andrassy, „Bismarck zum Herren von Europa. Wie vor ihm Napoleon I., Metternich oder Napoleon III., so steht er jetzt als Lenker der Politik Europas da. Nicht nur seine persönliche Autorität, sein ungeheuerer Nimbus sichern ihm das entscheidende Wort, nicht nur die unbezweifelte Übermacht der Bündnisse, und der Umstand, daß kein Gegenbündnis da war, sondern auch die Tatsache, daß die Position Deutschlands innerhalb der verschiedenen Verträge die günstigste war."

Das Jahr 1885 drohte diesen grandios aufgeschichteten Bau zu erschüttern. In Frankreich wurde Jules Ferry zum zweitenmal und diesmal endgültig gestürzt. Die Republik kehrte damit wieder zur antideutschen Politik zurück. Wie voraussehend Bismarcks Haltung England gegenüber gewesen, zeigte sich nun. Zu gleicher Zeit mußte nämlich Gladstone zurücktreten und Salisbury, der für Deutschland und für Bismarck sehr eingenommen war, nahm

seinen Platz ein. Am Balkan brachte die Proklamierung der Union zwischen dem Fürstentum Bulgarien und Ostrumelien die Geister in Aufruhr. Der niemals erloschene, höchstens verdeckte Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland erwachte vom neuen und in den dadurch hervorgerufenen diplomatischen Kämpfen, bei denen manchmal die Möglichkeit eines Krieges zwischen diesen beiden Staaten auftauchte, enthüllte sich klar, daß deren Interessen einander diametral entgegengesetzte waren. In diesen Streitigkeiten stand Bismarck eher auf Rußlands Seite. Darüber geriet er auch in Gegensatz zu Andrassy dem Älteren, der damals seinen Einfluß als Privatmann für eine aktive Balkanpolitik der Monarchie im Interesse Bulgariens einsetzte. So sehr nun Bismarck auch für Rußland eintritt, so fürchtet er doch zugleich dessen weitreichende Pläne, durch die die Großmachtstellung Österreich-Ungarns gefährdet werden müßte. Auch seiner Ansicht nach muß daher diesen Plänen entgegengetreten werden. Doch er selbst will das nicht besorgen. Andere sollen es für ihn tun. Indem der Kanzler die Schwierigkeiten Englands und Italiens am Nil benutzt, bewegt er diese beiden Staaten, zur Wahrung ihrer Orientinteressen eine Konvention miteinander gegen Rußland zu schließen. Von der Konvention setzt er Österreich-Ungarn in Kenntnis und treibt es an, ihr beizutreten.

Um diese Zeit wird der Dreibund erneuert. Bismarck unterstützt bei den hierauf bezüglichen Verhandlungen Italien, das er von Frankreich fernhalten will. Österreich, von Kalnoky schwach vertreten, gibt seine Zustimmung zu mehreren, ihm ungünstigen Bedingungen.

Treu seinem Entschluß, es um keinen Preis zu Frankreich übergehen zu lassen, schließt der Kanzler am 10. Januar 1887, ohne den anderen Bundesgenossen aus dem früheren Dreikaiserbündnis zu verständigen, ein Separatabkommen mit Rußland, den sogenannten Rückversicherungsvertrag. Dieser Schritt Bismarcks ist, seitdem er ihn selbst der Welt mitteilte, heftig angefeindet worden. Er stand unleugbar im Gegensatz zum Zweibund. Doch die Sorge, der Anschluß Rußlands an Frankreich werde den Revanchekrieg entfesseln, brachte alle Bedenken des Kanzlers zum Schweigen. Diente er doch auch mit diesem Vorgehen nur der Erhaltung des Friedens. Der Vertrag bedeutet aber nicht ein Abschwenken Deutschlands von Österreich-Ungarn zu Rußland. Unwiderleglich beweist unser Verfasser, daß dieses Vorgehen der Not entsprang, dem Willen, das russische Reich bei Deutschland festzuhalten, nicht aber der Idee, die Habsburgische Monarchie zu verlassen. „Der Geheimvertrag sucht keinen Verbündeten für den Fall eines Krieges. Er ist ein Abkommen, das den Krieg verhindern will. Bismarck stützt sich auch in Zukunft auf das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Er verspricht dem Zaren keinerlei positive, konkrete militärische Unterstützung und beabsichtigt auch keinesfalls eine solche zu leisten. Er stellt bloß seine diplomatische und moralische Hilfe in Aussicht."

Wie hätte Bismarck, wenn er wirklich zu Rußland hätte übergehen wollen, kurze Zeit nach der Unterzeichnung des Geheimvertrages zu Salisbury sagen können, der Kanzler, der die Monarchie Rußland zu Liebe verlasse, müßte von seinem Platze weichen. Dem jungen Kaiser Wilhelm II. erteilt er anläßlich von dessen Besuch in Petersburg den Rat, er möge seine Haltung stets der obersten Rücksicht auf die Erhaltung der Freundschaft mit Österreich-Ungarn unterordnen. Die Monarchie sei auf Deutschland angewiesen, Rußland hingegen nicht. Auch sei Österreich- Ungarn nicht so pretentiös wie der Zar. Das beweist deutlich genug, wie Bismarck selbst über das Wesen des Geheimvertrages dachte.

Der Sturz des großen Kanzlers verhinderte den weiteren Ausbau seiner Konzeption. Der Rücktritt in diesem Augenblicke, als sich noch nichts Endgültiges heraus kristallisiert hatte, als Bismarck selbst vielleicht an einem Scheidewege seiner Politik stand, war für das deutsche Volk, das nun führerlos zurückblieb, das denkbar größte Unglück. Außer seinem Sohn Herbert besaß ja damals niemand Einblick in seine wirklichen Pläne und Ziele. Und das Unheil wurde noch dadurch vermehrt, daß weder der Kanzler noch sein Sohn über die wesentlichen Grundsätze ihrer Politik befragt wurden. Wäre die deutsche Politik damals bereits in eine entschiedene Richtung hineingelangt, so hätten die Nachfolger nur sich an ein festes Prinzip halten müssen. Gerade die letzten Jahre der Bismarckschen Amtsführung bedeuten wohl einen Höhepunkt seiner Macht, aber zugleich die stärkste Anhäufung der Schwierigkeiten, die sein Werk immer bedrohten. Gewiß ist, daß sein großes Genie auch damals dieser Schwierigkeiten Herr geworden wäre. Wo andere jede Hoffnung sinken ließen, da sah sein nimmer ruhender Geist neue Möglichkeiten, neue Wege, um die Macht zu erhalten und sogar zu vermehren. Das Schicksal entschied es anders. Der glänzenden Epoche, in der Deutschland nur einen Feind besaß, und diesen durch diplomatische Mittel in Schach hielt, folgte eine andere Zeit, in der dem Reich immer mehr Feinde erstanden, deren Macht immer wuchs, und denen es schließlich im großen Völkerringen gelang, die einst bewunderte und später nur mehr gefürchtete Macht des deutschen Volkes zu brechen.

Vom Deutschtum in Spanien

Von August Heinz Hofer in Barcelona

Eine erschöpfende Arbeit über das Deutschtum in Spanien in Form einer kurzen Abhandlung zu geben, ist kaum möglich. Es gehören dazu nicht nur eingehendere Studien über die Geschichte der einzelnen Kolonien, man müßte auch die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage Spaniens und Deutschlands berücksichtigen, welche in erster Linie einen bedeutenden Einfluß auf das Leben der einzelnen Kolonien ausgeübt hat und auch naturgemäß immer ausüben wird. Der Leser muß sich heute also mit einer kurz umrissenen Schilderung der augenblicklichen Lage des Deutschtums in Spanien zufrieden geben.

Eine Betrachtung der heutigen Verhältnisse in den deutschen Kolonien Spaniens drängt von selbst zu einem Vergleich mit denen der Vorkriegszeiten, als wir hier im Auslande noch das kaiserliche Reich, unser herrliches, glorreiches Heer, eine sich mächtig entwickelnde Industrie und einen äußerst rührigen Handel, der verständnisvoll auf die Wünsche der Auslandskunden einging, hinter uns hatten. Das kaiserliche Deutschland war geachtet und gefürchtet, ein Abglanz fiel natürlich auch auf die Auslandskolonien, die sich in friedlicher Arbeit stetig weiter entwickelten, einen gewissen Korpsgeist hatten, einen Kastengeist, der sich aber nicht sonderlich stark bemerkbar machte, weil die weitaus größere Mehrzahl der Koloniemitglieder ein gesundes Gemeinschaftsgefühl besaß. Mit den diplomatischen und konsularischen Vertretungen stand es aber damals recht schlecht; heute erscheint es einem unbegreiflich, wenn man die vielen und verschiedenartigen Personen der amtlichen Vertretungen im Geiste an sich vorüberziehen läßt, wie blind die Reichsregierung vielfach gewesen ist und wie geduldig die Auslanddeutschen ihren Behörden gegenüber waren. Die politische Zerrissenheit in Deutschland spiegelt sich natürlich auch in der Zusammensetzung der Auslandskolonien wieder; diese typisch deutsche Uneinigkeit fängt schon mit der Fahne an, die uns an Fest- oder Ehrentagen mit schwarz-rot-gold vollständig fremd ansieht, weil sie der belgischen Fahne ja auch zum Verwechseln ähnlich ist, während wir als Privatleute nur die alte ruhmreiche Fahne schwarz-weiß-rot kennen, die uns von Kindheit an das Symbol des einigen deutschen Reiches gewesen ist und auch bleiben wird. — Die alten Vereine, wie die rein gesellschaftlichen Vereine Germania in Madrid, Barcelona, Bilbao, Malaga usw., die deutschen Hilfsvereine, die evangelischen Gemeinden bestehen auch heute noch, es sind noch weitere hinzugekommen, wie die Handelskammer in Barcelona, die sich aus der Wirtschaftlichen Vereinigung entwickelt hat und zu deren Mitbegründern ich selbst gehöre. In Madrid besteht nach wie vor der Deutsche Turnverein als stärkste Stütze des dortigen Deutschtums unter der Leitung des allverehrten Karl Knappe; auch Barcelona hat seinen Turnverein, der sich aber mehr rein sportlich entwickelt; ferner haben wir in Barcelona einen Gesangverein mit gemischtem Chor und als jüngste Schöpfung einen Männerchor unter Meister Hufelds Leitung, welcher trotz seiner geringen Mitgliederzahl schon recht beachtliche Erfolge gehabt hat. Leider besteht aber kein eigentlicher innerer Zusammenhang, keine allumfassende Freudigkeit zur offenen Bekennung des Deutschtums trotz der außerordentlich wertvollen und hingebenden Arbeit des Generalkonsuls v. Hassell in Barcelona, welcher in richtiger Erkenntnis der Sachlage vor einiger Zeit einen Deutschen Ausschuß, zusammengesetzt aus allen Schichten der deutschen Kolonie, ins Leben gerufen hat, um auf seinen monatlichen Tagungen die wichtigsten Angelegenheiten der Kolonie und des Deutschtums in Spanien überhaupt in gemeinschaftlicher Aussprache zu erörtern. Ich behaupte nicht zuviel, wenn ich sage, daß Deutschland einen so ausgezeichneten Generalkonsul wie Herrn v. Hassell noch nicht gehabt hat, und hauptsächlich ihm haben wir es wohl zu verdanken, wenn die größte deutsche Kolonie Spaniens etwas Leben zeigt und nicht langsam der Auflösung zugeschritten ist. Als ein weiterer hervorragender Faktor für den Zusammenschluß der deutschen Kolonie hat sich Herr Welsch, der Direktor der Deutschen Überseeischen Bank, erwiesen; seiner unermüdlichen und wirkungsvollen Tätigkeit im Interesse der deutschen Sache können wir alle nicht genug danken. Diesen beiden Männern ist es auch zuzuschreiben, wenn wir verschiedene Sammlungen wie „Mutter und Kind", die „Hilfe für die deutschen Universitäten" usw. veranstalten und bis heute dauernd unterhalten konnten; auch in dem Pfarrer der evangelischen Gemeinde, dem markigen Westfalen Fritz Olbricht, welcher über eine reiche Auslandstätigkeit und Erfahrung in Argentinien, Portugal und Vigo verfügt, besitzt die Kolonie einen weiteren erhaltenden und ausgleichenden Faktor, dessen Wirken es vermocht hat, die Mitglieder der evangelischen Gemeinde stetig zu vermehren; Pfarrer Olbricht versieht auch den Hilfsverein in einer seinem Amte entsprechenden selbstlosen Weise; gerade in diesen schwierigen Zeiten, welche eine planlose Auswanderung nach allen möglichen fremden Staaten begünstigen, sind die Anforderungen an die deutschen Hilfs-

vereine im Auslande sehr groß und oft kaum zu bewältigen; auch an dieser Stelle möchte ich vor einer Auswanderung nach Spanien, das sich seit Jahresfrist in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise befindet, dringend warnen.

Die katholischen Mitglieder der deutschen Kolonien in Madrid und Barcelona haben verständnisvolle geistliche deutsche Berater wie Pater Böninger in Barcelona. Nicht nur in Madrid, sondern in ganz Spanien und auch darüber hinaus erfreut sich Prof. Dr. Obermaier, der berühmte deutsche Archäologe und Professor an der Universität Madrid, eines großen und wohlverdienten Rufes nicht nur in wissenschaftlichen Dingen, sondern auch wegen seines Eintretens für das Deutschtum. — Die deutschen kaufmännischen Kreise und auch diejenigen spanischen Häuser, welche mit Deutschland arbeiten, sahen vor kurzem ihre Bemühungen, die sich unter der Führung von Botschaft und Generalkonsulat in harter Arbeit abspielten, durch den erfolgten Abschluß eines neuen deutsch-spanischen Handelsabkommens von Erfolg gekrönt; hoffentlich wird der neue Reichstag das Abkommen, das nur provisorisch in Kraft getreten ist, auch bestätigen, um hierauf aufbauend später die volle Meistbegünstigung, wie sie England und Frankreich haben, ebenfalls zu erhalten.

Unser politisches und wirtschaftliches Ansehen im Auslande ist stark gesunken, wir haben kein geschlossenes, einiges Reich mehr hinter uns, die Erfüllungspolitik hat im Auslande geradezu verheerend gewirkt, da man hier im Lande der Ritterlichkeit es nicht versteht, daß Deutschland den selbstverständlichen Kampf gegen die Schuldlüge nicht schon vor Jahren aufgenommen hat und sich nicht energischer zur Wehr setzt gegen die schamlose Raubpolitik der Alliierten und ihrer Trabanten. Die bisherigen sozialistischen Regierungen in Berlin haben an den durch den Krieg verarmten Auslanddeutschen auch große Ungerechtigkeiten begangen, so daß sehr viele deutsche Landsleute, verzweifelnd, sich in den verschiedensten Ländern nationalisieren ließen, was ein dauernder Verlust zu Lasten Deutschlands ist, der sich mit den Jahren immer stärker bemerkbar machen wird. Nehmen wir hinzu, daß auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel in den Nachkriegsjahren sich manches haben zuschulden kommen lassen, was vor dem Kriege einfach nicht möglich gewesen wäre, worauf ich aber in dieser Abhandlung nicht näher eingehen möchte, da Handels- und Wirtschaftskreise sich eingehend damit beschäftigt haben, so kann sich der deutsche Leser ein ungefähres Bild davon machen, wie der Auslanddeutsche heute zu kämpfen hat, um sich durchzusetzen. Hunderte von Vertretern aller Berufszweige ringen um das tägliche Brot, auch die selbständigen größeren Häuser machen schwere Zeiten durch, aber das Traurige ist doch vor allem, daß in Deutschland selbst ein richtiges Verständnis für das Ausland noch immer nicht aufkommen will. — Es sind nur einige wenige, aber erfreuliche Tatsachen, welche die Hoffnung auf bessere Zeiten hochhalten, so z. B. die Gründung Krupps in Valencia in Verbindung mit spanischen größeren Werken, der Austausch, oder besser gesagt, die akademische Vermittlungsstelle zwischen den deutschen und spanischen Universitäten in Barcelona, die in geschickter Weise von Herrn Dr. Schmidtborn von der Deutschen Schule geleitet wird, die allgemeinen Schulfeiern unter der Führung des unermüdlichen Direktors Dr. Seyfang und der Deutsche Tag, welcher alljährlich unter den Auspizien des Generalkonsulats vom Deutschen Ausschuß für alle Kreise der deutschen Kolonie im Freien, an irgendeinem landschaftlich schönen Punkte der Umgebung von Barcelona veranstaltet wird und vielleicht noch besser als früher die Kaiser-Geburtstagsfeiern, das ganze Deutschtum umfaßt, ein Ansatz zur Bildung einer wirklichen Volksgemeinschaft im Auslande. In Madrid sind ähnliche Bestrebungen schon seit langem unter der Ägide von Karl Knappe im Deutschen Turnverein im Gange, und zwar mit gutem Erfolge, denn der dortige Turnverein huldigt nicht nur den Leibesübungen, sondern er bildet auch den gesellschaftlichen Mittelpunkt der Deutschen in Madrid. In Valencia wird sich die deutsche Kolonie infolge der Niederlassung der Kruppwerke wohl stark vermehren. Wir wollen hoffen, daß sich auch dort geeignete Männer finden werden für den Zusammenschluß der Valencianer Deutschen. — Auch im Norden, in Bilbao, rührt sich die deutsche Kolonie; die im Jahre 1917 während des Krieges gegründete deutsche Schule hat vor kurzem ein eigenes neues Schulhaus bezogen unter Anwesenheit der spanischen Behörden. Die Schule wird zu einer Realschule ausgebaut werden mit Unterstützung des Reiches. Es kann nicht oft genug betont werden, daß Schule und Kirche stets die Eckpfeiler des Deutschtums im Auslande gewesen sind und sein werden.

Ich möchte diesen kurzen Bericht nicht schließen, ohne den Nachrichtendienst erwähnt zu haben. Nicht nur das Deutschtum im gesamten Auslande hat einen deutschen überparteilichen, aber stark nationalen Nachrichtendienst nötig, nein, das Reich selbst hat ihn nötig, dringend nötig in diesen für unser Vaterland so schweren Zeiten. Neben anderen Bestrebungen in Übersee und im Reiche habe auch ich schon früher verschiedene Male mündlich und schrift-

lich in Spanien und im Reiche darauf hingewiesen, wie große Schäden wir erlitten haben und täglich noch erleiden durch das Fehlen eines nationalen deutschen Nachrichtendienstes, aber bisher war alles vergeblich. Es sind Anzeichen vorhanden, daß auf diesem bisher so unbegreiflicherweise vernachlässigten Gebiete eine Änderung eintritt, aber die einheitliche Leitung ist noch nirgends zu sehen. Hier muß das Auswärtige Amt mit voller Wucht einsetzen und jeder Deutsche im Vaterlande hat die Pflicht, in seinem Kreise dafür zu sorgen, daß endlich eine straffe einheitliche Leitung diese wichtigste Waffe gegen unsere Feinde in der Welt schmiedet und scharf erhält.

Ich will hier nicht näher einzelne Besonderheiten erörtern, aber ich möchte ganz besonders auf den Umstand aufmerksam machen, daß die Beziehungen des offiziösen Wolfbureaus zu Havas auch heute noch bestehen, so daß dieses auch heute noch halbamtliche Nachrichtenbureau für den nationalen deutschen Nachrichtendienst vollkommen ausscheidet. Die Verbindung mit Südamerika ist durch den Ausbau der argentinischen Großstation in Buenos Aires gesichert, aber die europäischen Länder werden nach wie vor von Havas und Reuter im Verein mit Stefani beherrscht, die seit langen Jahren im engsten Einverständnis zusammenarbeiten und eine deutschfreundliche Presse oder einen deutschen Nachrichtendienst in der europäischen ausländischen Presse einfach nicht aufkommen lassen, und hier hat das Auswärtige Amt seit langen Jahren vollkommen versagt. Als ich im Jahre 1912 zum ersten Male versuchte, eine deutschspanische Telegraphenagentur einzurichten, die unabhängig in gleicher Weise den spanischen wie den deutschen Interessen dienen sollte, da konnte mir der damalige Staatssekretär des Äußeren, Herr von Kiderlen-Wächter, nur eine moralische Unterstützung versprechen, da der Reichstag in kurzsichtiger Verblendung die Bewilligung von Geld für derartige Zwecke stets verweigerte. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten waren in solchen Angelegenheiten immer anational, international eingestellt und tragen in erster Linie die Schuld, daß Deutschland bis heute in der ausländischen Presse keine aufrichtigen und auch interessierten Freunde hat. Hätte das Auswärtige Amt dafür Sorge getragen, schon mindestens zehn Jahre vor dem Kriege sich eingehend mit der russischen Presse zu beschäftigen, dann wäre die deutschfeindliche Strömung in Rußland, die von den Alliierten künstlich in das Volk durch die Presse hineingetragen wurde, nicht hochgekommen. Während des Weltkrieges war es schon zu spät, es wurden da Unsummen, Millionen von Goldmark, geradezu verschleudert, weil in vielen Fällen gänzlich ungeeignete Personen mit der Pressepropaganda beauftragt wurden. Ich will damit sagen, daß die Beherrschung des gesamten Nachrichtenwesens und die Erkenntnis der Psyche der fremden Völker mit das wichtigste Erfordernis für eine erfolgreiche Diplomatie bildet.

Eine kulturhistorische Kriegssammlung

Der Katalog einer recht beachtenswerten Münchener Kriegssammlung ist kürzlich erschienen (10 Jahre Geschichte in Schriften und Bildern 1914/24 von Friedrich Rehse). Mit unermüdlichem Fleiß hat der Photograph Rehse in den letzten 10 Jahren eine Fülle von Material zur Geschichte unserer Zeit besonders für die Münchener Verhältnisse gesammelt. Hervorragend wertvoll ist eine lückenlose Folge aller in München erschienenen Flugblätter und das umfassende, einzigartige Bildmaterial. Wenn diese Sammlung erst gründlich gesichtet sein wird, so dürfte sie eine unschätzbare Ergänzung zu anderen großen Kriegssammlungen werden.

Die Friedrichsruher Ausgabe der Bismarckwerke

Zum Geburtstag Bismarcks sind 2 neue Bände der Friedrichsruher Ausgabe der Gesammelten Werke Bismarcks im Buchhandel erschienen. Der eine Band setzt die Reihe der politischen Schriften fort, der andere bringt den ersten Band der Gespräche, bearbeitet von Dr. Andreas. Die Gespräche waren bisher in vielen Schriften des In- und Auslandes verstreut und sind zum erheblichen Teil nur wenigen Forschern bekannt. Professor Andreas hat sie zusammengestellt und zum ersten Male in chronologische Reihenfolge gebracht, so daß sie eigentlich erst durch diese Bearbeitung der weiteren Öffentlichkeit zugängig gemacht werden. (Verlag für Politik und Wirtschaft, Preis des Bandes M. 30.) O. St.

Aus Zeitschriften

Im Februarheft der **„Kriegsschuldfrage"** befindet sich ein höchst wichtiger Beitrag über die Mitwisserschaft der serbischen Regierung an der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand von dem früheren serbischen Unterrichtsminister Ljuba Jowanowitsch. Es geht daraus klar hervor, daß die serbische Regierung über den Plan, den Erzherzog zu ermorden,

bereits Anfang Juni unterrichtet war. Jowanowitsch stellt die Sache freilich so dar, als habe die serbische Regierung versucht, das Attentat zu vereiteln. Die Enthüllung gewinnt dadurch an Wert, daß keineswegs die Tendenz vorwaltet, die serbische Regierung zu belasten, sondern daß bewiesen werden soll, der Krieg sei unter allen Umständen unvermeidlich gewesen, weil die österreichische Regierung sich mit keinerlei Genugtuung zufrieden gegeben hätte.

Im gleichen Heft nimmt Sidney B. Fay nochmals Herrn Morgenthaus Legende vom Potsdamer Kriegsrat unter die kritische Lupe, und zwar von einem neuen und interessanten Gesichtspunkt aus, indem er nämlich nachweist, daß der Sturz an der Börse in keinem Zusammenhang mit diesem angeblichen „Kronrat" gestanden hat.

Im Märzheft sind einige der wichtigsten Berichte aus dem Buch von Ernest Judet: „George Louis" abgedruckt. Der tiefe Gegensatz zwischen der Politik Iswolskis und derjenigen von Georges Louis springt so deutlich in die Augen, daß der von französischer Seite — erst kürzlich von Professor Aulard — unternommene Versuch, die Abberufung von George Louis lediglich auf seinen Gesundheitszustand zurückzuführen, geradezu lächerlich erscheint.

Im Märzheft des **„Archivs für Politik und Geschichte"** behandelt Hermann Lutz die Schuldfrage in der öffentlichen Meinung Englands. In diesem Aufsatz werden zahlreiche Briefe aus England abgedruckt, die Lutz auf seinen „Appeal to British Fair Play" erhalten hat. Man wird sagen können, daß ein so tiefer Einblick in die augenblickliche Stimmung Englands noch an keiner anderen Stelle gegeben ist. Ungefähr 10% der 5000 Engländer, an die Lutz seinen Appeal geschickt hat, haben geantwortet. Das ist ein außergewöhnlich hoher Prozentsatz. Unter den zahlreichen Zuschriften befinden sich viele zustimmende, besonders aus Gelehrtenkreisen, daneben jedoch auch einige ganz absprechende, und vielleicht sind gerade diese die lehrreichsten. So schreibt z. B. der Major W. P. Colfox folgendes:

„Ihr unverschämter Brief mit dem Buch ‚An Appeal to British Fair Play' hat mich erreicht. Sie haben bloß in einem recht, daß Sie nämlich den britischen Sinn für Fair Play achten. Ich für meinen Teil vermag den Geist nicht zu bewundern, der Sie und andere zu dem Versuch veranlaßt hat, den gerechten Strafen für Ihre üblen Taten und die Ihrer Landsleute zu entgehen. Es kann für Deutschland niemals eine Hoffnung geben, bis es den Tatsachen anständig und gerade ins Gesicht blickt und ehrenhaft zu handeln versucht. Sie alle haben durch unredliche Methoden, von denen dies Buch ein weiteres Beispiel ist, versucht, die Bezahlung Ihrer Schulden zu umgehen, anstatt mit der Welt ins reine zu kommen. Sie beschweren sich über eine Sonderstellung allen anderen Nationen gegenüber und über die moralische Ächtung als Verbrechervolk. Jene Sonderstellung wird aufrechterhalten bleiben und diese Ächtung wird nicht aufgehoben werden, bis Ihr, das verbrecherische deutsche Volk, sie selbst aufhebt, indem Ihr zeigt, daß ihr nicht länger Verbrecher seid, sondern gelernt habt, ehrlich zu sein. Dann, aber auch erst dann, werden anständige Leute Euch wieder als gleichwertig empfangen und nicht auf Euch wie auf Schmutz heruntersehen, als den Ihr Euch durch Eure eigenen Handlungen bezeigt habt. Die einzige Hoffnung für Deutschland ist, aufzuhören wie ein geprügelter Köter zu kläffen, wie Sie das in diesem Buche tun, und der Welt zu zeigen, das Ihr dem Namen und der Tat nach Männer, und wenn möglich Ehrenmänner seid."

Wie man aus diesem Brief ersieht, wurzelt die Vorstellung von der „verbrecherischen deutschen Nation" noch tief im englischen Volk. Immerhin wird man sagen müssen, daß schon ein gewisser Fortschritt erzielt worden ist, vor 1 oder 2 Jahren wären kaum so viele Zuschriften eingelaufen. Wenn auch Schreiber aus der labour party sich mit einer gewissen Reserve äußern und ein Wiederausgraben der Sache nicht wünschen, so glaubt Lutz den Grund darin zu sehen, daß die Engländer einen feinen Instinkt dafür haben, nicht an eine Sache zu rühren, die für England ungünstig sein könnte. Das hat ein englischer Schriftsteller etwa so ausgedrückt: „Wenn Deutschland nicht allein verantwortlich für den Krieg war, auf welchen anderen Ländern und Staatsmännern ruht dann die Verantwortung? Das ist eine Frage, die zu ergründen die englischen Politiker der Kriegszeit durchaus keine Lust haben." Wenn Lutz am Schluß nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinweist, neben der Aufklärung über die Kriegsursachen energisch die Aufklärung über die beiderseitige Kriegführung zu betreiben, so möchten wir das noch besonders aus unserer Erfahrung heraus unterstreichen.

Die **„Auslandswarte"** (Verlag Otto Stollberg Berlin), das offizielle Organ des Bundes des Auslanddeutschen und eine der führenden illustrierten Zeitschriften für das Auslanddeutschtum, stellt bei aller Betonung und gründlichen Behandlung des Wirtschaftlichen doch das National-Politische voran. So begründet im 2. Heft Geheimrat Große in einem die letzten Ziele organisatorischer Fragen behandelnden Aufsatz: „Probleme des Auslanddeutschtums", die Behauptung, daß „nur ein guter Deutscher ein guter Weltbürger sein kann.

Bücher

Neues von der Literatur des Sozialismus

Wie in den Jahren nach 1917 überhaupt, so beansprucht auch in der letzten Zeit die Literatur über die Theorie und Geschichte des Sozialismus, sowie über Themata aus der sozialdemokratischen Bewegung noch immer einen ziemlichen Umfang innerhalb des deutschen Schrifttums. Auf knappem Raum restlos darüber zu informieren, ist darum nicht möglich. Man muß sich mit dem Blick auf einzelne hervorstechende Werke begnügen, und es genügt, darauf hinzuweisen, daß eine ständige, erschöpfende und wohlgeordnete Übersicht neuerdings in den Vierteljahresheften von „R. L. Pragers Bibliographie der Rechts- und Staatswissenschaften" (Berlin) gegeben wird. Neben dem allgemein bibliographischen Teil findet man darin auch textlich manche, besonders biographische Informationen. Ergänzend hierzu hat derselbe Verlag soeben einen großen, nach buchkundlich-fachtechnischen Prinzipien hergestellten Verkaufskatalog erscheinen lassen, dessen Titel: „Marx-Engels-Lassalle, eine Bibliographie des Sozialismus" (260 S., Berlin 1924), viel zu eng gefaßt ist. Sein Inhalt beschränkt sich nicht nur auf die Literatur aus den Federn der Väter der modernen Sozialdemokratie und auf die Werke über sie und ihre Theorien, sondern er geht weit darüber hinaus auf das Allgemeine der Bewegung bis in die neueste Zeit ein. Moderne, wie ältere Schriften sind in bald 5000 Nummern von ca. 1800 Autoren mit erläuternden Bemerkungen vorgeführt, auch textliche Darbietungen, seltene Schriften hervorragender Sozialisten reproduzierend, machen das Orientierungswerk interessant genug, um es der eingehenden Beachtung empfehlen zu können. Einem ähnlichen, aber rein wissenschaftlichen Zweck dient jener Teil des in zehnter Auflage neu erschienenen Werkes Prof. Werner Sombarts, der früher den Titel „Sozialismus und soziale Bewegung" führte, jetzt „Der proletarische Sozialismus" („Marxismus") heißt (Verlag Gustav Fischer, Jena 1924, 2 Bände, X u. 488 S.; XII u. 523 S.). In ihm bietet der systematisch wohlgeordnete „Führer durch die sozialistische Literatur" (I, S. 424—477) eine knappe, klare, zur Allgemeininformation völlig ausreichende Bibliographie zu unserem Thema. Die dem Buch von den ersten Auflagen an beigesellte „Chronik" hat in ihrer eigenartigen Anlage eine bedeutende Erweiterung bis in die neueste Zeit erfahren (II, S. 5—95). Sombarts Anschauung über Marx und seine Theorie ist von dem gleichen Gedanken wie früher getragen, daß sie zwiespältig sowohl dem sozialistischen Reformismus, als auch vor allem dem Radikalismus als Belegmaterial für seine politisch-ökonomischen Anschauungsweisen dienen kann. Eine Wahrheit, die der bekannte Gelehrte trotz aller Kritik von rechts- wie linkssozialistischer Seite nun wohl als feststehendes Ergebnis seiner Forschungen buchen kann. Der seit 1919 fast auf das Dreifache gewachsene Umfang des Werkes ist in der Hauptsache entstanden durch Erweiterung des aktuellen Teiles über Rußland und durch Ausbau des sehr instruktiven soziologischen. So ist das Buch, neben Herkners „Arbeiterfrage", immer mehr zu einem modernen wissenschaftlichen Rüstzeug ersten Ranges gediehen. Gute buchkundliche Ergebnisse liefern weiter, besonders auf dem Spezialgebiet des „Bolschewismus" und des modernen Rußland überhaupt, die „Jahresberichte für Kultur und Geschichte der Slaven" (1. Jahrg., Priebatschs Buchhandlung, Breslau 1924). Wichtig darin sind besonders Prof. Friedrich Andreaes bibliographischer Versuch „Das bolschewistische Rußland (1918—1923) in der deutschen Literatur" (es sind 649 Titel bibliographisch festgelegt), des gleichen Autors „Neuere deutsche Darstellungen russischer Geschichte", Prof. Richard Salomons „Neue russische Memoiren-Literatur" (seit 1918) und Erdmann Hanischs „Zur Bibliographie der vornehmlich in Deutschland erschienenen slavischen Belletristik." — Nicht übersehen werden darf das von offiziös-sowjetischer Seite nun schon im 2. Jahrgang herausgegebene „Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923—1924" (XLIII u. 926 S. u. 6 farb. Karten; Hoym, Hamburg). Das Sammelbuch beschränkt sein an demographischen und sonstigen statistischen Angaben schier überreiches Material nicht nur auf die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, es umfaßt in wirklich großartigem Zuge den ganzen Erdkreis und liefert auch über die entlegensten Staaten wichtigstes Material, letzten Endes immer im Hinblick auf die informatorischen Bedürfnisse von Arbeiterführern zusammengetragen, aber auch für viel weitere Kreise von nicht zu unterschätzendem Werte. Spezieller, nur über Rußland und seine Volkswirtschaft, gibt Aufschluß das „Handbuch für Handel und Industrie der U. d. S.S.-R." (X u. 330, 1 Karte) der Handelsvertretungen U. d. S.S.-R., Berlin 1924.

Auf das Gebiet der neueren Geschichte des Sozialismus führen uns zwei Werke radikaler Autoren. Das eine hat den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Paul Frölich zum

Verfasser und heißt: „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg", I. Teil „Der Krieg" (Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1924, 244 S.). Es beschäftigt sich mit der historischen Darstellung der Ereignisse, gesehen vom linksradikalen Standpunkt aus, entschleiert, mit Dokumenten belegt, die Kriegspolitik der deutschen sozialdemokratischen Fraktionen und gibt von neuem Kunde davon, daß die Vorgänger der heutigen Kommunisten von Beginn des Krieges an ständig den Willen zur „Tat" mit dem Ziele der Weltrevolution in deutschen Arbeiterkreisen durch ihre internationalistische Propaganda zu entflammen bestrebt waren. Ein neuer Konkurrent entsteht diesem Spartakiden — neben dem bekannten Emil Barth — in dem Autor des zweiten: Richard Müller (er akzeptierte erst neulich im Ebertprozeß den Kriegsnamen: „Leichenmüller"). Sein Memoirenwerk „Vom Kaiserreich zur Republik" tritt gleich zweibändig auf (Malik-Verlag, Berlin, 219 u. 296 S.). Man könnte das Buch auch „Die Geschichte der revolutionären Obleute" nennen, denn in ihm wird von der, nach Müllers Auffassung, reichsstürzenden, über alle Begriffe erfolgreichen Tätigkeit dieser Verschwörerloge und der ihres Meisters vom Stuhl, als den er sich selbst geriert, mit vielem Wortaufwand, jedoch nicht so beweiskräftig, wie der Verfasser selbst meint, erzählt[1]). Häufig setzt sich Müller in bewußten Gegensatz zu den Ausführungen Barths, dem er Renommisterei vorwirft. Die dokumentarischen Anhänge sind entschieden das Wertvollste in den Bänden. Ein kritischer Leser sollte sie nicht unbeachtet beiseite lassen. — Historischen Inhaltes ist auch ein dickleibiger Band des Vorsitzenden im Exekutivkomitee der III. Internationale G. Sinowjew[2]): „Der Krieg und die Krise des Sozialismus" (Verlag für Literatur und Politik, Wien, 668 S.). Das Buch war schon im August 1916 beendet und lag bereits Ende 1917 in russischer Sprache vor („Vojna i krizpie socializma" ist der Titel der Petersburger Ausgabe). Es war auf drei Teile angelegt, nur zwei sind bisher geschrieben. Im Kampfe gegen den „Sozialimperialismus" ist es entstanden und will mit seinen vielen Zitaten nachweisen, daß Marx-Engels und die I. Internationale stets Gegner der Vaterlandsverteidigung waren und nur zur Förderung des Umsturzes in aller Welt den Gebrauch der Waffe zulassen wollten. Daneben untersucht S. die Stellung der verschiedenen sozialistischen Parteien verschiedener Länder und ihrer Führer zu den Kriegen von 1848 bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Die inzwischen veralteten statistischen Zahlen sind bis auf die letzte Zeit in der deutschen Ausgabe von dem ungarisch-russischen Prof. Varga ergänzt worden. — In der Hauptsache wirtschaftsgeschichtlich ist ein nachgelassenes Werk Rosa Luxemburgs: „Einführung in die Nationalökonomie" (E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1925, XVI u. 293 S.). Es ist herausgegeben und mit einem erläuternden Vorwort versehen von dem bekannten sozialistischen Rechtsanwalt Paul Levi. Das Buch enthält Teile einer Vortragsreihe, die diese Russin jahrelang in der sog. „Sozialdemokratischen Parteischule", d. h. den theoretischen Ausbildungskursen der vorkriegszeitlichen jüngeren Funktionäre in der deutschen Sozialdemokratischen Partei hielt. Demgemäß sind die Ausführungen ziemlich schlicht in der Form und darum leicht lesbar. Sie streben immer zu dem Ziel hin, historisch nachzuweisen, daß auf einer bestimmten Höhe der ökonomischen Entwicklung im Völkerleben Kommunismus in der Produktion geherrscht habe. Andere Teile der Reihe sind geschickte, populäre Erläuterungen über Marx' „Kapital". — Ziemlich viel Literatur ist auf dem Gebiete der Biographie erschienen[3]), so in dem Sammelbuch von Felix Meiner: „Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen" (Felix Meiner, Leipzig 1924, VII u. 247 S. m. Photo-Porträts). In ihm schreiben Eduard Bernstein und Karl Kautsky ihre Lebensgeschichten und fügen eine bibliographische Aufstellung ihrer wichtigsten Schriften bei (daneben finden wir in dem Sammelband Autobiographien von Karl Diehl, Heinrich Herkner, Robert Liefmann, Heinrich Pesch und Julius Wolf). — Rudolf Rocker hat die Biographie von Johann Most (Verlag d. „Syndikalist", Berlin 1924, 436 S.) verfaßt und damit ein Werk geliefert, das weit mehr bringt als der Titel sagt, denn es ist zugleich eine ausführliche und historisch treue Geschichte der Entwicklung der radikal-sozialistischen Arbeiterbewegung in Österreich Ende der 60er, in Deutschland der 70er Jahre bis zum Sozialistengesetz, der Emigrantenbewegung in England zur Zeit des Sozialistengesetzes und der sozial-revolutionär-terroristischen Propaganda in Deutschland, endlich der deutsch-anarchistischen Bewegung von Mitte der 80er Jahre bis 1905. — Biographisch und historisch zugleich ist A. Arschinoff: „Geschichte der

[1]) Wir schätzen den Erfolg der revolutionären Oblaute bedeutend höher ein als unser so sachkundiger Mitarbeiter. D. Schr.

[2]) Ss. bürgerlicher Name ist G. O. Radomysl'skij und nicht, wie immer wieder in Deutschland fälschlich angegeben wird, Apfelbaum.

[3]) Noch einiges steht in Aussicht, so eine Bernstein- u. eine Adolph-Hoffmann-Autobiographie.

Machnobewegung 1918—1921" (Verlag „Der freie Arbeiter", Berlin, 315 S., 1 Kartenskizze). Eine plastische Bildfolge aus der Zeit des russischen Bürgerkrieges bringt das Buch vor Augen mit eigenartigen anarcho-sozialistisch-ukrainischen Bauerntypen als handelnden Personen. (Vorher erschien es auch in russischer Sprache: „Istorija Machnovskoge Dvishenije"). — Über den verstorbenen Volkskommissar Uljanow-Lenin häuft sich biographisches Material mehr und mehr. Von dem Vielen beansprucht einiges Interesse: „Lenin, Leben und Werk" (Wien, Verlag für Literatur u. Politik, 1924, 209 S. illustr.). Es ist ein Sammelbuch, in dem einige 20 Personen seines Gefährtenkreises dem toten Führer Worte der Erinnerung widmen. — Leo Trotzki: Über Lenin. Material zu einer Biographie (Berlin, Neuer deutscher Verlag, 1924, 173 S.), bietet, was der Untertitel verspricht. — Fritz Platten: „Die Reise nach Deutschland im plombierten Wagen" (79 S., im gleichen Verlage), bringt sehr eingehende Ausführungen über diese kurze, aber sehr interessante Spanne Zeit im Leben des russischen Diktators. — Zum Schluß seien „Leninbriefe an Gorki" 1908—1913 (Verlag für Literatur u. Politik, Wien 1924, 126 S.) verzeichnet, die sich besonders dadurch dem Leser empfehlen, daß hierin die Gegensätze in den philosophischen Ideen im Lager der Bolschewiki zur Erörterung kommen. Die Briefe an Gorki sind damit eine Ergänzung zu Lenins philosophischem Werk „Materializm i Empiriokriticizm" (388 S.), das bisher nur in russischer Sprache (2. Aufl., Moskau 1920) zugänglich ist. — An Romanen mit sozialistischem Einschlag finden wir neuerdings von deutschen Autoren kaum etwas, während die Russen und Amerikaner sehr produktiv sind. Hier seien von Russen nur genannt die Naturalisten Tarassoff-Rodionoff: Schokolade (Verl. „Die Aktion", Berlin, 166 S.), und W. Weressajew: In der Sackgasse, (Verlag für Literatur u. Politik, Wien 1924. 391 S.) Das erste Buch schildert das Leben und Sterben eines überzeugten Kommunisten, das zweite den Bürgerkrieg in der Krim. Beide sind von starker Wirkung, aber nach deutschem Empfinden als Propaganda für die Räteherrschaft kaum geeignet. — Aus Amerika ist zu uns „Herr Fettwanst" (Kurt Wolff Verlag, München 262 S.), herübergekommen. Eine gewiß stark karikierte Zeichnung amerikanischer Zustände, die aber dennoch ihre Wirkung nicht verfehlt. Bei uns sind neuerdings nur John Henry Mackay: Die Anarchisten im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin, Hessenwinkel (XIV u. 294 S.),wieder erschienen, nachdem sie wohl ein Jahrzehnt vergriffen waren. Das alte Buch bleibt ewig jung.

Berlin. Ernst Drahn.

Dostojewskij geschildert von seiner Gattin

Im Märzheft 1921 hat Adolf Dirr die Biographie Dostojewskijs von seiner Tochter (Verlag E. Reinhardt, München) angezeigt. Nun erscheinen bei dem um die Dostojewskij-Kenntnis verdientesten Verlag (Piper & Co., München) die Lebenserinnerungen der Gattin Dostojewskijs. Bis zu ihrem Tod im Sommer 1918, also durch die Schrecknisse der Revolution hindurch hat sie den Nachlaß des genialen Dichters bewahrt und ihre Erinnerungen. Im Jahre 1921 bei der Sozialisierung der Banken wurde die Kassette geöffnet, die alles das enthielt, und jetzt erscheinen diese Schätze im Russischen Staatsverlag und deutsch im Verlag Piper. Als erster Band die Erinnerungen. Jeder Freund des Dichters wird wünschen, die Aufzeichnungen seiner Gattin zu kennen. Eine Fülle des Erlebens, russischen Erlebens. Wer Rußland nur aus Dostojewskij kennt — und deren gibt es bei uns viele —, wird empfinden, wie vieles, das er für Besonderheit des Dichters gehalten hatte, Besonderheit des Volkes ist, wie vieles dem genialen Dichter mit seiner ungenialen Umgebung gemeinsam ist.

Bis kurz vor seinem Tod stand der glühende Anhänger seines Landes und seines Zaren, „der Unterleutnant a. D. Fjodor Michailowitsch Dostojewskji" unter geheimer Polizeiaufsicht.

Der andere große Russe

Von Ljesskow, der in wenigen Jahren — lang nach seinem Tod — als einer der größten Erzähler der Weltliteratur durchgedrungen ist, erschien eben bei Beck, München, eine neue deutsche Ausgabe in vier Bänden. Sie enthält keine Romane, nur kürzere Erzählungen, darunter mehrere, die in keiner der bisherigen Sammlungen (Georg Müller Verlag, München, und Musarion Verlag, München) enthalten sind.

Französische Frauen

Der Untertitel dieses im Ernst Günther-Verlag zu Freiburg i. B. erschienenen Büchleins ist zu beachten; er heißt „Erlebnisse und Beobachtungen, Reflexionen, Paradoxen". Die Erlebnisse aber sind „nur" Kriegserlebnisse des Soldaten an der Front, und darum ist das Thema einseitig behandelt. Der Verfasser Maximilian Delmar bekennt sich als ehemals aktiver

Major und Kommandeur eines Bataillons und scheint kein nach dem Kriege ganz Gewandelter zu sein (er sei denn ein wieder Rückgewandelter). So kommt in dem überall eingestreuten „aphoristischen Mosaik" auch manch kluges, abgeklärtes Wort vor über Volkstum, Staat und Politik. Die geistreiche Einleitung gibt in anmutiger Pseudo-Wissenschaftlichkeit eine Typenbildung der französischen Frau nach Zusammenhängen von geographischer Lage, Boden und Klima, eine Abwandlung der Geopolitik ins Geo-Psychische. Aphoristisch bleibt das Ganze, auch in der Einordnung des Erlebens in die Abschnitte über die Frau nach Ständen, einschließlich der Proletarierin und ausschließlich der Bäuerin. Die Darstellung ist geistvoll, oft glänzend und schielt nicht nach dem Literarischen, ebenso wie sie die französische Literatur mit Takt und Maß verwendet. Ganz unnötig sind einige „Anekdoten", Unterstandsgeschichten der minderen Art, bedenkliche Füllsel, die auf eine ganz andere Leserschicht zielen. Das Buch bleibt zu sehr beschränkt; es mangelt die Betrachtung von innen heraus, das Erleben des Frankreich hinter der Front drüben. Das Septemberheft 1916 der S. M. „Frankreich von innen" enthält verstreut vieles über jenes Thema; Tatsachen, die freilich in das Mosaik Delmars wie Schlackensteine paßten. Im übrigen brachte auch das Märzheft dieser Zeitschrift mit der Abbildung „Der Bosch als Nadelkissen" einen Beitrag zum Thema „Französische Frauen". F. H.

Neue Kunstliteratur

Im 3. Hefte seiner ausgezeichneten Vierteljahrs-Verlagszeitschrift, des „Piperboten", nimmt Reinhart Piper Stellung zu der Klage Geheimrat Bodes über die Überschwemmung des Büchermarktes mit Kunstliteratur: „Weshalb wir Bücher über Kunst brauchen", und er hat unbedingt recht. Ein Buch wie Justis Velasquez, etwa neben Carl Neumanns Rembrandt gelegt, zeigt, welch enorme Fortschritte die modernen Verfahren der Wiedergabe von Kunstwerken gemacht haben. Selbst Bodes Vorwurf, viele Bücher seien überhaupt nur Bildermappen, mit zu wenig Text scheint mir eher ein Lob, denn die Hauptsache ist, das Publikum soweit zu bringen, daß es zuerst möglichst viel, multa et multum, Kunstwerke betrachtet. Das Lesen über Kunst kommt erst in zweiter Linie.

Das beste Werk über Malerei und Zeichnung der Griechen, das monumentale Handbuch von Ernst Pfuhl, war seines Umfanges wie seines Preises halber nur wenigen Privaten erschwingbar. Um so begrüßenswerter ist, daß der Verfasser und der Verlag F. Bruckmann einen der Allgemeinheit zugänglichen Auszug aus dem 3bändigen Werk geben: Meisterwerke griechischer Zeichnung und Malerei, mit 160 meist ganzseitigen Abbildungen, 4 in Farben (geheftet 12, Halbleinen 14.50). Wir durchwandern ein volles Jahrtausend griechischer Kunst, den geometrischen Stil, den orientalisierenden, den schwarzfigurigen, den strengen attischen rotfigurigen, die etruskische Wandmalerei der archaischen Zeit, den klassischen Stil in seinen verschiedenen Stoffen und Techniken, die große Malerei vom späteren 5. Jahrhundert an bis zum Hellenismus. Besonders praktisch ist, daß jede einzelne Tafel für sich erläutert wird.

Eine der anmutigsten antiken Techniken, die griechischen Terrakotten, bringt der bei E. A. Seemann erschienene Band „Die Mädchen von Tanagra": 30 der schönsten Tanagrafiguren, als Text griechische Liebeslyrik in den Übersetzungen von Herder, Mörike, Leuthold, Mähly u. a., dazu ein farbiger Einband von E. R. Weiß, so hübsch, daß man seinetwegen allein schon das Buch besitzen möchte.

Die Kunst des frühen und hohen Mittelalters in Deutschland von Hermann Schmitz füllt eine Lücke aus, indem die Entwicklung von den Uranfängen bis zum 13. Jahrhundert, Deutschlands Besiedelung, die vorgeschichtliche Kunst bis zur Römerzeit, diese selbst, die Auflösung der Antike, die merowingisch-fränkische Kunst, karolingische und ottonische Renaissance, der romanische Stil bis zu seiner Hochblüte bisher nicht in einer der Allgemeinheit zugänglichen Weise dargestellt waren. Fast 200 Bilder unterstreichen die Ausführungen des Verfassers, der mit modischen deutschtümelnden Konstruktionen gründlich aufräumt, und die Zusammenhänge antiker Kunst und Kultur betont: „Man darf sich nicht verleiten lassen, die Weltgeschichte auf den Kopf zu stellen und die Herkunft unserer mittelalterlichen Geistesbildung aus der Welt des Mittelmeeres leugnen wollen".

Meisterwerke der Basler Kunstsammlung I: 15. und 16. Jahrhundert (Basel, Frobenius A.-G., 6 Franken). In guten Tondrucken 16 Bilder von Konrad Witz, Holbein d.Ä., d. J., Ambros Holbein, Hans Fries, Matthias Grünewald, Hans Baldung Grien, Urs Graf, Niklaus Manuel Deutsch, Stimmer, Elsheimer und anonymer Meister, eine sehr preiswerte Mappe.

Einer der Marksteine moderner Kunstgeschichte ist Max Dvořaks „Rätsel der Kunst der Brüder Van Eyckh," das die Voraussetzungen des neuen Stils, den Anteil Huberts, und das Verhältnis zwischen früheren und späteren Werken Jans festzustellen versucht. Ältere Leser dieser Zeitschrift werden mit Interesse die Auseinandersetzungen des Verfassers mit unserem verstorbenen Mitarbeiter Karl Voll verfolgen. Daß der Verlag R. Piper dieses hochbedeutende Werk wieder zugänglich gemacht hat, ist wirklich ein großes Verdienst. Die solide Ausstattung (68 Tafeln) und den verhältnismäßig bescheidenen Preis (geheftet 12, Halbleinen M. 16) sind wir von diesem Verlag nicht anders gewohnt.

Öfter haben wir die mit Federzeichnungen versehenen Bücher des Verlags Alexander Fischer in Tübingen gerühmt. Seine neueste Veröffentlichung dieser Art ist „Alt-Ulm". Der Text ist von Otto Linck, die 70 Zeichnungen von Wilhelm Weisser. Wenn doch die Leute, die es heute, wo die Not von Südtirols Kindern zum Himmel schreit, mit ihrer Selbstachtung vereinbaren können, Geld nach Italien zu tragen, wenn doch diese Tausende nur ein einziges Mal einen Versuch machten, um wie viel schöner es sich in diesem köstlichen Württemberg reist, sie wären bekehrt. Gar jene Kunstkenner, die vor allem des Weines halber hinunter fahren, kämen in der Ofengabel oder beim Wägnerle in Ulm entschieden besser auf ihre Kosten, als dort unten (neulich wurde von Italien aus bei einer deutschen chemischen Fabrik angefragt, ob sie nicht Proben von — Chianti-Arom vorlegen könne.....)

Julius Baum: Niederschwäbische Plastik des ausgehenden Mittelalters (A. Fischer, Tübingen, 90 Tafeln, geheftet M. 7.) Natürlich ist es bequemer, ins Bargello zu gehen, seinen Schubring herauszuziehen, und sich durchs Quattrocento saalweise duchzubegeistern, als mittelalterliche Plastik da aufzusuchen, wo sie heute noch steht, in alten Kirchen und ehemaligen Klöstern. Aber haben, haben wird der Wanderer mehr für Gemüt und Erinnerung, wenn er sich die Mühe gibt, in die schwerer eingängige herbe Kunst unserer alten Meister allmählich hineinzukommen. Der Band ist wunderschön. Manche dieser Lieben Frauen verdienten so oft und so groß reproduziert zu werden, wie jeder Desiderio oder Mino.

Die von dem Verlag Benno Filser herausgegebene Sammlung Alte Kunst in Bayern ist um einen Band bereichert worden, der ein Gebiet behandelt, welches zahllosen Deutschen (z. B. dem Berichterstatter) so gut wie unbekannt ist: Die Plastik in der Oberpfalz, von K. Gröber. Die wiedergegebenen Denkmäler reichen vom 17. bis zum 18. Jahrhundert. Sie zeigen, daß auch in diesem Gau, von dem man es weniger vermutet hätte, ein reiches Kunstleben geblüht hat, dessen zum Teil hochoriginelle Erzeugnisse meistens noch an dem Orte zu finden sind, für den sie ursprünglich bestimmt waren.

Ein wertvoller, selbständiger und aufschlußreicher entwicklungsgeschichtlicher Versuch ist das Buch von Anita Orienter über Den seelischen Ausdruck in der altdeutschen Malerei (94 Abb., München, Delphin-Verlag): Wie stellt unsere alte Kunst Schmerz und Trauer dar, Wut und Hohn, Schreck und Verzweiflung, die Liebe, die religiöse Erregtheit? Dies wird im 1. Teile behandelt. Ich zitiere eine Stelle: „Mit diesem kaum faßbaren Lächeln, das auf dem keuschen Antlitz der Madonna schwebt, mit dieser versonnenen Anmut hat nur der Deutsche sein Traumbild vollkommener Weiblichkeit geschmückt". Im 2. Teil wird der gewonnene Stoff entwicklungsgeschichtlich durchdrungen. In dem Band steckt ein interessanter Verlauf europäischer Geistesgeschichte; er beweist auf jeder Seite eine ungewöhnliche Kenntnis nicht nur auf dem Gebiete der bildenden Kunst.

Demselben Hermann Schmitz, dessen „Kunst des frühen Mittelalters" eben besprochen wurde, verdanken wir ein im gleichen Verlag und Gewand erschienenes Werk über Kunst und Kultur des 18. Jahrhunderts in Deutschland. Dank dem schon länger bestehenden und von Jahr zu Jahr wachsenden Interesse auch weiterer Kreise am deutschen Barock und Rokoko wird dieses Werk einen rascheren Erfolg haben, als seine Geschwister. Kein Gebiet der Kunst bleibt unberücksichtigt: Baukunst, Innendekoration, Hausrat, Bildhauerei. Ölmalerei, die Behandlung der Metalle, Porzellan und Steingut, geschnittene Gläser, Kunst der Bühne und der Gärten. Der Reichtum des tatsächlichen Stoffes ist so gewaltig, daß oft nur gestreift und angedeutet werden konnte wenn anders die großen Entwicklungsstufen herauskommen sollten. Wer nur prachtvolle Kirchen, Bilder und Paläste sehen will, braucht wirklich nicht nach Italien zu fahren, er findet in Deutschland und Österreich so viel, daß es für ein normales Dasein langt.

Etwas anderes ist es, wenn Einer statt des Wortes Rom positiv die Realität Rom haben will, ein Gefühl, das wohl zu verstehen ist, nur nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt, nur nicht, solange Faszisten und Karabinieri mit Gummiknütteln und Revolvern Tiroler Kinderschulen zersprengen. Wenn Südtirol seine Autonomie zurückgegeben ist, wenn Südtirol vom amtlichen Italien mit derselben Rücksicht behandelt wird, wie seine afrikanischen Besitzungen, wenn

dort die deutsche Sprache wieder in ihr Recht eingesetzt ist, wenn die gestohlenen Gebäude zurückgegeben sind, dann fahren wir wieder nach Italien. Bis dahin gibt es für südliche Reisen nur ein Ziel: das alte Südtirol, Stärkung der deutschen Hotels und Pensionen. Ich bin überzeugt, wenn die katholischesten Franzosen in unserer Lage wären, sie hätten soviel nationale Selbstachtung, daß sie auch im Anno Santo Rom mieden, mit Kummer, aber mit Würde. Sein Gewissen auf 14 Tage daheim in eine Schublade sperren, eine doppelte Stellung zu Italien auf Lager haben, eine laxe für Feuilleton und die Ferien und eine pathetische überm Strich und das Jahr über, den Italienern ihre Fremdenindustrie wieder in die Höhe bringen helfen, wer das alles fertig bringt — ich beneide ihn nicht. Auf jeden einzelnen kommt es an. Lieber kaufe man sich das wunderschöne Buch von Julius R. Haarhaus über Rom (E. A. Seemann), mit seinen fast 500 Bildern das schönste dieser Art in deutscher Sprache (M. 20); die Sehnsucht nach Rom packt einen freilich stark, denn nichts, wirklich nichts ist vergessen in Text und Bild, keine Ruine, keine Kirche, kein Palazzo, kein berühmter Aus- oder Durchblick, nicht einmal der durchs Schlüsselloch des Malteser Priorats auf St. Peter. Aber dann sagt man sich wieder: um das zu sehen, an einem Brenner vorbeifahren, wo herausfordernd die italienische Trikolore weht, an einem Sterzing, das Vipiteno heißt, an geschändeten und à la Himmelsbach abgeholzten Wäldern, an einem Bolzano, dessen Walther-Denkmal besudelt ist, und wissen überall, im fernsten Tal, im kleinsten Dorf, hausen die Schwarzhemden und quälen die brave Bevölkerung, — nein: ich halte mich ans Buch. Zuerst muß Bozen wieder Bozen heißen und Waidbruck wieder Waidbruck, dann ertragen wir den Anblick wieder. Wenn wir aufs Kapitol gingen, könnten wir je vergessen, daß der Palazzo Caffarelli gestohlen ist? Wenn wir uns in der Villa Falconieri ergehen, daß sie dem Gabriele d'Annunzio geschenkt, d. h. dem Deutschen Reich gestohlen ist? Wenn wir Galerien ansähen, stießen wir plötzlich auf Bilder, die den Wienern Galerien gestohlen sind. Und wenn uns die kleinen Buben Streichhölzer, und die kleinen Ciocciarinnen an der Spanischen Treppe Veilchen anböten, müßten wir nicht immer wieder an die kleinen Tiroler Kinder denken, denen meineidigerweise ihre deutsche Muttersprache aus dem Herzen gerissen wird? Es muß einer schon verdammt viel Wein mit Chianti-Arom trinken, um das alles zu vergessen.

Rosenheim. Josef Hofmiller.

Friderizianische Neuerscheinungen. In der trefflichen Sammlung „Bücher der Rose" (Verlag Langewiesche-Brandt, Ebenhausen bei München): Eine preußische Königstochter, Denkwürdigkeiten der Markgräfin von Bayreuth, Schwester Friedrichs des Großen (Ganzleinen M. 4). Das handliche Buch ist ein Seitenstück zu den in Hunderttausenden von Bänden verbreiteten Werken desselben hochverdienten Verlags über Bismarck, Moltke, Die Befreiung, den König (Friedrich d. Großen), Liselotte usw. Friedrich der Große und Wilhelmine von Bayreuth, Jugendbriefe 1728 bis 1740, herausgegeben von Berthold Gustav Volz (Leipzig, K. F. Koehler). Eine hochbedeutende Veröffentlichung, vor allem neues Licht verbreitend über die Krise 1734/35, aus der sich Friedrich in den humanistischen Frieden und die bewußte Herrschervorbereitung seiner stillen Rheinsberger Jahre rettet. Die Denkwürdigkeiten der Schwester werden dadurch, ohne an subjektivem Werte zu verlieren, vielfach berichtigt. Bisher war man über die für Friedrich entscheidenden Monate von Frühjahr 1733 bis Herbst 1735 auf Vermutungen angewiesen, bestenfalls auf die unzuverlässigen Gesandtschaftsberichte. Diese Jugendbriefe nun reichen von der Küstriner Zeit bis zu Friedrichs Thronbesteigung. Aus dem unendlich reichen Schatze dieses Briefwechsels waren bisher nur 80 Briefe veröffentlicht, in der der Allgemeinheit so gut wie unerreichbaren Gesamtausgabe der Werke Friedrichs d. Großen. Die hier mitgeteilten Briefe umfassen beinahe 550 Nummern. Gute Abbildungen erhöhen die Freude an dem Bande, ein sorgsames Register erleichtert seine Benutzung. — Volkstümliche Werke: Oskar Fritsch, Friedrich der Große, unser Held und Führer (J. F. Lehmann, München. Ganzleinen M. 5; 31 Tiefdrucktafeln, Bilder im Texte). Daß gerade ein Bayer dieses begeisterte und begeisternde Lebensbild geschrieben hat, verdient in einer Zeit, wo nicht zuletzt von gewissen bayerischen Klüngeln gegen Friedrich gehetzt wird, besondere Anerkennung. Ich habe das Buch sogleich in die Klassenbücherei unserer Prima eingestellt. — Zwei deutsche Edelfürsten: Friedrich II. und Joseph II. Von Ottokar Stauf von der March (Leipzig, Theodor Weicher, geb. M. 4). Ein populär geschriebenes Buch, das nicht nur seinen beiden Helden gerecht wird, sondern auch Friedrich Wilhelm I. und Maria Theresia. Bemerkenswert vor allem als Beweis, daß gutes Österreichertum und gutes Preußentum sich vereinen und finden, im guten Deutschtum. J. H.

Kleine Tatsachen und Gedanken

Kohlennachlese im Lande des Anthrazits[1])

„Gewiß hält man Aufsichtsorgane und Inspektoren dazu an, ihre Augen offen zu halten; aber es gibt nicht genug Inspektoren in Pennsylvanien, um die gesetzlichen Vorschriften in einer einzigen Kohlenmine durchzusetzen, geschweige denn in den Hunderten von Minen dieses Staates. Ich kann mir denken, warum so viele Gesetze übertreten werden. Aber das tut nicht nur der einzelne — auch die Gesellschaften haben ihren Anteil daran." Der im Dienst ergraute Mann, der uns den Abhang hinunterführte — er zog es vor, mit uns hinabzusteigen, anstatt mit dem Aufzug in die Werke zu fahren —, setzte uns auseinander, warum fast jedermann in den Minen raucht, obgleich die Gesetze und die Vorschriften der Gesellschaften es verbieten. Es ist nicht das Rauchen, das die meisten Unfälle verursacht. Es sind andere Gründe, warum kaum ein Tag vergeht, ohne daß in den Minen ein oder mehrere Leben ausgelöscht werden.

Als wir um eine Biegung des abwärts geneigten Tunnels kamen, verschwand hinter uns der noch vom Tageslicht erhellte Pfad. Die kleinen Azetylenlämpchen an unseren Mützen warfen ihren Schein nur wenige Fuß voraus, wo die schwarzen Wände und die Decke sich zu berühren schienen, gerade als ob wir in einer Zelle wanderten, die sich zugleich mit uns fortbewegte, erfüllt von tanzenden Schatten und tropfenden Wassern. Das Wasser, das aus den Ritzen der Felsen sickerte, verbunden mit dem Lärm und Klappern des Aufzugs in anderen Gängen und Adern, erweckte den Eindruck, als ob die Erde unter dem Druck einer schrecklichen Macht in Tätigkeit sei und jeden Moment ausbrechen und unseren engen Kerker sprengen könnte.

Grimmige Gestalten, so schwarz wie ihre Umgebung, tauchten aus dem Nichts auf, durch ihre Lampen angekündigt, die man lange vor den Trägern selbst sah. Alle ohne Ausnahme rauchten sie. „Es ist gegen die Vorschrift, gewiß," sagte der Führer. „Aber es gibt viele Vorschriften in den Minen. Wenn wir versuchen wollten, das Rauchen zu untersagen, so würden sie noch mehr rauchen. Wenn wir scharfe Maßnahmen dagegen ergreifen wollten, so würden sie davongehen, und wir wären ohne Arbeiter. Die Zeiten in den Kohlenfeldern haben sich geändert. Die Kohlenarbeiter werden jedes Jahr unabhängiger. Und sie sind immer schwerer zu finden, glauben Sie mir. Junge Leute können außerhalb gesündere Beschäftigungen finden. Nebenbei ist die Bezahlung in anderen Industrien besser. Der Kohlenarbeiter bekommt gute Bezahlung für die Kohlenförderung; aber nun muß er auch viele Nebenarbeiten tun, für die er nichts erhält, wie Sie gleich sehen werden."

Mehr wühlenden Maulwürfen als menschlichen Wesen ähnlich, gingen wir weiter und passierten die erste Hilfsstation, eine Oase in der Linie der Schächte und erfreulicherweise zurzeit unbesetzt. Sie wird hauptsächlich als Ruhepunkt benutzt, wo die Kohlenträger ihre Last absetzen und sich ausruhen, bevor sie sich an die Oberfläche begeben. Auf dem ganzen Weg zwischen Carbondale, den Talstädten Scranton, Pittston, Wilkes-Barre und im Hazletondistrikt wird die Kohle schichtenweise zwischen den Felsen gefunden. Manchmal liegen elf Kohlenadern unter der Oberfläche, die erste wenige Fuß darunter beginnend, die unterste 1000 bis 1300 Fuß darunter.

Als diese Kohlenadern das erstemal in Angriff genommen wurden, war die Kohle billig, und die Methoden, sie herauszubekommen, waren noch billiger. Die Unternehmer gaben so wenig wie möglich für diese Quelle aus, die ihnen die gütige Natur zu dem einzigen Zweck verliehen zu haben schien, sie reich zu machen, und die man unerschöpflich glaubte. Mehr als ein Jahrhundert lang wurde nur die beste und gebrauchsfähigste Kohle zutage gefördert. Die Grubenarbeiter stiegen hinab und zerschlugen die Kohlenflöze. Als sie vorwärtsdrangen und die Kohle wegkam, stießen sie auf Räume, die wie große Hallen aussahen. Einige der Gänge sind viele Meilen lang. Leute, die in den Kohlenregionen lebten, aber nicht zu den Grubenarbeitern gehörten, und andere, deren Geschäft sie nach unten führt, sind in diesen alten Kohlenminen gewesen. Bis vor 20 Jahren waren noch ungeheure Kohlenblöcke zu sehen, die nach den ersten Minenarbeiten stehengelassen worden waren, um die Decke vor dem Einfallen zu schützen. Oft blieb die Hälfte oder ein Drittel der Kohle zurück. Es war so billiger, als sie

[1]) Nachfolgende Schilderung der amerikanischen Grubenverhältnisse entnehmen wir dem New York Herald vom 4. Januar 1925. Sie zeigt, wie wenig dort die einfachsten Sicherheitsmaßnahmen für Leben und Eigentum Geltung besitzen, die bei uns zum Selbstverständlichen gehören.

herauszuschaffen und andere Stützen für die Decke zu machen.

In zwei Jahrzehnten jedoch ist die unberührte Kohle rapide geschwunden. Die Kohlenadern sind in den wichtigsten Bezirken der Anthrazitfelder ihrer ganzen Länge nach durchgearbeitet worden. Die Ingenieure sind in die alten Minengänge gekommen und haben sie untersucht, indem sie jeden Pfeiler, der Kohle enthielt, zum Raub anmerkten. Die Grubenarbeiter gehen durch die alten Gänge, jetzt durch Baumstämme, große Holzstrünke u. dgl. gestützt, ganz gleich, ob sie vier oder zehn Fuß breit sind.

Sie stemmen die Stämme in Zwischenräumen von einigen Fuß gegen die Decke und verbinden sie mit anderen Stützen. Diese Pfähle dienen als Ersatz für die Kohlenblöcke, die man weggenommen hat. Die Grubenarbeiter erhalten nichts für diese Zimmermannsarbeit. Das bedeutet für sie einen Verlust. Sie werden nur für die Ladung reiner Kohle bezahlt, die sie fördern.

Es war die Aufgabe unseres Führers, gegen 50 dieser zum zweitenmal ausgebeuteten Minenhallen zu prüfen, und er erklärte uns, daß nach dieser zweiten Ausbeutung die Kohlenminen keinen Nutzen mehr hätten. Wir gingen durch das Bureau des staatlich beglaubigten Werkmeisters. Es war ein schmaler Raum, in freundlichem Weiß gehalten und elektrisch beleuchtet. Kühle, frische Luft kam durch die Ventilatoren herein. Auf dem Pulte vor sich hatte er eine Karte, die genau zeigte, an welchen Stellen seiner Domäne gearbeitet wurde, und die Namen der Leute, die da tätig waren. Sie berichteten ihm, wenn sie zur Arbeit oder nach Hause gingen.

Hundert Yards weiter wurde uns ein Tor geöffnet und augenblicklich wieder hinter uns geschlossen wegen des Ventilationssystems. Nach einer Biegung des Wegs kamen wir an einer Miniatureisenbahn vorbei mit ganz enger Spurweite, da und dort herumfahrend und schließlich in der Finsternis der verschiedenen Gänge verschwindend. An der einen Seite war der Telegraph mit seinen Apparaten und Signalen. Wenn die beladenen Wagen kamen, wurden sie in den Hauptgang geschoben und nach oben geschickt, indem sie durch viele Fuß lange Taue an einen Abhang geschoben wurden. Sie werden schnell geleert und schweben dann durch ihre eigene Schwere ins Innere des Bergwerks zurück.

Niemand darf sich, den Vorschriften entsprechend, in den Gängen aufhalten, solange die Wagen in Tätigkeit sind. Aber mehrere Vorschriften wurden schon umgangen, noch ehe wir eine Viertelmeile weitergekommen waren. Die Wände verengten sich, und die Decke wurde niedriger, bis wir die Köpfe beugen mußten, um zu vermeiden, daß wir an die Leitung anstießen, die die elektrischen Maschinen zum Befördern der Wagen treibt. In den Nebengängen werden Maulesel verwendet. Dann kam eine weitere Mühsal in einem engeren Schacht, wo das Vorwärtskommen durch Wasserpfützen und unebenen Boden sehr erschwert war. Unser Führer deutete auf ein Loch oben in der Wand. Es war ein wenig größer als der Durchschnitt eines Fasses, und mochte der Kamin eines verlassenen ehemaligen Feuerplatzes gewesen sein. Holzstücke, in den Felsen eingetrieben, boten dem Fuß eine Stütze. Wir kletterten vielleicht 40 Fuß hoch hinauf, während bei jedem Tritt Massen von Staub und Schmutz auf Köpfe und Schultern der Nachkommenden herabfielen, bis wir mit gebeugtem Rücken auf dem Boden eines andern Schachtes standen, nur einige Fuß breit und so nieder, daß wir unsere Köpfe geneigt hielten, da wir sonst einem bösen Stoß von den zackigen Felsen der Decke ausgesetzt gewesen wären. Die Hitze war intensiv, die Luft wie in einem türkischen Dampfbad. Die Gesellschaft hatte die Ausgabe vermieden, hier eine richtige Ventilation anbringen zu lassen, denn die Leute wurden nur einige Wochen zur Förderung der Kohle gebraucht, wonach sie dann an eine andere Stelle gleich dieser gehen und der zweimal durchgearbeite Grund für immer verlassen würde. Nur eine halbzöllige Röhre lief durch den Schacht und spie etwas gepreßte Luft aus, gerade genug, um das Leben zu erhalten — das war alles.

Flackernder Lichtschein über unseren Häuptern unterbrach die Einförmigkeit. Ein Grubenarbeiter und sein Gehilfe arbeiteten am andern Ende dieses Loches, beide rauchend, beide wie böse Geister Löcher für die Sprengung schlagend. „Wie viele Sprengungen macht ihr hier?“ fragte der Führer. „Zwei.“ „So, das ist gegen die Vorschrift.“ Er wandte sich zu uns. „Sie sollten nur eine Sprengung zur selben Zeit machen. Aber sie haben Sprengarbeit und sind daher in Eile.“ „Und hier, was ist dies?“ Einige Fuß vom Grubenarbeiter entfernt steht eine offene hölzerne Kiste. Stücke von Dynamit, Zündhütchen, Zünder, alles lag durcheinander und gemütlich oben darauf eine Schachtel Zündhölzer und eine Pfeife. „Tut das nicht noch einmal!“ sagte der Führer warnend. Die Arbeiter sagten nichts. Sie brachten die Explosivstoffe an Ort und Stelle und setzten die Zünder mit einem glühenden Pfeifenkopf in Brand. Wir gingen zurück. Sie folgten uns, und wir

folgten ihrem Beispiel, als sie ihre Köpfe dicht an den dicksten Stützbalken drückten, um sich zu schützen, wenn die Sprengung Stücke der Decke loslösen sollte, was durchaus nichts Ungewöhnliches ist.

Die erste Explosion verlöschte unsere Lampen. Die zweite brauchte länger, sehr zur Überraschung unseres Führers, der sagte, daß manchmal beide Explosionen klängen, als ob es eine einzige sei, oder den Arbeitern käme es so vor. Wenn sie dann zurückgehen, so verursacht ein Stich mit dem Bohrer oder ein Schlag mit der Hacke erst die zweite Explosion. Das Ergebnis ist wieder eine Tragödie in den Minen.

Der Schacht war nach der Explosion mit Rauch gefüllt. Wir standen still, während die Grubenarbeiter herumtappten und mit ihren Hämmern probierten, und wir horchten auf das Krachen und Dröhnen in den Wänden und der Decke, nachdem der durch die Explosion verursachte Staub sich gelegt hatte. Vor uns lag eine zersprengte Kohlenmasse, vielleicht 40 Fuß lang. Es war der letzte Stützpfeiler in diesem Schacht. Nachdem die Arbeiter die Klumpen in den Hauptgang hinuntergewälzt hatten, wollten sie einige Baumstämme als Stützen für den Pfeiler herbeischaffen. Und so immer weiter, ein Schacht nach dem andern, unter Bergen und Tälern und unter den meisten der Minenstädte in der Region des Anthrazits. Natürlich würden die Baumstämme vermodern, sind schon angefault, gab der Führer zu. Aber was ist dann mit der Oberfläche? Aus einer Menge Karten zeigte er uns eine, die unsere Mine darstellte. Farbige Linien und Punkte gaben die Stellen an, wo die Stützpfeiler weggenommen sind. Wir zogen eine gerade Linie vom letzten Stützpfeiler aufwärts. Über ihm in einer belebten Straße waren Wohnhäuser.

Man hört viel reden über Schaden, den die weggenommenen Stützpfeiler verursachen. Die Eigentümer, die vor Jahrzehnten nur die Rechte an den Mineralien und andere Nutznießung der Oberfläche gekauft haben, gehen ständig das Gericht an, um Abhilfe von den Gesellschaften zu erlangen. Lokalbehörden und Gesetze sind zum Schutz der Oberfläche errichtet worden mit ganz geringem Erfolg, wenn überhaupt von einem solchen geredet werden kann. Hochbezahlte Rechtsanwälte und Ingenieure machen die Zeugen für die Kohlengesellschaften und suchen zu beweisen, daß die Kellereinstürze und die baufälligen Häuser aus natürlichen Ursachen zu erklären sind, z. B. durch Felsrutsche und ähnliche natürliche Erscheinungen, die man schon Jahre, bevor in den Kohlenfeldern gearbeitet wurde, hätte ausgleichen sollen. Sie schieben die Schuld den ersten Bohrungen zu, als noch ganz wenig Häuser über den Schachten standen. Polizei und Behörden sind aufgerufen worden, um die Ursachen zu erforschen. Polizei und städtische Ingenieure haben die Schachte untersucht mit dem Ergebnis, daß ihre Karten mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen, daß sie gegen eine blinde Mauer stoßen, bevor sie weit genug in die abgenutzten Schächte vorgedrungen sind. Zuweilen sind diese Mauern als fest erschienen, offensichtlich errichtet, um den sich dahinter abspielenden Pfeilerraub zu verbergen. Man hat kaum einen Beweis dafür in Händen, daß die Stützpfeiler entfernt worden sind. Das kommt daher, daß die Gesellschaften nur sehr wenigen Leuten die Besichtigung der Minen gestatten. Einzelne Teile des Kohlengebietes sind zerrissen wie ein Schlachtfeld, weil ungeheure Bomben hausgroße Löcher hineingerissen haben. Nur in solchen Fällen hat sich der Boden gesenkt.

Unlängst schickte eine Mutter, die in einer der Talstädte lebte, ihren Jungen auf den Hof zum Spielen. Als sie ins Haus ging, stand er neben seinem kleinen Karren. Sie beugte sich einen Augenblick später aus dem Fenster. Der Karren war noch da, aber das Kind war verschwunden. Über den Platz lief ein zackiger Streifen wie von einer Pflugschar gezogen. Durch ihr Geschrei aufmerksam gemacht, kamen die Nachbarn mit Piken und Schaufeln. Aber ihr Nachgraben blieb vergeblich: der Körper des Knaben war von einer Mine verschluckt worden.

Auf einigen Nachbargrundstücken können die Eigentümer keine Feuerversicherung bekommen, denn die Feuerspritze kann nicht durch die Straßen durchkommen. Einige Häuser sind feucht bis zum Dach. Es ist nichts Ungewöhnliches, Häuser zu finden, wo die Mauern während der Nacht auseinandergeborsten sind und Gas- und Wasserstrahlen von sich geben. Es gibt Straßen die den Charakter einer Meeresküste haben. Bankhäuser, Waffengeschäfte und Warenhäuser sind auseinandergerissen und bilden große Wracks. Währenddem führen die die Oberfläche schützenden Vereinigungen einen endlosen Feldzug und wählen ihre eigenen Kandidaten unter der Devise: „Rettet die Oberfläche!“ Kirchhöfe haben beträchtlichen Schaden erlitten. Ganze Grabgewölbe sind in die Minen hinabgesunken. Zahlreiche Erzählungen über sonderbare Begebenheiten sind im Umlauf. Viele der Grubenarbeiter sind Fremde, die in ihr neues Heim ihren alten Aberglauben mitgebracht haben.

Man stelle sich die Wirkung auf ein Gemeinwesen vor, wenn die Minenarbeiter heraufkommen mit Erzählungen von blinkenden Schmuckkästchen, von den Toten in ihrem letzten Begräbnispomp, die die Tunnels bevölkern nach einer Explosion, deren Schlag die dünnen Felswände erschüttert hat. Die Kohlenarbeiter selbst sagen, daß die Gesellschaften fortwährend die Gesetze vergewaltigen, und es darf unter diesen Umständen wenig wundernehmen, daß die Arbeiter so gelegentliche Vorschriften wie Rauchverbote u. dgl. nicht beachten, trotzdem der Arbeiter weiß, daß er selbst die Grundfesten seines eigenen Heims schädigt, von dem er all sein Heil erwartet.

Noch fördern sie Millionen Tonnen von Kohlen aus den ehemaligen Stützpfeilern. In manchen Abteilungen, so behaupten sie, gibt es bei der Nachlese noch auf 30 Jahre hinaus zu tun. Danach mögen die Kohlenklauber andere Felder suchen, nichts zurücklassend als ein Ödland von faulenden Pfeilern und zusammenstürzenden Heimstätten.

Die Entdeckung Ossendowskis

Man weiß heute, daß dem Verfasser des Buches „Tiere, Menschen und Götter" keine folgenschweren Entdeckungen zu danken sind. Folgenschwer war im Grunde nur seine eigene Entdeckung und auch nur für ihn selbst. Man kann die eigentümliche Geschichte dieser Entdeckung bereits in einem Buche nachlesen, das unter den Enthüllungen literarischer Mystifikationen seinen besonderen Rang behaupten wird, nämlich in Sven Hedins kürzlich erschienenem Werk: „Ossendowski und die Wahrheit" (Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig), das eine zusammenfassende Darstellung des ganzen Streites um Ossendowski geben will. Wir haben bereits in unserem Septemberheft 1924 „Der Bosch" über die ersten Bedenken Sven Hedins berichtet, die in seinem Buche „Von Peking nach Moskau" niedergelegt sind und sich auf die geographischen und geschichtlichen Angaben Ossendowskis beziehen. Schon damals hat der schwedische Forscher Zweifel an dem Abstecher nach Tibet geäußert, die durch Ossendowskis gewundene Entgegnung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" keineswegs beschwichtigt wurden. In Übereinstimmung mit der Ansicht Sven Hedins kam dann der Ludwigsburger Professor E. Wendling mit Hilfe einer philologischen Methode, die er seit Jahren bei Nachträgen, Einschaltungen und Interpolationen verschiedener Schriftsteller mit Erfolg angewandt hatte, zu dem Ergebnis, daß der Abschnitt über Tibet erst nachträglich in das Buch eingefügt sei. Denselben Schluß zog etwa gleichzeitig Dr. George Montandon in Lausanne auf Grund einer genauen Nachprüfung von Einzelheiten der angeblichen Reise Ossendowskis, von Angaben über Entfernungen, über Tagesleistungen usw. Diesem überzeugenden Material konnten die Erklärungen des Verlages und Lewis Stanton Palens, die übrigens teilweise schon durch die benannten Zeugen (I. F. Manning, Dr. Roy Chapman Andrews) selbst Lügen gestraft wurden, nichts Stichhaltiges entgegenstellen. Gelegentlich einer Anwesenheit in Paris verstand sich Ossendowski denn auch zur Unterzeichnung des bekannten Protokolls, in dem er zugesteht, daß sein Buch nicht wissenschaftlicher Art sei, sondern teilweise auf persönlich erlebte Eindrücke, teilweise auf gesammelte Berichte zurückgehe. An seinem Reiseweg hielt er allerdings auch weiterhin fest und so sah sich der Mitunterzeichner des Protokolls, Dr. George Montandon, veranlaßt, seine Anklagepunkte in einem temperamentvollen Aufsatz: „Ossendowski, der Lügner ohne Ehre" (Ossendowski, le menteur sans honneur) zusammenzufassen, der in der „Clarté", Nr. 69, vom Dezember 1924 erschienen ist und unter anderm auch eine neue Untersuchung Wendlings über die Zeitrechnung bei Ossendowski enthält. In diesem Aufsatz wird aus bestimmten Anzeichen der Schluß gezogen, daß der Pole das ganze erste Fluchtjahr (1920) mit der berühmten Robinsonade frei erfunden, und daß sich seine Reise auf die Linie Irkutsk—Khatyl—Uliassutai—Urga—Peking beschränkte habe.

An diesem Punkte des Streites setzt „Ossendowskis Flucht auf das politische Gebiet" ein, der Sven Hedin ein eigenes Kapitel seines Buches widmet. Ossendowski erklärte einem Berichterstatter des „Svenska Dagbladet" in Warschau, daß Sven Hedins Angriff nicht das mindeste mit Wissenschaft zu tun habe, sondern lediglich auf Beeinflussung von Moskau zurückzuführen sei. Zeugt schon dieser Vorwurf nur allzu deutlich von dem Fehlen wirklicher Beweisgründe und damit gewissermaßen auch von dem Eingeständnis der Niederlage, so sind die Feststellungen des nächsten Kapitels „Das enthüllte Mysterium der Mysterien" geradezu vernichtend für Ossendowskis schriftstellerischen Ruf. Der letzte Abschnitt von „Tiere, Menschen und Götter", der Bericht über das geheimnisvolle unterirdische Königreich Agharti, den man immer wieder als dramatischen Höhepunkt des ganzen Buches bezeichnet hat, ist ganz einfach einem 1910 erschienenen Werk des französischen My-

tikers Saint-Yves d'Alveydre „Mission de l'Inde en Europe" entnommen. Die Feststellung des Plagiats ist dem deutschen Sprachforscher Günther Schubert zu danken. Das Verdienst Sven Hedins bleibt der systematische Vergleich der beiden Bücher. Die Parallelstellen, die über 20 Seiten seiner Schrift füllen, zeigen am besten, wie es um die vielgerühmte Zuverlässigkeit von „Tiere, Menschen und Götter" bestellt ist. Es nimmt sich wie eine Ironie des Schicksals aus, daß gerade diesem Buche das Motto voransteht: „Zeitgenossen und individuelle Beobachter dürfen nur schreiben, was sie gesehen und gehört haben. Das verlangt schon die Wahrheit" (Titus Livius). Und daß man dem guten polnischen Doktor nachweisen mußte, daß selbst dieses Motto nicht stimmt: Es kommt im ganzen Titus Livius nicht vor. A. H.

Der Tarzanskandal

Der deutsche Major hatte geflucht und gemurrt und Fragen gestellt, doch war die einzige Antwort, die er bekam, jedesmal ein Stich von Tarzans scharfem Kriegsspeer. Der Affenmensch trieb ihn nicht anders vorwärts, als wenn er eine Sau getrieben haben würde, nur hätte er für eine Sau mehr Achtung und daher auch mehr Rücksicht gefunden."

„Wo ist der Deutsche, schrie Tarzan den Löwen Numa an, war er ein gutes Mahl, oder nur mehr ein Sack voll Knochen, als er dem Baume entglitt und herunterfiel? . . Noch so ein Deutscher würde dir wohl schmecken. Und lächelnd wandte sich Tarzan ab."

Der Löwe Numa hatte nämlich mittlerweile den oben erwähnten, ihm von Tarzan zugeführten deutschen Major gefressen. Du wirst die Handlungsweise dieses Tarzan wenig nett finden, lieber Leser, aber du wirst sie verstehen, wenn dir Tarzan — alias Lord Greystoke — erzählt, daß dieses Scheusal von einem deutschen Major vorher Tarzans, des edlen Affenmenschen, edle Gemahlin bestialisch ermordet und verbrannt hat. Du fragst, lieber Leser, was diese typische, allerdings besonders rohe Kriegsgreuelgeschichte mit Tarzan zu tun hat? Mit dem Tarzan vielleicht gar, den du und alle deine Freunde und Bekannten in so vielen Bänden genossen hast? Ja, hier ist nichts mehr zu verheimlichen, es ist derselbe Tarzan, den der Amerikaner — wir stellen die Nationalität nur ungern fest — Rice Burroughs geschaffen hat. Den er in bisher sechs Bänden der Welt vorgestellt hat, und dessen achten Band er soeben mit mächtiger Reklametrommel verkündet. Derselbe Tarzan von demselben Herrn Burroughs, der in einer halben Million Bänden in deutscher Übersetzung auch Deutschland seit einem Jahre überschwemmt und an dem sich infolgedessen etwa 2 bis 3 Millionen deutscher Leser begeistert haben. Tarzan, der Affenmensch, blutrünstiger und literarisch kitschiger als selbst die schlechteste der Karl May-Gestalten, abgrundtief unter den besseren Karl May-Romanen stehend.

Es ist dir vielleicht aufgefallen, deutscher Leser, daß du von dem siebten Tarzanbande nie etwas gehört hast. Die Anfangszeilen dieser Betrachtung sind diesem siebten Bande wörtlich entnommen! Er heißt: „Tarzan, the untamed" — Tarzan, der Wilde, und schildert nichts anderes als des lieben Tarzan Kriegstaten in Afrika gegen die vollgefressenen deutschen Bestien. Das Verdienst dieser Entdeckung gebührt Stefan von Sorel, der sie in einem Bändchen „Tarzan der Deutschenfresser" dokumentarisch festgelegt und der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. (Verlag Carl Stephenson, Berlin.)

Ja, es ist so, der geschickte Schieber Burroughs, der mit seinen Tarzanbüchern den dreisten Versuch gemacht hat, Kinodramatik als Heldenhaftigkeit und Roheit als Natur auszulegen, derselbe Burroughs, der sich an den Tantiemen der deutschen Übersetzungen gemästet hat, dieser Burroughs hat in seinem siebten Tarzanbande eines der übelsten Machwerke der Kriegsliteratur sechs Jahre nach dem Kriege zur Beschimpfung Deutschlands geschrieben.

Hinterher ist dem Herrn Burroughs der Gedanke gekommen, daß es vielleicht doch einige Deutsche geben könnte, die ihm seinen siebten Band — zum Schaden seines Geldbeutels — übelnehmen könnten. Da hat er am 9. Februar 1925 ganz einfach einen Brief „An meine deutschen Leser!" geschrieben, in dem er ihnen mitteilt, daß er weder selbst die Deutschen nicht leiden könne, noch daß seine amerikanischen Landsleute die Gesinnung, die aus dem siebten Tarzanband spricht, teilten. Das letztere glauben wir ohne weiteres — das erste glauben wir auch; denn wir können uns recht wohl vorstellen, daß dieser Herr Burroughs überhaupt keine nationalen Sympathien und Antipathien hat, daß es ihm vielmehr allein darauf ankommt, daß die Tendenz seiner Bücher einem möglichst großen Leserpublikum entspricht. Er hat halt nun geglaubt, daß die Kriegspsychose in Amerika und in den Ententeländern noch groß genug sei, sich an Tarzan dem Wilden zu ergötzen. Hoffentlich hat er sich verrechnet.

Ist es nach dem Gesagten noch notwendig, deutscher Leser, dir zu sagen, du sollest deine Tarzanbibliothek schleunigst in den

Mülleimer werfen und schwören, nie wieder ein Tarzanbuch in die Hand zu nehmen? Aus den deutschen Buchläden ist der Tarzan schon sofort nach dem Erscheinen der Broschüre Sorels verschwunden. Interessant ist nur die Frage, ob die deutschen Verleger Burroughs niemals ein Wort von dem siebten Bande gehört haben, bevor sie Sorel mit der Nase darauf stieß!

Hamburg Dr. Theodor Seibert.

Nach einer Lektüre

Dieses ausgezeichnete kleine Buch „Deutsch-österreich: Seine Schicksale und seine geschichtliche Stellung" von Johannes Emmer (Wien, Hölder- Pichler- Tempsky) verdient viele und aufmerksame Leser auch in Deutschland. Denn was, außer unserem armen zerstückelten Deutschland selbst, steht uns näher, als all die Stücke, die von ihm losgerissen worden sind? Es ist unser fester Glaube, daß auch das Diktat von Versailles sich endlich erweisen wird als „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, und stets das Gute schafft". Denn einem Volke, das keine politischen Ziele mehr sah, weil es den Wald nicht sah vor lauter Bäumen, dem politisch begriffsstutzigsten Volk Europas Ziele unter die Nase zu halten, Lebensnotwendigkeiten mit brutaler Rücksichtslosigkeit einzubleuen, — da muß doch eine welthistorische Absicht dahinterstecken — das muß doch einen Sinn haben!

Gibt es in diesem Sinne für uns etwas ausbündig Schlaueres, als das Verbot jeder Hohenzollern-Restauration durch die große Entente, und jeder Habsburger-Restauration durch die Kleine? Frankreich und sein tschechischer Strohmann meinen es freilich als Schwächung. Darum ist es an uns, den — gleichviel ob einstweiligen oder dauernden — Zwangswegfall der beiden Dynastien auszunützen zu dem großen Ziele, das unerreichbar war, solange beide bestanden: zum Zusammenschlusse mit Deutsch-Österreich. Wir wollen nicht, nach Gambettas Rezepte „immer daran denken, aber nie davon sprechen": nein, bei jeder Gelegenheit wollen wir davon sprechen, hüben und drüben. Und wenn der alte Arndt das Wort vom Rhein in den Lügenschwall gallischer Anmaßung warf, wollen wirs variieren: „Inn und Salzach Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze."

Darum werden wir auch, wenn wir Monarchisten sind, weil wir Monarchisten sind, unsere Wünsche zurückstellen müssen, bis wir den Zusammenschluß erreicht haben. Denn daß mit dem Augenblick, wo eine der beiden großen Dynastien restauriert würde, der Anschluß abermals auf unabsehbare Zeit hinaus vereitelt wäre, das einzusehen, ist wirklich keine politische Weisheit nötig. Darum bedarf es nicht der Einmarschdrohungen des französisch-tschechischen Geheimvertrags, selbst dem überzeugtesten Monarchisten diesen vorläufigen Verzicht als elementarste politische Notwendigkeit einleuchtend zu machen. Endlich ist er beseitigt, der uralte Antagonismus Hohenzollern-Habsburg!

In diesem Sinne buchen wir auch das Ausscheiden fremdvölkischer Elemente nicht auf dem Konto ziffernmäßigen Verlusts an Quadratkilometern und Seelenzahl, sondern auf der Gewinnseite völkischer Stärkung. „Die Vereinigten Staaten von Deutschland"; das ist nunmehr ein Ziel, das ist eine Aufgabe. Der Begriff Irredenta ist ein Explosivstoff, stärker als alles Dynamit der Welt. Ihn verdanken wir dem Diktat von Versailles, wir werden — kein Zweifel! — unseren Dank abstatten.

In diesem Sinne nehmen wir auch die Exstirpierung unseres Militarismus durch die militaristischesten Operateure der Welt als heilsam hin. Sei's drum! Es mußte uns wirklich erst die Nase so schmerzhaft, daß sie blutete, auf die, ach so selbstverständliche, Wahrheit gestoßen werden, daß der Militarismus der Kaserne wertlos ist ohne die völkische Gesinnung des Rekruten. Was die Entente hintanhalten will, ist der Revanchekrieg. Was sie wirklich verhindert, ist der Bruderkrieg. Wir konnten absolut keine Nebenbuhlerschaft mehr brauchen zwischen Habsburg und Hohenzollern. Da nimmt uns die brave Entente gleich alle zwei weg, Hohenzollern und Habsburger, und damit jede Möglichkeit einer Nebenbuhlerschaft — hat sie das nicht wahrhaftig klug gemacht? Jede Restauration bedeutete einen Erisapfel; dieser Apfel kann nicht mehr geworfen werden.

Die Deutschen, auch die Deutsch-Österreicher sind auch heute noch zu sehr geneigt, alles von der Fiktion einer „Staatsregierung" zu erwarten, alles Heil von ihr zu hoffen, alle Schuld auf sie zu werfen, statt sich selber als Träger der Regierung zu fühlen. Solange sich nicht dieses organische Staatsbewußtsein gebildet hat, solange nicht jeder einzelne weiß L'Etat c'est moi, solange er nicht bei jedem politischen Fehlschlage zuallererst die Schuld bei sich sucht — „ich bins, ich sollte büßen!" —, solange ist und bleibt jede monarchische Restauration verhängnisvoll für die Monarchie selbst, denn jeder restaurierte Fürst hätte zu gewärtigen, daß er binnen kürzester Frist wegen der Wunder, die er nicht zu wirken vermag, als Sündenbock

in die Wüste des Exils geschickt würde. Das aber wäre für die Dynastien viel gefährlicher als ihre derzeitige Stellung zur Disposition.

In Österreich wird zur Zeit ein neues „Österreichertum" hergestellt, von den Schlauen für die Dummen. Als ob es je ein Volk der Österreicher gegeben hätte, oder eine österreichische Nation! Als ob es je im alten Österreich etwas anderes gegeben hätte, als Tschechen, Polen, Südslawen usw., alle untereinander wie Hund und Katz, einig nur in einem: im Hasse des Deutschen. Im neuen Österreich aber gibt es, Gott sei Dank, lauter Deutsche. Nichts als Deutsche. Und dieses neue Österreich, das ungefähr soviele Einwohner hat wie Bayern, soll sich den selbstmörderischen Luxus einer eigenen Nation leisten? Was haben wir seinerzeit über den „ungarischen Globus" gelacht! Bilden wir uns ein, der österreichische Saturnring sei weniger lächerlich? Schauen wir uns doch die süßmäuligen Hausierer dieses neuen Österreichertums genauer an! Zur Zeit gehen alle bösen Geister des alten Österreich um im neuen, verkleinerten, nur auf Filzschuhen, vorerst noch etwas vorsichtig, aber der Tag wird kommen, wo sie sich demaskieren! Auch für die Österreicher gilt Paragraph Eins des politischen Katechismus: „Was mir die Entente verbietet, ist mein natürliches Ziel. Was mir die Entente lobt und anpreist, ist Gift für mich. Was sie mir schlecht macht, ist Gift für sie". Darum erstens der Anschluß, zweitens der Anschluß, drittens der Anschluß.

Bis auf weiteres gibt es für uns keine andere Parole als die des Freiherrn vom Stein 1812: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig; mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und beides in seiner Lage zwischen Frankreich und Rußland zu behaupten: Das ist das Interesse der Nation und ganz Europas."

Rosenheim Josef Hofmiller.

Die Erlösten

Ostern 1922 erschien in der katholischen Monatsschrift „Hochland" eine erzählende Skizze „Die Erlösten" von dem Professor an der Theologischen Fakultät der Universität Breslau, Josef Wittig. Der Verfasser war weiten katholischen Kreisen durch ein Büchlein „Herrgottswissen" bekannt geworden, das durch die Gläubigkeit seines Inhalts und die Liebenswürdigkeit seiner Form eine wie es scheint ungeteilt begeisterte Aufnahme gefunden hatte. Anders bei der Skizze im „Hochland". Der freudige Grundton, das Gefühl des Erlöstseins durch den Glauben trotz aller menschlichen Unvollkommenheit hat, wie es scheint, Tausenden, die unter der Sündenlast zu erliegen meinten oder durch sie der Kirche entfremdet wurden, wie der Aufgang der Sonne neues Licht und neue Hoffnung gebracht. In theologischen Kreisen hatte die Schrift aber neben lebhafter Anerkennung ebenso lebhafte Gegnerschaft gefunden. Ja einer der Gegner bekämpft Wittig als neuen Luther. Das Heft von „Hochland" war rasch vergriffen, schon wurden „Die Erlösten" durch Abschriften verbreitet, aber auch von Leuten be- und verurteilt, die sie überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hatten. So hat sich der Verfasser zu einem — übrigens mit der erzbischöflichen Druckerlaubnis versehenen — Neudruck entschlossen und anschließend daran die Schicksale der Schrift erzählt und besprochen. Das Ganze ist ein Büchlein von 136 Seiten kleinen Formats, erschienen in Frankes Buchhandlung in Habelschwerdt (Schlesien) und kostet zwei Mark zehn. Dieses Büchlein muß jeder kennen, der die Vorgänge in der katholischen Dogmatik, aber auch die inneren Strömungen in katholischen Laienkreisen kennen lernen will. Man gewinnt den Eindruck, daß jahrhundertealte Gegensätze, die früher zu Glaubensspaltungen geführt haben, dieses Mal einem Ausgleich innerhalb der katholischen Kirche zustreben.

Lichtenberg über die Intellektuellen

In seinem Brief über die Schwärmerei gibt Lichtenberg folgende Schilderung der Intellektuellen, die man damals schöne Geister nannte:

„Die Leute, die wissen, was in jedem Journal-Winkel versteckt liegt, jedes Stück kennen, was bei dieser oder jener Bühne gegeben worden ist; wo und wann und worin eine Schauspielerin debutiert, wer neuerlich gekämmt worden ist, wen man gebürstet, wem man das Fell gegerbt hat, wen man gestriegelt; wen man durch- und mitgenommen, und wem man eine unangenehme Stunde gemacht hat. (Sehen Sie, es hat alles seine Kunstwörter.) Jene großen Durchblätterer kleiner Bücher, bei denen immer der Mund übergeht, wovon das Herz nicht voll ist. Die von poetischem Eifer für die Tugend, für das Vaterland und für die Notleidenden glühen, ohne tugendhaft, ohne Patrioten und ohne wohltätig zu sein. Denn in der Tat kann jener Eifer ebenso leicht ohne die

eigentliche Kraft bestehen, wovon er den Schein hat, als poetische Liebe mit Impotenz. Betrachten Sie einmal den allgemeinen Hang der Jugend für poetische Blumenlesen, für das Theater zu arbeiten und Romane zu schreiben. Die Verblendung dieser guten Leute geht gewiß sehr weit, sonst würden sie gewiß nicht ihr Lieblingsgeschäft aus Bemühungen machen, worin es nicht allein sehr schwer ist, groß zu werden, sondern auch schimpflich mittelmäßig zu sein. Gewiß ist unter allen mittelmäßigen Dingen der mittelmäßige Dichter das elendeste."

Anekdoten

Erzählt von Tim Klein

Wieland klagte über das Überlaufenwerden mit Besuchen in Weimar: „Man hält uns für ‚fremde Tiere', an deren Käfig man ohne Umstände hintreten kann."

*

Alter Meißner Spruch:

Der alte Spruch „Du sollst zu Erde werden!"
geht keinen Meißner an,
Ein schönres Los winkt ihm im Schoß der
Erden, er wird — zu Porzellan.

*

Der Kriminalist Carpzow in Wittenberg hat in 20000 Urteilen auf Todesstrafe erkannt, hat die Bibel samt den besten Auslegern 53mal gelesen und jeden Monat kommuniziert.

*

Walter Scott kannte Deutschland so gut, daß er in seinen „Pauls Letters" spricht von einer Proklamation der Alliierten zu Paris „in four different languages: french, german, english and prussian" (in vier verschiedenen Sprachen: französisch, deutsch, englisch und preußisch).

*

Der Mathematiker Kestner fand den Unterschied zwischen „fat" und „sot" darin: „Der ‚fat' ist ein junger, nach Paris eilender Deutscher und der ‚sot' der nämliche, wenn er wieder nach Hause gekommen ist."

*

Württemberg ist bekanntlich das Land der Pietisten und Stundenhalter. Nebenbei gehören diese Kreise zu den wertvollsten der evangelischen Kirche, wenn sie auch einen separatistischen Zug haben. Dies muß man voraus wissen. In Stuttgart sollte eine neue Kirche gebaut werden. Ein Stuttgarter Prälat suchte einen wackren Stuttgarter Bürger, der als weltliches Mitglied dem Kirchenrat angehörte, sich aber im übrigen die Kirche von außen ansah, mit beweglichen Worten zu bestimmen, er möge doch durch sein Votum den Antrag zum Kirchenbau unterstützen. Der demokratische Schwabe hatte allerlei Einwände, sein stärkster aber war der: „Die alt Kirch wär groß gnua, wenn die Pietischte net die meischte Plätz versitze täte."

Aus unserem Tagebuch

Denken = Sprechen zu Gott.

*

Verbindung mit menschenähnlichen Wesen eines anderen Planeten wäre wissenschaftlich mit das Aufschlußreichste, so unerfreulich die Bekanntschaft sonst sein mag.

*

Um schöne Körper lieben zu können, statten wir sie mit schönen Seelen aus. Bei wirklicher Liebe ist es eher umgekehrt.

*

Ich kann mir nicht denken, daß ein Paulus-Forscher, Ordinarius der Theologie, in der Tauenzienstraße, Berlin W wohnend, wenn ihm durch seinen Diener gemeldet wird, der Apostel Paulus stehe draußen und wolle ihn sprechen, etwas anderes tun wird, als seinen Kollegen in Dalldorf, den Ordinarius der Psychiatrie, anrufen und ihn bitten, seinen Diener im Krankenwagen abholen zu lassen.

*

In einer Gesellschaft wurde das Klarinettenquintett von Mozart gespielt. Nachher besprach man, welche Wirkung seiner Musik Mozart wohl die liebste gewesen wäre. Ein Dichter, ein wirklicher Dichter, der anwesend war, erzählte, welche Gestalten er bei der Musik gesehen habe; es waren Gestalten aus der Sphäre der Zauberflöte und im letzten Satz trat Papageno selber auf. Die Musiker, wirkliche Musiker, die anwesend waren, sprachen von Erfindung und Aufbau, und daß ein solches Werk um so schöner werde, je mehr man rein musikalisch eindringe. Das aufwartende Dienstmädchen, das bei der Musik im Saal gewesen war, dachte: „ich bin dabei besser geworden". Da fühlte sie von irgendwoher im Weltenraum einen Kuß auf ihrer Stirn, sie wußte nicht, wer sie geküßt hatte, es war Mozart. Inzwischen hatte die Gesellschaft sich geeinigt, daß der Schöpfer am meisten sich freuen würde über wirkliches musikalisches Verständnis, und sie hatte gewiß recht.

Redaktionell abgeschlossen am 24. April 1925.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. — Druck- und Buchbinderarbeiten: R. Oldenbourg, München. — Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Vorbemerkung

Der Leser findet in diesem Heft Äußerungen aus verschiedenen Ländern und von verschiedenen Standpunkten aus. Von der durchaus völkerbundfreundlichen Stellungnahme des Völkerbund-Spezialisten der englischen Arbeiterpartei bis zu unserem eigenen, durchaus ablehnenden Bekenntnis stehen hier nebeneinander sich vielfach widersprechende Anschauungen. Wir nehmen an, daß die Urteilsbildung des Lesers dadurch manche Anregung erfahren wird. Im Mittelpunkt des Heftes steht aber als umfangreichster Beitrag die nicht ideengeschichtlich, sondern rein tatsächlich eingestellte Darstellung des „Saarstaates", als des einzigen bisher vom Völkerbund unmittelbar regierten Landes; wir verdanken sie dem holländischen Saarspezialisten und Vorsitzenden des holländischen Bundes für internationale Humanität und Gerechtigkeit. Gleichfalls rein tatsächlicher Art ist die fachmännische Darstellung der Kriegsvorbereitungen des im Völkerbund führenden Frankreich.

Die Vorläufer des Versailler Völkerbunds

Eine ideengeschichtliche Einführung

Von Dr. Arthur Hübscher in München

Der Gedanke des Völkerbundes ist kein Gedanke der letzten Jahre oder Jahrzehnte. Er ist zu vielen Zeiten der europäischen Geistesgeschichte aufgestanden und immer wieder in den Folgezeiten verschüttet worden.

Es gibt Zeiten, die ganz geschlossene Verwirklichung ihres Wollens sind und damit auch die gültigsten Prägungen des Nationalen schaffen, ohne daß sie jemals ein nationales Programm ausdrücklich entwickelten. Der Sinn der Nation gewinnt in ihnen die unbestrittenen Formen des Selbstverständlichen. Wir ehren in der deutschen Klassik ihren Typus. Aber es gibt andere Zeiten, die nicht eine in sich geschlossene Form ihres Wollens finden, sondern zu Lösung und Verschmelzung drängen. Es ist das Kennzeichen solcher Zeiten, daß sie die Fragen ihres Seins immer mit einem Ja und zugleich mit einem Nein beantworten. Sie beweisen Sinnenfreude neben Weltflucht, sie sind skeptisch gestimmt und mystischer Versenkung hingegeben, sie zeigen sich höchster Begeisterungen fähig und tiefster Verzweiflung. Sie sind bewußt national gerichtet und zugleich kosmopolitisch. Die Gegensätze, von denen sie getragen werden, schließen sich grundsätzlich aus, beruhigen sich nie in einer höheren Einheit. So hat der deutsche Barock eine europäisch bestimmte Stilform verwirklicht und sich den Einflüssen von Fremde und Vergangenheit schrankenlos hingegeben. Aber er hat aus Verwelschung und Versklavung auch immer wieder zur eigensten Besinnung aufgerufen und zur nationalen Tat. So hat der Sturm und Drang die Menschheitsziele der französischen Revolution proklamiert und ist doch gleichzeitig bis zu den letzten Gründen des Volkstums vorgedrungen. So hat die Romantik wiederum den Kosmopolitismus verfochten und hat doch ebenso die Befreiungskriege gekämpft. Und so findet sich auch unsere Zeit weitgehend in sozialistische und kommunistische Bestrebungen verstrickt und doch hat sie Unvergleichliches für Bestand und Ehre der Nation geleistet.

Für die Menschen solcher antithetischen Zeiten ist das verbindlich Gedachte nicht verbindlich. Sie entwickeln sich nicht nach einem von Anfang vorbestimmten Gesetz. Sie wechseln ihr Antlitz wie Tiecks William Lovell oder sie durchwandern die Möglichkeiten von Pol zu Pol. Sie sind Konvertiten, Revolutionäre, politisch Haltlose und politisch Bekehrte. Der mehrmalige Übertritt vom nationalen Lager ins revolutionäre und wieder vom kommunistischen zum völkischen, vom sozialistischen zum nationalen, liegt sicher in der Struktur der Zeit begründet und hat seine Parallelen wieder im Barock und in der Romantik. Der antithetische Mensch ist als Individuum von allen anderen unterschieden und darum ganz einsam, und dennoch

liegen seine Ziele gerade auch in Bildungen der Gemeinsamkeit. Die Mitleidsgeste und der Bruderkuß, Hingabe und Entäußerung, das gehört so gut zu seiner Ausdrucksmöglichkeit, wie die gemeinsamen Programme, die Vereinigungen und die Dichterbünde zu seiner Lebensform. Gerade weil dieser Mensch den Willen zur Besonderheit in sich hat, weist er über sich hinaus zu anderen hin. Und weiter: So wie er selbst kein abgegrenztes, in sich geschlossenes Sein verwirklicht, so kann auch keine seiner Gemeinschaftsformen allen angestrebten Möglichkeiten Genüge schaffen. Sein letztes Ziel liegt irgendwie immer in der unio mystica, dem Einswerden mit dem All. Aber auf dem Wege dahin vollziehen sich die großen Einheitsbildungen in Recht und Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, Sittlichkeit und Politik. Jede dieser Bildungen wird in eine andere und größere aufgelöst, die ihrerseits in eine andere, umfassendere aufgeht.

Eine solche Geisteshaltung zielt ganz folgerichtig nicht auf den Staat als den geschlossenen, in sich ruhenden Organismus, sondern nur auf die Zwischenform, die in Beziehungen und weiter gespannten Verbänden über sich hinaus Verwirklichung sucht. Man würde aber dem eigentlichen Wesen dieser Geisteshaltung sehr wenig gerecht, wenn man sie dem unter besonderen Bedingungen von Einengung und Bedrückung sich entwickelnden Befreiungsdrang zuschreiben und also ihre Beheimatung und Ausgestaltung einem bestimmten Volk zusprechen wollte. Vielmehr haben alle Völker zu gewissen Zeiten ihrer Entwicklung an ihr teil gehabt, sie in Hingabe fortgebildet oder in Eigennützigkeit mißbraucht: wie es denn nicht anders als natürlich ist, daß ein internationaler Gedanke nicht das Kind einer einzelnen Nation ist. So kann man die vielfachen Wurzeln des zwischen- und überstaatlichen Gedankens bis auf die pax Romana zurück verfolgen. Auch der Gottesstaat des heiligen Augustinus ist nur das geistliche Abbild des römischen Weltreichs und seine symbolische Geltung vielleicht das beste Zeichen, wie sehr die Idee dieses Weltreichs die mittelalterliche Geisteswelt beherrscht. Schon die Staatsauffassung Karls des Großen ist von seinem Lieblingsbuch „De civitate dei" beeinflußt. Im heiligen römischen Reich deutscher Nation schafft sich die mittelalterliche Weltstaatsidee die Formel, die mit wechselnden Inhalten gefüllt durch die Zeiten getragen wird. Als sie nach dem Sturz der Hohenstaufen von der Geschichte bereits überholt ist, wird sie endlich in Dantes „Monarchia" (um 1315) am großartigsten formuliert und bewußt der Einsicht in eine notwendige Stufenfolge der unselbständigen Einzelbildungen untergeordnet. So wie sich aus den besonderen Körperschaften und Reichen der höhere Begriff der menschlichen Gemeinschaft aufbaut, so ist auch diese Gemeinschaft wieder nur ein Teil von einem höheren Ganzen, dem Universum. Letzten Endes aber mündet die Folge einzelner Überordnungen in das All.

Der Zwiespalt zwischen der machtvollen, kompromißlosen Idee und den Anforderungen der Wirklichkeit wird in den wenige Jahre vor der „Monarchia" entstandenen Plänen des Advokaten Pierre Dubois deutlich. Eine französische Universalmonarchie soll das mittelalterliche Kaisertum ablösen. Die Schrift „De recuperatione terrae sanctae" (1306) fordert die Unterwerfung aller Staaten Europas und des Orients unter den französischen König als alleinigen Herrn. Dann wieder betont Dubois die Unmöglichkeit, daß ein Monarch über die ganze Erde herrsche und empfiehlt einen Völkerbund unter französischer Leitung. Es ist ein gradueller, kein genereller Unterschied zwischen den beiden Entwürfen. Denn auch der Bund ist nur eine Vorstufe des Weltstaats und nähert sich ihm um so mehr, je ausschließlicher die Gesamtgewalt in den Händen der Leitung vereinigt wird.

Der Einheitsgedanke des Mittelalters geht in der Renaissance endgültig verloren. Ein neuer Persönlichkeitsbegriff läßt nur das immer gleiche Maß des in sich selbst ruhenden Menschen zu. Der Staat gilt nur mehr als umgrenzte Gesamtheit der geschlossenen Persönlichkeiten und wirkt selbst gleichsam als geschlossene Persönlichkeit. Er erfüllt nichts anderes, als was voll und ganz schon der einzelne in sich

erfüllt. Das ist eine Zeit, die jeder Völkerbunds- wie überhaupt jeder Einheitsidee abträglich sein mußte.

Die Gegenwelle folgt mit der Barockzeit. Man nimmt den Gedanken zunächst da wieder auf, wo Dubois ihn vor 300 Jahren fallen gelassen hatte. Das Bild des Völkerbundes unter der Oberherrschaft des Kaisers, des Königs von Spanien oder von Frankreich berührt sich wieder mit der fortwirkenden Idee des Weltstaats. So erscheint es in einer Reihe von Schriften großenteils rein utopistischen Gepräges, von Thomas Campanella (nach 1600), Sieur de la Nouë (1614), Bacon (1622), François Savary de Brèves (1628), Landgraf Ernst von Hessen Rheinfeld (1660) u. a. Und so bestimmt es auch die zahlreichen Bundespläne zum Schutz gegen die Türkengefahr, die übrigens in einem spätmittelalterlichen Projekt des Königs Podiebrad von Böhmen (1460) einen merkwürdigen Vorläufer haben. Die neuen und weiterführenden Gesichtspunkte aber kamen durch die eben erst geschaffene Völkerrechtswissenschaft. Eine große Anzahl staatsmännischer und philosophischer Schriften erörtern die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens für die Völker Europas. Was Marsilius von Padua in seinem „Defensor pacis" (1324) vertreten hatte, das dringt nun plötzlich zu ganz allgemeiner Geltung vor. Es muß betont werden, daß auch die neue Friedensformel durchwegs nichts anderes bezeichnet als das Endziel eines Weges von individualistischer Vereinzelung zu Gemeinschaft. Man setzt das wichtigste Merkmal einer Einrichtung für diese Einrichtung selbst. Gewiß deutet das grundlegende Werk des Hugo Grotius „De jure belli et pacis" den Gedanken eines völkerrechtlichen Verbots der Kriegführung nur an, aber er wird ganz allgemein aufgenommen und von Pufendorf, Thomasius, Penn, St. Pierre, Rousseau, Bentham und schließlich von Kant behandelt und juristisch vertieft. Schon im „Grand Dessein" des Herzogs von Sully (1638), der früher fälschlich Heinrich IV. von Frankreich zugeschrieben wurde, sind die Errungenschaften der jungen Völkerrechtswissenschaft bemerkbar. Noch einmal feiert hier Dubois' europäische Republik unter der Vorherrschaft Frankreichs ihre Auferstehung.

Vom Quäkertum mit seiner Ablehnung des Krieges aus religiösen Gründen kommt William Penn. In seinem „Essay towards the present and future peace of Europe" (1692) wird der Zusammentritt eines Parlaments von Abgesandten aller europäischen Staaten gefordert, das Rechtsnormen aufstellen und Streitigkeiten durch Schiedsspruch regeln soll.

Wir wissen, daß der Sinn einer Zeit immer erst gegen ihr Ende zu vollkommener Klärung und Bewußtwerdung seiner selbst gelangt. So findet auch der barocke Gemeinschaftsgedanke seine abschließende Formel erst bei Leibniz. In den ausgeführten Teilen der „Annales" und in den politischen Denkschriften ist der Gedanke einer allumfassenden Einheitsorganisation der Menschheit, einer cité de Dieu, entwickelt. Leibniz nimmt den Aristotelischen Gedanken vom Menschen als einer créature sociable in einem ganz barocken Sinne auf, den er gegenüber den Renaissanceanschauungen Macchiavellis und dem frühen Rationalismus Hobbes' zu verteidigen hat. Nicht durch Zweckmäßigkeitsmotive von Furcht und Streit, sondern durch gesellige Triebe und Neigungen sei der Mensch von jeher mit seinesgleichen zusammengeführt worden. So habe die steigende Bändigung der Urtriebe zur Bildung von Familie und Horde, zu immer höher organisierten Staatswesen und schließlich zu Staatenverbänden geführt.

Leibniz selbst wirkt auf das letzte Ziel, das dem immer klarer ins Bewußtsein tretenden Gemeinschaftsgedanken erreichbar ist, als Friedensstifter, als Pazidius. Voreiligen und einseitigen Plänen tritt er gleichwohl mit Kritik gegenüber. In den „Observations sur le projet d'une paix universelle" und noch eindringlicher vielleicht in einigen Briefen an Liselotte von der Pfalz lehnt er den Plan des Abbé de St. Pierre ganz unzweideutig ab, der im Deutschen Reich das größte Hindernis des europäischen Staatenbundes sieht und seine Auflösung verlangt.

Es mag auf den ersten Blick hin auffällig erscheinen, wie bald die Leibnizschen Gedanken der Vergessenheit anheimfielen. Christian Wolff baut die Gesellschaftslehre aus. Aber er gründet das Völkerrecht noch auf die barocke Vorstellung des Weltstaates, die für das neue Zeitalter des Rationalismus bereits entkräftet war. Bezeichnenderweise setzt der Schweizer Vattel, der doch nur eine Überarbeitung des Wolffschen Buches geben will, für diesen Einheitsstaat die Übereinstimmung von selbständigen souveränen Staaten und damit für die Folge soziologisch-politischer Durchgangsformen mit dem Ziel einer letzten Einheit die Gleichwertigkeit geschlossener Staatsgebilde, die schon in sich vollendet sind. Diese grundsätzliche Wandlung läßt es in etwas verstehen, daß mit manchen andern, oftmals viel dürftiger begründeten Anregungen (bei Swift, bei Hume usw.) auch der Leibnizsche Hinweis dem Scheinleben historischer Registrierungen verfiel.

Aber der Plan St. Pierres hat sich weitreichenden und bis heute andauernden Einfluß gesichert. Die „Mémoires pour rendre la paix perpétuelle en Europe" (1713 bis 1716) sind auf der gleichen geistesgeschichtlichen Stufe denkbar wie die Observations Leibnizens, aber doch vertreten sie an Stelle mehr gelegentlicher Anregungen und Bemerkungen schon eingehende Entwürfe, leiten aus dem Bereich der Theorie in zahlreiche Gebiete praktischer Vorschläge über, geben statt einzelner Formeln schon die Sicht auf ein geschlossenes System. Das verkündet den neuen Geist des Rationalismus und das hat diesem Plan Wirkung und Dauer verliehen. In dem Bunde St. Pierres sollen nur die großen Staaten eine Stimme haben, von den kleineren sollen sich mehrere in eine Stimme teilen — das ist noch genau der Aufbau des heutigen Völkerbundsrates (nach Art. 4 der Völkerbundssatzung). Der Krieg zwischen Bundesmitgliedern soll ausgeschlossen sein. Streitigkeiten schlichtet der Senat des Bundes, wenn Vermittlungsversuche erfolglos bleiben. Er kann dem Schiedsspruch durch Waffengewalt Nachdruck verleihen. Wie im Rousseauschen „contrat social" entscheidet auch hier überall ein von innen heraus gebildeter Gesamtwille, in dem sich die siegreiche Macht der Vernunft offenbaren wird. Der Sitz des Bundes soll in Utrecht oder im Haag sein, die Beamten möglichst holländischer Nationalität, weil die Holländer ein Volk von ausgedehntem Handel und ausgesprochen friedlicher Natur seien. St. Pierre äußert, der Bund werde in etwa 200 Jahren zusammentreten, eine Prophezeiung, die sich in den Haager Konferenzen merkwürdig genau erfüllt hat.

Was die Aufklärung über den Plan St. Pierres hinaus für den Völkerbundsgedanken geleistet hat, erschöpft sich in der Ausführung und Verbreiterung von erstarrten Formeln und Gedanken. Damit ist auch Johann Franz v. Palthens „Projekt, einen immerwährenden Frieden zu unterhalten" (1758) gekennzeichnet, dessen Urheber man bekanntlich unter den deutschen Vorläufern des Völkerbundes aufzuführen pflegt. Palthen kennt nicht einmal den Plan St. Pierres. Um so beachtenswerter ist, daß auch er keineswegs den Einheitsstaat als Ziel seiner Ausführungen setzt. Von den beiden Gedanken, die im Lauf der Entwicklung für den Begriff Völkerbund entscheidend geworden sind, dem Einheitsgedanken und dem Friedensgedanken, ist der erste innerhalb der Geisteslage einer harmonischen Zeit überhaupt undenkbar. Daher greift jede solche Zeit mit Vorliebe auf den zweiten, den Gedanken des ewigen Friedens zurück, wenn es gilt, das traditionell Überkommene notdürftig in die eigene Gedankenwelt zu überführen. Im Barock ist die Friedenstheorie immerhin Umhüllung des ureigentlich Erlebten. In der Aufklärung ist sie abgelöst von jedem Zeiterlebnis, leer, fremd und unwirklich. Man muß die Lessingsche Kritik der Abhandlung Palthens in den „Briefen, die neueste Literatur betreffend" (1759) lesen, um die Skepsis der Aufklärung der Friedenstheorie gegenüber zu begreifen: „Hier ist eine Herzstärkung" schreibt Lessing dem angenommenen Adressaten seiner Briefe, dem verwundeten Major Ewald v. Kleist. „Ein Projekt zu einem immerwährenden Frieden! — ‚Aber keine Herzstärkung für mich,' werden Sie sagen. ‚Der Mann will mir das Handwerk legen!' — Ach nicht doch! Er meint es so böse nicht. Sein Haupteinfall ist dieser: ein allgemeines Parlament oder Tribunal zu errichten, dessen Ausspruch sich alle europäischen Staaten ge-

allen ließen. — Merken Sie nun, daß Herr v. Palthen ein Rechtsgelehrter ist? Aber, als jener alte Offizier seinen Vorschlag zur Verkürzung der Prozesse tat und die alten gerichtlichen Duelle wieder einzuführen riet, nicht wahr, da verriet sich der Offizier auch? — Doch dieses beiseite! Wenn sich nun unter den europäischen Mächten halsstarrige fänden, die dem Urteile des Tribunals Genüge zu leisten sich weigerten? Wie da? O, der Herr v. Palthen hat vollstreckende Völker, er hat militärische Exekution. Hat er die? Nun wohl, so hat er Krieg, und Sie sollen Zeit genug haben, weiter zu avancieren. Werden Sie nur bald gesund!"

Einen neuen Anstoß erhielt das Völkerbundsproblem erst durch eine neue Erfassung und Wertung des Begriffes Volk. Nie hat eine Zeit den allverbindlichen Massen des Harmonischen eine so inbrünstige Hingabe an das Wesenseigentümliche und Besondere entgegengesetzt wie der Sturm und Drang. Aber nie auch hat das Gefühl für die einzigartige und unwiederholbare Anlage des einzelnen wie des Volkes so gebieterisch den Gegenpol einer Gemeinschaft gefordert, die für alle Sondergebilde den Rahmen schaffe. Von Herders „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" ist noch einmal der Gedanke einer Gliederung des Erdraums in die individuellen Wohnbereiche der Stämme und Völker und eines Herauswachsens dieser Stämme und Völker aus ihren Wohnbereichen in die große Familie der Menschheit ausgegangen. Dieser Gedanke ist vielleicht als Tiefstes und Unverlierbarstes in die romantische Geisteswelt übergegangen, von ihm hat der erwachende Nationalismus der kleinen Völker Mittel- und Osteuropas seinen Anfang genommen und an ihn der Vorwurf eines Weltorganismus der Völker bei Adam Müller und in der romantischen Staatsphilosophie angeknüpft. Wieder hat das Bewußtsein einer Gemeinschaft von Volk zu Volk das leere Wunschbild des ewigen Friedens verdrängt.

Aber die Wendung vom barocken Bundesgedanken zum Friedensgedanken des Rationalismus wiederholt sich in der Wendung von Herder zu Kant, wie denn die bittere Bekämpfung Kants in der „Metakritik" (1799) aus der Abwehrstellung einer versinkenden Zeit erklärbar wird. In der 1795 erschienenen Schrift „Zum ewigen Frieden" ist der Völkerbundsgedanke endgültig dem Geist der deutschen Klassik angeglichen. Aber schon in der „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht" (1784) findet sich die erste Formulierung des Kantschen Friedensbundes. Der Antagonismus zwischen dem Hang zur Vergesellschaftung und dem Hang zur Vereinzelung leite den Einzelmenschen zur Gründung eines staatlichen Gemeinwesens, derselbe Antagonismus aber leite auch diese Gemeinwesen selbst. „Die Natur treibt durch die Kriege, durch die überspannte und niemals nachlassende Zurüstung zu denselben, durch die Not, die dadurch endlich ein jeder Staat, selbst mitten im Frieden, innerlich fühlen muß, zu anfänglich unvollkommenen Versuchen, endlich aber nach vielen Verwüstungen, Umkippungen und selbst durchgängiger innerer Erschöpfung ihrer Kräfte zu dem, was ihnen die Vernunft auch ohne so viele traurige Erfahrungen hätte sagen können, nämlich: aus dem gesetzlosen Zustande der Wilden hinauszugehen und in einen Völkerbund zu treten, wo jeder, auch der kleinste Staat, seine Sicherheit und Rechte nicht von eigener Macht oder eigener rechtlicher Beurteilung, sondern allein von diesem großen Völkerbund, von einer vereinigten Macht und von der Entscheidung nach Gesetzen des vereinigten Willens erwarten könnte." Und in der nach Art eines Friedensvertrags (mit 6 Präliminar- und 3 Definitivartikeln) abgefaßten Schrift „Zum ewigen Frieden", die übrigens erst das Wort „Völkerbund" gebräuchlich gemacht hat: „Dieser Bund geht auf keinen Erwerb irgendeiner Macht des Staates, sondern lediglich auf Erhaltung und Sicherung der Freiheit eines Staates für sich selbst und zugleich anderer verbündeten Staaten, ohne daß diese doch sich deshalb öffentlichen Gesetzen und einem Zwange unter demselben unterwerfen dürfen. Die Ausführbarkeit dieser Idee der Föderalität, die sich allerdings über alle Staaten erstrecken soll und so zum ewigen Frieden hinführt, läßt sich darstellen." Nicht ein Weltstaat also, sondern ein Föderalismus freier und selbständiger Staaten, wie ihn die Aufklärung schon gedacht hat, soll das Völkerrecht begründen. Das Endziel aber gibt die Theorie des ewigen Friedens,

jene abstrakte wirklichkeitsferne Theorie, für die man bei aller Hingabe doch immer auch ein gewisses Mißtrauen hat. Auch Kant sieht, wie die Zusatzartikel erkennen lassen, den Krieg als den tatsächlichen Naturzustand der Menschheit an. Er zeigt den Weg, auf dem man sich mehr und mehr einem dauernden und gesicherten Friedenszustand nähern kann, wenn auch das letzte Ziel wohl nie erreichbar ist.

Man kann die Auswirkung der Gedanken Kants bei den Rechtshistorikern des 19. Jahrhunderts, bei Karl Christian Friedrich Krause, bei Jakob Friedrich Fries u. a. verfolgen. Aber die Entwicklung geht in theoretische Breite, ohne wesentlich neue Punkte zu bringen. Schon Krauses „Entwurf eines europäischen Staatenbundes" sieht im Grunde nur mehr eine starr renaissancemäßig gegliederte Hierarchie. Er bestimmt als Staatenbund die rechtmäßige Verbindung mehrerer Staaten mit dem Zwecke, „das Recht unter sich als höheren Personen (ganzen Völkern) gesellig herzustellen, so daß alle dazu vereinte Völker innerlich und äußerlich frei, gemäß den Gesetzen sittlich freier, jedem Volk eigentümlicher Entwicklung ihr Leben immer vollkommener entfalten können." In dieser Weise soll dem europäischen Staatenbund „ein asiatischer, afrikanischer, nordamerikanischer, mittelamerikanischer (westindischer) und südamerikanischer, und ebenso ein dreifacher Staatenbund der ganzen Inselflur (des ganzen Vereinlandes zwischen Asien und Amerika)" zur Seite treten. Alle diese Staatenbünde gelten als gleichwertige Teilgebilde des endgültigen Erdrechtsbundes. Man darf in dieser Stufenfolge engerer und weiterer Allianzen nicht etwa die Wiederkehr von Dantes Weltstaatsidee erblicken. Bei Dante soll sich jede Form erst in einer übergeordneten erfüllen. Für den Theoretiker des 19. Jahrhunderts ist jede Form schon in sich geschlossen und gleichsam nur das kleinere Abbild der nächsthöheren Ordnung.

Wer politische Entwicklungen von geistesgeschichtlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, wird immer mit besonderem Interesse der Verbindung nachforschen, die in allen politischen Institutionen rein machtpolitische Ziele mit den geistigen Strömungen einer Zeit eingehen. Der Versailler Völkerbund ist nicht die erste Wirklichkeitsform der Idee, zu der eine unharmonische Zeit schließlich gekommen ist. Am Ende der Barockzeit steht der Utrechter Kongreß mit dem Plan eines Reichstags von 19 Staaten, der mit gesetzgeberischen und richterlichen Vollmachten ausgestattet sein soll. Und nach den Freiheitskriegen schließen Rußland, Österreich und Preußen die „heilige Allianz", die übrigens schon im Napoleonischen Weltherrschaftsplan vorgesehen ist und der nach einiger Zeit auch Frankreich beitritt. Der Utrechter Plan kam nicht über die Vorbesprechungen hinaus. Die Quadrupelallianz, die einige Jahre später zwischen England, Frankreich, dem Kaiser und Holland abgeschlossen wurde, hatte nur den einen augenblicklichen Zweck der Eindämmung spanischer Eroberungsgelüste. Die „heilige Allianz" aber, die unter dem Mantel der Friedenserhalterin Zeit ihres Bestehens nichts anderes erstrebte, als Europa unter den Einfluß Rußlands und Österreichs zu bringen und die Wünsche der Völker nach verfassungsmäßiger Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung zu unterdrücken, löste sich nach 10 Jahren auf.

Aus einer unharmonischen Zeit ist schließlich der heutige Völkerbund erwachsen. Er ist ganz natürlich nicht auf die Voraussetzung selbständiger und gleichberechtigter Staaten gegründet. Die vier alliierten Hauptmächte haben schon die Hälfte aller Stimmen im Rat inne. Und so ist der Bündnisgedanke wieder einmal in einer Zweckorganisation Gestalt geworden, die ausschließlich die Interessen einer Mächtegruppe, nämlich den Beutegewinn der Siegerstaaten sicherzustellen hat. Die tatsächliche Unterordnung der vorgeblichen Ziele dieser Organisation unter alle Forderungen der alliierten Interessenpolitik, wie sie in den folgenden Aufsätzen auch von völkerbundsfreundlichen Verfassern festgestellt wird, zeigt schon heute deutlich genug, daß auch sie ein Gebilde der Zeit ist und mit der Zeit wieder vergehen wird. Wenn aber der ewige Wechselstrom der Geistesgeschichte uns wieder in eine harmonische Zeit hineinstellt, dann muß der Bundesgedanke wieder fremd und unbegriffen sein wie nur je in der Renaissance, der Aufklärung, der Klassik und dem Realismus.

Deutschland und der Völkerbund

Kritische Betrachtungen eines Nicht-Deutschen[1])

Von Dr. Ernst Sauerbeck in Schaffhausen (Schweiz)

Ein deutscher Skeptiker hat vor einigen Jahren die Geschichte als „Sinngebung des Sinnlosen" definiert. Das war eine unter vielen Antworten, die das moderne Denken auf die Frage gab, was eigentlich Geschichte sei, Geschichte im Sinne der Geschichtsphilosophie, und zwar der wissenschaftlichen Geschichtsphilosophie. Diese Frage hat das Denken der letzten hundert Jahre bekanntlich so stark beschäftigt, daß man das verflossene Jahrhundert nicht zu unrecht auch das „Jahrhundert der Geschichte" nannte, nachdem es sich schon den Ehrentitel eines „Jahrhunderts der Naturwissenschaft und der Technik" erworben hatte.

In beiden Eigenschaften geht dies Jahrhundert — das Jahrhundert zwischen dem Abschluß jener endlosen Kriege, die die große französische Revolution gebar, und dem kürzeren, aber noch schwereren Weltkrieg, dessen französische Wurzeln immer deutlicher zutage treten, das Jahrhundert also zwischen 1815 und 1914 — auch den Politiker an; das Gepräge dieses Krieges ist ebenso von der naturwissenschaftlichen Technik, wie von geschichtsphilosophischen Ideen bestimmt. Und beim Abwägen der Rolle, die die materielle Macht der staatlichen Technik jeder Art auf der einen Seite, die Ideen von dem Sinn der staatlichen Gebilde auf der anderen Seite spielte, scheinen einem Wort Napoleons recht zu geben, das der Idee vor der Gewalt den Vorrang gibt. Ja, man kann mit guten Gründen angesichts des Weltkriegs, erst recht jedoch im Hinblick auf die Folgezeit, vom „Einbruch der Idee in die politische Sphäre" sprechen.

Die Idealisierung der internationalen Politik hat die Entente während des Weltkriegs als ihr eigentliches Kriegsziel ausgegeben; ganz besonders hat dies aber Wilson getan, als er sein Land zugunsten der Entente in den Krieg zog. Er ist der Sprecher des „Kriegs für's Recht" geworden. Er hat mit seinen Formeln fast die ganze Welt bezaubert und nicht zuletzt einen guten Teil des deutschen Volkes. Und er hat so zunächst die moralische, dann auch die militärische Entwaffnung Deutschlands durch die Revolution erreicht.

Gegen Zusicherung eines „Wilson-Friedens" hat das deutsche Volk die Waffen gestreckt. Der Friede, der dann in Paris geschlossen wurde (Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Neuilly, Sèvres, Trianon) sollte nichts als die Verwirklichung der Wilsonschen Welterneuerung sein. Und die Krönung wiederum all dieser Verträge sollte der Völkerbundspakt bilden, wie dessen Aufnahme in die einzelnen Verträge zeigt.

Angesichts dieser Friedens-Diktate — denn es waren ausnahmslos brutale Diktate, die nur die Verzweiflung unterschreiben konnte — schien es zuerst völlig ausgeschlossen, daß sich irgendeiner der besiegten Staaten um den Eintritt in den Völkerbund bewerben werde. Zwar gab es auch in diesen Staaten Kreise, denen selbst ein solcher Schritt keineswegs unmöglich schien.

Jm Sommer 1924, als die Stabilisierung der deutschen Währung, die Überwindung schwerster innenpolitischer Erschütterungen und die Verständigung mit den außenpolitischen Gegnern auf Grund des Dawesplanes Deutschlands Mut und Prestige nach Jahren fürchterlichsten Tiefstands endlich wieder hoben, wurde das deutsche Volk von seiner Regierung, die noch immer sehr „von Gottes Gnaden" lebt, durch einen völlig unerwarteten Schritt überrascht. Diese Regierung, deren Londoner „Erfüllungspolitik" vom Sommer 1924 immerhin nur sehr bedingt schien — „der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe!" —, zeigte sich auf einmal bereit, den Ein-

[1]) Nachstehende Betrachtung wurde vor dem Tode Eberts und dem deutschen Angebot eines „Garantiepakts" geschrieben, erst recht vor Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten. Letztere liegt in der Richtung, die der Verfasser der deutschen Geschichte wünscht. Sie hat der oft enttäuschten Hoffnung aller Freunde deutscher Auferstehung Recht gegeben.

tritt Deutschlands in den Völkerbund zu erörtern. Der Schritt blieb freilich ziemlich im Dunkeln und erwies sich sogar umwölkt von „Mißverständnissen" anscheinend unentwirrbarer Art. Erst zum Jahreswechsel erfuhren wir — wiederum recht unerwartet — was die deutsche Regierung im September auf die Anregungen ihrer Gegner geantwortet hatte. Das deutsche Volk hat also Anlaß, die bisher sehr platonische Frage von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nunmehr ernstlich durchzudenken.

Sehen wir uns zunächst die deutsche Note an. Als unerläßliche Bedingung schien sie vor allem einen Sitz im „Rat" des Völkerbunds zu fordern. Das würde ihr wohl bewilligt werden. Die Forderungen, um die sich vermutlich ein ernster Kampf entspinnen würde, sind, ohne diplomatische Verkleidung betrachtet, diese zwei:

1. Bewilligung eines größeren Heeres auf Grund der wiedereingeführten „allgemeinen Wehrpflicht"[1]).

2. Rückgabe der Kolonien oder Überlassung anderer, von entsprechendem Wert.

Die erste Forderung knüpft an Art. 16 an. Dieser verpflichtet alle Völkerbundsstaaten zur Teilnahme an den Sanktionen, die gegenüber einem Friedensbrecher vorgesehen sind. Die deutsche Regierung gibt sich nun den Anschein, als fürchte sie — mit dem Völkerbund? — vor allem einen Friedensbruch durch Rußland; sie nennt Rußland selbstverständlich nicht ausdrücklich; ihre ganze Argumentation hat aber nur einen Sinn, wenn man an Stelle des X das bolschewistische Rußland setzt. Deutschland legt nun die Folgen klar, die eine Hineinziehung eines so wie heute entwaffneten Deutschlands in einen Streit des Ostens mit dem Westen für dies allzusehr entwaffnete Deutschland haben müßte. Deutschland sei in seinem jetzigen Zustand „völlig außerstande, an einer Bundesexekution teilzunehmen", könne sich deshalb nicht „seiner Neutralität begeben", müsse daher „einen entsprechenden Vorbehalt machen" (ähnlich wohl wie die Schweiz!).

Die Forderung eines neuen Kolonialreichs kleidet sich in die Formel: „Seit dem Krieg von jeder kolonialen Betätigung ausgeschlossen, erwarte Deutschland, zu gegebener Zeit aktiv an dem Mandatsystem des Völkerbundes beteiligt zu werden."

Der Streit, der sich zu Jahresende 1924 um die Räumung der Kölner Zone und den Stand der deutschen Entwaffnung entspann, läßt ungefähr ahnen, wie groß die Neigung der Siegerstaaten ist, Deutschland unter irgendeinem Vorwand eine Steigerung seiner Wehrkraft zu bewilligen. Im Zusammentreffen der Veröffentlichung der deutschen Septembernote mit dem neuen Triumph der poincaristischen Politik könnte man einen der vielen blutigen Scherze der modernsten Weltgeschichte sehen, wenn man in ihm nicht die Absicht suchen will, dem Gegner goldene Brücken zu bauen zu einer neuen Stellung gegenüber der Entwaffnungsfrage. Skepsis wird auch am Platz sein gegenüber den Träumen von einem neuen Kolonialreich.

Doch das haben wir hier, wo nur das Allerwichtigste besprochen werden kann, nicht abzuschätzen. Wir (die wir uns zu Deutschlands Freunden rechnen, weil wir Deutschland — wie jedes andere Land — endlich wieder in angemessener Stellung sehen möchten), wir fragen etwas anderes: Dürfte Deutschland mit der Bewilligung dieser beiden Forderungen sich zufrieden geben? Die deutsche Regierung nimmt das selbst nicht an. Ihre Note stellt noch andere Bedingungen. Leider stehen sie nicht an erster Stelle, wo sie hingehören. Später indes heißt es:

„Der Artikel 1 der Völkerbundssatzung machte die Zulassung neuer Mitglieder davon abhängig, daß sie für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen einzuhalten, wirksame Gewähr bieten. Ein begründeter Zweifel darüber, daß diese Gewähr in Ansehung Deutschlands besteht, ist nach Ansicht der deutschen Regierung ausgeschlossen. Sie ist aber bereit, dem Völkerbund gegenüber durch eine ausdrückliche Erklärung zu bestätigen, daß sie zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen entschlossen ist.

Eine solche Erklärung läßt die von der deutschen Regierung bei früheren Gelegenheiten zu diesen Verpflichtungen abgegebenen Erklärungen unberührt.

[1]) Die Forderung der „Neutralität" zielt wohl nur sehr mittelbar auf eine Heeresvermehrung und dann auch nicht auf „Bewilligung eines größeren Heeres" ab, sondern auf Befreiuung von einseitigen Beschränkungen (bes. in Bez. auf das Kriegsmaterial) — sobald die Unhaltbarkeit des „Neutralitäts!"-Zustands fühlbar wird. D. Schr.

Sie darf insbesondere nicht so verstanden werden, als ob die deutsche Regierung damit diejenigen zur Begründung ihrer Verpflichtungen aufgestellten Behauptungen anerkenne, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen.

Auch kann die deutsche Regierung in diesem Zusammenhange nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die tatsächliche Erfüllbarkeit dieser Vertragsverpflichtungen nicht allein von einer loyalen Absicht abhängt. Sie muß erneut betonen, daß insbesondere die Durchführung der Londoner Vereinbarungen die beschleunigte Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände am Rhein und Ruhr zu einer unbedingten Notwendigkeit macht."

Man muß zugeben: Hier liegen Sicherungen vor, die Deutschland genügen könnten, wenn es sein idealistisches Auge schließen und mit dem realistischen den Eintritt in den Völkerbund versuchen will. Kann man aber annehmen, daß die Gegner — denn es sind noch immer Gegner! — diese deutschen Sicherungen in Kauf nehmen werden? darf man nicht vielmehr in der neuen Hetze der Gegner die Antwort auf die deutsche Note sehen? Die Gegner kennen diese ja seit Monaten und haben also lange genug die Antwort überlegen können; der englische Regierungswechsel hat diese aufgeschoben; kaum sind die neuen Männer fest im Sattel — und im Bilde! (Reise Chamberlains) —, so erfolgt auch schon die Antwort, ganz im Stile Poincarés![1]) Als Rückantwort haben wir wohl die Veröffentlichung der deutschen Note anzusehen, wenn nicht alle Zeichen trügen. Sie bedeutet natürlich den Beginn einer neuen schweren Kampfzeit, die das wieder konservative England zu verantworten hat.

Für Deutschland bedeutet die Septembernote — wenn kein Umfall erfolgt — den Beginn einer männlichen, klaren, zielbewußten Politik. Denn — bei aller Verklausulierung, die der Schwache sich wohl auferlegen muß —: Der deutsche Standpunkt ist klar genug, um jedermann die Illusion zu nehmen, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Krönung der unseligen „Erfüllungspolitik" sein werde.

Angesichts dieser Forderungen der augenblicklichen deutschen Regierung mag es immerhin nützlich sein, sich zu vergegenwärtigen, was das deutsche Volk eigentlich verlangen kann und darum auch verlangen sollte, wenn nicht heute, so doch morgen. Es ist dies nicht mehr, aber auch nicht weniger als der eigentliche Wilson-Frieden. Hat Deutschland Aussicht, diesen Wilson-Frieden durchzusetzen, wenn es sich entschließt, an Wilsons Friedensinstrument, dem Völkerbund, sich zu versuchen?

Zunächst ist vor allem eines festzustellen: Die „Verwirklichung der Wilsonschen Ideen" ist — schon rein der Form nach — nicht allein im Völkerbundspakt (dem Beitrag Wilsons zum Friedensschluß) enthalten, sondern ebensosehr, ja noch viel mehr, in den übrigen Teilen des Friedensvertrages von Versailles. Dies gilt der Form nach, indem der Völkerbundspakt gewissermaßen nur die „Mantelnote", d. h. der allgemeine Rahmen des Gesamtvertrages ist; es gilt aber auch dem Inhalt nach; denn jenes Vorbild eines „Friedens durch's Recht", wie es Wilson in seinen Reden noch im Krieg entworfen hatte, kann nur durch den Gesamtvertrag als verwirklicht gelten.

Die Verquickung mit dem Sieg-, Straf- und Rachefrieden von Versailles ist eine Tatsache, die das deutsche Volk sich sehr genau besehen muß, wenn es zu den Lockungen Stellung nehmen will, die, von draußen und drinnen, immer lauter Michels Ohr umschmeicheln. Was bedeutet sie? Worin besteht sie? Was verlangt der Völkerbund von einem aufzunehmenden Deutschland?

Die Frage ist, wie gesagt, eine doppelte: Es steht nicht nur der Völkerbundspakt zur Erörterung, sondern der Versailler Gesamtvertrag, ja das Gesamtwerk der Pariser Friedensverträge (also der Verträge von St. Germain, Neuilly, Trianon neben dem Versailler Vertrag), da alle diese mit dem Völkerbundspakt verkoppelt sind.

[1]) Die erste Note (sog. Memorandum) erging Ende Sept. 1924 au die 10 Ratsmächte. Diese antworteten im Lauf des Okt. u. Nov. Darauf erging eine zweite deutsche Note am 12. Dez., diesmal an den Völkerbund selbst und nur betr. der Neutralität bezw. Art. 16. Auf diese antwortete der Völkerbundsrat am 14. März und zwar wesentlich im gleichen Sinne wie früher die 10 Ratsmächte. Der Text dieser Antwort stammt also vom Okt.—Nov. 1924, und die Gegner haben nicht monatelang überlegt, sondern zweimal die gleiche Antwort gegeben. D. Schr.

Das Werk dieser Verträge ist bekannt. Die Kenner aller Länder, soweit sie ehrlich sind, gehen völlig einig in seiner Verurteilung, wegen der völligen Verleugnung aller Wilsonschen Prinzipien nicht nur in der Art, wie man diese Verträge zustande brachte (vollkommenste Geheimdiplomatie, völlige Ausschaltung des einen Partners durch Diktat, statt Verhandlung, schwerste Demütigung bei den Scheinverhandlungen), sondern auch durch die Forderungen der Verträge selbst.

Enthält nun — so gestaltet sich demnach die Frage — der Völkerbundspakt irgend ein Heilmittel für diese Verträge, die eine ganze Welt von himmelschreiendem Unrecht schufen, das nicht nur quantitativ das frühere Unrecht weitaus überbot, sondern auch qualitativ eine unerträgliche Verschlimmerung der politischen Welt von einst bedeutete, weil es zum Unrecht noch eine bisher unerhörte Heuchelei gesellte? Die Freunde des Völkerbundes — die in der Regel keine Freunde Deutschlands sind — haben nun freilich einen Trost bereit: sie weisen auf einen Artikel des Völkerbundpaktes hin, der die Bande zwischen Pakt und übrigem Vertrag zu lockern scheint (Artikel 19).

Der Völkerbundspakt ist eigentlich erstaunlich inhaltsarm. Er besteht aus nur 26 Artikeln, und diese sind großenteils rein formaler Natur. Seine Vorstufen, die „Konventionen" der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, haben deren 61 bzw. 97!

So behandeln die ersten sieben Artikel nur Fragen der Konstitution. Diese Artikel sind freilich, genauer besehen, auch schon ziemlich aufschlußreich, besonders Art. 4, wenn wir nämlich auf die Rolle achten, die sich die Sieger in dem neuen Bunde vorbehalten, der hier ganz als Siegerbund erscheint (wozu der „Anhang" des Paktes zu vergleichen ist).

In einem Teil der übrigen Artikel ist der Völkerbundspakt nur eine Neuauflage — keine verbesserte! — der verschiedenen Haager und anderen Konventionen; so in Art. 23 bis 25, die von allgemeinen Fragen der Zivilisation, wie Arbeiter-, Frauen-, Kinder- und Eingeborenenschutz, von Verkehr und Handel, von Sanitätsmaßnahmen, vom Roten Kreuz, vom Waffenhandel, von der Übernahme der bestehenden internationalen Bureaus (die es schon in großer Anzahl gab) handeln. Der letzte Artikel handelt, ganz formal, von Änderungen des Pakts. Bleiben also die 15 Artikel 8 bis 22, die den nicht sehr wohlgeordneten Kern des Paktes bilden.

Art. 8 nebst 9 handeln von der Abrüstung. Die Hauptforderung einer „Herabsetzung der Rüstungen auf das Mindestmaß" kommt in seiner Allgemeinheit über die frommen Wünsche vom Haag keineswegs hinaus. Sie wird außerdem sofort wieder eingeschränkt (Art. 8, Absatz 2) durch die Bestimmung, der Rat habe die Aufgabe, „unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände" eines jeden Staates die Abrüstungspläne vorzubereiten . . ." Es kommt dann noch ein edler Beschluß, gleichfalls im Haager Stil: „Die Bundesmitglieder übernehmen es, in der offensten und vollständigsten Weise sich gegenseitig Nachricht zu geben über den Stand ihrer Rüstungen, über ihre Heeres- und Flottenprogramme sowie über den Zustand ihrer Kriegsindustrie."

Art. 10 sei als wichtigster für später aufgespart.

Art. 11 bis 17 handeln von der Kriegsgefahr und der Kriegsverhütung durch das Schiedswesen. Diese Artikel — die wichtigsten außer Art. 10 — gehen nun allerdings über das Haager Werk in verschiedener Hinsicht wesentlich hinaus. So gleich der erste Satz von Art. 11, der lautet: „Es wird ausdrücklich erklärt, daß jeder Krieg oder jede Kriegsdrohung, gleichviel, ob sie einen der Gliedstaaten unmittelbar berührt oder nicht, den ganzen Bund angeht . . .", was bedeutet, daß sich der Bund als Herr der Welt fühlt und sich in alle Streitigkeiten mischen will, auch die, die ihn nicht „unmittelbar" berühren. Eine solche Vergewaltigung der Souveränität nichtverbündeter Staaten war vor dem Krieg natürlich ganz undenkbar. (Man erinnere sich, wie die bloße Möglichkeit eines „freundschaftlichen Rates" etwa auf England zur Zeit des Burenkrieges wirkte).

Art. 17 regelt diese Tätigkeit des Bundes als Schiedsrichter der Welt, genauer: „Die Staaten, die nicht Mitglieder des Bundes sind, werden aufgefordert, sich für die Beilegung des Streitfalls den den Bundesmitgliedern auferlegten Bedingungen zu unterwerfen, und zwar unter Bedingungen. die der Rat für angemessen hält."

Die zwischenliegenden Art. 12 bis 16 behandeln die Schiedsgerichtsbarkeit. Und zwar stellt Art. 12 die Wahl zwischen der Schiedsgerichtsbarkeit im bisherigen Sinn — vor allem durch das Haager Schiedsgericht — und dem Schiedsspruch durch den Rat des Völkerbundes. Art. 13 und 14 handeln von der ersten, Art. 15 von der zweiten Art des Schiedsspruchs (14 von der mittlerweile erfolgten Gründung des ständigen Schiedsgerichts im Haag).

Auch hier ist wieder auf „die besonderen Umstände eines Staates" — eines Siegerstaates selbstverständlich — Rücksicht genommen; so war die Haltung Englands im Streite mit Ägypten von vornherein gedeckt durch Absatz 8 von Art. 15: „Behauptet eine (!) Partei und anerkennt der Rat, daß nach internationalem Recht diese Partei ausschließlich für den Streitfall zuständig ist, so hat dies der Rat in einem Bericht festzustellen, jedoch keine Lösung zu empfehlen."

Die Gruppe dieser Sicherungsartikel schließt Art. 16, den die deutsche Note kritisiert. Es ist der Sanktionsartikel, der die Schritte regelt, die gegen einen Friedensbrecher vorgesehen sind, Schritte, die zum Teil von bisher beispielloser Härte sind, indem unter anderem die Unterbindung auch jeder rein persönlichen Verbindung zwischen den Einwohnern — nicht nur Angehörigen! — eines „friedlichen" Bundesstaates und denen des boykottierten „kriegerischen" Staates völlig untersagt ist.

Dieser Gruppe gewissermaßen negativer Bestimmungen — zur Bannung der Kriegsgefahr — stehen dann als „positive" Bestimmungen gegenüber die Artikel 18 bis 21, über bestehende und zu schließende Verträge, sowie Art. 22 über die Kolonialpolitik des Völkerbundes. Es heißt da, in Art. 18, daß alle zu schließenden Verträge beim Völkerbunde anzumelden sind; Art. 19 sieht — worauf zurückzukommen ist — die Revision „unanwendbar gewordener" Verträge vor; Art. 20 legt die Verpflichtung auf, bestehende Verträge, die mit dem Pakte unvereinbar sind, aufzulösen und nicht mehr einzugehen. Art. 21 trägt abermals „den besonderen Umständen eines Staates" Rechnung; diesmal sind es die Vereinigten Staaten: „Internationale Abreden, wie z. B. Schiedsgerichtsverträge und Einvernehmen über bestimmte Gebiete, wie die Monroe-Doktrin, welche die Erhaltung des Friedens sicherstellen, werden mit keiner Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages für unvereinbar betrachtet." Die Vereinigten Staaten, die eben durch ihr Eingreifen auf dem europäischen Kontinent den großen Krieg entschieden und das Schicksal Europas auf lange Zeit, wenn nicht für immer bestimmten, verbitten sich jedes Eingreifen eines europäischen Staates auf dem ganzen amerikanischen Kontinent, auf dem bekanntlich mehrere europäische Staaten noch immer Kolonien haben.

Wir wollen uns hier nicht an Einzelheiten halten, mögen sie auch noch so wichtig und kennzeichnend sein. Wir wollen auch nicht verkennen, daß die zwei Gruppen von Forderungen — der fast unbedingten Kriegsvermeidung sowie der offenen und normierten Vertragsabschlüsse — einen Fortschritt gegenüber dem Werk vom Haag bedeuten; denn, in der Tat: Das obligatorische Schiedsgericht, um das die Idealisten im Haag umsonst gerungen hatten gegen den Widerstand der Realpolitiker (nicht nur der deutschen, wie wir heute aus den Studien von Montgelas und Zorn wissen), dieses „ideale" Schiedsgericht ist hier gefordert. Und darüber hinaus scheint das ganze internationale Leben in friedliche Bahnen gelenkt durch die Forderung offener und dem Pakt konformer Verträge.

Zwei Artikel erfordern indes unsere Aufmerksamkeit: Art. 19 und Art. 10.

Art. 19 ist die Stütze der Völkerbundsfreunde, jener Artikel, der den Deutschen — indem er die Möglichkeit der Revision für alle Verträge festlegt! — angeblich die Sicherheit gibt, daß der Versailler Vertrag durch den Völkerbundspakt doch nicht unbedingt gestützt und geschützt sei. Er lautet wörtlich: „Die Versammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Zustände auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte." Kein Zweifel: Hier ist ein Ausgang in das Versailler Gefängnis eingebaut. Hat man aber Anlaß anzunehmen, daß diese Tür sich je für Deutschland öffnen wird? Man hat fünf Jahre Erfahrung hinter sich.

Diesem Zier-Artikel steht nun ein anderer gegenüber, Art. 10: „Die Gliedstaaten des Bundes verpflichten sich, die territoriale Unversehrtheit und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren. Im Falle eines Angriffs, einer Angriffsdrohung oder einer Angriffsgefahr ergreift der Rat die zur Durchführung dieser Verpflichtung erforderlichen Sicherungsmaßnahmen."

Ist es zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß dieser Artikel das Herz des ganzen Völkerbundspaktes ist? Wer die Geschichte des Völkerbundes in seinen ersten fünf Jahren auch nur einigermaßen miterlebte, kann nicht wohl im Zweifel sein, daß das sog. „Sicherheitsproblem" seine ganzen Verhandlungen beherrschte. Das

Benesch-Protokoll ist ein Symbol. Die „Sicherheit" aber, um die es sich da handelt, ist die Sicherheit des Zustandes von 1919.

In der Tat: Der Völkerbundspakt ist nicht nur im äußerlichen Sinne die „Mantelnote" zum Versailler Vertrag; er ist es in allerinnerlichstem Sinne: Er verhüllt und schützt zugleich diesen Vertrag, die Vollendung des Jahrhunderte alten Vernichtungskampfes Frankreichs gegen Deutschland, diesen Schutzwall der Zwingburg von Versailles. Und er tut dies nicht etwa nebenbei; dieser Schutz ist vielmehr sein eigentlicher Zweck, mindestens in den Augen aller europäischen Staaten, die die Ehre hatten, zur Taufe geladen zu werden (wozu bekanntlich die Neutralen nicht gehörten).

Ein kurzer Überblick über die bisherigen Leistungen des Völkerbundes kann das beweisen. Der Völkerbund hat geduldet oder unterstützt, daß an Stelle des Rechtsfriedens, wie ihn Wilson wollte und versprach, ein ausgesprochener Siegfrieden trat; daß man Wilsons Prinzipien, leider nicht immer dem späteren Wilson selbst zum Trotz, den schärfsten Unterschied zwischen Siegern und Besiegten machte, daß man rund 5 Millionen Deutsche vom Mutterland trennte, während man es früher unerträglich fand, wenn 50000 Dänen oder 100000 französische Lothringer oder anderthalb Millionen deutschsprechender Elsässer und Lothringer außerhalb ihres „Mutterlandes" leben mußten (oder, bei Österreich, 300000 Italiener usw.); daß man zwar für Polen die Weichsel mit einem „Korridor" umkleidete, der den deutschen Osten mitten durchschnitt, während die Rheinmündung selbstverständlich in den Händen des alten Besitzers blieb und den Österreichern der Triester Korridor genommen wurde; daß man Schlesien zerriß unter Anwendung eines „Selbstbestimmungsrechtes", das man niemals einem Siegerstaate gegenüber angewandt hätte; daß man dasselbe im „dänischen Norden" tat; daß man durch die niederträchtigsten Druckmittel und Verführungskünste — spekulierend auf die leibliche und seelische Not der verzweifelten Bevölkerung —, die blühendsten Länder dem Reiche zu entreißen suchte (Saargebiet, Pfalz, Rheinland, Ruhrgebiet); daß man Deutschland in Zeiten größter Not eine Besatzungsarmee ohne jeden Grund unterhalten ließ, die schon in den ersten 5 Jahren annähernd soviel verschlang, wie die ganze Kriegsentschädigung Frankreichs an Deutschland 1871; daß man zu dieser Besetzung vielfach farbige Truppen verwandte; daß man wegen lächerlicher Fehlbeträge, die bei der Lage Deutschlands mehr als selbstverständlich waren, zu „Sanktionen" griff, wie der Ruhrbesetzung; daß man Österreichs Selbstbestimmungsrecht in der Anschlußfrage völlig unterdrückte; daß man die ehemaligen — und nicht nur ehemaligen — Gegner Deutschlands Kriegsrüstungen treiben ließ, wie sie die Vorkriegszeit nicht einmal in Frankreich kannte (Tschechoslowakei und Polen usw.); daß Österreich, außer den nichtdeutschen Ländern, das urdeutsche Südtirol verlor; daß Italien alle seine kleineren Nachbarn tyrannisierte; daß England Irland unter der Faust hielt, solange es irgend gehen wollte, daß es Indien und Ägypten brutalisierte (vielleicht zum Heil Europas, sicher aber gegen Wilsons Geist); daß Frankreich — in vollem Gegensatz zum Buchstaben sogar des Paktes selbst (Art. 22 Absatz 5) alle seine Schwarzen militarisierte (60 Millionen!); daß an allen Ecken und Enden Krieg und Revolution die Völker zerrissen; daß die ganze Welt ein Bild des Schreckens bot, wie nie zuvor.

Was steht dem an positiven Leistungen gegenüber? Abgesehen von einigen nicht politischen Leistungen, wie man sie schon vor dem Völkerbund alljährlich zu verzeichnen hatte (Maßnahmen sanitärer, verkehrspolitischer und ähnlicher Art, wie sie die Art. 23ff. fordern) einige Schlichtungen in kleinen Streitfällen (Aalandsinseln usw.); der schüchterne und mißglückte Versuch, Italien bei seinem unerhörten Vorgehen gegen Griechenland in den Arm zu fallen; Gründung des Internationalen ständigen Schiedsgerichts im Haag, an das sich vorläufig niemand wenden darf, der nicht zum Bund gehört, wodurch diesem Institut die wichtigste Aufgabe unterbunden ist. Und das Benesch-Protokoll? Nein, dieses rechnen wir nicht zu den positiven Leistungen, da es — übrigens unter Aufhebung aller wirksamen Friedenssicherungen des Paktes! — nur ein neuer Versuch ist, die Versklavung Deutschlands

zu verewigen durch straffen Zusammenschluß aller Staaten, die Deutschland irgendwie ein Stück aus dem Leib gerissen haben.

Daß der übrige Versailler Vertrag (und nicht minder die Ergänzungsverträge) ein Machwerk sind, das man nur unter allerschärfstem Zwang annehmen konnte, darüber sind ja — ausnahmsweise! — nicht nur alle Deutschen, sondern alle ehrlichen Politiker der Welt einig. Was sind das nun für Deutsche, oder was sind die Gründe der Deutschen und der angeblichen Deutschenfreunde, die das deutsche Volk überreden wollen, die „Mantelnote" des Versailler Vertrages anzunehmen, obwohl über die physische und moralische Unmöglichkeit dieses Vertrags nur e i n e Stimme herrscht.

Wir haben einen wichtigen Teil des Pakts noch nicht erwähnt; es ist die Einleitung. Diese allein ist es, die uns, wenigstens in einigen Sätzen, positiv sagt, was der Völkerbund angeblich will. Es sind vier Ziele, die nach der „Präambel", der Einleitung des Völkerbundpaktes, dem Völkerbund am Herzen liegen:

1. „Bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Krieg zu schreiten."
2. „Auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen in aller Öffentlichkeit zu unterhalten."
3. „Die Vorschriften des internationalen Rechts, die fürderhin (!) als Richtlinie für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind, genau zu beobachten."
4. „Die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle Vertragsverpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker peinlich zu achten."

Auch hier wieder nur Worte, nur Form, nur Rahmen. Was soll der Inhalt sein? Das sagt eben der Artikel 10, der im Brennpunkt des Paktes steht: Inhalt dieser Form des „Rechtsfriedens" ist — für Deutschland — das, was im Versailler Vertrag, also außerhalb des Paktes, steht; jene 440 Artikel, die alle nur den einen Zweck haben, zwischen Deutschland und seinen Gegnern das Gegenteil von dem zu schaffen, was man vernünftigerweise „auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen" nennen kann.

Kehren wir noch einmal zu der deutschen Note über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zurück: Sichert sie das deutsche Volk genügend gegen die Gefahr, durch den Eintritt nur noch tiefer in die Schlingen von Versailles zu fallen? Es ist keine Frage, daß sie an Deutlichkeit sehr zu wünschen übrig läßt: Deutschland hat es unterlassen, grundsätzlich einen Strich zu ziehen zwischen dem Versailler Vertrag (und seinen Parallelverträgen) einerseits und dem Völkerbundspakt andererseits. Deutschland hat ferner nicht ausdrücklich Stellung genommen zu den beiden wichtigsten Artikeln des Völkerbundspaktes, den Artikeln 10 und 19: Artikel 10, der den Siegerstaaten ihre Beute sichert, indem er die Integrität und Souveränität aller Staaten garantiert, wie sie 1919 (vielfach auf den Trümmern Deutschlands und Österreichs) geschaffen wurde auf Grund eines völlig einseitigen Selbstbestimmungsrechtes; und Artikel 19, der scheinbar die Möglichkeit der Revision aller Verträge sichert, soweit sie „unanwendbar" geworden sind, und der auch, ganz allgemein, die „Nachprüfung aller Zustände" erlaubt, „deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte". Indem aber Deutschland — wenngleich schonend — sogar den allerempfindlichsten Punkt berührt — die „Kriegsschuldfrage" — und sich die formelle Zurückweisung der schweren Anklagen, die man gegen Deutschland erhoben hat, unmißverständlich vorbehält, hat es sich doch wohl auch implicite die Revision aller Vereinbarungen und Zustände vorbehalten, die bisher im Schutz des Völkerbundes entstanden sind.

Wer glaubt, daß ein Deutschland im Völkerbund willkommen sei, das alles, was faul in dessen Werk ist, wegsprengen will, wird nichts gegen Deutschlands Eintritt vorbringen können, falls er mit den Sicherungen Stresemanns erfolgt.

Wären Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht nur in der Ablehnung des Völkerbundes einig, sondern auch in ihrer übrigen Politik, so wäre ja die Gründung eines neuen Völkerbundes mit wahrhaft „Wilson-

scher" Gesinnung der gegebene Weg. So aber ist diese Gründung eine ganz unmögliche Illusion. Völlig unfruchtbares Beiseitestehen, wie es den Vereinigten Staaten beliebt, seitdem sie ihren Kriegsgewinn geborgen haben, führt auch zu nichts. Dagegen: Ferment zu werden im bestehenden Völkerbund, ein Ferment, das ihn schließlich in das verwandelt, was er angeblich sein will, das könnte eine Aufgabe sein, eines Landes würdig, wie es Deutschland ist oder doch werden möchte. Über diese Aufgabe zu sprechen, ist überflüssig. Denn der Versuch ist ja von Stresemann gewagt: es steht bloß die Antwort der Gegner aus, die offizielle Antwort, wie oben gesagt[1]); denn: eine Antwort darf wohl in der neuesten Sanktionenpolitik gesehen werden. Sie ist unmißverständlich. Sie enthüllt — wieder einmal, zum Überfluß — die Gesinnung, die den Versailler Völkerbund beherrscht. Dieser Völkerbund kann nur ein Deutschland brauchen, das Erfüllungspolitik bis zum äußersten treiben will, das alles hinnimmt, selbst das klare Unrecht, bloß um des Friedens willen.

Die deutschen Lobredner des Völkerbundes haben, wie ihre wirklichen oder vorgeblichen Freunde in den außerdeutschen Ländern (nicht zuletzt bei uns in der Schweiz), sicher die verschiedenartigsten Motive für ihre Stellung zum Völkerbund. Das Hauptmotiv liegt zweifelsohne in der „Anpassungsfähigkeit" an unerfreuliche Lagen, die den Ausländern bei den Deutschen immer aufgefallen ist. Eine „Erfüllungspolitik" ist meines Erachtens nur in Deutschland möglich (und — in der deutschen Schweiz!). In anderen Ländern gibt es wohl Ergebung (aber auch diese nur für einen mehr oder weniger langen Augenblick); es gibt aber keine „Erfüllung", d. h. keine Ergebung, die sich selber sanktioniert.

Man würde sich irren, wenn man annehmen wollte, jene Gruppe der Erfüller seien bloß „Erfüller zum Schein"; solche gibt es natürlich auch; aber der Typus zielt auf wirkliche Erfüllung, aus einfachem oder zielstrebigem Masochismus, d. h. aus Neigung zur Unterwerfung an sich, oder im Glauben an die „moralische Macht der Unterwerfung". Ein Zufall lieferte mir kürzlich einen Beleg für die Möglichkeiten, die in dieser deutschen Selbstentäußerung beschlossen sind. Diese Selbstentäußerung ist naturgemäß am stärksten bei den Pazifisten, unter diesen wieder bei den Frauen. In der „Menschheit", dem Organ der deutschen Pazifisten strenger Observanz, hat sich eine Elsässerin, die mit dem Leibe in Berlin, mit der Seele aber in Frankreich wohnt, Frl. Dr. Noemi Stricker, zu einem Bekenntnis durchgedrungen, das mehr als alles andere ein Licht wirft auf die Psychologie der Völkerbundsfreunde. Wir sehen von der elsässischen Seite dieses Bekenntnisses ab, die freilich auch sehr bezeichnend ist („Die elsaß-lothringische Frage wäre gelöst, wenn sie nicht immer von Deutschland aus neu aufgewühlt würde"!). Was uns hier angeht, ist ein lapidarer Satz, dessen wahrhaft weltgeschichtliche Bedeutung der Pythia, die ihn aussprach, kaum bewußt gewesen ist: „Der Friede steht höher als das Recht!"

Mit diesem Bekenntnis freilich kann selbst angesichts der neuen Enttäuschungen auch ein Deutscher Einzug in den Völkerbund halten; mit ihm wird er auch im höchsten Maß willkommen sein. Das ist „Erfüllungspolitik in der Vollendung". Können sich die großen Kriegsgewinnler einen lieberen Gegenspieler denken als ein Volk, das sagt: „Ihr habt mir zwar fast alles genommen; behaltet es, um des lieben Friedens willen; schlagt mich tot, nehmt Weib und Kind zu Sklaven, um des lieben Friedens willen! Denn der Friede steht mir höher als das Recht!"

Ein solches Deutschland wird man lieben, zweifelsohne. Aber mit was für einer Liebe? Kann es für einen Franzosen, Engländer, Amerikaner, Italiener, Japaner usw. etwas verächtlicheres geben als ein Volk, das so denkt?

Die Entente hat den „Krieg fürs Recht" erfunden; der Gedanke war ein Bluff, er war aber als Gedanke ebenso wundervoll wie als Bluff. Die Deutschen haben — durch die masochistische Ekstase jener Elsässerin — etwas anderes entdeckt, das ideale Gegenstück zu jenem „Krieg fürs Recht", den: „Frieden fürs Unrecht".

[1]) Die Antwortnote des Völkerbundsrats auf die deutsche Note vom 12. Dezember 1924 ist inzwischen am 14. März 1925 eingegangen. D. Schr.

Das deutsche Volk steht vor der Wahl, ob es seinen Gegnern ebenbürtig bleiben oder sich zu ihrem Fußschemel erniedrigen will! Will es das erstere, so kann es den Verlockungen zum Eintritt in den gegnerischen Bund nur folgen unter der Verwahrung, daß es ausschließlich den Pakt als solchen anerkennt, nicht aber den Versailler Vertrag, mit dem er immer noch verkoppelt ist; mit der Verwahrung ferner, daß die Deutung des Vertrags sich richten müsse nach den allgemeinen Forderungen der „Einleitung"; mit der Verwahrung also, daß der Pakt im Sinne der Wilsonschen Ideen verstanden und gehandhabt werde, bis in die letzten Konsequenzen.

Die Frage ist: Soll von den zwei wichtigsten Bestimmungen des Pakts diejenige gelten, die das unerträgliche und unmoralische Werk der „Friedensverträge" von 1919 schützen will — Artikel 10 — oder diejenige, die eine Revision dieser Verträge, wie aller anderen, ins Auge zu fassen scheint — Artikel 19?

Deutschland kann nur Mitglied des Völkerbundes werden in der Absicht einer gründlichen Revision des Vertrages von Versailles und seiner Parallelverträge. Alles andere wäre Wahnsinn oder Heuchelei. Deutschland hat gegen sein Gewissen seine Unterschrift unter den Versailler Vertrag gesetzt; damals stand es unter Zwang, und das ist seine Entschuldigung. Diesmal steht Deutschland nicht mehr unter Zwang. Es kann wählen und muß es! Und diese Wahl wird sein Geschick bestimmen.

Die Schweiz im Völkerbunde

Von Dr. Hans Mettler in Zürich

Am 16. Mai 1920 stimmte das Schweizervolk über den Eintritt in den Völkerbund ab. Die Mehrheit des Volkes und der Stände (Kantone) kam zu einem bejahenden Entscheid; die deutsche Schweiz war mehrheitlich dagegen, die romanische mehrheitlich dafür. Die Ständestimmen genügten gerade; hätte ein Halbkanton einige Stimmen mehr dagegen aufgebracht, dann wäre die Vorlage gefallen. Die Völkerbundsfreunde atmeten auf, sie hatten gesiegt. Aber sie waren auch bestürzt: einige Stimmen hätten das Ergebnis in das Gegenteil verkehren können, und der Ausgang stand in keinem Verhältnis zu ihren Anstrengungen. Die beitrittsfreundliche Mehrheit war schwach; um sie zu sammeln, hatte es ungeheurer Anstrengungen bedurft. Die Mitglieder des Bundesrates (der Bundesregierung) waren ins Volk gestiegen, um dafür zu sprechen, die bedeutendsten Führer der politischen Parteien legten sich dafür ins Zeug und ein großer Teil der schweizerischen Presse trat für den Beitritt ein.

Welche Gründe wußten die Beitrittsfreunde anzuführen? Gewisse freisinnige Kreise arbeiteten mit der wirtschaftlichen Erdrosselung der Schweiz, die bei einem Fernbleiben eintreten müsse. „Sie hängen uns den Brotkorb höher" war hier das gebräuchlichste Argument. Ein Teil der Katholisch-Konservativen dagegen lauschte auf die empfehlenden Worte des Papstes.

Die Bedenken des Volkes wurden als unbedeutend zurückgewiesen; an Versprechungen und Schmeicheleien fehlte es nicht. Die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland wußte man schon in dem universellen Völkerbund, Genf war schon Völkerbundssitz und Mittelpunkt einer besseren und friedlicheren Welt, die Schweiz hatte bisher nur die eine Bestimmung gehabt, der Welt als Muster einer staatlichen Organisation verschiedener Stämme zu dienen. Unser Kleinstaat, der seine humanitäre Rolle im Weltkrieg nicht vergessen konnte, durfte sich doch einem idealen Bunde aller Völker und Rassen nicht entziehen und war dazu bestimmt, trotz seiner Kleinheit eine „demokratische Mission" zu erfüllen.

Daß sich die Freunde des Völkerbunds zu solcher Verkennung unserer bescheidenen Stellung und zu solch hohen Tönen versteigen mußten, hatte seine Ursache darin, daß die Schweiz seit Jahrhunderten sich zu der Staatsmaxime der selbstgewählten Neutralität bekannte, die ihr von den Großmächten auf dem Wiener Kongreß 1815

garantiert worden war. Seit den Tagen von Marignano 1515, als die Schweizer, das siegreiche Kriegsvolk des ganzen Mittelalters, sich zum ersten Male geschlossen zurückziehen mußten und allen Großmachtträumen Valet sagten, um nicht geschlagen zu werden, ist diese Staatsmaxime, der die Schweiz ihren heutigen Bestand verdankt, uns dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß jede Beeinträchtigung derselben dem einfachen Mann aus dem Volk, wenn auch nicht in klarer Erkenntnis der damit verbundenen Gefahren, so doch rein gefühlsmäßig, gefährlich vorkommen mußte. Die Differenzierung der Neutralität durch die Londoner Erklärung, die unsere militärische Neutralität auch beim Eintritt in den Völkerbund aufrecht erhielt, dagegen die wirtschaftliche in einem Streitfalle uns absprach, konnte dieses gefühlsmäßige Element nicht ausschalten. Der Verstand stimmte daher für den Eintritt, das Gefühl dagegen: die kühl rechnenden Politiker waren dafür, die breite Volksmasse witterte Gefahr und ließ sich nur durch die überaus starke Propaganda umstimmen.

Die Versprechungen der Völkerbundsfreunde waren zu weitgehend, als daß sie hätten gehalten, und die Überschätzung der Rolle und des Einflusses der Schweiz auf die internationalen Beziehungen waren zu krass, als daß der kleinen Eidgenossenschaft je ein derart großes Betätigungsfeld im Völkerbund hätte eingeräumt werden können. Zwar ist der schweizerische Anteil der Mitarbeit groß, Genf hat als Sitz des Bundes seinen Nutzen, und eine Reihe von genferischen und schweizerischen Persönlichkeiten werden mit gutbezahlten Beamtungen des Völkerbundes bedacht. Schweizerische Vertreter werden gerne in Vollversammlungen und Kommissionssitzungen gehört. Aber das Statut des Völkerbundes räumt dem Rate die Hauptbefugnisse ein, und man weiß heute auch in der Schweiz, daß unsere Mitarbeit erwünscht, aber doch sehr wenig ausschlaggebend ist. Der Eintrittsgegner hat dies nie erwartet, aber die Beitrittsfreunde haben solche Hoffnungen geäußert.

Die Enttäuschungen sind daher gewaltig und der Umstand, daß ein ganzes Volk Zusicherungen erhalten, die sich nicht bewahrheiten, verleiht ihnen einen stärkeren Nachdruck. Eine gerechte Abrüstung ist bis heute nicht zustande gekommen, eine Beschränkung der Rüstungen illusorisch, ein gangbares Verfahren, Kriege zu verhindern oder zu erschweren, nicht gefunden worden; die Einmischungen des Völkerbundes in Streitfälle waren sehr zweifelhafter Art und haben das Schweizervolk kaum befriedigt. Wohl ist der schweizerische Einfluß unter dem Völkerbund gestiegen, aber drei Rechtskomplexe, die für die Unabhängigkeit des Landes von höchster Bedeutung sind, haben überaus schwere Beeinträchtigungen erfahren.

Die altbewährte Staatsmaxime der ewigen Neutralität ist gefährdet. Die Londoner Erklärung, die von dem damaligen Bundespräsidenten Ador zu dem Zwecke eingeholt wurde, wenigstens die militärische Neutralität zu sichern, um so die Widerstände gegen den Beitritt wegzuräumen, enthebt uns nicht von der Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen, deren Tragweite unabsehbar sind und uns zweifellos in kriegerische Verwicklungen hineinzerren. Diese Gefahr besteht. Auch hat man uns zugemutet, Truppendurchzüge bei Völkerbundsexekutionen zu bewilligen. Namentlich militärische Kreise befürchten von einem Durchzug, wie er beispielsweise bei einem Exekutionsfall auf Grund des französisch-tschechischen Defensivabkommens hätte eintreten können, kriegerische Verwicklungen.

Die Neutralität steht auch bei den Sicherheitspakten innerhalb des Völkerbundes in Frage. Glücklicherweise ist das „Beneschprotokoll" (Genfer Sicherheitsprotokoll), das ja nur eine Neuauflage des Garantiepaktes vom Herbst 1923 darstellt, infolge der korrekten Ablehnung Englands erledigt. Diese internationale Bindung hätte wiederum, und zwar nicht nur bei einem Beitritt der Schweiz, sondern auch bei einem Fernbleiben, die Fragen der militärischen Hilfe, des Durchzugs fremder Truppen und wirtschaftlicher Sanktionen in einem uns ungünstigen Sinne berührt. Die bereits „differenzierte" Neutralität hätte sich in irgendeinem Falle kriegerischer Aktionen eines Völkerbundstaates gegen einen Dritten weiter differenziert. Wir hätten uns

zudem mittelbar oder unmittelbar zum Mitgaranten der Friedensverträge von 1919 gemacht, was der Maxime der Neutralität wiederum widerspricht.

Daß die eingefleischten Völkerbundsfreunde in der Neutralität ein Hemmnis ihrer Politik erblicken, beweisen u. a. die Worte des Genfer Professors William E. Rappard in seiner Schrift „Der Eintritt der Schweiz in den Völkerbund": „Mit großer Mühe und trotz der Gegnerschaft des deutschen Elementes des Landes, des ältesten und zahlreichsten, gelang es dem Bundesrat, den Beitritt der Schweiz sicherzustellen. Die Hindernisse, die er dabei zu überwinden hatte, bestanden in der leidenschaftlichen Anhänglichkeit des Volkes an die vollständige Neutralität, in seinem offensichtlichen Zaudern, sich einer internationalen Allianz anzuschließen, die nicht universell war, und in seinem instinktiven und traditionellen Mißtrauen gegenüber der großen europäischen Politik..... Was die ausschließliche und vollständige Neutralität anbetrifft, so ist sie mit der normalen Tätigkeit eines vollkommenen Völkerbundes unvereinbar. Aber um vollkommen zu sein, muß der Völkerbund alle Staaten der Welt umfassen..... Beim jetzigen Zustand der Dinge, in Erwartung, daß der Völkerbund in der Lage sei, die friedliche Herrschaft der Gerechtigkeit in der Welt vollständig sicherzustellen, hält die Schweiz des Bestimmtesten an ihrer Neutralität fest, die sie wie immer als die grundlegende Gewährleistung für ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit betrachtet. In dieser Hinsicht besteht ein offensichtlicher Widerspruch zwischen ihrer Politik und derjenigen des Völkerbundes."

Neben der Beeinträchtigung der schweizerischen Neutralität sind die beiden andern Minderungen unserer internationalen Stellung von geringerer Bedeutung. Es handelt sich einmal um die Frage, ob der Rhein als offener Strom ein internationales Gewässer bleibt, oder ob die Schiffahrt auf ihm in einem Kanal durch französisches Gebiet gehe; diese Frage ist bereits zu unseren Ungunsten entschieden.

Die andere Frage handelt von den savoyischen Zonen, die vom Wiener Kongreß 1815 um Genf, auf das damals savoyische, jetzt französische Gebiet gelegt worden sind, um diese Stadt militärisch zu sichern und ihr ein landwirtschaftliches Hinterland zu geben. Der Versailler Vertrag enthält die Bestimmung, daß durch Vereinbarung zwischen Frankreich und der Schweiz dieser Zustand der zollfreien Einfuhr von Schweizergütern nach dem Zonengebiet und aus den Zonen nach Genf einer Änderung unterworfen werden soll. Die beiden Parteien haben sich nun auf eine schiedsgerichtliche Lösung der Auslegung dieses Artikels geeinigt, wobei es aber den französischen Kronjuristen gelungen ist, eine Fragestellung zu vereinbaren, die für uns ungünstig formuliert ist, so daß wir kaum mit einem Erfolg im Haag rechnen können. Bundesrat und beide gesetzgebenden Kammern haben trotz dieser Fehler der Schiedsordnung zugestimmt.

Wenn nun auch die Minderungen bei diesen beiden letzten Rechtskomplexen nicht durch den Völkerbund als solchen verursacht sind, so gibt es doch bei uns genügend Leute, die sich fragen, warum die Schweiz, trotzdem sie Völkerbundsmitglied ist, so von einer Großmacht, und zufälligerweise gerade der herrschenden Macht in der Liga, sich alles gefallen lassen muß. Die Mißstimmung, die sich hieraus entwickelt, richtet sich zum Teil, und mit Recht, gegen den Völkerbund.

Das Schweizervolk wird zum größten Teil über diese Fragen einseitig unterrichtet. Das hängt damit zusammen, daß wir in unserer Jahrhunderte alten Demokratie zwar gewöhnt sind, am Geschick des Staates mitzubestimmen, aber infolge unserer traditionellen äußeren Sicherheit es bisher nie gelernt haben, in Fragen von internationalem Belang zu urteilen. Auch zeichnet sich die schweizerische Völkerbundsvereinigung, die für die Völkerbunds-, Sicherheits- und Abrüstungsideen eintritt, durch eine rege Tätigkeit aus. Freilich sind die Argumente ihrer Propagandisten nicht immer richtig; so hat erst kürzlich der Vorsitzende der Züricher Sektion in Verkennung der schweizerischen Verhältnisse den jährlich vierzehn Tage betragenden Militärdienst der eidgenössischen Miliz den Dienstleistungen der größten stehenden Heere kritiklos an die Seite gestellt und damit die lächerliche Rüstungsstatistik

des Generalsekretariats des Völkerbundes kopiert, welche die Schweiz als einen der bestgerüsteten Staaten erscheinen läßt; aber die Propaganda tut dennoch ihre Wirkung.

Nun sind die Früchte des Völkerbundes dermaßen, daß auch diesen Kreisen die Augen aufgehen. Viel beachtet wurde vor einigen Monaten der Aufsatz eines Basler Schriftleiters und bekannten Völkerbundsanhängers, dessen Unwillen sich in die Frage zusammenfassen ließ: „Was haben wir Neutralen noch im Völkerbund zu suchen?" Solche Enttäuschte sind jedoch durch die neuerlichen Verhandlungen in der Sicherheitspaktfrage wiederum hoffnungsvoller geworden und beeilen sich jetzt, den Beitritt der Schweiz zu dem Genfer Protokoll zu empfehlen.

Auf völkerbundsfreundlicher Seite stehen neben der genannten Vereinigung an weitern zwischenparteilichen Organisationen die „Neue Helvetische Gesellschaft" und die „Vereinigung schweizerischer Republikaner". Der „Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz" vereinigt die ehemaligen Beitrittsgegner und betrachtet die Auswirkungen des neuen Kurses in Europa skeptisch. Er ist im übrigen die einzige Vereinigung, die sich in diesem Sinne mit der Außenpolitik befaßt. Aus seinen Kreisen sind bedeutende Kritiken des Völkerbundes hervorgegangen.

Holland und der Völkerbund

Von Prof. Dr. Jan de Louter in Hilversum (Holland)

Der Völkerbund, die merkwürdigste und vielleicht die einzige dauerhafte Schöpfung des Versailler Friedensvertrags, hat selbstverständlich auch in Holland tiefe Erregung hervorgerufen. Wegen ihres Verhaltens bald hoch gerühmt, bald scharf getadelt, hatten die Niederlande ihre Neutralität im Kriege sorgfältig gewahrt, auch als dieser seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten mehr und mehr zu einem grundsätzlichen Kampf zweier Weltanschauungen, Demokratie und Autokratie sich auszuwachsen schien.

Kaum war der Waffenstillstand vom 11. Nov. 1918 geschlossen, als neue Probleme die Regierung bedrängten. Kaiser und Kronprinz hatten ihre Zuflucht auf holländischem Gebiet gesucht. Aufgelöste und entwaffnete deutsche Truppen waren ungehemmt durch die holländische Provinz Limburg in ihre Heimat zurückgekehrt, weil man jetzt — gerade umgekehrt wie 1914, wo jeder Schritt auf holländisches Gebiet strenge verwehrt war — den erschöpften Kriegern eine unschädliche Erleichterung gewähren zu können glaubte. Die Leidenschaft aber war durch die Zerstörungen in Nordfrankreich auf das höchste gesteigert; die Wut der schwer heimgesuchten Sieger über den vermeintlichen Urheber alles Unheils hell aufgelodert, und das Mißtrauen gegen den schlauen Neutralen, der augenscheinlich unversehrt aus der Kriegsnot auftauchte und jetzt den „Hauptschuldigen" seinen Richtern entzog, war tief gegründet und zugleich dem Verunglimpften außerordentlich peinlich. Der holländische Minister des Äußeren war aber diesen Mühseligkeiten vollkommen gewachsen. Mit hochherziger Entschlossenheit, gestützt durch den einstimmigen Beifall der Nation, lehnte er die Ausweisung wie die Auslieferung der Flüchtlinge aus dem klassischen Lande der politischen und religiösen Freiheit und Unantastbarkeit ab, entschuldigte den harmlosen Rückzug der deutschen Soldaten und wies alle Vorwürfe einer Neutralitätsverletzung zurück. Wirklich gelang es ihm, seine Widersacher zu beschwichtigen und Ansprüche bedenklicher Art zu beseitigen. So hat Holland auch im kritischen Zeitraum zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß seinen Standpunkt würdig gewahrt.

Im Anfang des Jahres 1919, das eine veraltete Periode der Weltgeschichte abschließen, eine neue eröffnen sollte, kam Woodrow Wilson, der zweimal gewählte Präsident der mächtigen Republik, deren Teilnahme die Entscheidung herbeigeführt hatte, ungeachtet der Mißbilligung vieler seiner Mitbürger, nach Paris,

m sich mit den Vertretern seiner europäischen Bundesgenossen über die Friedens-
edingungen zu beraten. Mehr Wert noch als auf die genaue Ausführung des eigent-
chen Friedensvertrags legte er auf die endliche Verwirklichung eines seit Jahr-
underten von den edelsten Vorkämpfern der Menschheit und besonders seit den
etzten Jahrzehnten in Amerika gehegten Gedankens eines allumschlingenden
ölkerbundes, der einen dauerhaften Weltfrieden verbürgen sollte. Wer die langwie-
igen und verwickelten Pariser Beratungen vom Frühjahr 1919 untersucht, fühlt sich
benso betroffen von der Entschiedenheit, Ausdauer und Selbstbeherrschung, mit
er Wilson die vielumstrittene und schwerfällige Gründung des Völkerbundes durch-
eführt hat, wie von der Geringschätzung der riesigen Opfer, die er seinen übrigen
rundsätzen bringen mußte. Besonders der Begriff der Selbstbestimmung der
ölker kam unfertig und vielfach verstümmelt aus dem Strudel der Meinungen
mpor[1]). Der Friedensvertrag, dessen ethischer und politischer Wert hier nicht zu
rüfen ist, hat jedenfalls das unstreitige Verdienst, im Völkerbund den wenn auch
escheidenen Keim eines zukünftigen Riesenbaumes geschaffen zu haben.

Er war bekanntlich ein Vertrag zwischen den 32 am Kriege beteiligten Staaten
nd konnte daher die neutralen Staaten weder unmittelbar noch mittelbar ver-
flichten. Wilsons Ansichten gemäß war man sogleich entschlossen, die Neutralen
um Beitritt einzuladen, wollte sich aber vorher nach ihren Meinungen erkundigen
nd diese womöglich sorgfältig erwägen. Nach Fertigstellung des Grundvertrags im
ebruar erhielten die Abgeordneten der 13 aufgeforderten neutralen Mächte im
ärz Gelegenheit, ihre Ansichten und Wünsche einem Ausschuß der Friedens-
onferenz unter dem Vorsitz Lord R. Cecils zu unterbreiten.

Die Lage der Neutralen war mißlich. Einesteils waren viele sich recht wohl bewußt,
aß das Friedensprojekt einen Gewaltfrieden für die Besiegten beabsichtigte,
nd daß der Völkerbund deshalb kaum mehr war als ein gegenseitiger Garantie-
ertrag der Sieger für die richtige Ausführung der Friedensbestimmungen, mit
enen einige Bestimmungen des Bundesvertrags eng zusammenhingen. Andernteils
ar nicht zu leugnen, daß der Völkerbund Ansätze zu einer neuen und besseren
Veltordnung enthielt, die über die zeitlichen und örtlichen Grenzen des augenblick-
chen Bedürfnisses weit hinausgingen und sofort zu bejahen oder abzulehnen
aren, auf die Gefahr hin, daß der günstige Augenblick der freien Wahl nie wieder-
ehren würde. Nimmt man die Stimmung der Stunde hinzu, die tiefe Erschütterung
er öffentlichen Meinung, die gesteigerte Abscheu vor dem Krieg, den Einfluß des
merikanischen Präsidenten, die ungenügende Kenntnis der Bundesverpflichtungen
– dann versteht man die Schwierigkeit einer Entscheidung.

Ich hatte damals die Ehre, Mitglied einer besonderen Kommission zu sein, die unter
em jetzt anachronistischen Namen „zur Vorbereitung der dritten Friedenskon-
erenz" unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers des Äußern und Präsidenten der
rsten Haager Friedenskonferenz von 1899, Dr. W. H. de Beaufort, durch die Re-
ierung schon 1912 eingesetzt war. Im Juni 1914 hatte diese ein ausgedehntes Pro-
ramm für die im nächsten Jahre einzuberufende Konferenz im Haag dem Minister
hr. Dr. Loudon unterbreitet, eine tüchtige Arbeit, die durch den Kriegsausbruch
egenstandslos wurde. Diese Kommission, durch Loudons Nachfolger Jhr. Dr.
. A. van Karnebeek mit einem Gutachten über den Inhalt des Bundesentwurfs
eauftragt, hat mit großer Gewissenhaftigkeit den Zweck und die Klauseln des
orliegenden Textes geprüft und der Regierung nur mit bedeutendem Vorbehalt
en Anschluß empfohlen. Politische Rücksichten haben schließlich die moralischen
inwände beseitigt und schweren Herzens, mit Hinweis auf Lücken und Fehler und
it Zuversicht einer baldigen Revision, den Eintritt herbeigeführt.

Die Begegnung der neutralen Abgeordneten mit den Vertretern der Friedens-
onferenz in Paris am 20./21. März 1919 hatte, wie vorauszusehen war, keinen nen-

[1]) Prof. Dr. J. de Louter: „Woodrow Wilson, eene karakterschets", Mart. Nijhoff's, ravenhage 1924.

nenswerten Erfolg. Höflich angehört und beantwortet, machten ihre Bedenken und Wünsche einen dürftigen Eindruck. So wurde durch Lord Cecil auch der erwünschte obligatorische Schiedsspruch abgelehnt und die selbsterwählten Versöhnungskommissionen bei internationalen Streitigkeiten, wie a fortiori der kühne holländische Vorschlag eines vollständigen Kriegsverbotes höflich beseitigt. Nur einige Anträge zur bedrohten Souveränität der kleineren Staaten fanden Gehör; z. B. das Erfordernis der Einstimmigkeit als Regel in Bundesversammlung und Bundesrat, die Hervorhebung der juristischen, d. h. richterlichen Lösung, der Ausschluß innerer Staatsangelegenheiten aus dem Wirkungskreis des Bundes und die Einschaltung einer Klausel, die unter gewissen Bedingungen den Austritt aus dem Bunde gestattet. Ohne Vorbehalte traten die Niederlande wie die übrigen Neutralen[1]) dem Völkerbunde bei: ohne Begeisterung und ohne Widerwillen, in freudiger oder in banger Erwartung dessen, was nur die Zukunft klären konnte. Mithin gehörten die Niederlande zu den Gründungsmitgliedern des Bundes und besaßen vom Anfang an die gleichen Rechte und Pflichten wie die Sieger.

In dem Begleitschreiben zur Motivierung des Gesetzentwurfs, der die Regierung zum Eintritt in den Völkerbund ermächtigte, schrieb der Minister: „Hollands Aufgabe im Völkerbund ist, seinem Beruf auf dem Gebiete der Rechtsbildung getreu mitzuarbeiten, die Organisation allmählich zu verbessern und zu vervollkommnen." Dieser Absicht entsprechend hat die Regierung ihre Pflicht nicht vernachlässigt. Schon in der ersten Bundesversammlung (Nov. 1920) lenkte ihr erster Delegierter, der Minister van Karnebeek, die Aufmerksamkeit auf die grundverschiedenen Auffassungen des wichtigen Artikels 18, der die Veröffentlichung jedes Vertrags und jeder internationalen Abmachung und den vorherigen Antrag beim Sekretariat als Bedingung der Rechtsverbindlichkeit setzt. Der Beschluß dieser ersten Versammlung, etwaige Verbesserungen des Grundvertrags zu verschieben, war nicht nur wegen der kaum überstandenen Geburtsschmerzen des Bundes, sondern auch wegen des engen Zusammenhangs mit den Bestimmungen des Friedensvertrags begründet. In der zweiten Bundesversammlung (Sept. 1921), die den niederländischen Minister van Karnebeek unvorhergesehen zum Präsidenten wählte, standen dagegen die alten Abänderungsvorschläge mit einigen neueren, auf der Tagesordnung. Aber der Ausgang hat die Erwartungen kläglich enttäuscht. Der Vorschlag Argentiniens, den Zutritt zum Bunde allen bisher ausgeschlossenen Kulturstaaten sofort zu eröffnen; der wichtige Antrag Kanadas zu dem zweideutigen Artikel 10, der jedem Bundesmitglied „die Unversehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit gegen jeden äußeren Angriff" wahren soll und der wohlerwogene skandinavische Antrag auf selbstgewählte Versöhnungsausschüsse im Fall internationaler Schwierigkeiten (statt der ausschließlichen Einmischung des Bundesrates) wurden umständlich erörtert, aber schließlich bis auf weiteres vertagt. Nur einige Abänderungen formeller Art oder untergeordneter Bedeutung wurden angenommen, aber nicht ratifiziert. Die einzige Ausnahme bildet die richtige Deutung des Schlußartikels 26, der Abänderungen des Bundesvertrags gestattet, aber durch eine überraschende Letzterklärung jeden Nutzen einbüßen mußte; die Ratifikation unterblieb freilich auch hier. Die zweite Bundesversammlung dankt ihren Ruf der Vollendung des schon im Dezember 1920 errichteten internationalen Gerichtshofs; die dritte Bundesversammlung (Sept. 1922) der Wiederherstellung der jungen kaum lebensfähigen Republik Österreich.

Die kläglichen Verbesserungsvorschläge von 1921 waren zur Zeit der vierten Bundesversammlung von 1923 gar nicht von der erforderlichen Mehrheit ratifiziert worden. Die Erfahrung erwies, daß der Widerstand eines einzigen einflußreichen Mitglieds des Völkerbundsrats jede Abänderung schlechterdings verhindern konnte. Dieses traurige Ergebnis vieler anstrengenden Bemühungen veranlaßte manchen Redner von 1923 über den Unwillen oder die Nachlässigkeit der Regierungen laute Klagen

[1]) Nur die Schweiz machte einen Vorbehalt hinsichtlich ihrer militärischen Neutralität bei Bundesexekutionen gem. Art. 16 der Völkerbundssatzung. D. Schr.

zu erheben und führte ohnedies dazu, daß man entmutigt durch die vergeblichen Versuche zur Abänderung ein weniger entscheidendes Mittel ergriff um dem Mangel an Klarheit und Ausführbarkeit des Grundvertrags abzuhelfen. Man ersann die sog. Erklärungsbeschlüsse — résolutions interprétatives —, die dennoch nur mit großer Mühe eine Mehrheit erhielten. So blieb der lücken- und mangelhafte Text des ursprünglichen Bundesvertrags bis auf den heutigen Tag unberührt[1]). An den vorgenommenen Besserungsversuchen dürfte aber Holland einen erheblichen Anteil beanspruchen. Es wäre ganz unrichtig aus ihrem Mißlingen ein verneinendes Urteil zu folgern. Auch in dieser mangelhaften Gestalt hat der Völkerbund Gutes geleistet. Auf humanitärem Gebiet hat er Erfolge erzielt, in politischer Hinsicht hat er einige Entscheidungen herbeigeführt, die zwar nicht unbestritten blieben und die ins Unrecht gesetzten Parteien heftig empörten, aber den Streitfall erledigten. Die Hauptaufgabe des Bundes also kann bis jetzt schwerlich als gelöst angesehen werden. Aber sekundäre Ziele sind verwirklicht worden. Es wäre gleich ungerecht wie unvernünftig, dieses Ergebnis zu leugnen oder zu verringern.

An der Schaffung des internationalen Gerichtshofs im Haag (13. Februar 1922) haben die Niederlande besonders lebhaften Anteil genommen. Der Gedanke eines zwischenstaatlichen Gerichtshofs, seit Jahrhunderten gepflegt, hatte auf der zweiten Friedenskonferenz im Haag von 1907 eine große Rolle gespielt. In der Bundessatzung fand er nur beiläufige Erwähnung (Art. 14). Diese scheinbare Geringschätzung verringerte aber keineswegs den Eifer seiner zahlreichen Verfechter in Europa und Amerika. Die niederländische Regierung lud auf eigene Faust einen Ausschuß von 10 Juristen aus 5 neutralen Ländern — Niederlande, Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen — nach dem Haag, um aus der Menge der Projekte ein und einheitliches Ganzes zu bilden; der Ausschuß trat im Februar 1920 zusammen bot seine wertvolle Arbeit sogleich dem Völkerbundsrat an. Dieser erteilte den Auftrag zur Herstellung eines endgültigen Entwurfs einem neuen internationalen Ausschuß von 10 Juristen, der unter dem Vorsitz des Amerikaners Elihu Root ebenfalls im Haag im Juni und Juli 1920 tagte, einstimmig den Vorentwurf unterzeichnete und dem Rat vorlegte. Durch das französische Mitglied des Rates, Léon Bourgeois, wurde dieser Endentwurf im August 1920 den Bundesmitgliedern übermittelt und nach Eintreffen der Antworten im November vom Rat der Bundesversammlung vorgelegt, allerdings mit einer wichtigen Ausnahme, die leider keine Besserung schuf. Nach lebhafter und eingehender Erörterung wurde auch hier das obligatorische Schiedsgericht für gewisse Rechtsfälle grundsätzlich abgelehnt und seine Einberufung dem freien Ermessen der Beteiligten überlassen. Den Staaten, die sofort eine Verpflichtung übernehmen wollten, wurde die Befugnis erteilt, besondere Vereinbarungen zu treffen. Dieser unbefriedigende Ausgang so vieler zähen Anstrengungen hat die begeisterten Wortführer einer verpflichteten Jurisprudenz zwar enttäuscht, aber keineswegs entmutigt. Mit großer Zuversicht und Beredsamkeit berief u. a. der holländische Delegierte, Dr. Loder, sich auf die Zukunft, auf den ewigen Wanderer, die Zeit, die ihre Anhänger wie ihre Gegner nur eines stillen Lächelns würdigt.

Die zweite Bundesversammlung bestätigte den Beschluß der zur Einsetzung erforderlichen Mehrheit der Bundesmitglieder und ernannte die 11 Richter mit 4 Ersatzrichtern. Der holländische Jurist Dr. B. C. J. Loder wurde zum ersten Präsidenten erwählt. Ohne Aufsehen zu erregen und vielmehr Gutachten als Rechtssprüche erteilend, hat der Hof seine einstweilen bescheidenen Aufgaben pflichtgemäß erledigt. Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit kennzeichnen seine bisherigen Urteile. Man darf aber nie vergessen, daß rein juristische Fragen eine Ausnahme bilden und die Lebensinteressen der Völker kaum berühren.

Die Abrüstung oder teilweise Entwaffnung war vom Bundesrat mit der Friedensordnung eng verknüpft worden. Der Wortlaut des Art. 8 erklärt: „Die Aufrechterhaltung des Friedens erfordert eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen

[1]) Ausgenommen die schon zum 26. Sept. 1924 in Kraft getretenen, allerdings sachlich unerheblichen Satzungsänderungen zu Art. 12, 13 und 15 der Satzung. D. Schr.

auf das Mindestmaß, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.“ Der Rat war berufen „unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates“ die Abrüstungspläne zu entwerfen und den Regierungen zur Entscheidung zu unterbreiten. Ein ständiger militärischer Ausschuß wurde dem Rat zur Seite gestellt. Die zweite Versammlung fügte ihm einen zeitweiligen aus militärischen und bürgerlichen Elementen gemischten Ausschuß hinzu. Die dritte Versammlung faßte die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung in mehreren Beschlüssen zusammen, die einen vorläufigen Stillstand der nationalen Rüstungen, eine nähere Prüfung der nationalen Bedürfnisse, internationale Aufsicht über Waffenherstellung und Waffenhandel beabsichteten.

Schon damals aber zeigte sich, daß die englischen Vorschläge über die Waffeneinschränkung auf französischer Seite keinen Anklang fanden, wofern nicht allgemeine oder besondere Garantieverträge, nötigenfalls mit Ergänzung des Grundvertrags, untrennbar damit verknüpft würden. Es entstand der berüchtigte Entwurf eines neuen allgemeinen Garantievertrags, der auch besondere Verträge dieser Art unter gewissen nebelhaften Bedingungen gestattete und augenscheinlich aus französischer Angst vor einem deutschen Rachekrieg stammte. Dieser Entwurf, 1922 angekündigt, wurde in der Versammlung von 1923 ausgearbeitet und den Bundesmitgliedern zur Prüfung zugesandt. In den meisten Ländern fand er einen unverkennbaren Widerstand. Man scheute politische Abmachungen, die wirtschaftliche und militärische Gewaltmaßregeln bezweckten; man ahnte eine Rückkehr zu den Allianzen des 18. und 19. Jahrhunderts; man bezweifelte sogar die Zuverlässigkeit der versprochenen Waffeneinschränkung und fürchtete vielmehr eine hieraus erwachsende künftige Ausdehnung der Rüstungen: vor allem bedauerte man den Mangel an ethischen oder Rechtsmitteln, die dem Grundvertrag entsprechen.

Die niederländische Regierung setzte diese Beschwerden in ihrer musterhaften Antwortnote auseinander. Nicht Furcht oder Abneigung, internationale Pflichten zu übernehmen und pünktlich zu erfüllen, begründeten ihre Warnung, sondern die Überzeugung, daß man sich auf Irrwege führen ließ und daß eine Abänderung des Grundvertrags entweder überflüssig war oder ganz anders vorgenommen werden sollte. Der Entwurf bedeutete keinen Fortschritt sondern einen Rückschritt und verführte kleinere Staaten zu unbesonnenen Schritten. Mit gleichartigen Gründen stützten die skandinavischen Reiche, Spanien, sogar Großbritannien ihre Weigerung. Dieser Sachverhalt enttäuschte die hochherzigen Urheber und veranlaßte die fünfte Bundesversammlung (Sept. 1924), die unter dem Vorsitz des ehemaligen Schweizer Präsidenten Motta und unter persönlicher Anwesenheit der neuen Regierungshäupter Macdonald und Herriot tagte, einen neuen Weg einzuschlagen und ein Protokoll niederzulegen, das die zahlreichen Bedenken beseitigen sollte.

Das Protokoll war die Frucht der gemeinschaftlichen Arbeit zweier Ausschüsse, von denen der erste die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten unter Ausschluß des Krieges und Einschränkung der Rüstungen, der andere die wirtschaftlichen und militärischen Strafbestimmungen zur Aufrechthaltung der friedlichen Erledigung studieren und entsprechende Vorschläge einreichen mußte. Zugleich sollten die notwendigen Abänderungen im Grundvertrag erwogen und der neuen Rechtsordnung ein vollständiger Abschluß gegeben werden.

Das Protokoll „für die Friedensordnung internationaler Streitigkeiten“ verdammt den Angriffskrieg als Einbruch in die Staatensolidarität und internationales Verbrechen. Die Parteien sollen ihre Streitigkeiten dem Schiedsspruch des Bundesrats oder einem Zwangsverfahren unterwerfen und der Entscheidung unbedingt und ohne Aufschub Folge leisten. Die Stufenfolge und Prozeßordnung dieser verschiedenartigen Schlichtungen ist sorgfältig vorgeschrieben: in engem Zusammenhang schließen sie jeden Angriffskrieg aus. Die Mitglieder verpflichten sich unter gewissen Voraussetzungen die Jurisprudenz des internationalen Gerichtshofes —

z. B. in der Grenzscheidung zwischen nationaler und internationaler Jurisdiktion — anzuerkennen, folglich einzuberufen, und dem Begriff des obligatorischen Schiedsspruchs eine weite Ausdehnung zu verleihen. Wer sich den Entscheidungen widersetzt, wird durch die Gesamtmacht des Bundes mittels wirtschaftlicher, finanzieller, nötigenfalls militärischer Maßnahmen zur Folgeleistung gezwungen. Jedes Mitglied ist „ehrlich und tatsächlich" — loyalement et effectivement — zur Teilnahme verpflichtet, wenngleich die Erfüllung ihm selbst überlassen bleibt. Der Rat spielt eine Hauptrolle und ist sogar berechtigt, besondere Abmachungen der Mitglieder in Empfang zu nehmen und zu veröffentlichen, wobei die Art, die Zahl und sonstige Besonderheiten der Mithilfe genau festgestellt werden. Die ganze Anordnung findet ihren Abschluß in der größtmöglichen Entwaffnung, die aber erst in einer neuen Konferenz in Genf 1925 geregelt werden soll.

Es ist hier nicht der Ort eine Kritik dieses merkwürdigen Dokuments zu geben. Offenbar enthält es nur eine genauere Bestimmung der Grundsätze des Bundesvertrags von 1919, ohne deshalb als endgültig oder unbedenklich gelten zu können. Man braucht nur hinzuweisen auf den gesteigerten Wirkungs- und Machtkreis des in seiner heutigen Zusammenstellung rein politischen Bundesrats; auf die Möglichkeit besonderer Abmachungen innerhalb des Bundes; auf die Einrichtung entmilitarisierter Zonen unter Oberaufsicht des Rates und auf das Zugeständnis von Ausnahmen bei der Anwendung des Rechtsverfahrens.

Allerdings konnte dem Protokoll ein bedeutender Fortschritt keineswegs abgesprochen werden. Die Anerkennung der obligatorischen Rechtspflege bei Rechtsfragen, die Entscheidung sonstiger Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht oder einstimmigen Ratsschluß, der unbedingte Ausschluß von Angriffskriegen, die stufenweise Anwendung von Rechtsmitteln bei der Vollziehung, schließlich der unzerbrechliche Verband zwischen Sicherheit und Entwaffnung waren zweifelsohne Lichtpunkte. Um so mehr mußte die entschiedene Ablehnung des Protokolls durch England enttäuschen. Sie nahm dem Protokoll seine aktuelle Bedeutung und ließ das vielfach angegriffene Zögern des holländischen Ministers völlig begründet erscheinen. Trotzdem wäre es meines Erachtens leichtfertig, das Protokoll mit einer Grabschrift abzutun. Es weist im Gegenteil zu einer neuen und besseren Weltordnung und ist gleich dem ungenügenden Bundesvertrag von 1919 ein Denkstein des ringenden Geistes auf dem Wege zur internationalen Annäherung.

Das starke Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschicke eines kleinen altberühmten, schwer bedrohten Kulturstaats, das die niederländische Regierung von vornherein beseelte, hat ihre aufeinander folgenden Minister zur äußersten Vorsicht gemahnt und vor allzu raschen Schritten gewarnt. Darum hat sich die Regierung, gestützt durch einen großen Teil der Presse, standhaft jeder Ausdehnung der aus dem Grundvertrag fließenden Verpflichtungen widersetzt, solange die vorhandenen Fehler nicht behoben sind. Die Propagandareden des Lord Cecil für seinen durch französische Einwände durchkreuzten Abrüstungsplan machten nur einen vorübergehenden Eindruck und waren keineswegs geeignet, die Regierung von ihrem Standpunkt abzubringen. Schon 1922 äußerte ihr erster Delegierter, Exminister Loudon, ernsten Zweifel an der Annehmbarkeit des kaum in Hauptzügen angedeuteten Mischentwurfs von englisch-französischer Herkunft. Nach der Ausarbeitung in Vertragsform trug er die mittlerweile noch verstärkten holländischen Beschwerden abermals der Versammlung von 1923 vor. Der Umschwung durch das Auftreten der mehr volkstümlichen Regierungen in Frankreich und England 1924 veranlaßte hingegen auch die niederländische Regierung, die Sachlage von neuem zu überlegen und schließlich ihre grundsätzliche Einwilligung zu geben, d. h. unter Vorbehalt einer näheren Prüfung vor der Ratifikation. Mit Hinsicht auf die Gefahren, die das Gelingen bedrohen, ist dieses behutsame Verhalten vollkommen erklärlich und lobenswert. Mit ruhiger Entschlossenheit, hohem Ernst und reicher Erfahrung erwartet Holland ohne Leichtsinn oder Schwermut die Zukunft.

Das Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerbundes

Von Dr. Pieter Molenbroek im Haag (Holland)

Der Versailler „Vertrag" stellte das Saargebiet unter den Schutz des Völkerbundes. Man trug im schroffsten Gegensatz zu den Grundsätzen Wilsons den Wünschen der Bevölkerung keinerlei Rechnung, obwohl Art. 50 und seine Anlage (im „Friedensvertrag") keinen Zweifel ließen, daß der Völkerbund die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung sicherzustellen hat. Wie denn auch die „Instruktion des Völkerbundsrats für die Regierungskommission des Saarbeckengebietes" deutlich bestimmt: „Die Regierungskommission hat keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebiets."

Französische Eroberungsgelüste

Sehen wir zu, wie die neue Regierung, die am 26. Februar 1920 ihren Dienstantritt proklamierte, ihre Aufgabe erledigte. Gleich nach der militärischen Besetzung des Saargebiets während des Waffenstillstandes hatten sich einzelne landesverräterische Elemente, darunter der berüchtigte Dr. Hector, in Paris um den Anschluß an Frankreich bemüht.[1]) Bekanntlich hielt es Clémenceau für geraten, bei den Friedensberatungen diese spärlichen Stimmen in diejenigen von 150 000 „Franzosen im Saargebiet" umzufälschen, die sehnsüchtig auf den Augenblick des Anschlusses an „la mère-patrie" harrten. Der französische Ministerpräsident hütete sich aber wohl, Belege für seine Behauptungen zu geben, obgleich das französische Militär von Anfang an mit Vorträgen, Versprechungen und Drohungen eine eifrige Werbetätigkeit im Saargebiet entfaltete. Noch nicht genug damit, unterbreitete die französische Friedensdelegation unter der Führung des Herrn Tardieu der Friedenskonferenz ein förmliches Annexionsgesuch, das von Clémenceau eifrig unterstützt und nur durch den zähen Widerstand Wilsons und des englischen Ministerpräsidenten abgelehnt wurde.

Der Regierungskommission dürften diese Tatsachen bei ihrem Dienstantritt nicht unbekannt geblieben sein, zumal die französischen oder französisch gesinnten Elemente in ihr durch den Vorsitzenden, den vormaligen Lyoner Präfekten Herrn Rault, in engster Beziehung zur französischen Regierung standen. Für die Vertreter des als „truste" auftretenden Völkerbundes (Art. 49 des „Vertrags") hätten die geschilderten Ereignisse eine ernste Mahnung sein müssen, sich von den französischen Einflüssen freizuhalten. Statt dessen hielt es die Regierungskommission für angemessen, in engstem Anschluß an die französische Regierung zu verbleiben und, in schroffem Gegensatz zu den klaren Bestimmungen des „Friedensvertrags", die Rechte der Saarbevölkerung sowie die persönliche und gesellschaftliche Freiheit mit Füßen zu treten.

Gegen die deutsche Beamtenschaft

Als erste Tat der Regierungskommission ist die ohne Begründung erfolgte Entlassung einer Anzahl höherer Beamten zu verzeichnen, die während des Waffenstillstandes in Treue zur deutschen Regierung gehalten hatten. An ihrer Stelle und im allgemeinen in der obersten Leitung der verschiedenen Regierungsabteilungen wurden Fremde, fast ausschließlich Franzosen angestellt. Zweiter Schritt auf demselben Wege war eine Verordnung über die Eigenschaft als Saareinwohner, die den eingewanderten Fremden kurzweg gleiche Rechte mit der deutschen Saarbevölkerung verlieh. Diese Verordnung stand im Gegensatz zu der Anlage des Art. 50, nach der die eingewanderten Fremden ihre Nationalität beibehalten. Damit noch nicht zufrieden, ließ die Regierungskommission im Juni 1920 den Vertretern der Beamtenorganisationen einen Vorentwurf zu einem neuen Beamtenstatut zugehen, der in mehreren Bestimmungen nicht nur mit den zuvor mündlich und schriftlich vereinbarten Grundsätzen im Widerspruch stand, sondern sogar gegen die in Washington festgelegten Grundsätze für die internationale Arbeitergesetzgebung verstieß. Die hauptsächlichsten Forderungen der Beamtenorganisationen waren:

1. In der zentralen Verwaltung kann keine größere Anzahl fremder Beamten angestellt werden, als die nichtsaarländischen Mitglieder der Regierungskommission zu ihrer persönlichen Unterstützung und zur Verbindung mit der Beamtenschaft benötigen;

2. die gemäß 1. zu berufenden Ausländer müssen der deutschen Sprache völlig mächtig sein und sind als Berater der Mitglieder der Regierungskommission, nicht als Vorgesetzte der Beamten zu betrachten;

---

[1]) Schon die im Februar 1917 zwischen Frankreich und Rußland getroffenen Abmachungen garantierten Frankreich nicht nur die Zurückerstattung Elsaß-Lothringens, sondern auch die Einverleibung des Saarbeckens. Vgl. Januarheft 1925 der S. M. „Leidensjahre der Pfalz" S. 5) und Maiheft 1925 „Die Kriegsziele der Entente".

3. das Vereins- und Versammlungsrecht ist den Beamten gemäß den allgemeinen Gesetzen, wie sie am 11. November 1918 im Deutschen Reiche in Gültigkeit waren, zu gewährleisten.

Die dritte Forderung gründete sich auf § 23 der Anlage zum Art. 50 des Versailler „Vertrags", nach dem allgemein die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbecken am 11. November 1918 in Kraft waren, gültig bleiben, wofern sie nicht aus allgemeinen Gesichtspunkten oder um diese Gesetze und Verordnungen mit den Bestimmungen des „Friedensvertrags" in Einklang zu bringen, einer Änderung bedürften. Trete aber dieser Fall ein, so könne die geplante Abänderung nur nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung beschlossen und durchgeführt werden. Die Gegebenheit dieser Vorbedingung und besonders die Notwendigkeit einer Beschneidung der den Beamten nach den deutschen Gesetzen zuerkannten Rechte wurde von den Organisationen bestritten. Der Vorentwurf untersagte ihnen jede politische Betätigung und ebenso den Zusammenschluß von Beamten verschiedener Dienstzweige und den Anschluß der saarländischen Organisationen an nichtsaarländische; wobei zu beachten ist, daß die gemäß den Bestimmungen des Versailler „Vertrags" aufgestellten Grundsätze der internationalen Arbeitergesetzgebung sämtlichen Arbeitern ausdrücklich das uneingeschränkte nationale und internationale Vereinsrecht garantieren.

Einsatz der Militärgewalt

Nachdem auch die politischen Parteien des Saargebiets in demselben Sinne gegen den Vorentwurf Stellung genommen und ihren Standpunkt in zahlreichen Versammlungen und schließlich im Juli 1920 in einer Eingabe an den Völkerbund gekennzeichnet hatten; nachdem außerdem die Beamtenschaft wiederholt Versuche gemacht hatte, mit der Regierungskommission in neue Verhandlungen einzutreten, Versuche, die mit der Begründung zurückgewiesen wurden, das Ansehen der Regierungskommission gestatte keine Abänderung des Vorentwurfs, richtete die Beamtenschaft am 6. August 1920 in der Saarländer Presse „Ein letztes Wort" an die Bevölkerung und sagte wegen des schweren Eingriffs in die Rechte der Beamten den Streik an. „Was hier mit den Beamten geschehen soll," — so lautete die Rechtfertigung, — „das kann morgen oder übermorgen jeder anderen Klasse des werktätigen Volkes in derselben Weise und mit derselben Begründung auferlegt werden." Sämtliche Gewerkschaften schlossen sich am 7. und 8. August dem Standpunkt der Beamten an. Die Regierungskommission weigerte sich, mit den streikenden Beamten zu verhandeln, und wußte nichts Besseres zu tun, als die Regierungsgewalt in die Hände des kommandierenden Generals der französischen Truppen im Saargebiet zu legen, der sofort zur Erklärung des Belagerungszustandes schritt. Versammlungen und das Erscheinen mehrerer Zeitungen wurden verboten, mehr als 200 Personen wurden im Zeitraume vom 8. bis zum 13. August ohne Begründung ausgewiesen[1]); die Streikleitung selbst mußte sich schon am ersten Tag des Belagerungszustandes in Sicherheit bringen. In vielen Fällen genügte es, beim französischen Militär oder bei den französischen Familien unbeliebt zu sein, um einen Ausweisungsbefehl zu erhalten. Blankoausweisungsformulare zirkulierten bei den französischen Familien und deren Befreundeten, die selbst den Namen des Auszuweisenden einsetzen konnten! Mehrmals war der Abtransport von Gewalttaten begleitet, und im allgemeinen herrschte, wo sich französisches Militär befand, ein wahres Schreckensregiment. In den Straßen wurden harmlose Bürger von Offizieren mit der Reitpeitsche ins Gesicht geschlagen und betrunkene Marokkaner mißbrauchten den Ausnahmezustand zu allerhand Gewalttaten.

Indessen hatte der Generalsekretär Morize als Beauftragter der Regierungskommission, aus der am 6. August das saarländische Mitglied, Herr von Boch, wegen Mißbilligung des französischen Vorgehens und der Taktik der Regierungskommission im allgemeinen ausgeschieden war, Verhandlungen mit den Vertretern der nicht am Streik beteiligten Gewerkschaften eingeleitet. Zugesagt wurde dabei nur, daß die Durchführung des endgültigen Beamtenstatuts mit Mäßigung stattfinden würde, und daß die Regierungskommission bereit wäre, in jedem einzeln zu prüfenden Falle durch eine besondere Erlaubnis den Anschluß der saarländischen Beamtenorganisationen an internationale Körperschaften zu ermöglichen. Dennoch beschlossen die Beamten, um dem heiklen Zustande ein Ende zu machen, nach einem 24stündigen Generalproteststreik am 13. August, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das Ergebnis der neuen Verhandlungen konnte freilich nicht die Tatsache beseitigen, daß die Beamtenschaft in dem unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden Saargebiet bedeutend weniger Freiheit genießt als in jedem anderen zivilisierten Lande.

[1]) Bezeichnend für den im Völkerbund vorherrschenden Geist ist gewiß, daß dessen über diese Vorgänge berichterstattendes Mitglied, der Chinese Herr Wellington Koo, die 200 Ausgewiesenen als „berüchtigte Pangermanisten" bezeichnet.

Besonders unangenehm empfand die Beamtenschaft die im vierteljährlichen Bericht der Regierungskommission (vom 1. Juni 1920) an den Völkerbundsrat geäußerte Verdächtigung, der Streik sei nur auf alldeutsche Anstiftung erfolgt und nichts als ein Manöver, um den Versailler „Vertrag" zu bekämpfen. Die Beamtenorganisationen traten in einem Aufruf an die Bevölkerung dieser Unterstellung entgegen uud wiederholten ihre Erklärung mit größter Entschiedenheit, als die Regierungskommission am 9. August bekannt gab, im Besitze von Schriftstücken zu sein, aus denen der Einfluß der alldeutschen Wühlarbeiten auf die Haltung der Beamten klar hervorginge. Es ist kennzeichnend für die Saarregierung, daß sie sich hütete, diese Dokumente der Öffentlichkeit zu übergeben. Daß man es mit groben Fälschungen und mit einer vorsätzlichen Irreführung der öffentlichen Meinung durch gewisse Personen und Organisationen (z. B. Waltz, Fink, Luck, Organisation Martin usw.) zu tun hatte, die mit dem französischen Propagandadienst zusammenarbeiteten, kann nicht bezweifelt werden.

Französischer Propaganda- und Spitzeldienst

Dieser französische Propagandadienst im Saargebiet wird nicht nur von der Regierungskommission geduldet, sondern erhält offensichtlich deren geheime Unterstützung, indem er sogar bei der Verwaltung zu Rate gezogen wird. Zum Dienstleiter war von der französischen Regierung der Oberst Richert angewiesen, derselbe Offizier, der zuerst während des Waffenstillstandes 1919 als die rechte Hand des Generals Andlauer die Organisation des Saarstaates einleitete und später, wie sich aus dem Fuchs-Machhaus-Prozeß ergeben hat, im Namen seiner Regierung Verhandlungen mit den umstürzlerischen Elementen in München anknüpfte, die zur Abtrennung Bayerns vom Reiche führen sollten. Dem Oberst Richert unterstanden zahlreiche Hilfskräfte mit Zweigstellen in den wichtigsten Orten des Saargebiets (auch in Zweibrücken bestand eine Zweigstelle unter der Leitung des afrikanischen Unterleutnants Magnanot), deren Hauptaufgabe neben der Propaganda die Bespitzelung der Bevölkerung war. Die Ergebnisse dieses Spitzeldienstes wurden der Regierung des Saargebiets zur Verfügung gestellt, die sie bei sämtlichen Ernennungen in den öffentlichen Verwaltungszweigen ausgiebig benutzte. In engster Verbindung hiermit arbeitete die von der Regierungskommission anerkannte französische Gendarmerie, deren Aufgabe nach der Verordnung vom 7. Juni 1920 nur in der Verfolgung von Vergehen der Militärpersonen im Saargebiet und in der Verkehrskontrolle an der Grenze bestehen sollte.

Die französische Propaganda besteht zunächst in der Herausgabe einer Zeitung aus französischen Mitteln, „Le nouveau Courrier de la Sarre" (Der neue Saarkurier), welche „die einzig wahre (französische) Gesinnung" der Saarbevölkerung zum Ausdruck bringen soll. Unter Beihilfe der Spitzel wird das Blatt unaufhörlich mit tendenziösen und erfundenen Meldungen gefüllt, in der Absicht, den Erfolg der französischen Bestrebungen und die Überlegenheit der französischen Kultur darzutun. Zur Wahlzeit für den Landesrat (Juni 1922) war die Regierungskommission mit den Kommunisten in Verbindung getreten, um wenigstens mit einer der politischen Parteien im Einvernehmen zu stehen. Das damals neu gegründete kommunistische Organ „Die Saartribüne" wurde mit finanzieller Unterstützung der Behörde im Verlag des „Nouveau Courrier de la Sarre" unter Leitung des oben genannten Waltz herausgegeben. Im übrigen arbeitet die französische Propaganda mit Festen für die im Solde der französischen Regierung stehenden Bergarbeiter, mit Geschenken und Versprechungen an die deutschen Kinder und die Eltern, welche die französischen Schulen begünstigen, besonders aber auch mit Gunstbezeigungen der Regierungskommission für Beamte, die für die französischen Interessen einzutreten gewillt sind. Beförderung und Entlassung der Regierungsbeamten sind von „der wahren Gesinnung" des Betreffenden abhängig. Als wegen des andauernden Defizits der Saarländer Eisenbahnen eine Massenentlassung in Aussicht genommen wurde, gab die Bergwerksdirektion unzweideutig zu erkennen, daß diejenigen deutschen Arbeiter, deren Kinder die französischen Schulen besuchten, von der geplanten Maßnahme nicht betroffen würden. Eine Schöpfung des Propagandadienstes war schließlich der „Saarbund", der vom Anfang an durch Vorspiegelung bedeutender Vorteile für seine Mitglieder in Verbindung mit der „Association des Alsaciens-Lorrains du Bassin de la Sarre" eine eifrige Werbearbeit betrieb. Während des großen Bergarbeiterstreiks (Anfang 1923) wurden aus den Berufssektionen des Saarbundes „Saarzentralverbände" bzw. der „Verband der Saarbergleute" gebildet. Als Mitte 1924 bekannt wurde, das preußische Handelsministerium beabsichtige gegen die Mitglieder des Saarbundes ein Disziplinarverfahren wegen Landesverrats einzuleiten, trat allerdings eine große Flucht aus dem Saarbunde ein. Aber schon vorher hatten die Zentralgewerkschaften diejenigen ihrer Mitglieder mit Ausschluß bedroht, die künftig noch dem Saarbund angehören würden. In der „Generalversammlung" der St. Ingberter Sektion des Saarbundes wurden dann wegen der Mißstände auf verschiedenen Gruben, „hervorgerufen durch den unerhörten Terror der Zentralgewerkschaften", folgende Forderungen gestellt: 1. Zusammenlegung der Mit-

glieder des Saarbundes zu Partien in der Grube; 2. Ablösung von Beamten, die von Saarbundsmitgliedern ersetzt werden können; 3. Zulassung eines Vertreters des Saarbundes zu der Sitzung des Völkerbundsrates am 10. März 1924. Auch wenn man diese Vorkommnisse nicht zu tragisch nimmt, bezeugen sie doch, welch unheilvoller Einfluß von den Machenschaften des französischen Propagandadienstes im Völkerbundsgebiet ausgeht.

Daß die Regierungskommission nicht entfernt gewillt ist, Deutschland gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen, geht u. a. aus ihrer offenkundigen Hilfe bei der Ruhrbesetzung hervor. Als sich herausstellte, daß der Leiter Coste der französischen Ingenieurkommission im Ruhrgebiet völlig versagte, stellte die Regierungskommission des Saargebiets den in ihrem Dienste stehenden Berghauptmann Frantzen für den unmittelbaren Dienst im Ruhrgebiet zur Verfügung. Die Saarbevölkerung richtete daraufhin am 18. Januar 1923 eine Eingabe an den Völkerbund, in der unter schärfstem Protest die Enthebung des Herrn Frantzen von seiner Tätigkeit im Saargebiet sowie die Entlassung der zahlreichen französischen Beamten daselbst gefordert wurde, „weil die Bevölkerung in ihnen keine Hüter ihrer eigenen, sondern Förderer der französischen Interessen zu erblicken vermag". Dieser Einspruch hatte insofern Erfolg, als in der Sitzung des Völkerbundsrats vom 23. April der chinesische Berichterstatter mitteilen konnte, der Vorsitzende der Regierungskommission habe ihn wissen lassen, daß Frantzen seine Tätigkeit bei der Saarregierung nicht wieder aufnehmen werde.

Die Besatzung

Dieselben Absichten, dieselben Methoden treten in den Maßnahmen der Regierungskommission auf jedem Gebiete zutage.

§ 30 der Anlage zu Art. 50 des Versailler „Vertrags" bestimmt: „Im Saarbecken wird keinerlei Heeresdienst, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger geleistet; die Anlage von Befestigungen ist verboten. Nur eine örtliche Gendarmerie wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet. Der Regierungskommission liegt es ob, unter allen Umständen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saarbecken zu sorgen". Ungeachtet dieser Bestimmung hat die Regierungskommission es gutgeheißen, daß bis auf den heutigen Augenblick eine beträchtliche Zahl französischen Militärs im Saargebiet stehen geblieben ist und sich großen Einfluß auf alle Zweige des öffentlichen Lebens gesichert hat. Die Regierung, die zur Unterstützung der französischen Bestrebungen staatliche Summen verausgaben läßt, schützt finanzielle Not des Landes vor, um die Errichtung örtlicher Gendarmerien zu unterlassen. In 2½ Jahren waren nur 155 Personen zu diesem Zwecke angeworben, obgleich der Völkerbundsrat sich wiederholt für die allmähliche Zurückziehung der Truppen ausgesprochen hat. Allerdings war die Zahl derselben von 7000 in den Jahren 1919 bis 1921 (darunter mehrere Regimenter afrikanischer Herkunft) auf 4500 im Februar 1922 zurückgegangen. Aber die nach Frankreich zurückgenommenen Abteilungen waren in die nächste Nähe des Saargebiets gelegt worden, so daß sie in kürzester Zeit wieder herangezogen werden konnten, als im Januar 1923 der Bergarbeiterstreik drohte. Durch einen Artilleriepark und sonstige Formationen der rheinischen Besatzungsarmee wurde die Zahl sogar auf mehr als 10000 Mann, nach „Le Temps" vom 12. Juni auf 15000 Mann erhöht. Nach Beendigung des Streiks wurden diese Truppen zwar teilweise zurückgezogen, die völlige, im Friedensdiktat festgelegte Zurückziehung des französischen Militärs war jedoch beim Zusammentritt des Völkerbundsrats im Frühjahr 1925 noch immer nicht erfolgt. Nebenbei bemerkt, enthält der französische Etat unter den für das Ausland festgesetzten Heeresausgaben einen Betrag in der Höhe von nahezu 40 Millionen Franken (1920 und 1921) für die Besatzung des Saargebiets.

Der Schaden, den diese Besatzung dem Saarlande zufügt, ist unermeßlich. Wirtschaftlich und sittlich übt sie einen durchaus ungesunden Einfluß aus, da die Wohnungsnot gesteigert und die Hausmieten sprungweise in die Höhe getrieben werden. Aus der Antwort auf eine sozialdemokratische Anfrage in der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung ist bekannt geworden, daß daselbst vom 1. Januar 1921 bis zum 6. Februar 1922 nicht weniger als 2383 Wohnungen dem französischen Militär zur Verfügung gestellt werden mußten. In Saarlouis suchten nach dem Stande vom 10. August 1924 insgesamt 483 Familien, das ist 11 vH der Bevölkerung, vergebens Wohnungen, während die wenig zahlreiche Garnison über geräumige Kasernen verfügt. Im zentralen Wohnausschuß ist die Mehrheit der Sitze den französischen Mitgliedern zuerteilt, so daß die deutsche Bevölkerung sich im eigenen Lande in völliger Abhängigkeit von der Willkür dieser Mehrheit befindet.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die französischen Bedrücker und ihre Helfershelfer, die Regierungskommission, vorgehen, zeigt der Abschub der nach Inkraftsetzung des Londoner Abkommens im Ruhrgebiet entlassenen Micum-Arbeiter nach dem schon an höchster Wohnungsnot leidenden Saargebiet. Diese Leute, obschon überall als minderwertige Elemente eingeschätzt, wurden bei der Wohnungszuteilung vom französischen Wohnausschuß bevor-

zugt, damit die französische Bergverwaltung zu jeder Zeit über billige Ersatzkräfte für mißliebige Beamte verfügen könne.

Militärgerichte

Aber auch in jeder anderen Hinsicht ist die Saarbevölkerung letzten Endes der französischen Regierung unterworfen, weil die im Saargebiet stationierten Offiziere die Befehle dieser landesfremden Regierung zu befolgen haben. Den Bestimmungen der Regierungskommission zufolge (Verordnung vom 28. Juni 1921) sind die Militärgerichte für die im Saargebiet begangenen Spionagevergehen zuständig geblieben, die sich gegen die Sicherheit der Truppen richten. Daß jede dem französischen Militär mißfällige Äußerung und Handlung als ein solches Vergehen gedeutet wird, haben verschiedene ohne vorherige Untersuchung gefällte Kriegsgerichtsurteile bewiesen. In dieser Weise wurden nicht nur Hunderte von Personen zeitweilig oder dauernd ausgewiesen, sondern auch mehrere Einwohner zu Gefängnisstrafen verurteilt — so im April 1920 der Schriftleiter der sozialistischen Saarbrücker „Volksstimme" und im Oktober desselben Jahres das vormalige Mitglied der deutschen Nationalversammlung Karl Ollmert. Um das Maß voll zu machen, findet der Rechtsspruch in solchen Fällen im Namen der französischen Republik statt!

Gegen die Anwesenheit französischer Truppen hat nicht nur die deutsche Regierung sondern auch die Saarbevölkerung bei der Regierungskommission, dem Völkerbundsrat und dem Völkerbund wiederholt schärfsten Protest erhoben, schon deshalb, weil die Beeinflussung der Bevölkerung eines Abstimmungsgebiets durch Vertreter einer der am Ergebnis der Abstimmung interessierten Parteien nicht geduldet werden kann. Obgleich aber der Völkerbundsrat bei der Regierungskommission wiederholt auf die allmähliche Zurückziehung der fremden Truppen gedrängt hat, ist, wie schon erwähnt, während des Ausstandes von 1923 die Anzahl des französischen Militärs noch erheblich vermehrt worden.

Die Währungsfrage

Nicht weniger bezeichnend war die Haltung der Regierungskommission in der Währungsfrage. Die französische Grubenverwaltung hatte gemäß den Bestimmungen des § 32 der Anlage zu Art. 50 die Festsetzung und die Auszahlung der Grubenbeamtengehälter und der Arbeiterlöhne in Franken verordnet (1. Juli 1920); als dann wegen der Entwertung der Mark von den Markempfängern einige Male die Forderung einer Gehalterhöhung oder einer Entlohnung in Franken gestellt worden war, beauftragte die Regierungskommission, die in ihrem Bericht an den Völkerbundsrat vom 25. Januar 1921 die Anzeichen einer heranwachsenden ernsten wirtschaftlichen und finanziellen Krise im Saargebiet zugestanden hatte, einige Beamte in der Zentralverwaltung zusammen mit Vertretern des Handels, der Industrie und der Volkswirtschaft, eine Untersuchung über die Folgen anzustellen, welche die Einführung des Franken als alleiniges Zahlungsmittel für den saarländischen Handel und die Industrie nach sich ziehen würde. Zugleich wurden sämtliche wirtschaftliche Vereinigungen im Saargebiet und sämtliche Gewerkschaften aufgefordert, ihre Ansichten über diese Frage der Untersuchungskommission bekanntzugeben. Nach eingehenden Beratungen mit den einzelnen Interessenten konnten die endgültigen Gutachten festgesetzt werden. Einstimmig zeigten sich diese in den nachstehenden Sätzen:

1. Durch die Einführung der alleinigen Frankenwährung oder durch einen erweiterten Umlauf verliert das Saargebiet, in ähnlicher Weise wie durch einen Zollabschluß, den Bezug billiger, zum Teil unersetzbarer deutscher Ware;

2. die Kosten der saarländischen Lebenshaltung müssen sich erhöhen unter gleichzeitiger Schmälerung der allgemeinen Kaufkraft;

3. der saarländische Handel wird durch erhebliche Verminderung seines Umsatzes, zusammen mit Verlusten an Betriebskapital aufs schwerste geschädigt;

4. eine Neubelebung des saarländischen Wirtschaftslebens ist nur denkbar, wenn die angrenzenden Warenmärkte im freien Spiel der Kräfte die allgemeine Preisbasis senken. Dazu ist erforderlich: Wirtschaftsfreiheit und Verkehrsfreiheit nach beiden Seiten.

Die in Punkt 4 enthaltene Aussage zielte offensichtlich auf die Bestimmung des § 31 der Anlage zu Art. 50 des Versailler „Vertrags", nach der das Saarbecken ab 25. Januar 1925 völlig dem französischen Zollsystem eingeordnet wird. Obgleich dem wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland bis dahin gewisse Freiheiten gewährt bleiben, hatte es die französische Zollverwaltung, wie die Regierungskommission in ihrem Berichte anerkennen muß, schon 1921 fertiggebracht, eine Wirtschafts- und Handelskrisis im Saargebiet heraufzubeschwören.

Die Ursache dieser Krise braucht nicht weiter erforscht zu werden; sie war lediglich auf den Versailler „Vertrag" zurückzuführen, demzufolge das Saargebiet von seinem natürlichen Absatz- und Bedarfsgebiet getrennt wurde, ohne irgendwelche neue Quellen des Ein- und Verkaufs zu erhalten. Die Regierungskommission hätte auf Grund der schon so bald

eintretenden wirtschaftlichen Krise gegen die erwähnte Bestimmung des Versailler „Vertrags" beim Völkerbund Einspruch erheben und zugleich um baldigste Erledigung der Hauptbeschwerden ersuchen müssen. Sehen wir jedoch zu, wie diese vom Völkerbund eingesetzte Verwaltung sich zu den Gutachten der Wirtschaftsorganisationen verhielt.

Am 5. März 1921 kam eine Abänderung des Handelsgesetzbuches, nach welcher die Aufstellung der Bilanz in deutscher oder französischer Währung erfolgen kann.

Am 16. März 1921 verordnet die Regierungskommission, daß ab 1. Mai 1921 sämtliche Einnahmen der Eisenbahn- sowie der Post- und Telegraphenverwaltung in Franken erhoben werden; das Personal dieser Verwaltungszweige wird vom gleichen Tage ab in Franken besoldet bzw. entlohnt. Und zwar wurde dieser Beschluß gefaßt, nachdem die Eisenbahner sich mit 70 gegen 30 vH für die Beibehaltung der Mark ausgesprochen hatten.

Ab 1. August 1921 werden die Beamten der Zentralverwaltung sowie die Richter und die Lehrer in Franken besoldet.

Ab 2. August 1921 kann jede Zahlung ebensowohl in Franken wie in Mark stattfinden.

Am 1. September 1921 werden die städtischen Behörden aufgefordert, zwecks Ausgleichung der Angestelltengehälter in den Kommunalverwaltungen mit denen der Zentralverwaltung Maßnahmen zu treffen, damit die Entlohnung fortan in Franken stattfinden könne. Damit die Kommunalbehörden künftig über die dazu erforderlichen Frankeneinnahmen verfügen, sind die Gebühren der Kommunalbetriebe in Frankenwährung zu erheben.

Ungeachtet der Proteste mehrerer städtischer Behörden und des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet" beharrte die Regierungskommission bei ihrem Standpunkt. Notgedrungen entschloß sich die Mehrzahl der Kommunalbehörden, den Erlaß zu befolgen. Die Hauptstadt Saarbrücken aber und die Stadt Merzig weigerten sich, indem sie die Gültigkeit des Erlasses bestritten, und versuchten eine Entscheidung des seit kurzem von der Regierungskommission eingesetzten Oberverwaltungsgerichts einzuholen. Angesichts der Zusammensetzung dieses Gerichts, dessen Mitglieder von der Saarregierung aus den höheren Regierungsbeamten auf drei Jahre ernannt werden und ihre Tätigkeit nur im Nebenamte ausüben, somit von der Regierungskommission völlig abhängig sind, konnte kaum eine unparteiische Entscheidung erwartet werden, und tatsächlich erwies sich dieser oberste Gerichtshof denn auch im vorliegenden Falle, wie stets nachher, als gefügiges Werkzeug in den Händen der Regierung.

Am 27. April 1923 wurde der Landesrat zur Begutachtung eines Gesetzentwurfs über die endgültige Einführung (ab 1. Juni 1923) der Frankenwährung im Saargebiet zusammenberufen, aber wie gewöhnlich hatte die Regierungskommission schon zuvor ihre feste Entschlossenheit das geplante Gesetz durchzusetzen, bekanntgegeben. Die Redner sämtlicher Fraktionen betonten ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt, traten aber für einen abgeänderten Entwurf ein, der die schädlichsten Punkte der Regierungsvorlage abschwächen sollte. Alles vergebens: trotzdem der Entwurf der Regierung mit allen Stimmen abgelehnt wurde, ist der Franken ab 1. Juni 1923 als einzig gültiges Zahlungsmittel eingeführt worden. Zwar kann die Regierungskommission sich auf zahlreiche Gesuche aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten berufen, welche auf die Frankenentlohnung abzielen, aber meistens wurde dabei ausdrücklich betont, daß man nur durch die Währungspolitik der Saarregierung zur Einreichung dieser Gesuche gezwungen sei. Die Einführung des Franken bedeutete für die Bevölkerung eine sehr erhebliche Steigerung der Kosten der Lebenshaltung zusammen mit einer Verringerung der Absatzmöglichkeit für die im Saargebiet erzeugte Ware. Als am 17. November 1922 bei der Tagung des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Forderung nach allgemeiner Entlohnung in Franken erhoben wurde, machte der Gewerkschaftssekretär Kimmritz ausdrücklich die Saarregierung für die Zerrüttung des Landes verantwortlich: nur die Maßnahmen der Regierungskommission in der Währungsfrage hätten schließlich die Arbeiter zur Erhebung ihrer weitgehenden Forderung gebracht.

Daß die Regierungskommission in der Währungsfrage sich gänzlich der Auffassung Raults gefügt hat, kann kaum bezweifelt werden. Daß aber bei dem Treiben dieser landesfremden Regierung gewiß nicht die saarländischen Interessen eine Rolle spielen, geht aus der Haltung des französischen Finanzministers im Herbst 1924 hervor, als die gesetzlich festgelegte Grenze für den Banknotenumlauf der Banque de France nahezu erreicht war. In der Senatssitzung vom 30. Dezember nämlich teilte Herr Clémentel mit, er beabsichtige für das Saargebiet (sowie auch für Madagaskar) ein besonderes Papiergeld zu schaffen. In dieser Weise hoffe er für den inneren Bedarf Frankreichs einen Betrag in der Höhe von 400 bis 500 Millionen Franken flüssig zu machen. Um die Tatsache, daß ein solcher Währungsersatz die wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet aufs schwerste schädigen müßte, kümmerte die französische Regierung sich nicht im mindesten, ja, der Finanzminister besaß sogar die Unverfrorenheit,

bei der Begründung dieser Maßnahme zu behaupten, die Einführung des französischen Franken im Saargebiet sei ohne die Zustimmung der Regierung in Paris erfolgt!

Für die Regierungskommission ist augenscheinlich, wie auch das nächste Beispiel zeigen wird, die baldige Angliederung des Saarlandes an das französische Zollgebiet Hauptsache. Am 14. Dezember 1922 wurde dem Landesrat die Begutachtung einer Verordnung wegen eines vereinfachten Enteignungsverfahrens zur Herstellung von Bahnanlagen zu Zoll- und Steuerzwecken vorgelegt. Obgleich die Angliederung des Saargebiets an das französische Zollgebiet nach dem Versailler „Vertrag" erst am 10. Januar 1925 vollzogen sein muß, beabsichtigte die Regierungskommission schon Ende 1922 mit der Herstellung umfangreicher Bahnanlagen anzufangen, deren Kosten mit 80 bis 100 Millionen Franken durch die Saarländer aufgebracht werden sollten. Einstimmig wurde der Entwurf vom Landesrat abgelehnt, da die Parteien eine Pflicht der Bevölkerung, aus saarländischen Mitteln die geplanten umfangreichen Anlagen zu errichten, nicht anerkennen konnten. Durch einen weiteren Ausbau der Zollgrenze würde das Wirtschaftsleben des Saargebiets bis zur Vernichtung bedroht. Sämtliche Parteien sprachen deshalb die Erwartung aus, die Regierungskommission möge sofort beim Völkerbundsrat, bei Frankreich und beim Deutschen Reich Schritte unternehmen, um die zu erwartenden schweren Schäden vom Saargebiet abzuwenden. Der in der Sitzung anwesende Regierungsrat erklärte nur, daß alle diese Fragen mit der Vorlage nichts zu tun hätten und daß dieselbe unter allen Umständen durchgeführt würde.

Knebelung der Volksvertretung

Ein derartiges selbstherrliches Verhalten der Regierung gehört keineswegs zu den Seltenheiten, im Gegenteil: nicht nur bei den Wahlen für den Landesrat, sondern auch bei der Feststellung der Geschäftsordnung und der praktischen Durchführung dieser Bestimmungen hat die Regierungskommission des öfteren erklärt, die Beratungen des Landesrates hätten für sie keine verbindliche Kraft. Überdies darf der Landesrat nur bei Vorlagen, die ihm von der Regierungskommission zur Begutachtung überwiesen werden, seine Wünsche bekanntgeben, oder vielmehr: nur eine Begutachtung, kein Urteil und keine Wunschäußerung wird verlangt. Der Regierungskommission zufolge kann eine Regierung, die dem Völkerbund Rechenschaft abzulegen hat, nicht zugleich einem Parlament verantwortlich sein, eine Auffassung, die mit den modernen demokratischen Anschauungen kaum vereinbar ist.

Derselbe selbstherrliche Charakter haftet übrigens auch sämtlichen sonstigen Bestimmungen der Geschäftsordnung an. Die Zusammenberufung des Landesrates kann nur dreimonatlich durch den Vorsitzenden der Regierungskommission stattfinden, der zugleich die Punkte festsetzt, welche der Volksvertretung zur Begutachtung vorgelegt werden. Alle Anträge, Beratungen und Beschlüsse, die darüber hinausgehen, besonders aber auch alle solchen Äußerungen die mittelbar oder unmittelbar auf die durch den Friedensvertrag oder durch die Verordnungen der Regierungskommission im Saargebiet geschaffenen Zustände Bezug nehmen, sind rechtswidrig. Finanzielle Kontrolle der Regierung sowie Feststellung des Etats durch den Landesrat ist nicht gestattet; ebensowenig steht seinen Mitgliedern das Recht der Initiative zu.

Anderseits wurde im Versailler „Vertrag" festgelegt, daß der Regierungskommission das Recht, die im Saargebiet am 11. November 1918 gültigen Gesetze abzuändern, nur zukommt nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung. Von einer Pflicht zur Befolgung des abgegebenen Urteils wird freilich mit keinem Wort gesprochen. Aber sogar dieses Mindestmaß der Demokratie ist praktisch von der Regierungskommission nicht eingehalten worden. Zahlreiche Änderungen der Gesetze, darunter sehr wichtige und von keinerlei Notwendigkeit bestimmte, sind ohne jede Beratung mit den gewählten Vertretern der Bevölkerung einfach durch Verordnung bekanntgegeben worden. Und wo das Urteil der Bevölkerung eingeholt worden ist, hat man ihm nur in den seltensten Fällen Rechnung getragen.

Wiederholt, so z. B. am 12. April 1922 und am 24. Juli 1922, brachten die politischen Parteien dem Völkerbund ihre Besorgnis wegen der politischen Versklavung der Saarbevölkerung zum Ausdruck. Ihre Forderungen zerfielen in zwei Gruppen:

I. 1. Freies Wahlrecht für alle Zwanzigjährigen, freie Wählbarkeit für alle Fünfundzwanzigjährigen;

2. tatsächliches Mitbestimmungsrecht des Parlaments bei sämtlichen Fragen der Gesetzgebung und bei der Budgetfestsetzung. Damit dem Versailler „Vertrag" Genüge geleistet werde, soll im Falle einer Meinungsverschiedenheit mit der Regierungskommission die Entscheidung des Völkerbundes eingeholt werden;

3. Festsetzung der Geschäftsordnung durch den Landesrat, der auch selber seinen Vorsitzenden anweist;

4. die Immunität der Mitglieder;
5. Vermehrung der Mitglieder und Ersetzung des von der Regierungskommission ernannten Studienausschusses durch einen von der Bevölkerung gewählten wirtschaftlichen Rat.

II. 1. Baldige Zurückziehung der fremden Truppen und der französischen Gendarmerie;
2. Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission durch die Bevölkerung oder durch den Landesrat;
3. der Vorsitzende der Regierung soll der deutschen Sprache mächtig sein;
4. die Ernennung der Mitglieder der Regierungskommission soll derart erfolgen, daß eine neutrale, ausschließlich auf das Wohlergehen der Bevölkerung abzielende Verwaltung gesichert ist.

Bis jetzt sind leider diese Forderungen nur fromme Wünsche geblieben. Auch die Tatache, daß die im Januar 1924 erfolgten Neuwahlen eine nicht weniger scharfe Absage an ie von der Regierungskommission betriebene Politik der Knebelung bekundeten, hat keine Cursänderung herbeigeführt. Trotz aller Bestrebungen, den „Saarbund" (S. 26) bei den Wahn zu mobilisieren, gelang es nicht, die Bevölkerung in dem von der Regierungskommission ewünschten Sinne zu beeinflussen.

Die Notverordnung von 1923

Ganz besonders tritt schließlich die Knebelung der Bevölkerung zutage, sobald das Ansehen der Regierungskommission oder der französischen Truppen oder auch der französischen Regierung und des Versailler „Vertrags" als bedroht erachtet wird. Ausweisungsbefehle nd Zeitungsverbote sind, wie erwähnt, in diesem Falle keine Seltenheiten. Zu Anfang des ahres 1923 wurde die Unzufriedenheit der Regierungskommission und des französischen ilitärs in höchstem Maße erregt durch die übrigens gemäßigte Kritik der saarländer Presse n den Vorgängen im Ruhrgebiete. Am 12. März erließ die Regierungskommission die erüchtigte „Notverordnung über die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im aargebiet", die noch am selben Tage in Kraft trat und dem Landesrat erst drei Tage nacher zur Begutachtung vorgelegt wurde. Zur Begründung dieser Maßnahme führte die Saaregierung die angeblich durch den Streik der Bergarbeiter herbeigeführte „gefährliche Lage" n Saargebiet an. Die Nichtigkeit dieses Vorwands geht schon daraus hervor, daß sich die treikenden Massen stets musterhaft betrugen und nirgendwo während des im März schon ber einen Monat dauernden Streiks Anlaß zum Eingriff gegeben hatten. Die Regierungsommission freilich wußte vor der Tagung des Völkerbundsrats im Juli 1923 hervorragende eweise für die Gefährlichkeit der Lage anzuführen: nicht nur beständen im Saargebiet ahlreiche geheime nationalistische Verbände, die im Einvernehmen mit den gleichgesinnten rganisationen im deutschen Reiche den Kampf wider den Versailler „Vertrag" aufgenommen ätten, sondern es flössen jenen saarländer Verbänden auch beträchtliche Unterstützungseträge aus Deutschland zu. Geradezu vernichtend für den Regierungspräsidenten kamen a im Dezember 1924 die Enthüllungen der Saarbrücker Zeitung über die Ereignisse im rühjahr 1923, die mit dem Erlaß der Notverordnung zusammenhängen. Durch einen von em Direktor Adler der Obersten Polizeiverwaltung eingerichteten Spitzeldienst, als dessen aupt der Franzose Rollin tätig war, ließ man über die französische Presse Meldungen über eheime Umtriebe und über das angebliche Ergebnis von Haussuchungen im Saargebiet verreiten. Ein gebürtiger Saarländer, Kennel, wurde damit beauftragt, die nicht vorhandene erschwörung gegen den Versailler „Vertrag" zu entdecken, oder richtiger gesagt, die zu ieser Entdeckung erforderlichen nationalistischen Verbände im Saargebiet zu schaffen. alls sich herausstellen würde, daß gar keine Verbindungen zwischen dem Saargebiet und en Führern der rechtsrheinischen nationalistischen Verbände beständen, so hatte Kennel gar den Auftrag, einen dieser Führer ins Saargebiet zu bringen. Tatsächlich gelang es ihm, inen Vertreter der rechtsrheinischen Organisationen zur Reise ins Saargebiet zu veranlassen, nd es ist nicht daran zu zweifeln, daß dessen Anwesenheit dem Völkerbundsrat als Beweisaterial gemeldet wurde. Die von Kennel mit diesem Vertreter veranstalteten Versammngen wurden natürlich von der Polizei überwacht und die Berichte darüber von Kennel n einem Tagebuch eingetragen. Eine verabredete Haussuchung bei Kennel sollte schließlich as ganze „belastende Material" zutage bringen, wodurch die Notwendigkeit der Notverordung dargetan wäre.

Als die Erregung im Saargebiet über diese Enthüllungen zu ausführlichen Auseinandertzungen in der Presse und in Versammlungen Anlaß gaben und an den Präsidenten Rault ie Forderung erging, sich über die Rolle der ihm unterstellten Polizeiverwaltung zu äußern, eß dieser in der Februarsitzung (1925) des Landesrates erklären, die Oberste Polizeiverwaltung olle als selbständige Stelle aufgehoben und der Posten des Herrn Adler nicht mehr besetzt

werden. Von einer Bestrafung Adlers und Rollins aber ist bisher nichts vernommen worden; im Gegenteil verlautet, daß den beiden verbrecherischen Beamten beträchtliche Beträge als Wartegelder zugesichert seien. Dies zur Vorgeschichte.

Knebelung der Presse

Auf Grund der Notverordnung wurden alsbald mehrere saarländische Blätter wegen angeblicher Beleidigung der französischen Regierung verboten, so z. B. die Saarbrücker Zeitung vom 5. bis 12. April wegen Veröffentlichung des Aufsatzes eines amerikanischen Journalisten über die Vorfälle in den Kruppwerken. Innerhalb vierzehn Tagen war die ganze führende Presse des Saarlandes nebst vielen kleineren Blättern unterdrückt. Der „Verband der Saarpresse" sah sich durch diese Vorgänge schon am 4. April gezwungen, eine Eingabe für die gefährdete Pressefreiheit an den Völkerbund zu richten, die nicht nur auf die Presseverbote, sondern auch auf die Ausnahmebehandlung von Pressevertretern Bezug nahm. Die Notverordnung drohte nicht nur Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu 10000 Francs an für Handlungen und Begünstigung von Handlungen gegen die Mitglieder der Regierungskommission, sondern auch für jeden, der öffentlich die Regierung oder deren Organe und Farben[1]), den Versailler „Vertrag" den Völkerbund oder eines seiner Mitglieder oder einen der Staaten, die den „Friedensvertrag" unterzeichnet haben, verächtlich macht.

Englische Proteste

Daß mit solchen Bestimmungen jede freie Meinungsäußerung unmöglich gemacht wurde, liegt auf der Hand. Kann es wundernehmen, daß nicht nur aus der Saarbevölkerung selbst, sondern aus allen demokratisch empfindenden Elementen der ganzen Welt ein Sturm gegen die Gewaltmaßnahmen der Regierungskommission sich erhob? Sir J. Simon, das liberale Mitglied des englischen Parlamentes, der die Notverordnung im Saargebiet im House of Commons einer scharfen Kritik unterzog, nannte sie „das staunenswerteste Dokument der Gesetzgebung, welches die Verfechter des Völkerbundes sich jemals hätten vorstellen können". Und der ehemalige Kabinettsführer Asquith äußerte sich dahin, „man könne die Annalen der schlechtesten Jahre des russischen Despotismus nachschlagen, ohne ein ähnliches ungeheuerliches Beispiel despotischer Gesetzgebung zu finden". Schließlich forderten verschiedene Redner die Regierung auf, beim Völkerbundsrat eine neutrale Untersuchung über das gesamte Treiben der Regierungskommission des Saargebiets zu beantragen.

Untersuchung beim Völkerbund

Bei der trüben Aussicht, die eine derartige spezielle Untersuchung ihr bot, entschloß sich die französische Regierung, der Regierungskommission den Rat zu erteilen, die angefochtene Verordnung zurückzuziehen. Als nun Ende Mai 1923 der Streik der Bergarbeiter eingestellt wurde, nahm die Regierungskommission diese Gelegenheit wahr, um Mitte Juni die Notverordnung durch eine der Form nach gemäßigtere, dem Wesen nach freilich nicht weniger reaktionäre Verordnung zu ersetzen. Das System der Bedrückung sollte somit trotz der englischen Entrüstung und der allgemeinen Mißbilligung aufrechterhalten werden. Indessen hatte die englische Regierung, gemäß der im Parlament erhobenen Forderung, dem Völkerbundsrat einen Antrag unterbreitet, über das Wirken der Saarregierung durch einen Sonderausschuß eine Untersuchung anstellen zu lassen. Trotz der scharfen Proteste der französischen Regierung und Presse hielt die englische Regierung ihren Antrag aufrecht, der denn auch, von dem schwedischen Delegierten, Minister Branting unterstützt, in der Julisitzung des Völkerbundsrates zur Behandlung kam. Aber die Untersuchung beschränkte sich auf ein geheimes Verhör der Mitglieder der Regierungskommission, da der englische Delegierte Lord Robert Cecil dem französischen Mitglied Herrn Hanotaux gegenüber die Forderung einer Untersuchungskommission nicht durchzusetzen wagte. Auf eine Vernehmung der Vertreter der Bevölkerung, die in Genf eingetroffen waren, wurde auf den Einspruch des Herrn Hanotaux verzichtet. Die in der öffentlichen Schlußsitzung des Rates bekanntgegebene Entschließung stellt zunächst fest, daß die Regierungskommission, und zwar kollektiv, nur dem Völkerbundsrate verantwortlich sei. Sodann wird die Hoffnung ausgesprochen, daß sämtliche in den letzten Monaten getroffenen Ausnahmemaßnahmen möglichst bald rückgängig gemacht oder wenigstens die Rückkehr zu normalen Verhältnissen angebahnt würde. Die Einführung des Franken als einziges gesetzliches Zahlungsmittel wird vom Völkerbundsrat gebilligt, demgegenüber spricht aber der Rat aufs neue den Wunsch aus, die Regierungskommission möge auf die Mitwirkung fremder Truppen bei der Aufrechterhaltung der Ordnung Verzicht leisten. Sie wird eingeladen, vor der Annahme des Haushaltplanes für das Rechnungsjahr 1924/25 dem Rate ein Programm für die Regelung des Instituts der örtlichen Gendarmerie zu unterbreiten. Zum Schluß bringt die Entschließung sogar erneut die hohe Würdigung des von der Regierungskommission dreieinhalb Jahre lang unter besonders schwierigen Umständen vollbrachten Werkes zum Ausdruck und spricht der Kommission auch bei der Fortsetzung ihrer Arbeit volle Unterstützung zu.

[1]) Die Regierungskommission hatte eine saarländische Fahne eingeführt.

Die Auslandsinteressen durch Paris vertreten

Die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland soll nach Verordnung der Regierungskommission vom 7. Juli 1920 der französischen Regierung anvertraut werden. Danach soll die Wahrung der Interessen der deutschen Saarbevölkerung dem deutschen Staate gegenüber von Paris aus geleitet werden. Zu welchen geradezu sinnwidrigen Ergebnissen diese Bestimmung der Regierungskommission führen kann und muß, hat sich im Frühjahr 1925 bei den wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich betreffs der Ein- und Ausfuhrzölle für das Saargebiet gezeigt. Frankreich erscheint dabei am Unterhandlungstisch in der Doppelrolle eines Vertreters der saarländer und auch der französischen Interessen, die sich aber keineswegs decken. Daß daraus dem Saargebiet nur schwere Schäden erwachsen können und müssen, ist sofort ersichtlich. Daß übrigens gerade Frankreich am meisten berechtigt sei, die saarländer Interessen zu vertreten, kann schwerlich behauptet werden; dasselbe Frankreich, das die Saarkohlen den eigenen Landsleuten zu billigeren Preisen verkauft als den Saarländern und das einen derartigen Raubbau der saarländer Gruben betreibt, daß ganze Bergdörfer jetzt schon infolge mangelhafter Berücksichtigung bergpolizeilicher Gesetze und Sicherheitsmaßnahmen dem Untergange entgegengehen.

Während § 28 des „Friedensvertrags" festsetzt: „Die Bewohner des Saarbeckens behalten unter der Überwachung der Regierungskommission ihre örtlichen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und ihre Sprache", wandte der im Februar 1920 ernannte protestantische Regierungskommissar Graf von Moltke-Huitfeldt sich an den Papst, um eine Abtrennung des Saargebiets von den deutschen Diözesen Trier und Speyer und die Gründung eines selbständigen Bistums für das Saarbecken zu erreichen. Eine Angliederung an das Metzer Episkopat sollte in Aussicht genommen werden. Nur einem persönlichen Besuch an des alten Trierer Bischofs Korum in Rom war es zu verdanken, daß die höchste kirchliche Obrigkeit dieses Gesuch im Interesse einer Bevölkerung, die seit mehr als einem Jahrtausend mit dem Trierer Bistum zusammengewachsen war, ablehnte.

Verwelschung der Schulen

Auf keinem Gebiete aber tritt das Französisierungsbestreben der Regierungskommission so offen zutage wie auf dem des Unterrichts. Während der Versailler „Vertrag" der Saarbevölkerung die Beibehaltung ihrer Schulen und ihrer Sprache garantiert und zugleich nur noch das Recht der französischen Regierung festlegt, als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen und technische Schulen für das Personal und die Kinder des Personals zu gründen und zu unterhalten, worin der Unterricht in französischer Sprache nach einem von der französischen Regierung festzustellenden Lehrplan durch von ihr ausgewählte Lehrer erteilt wird, hat die Regierungskommission schon am 24. Juli 1920 verordnet, daß auch Eltern, die nicht zum Grubenpersonal gehören, berechtigt seien, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken und daß hiermit völlig den Bestimmungen der preußischen und der bayerischen Schulpflichtgesetze Genüge geleistet werde. Bald wurden der französischen Sprache noch weitere Zugeständnisse gemacht. Nachdem zuerst im Herbst 1921 französische Sprachkurse eingerichtet worden waren, verordnete die Saarregierung alsbald die Einführung des Französischen als Wahlfach für alle Volksschulen, und zwar in den vier letzten Unterrichtsjahren. Im Widerspruch zu den deutschen Gesetzen wurden die Schüler, die am französischen Unterricht teilzunehmen wünschten, von der Teilnahme an den Stunden für Turnen, Zeichnen, Schreiben und Naturwissenschaft befreit. Diese Handlungsweise begründete die Regierungskommission mit der Behauptung, der Versailler „Vertrag" beabsichtige offenbar der Saarbevölkerung möglichst große Freiheit zu sichern! Damit eine genügende Anzahl Lehrkräfte für die neugeschaffenen Unterrichtsstunden ausgebildet würde, forderte die Saarregierung die Lehrer auf, sich an Ferienkursen in Nancy und Boulogne zu beteiligen. Wo die Teilnahme an diesen Kursen ungenügend war, wurden allerhand Druckmittel in Anwendung gebracht: Aussicht auf schnellere Beförderung oder Drohung mit Zurückstellung. Schließlich ernannte die Regierungskommission den Franzosen Du Pasquier zum französischen Unterrichtsinspektor. Der angesehene Unterrichtsinspektor Dr. Bongard, der sich gegen die Einführung des französischen Unterrichts in den Volksschulen ausgesprochen hatte, wurde seines Amtes enthoben und durch den gefügigeren Dr. Notton ersetzt. Kennzeichnend für das Vorgehen der Regierung ist wieder die Tatsache, daß alle Maßnahmen ohne die vorherige Befragung der Lehrerorganisationen oder der städtischen Behörden getroffen wurden. Die Lehrerkammer mußte Dezember 1921 gegen die Gefährdung des deutschen Unterrichts um so mehr Einspruch erheben, als die französische Regierung ihre Lehrkräfte zu einer intensiven Propaganda nutzbar machte und zum Besuch ihrer Schulen durch allerhand Versprechungen, Geschenke und Begünstigungen ermunterte. Dr. Notton unterstützte außerdem noch die Bestrebungen der Saarregierung, indem er das erprobte Mittel der Zersplitterung der Bevölkerung anwandte. Eine Warnung vor der angeblich von den Sozialdemokraten

angestrebten „Einheitsschule" ging an die katholischen Eltern. In Wirklichkeit hatten die Sozialdemokraten aber auf die Einführung der „Einheitsschule" im Saargebiet verzichtet.

Eine entschieden nicht durch die Umstände gebotene Änderung der deutschen Gesetze hat die Regierungskommission vorgenommen, indem sie die allgemeine Organisation des Unterrichts und die Ausbildung der Lehrer zum Gegenstand der Untersuchung einer aus 60 Mitgliedern bestehenden Commission des programmes machte, die den Plan für eine vollständige Schulreform nach französischem Muster auszuarbeiten hatte. Eine zweite aus 30 Mitgliedern zusammengesetzte Untersuchungskommission wurde mit dem Studium einer Gewerbeunterrichtsreform beauftragt. Zum Teil ist die geplante Umgestaltung des saarländischen Unterrichts tatsächlich durchgeführt worden. Zu den merkwürdigen Begleiterscheinungen der französischen Schulen gehört es nebenbei, daß weder die Schulabteilung der französischen Bergverwaltung, noch das Ministerium in Paris irgendeinen Bericht über jene Schulen veröffentlichen. Nichts läßt man darüber verlauten, weder über den Bestand, noch über den Lehrbetrieb, noch über die Kosten; eine Bescheidenheit, der man bei der französischen Regierung selten begegnet[1]).

Die Ernennung Dr. Nottons zum Leiter der saarländer Schulabteilung hat sich übrigens auch im Hinblick auf die Bevölkerung als ein folgenschwerer Mißgriff gezeigt. Alsbald erkannte der neue Leiter, daß nur die direkte Abhängigkeit des gesamten saarländer Schulwesens von der Regierung die Durchführung der völligen Französierung des Unterrichtes ermöglichen würde. Eine solche Abhängigkeit aber ließe sich nur durch weitgehende Regierungsmaßnahmen erreichen, die einen schweren Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden darstellten. Daß die saarländer Gemeindebehörden nicht gewillt waren, sich eine solche Beschneidung ihrer Rechte gefallen zu lassen, wird ohne weiteres einleuchten. Ihrem Widerstand hoffte Dr. Notton dadurch entgegenzuwirken, daß er hinter den Kulissen die katholische Geistlichkeit für seine Pläne zu gewinnen suchte. Diese Machenschaften wurden von der katholischen „Saarbrücker Landeszeitung" aufgedeckt und die Zentrumspartei des Saargebietes sprach infolgedessen Dr. Notton ihr Vertrauen ab, „weil er die Belange der deutschen Schule im Saargebiet nicht wahrgenommen habe, wie es seine Pflicht als Deutscher und katholischer Geistlicher wäre." Als der Leiter der Schulabteilung aber durch eine Erklärung in der Presse die wider ihn erhobene Anklage zu entkräften suchte, veröffentlichte der Saarbrücker Bürgermeister Dr. Neikes eine Gegenerklärung, worin er Dr. Notton der Unwahrheit und der Irreführung der öffentlichen Meinung bezichtigte. Schon vor mehreren Jahren, so hieß es weiter, habe Dr. Notton versucht, einflußreiche Mitglieder der Zentrumspartei zu bewegen, für eine Abtrennung des Saargebietes vom Bistum Trier einzutreten, was einem Verrat an seinem Bischof gleichkomme, um die politischen Ziele anderer zu fördern. Die Regierungskommission beantwortete diese Anklage gegen einen ihrer Günstlinge damit, daß sie gegen den Bürgermeister der Stadt Saarbrücken das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung wegen „Pflichtverletzungen" einleitete. Eine Entscheidung in dieser Frage ist zurzeit noch nicht gefallen; wohl aber hat sich mit größter Klarheit gezeigt, daß die gesamte Öffentlichkeit auf seiten des Bürgermeisters steht. Bezeichnend ist gewiß, daß der Ausschuß der Zentrumspartei des Saargebietes am 12. Dezember 1924 die Entscheidung traf, Dr. Notton wegen seiner Haltung in der Schulfrage aus der Partei auszuschließen.

Die Regierungskommission

Sucht man nach dem inneren Grund der Französierungsbestrebungen, so braucht man nur die Zusammensetzung der Regierungskommission ins Auge zu fassen. Sie ist vom Völkerbundsrat ernannt und in ihrer Zusammensetzung wesentlich immer dieselbe geblieben. Auch ist es der französischen Regierung bisher gelungen, in den Sitzungen des Rates ihren Willen durchzusetzen. So wurde der Franzose Rault Vorsitzender der Saarregierung, ein ehemaliger Lyoner Polizeipräfekt, der nicht einmal die deutsche Sprache versteht.

Nach den Bestimmungen der §§ 17 und 18 der Anlage zu Art. 50 des „Friedensvertrages" soll der aus fünf Mitgliedern bestehenden Regierungskommission ein Franzose und ein aus dem Saarbecken stammender und dort ansässiger Nichtfranzose angehören, während die übrigen Mitglieder drei anderen Ländern als Frankreich und Deutschland entnommen werden. Der Vorsitzende des Regierungsausschusses, der vom Völkerbundsrat für die Dauer eines Jahres ernannt wird, aber jedesmal wieder ernannt werden kann, ist die ausführende Stelle der Regierung. Durch diese Bestimmung hat der Versailler „Vertrag" dem Vorsitzenden einen weit größeren Wirkungskreis zuerteilt als den übrigen Mitgliedern; er funktioniert demzufolge auch als das einzige Bindeglied zwischen Regierung und Bevölkerung. Als deut-

[1]) Glücklicherweise aber hat Dr. Gottfried Fittbogen diese Lücke in der französischen Berichterstattung in ausgezeichneter Weise auszufüllen sich bemüht (Die französischen Schulen im Saargebiet, Reimar Hobbing, Berlin).

scher Saarländer wurde zu Anfang 1920 Herr von Boch ernannt, der jedoch schon im August desselben Jahres wegen Meinungsverschiedenheiten über die von der Saarregierung befolgte Taktik ausschied. An seiner Stelle wurde der saarländer Arzt Dr. Hector zum Mitglied ernannt, der seine Eignung dazu schon während des Waffenstillstandes durch seine Bemühungen, das Saarland den Franzosen auszuliefern, bewiesen hatte und von der Besatzungskommandantur denn auch mit der provisorischen Bürgermeisterschaft von Saarlouis belohnt worden war. Diesen Mann als deutschen Saarländer hinzustellen, konnte nur ein völlig den französischen Bestrebungen ergebener Völkerbundsrat sich unterstehen. Gehilfen der französischen Politik waren auch der belgische Major Lambert und der dänische Graf von Moltke-Huitfeldt, der als Rennstallbesitzer seit mehreren Jahren in Paris ansässig war. Nur der ehemalige Bürgermeister der kanadischen Stadt Winnipeg, Herr Waugh, der 1920 als Finanzminister auftrat, konnte als selbständig und unparteiisch gelten.

Die wiederholten Einsprüche der Bevölkerung gegen die ständige Wiederernennung des Dr. Hector; die grundsätzliche Nichtachtung der Wünsche und Forderungen der Bevölkerung; der Prozeß Dr. Hectors gegen den Hauptschriftleiter der Saarbrücker Zeitung, in dem der Kläger durch Auffindung der von ihm unter Eid geleugneten Schriftstücke an Clémenceau im Archiv von Saarlouis des Meineids überführt wurde; die Einstellung des Prozesses und der Rücktritt Dr. Hectors aus „Gesundheitsrücksichten"; die Heranziehung schließlich des den Beauftragten des Völkerbundes zuerkannten Vorrechtes der Exterritorialität, um Dr. Hector vor der Verhaftung zu schützen; alles dies sind Tatsachen, die bei jedem Beobachter der Verhältnisse im Saargebiet in gutem Andenken sind. Wie wenig die Regierungskommission imstande ist, aus allem Geschehenen auch nur die geringste Lehre zu ziehen, ergibt sich daraus, daß sie nach Dr. Hectors Rücktritt auf dessen Empfehlung den ehemaligen Landrat des Kreises Saarlouis, Herrn Land, zuvor Petroleumhändler und Lotterieeinnehmer, als stellvertretendes Mitglied der Regierung bezeichnete und ihn auch dem Völkerbundsrate für dieses Amt empfahl, der am 21. April 1923 seine Zustimmung gab.

Eine tot-geschwiegene Denkschrift

Eine derartig offensichtliche Verletzung der saarländischen Interessen von seiten des Völkerbundsrates und des Völkerbundes ist bisher leider als durchaus üblich zu bezeichnen. Sämtliche Protestnoten und Bittschriften der Saarbevölkerung oder ihrer Vertreter haben entweder gar keine oder nur ganz unzureichende Beachtung gefunden; die von den politischen Parteien nach Genf entsandten Abordnungen sind weder vom Völkerbundsrat noch von der Völkerbundsversammlung gehört worden. Mit Schweigen hat man auch die Mitte 1923 der Völkerbundsversammlung eingereichte Denkschrift der Vertreter des Saarlandes, „Der Geist des Saarstatuts und die Praxis der Regierungskommission", übergangen, die allerdings die im Saarlande herrschenden Zustände grell beleuchtete, aber durchaus keinen dem Völkerbund feindseligen Geist atmete.

Neue Ernennungen bei der Regierungskommission

Im September 1923 ernannte der Völkerbundsrat für die Abteilung Finanzen und Forsten statt des Kanadiers Waugh dessen Landsmann, den Finanzmann und Vorsitzenden der Hafenkommission in Montreal, Major Stephens, worin angesichts des allgemeinen Ansehens, dessen sich Waugh erfreute, ein gewisses Entgegenkommen zu erblicken ist. Die Ablösung des dänischen Grafen Moltke-Huitfeldt, der im März 1924 sein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, bot augenscheinlich größere Schwierigkeiten; erst nach der Beratung in mehreren Sitzungen des Rates fiel die Wahl auf den Spanier Espinosa de los Monteros. Am 1. April 1924 schied auch das saarländische Mitglied aus, an dessen Stelle natürlich nicht der vom Landesrat empfohlene Zentrumsführer, sondern der Kandidat der Regierungskommission und Vorsitzende des Landesrates, Herr Koßmann, ernannt wurde. Seine Ernennung gab zu mehreren Protesten, u. a. einem der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, Anlaß. Aufs neue setzte mit dieser Ernennung der Völkerbundsrat sich über die vom Landesrat erhobene Forderung, in Sachen der Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission gehört zu werden, hinweg, eine Tatsache, die nicht damit aus der Welt geschafft wird, daß der englische Delegierte Lord Parmoor und der Ministerpräsident Macdonald in der Sitzung des Parlamentes die Wahl Koßmanns aufs wärmste verteidigten. Dennoch wurde sein Amtsantritt von der Bevölkerung als ein Schritt zum Besseren gewertet.

Zu der Ernennung des Spaniers Espinosa, dem die Verwaltung des Unterrichts- und Kultusministeriums anheimfiel, kann bemerkt werden, daß sie, ungeachtet der Unbekanntheit dieser neuen Persönlichkeit, von der Saarbevölkerung als eine Erlösung empfunden wurde, weil Schlimmeres als das verhaßte Moltkesche Regiment nicht denkbar war. Inmitten des ernsten Kampfes um die deutsche Schule im Saargebiet erlag Espinosa schon Ende August

[1]) Lambert war bis zu seiner Ernennung zum Mitglied der Saarkommission belgischer Militärattaché in Paris gewesen. D. Schr.

1924 einer schweren Krankheit. Ob er tatsächlich die kräftige Persönlichkeit gewesen ist, deren man angesichts der Französierungsbestrebungen der Herren Rault und Lambert bedurfte, hat sich schon wegen der kurzen Zeit seiner Amtsführung nicht erweisen können. Aber seine Arbeit und sein Charakter haben aufrichtige Anerkennung gefunden.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Zusammensetzung der Saarregierung hinsichtlich des darin vorherrschenden Geistes seit März 1924 einen Schritt vorwärts gemacht hat. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß eine einflußreiche Minderheit in der Regierungskommission in ihrem eigentümlichen, die saarländischen Interessen verletzenden Verhalten beharrt. In den oberen Stellen der Saarverwaltung waren 1924 noch 73 Ausländer tätig, darunter 57 Franzosen, deren Gehälter in keinem Verhältnis zu dem geringen Einkommen aller deutschen Beamten stehen. In der saarländer Presse wurde Mai 1924 eine Zusammenstellung veröffentlicht, die Gehälter von 40 000 bis 64 000 Franken für 22 obere Beamte aufweist, von denen sogar einige zugleich Steuerfreiheit genießen, während die Mehrzahl außerdem Kinderzulagen sowie Zulagen für Nebenämter erhält. Demgegenüber werden die Gehälter der deutschen Beamten im Saargebiet von einer ausschließlich aus französischen Beamten der Zentralverwaltung bestehenden Kommission festgesetzt. Sie sind durchschnittlich 10 bis 30 vH niedriger als die dürftigen Goldmarkgehälter der Beamtenschaft im Reich.

Eine Spezialität der Regierungskommission scheint es zu sein — man denke nur an den Fall Hector — für die wenigen höheren Verwaltungsposten, die sie noch in der Hand von Deutschen belassen will, Leute von üblem Rufe auszuwählen. Der Verteidiger Dr. Hectors und Anhänger der freien Pfalzbewegung, Rechtsanwalt Stenglein, wurde als Vorsitzender des Versorgungsgerichts empfohlen. Zum Bürgermeister der Stadt Homburg wurde ein wegen seiner eigenartigen „Gemütseinstellung" bekannter Herr Glaser ernannt, der alsbald wegen seines nicht gerade deutschfreundlichen Verhaltens, seiner Anmaßung und seiner geringen Arbeitslust sich ernsthafte Kritik zuzog. Die Regierungskommission ließ durch den Staatsanwalt Offizialklage wegen Beleidigung des Bürgermeisters gegen den Eisenwerksdirektor Raabe und einige andere Saarländer erheben, ernannte aber Herrn Glaser zum Oberregierungsrat bei der Abteilung „Soziale Fürsorge". Der Hauptangeklagte Raabe wurde zu 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Der schlimmste Fall dieser Art — außer dem Falle Hector — ist gewiß derjenige des Polizeimajors Dörffert. Dieser aus der Stellung eines einfachen Schutzmannes in auffallend kurzer Zeit zum Kommandeur der Schutzmannschaft beförderte Regierungsbeamte galt als guter Bekannter des französischen Spitzeldienstes. Im Spätjahr 1924 wurde er von dem Saarbrücker Landgericht in Anklage versetzt wegen verschiedener Veruntreuungen, Fluchtbegünstigung und Nichtausführung eines Haftbefehls, Verleitung zum Meineid, Beihilfe zur Unterschlagung und Urkundenfälschung. Der Staatsanwalt beantragte gegen Dörffert eine Gesamtstrafe von fünf Jahren Gefängnis; das Gericht erkannte unter der Annahme mildernder Umstände (u. a., daß Dörffert nicht die nötige Vorbildung zu seinem hohen Amte haben konnte) auf 2½ Jahre Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Fähigkeit öffentliche Ämter zu bekleiden für die Dauer v. 5 Jahren.

Die Saarfragen vor dem Völkerbund

Aus alledem ist zu entnehmen, daß der vom Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom Juli 1923 festgestellte Grundsatz der kollektiven Verantwortlichkeit sämtlicher Mitglieder der Regierungskommission für jede Verwaltungsmaßnahme noch sehr wenig fruchtbringend sich erwiesen hat. Die vom Anfang an klar zutage getretene Orientierung der Saarregierung nach Paris hat sich trotz des erwähnten Prinzips bis in die jüngste Zeit hinein behauptet.

Der Völkerbundsrat hatte sich in allen Sitzungen nach dem Juli 1923 mit Saarfragen zu befassen. Anlaß dazu gaben verschiedene Einsprüche und Denkschriften der deutschen Regierung und des saarländischen Landesrats, die folgende Fragen behandelten:

1. Die Anwesenheit des französischen Militärs im Saargebiet;
2. die Behinderung der Verkehrsfreiheit für die Einwohner;
3. die Behinderung der zollfreien Einfuhr von für den örtlichen Gebrauch bestimmten deutschen Waren durch die Regierungskommission;
4. die mit dem Wohlergehen der Saarbevölkerung unverträgliche Ausbeutung der Saargruben durch den französischen Staat;
5. die Französierungsbestrebungen beim Volksschulunterricht.

Völkerbund und französisches Militär

Was Punkt 1 betrifft, so hatte die Regierungskommission ihren Widerstand gegen die Weisungen des Völkerbundsrates so wenig aufgegeben, daß Lord Robert Cecil im englischen Parlamente öffentlich aussprach, er sei mit dem Stande des Ausbaus der örtlichen Gendarmerie unzufrieden. Die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet sei unnötig, weil es zum Schutze der Saargruben genüge, diese Truppen auf französischem Boden an der Grenze aufzustellen.

Für die Tagung des Völkerbundsrates im März 1924 lagen zwei Denkschriften vor, eine von der deutschen Reichsregierung, die andere von den großen politischen Parteien. Einerseits hatte die Regierungskommission ihre Absicht bekanntgegeben, im Laufe des Jahres 1924 bis 1925 die örtliche Gendarmerie, deren Zahl 355 Mann betrug, um 200 Mann zu vermehren, anderseits aber hatte der französische Propagandadienst in verschiedenen Gegenden, namentlich im Kreis Saarlouis, Unterschriften sammeln lassen, welche die Zuneigung der Bevölkerung zum französischen Militär bescheinigen sollten. Die deutsche Regierung begründete ihre Forderung aufs neue mit dem Hinweis auf die Gefahren, welche die Anwesenheit der Truppen für die Durchführung der Volksabstimmung mit sich bringt, während die politischen Parteien des Saargebietes die widerspruchsvollen Zahlenangaben des Präsidenten einer scharfen Kritik unterzogen und die Notwendigkeit der französischen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf Grund der durchaus friedlichen Gesinnung der Bevölkerung bestritten. Im August 1924 ergänzten die politischen Parteien ihre Begründung noch durch einen Vergleich der Sicherheitsorgane im Saargebiete mit denen im benachbarten Luxemburg, wodurch ihnen der Nachweis gelang, daß eine Anzahl von 755 Gendarmen, zusammen mit den schon vorhandenen 533 Mann Gemeindepolizei und den 400 Mann bewaffnetem Grubenschutz vollkommen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausreichen müßten. In einer Anlage zählt die Denkschrift nicht weniger als elf von dem französischen Militär verschuldete Todesfälle auf, nebst etlichen Verletzungen, während schließlich noch 24 mit Namen erwähnte, zumeist minderjährige Männer verzeichnet sind, die von einem in Saarbrücken eingerichteten französischen Bureau für die französische Fremdenlegion angeworben worden sind. Der Völkerbundsrat beschloß im Juni 1924, die Frage bis zur Septembertagung zu verschieben. Im September aber schloß Salandra aufs neue seinen Bericht mit der Erklärung, der Rat könne gegenwärtig noch keinen Beschluß fassen. Es könnte nur die Regierungskommission aufgefordert werden, ein neues Programm für den Ausbau der örtlichen Gendarmerie einzureichen, mit Angaben über sämtliche im Saargebiet verfügbare Polizeikräfte, Gemeinde- und städtische Polizei, Grenzwächter usw. Auch könnte angesichts der finanziellen Schwierigkeiten die Aufstellung von Reservekorps der Gendarmerie ins Auge gefaßt werden. In diesem Sinne wurde eine Entschließung angenommen. Nur in einem Punkte konnte die deutsche Regierung befriedigt werden: der Bericht Salandras enthielt eine Mitteilung der Regierungskommission, sie sei bereit, das in Saarlouis liegende französische technische Artilleriedepartement zu entfernen.

In der Sitzung des Völkerbundsrats vom 13. März 1925 setzte dann Rault den Standpunkt der Saarregierung in der Frage der Anwesenheit des französischen Militärs ausführlich auseinander. Die Gemeindepolizei komme für die Aufrechterhaltung der Ordnung außerhalb der Städte nicht in Betracht und nur in Saarbrücken befinde sich eine staatliche Polizei. Die private Polizei sei gänzlich durch ihre Tätigkeit bei der Arbeit in den Gruben in Anspruch genommen. Nur die Entwicklung der örtlichen Gendarmerie könne daher Gewähr für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung bieten. Anfang 1925 seien 755 saarländische Gendarmen im Dienste gewesen. Die Einstellung einer größeren Zahl im Laufe des Jahres 1924 sei wegen der schwierigen finanziellen Lage unmöglich gewesen. Mehr als 1000 Mann könnten am Ende des Rechnungsjahres 1925/26 nicht angeworben sein und mit Hilfe der verstärkten Landpolizei könnten sodann drei Gruppen mobiler Polizei gebildet werden, die auf die wichtigsten Städte verteilt würden. Die Regierungskommission habe während der letzten Monate die Aufhebung der Reparaturwerkstätte in Saarlouis und die Zurückziehung einer Abteilung französischer Gendarmerie mit 105 Mann und 4 Offizieren erreicht, während die französische Regierung die unmittelbare Zurückziehung eines Jägerbataillons von 500 Mann zugesagt habe. Die Regierungskommission bitte deshalb den Völkerbundsrat, die getroffenen Maßnahmen zu billigen. In seiner Antwort betonte der Präsident Chamberlain nochmals den Wunsch der britischen Regierung, daß die örtliche Gendarmerie auf einen Effektivbestand gebracht werde, der es erlaube, die französischen Truppen so rasch wie möglich zurückzuziehen. Rault hofft, daß die Regierungskommission die Frage prüfen werde, ob es nicht möglich sei, das französische Militär gänzlich zu entfernen, sobald die Gendarmerie 1000 Mann stark sein werde. Er ließ im übrigen durchblicken, daß er persönlich an die Notwendigkeit einer Anzahl von 3000 Gendarmen festhalte, und daß das Saargebiet die hierzu erforderlichen 36 Millionen unmöglich aufbringen könne. Schließlich wies er darauf hin, daß die Regierungskommission den § 30 des Saarstatuts in anderer Weise interpretiere als der Völkerbundsrat, und daß der dritte Abschnitt des Versailler „Vertrags" der Regierungskommission in Sachen der Interpretation gewisse Rechte zuerteile, wodurch Präsident Chamberlain sich befriedigt erklärte. Unzweifelhaft bedeutet dies eine Verschiebung der Zurückziehung der französischen Truppen ad calendas graecas, so lange Rault Regierungspräsident sein wird.

Völkerbund und Verkehrsfreiheit

Die zweite Frage, die Behinderung der Verkehrsfreiheit für die Einwohner des Saargebiets nahm ihren Ursprung von einem Beschluß der interalliierten Rheinlandkommission (Ende August 1923), wonach dem bekannten Großindustriellen Hermann Röchling und einigen anderen Einwohnern, den Direktoren Raabe (S. 36), Seegers und Pfeilstücker, die Durchreise durch das besetzte Gebiet untersagt wurde mit der Begründung, diese Persönlichkeiten seien geeignet, die Sicherheit und das Ansehen der Truppen im besetzten Gebiet zu gefährden. In Wahrheit hatte die Regierungskommission offensichtlich wieder einmal politischen Erwägungen nachgegeben, weil Röchling durch seine persönlichen Beziehungen zu den Genfer Kreisen imstande war, die Aufmerksamkeit der Delegierten auf die Zustände im Saargebiet zu lenken. Die Erörterung dieser Maßnahmen der Rheinlandkommission wurde vom Präsidenten Rault nicht ein einziges Mal auf die Geschäftsordnung der Landesratssitzungen gebracht. Gleichwohl kam es zu einer energischen Absage an die schwache Haltung der Regierungskommission, wobei die Forderung eines nachdrücklichen und entschiedenen Protestes der Saarregierung bei der interalliierten Rheinlandkommission erhoben wurde. Erst am 15. Februar 1924 konnte Rault dem Völkerbundsrate mitteilen, daß auf Grund seiner Bemühungen das Durchreiseverbot für die genannten Einwohner ab 21. Februar aufgehoben werde. Zieht man hierbei die engen Beziehungen des Präsidenten Rault zur Pariser Regierung und den entscheidenden Einfluß der letzteren auf die Beschlüsse der Rheinlandkommission in Betracht, so wirft die sechsmonatige Frist, um zu der günstigen Entscheidung zu gelangen, auf die Bemühungen Raults ein sonderbares Licht. —

Völkerbund und deutsche Einfuhr

Nach Art. 31 des Versailler „Vertrags" sollte bis zum 10. Januar 1925 die zollfreie Einfuhr deutscher Waren für den örtlichen Gebrauch im Saargebiet gewährleistet bleiben. Dem französischen Staat steht es lediglich frei, die Menge der aus dem Saargebiet in Frankreich einzuführenden Waren, für die deutsche Rohmaterialien oder Halbfabrikate verwendet sind, nach dem Maßstabe der durchschnittlichen jährlichen Einfuhr für die Periode 1911 bis 1913 zu beschränken. Trotzdem erklärte die Regierungskommission eine Beschränkung der deutschen Einfuhr für den örtlichen Gebrauch im Saargebiet für notwendig, um eine Anhäufung von deutschen Waren, die über die gegenwärtigen Verbrauchsbedürfnisse hinausgehe und die nachherige Unterordnung des Saargebietes unter das französische Zollsystem beeinträchtigen könnte, zu verhindern. Zahlreiche Einsprüche gegen diese Festsetzung wurden von seiten der saarländischen Industrie und des Handels erhoben: besonders benachteiligt die Einfuhrbeschränkung für deutsche Maschinen die Industrie derart, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig bleiben könne. Die Saarregierung beharrte trotzdem auf ihrer nur den französischen Interessen dienenden Haltung, und erst nach Einreichung einer deutschen Note beim Völkerbund, in der mit Beispielen und Zahlen die Beeinträchtigung zahlreicher Firmen nachgewiesen wurde, sagte die Regierungskommission liberalste Auslegung der Anweisung über die Einführung deutscher Waren zu. Der Völkerbundsrat erklärte hiermit die Note der deutschen Reichsregierung für erledigt.

Völkerbund und Saargruben

Die Berichte der Saarregierung an das Völkerbundssekretariat haben die furchtbare Krise in Handel und Industrie des Landes stets totgeschwiegen, im Gegenteil, die wirtschaftliche und soziale Lage immer als günstig bezeichnet. Ja, der Bericht über das erste Vierteljahr 1924 schließt sogar mit den Worten: „Ein Jahr ist seit dem Beginn des langen Bergarbeiterstreiks vergangen. Die Regierungskommission stellt mit Befriedigung fest, daß allmählich das Saargebiet sich von dieser harten Krise erholt hat und sich von neuem eines wirklichen Wohlergehens erfreut." Eine solche Aussage zu einer Zeit, da das Saargebiet infolge der Verordnungen der Rheinlandkommission völlig von seinem Hinter- und Mutterlande abgeschnürt war, da infolge der Kreditnot in zahlreichen Betrieben das Gespenst der Stillegung und der Arbeitslosigkeit umging, kann schwerlich mit der Wahrheit übereinstimmen. Zugleich aber weisen die Berichte der französischen Regierung an die Volksvertretung über die Bilanz der Saargruben beträchtliche Gewinnzahlen auf. Der bei Erörterung von Lohnfragen und Fragen der sozialen Fürsorge stets als wenig rentabel bezeichnete Saarbergbaubetrieb hätte danach in den Jahren 1920 bis 1922 dem französischen Staate Reingewinne von 137,102,153 Millionen Franken eingebracht, was einem durchschnittlichen Jahresgewinn von rund 40 Millionen Goldmark gleichkommt. Zieht man noch in Erwägung, daß der französische Staat die Saarkohlen im Saargebiet bis 20 Franken pro Tonne teurer verkauft als im eigenen Lande, so daß die Saarländer Industrie die rheinisch-westfälischen und die englischen Kohlen wesentlich billiger beziehen kann, so gewinnt man von der Steuerfron der Bevölkerung gegenüber Frankreich einen Begriff[1]). Auf der anderen Seite hat die fran-

[1]) Mit dieser Festsetzung sind die Merkwürdigkeiten der französischen Preispolitik noch keineswegs erschöpft. Der Preis der Saarkohlen ist für die verschiedenen Hüttenwerke im

zösische Bergwerksdirektion es fertig gebracht, ihre vertragsmäßige Steuerpflicht auf einen Minimalwert herabzuschrauben, und die Regierungskommission hat ihr dabei hilfreiche Hand geleistet. Nach § 13 der Anlage zum Versailler „Vertrag" sind die französischen Bergwerke steuerpflichtig nach dem Maßstabe des Verhältnisses des Kapitalwertes der Gruben zu dem gesamten steuerpflichtigen Vermögen des Saarbeckens. Während nun die französische Bergverwaltung bei der Berechnung des Prozentsatzes ihrer Gewinne den Kapitalwert der Gruben mit 400 Millionen Franken veranschlagt, setzt sie in dem Steuerabkommen mit der Regierungskommission diesen Wert nur mit 346 Millionen Franken an. Anderseits wurde das ganze steuerpflichtige Vermögen im Saarbecken viel zu hoch eingeschätzt, indem man die in der ganzen Finanzgeschichte einzig dastehende Methode in Anwendung brachte, die menschliche Arbeitskraft zu kapitalisieren und mit 838 Millionen Franken in die Rechnung einzusetzen. Das steuerbare Vermögen, das ohnedem auf 1157 Millionen Franken beziffert wurde, erscheint durch diesen Kniff auf 1995 Millionen erhöht, und der Prozentsatz des Haushaltplanes, nach dem die französische Bergwerksdirektion zu zahlen hat, wird demzufolge von fast 35 vH auf 17,3 vH, also auf die Hälfte erniedrigt. Die frühere Regierungskommission hatte sich mit der französischen Grubenverwaltung sogar auf eine Zahlung von rund 15 vH geeinigt.

Ungeachtet der aus den Gruben erzielten hohen Gewinne bleibt die Entlohnung der saarländer Grubenarbeiter, die im Solde des französischen Staates stehen, beträchtlich unter den Sätzen im benachbarten Lothringen, während doch die Kosten der Lebenshaltung daselbst um 10 vH niedriger sind als im Völkerbundslande. Die gesamte französische Grubenpolitik läßt sich somit kurz zusammenfassen: Höherer Preis der Saarkohlen für die Saarbevölkerung als für die ausländischen Bezieher; niedrigere Löhne für die saarländischen Grubenarbeiter als für die französischen; nahezu völlige Rechtlosigkeit der Grubenarbeiter.

Bis jetzt hat der Völkerbund der Denkschrift über diese Verhältnisse keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet, obgleich die Auswirkung der französischen Grubenpolitik auf den wirtschaftlichen Zustand des Landes sich schon in erschreckendem Maße offenbart. Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie sah sich genötigt, die vereinbarten Löhne bis zum 1. Juni 1924 zu kündigen, weil nur durch eine Ermäßigung der Gestehungskosten eine Absatzmöglichkeit bleibe und somit die Fortführung der Betriebe möglich sei. Zugleich aber erkennen die Arbeitgeber in Übereinstimmung mit den Arbeitnehmern die Unmöglichkeit eines Lohnabbaus an. Nur in einer Ermäßigung der Kohlenpreise und einer Verlängerung der Arbeitsdauer seien die Heilmittel für die wirtschaftliche Krise zu finden. Indessen haben schon zahlreiche Betriebsstillegungen oder Einschränkungen stattgefunden. Am 1. Juni 1924 wurde der größte Teil der Glasindustrie stillgelegt, und auch die Metallindustrie hat Arbeiterentlassungen zu verzeichnen. Bei der Saarländer Eisenbahn ist im Haushaltsplan für das Jahr 1925 die Entlassung von 1100 Arbeitern vorgesehen. Im Mai schon sah die Direktion der Dillinger Hüttenwerke sich veranlaßt, der gesamten Belegschaft zum Schluß des Monats zu kündigen und am 15. September erfolgte die Schließung der Röchlingschen Werke. Obgleich die Kündigung bei den Dillinger Hüttenwerken vorläufig wieder zurückgenommen wurde, so steht doch fest, daß die Fortführung der Betriebe doch nur bei dem Zustandekommen bedeutender Erleichterungen möglich bleiben wird.

Von allen diesen Schwierigkeiten weiß anscheinend die Regierungskommission nichts. Vergebens wird man in ihren optimistischen Berichten an den Völkerbundsrat die Mitteilung suchen, daß den mit französischem Kapital arbeitenden Werken, die mit den Saargruben Kohlenlieferungsverträge zu bedeutend ermäßigten Preisen abgeschlossen haben, von der Bergwerksdirektion schon mehrmals weitgehende Zahlungsstundungen bewilligt worden sind; ebensowenig erwähnt die Regierungskommission, daß sie selbst der Dillinger Hütte 23 Millionen Franken Kredithilfe aus Rücklagen des Beamtenpensionsfonds hat gewähren müssen, damit die Schließung dieser Werke verhütet werde. Auch die Tatsache, daß sogar die mit französischem Kapital arbeitenden und begünstigten Betriebe keine Dividende zahlen können, bleibt unerwähnt. Die Regierungskommission zieht es wie stets vor, die Zustände in hellen Farben zu malen, zumal sie weiß, daß der Völkerbundsrat nur notgedrungen gewillt ist, zu einer Untersuchung auf eigene Faust zu schreiten.

Saargebiet durchaus nicht derselbe. Bekanntlich hat das französische Großkapital ungefähr 60 vH der in der saarländer Industrie angelegten Kapitalien inne. Von den größeren Werken haben nur die Röchlingschen sich von diesem Einfluß freizuhalten gewußt. Nach dem Maßstabe der Beteiligung des französischen Kapitals an den verschiedenen Werken wird der Preis der Saarkohlen von der Bergverwaltung niedriger oder höher festgesetzt, wodurch zugleich eine vorzügliche Handhabe gewonnen ist, die auf Selbständigkeit Wert legenden Industriellen auf die Knie zu zwingen.

Die Stillegung der Völklinger Hüttenwerke betraf allein 7000 Arbeiter. Fast noch bedauerlicher war, daß die sozialdemokratische Partei diese Gelegenheit zu parteipolitischen Zwecken ausnutzte. Schon am 12. September faßte der Vorstand der Partei eine Entschließung, worin der Austritt aus der interparteilichen Vereinigung im Saargebiete erklärt wurde, mit der Begründung, die Stillegung der Völklinger Werke sei nur zum Zwecke der Abschaffung des Achtstundentages und einer 25prozentigen Lohnkürzung beschlossen. Zugleich fing eine von persönlichen Verdächtigungen begleitete Hetze gegen Dr. Röchling an und erging eine Eingabe an die Regierungskommission, worin die Bereitstellung von Notstandsarbeiten und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent verlangt wurde. Dieselben Anträge wurden an die Stadtverwaltung von Saarbrücken und an die anderen in Frage kommenden Gemeinden gerichtet. Dr. Röchling veröffentlichte seinerseits eine Anzahl Zahlen, woraus die Unmöglichkeit der Fortsetzung der Arbeit gemäß dem vorher gültigen Lohnabkommen klar dargelegt war. Präsident Rault hatte alsbald erkannt, daß sich hier eine besonders aussichtsvolle Gelegenheit darbot, einen Keil in die Bevölkerung zu treiben. In einer Unterredung, die er einem Ausschuß der sozialdemokratischen Partei gewährte, stellte er sich unbedingt auf die Seite der Arbeiter. Die neue saarländische Arbeitskammer werde als erste Vorlage die eines Gesetzes über den Achtstundentag erhalten und der Präsident persönlich sei gegen jeden Lohnabbau. Für eine Reihe von Arbeitern, die von der Stillegung betroffen würden, habe er schon Arbeitsgelegenheit in den an der Grenze gelegenen lothringischen Gruben gefunden und auch die französischen Saargruben würden Leute einstellen; im ganzen wäre dadurch 2000 Arbeitern geholfen. Noch eine Reihe anderer Maßnahmen wurden aufgezählt. Die Richtung der Politik des Präsidenten sei eine „demokratisch-soziale", eine Versicherung, die mit einer vor einiger Zeit abgegebenen Erklärung Raults, das vornehmste Ziel der Saarregierung sei, aus dem Saargebiet einen Arbeiterstaat zu machen, in schönstem Einklang war. Aber der Präsident schwieg sich sorgsam darüber aus, daß er den Vorschlag, der Völklinger Hütte monatlich eine Anleihe oder Zahlungsstundungen zu gewähren, wie es bei anderen mit französischem Kapital arbeitenden Werken geschehen war, abgelehnt hatte.

Indessen war der Zweck, die Einheitsfront der politischen Parteien im Saargebiet zu brechen, erreicht und das sozialdemokratische Organ „Die Volksstimme" führte den Kampf gegen die Direktion der Röchlingwerke an der Seite des „Saarkuriers". Ein Antrag an die Regierungskommission, sie möge eine Herabsetzung der Kohlenpreise bei der französischen Bergwerksdirektion erwirken, hatte vorläufig keinen Erfolg. Erst nach mehreren Wochen kam der Verwaltungsrat der Gruben aus Paris nach Saarbrücken, um über die Herabsetzung zu verhandeln, was der „Volksstimme" Anlaß gab, dem Rate eindringlich warnend zuzurufen, daß Herr Röchling und seine „Gewaltmethode" triumphieren würden, wenn jetzt eine Kohlenpreisermäßigung eintrete. Erst am 30. Oktober konnte der Bürgermeister der Stadt Saarbrücken, Dr. Neikes, erreichen, daß ein Vergleich auf der Grundlage einer geringen Ermäßigung der Löhne und eines gemeinschaftlichen Eintretens für weitere Ermäßigung der Kohlenpreise zustande kam, und am 3. November wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die zerschlagene Einheitsfront der politischen Parteien im Saargebiet ist aber wegen der fortgesetzten ablehnenden Haltung der Sozialdemokraten bis jetzt nicht wiederhergestellt, und die „Volksstimme" setzt ihre hetzerische und den Interessen des Saargebietes so schädliche Taktik ungeändert fort, wenn auch die Parteileitung die Erklärung abgegeben hat, für die Verteidigung der großen Lebensfragen des Saarvolkes nach wie vor ihre ganzen Kräfte einsetzen zu wollen.

Völkerbund und Schulpolitik

Die Begünstigung der französischen Schulen durch die Saarregierung (vgl. S. 33 f.) hatte sich allmählich so weit entwickelt, daß die Abteilung für Kultus und Schulwesen besondere Formulare für die Ummeldung der Kinder aus den deutschen in die französischen Schulen der Bergverwaltung verbreitet. Diesen Formularen ist ein besonderer Nachsatz angefügt, in dem ausdrücklich auf den Vorzug der Zweisprachigkeit der französischen Schulen und auf die Vorteile daraus bei Bewerbungen um Stellungen hingewiesen wird. Daß den deutschen Kindern in den französischen „Domanialschulen" in ihrer Muttersprache nicht einmal das Mindestmaß einer Schulausbildung zuteil wird, hütet sich die Regierungskommission allerdings hinzufügen. Kennzeichnend für die Verhältnisse ist schließlich eine schon vor längerer Zeit den Landräten und den Bürgermeistern zugegangene Verordnung, daß die deutschen schulgesetzlichen Bestimmungen über die Bestrafung unentschuldigter Versäumnisse auf die Kinder der Domanialschulen keine Anwendung finden sollen. Die Regierungskommission fördert damit bewußt den Besuch der französischen Schulen auf Kosten der Gründlichkeit der Ausbildung der saarländer Jugend.

Schon im Juli 1920 hatte die Regierungskommission die Volksschullehrer zu unmittelbaren Staatsbeamten ernannt und im November 1920 auch ihre Gehälter auf die Staats-

kasse übernommen. Oktober 1923 schließlich unterbreitete die Regierung dem Landesrate einen Gesetzentwurf, nach dem auch die Ernennung der Volksschullehrer künftig von der Regierungskommission vorgenommen werden sollte. Damit der Entwurf annehmbarer sei, wurde auch die Bildung von Elternbeiräten vorgesehen, mit denen die Vertreter der Regierung über die Schulfragen zu beraten hätten. Dessen ungeachtet wurde die Vorlage vom Landesrat einstimmig abgelehnt, weil man sich allgemein mit dem Staatsschulmonopol und dem fast uneingeschränkten Staatseinfluß in Schulfragen nicht abfinden konnte. Unnötig wohl zu erwähnen, daß nichtsdestoweniger die Volksschule und ihre Lehrer jetzt in völlige Abhängigkeit von der Regierungskommission geraten sind.

Natürlich hat auch die Bevölkerung des Saargebiets selbst wiederholt durch ihre Vertreter im Landesrat, durch die Presse, bei den Beratungen der Stadtverordneten und in Massenversammlungen gegen das Verhalten der Regierungskommission protestiert, zumal sie die konfessionslosen französischen Schulen großenteils als religionsfeindlich empfand. Die französische Bergwerkverwaltung versuchte zwar diesen Einwand dadurch zu beseitigen, daß die deutschen Kinder sich am Religionsunterricht außerhalb des Stundenplans beteiligen konnten. Damit waren aber die französischen Schulen noch keineswegs berechtigt, sich als Konfessionsschulen aufzuspielen, was sie dennoch taten.

Der wahre Charakter der im Saargebiet gegründeten und unterhaltenen französischen Schulen wurde von dem französischen Abgeordneten Ferry in seiner Rede vor französischer Zuhörerschaft bloßgelegt: „Man wird sich klar sein über den Einfluß, den ein wohldurchdachter französischer Unterricht auf die Jugend dieses Landes ausüben kann. In zwölf Jahren, wenn die Abstimmung stattfindet, werden die Kinder, die jetzt neun Jahre zählen, das Alter haben, um daran teilzunehmen. In unseren Schulen ausgebildet, werden sie sich wahrscheinlich für den Anschluß an Frankreich aussprechen." Führende Persönlichkeiten der Bergwerksdirektion haben sich bei Preisverteilungen in den französischen Schulen oft genug im selben Sinne ausgesprochen und dabei stets auch der angeblichen früheren engen und herzlichen Beziehungen zwischen der Saarbevölkerung und Frankreich Erwähnung getan.

Nachdem alle deutschen Verwahrungen gegen die vertragswidrigen Verordnungen der Regierungskommission und die französische Schulpropaganda unerörtert beiseite geschoben waren, reichten die Vertreter der Saarbevölkerung und die deutsche Regierung bei der Sitzung des Rates im September 1924 eine neue Note ein. Als Anlage war ein Gutachten des Berliner Juristen Joseph Partsch beigegeben, das sowohl die rechtliche Grundlage der französischen Domanialschulen für deutsche Kinder bestritt als auch die Gültigkeit der Verordnungen über die Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht in diesen Schulen und über die unentschuldigten Schulversäumnisse. Wohl unter dem Eindruck dieses Gutachtens beeilte sich die Regierungskommission, wenigstens die Verordnung über die unentschuldigten Schulversäumnisse zurückzuziehen. Im übrigen verteidigte sie hartnäckig das System der französischen Schulen unter Beteiligung deutscher Kinder, als die Frage in der Sitzung des Völkerbundsrates zur Erörterung kam. Der italienische Delegierte Salandra, der in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 19. September 1924 über sämtliche Saarfragen Bericht erstattete, meinte, daß es sich bei dem Streitpunkte der Schulen um eine Frage der Auslegung der Bestimmungen des Saarstatuts handle, für deren Entscheidung nach denselben Bestimmungen nur die Regierungskommission zuständig sei. Glücklicherweise fiel in diesem Sinne keine Entscheidung. Auf Antrag des schwedischen Ratsmitgliedes Branting wurden die Besprechungen auf die Dezembersitzung des Rates vertagt, damit die von Salandra aufgeworfene Frage und die neu eingereichten Dokumente näherer Prüfung unterzogen würden.

Welch eine klägliche Figur macht hier der hohe Rat! Welch ein Unfähigkeitszeugnis stellt er mit dieser Entschließung sich selbst aus! Nach jahrelangen, fortwährend wiederkehrenden Anklagen und Protesten das Geständnis, daß die für das Ansehen des Völkerbunds so wichtige, den europäischen Frieden ständig bedrohende Saarfrage noch nicht einmal einer eingehenden Untersuchung unterzogen ist! Um das Maß voll zu machen, hat der Rat in seiner Sitzung vom 30. September 1924 anstatt des verstorbenen Spaniers Espinosa das seit 1921 Sitz habende Mitglied des obersten Gerichtshofs im Saargebiet, Vezenski, vormals Ministerialrat im Justizministerium in Prag, als Regierungsmitglied für Unterricht, Kultur und Justiz angewiesen. Die Entscheidung über die saarländer Schulfrage in die Hände eines Tschechen gelegt!

Die Dezembertagung 1924 brachte endlich die Entschließung. Der italienische Berichterstatter Salandra hielt an seiner Auffassung fest, daß es sich bei der Schulfrage um eine Auslegung des Saarstatuts handle, wofür nur die Saarregierung zuständig sei und begnügte sich damit, sein Vertrauen in die Weisheit der Regierungskommission auszusprechen, womit Präsi-

dent Chamberlain sich einverstanden erklärte. Damit, daß der anwesende Präsident der Saarregierung eine verständnisvolle Behandlung der Frage versprach, waren die deutschen Proteste erledigt. Ende Februar 1925 erließ Rault eine neue Bekanntmachung über den Besuch der Schulen der französischen Gruben, die nach dem gewöhnlichen Muster abgefaßt war. In der letzten Zeit seien Klagen über einen direkten oder indirekten Druck, schulpflichtige Kinder anstatt in die öffentliche deutsche Volksschule in die Schulen der französischen Gruben zu schicken, laut geworden, welche die Regierungskommission nicht untersuchen könne, weil solche Klagen der Kommission selbst nicht zugegangen seien. Wohl aber sei ihr bekannt geworden, daß man deutsche Eltern, die ihre Kinder in die französischen Schulen schicken, bedroht habe. Die Regierungskommission macht deshalb darauf aufmerksam, daß es den Grubenangestellten nach den bestehenden Gesetzen freistehe, ihre Kinder in die Schule ihrer Wahl zu schicken. (Daß diese Gesetze zuerst von der Regierungskommission zugunsten der französischen Schulen abgeändert sind, wird natürlich nicht erwähnt.) Während aber bisher alle Gesuche um Zulassung zu den französischen Schulen bewilligt worden seien, werde diese Bewilligung in Zukunft nur dann erteilt werden, wenn wichtige Gründe, die in den Gesuchen anzugeben sind, dafür sprechen.

Das System

Offenbar hat man es bei der Völkerbundsregierung im Saargebiet mit einem System zu tun, bei dem die in höchster Instanz verantwortlichen Stellen der Sicherung der Rechte und des Wohlergehens der Bevölkerung nur ein bedeutend geringeres Interesse entgegenbringen als der Schonung der an der Verwaltung beteiligten Personen und der gegenseitigen politischen Interessen. Die französische Demokratie, als deren Vertreter der Ministerpräsident sich aufzuspielen beliebt, beharrt in der bisher vom nationalen Block vorgeschriebenen Politik. Ihre Genfer Abgesandten haben sich nach wie vor geweigert, den nach Genf entsandten saarländischen Landesratmitgliedern Gelegenheit zu geben, die in den eingereichten Denkschriften enthaltenen Beschwerden mündlich näher zu begründen. Allem Anschein nach wird Ministerpräsident Painlevé in derselben Weise fortfahren. Kann es bei dieser Sachlage wundernehmen, daß der Völkerbundsrat den Präsidenten Rault, der im Widerspruch mit der ihm auferlegten Pflicht sich stets als Sachwalter der französischen Regierung zeigte, dennoch im März 1925 wiederum auf ein Jahr in seinem Amte bestätigte?

Zu den zahllosen Quälereien der Bevölkerung ist seit dem 10. Januar 1925 noch die Einverleibung des Saargebietes in das französische Zollsystem gekommen, gewiß die scheußlichste der vielen Ungeheuerlichkeiten des Versailler Friedensdiktats, weil die Bevölkerung dieser Vergewaltigung absolut machtlos gegenübersteht; weil es hier nicht eine seelische Bedrückung gilt, der seelische Kraft und seelische Hoheit gegenübergestellt werden können, sondern ein materielles Druckmittel, woraus die Absicht, durch materielle Schwierigkeiten die Bevölkerung gefügig zu machen, nur allzudeutlich zutage tritt. Schon jetzt hat sich herausgestellt, daß die Interessen der Saarbevölkerung bei der französischen Regierung nur als Tauschobjekt in Betracht kommen und der Verdacht ist gewiß nicht unbegründet, daß auch im Völkerbundsrat die saarländer Interessen öfters die nämliche Rolle spielen.

Was denn soll die schon so lange gequälte Saarbevölkerung noch tun, um die Welt endlich von ihrem guten Rechte im Kampfe mit übermächtiger, rücksichtsloser Habgier und der diesem Ungeheuer ergebenen Regierungskommission zu überzeugen? Soll sie noch zehn lange Jahre Geduld und Selbstbeherrschung üben, ihre verbrieften heiligsten Rechte und Gefühle mit Füßen treten lassen und währenddem von fremder Macht an den Bettelstab gebracht werden? Werden der hohe Völkerbundsrat und die Völkerbundsversammlung denn niemals Verständnis dafür zeigen, daß auch wenn die Gründung des Völkerbundes und der Zutritt seiner Mitglieder durchaus nicht überall mit Begeisterung aufgenommen wurde, dennoch auf sämtlichen Mitgliedern die unverkennbare Pflicht ruht, den in den Satzungen zum Ausdruck gebrachten Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen?

Ein Holländer über die Ruhrbesetzung

Dr. Molenbroek, der für dieses Heft den vorstehenden Beitrag geliefert hat, ist einer der unentwegtesten Vorkämpfer der Wahrheit in Holland. Seine neueste Schrift: „Prof. Emile Doumergue en de Roerbezetting" verdient besonders hervorgehoben zu werden, da sie auf jeder Seite eine überlegene Beherrschung des gesamten Kriegsschuldmaterials zeigt. Die Schrift wendet sich gegen den französischen Professor Doumergue. O. St.

Die britische Auffassung des Völkerbunds

Von C. Delisle Burns in London

Dr. Bergsträsser von der Universität Heidelberg, der gerade in England war, als Herr Burns, das für Völkerbundfragen maßgebende Mitglied der Arbeiterpartei, obigen Artikel für uns schrieb, hatte die besondere Freundlichkeit, die Übersetzung zu besorgen. D. Schriftltg.

Völkerbund — League of Nations, Société des Nations — ist die Bezeichnung eines Systems der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Welt, das weder ein „Überstaat", noch ein Staatenbund ist. Eine größere Genauigkeit in der Definition des Verhältnisses des Völkerbundes zu seinen Mitgliedern haben wir in Großbritannien nicht nötig. Sind wir doch aus unserer eigenen Erfahrung gewöhnt, Regierungsmethoden anzuwenden, bevor wir ihr Wesen erörtert haben. Niemand wird die Realität des British Empire bestreiten. Die Teile, aus denen dieses Reich besteht, arbeiten zusammen. Aber wir haben es nicht für notwendig gehalten, ihre gegenseitige Beziehung genau zu definieren, denn wir glauben, leichter durch die Praxis als durch eine Diskussion der Souveränität Kanadas oder Australiens das herauszufinden, was der „British Commonwealth" in Wirklichkeit ist. Diese allgemeine Haltung zu Herrschaft und Regierung muß verstanden sein, bevor erklärt werden kann, inwiefern Großbritannien Anhänger des Völkerbunds ist; denn alle politischen Parteien sind seine Anhänger, ohne genau zu fragen, inwiefern sein Dasein die Souveränität Großbritanniens antasten könnte. Alle Parteien werden sich des Apparats des Völkerbunds bedienen und andere Nationen im Gebrauch dieses Apparats unterstützen. Natürlich werden Arbeiterpartei und Konservative von diesem Apparat sehr verschieden Gebrauch machen. Darum ist es wichtig, zunächst zu erklären, worin hinsichtlich des Völkerbunds alle britischen Parteien übereinstimmen und dann die Punkte aufzusuchen, in denen ihre Meinungen auseinandergehen.

Die allgemeine Billigung und Unterstützung des Völkerbunds ist in Großbritannien zum Teil unpolitisch — in dem Sinne, daß Bestand und Entwicklung des Völkerbundes nicht zur Streitfrage wird. Die Ehrenvorsitzenden der League of Nations Union[1]), die 460000 eingeschriebene Mitglieder hat, sind Baldwin, Balfour, Lloyd George und Clynes, der Vorsitzender der Arbeiterpartei war, bevor R. Mac Donald Ministerpräsident wurde. Die aktiven Vorsitzenden der Union sind Lord Grey und Lord Cecil, und in ihrem Vollzugsausschuß sind alle politischen Parteien vertreten. Die Union unternimmt daher keinerlei Aktion weder für noch gegen eine Regierung; aber sie ist imstande, jede Regierung an die Verpflichtungen des Völkerbundpakts und den Wert der in Genf getanen Arbeit zu erinnern. Die große Mehrzahl der Parlamentsmitglieder hat während der Wahlen Erklärungen zugunsten des Völkerbunds abgegeben, und im Parlament befindet sich eine starke Gruppe von Mitgliedern der League of Nations Union. Es wäre also für jeden einflußreichen Politiker ganz unmöglich, sich in eine oppositionelle Stellung zum Völkerbund zu begeben.

Aber was bedeutet diese allgemeine Zustimmung? Ist sie nur ein neues Beispiel britischer Heuchelei? Beabsichtigen wir, den Völkerbund zur Befestigung unserer eigenen Macht zu benutzen? Oder handelt es sich nur um eine bedeutungslose Sentimentalität? Der Vorwurf der Heuchelei wird gewöhnlich dort erhoben, wo man keinen Sinn für die britische Tradition hat, immer nur eine Arbeit auf einmal zu tun. Wir lieben keine allgemeinen Grundsätze; und dieser unser Fehler führt manchmal dazu, daß wir heute etwas tun, das das Gegenteil dessen bedeutet, was wir gestern taten. Aber die Briten sind weder heuchlerisch, noch imperialistisch, noch sentimental in ihrer Unterstützung des Völkerbunds. Alle Parteien erwarten

[1]) Eine in ihrem Zweck der Deutschen Liga für Völkerbund entsprechende Organisation mit ausgedehnter Informations- und Propagandatätigkeit. Anm. des Übers.

von seiner Wirksamkeit ein Ergebnis: den Frieden. Und wir verstehen unter „Frieden" nicht sentimentale Freundschaft, sondern ein Regierungssystem, dasselbe, was wir mit „The King's Peace" zu Hause meinen und mit der „Pax Britannica" im Empire. Für uns ist der Völkerbund also in erster Linie ein Regierungssystem — mit bestimmten Mängeln, natürlich, aber dennoch sehr wertvoll, vor allem wenn man die kurze Zeit seines Bestehens bedenkt.

Aus solchen Gründen wünschen alle britischen Parteien übereinstimmend den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wir glauben, daß das System des Völkerbundes leistungsfähiger sein wird, wenn zu dem allgemeinen Erfahrungsschatz der Deutschlands hinzukommt. Und sogar die schlimmsten Pessimisten würden uns darin recht geben, daß nach Deutschlands Eintritt das Völkerbundsystem zum mindesten vollständiger wäre. Wir hoffen also, daß dieser Eintritt im September vollzogen werden wird. Ferner sind wir alle davon überzeugt, daß das Geschick der Nationen, vor allem ihr wirtschaftliches Schicksal ineinander verwoben ist und daß darum gemeinsame Beratung, wenn nicht gemeinsames Handeln, wünschenswert wird. Bestünde der Völkerbund nicht schon, so müßte man ihn erfinden.

Schließlich sind wir alle der Meinung — obwohl in dieser Hinsicht die konservative Haltung weniger entschieden sein mag —, daß die Verbesserung der durch den Frieden von Versailles geschaffenen Lage nur auf dem Wege über den Völkerbund erfolgen kann und erfolgen sollte. Z. B. sieht der Artikel 19 des Völkerbundpaktes die Ausarbeitung einer Methode zur Revision veralteter Verträge vor. Früher oder später wird sich diesem Artikel die Aufmerksamkeit zuwenden, die andere Artikel schon gefunden haben. Zweitens steht Artikel VIII des Pakts, in dem Pläne zur Beschränkung der Rüstungen vorgesehen sind, in Beziehung zu Teil V des Versailler Vertrags, der ein Versprechen der Alliierten Mächte gegenüber Deutschland enthält, dahingehend, daß dessen Entwaffnung von einer allgemeinen Entwaffnung gefolgt sein würde. Aus Artikel VIII ist das Protokoll der letzten Versammlung entstanden: Und was auch das Schicksal dieses Dokuments sein mag, seine Geschichte zeigt, daß das im Teil V des Versailler Vertrags gegebene Versprechen nur durch den Völkerbund ausgeführt werden kann. Alle Parteien in Großbritannien erwarten deshalb vom Völkerbund Verbesserungen in der internationalen Gesamtlage.

Es besteht aber kein Zweifel, daß hinsichtlich der Verwendung und Entwicklung des Völkerbundes eine große Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden großen politischen Gruppen Englands besteht. Der Leser muß hier darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Verfasser dieses Artikels, der ein Mitglied des Vollzugsausschusses der League of Nations Union ist, gleichzeitig als Mitglied der Arbeiterpartei angehört und deshalb mit den politischen Zielen der Linken vertrauter ist als mit denen der Rechten. Aber die konservative Regierung scheint — vorsichtig ausgedrückt — ganz entschlossen zu sein, den Apparat des Völkerbundes zu benutzen, um alle jene internationalen Einrichtungen aufrechtzuerhalten, die bis jetzt gegründet worden sind. Diese Regierung wird wohl auch fernerhin die Tätigkeit des Völkerbundes auf den Gebieten des Finanz- und Verkehrswesens und der Hygiene unterstützen — aber es bleibt abzuwarten, ob sie sich an sozialpolitischen Maßnahmen durch die Arbeitsorganisation des Völkerbundes beteiligen wird. Eine weitere Erörterung der konservativen Politik sei vermieden, zumal eine politische Auseinandersetzung hier nicht am Platz wäre. Es muß aber klargestellt werden, daß die gegenwärtige Regierung keinesfalls die Verbindung Großbritanniens mit dem Völkerbund schwächen wird. Der Ministerpräsident ist gewiß kein Militarist, und ihn als Reaktionär zu bezeichnen, wäre weder anständig noch gerecht. Die mehr kriegerischen Mitglieder seines Kabinetts werden daher gewiß nicht imstande sein, die Wirksamkeit des Völkerbundes zu verringern. Und es gibt einige Mitglieder der gegenwärtigen konservativen Regierung, die für Ausdehnung und Entwicklung des Völkerbundes arbeiten werden.

Die Politik der Arbeiterpartei, die jetzt in Opposition steht und nach Ablauf einiger Jahre notwendigerweise die Regierung Großbritanniens bilden wird, nimmt dem Völkerbund gegenüber eine noch entschieden günstigere Haltung ein. Gewiß wird auch hier Kritik an ihm geübt. Im Jahre 1919 war die Arbeiterpartei dem Völkerbund gegenüber ebenso mißtrauisch wie gegenüber dem Versailler Vertrag: sie fürchtete das Schlimmste von den Parteigängern des Krieges, die von Deutschland phantastische Reparationen verlangten. Deshalb beobachtete die Arbeiterpartei den Völkerbund in seinen ersten Jahren und richtete ihre Energie mehr auf die Erörterung seiner Entwicklungsmöglichkeiten als auf die Unterstützung seiner Verwendung in der bisherigen Form. Man fühlte sich damals vor der Alternative, ob der Versailler Vertrag den Völkerbund zerstören oder der Völkerbund den Friedensvertrag revidieren würde; aber die Mehrheit der Arbeiterpartei ist jetzt der Überzeugung, daß der Völkerbund zu stark sein wird, um den Absurditäten — nicht zu reden von den Ungerechtigkeiten — des Versailler Vertrags zum Opfer zu fallen. Deshalb unterstützen wir vertrauensvoll die Ausbreitung und Entwicklung des Völkerbundes und seiner Arbeiten.

Es war selbstverständlich, daß während der Amtsdauer der Arbeiterregierung im Jahre 1924 Völkerbundmethoden einen Einfluß auf die Politik Großbritanniens haben würden. Tatsächlich wäre ohne die Erfahrungen mit dem Völkerbundplan für Österreich der Dawesplan nie zustande gekommen; und was man auch gegen ihn sagen mag, er hat zum mindesten durch die Festsetzung einiger bestimmter Zahlen die Lage in der Reparationsfrage verbessert. Auf der Völkerbundsversammlung gab die Führung der britischen Delegation, durch Ramsay Mac Donald als Ministerpräsidenten, reichlich Gelegenheit, die Anteilnahme der Arbeiterpartei am Völkerbund zu erkennen. Das Protokoll für Schiedsgericht und Entwaffnung zeigte deutlich, daß Großbritannien unter einer Arbeiterregierung gewillt war, sein Teil in der Ausführung des Deutschland im Teil V des Versailler Vertrages gegebenen Versprechens zu tun und in Beratungen über eine allgemeine Entwaffnung einzutreten.

Was ist von der Zukunft zu erwarten? Die Arbeiterpartei wird sich gewiß des Regierungsapparates so bedienen, wie sie ihn vorfindet, wenn sie zur Macht kommt; denn es besteht keine Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Änderungen in der britischen Politik. Aber der Völkerbund wird zweifellos in Tätigkeit und Struktur durch eine Regierung verändert werden, die entschlossen ist, den Frieden der Welt auf einer neuen Grundlage zu organisieren. Dieser Neuaufbau wird eine gewisse Verdrängung militärischer Einflüsse mit sich bringen, und es mag daher aussehen, als sei er unpraktisch gedacht. Jedenfalls ist es nicht wahrscheinlich, daß die Haltung der Arbeiterpartei dort verstanden wird, wo man das Problem der Nationen nur mit den Begriffen militärischen und wirtschaftlichen Zwangs aufzufassen vermag: und es ist nicht möglich, hier die Grundlagen der Politik zu erörtern. Aber man sollte allgemein beachten, daß die Arbeiterpartei nicht vorschlägt, die britische Flotte zu versenken oder Armee und Luftwaffe aufzulösen. Wir wissen sehr wohl, daß Macht ein Faktor in der Politik, besonders in der internationalen Politik ist. Wer sich aber mit „Realpolitik" brüstet, macht den Fehler, anzunehmen, daß Macht der einzige oder der hauptsächliche Faktor ist. Das leugnen wir. Andere Einflüsse sind am Werk, und diese andern Einflüsse können wir benutzen und kräftigen. Deshalb sehen wir im Völkerbund nicht einfach eine Filiale der Kriegsministerien, sondern den ersten Versuch einer Alternative zur Diplomatie der Gewalt und der Drohungen. Nur dann werden kleine Nationen ihr volles Gewicht bekommen, wenn das internationale Leben nicht gehemmt ist durch die Rüstungen und Kämpfe der großen Mächte. Nur dann werden sich die Freiheiten aller Nationen entwickeln, wenn nicht länger Furcht die Beziehungen zwischen Nachbarn beherrscht.

Die Arbeiterpartei hat nicht einen ausgeklügelten Plan, um die Welt in Ordnung zu bringen. Ihre Grundsätze sind klar. Aber deren Anwendung ist noch im Dun-

keln, weil die Lage sich verändert und wir gewiß vor einer neuen Situation stehen werden, wenn die Konservativen in einem Wahlkampf unterliegen. Aber dessen mögen die andern Völker der Erde gewiß sein — wenn die Arbeiterpartei zur Macht kommt, wird sie nichts fehlen lassen an jener Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Fühlungnahme, die unerläßlich ist, wenn die Nationen unter „Frieden" nicht eine Pause zwischen Kriegen verstehen sollen, sondern ein neues System zwischenstaatlicher Regierung. Das Hauptmittel dieses neuen Systems wird gewiß der Völkerbund sein, der dann, wie wir hoffen, Deutschland und die Vereinigten Staaten schon umfassen wird.

Für das tägliche Leben der Nation sollte man ein aufmerksames Auge haben. Die Presse teilt nichts mit über das Wachstum von Interesse und Verständnis für den Völkerbund in Großbritannien. Politische Debatten beschäftigen sich selten mit ihm. Aber unzählige Zusammenkünfte finden wöchentlich auf unseren Inseln statt, in denen über den Völkerbund gesprochen wird: Die Leiter des Unterrichtswesens haben jede Gelegenheit gegeben, die Kenntnis vom Völkerbund unter Schülern und Lehrern zu vermehren. Und die religiösen Körperschaften, die im politischen Leben Großbritanniens noch immer einflußreich sind, treten alle für das System des Völkerbundes ein. Folglich wird man hier wahrscheinlicherweise in Zukunft eher mehr als weniger am Völkerbund Anteil nehmen. Und es ist sehr wohl möglich, daß der Völkerbund, wenn er in einigen Angelegenheiten Erfolg hat, sogar wenn er Fehler macht wie in Schlesien und im Saargebiet, so verbessert werden kann, daß er der Hoffnungen seiner Gründer wert wird. Wir in England können nur hoffen, daß uns Deutschland in unseren Anstrengungen zur Organisation des Friedens beistehen möge.

Der englische und der französische Standpunkt

Von Friedrich Sieber in Löbau (Sachsen)

Lord Parmoor, der Nachfolger Lord Cecils als Vertreter Englands im Völkerbunde, eröffnete die 28. Sitzung des Völkerbundsrates mit folgenden Worten: „Als Vertreter Großbritanniens und seines Ministerpräsidenten bitte ich erklären zu dürfen, daß die Politik Großbritanniens immer auf den Völkerbund gegründet sein wird. Solange die Arbeiterregierung im Amt ist, wird sie ihr Äußerstes tun, den Zweck des Bundes zu entwickeln." Parmoors Bericht enthält keine Übertreibung, wenn er versichert, daß weite Kreise der englischen öffentlichen Meinung den Völkerbund begünstigen. Ein schon zu Friedenszeiten entschiedener Vorkämpfer des Völkerbundes, Norman Angell, schildert die Lage folgendermaßen: „Hätte man sich 1910 einem Manne von konservativer Gesinnung und Verbindungen genähert, etwa Lord Cecil, und Ausdrücke gebraucht wie Völkerbund, Völkerbundsrat, Bundesversammlung, so wäre man von ihm aufgefaßt worden als ein Verschrobener der schlimmsten und hoffnungslosesten Sorte. Aber jetzt gebrauchen Ministerpräsidenten, Staatssekretäre für auswärtige Angelegenheiten und Botschafter diese Ausdrücke und Worte, oft in Wahrheit mit Widerwillen, aber mit dem Wissen, daß die politischen Kräfte und Bestrebungen, die diese Ausdrücke darstellen, in Rechnung zu stellen sind."

Lord Parmoor hat die Beziehungen Englands zum Völkerbunde im englischen Auswärtigen Amt verankert. Dem britischen Ratsmitgliede untersteht dort eine besondere Abteilung, die in dauernder Verbindung mit den übrigen Abteilungen steht. Das zweite Kabinett Baldwin hat Viscount Cecil als Minister ohne Portefeuille aufgenommen, um einen Sachverständigen für Völkerbundsangelegenheiten in seiner Mitte zu haben. Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten des neuen Kabinetts, Herr Austen Chamberlain, reiste nach Rom, um an der Sitzung des Völkerbundsrates teilzunehmen. Das neue Kabinett wollte damit zum Ausdruck bringen, daß es den Völkerbund als hervorragenden Faktor seiner Außenpolitik betrachtet

Der Völkerbund beruht auf dem Grundgedanken, zwischenvölkische Beziehungen durch internationale Abmachungen zu regeln. Schon früh sind die Begriffe der Kontrebande und der Blockade in den Kreis von Verhandlungen getreten. Erst als sich seit etwa 1700 über diese Punkte ein Gewohnheitsrecht herausgebildet hat, wird die Frage der Neutralität schärfer beachtet und untersucht. Ausschlaggebend wird vor allem die Ansicht Rousseaus, daß Völker, nicht Volksangehörige, gegeneinander Krieg führen. Von hier aus entsteht die Auffassung, daß der Herrscher zwar streng verpflichtet ist, Neutralität zu üben, nicht aber seine Untertanen vom Verkehr mit kriegführenden Völkern fernzuhalten. Diese Meinung vertritt die berühmte Proklamation des Amerikaners Jefferson von 1793: „Es hat den amerikanischen Bürgern immer freigestanden, Waffen herzustellen, zu verkaufen und auszuführen. Es ist der dauernde Beruf und Lebensunterhalt einer Anzahl von ihnen. Ihren Beruf zu unterdrücken, vielleicht das einzige Mittel ihres Unterhalts, weil ein Krieg in einem fremden und fernen Lande geführt wird, an dem sie kein Interesse haben, kann kaum erwartet werden." Die Folgen dieser Einstellung Amerikas, die sich seit 1793 nicht geändert hat, haben wir während des letzten Krieges in aller Schärfe zu spüren bekommen. England und Amerika haben in allen Kundgebungen, die sich auf Regelung internationaler Beziehungen richten (Amerikanische Neutralitätsakten von 1794 und 1818; Britische Anwerbeakten von 1819 und 1870) als tüchtige Geschäftsleute nie den Schritt vollzogen, der allein einen wahren Begriff der Neutralität geschaffen hätte, nämlich dem Herrscher das Recht zuzusprechen, seinen Untertanen jede Begünstigung einer kriegführenden Partei zu untersagen. Während der Napoleonischen Kriege wurde die Lehre von der Kontrebande weiterentwickelt. Ein neues erregtes Durchdenken der geltenden Gepflogenheiten brachte dann der Nordamerikanische Bürgerkrieg. Der Baumwollhafen Liverpool war aus Geschäftsinteresse der Mittelpunkt lebhafter Propaganda für Unterstützung der Südstaaten. In Liverpool wurden Schiffe zur Unterstützung der Südstaaten ausgerüstet, zuletzt die „Alabama", die in langen Kaperfahrten den Nordstaaten schwersten Schaden zufügte. Die Stimmung der wiederhergestellten Union war erbittert gegen England. Im Vertrag von Washington 1871 verpflichteten sich England und Amerika grundsätzlich die Ausrüstung, Bewaffnung, Abfahrt jedes Fahrzeuges zu verhindern, das zur kriegerischen Unterstützung einer kriegführenden Partei bestimmt ist, und ihre Häfen und Gewässer zur Erneuerung und Vermehrung der militärischen Kräfte einer kriegführenden Partei nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

Dieser Vertrag fand seine erste Auswirkung in den Verhandlungen von Genua 1872. Die Alabama-Frage wurde einem internationalen Schiedsgericht vorgelegt. England wurde verurteilt, 3 Millionen Pfund Entschädigung für die Verwüstungen der in Liverpool ausgerüsteten Schiffe zu bezahlen. Dieses Ergebnis hat der internationalen schiedsgerichtlichen Erledigung strittiger Fragen zweifellos moralisches Gewicht gegeben. Die Praxis wurde in steigendem Maße ausgedehnt auf Beilegung von kolonialen Gebietsstreitigkeiten. Der einflußreichste Staatsmann, der derartigen Entscheidungen zuneigte, war Lord Salisbury. Eine neue Stärkung der grundlegenden Gedanken kam durch die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, die gleichzeitig doch die politische Schwäche der internationalen Ideen offenbarten. Diese Ideen waren verwendbar in Lagen, die dem Lebenskern der Nationen nicht zu nahe standen, sie wurden abgewiesen, wenn sie Lebensnotwendigkeiten dieser Nationen berührten.

Die erste Haager Konferenz war von Zar Nikolaus II. zum Zweck der Rüstungseinschränkungen einberufen worden. Der russische Minister Witte hat uns belehrt und der deutsche General Graf Montgelas hat es im Münchner Schuldprozeß bewiesen[1]), daß der Konferenzvorschlag des Zaren durchaus nicht aus idealistischen Tiefen kam. Österreich wollte 1898 eine Neuorganisation seiner Artillerie vornehmen. Rußland war dazu technisch nicht in der Lage, wollte aber nicht unmittelbar an

[1]) Vgl. Maiheft 1922 der S. M., „Die Kriegsschuldlüge vor Gericht", S. 72.

Österreich herantreten, um den Anschein der Schwäche zu vermeiden. So wurd zur Erreichung des Ziels die unverfängliche Grundlage einer allgemeinen Abrüstungs konferenz gewählt. Das einzige Ergebnis, zu dem 28 Staatenvertreter gelangter bestand in der Erklärung, daß eine Einschränkung der Militärbudgets wünschens wert für die materielle und moralische Wohlfahrt der Menschheit sei. Wie vorsichti jede Nation eine Festlegung vermied, die in ihre Interessen hätte eingreifen könner zeigt das Verhalten Großbritanniens gegenüber dem amerikanischen Vorschlag die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See während der Kriegszeiten z garantieren. England lehnte ab, über die Frage überhaupt zu verhandeln. So wa das einzige Ergebnis der 1½ monatigen Beratungen die Ausarbeitung eines Plane zur Bildung eines internationalen Schiedshofes im Haag.

Die zweite Haager Konferenz von 1907 kam unter völlig veränderter politische Konstellation zustande. Jetzt lehnte Rußland ab, über die Frage der Rüstungsein schränkung zu verhandeln. Aber in England war die Angst vor der deutschen Flott ins Maßlose gestiegen. Phantastische Invasionsgeschichten trieben die Geister zu Siedehitze. Sir Edward Fry, ein britischer Delegierter, eröffnete die Diskussion Wie es England bei solchen Gelegenheiten immer tut, wurde ein realpolitisches Zi in christliche Gedankengänge gekleidet. Fry wies zahlenmäßig das Anschwelle der Rüstungsausgaben seit 1899 nach: „So groß sind die Ausgaben, die bessere Zwecken dienen könnten, so ist die Last, unter der unsre Völker seufzen, so ist de christliche Friede der zivilisierten Welt im 20. Jahrhundert beschaffen." Englan kannte wohl die Gründe der deutschen Seerüstungen, es wußte, daß Deutschlan seine Flotte zum Schutze seines Handels in Kriegszeiten brauche. Als aber di Beseitigung dieser Gründe durch Sicherstellung des Privateigentums zur See g fordert wurde, wies England dies Ansinnen kühl zurück. So verlief auch die zweit Konferenz, abgesehen von einigen seerechtlichen Abmachungen und der Einrichtun eines Prisengerichts im Haag, ohne entscheidendes Ergebnis.

Trotz der geringen Ausbeute dieser Konferenzen hatten die Ideen eines internati nalen Schiedsgerichts, der Rüstungsbeschränkung und Völkerversöhnung i der politischen Phraseologie eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gewonner England hat es in meisterhafter Weise verstanden, alle Gefühlsmassen, die sic in gewissen Kreisen um diese Begriffe gelagert hatten, zu Propagandazwecke während des Krieges zu benutzen. Schon während der Vorkriegsverhandlunge im Juli 1914 hatte Sir Edward Grey in einer Depesche an den englischen Botschafte in Berlin „hohe" Pläne angedeutet: „Wenn die gegenwärtige Krise, soviel mehr aku als irgendeine, durch die Europa seit Generationen gegangen ist, glücklich vorübe gegangen ist, habe ich die Hoffnung, daß das Aufatmen und der Gegendruck ein bestimmtere Annäherung der Nationen möglich machen werden." Im Oktober 191 schlägt Grey vor ausländischen Pressevertretern ähnliche Töne an: „Das beste, wa (von Neutralen) getan werden kann, ist die öffentliche Meinung für eine Überein kunft zwischen den Nationen heranzubilden, die es verhindern wird, daß sich ei Krieg wie dieser wieder ereignet." Das Hauptzentrum dieser Ideen war Washingtor Wilson war 1916 mit dem Plane eines Völkerbundes in die Öffentlichkeit getreter Die Alliierten, vor allem die englische Presse, waren voll Begeisterung über den Pla des amerikanischen Präsidenten. Wir erfahren von einem Engländer den tiefere Grund dieser Stellungnahme. Man wußte in England, welchen ungeheuren Wer die „Neutralität" Amerikas durch die umfangreichen Kriegslieferungen für den Aus gang des Krieges besaß. Tag für Tag erschienen Reden und Noten Wilsons mi ehrerbietigen Kommentaren der englischen Presse. Es erscheint uns heute als einc der interessantesten und lehrreichsten moralischen Phänomene, wie sich die Idee de Völkerbundes in den Ententeländern, vor allem in England (in Frankreich hat di Idee immer verhältnismäßig wenig Anhang gefunden), von Anfang an verkoppel mit der Zielvorstellung einer völligen Vernichtung Deutschlands. In dieser Verkoppe lung zweier ihrem Wesen nach sich aufhebender Ideen liegt der Wesenskern aller off

ziösen Äußerungen der Entente-Staatsmänner. Sie verheißen einen paradiesischen Friedenszustand der Menschheit, nachdem der Friedensstörer mit Stumpf und Stiel vernichtet ist. Die Ententevölker erwarteten darum von ihren Staatsmännern, die sich in Versailles trafen, ein Doppeltes: reiche Kriegsbeute — und Frieden, d. h. Sicherung der Beute.

Die erste Forderung haben die Entente-Staatsmänner im weitesten Maße erfüllt: Nachdem der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker überall dort angewendet worden war, wo es der Entente paßte, nachdem Deutschland gewaltsam verstümmelt, Österreich-Ungarn zerschlagen worden war, nachdem Polen künstlich aufgeschwemmt, die Saar unter die französische Verwaltung des Völkerbundes gestellt worden war, nachdem die Mandatspolitik auf die deutschen Kolonien keine Anwendung hatte finden können, nachdem die Türkei in schändlicher Weise vor allem von England hintergangen worden war, nachdem Präsident Wilson sein Ideal dem grausamsten Vernichtungswillen geopfert und die Welt betrogen hatte, nachdem — noch tausend Nachdem — da taucht das Gebilde des Völkerbundes auf. Zwiefache Funktion wurde dem Völkerbunde von seinen Vätern in seiner Verkoppelung mit dem Friedensvertrage zugesprochen: Vollendung des Beuteerwerbs, Sicherung der Beute. Wir dürfen uns nicht wundern, daß ein solcher Völkerbund die Unterstützung weiter Kreise der Ententevölker findet, dürfen uns nicht wundern, daß eingefleischte englische Konservative und Jingo-Leute heute mit seinem Ideenapparat arbeiten. Ehrlich beklagt sich ein englischer Pazifist: „Wir treffen täglich Männer, die unsere Ideen aussprechen, ihre entschiedenen, ja glühenden Anhänger sind. Aber wir können nicht so schnell wie sie vergessen, daß sie ein oder zwei Jahre vorher erbitterte Gegner dieser Ideen waren. Manche, die jetzt die Sitze der Macht innehaben (Baldwin-Ministerium), haben vollständig vergessen, wo sie vor zehn Jahren standen, daß sie uns fast wie Feinde der Gesellschaft behandelten und sich offenherzig freuten, als unser Sekretär ins Gefängnis geschickt wurde“ (Norman Angell). Die Lage in England ist heute derart, daß sich Gewaltpolitiker schlimmster Art und wahre Idealisten gleichermaßen auf dem Boden des Völkerbundes treffen. Daß aber bei Vereinigung so verschiedener Kräfte das Gebilde verschiedene Ausdeutung erfährt, ist selbstverständlich.

Was England durch den Versailler Völkerbund erreichen konnte, hat es erreicht. Es braucht den Völkerbund nicht mehr zum Beuteerwerb, sondern als Sicherungsgesellschaft, während Frankreich sich immer wieder bemüht, mit der richterlichen Toga des Völkerbundes seine machtpolitischen Ziele zu umkleiden. In dieser einfachen Tatsache liegt der französisch-englische Gegensatz begründet. England könnte der französischen Rheinpolitik zustimmen, wenn sie nicht eine gefährliche Schwächung seiner Position bedeutete. „Wenn Ägypten, Mosul und unsre letzte Erwerbung, Mesopotamien, gesichert sein sollen, muß das Mittelmeer das Gewässer der Dover-Patrouillen sein. Wenn wir endlich nicht einen lebenswichtigen Teil unsers Exporthandels verlieren wollen, muß Europa unser Markt sein, der Markt für uns und das britische Reich“ (Austin Harrison). Die gegenwärtige Politik Englands arbeitet darum daran, den Beutedämon aus dem Völkerbunde zu bannen. Diese Umstellung ist nicht leicht, denn die Energien, die dem Gebilde das Leben gaben, sind zu tief in ihm verwurzelt. Diese Verschiedenheit der englisch-französischen Einstellung hat im Laufe der letzten Jahre oft die Eintracht des Krieges zur Zwietracht des Friedens verwandelt. Englands Erwerbungen sind außereuropäisch, die Frankreichs wesentlich europäisch; Englands Hauptenergien lagern infolgedessen außerhalb Europas, die Frankreichs in Europa.

Englands Bestreben geht dahin, durch den Völkerbund in Europa wieder fester Fuß zu fassen. Die englische Diplomatie hat in letzter Stunde die ungeheure Gefahr erkannt, in die sie ihr Land in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit gebracht hat. Ein Dokument der Aschermittwochstimmung der englischen Diplomatie nach dem Karneval von Versailles ist das Memorandum des General Smuts vom Mai 1919 an Präsident

Wilson: „Der Krieg begann mit dem Bruch einer feierlichen internationalen Abmachung, und es ist eins unser wichtigsten Kriegsziele gewesen, internationales Recht und die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen zu verteidigen. Wenn die Alliierten den Krieg beenden, indem sie dem Beispiel Deutschlands am Anfang folgen und auch die Welt mit einem Fetzen Papier herausfordern, wird unsre Schande so groß sein, daß ich schaudre, an die letzten Auswirkungen auf die öffentliche Meinung zu denken..... Der Frieden mag wohl für die Welt ein sogar größeres Unglück werden, als es der Krieg war." England hat durch das Vernichtungswerk von Versailles mitgearbeitet, das Ein-Machtsystem in Europa aufzurichten. Das französische Machttier hat überall seine Pranken eingeschlagen: in den Galizischen Ölfeldern, in Danzig, in der Ruhr, Türkei, Rumänien, Prag, Memel, Wien, Syrien, Belgrad, Tanger, Sofia, Budapest, „eine Politik der Durchdringung, wie sie die moderne Welt noch nie gesehen hat" (Foreign Affairs, März 1924). Dieses Ein-Machtsystem ist der Tod der englischen Großmachtstellung in Europa. Für ein Europa beherrschendes Frankreich mit dem anschließenden riesigen afrikanischen Kolonialreich ist die englische Seemacht verhältnismäßig von Unwichtigkeit. Das Lebenselement Englands ist die europäische Spannung, in der sein Gewicht den Ausschlag gibt. Dies vergessen zu haben ist der schwerste Fehler der englischen Diplomatie innerhalb der neuesten Geschichte. England spannte den Bogen zu stark, der Pfeil traf den ihm gefährlichen Mann mit tödlicher Kraft, und doch mußte ein kluges England dafür sorgen, daß er nur schwer verwundet wurde.

England ist durch die Fehler seiner Diplomatie um 100 Jahre zurückgeworfen worden. Es befindet sich in derselben Lage wie vor den Napoleonischen Kriegen. Ein bis an die Zähne bewaffnetes Frankreich beherrscht Europa. Seine Vasallenstaaten liegen an den wichtigsten Gelenken dieses Machtmechanismus, denn dieses Gebilde wird nie lebendige Eigenbewegungen ausführen können, es wird nur unter dem Hochdruck des militaristischen Dampfkessels Frankreich wie eine falsch konstruierte Maschine funktionieren. Gewalt hat in Europa eine Geltung erlangt wie nie mehr seit Napoleon. Heute aber herrscht ein ganz engstirniger französischer Imperialismus, während dem Napoleonischen Imperialismus Schwungweite der Ideen nicht abzusprechen ist.

Die Lösung der Napoleonischen Situation, hartnäckiger Krieg gegen Frankreich, ist heute für England ausgeschlossen. Damals standen ihm wertvolle Hilfskräfte in Rußland, Preußen und Österreich zur Verfügung. Diese alten Stützpunkte der englischen Kontinentalpolitik liegen in Trümmern. So bleibt nur der friedliche Weg. Es ist die Umwandlung des Völkerbundes aus einer Abteilung des Quai d'Orsay in ein spannungsreicheres Gebilde. Die Frage eines wahrhaft europäischen Völkerbundes ist für England keine Frage der internationalen Gerechtigkeit, sondern der Macht, keine Frage der Menschheit, sondern eine des aus Europa hinausgetriebenen Siegers. Aber wiederum ist die englische Diplomatie in der glücklichen Lage, ein realpolitisches Ziel ethisch zu umhüllen: Seht, wir treten keinen mit Füßen, der am Boden liegt (denn wir brauchen ihn noch), während der in seinem Imperialismus wahnsinnige Franzose den Unterlegenen totschlägt.

Es ist ein erstaunliches Zeichen englischer politischer Instinktsicherheit, daß nach so schweren diplomatischen Fehlern eine Arbeiterregierung in Downing-Street residierte, als der Völkerbund während der Spätsommermonate 1924 folgenschwere Entscheidungen zu treffen hatte. Im Munde einer Arbeiterregierung klingen der Welt internationale Anschauungen ehrlicher als in dem Munde bekehrter Jingoleute.

Die Begriffe, um deren Klärung sich die 29. und 30. Sitzung des Völkerbundrates und die 5. Bundesversammlung bemühten, waren die der Sicherheit, der Schiedsgerichtsbarkeit und der Entwaffnung. Die Vorarbeiten dazu hatte eine Kommission in zweijähriger Arbeit geleistet. Im Sommer 1924 wurde ihr Arbeitsergebnis in Form eines Vertragsentwurfes über gegenseitige Unterstützung den Bundesregierungen zur Äußerung überwiesen. Die heftige Debatte, die sich darüber entspann,

läßt den englisch-französischen Gegensatz noch einmal in aller Deutlichkeit aufleuchten, obwohl Mac Donald seinem „Gesinnungsgenossen" Herriot gegenüberstand, dem Vertreter des „neuen" Geistes in Frankreich.

Der Vertragsentwurf bringt den französischen Standpunkt klar zum Ausdruck. Die psychologische Grundlage, auf der er aufgebaut ist, ist die Kriegsschuldlüge. Das stets in Waffen starrende Frankreich tritt wieder einmal als armes Opfer des deutschen Angriffes auf, das sich nach schweren innern Kämpfen endlich dazu entschließt, bewaffnete Sicherheit gegen eine Wiederholung des Angriffes zu schaffen. So besteht das Kernstück des Vertragsentwurfes darin, die Sicherheit Europas durch Abschluß von Defensivbündnissen innerhalb der Mitglieder des Völkerbundes zu gewährleisten. Der große Bund soll also in eine Anzahl unter sich verbundener Interessengemeinschaften zerschlagen werden, die in ihrem Gegengewicht nach französischer Meinung die Sicherheit Europas zur Folge hätten.

Die Regierung Mac Donalds griff diese Formulierung des französischen Standpunktes in einem Briefe (5. VII. 24) an den Generalsekretär des Bundes in scharfer Weise an. Der Zweck Frankreichs war offensichtlich, seine militärische Vorherrschaft zu garantieren: „Das mag wohl das französische Ideal der Sicherheit sein, aber es ist nicht das englische.... Es ist eine rein materialistische Fassung des Begriffes, gegründet auf das Übergewicht von Kanonen.... Wenn keine Nation entwaffnet werden soll — auch nicht teilweise — bis sie sich sicher fühlt im französischen Sinne, d. h. bis sie sich stärker weiß als ihre möglichen Gegner, wird Sicherheit ein unerreichbares Ideal." Schon im Februar hatte Mac Donald in klarer Voraussicht der kommenden Dinge an Poincaré geschrieben: „Das Problem der Sicherheit ist nicht bloß ein französisches, sondern ein europäisches." Und der kürzlich verstorbene E. D. Morel stellte fest: „Es kann keine Sicherheit für Frankreich geben, wenn der Preis dafür die Unsicherheit eines der Nachbarn Frankreichs ist." Aber die letzten Grundlagen des französischen Denkens deckt ein neutraler Staatsmann in den Foreign Affairs auf: Die Leiter der französischen Politik fordern für ihr Land eine privilegierte Stellung in ganz Europa. Wie machen sie das? Durch ihre wahnsinnigen Rüstungen erzeugen sie eine Atmosphäre der Unsicherheit. Dann erschrecken sie vor dem Gespenst, das sie selbst schufen, und schreien: Wir müssen gesichert werden....

In seiner Ablehnung des Vertragsentwurfes findet sich Mac Donald in Übereinstimmung mit Wilson, der bereits im September 1918 festgestellt hatte: „Es darf keine Bünde oder Bündnisse oder besondere Übereinkommen innerhalb der umfassenden Familie des Völkerbundes geben." In den positiven Ausführungen hebt Mac Donald besonders hervor, daß Sicherheit nicht durch Bewaffnung bis an die Zähne, sondern durch Stärkung des moralischen Gewichts des Völkerbundes herbeigeführt werden muß. „Man muß zuerst das notwendige Vertrauen für den Völkerbund schaffen, in seine Gerechtigkeit und in die Grundsätze, nach denen er handelt." Das Vertrauen wird er nur dann erwerben können, wenn er alle Nationen umschließt, darum: Deutschland, Rußland, die Vereinigten Staaten müssen dem Bunde beitreten. Ein allumschließender Völkerbund wird in der Lage sein, die auftretenden Streitigkeiten schiedsgerichtlich zu erledigen.

Die Gegenüberstellung des englischen und des französischen Standpunktes über die Fassung des Begriffes der Sicherheit zeigt in aller Deutlichkeit, daß es eine einheitliche internationale Auffassung der Idee des Völkerbundes nicht gibt. Sobald sie praktisch in Erscheinung tritt, erleidet sie eine Umbiegung im nationalen Sinne. Im heutigen Völkerbunde steht die Idee eines englischen Völkerbundes der Idee eines französischen Völkerbundes gegenüber. Frankreich mit Polen und der Kleinen Entente will durch den Völkerbund seine Gewaltherrschaft über Europa international sanktionieren lassen, England will durch den Völkerbund seinen verlorenen Einfluß in Europa wiedergewinnen und durch Vermeidung kriegerischer Ereignisse sein umfassendes Weltreich vor Erschütterungen bewahren. Frankreich bringt seine Idee zur Geltung in der fadenscheinigen Maske des Märtyrers Europas, England tritt auf als Prediger der Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit der Nationen, des ewigen

Friedens. Aber beide Anschauungen entspringen einer gemeinsamen Grundeinstellung: dem national gebundenen Denken.

Der englisch-französische Gegensatz sollte während der 5. Bundesversammlung Anfang September 1924 ausgetragen werden. In öffentlicher Rede formulierten Mac Donald und Herriot ihre Anschauungen. Dann aber verloren sich die Besprechungen in Kommissionen und Unterkommissionen hinter verschlossenen Türen.

Die Ausführungen der Franzosen bewegten sich in folgender Richtung: Ihr lehnt den Gedanken militärischer Einzelbündnisse ab und schlagt dafür ausgedehnte Schiedsgerichtsbarkeit des Völkerbundes vor. Nun sagt uns, wie ihr die Schiedsgerichtsurteile durchsetzen wollt. Da es nicht militärische Einzelbündnisse sein sollen, müssen es die gesamten militärischen Kräfte des Völkerbundes sein. Welchen Anteil wird die britische Flotte an den Exekutionen des Völkerbundes nehmen? Mit dieser Frage hatte Frankreich einen empfindlichen Punkt Englands berührt. Die englische öffentliche Meinung wurde aufs äußerste erregt. England wich von seinem Standpunkte auf der ganzen Linie.

Als sich Anfang Oktober die Verhandlungszimmer öffneten, hatte Frankreich seine Hauptforderungen durchgesetzt. Das Schiedsgerichtsprotokoll, das von der Bundesversammlung angenommen wurde, erlaubt den Abschluß von Sonderbündnissen, deren Verträge vom Bunde registriert werden. Militärische Sonderbündnisse werden von Staaten nicht blindlings abgeschlossen, sie haben einen fiktiven Gegner. Die Bündnisse können nötigenfalls zur Bundesexekutive gegen einen „Angreiferstaat" (im Protokoll ist der Begriff des Angriffes vage umrissen) verwendet, also zum Werkzeug internationaler Gerechtigkeit geweiht werden. Aber Frankreich hat noch weitere bedeutende Zugeständnisse errungen. Die Ausführungsbestimmungen zu Art. 4, Abs. 7, Ziff. 3 des Protokolls setzen fest: Alle Streitfälle, die auf Revision bestehender Verträge und internationaler Abmachungen hinzielen oder die die territoriale Unversehrtheit der Vertragsstaaten aufs Spiel setzen könnten, sind keine Gegenstände, die vor das Schiedsgericht gebracht werden können (The Times 2. 10. 24). Die Verewigung des bestehenden Zustandes ist also gesetzlich festgelegt.

Es ist kein Zweifel: Frankreich hatte mit seiner Auffassung des Völkerbundes über England einen Sieg errungen. Das erklärt sich einmal aus der greifbaren, rein machtpolitischen Einstellung Frankreichs, zum andern daraus, daß Frankreichs Märtyrerrolle in der Welt noch für ernsthaft gehalten wird, zum dritten waren parteitaktische Erwägungen im Spiele: Herr Mac Donald wollte seinem Gesinnungsgenossen Herrn Herriot in seinem eigenen Lande den Rücken steifen. Aber mit diesem Siege Frankreichs war der englisch-französische Kampf um die Gestaltung des Völkerbundes noch nicht entschieden. Überall regten sich Stimmen der Unzufriedenheit. England konnte die schweren Einwände, die es gegen das Protokoll hegte, nicht überwinden: In der Märzsitzung 1925 des Völkerbundrates wurde das Genfer Protokoll von Chamberlain endgültig abgelehnt. Die positiven Vorschläge, die er bringt, um einen Ersatz des Protokolls zu bieten, sind vorerst außerordentlich unklar. Sie zielen zunächst auf ein englisch-französisch-belgisches Defensivbündnis ab.

Das Zugeständnis eines Bündnisses hatte Herriot dem „Frankreich freundlichsten" Außenminister Chamberlain durch seine große Rede vom 28. Februar abgerungen. Die Rede wird von klarblickender englischer Seite mit Recht eine Erpressung genannt. Herriot und sein Deuter Paul Boncour (L'Oeuvre 6. Februar) führten aus: Nicht um der Reparationen willen gingen wir an die Ruhr, sondern einzig und allein um unsrer Sicherheit willen. Darum werden wir auch solange dort bleiben, bis wir in einem Sicherheitspakt Ersatz gefunden haben.

Diese Sicherheit wollte England durch Abschluß eines englisch-französisch-belgischen Bündnisses gewähren. Da änderte plötzlich das Sicherheitsangebot der deutschen Regierung die Lage. Die Führung in der Frage entglitt Frankreichs Händen. Das deutsche Angebot half Chamberlain aus tiefer Verlegenheit. So konnte

der britische Außenminister in der letzten Märzwoche im Unterhause erklären: Ich schulde Frankreich die Offenheit eines Freundes: Es war nicht in der Macht der britischen Regierung, Frankreich oder Belgien eine einseitige, gegen Deutschland gerichtete Sicherheit zu bieten. Chamberlain versucht, gleich seinem Vorgänger Mac Donald den Begriff der Sicherheit nicht als eine nur französische, sondern als eine europäische Angelegenheit herauszuarbeiten. Deutschland muß darum unbedingt dem beabsichtigten Sicherheitspakte beitreten.

Die Kämpfe um die Ausgestaltung des westeuropäischen Sicherheitspaktes sind gegenwärtig im Gange. Frankreich wird mit aller Entschiedenheit für Erhaltung der Versailler Landkarte und somit für seine europäische Vorherrschaft eintreten. Die Vasallenstaaten Frankreichs haben bereits ihre Stimmen erhoben: Wir werden nichts aufgeben, was uns der Friedensvertrag und andere Verträge gewährten, sagte Dr. Benesch, und Skrzynski erklärte gleichermaßen: Polens Sicherheit ist gegründet auf seine Armee, verstärkt durch ihre Bündnisse. Frankreich indessen versucht, die Fragen der Sicherheit, der Nichträumung der besetzten Gebiete, der Wiedergutmachungen der deutschen „Verfehlungen" in Bezug auf die Entwaffnung und des deutschen Beitritts zum Völkerbunde zu einem einzigen Problemknoten zu verstricken. Chamberlain wird zu entscheiden haben, ob die deutschen Anregungen zu annehmbaren Ergebnissen führen oder nicht. Vom Ausgang der schwebenden Verhandlungen wird Deutschlands Stellung zum Völkerbunde und zum Sicherheitspakte bestimmt werden.

Die französischen Rüstungen

Von Oberst a. D. Max Blümner in Berlin-Wilmersdorf

Deutschland ist völlig entwaffnet. Es hat sein ruhmreiches Heer bis auf einen Rest von 100000 Mann, seine siegreiche Flotte bis auf 36 Kriegsschiffe und 15000 Matrosen abgerüstet, die nicht zugelassenen Waffen, Kriegsschiffe und anderes Heeresgerät abgeliefert oder vernichtet, seine Festungen geschleift und seine Werkstätten für Waffen und Munition sowie seine leistungsfähige Privatrüstungsindustrie beseitigt. Doch damit noch nicht genug: es darf nicht die für neuzeitliche Streitkräfte unentbehrlichen Waffen wie schwere Artillerie, Luftschiffe, Flugzeuge, Kampfwagen, Gaswaffen, Großkampfschiffe und Unterseeboote halten, ja nicht einmal Gasschutzmittel besitzen; der Große Generalstab und alle Mobilmachungsvorarbeiten, militärische wie wirtschaftliche, sind ihm verboten; keinerlei Kriegsgerät darf in Deutschland ein- oder ausgeführt und über Ballistik nicht gelehrt werden; die Zahl der Zoll-, Forst- und Küstenschutzbeamten ist zwangsweise beschränkt worden; es darf die Jugend nicht im militärischen Sinne ausgebildet werden und ein Deutscher nicht in einem fremden Heere Dienst tun — außer in der berüchtigten französischen Fremdenlegion.

Die vollständige Entwaffnung Deutschlands sollte nach dem Versailler Vertrag (Einleitung zu Teil V) „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen" sein[1]). Dieser Verpflichtung sind die Feindbundstaaten nicht nachgekommen und haben sich damit eines gemeinen Vertragsbruchs schuldig gemacht. Zum Schein werden hin und wieder Abrüstungskonferenzen gehalten; in Wirklichkeit aber treiben die Staaten ein Wettrüsten, wie es nie zuvor in der Welt gewesen ist, und allen voran geht Frankreich.

---

[1]) Vgl. auch Teil I, Artikel 8 des Friedensvertrags:

„Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung.

Von zehn zu zehn Jahren sind die Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.

Die auf diese Weise festgesetzte Grenze der Rüstungen darf nach ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen nicht ohne Zustimmung des Rates überschritten werden."

Der französische Heereshaushalt für 1925 hat den riesenhaften Betrag von 6 Milliarden 14 Millionen Franken erreicht. Wenn auch die Kaufkraft des Franken gesunken ist, so ist der Betrag doch ganz ungeheuer gegenüber den früheren Heeresausgaben; es wird z. B. für die Unterhaltung des Kriegsgeräts das Mehrfache verausgabt wie 1914. Zur Beschaffung neuen Kriegsgeräts sind 178,39 Millionen Franken ausgeworfen.

Das französische Heer hat im Etatsjahr 1925 eine Friedensstärke von rund 737400 Mann einschl. der 33474 Offiziere und der auf Kolonialetat stehenden 52000 Mann. Wenn man die in der Stärke enthaltenen 216751 Farbigen abrechnet, jedoch rund 58500 Angehörige der Marine hinzurechnet, dann hält Frankreich bei seiner 39-Millionen-Bevölkerung 1,48 % der weißen Franzosen unter Waffen (Deutschland nur 0,16%; selbst das „militaristische" Deutschland von 1913 hatte nur eine Wehrziffer von 1,26%).

Gegenüber dem unaufhaltsamen Geburtenrückgang sucht man rücksichtslos mit allen Mitteln den Mannschaftsersatz sicherzustellen. Hierzu gehört die dem Geist des Völkerrechts zuwiderlaufende, z. T. skrupellos vorgenommene Einstellung fremder Staatsangehöriger in die Fremdenlegion. (Von den 50000 Mann der Fremdenlegion sind 30000 Deutsche, also soviel wie ein Drittel unserer Reichswehr.) Ferner besteht zwischen Frankreich und Polen eine geheime Vereinbarung, nach der die in Frankreich ansässigen Polen ihrer militärischen Dienstpflicht in Frankreich genügen dürfen; wahrscheinlich ist ein solcher Vertrag auch mit den Tschechoslowaken, Südslawen und Rumänen abgeschlossen worden. Vor allem aber sucht sich Frankreich durch Vergrößerung seines Kolonialbesitzes eine unerschöpfliche Rekrutierungsquelle für Krieg und Frieden zu schaffen. Mit seinen Kolonien verfügt es bereits für seine Rekrutierung über eine Bevölkerung von 100 Millionen Menschen. Es rechnet daher mit einer Kriegsstärke von rund 5 Millionen. Zusammen mit den anderen uns feindlichen Nachbarn, Belgien, Polen und Tschechen, verfügt es über ein Kriegsheer von 8½ Millionen Mann.

Der Marschall Petain hat Januar-Februar 1925 das ganze nord- und westafrikanische Kolonialreich Frankreichs bereist, um an Ort und Stelle zu prüfen, wie diese Kolonien neben ihrer eigenen Verteidigung am besten für das Friedensheer und die Mobilmachung Frankreichs nutzbar gemacht werden können. (Zu demselben Zweck ist kürzlich der Generalsekretär des Obersten Rates der Landesverteidigung vom Ministerpräsidenten nach Afrika entsandt worden.) Der französische Oberstleutnant Fabry berechnet die Kriegsstärke der farbigen Armee zurzeit schon auf 1600000 Mann. Im Kriegsfall jedoch werden die Franzosen rücksichtslos das letzte aus ihren Kolonien herausholen. Ein kürzlich in Paris verhandelter Rechtsstreit hat der Welt gezeigt, wie die französische Regierung im Sudan die Schwarzen durch Menschenjagden wie wilde Tiere einfangen und an die französische Front schleppen ließ[1]). — Im ganzen haben die Kolonien 845000 Eingeborene für den Krieg hergeben müssen; davon hat Algerien 273000 Mann (5½% seiner Bevölkerung), Tunis 40000 und Marokko 73000 Mann gestellt. Da Madagaskar, Syrien und die anderen asiatischen Kolonien dem Mutterlande fernliegen, stützt man sich auf die nord- und westafrikanischen Kolonien: Senegambien, Elfenbeinküste, Kamerun, franz. Sudan, Marokko, Tunis und Algerien. Um aus dieser Mannschaftsersatzquelle im Kriege sicher und schnell schöpfen zu können, ist in jüngster Zeit das Eisenbahn- und Luftverkehrsnetz in diesem großen, vom Busen von Guinea bis an das Mittelmeer reichenden Kolonialreich ausgebaut und die das Gebiet teilende Sahara durch Kraftwagenlinien und Luftverbindung überbrückt worden; auch ist der Bau einer Eisenbahn durch die Wüste beschlossen. So wird durch Schienenweg, Kraftwagen und Flugzeug der Anschluß des Kolonialreichs an den kürzesten Seeweg von Algerien nach den französischen Häfen Marseille u. Toulon hergestellt.

Für den Fall eines Zweifrontenkrieges gegen Deutschland und England will Frankreich diese Seeverbindung gegen englische Angriffe unbedingt gesichert wissen; denn England hat den Schwerpunkt seiner Seemacht von der Nordsee nach dem Mittelmeer verlegt. Darum hat Frankreich Biserta i. Tunis zu einer Seefestung nebst Flugplatz und die übrigen Häfen in Tunis, Algerien und auf Korsika als Flotten- und Flugzeugstützpunkte gut ausgebaut und mit wirksamster Artillerie ausgestattet. Außer durch Untersee- und Torpedoboote sollen die Mannschaftstransportschiffe im Mittelmeer durch zahlreiche Geschwader von Bombenflugzeugen gedeckt werden[2]).

Die französische Heeresverwaltung will es mit allen Mitteln durchsetzen, daß trotz der Bevölkerungsabnahme in Frankreich dieses an Zahl größte Heer der Welt bei gleicher Leistungsfähigkeit erhalten wird. Bei der Mobilmachung soll es keinen kriegsunfähigen Mann mehr

[1]) Selbst in einer algerischen Zeitung ist auf diese grausame Rekrutierungsart im französischen Westafrika hingewiesen worden.

[2]) Ferner plant Frankreich den Bau einer Normalspurbahn durch spanisches Gebiet bis Algeciras (Spanien hat bekanntlich breitere Spur als das übrige Europa), offenbar um im Kriegsfall eine brauchbare Landverbindung nach Nordafrika zu besitzen. D. Schr.

n Frankreich geben. Hierzu ist vor kurzem die aktive Dienstzeit von 3 auf 1½ Jahren herabgesetzt worden unter Beibehaltung der Dienstpflicht von 28 Jahren (1½ J. aktiv, 2 J. zur Verfügung, 16½ J. 1. Reserve, 8 J. II. Reserve.)

Um den Mangel der verkürzten Dienstzeit auszugleichen, findet unter Aufsicht des Generalkommissars für den Krieg eine weitgehende militärische Ausbildung der männlichen Jugend statt. Vom 6. Lebensjahre an setzt auf der Schule die Leibesausbildung und die Erziehung zum Haß gegen Deutschland ein; vom 14. Jahre an beginnt die eigentliche militärische Ausbildung (instruction pré-militaire) teils auf den höheren Schulen, teils in vaterländischen Verbänden. 9000 Schulen und 8000 Vereine erhalten für die militärische Jugendausbildung eine Beihilfe vom Staate. Dieser Jugenddienst ist zwar nach dem vom Völkerbund herausgegebenen Jahrbuch[1]) nicht pflichtmäßig, doch werden den Jungmannen nach erfolgreicher Teilnahme derartige Vorteile zugesichert, daß der Unterricht stark begehrt wird.

Zunächst findet eine allgemeine Ausbildung statt, die sich auf Militär-Erdkunde und Geländelehre, auf Unterricht über die Hauptwaffen und ihre Verwendung und auf Übungen im Turnen, Marschieren mit Kartenlesen und Gewehrschießen erstreckt. Am Schluß ist eine Prüfung abzulegen, über die ein Zeugnis ausgestellt wird. Erst auf Grund dieses Zeugnisses dürfen die jungen Leute an der Sonderausbildung teilnehmen, die getrennt nach verschiedenen Waffen 20 verschiedene Arten umfaßt. Die Endprüfung wird von der betreffenden Brigade vorgenommen. Das hierüber ausgestellte Zeugnis berechtigt die Inhaber, sich die Truppe nach Waffe und Korps auszuwählen, bei der sie später dienen wollen; sie werden bei der Truppe im Dienstalter bevorzugt und können nach 4 Monaten schon zum „caporal" (Gefreiten) befördert werden; auch tragen sie während ihrer Dienstzeit ein besonderes Abzeichen. (Die Vorrechte erinnern stark an die unserer ehem. einjährig-freiwilligen Dienstzeit.)

Die von einem Teil der Kammer geforderte Beschränkung der Dienstzeit auf 1 Jahr ist vom Kriegsminister als zurzeit unvereinbar mit der Landesverteidigung zurückgewiesen worden. Dieser hat vielmehr den Plan zu einer durchgreifenden Heeresumgestaltung vorgelegt, den das Ministerium mit allen Mitteln durchsetzen will. Der Hauptgrundsatz ist der, daß alles auf die schnellste militärische und wirtschaftliche Mobilmachung eingestellt wird. Die gerippeartige Organisation des bisherigen Heeres will man vermeiden. Die Friedenstruppenteile sollen aufs gründlichste ausgebildet und so stark gerüstet sein, daß alle ihre Übungen einen kriegsmäßigen Charakter haben und der Übergang auf den Kriegsfuß in kürzester Zeit bewerkstelligt wird. Ihre umfangreichen Ausbildungsabteilungen sollen auch die Reserven, die ja erst die Kampfkraft des Kriegsheeres darstellen, auf eine hohe Stufe der Kriegsfertigkeit bringen. Diese gut geschulten Ausbildungsmannschaften haben im ganzen eine Stärke von 125—150000 Mann (das 1½fache unserer Reichswehr).

Hierdurch wird es ermöglicht, die Reservemannschaften sehr häufig zu Übungen einzuziehen; in diesem Jahre werden z. B. von der Jahresklasse 1920 allein 194400 Mann auf 30 Tage eingezogen, dazu 11782 Res.-Offiziere mit achttägigem Wechsel. Außerdem sollen von anderen Jahrgängen 23000 Mann 28 Tage und 3500 Res.-Offiziere 14 Tage üben. Ferner werden die zahlreichen Zoll- und Forstbeamten in militärischen Lehrgängen für die Mobilmachung ausgebildet. (Vgl. die Einschränkung der deutschen Zoll- und Forstbeamten durch den Versailler Frieden.) Für alle diese Übungen sind 52 Millionen Fr. in den diesjährigen Heereshaushalt eingestellt. Abgesehen von der Ausbildung der Reserven sollen die aktiven Truppenteile von sämtlichen Mobilmachungsarbeiten entlastet werden. Hierfür sind 20 besondere Mobilmachungsämter geschaffen, die, auf ganz Frankreich verteilt und mit einem starken Stamm von Offizieren und Mannschaften versehen, nicht nur die militärischen, sondern auch die wirtschaftlichen Mobilmachungsvorarbeiten zu leisten und die Mobilmachung selbst durchzuführen haben. Zu ihren Obliegenheiten gehört es auch, hin und wieder Probemobilmachungen innerhalb ihres Bezirks vorzunehmen. Kürzlich wurde durch Versuche die schnellste Zusammenziehung der Reservisten erprobt; in mehreren Bezirken wurde es erreicht, den Gestellungsbefehl sämtlichen Reservisten durch Funkspruch innerhalb von 2 Std. zuzustellen.

Zurzeit finden Beratungen über den Ausbau der strategischen Eisenbahnen statt. Die elsaß-lothringischen Bahnen sollen mit den französischen Ostbahnen zu einem einzigen strategischen Eisenbahnnetz verschmolzen werden, um bei der Mobilmachung den Aufmarsch gegen Deutschland zu sichern und zu beschleunigen. Es muß als höchst bedenklich für Deutschland angesehen werden, daß ein strategisch so wichtiges Mittel wie die Eisenbahn durch das Dawesabkommen dem unmittelbaren Einfluß einer deutschen Heeresleitung völlig

[1]) Société des Nations. Annuaire Militaire. Renseignements généraux et statistiques sur les armements terrestres, navals et aériens. Genève, Septembre 1924.

entzogen und einem Beauftragten der ehemaligen Feindbundstaaten übergeben wurde. Man geht wohl nicht fehl, wenn man hierin den starken Einfluß Frankreichs vermutet, denn es bedeutet für Frankreich eine erhebliche Stärkung seiner Überlegenheit.

Auch die Besetzung des Ruhrgebiets mit einem Heer von 19645 Mann ist eine militärpolitische Maßnahme, die nicht vorübergehend, sondern für die Dauer berechnet war; denn die Franzosen legen damit die Hand auf die ehemalige deutsche Waffenschmiede, um ihr Aufleben zu verhindern, und der französischen Rüstungsindustrie die notwendige Kohle für die lothringischen Erze zu liefern.

Auch der Ausbau der französischen Wasserstraßen und ihre strategische Verwendung wird eifrig gefördert. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat zurzeit ein Wasserstraßengesetz (Code fluvial) in Arbeit, das seit dem Raub Elsaß-Lothringens und „seitdem die französische Flagge über dem Rhein weht," dringend erforderlich sei.

Für die Mobilmachung rechnet nicht nur die Mosel, sondern auch der Rhein als „ein teilweis rein französischer Strom" zu den Aufmarschstraßen Frankreichs. In der internationalen Rhein-Zentral-Kommission sucht Frankreich mit allen Mitteln die Übermacht zu erringen und seine Politik durchzudrücken: der Rhein soll in Straßburg auf französischem Boden enden und Straßburg somit ein Hauptstapelplatz für den Handel zwischen Schweiz, Frankreich, Deutschland, Belgien, Holland und England werden. Durch den Bau des „großen Elsässischen Kanals" soll die Stromregelung des Rheins oberhalb Straßburg hintertrieben und der gesamte Schiffahrtsverkehr in französische Hände übergehen. Die Zentralkommission hat Ende April beschlossen, daß das franz. Kanalprojekt angenommen wird. Der deutsche Vertreter hat sich dabei der Abstimmung enthalten[1]). — Diese ganzen Fragen sind für die Mobilmachung und für die Versorgung des Landes im Kriege von außerordentlicher Wichtigkeit.

Abgesehen von der selbständigen Kolonialarmee besteht das französische Heer zurzeit aus 16 Armeekorps mit 32 Infanterie-, 5 Kavallerie- und 2 Luftdivisionen; ferner aus den Armee- und Heerestruppen (Allgemeine Reserven), die sich aus der schweren Artillerie, leichter Kraftzugartillerie, Flaktruppen, Heeresreiterei, Kampfwagenabteilungen, Pionieren, Verkehrs- und Nachrichtentruppen, sowie Heeresluftstreitkräften zusammensetzen.

Die Kolonialarmee ist fast ein Drittel so groß wie das Heimatheer. Zum Schutze der Mobilmachung und zum sofortigen Vormarsch ist schon im Frieden die sog. Deckungsarmee mit kriegsstarken und kriegsfertigen Divisionen an die deutsche Grenze bzw. ins Deutsche Reich vorgeschoben worden. Laut dem vom Völkerbund 1924 herausgegebenen Jahrbuch sollen jetzt rund 5300 Offiziere, 129000 Mann französischer Truppen einschl. 20000 Farbige auf deutschem Gebiet stehen, auf dem die Franzosen Schießplätze und Munitionslager, Übungs- und Flugplätze in großer Zahl angelegt haben; anscheinend sind auch schwerste Geschütze in deutschem Boden eingebaut. — Unter der gleichen Nichtachtung des Rechts errichten die Franzosen an der Schweizer Grenze in der durch die Wiener Akte 1815 geschaffenen neutralen Zone von Nordsavoyen umfangreiche Anlagen zu militärischen Zwecken. Französische Pioniertruppen bauen eine breite strategische Straße auf den unmittelbar an Genf stoßenden Berg Salève, auf dem eine weitreichende Beobachtungswarte eingerichtet wird.

Die französische Marine hat im Weltkriege England die Beherrschung der Meere überlassen und sich bis zum äußersten geschont; nicht gegen Deutschland eingesetzt, hat sie verhältnismäßig nur geringe Verluste erlitten. Bei der Aufteilung unserer Flotte erhielt Frankreich noch 51 unserer Schiffe. Mit größter Besorgnis sieht Frankreich jetzt, daß es sich bezüglich seiner Seemacht ganz in die Hand Englands begeben hat, und daß in einem Zukunftskriege seine Verbindung mit den Kolonien, besonders mit den nordafrikanischen Häfen von England lahmgelegt und damit seine afrikanische Rekrutierungsquelle verstopft werden kann. Es geht daher tatkräftig daran, seine Flotte außerordentlich zu vergrößern und legt hierbei besonderen Wert auf Zerstörer, Torpedo- und Unterseeboote; die letzteren nehmen immer größere Abmessungen an und werden mit immer wirksameren Geschützen versehen.

Der Marineminister hat im Oktober 1924 angekündigt, daß der jetzige Flottenbauplan noch durch einen neuen langfristigen ergänzt werden soll. Das Jahrbuch des Völkerbundes gibt für den Stand vom Januar 1924 folgende Zahlen:

---

[1]) Das Kanalprojekt ist mit einem Regulierungsprojekt verbunden. Die deutschen Vertreter, die das Regulierungsprojekt durchgesetzt hatten, konnten an der Abstimmung nicht teilnehmen, weil sie — bei der Verbindung der Projekte, die nicht zu verhindern war — für den Kanal oder gegen die Regulierung hätten stimmen müssen. D. Schr.

	Vorhanden	Im Bau	Bewilligt für 1924	Bewilligt für 1925	Im Bauplan 1924/25 außerdem vorgesehen
Schlachtschiffe	9	—	—	—	—
Kreuzer	18	2	2	3	4
Torpedoboote	78	18	—	—	—
Zerstörer	—	—	6	12	23
Zerstörer-Führerschiffe	—	—	—	6	
U-Boote	48	21	17	6	35 *)
Untersee-Kreuzer	—	—	—	—	2
Andere Kriegsschiffe	87	—	—	—	—
Minenleger	—	—	—	—	2
Heizölschiffe	—	—	—	—	6
Flugzeugmutterschiffe	—	—	1	—	—

*) davon 7 zum Minenlegen.

Die vorhandenen Schiffe werden soweit möglich nach den neuesten Erfahrungen beschleunigt umgebaut. Bei den Schiffsbauplänen arbeitet ein Ausschuß der Marineingenieure mit. Die Schiffe sollen möglichst auf Staatswerften gebaut und diese den neuesten wirtschaftlichen Grundsätzen angepaßt und von Marinebehörden überwacht werden.

Um die Kriegstüchtigkeit zu erhöhen, ist angeordnet worden, daß von 1925 ab 80 statt 60% des Marinepersonals Dienst an Bord tut; bis dahin waren 40% an Land oder beim Flugwesen verwendet worden. Auch ist die Küstenverteidigung neu geregelt worden; die Seepräfekten haben Mobilmachungspläne aufstellen müssen.

Die Reedereien der französischen Handelsflotte erhalten Staatsunterstützung, da sie sich verpflichten müssen, ihre Schiffe im Kriegsfalle dem Staate zur Verfügung zu stellen; dies trifft für deutsche Reedereien nicht zu. — Nach dem Kriege bildete sich Frankreich aus übrig gebliebenen Kriegstransportschiffen, beschlagnahmten deutschen Schiffen und Neubauten eine Staatshandelsflotte, um sie bei Mobilmachung der Kriegsflotte einzuverleiben. Nachdem aber der Staat 2,6 Milliarden Fr. zugesetzt hatte, ließ er diese Flotte wieder versteigern.

Im Zeitalter der Abrüstungskonferenzen ist es sehr bemerkenswert, daß an der belgischen Küste, der Themsemündung gegenüber, ein starker Flottenstützpunkt geschaffen wird. Wie Belgien vor dem Kriege bezüglich seiner Landesverteidigung völlig von England und Frankreich beherrscht wurde, so steht es jetzt in militär-politischer Beziehung ganz und gar unter französischem Einfluß und ist durch Militärabkommen an Frankreich gebunden. Es ist daher wohl anzunehmen, daß der Ausbau Zeebrügges zum Kriegshafen mit Brügge als Stützpunkt, die Wiederherstellung der von den Deutschen im Kriege dort geschaffenen Anlagen, die Schwimmdocks, die Uboothäfen, die Befestigungen, ferner die Verlegung schwerer Artillerie von Antwerpen nach Zeebrügge, der Bau von Kasernen usw. „auf Befehl und für Rechnung der französischen Kriegsmarine“ geschehen ist und sich gegen England richtet, wie es ein Berichterstatter der „Humanité“ offen ausgesprochen hat. Sollen doch belgische Seeleute auf französischen Schulschiffen ausgebildet und belgische Offiziere zu Übungen in der französischen Marine befehligt werden.

Während in Deutschland sämtliche höheren Truppenführer des Weltkrieges bis herab zum Divisionskommandeur verabschiedet sind, wird in Frankreich die Erfahrung und die Fähigkeit der im Kriege an hervorragenden Stellen tätigen Generale der Landesverteidigung weiterhin nutzbar gemacht und für einen Zukunftskrieg erhalten. Der Oberste Kriegsrat besteht allein aus 6 Marschällen und 8 Divisionsgeneralen und in den Generalinspektionen, sowie als Oberbefehlshaber im besetzten Deutschland, in Marokko (Liautey), Syrien (Sarrail) usw. und in Kontrollkommissionen in Deutschland, Österreich, Bulgarien, sind weiterhin höhere Offiziere untergebracht. In Militärmissionen bei den Lehensstaaten Polen, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Griechenland, ferner bei Ungarn, Persien, Brasilien, Urugay und Peru, sowie als Militärattachés in 26 Staaten wird noch ein Heer von überzähligen, kriegserfahrenen Offizieren in Dienst gehalten. Die Zahl der Offiziere vom Stabsoffizier an aufwärts ist seit 1914 um etwa 2540 erhöht worden. Das Kriegsministerium, das vor dem Kriege aus 246 Offizieren bestand, zählte 1924 bereits 514. Der Große Generalstab, in Deutschland völlig verboten, ist in Frankreich seit dem Kriege bedeutend verstärkt worden. Die Zahl der Offizierschüler in St. Cyr hat sich seit 1920 verdoppelt.

An der Ausbildung der Offiziere wird fieberhaft gearbeitet. Außer der Kriegsschule (entsprechend unserer alten Kriegsakademie) hat jede Waffe noch eine Reihe von Sonderschulen und im Heereshaushalt 1925/26 ist die Errichtung neuer Militärschulen vorgesehen. Im Rheinland wird demnächst eine militärtechnische Schule für die Offiziere der Rheinarmee eingerichtet; in Straßburg besteht eine solche seit 1921.

Die Weiterbildung der Reserveoffiziere (Landwehroffiziere gibt es nicht mehr) wird eifrig gefördert. In allen größeren Städten befinden sich von Stabsoffizieren geleitete Schulen, in denen die Reserveoffiziere des Bezirks Sonnabends nachmittags und Sonntags durch theoretischen Unterricht und durch Übungen im Gelände, sowie im Reiten und Schießen weiter ausgebildet werden. Sie können bis zum Oberst, im Kriege sogar noch weiter befördert werden.

Das französische Heer ist natürlich mit allen neuzeitlichen Waffen versehen, und zwar in einer Zahl, wie sie in keinem Heere der Welt annähernd zu finden ist; denn die neuen französischen Gefechtsvorschriften weisen allenthalben auf den Masseneinsatz von Material hin. Fast das gesamte Kriegsgerät ist seit 1918 nach den Erfahrungen des Weltkrieges und nach den neuesten Fortschritten der Technik abgeändert und erneuert worden; z. T. sind Neukonstruktionen noch in Versuch. Infolge des Ersatzes des alten, aber nicht vernichteten Geräts durch neues verfügt die Heeresverwaltung im Kriegsfall neben dem etatsmäßigen noch über ein fast ebenso zahlreiches, nicht nachzuweisendes Material. — Im einzelnen ist zu bemerken:

Anstelle der blauen Uniform, die im Frieden aufzutragen ist, tritt demnächst eine kakhifarbene, die den Mann besser tarnt.

Etatsmäßig führt Frankreich rd. 30000 leichte und 10500 schwere Maschinengewehre (Deutschland nur 1134 l. und 792 schw.). 1924 wurden allein 13 weiße und 9 farbige M.G.-Batalllone neu aufgestellt; jede der 4 Komp. zu 12 schw. und 12 l. M.G. Das Chauchat-M.G. soll durch ein im Truppenversuch bewährtes Modell der Fabrik Chatellerault ersetzt werden. In Bourges ist auch ein neuer Granatwerfer ausprobiert worden, der zerlegbar und von den Schützen leicht mitzuführen ist; er wirft Geschosse mit sehr großer Sprengwirkung und mit Schußweiten bis zu 2000 m.

Ein Infanteriegeschütz ist in Bourges in Versuch, das die Panzer der Kampfwagen glatt durchschlagen soll; vermutlich ist es eine 7,5 cm-Kanone mit abnehmbaren Rädern, mit Schalldämpfer und ohne Mündungsfeuer. Ob die weiteren Aufgaben des Inf.-Gesch. noch durch ein anderes Geschütz wahrgenommen werden sollen, steht nicht fest. Etwa 2000 leichte und 1500 schwere Geschütze hatte Frankreich bereits 1924 im Dienst. Es wird zurzeit an der ganzen Geschützfrage fieberhaft gearbeitet. Man ist bestrebt, die Geschützarten zu verringern, um die Herstellung der Geschütze und den Munitionsersatz im Kriege zu vereinfachen. Auch wird der Übergang der Artillerie zum Kraftzug eifrigst gefördert. Der Teil der Feldartillerie, der den Armeen und den Armeekorps unmittelbar unterstellt ist, ist bereits mit mechanischem Zuge und die schwere Artillerie zum größten Teil mit Zugmaschinen versehen. Um bei der Mobilmachung eine ausreichende Zahl von Zugmaschinen, vor allem für die Munitionskolonnen zur Verfügung zu haben, wird die Verwendung solcher Maschinen in Land- und Forstwirtschaft und Industrie durch staatliche Beschaffungs- und Betriebsbeihilfen unterstützt.

Für Geschützarten mittlerer Größe ist eine Räderraupenlafette in Versuch, ein Fahrzeug, das während des Marsches auf Rädern, querfeldein aber auf Raupen läuft. In Nachahmung unseres Parisgeschützes haben die Franzosen einen 21,1 cm Eisenbahnkanone hergestellt, die bei einer Ladung von 160 kg eine Schußweite von 120 km erreichen soll, und nach unserem 42 cm Geschütz haben sie eine 52 cm Haubitze gebaut, die ein 30 Ztr. schweres Geschoß bis auf 17 km wirft. Neuerdings fordert die Heereskommission der französischen Kammer die Herstellung von Geschützen mit einer Reichweite von 150 km, um damit das westdeutsche Industriegebiet von der französisch-belgischen Grenze und die schlesischen und sächsischen Industriegegenden von der polnischen und böhmischen Grenze aus zu beschießen. Die Beseitigung des Mündungsfeuers und des Knalls wird im Hinblick auf das Licht- und Schallmeßverfahren und die Lufterkundung angestrebt.

Eine besondere Rolle spielen bei den französischen Rüstungen die Kampfwagen, von denen die Franzosen bereits 5800 eingestellt haben. Sie bauen leichte, mittlere und schwere, solche für Infanterie und für Reiterei, solche für die Kampfwagenabwehr und für weit ausholende Unternehmungen und entwickeln immer neue Konstruktionen; ihre Lehnsstaaten schätzen sich ja glücklich, wenn sie die veralteten Modelle zu teuern Preisen von Frankreich kaufen dürfen, das sich dafür eine verbesserte Konstruktion leisten kann. In Versailles befinden sich zurzeit mehrere neue Modelle in Versuch: z. B. ein leichter 18-t-Wagen, nach beiden Seiten steuerbar, mit geschützten Raupenketten und einem 7,5 cm Geschütz, und ferner ein 32 Tonner, wie jener

benzol-elektrisch angetrieben, jedoch mit ungeschützten Ketten und mit 2 Geschützen und 6 M.G. Das Hauptstreben geht dahin, einen Kampfwagen zu bauen, der selbst dem Feuer schwerer Artillerie widerstehen kann. Die sehr stark gepanzerte neue „Type 2C" entspricht dieser Forderung noch nicht und hat doch schon das unheimliche Gewicht von 68 t, obgleich der Wagen nur mit 1 Geschütz und 4 M.G. bewaffnet ist. Er ist außerordentlich steigfähig und überschreitet die breitesten Gräben, hat aber die geringe Geschwindigkeit von 8 km/Std. Allen Ernstes schlägt man schon Kampfwagen vor, von denen der einzelne 600 t wiegt und 6 Mill. Fr. kosten soll — bewegliche Festungswerke.

In noch schärferer Weise rüstet die französische Heeresverwaltung bezüglich der Luftwaffe, für die 424 Mill. Fr. in den Heereshaushalt 1925 eingestellt sind, wobei das Marineflugwesen nicht eingerechnet ist. Die Stärke der Luftformationen des Landheeres ist im Haushalt 1925 mit 1161 Offizieren, 20976 Mann angegeben; m. E. fehlen hierbei die etwa 1200 Flugmannschaften der marokkanischen, 1200 der syrischen und 2500 der deutschen Besatzungstruppen (im ganzen weit über ein Viertel unserer Reichswehr). An Flugzeugführern der Reserve wurden bereits 1923 achthundert ausgebildet.

Im Herbst 1924 verfügte das Landheer über 68 Beobachtungs- und 64 Kampfstaffeln (32 Jagd- und 32 Bombengeschwader) mit im ganzen 1562 diensttuenden Flugzeugen (1. Linie) und ebensoviel der Reserve. Zusammen mit den bei der Mobilmachung zu stellenden Verkehrsflugzeugen ergibt dies jetzt schon über 4000 Kriegsmaschinen ohne die Marineflugzeuge. 1925 (spätestens bis 1930) sind beim Landheer neu aufzustellen: 8 Beobachtungs- und 68 Kampfstaffeln mit 2000 Maschinen 1. Linie und ebensoviel der Reserve.

Das Verkehrsflugwesen wird von der französischen Regierung aufs kräftigste gefördert. Nach englischen Angaben sind hierfür 11500000 Fr. für 1925 vom Staate unter der Bedingung beigesteuert worden, daß Flugzeuge und Flugführer der Heeresverwaltung im Kriege zur Verfügung stehen. Ein Luftverkehrsnetz zieht sich über ganz Frankreich bis nach Belgien, England, Holland, Schweiz und das besetzte Deutschland; außerdem gehen Luftlinien nach Marokko, Tunis, Algerien und nach dem Sudan, demnächst sogar nach Dakar in Senegambien und nach Madagaskar.

Im Rechnungsjahr 1923/24 wurden im Flugverkehr 3225000 km zurückgelegt und 7811 Fluggäste und 778 t Güter befördert; für 1924/25 dürfte mindestens das doppelte zu rechnen sein.

Auch die Ausfuhr von Flugzeugen wird von der französischen Regierung kräftig unterstützt, damit sie im nächsten Kriege mit einer großen, leistungsfähigen Flugzeugindustrie rechnen kann. Schon 1923 führte Frankreich für 220000 Fr. Verkehrsflugzeuge und für 92 Millionen Fr. Kriegsflugzeuge aus.

Die Anlage von Flugplätzen in Frankreich und in dem von Franzosen besetzten Gebiet wächst von Tag zu Tag, sowohl für militärische, wie für Verkehrszwecke und Flugvereine (vgl. den Atlas des L'Aero-Club mit sämtlichen französischen Flughäfen und Landungsplätzen). Bemerkenswert ist die Anlage eines mächtigen, bisher unübertroffenen Bombenflughafens in Cherbourg, den großen englischen Häfen unmittelbar gegenüber; ferner der soeben vollendete Bau eines Flugleuchtturms in Dijon, dessen Feuer 800 km weit für Flugzeuge leuchten soll, also bis Frankfurt a. M., Mailand, Brüssel usw.

Für die Ausbildung der Flieger in weiten Fernflügen, in Schnelligkeits-, Belastungs- und Beobachtungsflügen wird viel gearbeitet; auch finden Luftübungen in großem Stile statt, wie z. B. eine zweitägige Übung mit 4 Kampfgeschwadern, 1 Nachtbombengeschwader und 1 aus verschiedenen Staffeln bestehenden Beobachtungsgruppe im Oktober 1924. Der Gleitflug, das Fliegen und Landen im Nebel, das Werfen von Gasbomben, die Landesaufnahme vom Flugzeuge aus und die Vervollkommnung der Luftbildaufnahme werden eifrigst gefördert. Und all dem gegenüber nicht ein einziges deutsches Kriegsflugzeug, wohl aber die Knebelung des deutschen Verkehrsflugwesens durch den Friedensvertrag.

Daß die Gaswaffe in weitgehender Weise von den Franzosen entwickelt worden ist, bedarf kaum der Erwähnung; denn der Gaskampf wird im Kriege von morgen eine übermächtige Rolle spielen. Hunderte von giftigen, erstickenden, augenreizenden oder Nebel erzeugenden Gasen sind in Versuch. Sie werden durch Geschütze oder durch Gaswerfer an den Feind gebracht; vor allem aber sind die Flugzeuge die Träger von Gasbomben. Die deutschen Städte mit Frauen und Kindern sollen durch die französischen Bombengeschwader unter Giftgas gesetzt werden. Der Deutsche aber darf sich dagegen nicht wehren; denn Gasschutzmittel sind ihm durch den unmenschlichsten aller Verträge, der dem Frieden dienen soll, verboten.

Aus dem Weltkriege haben die Franzosen die Lehre gezogen, in einem Feldzuge sämtliche Kräfte des Volkes dem Heere dienstbar zu machen. Sie stellen daher bereits im Frieden das gesamte Wirtschaftsleben, besonders Verkehr, Handel und Industrie, die Landwirtschaft und die Banken auf den Krieg ein. Für diese wirtschaftliche Mobilmachung Frank-

reichs sorgt das Landesverteidigungsamt im Einvernehmen mit allen Ministerien und mit den 20 Mobilmachungsämtern; dem Vernehmen nach ist ihm hierzu ein wirtschaftlicher Generalstab beigegeben, der nach einem bis ins kleinste durchgearbeiteten und laufend gehaltenen Rüstungsplan verfährt. Die ganzen Lieferungen an Heeresbedarf für die ersten Monate des Krieges, zum Teil bis zu 3 Jahren, sind bereits an Handelsgesellschaften und an Fabriken vergeben. Die letzteren müssen im Frieden so eingerichtet sein, daß sie sofort beim Mobilmachungsbefehl mit der Lieferung bzw. Herstellung des Kriegsgeräts beginnen können. Hierzu erhalten sie schon im Frieden eine Staatsbeihilfe. Alles Gerät, das sowohl im Kriege wie im Wirtschaftsleben gebraucht wird, wie Maschinen und Werkzeuge, Schiffe, Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, Omnibusse, Fernsprech-, Funk- und Telegraphengerät, Ferngläser, Photographenapparate, Meßgeräte usw. müssen bereits für den wirtschaftlichen Gebrauch so hergestellt werden, daß sie sofort im Kriege verwendet werden können.

Wie alle Regierungsmaßnahmen Frankreichs, außen- und innenpolitisch, der Landesverteidigung dienstbar gemacht werden (ganz im Gegensatz zu Deutschland) zeigen die behördlichen Anordnungen für die Ölversorgung, die für die Marine und die Kraftfahrzeuge so außerordentlich wichtig ist und den Lebensnerv für die Rüstungsindustrie bildet. Eine besondere Behörde sorgt in Frankreich für die Sicherstellung des Petroleums im Kriegsfalle. Elsaß-Lothringen liefert mit 75000 t jährlich nur $^1/_{10}$ des Ölbedarfs. Für die Beschaffung der übrigen $^9/_{10}$ hat sich Frankreich durch Kapitalsbeteiligung einen Einfluß auf die gesamtè Ölindustrie der Welt geschaffen. Mit Polen ist 1924 ein neuer Öllieferungsvertrag abgeschlossen, mit Rußland schweben Verhandlungen, desgleichen mit Japan bezüglich Nordsachalin und an den rumänischen Ölfeldern ist man durch Kriegsschuldforderungen beteiligt.

Die Öl einführenden Kaufleute sind verpflichtet, eine bestimmte Menge von Petroleum auf Lager zu halten, so daß jederzeit der Gesamtvorrat an Öl in Frankreich für einen einjährigen Bedarf ausreicht. Auch sind alle Seehäfen Frankreichs zu großen Ölstapelplätzen ausgebaut worden. Die großen Ölbehälter, die im Kriege insgesamt 500000 t faßten, können jetzt fast das dreifache bergen; auch sind die Öltankschiffe bedeutend vermehrt worden, so daß sie statt der früheren 20000 t jetzt im ganzen fast 200000 t befördern.

Wie für die Erdölversorgung vorgeschrieben (siehe oben) sind auch von chemischen Erzeugnissen, Metallen und anderen Rohstoffen, die zur Herstellung von Kampfgasen, Munition, Waffen und anderem Kriegsgerät notwendig sind, genau vorgeschriebene Bestände im Frieden vorrätig zu halten, damit die Fertigung des Kriegsbedarfs während der angenommenen Kriegsdauer auch bei verstärktem Verbrauch keine Unterbrechung erleidet. Durch innen- und außenpolitische Maßnahmen wird dafür gesorgt, daß die Erzeugung bzw. die Einfuhr dieser Stoffe gesteigert oder ein Ersatz dafür geschaffen wird. Das geht sogar so weit, daß nach Angabe des Militär-Wochenblatts z. B. die Wiederausfuhr von Kupfer in allen Formen und Legierungen verboten und das im Durchgangsverkehr Frankreich berührende Kupfer zu beschlagnahmen ist.

Wie die innere, so ist auch die äußere Politik Frankreichs nicht auf Erhaltung des Friedens, sondern auf die Vorbereitung des Krieges eingestellt. Durch den 43 Jahre lang ersehnten Krieg ist Frankreich nur ein Teil seiner politischen Forderungen erfüllt worden. Durch die Aneignung von Elsaß-Lothringen hat es den zweitgrößten Anteil an den Eisenerzlagern der Welt und umfangreiche Kalilager in die Hand bekommen, was für das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege äußerst wertvoll ist; aber die Rhein-, Ruhr- und Saarlande, nach denen es den Franzosen seit 1000 Jahren gelüstet, sind nur erst besetzt und noch nicht in ihrem Besitz.

Um dies neben seinen andern weitgehenden Plänen zu erreichen nimmt Frankreich die erneute Einkreisung Deutschlands vor und drängt unausgesetzt die französischen Lehnsstaaten Belgien, Litauen, Polen und Tschechien zu einer gegen Deutschland gerichteten Rüstung. Diese letzten Endes von Frankreich geschaffenen neuen Staatengebilde leben auch nur von Frankreichs Gnaden; sie stehen vollständig unter seinem Einfluß und haben geheime Abmachungen mit ihm für den Kriegsfall[1]). Französische Offiziere haben ihr Heer nebst Generalstab nach französischem Muster aufgestellt und führen sie in die neuzeitlichen Waffen ein; Frankreich hat ihnen Rüstungsanleihen aufgedrängt, vermöge deren sie Waffen aus Frankreich beziehen können. Bezeichnend ist die Tatsache, daß ihre Gewehre und Feldgeschütze das gleiche Kaliber haben wie die französischen, damit ihre Heere im Kriege mit französischer Munition beliefert werden können.

Wohl ist das Vordringen bis an den Rhein ein altes unverrückbares Ziel Frankreichs, aber anscheinend nicht das einzige, das ihm jetzt vorschwebt; denn seine Rüstungen sind

[1]) Der „Messager Polonais" schreibt zur Frage der Sicherheiten, „auf den ersten deutschen Angriff gegen die Grenze Polens gingen sofort die französischen Kanonen am Rhein los".

derart gewaltig, daß sie lediglich für die Wegnahme von Saar-, Ruhr- und Rheinland dem entwaffneten Deutschland gegenüber nicht begründet sind. Es stehen weit größere Ziele dahinter und man wird nicht fehlgehen bei der Annahme, daß es jetzt gilt den mächtigen Kampf um die Beherrschung der wichtigsten wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker auszukämpfen. Deutschlands Widerstand darf dabei keine erhebliche Rolle spielen[1]); es soll durch den militärischen Koloß Frankreich einfach erdrückt werden.

Italien und der Völkerbund

Von Commendatore Giuseppe Caniglia in München

Ursprung des Völkerbundes

Nach großen kriegerischen Erschütterungen hat sich immer das Bestreben herausgebildet, durch verfassungspolitische Organisationen die Kriege zu verzögern, ja ganz unmöglich zu machen. Die rechtliche Idee einer Verfassung für ein internationales Institut zur friedlichen Lösung von Konflikten hat längst ihre mächtigsten Förderer in Amerika gefunden, wo der Präsident Taft sich dafür einsetzte. Im Juni 1915 faßte die „League to enforce peace" (Liga für die Erlangung des Friedens) folgenden Beschluß:

Es ist wünschenswert, daß die Vereinigten Staaten Amerikas einem Völkerbunde angehören, der seine Mitglieder, welche die Satzung anerkennen, zu folgendem verpflichtet:

1. Jede allgemeine rechtliche Frage, die nicht durch direkte Bevollmächtigte geregelt wird, wird unter Vorbehalt der offiziellen Annahme durch die zuständigen Körperschaften, einem Schiedsgericht unterworfen;
2. Jede andere Frage, die nicht durch direkte Bevollmächtigte zwischen den Streitparteien geregelt wird, wird einem Schlichtungsausschuß zur Feststellung der Tatsachen, zum Studium und zur Ausarbeitung eines Vorschlags unterbreitet;
3. Jene Staaten, welche das Statut des Völkerbunds unterzeichnet haben, bestimmen durch einen Vertrag untereinander, daß sie ihre wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gegen jede Nation einsetzen werden, die einer Macht, die das Statut unterzeichnet hat, den Krieg erklärt oder Feindseligkeiten beginnt, bevor der Streit einem der vorher beschriebenen Organe, wie Schiedsgericht oder Schlichtungsausschuß unterbreitet wurde;
4. Regelmäßige Konferenzen zwischen den Signatarmächten sind abzuhalten um das internationale Recht festzustellen und zu kodifizieren. Diese Regeln werden die Grundlage der Beschlüsse des obersten Gerichtshofes schaffen.

In diesem Beschluß ist die rechtliche Grundlage des Völkerbundes genau umschrieben. Im Verhältnis zum Stand der Bestrebungen war sie freilich mehr oder minder utopistisch. Der Verwirklichung näherte sie sich erst, als Wilson im Mai 1916 zum ersten Male seine Ideen über die Beziehungen zwischen den Staaten am Ende des Krieges darlegte. Sie fanden ein ermüdetes Europa vor und konnten so schon während des Krieges das breiteste Echo in allen Ländern Europas finden.

Verfassung des Völkerbundes; der Grundirrtum

Der Völkerbund übt entsprechend dieser Satzung bestimmte Tätigkeiten aus durch eine Bundesversammlung seiner Mitglieder und durch einen Vollzugsrat. Der Vollzugsrat hat eine größere Bedeutung infolge des Übergewichts, das den Großmächten England, Frankreich und Italien zugestanden ist, und infolge der Bedeutung, die dem Generalsekretär zukommt. Tatsächlich und formaljuristisch kann der Völkerbund heute als eine Gesellschaft von Siegern gegen die Besiegten angesprochen werden und das um so mehr, als die Vereinigten Staaten von Amerika im Senat sowohl den Vertrag von Versailles als auch das Völkerbundstatut ablehnten. Das Fernbleiben des angesehensten Vertragschließenden, Amerikas, hat das moralische Ansehen des Völkerbundes ganz bedeutend beeinträchtigt. Der Völkerbund besteht sonach nur dem Namen nach, wenn er auch tatsächlich einen festen Sitz,

[1]) In der Foch-Kommission äußerten sich bei der Beratung des von Frankreich verlangten Sicherheitsabkommens 2 Mitglieder dahin, daß Deutschland in den nächsten 10 Jahren militärisch keine Gefahr für Frankreich darstelle.

eine Vertreterversammlung und einen Vollzugsrat hat. Nach dem Stand der Dinge erreicht er seinen Zweck um so weniger, als er weder als ein Bundesstaat noch als ein Staatenbund angesprochen werden kann.

Wilson hatte im Januar 1917 die völlige rechtliche Gleichheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, im Rahmen des Völkerbundes verkündet. Um nun einerseits das Ansehen der Großmächte zu retten, andererseits den Grundsatz der rechtlichen Gleichheit nicht zu verletzen, wurde bestimmt, daß in der Bundesversammlung alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen. Im Vollzugsrat aber wurde den Großmächten durch die Einräumung ständiger Sitze ein Übergewicht zugestanden. Das bedeutet in der Praxis die Sicherung der Großmächte gegen jede Koalition der kleinen Mächte. Die Unzulänglichkeit des Genfer Instituts ist demnach organisch und zweifacher Art:

1. die Unmöglichkeit gültige Beschlüsse zu fassen,
2. die Möglichkeit gültiger Beschlüsse vorausgesetzt, die Unmöglichkeit diese Beschlüsse in der Praxis durchzusetzen.

Neue Menschheitsideen auf dem Gebiete der Politik müssen sich schrittweise durchsetzen, um wirksam zu sein und zu bleiben im Leben der Völker; deshalb ist auch der Völkerbund, so wie er heute vor uns steht, mindestens gegen die natürliche geschichtliche Entwicklung der Nationen entstanden.

Der Völkerbund und das italienische Volksempfinden

Die Stellung des Völkerbundes in Italien kann klar umschrieben werden bei einer Analyse des geschichtlich psychologischen Charakters des italienischen Volkes in den letzten Jahren. Die nationale italienische Bewegung, durch und durch eine politische und geistige Bewegung, geht zurück in das 17. Jahrhundert, bis zum Aachener Frieden. Schon im 16. Jahrhundert fordert man die Freiheit der Wissenschaft, die mittelalterliche Systeme und Methoden vernichtet, im 17. Jahrhundert bekämpft die nationalökonomische Wissenschaft Vorurteile und Schäden der wirtschaftlichen mittelalterlichen Systeme; die Freiheit des Handels und der Industrie entsteht. In der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts werden in den Strafgesetzen die barbarischen Methoden des Mittelalters von den bedeutendsten Juristen mit Weltruf wie Beccaria, Romagnosi, Filangieri beseitigt. Nach dem Tode von Filangieri sah Neapel die ersten Märtyrer der Freiheitsbewegung in Mario Pagano, Domenico Cirillo, Ignazio Ciava, Vincenzo Russo.

Aber der Dolmetsch der höchsten Gefühle des italienischen Volkes war Victor Alfieri; die ganze Bewegung, geistig und aktivistisch, war gerichtet auf die zwei hohen Ziele der Freiheit und Gerechtigkeit. Sie haben das italienische Volk herangebildet, das bescheidene und arbeitsame Volk, das in seiner Vernunft klar die Grundlagen seines Daseins erkannte. Sie sind innere Eroberungen des italienischen Geistes, die das italienische Volk nicht etwa für sich allein besitzen, sondern die es in gleicher Weise auch allen anderen Völkern verschaffen will.

Die Periode der italienischen Wiedergeburt ist das langsame Wachsen und Reifen des Freiheitsgedankens. Sie war nur möglich, weil das vorhergegangene Jahrhundert die Grundlagen gelegt hatte. Der Weltkrieg brachte Italien den größten moralischen Vorteil, den ein Volk haben kann: seine gesamte geistige und nationale Einheit.

Die geistige und nationale Entwicklung eines Volkes ist ein psychologischer Vorgang ähnlich der physischen Entwicklung eines Volkes. Es ist klar, daß auch hier jedes Volk in anderer Art und Weise auf die großen Ideen reagiert, je nach der geistigen und physischen Entwicklung, die es selbst durchlebt hat; je rascher aber ein Volk diese neuen Ideen in sich aufnimmt und verarbeitet, sie mit seinen eigenen Eigenschaften innerlich verbindet, um so höher ist der Grad seiner eigenen Entwicklung in geistiger, moralischer und nationaler Hinsicht. Das moderne Italien hat im letzten Jahrzehnt überaus rasch alle politischen Entwicklungstendenzen kennengelernt und Feuerproben bestanden: Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus, Faschismus; aus jeder dieser Bewegungen hat es ein gut Teil Belehrung und innere Stärkung gezogen. — Wer nun in Wirklichkeit die italienische Volksseele kennen lernen konnte,

ie den höchsten Zielen des Menschentums zustrebt, der wird leicht den tiefen Grund er Abneigung des italienischen Volkes gegen das Genfer Institut, den Völkerbund, rkennen; in erster Linie stößt sich das italienische Volk beim Völkerbund am Fehlen der anständigen Gesinnung und jeder Aufrichtigkeit; sodann an der Tatsache, daß er Völkerbund das Ansehen anderer Völker verletzt. Das italienische Volk fühlt ief und innerlich die Abneigung gegen jede Körperschaft, und trage sie die hochönendsten Namen, die es wagt, die Rechte der Freiheit und der Gerechtigkeit zu eleidigen und zu verhöhnen. Um den Völkerbund in der italienischen Volksseele u verankern, bedarf es wahrlich ganz anderer Eigenschaften, von denen der Völkerund bis jetzt keine besitzt. Das heutige Italien erträgt und duldet vorerst das enfer Institut, ist aber keineswegs dafür begeistert. Ein Austritt würde heute edeuten: Verzicht auf die gewährten Vorteile, ohne den Empfang von Gegenleistunen; durch seine Anwesenheit kann Italien im Völkerbund sich und den nicht angechlossenen Völkern jedenfalls mehr nützen als durch seine Abwesenheit.

Neue Aufgaben und Gesichtspunkte

Der Völkerbund, der bei seinem universellen Charakter nicht einmal ein praktisches Informationsbureau besitzt, hat bis jetzt nicht im geringsten Rücksicht genomnen auf den geschichtlichen Werdegang der Völker.[1]) Die ernstesten Fragen wie jene on Oberschlesien und der Saar wurden entschieden unter dem Druck der interessieren Schwerindustrie, nicht nach den Wünschen der Befragten. Wenn es zum Vorteil er großen Mächte war, die den Völkerbund schufen, hat man sich immer unter den chutz des Völkerbundes begeben, aber wenn Interessen der gleichen Mächte berührt erden sollten, dann war die größte Klugheit bei den Maßnahmen des Völkerbunds naßgebend. Der deutsch-französische Gegensatz ist so tief, daß durch ihn nicht loß der Völkerbund, sondern ganz Europa geschwächt wird.

Die Beziehungen des Völkerbunds zu Deutschland und zu Rußland sind noch nicht eregelt, der Osten Europas ist in fortwährendem Schwanken, die Staaten der Kleinen Entente enthalten zahlreiche völkische und nationale Minderheiten, die echt- und schutzlos den Mehrheiten preisgegeben sind, während auf der anderen eite Amerika, der wichtigste Staat, der bei Schaffung des Völkerbunds beteiligt ar, abseits steht und dadurch einen hohen Grad von Unsicherheit in Europa erzeugt.

Italien kann nichts anderes tun, als mitzuwirken, daß der Völkerbund allmählich mgewandelt und schrittweise verbessert wird. Es ist notwendig, die Fehler und rrtümer des Vertrags von Versailles durch den Völkerbund zu verbessern und den Völkerbund allmählich zu ersetzen durch einen wirklichen Bund europäischer Nationen. Wenn wir die Sprache des Krieges und des „Sieges" fortsetzen, immer on „Besiegten" und „Siegern" reden, dann wird kein wahrer Friede möglich sein.

Spanien und die Feinde des Völkerbundes

Von Antonio Azpeitua in Madrid

In Spanien hat der Völkerbund in den letzten Monaten einen lebhaften Propagandafeldzug geführt. Unter der Leitung des Grafen von Romanones, des früheren Ministerpräsidenten, wurden die festlichsten Rednerbühnen auserwählt, auf denen die Lobredner einander folgten. Aus dieser regen Wirksamkeit könnte man schließen, daß der Völkerbund einer Verteidigung notwendig bedarf. Und diese Vermutung wird noch verstärkt, wenn wir erfahren, daß es eine „Vereinigung zur Verteidigung des Völkerbundes" gibt, deren Vorsitz derselbe Graf von Romanones führt. Alles erschiene gerechtfertigt, wenn das Ziel der Angriffe die internationale Körperschaft wäre, die aus dem Versailler Frieden entstand. Aber es ist seltsam, daß wir von ihren Feinden nur durch den Eifer ihrer Freunde Kenntnis wissen.

[1]) Ein praktisches Informationsbureau besäße der Völkerbund im Sekretariat. Aber es ist ganz im Sinn der maßgebenden Großmächte tätig und entfaltet zu deren Gunsten eine erhebliche propagandistische Tätigkeit. D. Schr.

Hat der Völkerbund Feinde? Wer sind sie und warum sind sie es? Wir würden diejenigen Feinde nennen, die dem Genfer Werk entgegenarbeiteten; die der Forderung des Friedens den Ruf nach dem Krieg entgegenstellten. Aber solche Besessene gibt es nicht; niemals haben wir gesehen noch gehört, daß man den Völkerbund bekämpfte, weil er ein Friedenswerk auf sich nahm. Wir kennen allein den Skeptiker, der diesem internationalen Organ als dem getreuen Deuter und Vollzieher des Idealismus eines Wilson mißtraut. Und das bedeutet, daß der Skeptiker inbrünstiger am Ideale hängt als die bedingungslosen Freunde des Völkerbundes. Er strebt die vollständige Verwirklichung der Grundsätze von Wilson an, sie geben sich mit der Annäherung zufrieden. Die Verteidiger des Völkerbundes sind wie die Theaterbesucher: sie nehmen das Gerümpel der Bühnenmaschinerie für feste Schlösser und dicht belaubte Bäume. Der Skeptiker dagegen will sich überzeugen, daß das Schloß aus Stein ist und die Bäume Wurzeln haben und Frucht geben. Sowie er aber der Meinung Ausdruck gibt, daß die Quadersteine aus Papier sind, hat er den Hersteller der Kulissen zum Feinde.

Hätte der Völkerbund nicht im Pakt von Versailles seinen Ursprung gehabt, so gäbe es keinen Skeptizismus. Und hätte danach die Arbeit des Völkerbundes selbst sein Entstehen gerechtfertigt, so wäre er sicher erloschen. Viele und weitgreifende Probleme bekam die Versammlung zu lösen, aber man entschied sie nicht gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit: Oberschlesien, das Ruhrgebiet, Saarland, Danzig, Wilna —. Die Urteilssprüche des Völkerbundes gaben dem Skeptizismus Kraft.

„Es ist aber sicher, daß der Bund, abgesehen von der Unvollkommenheit jedes menschlichen Werkes, nichts anderes tun kann als das, was die Regierungen wollen," — antworten die Unentwegten vom Völkerbund. Wir können mit dem besten Willen nicht die Unterscheidung zwischen einer guten Gesellschaft und schlechten Mitgliedern mitmachen. Die Gesellschaft wird in ihrer freien Tätigkeit eingeschränkt, wenn wir sie von den Mitgliedern loslösen, die sie ausmachen. Es handelt sich nicht um Menschen und Individualitäten, sondern um Äußerungen eines Systems, das sich innerhalb der Gesellschaft bestätigt, weil es ihre Fortsetzung ist. „Sorgen wir, daß die Regierungen andere sind, und der Völkerbund wird ein anderer sein" — antworten sie. Aber wenn es den Völkern gelänge, ihren militärischen und wirtschaftlichen Imperialismus zu überwinden, so wäre mit seinen eigentlichen Zwecken auch der Völkerbund selbst erledigt. Alle Dinge sind dem Verfall geweiht oder der Erneuerung fähig, wenn nicht irgendwelche Kräfte darauf zielten, dies zu verhindern. Im Fall des Völkerbundes aber finden wir diese Kräfte als seinen eigensten Daseinsgrund. Der Völkerbund dient einer Gruppe von Mächten als Werkzeug, um der Ungesetzlichkeit den Anschein der Gesetzmäßigkeit zu geben. Seine Verfassung, die nicht ein Verfahren vollkommener Gleichheit für alle Glieder aufstellt, beweist offenkundig, daß es in ihm Vorrechte gibt. Wie sollen sich dann die Völker mit vollem Vertrauen auf sein gerechtes Urteil seinem Schiedsspruch unterwerfen? Wenn die stärksten Interessen und die einer bestimmten Macht feindlichen Absichten sich zum Herrn der Völkergesellschaft machen, wenn die Urteile von den Gründen mehr oder weniger geheimer Allianzen eingegeben werden, welches wird dann ihre Autorität sein? Und wenn man auch die Möglichkeit einer künftigen Änderung zugibt, berechnen die Unentwegten den Schaden, der mit der Zustimmung der anderen Mitglieder angerichtet ist, die sich mitschuldig machen? Denn die Völker, die sich ein wenig unüberlegt ohne vorhergehende genaue Prüfung des geheimen Zweckes des Bundes zusammengeschlossen haben, trifft die Verantwortlichkeit in Schiedssprüchen wie in dem über Oberschlesien, den sie wenigstens durch ihr Stillschweigen billigten. Es sind nicht deutsche Stimmen, die gegen die Ungerechtigkeit eifern, denn diese könnten als interessierte Partei erscheinen; Männer wie Lloyd George haben sie aufgedeckt. Was also weiter als einige diktatorische Richter in ähnlichen Rechtssprüchen zurückweisen? Entschuldigt sie das Versprechen einer künftigen Gerechtigkeit? Welcher Gerichtshof wäre geachtet, wenn man ihm bewiese, daß er der Bestechung zugänglich ist? Nicht würde ihm das Bekenntnis der Reue helfen, um ihn in seinem Amte zu lassen.

Und die ernste Gefahr der Urteilssprüche ist es, daß die Zustimmung aller Völker ihnen einen Charakter der Gesetzlichkeit gibt. Daraus erklärt sich der Widerstand, sich der Fiktion zu unterwerfen bei jenen Völkern, gegen die der Völkerbund errichtet wurde. Ohne eine unbedingte Bürgschaft können diese Völker nicht die Autorität dieses Tribunals stärken helfen, das geschaffen wurde, um sie zu verdammen. Sie würden selbst mit Hand anlegen, die Schlinge um ihren Hals zuzuziehen. Das ist die Lage Deutschlands: man will, daß es in den Völkerbund eintritt, damit ihm auch nicht einmal die Zuflucht bleibt, vor der Stimme des Weltgewissens seinen Einspruch zu erheben. Aber zugleich fürchtet man, daß innerhalb des Völkerbundes selbst strenge Gerechtigkeit gefordert wird, die den Schein zerbricht. Daher bemühen sie sich, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt, an Händen und Füßen gefesselt, mit einer vorhergehenden Erklärung, daß es unbedingt mit ihm übereinstimme, was die vorbehaltlose Anerkennung des Versailler Friedensvertrages bedeuten würde. In Spanien verfolgt man sehr aufmerksam diese Vergewaltigung, weil von der Art der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die mögliche Umbildung jener Versammlung abhängt. Das Kompromiß, das jetzt das Wilsonsche Prinzip verändert und gefälscht hat, könnte verschwinden, wenn Deutschland im Völkerbund das Vorrecht beseitigen könnte, mit der Unterstützung der Völker, die die Mitschuld ablehnen.

Deutsche Gesichtspunkte

Bemerkungen zu B. W. von Bülows Buch[1])

Bei keinem Krieg der Neuzeit war die Rücksicht auf das Urteil der Unbeteiligten so gering wie bei den Alliierten im Weltkrieg. Als August der Starke seinen Bundesgenossen Peter den Großen verriet, den russischen Gesandten Karl dem XII. auslieferte, scheint ein Schauder durch Europa gegangen zu sein; jedenfalls verlor August sein Ansehen. Die Entente hingegen konnte sich sagen, daß im Falle ihres Sieges niemand mehr da sein würde, der es wagen dürfte, ihr Völkerrechtsverletzungen vorzuwerfen oder gar in den Arm zu fallen. So wie die Toten in Dostojewskijs Bobock (Juliheft 1907 der S.M.) hatten die Alliierten beschlossen, sich überhaupt nicht mehr zu schämen. Der Weltkrieg bedeutet daher in der Behandlung und dem Verhalten der Neutralen und des Roten Kreuzes einen Rückschritt gegenüber den vorangegangenen europäischen Kriegen. Ganz zu schweigen vom Friedensvertrag, der im Völkerbund verewigt werden soll.

Bülows Werk ist — wie alles, was von diesem Verfasser kommt — bezüglich der Tatsachen dermaßen gründlich und vollständig, daß es für die Gegenwart geradezu unentbehrlich ist. Niemand kann über dieses Thema mitreden, der das Buch nicht kennt.

Und späterhin wird es einen besonderen Wert haben als Beleg für Schopenhauers Ausspruch: „Die Deutschen sind gewohnt, Worte statt der Begriffe hinzunehmen." (Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde, IV. Kapitel.) Am Völkerbund gefällt Bülow nämlich nur das Wort Völkerbund, aber dieses Wort gefällt ihm so gut, daß er hofft, der richtige Inhalt werde mit der Zeit schon kommen. Als ob etwa ein Eigentumsbund auch dann gegen Raubüberfälle schütze, wenn seine führenden Mitglieder deklarierte Räuber sind.

Jedes Geschöpf trägt das Gesetz seiner Entstehung in sich. Entstanden ist der Völkerbund aus dem Zusammenwirken von Northcliffe und Wilson. Bülow scheint so wie die Erfahrungen der Völkerpsychologie auch die der Zeitpsychologie unbeachtet zu lassen. In dieser Zeit sind Abmachungen, auch wenn sie noch so feierliche Namen tragen, nicht so feierlich gemeint, wie in der Zeit der Pharaonen. Und es ist zu erwarten, daß die Alliierten, wenn sie einmal unter sich in Streit kommen, das gegen die Mittelmächte und gegen die Neutralen angewandte Bobock-Prinzip auch

[1]) Der Versailler Völkerbund. Eine vorläufige Bilanz (Verlag W. Kohlhammer, Berlin, Stuttgart, Leipzig 1923).

gegeneinander anwenden werden. Für jeden Rechtsbruch, für jede Vergewaltigung liegen die Präzedenzfälle aus der gemeinsamen Kriegstätigkeit bereit und ebenso der Propagandaapparat, um alles, was der Gegner tut, in der ganzen Welt als Rechtsbruch und Vergewaltigung zu verschreien. Bülow scheint sich immer wieder zu wundern über die Oberflächlichkeit der Völkerbundsentscheidungen. Sie erklärt sich doch ganz einfach daraus, daß die führenden Mitglieder weniger darüber nachgedacht haben, wie der Weltfriede gesichert werden kann, als darüber, was sie den draußen wartenden Berichterstattern sagen können, damit die Leute in Paris und London etwas Nettes in der Zeitung lesen. Die Diplomaten, die früher hauptsächlich für die Hofloge gespielt haben, spielen jetzt für die Galerie. Eine Verbesserung mehr für die Unterhaltung der Völker als für ihr Wohl.

Wenn die Sache nicht so grausig wäre, so wäre sie außerordentlich komisch. Für die polizeiwidrige Art, wie diese Körperschaft arbeitet, nur ein paar Beispiele (S. 14f.). Griechenland wurde erst am 20. März 1920 Mitglied des Bundes, trotzdem nahm Venizelos und später der griechische Gesandte in London vom 16. Januar ab in entscheidender Weise an den Sitzungen des Völkerbundrates teil. Auch forderte der Rat bei seiner ersten Tagung den „zufällig anwesenden" Lord Grey „in Anerkennung seiner Verdienste um die Erhaltung des Weltfriedens" auf, an den Verhandlungen des Rates teilzunehmen, trotzdem er nicht dessen Mitglied war. Wenn Bülow sagt, die Herren „kannten sich so gut, daß sie gar nicht auf den Gedanken kamen, ihre Vollmachten gegenseitig zu prüfen, bloß weil sie diesmal als Rat des Völkerbundes und nicht als Alliierte zusammenkamen," so ist zu sagen, daß bei uns jede Privatgesellschaft sich mit solchem Verfahren einer Gesetzesverletzung schuldig machen würde. In Genf handelt es sich allerdings nur um das Schicksal der Menschheit. Aber der gute Witz von den Verdiensten Lord Greys um die Erhaltung des Weltfriedens entschädigt für manches. Poincaré gar als Mitglied eines Friedensbundes ist zum Totlachen. Man muß den Mitgliedern nachrühmen, daß sie bisher unverbrüchlichen Ernst bewahrt haben.

Dabei machen die um die Erhaltung des Weltfriedens verdienten Staatsmänner selbst kein Hehl daraus, daß der Bund den Zweck hat, den Raub von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly zu sichern.

Nachdem die Gründer, um ihre Verbrechen vor und in dem Kriege mit Phrasen zuzudecken, den Bund gegründet hatten, sind sie diesem Spiel mit ernstester Miene treu geblieben. Kein Zweifel, ob eine Vereinigung von Kriminellen als Kriminalistenvereinigung aufgezogen werden könne, durfte aufkommen.

Als Bedingung für die Aufnahme eines Staates stellten sie u. a. die Frage:

„Welches ist das Verhalten seiner Regierung sowohl nach ihren Handlungen wie nach ihren Erklärungen in bezug auf

a) ihre internationalen Verpflichtungen?,

b) die Bestimmung des Völkerbundes betreffend die Rüstungen?"

Während zum ersten Mal auf europäischem Boden farbige Truppen ausgebildet werden, während Frankreich gegen England die ungeheuersten Luftrüstungen macht, England sich durch diese Rüstungen in der Grundlage seines Daseins bedroht sieht und auf Abwehrmaßnahmen sinnt, stellen sie, ohne eine Miene zu verziehen, gemeinsam in Genf fest, daß Liechtenstein, das sich um die Mitgliedschaft beworben hat, genügend abgerüstet ist. Warum übrigens Monaco sein Aufnahmegesuch zurückgezogen hat, verstehen wir nicht. Es schießt doch nur auf wehrlose Tauben, die durch den Völkerbund nicht geschützt sind. Die Kleinheit oder Größe nicht der Gedanken, sondern des Bodenbesitzes spielt merkwürdiger Weise auch eine Rolle. Die Zulassungsgesuche von San Marino und Monaco wurden überhaupt nicht erörtert (Bülow S. 29), Liechtenstein als zu klein abgelehnt, trotzdem es den oben gestellten Forderungen, auch bezüglich der Abrüstung, besser entspricht als Frankreich.

Die Kehrseite der zunehmenden Höflichkeit ist die zunehmende Unwahrhaftigkeit. Wandlung der Sitten ohne gleichzeitige Wandlung der Gesinnung ist nur durch Unwahrhaftigkeit möglich. Und in der Unwahrhaftigkeit des Völkerbundes sehen

wir eine Gefahr für den Frieden. Wir haben das dunkle Gefühl, daß der nächste Krieg durch den Völkerbund entstehen wird. Eine Bündnispolitik wie die Bismarcks, die 40 Jahre lang den europäischen Frieden bewahrte, ist nicht mehr möglich, weil keine Macht sich auf ein Bündnis verläßt. Die Entente, die sich im Kriege und nach dem Kriege über alle völker- und privatrechtlichen Bindungen hinweggesetzt und unter dem Vorgeben, für das Recht zu kämpfen, einen ungemischten Machtwillen bekundet hat, besitzt nun im Völkerbund die moralische Deckung für alle Vertragsbrüche. Die Entrüstung, die sich gegenüber August von Sachsen als eine Art europäische Meinung geltend machte, wird in künftigen Kriegen so wenig eintreten, wie noch jemand an die weiße Flagge und das Rote Kreuz glauben wird.

Aber versuchen wir einmal alle Bedenken zurückzustellen, die sich aus den Erfahrungen der letzten 10 Jahre ergeben, versuchen wir B. W. von Bülow in einem Optimismus zu folgen. Warum sollte nicht wirklich einmal aus einer Vereinigung, die von Räubern geführt wird, eine Wach- und Schließgesellschaft werden, wenn sich die Führung der Gesellschaft verändert? Sind nicht hundertfach Einrichtungen durch Bedeutungswandel etwas anderes geworden, als sie bei ihrem Entstehen waren und kann überhaupt ein Fortschritt erzielt werden, wenn man die Erfahrungen der Vergangenheit als maßgeblich für die Zukunft betrachtet?

Wenn wir alle grundsätzlichen Bedenken zurückzustellen suchen, dann bleibt noch ein tatsächliches Bedenken, das unüberwindlich ist: Die französischen Bündnisse. Die in der ideengeschichtlichen Einleitung dieses Heftes an uns vorübergezogenen Denker waren darin einig, daß ein Völkerbund nur dann möglich ist, wenn die Bündnisse einzelner Staaten aufhören, wenn an Stelle der festen Schutz- und Trutzverbindungen einzelner eine Gesellschaft aller tritt, bei welcher der Friedenswunsch der Mehrheit kriegerische Verwicklungen, wie sie durch feste Bündnisse entstehen, verhindert; Frankreich hat aber gleichzeitig Bündnisse für den Kriegsfall geschlossen und den Völkerbund für den Friedensfall, so daß sich innerhalb des Völkerbundes dieselben Machtgruppierungen zeigen, die ohnehin vorhanden wären.

Wir zweifeln nicht, daß Länder wie die Schweiz, Spanien, die Niederlande, Schweden usw. neben der Vertretung ihrer eigenen Interessen im Völkerbund auch Ziele des Gemeinwohles verfolgen wollen. Aber die haben nichts zu sagen. Denn der Völkerbund ist — wie nach Friedrich dem Großen der liebe Gott — bei den starken Bataillonen, und die sind bei Frankreich und seinen Verbündeten.

Eigentlich verstehen wir den Begriff der Großmacht, von dem im Völkerbund sehr oft die Rede ist, nicht recht. Die Zahl einer Bevölkerung kann es doch nicht sein, die eine Großmacht ausmacht, sonst wäre unter den im Völkerbund vertretenen Mächten China die größte Großmacht; die Bodenfläche kann es auch nicht sein, sonst käme Brasilien weit vor Frankreich ..... sollte es ..... wir wagen kaum, es auszusprechen ..... das Heer ..... die Flotte ..... die doch nächstens abgeschafft werden — nein, es ist nicht möglich, daß die brutale Gewalt der besseren Bewaffnung in einem so idealen Gebilde den Ausschlag gibt ..... Es handelt sich um ein großes Versprechen, um einen alten Ausdruck aus der Zeit der Machtpolitik. Jetzt ist eine Großmacht diejenige Macht, die große Ideen hat. Nicht Ideen für ein neues Luftgas, sondern Ideen für den Fortschritt der Menschheit.

Indessen sind Leute, die es wissen können, allerdings der Ansicht, daß der Völkerbund nichts anderes ist, als ein Ausdruck der militärischen Machtverhältnisse.

Wilsons Staatssekretär des Auswärtigen, der uns im Namen der Vereinigten Staaten den Krieg erklärte, Lansing, sagt (Bülow S. 9): „Man muß von vorneherein zugeben, daß der Völkerbund ein Werkzeug der Mächtigen ist, um das normale Wachstum nationaler Macht und nationaler Bestrebungen bei jenen aufzuhalten, die durch die Niederlage machtlos geworden sind."

Und der sozialistisch eingestellte Nitti, der als Ministerpräsident den Versailler Vertrag für Italien zu ratifizieren hatte, sagt in seinem 1924 erschienenen Buch „Die Tragödie Europas und Amerika?" (Deutsche Ausgabe Frankfurter Societäts-

druckerei S. 12f.) bei Besprechung der Verhältnisse im Saargebiet: „Wo und wann in aller Welt hat man je einem so ekelhaften Schauspiel von Gewalt, Betrug und Heuchelei beigewohnt? Daß der Völkerbund nichts als eine Intrige und ein Mittel der Gewalt ist, weiß heute jeder; aber niemand hätte ihn dennoch gemeiner Durchstechereien dieser Art für fähig gehalten." Und weiterhin (auf S. 116) „daß die Sieger, die für die Freiheit der Völker zu kämpfen vorgaben, sich in ihrer Gier nach Raub nicht einmal durch Verträge gebunden fühlen."

Von einem der ersten politischen Vertreter Englands berichtet Nitti (auf S. 13) die Äußerung, „daß der Zweck des Völkerbundes offenkundig nur der sei, die Reihe der ungerechten Maßregeln, die man erzwungen, nicht abreißen zu lassen."

Wir können uns nur dem amerikanischen Staatssekretär Lansing anschließen, der sagt (Nitti S. 12f.): „Die Sieger wollen ihre verschiedenartigen Begierden auf Kosten der Besiegten befriedigen und ordnen ihrem eigenen Interesse das Interesse der Menschheit unter. Um den Erwartungen der Völker und dem Idealismus der Ethiker zu entsprechen, haben sie zwar ihren Bund mit dem Völkerbund umgeben; aber man nenne sie, wie man will, sie maskiere sich, wie sie mag, diese Gesellschaft ist der Bund der Sieger; so wie sie heute geordnet ist, ist sie nichts als der Spielball jeder Gier und jeder Intrige, nur dazu berufen, als gerecht zu erklären, was ungerecht ist. Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, da er lediglich auf den beweglichen Sand der Interessen eines jeden einzelnen gegründet ist."

Daß Deutschland kein souveräner Staat mehr ist, kommt auch in den Umgangsformen zum Ausdruck. Ihm gegenüber erlaubt man sich Einmischungen und Unhöflichkeiten, die früher ganz undenkbar gewesen wären. Früher, d. h. gegenüber dem kaiserlichen Deutschland. Jetzt, nachdem Deutschland die Republik und die demokratischste Verfassung eingeführt hatte, behandelte man seine Regierung, seine Vertreter und zum Teil auch seine einzelnen Staatsangehörigen[1]) in einer Form, die sich früher niemand erlaubt hätte. Warum wohl? Eigentlich hätte man doch das angeblich verruchte alte System, den angeblichen Anstifter des Weltkrieges schlechter behandeln sollen. Warum geschieht das Gegenteil? Kein Mensch kann doch im Zweifel sein über die Beantwortung dieser Frage. Sie heißt: Weil wir entwaffnet sind. Also die im Völkerbund führenden Mächte richten ihr Benehmen nicht nach geistig-sittlichen Werten ein, sondern nach der Bewaffnung.

Ganz anders ist der Ton gegenüber der Türkei (Bülow S. 31ff.), weil diese bewiesen hat, daß bei ihr mit Drohungen nichts zu erreichen ist, und zwar ist der Ton ihr gegenüber anders als gegenüber den übrigen Mittelmächten, seit sie neue militärische Erfolge aufzuweisen hat.

Welche Qualität in Genf den Schwachen erhöht, das hat Bulgarien ausgeplaudert, indem es sein Aufnahmegesuch (Bülow S. 25) damit begründete, daß es seit dem Waffenstillstand zahlreiche Beweise „seiner völligen Ergebenheit gegenüber den Ententemächten erbracht" habe.

Die Methode der verschleierten Gewaltpolitik ist natürlich nur möglich durch eine außerordentlich durchgebildete Geheimdiplomatie. Bülow (S. 51) muß zugeben, daß der Genfer Kongreß im tiefen Dunkel arbeitet und daß es kaum eine internationale Konferenz in der Geschichte gibt, die ihn hierin übertroffen hätte.

Wir meinen, daß die deutschen Anhänger des Beitritts folgendes verkennen. Wenn Deutschland als Mitglied solchen Vergewaltigungen, wie sie der Völkerbund dies Jahre her sanktioniert oder zugelassen hat — Oberschlesien, Eupen und Malmedy, Danzig, Ruhrbesetzung usw. usw. — in Zukunft entgegentritt und dabei überstimmt wird, so hat es sie doch mitsanktioniert oder mitzugelassen. Indem es beitritt, hat es sich den Gesetzen und den Abmachungen des Bundes unterworfen. Ein

[1]) Die in diesem Augenblick noch stattfindenden Verurteilungen angeblicher deutscher Kriegsverbrecher durch französische und belgische Gerichte sind das Schamloseste und Verlogenste, wodurch jemals der Name des Rechts entweiht wurde.

wirkungsvoller Protest kann nur darin bestehen, daß es wieder austritt. Der Austritt aber kann (Bülow S. 34) nur nach zweijähriger Kündigung erfolgen. Ausgenommen ist der Fall einer Satzungsänderung; in diesem Fall kann ein Staat, der der Satzungsänderung nicht zugestimmt hat, ohne Kündigung austreten. Argentinien ist allerdings auch ohne solchen Grund ohne Kündigung ausgetreten (Bülow S. 35).

Ganz ernst werden die Satzungen des Völkerbundes wohl nur von den Deutschen genommen. Während die Polen an Danzig denken, die Italiener an Bozen, die Tschechen an Wien, die Franzosen an den Rhein, denken die Deutschen an Abstrakta wie Gerechtigkeit, Völkerglück, ewiger Friede. Bei ihrem mangelnden Sinn für Ironie sehen sie nicht die grandiose Ironie eines von Poincaré mitbegründeten Völkerbundes. Laienhaft gesprochen wäre es vielleicht besser gewesen, wenn Poincaré seinen Weltkrieg nicht entfesselt hätte, statt sich um künftige Jahrhunderte durch Begründung des Völkerbundes verdient zu machen. Die Bedenken gegen einzelne nicht ganz pazifistische Mitglieder besiegt man durch einen der in Deutschland immer eindrucksvollen abstrakten Sätze, die man in Oberbayern Sprüche nennt. In diesem Fall heißt der einschlägige Spruch: Es ist immer gut, wenn man dabei ist. Im allgemeinen mag es gut sein, wenn man dabei ist. Ob im besonderen Fall, wenn ein Verband gegründet wird, um einen in der Welt als wütende Bestie zu brandmarken, und diese Bestie dauernd an die Kette zu legen?

Noch heute wird in französischen und belgischen Schulen verbreitet, daß die deutschen Soldaten Säuglingen die Hände abhacken. In Denkmälern von Stein und Erz werden die schändlichsten Dinge als Taten des deutschen Volks verewigt. Kann man eigentlich zivilisierten Völkern zumuten, mit einem Volk, das Säuglingen die Hände abhackt, sich an einen Tisch zu setzen? Wenn der deutsche Vertreter den Antrag stellte, die Bundesbrüder sollten derartige Beschimpfungen unterlassen, so würde er wenig Anklang finden. Da müßten ja die führenden Mitglieder sämtliche Schulbücher mit Ausnahme vielleicht der Rechenbücher einstampfen lassen. Auf das Recht, den neuen Bundesbruder zu beschimpfen, können sie nicht verzichten.

Wir raten dringend: Beurteilt den Völkerbund nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten! Studiert das einzige Beispiel der Völkerbundsherrschaft, die Regierung des Saargebietes, in diesem Heft durch einen Holländer eingehend dargestellt! Man meint doch, der Setzer habe ein Stück des Traumes von Professor Karo aus dem Feuilleton dieses Heftes irrtümlich in den Aufsatz über das das Saargebiet gebracht, wenn man (oben S. 25) liest, daß die Saarländer durch einen Chinesen betreut werden, der alldeutsche Umtriebe feststellt. Die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Schulen im Saargebiet hat der Völkerbund in die Hand eines Tschechen gelegt. (s. oben S. 41).

Die führenden Mitglieder des Völkerbundes, die den deutschen Militarismus, d. h. unser deutsches Volksheer, beseitigt haben, dulden die französische Fremdenlegion, die unmenschlichste und abstoßendste Form des Militarismus. Frankreich will sogar das Recht für sich in Anspruch nehmen, für diese Fremdenlegion auf deutschem Boden zu werben und wirbt auf dem besetzten deutschen Gebiet und auf dem dem Völkerbund unterstehenden Saarländischen Gebiet Minderjährige an, die man zunächst betrunken macht, um sie dann der afrikanischen Hölle zuzuführen. Die auf deutschem Boden unterhaltenen weißen und farbigen französischen Truppen haben natürlich nur den Zweck, eine möglichst große Anzahl von Soldaten auf fremde Kosten unter den Waffen zu halten und den kriegerischen Geist bei den Kolonialvölkern nicht einschlafen zu lassen. Ein entzückender Zug ist es, daß die Friedensfreunde Deutschland verbieten, Gasmasken zu besitzen, während umliegende Länder Giftgase herstellen; dieser kleine Zug beweist, daß sie nicht in jedem Fall dafür sind, eine wehrlose Bevölkerung gegen kriegerische Überfälle zu schützen. Ganz so hatten sich Kant und die andern geistigen Väter des Völkerbundes den ewigen Frieden nicht gedacht.

Ein Völkerbund ist nur möglich in einem auf Freiheit und Selbstbestimmung der Völker aufgebauten Europa. Nicht in dem gegenwärtigen ausschließlich auf Waffenentscheidung und Rüstungsverhältnisse aufgebauten.

Er ist nur möglich, wenn man auch dem deutschen Volk die Möglichkeit der Selbstbestimmung gibt. Solange Deutschland und Österreich mit blanker Gewalt verhindert werden, den Zusammenschluß, dem keine Bestimmung des Völkerbundes entgegen steht (Bülow S. 24), zu vollziehen, solange ist ihre Zugehörigkeit zu einem Völkerbund innerlich unwahr.

Ihre Zugehörigkeit ist aber auch formal nach den eigenen Satzungen des Bundes unrechtmäßig. Denn beitreten dürfen nur Staaten mit voller Selbstverwaltung (Bülow S. 23). Deutschland und Österreich sind aber in ihrer Bewaffnung, ihren Finanzen, ihren Eisenbahnen, ihren industriellen Betrieben unter Kontrolle. Solche Länder hat man noch niemals als autonome Staaten betrachtet, von „voller Selbstverwaltung" zu sprechen wäre blutiger Hohn. Solche Länder hat man bisher Kolonien geheißen. Und solche Länder sind nicht in der Lage, mit den sie beherrschenden Ländern ein Bündnis einzugehen. Wenn Kamerun dem Völkerbund beitritt, so wird es dadurch nicht zu einem souveränen Staat, sondern legalisiert damit lediglich die französisch-englische Herrschaft.

Wir verkennen nicht, daß der Völkerbund in der Lage ist, bezüglich des Minderheitenschutzes manches zu tun. Wir verkennen nicht, daß z. B. die Unterdrückung der deutschen Sprache und Kultur in Südtirol nicht in so barbarischer Weise stattfinden könnte, wenn der Völkerbund die Kontrolle hätte; es bestände dann doch wenigstens die Möglichkeit für die Minderheiten, die sonst wehrlos jeder Unterdrükkung preisgegeben sind, sich an irgend eine Stelle zu wenden, die zu ihren Gunsten wirken kann. Wenn wir trotzdem auch vom Standpunkt der deutschen Minderheiten aus nicht für den Eintritt Deutschlands sind, so hat das seinen Grund darin, daß wir gerade für die abgetrennten Gebiete den dauernden Schaden einer Anerkennung der gegenwärtigen europäischen Machtverhältnisse für größer halten als die unsicheren und vorübergehenden Vorteile, die durch die Protektion einzelner Völkerbundsmitglieder zu erlangen sind. Wir würden für die deutschen Minderheiten etwas anderes wünschen: daß die durch Wilson getäuschten Amerikaner in größtem Stil die Verhältnisse der abgetrennten und künstlich ferngehaltenen Gebiete studierten.

Schon in dem von uns (im Heft „Zusammenbruch" Dezember 1918) nach der Leipziger Volkszeitung wiedergegebenen japanischen Memorandum vom Spätherbst 1918 ist vorausgesagt, daß England und die Vereinigten Staaten in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker auseinander kommen werden. Dieser Zeitpunkt ist nun eingetreten. Die englische Presse bezeichnet das Selbstbestimmungsrecht der Völker als einen törichten und gefährlichen Grundsatz und England kann in der Tat, solange es sein Weltreich erhalten will, diesen Grundsatz nicht anerkennen. Die Vereinigten Staaten aber können ihn anerkennen. Mit dem Eintritt in den Völkerbund würde das deutsche Volk, das wie kein anderes Volk zerstückelt und künstlich auseinandergehalten ist, sich von derjenigen der beiden Weltmächte trennen, die das Selbstbestimmungsrecht anerkennt, und sich derjenigen anschließen, die das Selbstbestimmungsrecht nicht anerkennt. Ein großer Teil des englischen Volkes hat die naive Auffassung, daß Weltbeherrschung eine englische Angelegenheit ist, nur von England zum Segen der Welt ausgeübt werden kann, daß England bei dieser Tätigkeit zu stören ein Verbrechen ist. Ein Teil des deutschen Volkes hat allerdings die noch größere Naivität, diese englische Auffassung zu teilen.

Wir halten den Engländer vom englischen Standpunkt aus für sehr schätzenswert, wissen aber nicht, ob er vom menschlichen Standpunkt aus wertvoller ist als der im Völkerbund nicht maßgebende Inder. Auch die Iren könnten manches erzählen, was vom Standpunkt der englischen Politik aus vielleicht zu rechtfertigen wäre, aber vielleicht den Philosophen und Philanthropen nicht ganz zusagte. Die Philosophen und Philanthropen hatten sich die Sache so gedacht, daß nicht nur von künftigen,

sondern auch von vergangenen Kriegen abgesehen, daß also die Welt neu geordnet wird. Gerade England hat durch seine Nichtratifizierung der Londoner Seerechtsdeklaration, durch seine Behandlung des Privateigentums, überhaupt durch sein Verhalten zum Völkerrecht im Krieg und beim „Frieden" bewirkt, daß der von ihm geführte Weltkrieg völkerrechtlich einen ebensolchen Rückschritt gegenüber den vorhergegangenen Kriegen darstellt wie der Versailler „Friede" gegenüber den vorhergegangenen Friedensschlüssen.

Wie denkt man sich aber die Wirkung unseres Beitritts in den Vereinigten Staaten? Nach dem jammervollen Schauspiel unserer schwankenden Haltung im Krieg kam die Wilsonbegeisterung im Herbst 1918, kam, als diese enttäuscht war, das sich Hinschmeißen an die europäischen Feinde, kam im Herbst 1924 die Annahme des Dawesplanes, die uns die Hilfe der Vereinigten Staaten sichern sollte, und unmittelbar darauf der Wunsch in den Völkerbund einzutreten, d. h. unsere Politik von der der Vereinigten Staaten zu trennen. Also gleichzeitig Versuch der Sklaven, sich mit überseeischer Hilfe aus der Sklaverei herauszuarbeiten und Bewerbung, in den Verein der Sklavenhalter aufgenommen zu werden.

Und wie denkt man sich das künftige Verhältnis zu Rußland? Wenn ein bewaffneter Konflikt zwischen Rußland und Polen entsteht, wird der Völkerbund zum mindesten verlangen, daß französische Truppen durch Deutschland hindurch an den Kriegsschauplatz gebracht werden. Deutschland wird damit in die Lage kommen, Polen, das die Deutschen ausrottet, das durch den westpreußischen Korridor den schlimmsten Pfahl in seinem Fleisch bildet und Deutschland in zwei Stücke auseinanderreißt, diesem selben Polen Kriegshilfe zu leisten gegen Rußland.

Also die Vereinigten Staaten, die uns das Selbstbestimmungsrecht der Völker garantiert haben, haben kein Zulassungsgesuch gestellt und, wie wir aus Amerika hören, nimmt man an, daß auch keine zukünftige Regierung dieses Gesuch stellen wird. Rußland, das einzige fremde Land, mit dem nach unserer Überzeugung Deutschland von Natur aus in der Weise verbunden ist, daß beide Völker aufeinander angewiesen sind, will gleichfalls nicht beitreten. Und von den Ländern, die mit Deutschland in ähnlicher Lage sind, Türkei und Ägypten, liegen bisher auch keine Aufnahmegesuche vor.

Mit einer Macht will man aber, wie es scheint, noch ein besonderes politisches Bündnis schließen: Frankreich. Und man spricht von einem Sicherheitsvertrag, der besser Oberhoheitsvertrag heißen sollte, wohl mit dem Inhalt, Frankreich den gegenwärtigen Besitzstand zu sichern, während die Völkerbundssatzung (Art. 19) die Möglichkeit einer Änderung der internationalen Verhältnisse vorsieht. Wenn man die Geschichte der letzten Jahrhunderte überblickt, die erfüllt ist von Angriffen des kriegerischen Frankreichs auf das friedliche Deutschland, da wäre ja allerdings zu einem Sicherheitspakt alle Veranlassung. Aber das was man bisher hört, klingt mehr so, als ob das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich gegen das entwaffnete Deutschland geschützt werden soll. Diesen Eindruck muß man schon haben, weil es sich um ein deutsches Anerbieten handelt. Die Welt hat nur die Wahl zu glauben, daß dieses Anerbieten ernst gemeint ist und wir national ehrlos sind oder daß es nicht ernst gemeint ist und wir bürgerlich ehrlos sind. Da sich national empfindende Völker nicht vorstellen können, daß solche Anerbietungen ernsthaft sind, betrachtet man sie als neuen Beleg der Doppelzüngigkeit, einer verschlagenen und unaufrichtigen Politik. Auf die Deutschen im Ausland, die wissen, daß solche Anerbietungen ernsthaft sind, werden sie eine schreckliche Wirkung ausüben. Und das Schlimmste wäre, wenn ein solches Anerbieten zum Ausdruck brächte, daß wir auf die deutsche Kulturgemeinschaft verzichten. Nicht daß wir darauf verzichten, Elsaß-Lothringen mit Waffengewalt wieder zu gewinnen, nicht daß wir auf die staatliche Zusammengehörigkeit verzichten, wäre der Anfang vom Ende, sondern der Verzicht auf die kulturelle Zusammengehörigkeit. Wer mit Gleichgültigkeit einen Zustand sich vorstellt, bei welchem in Straßburg nur noch französisch und in Bozen nur noch Ita-

lienisch gesprochen wird, der ist kein Deutscher. Bei Gleichgültigkeit gegenüber der Sprache, dem Volkstum und der Kultur kann ein Volk als solches nicht fortbestehen. Nur der Glaube an die Zusammengehörigkeit kann aus einer Sprachgemeinschaft eine Nation machen. Ein Beispiel ist Italien. Auch dort haben sich jahrhundertelang die einzelnen Staaten bekämpft, auch dort haben die Volksgenossen gegen Volksgenossen die Deutschen, die Spanier, die Franzosen ins Land gerufen und erst in der neuesten Zeit, sozusagen vor unseren Augen, ist aus diesen sich bekämpfenden Volksgenossen ein nationaler einheitlicher Staat geworden, der jedem Italiener seine Sprache und seine Freiheit sichert. Wer glaubt, daß dieses Ziel erreicht worden wäre, wenn vor 60 Jahren das südliche und mittlere Italien auf Oberitalien zugunsten Österreichs verzichtet hätten?

Wenn der gegenwärtige deutsche Reichstag sich so wenig um Straßburg und Kolmar kümmert wie sein Vorgänger vor 400 Jahren um das von den Franzosen besetzte Toul und Verdun, so wird das Schicksal von Straßburg und Kolmar das gleiche sein wie das von Toul und Verdun.

Nun könnte man trotz aller Bedenken sagen: Wir trennen uns von den Vereinigten Staaten und von Rußland und gehen mit unseren Todfeinden, die wir durch unsere Treuherzigkeit zu Freunden machen werden. Auch das könnte Politik sein. Aber das will man in Deutschland gar nicht. Man will immer alles gleichzeitig und erreicht nichts. Man will gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten und Rußland zusammen gehen und mit dem Völkerbund. So war es auch im Krieg. Nicht daß die Kriegsziele zu eng, zu weit, sonstwie falsch waren, war der Fehler, sondern daß sie unklar und schwankend waren. Deshalb haben sie keinen Eindruck gemacht, konnten sie nicht erreicht werden. So war es schon vor dem Krieg. Wilhelm II. wollte mit aller Welt gut Freund sein und hat sich damit alle Welt verfeindet. Die gegenwärtige Völkerbundspolitik ist die Fortsetzung der Politik Wilhelms II. ins Demokratische übersetzt.

In allen Ländern, die dem Völkerbund angeschlossen sind, mit Ausnahme Frankreichs, und in Deutschland gibt es zahlreiche nicht gewaltpolitisch eingestellte, ideal gesinnte Anhänger des Völkerbundes. Es tut uns leid so viele Leute, die an den Völkerbund glauben, zu verletzen, aber wir müssen unsere aufrichtige Meinung sagen: Wir glauben, daß nicht das Christentum und die Humanität zugenommen haben, sondern nur die Reden über Christentum und Humanität. Im Gegenteil glauben wir, daß im Mittelalter mehr Menschen bei ihren politischen Taten mit ihrem Gewissen gerungen haben als in der Gegenwart, und daß heute viel ausschließlicher als damals die Politiker nur den äußeren Erfolg im Auge haben. Die Welt ist äußerlicher und indirekter geworden. Der einzelne glaubt nicht mehr, daß durch sein Gewissen die Achse der Welt hindurchgeht sondern er überläßt das Gewissen den Organisationen, dem Staat, dem Völkerbund. Mögen die deutschen Kinder geistig und körperlich verhungern — der Völkerbund wird schon für sie sorgen. Wir wollen nicht die trefflichen Leute, die in allen Ländern Beziehungen zum Völkerbund haben oder an ihn glauben, verletzen. Aber wir müssen unsere Überzeugung aussprechen: Wenn die Verlogenheit das Kennzeichen des Zeitalters ist, so ist der Völkerbund sein Symbol. Das von ihm regierte Land, das Saargebiet, ist dasjenige europäische Gebiet, in dem die Bevölkerung — mit Ausnahme der Presse, die dort etwas weniger unterdrückt ist als in der Pfalz — am restlosesten der Willkür der Sieger preisgegeben ist. Während die nicht unter dem Völkerbund stehenden Südtiroler von den Italienern nur geohrfeigt werden, werden die unter dem Völkerbund stehenden Saarländer von den Franzosen mit Reitpeitschen geschlagen. Damit die Welt sich um solche Dinge nicht zu bekümmern braucht, müssen wohllebige Diplomaten in Genf einen solchen rhetorischen Lärm machen, daß man die Angstschreie der vergewaltigten Bevölkerungen nicht hört. Es ist in der Physiognomie der Zeit ein ähnlicher Zug wie die Verlegung der Schlachthäuser an die Peripherie der Städte und ihre Einfriedung durch hohe Mauern und Tierschutzvereine, so daß die Bevölkerung sich einbilden kann, sie lebe im Zeitalter der Humanität. Eine gut ein-

gerichtete Fabrik für Giftgase sieht viel humaner aus als ein blutiger Zweikampf des Alterums.

Wie der Völkerbund in jedem einzelnen Fall, in dem ein Staat sich hilfesuchend an ihn wandte, den blanksten Machtstandpunkt vertreten hat, d. h. stets den militärisch Starken gegen den militärisch Schwachen, das Völkerbundsmitglied gegen das Nichtmitglied unterstützt hat, als eine reine Interessenvertretung der beteiligten Großmächte, das ergibt sich aus der Chronik der Vermittlungstätigkeit, wie sie Bülow auf den S. 186—241 liefert.

Immer wieder müssen wir die Leistung Bülows bewundern, der soviel wir sehen, kein anderes Land etwas Gleichwertiges an die Seite zu setzen hat, müssen seinem Werk die allergrößte Verbreitung im In- und Auslande wünschen, beugen uns seiner überragenden Sachkenntnis und kommen doch zu ganz anderen Ergebnissen. Letzten Endes ist es Sache der Weltanschauung, ob man glaubt, aus einem so entstandenen, von solchem Geist geleiteten Verband könne mit der Zeit ein ideales Gebilde werden. Es ist Sache der Weltanschauung, ob man glaubt, daß die Institution den Geist, oder ob man glaubt, daß der Geist die Institution schafft..

Solange der führende Staat, Frankreich, nicht nur seine Verbrechen im Weltkrieg nach außen verleugnet, sondern nach innen verherrlicht, ja sogar, um sie zu verhüllen, das, was es selbst getan hat, Deutschland vorwirft und die Bestrafung angeblicher Schuldiger von Deutschland verlangt, solange Frankreich nicht reuig anerkennt, daß seine Behandlung der Gefangenen mit Wiederaufnahme der Prügelstrafe und Folter[1]) ein Rückschritt in der europäischen, ja, wir glauben sogar sagen zu dürfen, in seiner eigenen Kulturgeschichte bildet, kann man von ihm nicht annehmen, daß es durch den Völkerbund etwas anderes als seinen eignen Sadismus fördern wird. Wir halten für den Prüfstein dessen, ob einer am europäischen Aufbau mitarbeiten will, sein Verhältnis zu den Schuld- und Greuelbehauptungen des Versailler „Vertrags". Wäre dieser, wie frühere Friedensverträge, auf Waffenentscheidung und Machtverhältnisse begründet, so könnten wir den Standpunkt derer verstehen, wenn auch nicht teilen, die sagen: Lassen wir diese alten Geschichten als Ausgeburten des Kriegshasses und der Kriegsverblendung auf sich beruhen. Wir leben aber unter dem Gesetz eines Friedensschlusses, der beansprucht, als erster in der Geschichte auf Wahrheit und Recht begründet zu sein, der sogar das Selbstbestimmungsrecht der Völker (einschließlich der Kolonialvölker) außer Acht läßt, zugunsten des Gesichtspunktes von Schuld und Sühne. Wollte der Völkerbund die Ziele verfolgen, die in seiner Satzung angegeben sind, so müßte er als erstes durch seine neutralen Mitglieder die Schuld- und Greuelparagraphen des Versailler „Vertrages" prüfen lassen, mit der Verpflichtung aller Staaten, dieser neutralen Kommission jede gewünschte Mitarbeit zur Verfügung zu stellen[2]). Tut er das nicht, so vertritt er blanke Macht, ohne aber die Macht, wie man das in früheren Jahrhunderten getan hat, als Grundlage der Politik anzuerkennen. Blut und Eisen, garniert mit Phrasen.

Wollte aber jemand sagen, daß wir in unserer machtlosen Lage am wenigsten die Forderung nach Wahrheit und Recht durchsetzen können, so lehnen wir diese Unter-

---

[1]) Es handelt sich bei den französischen Greueln nicht um Ausschreitungen einzelner, wie sie in jedem Lande vorkommen können, sondern um Handlungen, bei denen das ganze Volk mit wenigen Ausnahmen mitwirkte und zustimmte, die Bevölkerung, die auf den Straßen auf Schwerverwundete mit Stöcken einhieb, die meisten Ärzte und Krankenschwestern. Vgl. Juniheft 1921 der SM. „Gegenrechnung" (auch in spanischer und englischer Ausgabe erschienen) und Juniheft 1923 „Die Bestie im Menschen".

[2]) Ende März 1921 wurde vom internationalen Komitee in Genf eine Konferenz einberufen, auf welcher beschlossen wurde, die Kriegsgreuel durch die Roten-Kreuz-Gesellschaften neutraler Staaten prüfen zu lassen. Die vom deutschen Roten Kreuz eingereichte Denkschrift enthielt 200 Fälle (bekanntlich eine ganz kleine Auswahl) so furchtbarer Art, daß die anderen Rote-Kreuz-Gesellschaften beschlossen, die Untersuchung nicht fortzusetzen (Bülow, S. 360f.).

werfung unter die Macht aus tiefster Überzeugung ab. Nicht um Ermäßigung der Tribute ist es uns zu tun, wenn wir die Grundlagen des Versailler „Vertrags" bekämpfen, sondern um die Lüge, daß jene Tribute nicht Folgen eines verlorenen Krieges, sondern Sühne für begangenes Unrecht seien. Solange die schmachvollen, die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrenden Schuld- und Greuellügen nicht zurückgenommen sind, ist der Eintritt eine Ehrlosigkeit. Die großen Worte des Wilhelminischen Zeitalters haben uns nie imponiert. Der Charakter zeigt sich im Unglück.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten:

Entweder der Völkerbund ist eine Einrichtung der militärischen Macht. Dann hat das waffenlose Deutschland nichts darin zu suchen.

Oder er ist eine Einrichtung für Recht und Moral. Dann ist seine erste Aufgabe die Untersuchung der Schuld- und Greuelbehauptungen des Versailler „Vertrags", durch die der gegenwärtige Zustand Europas begründet ist. Dann könnte Deutschland eintreten, um bei der Revision seines Todesurteils gehört zu werden, nachdem es beim Todesurteil selbst nicht gehört wurde.

In den Versailler Bund eintreten, hieße für Deutschland, auf die einzige Waffe verzichten, die ihm geblieben ist, die des Geistes.

Bezüglich der Abschaffung des Militarismus war Frankreich etwas offener als die anderen. Es verlangte (Bülow, S. 81, vgl. auch S. 464) ein ständiges Organ „zur Ausarbeitung und Vorbereitung der militärischen Maßnahmen", also ein Kriegsministerium des Friedensbundes. In dieser Form wurde der Antrag nicht angenommen. Aber der Artikel 10 der Bundessatzung sieht vor, daß der Bund militärisch eingreift, wenn eines seiner Mitglieder angegriffen wird. Man weiß aus der Weltgeschichte, daß man verschiedener Ansicht darüber sein kann, wer bei einem Konflikt der Angreifende ist, und daß hierüber die Tatsache der Kriegserklärung nicht entscheidet. Jedenfalls hat Frankreich sachlich seinen Willen durchgesetzt: Sein Vertreter im Völkerbundsrat konnte bei der internationalen Juristenkonferenz im Haag am 16. Juni 1920 mitteilen, daß ein Rüstungsausschuß gegründet worden war, um den Entscheidungen des Bundes militärischen Nachdruck zu verleihen.

Frankreich war also in dieser Sache etwas offener. Den Gipfel der Heuchelei erreicht England, indem es im ersten Rüstungsbericht des Völkerbundes bei seinem 260 Seiten langen „offenen und vollständigen Bericht" seiner Flotte, der größten, die die Erde gesehen hat — $^1/_2$ Seite und $1^1/_2$ den Flotten der Dominions widmet.

Eine der widerlichsten, weil bewußtesten Lügen des Völkerbundes ist die Behandlung der Kolonien. In der Völkerbundssatzung heißt es: „Das Wohlergehen und die Entwicklung der Völker, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst zu leiten, bilden eine heilige Aufgabe der Zivilisation." Die deutschen Kolonien hat der Völkerbund bekanntlich einstweilen unter Aufsicht, weil Deutschland noch nicht imstande ist, die heiligen Aufgaben der Zivilisation zu erfüllen.

Hier sagt der ehrliche Freund des Völkerbundsgedankens, B. W. von Bülow (S. 301 f.): „Was ist aber in Wirklichkeit geschehen? Zunächst haben England, Frankreich, Japan und Belgien die Mandatsgebiete nach Maßgabe ihrer geheimen Verträge unter sich verteilt. Man verfuhr in keiner Weise anders, als mit den Eroberungen früherer Kriege — gegen die eingesessenen Weisen sogar ungleich rücksichtsloser. Von der Schutzgewalt und Aufsicht des Völkerbundes war zunächst nichts zu spüren. Als der Bund schließlich in Aktion trat, hat sich nichts Wesentliches verändert. General Smuts, der wohl als der eigentliche Vater des Mandatsgedanken anzusehen ist, erklärte in einer Rede, in Windhuk am 16. 10. 1920: ‚Die Machtbefugnisse, welche der südafrikanischen Union (in Deutsch-Südwestafrika) übertragen wurden, sind so vollständig, daß ihre tatsächlichen Wirkungen identisch sind mit der Annexion'. In Frankreich hat man von Anfang an auf das Feigenblatt des Völkerbundes wenig Wert gelegt und sich gegen den Mandatsgedanken gewehrt. Der französische Kolonialminister Simon erklärte am 17. De-

zember 1919 in der Kammer, Togo und Kamerun seien der französische Anteil an der Beute; es handelte sich nicht um ein Mandat, sondern um Annexion. Sein Nachfolger Sarraut hat am 29. Juni 1920 dem Parlament versprochen, die Frage dieser Annexion auf der Konferenz von Spaa zu klären. Den Völkerbund wollte man also gar nicht erst befassen, sondern nur den Obersten Rat. Was damals in Spaa zwischen den Alliierten vereinbart wurde, ist nicht bekannt. Der Völkerbund hat jedenfalls nicht eingegriffen und hat die Einwohner von Togo, die gegen die französische Annexion protestierten, dahin beschieden, „daß Verträge vorlägen, die eine Berücksichtigung ihres Einspruches leider unmöglich machen."

Inzwischen sind die Träger der heiligen Aufgaben der Zivilisation damit beschäftigt, eine deutsche Kolonie nach der andern zu annektieren, d. h. mit anderen Kolonien zu vereinigen. Wir gestehen offen, daß wir die glatte Annexion früherer Zeiten sympathischer finden als die verschleierte des Mandatssystems, die den Zweck hatte, den Bruch der dem deutschen Volk, den Kolonialvölkern und der ganzen Öffentlichkeit gemachten Versprechungen zu verschleiern. Wären die deutschen Kolonien zwischen den siegreichen Mächten einfach aufgeteilt worden, so hätte ihr Wert, den E. D. Morel, bekanntlich ein hervorragender Kolonialsachverständiger, auf viele tausend Millionen Pfund Sterling allein für die an England gefallenen Kolonien beziffert[1]), auf die Kriegsentschädigung angerechnet werden müssen wie dies auch der amerikanische Staatssekretär Lansing anerkennt (Bülow, S. 328f.). Was die Befragung der Eingeborenen anlangt, so wurde in den von England besetzten Kolonien eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnis trotz des Drucks der bewaffneten Macht äußerst kläglich war. Der englische Administrator von Deutsch-Ostafrika erklärte es geradezu für unklug, eine offene und allgemeine Befragung der Eingeborenen zu veranlassen[2]).

Und nun mögen sich die deutschen Völkerbundsfreunde fragen, ob irgend eine Aussicht besteht, daß durch den Völkerbund in Europa auch nur eine Schule, eine Kaserne, ein Grenzstein verschoben werden wird, wenn er sich nicht traut, Deutschland die unter lügnerischen Vorwänden abgenommenen Kolonien wiederzugeben, trotzdem sie ihm ja doch jeden Tag durch die besser bewaffneten heiligen Träger der Zivilisation[3]) wieder abgenommen werden können.

Trotz all dem Furchtbaren, das auch er berichtet, kommt Bülow am Schluß dazu, unter gewissen Bedingungen Deutschlands Beitritt zur Gesellschaft der Heiligen zu empfehlen, von ihm eine Verbesserung der Bundesarbeit zu erhoffen.

Wenn wir uns also leider von Bülows Grundeinstellung und seinen letzten Schlüssen entfernen müssen, so verkennen wir doch nicht, daß sein Werk eine der größten geistigen Leistungen in der politischen Literatur der Neuzeit darstellt, und daß niemand mitreden kann, der dieses Portrait der Heiligen nicht kennt. Wir finden nicht, daß sie bei näherer Bekanntschaft gewinnen, so wenig wir finden, daß Wölfe durch einen Schafspelz gewinnen. Offen gestanden: die Alliierten haben uns im Weltkrieg besser gefallen als im Völkerbund.

Wie bescheiden gegenüber den heiligen Aufgaben der Zivilisation erscheinen etwa die Friedensbemühungen Bismarcks. Wir erinnern daran, wie er den Papst gebeten hat, bei dem Streit über die Karolinen zwischen Spanien und Deutschland zu vermitteln. Und doch sind wir der Ansicht, daß solche bescheidene Arbeit bessere Wege in die Zukunft weist. Das Deutsch-Schweizer und das Inner-Skandinavische Abkommen sind gewiß geeigneter, Streitigkeiten beizulegen als der Völkerbund.

---

[1]) Vgl. Januarheft 1924 der SM. „Die koloniale Schuldlüge", S. 96.

[2]) Vgl. „Die koloniale Schuldlüge" S. 128ff.

[3]) Als Material zur Kenntnis der heiligen Träger der Zivilisation verweisen wir auf die Aufsätze von K. A. von Müller, Der Opiumkrieg (Januarheft 1915 „England"), Josef Hofmiller, Belgische Kultur am Kongo (nach englischen Quellen, Aprilheft 1915 der SM. „Belgien"), K. A. von Müller, Aus der englischen Geschichte (Aprilheft 1917 „Englands Wachstum").

Und zwar deshalb, weil sie von den Vertragschließenden ernst und ehrlich gemeint sind, während die Großmächte im Völkerbund nichts anderes suchen als eine so ausgedehnte Sicherung ihrer Interessen, daß niemand mehr übrigbleibt, der ihnen Vertragsbruch und Untreue vorwerfen könnte. Gerade in diesem Abschieben der Verantwortung auf Körperschaften sehen wir einen Zug der Zeit, und zwar im internationalen Verkehr so gut wie im nationalen und im wirtschaftlichen. Der Völkerbund ist die Verkörperung des nicht existierenden Weltgewissens. Früher sprach man von einem Gewissen des einzelnen. Der hatte es aber auch. Jetzt will man sogar das Gewissen einer eingetragenen Gesellschaft überlassen.

Wir erkennen im Völkerbund ein Symbol für die Mechanisierung des Zeitalters. Er soll ein Automat sein, in den man die bis an die Zähne gerüsteten Völker hineinwirft und aus dem der Weltfriede herauskommt. Nur durch Satzungen soll das erzielt werden, nur durch Worte, nicht durch Wandel der Gesinnung.

Der einzige wirkliche Völkerbund ist die Religion. In dem Maß wie wirklich christliche Gesinnung die Seelen erfaßt, sie selbstloser und gütiger macht, wird die Welt besser. Wenn der einzelne Staatsmann seine Beziehungen zu den fremden Völkern vor das Forum seines eigenen Gewissens, statt vor das des „Weltgewissens" bringt, können die Beziehungen besser werden. Sonst nicht. Wer mitleidslos unterworfene Völker in allen Erdteilen mißhandelt und in Genf vom Weltgewissen redet, der bestätigt Macaulays Wort: „Wir halten dafür, das schrecklichste aller Schauspiele sei die Stärke der Zivilisation ohne ihre Barmherzigkeit."

Wissenschaftliche Rundschau

Die deutsche Wissenschaft in China

Von Professor Dr. Waldemar Oehlke in Peking

China ist mit der europäischen Kultur viel früher in Berührung gekommen, als man bisher annahm. Rein chinesisch ist, abgesehen von gewissen Erfindungen technischer, gewerblicher und ökonomischer Art, fast nur seine Lebensphilosophie, im besonderen die später von Konfuzius zusammengefaßte Ethik mit dem Grundbegriff patriarchalischer Pietät. Kunst und Wissenschaft in höherem Sinne blühten nicht vor dem Alexanderzug. Die erste Buddha-Statue in ganz Asien stammt von einem dem Namen nach unbekannten griechischen Künstler, der um 150 v. Chr. in der indischen Stadt Gandhara lebte. Die Reiche der Nachfolger Alexanders vermittelten dem angrenzenden Indien griechische Kunst, Literatur, Mathematik, Astronomie; und Indien gab alles das auf der großen buddhistischen Geistesbrücke nach Ostasien weiter, wie namentlich die Abhängigkeit des chinesischen Dramas vom indischen beweist. Auch Pekings gelehrte Gesellschaften beschäftigen sich mit dieser Frage. Ein zweiter direkter Einfluß, der möglicherweise das deutsche Sprachgebiet einbezog (Chingiskhan, Liegnitz!) läßt sich während der Mongolenherrschaft, die nach Europa wie nach China vorstieß, zu Beginn der Neuzeit feststellen. Damals gingen schon Missionare zwischen Rom und Peking hin und her. Ganz eröffnete bekanntlich erst das 19. Jahrhundert den geistigen Verkehr zwischen China und Europa. Bedenkt man, daß von den 450 Millionen Chinesen weit mehr als die Hälfte — wahrscheinlich mehr als zwei Drittel — noch heute Analphabeten sind, so ist leicht zu sehen, wie wenig die Volksbildung eine Grundlage für das wissenschaftliche Leben der ganz dünnen Oberschicht bietet.

Verhältnismäßig gering war daher noch während der Kaiserzeit (bis 1911) die wissenschaftliche Durchdringung Chinas durch den Westen, um so mehr als Politik und Mission ganz andere Ziele verfolgten. „Was haben wir von euch Indogermanen bekommen?" fragt der Chinese alten Stils. „Den Buddhismus, der unsere konfuzianische Festigkeit unterhöhlt und unsere Tatkraft gelähmt, das Christentum, das unsere einfache chinesische Sittenlehre verwickelt hat, und die materialistischen Ideen. Wir sehnen uns weder nach religiösen noch nach imperialistischen Kriegen." Der Hauptvertreter dieses nationalen Chinesentums, der auch in Deutschland bekannte greise Ku Hung Ming (vgl. seine Schrift, „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen"), belegt seine Kraftsprüchlein gern mit deutschen Zitaten, spricht

auch fließend deutsch, wenngleich er in der mündlichen Unterhaltung, auch mit mir, unwillkürlich immer wieder ins Englische fällt.

Die englische Sprache hat jedoch wissenschaftlich in China wenig vermittelt. Vielmehr steht hier die deutsche Wissenschaft an erster Stelle, denn selbst Amerika bedient sich ihrer, wenn es mit Kultur und Humanität in China Geschäfte macht. Im „Peking Union Medical College", das mit einem riesigen Krankenhaus medizinische Forschung und Lehre verbindet ist der Leiter der Nerven-Abteilung ein Süddeutscher (Pfister). Im vorletzten Jahre war der Wiener Augenspezialist Fuchs dort tätig. Auch die deutsche Sprache wird in diesem Rockefellerhaus zur Verarbeitung der deutschen Fachliteratur und zum medizinischen Studium in Deutschland gelehrt. Das Tsing Hua College bei Peking, das Amerika den Chinesen von der Boxer-Entschädigung als Bildungsinstitut modernsten Stils erbaute, hat auch ein German Department, dessen Vertreter Danton für das Jahr 1925 mit dem Germanisten Georg Witkowski tauschen wird, um in Leipzig über chinesische Kultur der neuesten Zeit Vorträge zu halten. Die deutsche Bücherei ist dort nicht gerade hervorragend, besitzt aber doch die hauptsächlichsten kritischen Organe. Über den Wissensumfang solcher Sammlungen wie „Aus Natur und Geisteswelt" kommt Amerika wissenschaftlich freilich auch in China nicht hinaus. Dafür aber hat jeder Dozent sein eigenes Sprechzimmer mit allem Komfort, und Aula, Sport- und Schwimmhalle sind köstlich. Von Amerika kommt zahlreiche deutsche Literatur, in englischer Sprache eingeleitet und kommentiert. Aber der Chinese ist schon hellhörig geworden, er zieht Wissenschaft abgelernter Fertigkeit vor und stutzt, wenn er beispielsweise die täglichen Inserate eines amerikanischen Spezialisten der Medizin (im Hotel Ambassador) liest: Geburtstagsdatum mit 3 Fragen und einen Dollar einsenden: Hellseherei, Sterndeutung usw., alles auf „wissenschaftlicher" Grundlage.

Die deutsche Wissenschaft in China fand bis zum Weltkriege eine Stütze an deutschen Chinesenschulen, die z. T. aus der Mission hervorgegangen waren. Sie sind meist verschwunden, werden aber wohl wiederkommen. Medizin und Technik blühen nach wie vor, als Forschung und Lehre namentlich an der Tung-Chi-Medizinischen und Technischen Hochschule in Woosung bei Shanghai, die rein deutsch ist. Die technische Abteilung verdankt viel ihrem Organisator und Leiter Dipl.-Ing. Dr. h. c. Berrens. An der mit der Tung-Chi verbundenen Schule wirkt der bekannte Sinologe Othmer, der zusammen mit Lessing (jetzt Mukden) die verbreitetste chinesische Grammatik für Deutsche verfaßt hat und für Schulzwecke auch eine kleine deutsch-chinesische Zeitschrift herausgibt. Andere deutsch-chinesische Blätter nach dem Weltkriege haben aus finanziellen Gründen bald ihr Erscheinen einstellen müssen. Sehr rührig im Interesse deutscher Wissenschaft ist der chinesische Leiter der Tung-Chi, Dipl.-Ing. Dr. h. c. Yüan, den ich erst kürzlich im Gebirge kennen lernte. In Wuchang bei Hankau, wo der vortreffliche Glatzer an den deutschen Abteilungen der dortigen Oberschule und Handelshochschule wirkt, scheint es ebenfalls vorwärts zu gehen. In Nanking organisiert jetzt mein bester Schüler, Schang Tscheng Tsu, die deutsch-philologische Abteilung an der kürzlich gegründeten South-Eastern University. Schon vorher hatte diese den Leipziger Philosophen Driesch, der dort wie hier Vorträge in englischer Sprache gehalten hatte, zum Ehrendoktor — es war sein vierter — ernannt.

Der Schlüssel zur deutschen Geisteswissenschaft in China lag in Peking, dessen Reichs-Universität nahezu ohne Konkurrenz ist. Nur Nanking kommt später daneben in Frage. Die maßgebenden Männer waren und sind hier Tsai Yuan Pei, Chiang Mon Lin, Hu Shi, Tain, Kou Mong Yü und, für das Deutsche wenigstens, Chu Chia Hua und Yang Dschen Wen.

Tsai Yuan Pei wird bei jeder öffentlichen Umfrage als eine der 10 berühmtesten und populärsten Persönlichkeiten der Gegenwart in China genannt. Mit dem Kanton-Gouverneur Sun Yat Sen und dem früheren Präsidenten Li Yüan Hung gilt er als Urheber und geistiger Teilhaber der Revolution von 1911, die China zur Republik machte. Er hat in Leipzig Philosophie studiert, auch später oft Deutschland besucht, viele Werke geschrieben (Spezialfach: Ethik), ist dann Kultusminister und später Kanzler der Universität geworden, die auch jetzt noch unter seinem entscheidenden Einfluß steht, obwohl er selbst meist in Europa weilt, z. T. als Deputierter Chinas in Kultur- und Völkerbundfragen. Seine republikanisch-sozialistische Weltanschauung machte ihn im Weltkrieg zum Gegner Deutschlands. Er haßte die preußische Dynastie der schimmernden Wehr, liebte aber den „deutschen Geist", dem er durch seine antideutsche Propaganda helfen wollte. Beliebt ist er nur bei der chinesischen Intelligenz, nicht bei den chinesischen Machthabern, die ihn fürchten. Aber während er antideutsche Reden hielt, legte er den Grund zur deutschen Abteilung an der Universität Peking, deren zehntausend Studenten ihn abgöttisch lieben und verehren. Wenn sie die Wahl hätten zwischen ihm und der Universität: ihm allein würden sie folgen, wenn sie könnten, bis nach

Tibet. Ich habe nur einmal mit ihm gesprochen und ihm meine hiesige Schöpfung gezeigt: kluge Augen im alten faltenreichen Gesicht und kluge, gewählte Worte in deutscher Sprache.

Sein Vertreter ist Chiang Mon Lin, ganz Columbia-Universität, New York. Er war, da Tsai immer irgendwo anders ist, auch mein chinesischer „Chef". Ein guter Mann, amerikanisiert, von keinem gehaßt, daher von bedeutendem Ansehen. Seine Wohnung ist ebensowenig wie die Tsais für europäischen Besuch geeignet: echt China, wenig gemildert durch Amerika.

Hu Shi steht europäisch höher. Meine Frau und ich stellten das fest, als er bei uns Tee trank. Seine „Geschichte der chinesischen Philosophie" hat schon viele Auflagen erlebt. Mit Driesch und Wilhelm hat er hier zusammengearbeitet. Viel amerikanische Behendigkeit und chinesische Unbestimmtheit. Daher beliebt als Dekan.

Tain, französisch gebildet, zugänglich, vorurteilsfrei gegen Deutschland, Tsais Vertrauensmann! Er hat neuerdings etwas viel geheiratet, auch gegen schon verlobte Paare, und daher Sympathien in chinesischen Kreisen, die über Verlobungen strenger denken als Europäer, verloren. Ich habe bei ihm ebenso wie bei den vorher Genannten stets Entgegenkommen gefunden: er hat Tsai oft amtlich vertreten, wenn dieser nicht demissionierte. In diesem Falle war Chiang Mon Lin — wie auch jetzt — der gegebene Ersatzmann. Auch er hat übrigens vor 2 Jahren wieder Deutschland und Österreich besucht.

Mit dem Deutschtum unmittelbar haben nur Kou, Chu und Yang zu tun. Kou Mong Yü, meist Dekan, durch Hu Shi nur periodisch abgelöst — es gibt hier für die ganze Universität nur einen Dekan — hat acht Jahre in Deutschland gelebt. Seine Frau war Malerin in München und spricht wie er dem Akzent nach ein besseres Deutsch als mancher Deutsche. Als Tsais Freund hat er mit ihm zusammen die Deutsche Abteilung an der Universität ins Leben gerufen und sich bei meiner Ankunft mir hilfreich zur Verfügung gestellt. Er und seine Gattin halfen uns Pelze kaufen, sorgten für pünktliche Gehaltszahlung und sandten meiner Frau zum Geburtstag einen Blumenkorb. Das ist viel. Trotzdem ist Kou — ich sage das für andere, die weniger gedeckt als ich hierher kommen — ein Chinese alten Stils, zurückgezogen wie der Fuchs im Bau mit einem Dutzend heimlicher Ausgänge. Darum wird er auch immer wieder Dekan. Die andern stehen rein menschlich vielleicht höher. Und doch verficht gerade er das Deutschtum, nicht nur weil sein Ansehen darauf beruht; und die deutsche Wissenschaft kann, solange Tsai lebt, nicht an ihm vorübergehen. Er ist zurzeit für das Deutschtum in China unentbehrlich, weil er es verstanden hat wie die ehrgeizigen Generale kluge Politik zu treiben, d. h. die deutsch-chinesischen Fäden in geisteswissenschaftlichen und akademischen Fragen in seiner Hand zu sammeln.

Einen sehr angenehmen Eindruck machte der junge Chu Chia Hu, Berliner Doktor der Geologie, hier Direktor des geologischen Instituts, der zweimal lange Zeit, beim zweiten Mal mit seiner Frau, in Deutschland gelebt und als Schüler des derzeitigen Rektors der Technischen Hochschule Berlin mich persönlich nach Peking verschrieben und verschifft hat. Energisch, kalt, klug und gut, war er stets der gegebene Vertreter der Pekinger Universität im Auslande, wenn es galt, zu engagieren, zu verhandeln und Geld vorzustrecken — denn er ist reich. Seit seiner Rückkehr aus Deutschland hat er auch innerhalb unserer Abteilung tatkräftig eingegriffen. Von allen Chinesen, die ich kenne, steht er im europäischen Sinne am höchsten und spricht das beste Deutsch. In Berlin wie im Harz waren wir oft, schon vor Peking, mit ihm und seiner liebenswürdigen kleinen Gattin zusammen. Wären nur alle Chinesen so wie er!

Der Leiter der Deutschen Abteilung, Yang Dschai Wen, steht ganz unter dem sicherlich guten Einfluß seines Lehrers Wilhelm, der früher Pfarrer in Tsingtau war, dann Chinesisch lernte, viel aus dem Chinesischen übersetzte und jetzt in Frankfurt Dozent für Sinologie ist, nachdem er einige Zeit, berufen durch seinen Schüler Yang, an der hiesigen Universität Lektürestunden gegeben hatte. Yang ist typisch für das scheue, ängstliche und — bei aller Anerkennung eifrigen Strebens nach wissenschaftlicher Bildung — etwas versteckte Chinesentum, das im 19. Jahrhundert unter dem politischen Druck des Auslands und der zahlungsunfähigen chinesischen Heimat groß gezüchtet worden ist. Es ist schade, daß gerade unsere deutsche Abteilung hier nicht unmittelbar von Chu Chia Hua oder Tsai Yuan Pei geleitet wird. Diese Männer, der eine jung, der andere alt, stehen auf sich selbst und sind ihres Namens auch Europäern gegenüber sicher. Die anderen schwanken leicht nach der Gunst des Augenblicks.

Man darf an eine chinesische Persönlichkeit der älteren Generation von vornherein nicht den europäischen Maßstab anlegen, wenn man im Interesse eines großen Ganzen mit ihr zusammen arbeiten will. Ein Teil meiner Studenten war anders: offener und fester, durchaus geeignet, in Deutschland neben deutschen Kommilitonen zu sitzen, was freilich für die Mehrzahl aller chinesischen Studenten schon wegen der Behandlung von Nase und Mund

is auf weiteres ausgeschlossen und in China selbst, wo der Spucknapf schrankenlos regiert, nfach unmöglich wäre.

Die National-Universität besteht aus drei Gebäudekomplexen. Das Hauptgebäude, in dem ie fremdsprachlichen Abteilungen untergebracht sind, ist noch am ehesten einem europäischen nstitut ähnlich. An der Pforte empfangen die Eintretenden das Universitätstageblatt. u ebener Erde liegen die Bibliotheksräume. Unterrichtet wird im ersten, zweiten und dritten tockwerk. Deutsche Sauberkeit und akademische Haltung wird man natürlich weder auf en Korridoren noch in den Hörsälen suchen. Das zweite Gebäude besteht aus vielen chinesch gebauten Einzelhäusern mit Kolonnaden und hübschem Mittelhof. Ganz unauffindbar ir Fremde sind hier die Verwaltungsräume. Alle chinesischen Dezernenten wollen in Verorgenheit arbeiten. An dieser Stelle befinden sich auch die größten Säle für Festredner. Ich abe dort gleichfalls meine Antrittsrede gehalten. Das dritte Gebäude mit den chinesischen eminaren liegt an einem Kanal, der leider die Luft des ganzen Stadtviertels verschlechtert, inesisch in viele Häuser geteilt wie das zweite. Alle Eingänge werden polizeilich bewacht. as zweite und dritte Gebäude dienen den nicht fremdsprachlichen Wissenschaften, d. h. ier werden keine ausländischen Sprachen und Literaturen gelehrt, wohl aber wird beispielseise Nationalökonomie auch in englischer Sprache von einem deutschen Dozenten (Otte) orgetragen. Die zahlreichen Diener erscheinen ungetrübt von kulturellen Einwirkungen und nicksen bis zur Erde, wenn sie ein kleines Trinkgeld bekommen.

Die Deutsche Abteilung, die zwei Vorbereitungs- und vier Philologie-Jahre umfaßt, während andern Abteilungen Deutsch auch noch als zweite Sprache nebenbei gelehrt wird, war bis meiner Ankunft ohne deutschen Akademiker. Man suchte einen „reinen, schon etwas erühmten Germanisten", wie man mir sagte. Als Honorarprofessor an der Technischen ochschule Berlin, Verfasser der bei C. H. Beck in München erschienenen Lessingbiographie nd Bettina-Herausgeber, war ich offenbar „rein und berühmt" genug, denn ich erhielt den uf. Ich nahm ihn an, da mich die Aufgabe reizte, im fernen Osten germanistisch Grund zu gen. Obenein 1920! Und ich habe es nicht bereut.

Die Begründung des germanistischen Seminars war schon wegen der Bücherfrage mit roßen Schwierigkeiten verbunden. Heute haben wir Grimms Lexikon und Grammatik, alle ndern größeren Grammatiken, auch Wilmanns und Paul, von den älteren Texten wenigstens ie wichtigsten, denn wir treiben ja auch Gotisch, Alt- und Mittelhochdeutsch. Die wissenhaftliche Arbeit wird dadurch erschwert, daß weder europäische Geschichte noch alte Sprache nd Kultur vorausgesetzt werden können. Man denke allein an die Termini technici der Fachteratur. Diese wurde den Hörern durch den Vortrag der Geschichte der deutschen Philogie geordnet vorgeführt.

Bis zu größeren schriftlichen Arbeiten im Range deutscher Dissertationen ist das Seminar cht vorgeschritten. Dazu fehlt es doch an genügender Vorbildung und der notwendigen Litetur. Es ist zu hoffen, daß das in China sehr ausgedehnte Urlaubsystem den chinesischen ermanisten später Gelegenheit gibt, an deutschen Universitäten Lücken auszufüllen und elleicht auch in dem einen oder andern Falle zu promovieren.

Viel wichtiger ist z. Z. die Begründung deutscher Schulen für Chinesen. Auch für die Unirsität ist ein deutsches Gymnasium als Unterbau geplant. Wesentlich wäre auch die Vergung der Universität, deren Gebäude ohnehin alterschwach sind, in die weitere Umgebung ekings mit hygienisch einwandfreier Einrichtung. So wurde ja das Tsing Hua College angegt, und im früheren kaiserlichen Jagdpark hat, unweit Peking, Yüan Schi Kais Premierinister Hsiung Hsi Ling seine Waisenheime angelegt. Er sagte mir, er werde dort allmählich ich die deutsche Sprache als Lehrfach einführen.

Das ist Etatsfrage. Das Englische ist immer noch die Sprache der Gebildeten. Der anhende Post- und Bahnbeamte muß Englisch lernen und für die Hankau-Bahn Französisch. as könnten die Angelsachsen unter diesen Umständen wissenschaftlich für und aus China rausschlagen! Aber daran liegt ihnen wenig, sie kümmern sich zunächst um das Wirtschafthe. Es war mir eine Genugtuung, daß die vorhin erwähnte greise Exzellenz Hsiung überhaupt cht Englisch sprach; um so besser freilich sein Sekretär Wei, der in dieser Sprache — gleichitig natürlich in chinesischer — schon eine Reihe von Monographien verfaßt hat. Er will ch nun auch einen deutschen Helden für eine Lebensbeschreibung erwählen und weiß nur ch nicht recht, welchen, da er ja auf englische Quellen angewiesen ist. Er meinte, Bismarck er Heine, oder beide. „Bloß nicht in demselben Buche, sonst platzt der Einband", t ich ihm. Auch der junge Ex-Kaiser, mit dem ich zweimal sprach, versteht nur wenige glische Worte.

Die Übersetzung aus dem Deutschen beginnt erst jetzt langsam die Flügel zu regen, und doch ist die deutsche Wissenschaft in hohem Grade daran interessiert. Früher oder später muß unser Seminar vor allem ein wissenschaftlich brauchbares deutsch-chinesisches Lexikon schaffen. Bisher scheitern solche Pläne immer noch an der Zeit- und Geldfrage. Die letztere hemmt auch unsern „Deutsch-Chinesischen Kulturverband" trotz seiner mehr als 500 Mitglieder an der rechten kulturellen Auswirkung über das rein Studentische hinaus. Als sein Begründer und deutscher Vorsitzender könnte ich die Einführung von Mitgliederbeiträgen noch nicht verantworten, weil sie größtenteils, von chinesischer Seite jedenfalls, nicht eingehen würden. Übersetzungen fördern soll auch der ebenfalls hier von mir zusammen mit Driesch angelegte „Weltverband der freien Wissenschaft", dem von bekannteren Persönlichkeiten u. a. Sven Hedin während seiner Anwesenheit in Peking beigetreten ist. Dieser Verband aber bedarf noch viel längerer Vorbereitung.

Andererseits darf die deutsche Wissenschaft in China keinen Tag verlieren wegen des schon bestehenden und des in die Wege geleiteten sprachlichen Wettbewerbs. Wir haben an unserer Universität eine englische, französische, russische und japanische Abteilung neben der deutschen. Jetzt sollen orientalische Abteilungen hinzukommen. Sanskrit ist schon durch den Baron von Staël-Holstein vertreten, einen deutschen Balten, aber russischen Untertan, der in Halle studiert, in Oxford und Petersburg, hier als Professor, gelehrt hat und nun in Peking die altindischen buddhistischen Texte mit den altchinesischen vergleicht. Dadurch wird ja die vergleichende indogermanische und damit auch germanische Literaturforschung bereichert. So können wir am Ende auch das Persische hier begrüßen, doch nur, wenn das Deutsche dadurch nicht zurückgedrängt wird. Rabindranath Tagore, der im Sommer 1924 hier war, ist zwar mit seiner Botschaft, Asien gegen die westliche Kultur zusammenzuschließen und zu verteidigen, verunglückt. Ich habe diese Sache in meiner kurzen Unterhaltung mit ihm gar nicht weiter berührt, denn sie erschien mir aussichtslos: als Indogermane ist Tagore nicht in demselben Sinne Orientale wie der Chinese. Aber ein gewisser Zug nach Osten im Osten selbst, verbunden mit selbstbewußter Geste gegen das Westliche, allzu Westliche, ist auch in China gerade bei Akademikern unverkennbar. Darum gilt es, rechtzeitig die Übersetzung zu fördern.

Sehe ich von meinem Fach und im weiteren Sinne von der mit ihm ja verbundenen belletristischen Literatur ab, so ist bei einem Blick über die gesamte Wissenschaft festzustellen, daß der Chinese am meisten für Philosophie, wenn sie als Weltanschauung auftritt, und für praktisch anwendbare Disziplinen zu haben ist, also für Medizin, Nationalökonomie, Mathematik, Naturwissenschaften, Technik; und zwar nicht nur, weil sie ihm ein leichteres Fortkommen ermöglichen, im Gegenteil: ohne Berufsarbeit das ganze Leben hindurch zu studieren und zu forschen, ist chinesisches Ideal. Frage ich die Studenten, was sie am liebsten werden möchten, so antworten sie: „Privatgelehrter". „Ein Leben ohne Ehrgeiz, nur mit Wohnung, Kleidung und Nahrung, macht die Erde zum Garten Eden", schrieb der vorhin erwähnte Wei uns ins Reisealbum. Deshalb also beschäftigt sich der Chinese so gern auch mit Philosophie, zumal mit deutscher. Sicheren Boden fühlt er aber nur bei Kantianern, so sehr ihn beispielweise auch Einstein interessiert, der ja an unsere Universität vergeblich zu Vorträgen eingeladen war. Eine chinesische Biographie gibt es daher wohl von Kant, aber nicht von Goethe. Man sieht jedenfalls, daß und auf welchen Wegen die deutsche Wissenschaft in China vorwärts schreitet.

Bücher

Jung-Indien[1])

Diese Aufsätze sind Gandhis Zeitung „Young India" entnommen. Sie stammen aus der Zeit 1919—1922 und sind die persönlichsten aller Dokumente von Gandhi. Die Sammlung gliedert sich, abgesehen von Vorwort und Anhang, in fünf Abschnitte. (Zu bedauern ist, daß die Aufsätze aus der Zeit der Unruhen im Frühjahr 1919 nicht enthalten sind.) In der ersten Abteilung findet man die Aufsätze, mit denen Gandhi den Auftakt zur Non-Cooperation-Bewegung gegeben hat, nachdem seine Bemühungen, die Regierung zur Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten im Pandschab zu veranlassen, fehlgeschlagen waren; in der zweiten ist die politische Theorie dieser Bewegung erläutert und begründet, in der dritten und vierten ist Gandhis Stellung zu den verschiedenen laufenden Problemen dargelegt und in der letzten befinden sich die Dokumente über seine Verhaftung und Verurteilung. Der

[1]) Mahatma Gandhi, Jung-Indien. Aufsätze, ausgewählt von Romain Rolland und Madelaine Rolland. Übersetzt von Emil Roniger. Rotapfelverlag, Zürich 1924.

Anhang besteht aus sehr wertvollen Erläuterungen und Anmerkungen, die allerdings nicht ohne Fehler sind. Man findet hier auch Gandhis sozial-religiöse Einstellung vollkommen begründet, seine Philosophie, die, insbesondere von der ökonomischen Seite her, meistens zu Unrecht angegriffen wird, weil sie „heutzutage unpraktisch und undurchführbar" sei. Wer ein Bild von Gandhi haben will, der lese z. B. den Brief an den Herzog von Connaught oder „Das Verbrechen von Chauri-Chaura" oder „Der Ausschuß des allindischen Kongresses" oder „An die Engländer" I und II.

Die Grundprinzipien, auf die sich die Non-Cooperation-Bewegung aufbaute, waren die des Satyagraha (satya = richtig; agraha = Versuch), des Ahimsa (a = nicht; himsa = Böses zufügen), der Swaraj (swa = eigen; raj = Herrschaft) und der Swadeshi (swa = eigen; deshi = Sachen). Die Bewegung selbst ist nichts anderes als die logische Entwicklung und Vollendung dieser Grundsätze nach allen Seiten hin. Man kann beanstanden, daß Gandhi allzusehr auf logische Eleganz Wert gelegt hat, wodurch sein System analytisch und tot wurde. In politischer Hinsicht führten die Prinzipien zu dem Boykott, der Non-Violenz und dem passiven Widerstand, in sozialer zur Stellungnahme gegen die moderne Form der Industrie und zur Förderung der Handarbeit, in religiöser zu der Abschaffung von „Untouchableness" (Unberührbarkeit) gewisser Volksschichten, in kultureller zu der Unterstützung und Förderung eigener Kultur (Erziehung, Kunst, Medizin usw.). Es bleibt nur übrig, Gandhis ursprüngliches Programm zu erwähnen. Dieses setzte sich aus den folgenden vier Hauptpunkten zusammen: 1. Zurückgebung von Titeln und Ehren; 2. Boykott von Schulen, Gerichtshöfen und gesetzgebenden Körpern; 3. Austreten aus der Polizei und dem Heere und 4. Nichtzahlen von Steuern.

Damals, bis zu seiner Verhaftung im März 1922, war Gandhi auf der Höhe seines Einflusses und seiner Stoßkraft. Die Non-Cooperation-Bewegung aber hatte nichts erreicht. Der Grund hiefür ist in Gandhis Geistigkeit zu suchen. Hauptsächlich Theoretiker, hat er sich oft mit der einfachen Anerkennung seiner Prinzipien durch seine politischen Feinde zufrieden gegeben, ohne sich über die Ausführung zu kümmern. Sein Non-Cooperation-Programm entsprang einem richtigen Gefühl und hätte vielleicht auch vollkommenen Erfolg bringen können, wenn Gandhi statt zu bremsen, die Bewegung hätte fortschreiten lassen. Aber er wollte Gewalttaten vermeiden. Darin liegt ein schwerer Fehler. Unserer Meinung nach durfte er keine so große Kluft zwischen seelischer und physischer Kraft herbeiführen. Es kommt auf die Motive des Handelns an. Beide sind in der Ausführung Beispiele von Gewalt und wirken als solche hemmend auf die Freiheit des anderen. Ein Streik ist ebenso Gewalt wie ein Angriff mit Waffen; eine Ohrfeige ebenso Seele wie Wut. Vielleicht das einzige Beispiel seelischer Kraft, die keine Gewalt darstellt, ist Liebe. In reiner Liebe aber gibt es nur Resignation und kein Wollen. Niemand kann von Gandhi behaupten, er habe nie gewollt und immer resigniert. Gandhi ist eine Kampfnatur und nur als solche verständlich. Schade, daß er durch eine falsche Auslegung von Gut und Böse sich selber Fesseln angelegt hat. Noch mehr Schade, daß er jetzt Einigkeit herbeiführen will, wo er früher immer für seine Meinung gekämpft hat.

Wir begrüßen die Tatsache, daß außer Gandhis politischen Schriften auch seine anderen, vor allem der interessante „Wegweiser zur Gesundheit", deutsch erscheinen.

(Der Verfasser dieser Zeilen ist ein Inder, er will aber nicht damit verstanden haben, daß er der allgemeinen Meinung Ausdruck verleiht; im Gegenteil.)

München. Jeevanlal Gauba.

Der neue Kürschner

Soeben ist der 42. Jahrgang von Kürschners Deutschem Literaturkalender, unter Mitwirkung von Dr. Hans Strodel herausgegeben von Dr. G. Lüdtke, im Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig, erschienen. Er hat durch die längst in Aussicht genommene Trennung zwischen Literatur- und Gelehrtenkalender erheblich an Raum gewonnen, was seiner inneren Abrundung und Vollständigkeit sehr zugute gekommen ist. Der Literaturkalender soll künftig neben den Angaben über schöngeistige Literatur auch Hinweise über Schriftleiter, politische Schriftsteller, Kunstschriftsteller usw. enthalten, kurz alle Personen, die nicht als Fachgelehrte anzusprechen sind. Demgegenüber umfaßt der in diesem Jahr zum erstenmal erschienene Deutsche Gelehrtenkalender die Namen und Werke von etwa 6000 deutschen Gelehrten. Die Verbindung mit dem Literaturkalender ist gewahrt geblieben, so daß jeder der beiden Bände zahlreiche Verweise auf den anderen enthält. Ein Überblick über das deutsche Literaturrecht und ausführliche Übersichten über Zeitschriften und Verleger bilden dankenswerte Ergänzungen.

Neuerscheinungen

Hans Joachim Moser, Geschichte der deutschen Musik, II. Bd., 2. Halbband. Vom Auftreten Beethovens bis zur Gegenwart. X und 548 Seiten. Mit vielen Notenbeispielen. Geheftet M. 12. (Verlag Cotta). Ich las zuerst, was Moser über kleinere Meister schreibt: Cornelius, Alexander Ritter, Raff, Bruch, Volkmann, Löwe, Silcher, und war entzückt über die Sicherheit seines Urteils und die unübertreffliche Formulierung. Dann machte ich mich an die Seiten, wo ein Musiker unbedingt Farbe bekennen muß: Brahms und Bruckner, Richard Strauß und Pfitzner, Hugo Wolf, Liszt, und war begeistert. Dann erst fing ich mit dem ersten Kapitel an und las das Buch von A bis Z durch mit der Überzeugung, daß eine bessere Geschichte der deutschen Musik nicht geschrieben worden ist und in absehbarer Zeit auch nicht geschrieben wird. Der Verfasser hat den rücksichtslosen Mut seiner Meinung: „Ich will dermaleinst meinen Enkeln lieber, als ein ehrlicher Esel denn als ein diplomatischer Feigling gelten", sagt er in der Vorrede. Ich zitiere noch ein paar Sätze: „Unter dem schützenden Mantel atonaler Unkontrollierbarkeit bläht sich auch viel krassestes Nichtkönnen". „Die (nach P. Bekker) Schönbergs Kunst angeblich entströmende geheime Gewalt beruht einmal auf der unermüdlichen Reklame seiner Schüler, Verleger, Freunde, zum andern auf der magischen Anziehungskraft jeder Unnatur, jedes anscheinenden Widersinnes auf weite Kreise der Gegenwart". „Mit der Plakatprägung Physiologische Musik hat P. Bekker den ungeheuren Verrohungsvorgang ungewollt entlarvt, der damit das Musikhören ungefähr auf den Rang des Essens und Verdauens erniedrigt". „Negersysteme sind nur für Negergehirne zuständig; wer in ihnen sein Heil sucht, erkläre offen seinen Austritt aus der musikalischen Rassengemeinschaft der Weißen Welt". Das Grotrian-Steinwegsche Vierteltonklavier „klang einzig wie ein grauenhaft verstimmtes Wirtshauspiano". „Der deutsche Opernspielplan der Gegenwart wird nachgerade zur Schandsäule unserer Volksschmach". An einem deutschen Institut (Berliner Staatsoper) „prangt Verdi weit über Mozart, Leoncavallo über Lortzing, Rossini mit 14 gegen Pfitzner mit 3 Aufführungen". „Auch in der Kunstgeschichte entscheidet sich das Schicksal des Einzelvolkes nach dem dauernden Willen zum Hammer oder Ambos sein". „In den mittleren und kleineren Vereinen ist der Geschmack meist um mehr als ein halbes Jahrhundert hinter der lebendigen Kunstentwicklung zurückgeblieben". „Der Kern des Übels liegt in der Versklavung vieler Dirigenten an die Agenturen". „Die Musikfeste (des A. D. M. V.) haben sich in einem Maße zum Tummelplatz jeder unreifen Narrheit, zur einseitigen Vorschubbörse zumal für balkanische und jüdische Modeversuche entwickelt, daß viele sie schon nur mehr des grimmigen Spaßes halber besuchen". „Ein besonders geschäftskundiger Meister der Gegenwart (R. Strauß) ließ seine vielbegehrten Werke lieber bei der Pariser Zweiganstalt seines deutschen Verlages erscheinen". „Die heute sichtbarste Kampfform zwischen Gott und dem Teufel ist die zwischen Kultur und Zivilisation". Max Reger: „ein Großer an tonbrodelndem Dauermüssen, ein echter Besessener, eines der seltsamsten Janusbilder, wie sie immer als ernste Torsogestalten auf der Paßhöhe kunstgeschichtlich entscheidender Übergangszeiten stehen". Schreker: „Kleinbürgerlicher Genußburger spielt mit atelierhaften Makartfesten umlüstert bei Butzenscheibenromantik ewig den Zeugungsakt unter Lombroso-Entschuldigungen und verherrlicht mit der Gefühlsseligkeit des Schauerfilms das Weiningersche Dirnenweib — Operndichtung für Neureichs!" Ariadne von Strauß: „herrliche Klubsesselschlemmerei voll feinster Intimität; Barockoper für nervenempfindliche Bibliophilen". Die „melodischen Oasen" der Salome: „schmalzig wie schlechter Löwe". Seine schönsten Lieder wirken „immer irgendwie als Publikumsanrede vom Podium herunter, die trotz allem Aufputz mit Gewagtheiten bis zu kitschiger Gefallsucht gehen kann, bis zu wahllosem Schmand und Schmiß". Mahler: „sein katholisches Gebet verzerrt Bruckners ruhvolle Gebärde zur melancholischen Pojaz-Grimasse, seine choralgewollten Bläserrufe schlagen unversehens ins blecherne Tschingdara der Militärkapelle um, seine Wunderhornleidenschaft bleibt künstelnde Deutschtümelei, titanisches Aufrecken gebiert doch nur Kubinsche Grauensgesichte, und aller pomphaft dekorierte Klangzauber verbirgt nicht die Ödnis einer grandios leeren Kapellmeistermusik". Pfitzner: „einer der wenigen sicheren Felsen im trüben Gischt neuzeitlicher Problematik; sein Dasein rechnet zu den größten Kulturwerten der deutschen Gegenwart überhaupt". Bruckner: „als Erster seit Spohr hat er wieder den echt deutschen Pulsschlag des unendlichen Adagios." Cornelius' Lieder: „Siberstiftzartheit des Klaviersatzes". Liszt: „Budapest, Paris, Kiew und Rom halten bei ihm leicht seiner fünften geistigen Heimat Weimar die Wage". „Liszt wußte mit an sich sehr guten Themen meist im Durchführungsteil nicht genug anzufangen". Seit der Einführung der politischen Phrase ‚Fortschritt' „wird die Welt der deutschen Tonkünstler nicht zum Heile unter dem Bilde eines Parlaments mit linkem und rechtem Flügel betrachtet". Unsere Zeit sucht „ästhetischen Genuß nicht mehr in der glatten Lösung einer künstlerischen Aufgabe, sondern nur noch in der Unlösbarkeit des Problems selbst". Weder auf dem Gebiete

der bildenden Kunst, noch auf demjenigen der Dichtung besitzen wir einen gleich mutigen Führer, der nicht die jämmerliche Angst unserer meisten Kunstschreiber hat, hinter der jeweiligen Tagesmode zurückzubleiben. Mosers Werk ist eine Tat.

Georg Brandes, Hauptströmungen der Literatur des 19. Jahrhunderts. III. Band: Die romantische Schule in Frankreich. Das junge Deutschland. 2. Auflage, vom Verfasser neu bearbeitet, endgültige Ausgabe. (Berlin, Erich Reiß.) Damit ist das Hauptwerk von Georg Brandes abgeschlossen. Es war bisher nur in der Übertragung Adolf Strodtmanns zugänglich. Es ist ohne Zweifel der umfassendste Versuch, die Hauptströmungen der Literatur der ersten Hälfte des Jahrhunderts europäisch zu sehen, in ihren Wechselbeziehungen und gegenseitigen Beeinflussungen. In diesem Sinne ist das Werk heute noch schätzens- und lesenswert. Brandes spaziert beständig im Geiste aus einem Lande ins andere, für ihn gibt es keine Grenzen. Das macht die Lektüre des Werkes anziehend, wenn auch gelegentlich etwas unruhig. Für den reifen Leser erfrischend, ist es für den nicht genügend vorgebildeten nicht unbedenklich wegen der geistigen Grundeinstellung des Verfassers, die sich eigentlich nur mit derjenigen des Jungen Deutschland tatsächlich deckt, manch anderen Erscheinungen hingegen nicht ganz gerecht wird. Das Werk hat in hervorragender Weise die Vorzüge seiner Fehler und die Fehler seiner Vorzüge. Man muß es als Ganzes nehmen. Niemand wird es lesen, ohne stark angeregt worden zu sein und ohne eine Menge Dinge erfahren zu haben, die er noch nicht wußte, und die nirgends so bequem und übersichtlich zusammengestellt sind. Ein ausführliches Register erleichtert die Benutzung.

Die Briefe der Elise von Türckheim, geb. Schönemann (Goethes Lili), herausgegeben von John Ries (Verlag Englert und Schlosser in Frankfurt a. M.) Das gediegen ausgestattete Buch mit den zeitgenössischen Bildern bietet zum erstenmal eine verlässige Sammlung von Lilis Briefen. Neue Aufschlüsse über ihre Beziehungen zu Goethe bieten sie nicht, wollen und können sie nicht bieten. Was sich aus ihnen gestaltet, ist das Bildnis der Briefschreiberin, und dieses Bildnis ist sehr anziehend. Nicht minder anziehend ist die Einleitung; sie ist im schönsten Sinne eine „Rettung", und wer die Urteile über Lili, bis in die neueste Zeit hinein, nur einigermaßen kennt, der weiß auch, daß diese Rettung durchaus keine offenen Türen einstößt. Richtiger ist nach meinem Gefühle über das Verhältnis bisher nicht geurteilt worden, als in dem schönen Satze: „Daß dies herrliche Paar sich nicht zur Lebensgemeinschaft verbinden konnte, war nicht ihre und nicht seine Schuld: es war beider tragisches Geschick. Und — falls man überhaupt annehmen darf, daß zu irgend einer Zeit seiner Entwicklung eine Ehe seiner Natur gemäß war — die größte Tragik in Goethes Leben war wohl, daß ihm später, zur rechten Zeit, keine Lili begegnet ist". So ungefähr haben wir das von je gefühlt, nur mit ein bischen anderen Worten. Aber bewiesen, soweit es überhaupt in solchen Dingen ein Beweisen geben kann, wird es für alle, die Augen haben zu sehen, vollends erst durch dieses wahrhaft vornehme Buch, das eine Zier jeder Goethebibliothek bleiben wird.

Die 10bändige Gesamtausgabe der Werke von Selma Lagerlöf (in Ganzleinen 85 M.) kann von jedem, dem die Kosten auf einmal zu hoch sind, getrennt in zwei Serien, (Band 1—5 und Band 6—10) zu je 42,50 M.) bezogen werden: I/II Gösta Berling; III Wunder des Antichrist; IV/V Jerusalem; VI Liljecronas Heimat; VII Eine Herrenhofsage; VIII Unsichtbare Bande; IX Ein Stück Lebensgeschichte; X Christuslegenden. Die Ausgabe enthält alles, was die große Dichterin bis heute veröffentlicht hat, auch die „Reise des kleinen Niels" vollständig, das schönste Kinderbuch unserer Zeit. (Verlag Albert Langen, München.)

Dmitri Mereschkowski hat drei große Romane geschrieben: den Lionardo, den Julianus Apostata und Peter und Alexej. Der dritte war bisher in deutscher Sprache noch nicht erschienen. Der Verlag Piper & Co., der alle größeren Werke dieses bedeutendsten lebenden Schriftstellers Rußlands veröffentlicht, hat auch den Peter-Roman glänzend ausgestattet herausgegeben: ein gedankenschweres, farbenreiches, aufwühlendes Buch, das Mereschkowskis Lebensthema behandelt, den Kampf zwischen Christus und Antichrist.

Von Thassilo von Scheffer, dem wir die schöne Übersetzung von Homers Ilias und Odyssee verdanken, erschien bei der Union, Deutsche Verlagsgesellschaft „Griechische Heldensagen" (mit 111 Textabbildungen und 8 Kunstbeilagen). Der Dichter hat zur Formgebung seiner Erzählung nicht, wie bisher üblich, den Umweg über die lateinische Überlieferung gemacht, sondern ausschließlich rein hellenische Quellen herangezogen. Der Stil ist rein episch. Das vom Verlage beigegebene Abbildungsmaterial besteht aus Wiedergaben nach Werken der antiken, aber auch der neueren Kunst. Der Band ist mit größter Gediegenheit ausgestattet.

Aus Zeitschriften

Von der „Deutschen Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte“ (Verlag M. Niemeyer, Halle a. d. Saale) die wir im Oktoberheft 1924 „Der Weg Iswolskis zum Weltkrieg“ angezeigt haben, liegt der 2. Jahrgang abgeschlossen vor. Die beiden ersten Hefte dieses Jahrganges nehmen verschiedene Fragen der Philosophiegeschichte und der geistes- und stilgeschichtlichen Grenzsetzung zum Gegenstand, ohne noch die Einzelaufsätze einem größeren Zusammenhang einzuordnen. Heft 3 und 4 geben als Sonderhefte den Problemgruppen der Romantik und des Mittelalters Raum. Besonders hervorgehoben seien hier Gundolfs eingehende Untersuchung über „Schleiermachers Romantik“, Viëtors aufschlußreiche Arbeit über den alten Clemens Brentano und Hennig Brinkmanns Aufsatz „Diesseits-Stimmung im Mittelalter“, wohl der wichtigste des Mittelalterheftes. Daß neben vielen wertvollen Beiträgen auch ein mit wissenschaftlicher Objektivität nicht mehr vereinbares Pamphlet wie Baeseckes Aufsatz „Zur Periodisierung der deutschen Literaturgeschichte“ Platz gefunden hat, bleibt eine vereinzelte Entgleisung, die uns die Freude an der wissenschaftlichen Gesamtleistung dieses Jahrganges nicht weiter trüben kann. Die Deutsche Vierteljahrsschrift hat sich in überraschend kurzer Zeit einen beachteten Platz im deutschen Geistesleben errungen.

Wer in der Zeit höchster literarischer Betriebsamkeit einer neuen Monatsschrift für neue Dichtung noch Zukunft geben will, muß die Ungestilltheit eines wahren und tiefen Bedürfnisses anerkennen. Man hat dieses Bedürfnis oft genug in den letzten Jahren mißbraucht und oft genug in diesen Jahren ist das Neue und Eigentliche laut und wirkungsvoll verkündigt worden. Aber es war immer nur die Überhebung der Mittelmäßigkeit, die Anpassungsfähigkeit, die oberflächliche Routine, die sich der Billigung eines reklamesicheren Klüngels literarisch Genehmer und breit Eingesessener oder doch des Beifalls einer sensationsverbildeten Menge zu versichern wußten. Selbst wo man ernstlich dem neuen Ziele nachstrebte, blieb man, wie im Jahrbuch „Die neue Dichtung 1924“ (Verlag Habbel & Naumann, Regensburg) auf die einmalige eindrucksvolle Kundgebung oder wie in den Sammelbüchern „Rückkehr nach Orplid“ und „Junge Mannschaft“ (E. Kunert, Leipzig) auf die Enge bestimmter weltanschaulicher Absichten eingeschränkt. Nun endlich hat sich in den Monatsblättern für neue Dichtung „Das Gegenspiel“ (Bayern-Verlag, München) das Verworrene zur Klarheit durchgerungen, das Zage zur Selbstgewißheit und das Vereinzelte zu Verwurzelung und breiter Grundlage. Die Front ist gegen das literarische Kliquen- und Konjunkturenwesen gerichtet, gegen den Stil der Techniken, der Phrasen und Manieren, gegen die allgemeine Veräußerlichung und Entwürdigung zu plumpen Wirkungsreizen, gegen Jongleur- und Kinomache und jede Art von Pseudokunst. Noch ist die negative Abgrenzung Notwendigkeit für das geklärte Wollen, das in seinen letzten und eigentlichsten Zielen doch durchaus positiv ist. Es gilt, aus dem allseitigen expressionistischen Verfall die rege gewordenen neuen Kräfte zu sammelnund zur Macht zu bilden. Wenn aber die kommende deutsche Dichtung wieder das zeitliche Bild zeitoser Kräfte sein soll, so scheint „Das Gegenspiel“ in erster Linie berufen, ihr den Weg zu ebnen.

Als Organ des Landesverbandes bayerischer Volksbildungsvereine wird seit Januar von Hans Ludwig Held, dem Direktor der Münchner Stadtbibliothek, die Zeitschrift „Volkund Heimat“ herausgegeben. Sie will, wie es in der bedeutsamen Einführung heißt, keine methodischen Wege zur Klärung des Begriffs Volksbildung aufzeigen, sondern mit den Mitteln der täglichen Erfahrung dem geistigen Elend unserer Tage steuern und auf die vielfachen Wurzeln hinweisen, die unser Wesen jenseits von Raum und Zeit in die Tiefen von Volkstum und Heimat senkt. Es darf als schönstes Zeichen für die hier geleistete, ganz eigentlich nationale Arbeit gelten, daß es der Zeitschrift heute bereits gelungen ist, die Zustimmung aller Kreise zu erhalten, ohne Unterschied von Meinung und Partei.

Der Auslanddeutsche, die Halbmonatsschrift für Auslanddeutschtum und Auslandkunde, war bisher schon maßgebendes Organ für alle Fragen des Grenz- und Auslanddeutschtums und gewinnt in Zukunft erhöhte Bedeutung durch den Ausbau seines Herausgebers, des Deutschen Auslandinstituts in Stuttgart. Die große Festnummer zur Einweihung des „Hauses des Deutschtums“ vereinigt in vielen Beiträgen hervorragender Autoren fast alles, was heute über die Lebensfragen der 30 Millionen außerhalb der Reichsgrenzen wohnenden Deutschen zu sagen ist.

Kleine Tatsachen und Gedanken

Friede auf Erden

Berlin, im Dezember 1925.

Ich ging am Herrenhause vorüber, und es trieb mich, einmal die Verhandlungen des Völkerbundsrates anzuhören, der dort zum erstenmal tagte. Ein feierlicher Anblick! Der Reichskanzler begrüßte gerade die erlauchte Versammlung, dankte für ihr Erscheinen in Berlin und betonte, daß die Regierung der freiesten Republik mit Vorbedacht diesen Saal zur Verfügung gestellt habe, in dem ehemals die reaktionärste Körperschaft des alten militaristischen Preußen ihre Beschlüsse faßte. Der belgische Vertreter, als Vorsitzender des Rates, nahm diesen Beweis einer demokratischen Abkehr von den raub- und kriegslüsternen Tendenzen des kaiserlichen Deutschland mit Befriedigung zur Kenntnis: nur im Vertrauen zu der Aufrichtigkeit solchen Gesinnungswechsels sei diese Tagung nach Berlin verlegt worden. Deutschland dürfe darin ein Zeichen besonderen Entgegenkommens erkennen, dessen es sich hoffentlich würdig erweisen werde. Der deutsche Außenminister verneigte sich gerührt.

Die Tagesordnung trug als ersten Punkt eine Eingabe der Saarbewohner, die gegen ihre angeblich vertragswidrige Aushebung zum französischen Heeresdienst protestierten. Der erste Delegierte Frankreichs wies die Verdächtigung seines Vaterlandes entrüstet zurück: nichts könne der Mutter der Menschenrechte ferner liegen als irgendein Gewissenszwang — durch jene in den mildesten Formen durchgeführte Aushebung, bei der ein einziges Todesopfer eines renitenten Saarländers zu beklagen gewesen sei, solle eine Frankreich nur vorübergehend entfremdete Bevölkerung bloß zu richtiger Erkenntnis der bedeutsamen Rolle erzogen werden, die ihr als Brücke zwischen Lothringen und dem Deutschen Reiche zukomme, solle in der herzlichen Kameradschaft (camaraderie affectueuse) der Kasernen saarländisches und lothringisches Volkstum zu der innigen Einheit verschmolzen werden, die mit einer schmerzlichen Unterbrechung seit den Tagen Ludwigs XIV. bestanden habe. Die Vertreter Rumäniens, Portugals, Belgiens und Guatemalas (der englische Vertreter war wegen der bevorstehenden hohen christlichen Feiertage nach Hause gefahren) stimmten dem Franzosen bei, und der italienische Delegierte fügte hinzu, seine Regierung erwäge ähnliche Maßregeln gegenüber den Tirolern, um die künstliche Spaltung zwischen Innsbruck und Bolzano zu beheben und das gesamte Alpengebiet noch enger mit der madre patria zu verknüpfen. Da weder China und Abessinien, noch St. Domingo Einwände erhoben, wäre die Eingabe der Saarländer ohne weitere Erörterung als unbegründet abgewiesen worden, hätte nicht der spanische Vertreter ritterlich angefragt, ob der deutsche Delegierte sich zu dieser Frage nicht äußern wolle. Dieser dankte für solch zarte Rücksicht und verhehlte seine Bedenken nicht: so aufrichtig sein Vertrauen zu des edlen Frankreichs Gesinnung sei, müsse er doch befürchten, daß ein derartiger Militärdienst der formal noch zum Deutschen Reiche gehörigen Saarländer einen aufreizenden Einfluß auf die deutschen Militaristen üben könne, die immer nach der Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht schrien. Nachdem indessen der französische Militärbevollmächtigte General Poilu auf den entscheidenden Unterschied zwischen dem nach seiner ganzen tausendjährigen Tradition rein defensiven, pazifistischen Geist des französischen Heeres und der Eroberungsgier von Potsdam hingewiesen hatte, lehnte der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der deutschen Vertreter eine weitere Erörterung dieses Gegenstandes ab.

Man ging zu der Frage über, ob Polen die Berechtigung habe, im westpreußischen Korridor Manöver mit schwerer Artillerie abzuhalten und ob die durch weittragende Geschütze auf deutschem Gebiete dabei entstandenen Verluste an Menschenleben und Sachschaden Polen oder Deutschland zur Last fielen. Die erste Hälfte der Frage wurde ohne Diskussion einstimmig bejaht, da es ja selbstverständlich ausgeschlossen sein mußte, ein Ratsmitglied in der Wahrung seiner Sicherheit irgendwie zu beschränken, zumal in einem von schwerbewaffneten unzuverlässigen Nachbarn auf allen Seiten eingeschlossenen Gebiet. Gegen diese Formulierung des polnischen Vertreters erlaubte sich der deutsche den Einwand, daß Deutschland entwaffnet sei und unter seiner neuen Regierung jede Gewähr für Zuverlässigkeit biete. Man ging auf diese etwas taktlose Bemerkung nicht weiter ein (the Germans never had political manners! flüsterte der Portugiese hörbar seinem japanischen Nachbarn zu), sondern wandte sich sofort der zweiten Hälfte der Frage zu, die der polnische Militärbevollmächtigte in glänzender Rede zugunsten seines Landes entschied: Deutschland als Angreifer im Weltkriege habe nach dem Vertrage von Versailles alle Folgen dieses größten Verbrechens der Weltgeschichte

zu tragen, also auch die Folgen der Tatsache, daß Polen den Korridor besitze und darin zur Wahrung seiner Sicherheit alle notwendigen Vorkehrungen treffen müsse. Daß der Korridor nicht breit genug sei, um Schießübungen ohne Grenzverletzungen zu ermöglichen, sei nicht die Schuld Polens, sondern der unseligen Festsetzung der Grenzen, welche die Großmächte in Versailles durchgeführt hätten, uneingedenk ihrer Dankesschuld gegenüber der ritterlichen polnischen Nation, deren Eingreifen im Herbste 1918 der Entente den Sieg gebracht habe. Etwas verlegen über diesen Vorwurf stimmten die Großmächte nun der polnischen These bei, die gegen die Stimmen Deutschlands, Litauens, Lettlands und der Tschechoslowakei angenommen wurde. Der deutsche Vertreter betonte dabei ausdrücklich, daß ihm bei seiner rein grundsätzlichen und theoretischen Stimmabgabe jedes Mißtrauen gegen Polen durchaus ferngelegen habe.

Gegenüber diesen Kleinigkeiten war der nächste Punkt der Tagesordnung von kapitaler Bedeutung. Handelte es sich doch um die Bundesexekutive gegen Finnland, das sich geweigert hatte, die Landung von Bundestruppen zu gestatten, die gegen Sowjetrußland angesetzt werden sollten. Der Einwand des finnischen Delegierten, sein Land habe zurzeit keinen Streitgrund mit Rußland und werde nur furchtbaren Repressalien ausgesetzt sein, nachdem die Bundestruppen abgezogen seien, wurde schlagend von dem Vertreter Kanadas zurückgewiesen, der eine solch egoistische, den erhabenen Grundsätzen des Völkerbundes stracks zuwiderlaufende Haltung brandmarkte und ironisch auf Finnlands Kleinmut hinwies: denn in weniger als 6 Monaten würden in dem ganz unwahrscheinlichen Falle eines russischen Angriffes die Bundestruppen Finnland zu Hilfe eilen. Es entspann sich eine kurze Diskussion, in welcher der jugoslawische Delegierte dem finnischen Standpunkt beistimmte, unter Hinweis auf die Erfahrungen seines Landes in den Jahren 1915—1918. Als auch der Rumäne mit ähnlich unangebrachten Erwägungen kam und der Italiener Miene machte, seinerseits das Wort zu erbitten, schritt sehr geschickt der deutsche Außenminister ein und ermahnte die Versammlung, doch von akademisch-historischen Betrachtungen über eine nicht mehr zeitgemäße Vergangenheit auf den Boden der realen Tatsachen zurückzukehren und nur die vorliegende Frage ins Auge zu fassen. Zu dieser aber wolle er bemerken, daß in einem ähnlichen Falle Deutschland niemals Einspruch erheben würde; denn die Erlaubnis zu Landung und Durchmarsch sei ja die einzige Hilfe, die das entwaffnete Deutschland dann dem Bunde leisten könne. Diese Worte fanden allgemeinen Beifall, und sogar der belgische Delegierte schüttelte dem Redner auffallend herzlich die Hand. Der Finne murmelte ärgerlich: „Diese Deutschen hätten uns auch nicht gegen die Bolschewiken geholfen", aber niemand achtete auf ihn, zumal gerade alles in der Mittagspause zum Buffet strömte.

Der Nachmittag war kleinen Nebenfragen geweiht. Abgewiesen wurden: eine Beschwerde der ägyptischen Regierung gegen das neue englische Bewässerungssystem, das die befruchtende Wirkung des Nils auf den englischen Sudan beschränkte und Ägypten der Dürre auslieferte — eine offenkundig innerbritische Angelegenheit, die den Völkerbund nichts anging; ein Protest Spaniens gegen die Versorgung marokkanischer Stämme durch die französische Rüstungsindustrie, eine ebenso offenkundig innerfranzösische Frage; ein Protest Deutschlands gegen die Ablenkung der Elb- und Odergewässer durch tschechoslowakische Elektrizitätswerke, da bei Flüssen der Besitzer des Quellgebietes allein zuständig sei; ein Protest der Schweiz gegen die Unterbindung der Rheinschiffahrt durch französische Elektrizitätswerke im Elsaß, da bei Flüssen jeweils der Besitzer der betreffenden Strecke allein zuständig sei; ein Protest Albaniens gegen die Besetzung Valonas durch Italien, weil diese nur im Interesse der Ruhe und Ordnung in Albanien erfolgt sei; ein Protest Ungarns gegen die Besetzung der Budapester Donaubrücken durch die Tschechoslowakei, weil diese Besetzung der Prager Regierung sehr gegen ihren eigenen Willen durch die innerpolitischen Zustände Ungarns aufgedrängt worden sei. In allen diesen Fällen stimmte Deutschland mit den führenden Großmächten und bekundete dadurch seinen festen Entschluß, die erhabenen Grundsätze der Völkerversöhnung und des Völkerfriedens über alle kleinlichen Lokalfragen zu stellen. Um so peinlicher war die Überraschung, als sich der deutsche Delegierte bei dem letzten Punkte der Tagesordnung in Widerspruch zu den geheiligten Prinzipien des Rechtes und der Selbstbestimmung stellte. Polen hatte den Antrag eingebracht, Danzig für einen Bestandteil des polnischen Reiches zu erklären und dadurch dem unnatürlichen Zwittergebilde der „Freien Stadt" ein Ende zu machen und dem Weißen Adler endlich den ihm zustehenden Zugang zum Meere zu gewähren. Die Stimmung war dieser belanglosen Abänderung des Vertrages von Versailles durchaus günstig, und der kleinliche Formalismus des deutschen Vertreters, der

am Buchstaben des Vertrages klebte, wurde allgemein mißbilligt. Der juristische Vertreter des Auswärtigen Amtes stellte fest, daß von allen vertretenen Staaten keiner den Vertrag strenger respektiert habe als die deutsche Regierung, die seit ihrem Eintritt in den Völkerbund allen deutschen Minderheiten in Ost und West, Nord und Süd immer wieder kategorisch erklärt habe, Deutschland könne gar nichts für sie tun, sie sollten sich die Irredenta aus dem Kopfe schlagen und treue ergebene Bürger des Staates werden, dem sie hinfüro angehörten. Aber gerade weil Deutschland so eifersüchtig über dem § 10 des Völkerbundsstatutes wache, der jedem Bundesmitgliede den durch die Friedensverträge zugewiesenen Bestand sichere, gerade weil Deutschland entschlossen sei, das nationalistische Gerede von den unterdrückten deutschen Brüdern nicht mitzumachen und zu bekämpfen, könne es auch keine Durchlöcherung der Verträge gutheißen, so berechtigt der polnische Standpunkt an sich sein möge. Diese Einstellung wurde allgemein als übertrieben angesehen und Danzig gegen die Stimmen Deutschlands, Jugoslawiens (Fiume!) und Ungarns dem polnischen Reiche einverleibt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und die Versammlung hätte einen harmonischen Abschluß gefunden, wenn nicht der deutsche Delegierte mit einem wahrhaft beklagenswerten Mangel an Feingefühl zum Schlusse noch die Frage der Ruhrbesetzung und der Kölner Zone aufgeworfen hätte. Er tat es in einer recht verlegenen Weise, die deutlich sein schlechtes Gewissen erkennen ließ; und seine Argumente waren mehr als fadenscheinig: Deutschland habe seine Verpflichtungen gewissenhaft erfüllt, Herriot habe 1924 die Räumung versprochen, es falle schwer, das deutsche Volk und vor allem die Rechte bei der Erfüllungspolitik festzuhalten, wenn jenes Versprechen nicht gehalten werde. In wahrhaft klassischer Prägung wies der französische Delegierte diese Unterstellungen zurück. Abgesehen von allen anderen Verfehlungen müsse er sich sehr wundern, daß irgendein deutscher Minister von Erfüllung zu reden wage, solange Deutschland nicht nach § 246 des Friedensvertrages den Koran des Kalifen Osman und den Schädel des Sultans Makaua zurückgegeben habe (auf den Einwurf des deutschen Vertreters, Deutschland könne diese Bedingungen des Vertrages von Versailles nicht erfüllen, weil es jene interessanten Gegenstände nie besessen habe, zitierte der Franzose die Aufforderung eines führenden deutschen Pazifistenblattes, die Reichsregierung sei den Beweis dieses Nichtbesitzes stets schuldig geblieben). Monsieur Dumensonge fuhr fort, man dürfe sich durch die süßliche Selbstverteidigung (apologie doucereuse) des deutschen Delegierten nicht täuschen lassen: Deutschland rüste weiter und ersehne nur den Augenblick, wo es über das friedlich vertrauende Frankreich herfallen könne (auch hierfür zitierte er herzerschütternde Zeugnisse deutscher Pazifisten); Frankreich halte die Wacht am Rhein und an der Ruhr, nicht aus irgendwelchen selbstsüchtigen Motiven, sondern einzig und allein um Europa den Frieden und die Zivilisation zu erhalten. Im übrigen sei Herriot längst gefallen, und wenn Berlin sich auf ihn berufe, so kehre Paris, getreu einer Jahrhundert alten Tradition, zu Richelieu und Mazarin, Clémenceau und Poincaré zurück. Wenn der Völkerbund sich dieser glorreichen Tradition anschließen wolle, werde Frankreich das innig begrüßen; aber in jedem Falle werde es an den Prinzipien, die der Welt Licht und Freiheit gebracht hätten, unverrückbar festhalten. Hier liege einer der Fälle vor, wo ein Bundesmitglied berechtigt, ja sogar verpflichtet sei, sich in einem Lebensproblem seiner Sicherheit und seiner Ehre einem Bundesbeschlusse nicht zu fügen. Reicher Beifall lohnte den Redner, und da alle einig waren, zog der deutsche Vertreter seinen Antrag zurück, mit der Versicherung, daß er die Harmonie der erlauchten Versammlung nicht habe stören wollen.

Das war denn doch selbst mir zu stark. Ich sprang von meinem Platz auf der Journalistentribüne auf und rief ein schmetterndes Pfui! in den Saal. Aber ehe noch der Präsident, entrüstet aufschauend, seiner Empörung über diese Störung beredten Ausdruck verleihen konnte, hatten sich vier baumlange Neger, Polizisten des Völkerbundes, auf mich gestürzt und wollten mich unter Umgehung des unnützen Umwegs über die Türe zum Fenster hinauswerfen. Ich wehrte mich mit aller Kraft, schrie laut auf in meiner Todesangst — und erwachte. Rings um mich an den Tischen bei Josty schauten Neugierige zu mir herüber, der Kellner eilte herbei, den Sinn meines Aufschreis zu erkunden. Vor mir lag der Leitartikel der Schmidtschen Zeitung: „Wann tritt Deutschland endlich in den Völkerbund ein?“ Ich atmete auf: das Ganze war nur ein scheußlicher Traum gewesen. Aber gleich verflog meine Erleichterung, denn schaudernd erkannteich: wenn eine deutsche Regierung uns in diesen Völkerbund treibt, wird die Wirklichkeit noch schlimmer als mein Traum. Dann gibt es wirklich Frieden — den Kirchhofsfrieden, der Frankreich ein Wohlgefallen ist!

Halle a. S. Georg Karo.

Besetzte Gebiete

In dem Roman „Waterloo" von Erckmann-Chatrian (Paris, J. Hetzel et Cie. Editeurs, 18 Rue Jacob 18), S. 367, Z. 15 ff. von oben lese ich:

„Combien de choses on aurait á dire sur tous ces fainéants de la Russie et de l'Allemagne, si nous n'avions pas fait dix fois plus dans leur pays! . . ." („Wieviel hätte man nicht über diese Müßiggänger aus Rußland und Deutschland zu sagen, wenn wir in ihrer Heimat nicht zehnmal mehr getan hätten! . . ." Ausgabe Reclam S. 272.) Siehst du, Marianne?

München Dr. Johann Wolpert.

Aus unserem Tagebuch

Zu Tieren und Kindern sagt man du, zu Respektspersonen Sie, aber ganz hoch hinauf, abgeschiedene Geister, Gott, werden wieder ohne weiteres geduzt, auch wenn man sich nicht kennt.

*

Zur häufigen Unterschätzung Schillers im Jünglingsalter: man muß, um ihm gerecht zu werden, erst erlebt haben, was es heißt, in den Verstrickungen des Lebens sich nicht von den hochfliegenden Plänen der Jugend ableiten zu lassen.

*

Wir, die in der Welt leben, haben alle ein bißchen das Gefühl von Kindern, denen die Mutter am Samstag sagt: heut macht es nichts, wenn ihr Flecken aufs Tischtuch macht, es kommt sowieso in die Wäsche.

*

Leben — ein Praktikum im Lieben.

*

Wir neigen zur Kritik, weil es leichter ist, auszuschlagen als zu ziehen.

*

Zur Magie gehören zwei, zur Mystik einer.

*

Der Chiliasmus erwartet, daß Christus zu uns kommt, während die Mystik weiß, daß wir zu ihm müssen.

*

Der Katholik glaubt das viele leicht, der liberale Protestant das wenige schwer.

*

Eine Zeitlang gefällt dem Mann das Geplauder der Frau ohne Rücksicht auf den Inhalt. Erst mit der Zeit merkt er es.

*

Wenn bei Shakespeare die Charaktere unverändert bleiben, so ist doch der furchtbare Hintergrund seiner Trauerspiele die Anschauung, daß die Charaktere sich ändern könnten.

*

Die Gnade eines Königs bezieht sich auf Künftiges, die Gnade Gottes auf Vergangenes.

*

Wir wollen das Unvollkommene lieben und sind unzufrieden, wenn wir an seinen Unvollkommenheiten anecken.

*

Wieviel die Gelehrten abschreiben, war im Mittelalter deutlicher als jetzt, weil die Zahl der Vorlagen kleiner war.

*

Jede Seele ist eine Wissenschaft für sich.

*

Es ist eigentlich eine Entweihung jeden Gedankens, ihn auszusprechen.

*

Die einen und die andern.

Die einen erkennen die Ursache der Fehler anderer in sich selbst, die andern verlegen ihre eigenen Fehler in andere.

*

Schauspielerische Begabung von Nichtschauspielerinnen betätigt sich durch Hysterie.

*

Das meiste, was die Menschen reden, sind Hemmungen, die nicht durch Taten beseitigt werden können.

*

Die ihre Individualität ausleben, behalten am wenigsten davon übrig.

*

Wenn man alte russische Geschichte liest, etwa die erste Verheiratung Katharinas I., so meint man Ljeßkow zu lesen.

*

Nur wenn die äußere Tätigkeit ins Unbegrenzte geht, gestaltet sie das Innere um.

*

Ungerechtigkeit ist die schnellste Methode, um mit der Welt fertig zu werden.

*

In Deutschland ist Politik der schlimmste Krieg, Krieg gegen Landsleute.

*

Es gibt Pazifisten, die Gott zu dienen glauben, wenn sie ihn zum Fürsten dieser Welt machen.

*

Die guten Vorsätze, mit denen der Weg zur Hölle gepflastert ist, sind die, die in der nächsten Minute ausgeführt werden sollen. Mit den guten Vorsätzen, die in dieser Minute ausgeführt werden, ist der Weg zum Himmel gepflastert.

*

Redaktionell abgeschlossen am 25. Mai 1924.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. — Druck- und Buchbinderarbeiten: R. Oldenbourg, München. — Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Vorbemerkung

In der großen Materialsammlung zur Geschichte des deutschen Untergangs darf die hier folgende Darstellung eines Regimentsarztes nicht fehlen. Getragen von Liebe zum deutschen Volk und insbesondere zum deutschen Frontsoldaten wird sie mit ihrer neuartigen und selbständigen Betrachtungsweise einem klärenden Austausch von Erfahrungen und Meinungen dienen. Wenn wir glauben oder uns einbilden, etwas besser zu wissen, möchten wir, wie das bei uns üblich ist, unsere redaktionelle Allwissenheit unter Verschluß legen und dem Verfasser nicht ins Wort fallen, auch da, wo die feine Beobachtung eigenen Erlebens sich zu unseres Erachtens nicht berechtigten allgemeinen Urteilen über die das halbe Europa umspannende Front eines Millionenheeres erweitert.

Wir verweisen in dieser Hinsicht auf unsere beiden Hefte „Dolchstoß" und „Auswirkung des Dolchstoßes", die allerdings überholt wurden durch das Werk von Major Volkmann vom Reichsarchiv „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege" (Berlin, Hobbing 1925), das den gleichen Gegenstand auf viel breiterer Aktengrundlage behandelt. Und auf ein gleichfalls erst später zu unserer Kenntnis gekommenes Werk, den 2. Band von „Staat und Marxismus" von Friedrich Lenz (Stuttgart und Berlin, Cotta 1924), das die Politik eines Teiles der Parteiführer in den großen ideengeschichtlichen Zusammenhang der marxistischen Außenpolitik hineinstellt. Die Schriftleitung.

Der seelische Zusammenbruch der deutschen Kampffront 1918

Betrachtungen eines Front-Arztes

Von Dr. med. Eugen Neter in Mannheim

I.

Unter den zahlreichen Problemen, welche der tragische Ausgang des gewaltigen Ringens aufgeworfen hat, fand ganz besonders Interesse in der Öffentlichkeit die Frage: „Welches sind die Ursachen des Zusammenbruches unserer Front während der letzten Kriegsmonate?" Mannigfaltig sind die von politischer und militärischer Seite gegebenen Antworten. Die folgenden Ausführungen sollen versuchen, die damaligen Vorgänge psychologisch zu erfassen und damit einen Beitrag zur Beantwortung der bedeutungsvollen Frage zu liefern. Nur einen Beitrag; die Antwort selber vermag erst später einmal jener Forscher zu geben, der die von den verschiedensten Gesichtspunkten aus angestellten Untersuchungen und gewonnenen Ergebnisse gleich zahlreichen Mosaiksteinchen zu einem einheitlichen, wahrheitsgetreuen Bilde vereinigt.

Losgelöst von allen militärischen und politischen Gedankengängen will die vorliegende Arbeit nur die seelischen Grundlagen der Vorgänge an der Front während des letzten Kriegsjahres erforschen.

Die Berechtigung, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, leite ich von der Tatsache ab, daß der Truppenarzt ganz besonders Gelegenheit hatte, die Verhältnisse an der Front zu beobachten, vor allem den Geist und die Stimmung der kämpfenden Truppe aus direktem Erleben kennenzulernen und zu beurteilen. Und dieses Urteil hat insofern Anspruch auf eine gewisse Sachlichkeit, weil es in der ganzen Heeresorganisation wohl keinen Soldaten gab, der in jeder Beziehung so unabhängig war wie der Bataillonsarzt bei der Infanterie. Es war für den Truppenarzt nicht schwer, sich das Vertrauen der Mannschaften und der Offiziere zu erwerben und dadurch einen Einblick zu gewinnen in die Gedanken- und Gefühlswelt der Truppe. Durch seine Beziehungen zu den Stäben (als Bataillons- und Regimentsarzt) lernte er

weitere Zusammenhänge kennen. Wo der Truppenarzt sehr lange bei seiner Truppe verblieb, vertieften sich seine Erkenntnisse und boten die Möglichkeit zu Vergleichen. Und so glaube ich, daß auch mir mein langer Frontdienst einen gewissen Einblick in das Seelenleben und in die Verhältnisse der Front gewährte. Von 1915 bis Dezember 1918 war ich Bataillons- und Regimentsarzt in einem aktiven Infanterieregiment, bzw. einem Schwesterregiment derselben Division, ununterbrochen bei meinen Kompagnien, deren Leute ich kannte, bis 1918 zu viel neuer Ersatz das Bild der Truppe veränderte. Durch verschiedene günstige Umstände lernte ich die meisten Offiziere der 3 Divisionsregimenter kennen, einen großen Teil der Mannschaft und gewann Einsicht in die Zustände von Brigade und Division. An Jahren und Patent alt, oft älter als meine Bataillonskommandeure, hatte ich es nicht schwer, das Vertrauen der Truppe zu erwerben. Soweit ich während und nach dem Kriege Gelegenheit fand, mit Truppenärzten anderer Divisionen über die Stimmung und den Geist der Front zu sprechen, deckte sich die Auffassung der Kollegen fast restlos mit meinen eigenen Erfahrungen. Damit erweitert sich der stets nur sehr kleine Querschnitt der persönlichen Beobachtung und gestattet ein gewisses Recht auf Verallgemeinerung.[1])

II.

Von der Etappe kommend, wo mich damals (1915) schon das unsympathische Treiben abstieß und meinen Entschluß, nach der Front mich zu melden, in die Tat umsetzen ließ, traf ich in den Argonnen eine Truppe an, deren Geist sich kaum von dem unterschied, wie ich ihn von meiner ziemlich lange zurückliegenden Dienstzeit her noch in Erinnerung hatte. An diesem soldatischen Geist hatte der Krieg dann weiterhin vieles gewandelt, manches nur nach der äußern Form hin; teils zum Vorteil, teils zum Nachteil für die Truppe. Aber im großen und ganzen war die Stimmung in Anbetracht des schweren, mühseligen, bisher wenig erfolgreichen, hinsichtlich seines Endes nicht übersehbaren Kriegsdienstes gut zu nennen. Im Laufe des dritten und vierten Kriegsjahres begann der aufreibende, trostlose Stellungskrieg seine lähmende Wirkung auf Geist und Stimmung der Truppe auszuüben. Vom September 1914 bis Herbst 1917 lag mein Regiment in den Argonnen! Die wenigen Unterbrechungen dieses schweren, verlustreichen Grabenkampfes in jenem Walde und auf Vauquois brachten die Division in die blutigen Schlachten von Verdun, an der Somme und auf den Höhen der Champagne. Der Winter 1917 sah uns vor Tahure. Als im März 1918 bei La Fère die Division aus den Gräben stieg und in alter, schier ungeschwächter Kraft und in einheitlichem, starkem Willen über die englischen Gräben stürmte, war es ein gewisses Aufatmen aus der gedrückten Stimmung des endlosen Grabenkampfes und ein Hoffen auf ein baldiges Ende.

„Aber es ist nicht mehr wie einst, nicht mehr der frohe, von heller Begeisterung zeugende Rausch, der die alte, im Frieden herangewachsene Armee beim Sturm in den Feind beseelt hatte, sondern die Entfesselung der in drei Jahren entarteten Stellungskrieges gesammelten Wut, die dieses im Krieg entstandene Heer, diese gehärteten, durch Entbehrungen geprüften Männer, diese entkräfteten, darbend aufgeschossenen Jünglinge ins Feuer treibt ... Der Wille zum Sieg durchdrang die ausgemergelten Leiber, die gehetzten Nerven, die gemarterten Seelen der müden

[1]) Das ursprüngliche Manuskript enthielt keine Zitate aus der Kriegsliteratur; in einfacher Darstellung gab es meine Beobachtungen wieder und die daraus gewonnenen Schlußfolgerungen. Ein sehr bekannter Militärschriftsteller, dem im Jahre 1922 die Arbeit zur Durchsicht vorgelegen hatte, machte mich auf den zu erwartenden Einwand aus dem Leserkreise aufmerksam, dahingehend, daß die von mir geschilderten Erfahrungen bei der Truppe nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus der langen Front berühren und deshalb allgemeine Gültigkeit nicht beanspruchen könnten. Diesem Einwand zu begegnen, entschloß ich mich, meine Ausführungen durch die Beobachtungen anderer zu ergänzen und bestätigen zu lassen. Wenn die Darstellung durch die zahlreichen Zitate an ihrer ursprünglichen Einheitlichkeit Einbuße erlitt, so gewann sie anderseits an größerer Glaubwürdigkeit der Schilderung und des Urteils.

deutschen Streiter ... Es ist das letzte große Opfer auf dem erkaltenden Altar des Vaterlandes." (Stegemann.)

Dieser zutreffenden Charakteristik des Geistes der Truppe zu Beginn des letzten Kriegsjahres sei aus der Feder eines ehemaligen Generalstäblers ein weiteres Urteil angefügt, dem ich auf Grund meiner Erfahrungen gleichfalls in weitem Umfang zustimmen kann: „... (Ende 1917) mußte sich die Oberste Heeresleitung das bittere Eingeständnis machen, daß der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes nur noch eine kurz befristete Lebensdauer zugestanden werden durfte. Wann die Zeit zu dieser Erkenntnis gekommen war, darüber mag zu streiten sein ... Es ist natürlich, daß die deutsche Oberste Heeresleitung im Frühjahr 1918 sich optimistischen Trugschlüssen über den Kampfwert der Truppe hingab. Gewiß war es gelungen, eine Art von Kampfbegeisterung zu züchten; aber verglichen mit dem Siegeswillen des Heeres von 1914 war sie das todgeweihte Knospen mancher Bäume im lauen Spätherbst, gegenüber dem kraft- und lebensvollen Trieb des Frühlings." General v. Kuhl bestreitet die Richtigkeit dieser Auffassung und fügt hinzu, daß er damals eine höhere Anschauung von unserer Truppe gehabt habe. v. Kuhl ruft alle diejenigen zu Zeugen auf, die „den frischen Angriffsgeist, den gewaltigen Schwung und die erhebende Begeisterung für die große Sache beobachten konnten, die in unserer Truppe im März 1918 lebten. Wir berauben uns selbst unseres Ruhmes, wenn wir diesen Geist ‚gezüchtet' nennen". Ich glaube kaum, daß diese Behauptung v. Kuhls die Zustimmung derer finden wird, welche den Winter 1917/18 und die Märzoffensive bei der Truppe erlebten. Auch ich durfte Zeuge sein des Sturmes, der im Tagesgrauen des nebligen 21. März 1918 über die englischen Gräben mit einer Schwungkraft hinwegfegte, wie wir ihn nicht erwartet hatten in Hinsicht auf die furchtbar zermürbende, die Disziplin und den kriegerischen Geist untergrabende Wirkung des jahrelangen Stellungskrieges. Von irgendeiner „Begeisterung für die große Sache" spürten wir kaum einen Hauch, gemessen an jener Gesinnung, jenem Geist, der die Truppe beseelte, die ich August 1914 durch die Argonnen vorwärtsstürmen und drei Wochen später die Argonnen ein zweites Mal erkämpfen sah. Aber bedeutet denn dieser Mangel an Begeisterung, diese Minderung der Kampffreudigkeit einen Tadel für die Truppe? Konnte man denn von dieser Truppe, die so unsagbar mehr ausgehalten hatte als der Gegner und keinen seelischen Antrieb, keinerlei moralische Unterstützung aus der Heimat, aus dem ganzen bisherigen Kriegsgeschehen erhielt, — konnte man von einer solchen Truppe Begeisterung erwarten? Es will mir scheinen, als ob die gewaltigen Leistungen der Truppe bei der ersten und bei den nächsten Offensiven, vor allem aber bei den Abwehrkämpfen, um so höher zu bewerten sind, weil sie nur mit dem Gefühl der Pflichttreue vollbracht wurden und der seelischen Kräfte entbehren mußten, welche dem Soldaten das Kämpfen erleichtern. Heldischer und bewundernswerter waren mir die Männer aus der Argonnenzeit (1914/16), tragisch größer und menschlich ergreifender die treuen Alten der letzten Kriegsmonate, die auf aussichtslosem Posten Ausharrenden.

Major Volkmann urteilt zutreffend, wenn er betont, daß die Kampfstimmung der Truppe etwas Verzweifeltes in sich trug, und daß man sich über die psychologische Bedeutung des Ausgangs der Offensive einer Täuschung nicht hingeben durfte. „Es war die äußerste Grenze der moralischen Beanspruchungsmöglichkeit jetzt erreicht. Ein Mißlingen mußte eine gefährliche Krise in der Stimmung des Heeres zur Folge haben ..."

Die bedeutungsvolle Frage, ob die Oberste Heeresleitung , Frühjahr 1918, den Kampfgeist und die Leistungsfähigkeit der Truppe richtig beurteilt hat, verneint Ludendorff, indem er sagt: „Die Schwungkraft des Heeres hatte nicht ausgereicht, den Feind entscheidend zu treffen, bevor der Amerikaner mit bedeutenden Kräften zur Stelle war." Diese Worte Ludendorffs haben viel Bitteres für den ehemaligen Frontkämpfer; sie laden die Schuld an dem Mißerfolg der Offensive auf die in jahrelangem Ringen ermüdeten Schultern der Fronttruppe. Bei voller Würdigung der Moltkeschen Mahnung: „Es ist eine Pflicht der Pietät und der Vaterlandsliebe,

gewisse Prestigen nicht zu zerstören, welche die Siege unserer Armeen an bestimmte Persönlichkeiten knüpfen", muß doch der Ludendorffschen Auffassung mit all der Entschiedenheit entgegengetreten werden, zu der jeder verpflichtet ist, der mit Auge und Herz die außerordentlichen Leistungen der Truppe auch bei jenen entscheidungsvollen Offensiven erleben durfte. Ob die Oberste Heeresleitung eine Verantwortung für den Mißerfolg ablehnen kann mit dem Hinweis, daß sie sich über den Kampfwert der Truppe täuschte, entzieht sich meinem Urteil. Wichtiger ist die Tatsache, daß die Truppe bei den Offensiven im großen und ganzen ihre Schuldigkeit tat, d. h. das leistete, was man von einer „Miliz mit großer Kriegserfahrung" (Ludendorff) erwarten konnte. Eine Truppe, deren Bestand an gedienter Mannschaft und an Freiwilligen durch das jahrelange Bluten aufs äußerste reduziert war, eine Truppe, die einen einzigen Portepeeträger besaß, wo 1914 deren fünf oder mehr führten, eine Truppe, deren kriegerische Moral vom jahrelangen Grabendienst geschwächt worden — eine solche Truppe stürmte im März 1918 mit unwiderstehlicher Wucht über die englischen Gräben und trieb den Feind vor sich her, über 50 km weit, überwand an der Lys in schwerstem Angriff Schlamm und Gegner, erzwang den Kemmel, überrannte den Chemin des dames und hing in den heißen Julitagen jenseits der Marne an den erstürmten Flussufern mit unfaßbarer Zähigkeit. Wo zeigte 1917 und 1918 der Feind auch nur annähernd diese Schwungkraft unserer unvergleichlichen Infanterie? Unsere Truppe bewies — nach dem fast einstimmigen Urteil ihrer Führer — einen Offensivgeist, eine Schwungkraft und eine Zähigkeit im Aushalten, wie man es im 5. Kriegsjahr kaum in diesem hohen Ausmaß hätte erwarten dürfen. Und blieb ihr trotzdem der Erfolg versagt, dann ist vielleicht dort nach den Ursachen des Mißerfolges zu suchen, wo die Abmessung der Ziele in Übereinstimmung gebracht werden mußte mit einer richtigen Beurteilung des Kampfwertes der Truppe.

„Beeinträchtigt wurden Ludendorffs große und kühne Ideen von dem Augenblicke an, in dem die Einheiten, die er in das Kunstwerk seiner Operationspläne einbaute, den Forderungen, die er nach alter Tradition an die Truppe glaubte stellen zu können, nicht mehr entsprachen — in dem der gern als kanonisch angenommene Kampfwert des Einsatzes dem Auf und Nieder physischer und psychischer Einflüsse allzusehr unterworfen war, und damit in die exakte Berechnung der Maschine die Unsicherheit und Brüchigkeit des Materials als unabstellbare Fehlerquellen traten." (Kronprinz Wilhelm.)

Am Mont Renauld bei Noyon verbluteten sich unsere Regimenter; sie verloren zwei Drittel ihres Bestandes. Die besten unserer „alten", d. h. unserer treu die Kriegsjahre beim Regiment durchhaltenden Offiziere blieben tot oder verwundet. Noch sehe ich ihn vor mir, jenen jungen Bataillonskommandeur, der schon im Jahre 1914 seinen linken Arm verloren hatte und, zur Offensive nach vorn kommend, seine Leute zum Sturm auf das Schloß anführte. Von manchem treuen Kameraden, manchem tapferen Unteroffizier und Musketier nahm ich dort Abschied. Es kam Ersatz, körperlich tauglich, in seiner geistigen Verfassung aber von anderer Art als die Truppe bisher. Und als Ende Mai unsere Division in raschem Anlauf den Chemin des dames erstieg und in wenigen Tagen den Angriff bis zu den Wäldern von Villers-Cotteret vortrug, schrieb ich in mein Tagebuch: „... Mit dieser Truppe ist nicht mehr viel anzufangen. Nun sind fast alle ‚Alten' der Mannschaften weg; auch bei den Offizieren sind nur wenige noch übriggeblieben von dem alten Stamm, der nur Pflichttreue kannte und restloses Durchhalten. Der neue Ersatz ist von anderer Art ... Die Erfolge der beiden Offensiven können leicht zu einer Überschätzung der inneren Kraft der Truppe Anlaß geben. Es sei mir fern, die Tapferkeit und Ausdauer der Kompagnien auch bei dieser Maioffensive verkleinern zu wollen; ich sah sie ja noch heute morgen, die zerschundenen, blutunterlaufenen Schultern unserer Maschinengewehrschützen, die, von dem Beispiel ihres unentwegten Führers mitgerissen, sich wacker gehalten haben. Das aber, was unsere Bataillone drunten bei Fleury-Verdun, an der Somme und auf dem Hexensattel

der Champagnehöhen geleistet haben, indem sie die Stellung ‚nur' hielten, war doch viel mehr und hat in mir die Überzeugung bestärkt, daß die Defensive mehr Anforderungen an die moralische Kraft der Truppe stellt als der Angriff. Ich fürchte, daß die Truppe in ihrer jetzigen Zusammensetzung schwere Abwehrschlachten wie 1916 und 1917 nicht mehr mit den damaligen Erfolgen durchhalten wird. Das Fehlen der notwendigen Führer und der Mangel eines Training bei dem Ersatz werden in einer modernen Materialschlacht bei der Verteidigung viel mehr in Erscheinung treten als bei einer Offensive. Hoffentlich bleibt uns der Augenblick erspart, wo wir in die Abwehr gedrängt werden . . ."

Ich habe mich damals getäuscht, nicht so sehr in der Feststellung von Tatsachen als vielmehr in den aus diesen Tatsachen gezogenen Schlußfolgerungen. Ich hatte bei dieser Offensive erkannt, daß der Ersatz, welcher im April und Mai die großen Lücken unseres Regimentes auffüllte, in seinem Geiste und seinen Leistungen keinen Vergleich aushielt mit dem, was ich die ganzen Kriegsjahre bisher bei unserer Truppe zu erleben gewohnt war. Ich wußte wohl, daß man am Ende des 4., Anfang des 5. Kriegsjahres nicht mehr die kriegerischen Tugenden erwarten durfte bei dem aus Jugendlichen und Reklamierten bestehenden Ersatz. Sah ich doch gerade in diesen Tagen, wie wenig tapfer sich der, sonst nicht unterschätzte französische Infanterist geschlagen und von unseren Kompagnien sich hat so weit zurücktreiben lassen. Ich verkannte auch nicht, daß die starke Verminderung der Offiziere und Unteroffiziere durch das Herausziehen einer Führerreserve die Übersicht über die noch kriegsunerfahrene und wenig kriegswillige Ersatzmannschaft und ihre Erziehung im Kampfe sehr erschweren mußte. All diese und ähnliche Gedankengänge ließen mich den Rückgang der Kampfkraft sehr wohl verstehen und als eine zwangsläufige, bei unseren Gegnern in noch viel stärkerem Ausmaß eingetretene Erscheinung auffassen. Aber anderseits weckte diese Erkenntnis ernste Befürchtungen insofern, als gegenüber dieser Schwächung des inneren Kampfwertes dem Feinde in den amerikanischen Divisionen bald eine zunehmende Übermacht an Menschen und Material zur Verfügung stehen mußte. Die Maioffensive hatte unserem Regiment wieder furchtbare Verluste zugefügt („1. bis 4. Kompagnie führt Leutnant W.", Regimentsbefehl vom 3. Juni 1918), besonders auch an Führern. Und diese Tatsache wirkte sehr deprimierend im Hinblick auf die Zukunft, in Hinsicht auf die Erwägung, was wohl unser Regiment noch zu leisten imstande sein werde, wenn es, wieder neu aufgefüllt mit solchem Ersatz, ohne die ausreichende Zahl von Führern in schweren Kämpfen eingesetzt würde. — Ich täuschte mich; über Erwarten gut schlugen sich unsere Bataillone bis zum letzten Kriegstage.

III.

Welcher Art war der Geist dieser Leute, die das zusammengeschmolzene Bataillon auffüllten? Derselbe Geist war es, der auch den Ersatz kennzeichnete, den wir nach den verlustreichen Kämpfen jenseits und diesseits der Marne (Juli 1918) erhielten. Wenn man die geistige Verfassung des 1918er Ersatzes kurz kennzeichnen soll, kann man sagen: Es fehlte diesem Ersatz zumeist der „gute Wille" und — wo dieser, bei einer kleinen Minderzahl, vorhanden war — die Kraft, den immer mehr sich steigernden Ansprüchen an die Willens- und Nervenenergie des Frontkämpfers zu genügen.

Dieser Mangel an gutem Willen mußte bei den veränderten Kampfmethoden ganz besonders schwere Folgen nach sich ziehen. Immer mehr hatte sich das Gefecht in Einzelkämpfe aufgelöst; die Kompanie z. B. bildete keine geschlossene Einheit mehr, die der Führer überblicken und unter seinem unmittelbaren Befehl halten konnte; die Leute waren — in den Maschinengewehr-, Minenwerfernestern usw. — auf sich selbst gestellt und entbehrten des beherrschenden Einflusses ihres Führers. Also gerade in den letzten Kampfzeiten, wo viel mehr als in den ersten Kriegsjahren die Truppe auf den vielen einzelnen Posten, besonders auch bei dem moralisch gefährlichen Prinzip der beweglichen Verteidigung, lediglich in sich selber die Kraft

und den Willen zum Ausharren suchen und finden mußte, weil ihnen die Führer fehlten, — gerade in diesen schwierigsten Zeiten war der neue Ersatz von jenem entgegengesetzten Geist erfüllt.

Ich halte es für außerordentlich wichtig festzustellen, daß der „gute Wille" in allen Schichten fehlte, aus denen sich unser Ersatz rekrutierte. Es war ganz gleichgültig: Ob Offizier oder Musketier, ob es Söhne waren von Arbeitern, reichen Leuten oder hohen Beamten, ob Stadt oder Land, überall, mit nur geringen Unterschieden, dieselbe geistige Verfassung. Wenn auch eine gerechte Betrachtungsweise erfordert, darauf hinzuweisen, daß gewisse Kreise der Bevölkerung ihr stärkeres Verantwortlichkeitsgefühl in einer verhältnismäßig geringeren Scheu vor dem Frontdienst betätigten, so bedeutet ein solcher Unterschied doch nichts Wesentliches, da er wohl völlig aufgewogen wird durch das sich weithin auswirkende schlechte Beispiel der einzelnen gerade aus diesen Kreisen.

Wie erklärt sich dieser überall bemerkbare Mangel an entschlossenem Willen bei den Offizieren und Mannschaften, die 1917 und 1918 aus der Etappe kamen oder aus der Heimat? Die bequemste Formel wäre — politische Zersetzung. Über diesen Punkt soll später gesprochen werden. So einfach liegen die psychologischen Wurzeln jener geistigen Verfassung unseres Ersatzes nicht zutage. Es kann hier nur weniges angedeutet werden. Etwas klarer sieht man, wenn man die Verhältnisse untersucht, unter denen der neue Ersatz bis zu seinem Abtransport an die Front gelebt hat. Die alte Mannschaft lernte Gehorsam und Pflichttreue durch die Friedenserziehung, den ungedienten Kriegsfreiwilligen wurden diese Tugenden durch die Kräfte der Begeisterung gestärkt. Wenn auch im Laufe der Jahre die veränderten Bedingungen des Krieges die Grundlagen der Disziplin und der Pflichterfüllung gewandelt hatten, schwächen konnten sie diese Tugenden nicht nennenswert. Durch die von selbst sich vollziehende Auslese der Guten und Besten war in der Front ein alter Stamm pflichttreuer Kämpfer verblieben, denen die Stählung durch den jahrelangen Kriegsdienst auch die seelische Kraft, die Willensstärke verlieh, den gewaltig gestiegenen Anforderungen zu genügen. Dem Ersatz fehlte sowohl die Erziehung zu den notwendigen moralischen Eigenschaften des Frontsoldaten als auch der große Einfluß der verschiedenen seelischen Triebkräfte der ersten Kriegszeit. Selbstverständlich war unter dem Ersatz — ebenso wie unter den „Alten" — eine Anzahl von Menschen, die schon in sich selber die moralische Kraft zur Pflichterfüllung fanden und sich als brauchbare Leute erwiesen. Aber im großen und ganzen war die Gedanken- und Gefühlswelt des jungen Ersatzes zu wenig von der natürlichen egoistischen Einstellung abgedrängt und war durch keine stärkeren moralischen Einflüsse in die gewünschte Richtung gelenkt worden. Die Versuche, an das Nationalgefühl, an Vaterlandsliebe und andere, die jugendliche Seele hochreißende Begriffe zu appellieren, waren — soweit sie überhaupt erfolgten — entweder zu schwächlich oder fanden keinen Widerhall in den Herzen des jungen Ersatzes.

Die Stimmung der Heimat war die Atmosphäre, in welcher die jungen Ersatzmannschaften in die dienstpflichtigen Jahre hineinwuchsen. Sie hatten es im allgemeinen nicht schlecht; sie verdienten gut und sahen leider zu viel Vorbilder selbstsüchtiger Denkart täglich vor sich. Es konnte der Wunsch nicht stark werden und die Erkenntnis von der Pflicht, dieses leidlich gute Leben in der Heimat mit dem entbehrungsreichen, gefährlichen Dienst an der Front zu vertauschen. Die oft sehr unmoralischen Zustände bei den Ersatzbataillonen machten diese Ausbildungsstätten nicht immer zu Einrichtungen, welche geeignet gewesen wären, zu den notwendigen Soldatentugenden zu erziehen. Es braucht nicht betont zu werden, daß die Verhältnisse bei den Ersatztruppenteilen unserer Feinde nicht moralischer waren als bei uns, wenigstens soweit die allgemeinen Unzulänglichkeiten in Betracht kommen, die in der menschlichen Natur begründet sind. Aber in einem wichtigen Punkte war hier die Moral bei unsern Gegnern weniger bedroht als bei uns: Ein sehr gefährlicher Feind war für uns die Blockade mit ihrer zunehmenden Erschwerung

aller Lebensbedingungen und mit ihrem stärksten Ausdruck: dem Hunger. Der Kampf um die Existenzmittel zermürbte allmählich auch starke Charaktere und gab gerade bei den Ersatztruppenteilen oft Anlaß zu verderblichen Vorbildern. Es ist dies ein trauriges Kapitel, aber insofern für unser Problem von größter Bedeutung, weil diese Vorgänge die Moral des Ersatzes weit verhängnisvoller untergruben als die verschiedensten Formen der Verhetzung insgesamt. Mag das gesprochene Wort in noch so geschickter Weise bereits vorhandenen Stimmungen entgegenkommen, wie schwach ist doch seine Wirkung, wie kurzlebig sein Einfluß gegenüber der Kraft des vorgelebten Beispiels!

Der junge Ersatz — gleichgültig welchen Volkskreisen er entstammte — sah — seit 1917 — in der Heimat viel Unschönes, spürte in seiner Umgebung nur wenig von Siegeswillen und Siegeshoffnung, fühlte nichts von Haß oder Erbitterung gegen den Feind, der ja weit draußen vor den Grenzen zurückgehalten wurde, hörte überall Kritik und kleinliches Parteigezänk, erlebte den Krieg nur von seiner Rückseite, d. h. sah von ihm nur das Häßliche, Gemeine, Niederdrückende; und so unterlag er all diesen seelischen Einwirkungen mit dem Endergebnis einer geminderten Moral.

IV.

Der Mangel an gutem Willen bei dem Ersatz wird in weitgehendem Umfang auf politische Verhetzung zurückgeführt. Dieser Begriff der „politischen Verhetzung" ist nicht einheitlich, d. h. er wird bald in engerem, bald in weiterem Sinne genommen und angewandt. Die engere Auffassung versteht unter jener Verhetzung ausschließlich eine parteipolitische Propaganda, zumeist die linksradikale und pazifistische Agitation. Die weitergehende Deutung des Wortes „politische Verhetzung" wendet diesen Begriff an auch auf die „Politik der Schwäche" unserer Regierung, auf die „Verständigungs"-Bestrebungen, auf all das, was mit dem Wort „Defaitismus" erfaßt werden soll, ferner auf den auch in den höchsten verantwortlichen Stellen weit verbreiteten Mangel an unerschütterlichem Siegesglauben, auf Begehungs- und Unterlassungssünden der Volksvertretungen und bestimmter Kreise, kurz auf Fehler, die nicht geeignet waren, das Erlahmen des Siegeswillens und der Siegeshoffnung zu verhindern bzw. den ermattenden Siegesglauben wieder aufzurichten.

Die Literatur über die antimilitaristische, linksradikale und feindliche Propaganda ist mir wohl zum größten Teil bekannt. Ich unterschätze die verführerische Kraft verhetzender Phrasen nicht, vor allem dort, wo diese Reden und Versprechungen einer schon vorhandenen Stimmung und geheimen, aber starken Wünschen des Einzelnen entgegenkommen. Doch leicht verwechselt man hier Ursache und Wirkung, übersieht den grundlegenden Zustand und überwertet die nur auslösenden Ursachen. Und so will es mir scheinen, daß die Wirkung der parteipolitischen Verhetzung überschätzt wird. Diese Überwertung ist verständlich: Der Erfolg der Agitation war weithin sichtbar und mußte, da er außerdem für viele überraschend eintrat, zurückgeführt werden auf eine sehr starke, weitverbreitete und langdauernde Verhetzung. So logisch diese Schlußfolgerung erscheint, überzeugend bei der ersten Betrachtung, ebenso unsicher und zweifelhaft wird sie bei näherer Prüfung. Nicht die Verhetzung war das zuerst Vorhandene (das Primäre) und schuf von sich aus erst den Mangel an gutem Willen, sondern die Grundstimmung: „Wir wollen nicht mehr" war zuerst da und gab den fruchtbaren Boden ab für die rasch aufschießende Saat der unheilvollen Verhetzung.

Es sei — um ein Beispiel anzuführen — auf die unbestrittene Tatsache hingewiesen, daß die Grundstimmung „Wir haben genug, wir wollen nicht mehr" auch in Volkskreisen überhand nahm, die der linksradikalen Beeinflussung nicht so stark ausgesetzt waren und aus ganz anderen Wurzeln ihre Kriegsmüdigkeit eingesogen hatten: bei den Bauern (s. S. 11).

Diese Auffassung von dem Zusammenhang zwischen parteipolitischer Verhetzung und Grundstimmung kann hier nicht näher begründet werden; es wäre dieses Problem eine dankbare Aufgabe für den Psychologen. Verweisen möchte ich

nur auf die wertvollen psychologischen Ausführungen von Lotharingus, der in seinem Buche „Der Weltkrieg" diese Fragen in ähnlichem Sinne zu beantworten sucht. Auch Lotharingus (ein aktiver Stabsoffizier) warnt vor einer Verwechslung von Ursache und Wirkung. „Die meisten Leute, die bei den Ersatztruppen in der entscheidenden Zeit abfielen, waren nicht Drückeberger geworden, weil sie politisch unzuverlässig waren, sondern sie wurden politisch unzuverlässig, weil sie — von Anfang an — Drückeberger waren und sein mußten."

Wie hier bei der großen Masse der Mangel an gutem Willen, die geminderte Moral, die Unlust, an die Front zu gehen, sich zu verbergen suchte unter der weiten Hülle radikal-politischer Phrasen, die dem Vorstellungskreise dieser Menschen entsprachen, so holten sich die andern den Deckmantel für ihre Scheu vor der Front aus andern, ihnen näherliegenden Gedankengängen. Der eine hielt sich für unabkömmlich (er saß bei einer höheren Befehlsstelle, bei einer Zentralinstanz, in einem wichtigen Betrieb usw.); der andere wartete auf Befehl (1914 hätte er sich freiwillig hinausgemeldet) und wurde unterdessen nicht durch starken Drang nach der Front gequält; der Dritte ging nach Hause, da er schon lang genug draußen gewesen sei und nun auch Pflichten gegen seine Familie habe . . .; kurz, von der scheinbar völlig gerechtfertigten Begründung bis zu den offensichtlich unwahren Entschuldigungen lag eine unbegrenzte Zahl von Motivierungen, dem jeweiligen Gedankenkreis entsprechend und stets dasselbe bezweckend: Die mehr oder weniger deutlich empfundene Mahnung des Gewissens: „Du gehörst an die Front" und „Du hast an der Front zu bleiben", mußte umgelenkt werden in die das Gewissen betäubende Formel „Ich darf nicht", „Ich kann nicht", „Es hat keinen Zweck", „Es ist sogar ein Verbrechen" (Kriegsverlängerer, Streikbrecher usw.). Lotharingus zeichnet diesen seelischen Vorgang anschaulich und zutreffend, wenn er sagt: „Und da schickte das Gemüt wieder einmal den Verstand auf die Suche, und siehe, er kam bald zurück und flüsterte seinem Manne zu, er sei gar nicht wegen der Lebensgefahr, sondern aus innerpolitischer Überzeugung aus dem Felde gegangen oder weggeblieben; das Wegbleiben bedeute beileibe keinen Mangel an Mut, sondern sei im Gegenteil ein Beweis für den Mut der Überzeugung. Und der Mann glaubte allmählich immer mehr diesen vom Verstand herangeschleppten Entschuldigungsgründen, glaubte schließlich fest daran und war nun bald auch — das war nur der nächste Schritt — überzeugt, er habe die Verpflichtung sich selbst gegenüber, der Außenwelt zu zeigen, daß er nicht aus Ängstlichkeit, sondern aus männlichem Überzeugungsmut die Front verlassen. So entstand ganz automatisch aus zahllosen ähnlichen psychologischen Einzelfällen heraus der Meinungsaustausch, aus ihm entstand dann weiter, psychologisch ebenso leicht erklärlich, die Proselytenmacherei und endlich die planmäßige Propaganda. Was so oft als Produkt der Wühlarbeit gewisser ‚Persönlichkeiten' erschien, ist in Wahrheit ein Produkt psychischer Vorgänge, das mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes sich ergeben mußte."

In diesem psychologischen Zusammenhang drängt sich eine Parallele auf zwischen dem in den Rufen „Streikbrecher", „Kriegsverlängerer" usw. zum Ausdruck kommenden Verhalten der Kampfunwilligen und zwischen einem Vorgang, den man während des Krieges oft beobachten, und den ich selber mehrmals erleben konnte: In schweren Abwehrschlachten und bei Offensiven „verkrümmelten" sich oft Drückeberger, die lieber eine Stunde feig als ihr ganzes Leben lang tote Helden sein wollten, und erzählten anderen, pflichtgemäß nach vorn gehenden Kameraden furchtbare Schauergeschichten: Das ganze Bataillon sei kaput, aufgerieben; alles tot oder gefangen; der Gegner sei im Graben . . . kurz, sie seien nur noch die Überreste, und es sei sinnlos und unmöglich gewesen da vorn zu bleiben. All diese und ähnliche, übertriebene Phrasen — zuletzt von ihren Erfindern selbst geglaubt — hatten nur den einen Sinn: die eigene Pflichtvergessenheit, die eigene Feigheit vor sich selber und ganz besonders vor den andern zu verstecken hinter Motiven, die das feige Davonlaufen zu rechtfertigen schienen.

V.

Wenn ich die Auswirkung der politischen Verhetzung in dem oben bezeichneten engeren Begriff nicht so bedeutungsvoll einschätze, als es allgemein, besonders in dem politischen Kampf zwischen Rechts und Links geschieht, so will mir der Einfluß der „politischen Zersetzung" in dem genannten weiteren Sinne um so tiefgehender erscheinen. Es ist hier nicht möglich, auf diese am meisten besprochene Frage näher einzugehen, vor allem zu erforschen, ob diese politischen Zersetzungserscheinungen zwangsläufig sich aus dem deutschen Volkscharakter entwickelten, ob sie einzelnen Personen oder Systemen zur Last gelegt werden müssen, oder ob sie tiefer wurzeln, als es eine einfache Betrachtung zu erkennen vermag. „Wo die Massenpsyche in das eine oder andere Extrem gerissen wird, in die nationale Großtat oder in die rauschhafte Selbstzerfleischung, müssen sich immer natürliche Gründe finden lassen, und sieht man genauer zu, erkennt man, daß diese Gründe sich sogar merkwürdig ähnlich sind." (Dingler.)

Ich habe aus zahlreichen politischen Erörterungen immer mehr den Eindruck gewonnen, daß man den Einfluß einzelner Persönlichkeiten außerordentlich überschätzt und die elementare Wirkung vorhandener Entwicklungstendenzen, grundlegender Volkseigentümlichkeiten und traditioneller Anschauungen und Gewohnheiten unterschätzt. Würdigt man diese Kräfte in der vielleicht richtigen Weise, so wird das Urteil auch für die Frage von der Bedeutung der politischen Zersetzung ruhiger und gerechter ausfallen.

Als Ergebnis all der in der Heimat wirksamen Kräfte sehen wir eine schwere Erschütterung des Glaubens an einen Sieg, ja sogar eine Schwächung des Willens zum Siege, die so weit sich verirrte, daß weite Kreise einen völligen Sieg aus innerpolitischen Gründen nicht wollten, ihn sogar fürchteten; wir sehen einen Mangel an gutem Willen zum Dienst an der Front, zur Hergabe der notwendigsten Opfer, ein Sinken der Moral und eine zunehmende Kriegsmüdigkeit, die schließlich ein (vermeintliches) Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzog.

Es sei nochmals betont: soweit dem Ersatz von 1917/18 der gute Wille fehlte, war es mit geringen Unterschieden ziemlich gleichgültig, ob der Ersatz aus der Stadt oder vom Lande, ob er aus dem Arbeiterstande oder aus den wirtschaftlich gehobenen Kreisen stammte.

Die Hungerblockade hat die Seele des deutschen Volkes mehr zerstört als seinen Leib und hat Bedingungen geschaffen, die eine Erziehung unserer Jugend zu den an der Front notwendigen Tugenden außerordentlich erschwerten, fast unmöglich machten. In Frenssens Gegenwartsroman „Der Pastor von Poggsee" erlebt der Leser in erschütternder Darstellung die furchtbare, seelenzermürbende Wirkung der langen Kriegsdauer. Diese aus dem eigenen tiefsten Erleben quellende Erzählung dürfte für die Geschichtsforschung von hohem Werte sein, vor allem wegen des völlig unpolitischen Charakters der Schilderung.

Welcher Vater schickte im Jahre 1918 seinen Sohn noch mit jener aufopfernden Begeisterung an die Front wie in den erhebenden Monaten des Jahres 1914? Nicht viele werden es sein, die waren wie mein Schwiegervater, der, ein Veteran von 1870, im Kriegsdienst verunglückt und 1921 an den Folgen gestorben, noch im letzten Kriegsjahr bedauerte, daß ihm das Schicksal vier Töchter und nur drei Söhne und nicht sieben Söhne geschenkt habe. Zu Beginn des Krieges begleiteten der Väter Gedanken mit Stolz und etwas Neid die Söhne hinaus ins Feld und sahen sie lorbeergeschmückt aus dem siegreichen Kampfe zurückkehren. In dem Maße, wie später aber die Hoffnung auf Sieg sich gemindert hatte und die Gefahr immer größer geworden war, verwundet zu werden oder zu fallen, waren an Stelle der Zuversicht und Opferfreudigkeit Zweifel getreten und Hoffnungslosigkeit. Als Folge dieses Pessimismus zeigte sich bei den Vätern (bei den Angehörigen) immer deutlicher ein Mangel an Bereitwilligkeit, das (anscheinend doch zwecklose) Opfer zu bringen. Und in den letzten Kriegsjahren bedeutete der Abmarsch der Neueingezogenen an die Front ein schweres Opfer für die Väter, bedeutete den sehr

wahrscheinlichen Verlust der Söhne. Die Stimmung der Väter übertrug sich, wie in jenen ersten Kriegsmonaten, so auch jetzt wieder auf die ausmarschierenden Söhne; dieses Mal aber in Richtung einer ungünstigen Beeinflussung, die den guten Willen und das Pflichtgefühl lähmte. Der junge Ersatz trug schwer an dieser seelischen Belastung.

Neben den „Jungen" bildeten die Reklamierten, die „Ausgekämmten", einen großen Teil des Ersatzes, der unsere zusammengeschmolzenen Regimenter wieder auffüllte. Daß die Geistesart der Reklamierten nicht besser war als die des „jungen" Ersatzes, konnte nicht überraschen. Es erübrigt sich, an dieser Stelle näher auf diese bedauerliche Tatsache einzugehen. Die psychologischen Ursachen für das moralische Versagen der Reklamierten (selbstverständlich nicht der Gesamtheit, sondern eines, allerdings sehr großen Teiles der Reklamierten) liegen klar zutage. Nur auf einen nicht unwichtigen Vorgang sei kurz hingewiesen: Das Leben an der Front wirkte auf diese nicht gerade zu den besten unseres Volkes gehörenden Elemente ganz besonders demoralisierend. Gleicht doch der Frontdienst mit seinen großen Eindrücken in seiner Wirkung auf den Charakter des einzelnen Menschen dem Regen: „Auf fruchtbaren Acker fallend, bringt der Regen hundertfältigen Segen, im Schlamm wird er selber zu Schlamm." Oder, wie Walter Flex im „Wolf Eschenlohr" sagt: „Die einfache Wahrheit vom Wesen des Krieges ist diese: Er macht die starken stärker und die Schwachen macht er armselig." Wenn eine letzte Kraftanstrengung uns im Herbst 1918 auch Hunderttausende noch von diesen Reklamierten an die Front geschickt hätte — brauchbare Hilfe hätten sie den treu aushaltenden „Alten" wohl kaum gebracht.

In zahllosen Kanälen drang die Ungeduld der Heimat nach der Front und trug viel dazu bei, auch den treuesten Kämpfern dort draußen das Durchhalten zu erschweren. Die zeitweilige Briefkontrolle und andere Gelegenheiten gaben Einblick in dieses traurige Kapitel des „Dolchstoßes von hinten". Es zeigte sich dabei — wie ich nach dem Kriege auch von anderen Truppenteilen, z. B. mit ländlichem Mannschaftsersatz, bestätigen hörte —, daß es ziemlich gleichgültig war, aus welchen Volksschichten und aus welchen Teilen Deutschlands die Jammerbriefe kamen. Daß die Daheimgebliebenen, die Angehörigen auch oft in heldenhafter Weise ihren Kummer, ihre körperlichen und seelischen Mühseligkeiten verbargen und den draußen das Ausharren ermöglichten und erleichterten, habe ich an meiner tapferen Frau gottlob selbst erfahren dürfen. Aber trotzdem, als ich nach der Maioffensive (1918) in einem Barackenlager bei Dhuizel, jenseits des Chemin des dames, Briefe an französische Soldaten fand und las — eine Anzahl derselben berichtete über die furchtbare Fernbeschießung von Paris —, traf ich überall auf eine unerschütterliche Zuversicht und nirgends auf ein Klagen und Zagen. In geschickter Weise hatte seinerzeit die englische Propaganda deutsche Jammerbriefe solchen Briefen gegenübergestellt, die von englischen Müttern und Frauen an ihre im Felde stehenden Angehörigen geschrieben worden waren. Die vom Urlaub zurückkehrenden Kameraden klagten oft über das ungeduldige Verhalten der Heimat. Als dumm wurde man angesehen, wenn man — nach so langem Frontdienst — immer noch draußen durchzuhalten gewillt war. Solchen Spott erfuhren meine Kollegen, die Offiziere und die Mannschaften in gleichem Maße. An diese allzu bekannte Tatsache sei ganz besonders erinnert, weil sie zeigt, daß diese Flaumacherei, diese Demoralisierung und Verhetzung der Front kein Privileg eines einzelnen Volksteils war.

Mögen auch manche Kreise unseres Volkes ein größeres Maß von Geduld und Ausdauer gezeigt haben, trotzdem die Not des Krieges nicht minder auf ihnen lastete, — im großen und ganzen unterlag die Heimat immer mehr der Ungeduld, der Unzufriedenheit und der hoffnungslosen Stimmung, die schon 1917 in bedauerlichen Vorgängen zum Ausdruck kam. Stadt und Land zeigten hierbei keinen Unterschied. Diese Tatsache sei nachdrücklichst betont, weil es für die Beurteilung, wieviel Schuld an dem Kleinmut und an dem Versagen der Heimat politische Ver-

hetzung trägt, von großer Bedeutung ist, ob auch die ländliche Bevölkerung, die nicht so sehr der linksradikalen Verhetzung ausgesetzt war wie die der Städte, den Willen zum Durchhalten verloren hatte. Persönliche Erfahrungen bestätigten mir leider, was ich genugsam zu hören bekam: daß auch das Landvolk des Krieges überdrüssig war und dieser Unzufriedenheit reichlich oft Ausdruck gab, besonders in den Briefen an die Front und in den Gesprächen mit Urlaubern. Mir selber war es stets ein bitteres Erlebnis, wenn ich bei meinen Urlauben, die ich alle auf dem Lande verbrachte, hier eine tief bedauerliche Denkart antraf, bei Landleuten, die wie der Bauer — im Gegensatz zu dem städtischen Industriearbeiter — noch wenigstens eine Heimat hatten, in der sie wurzelten, eine eigene Scholle, die es zu behüten galt. „Die allgemeine Unzufriedenheit erfaßte auch den Bauern, der bekanntlich 65 Prozent des bayerischen Volkes ausmacht. Obwohl es ihm finanziell ausgezeichnet ging, so überwog doch auch bei ihm der Unwille allmählich die Gunst der wirtschaftlichen Lage, und das Wort ‚Revolution' war seit dem Sommer 1918 ein Begriff, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand. Die deutsche Revolution des Jahres 1918 ist im wesentlichen die Folge des verlorenen Krieges, besser gesagt der erschöpften Kraft." („Forstrat Escherich-Heft" Nr. 1.)

Der Glaube an einen Sieg war unserem Volke schon sehr früh verloren gegangen. An der Front herrschte demgegenüber noch lange hoffnungsvolle Zuversicht trotz all der niederdrückenden Wirkung des endlosen, mühseligen Grabenkrieges.

VI.

Mitte 1917 und Anfang 1918 hatte aber auch bei der Fronttruppe sichtbare Niedergeschlagenheit um sich gegriffen. Die Märzoffensive versprach nun eine baldige Entscheidung und endlichen Sieg. Sie hielt nicht, was man von ihr erhofft hatte. Die Truppe war enttäuscht. Eine geschickte Propaganda des Feindes mit Hilfe von zahllosen Flugblättern, durch Flieger abgeworfen, trug nicht dazu bei, die Truppe mit Zuversicht zu erfüllen. Ich entsinne mich unter den mir abgegebenen Flugblättern an eine Nummer des „Kampf", welche unsere Verluste bei der ersten Offensive zahlenmäßig als furchtbar hoch angab. Zufällig war unter den namentlich angeführten Regimentern eines unserer Division; die im Flugblatt angegebene Verlustzahl dieses Regiments stimmte genau, und so glaubte man den ganzen Inhalt dieser verhetzenden Flugschrift und war entsetzt über die Größe unserer Verluste.

Waren bisher diese feindlichen Bemühungen um die Seele des deutschen Frontsoldaten im großen und ganzen ohne sichtliche Wirkung geblieben, so konnte ein gewisser Erfolg nicht ausbleiben von dem Augenblick an, als durch den kriegerischen Mißerfolg der Soldat sich enttäuscht sah.

Hauptmann Anker führt das Mißlingen der Märzoffensive 1918 „größtenteils auf die bereits stark unterwühlte Manneszucht zurück . . Insbesondere lockten die reichhaltigen Lebensmittelvorräte hinter der englischen Front . . . Anstatt dem zurückflutenden Feinde an der Klinge zu bleiben, ging das Raffen und Plündern los . ." Eine solche einfache Lösung schwerer Probleme soll man doch möglichst meiden, vor allem dort, wo eine derartige Lösung einseitig die Truppe mit der Schuld belastet. Nachträglich den ausgehungerten Kompagnien ihre Schwäche zum Vorwurf machen, dürfte wohl jedem als Ungerechtigkeit erscheinen, der die damalige Offensive inmitten der Truppe erlebte und sich einfühlen konnte in die Seele des Frontkämpfers. Ich habe genug Gelegenheit gehabt, Beutemacher nach vorn zu ihren Kompagnien zu treiben und Zeuge von Vorgängen zu sein, die mich aufs tiefste betrübten. Mehr Verständnis für die Truppe als Hauptmann Anker zeigt Rittmeister Binding, gleichfalls Offizier bei einem hohen Kommandostabe; er schreibt in seinem Tagebuch: „Hatte ich es doch gestern selbst erlebt, daß plötzlich ein neben mir im Auto sitzender jüngerer Offizier dem Fahrer, ohne mich nur zu fragen, zurief: ‚Halten Sie sofort!' und auf meine erstaunte Frage, wieso er eine Fahrt unterbrechen könne, auf der wir uns mit einem eiligen Auftrag befanden, hatte er geantwortet: ‚Nein; ich muß

erst den englischen Gummimantel haben, der dort am Wege liegt.' Das Auto hielt. Er sprang heraus, griff einen englischen Gummimantel, der auf der Böschung lag, und sprang glücklich, wie erfrischt, wie zu neuem Leben erweckt, wieder in das Auto. — Wenn diese Hemmungslosigkeit einem Offizier begegnete, so kann man sich vorstellen, wie es bei dem einfachen Manne wirken mußte, durch Monate verschmachtet, verhungert, verdurstet zu sein. War es bei dem Offizier der Gummimantel, der unwiderstehlich bis zum Vergessen der wichtigsten Aufträge lockte, so war es bei dem gemeinen Mann je nach seinem Geschmack die bunte Postkarte, der seidene Vorhang, die Flasche Wein, das Huhn, die Kuh — bei den meisten aber der Wein."

Gegen Verallgemeinerungen, wie sie Hauptmann Anker ausspricht und mit denen er die Truppe so schwer belastet, kann nicht scharf genug Verwahrung eingelegt werden. Für den, der in jenen Märztagen erlebte, wie die Truppe mit Wut und Verzweiflung um das Endziel kämpfte und ihr Möglichstes hergab, ist es hart, wenn jetzt versucht wird, die Schuld an dem Mißerfolge der Truppe aufzuladen, anstatt sie gemeinsam zu tragen.

„Der deutschen Truppe eine wesentliche Schuld zuzumessen deshalb, weil im Laufe der Michaelschlacht erwiesenermaßen einzelne Teile sich durch erbeutete Proviantlager aufhalten ließen und andere sich rascher erschöpften und verbrauchten, als vorgesehen und erwünscht war, das geht nun freilich nicht an; denn die deutsche Truppe hat, als Ganzes betrachtet, auch in diesem schweren vierzehntägigen Ringen wiederum wahrhaft Gewaltiges geleistet. So schmerzlich es auch ist: wir müssen die Ursache für den strategischen Mißerfolg bei der deutschen Führung suchen." (General v. Moser.) Gerecht wird den unvergeßlichen Leistungen der Truppe auch das Urteil des Obersten Immanuel: „Der Siegeszug der Deutschen auf Amiens und Paris war somit trotz bester Vorbereitungen, großer Waffenwirkungen, hingebender Tapferkeit ins Stocken geraten, da die Schwierigkeiten schon jetzt über das Maß der deutschen Kraft hinausgingen."

Die Maioffensive wurde, wie der Angriff im März, von einer leidlich zuversichtlichen, guten Stimmung getragen. Es waren immer noch wertvolle Teile der alten Führung vorhanden, die auch den neuen Ersatz zu außerordentlichen Leistungen mitreißen konnten. Der erste Tag sah die Truppe die Aillette überschreiten, den Chemin des dames erstürmen, die Aisne und die Kanalübergänge nehmen und jenseits die Höhen überqueren, wieder hinab zur Vesle und die waldigen Hänge jenseits hinaufdringen. Über 25 Kilometer trugen an jenem ruhmvollen Tage unsere Maschinengewehrschützen ihre schwere Last vorwärts im Sturm, über zwei Wasserscheiden hinweg, durch unser eigenes Gas, das noch schwer auf den eroberten Hängen lag, durch die heiße Maisonne und durch das Feuer des Feindes. Am Abend hieß es „Eingraben!" Es verlautete, daß die Offensive nicht weiter vorgetragen werden solle. Schwer arbeitete die ermüdete Truppe in dem harten Waldboden. Der anbrechende Tag brachte den überraschenden Befehl: „Weiter!" Und an den folgenden Tagen trieb die Division die sich entgegenstellenden französischen Regimenter vor sich her und erreichte am 1. Juni bei Chézy (südlich Villers-Cotteret) den am weitest vorgeschobenen Punkt der Offensive. Der Angriff kam hier zum Stehen, hatte sich „totgelaufen". Zu groß schon war die Entfernung von unserer Ausgangsbasis; der Nachschub über die große Entfernung hätte bei dem Mangel an Bahnen eines viel größeren und besseren Wagenparks bedurft, als er uns zur Verfügung stand.

Der Erfolg der Maioffensive — so groß er auch gerade für unsere Division war — konnte die Stimmung nicht aufrichten, weil man das Gefühl hatte, daß man auf diese Weise — mit den kargen Hilfsmitteln des armen Mannes — nicht entscheidend vorwärtskomme. Bezeichnend für die ziemlich resignierte Stimmung der siegreichen Truppe war, daß auf unserm Rückmarsch nach der Ablösung (Mitte Juni 1918) das Gerücht auftauchte und auch geglaubt wurde, die Oberste Heeresleitung trage sich mit dem Gedanken, das eroberte Gelände — den „Marnesack" —

wieder zu räumen, da es strategisch wertlos und überdies nicht zu halten sei; man sprach etwas bitter von einem „Danaergeschenk".

Es kam die dritte Offensive. Urlauber, die zum Regiment zurückkehrten, wußten genau Bescheid über Zeit und Ort dieses Vorstoßes. Oberst Weber hat wohl recht, wenn er sagt: „Jede Klatschbase in der Etappe, in Bukarest und Warschau kannte Tag und Stunde." Der Gegner brauchte jene paar Lumpen nicht, die damals überliefen und die Pläne verraten haben sollen; auch die Gefangenen nicht, die er an den Vortagen gemacht hatte, und die viel aussagten. Nirgends die strengen Vorsichtsmaßregeln der ersten und zweiten Offensive. Brennende Munitionslager, außerordentliche Belästigung der nachts marschierenden Truppe durch Flieger und Streufeuer des Feindes zeigten uns, daß dieses Mal andere Verhältnisse vorlagen als bei den früheren Offensiven, bei denen die Überraschung völlig gelungen war. Mit Besorgnis sah ich dem 15. Juli entgegen.

In einem Briefe erinnert mich der jugendliche Führer unsrer 3. Maschinengewehrkompagnie, einer unsrer tapfersten und treuesten Kriegsleutnants, an jene bedeutungsvollen Tage vor der Marneoffensive. An einer Stelle dieses Briefes heißt es: „Dem Entschluß zur Offensive müssen anscheinend Kräfte entgegengearbeitet haben, deren Wirkungen wir bis in die Sturmreihen der Angreifer spürten. Wir hielten, bevor wir endgültig zum Angriff uns stellten, etwa eine Stunde in Marschordnung auf freiem Felde (es war um Mitternacht), und es sickerte durch, der Angriff unterbleibe, weil der Gegner alles wisse, in der rechten Flanke nördlich von Chateau-Thierry bereit stehe und gleich nach Beginn des deutschen Vormarsches dort in großzügigster Weise lospreschen werde. Schließlich kam doch der Befehl, die alte Route weiterzupilgern ... Ich erinnere mich noch so deutlich dieses Momentes, der mir heute erscheint als ein gewaltiger Augenblick, wo das Schicksal überlegte, ob es uns einen etwas besseren Weg führen wollte; es hatte sich aber nach kurzem Zögern für unsern Untergang entschieden."

In der Nacht vom 14./15. ordneten sich in dem großen Wald nördlich der Marne die Divisionen, trotz tiefster Finsternis mit erstaunlicher Exaktheit. Mein Regiment ging als einziges der Division über die unter schwerstem Artilleriefeuer und zahllosen Fliegerbomben liegenden Pontonbrücken.

Wie anders waren doch die ganzen äußeren Verhältnisse, wie anders die Stimmung der Truppe dieses Mal gegenüber der März- und Maioffensive! Der 26. Mai: ein herrlich schöner Frühlingstag; die Nacht mild und sternenhell. Spät am Abend waren unsere Regimenter aus ihren Quartieren, den unergründlichen Höhlen südlich Laon aufgebrochen. Mein Bataillon war eines der letzten, das abmarschierte. Unvergeßlich wird mir diese Stunde sein, da ich die Bataillone der Division an mir vorbeiziehen sah, ins Ungewisse, hoffnungsvoll. Tüchtige Führer hatten wir damals noch und Unterführer, Kameraden von alter Bewährung, kriegserprobt, durch ihr Beispiel von starkem Einfluß auf die Mannschaft. Eines Führers — eines der vielen aus der namenlosen Zahl der Getreuen — sei es gestattet, an dieser Stelle zu gedenken; seine Gestalt steht noch in unveränderter Deutlichkeit vor meinem Auge wie damals, als er an der Spitze des bewährten Bataillons den Hohlweg herab an mir vorbeikam; neben dem Kommandeur sein ebenbürtiger, tapferer Bataillonsarzt und langjähriger Kamerad. Ein starkes Gefühl der Zuversicht erfaßte mich in jenem Augenblick, als ich diese beiden trefflichen Menschen ihren Kompagnien voranschreiten sah. Noch nicht 24 Stunden später: jenseits des Aisnekanals, im heißen Kampf um das Dorf Pont Arcy, gebot der Tod dem Stürmenden Halt. Gegen Mitternacht hatten wir die Artilleriestellungen erreicht, wo wir die wenigen mitgenommenen Fahrzeuge zurückließen, die mit ihren strohumwickelten Rädern einen ungewohnten Anblick boten. Überall tauchten aus dem schwachen Dunkel der Mainacht die Schattenrisse der zahllosen Batterien auf. In einem kleinen Waldstück standen die Riesenleiber von wohl einem Dutzend 21er-Mörser dicht nebeneinander, ein gewaltiger Kontrabaß zu dem vieltausendstimmigen Chor der kleinen und größeren Geschütze. Von der Höhe bot sich ein fast unbegrenzter Rundblick:

Gegenüber, jenseits der Aillette, zog von Westen nach Osten das gespenstisch aufragende Massiv des Chemin des dames. Flach senkte sich unser Hang hinab in den breiten Bachgrund, um auf der andern Seite steil anzusteigen zu den Höhen, über die der Angriff getragen werden sollte. In schwachen Umrissen verlor sich das Hügelland jenseits des Chemin des dames in dem leicht nebligen Horizont. Tiefstes Schweigen lag über dem weiten Gelände; auch dem Auge bot sich eine seltene, ungewohnte Ruhe, da bei der sternenhellen Nacht fast nirgends Leuchtraketen aufstiegen. Nichts unterbrach die Stille der Nacht; man glaubte fast, das Quaken der Frösche vom sumpfigen Aillettegrunde herauf zu hören, die — wie uns die Kunde bereits zugetragen hatte — mit ihren lärmenden Konzerten das Geräusch der Pionierarbeiten überschrien haben sollen. Friedlich lag vor uns die Landschaft, deren grausig zerfetztes Antlitz sich im milden Dunkel verbarg. Nur ganz vereinzelt waren die Einschläge der feindlichen Artillerie. — Drüben an den Hängen des Chemin des dames lag der Franzose, der Ruhe, der Stille sich freuend und ohne Ahnung von dem Unwetter, das in der nächsten Stunde über ihn losbrechen sollte. Ein jeder von uns hatte das Gefühl: die Überraschung wird gelingen, das Wetter ist günstig. (Ohne diese Gunst des Wetters, bei Regenwetter, wäre der Angriff im Sumpfe der Aillette und in dem unwegsamen Trichterfeld des Chemin des dames steckengeblieben.) Kein Flieger belästigte uns, als der Tag anbrach.

Wie anders in der Nacht vom 14./15. Juli! Vollständig durchnäßt noch von dem tagsüber ununterbrochen rieselnden Regen, war die Truppe um Mitternacht angetreten. Überall erzählte man sich: Der Feind weiß alles. Und bevor noch unsere eigene Artillerie ihr Vernichtungsfeuer begann, krachten schon die feindlichen Granaten an unseren Aufmarschwegen und begleiteten uns bis über die Marne. Kaum graute der Morgen, als auch schon zahllose Flieger über uns erschienen, um zu erkunden und Bomben zu werfen. Ein ungünstiger Südwind trieb uns noch diesseit des Flusses unser eigenes Gas entgegen.

In seiner „Kritik des Weltkrieges" schreibt der bereits erwähnte Generalstäbler folgendes: „Der zu erwartende große, aber nicht entscheidende Erfolg der deutschen Offensive vom 15. Juli 1918 basierte auf dem Moment der Überraschung. Mit der Überraschung stürzte die Grundlage des Angriffes zusammen. Dieses Mißgeschick war möglich, aber nicht vorauszusehen. Der tatsächliche taktische Mißerfolg kann daher nicht der deutschen Obersten Heeresleitung zur Last gelegt werden." „Da indessen die deutsche Oberste Heeresleitung von dem Verrat ihres Angriffes nichts ahnen konnte, . . ." Die Truppe urteilte anders; sie konnte nicht begreifen, daß der Obersten Heeresleitung unbekannt geblieben sein sollte, was unter den eingesetzten Regimentern jedem bekannt war und in dem Verhalten des Feindes während der Vortage seine Bestätigung gefunden hatte. Die Truppe stellte damals die Frage, ob man sie in voller Kenntnis der Tatsache, daß der Feind alles wisse, in die jetzt aussichtslos gewordene Offensive gegen einen wissenden Gegner schicke, oder ob die Oberste Heeresleitung so schlecht unterrichtet sei, daß sie von dem Verrat des Angriffes nichts wisse und immer noch mit dem Moment der Überraschung rechne. Ludendorff beantwortet diese Frage, wenn er sagt: „Hätte die Oberste Heeresleitung gewußt, daß die Truppe nicht an eine Überraschung glaubte, so würde sie voraussichtlich den Angriff abgesagt haben." Abgesehen von dem üblichen, auch von Friedrich dem Großen geduldeten Schimpfen über die Vorgesetzten, hatte ich bis zu diesen Julitagen nie erlebt, daß die Truppe Kritik übte auch an den höheren und höchsten Kommandostellen, selbst damals nicht, als in den Höllenschlünden vor Verdun unsere Regimenter mit unvergeßlicher Tapferkeit und Zähigkeit die spärlichen Überreste des heißumstrittenen Fleury in aussichtslosem Kampfe verteidigten. Viel Bitterkeit empfand die Truppe aber dieses Mal bei der Überzeugung, daß durch das Verschulden uns unbekannter hoher Kommandostellen viel Blut, vielleicht unser letztes, bestes Blut zwecklos geopfert werde. „Vom Schicksal gezeichnet gingen Deutschlands letzte Angriffsarmeen in ihre letzte Angriffsschlacht" (Stegemann)

Die Erkenntnis, daß die Anlage dieser dritten Offensive ganz dieselbe zu sein schien wie bei den früheren, wirkte deprimierend; war doch anzunehmen, daß der Feind aus den zwei ersten Offensiven gelernt haben mußte, wie ein solcher Angriff zu parieren ist. Die zum ersten Male in diesem hohen Maße zu spürende Überlegenheit der feindlichen Luftstreitkräfte zermürbte außerordentlich die Stimmung der Truppe. — Kurz vor der zu überschreitenden Pontonbrücke bot sich ein ungewohnter Anblick: Ein General lag tot mitten auf dem Ufergelände und bei ihm noch drei Offiziere (durch Fliegerbombe gefallen). Alles eilte — wegen des feindlichen Feuers — an den Toten vorbei; verlassen, einsam lag der General und sein Stab; niemand hatte Zeit, sich der Toten anzunehmen.

Nur wenige Tage jenseits der Marne. Der Angriff stockte vor der wohlorganisierten feindlichen Abwehr. Wir blieben im „Vorfeld" hängen, bei dessen Organisierung der Feind die Ludendorffschen Grundsätze zur meisterhaften Anwendung gebracht hatte. Von dem Mut und der Ausdauer der noch wenigen alten, bewährten Führer und Unterführer mitgerissen, hielt sich die Mannschaft überraschend gut, im schwersten Feuer, ein bis zwei Kilometer hinter sich den breiten Fluß. Dreimal verlor in diesen Tagen mein Bataillon seinen Kommandeur. „Todesmutiger haben deutsche Truppen nie gestritten als damals am Schicksalsfluß des Krieges." (Stegemann.) — In der Nacht vom 18./19. Juli hieß es: Zurück. Mustergültig war diese Absetzung vom Feinde und der Rückzug über die Marne; kein einziger Verwundeter blieb zurück. Ab er es war wohl der bitterste Tag, den wir erlebten. Ich höre noch das Wort „Piave", das damals fiel. Auch die letzte Hoffnung war nunmehr der Truppe geschwunden, und eine verzweifelnde Dumpfheit legte sich auch denen auf die Seele, die noch bis dahin ihren unverwüstlichen Optimismus jeder Miesmacherei energisch entgegengesetzt hatten.

Es war das zweitemal in diesen jahrelangen Kämpfen, daß unser Regiment den Befehl „Zurück" erhielt. Wie anders war es doch damals im Anfang des Krieges, als nach dem furchtbaren Nachtkampf bei Clermont—Heippes (Argonnen) die Division am 12. September 1914 den Befehl bekam, die Verfolgung des geschlagenen Feindes abzubrechen und den Rückmarsch anzutreten. Im Gefühl des Sieges marschierten die Regimenter denselben Weg wieder zurück, den sie im raschen Vordrängen genommen, und konnten nicht begreifen, was dieser Rückzugsbefehl bedeuten sollte; man sprach von Umgruppierung u. a. Damals versagte die Oberste Heeresführung; die Truppe aber hielt fest. Dieses Mal ein verzweifelter, übermenschlicher Versuch der Führung, die siegreiche Entscheidung zu erzwingen; die Truppe tat auch jetzt wieder ihre volle Pflicht, war aber, in vierjährigem Kampfe verbraucht, nicht mehr imstande, gegen eine gewaltige Übermacht den unmöglichen Erfolg zu schaffen. Welch ein Unterschied zwischen diesen beiden Rückmärschen, welche Tragik in ihrer gemeinsamen Bedeutung: beidemal ein Wendepunkt in dem gewaltigen Geschehen des Krieges!

Wie tiefgehend die Wirkung auf die Stimmung der übrigen Front war, als das Gerücht von dem Mißerfolg der Reimser Offensive durchdrang, zeigt eine Tagebuchnotiz des Leutnant Jünger, der in jenen Tagen mit seiner Kompagnie an der Ancre lag. Leutnant Jünger, durch sein Vorbild als Zug- und Kompagnieführer ebenso bekannt wie durch seine dichterische Begabung, die Seele des Frontkämpfers zu schildern, schrieb damals: „Als ich heute vor der Türe meines Blockhauses stand und Leutnant B. nach einem langen Gespräch mit den Worten schloß: ‚Die Sache ist vergeigt, Du kannst dich darauf verlassen. Jetzt kommen die Amerikaner an die Reihe, und die gehen ran wie wir 1914', da hatte ich ein eigentümliches Gefühl. Ich kann wohl sagen, daß da zum ersten Mal im Kriege ganz klar der Gedanke in mir auftauchte: ‚Was dann, wenn wir verlieren würden?' — Ein völlig unwahrscheinlicher Gedanke, den auszusprechen bis zum Friedensschlusse mit dem Tode bestraft werden müßte. Aber er ist in mir wach geworden, ich hatte ihm überraschend wenig Widerstand entgegenzusetzen, und ich glaube, daß es in diesen Tagen vielen so gegangen ist."

Der 15. Juli 1918 bedeutet den Wendepunkt des gewaltigen Ringens; er gab dem Gegner die Möglichkeit des 18. Juli und zwang unserer Führung die Vorhand ab. Weder der 18. Juli noch der 8. August sind die kritischen Tage, die über den Ausgang des Krieges entschieden. Diese Feststellung — „ganz unbestreitbar und auch ganz unbestritten" (v. Moser) — ist von größter Bedeutung für die Frage, wieweit die Fronttruppe, wieweit die Führung Schuld und Verantwortung trägt an dem unglücklichen Kriegsende. General v. Moser schließt die Erörterung dieser Frage mit den Worten: „Damit ist das deutsche Frontheer, das seinen soldatischen Zusammenhalt und seine kriegerische Angriffskraft trotz aller Wühlarbeit in der für Ludendorffs Feldzugs- und Siegesplan lebenswichtigen Zeitspanne bis zum 15. Juli 1918 vollauf zu bewahren gewußt hat, von jeder ernsten Schuld des Versagthabens entlastet."

VII.

Durch die schweren Verluste jenseits der Marne und in den sich anschließenden Abwehrkämpfen am Ourcq ihrer Führer, ihrer besten Offiziere und Unteroffiziere beraubt, ermüdet und aufs grausamste zum drittenmal enttäuscht, war die Truppe in einer seelischen Verfassung, in einer fatalistischen Ohnmacht (Lethargie), von der es keine Erholung mehr gab. „Inertie" nennt Clausewitz diesen Zustand, dessen Bekämpfung „an die Qualitäten der Führer immer größere Anforderungen stellt und fordert, daß sich an der Glut in der Brust unserer höheren Führung, an dem Lichte ihres Geistes die Glut des Vorsatzes, das Licht der Hoffnung aller andern von neuem entzünden kann." Dieser seelische Zusammenhang der Front mit der Führung war geschwunden, das Vertrauen der Truppe zu der obersten Führung war aufs schwerste erschüttert. In dieser seelischen Erstarrung der müde gehetzten Überlebenden fehlte der Truppe der Zufluß neuen Blutes, moralisch frischer Kräfte, welche die Stimmung hätten heben, den verzweifelten Geist der Truppe hätten verbessern können. Es fehlte vor allem jedwede Hoffnung auf Sieg; jeder weitere Kampf schien aussichtslos.

Die Stimmung der Truppe wurde immer gedrückter. An der Front selber nichts, was Hoffnung zu geben vermochte; aus der Heimat kein Zuspruch, keine Kunde, keine Tat, die der Truppe das Gefühl wachsender Verlassenheit bannen konnte. „Die Front lebte, kämpfte und starb für sich." (Stegemann.)

Die seelische Kluft zwischen Front und Heimat hatte sich — in Wechselwirkung — seit 1917 immer mehr vertieft. Beide verstanden sich nicht mehr. Welch ein Unterschied zwischen der Aufnahme, die der Verwundete, der Urlauber während der ersten Kriegszeit daheim gefunden hatte, und zwischen der Gleichgültigkeit, der Verständnislosigkeit, mit der man jetzt dem Frontkämpfer in der Heimat entgegentrat! Offiziere und Mannschaften klagten oft über die gereizte Stimmung und spöttische Ablehnung, der sie bei den Ersatzbataillonen begegneten. Psychologisch ist dieses Verhalten der Heimat unschwer zu erklären; vor allem entsprang es auch einem gewissen Minderwertigkeits- und Schuldgefühl weiter Heimatkreise gegenüber der pflichttreuen Front. Der Frontkämpfer empfand die ihm entgegentretende unfreundliche Stimmung der Heimat (und Etappe) nur mit steigendem Zorn. Dazu die verbissene Wut über die zahllosen Reklamierten, über die hohen Löhne daheim, über die gut, ja „wucherisch verdienenden Kapitalisten", über das Leben und Treiben der Etappe — all diese und andere Anlässe zu Verbitterung, Zorn und Haß trugen viel dazu bei, die Kampfsittlichkeit, den Willen der Truppe schweren Belastungsproben auszusetzen. Lange Jahre hatte die Front diesen Ingrimm über die ungerechte Verteilung der Lasten und Gewinne (einschließlich der Kriegsauszeichnungen) hinuntergeschluckt und weder durch diese Verbitterung noch durch den Gedanken, schließlich doch als der „Dumme" zu gelten, sich in ihrem pflichttreuen Aushalten beirren lassen. Aber es gibt eine Grenze, bis zu welcher lang verhaltener, berechtigter Zorn und Haß zurückgedämmt werden kann. „Der Krieg dauert zu lange," pflegten die alten Leute zu sagen, wenn jener Zorn da oder dort in strafbarer Weise durchgebrochen war, oder wenn in der gedrückten Stimmung

der letzten Kriegsmonate über die Wahrscheinlichkeit eines seelischen Zusammenbruches gesprochen wurde; „es geht nicht mehr lange so." Auf der einen Seite keinerlei Aussicht auf irgendeinen Erfolg pflichtgemäßen Durchhaltens, auf der anderen Seite auch nicht die kleinste Tat, die nun seit Jahren geduldig ertragenen Mißstände zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Die Leute waren am Ende ihrer Kraft, ihrer Geduld und sehnten sich mit allen Fasern ihres Herzens nach einem Ende dieses „Schwindels"; sie verloren jedes Interesse am weiteren Kriegsgeschehen. Ihr altes Pflichtgefühl und ein gewisser trotziger Kampfgeist allerdings hielt sie trotz alledem noch bis zur letzten Stunde auf ihrem Posten. Erfreulich war mir und ist mir heute noch die Tatsache, daß in der letzten Kriegswoche, als doch schon bekannt war, daß der Waffenstillstand in den nächsten Tagen eintreten werde, und als keiner mehr eine besondere Neigung verspürte, nun gerade noch im letzten Augenblick „seinen Kopf hinzuhalten", trotzdem die Truppe ihre volle Schuldigkeit tat, in der Abwehr und sogar noch im Gegenangriff. „Der Kampftrotz war stärker als das Gefühl, daß alles Kämpfen, alles Bluten, alles Siegen umsonst sei." (Stegemann). Es konnte der Augenblick aber nicht mehr fern sein, wo die unter der immer dünner werdenden Decke der gewohnten Disziplin gährende Erbitterung durchbrechen mußte.

Bedeutungsvoll wäre in diesem Zusammenhang die Frage der religiösen Einstellung des Frontsoldaten während des letzten Kriegsjahres. Was Dr. Hohlfeld („Der Kampf um den Frieden") allgemein sagt, trifft ganz besonders für das religiöse Problem zu: „Was in jenen Sommermonaten (1918) in der Seele des deutschen Soldaten vor sich ging, wird stets zu den rätselhaftesten Phänomenen des ganzen Krieges gehören." Verglichen mit den Jahren 1914 bis 1916 hatte das religiöse Leben im letzten Kriegsjahre starke Einbuße erlitten — wenigstens in seinen äußeren Formen. Und als im Sommer das Kriegsglück sich wendete, im Kriege nicht mehr ein „Gottesurteil", im Weltkrieg kein „Weltgericht" mehr gesehen werden konnte, da verblaßte die religiöse Einstellung immer mehr und wurde zur Gleichgültigkeit. Es rächte sich bitter, daß man jahrelang den christlichen Soldaten dahin beeinflußt hatte, „in den Fragen des Staates und der Politik die Nachfolge Jesu gegen die Nachfolge Treitschkes umzutauschen".

Enttäuschung über Enttäuschung, dazu oft bitterer Hohn. Noch im Frühjahr spöttische Kritik über die amerikanischen Hilfstruppen. „Die große Armee über dem Wasser kann nicht schwimmen, sie kann nicht fliegen, sie wird nicht kommen", Hergt; „durch den Eintritt Amerikas in den Krieg hat sich so gut wie nichts geändert", Brüninghaus; „Amerikas militärische Hilfe ist und bleibt ein Phantom", Tirpitz, Januar 1918; „Die Wirkung des amerikanischen Eingreifens bewerte ich gleich Null", v. Capelle; jetzt liegt unsere Truppe in der Hölle amerikanischen Artillerie- und Maschinengewehrfeuers und sieht sich einer unerschöpflichen Übermacht amerikanischer Divisionen gegenüber. Amerikanischer „Bluff". Hart für die Truppe, die solche Irrtümer büßen muß. — „Der U-Bootkrieg zwingt die Feinde auf die Knie; sie hungern schon ebenso wie wir." Das Aussehen der Gefangenen strafte diese Märchen Lügen, ebenso die Beute, bei denen unsere ausgehungerten Soldaten sich vielleicht manchmal länger aufhielten als gut war. „Wenn die Karte des rücksichtslosen U-Bootkrieges ausgespielt wird, und sie sticht nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren" (Staatssekretär Helfferich). Immer kleiner wurde die Zahl der versenkten Tonnen, immer größer die Masse der Amerikaner, die an der Front auftauchten.

Noch Mitte Juli 1918 stellt ein bekannter General das Gros der amerikanischen Truppen „bis auf weiteres nur als Tafelgäste unserer europäischen Feinde in Rechnung" (Militär-Wochenblatt 1918, Nr. 8). Schwer litt schon zu dieser Zeit unsere arme, gehetzte Infanterie unter den Maschinengewehren und Kanonen jener „Tafelgäste", schwer auch, an den Hängen der Marnehügel, unter der nervenzerrüttenden Belästigung durch amerikanische Flugzeuggeschwader, von denen derselbe militärische Schriftsteller noch im August 1918 versichert, daß „nicht viel mehr als

ein Dutzend Flugzeuge in Frankreich eingetroffen sind und außerdem sich als kriegsunbrauchbar erwiesen haben" (Militär-Wochenblatt 1918/19).

Nicht um nachträglich billige Kritik an diesen Irrtümern zu üben, seien diese — teilweise erst später bekannt gewordenen — Aussprüche hier erwähnt, sondern nur um erkennen zu lassen, wie diese Anschauungen verantwortlicher Stellen und einflußreicher Kreise furchtbare Enttäuschung bei der Truppe erzeugen mußten.

Im Gegensatz zu den „alten" Leuten, welche in den harten Wechselfällen des langjährigen Krieges reif geworden waren und in ihrem Urteil zurückhielten, schwand den neuen Ersatzmannschaften sehr bald mit der Hoffnung auf den Erfolg vor allem auch das Vertrauen in die Führung, und zwar in dem Maße, wie die zu leistenden Aufgaben schwieriger wurden. Dieser psychologische Vorgang hat nichts Auffälliges; „im Kriege ist der neue Soldat sehr geneigt, ungewöhnliche Anstrengungen für Folgen großer Fehler, Irrungen und Verlegenheiten in der Führung des Ganzen zu halten und dadurch doppelt niedergedrückt zu werden" (Clausewitz). Die Minderung dieses Vertrauens bedeutete eine schwere Einbuße an jener moralischen Kraft, ohne die ein Erfolg nicht zu erzwingen ist. Die Fronttruppe glaubte allmählich nicht mehr alles, was von amtlicher und halbamtlicher Stelle kam. Den Heeresberichten traute man nicht mehr ganz, bei den Pressekommentaren erkannte man zu deutlich die jeweilige Absicht und wurde verstimmt, das Reportergeschwätz erweckte nur noch das Gefühl des Ekels.

Die folgenden Monate ließen in steigendem Grade die zahlenmäßige Überlegenheit der feindlichen Luftstreitkräfte erkennen. Gegnerische Geschwader von 100 bis 150 Fliegern waren uns an der Maas kein seltener Anblick mehr, und es erscheint nicht sehr übertrieben, wenn Stegemann berichtet, daß „der Himmel schwarz war von französischen Flugzeugen, die mit Maschinengewehren und verheerenden Bombenwürfen in die Erdschlacht eingriffen". Die Wirkung der unaufhörlichen Angriffe und Belästigungen der Front und der abgelösten zurückgezogenen, ruhebedürftigen Truppe durch die feindlichen Flieger war nervenzerrüttend und vermehrte die Hoffnungslosigkeit der diesen Luftangriffen oft ohnmächtig preisgegebenen Truppe. (Wie solche Fliegerangriffe die Stimmung der Heimat zermürbten, konnte ich in dem vielen Angriffen ausgesetzten Mannheim beobachten).

Ende September drang von jenseits der Maas das unbestimmte, später leider bestätigte Gerücht zu uns herüber, Vauquois sei gefallen. Vauquois, dieses Symbol unerschütterlicher und unerschütterter Widerstandskraft, ein Name von unsagbarem, unvergeßlichem Klang für unsere Division, die diese Bergfeste am Rande der Argonnen im September 1914 erstürmte und lange Jahre hindurch in einem blutigen, zähen, unter- und oberirdischen Ringen gegen den Franzosen behauptet hatte. Von den Amerikanern jetzt genommen! Nach heldenhaftem Kampfe hatte die schwache Besatzung vor den auf beiden Seiten mit Tanks durchgebrochenen und nunmehr umfassenden Amerikanern die Stellung räumen müssen. Was vermag auch die tapferste Gegenwehr noch gegen diese Übermacht von Menschen und vor allem gegen diese Hölle von Material! Aussichtslos ein solcher Kampf, da nirgend die Möglichkeit einer Hilfe erkennbar! Der Fall Vauquois', des „feuerspeienden Totenberges", legte sich unserer Truppe hart auf die Seele und mahnte an das eigene, drohende Schicksal.

Unsagbar hart litt die nun so ganz aller Hoffnung und Zuversicht beraubte Front unter dem schweren Druck der Strapazen, des Hungers und der Gefahr. Dieselbe Last, jahrelang willig und mit Ausdauer getragen, solange irgendeine Aussicht auf Erfolg den Willen stützte, wurde unerträglich in dem Augenblick, wo auch die letzte Hoffnung noch genommen wurde. Schwerer auch wurde die seelische Last, aufgebürdet dem Soldaten durch die Mißstände, wie sie bei einer so langen Kriegsdauer sich aus der Unzulänglichkeit menschlich schwacher Vorgesetzten ergeben mußten. Die vielen Enttäuschungen, die zunehmende Hoffnungslosigkeit im letzten Kriegsjahre steigerten die durch jene Mißstände sehr gereizte, verbitterte Stimmung auch bei der alten, noch willigen Mannschaft.

Die moralischen Kräfte mögen lange Zeit hindurch sich freimachen von ihrer Gebundenheit an die materiellen Bedingungen, von denen sie unter normalen Verhältnissen in weitem Umfang abhängig sind. Diese Loslösung findet aber ihre zeitliche Begrenzung; nach Aufbrauch der moralischen Reserven erliegen die seelischen Kräfte der natürlichen Abhängigkeit von ihren physischen Gegebenheiten; die materiellen Bedingungen gewinnen dann wieder die Oberhand und bringen die Entscheidung.

In der Vorrede zu den Märchen des Dichterarztes Volkmann-Leander („Träumereien an französischen Kaminen") findet sich folgende Stelle: „... die einförmige Belagerung von Paris. Und wie der Wanderer, der während der ersten Schrecken des Unwetters gern die Weiterreise vergaß, um unter einem gastlichen Dache Schutz zu finden, nun, wenn der letzte Donner verhallt ist, wieder und immer wieder ans Fenster tritt und hinaus in die graue, regenverhüllte Landschaft schaut, unmutig, daß es immer noch kein Ende finden will — so haben auch wir geharrt und nach der Stunde gefragt, die im leuchtenden Strahl der Friedenssonne uns an den heimatlichen Herd zurückführen würde. — Doch Woche um Woche, Monat um Monat verrann, und die weiße Fahne erschien nicht auf den Wällen der Forts." Wie seltsam mutet uns, die Nachfahren jenes berühmten Arztes, diese Ungeduld an, welch ein Gegensatz zwischen jenen wenigen Monaten und unsern vier Kriegsjahren, welch Unterschied zwischen den französischen Kaminen verlassener Villen und den feuchten, finsteren Erdlöchern des Grabens! 1870/71 und 1914/18!

Tanera charakterisiert den etwas raschen Rückgang des Offensivgeistes im Kriege 1870/71 kurz und treffend mit den Worten: „Im August bei Wörth hieß es: Wer darf heute mit? Zwei Monate später hieß es: Wer geht heute mit? und dann im Januar: Wer muß heute mit?" Wieviel Freiwillige erlebte ich noch 1916 in den Argonnen, 1917 in der Champagne und selbst noch im Herbst 1918 auf den Höhen der Maas!

Kronprinz Wilhelm schildert ausführlich, wie am 9. November 1918 den aus allen Frontteilen eiligst nach Spaa herbeigeholten Truppenführern bedeutungsvollste Fragen vorgelegt und von diesen Offizieren in pessimistischem Sinne beantwortet wurden. Der Kronprinz ist der Auffassung, daß dieses Urteil der Frontoffiziere anders, optimistischer ausgefallen wäre, wenn man den Offizieren etwas Zeit zur Information, vor allem aber zur körperlichen Erholung gegönnt hätte. „Ein geeigneter Nährboden, alles schwarz zu sehen, war bei ihnen weiter dadurch vorbereitet, daß fast alle, so wie sie waren, aus den seit Wochen andauernden, aufreibenden und in jeder Beziehung niederdrückenden Rückzugskämpfen herausgeholt waren. Sie hatten meist eine Nachtfahrt im offenen Auto in dünnem Mantel, vielfach von Hunderten von Kilometern hinter sich, waren durchfroren, ungewaschen, hatten nicht gefrühstückt." Auch ich glaube, daß die Antworten der Offiziere etwas günstiger gelautet hätten, wenn ihnen jene Erholungspause gewährt worden wäre. Aber ebenso bin ich überzeugt, daß dieses günstigere Gutachten nicht so der Wahrheit entsprochen hätte wie jenes erste Urteil, abgegeben von den gehetzten, nicht ausgeruhten, halb verhungerten und durchfrorenen Offizieren. Denn gerade dieser Zustand entsprach der tatsächlichen, seelischen und körperlichen Verfassung der Fronttruppe und ihrer Führer. Ruhelos ging es seit Wochen von Abwehr zu Abwehr, der Körper ungenügend verpflegt, die Seele hungernd nach irgendeinem Hoffnungsstrahl. Und so wie für den Körper nicht die geringste Aussicht bestand, einmal auch nur für kurze Zeit zur Ruhe und dadurch zu neuen Kräften zu kommen, ebenso sah auch die Seele des Truppenführers keine Möglichkeit mehr eines Erfolges; sie wurde verzagt und hoffnungslos und besaß nicht mehr dieSchwungkraft, die Mannschaft aufzuraffen und mit sich fortzureißen.

Eine durch die seelische Ermattung bedingte Gleichgültigkeit (Indolenz, Sturheit) ließ die außen- und innenpolitischen Ereignisse ohne tieferen Eindruck auf die Fronttruppe. Nur ein einziger Gedanke kam noch zu klarem Bewußtsein: „Macht dem aussichtslosen Kampf ein Ende!" Pflichtgetreu hielt das Regiment auch noch

am letzten Kriegstage den sinnlosen Angriffen der Amerikaner stand. Aber als am 11. November 1918 kurz vor 12 Uhr schlagartig das Feuer der beiderseitigen Artillerien abbrach, und der Eintritt der Waffenruhe das Ende des hoffnungslosen Krieges kündete, da ging gleichsam ein Aufatmen wie von schwerstem Traume durch die Truppe. In der anbrechenden Nacht verschossen die Mannschaften in traurig-kindischer Freude sämtliche noch vorhandene Leuchtmunition; entlang der weit zurückgebogenen Front leuchteten die zahllosen, buntfarbigen Raketen dem bittren Schicksal des deutschen Volkes ein trauriges Fanal. Uns wenigen übriggebliebenen „Alten" bedeutete es wohl die härteste Stunde, als wir am 15. November — unser Bataillon hatte bis dahin den Wachtdienst entlang dem Kampfabschnitte — die Stellung verlassen mußten. Ein klarer, kalter Wintertag war es, als beim Morgengrauen die Kompagnien abrückten. „Sargdeckel" hieß die Anhöhe, über die unsere letzte Kampflinie hinwegzog, und die nun räumen zu müssen ein tragisches Schicksal uns zwang. „Fille morte" dort jenseits der Maas, in den Argonnen, ein Name so grausig und unvergeßlich wie die furchtbaren Kämpfe, die unser Regiment vor nunmehr vier Jahren um jene Höhen zu bestehen hatte. Anfang und Ende des Heldenkampfes unserer Division im Stellungskriege gezeichnet durch diese beiden Höhen „Fille morte" und „Sargdeckel". — Mit dem Führer der zuletzt abrückenden Kompagnie stand ich noch lange auf der Deckung unseres Grabens. Dort gegenüber lag der Amerikaner, der einem heldenhaften Volke den Todesstoß gegeben hat. Und was das Bitterste war: Wie die nach dem Waffenstillstand zahlreich zu unsern Feldwachen herübergekommenen Amerikaner unseren Leuten erzählten, bestand ihre Division fast zur Hälfte aus Deutschamerikanern; zum größten Teil Freiwilligen. Wie viele von den älteren Soldaten und von den höheren Offizieren dieser Deutschamerikaner hatten vielleicht in Deutschland ihren Geburtsort, ihre erste Heimat! Blut gegen eigenes Blut. Deutsche Geschichte wurde in diesem Augenblick wieder lebendig in furchtbarster Tragik.

Dort drüben — feindwärts — der Amerikaner. Und hier — aus den Gräben steigend, den bis zuletzt treu verteidigten, rückten die kleinen Trupps unserer dezimierten Kompagnien ab, das in entbehrungsreichstem Kampfe jahrelang behauptete Trichterfeld freigebend. Neben mir der treue Kamerad, ein Kriegsleutnant, der nun schon seit Jahren, der Unverwundbare, ununterbrochen seine Kompagnie führte — ununterbrochen, ein Wort, dessen Inhalt nur begreift, wer erleben durfte, was eine solche Kompagnie in dieser langen Zeit schier Übermenschliches zu leisten und zu ertragen hatte. Und nun mußte seine Kompagnie, mußte unser Bataillon die Waffen niederlegen! So sehr sich auch unsere Seele aufbäumte gegen dieses Schicksal: Unentrinnbar erschien es uns in den letzten Monaten, furchtbar der Augenblick, wo es sich erfüllen würde.

Was unsere Front in diesem Ringen mit einer erdrückenden Übermacht von Feinden und Material geleistet, wird in seiner unfaßbaren Größe nicht geschmälert durch die bittere Tatsache, daß die Truppe im fünften Kriegsjahre im ungleichen Kampf unterlag. „Über unsere Kraft" überschreibt v. Hindenburg jenen Abschnitt seines Buches, der das vergebliche Ringen unserer Front während der letzten Monate schildert. „Als 1918 schließlich die Hoffnung auf Erfolg immer mehr schwand, als die Überlegung allgemeiner wurde: ‚Es nützt doch alles nichts', da ließ auch die Spannkraft der Seele nach. Krieg und Nerven hatten einst die wunderbare Kraft der Truppe geschaffen. Als es aber dauernd ‚über die Kraft ging', da wurde die Nervenkraft der Truppe schließlich zerbrochen. Das muß unabhängig von allen politischen Einflüssen festgestellt werden" (v. Altrock). Fast will der Ruhm der Helden von 1914, die vom Rausche der Begeisterung getragen, Unvergeßliches vollbrachten, verblassen vor der stillen Größe jener unentwegten treuen Pflichterfüllung der Reste unserer alten Truppe während der letzten Kriegsmonate. Wieviel schwerer war es doch, in diesen Monaten verzweifelter Rückzugskämpfe und aussichtslosen Widerstandes auszuharren, führerlos, gehorsam nur der Pflicht! — Diese Treue war Seelengröße und bedeutete den Einsatz höchster moralischer Kraft.

„Es gibt wohl kein kriegsgeschichtliches Beispiel für den deutschen Rückzug, den Rückzug eines Heeres, das 51 Monate auf der inneren Linie als Ausfallstruppe einer belagerten Festung gekämpft und größte Siege an seine Fahnen geheftet hat, um schließlich, auf der Walstatt allein gelassen, nach Aufzehrung aller Rohstoffe und Erhaltungsmittel entwaffnet, von dem Glacis, das es an der Sambre, der Schelde und der Maas behauptet hatte, über den Rhein abziehen zu müssen. Die Kapitulation Deutschlands hat dem Weltkrieg als solchem ein Ende gemacht; aber die Heimkehr des Heeres, das bei Tannenberg, an den masurischen Seen, bei Lodz und Gorlice, bei Krasnostaw, Prasznysz und Brest-Litowsk und Bjelsk gekämpft, das die Schlachten in Rumänien, Serbien und Italien geschlagen und das gewaltige Ringen an der Westfront vier Jahre lang bestanden hat, bis der vom Weltmeer gespeisten Allianz der Westmächte und dem Eingreifen der Vereinigten Staaten von Amerika eine Überlegenheit zuwuchs, die nicht mehr ausgeglichen werden konnte, und der letzte verzweifelte Ausfall abgefangen und gegen das Glacis zurückgewälzt wurde, dies mehr und mehr zum Volksheer gewordene Heer hat keinen Grund, gesenkten Hauptes abzuziehen". (Stegemann).

VIII.

In der ernsten fachwissenschaftlichen Literatur — nicht nur im politischen Parteigezänk — wird vielfach versucht, das Ausbleiben des strategischen Erfolges unserer Offensiven im Jahre 1918 und vor allem die Wendung und den weiteren unglücklichen Verlauf des Krieges auf den durch politische Unterwühlung verursachten Rückgang der Kampfkraft unserer Fronttruppen zurückzuführen. In den kriegsgeschichtlichen Betrachtungen (deren strenge Sachlichkeit oft allzusehr von einem gewissen Streben der eigenen Rechtfertigung ungünstig beeinflußt wird) werden die verhängnisvollen Ereignisse insbesondere der beiden schwarzen Tage vom 18. Juli und 8. August der Truppe selber zur Last gelegt[1]). Gegen eine solche Auffassung muß Widerspruch erhoben werden. Die Oberste Heeresleitung hat bis in die letzten Kriegswochen die Tapferkeit und Pflichttreue der Truppen fast restlos anerkannt und diese ihre Überzeugung fast überall zum Ausdruck gebracht.

„Unsere Truppen haben sich in überwiegender Zahl vortrefflich geschlagen und Übermenschliches geleistet ... Trotzdem mußte die Oberste Heeresleistung den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen ..., und seiner Majestät dem Kaiser vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abzubrechen ... Jeder Tag weiter bringt den Gegner seinem Ziele näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen. Entscheidend für den Ausgang sind vor allem zwei Tatsachen: Die Tanks ... Restlos entscheidend ist die Ersatzlage geworden ... Die Verluste sind über Erwarten groß, besonders an Offizieren. Das ist ausschlaggebend ... Das Gleiche wie vom Offiziers- gilt auch vom Unteroffizierskorps". (Major von dem Bussche, 2. Okt. 1918).

Es war Ende Juli 1918. Am Ourqc. Unsere Regimenter lagen in schwerem, verlustreichem Kampfe mit dem an Menschen und Material übermächtigen Franzosen. Etwas zurück in einem Bauernhaus mein Verbandsplatz. Durchs Hoftor schleppt sich ein Vizefeldwebel, verwundet, die linke Seite des Rockes zerfetzt, weggerissen das E. K. I., das seit 1½ Jahren den abgetragenen Rock geschmückt hatte. 1912 als Rekrut eingezogen dient der Vize nun schon im 7. Jahre. Weichteilverletzung. Ich frage, wie es vorn beim Bataillon aussieht. Verhaltene Wut macht sich nun Luft in hemmungslosem Fluchen und Schimpfen: Gemeinheit, gerade jetzt verwundet zu werden, wo niemand mehr da sei, die Reste der Kompagnie zusammenzuhalten. Überhaupt diese Kompagnie, diese Leute, dieser Ersatz! 6 Wochen Gedrillte;

[1]) Als ein extremes Beispiel für eine solche Geschichtsauffassung sei aus General von Bernhardis „Deutschlands Heldenkampf" folgende Stelle angeführt: „Hätte sie (die für gut gehaltene Division) am 18. Juli gehalten, dann wäre die Offensive Fochs gescheitert, und der Sieg Deutschlands wäre die wahrscheinliche Folge gewesen".

können nichts und halten nichts aus, haben keine Nerven. Wo sollen sie aber auch etwas Gescheites gelernt haben? Beim Ersatzbataillon? ... Ich habe unterdessen die ziemlich große Wunde verbunden, und die brave Seele ist in ihrem gerechten Zorn immer noch beim Ersatzbataillon. „Und der Schangel?" (Franzose), frage ich dazwischen. „Diese feige Bande." August 1914 habe er den Franzosen zum erstenmal gesehen, heute vielleicht zum letztenmal; in der Zwischenzeit habe er in den Argonnen, vor Verdun und in der Champagne vor ihnen Respekt bekommen. Aber jetzt? Feige sei diese Gesellschaft geworden. Schon im Mai, am Chemin des dames, habe er dies gemerkt; aber jetzt habe der Schangel überhaupt keine Courage mehr ... „Hätt' ich doch nur einen Zug meiner alten Kompagnie, und ich tät ihn abschmieren, und wenn er bataillonsweise 'rankommt ..." Diese geringe Einschätzung des Franzosen vom Juli 1918 stimmt mit all den Erzählungen überein, die mir in jenen Kriegsmonaten von meinen Offizieren und Mannschaften geworden sind. Ich durfte damals — auch aus eigenem Erleben — dieses absprechende Urteil über den Rückgang der kriegerischen Moral bei der französischen Truppe für zutreffend halten, weil ich wußte, daß unsere Leute den Franzosen nie unterschätzt hatten.

Wie trieben doch jenseits des Chemin des dames unsere Bataillone, unterstützt nur von den wenigen, aber tapferen, mit Munition schwach ausgestatteten Begleitbatterien den Feind vor sich her! Jeden Tag waren es damals andere Regimentsnummern, die die Gefangenen trugen; was der Franzose in der Eile unserer Truppe entgegenwarf, wurde überrannt. Wie anders hielt demgegenüber unsere Infanterie aus, der es trotz der großen Schwierigkeiten einer frontalen Abwehr gelang, den feindlichen, überraschenden Einbrüchen am 18. Juli und 8. August schon an demselben oder dem darauffolgenden Tage erfolgreichen Widerstand zu leisten. „Unsere Truppen standen wieder fest" (Ludendorff, 10. Aug. 1918). Am Ende des 4. und Anfang des 5. Kriegsjahres konnten die kriegerischen Tugenden nicht mehr auf der alten Höhe stehen. Wo noch die kalte Energie der im Kriege Gereiften, wo noch die vor Verdun und an der Somme gestählten Nerven das übermächtige feindliche Artilleriefeuer und die zahllosen Tanks auszuhalten vermochten, wo noch Reste der alten Führer und Mannschaften vorhanden waren, da zeigte die Truppe bis zum letzten Kriegstage bewundernswerten Heldenmut, der auch dem kampffrischen Amerikaner Furcht einflößte und überall in den zahllosen Einzelkämpfen des Rückzuges die unerreichte persönliche Überlegenheit des deutschen Soldaten bewies. „Nur wo die zahllosen Panzerwagen Bahn gebrochen, nur wo die Artillerie mit unerschöpflicher Munition alles Leben auf dem Kampffelde erstickt hatte," wagte sich die feindliche Infanterie vor gegen unsere von Kampf zu Kampf ruhelos gehetzte Truppe. „Die Kampfkraft des (deutschen) Heeres war, an den Verhältnissen gemessen, immer noch größer als die der Gegner" (Stegemann). Wenn der Feind seine taktischen Erfolge vom 18. Juli und 8. August 1918 nicht durch energisches Zufassen auswertete, so liegt vielleicht einer der Gründe hierfür in der Furcht der gegnerischen Infanterie vor der unsrigen; ohne neue Artillerieunterstützung wagte sie keine Fortsetzung ihres Angriffes.

Doch immer kleiner wurde durch die furchtbaren Verluste der schweren, unaufhörlichen Kämpfe die Schar der alten, bewährten Mannschaften und besonders der alten Führer. Bitter schmerzlich war mir oft der Vergleich zwischen dem verschwenderischen Einsatz der großen Zahl von Portepeeträgern bei den Kompagnien des Herbstes 1914 und zwischen der furchtbaren Notwendigkeit des letzten Kriegsjahres, aus der spärlichen Zahl der noch vorhandenen Offiziere und Unteroffiziere vor jedem Einsatz der Truppe eine Führerreserve zurückzubehalten, um während und nach dem Kampfe die hart mitgenommene Truppe nicht ganz ohne Führung lassen zu müssen. Wie fehlte jetzt jener prachtvolle Stamm unersetzlicher Vizefeldwebel, die durch ihr Alter und ihre Friedensschulung sich im Kriege als sehr geeignet zum Führer bewährt hatten, und von denen leider so viele damals in den ersten Kriegsmonaten gefallen waren.

In den Urkunden der Obersten Heeresleitung treffen wir immer und immer wieder Hinweise auf die ausschlaggebende Bedeutung der Führer für den Geist der Truppe und im Zusammenhang damit auf die große Gefahr, welche der durch die schweren, andauernden Kämpfe bedingte Ausfall der nur noch wenigen tüchtigen und erprobten Offiziere und Unteroffiziere für den weiteren Verlauf der Kämpfe schuf. „Der Mangel an brauchbaren Offizieren bei der Infanterie macht sich in immer steigendem Maße geltend. In den letzten Kämpfen wurde überall da, wo die Infanterie über energische und tapfere Führer verfügte, kein Fußbreit Boden verloren, auch dann nicht, wenn starke Tankgeschwader die feindlichen Angriffe begleiteten oder der Feind rechts und links durchgebrochen war. Fehlten solche Führer, so gab die Truppe in schwierigen Momenten leicht nach“ (Oberste Heeresleitung, 11. Sept. 1918).

Das Maiheft 1924 der S. M., „Die Auswirkung des Dolchstoßes“, bringt den Brief eines Artillerieoffiziers zum Abdruck. In diesem (vom 9. Nov. 1918) datierten Briefe findet sich folgende Stelle: „Noch in diesem Augenblick war in der Batterie die Disziplin so gut wie sonst. Wenn alle Infanterieregimenter so wären wie die badischen Leibgrenadiere, und alle Artillerieregimenter wie das Regiment 50, dann wäre manches anders. . .“ . Dieser Behauptung, aus den Vorgängen jener Novembertage 1918 verständlich, muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Meine anderen landsmännischen (badischen) Regimenter werden den Vorwurf geringerer Disziplin wohl mit einer gewissen Berechtigung zurückweisen, und ebenso fast wohl jede Truppe die damals in schweren Abwehrkämpfen ihre Pflicht erfüllte. Auch meine Truppe, geführt von einem vorbildlichen Regimentskommandeur, von einem mit dem Pour le mérite ausgezeichneten Bataillonsführer und von tapferen, treuen Kompagnieoffizieren und -unteroffizieren, zeigte noch am letzten Kriegstage gute Disziplin. Aber nie würde ich aus dieser Tatsache das Recht ableiten, über eine andere Truppe das harte Urteil geringerer Disziplin zu fällen, selbst nicht dort, wo ich es erleben mußte, daß man meinem (Anfang November), bei einer Nachbardivision eingesetzten Bataillon, als es zum Gegenstoß vorging, von seiten der aufgelöst zurückgehenden Truppe „Streikbrecher“ zurief. „Das ist Stimmungssache“ kennzeichnete Ludendorff das Verhalten einer Division, die am 8. August völlig versagt hatte und bald darauf „sich wieder glänzend schlägt“. (Ludendorff, 9. Okt. 1918.) Der innere Wert einer Truppe hing im letzten Kriegsjahre, besonders während der letzten Monate der Rückzugskämpfe weit mehr von der Persönlichkeit des Führers ab als früher. Wo Führer und Unterführer mit gutem Beispiel vorangingen, da hatten sie auch bis zuletzt die Truppe noch ganz in ihrer Hand. Wo hingegen die Truppe versagte, lag die tiefste Schuld in erster Linie an der unzureichenden Führung, entweder, daß diese überhaupt fehlte infolge des starken Ausfalls bewährter Kräfte, oder daß die Führer von der Kompagnie bis hinauf zur Division an irgendeiner Stelle ihrem Führeramte nicht gewachsen waren. Es gab treffliche Kompagnien, tapfere Bataillone, bewährte Regimenter, gute Divisionen, Formationen, die sich durch den von der Führung ihnen eingeflößten Geist vorteilhaft von anderen Truppenteilen unterschieden. Während des ganzen Krieges schon bestanden solche Unterschiede; wie groß mußten diese erst werden während der letzten Monate, wo bei der Wahrung der Disziplin und des guten Geistes bei der Truppe mehr wie je die Persönlichkeit des Führers eine ausschlaggebende Rolle spielte! Die Frage, ob der Ersatz vom Lande stammte oder aus Industriezentren kam, ob alt oder jung, ob politisch angesteckt oder nicht, war von geringerer Bedeutung gegenüber dem überragenden Einfluß des niederen und höheren Führers.

IX.

Ob durch einen länger dauernden Widerstand auf einer weiter zurückliegenden Linie die Möglichkeit gegeben war, bessere Friedensbedingungen zu erlangen? Die militärische Seite dieses Problems zu untersuchen ist Sache des Berufssoldaten, der später einmal als Historiker an die Prüfung der Frage gehen wird. Auf eines

der mannigfachen psychologischen Momente dieses militärischen Problems sei aber kurz hingewiesen. Von verantwortlicher Stelle war der Front jahrelang gleichsam als ein Dogma eingehämmert worden: Entweder Vollsieg oder Untergang! Ein Drittes — z. B. im Sinne eines Verständigungsfriedens — gibt es nicht. (Ob diese Auffassung richtig war oder falsch, ist für unsere Betrachtung belanglos.) Nach dem Mißerfolg der Märzoffensive war der Truppe der Glaube an einen Vollsieg genommen; soweit sie — bitter enttäuscht — sich von allzu pessimistischen Gedanken frei hielt, hoffte die Front noch auf einen guten Ausgang. Wie dieser allerdings zu gestalten war, machte ihr keine Sorgen; das überließ sie wie bisher den hierfür verantwortlichen Stellen und tat weiterhin ihre Pflicht dort, wohin der Befehl sie stellte. Nach der Katastrophe des 15. Juli war auch dieser Glaube an einen leidlichen Kriegsausgang geschwunden; in einem unüberwindlichen Fatalismus ahnte man das furchtbare Ende, das seit Jahren als das „Oder" galt, wenn das „Entweder" — der Vollsieg — sich nicht erfüllen sollte. Als dann später von verantwortlicher Stelle nun doch die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Friedensschlusses auf der Grundlage einer Verständigung als Sinn und Zweck des opferreichen Weiterkämpfens bezeichnet wurde, wirkte diese Änderung der Parole stark verbitternd auf die Front. Man fragte sich, weshalb diese Sinnesänderung erst jetzt und nicht schon früher, z. B. im Frühjahr, erfolgte, erst jetzt, wo der Feind, in siegreicher Übermacht, alle Verständigungsversuche sicherlich mit Hohnlachen zurückweisen werde. Der bereits schwer erschütterte Glaube an die militärische Führung wurde durch diese bittere Erkenntnis vollends auf eine harte Probe gestellt. Es ist psychologisch schwer zu beurteilen, wie weit es einem Aufruf zu einem letzten, verzweifelten Widerstand hätte gelingen können, die verbitterte, in ihrem Vertrauen zur Führung aufs äußerste enttäuschte Seele des abgehetzten Frontkämpfers zu weiterem Durchhalten hochzureißen.

Es bedeutet einen gewissen Widerspruch, wenn man die militärischen Rückschläge der Herbstmonate auf das zunehmende Versagen der Truppe zurückführt und anderseits derselben Truppe noch eine längere Widerstandskraft zutraute, die nur durch die Revolution gebrochen worden sei. Man durfte zwar annehmen, daß, je mehr sich der Krieg der Heimat näherte, das Bewußtsein, die Heimat zu schützen und schützen zu müssen, der Truppe sich immer mehr aufdrängen würde. Die Truppe kannte die grausigen Bilder des Kriegsschauplatzes und mußte bestrebt sein, in dem Augenblick, wo der Feind an der Grenze stand, den äußersten Widerstand zu leisten, um den Krieg vom heimatlichen Boden fernzuhalten. Doch der Truppe fehlten die Kräfte auch zu einem solchen letzten verzweifelten Widerstand.

„Am 28. September besuchte ich meinen Bruder, der mit seiner ersten Gardedivision am Ostende der Argonnen in schwerem Kampfe mit den Amerikanern stand. Ich kenne ihn als einen sehr tapferen, unverzagten und nüchternen Mann, der vorbildlich wirkte in der Fürsorge für seine Truppen. Er war Kummer und Elend gewöhnt, hatte doch die erste Gardedivision so ziemlich immer dort gestanden, wo die Luft am dicksten war: Ypern, Champagne, Somme, Chemin des dames, Gorlice, Argonnen. Diesmal fand ich ihn verändert; erfüllt von einer maßlosen Bitterkeit sah er das Ende, gegen das er sich mit seinen Leuten verzweifelt wehrte, herankommen. Er gab mir eine Schilderung der Lage, die mich tief erschütterte: Seine ganze Division bestand noch aus fünfhundert Gewehren in der Kampffront — die Stäbe mit ihren Meldegängern kämpften in der vordersten Linie, das Gewehr in der Hand. Die eigene Artillerie war auf das äußerste ermüdet, die Geschütze ausgeschossen, Ersatz aus den Artilleriewerkstätten kaum zu erhalten, die Verpflegung ungenügend, schlecht. Wie sollte das nun werden?! Dabei waren die amerikanischen Angriffe an sich falsch aufgezogen, kriegsfremd. Die Gegner griffen in Kolonnen an und wurden durch unsere noch überlebenden Maschinengewehre zu Tausenden hingemäht. Hierin lag also nicht die große Gefahr. Aber ihre Tanks durchstießen die dünnen Linien — alle zwanzig Meter ein Mann! — und beschossen uns nun von hinten. Erst dann trat die amerikanische Infanterie an. Dabei ver-

fügten die Amerikaner über unwahrscheinlich große Mengen schwerer und schwerster Artillerie. Das feindliche Vorbereitungsfeuer jener Tage übertraf an Intensität und Schwere weit das Feuer vor Verdun und von der Somme." — (Kronprinz Wilhelm.)

Wohl war auch der französische Soldat abgekämpft und müde. „Er rückte nicht mit lohender Begeisterung in die Schlacht, schritt nicht leichten Herzens über das von den Deutschen aufgegebene Gelände, kämpfte nicht ohne Scheu vor Verlusten, sondern focht vorsichtig und schwerfällig und mußte durch anfeuernde, spornende, beschwörende Tagesbefehle des Generalissimus zur Fortsetzung der Schlacht und zum Nachdrücken angehalten werden" (Stegemann). Er war aber siegreich, und wo er körperlich versagt hätte, wären in dem kampffrischen Amerikaner immer wieder neue, unverbrauchte Divisionen in die Bresche geworfen worden, und es wäre in dem ungeheuren, auch erbeuteten Material, eine gewaltige Übermacht auf die sich zu einem letzten Verzweiflungskampfe stellenden Reste unserer Front niedergegangen. Indessen, oft schon war die militärische Lage verzweifelt, und der energische Wille zum Sieg war stärker als feindliche Übermacht an Menschen und an Material. Letzten Endes ist dieser Wille doch immer wieder der wichtigste Faktor. Aber auch dieser gute Wille, diese Bereitschaft, einer Idee zu Liebe sich selber aufzugeben, findet seine Grenzen, die allerdings vom einzelnen verschieden weit gesteckt werden und die, wie beim Einzelmenschen, so auch bei den verschiedenen Völkern, deren Eigenart entsprechend und dem Zeitgeist, verschieden weit gezogen sind.

Die Truppe wäre vielleicht — für die Regimenter meiner Division glaubten die Offiziere einstehen zu können — noch imstande gewesen, für kurze Wochen im Rückzugskampfe Widerstand zu leisten. Ob ein solcher Rückzug strategisch und politisch sich irgendwie erfolgreich ausgewirkt hätte, entzieht sich meinem Urteil. Die Truppe wäre wohl rasch der Übermacht der feindlichen Materialangriffe erlegen. In Karl Ewalds Erinnerungen aus der Gefangenschaft (Januarheft 1920 der Südd. Monatshefte „Was wir litten") findet sich folgende Stelle: „Wir lagen (nach der Gefangennahme am 1. Sept. 1918) an einem Abhang, mit dem Blick über die hügelige Sommelandschaft, die sich bis weit in die englische Etappe hinein überschauen ließ. Und da sahen wir dicht geballt die feindlichen Verstärkungen in großen Lastautomobilen herankommen, da war eine Artillerie aufgefahren, daß das ganze Gelände mit Kanonen übersät war, eine unendliche Fülle von Transportmitteln jeglicher Art überwimmelte die Landschaft, in der sich die klotzigen Massen der Tanks drohend am Horizonte abzeichneten. Alles gab ein solch überwältigendes Bild von der Übermacht des Feindes an Menschen und Material, jener Übermacht, die man uns oft in amtlichen Heeresberichten und Belehrungen hinwegzudisputieren gesucht hatte, daß man die Ereignisse der folgenden beiden Monate klar voraussah." Etwas eigenartig liest sich demgegenüber folgender Satz in General v. Bernhardis Buche „Deutschlands Heldenkampf": „Dagegen hätten die Feinde, wenn die Deutschen nur noch wenige Wochen ausgehalten hätten — ihrem eigenen Geständnis nach — wegen Mangel an Subsistenzmitteln die Waffen strecken müssen." 1916 und auch 1917 noch war der Wille stärker als alle feindliche Überlegenheit an Streitkräften und an Material. Im 5. Kriegsjahr aber lagen die Verhältnisse anders. Die alte Kampfkraft, die Kampfsittlichkeit hatte, beim Gegner noch mehr als bei uns, große Einbuße erlitten. Die feindliche Übermacht an Menschen und Material, lange Kriegsjahre ausgeglichen durch die hohe kriegerische Moral unserer Truppe, mußte jetzt ganz anders ihr Übergewicht geltend machen wie bisher. Es war der Augenblick gekommen, wo das Wort zutraf, daß der liebe Gott allemal bei den stärkeren Bataillonen ist (und bei den größeren Rüstungsindustrien). „Nicht die gewandte Kraft drängte die deutschen Truppen im Herbste 1918 zurück, sondern die riesige Masse eines Fettkolosses zwang das leichte Gewicht des bis in die Fußspitzen durchgebildeten, unentmutigten Kämpfers vom Platz" (Schauwecker). Wenn Tirpitz behauptet: „Armee (und Marine) hätten ohne jeden Zweifel bis zum Frühjahr

1919 durchhalten können", so wird diese weitverbreitete Auffassung nicht volle Zustimmung finden bei denen, die die Front in jenen letzten Kriegswochen aus eigenem Erleben zu kennen glauben. Oktober und November 1918, am Ende ununterbrochener, niederdrückender Rückzugskämpfe war die Stimmung der Truppe so verzweifelt, so hoffnungslos, vor allem so ohne jede seelische Teilnahme am Kriegsgeschehen, daß es auch einer starken Persönlichkeit oder einer überragenden Idee wohl kaum hätte gelingen können, die Truppe zu einem erfolgreichen Widerstand gegen eine erdrückende Übermacht aufzurufen. Nicht einmal die (unterbliebene) restlose Aufklärung über die zu erwartenden schmachvollen und drückenden Friedensbedingungen bei Aufgabe des Widerstandes hätte die Truppe aus ihrer seelischen Ohnmacht aufzurütteln vermocht. Diese furchtbare — aus den Leiden der langen Kriegsjahre und aus dem deutschen Volkscharakter verständliche — Lethargie hielt auch nach dem Kriege noch vor und erklärt das oft als feig bezeichnete Verhalten des gesamten, nach links und nach rechts gerichteten Bürgertums während und nach der Revolution.

Wie unter dem Bann einer Lähmung ließ man in hoffnungsloser, gleichgültiger Stumpfheit alles über sich ergehen, wagte nicht den geringsten Widerstand gegen das hereinbrechende Schicksal und fügte sich so manchem Zwang, gegen den man sich früher, aus Ehr- und Pflichtgefühl, selbst bis zum eigenen Untergang gewehrt haben würde. In jenen kritischen Wochen sah man draußen und in der Heimat Männer versagen, die im Felde persönlichen Mut und restlose Pflichterfüllung oft genug bewiesen hatten. Wie kam es, daß bei den Meutereien der Flotte nur auf einem einzigen Schiffe, dem „König", Kommandant und Offiziere sich schützend vor die Flagge stellten und für die Flagge sich opferten? Wo blieben während jener Revolutionstage im Hauptquartier, wo in den deutschen Residenzen die berufenen Stützen der Monarchien? Hunderte von Offizieren standen in München unter Waffen. Eine kleine Schar entschlossener Männer, und sie hätte den Thron gegen die feigen Aufrührer schützen oder unter seinen Trümmern den Tod der Pflicht finden müssen. Der Offizier hatte nicht danach zu fragen, ob die Monarchie überhaupt noch weiter bestehen konnte, oder ob die Auflösung der Monarchie eine zwangsläufige Erscheinung war; das war eine politische Angelegenheit. Aber er hätte nicht dulden dürfen, daß die Fürsten von Matrosen und Drückebergern verjagt wurden. Oberst Niemann fragt mit bitterem Vorwurf, wo die „treuen Männer in der Heimat" waren, die sich schützend vor den Kaiser zu stellen bereit waren. „Wo waren sie denn, als ein Haufen meuternder Matrosen, von Stadt zu Stadt eilend, das Heft in die Hand nahm? Wo waren sie, als es galt für Kaiser und König, für die Dynastie und die Monarchie einzutreten? . . ."

Ohne jeden Widerstand vollzog sich die politische Umänderung, eine Tatsache, die nicht erklärt werden kann durch ein hohes Maß planmäßiger Arbeit der Revolutionäre oder durch die fortreißende Kraft irgendeiner Idee. Noch nie bot eine Revolution so wenig Gedanken, einen solch öden Mangel jeglichen positiven Zieles und war so ohne Seele wie diese Novemberumwälzung.

Hätte das zu Stürzende nur noch eine geringste Widerstandskraft besessen, dann hätten die revolutionären Kräfte kein so leichtes Spiel gehabt. Das bestehende war morsch geworden und „durch die bewegenden und umschichtenden Kräfte unseres unglücklichen Schicksals" so unterwühlt, daß es fast von selbst in sich zusammenfiel. Es fehlte vor allem der politische Wille, das Bestehende zu erhalten und sich der Umwälzung entgegenzustemmen. Weshalb dieser Wille fehlte, ist eine der bedeutungsvollsten Fragen bei der psychologischen Erforschung der Vorgänge während der letzten Kriegsmonate und während der politischen Umänderung; die sachliche Beantwortung führt zu Erkenntnissen, die weitab liegen von den einseitigen Urteilen parteipolitischer Voreingenommenheit.

Die Marinerevolten lösten die Umwälzung aus. Das Stilliegen der Flotte hatte, wie Tirpitz voraussah, die Stimmung der Marinemannschaft in ungünstiger Weise verändert. Der Boden war vorbereitet für die Aufnahme entgegenkommender

Agitation. Aber schwächlich wäre diese gewesen und vergeblich in ihrem Bemühen, wenn eines — das Wichtigste und Grundlegende — nicht noch dazu gekommen wäre und den Ausschlag gegeben hätte: Die Angst vor der Front. Und in jenen letzten Oktobertagen wurde diese Furcht aufs äußerste gesteigert durch das Gerücht von einer beabsichtigten Verzweiflungsschlacht gegen die englische Flotte. „Es bleibt doch die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß der entscheidende Schritt der Flotte geschah aus der Enthemmung des Selbsterhaltungstriebes heraus" (Lotharingus). Angst trieb die Matrosen in die Meuterei, Angst jagte sie hinaus in alle Teile des Reiches, weil die Möglichkeit, der Verachtung und der Strafe zu entgehen, nur gegeben war im Untergang der staatlichen Ordnung und in der Umwertung aller Werte. (Dieser Gedankengang erwies sich auch als richtig; die Drückeberger und Deserteure waren „stolz" auf ihre Zunft und fühlten sich als politische Märtyrer.) Niemand hielt die Meuterer zurück. Sie kam nicht, die „altpreußische Kompagnie, die genügt hätte, um die ganze Kieler Revolution zu unterdrücken" (v. Freytag-Loringhoven), und ebenso „fehlte der mannhafte Entschluß eines Führers, der mit drei, vier Torpedos auf ein pflichtvergessenes Schiff den Geist der Flotte retten und Deutschland vor Schimpf und Schaden bewahren konnte" (Kapitänleutnant Fikentscher). Weshalb kam jene Kompagnie nicht, weshalb fehlte dieser entschlossene Führer? Diese Frage erscheint bedeutungsvoller als die andere, ob in jenen Augenblicken überhaupt noch etwas Durchgreifendes hätte erreicht werden können.

Die aus ihren Verbänden an der Ostfront herausgenommenen und westlichen Formationen eingegliederten Offiziere und Mannschaften bedeuteten für die Westfront nicht immer einen willkommenen Ersatz. Der hier beobachtete Mangel an gutem Willen läßt sich ohne Schwierigkeit auf die bolschewistische Beeinflussung zurückführen. So einfach diese Erklärung erscheint und so naheliegend, — sie vermag doch das Verhalten jenes „östlichen" Ersatzes nicht restlos zu erfassen; sie übersieht ein sehr wesentliches Moment: die Angst vor der Front. Die meisten kamen von einer ruhigen Front, wo sie lange Zeit gelegen hatten, und wo allmählich durch Entwöhnung von dem gefährlichen Frontdienst der Stellungskrieg seine demoralisierende Wirkung im Sinne einer „Enthemmung des Selbsterhaltungstriebes" ausüben konnte und die Furcht wieder hatte Oberhand gewinnen lassen. Nun plötzlich nach dem gefürchteten Westen geworfen zu werden und noch zum Schluß sein Leben zu riskieren, das stellte sehr große Anforderung an die Überwindung des „inneren Schweinehundes". Es konnte nicht ausbleiben, daß ein großer Teil der so Bedrohten sich gegen dieses Schicksal wehrte und diejenigen Hilfsmittel dabei anwandte, die ihm am meisten Erfolg versprachen, vor sich selber und vor den andern: sie politisierten und hetzten, in der Hoffnung, dadurch ein baldiges Ende des Krieges herbeizuführen und die Gefahr für ihr kostbares Leben möglichst zu verkürzen.

Oft besprachen wir draußen in jenen letzten Kriegsmonaten die Notwendigkeit und Möglichkeit einer „Levée en masse". Sonst unverwüstlicher Optimist und bei der Truppe bekannt als unerbittlicher Gegner jedweder Miesmacherei, hatte ich hier keinerlei Zuversicht; ich konnte mir einen Erfolg von der Parole „Das Volk steht auf" nicht vorstellen. Es stand ja schon alles unter Waffen im Felde; wenigstens alle die, welche willens und fähig waren, mit ihrem Leib und mit ihrer Seele das Vaterland zu schützen. Und „leerte man auch alle Schreibstuben", die so gewonnenen „Kämpfer" hätten das Kriegsglück nicht gewendet. — Ludendorff bezeichnet — Oktober 1918 — die „Levée en masse" als ein Schlagwort, „bei dem ich mir wenig vorstellen konnte. Die Verhältnisse lagen doch anders als 1870/71."

X.

Es bedeutet eine gewisse Verkennung des Geistes und der Stimmung im Heere, wenn manche nachträglich glauben, daß man in jenen Novembertagen 1918 einer Truppe hätte den Befehl geben können, auf Kameraden zu schießen. Wohl keine Frontformation hätte einem solchen Befehl Folge geleistet. Diese Behauptung wird

auf Widerspruch stoßen. Einen solchen kann ich aber nur anerkennen, wenn er von seiten ehemaliger Kompagnieführer erfolgt. Mit dieser etwas übertriebenen Einschränkung soll zum Ausdruck gebracht werden, daß nur die untere Führung, der schließlich die letzte Verantwortung — wie in überaus vielen Situationen des Krieges — so auch hier zufiel, einen richtigen Einblick hatte in die Stimmung und den Geist der Mannschaften. Gegen den Feind — ja! da hatten viele Kompagnieführer ihre Leute auch in den letzten Kriegswochen noch fest in der Hand; aber gegen eigene Kameraden, gleichgültig welcher Art und Gesinnung diese waren —?: ich glaube, daß jene Offiziere, die in Spaa am 9. November 1918 diese Frage verneinten, besser unterrichtet waren als der Stabschef des Kronprinzen.

Für den, der die damalige Stimmung der Truppe, auch noch gut disziplinierter Formationen kennt, besteht kein Zweifel darüber, daß zur Rettung der Monarchie damals von Militär auf Militär nicht geschossen worden wäre, oder wenigstens in so unzulänglicher Weise, daß an dem weiteren Verlauf der Ereignisse nichts geändert worden wäre.

Nicht uninteressant in diesem Zusammenhang ist der Bericht des Majors Roderich Jachmann (Tägl. Rundschau, 28. Juni 1921), unter dessen Kommando die aus 250 „besonders ausgesuchten und zuverlässigen" Leuten bestehende Schloßwache, ohne irgendeinen Widerstand zu versuchen, vor dem andrängenden Militärpöbel kapitulierte. Vergleiche hierzu auch das Verhalten der 2. Garde-Inf.-Division vor Spaa. „Bei den Beratungen (5. Nov. 1918) mit dem Oberkommando in den Marken erklärten die Führer der drei Bataillone (Jägerbat. 4, 14 und Res. 3), daß ihre Truppen völlig zuverlässig wären ... Tatsache ist, daß auch diese drei Jägerbataillone sich nicht als zuverlässig erwiesen." „Es war z. B. eine besonders bewährte, zuverlässige Division vom 7. November an nach Berlin im Anrollen; es haben aber nur ein Pferdedepot, einige Sanitätsformationen und zwei Pionierkompagnien ihr Ziel erreicht" (General v. Zwehl).

Eine naheliegende Gegenüberstellung der Vorgänge im November 1918 und der Ereignisse im darauffolgenden Jahre führt leicht zu irrigen Schlußfolgerungen. Offiziere und Mannschaften zeigten in jenen Herbstmonaten eine ganz andere seelische Einstellung als Anfang 1919 und deshalb auch ein anderes Verhalten wie später, nachdem die dumpfe Betäubung und Willenlosigkeit gegenüber den unabänderlich scheinenden Vorgängen gewichen und einer Wiederbesinnung und der Erkennung eines klaren Zieles Platz gemacht hatte.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz notwendiger Einrichtungen wäre die oder jene Truppe wohl bereit gewesen, auch von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. So war z. B. auf dem Rückmarsch stets eine Kompagnie unseres noch (relativ) recht zuverlässigen Regiments einige Tagemärsche voraus, um Proviantämter u. a. zu bewachen. Unsere Leute hätten sich kaum geweigert, gegen Plünderer in Zivil und Uniform scharf zu schießen. Aber niemals hätten sie gegen Kameraden Waffen gebraucht, wenn es sich z. B. um den Schutz von Offizieren gegenüber Mannschaften, um die Durchführung der Disziplin, um die Verteidigung der Monarchie gehandelt hätte. In jedem Soldaten sah der Mann seinen Kameraden, seinen Leidensgefährten; ob mit Recht oder Unrecht war gleichgültig. Wie überall, auch bei der Truppe waren die anständigen Elemente zurückhaltend und überließen die Führung den erst in den Tagen des Rückzuges sich hervorwagenden Schreiern. Auf meine Frage, weshalb in den Soldatenräten fast nur Leute der Bagage seien, erhielt ich von meinen „alten" Leuten stets die Antwort: „Gegen diese Großschnauzen kommen wir nicht auf." Ich wunderte mich nicht; weshalb sollte es hier anders sein als auch sonst im Leben. Wenn in den Soldatenräten in der überwiegenden Mehrzahl Leute der Bagage saßen und solche, die noch nicht lange beim Regiment waren, so erklärt sich diese Tatsache auch noch aus der Abneigung der dienstälteren Mannschaft gegenüber der neuen Institution der Soldatenräte. Für einen Soldaten, der vorn bei der Truppe jahrelang gestanden und die Schwere des Kriegsdienstes getragen hatte war die ganze Einrichtung der Soldatenräte etwas Unsympathisches,

dessen sich sein soldatisches Empfinden fast schämte. Manche Kompagnien lehnten die Beteiligung an den Soldatenräten ab. Nach kürzester Zeit verschwanden übrigens die Soldatenräte bei unserm Regiment in der Versenkung rasch eingetretener Interesselosigkeit.

Mit der lähmenden Lethargie und dem grenzenlosen Verlangen nach endlicher Ruhe verband sich — nachdem alle Hoffnung geschwunden — eine außerordentliche Gereiztheit gegen Offiziere. Daß der einzelne Offizier bei seinem eigenen Truppenteil auch zuletzt noch Gehorsam, Achtung und Zuneigung haben konnte und auch hatte, ändert nichts an der Tatsache, daß dieselben Leute gegenüber fremden Offizieren die allgemeine Gereiztheit empfanden und gegebenenfalls zum Ausdruck brachten.

Verschiedener Art sind die psychologischen Grundlagen der feindlichen Stimmung den Offizieren gegenüber. Nur auf einen oft erwähnten Punkt sei kurz eingegangen: Einen großen Teil der Schuld an der Gereiztheit gegen die Offiziere trage die politische Verhetzung, die allgemeine Agitation gegen jegliche Autorität. Ohne Zweifel hat die politische Minierarbeit niedrige Instinkte der breiten Massen ausgenutzt und bereits bestehende Stimmungen mit allen Mitteln der Agitation aufgepeitscht. Aber auch hier sei vor einer Verwechslung von wirklicher Ursache und auslösendem Anlaß gewarnt. Die Autoritätsverhältnisse haben im Laufe des Krieges eine tiefgehende, mannigfache Wandlung erfahren, eine zwangsläufige insofern, als diese ziemlich unabhängig von unserm Zutun erfolgte. In den letzten Kriegsjahren galt an der Front nur noch die Persönlichkeit; die Chargen als solche hatten viel von ihrer früheren Bedeutung verloren. Wer als gedienter Soldat sich der Autorität erinnérte, die früher die Raupen dem Stabsoffizier verliehen, die roten Streifen den Generälen, gleichgültig wer in den rotgestreiften Hosen steckte oder wer die Raupen trug, und wer jetzt im Graben die geruhige Gleichgültigkeit erlebte, mit der ein kriegsergrauter Leutnant und Kompagnieführer höheren Befehlsstellen gegenübertrat, der stand hier vor einer bisher undenkbaren Wandlung von Autoritätsbeziehungen, einer Wandlung, die unabänderlich kommen mußte als Folge der veränderten Forderungen des Krieges. In der letzten Kriegszeit lag die größte Verantwortlichkeit bei der unteren Führung. Der Kompagnieführer war in vielen Lagen auf sich allein gestellt. In zahlreichen Fällen hatten für den niederen Offizier Befehle, die „von hinten" kamen, keinerlei Bedeutung mehr. Die Notwendigkeit, selbständig zu handeln, schufen bei der unteren Führung eine seelische Einstellung, die grundverschieden von der friedensmäßigen Denkart war. Der Frontkämpfer tat in der letzten Kriegszeit seine Pflicht unter ganz anderen seelischen Bedingungen als in den ersten Kriegsjahren. Da er seine Pflicht tat, fand man sich — leider nicht überall — mit diesen veränderten Grundlagen der Disziplin ab, war aber erschrocken, daß der so in seiner ganzen Denkart veränderte Frontsoldat auch dort anders sich verhielt, wo diese Sinnesänderung unerwünschte Folgen nach sich zog. Diese Änderungen der Autoritätsverhältnisse im Laufe der langen Kriegsjahre erscheinen uns so naturnotwendig, daß alles menschliche Zutun (Hetze usw.) auch hier bei diesem Problem als klein, wenn auch nicht ganz ohne Bedeutung erscheint.

Zur Erklärung der Entfremdung zwischen Offizier und Mannschaft wird häufig auch auf folgendes hingewiesen: Ein Teil der jüngeren Offiziere habe die für einen Führer notwendige Menschenkenntnis, Erfahrung und Übung nicht besessen und sei nicht imstande gewesen, seine Leute richtig zu behandeln, die an Lebensalter ihm zumeist überlegen waren.

Trotzdem die meisten der jungen Kriegsoffiziere von der Pike auf mitgemacht und am eigenen Leib, gemeinsam mit ihren späteren Untergebenen, erlebt und erfahren hatten, wie und wo „der Schuh drückt", hat in der Tat das jugendliche Alter vieler Kriegsleutnants doch die Durchführung guter Beziehungen zwischen Offizier und Mannschaft oft erschwert. Vielleicht wäre aber dieser Mißstand nicht so deutlich in die Erscheinung getreten, wenn nicht die ganzen Verhältnisse der Kriegszeit,

insbesondere die mangelhafte Versorgung und Verpflegung der abgehetzten Truppen die seelische Behandlung der Mannschaft immer schwieriger gestaltet hätte. Selbst Führer, die im „innern Dienst" erfahren waren und allein schon durch ihr höheres Lebensalter ein größeres Ansehen genossen, konnten nur mit Mühe den steigenden Anforderungen genügen. Wie leicht war doch dem Kompagniechef des ersten Kriegsjahres die Führung der körperlich und seelisch einheitlich organisierten Kompagnie, wieviel schwerer hingegen im Jahre 1918. Wo, wie in den ersten Kriegsjahren, noch ein ziemlich zahlreicher Bestand an alter Mannschaft den jungen Ersatz in sich aufnahm und mit ihm zu einer einheitlichen Kompagnie verschmolzen werden konnte, und diese Verschmelzung erfolgte unter hoffnungsvollen äußeren und inneren Bedingungen, da mußte jetzt im letzten Kriegsjahr diese Einfügung des Ersatzes vor sich gehen in einem immer kleiner werdenden Rest alter Mannschaft und unter dem seelischen Druck stark erschütterten Siegesglaubens. Es kam dadurch nur selten zu der innerlichen Einheit, die die Kraft der Kompagnien bedeutete. „Der Aufbau der aus dem Großkampf kommenden Truppen ist wegen Mangels an Offizieren und Unteroffizieren kaum mehr durchzuführen" (Major von dem Bussche, 2. Okt. 1918).

Allzuviele und oft recht unzweckmäßige Verfügungen über die Durchführung der Disziplin machten der unteren Führung ihre schwere Aufgabe nicht leichter. Daß unter dem jungen Offizierersatz sich auch Offiziere befanden, die persönlich ungeeignet waren, läßt die Frage offen, ob sich nicht manche Mängel bei der Auswahl des Führernachwuchses hätten vermeiden lassen.

Im Gegensatz zu ihrer nicht seltenen Unzulänglichkeit bei der Behandlung der Mannschaft zeigten sich die jugendlichen Führer den kriegerischen Notwendigkeiten zumeist gut gewachsen. Oft überraschte mich die Selbständigkeit und rasche Entschlußkraft der kaum der Schule entwachsenen Kriegsleutnants, die die Forderungen des Augenblickes zu meistern imstande waren.

Mochten meine jugendlichen Kameraden es manchmal nicht verstanden haben, ihren Leuten die pflichtgemäßen Eigenschaften des Führers vorzuleben, sie vorzusterben gelang ihnen besser. Dieses unvergeßliche Bild in meiner Seele kann nicht getrübt werden durch die Erinnerung an das Versagen einiger weniger. Aber das schlechte Beispiel der wenigen mußte im letzten Kriegsjahr naturgemäß verhängnisvoll auf Geist und Stimmung der Mannschaft wirken und konnte nicht wieder gut gemacht werden durch die treue und bewährte Pflichterfüllung der andern.

XI.

Ganz bestimmt waren die Verhältnisse auf der französischen Etappe und im feindlichen Hinterlande nicht moralischer als bei uns. Aber wir hatten entsprechend unserem deutschen Volkscharakter an den gemachten Fehlern und an den durch die lange Kriegsdauer verursachten Mißständen viel schwerer zu tragen und litten deshalb weit mehr als unsere Gegner. Wenn in eine bisher völlig reine Konserve Keime der Fäulnis dringen, finden sie für ihre zersetzende Wirkung ein Feld, das empfänglicher ist als dasjenige, welches ihnen ein nicht mehr ganz reines Nahrungsmittel bietet. Und so mußten — man verzeihe dem Arzt dieses aus seinem Beruf gewählte Beispiel — auch bei uns die Keime der Fäulnis weit tiefere Wirkungen auslösen als z. B. dort, wo der anders gearteten Moral und Gewöhnung diese Fäulniskeime bisher nicht ganz fremd waren. Bei der Zusammensetzung und Organisation, bei dem Charakter unseres Volkes ertrugen wir die verderbliche Wirkung des langen Krieges schlechter als unsere Feinde.

Nicht minder bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß unsere Gegner, insbesondere die Franzosen, durch drei seelische Faktoren außerordentlich in ihrem Siegeswillen unterstützt wurden: durch den Haß gegen den Feind, durch das starke nationale Bewußtsein und durch die Einsicht in ein klares Kriegsziel. Uns fehlten diese bedeutungsvollen Kräfte, die als treibende Elemente den ermattenden Willen unserer Feinde immer wieder belebten.

Was vom menschlichen, sittlichen Standpunkt aus als Tugend gewertet werden muß, kann in der Politik und im Kriege ein Fehler, eine Schwäche sein. Und so wirkte sich der starke, oft auch grausame Haß des Franzosen ganz anders aus als die unerschütterliche Gutmütigkeit unseres Frontsoldaten. Ich weiß mich persönlich frei von brutalem Denken und Empfinden. Aber oft bedauerte ich, daß unseren Leuten jede feindselige Gesinnung dem Gegner gegenüber fehlte; manchmal bedrückte es mich sogar, wenn ich sehen mußte, daß diese Gutmütigkeit nicht immer die angemessene Würde wahrte. Einen äußeren Ausdruck dieses Mangels an Haßgefühl gegenüber dem Feinde bildet die Tatsache, daß unsere Soldaten kein Schimpfwort für den Gegner hatten, das irgendeine Verachtung oder Gereiztheit hätte erkennen lassen. Die humane[1]) Gesinnung unseres Frontsoldaten stellte ihn sittlich über den Gegner, schwächte aber seine kriegerische Kraft.

Es war jenseits der Marne; Juli 1918; unser Regiment lag an den Hängen dicht hinter dem Dorfe Chavenay (bei Dormans) und litt schwer unter der feindlichen Artillerie, die auch das Dorf, in dem ich einige Keller für die Verwundeten hergerichtet hatte, dauernd unter Feuer hielt. Um die Mittagsstunde des 17. Juli sehe ich, wie die Dorfstraße herauf eine Protze gefahren kam, ungeachtet der fast ununterbrochenen Schießerei in langsamer Gangart. Auf der zweispännigen Protze saß ein Artillerist (von einer Begleitbatterie), mit der Rechten die Zügel der aufgeregten Gäule haltend, mit der Linken zwei französische Schwerverwundete umfassend, vorsichtig fahrend trotz der außerordentlichen Gefahr. Ich nahm dem Artilleristen die Verwundeten ab; er hatte die beiden, einen Offizier und einen Unteroffizier, im Marnevorgelände gefunden, wo sie noch vom 15. her lagen. — Der Artillerist wandte sein Gespann und jagte in rasendem Galopp durch die Staubwolken der eingeschossenen Häuser dem Dorfausgang zu. — Was mich diese kleine Episode, eine der vielen, die ich erleben durfte, nicht vergessen läßt, war die Selbstverständlichkeit, mit welcher dieser Soldat die Rettung der verwundeten Franzosen auch unter vollem Einsatz seines eigenen Lebens als Pflicht, als Dienst auffaßte und ausführte.

Unsere Truppe kämpfte in den letzten Jahren ohne jede Einsicht in ein Kriegsziel. Der Franzose lernte schon in der Kinderstube die Ziele eines von ihm erstrebten Krieges mit seinem Erbfeind Deutschland kennen; er sah sie in seinem Schulatlas in grellen Farben, er las sie in seinen Schulbüchern und hörte von ihnen überall; von Kindesbeinen an atmete er die Rachestimmung eines in seinem Nationalbewußtsein sehr empfindlichen Volkes ein, das die Einbuße an Prestige im Jahre 1871 nie verwinden konnte. Der Franzose wußte, daß er in den Argonnen die Heimat beschützte und um seine Existenz kämpfte; dem deutschen Soldaten, der weit im feindlichen Lande stand, konnte diese Erkenntnis nur schwer, zumeist wohl überhaupt nicht zu klarem Bewußtsein gelangen. Pflichttreue allein ließ die Reste der alten Truppe von Kampf zu Kampf gehen; ohne ein klares Kriegsziel, ohne begründete Hoffnung auf entscheidenden Erfolg. Durch die zeitweiligen Siege wurde für kurze Zeit die Stimmung des Frontsoldaten wieder belebt; aber bald war seine Seele wieder „stur" — erstarrt, gleichgültig, geduldig, gehorsam, ohne Aktivität, ohne Leben, dem Kriege entfremdet. Das einzige Kriegsziel, das er erkennen und mit seinem ganzen Wesen fühlen konnte, war die Losung: Wir führen einen Verteidigungskrieg. Bald aber wurde in weiten, der Front nicht angehörigen Kreisen aus dem Willen der Abwehr ein Wille der Eroberung. Verschieden weit waren die Ziele der Annexionspolitik gesteckt und waren allzusehr beeinflußt von den jeweiligen militärischen Erfolgen. Im großen und ganzen verhielt sich die Truppe ablehnend gegenüber den Bestrebungen nach „strategischen Sicherungen und Grenzberichtigungen in Ost und West"; es war ihr gleichgültig, ob die flandrische

[1]) Es sei nur — beispielsweise — auf die pietätlose Art und Weise hingewiesen, mit der oft die Franzosen ihre Toten vernachlässigten. Besonders der Stellungskrieg bot häufig Gelegenheit, diesen Unterschied in der Denk- und Gefühlsart des deutschen und französischen Soldaten zu beobachten.

Küste annektiert werden sollte und das Erzbecken von Briey und Longwy; sie hatte keinen Ehrgeiz zu siegen, damit die Krone Litauens der König von Sachsen, die des Baltikums der Deutsche Kaiser, die Finnlands sein Schwager tragen sollte. Und als gar im Sommer 1918 die Erfolge, die den Krieg beenden sollten, ausblieben, da fehlte der Front wohl jedes Verständnis für das Verhalten weiter Kreise, die, wie Graf Westarp, noch im Juli 1918 einen Frieden mit dem Status quo ante ablehnten.

Eigenartig gleichgültig verhielt sich die Front (Offiziere und Mannschaft) gegenüber den Bestrebungen der „Vaterlandspartei". Die Bedeutung dieser Bewegung ist eine politische Angelegenheit und steht deshalb außerhalb der Kritik meiner Ausführungen. Aber Bezug auf unser Problem hat die vaterlandsparteiliche Bewegung durch ihre Auswirkung auf die Front. Der Frontkämpfer zeigte eine zunehmende Gereiztheit gegen die in der Heimat, in der Etappe und bei höheren Stäben betätigte Agitation für die Ziele und Anschauungen der Vaterlandspartei. Zu nahe lag dem Frontsoldaten der Gedankengang, daß Begeisterung und weite Kriegsziele in dem Maße wuchsen, als man sich von der Front entferne, und daß er, der Frontkämpfer, schließlich doch derjenige sei, der, ohne Begeisterung und ohne Interesse an jenen Kriegszielen, pflichtgetreu die schwersten Opfer auf sich zu nehmen hatte. Die vaterlandsparteiliche Bewegung entsprach nicht der seelischen Einstellung des Frontkämpfers, traf zumeist auf Gleichgültigkeit und Ablehnung oder bewirkte einen stillen Groll, der sich noch besonders durch die ungeschickte Durchführung des vaterländischen Unterrichts mit einem gewissen Mißtrauen gegen die propagierten Kriegsziele und deren Vertreter verband. Der Krieg des Volkes hatte sich in dem Empfinden vieler Frontkämpfer in einen Krieg der Dynastie, der Industrie und der Großfinanz gewandelt; der Annexionismus hatte in weiten Kreisen der Fronttruppen den reinen Glauben an unser gutes Recht erschüttert und die unter der Parole Verteidigungskrieg einst so fest geschlossene Front der deutschen Seelen zerbrochen.

Bei dem schwierigen Problem der Kriegsziele hatte ein bedeutungsvolles, volkspsychologisches Moment nicht die gebührende Beachtung und Berücksichtigung gefunden. Ein feiner, aber charakteristischer Unterschied — wie Wegeleben treffend sagt — trennt die Begriffe „Heimat" und „Volk" von denen des „Staates" und der „Nation". Ohne diese reinliche Scheidung würden wir nicht an die Geheimnisse der Psyche des Frontsoldaten herankommen. Der Gedanke an die Heimat und an die Lieben daheim ist bis zuletzt ein außerordentlich wirksames Motiv für uns gewesen. Der fundamentale Irrtum, der sich wie ein roter Faden durch weite Gebiete unserer Kriegsliteratur und öffentlichen Meinung hindurchzieht, liegt aber darin, daß man diese Stimmung und ihre Ausflüsse national, ja wohl sogar politisch bedingt dachte. Diese Verwechslung ist eine der schwerwiegendsten und für den Ausgang des Krieges tragischsten, der man sich bei der Beurteilung der „Stimmung der Truppen" hingegeben hat.

Haß und Chauvinismus unseres Gegners wurzeln in dem Nationalbewußtsein, das unseren Feinden in bedeutend höherem Maß eigen war als uns. Zorn charakterisiert (im „Tag" vom 17. Nov. 1920) diese Eigenart des Deutschen, wenn er schreibt: „Der tiefste Grund unserer Schwäche und damit der schließlichen Katastrophe war der Mangel an Staatsgesinnung, an Staatsbewußtsein, an Staatsstolz, der unser Volk so traurig unterschied von den Engländern und Franzosen. Der Mangel an starkem Staatsbewußtsein der Deutschen aber ist die beklagenswerte Folge unserer traurigen Geschichte seit der Hohenstaufenzeit ... Sicherlich wäre es eine schwere Ungerechtigkeit, den Deutschen die Vaterlandsliebe absprechen zu wollen; aber die durch den nüchternen Verstand zum festen, harten Staatsbewußtsein durchgeistigte Vaterlandsliebe beherrscht unser Volk nicht in dem Maße wie andere Völker, vor allem unsere Hauptfeinde im Kriege."

Görres ließ (1814) den nach Elba verbannten Napoleon von den damaligen Deutschen sagen: „Zwiespalt brauchte ich nicht stiften unter ihnen, denn die Einigkeit

war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Netze brauchte ich stellen, und sie liefen mir wie ein scheues Wild von selbst hinein. Untereinander haben sie sich gewürgt und glaubten redlich ihre Pflicht zu tun. Leichtgläubiger ist kein Volk gewesen und töricht toller kein anderes auf Erden. Keine Lüge ist so grob ersonnen worden, der sie nicht in unbegreiflicher Albernheit Glauben beigemessen hätten. Nichts Schandbares für sie ist vorgegangen, dem sie nicht eine schöne Seite abgewonnen. Immer haben sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen den wahren Feind gezeigt." Mit furchtbarer Tragik erfüllten sich Bismarcks ahnungsvolle Worte (13. März 1885): „Der Parteigeist überwuchert uns und verlockt das Volk, daß es das eigene Vaterland erschlägt, und diesen Parteigeist klage ich an vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall geraten wird"[1]). — Viel Bitterkeit liegt in Ludendorffs Worten:

[1]) Der Chronist erzählt, daß im Jahre 357 römische Legionen am Oberrhein mit alemannischen Stämmen in furchtbarer Feldschlacht zusammengestoßen waren. Spät am sinkenden Mittag — noch tobte der blutige Kampf unentschieden — entstand unter den Germanen plötzlich ein Stocken und sodann ein wütendes Geschrei. Als die römischen Soldaten und ihre Häuptlinge das vernahmen, erbebte ihnen das Herz. „Unter allen Römern aber war ein einziger, der nicht erblaßte, sondern im Gegenteil ein Lächeln, ein ruhiges, beinah vergnügtes Gesicht zeigte, das war Flavius Julianus, der Oberfeldherr selbst. Der hatte, als ein gelehrter Mann, die Geschichte Roms und die Kämpfe der Römer mit den Germanen seit Marius und den Zimbern und Teutonen studiert, hatte selbst, seit er in Gallien war, mehr als einmal mit Germanen gefochten, daher kannte er seine Leute und wußte, was das Geschrei da drüben zu bedeuten hatte. Während daher seine Umgebung in peinvolles Schweigen versank, klopfte er sein Pferd gemächlich auf den Hals und sagte: „Die Sache ist erledigt, und die Schlacht gewonnen; sie fangen an, sich selber aufzufressen." Dann schnippte er mit der Hand zu den tobenden Massen hinüber, und „furor teutonicus" sagte er, mit einem kurzen Lachen, das für die Alemannen nicht gerade schmeichelhaft klang. Und wie er vorhergesagt hatte, so geschah es. Nach einiger Zeit zwar kamen die Germanen zum neuen Ansturm wieder heran, aber ihr Andrang war diesmal noch regelloser als zuvor; von den Häuptlingen, die voransprengend die einzelnen Haufen gelenkt hatten, war nichts mehr zu sehen; nur eine wüste Masse wälzte sich den Römern entgegen. Ein paar Kommandorufe auf römischer Seite — wie stählerne Keile drangen die Legionen von allen Seiten in den wogenden Haufen ein, zerhieben, zerrissen und zersprengten ihn, und als der Nachmittag zum Abend wurde, deckten Tausende von Alemannen mit ihren Leibern die Walstatt, andere Tausende verschlang auf ihrer Flucht der Rhein; die Alemannen waren in furchtbarer Schlacht furchtbar geschlagen und ihre Kraft für hundert Jahre gebrochen. Was war da drüben geschehen? Was hatte das Geschrei zu bedeuten gehabt? Als die Germanen bemerkten, daß all ihr Ringen und Bemühen zu nichts führte, ergriff sie jählings eine sinnlose Wut. Nicht gegen die Römer aber richtete sich diese Wut, sondern gegen ihr eigenes Fleisch und Blut, gegen sich selbst, und „die Häuptlinge von den Pferden!" ging plötzlich ein rasendes Geschrei durch die gesamten Massen. „Es geht uns schlecht, und jemand will uns zur Vernunft reden! Das sind die Häuptlinge! Und die Häuptlinge reiten zu Pferde, während wir zu Fuß gehen! Niemand soll reiten, während andere gehen, niemand etwas voraushaben, alles soll zu Fuße gehen! Alles zusammen zugrunde gehen! Darum herunter mit den Häuptlingen von den Pferden! Herunter!" Und also mußten die Häuptlinge von den Pferden steigen, hatten keinen Überblick über ihre Haufen, und die Schlacht ging verloren. Der starke Alemannenkönig Chnodomar wurde gefangen und starb in Gram über sein „selbstmörderisches" Volk.

In einer psychologischen Studie „Furor Teutonicus" (1903) forscht Ernst von Wildenbruch nach den seelischen Wurzeln dieses „Herunter von den Pferden", dieses gegen sich selbst tobenden Furor Teutonicus. „Wenn es dem Deutschen nicht so geht, wie er wünscht, daß es ihm gehen möchte, dann wird seine sonst so geduldige Seele plötzlich wild; der Berserker, der er vor tausend Jahren war, wacht wieder in ihm auf. Dann bedarf es nur eines leichten Anstoßes, des Flüsterwortes eines Verführers, des Hetzwortes eines Verhetzers, und die schwelende Glut springt plötzlich als Flamme auf, der verhaltene Unmut wird plötzlich Wut und Raserei. Und was das Schrecklichste, das Wahnsinnigste an diesem Wahnsinn ist: nicht gegen den Dritten, den Fremden da draußen, gegen das eigene Fleisch und Blut, gegen den Landsmann, gegen alles, was deutsch ist, gegen Deutschland richtet sich die Wut des verzweifelnden Deutschen. Der Grimm der deutschen Seele ist der Grimm der allzu weichen Natur, in der die selbstzerstörerische Wollust wohnt, ihren Schmerz an dem auszulassen, was

„Unter den bayerischen Truppen gewann der partikularistische Geist immer mehr die Oberhand. Die Wirkung der von der bayerischen Regierung stillschweigend zugelassenen Bestrebungen machte sich fühlbar, sie vergrößerte dadurch den Erfolg der feindlichen Propaganda. Die bayerischen Truppen sahen den Krieg allmählich als einen rein preußischen an. Sie wurden von den Kommandostellen nicht mehr so gern eingesetzt als in den früheren Jahren des Krieges. Nur einige Divisionen schlugen sich nach wie vor gut." Lotharingus geht in tiefschürfenden, rassebiologischen Betrachtungen auf die Grundlagen des gewaltigen Geschehens ein und sieht „in dem Mangel an Rassetrieb, der bezeichnendsten Nationaleigenschaft des Deutschen", den Urgrund der ganzen Entwicklung, wie sie sich vor unsern Augen in so tragischer Weise, gleichsam zwangsläufig abgespielt hat.

Von der sogenannten dramatischen Geschichtsauffassung, wie sie vor allem auf militärischem Gebiete unser Denken und Urteil beherrschte, lenkt Lotharingus unsere Aufmerksamkeit auf die naturwissenschaftliche, biologische Betrachtungsweise hin, besonders hinsichtlich der vielen Fragen nach der „Schuld" und den „Schuldigen". Ohne in einen lähmenden Fatalismus zu verfallen und die Bedeutung einzelner Persönlichkeiten zu unterschätzen, zeigen die Ausführungen Lotharingus' doch die überragende Macht des Volkscharakters und leiten hin zu einer überlegenen, innerlich erlösenden Auffassung und Beurteilung der heute noch mit so viel gegenseitiger Selbstzerfleischung verteidigten und bekämpften sogenannten Schuldfragen. Treffend sagt Lotharingus: „Über die Schuldfrage zu sprechen, ist immer sinnlos, wenn es sich um die Schuld von vielen Tausenden handelt; hier kann man nur von innerer Ursache reden, von Schuld in rein mechanischem Sinn". Es wäre zu wünschen, daß diese biologische Betrachtungsweise wenigstens bei denen Beachtung und Verwendung finden möge, die glauben, bei der Lösung der vielen Kriegsprobleme sich von parteipolitischer, einseitiger Kritik freimachen und in wissenschaftlicher Forschung die wirklichen, treibenden Kräfte ergründen zu können.

Mannigfach sind die Versuche zu erforschen, weshalb das Schicksal das während des Krieges allgemein empfundene Verlangen nach einem Führer, nach dem „starken Mann" nicht erfüllt hat. Dieses Problem erscheint für unsere ganze Frage sehr bedeutungsvoll, weil es bis zu den tiefsten Wurzeln unseres tragischen Geschickes geht und an Stelle auslösender, an der Oberfläche liegender Ursachen die wahren, zeitlich nicht begrenzten Gründe des gewaltigen Geschehens aufdeckt.

XII.

Schwer trug unsere Front an der aufreibenden persönlichen Inanspruchnahme der Truppe. Wohl war auch der französische Infanterist oft eingesetzt worden,

---

ihr in Wahrheit das Liebste, Höchste und Heiligste ist, dieses Liebste, Höchste und Heiligste zu beschimpfen, zu verletzen, zu vernichten; nicht aus kalter Überlegung, sondern aus der sinnlosen Wut des Schmerzes, die nur ein einziges, ein letztes noch kennt und weiß und will, selbstmörderisch zu verröcheln unter den Leichen von Vater und Mutter, sie zu begraben unter den Trümmern des eigenen Hauses.

Und unterdessen steht da draußen der Fremde, der Kluge, der Kaltblütige; mit höhnischem Lächeln horcht er auf das Schreien, Schimpfen, das Toben; dann schnippt er mit der Hand, „sie fressen sich selber auf". „Furor teutonicus" („internis discordiis relinqui". Tacitus). „Deutsche Geschichte — deutsche Tragödie."

„Unterdessen stehen in Polen die Polen, in Böhmen die Tschechen und sehen händereibend zu, wie die Deutschen sich untereinander auffressen, und flüstern sich schmunzelnd zu: ‚Laßt sie nur machen. Wir haben von ihnen lesen, schreiben und denken gelernt, und jetzt können wir von ihnen noch etwas Wertvolleres lernen, nämlich wie man es nicht machen muß, wenn man ein Volk werden und bleiben will. Nur ein Weilchen noch weiter so, dann sind unsere Lehrmeister von gestern unsere Holzhauer, Diener und Hausknechte'. So sprechen unsere Feinde. Und wer etwa, in den deutschen Philisterschlafrock gehüllt, sich mit dem Philistertrost „es ist übertrieben" trösten möchte, den werden die Tatsachen über kurz oder lang eines anderen belehren." (v. Wildenbruch 1903.)

im Angriff und in der Abwehr; aber er wurde doch wesentlich häufiger abgelöst als unsere Bataillone. So hat z. B. das Argonnenkorps, dem meine Division vom September 1914 bis August 1916 in ununterbrochenem Stellungskriege angehörte, mit seinen ungefähr 2½ Divisionen nachweislich über 15 französische Divisionen nacheinander verbraucht. Ganz besonders aufreibend und niederdrückend war der „ewige" und gefahrvolle Arbeitsdienst, den unsere Kompagnien in weit umfangreicherem Maße zu leisten hatten als unsere Gegner mit ihren unerschöpflichen Hilfskräften. Der englische und französische Soldat lag häufiger in Ruhe als unsere Truppen, bei denen diese Ruhezeit nicht immer gleichbedeutend war mit Erholung. Wie spärlich war bei unsren Kompagnien der Urlaub, wie hart oft die Urlaubssperren, die man beim Feinde kaum kannte!

Ganz besondere Bedeutung kommt den Ernährungsverhältnissen zu, die bei unserer Fronttruppe viel ungünstiger lagen als bei unseren Feinden. Die Ernährung unserer Front war zu einförmig und so ungenügend, daß es nur selten noch zu einem Sättigungsgefühl bei unsern Soldaten kam; in langen Kriegsjahren „schoben" sie fast ununterbrochen „Kohldampf". Erstaunlich war mir nur die heute noch schwer zu deutende Tatsache, daß die Truppe trotz der schlechten Ernährung die unfaßbaren körperlichen Leistungen hat vollbringen können. Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß die Leistungsfähigkeit der Truppe (rein körperlich-gesundheitlich gesprochen) nicht nennenswert unter der Hungerkost gelitten hat. Ich hörte oft Klagen der Kompagnieführer über die geminderte Arbeitskraft der Leute, besonders beim Arbeitsdienst, sah aber ebenso oft, daß die Mannschaft die wegen Mangels an Aushilfskräften trotzdem angeforderten Arbeiten leisten mußte und tatsächlich auch geleistet hat, ohne daß dadurch der allgemeine Gesundheitszustand der Truppe Not gelitten hätte. Und wer auf dem Rückmarsche Ende November, Anfang Dezember 1918 die Regimenter sah, durch freundliche Quartierleute wieder etwas „herausgefüttert", der war erstaunt über diese gesund und kräftig ausschauende Truppe, der man die jahrelange Hungerkost nicht anmerkte. Wenn somit vom gesundheitlichen Standpunkte aus betrachtet unseren elenden Ernährungsverhältnissen vielleicht nicht jene weitgehende Wirkung zukommt, wie dies im allgemeinen angenommen wird, so war ihr verderblicher Einfluß um so tiefgehender hinsichtlich der Rückwirkung auf die Seele. Das ewige Einerlei der Feldkost und das absolut Unzureichende in bezug auf ihre Menge wirkte außerordentlich ungünstig auf die Stimmung des Soldaten und minderte seine seelische Widerstandskraft und seine Leistungsfähigkeit. Daß unsere Fronttruppe jahrelang gehungert, daß sie dies geduldig ertragen hat, schien mir stets als eine unfaßbare Leistung, die freilich unserer armen Truppe die letzte Kraft aus dem Marke sog. Meine Division gehörte zu jenen Kampftruppen, die wegen der hohen an sie gestellten Anforderungen relativ leidlich versorgt waren. Von einem einzigen Monat (Juni 1917) abgesehen, hatten wir z. B. stets 750 Gramm Brot täglich. Aber wie kärglich war trotzdem diese Kost, wie ungenügend, um auch nur zeitweise das lästige Hungergefühl zu befriedigen, das wegen der Eigenart des Frontlebens (viel Nachtdienst u. a.) ganz besonders empfunden wurde.

Stets an der Westfront eingesetzt, wo es „viel Steine gab und wenig Brot", war es unserer Truppe erst bei den Offensiven des Jahres 1918 vergönnt gewesen, sich einmal richtig satt zu essen; daß dies zumeist auch nur unter Lebensgefahr möglich war, kümmerte die Mannschaft nicht sehr. Unter schwerem Feuer lag Noyon, wo sich unsere Kompagnien lang entbehrten Proviant holten, unter Beschuß die Dörfer jenseits des Chemin des dames, wo Geflügel und Borstentiere den hungrigen Argonnenkämpfern in den Weg liefen. Drunten am Aisnekanal stand ein französischer Proviantzug, der in der Angriffsnacht ahnungslos noch dort an einer Rampe eingelaufen war; jetzt am frühen Morgen bot er unseren stürmenden Kompagnien ein freundliches, wenn auch gefährliches Willkommen. Daß an manchen Kampfstellen der militärische Erfolg durch das Beutemachen der halbverhungerten Truppen in Frage gestellt wurde, konnte nicht überraschen. Es bedurfte starker

Disziplin, um einen solchen Aufenthalt bei der Selbstverproviantierung zu verhindern.

In dem Maße, wie die Aussichten auf einen Erfolg, auf ein baldiges Ende schwanden, wurde die Last des Hungers immer schwerer und wurde schließlich unerträglich. Unsere Gegner, die diesen Nahrungsmangel nicht kannten, sparten an Seelen- und Nervenkraft, was unsere darbende Truppe aufwenden mußte, um diesen schlimmsten Feind — den Hunger — durchzuhalten.

Die Frage, ob die (trotz der vorschriftsmäßigen Gleichheit der Rationen doch) zumeist bessere Verpflegung des Offiziers Anlaß war, auf die Stimmung der Mannschaft ungünstig zu wirken, sei hier kurz gestreift. In meiner Division waren die Fälle, wo der Offizier dauernd aus der Mannschaftsküche aß, nur vereinzelt. Ich hatte stets den Eindruck, daß die Mannschaft die betätigten Vorrechte des Offiziers (bessere Verpflegung und Unterkunft) willig anerkannte, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Offizier sich dieser Vorrechte würdig zeigte. Nicht jeder Führer aber machte taktvollen Gebrauch von ihnen und weckte dadurch Erbitterung. Der einfache Soldat erwartete vom Offizier vor allem, daß dieser für ihn sorgte und Gefahr und Mühen gegenüber mit gutem Beispiel voranging. Wo dies geschah — und ich darf für meine eigene Truppe die nicht zutreffenden Fälle als seltene Ausnahmen bezeichnen —, wo der Offizier zuerst seine Leute versorgte und dann erst sich, sah ich nie eine besondere Mißgunst oder Erbitterung bei der Mannschaft, die weniger zu essen hatte und schlechter untergebracht war. Da der Soldat aber die nicht zu seinem engsten (Kompagnie-) Verband gehörenden Offiziere hinsichtlich Tapferkeit und Fürsorge für die Leute nicht kannte, empfand er die von ihm beobachtete Nutznießung bestimmter Vorrechte bei diesen ihm nicht näher bekannten Offizieren sehr unangenehm (z. B. das Kasinoleben bei den Ruhebataillonen und anderes) und wurde verbittert. Ich habe die Überzeugung, daß an der Front die von den Offizieren in Anspruch genommene bessere Verpflegung nicht nur berechtigt war, sondern vor allem von der Mannschaft nicht als ein Unrecht betrachtet wurde, solange der Führer seine Schuldigkeit tat; im Gegensatz zur Flotte, die jahrelang kampflos stillag, und zur Etappe, wo dem Offizier keine Gelegenheit gegeben war, z. B. durch Tapferkeit sich seine Vorrechte erst zu erwerben.

Wie armselig war im letzten Kriegsjahr das Wenige, was die Kantinen den Leuten anbieten konnten! Wer die Reichhaltigkeit unserer Kantinen in den Argonnen (1915) noch kannte, den jammerte der elende Anblick der leeren Kisten in den Unterstandskantinen, leer gerade jetzt, wo die allgemeine Verpflegung und Versorgung immer unzureichender wurde und einen Zuschuß gut vertragen hätte. Anfang 1918 war zufällig in einem Teil meines Sanitätsunterstandes eine Bataillonskantine untergebracht; die armen Leute taten mir leid, wenn sie, von dem nächtlichen Dienst kommend, durchfroren, hungrig, nach einer Zigarette verlangten, nach etwas Tabak, nach einem Schnaps oder nach irgendeinem der vielen Bedarfsartikel des Höhlenbewohners, und die Kantine konnte ihnen fast nichts bieten. Wie anders jene Kantine, die wir am Abend des ersten Angriffstages (März 1918) in einer englischen Artilleriestellung fanden, und die unseren Leuten kaum noch gekannte Schätze in fast unbegrenzter Menge bot. Wieviel leichter ist doch Krieg führen, wenn für den Körper des Soldaten gut gesorgt, und damit eine gewisse Grundlage geschaffen ist für eine gute Stimmung: „Die philiströse Maxime: ‚Essen hält Leib und Seele zusammen' ist eben nicht nur banal, sondern auch wahr und weise, ganz besonders im Kriege, in dem die dauernde Berücksichtigung der von ihr geborgenen Lehren ein unentbehrliches Requisit der Strategie und eine — freilich nur eine, aber nicht die letzte — der Bürgschaften des Erfolges ist" (Oberst Pfülf). Wie hinsichtlich der Kost war auch die übrige Versorgung der Truppe wesentlich schlechter als bei unserm Gegner. Trotzdem mit außerordentlicher Energie aus der verarmten Heimat immer noch — bis zuletzt — sehr vieles der Front zugeführt wurde, traten doch die Mängel in der Versorgung immer stärker hervor und wirkten niederdrückend auf die Truppe. Die Entbehrungen infolge der armseligen Versorgung

waren viel schwerer zu ertragen als all die Strapazen der schweren Kämpfe. Es will mir scheinen, als ob die Auswirkung der Unterschiede in der Versorgung der deutschen und der feindlichen Truppe nicht immer gebührend berücksichtigt worden ist.

Oberstleutnant Niemann berichtet in seinem Buche über eine Unterredung zwischen dem Kaiser und Ludendorff in Avesnes vom 10. August 1918: „Der Kaiser entgegnete, er könne sich dem Eindruck nicht verschließen, daß der Truppe zu viel zugemutet würde. Der Kronprinz teile diese Ansicht und wäre deshalb schon bei seinem kaiserlichen Vater vorstellig geworden. General Ludendorff widersprach. Es sei nachweisbar, daß die Divisionen unserer Gegner mindestens ebensolange in den Kampfstellungen waren wie die unsrigen. Der letzte feindliche Angriff sei nachweisbar von Truppen geführt worden, die man keineswegs als frisch und ausgeruht bezeichnen könne. Das Versagen der 2. Armee am 8. August könne nicht mit einer Übermüdung unserer Divisionen entschuldigt werden."

„Ich hatte" — fährt Niemann fort — „hier wieder das Gefühl, daß der General dem so wichtigen Moment der materiellen Versorgung und der persönlichen Beanspruchung, das auf Seite unserer Gegner so günstige Bedingungen fand und uns vor unlösbare Schwierigkeiten stellte, nicht genügend Rechnung trug." (Dieser im „Tag" vom 10. Mai 1922 abgedruckte Satz fehlt in der Buchausgabe.)

Es sei gestattet, an dieser Stelle auf einen Irrtum hinzuweisen, dem ich während und nach dem Kriege oft begegnete: Die Leistungen einer Truppe werden häufig nach der Höhe ihrer Verluste beurteilt. Einer solchen Auffassung muß widersprochen werden; sie verkennt die großen Anforderungen des Stellungskrieges an Tapferkeit, Ausdauer und Gesundheit und überschätzt die stets mehr imponierenden Leistungen des offenen verlustreichen Kampfes. An den Regimentern unserer Division hatte ich Gelegenheit, in dieser Beziehung Vergleiche anzustellen zwischen Stellungskrieg und Offensive. Als mein Regiment im Mai 1918 bei der Chemin-des-dames-Offensive nach kurzer Zeit abgelöst wurde, hatte es in diesen sechs Tagen fast so viel blutige Verluste als während seines zweijährigen aufreibenden Grabendienstes in den Argonnen. Von September 1914 bis August 1916 war mein Regiment dort nicht ein einziges Mal außerhalb des feindlichen Feuerbereiches gewesen. Wieviel leichter und rascher erholt sich eine Truppe von der seelischen Auswirkung auch der blutigsten Kämpfe, wieviel schwerer aber überwindet sie die Folgen lange dauernden Stellungskrieges!

XIII.

Abgesehen von dieser persönlichen Überanstrengung und schlechteren Versorgung unserer Truppen, kamen dem Feinde noch bedeutungsvolle seelische Momente zustatten: Immer wieder neue Bundesgenossen, geschickte Propaganda. Wie unbeholfen war unser vaterländischer Unterricht an der Front, wie gering das psychologische Verständnis für die Seele der „Masse".

„Weil wir im Weltkrieg den psychischen Eigenschaften der Masse durch eine auf sie zugeschnittene Propaganda nicht Rechnung zu tragen wußten, blieben wir unseren Gegnern gegenüber stets im Nachteil, die solche Propaganda meisterhaft zu handhaben verstanden." (v. Freytag-Loringhoven.)

„Sucht man nach einer kurzen Formel für die Ursache unserer Niederlage, so kann sie, wenn wir von der Übermacht der Feinde absehen, nur lauten: Wir sind zusammengebrochen aus Mangel an Psychologie. Wer sehr viele Kanonen hat, kann der Psychologie leichter entraten; aber in einer gefährdeten Lage, wie der unsrigen, war ohne sie nicht durchzukommen. Was an Bewältigung von Menschenmassen, an Organisation, an technischem Können und glänzenden militärischen Operationen überhaupt möglich war, das ist vom deutschen Heere mit einer Sicherheit und Ruhe, ja mit einer Selbstverständlichkeit geleistet worden, die schwerlich

überboten werden kann. Aber uns fehlte im großen die Kunst der Menschenkenntnis und Menschenbehandlung. Über dem „Menschenmaterial" (dem furchtbarsten Worte, das der Krieg zutage gefördert hat) haben wir den Menschengeist vergessen. Auch Staatsmänner und Feldherrn dürfen nie straflos vergessen, daß der Mensch keine Maschine ist, sondern eine geistige Seele hat, die mehr gilt und mehr entscheidet als der Körper mit seinen physischen Kräften. Und man soll weder einen einzelnen noch ein ganzes Volk über seine Kraft versuchen." (Jesuitenpater Pribilla — im Kriege Divisionsgeistlicher.)

Nur auf einen der vielen Faktoren, die der Seele unserer Feinde wertvollen Beistand boten, sei hier kurz hingewiesen: Die belebende Wirkung des Anblicks kampffrischer Truppen. Wer wie mein Bataillon in langen Kriegsjahren bei den Ablösungen in Stellung, in Abwehrschlachten oder bei den Offensiven immer nur Truppen sah, die abgekämpft, körperlich und seelisch bis aufs äußerste erschöpft waren und in den abgeschundenen Uniformen einen trostlosen Anblick boten, wer wie unsere Division August 1918 zum erstenmal Hilfstruppen bei sich sah — leider aber nur halbverhungerte, schlechtgekleidete, willige, aber kriegsmüde Österreicher —, der kann begreifen, welche tiefe moralische Wirkung der Anblick gut ausgestatteter, kampffroher amerikanischer Bataillone auf den abgekämpften französischen Frontsoldaten ausüben mußte. — „Im Juli 1918 fuhren die amerikanischen Truppen auf den Straßen von Paris an der Marne aufwärts zur Schlacht, auf Lastkraftwagen dicht gedrängt, ununterbrochen, tagelang in endlosen Kolonnen, unter dem Jubel der Bevölkerung ihre heimischen Weisen singend. Der Anblick dieser prächtigen Jugend von jenseits des Ozeans, dieser jungen Leute von 20 Jahren, strotzend von Kraft und Gesundheit, mit trefflicher Bekleidung, Ausrüstung, Bewaffnung, wirkte Wunder. Ergreifend war der Gegensatz zu den französischen Truppen, deren Mannschaften, in zerlumpten Kleidern, abgezehrt, hohläugig, sich nur mit der äußersten Anstrengung aufrechterhielten. In neuen Wellen kam das Leben heran, um dem fast blutleeren Körper Frankreichs frische Kraft zuzuführen. So kam es, daß in diesen Tagen der Prüfung, als die Deutschen zum zweiten Male an der Marne standen und uns entmutigt glaubten, wider alles Erwarten ein unsagbares Vertrauen alle Herzen ergriff." (Pierrefeu; zit. nach Oberst Immanuel.)

Alle diese bedeutungsvollen seelischen Einflüsse fehlten unserer Front, fehlten unserer Heimat. Zu Hause deshalb überall: Macht ein Ende! Nirgends ein Hoffnungsstrahl; nichts, was die niedergedrückte Seele aufrichten könnte.

Auf der einen Seite die demoralisierten Verhältnisse, auf der anderen tiefste Hoffnungslosigkeit — das war die Atmosphäre in der unser Ersatz zu Hause herangewachsen war.

Bei den drei Offensiven hatte mein Regiment ein jedes Mal fast über zwei Drittel seiner Kampftruppe verloren; der neue Ersatz, der das Regiment wieder auffüllte, stellte somit den weitaus größten Teil des Frontbestandes dar; er gab der Truppe das Gepräge. Den Führern — wenigstens bis zum Regimentskommandeur — war der Geist der Truppe wohlbekannt. Wenn auch so manche ungeschminkten Berichte schon auf dem Dienstwege bis zur Division eine Wandlung erfuhren, aus den verschiedensten Gründen eine bestimmte Färbung erhielten, so konnte die Division doch jederzeit klaren Einblick in die Stimmung der Truppe gewinnen. Gaben die hohen Kommandostellen trotzdem oft unzutreffende Informationen nach oben, so trugen Unkenntnis daran schuld und gewisse Mängel des Systems.

„Die mittlere Führung vom Divisionskommandeur bis zum Gruppenkommando aber, und, mit wehem Herzen muß es ausgesprochen werden, die allerhöchste Spitze haben die Front in den ernstesten Lagen oftmals, und gerade zuletzt am Ende, schwer enttäuscht ... Man gebot uns Frontoffizieren immer nach unten aufzuklären, man gestattete aber nicht, nach oben ein offenes Wort zu sprechen ... Man schickte uns theoretische Studien über die Psychologie der vaterländischen Unterrichtserteilung bis in die Kampflinien hinein, man versäumte es aber, die Lehren der Psychologie des Krieges selber oben praktisch anzuwenden" (Eckhardt:

„An alle Frontsoldaten." Flugschriften des „Tag" Nr. 10). So sehr meine persönlichen Erfahrungen auch übereinstimmen mit dem vorstehenden Urteil eines kriegserfahrenen Frontoffiziers, so muß ich doch darauf hinweisen, daß die mittlere Führung die gegen sie erhobenen Vorwürfe in einer Reihe von Fällen zurückweist und die oberste Heeresleitung für die Geschehnisse verantwortlich macht. Für unsere Frage interessiert uns nur die Tatsache, daß die höhere Führung nicht immer die richtige psychologische Einsicht in die Vorgänge und Zustände an der Front besaß. Oft wurden die Dinge so gesehen, wie man sie zu sehen wünschte, und nicht so, wie sie in Wirklichkeit waren. Die Tradition schuf hier der Bildung eines zutreffenden Urteils eine große Anzahl von Hemmungen, denen man um so mehr unterlag, je weiter weg man von der Front war. Es ist psychologisch leicht verständlich, wenn im Gegensatz hierzu das wahre Erleben des Krieges bei der Fronttruppe so manche traditionelle Anschauung wandelte, manche überlieferte Bindung lockerte und löste, so daß oft Gegensätze zwischen höheren Kommandostellen entstanden, Gegensätze, die sich heute noch auswirken und im wesentlichen erklärt werden müssen aus der Verschiedenheit des Kriegs- und Felderlebnisses der einzelnen Führer. Das tatsächliche Kriegserleben gemeinsam mit der kämpfenden Truppe — ein schönstes Vorrecht der Führer bis hinauf zum Divisionär — schuf in langsamer, steter Umformung eine seelische Einstellung der Offiziere, die oft weit abwich von der früheren, im Frieden anerzogenen Denkart und zu schweren Konflikten führen mußte mit solchen (höheren) Kommandostellen, deren friedensgewohnte Anschauungen nicht beeinflußt waren durch wahres Felderleben (dem unerbittlichen Prüfstein bisher unerschütterlicher Auffassungen).

„Hierzu kam noch ein Umstand, der für die Stimmung der Kampftruppen ungünstig war, das war das Verhältnis zu manchen Stäben der höheren Führung, die, wo nicht ganz besonders tatenfreudige und für den Kampf begeisterte Führer an ihrer Spitze standen, sich des Kriegszustandes mehr oder weniger entwöhnt hatten, und deren Leben sich der Etappe näherte, was in gleichem Maße die Mißstimmung der Kampftruppen erregte. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung nahm auch das Verständnis solcher Stäbe nicht nur für die Bedürfnisse, sondern auch für die körperliche und sittliche Leistungsfähigkeit der Truppen ab. Das wiederum führte oft dazu, von der Truppe die Lösung von Aufgaben zu fordern, die sie nicht mehr erfüllen konnte, während die Tatsache der Forderung bei ihr Verbitterung auslöste" (General Maercker).

XIV.

Vielleicht ist hier der Augenblick gekommen, die Frage zu beantworten: Hat die revolutionäre, politische Propaganda bei der Fronttruppe den Verlauf der Kampfhandlungen während der letzten Kriegsmonate beeinflußt?

Bis zum 9. November tat die Truppe ihre Pflicht. Zahlreiche Regimentsgeschichten habe ich gelesen, wohl die meisten militärischen Bücher und Abhandlungen über den Krieg studiert, mit sehr vielen ehemaligen Kriegsteilnehmern aus allen Volkskreisen über diese Frage gesprochen — überall ergab sich dasselbe: Nirgends oder fast nirgends ein Versagen der Truppe, das über das Maß hinausging, wie es auch bisher im Kriege anzutreffen war[1]) und wie es den Anforderungen entsprach, die man an eine unsagbar überanstrengte, ausgehungerte, verbitterte, hoffnungslose und vor allem (hinsichtlich der Zahl) unzureichend geführte Truppe stellen konnte. Überall

[1]) Am Nordsteilhang von Douaumont, hinüber gegen die Totenschlucht, wo zahllose Bataillone der verschiedensten Divisionen in vorderster Reserve lagen, und von wo sie ihren Todesweg antraten hinab in die Hölle von Verdun, sah ich in den Herbsttagen 1916 die bis dahin ungewohnten Bilder des Versagens zahlreicher Mannschaften. Man munkelte damals von Meutereien ganzer Truppenteile. Major Volkmann bestätigt diese Gerüchte, wenn er feststellt, daß „in den Herbstkämpfen bei Verdun zum ersten Male die kriegerische Moral ganzer Truppenverbände versagte". Vgl. auch v. Falkenhayns Bericht über die Lockerung der Disziplin auf seinem Vormarsch in Rumänien.

eine fast restlose Anerkennung der Leistungen unserer Front gerade in jenen letzten Monaten verzweifelten Ringens, ganz besondere Bewunderung aber für das pflichttreue Aushalten, nachdem die, fast einer Kapitulation gleichkommende Waffenstillstandsbitte jede Hoffnung der Truppe genommen hatte. „So wenig auch von den Einzelheiten des Waffenstillstandsgesuches und der politischen Vorgänge ganz vorn am Feinde bekannt geworden war, so war doch durchgedrungen, daß der Krieg abgebaut werden solle, und es war die stärkste Belastungsprobe für das Pflichtgefühl der Kampftruppen, von ihnen unter solchen Umständen das Ausharren in ungleichem Kampfe zu verlangen. Sie haben diese Prüfung bestanden. Es liegen erschütternde Beweise in Menge dafür vor, daß die kämpfende Front in den letzten Kriegswochen ein Heldentum über alles Beschreiben bewährt hat." (Einhard-Heinrich Claß).

Es war am 11. November 1918 frühmorgens. Unser Bataillon lag noch in schwerem Kampfe mit dem Amerikaner, der bereits bei der Nachbardivision durchgedrungen war. Trotzdem bekannt war, daß um 11^{55} Uhr die Waffenruhe eintreten werde, hielten unsere Kompagnien pflichtgetreu stand. Bei der 11. Kompagnie schlug eine Gasmine ein. Der Führer verlor infolge Befehlserteilung die kostbare Zeit zum rechtzeitigen Aufsetzen der Gasmaske. Auch die Bitte seiner Leute, ihn zum Sanitätsunterstand zurücktragen zu dürfen, schlug der junge Kriegsleutnant ab, trotzdem er wußte, daß für Gasvergiftete die Anstrengungen des mühseligen Rückweges eine dem Frontsoldaten bekannte Lebensbedrohung bedeuteten; er wollte der Verteidigung keine Leute entziehen. Zwei Stunden später — noch tobte der Lärm des Artilleriefeuers — endigte der treue Kamerad als letzter die lange Reihe der auf dem Schlachtfelde gefallenen, unvergeßlichen Offiziere und Musketiere unseres Regiments.

Habe ich ein Recht, diesen Offizier und seine brave Kompagnie, die noch am letzten Kriegstage ihre Schuldigkeit taten, als Ausnahme zu betrachten? Bin ich nicht vielmehr berechtigt und verpflichtet, dort, wo eine Truppe versagt hat oder versagt haben soll, diese und ähnliche Fälle als Ausnahmen zu betrachten, von denen Hindenburg sagt: „Für mich kann der Anblick solch todesmutigen Kämpfens nicht beeinträchtigt werden durch einzelne Bilder des Versagens und des Verzagens. In einem solchen entsagungsvollen Ringen, in dem jeder Aufschwung siegreichen Kraftgefühls fehlt, müssen menschliche Schwächen stärker zur Geltung kommen als sonstwo."

In unserer Division hatte man bis zu den Revolutionstagen von der Auswirkung einer unterirdischen, politischen Minierarbeit kaum etwas gemerkt. Wie an der Front gehetzt worden ist, lassen die zahlreichen Veröffentlichungen über diese Frage, insbesondere von Wrisbergs Schrift „Der Weg zur Revolution" und die Dolchstoßhefte der Süddeutschen Monatshefte (1924) zur Genüge erkennen. Übersehen darf man hierbei allerdings nicht, daß mancher Vorgang an der Front nachträglich ein anderes Aussehen zeigt und eine andere Beurteilung findet als während des Krieges.

Einen Einblick zu gewinnen in die Seele, in die Gedanken und Empfindungen der Mannschaft war für den Offizier außerordentlich schwierig; vielleicht, daß dem Arzte, der durch jahrelange Zugehörigkeit zum Bataillon gewisses Vertrauen besaß, der einfache Mann sich etwas leichter erschloß. Aber trotzdem: es kann der Einwand erhoben werden, daß trotz des engen Zusammenlebens und Vertrautseins mit den Mannschaften vielleicht auch der niederen Führung (Kompagnie und Bataillon) die politische Minierarbeit verborgen blieb. Aber es handelt sich ja nicht um die Frage, ob antimilitaristisch, pazifistisch oder spartakistisch gehetzt worden ist, sondern um die Kernfrage: Hat diese politische Verseuchung, wenn sie tatsächlich in dem behaupteten Umfang stattgefunden hat, irgendeinen ausschlaggebenden Einfluß ausgeübt? Die Anfänge einer seelischen Veränderung beim Einzelwesen und bei der Masse sind — ebenso wie die ersten Erscheinungen einer geistigen Erkrankung — oft sehr schlecht erkennbar; erst ein plötzlicher Ausbruch deckt den

ganzen bisher ungeahnten Umfang der schon bestehenden Veränderung auf. Es wäre deshalb auch vielleicht denkbar, daß man an der Front diese Wirkung der Minierarbeit nicht erkannte, weil man ihre Symptome falsch deutete. So manche besondere Erscheinung im Verhalten der Truppe, im kriegerischen Geschehen findet nachträglich — weil man glaubt sehender geworden zu sein — eine andere Erklärung als damals im Kriege. Ich kann diese Einwendungen nicht anerkennen; sie scheinen mir zu sehr konstruiert. Auf dem Rückmarsch nach dem Waffenstillstand besprach ich mit zahlreichen Offizieren der Division diese Probleme, später mit vielen Kameraden und Kollegen anderer Divisionen, mit vielen Frontkämpfern aus dem Mannschafts- und Unteroffizierstande: Überall traf ich dieselbe Auffassung: Vor den entscheidenden Niederlagen im Juli und August (September) 1918 spürte man bei der Truppe nichts oder so gut wie nichts von den Wirkungen einer politischen Zersetzung. Wenn revolutionäre Propaganda tatsächlich am Werke gewesen war, so hatte sie sich am untauglichen Objekt ziemlich erfolglos versucht. „Wohl hatte die Propaganda der radikalen Sozialisten im Verlauf des Krieges Eingang auch bei der Truppe gefunden; aber den innersten Kern des Heeres hat sie nicht erreicht" (Major Volkmann). (Ob die antimilitaristische, revolutionäre Hetze Erfolg hatte oder nicht, hat natürlich für ihre moralische Beurteilung keine wesentliche Bedeutung.)

In den Revolutionstagen zeigte auch unsere Division zur Überraschung aller das Mosaik sich überstürzender politischer Vorgänge; aber nur hinten im Lager, bei den Ruhebataillonen. Vorn im Graben schlugen sich die Kompagnien pflichtgetreu und gehorsam bis zur letzten Stunde. Nach der Waffenruhe war der Spuk ebenso rasch, wie er gekommen, auch wieder verschwunden. Requirierte Trikoloren, mit Hilfe von Ruß und Stiefelwichs in schwarz-weiß-rot umgewandelt, traten an die Stelle der roten Fähnchen, und wo beim Rückmarsch auf einem Rathause die rote Fahne wehte, wurde sie von derselben Truppe heruntergeholt, die noch vor wenigen Tagen in dem roten Tuch das Symbol ihrer Erlösung sah. Die letzte Ruhmestat des Generalstabes, die Rückführung des Heeres unter den schwierigsten Bedingungen, war nur dadurch möglich, daß es der Truppe gelang, die das feste Gefüge des Heeres bedrohenden Einflüsse zu überwinden.

Die Flüchtigkeit und das rasche Abklingen der revolutionären Erscheinungen ließen im Verein mit anderen psychologischen Beobachtungen deutlich erkennen, daß die zugrunde liegende Gesinnung keine tiefen Wurzeln in der Seele der Soldaten geschlagen haben konnte. Bei der Mehrzahl bedeutete die radikale Gesinnung, die revolutionäre Gebärde eine Flucht in eine gewisse Form des Selbstbetruges und war die Hülle, unter welcher die Hemmungslosigkeit des Ich-Triebes, der Mangel an Wille, das leise Mahnen des Gewissens und eine nicht unbegründete Furcht sich verbarg. Da mit dem Zusammenbruch Verhältnisse geschaffen waren, welche einen solchen Selbstbetrug nicht mehr nötig machten, erstarb auch rasch das revolutionäre Feuer. Einer akuten Psychose gleich, verflog der politische Anstrich, und es blieb zurück, was vorher auch schon jedem von uns sichtbar gewesen war, die Grundstimmung: Wir haben's genug; es hat doch keinen Zweck mehr.

Die Tatsache, daß — kaum war die Nachricht von der Revolution nach vorn gedrungen — auch schon überall die Geister revolutioniert waren, muß den Anschein erwecken, als ob hier eine lange vorbereitende politische Vergiftung der Truppe bestanden habe. Eine solche Schlußfolgerung würde den wirklichen Verhältnissen damals nicht entsprechen. Der Vorgang deutet sich vielmehr ohne jeden Zwang dahin, daß die ganze dumpfe, hoffnungslose, kriegsmüde Stimmung der Truppe den günstigen Nährboden abgab für revolutionäre Phrasen und Versprechungen. Tirpitz sah, wie er in seinen „Erinnerungen" erzählt, die Revolution kommen; er machte schon 1914 auf die Gefahr der Demoralisierung aufmerksam, wenn eine Flotte untätig liege. An geschichtlichen Beispielen weist er nach, daß noch jedesmal die Mannschaft größerer Schiffe in Meuterei verfiel, wenn sie nicht in Fühlung mit dem Feind blieb; es sei dann für Agitatoren und für entgegenkommende Ideen ein

leichtes, „die seelische Erschlaffung" der Leute auszunutzen. „Und diese neue lange Warte- und Liegezeit, nun schon das dritte und vierte Jahr, diese durch den Krieg, durch den Engländer uns aufgezwungene lange Zeit der Untätigkeit, der Tatenlosigkeit, war unserer Flotte Verderben! Nur von ihr aus ist der Zusammenbruch zu verstehen" (Marineoberpfarrer Klein). An einer anderen Stelle erzählt Tirpitz: „Ich war mir von Kriegsbeginn darüber klar, daß einem verlorenen Kriege mit einer gewissen Notwendigkeit die Revolution folgen würde ... Angesichts unserer zum inneren und äußeren Abgrund führenden Politik sahen auch andere schwarz; der Kronprinz hat mich schon 1915 gefragt, ob ich glaubte, daß er noch zur Regierung gelangen würde." Kronprinz Rupprecht weist in seiner Denkschrift vom 19. Juli 1917 auf die tiefe Verstimmung hin, die so weit gehe, daß „ernsthaft denkende Leute bezweifelten, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern werde." Der Mittelstand, früher monarchisch gestimmt, sei jetzt schon zum Teil antimonarchisch geworden.

Wie wenig man aus dem so plötzlichen Auftreten revolutionärer Erscheinungen bei der Truppe auf eine revolutionäre Gesinnung schließen darf, zeigt das Beispiel der Meutereien bei den französischen Truppen im Sommer 1917. In 16 Armeekorps waren nach den blutigen, vergeblichen Kämpfen unter General Nivelle bei den erschöpften, seelisch niedergedrückten Truppen schwere Meutereien aufgetreten mit politisch gefärbten Begleiterscheinungen (Bildung von Sowjets, rote Fahne usw.). Innerhalb vier Wochen gelang es Pétain, dem „rettenden Arzt", der Lage Herr zu werden, mehr mit den Waffen des psychologischen Verständnisses als mit den Maschinengewehren seiner englischen und farbigen Hilfstruppen. Es wäre wohl verfehlt, wollte man aus den revolutionären Erscheinungsformen dieser Meuterei auf eine politische Grundlage jenes Vorganges schließen. Ursache war wohl im wesentlichen die durch Mißstände in der Führung und Behandlung hervorgerufene verzweifelte Stimmung der abgekämpften, enttäuschten französischen Regimenter, in die einige Funken bisher vergeblich geschürten revolutionären Strohfeuers gefallen waren und in der damaligen Verfassung der Truppe den besten Nährboden gefunden hatten.

Nivelles kurzer Armeebefehl vor der gemeinsamen französisch-englischen Frühjahrsoffensive 1917: „Die Stunde ist gekommen! Mut und Vertrauen! Es lebe Frankreich!" versprach den französischen Truppen die endgültige, siegreiche Entscheidung. „In unermüdlicher ‚préparation morale' wurde bei den Divisionen die erwünschte Siegeszuversicht und Angriffslust erzeugt. Die diesmal geplante Artillerievorbereitung, die neu erfundene Feuerwalze, die Tanks, die Maschine allein in ihrer mannigfaltigsten Form sollte siegen, der eigenen Infanterie alles abnehmen bis auf die Mühe, das Schlachtfeld aufzuräumen, la cigarette à la bouche, Gefangene und Beute einzuheimsen." Furchtbar mußte die Enttäuschung sein. Der „buveur de sang" hielt nicht, was er versprochen. Unter entsetzlichen Blutopfern zerschellte der Angriff an der ungebrochenen Widerstandskraft unserer Front. „Schwerer fast als die Verluste wogen die moralischen Wirkungen der Niederlage. Das französische Heer hat durch das Mißlingen der Schlacht in der Folge wohl die schwerste innere Krise im ganzen Feldzug durchgemacht" (Kronprinz Wilhelm). „Das Mißlingen der Offensive verursachte ernste Rückschläge, besonders auf die französische Moral, in der Armee wie im Lande" (Pershing). In dem Augenblick, als durch Hebung der gedrückten Stimmung jenem revolutionären Brande der Nährboden entzogen wurde, zeigte sich deutlich der wahre, unpolitische Charakter des ganzen Vorgangs.

v. Kuhl betont bei seiner Schilderung der französischen Meutereien die Energie der französischen Regierung und Heeresleitung, die „mit den schärfsten Maßnahmen die Ordnung im Heere wieder herstellten", und zieht einen Vergleich mit dem schwächlichen Verhalten der deutschen verantwortlichen Stellen gegenüber der zunehmenden Lockerung der Disziplin. Bei v. Kuhls Ausführungen über

diese Vorgänge vermißt man aber den Hinweis auf eine sehr wichtige, vielleicht die bedeutungsvollste Tatsache: Die französische Heeresleitung hatte nicht den Mut, die mit den „schärfsten Maßnahmen" zur Raison gebrachten Korps während der nächsten Monate irgendwo einzusetzen; die betreffenden Truppen wurden sehr lange geschont; der Engländer warf sich in der furchtbaren Flandernschlacht für seinen erschöpften, in den Nerven zerschlagenen Bundesgenossen in die Bresche und verschaffte dem Franzosen eine Kampfpause. Pétain scheint der wiederhergestellten Ordnung doch nicht so viel zugetraut zu haben, daß er bald wieder schwere Blutopfer von diesen Truppen hätte fordern können. Wie anders bei uns! Genau so abgekämpft und noch schwerer enttäuscht wie die geschlagenen Divisionen Nivelle's mußten unsere Regimenter sogleich wieder in schwersten Abwehrkämpfen ihre letzte Kraft, ihr letztes Blut und den Rest ihrer ruhelos gehetzten Nerven hergeben, anstatt wie die französischen Korps in einer langen Kampfpause sich zu erholen, sich zu retablieren und in neuen Hoffnungen (Ankunft der Amerikaner u. ä.) sich wieder neuen Mut und neues Vertrauen zu holen.

General v. Krause (Zeitschr. d. Nationalverb. deutscher Offiziere 1921) stellt das verbrecherische Treiben linksradikaler, pazifistischer Kreise fest, behauptet aber, daß „ihre niederträchtigen Absichten in nichts zerflossen wären, wenn unsere Großangriffe restlos geglückt und nicht durch den unverantwortlichen Leichtsinn von Persönlichkeiten an maßgebender militärischer Stelle verraten worden wären".

Nach den unheilbaren Enttäuschungen des Juli und August, nach dem immer deutlicheren Sichtbarwerden der amerikanischen Übermacht, nach dem Zusammenbruch der Bundesgenossen war dem deutschen Volke, das (von der Marneschlacht 1914 an) jahrelang am Gängelband falsch angebrachter Unaufrichtigkeit schlecht geführt worden war, aller Glauben an einen guten oder doch wenigstens an einen erträglichen Ausgang genommen worden. „Nichts hat wahrscheinlich mehr zu dem jämmerlichen Ausgang des Krieges beigetragen als der Umstand, daß diese Tatsache (der Ernst der allgemeinen Kriegslage seit 1916) erst zu der Zeit, als nichts mehr zu retten war, der Masse des Volkes enthüllt wurde" (v. Falkenhayn). Die Wirkung des Waffenstillstandsangebotes war verheerend gewesen. „Das deutsche Volk, ohne genügende Vorbereitung vor die Gewißheit der Niederlage gestellt, brach jäh zusammen und drohend erhob sich das Gespenst der Revolution als übliche Folge schwerer Niederlagen" (General Maercker).

In den letzten Kriegsmonaten mag reichlich Brennstoff sich angehäuft haben, den dann die Funken der revolutionären Verhetzung zum plötzlich aufflammenden Vernichtungsfeuer entzündet haben. v. Hindenburg charakterisiert diesen Zustand furchtbarer Spannung (Anfang November) mit folgenden Worten: „Mit der deutschen Kampflinie hält damals auch noch die Etappe, der Lebensnerv, der zur Heimat führt. Düstere Bilder zeigen sich freilich hier und da, aber in der Gesamtheit ist noch immer Halt. Lange wird es indessen nicht mehr dauern können. Die Spannung ist auf das äußerste gestiegen. Erfolgt irgendwo eine Erschütterung, sei es in Heimat oder Heer, so ist der Zusammenbruch unvermeidlich."

Und in gleichem Sinne erklärt Ludendorff (am 17. Oktober 1918), daß „die Anspannung des einzelnen Mannes einen Grad erreicht hat, der nicht mehr überboten werden darf."

Die allzulange Überanspannung muß wohl die Erklärung geben für den vernichtenden, unfaßbaren Umfang des Zusammenbruchs. Wo ein Dampfkessel über das tragfähige Maß des Überdrucks erhitzt wird und explodiert, bietet das Kesselhaus das traurige Bild eines wüsten, entsetzlichen Trümmerhaufens. Und noch ein anderes übersieht man hierbei leicht: Wo ein gesunder Körper, der in gesunden Tagen sich durchaus unempfindlich und widerstandsfähig gegen Keime der Zerstörung zeigte, innerlich zusammenbricht, da finden die Kräfte der Zersetzung ungehindert Spielraum und vernichten die noch vorhandenen schwachen Reste. Leicht verwechselt man hier Ursache und Wirkung.

„Die lange Dauer des Krieges, der unerwartete, unglückliche Ausgang, die unzureichende Ernährung und Löhnung war der Nährboden. Das Feldheer war am Ende seiner Kraft." (General v. Loebel, „Tag" 9. Nov. 1921.)

Als mein Regiment am 2. Dezember 1918 durch Mainz marschierte — an der Spitze der unerschrockene Kommandeur mit seinem aus dem Graben uns wohlbekannten Pfeifchen im Munde—, da glich es in seinem äußeren Eindruck einer wohldisziplinierten und körperlich leistungsfähigen Truppe; in ihrem inneren Gefüge war sie aber ohne jede Kraft: müde und hoffnungslos, zu keiner Abwehr mehr fähig. Den noch kräftigen Körper hatte die Seele verlassen.

XV.

In der Kriegsliteratur werden oft Vergleiche angestellt zwischen Vorgängen des großen Krieges und ähnlichen Lagen früherer Zeiten; die aus einer solchen Gegenüberstellung gewonnenen Schlußfolgerungen sind nicht selten sehr weitgehend. Es empfiehlt sich wohl, bei solchen Vergleichen die größte Zurückhaltung und Vorsicht zu üben. Abgesehen von der außerordentlichen Verschiedenheit der zu vergleichenden Stoffe, werden oft insbesondere die seelischen Kräfte nicht genügend berücksichtigt. Und so übersieht man bei jenen Vergleichen häufig die gänzlich verschiedene seelische Einstellung (Mentalität) der im Vergleich einander gegenübergestellten Zeiten. Es erscheint nicht zutreffend, wenn z. B. Oberst Niemann die seelische Verfassung der abgehetzten, schlecht genährten und schlecht ausgerüsteten Blücherschen Armee nach dem Frühjahrsfeldzug 1813 mit dem Geist und der Stimmung unserer Truppen im Herbst 1918 in Vergleich setzt und aus diesem Vergleich weitgehende Folgerungen zieht. Der schlesische Landwehrmann von 1813 und der tapfere, aber durch vier furchtbare Kriegsjahre ruhelos gehetzte, müde Frontsoldat von 1918 — welche Verschiedenheit der ganzen Mentalität, wie verschieden die seelische Reaktion auf dieselben äußeren Einwirkungen! — Der Schulmeister habe den Krieg von 1866 siegreich entschieden; mit diesem Wort sollte wohl gesagt werden, daß die geistige Überlegenheit, die größere Selbständigkeit des preußischen Soldaten den Ausschlag gab. Noch mehr bedeutete dieses geistige Übergewicht des deutschen Soldaten in dem großen Kriege; diese bis zum Gefreiten und Musketier hinab sich erstreckende größere Selbständigkeit der Führer und Mannschaften ermöglichte den unfaßbaren heldenhaften Widerstand während langer Jahre gegen eine Welt von Feinden und Material. Welche ganz andere geistige Einstellung zeigt doch der moderne Frontsoldat gegenüber der Denk- und Gefühlsart der schlesischen Landwehr von 1813! Der Industriearbeiter, der Großstädter, ja selbst der Bauernsohn — es waren Menschen von anderem Schlage als der schlichte Landwehrmann aus den Freiheitskriegen. Begriffe wie Autorität, Disziplin, Glaube, Vertrauen usw. hatten für diesen einen anderen Klang als für den Menschen des 20. Jahrhunderts. Vor ungefähr 15 Jahren machte ich in einer Schrift „Der Selbstmord im jugendlichen Alter" auf die Auswirkung der modernen Pädagogik aufmerksam, welche im Jahrhundert des Kindes die Persönlichkeit im Kinde und Jugendlichen bei der Erziehung mehr als bisher zu berücksichtigen bestrebt war und bei diesen Versuchen alte, bewährte Autoritätsbegriffe zu untergraben und so gewisse Stützen zu nehmen im Begriffe war, bevor die neuen Methoden der Erziehung einen Ersatz hatten schaffen können. Der Krieg sah die Saat jener modernen Kultivierung der Individualität aufgehen; das Schicksal fügte es leider vorzeitig und in einem sehr unglücklichen Augenblick. Die größere Selbständigkeit des deutschen Soldaten hatte — wie jede Tugend — auch ihre Fehler, d. h. eine so selbständige Persönlichkeit wird sich unter gewissen Verhältnissen in Fragen des Gehorsams, der unentwegten, an keine Vernunftsgründe gebundenen oder von solchen Überlegungen nicht beeinflußbaren Treue anders verhalten als der schlesische Landwehrmann aus der Zeit des beginnenden 19. Jahrhunderts. Der moderne Soldat hatte schon in Friedenszeiten genügend Kritik kennengelernt an Personen und Einrichtungen, die für den Kämpfer in den Freiheitskriegen außerhalb jeder Kritik standen. Es

konnte in diesem „fahnenlosen" Kriege nicht ausbleiben, daß bei dem Mangel jeder tatkräftigen Vertretung bisher anerkannter, aber durch die Ereignisse erschütterter Autoritätsbegriffe diese immer mehr abblaßten und schließlich ihren Einfluß verloren. Man gewinnt aus den Beobachtungen an der Front und aus der Kriegsliteratur den Eindruck, daß dieser anders gearteten Denk- und Empfindungsart des modernen Soldaten nicht immer mit dem nötigen psychologischen Verständnis Rechnung getragen wurde. v. Loebel berührt diese bedeutungsvolle Frage in einem Stimmungsbericht, den er als preußischer Innenminister am 1. Oktober 1914 dem Kaiser vorlegte: „Anders liegt es mit dem allgemeinen Autoritätsglauben, der sich sonst in Deutschland nach glücklich beendeten Kriegen erheblich gefestigt hat. Die besonderen Anlagen dieses Krieges schafften bisher ganz andere Voraussetzungen. Die vergangenen Kriegszeiten schoben vor allem auf militärischem Gebiet einzelne überragende Persönlichkeiten in den Vordergrund, an deren Namen und Ansehen sich das Volk hing, denen es Autorität zuschrieb. Es wurde das Bewußtsein groß, geführt zu sein und der Führung zu bedürfen. Diesmal liegen die Verhältnisse anders. Den einen, Hindenburg, ausgenommen, haben sich dem Volke noch keine besonders hervortretenden Führer geboten. Der Krieg im Westen stellt sich durch die Veröffentlichungen als ein Kampf der auf sich gestellten Truppe dar, von deren Kraft und Todesmut der Ausgang abhängt. Wenn sich keine Änderung vollzieht, wenn der Kampf im Westen wie bisher durchgeführt wird und so zum Siege kommt, wird sich im Volke immer mehr herauskehren, was schon jetzt erkennbar ist: ein ungeheures Selbstvertrauen jedes einzelnen. Ansätze hierzu waren auch nach den Freiheitskriegen vorhanden und führten zu den bekannten politischen Strömungen. Nach diesem Kriege haben wir unter den angedeuteten Voraussetzungen mit einer ungleich allgemeineren und kräftigeren Steigerung des Selbstbewußtseins zu rechnen, was gleichbedeutend ist mit einer Zunahme der demokratischen Gesinnung, die es bei Einzelforderungen nicht bewenden läßt, sondern aufs staatspolitische Ganze geht. Das wäre ein starker Ausfall an Autoritätsglauben."

v. Loebels Denkschrift sieht mit tiefem psychologischen Verständnis in der allmählichen Minderung jeglicher Autorität eine zwangsläufige Erscheinung der besonderen Art dieses Krieges und stellt sich in gewissen Widerspruch zu der, hauptsächlich von politischer Seite vertretenen Auffassung, daß die parteipolitische Agitation die Hauptschuld trage an dem allmählichen Niedergang bisher unerschütterter Autoritätsbegriffe. Daß gegen Autorität, gegen jegliche Autorität gehetzt worden, mit allen Mitteln ihr Einfluß untergraben worden ist, wird wohl nicht bestritten werden. Aber doch will mir v. Loebels weitschauende Erkenntnis seelischer Entwicklungen zutreffender erscheinen als die Überschätzung der politischen Verhetzung.

XVI.

Wer trägt die Schuld an dem tragischen Ausgang des Krieges? Eine solche Fragestellung geht falsche Wege und sucht die Ursachen unseres Unglücks allzu eifrig in der Gegenwart und in einzelnen Handlungen der verantwortlichen politischen und militärischen Führer. Allzusehr in der Gegenwart! Die Wurzeln unserer Niederlage reichen weit zurück in die Vergangenheit, die Gründe unseres Zusammenbruchs können auch zeitlich nicht weit genug gefaßt werden. Gegenüber den grundlegenden Ursachen spielen die auslösenden Faktoren eine wohl weithin sichtbare und auffallende, in Wirklichkeit aber eine kleinere Rolle. In weitem Umfang bestimmten Begehungs- und Unterlassungssünden der Vorkriegszeit den Verlauf des Weltkrieges. Diese Tatsache wird oft und allzuleicht übersehen, besonders im parteipolitischen Kampfe, wo man auch den Einfluß der einzelnen Persönlichkeiten zu überschätzen geneigt ist und verantwortlich macht für unsere Katastrophe. Diese „Führer" sind selbst zu viel Partei, um heute schon die schwere Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs sachlich und gerecht lösen zu können. Es will mir scheinen, als ob die „Schuld sich auf viel weitere Kreise verteilt als ein in allen Volksschichten sehr verbreitetes Pharisäertum eingestehen will". Wir alle sind wohl

schuld und müssen zur Erkenntnis kommen, daß, anstatt miteinander zu hadern, wir gemeinsam das Schwere tragen wollen, hoffnungsvoll und tatbereit. Und soweit auf dem einzelnen eine tragische Schuld lastet, soll ihm Gerechtigkeit werden mit jenem schönen Dichterwort: „Sie sieht den Menschen in des Lebens Drang / und wälzt die größere Hälfte seiner Schuld / den unglückseligen Gestirnen zu".

Der tapferen Truppe aber seien Stegemanns Worte gewidmet: „So bleibt dem deutschen Heere der Ruhm, unter den schwierigsten Umständen, vor sich den Feind, hinter sich die Revolution, von den Bundesgenossen verlassen, aber sich selbst getreu und seiner unsterblichen Taten eingedenk, bis zum letzten Augenblick gefochten zu haben, ohne die Grenzen des Vaterlandes zu öffnen. Die Kriegsgeschichte wird ihm, ob Deutschland auch den Krieg verlor, zu allen Zeiten und vor allen andern Armeen den Lorbeer reichen."

Und Dir, dem schlichten Musketier, dem Infanteristen, dessen Heldentum im Kampf und Dulden ich als Zeuge erleben durfte, weiß ich Dank und unveränderliche Zuneigung nicht besser zum Ausdruck bringen zu können als mit Walter Bloems schlichten Sätzen: Alles, was die Geschichte der Vergangenheit als Heldentum erlebt, bestaunt, verherrlicht, verewigt, besungen, gedichtet, gemeißelt, gemalt hat, wird arm und kümmerlich, gemessen am jahrelangen Märtyrertum des deutschen Infanteristen 1914 bis 1918. Gewiß, auch die Feindvölker haben sich höchst rühmenswert gemacht, aber sie gingen ins Gefecht, sie wachten im Graben, ausgeruht, satt, prachtvoll gekleidet und beschuht, hinter sich die Hilfsquellen des Weltalls, in der Faust die Waffen, im Rücken die Kriegsmaschinen, welche die Industrie von 5 Erdteilen geschmiedet ... und die deutsche Infanterie? Übermüdet und abgehetzt, von Westen nach Osten, vom Osten nach dem Balkan, ins Karpatheneis, vom Karpathengipfel in den Flammenkrater von Verdun hin und her geschmissen, kärglich genährt, in zerlumpten Röcken und nagellosen Stiefeln, von der mählich versagenden Wirtschaftskraft des Vaterlandes mit allem Nötigsten immer kärglicher versorgt, eine Granate auf 100 feindliche, in der Tasche die Jammerbriefe aus der erlahmenden Heimat ..., so hat der deutsche Infanterist 4 Jahre lang im Graben gelegen, dem Graus von vier Wintern, von unzähligen Schlachten und Gefechten getrotzt, in nie ermattender Abwehr. Ein Heldenlied haben wir gelitten, gelebt, gekämpft — und dieses Heldenliedes strahlendster Held bist du: verlauster, verdreckter, abgerissener, ausgemergelter, todesmutiger, unverwüstlicher, unerschütterlicher und unausdenkbar heldischer deutscher Infanterist!

XVII.

Die vorstehenden Ausführungen lassen eine klare Stellungnahme zur Dolchstoßfrage vermissen. Es lag nicht in meiner Absicht, aus den angeführten Tatsachen weitgehende Schlußfolgerungen für ein politisches Problem zu ziehen. Die Dolchstoßfrage trägt ausgesprochen politischen Charakter und darf für unsere Untersuchung nicht verwechselt werden mit dem Forschen nach einer der zahlreichen Ursachen unseres tragischen Schicksals. Mag im politischen Kampfe die Objektivität in gewissen bedeutungsvollen Momenten ein Fehler, eine Dummheit, ein Verbrechen sein, — hier bei dem Gegenstand unserer Forschung darf es nur ein einziges Bestreben geben: den tiefen Gründen des gewaltigen Geschehens nachzugehen, mag man dabei auch auf Erkenntnisse stoßen, die man aus innerpolitischen Gründen nicht anerkennen möchte.

Mancher Leser wird deshalb gegen die sich von selbst ergebenden Schlußfolgerungen unserer Darstellung sich sträuben und auf seiner parteipolitischen Auffassung beharren. Mein Streben bezweckte nur, Anregung zum Nachdenken und gegenseitigen Verstehen zu geben. Die da draußen in langen Kriegsjahren Schulter an Schulter Tod und Teufel getrotzt, in Not und Gefahr sich geholfen, gemeinsam mit der Heimat einer hohen Idee gedient und Opfer gebracht haben, sollen jetzt nicht im häßlichen Bruderzwist sich bekämpfen. — Möchten meine Ausführungen die Gegensätze mildern helfen.

Schriftenverzeichnis

1. Anker, „Unsere Stunde kommt". Leipzig 1923. Graphische Werke.
2. Anker, Tägliche Rundschau, 28. VII. 1919.
3. von Altrock, „Der große Krieg". Bd. X (Schwarte). Leipzig, Barth.
4. Binding, „Aus dem Kriege". Frankfurt 1925. Rütten u. Loening.
5. v. d. Bussche, in „Urkunden der Obersten Heeresleitung", S. 535.
6. Claß (Einhard), „Das deutsche Volk im Weltkrieg". Leipzig 1920. Weicher.
7. Dingler, „Von unserem Rückzug aus Frankreich". Südd. Monatshefte Mai 1919.

7a. Dreiling, Das religiöse Leben der Armee. Paderborn 1922.

8. v. Falkenhayn, „Die oberste Herresleitung 1914—1916".
9. Fikentscher, „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine". Berlin 1920. Barth.
10. Freytag-Loringhoven, „Illusionen über die Masse". Die Grenzboten 1921/22.
11. Generalstäbler, „Kritik des Weltkrieges". Leipzig 1920. K. F. Koehler.
12. Hohlfeld Dr., „Der Kampf um den Frieden".
13. Hindenburg, „Aus meinem Leben". Leipzig 1920. S. Hirzel.
14. Jünger, „Das Wäldchen 121". Berlin 1925. Mittler.
15. Immanuel, „Der Weltkrieg". Berlin 1920. Mittler.
16. Klein, „Der Zusammenbruch der Flotte von Innen gesehen". Südd. Monatsh. März 1919.
17. Krause, Zeitschr. d. Nationalverb. Deutscher Offiziere 1921.
18. Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen". Stuttgart 1922. Cotta.
19. Kronprinz Wilhelm, „Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampfe". Berlin 1923. Mittler.
20. Lotharingus, „Der Weltkrieg im Lichte naturwissenschaftlicher Geschichtsauffassung". Berlin 1920.
21. Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen". Berlin 1920. Mittler.
22. Ludendorff, „Kriegführung und Politik". Berlin 1922. Mittler.
23. „Urkunden der Obersten Heeresleitung". Berlin 1922. Mittler.
24. Maercker, „Vom Kaiserheer zur Reichswehr". Leipzig 1921. K. F. Koehler.
25. v. Moser, „Ernsthafte Plaudereien über den Weltkrieg". Stuttgart 1925. Belser.
26. Niemann, „Kaiser und Revolution,'. Berlin 1920. Scherl.
27. Neter, „Der Selbstmord im jugendlichen Alter". Langensalza 1910.
28. Plaut, „Psychographie des Krieges". Zeitschr. f. angewandte Psychologie. Beiheft 21.
29. Pfülf, „Die Panik im Krieg". 1908. München. Gmelin.
30. Pribilla, „Psychologisches vom Feldheer". Stimmen der Zeit, Bd. 104.
31. Schauwecker, „Im Todesrachen". 1921. Halle. Diekmann.
32. Stegemann, „Geschichte des Krieges". Stuttgart 1921. Deutsche Verlagsanstalt.
33. Stegemann, „Bund". 24. XI. 1918.
34. Tirpitz, „Erinnerungen". Leipzig 1920. Koehler.
35. Volkmann, „Der Marxismus und das deutsche Heer". Berlin 1925. Reimar Hobbing.
36. Wegeleben, „Das Felderlebnis". Berlin 1919.
37. Weber, „Tägliche Rundschau". 14. VII. 1920.
38. v. Wrisberg, „Der Weg zur Revolution". Leipzig 1921. K. F. Koehler.
39. v. Wrisberg, „Heer und Heimat". Leipzig 1921. K. F. Koehler.
40. v. Zwehl, Konservative Monatsschrift 1921.

Mitteilung des Verlags

Vielfachen Wünschen entsprechend haben wir von dem Aufsatz „Die französischen Rüstungen" von Oberst a. D. Blümner aus unserem Völkerbundsheft einen Sonderdruck herstellen lassen, der in einer Mindestmenge von 100 Stück zum Preise von 10 Mark von uns zu beziehen ist. — Von unserem Sonderdruck „Der Glaube an das Proletariat" von August Winnig (dem Titelaufsatz des gleichnamigen Hefts) wurde soeben die dritte Auflage fertiggestellt. Mindestabgabe ebenfalls 100 Stück zum Preise von 20 Mark durch den Verlag der Süddeutschen Monatshefte, München, Amalienstraße 6.

Wissenschaftliche Rundschau

Hertzsche Wellen und Röntgenstrahlen

Ein Gang durchs Deutsche Museum

Von Dr. Franz Fuchs in München

Die Fortschritte der Physik und die Errungenschaften der Technik, die sich an die Namen unserer beiden großen Physiker Hertz und Röntgen knüpfen, sind heute Gemeingut der ganzen Kulturwelt geworden.

Durch die Anwendung der Hertzschen Wellen in der drahtlosen Telegraphie und Telephonie wurde eine nahezu zeitlose Verbindung von Mund zu Ohr für jede Entfernung ermöglicht. Die Anwendung der Röntgenstrahlen liegt auf einem anderen Gebiete. Durch sie können wir in das Innere des menschlichen Körpers sehen und die feinsten Strukturen, die kein Mikroskop mehr aufzulösen vermag, untersuchen.

So bekannt der praktische Wert der elektrischen Wellen und Strahlen auch ist, nur wenige werden sich über die sprunghaft rasche Entwicklung, die ihre Erforschung und Verwendung in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, klar sein. Während eine künstlerische Schöpfung, wenn auch als Höhepunkt einsam in eine noch unverstandene Zukunft weisend, unmittelbar verständlich auf uns wirkt, weil sie gefühlsmäßig erfaßt oder erahnt werden kann, ist eine technische Höchstleistung stets eine Stufe in einer langen Entwicklungsreihe und kann nur verständlich werden, wenn der entwicklungsmäßige Weg nochmals im Geiste durchschritten wird. Dieser Gedanke fand wohl seinen großartigsten Ausdruck in den Sammlungen des am 7. Mai eröffneten Deutschen Museums, und wir brauchen daher nur den Marksteinen der Entwicklungsreihe folgen, welche durch die dort aufbewahrten Originalapparate von Feddersen, Heinrich Hertz, Hittorf, Lenard, Röntgen und Laue gekennzeichnet sind.

Die Existenz der elektrischen Wellen war bereits anfangs der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von Maxwell aus der Theorie gefolgert, aber erst 25 Jahre später wurde sie in den Jahren 1888/89 durch Heinrich Hertz experimentell bewiesen. Wie die Schallwellen in der Luft durch einen rasch hin- und herschwingenden Körper, z. B. eine Stimmgabel oder Saite, erregt werden, so die elektrischen Wellen im Äther durch rasche Schwingungen der Elektrizität in einem Drahte. Diese Schwingungen müssen sehr rasch (etwa 100 000 in der Sekunde) verlaufen, damit die entstehenden Wellen auf große Entfernungen ähnlich wie das Licht wirken. Die Erzeugung elektrischer Schwingungen gelang zuerst Feddersen im Jahre 1857 mit Hilfe des elektrischen Funkens.

Feddersen, der erst vor sechs Jahren im Alter von 87 Jahren gestorben ist, hat dem Deutschen Museum persönlich seine Originalapparate zur dauernden Aufbewahrung übergeben und die erste Aufstellung persönlich geleitet. Die Versuchsanordnung bestand aus einer Flaschenbatterie, die durch eine Reibungselektrisiermaschine geladen wurde. Die Batteriespannung wurde zu einer Funkenstrecke geführt, die sich einem rasch rotierenden Spiegel gegenüber befand. Der Lichtblitz des Funkens wurde durch den Spiegel zu einem Lichtband auseinandergezogen und auf einer photographischen Platte festgehalten. Es zeigte sich, daß das helle Lichtband durch eine Reihe dunkler Zwischenräume in gleichen Abständen unterbrochen war. Hieraus schloß Feddersen, daß die Funkenentladung trotz ihrer kurzen Dauer nicht nur einmal übergeht, sondern hin- und herschwingt. Die Dauer einer solchen Schwingung war um so größer, je mehr Leidenerflaschen oder Drahtspiralen in den Schwingungskreis eingeschaltet waren, und betrug etwa $^1/_{10000}$ Sekunde. Durch diese Schwingungen werden im Äther Wellen erzeugt, deren Länge etwa 30 km beträgt. Da an ein Messen dieser Längen innerhalb der Räume eines Laboratoriums nicht zu denken war, ging das Hauptstreben der Forscher der siebziger und achtziger Jahre dahin, erheblich schnellere Schwingungen zu erzeugen, um entsprechend kürzere Wellen zu erlangen.

Die erstaunlich einfache Anordnung zur Erzeugung dieser raschen Schwingungen fand Hertz im Jahre 1887 in Karlsruhe. Wie man die Schwingungen eines Pendels beschleunigt, indem man es verkürzt, so verringerte Hertz die leitende Oberfläche, indem er statt der Belege in den Leidenerflaschen zwei durch eine Funkenstrecke getrennte Kupferdrähte nahm, die an den äußeren Enden mit Platten oder Metallkugeln versehen waren. Diese beiden Drahtstücke, den sog. Oszillator, legte Hertz an die Pole eines Funkeninduktors, so daß zwischen ihnen Funken übersprangen. Auch diese Funkenentladung bestand aus Schwingungen, die aber entsprechend der Kürze und der geringen Oberfläche der Drähte nur eine Dauer von etwa ein Hundertmillionstel Sekunde hatten. Die so erzeugten Wellen

mußten demnach Längen von rund 3 m besitzen. Zum Nachweis dieser Wellen hielt Hertz dem Erreger einen offenen Drahtring, den Resonator, gegenüber, an dessen Enden jedesmal dann kleine Fünkchen übergingen, wenn der Erreger betrieben wurde.

Indem Hertz den Durchmesser des Drahtringes passend wählte, konnte er besonders kräftige Fünkchen in ihm erzeugen. Es war dann der Empfangsdraht mit dem Sender in Resonanz, d. h. beide besaßen die gleiche Wellenlänge. Auch die Messung der Wellenlänge, die heute jeder Radioamateur mit dem Wellenmesser auszuführen vermag, war damals eine wissenschaftliche Leistung.

Hertz stellte zu diesem Zweck in 13 m Entfernung vom Erreger eine Zinkwand auf und tastete mit seiner elektrischen Wünschelrute den Zwischenraum ab. Er stellte dabei fest, daß in regelmäßig 1 ½ m bzw. 3, 4 ½, 6 m usw. Abstand von der Blechwand die Funken kräftig aufleuchteten, während zwischen diesen bevorzugten Punkten schwache oder keine Funken zu bemerken waren. Diese Erscheinung kennzeichnet die stehende Ätherwelle, deren Knotenpunkte durch das Verschwinden und deren Bäuche durch das Aufleuchten der Resonatorfunken gekennzeichnet sind.

Der Abstand zweier Knotenpunkte ist gleich der halben Welle, also ist die Länge der ganzen Welle gleich 3 m. Zur Erzeugung kürzerer Wellen waren kleinere, zur Erzeugung längerer Wellen größere Erreger notwendig.

Die Ausbreitung der elektrischen Wellen erklärte Hertz so, daß sich von den in der Umgebung des Senders sich bildenden elektrischen und magnetischen Kraftfeldern geschlossene Kraftlinienwirbel ablösen und durch den Raum hindurchbewegen. Hertz hat dann auch die Geschwindigkeit der elektrischen Wellen unter Benutzung seiner Wellenmessung berechnet und fand diese gleich 300 000 km, das ist die Geschwindigkeit des Lichtes. Hiermit war die Wesensgleichheit der elektrischen und Lichtstrahlen ganz im Sinne der Maxwellschen Theorie nachgewiesen. Durch eine Reihe glänzender Experimente hat Hertz den Nachweis geführt, daß sich die elektrischen Wellen ganz wie die Lichtwellen reflektieren, brechen, beugen und polarisieren lassen.

Um Sender und Empfänger wurde bei diesem Versuch ein Hohlspiegel von 2 m Höhe gebaut, durch welchen die nach allen Seiten ausgehenden Wellen in eine Richtung (Wellenstrahl) gebannt werden. Diese Anordnung wurde in neuerer Zeit auch von Marconi wieder angewandt, um mit ganz kurzen Wellen von nur einigen Metern Länge zu telegraphieren.

Der Wellenstrahl ging durch eine Mauer, durch Holz, Glas, überhaupt durch jeden sog. Isolator hindurch, während ein in die Strahlrichtung gestellter Zinkblechschirm den Strahl merklich schwächte oder ganz abschirmte.

Im Deutschen Museum sind die sämtlichen Originalapparate von Hertz, seine Oscillatoren, Resonatoren verschiedener Form und Größe, die Hohlspiegel, das Pechprisma als wertvollstes historisches Dokument aufbewahrt. Sämtliche Apparate sind in der primitivsten Weise zum Teil von Hertz' eigener Hand aus Kupferdraht, Siegellack, Zinkblech und Holz zusammengebaut und führen uns in eindringlicher Weise vor Augen, mit welch einfachen Mitteln das Genie der Natur ihre Geheimnisse abzulauschen vermag. Die Hertzsche Entdeckung der elektrischen Wellen bildet die Bestätigung der Maxwellschen Lehre, wie sie so glänzend selten einer Theorie zuteil wird. Leider war es Hertz bei seinem frühen Tode 1894 (im Alter von 37 Jahren) nicht mehr vergönnt, die praktische Anwendung seiner Entdeckung in der drahtlosen Telegraphie und Telephonie zu erleben.

Das wesentlich Neue, das Marconi 1895 dem Hertzschen Sender zufügte, war der an die eine Sendehälfte angeschlossene Sendeluftdraht oder die Antenne sowie die Erdung der zweiten Senderhälfte. Hierdurch hat Marconi die bis zum heutigen Tage beste und wirkungsvollste Anordnung für die Ausbreitung der Wellen längs der Erdoberfläche geschaffen. Der Hertzsche Empfänger wurde bald durch den Kohärer ersetzt, der gleichfalls an Antenne und Erde angeschlossen wurde. Mit dieser Ausrüstung konnte Marconi auf Entfernungen von 15 bis 20 km drahtlos telegraphieren.

Den nächsten Anstoß erhielt die drahtlose Telegraphie durch den genialen Gedanken des deutschen Physikers Braun, die Antenne nicht direkt durch die Funkenstrecke, sondern durch einen angeschlossenen Schwingungskreis mit Leidener Flaschen zu erregen. Eine erhebliche Erhöhung der Reichweite auf 50 km und mehr erzielte Braun durch scharfe Abstimmung des Empfängers auf die Welle des Senders. Hiermit war auch der gleichzeitige störungsfreie Verkehr mehrerer Stationen auf verschiedenen Wellen möglich gemacht. Das große Verdienst, das Braun sich damit um die Drahtlose erworben hat, fand seine internationale Würdigung dadurch, daß Braun zusammen mit Marconi den Nobelpreis erhielt.

Schon bei den ersten Versuchen, die Braun in der Nähe von Straßburg und dann mit Unterstützung von Siemens & Halske in Cuxhaven anstellte, zeigte sich unzweifelhaft die

Überlegenheit der neuen Schaltung. Die Reichweite konnte nach und nach auf 200 km gesteigert werden. Die damals 1901 bis 1902 benutzten Originalstationen sind gleichfalls im Deutschen Museum zu sehen.

Die letzte Entwicklung des Funkensenders stellt der auf Max Wien zurückgehende und von der Telefunkengesellschaft zu höchster Vollendung gebrachte Löschfunkensender dar. Die Kennzeichen dieses Senders sind die Erhöhung der Funkenzahl und damit eine entsprechende Steigerung der Schwingungsenergie, die Verringerung der Dämpfung der Schwingungen durch die sog. Stoßerregung und schließlich die regelmäßige Funkenfolge (500 oder 1000 in der Sekunde), die am Telephon des Empfängers als musikalischer Ton wahrgenommen wird. Im Krieg hat das System der tönenden Funken nicht nur als fahrbare und feste Station im Schützengraben, Flugzeug, Luftschiff und U-Boot, sondern auch als Großstation z. B. in Nauen und Königswusterhausen und in den Stationen unserer Kolonien eine große Rolle gespielt. Heute kommt dieses System vielfach noch auf Schiffen sowie bei fahrbaren Militärstationen zur Anwendung.

Die Erregung der elektrischen Schwingungen durch die Funkenentladung ist die natürlichste und einfachste, sie hat aber den Nachteil, daß sie keine anhaltenden, sondern mehr oder weniger rasch abklingende oder gedämpfte Schwingungen gibt, ähnlich den Schwingungen eines angestoßenen Pendels, das infolge von Reibung und Luftwiderstand allmählich wieder abklingt. Nach dem Erlöschen der Schwingung muß sie durch einen neuen Funken jedesmal wieder angestoßen werden.

Seit dem Jahre 1900 suchten nun die bedeutendsten Physiker und Ingenieure nach einer Versuchsanordnung zur Erzeugung ungedämpfter, d. h. in gleicher Stärke anhaltender Schwingungen hoher Frequenz. Die erste geniale Lösung fand das Problem im Jahre 1903 in dem Lichtbogensender des dänischen Ingenieurs Valdemar Poulsen, dessen Originalversuchsanordnung gleichfalls im Deutschen Museum aufgestellt ist. Statt der Funkenstrecke wird hier ein mit Gleichstrom gespeister Lichtbogen als Schwingungserreger in die Antenne gelegt. Die entstehenden Schwingungen sind ungedämpft. Wir können sie vergleichen mit den Schwingungen eines Uhrpendels, das nach jeder Schwingung die durch Reibung und Luftwiderstand verlorene Energie durch einen Anstoß der Hemmung wieder erhält.

Technisch wurde das Poulsensystem außer von dem Erfinder selbst vor allem durch die C. Lorenz A.-G. in Berlin sowie durch amerikanische Gesellschaften entwickelt; hauptsächlich sind Sender mit Wellen über 1000 m Länge und großer Antennenleistung (einige hundert Kilowatt) im Betrieb.

Das zweite System für ungedämpfte Schwingungen, das etwa seit 1914 für große Stationen praktisch verwendet wird, ist der Hochfrequenzmaschinensender. So naheliegend der Gedanke ist, eine Antenne unmittelbar durch Maschinenstrom zu erregen, so groß sind wegen der erforderlichen hohen Frequenz des Stromes die konstruktiven Schwierigkeiten. Will man z. B. eine Frequenz $n = 30\,000$ in einer Maschine mit 200 Polen erzeugen, so muß das Polrad sich 18 000mal in der Minute drehen; die hierbei entstehende Umfangsgeschwindigkeit erreicht bereits die für Stahl zulässige Höchstgrenze von 300 m in der Sekunde. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es Fessenden und Alexanderson in Amerika gelungen, Wechselströme von der Frequenz 100 000 durch Maschinen zu erzeugen. Mit solchen Maschinen von 100 Kilowattleistung werden z. B. die Antennen der amerikanischen Großstation Radio-Central auf Long Island erregt.

Bei den deutschen Großstationen Nauen und Eilvese verwendet man Maschinen größerer Leistung (600 Kilowatt), die einen Wechselstrom mittlerer Frequenz ($n = 6000$) liefern. Diese Frequenz wird dann durch besondere Schaltungen innerhalb (System Prof. Goldschmidt) und außerhalb (System Graf Arco) der Maschine auf das Doppelte, Drei- oder Vierfache erhöht. Neuerdings hat die Lorenz A.-G. auch Maschinensender kleinerer Leistung konstruiert, die durch gewöhnlichen Netzstrom angetrieben werden und die sich besonders gut als Rundfunksender eignen.

Die dritte Erregungsart ungedämpfter Wellen mit Hilfe der Kathodenröhre hat der Radiotechnik ein Wirkungsfeld von fast unbegrenztem Umfang eröffnet und zugleich die große Verbreitung des Radiosports hervorgerufen.

Der Röhrensender liefert bei Aufwendung geringster Energiemengen vollkommen gleichbleibende Schwingungen, die sich ebensogut zur Telephonie wie zur Telegraphie verwenden lassen. Dabei bleibt die Anwendung der Röhre nicht auf den Sender beschränkt; sie ist zugleich die Seele des Empfängers. In stiller Laboratoriumsarbeit deutscher und amerika-

nischer Forscher entwickelt, ist die Kathodenröhre zu Anfang des Weltkrieges erstmals als Verstärkerröhre bei den Empfängern in allgemeinen Gebrauch gekommen. Eine bedeutende Erhöhung der Reichweite der drahtlosen Verbindung war dadurch mit einem Schlage gegeben. Die Kathodenröhre stellt neben der Röntgenröhre eine der wichtigsten praktischen Anwendungen der elektrischen Entladungsvorgänge in verdünnten Gasen dar, auf die wir noch eingehen werden. Ihre Wirkung beruht darauf, daß der in einer hochevakuierten Entladungsröhre von einer glühenden Kathode nach der Anode übergehende Elektronenstrom (Kathodenstrahlen) durch geringe Aufladungen einer Zwischenelektrode (das sog. Gitter) gesteuert werden kann. Die Röhre wirkt wie ein Relais, das aber, da es masse- und reibungslos arbeitet, den schwächsten und in beliebig raschem Wechsel folgenden Stromstößen folgen kann. Die Relaiswirkung der Röhre läßt sich in der zuerst von A. Meißner (Telefunken) im Jahre 1912 angegebenen Rückkoppelungsschaltung zur Erzeugung von ungedämpften Schwingungen verwenden. Überträgt man diese Schwingungen auf die Antenne, so erhält man einen sog. Röhrensender, der sowohl für Telegraphie als auch insbesondere für Telephonie sich verwenden läßt. Bei der Telegraphie wird das Ausstrahlen der Wellen mit Unterbrechungen im Rhythmus der Morsezeichen gesteuert, während bei der Telephonie dem dauernd ausgesandten Wellenband die Sprechströme des Mikrophons überlagert werden, so daß der ursprünglich gleich hohe Kamm des Wellenbandes im Rhythmus der Schallschwingungen eingedrückt bzw. ausgebuchtet wird. Im Empfänger rufen die modulierten Ätherwellen Schwingungen von verschiedener Stärke hervor, die im Detektor in Gleichstromstöße wachsender Stärke umgewandelt werden, so daß das Empfangstelephon gleiche Schwingungen ausführt wie die Membrane des Mikrophons der Sendestelle. Die deutschen Rundfunksender sind mit Röhren von 1,5 bis 5 Kilowatt ausgerüstet, die je nach dem Empfänger eine Reichweite bis zu 1000 km haben.

Von der von einem Sender nach allen Richtungen ausgestrahlten Energie gelangt meist nur ein äußerst kleiner Bruchteil in die Empfangsanlage. Die Ströme in der Empfangsantenne liegen zwischen $^1/_{1000}$ und $^1/_{1\,000\,000}$ Milliampere, und es ist erstaunlich, daß man insbesondere durch Anwendung der Verstärkerröhren auch noch den letzten Hauch von Energie im Telephon wahrnehmbar machen kann. Während man z. B. einen Telephoniesender mit einer Innenantenne und Detektor noch in 5 bis 10 km, in Verbindung mit einer Hochantenne noch in 25 bis 50 km Entfernung deutlich hören kann, wird die Hörweite durch einen einfachen Verstärker auf 100 bis 200 km und durch drei Röhren auf 1000 km gebracht. Telegraphiezeichen können unter den entsprechenden Bedingungen leicht dreimal soweit übertragen werden.

So trägt heute das Hertzsche Licht die menschliche Sprache um die Erde herum, unsichtbar für unser sinnliches Auge, aber wohl vernehmbar für das elektrische Ohr, und vermittelt als getreuer Herold den raschesten Gedankenaustausch aller Völker der Erde.

Obwohl Hertz die Natur der elektrischen Wellen als Licht von außerordentlich großer Wellenlänge nachwies, mußten nach ihrer Entdeckung fast zehn Jahre verstreichen, bis man von einer praktischen Anwendung dieser Wellen sprechen konnte. Bei der Entdeckung Röntgens haben wir den umgekehrten Fall; hier lag die große praktische Bedeutung als Untersuchungsmittel für den Arzt sofort auf der Hand, während erst 17 Jahre später die rätselhafte Natur der Röntgenstrahlen als Licht kürzester Wellenlänge festgestellt wurde. Auch bei der Entdeckung der Röntgenstrahlen zeigte es sich, daß sich die Natur nicht leicht etwas abgewinnen läßt, daß vielmehr erst ein mühsamer Forschungsweg durchschritten werden mußte.

Die Entdeckung Röntgens knüpft an die durch Hittorf, Goldstein, Lenard u. a. erforschten Strahlen, die sich beim Durchgang der Elektrizität durch Gase bilden, an.

Das Interesse an diesen Strahlungserscheinungen geht bis in die Anfänge der modernen Naturwissenschaft zurück. Schon Otto von Guericke, der Erfinder der Elektrisiermaschine, zog im Dunkel aus einer elektrischen Schwefelkugel einen violett leuchtenden und knallenden Funken. Eine nicht lange danach zufällig gemachte Entdeckung bot den Anstoß zur Erforschung der elektrischen Entladung im luftverdünnten Raum. Als nämlich ein Quecksilberbarometer durch ein dunkles Zimmer getragen wurde, beobachtete man, daß der über dem Quecksilber befindliche Raum, die sog. Torricellische Leere, mit bläulichem Licht erfüllt war. Diese zunächst ganz rätselvolle Erscheinung wurde später als eine elektrische erklärt. Zur Untersuchung dieses „elektrischen Feuers“ im leeren Raum wurde dann in der Mitte des 18. Jahrhunderts ein besonderes Entladungsgefäß benutzt, das sog. „elektrische Ei“. Die dünnen, violetten Lichtfäden, die hier bei Verdünnung der Luft zwischen den Zuführungsdrähten (Elektroden) entstehen und die bei

fortschreitender Verdünnung in eine rötliche Lichtsäule übergehen, wurden lange Zeit in den physikalischen Kabinetten als Kuriosität vorgeführt und werden auch heute noch in den Geißlerschen Röhren zur Hervorrufung von Lichteffekten verwendet.

Die wissenschaftliche Erforschung dieser Erscheinungen beginnt dagegen erst Mitte des vorigen Jahrhunderts durch Faraday, Gassiot, Plücker und dessen Schüler Hittorf.

Während Faraday zuerst auf den dunklen Raum vor der Kathode hingewiesen hat, war die größte Leistung Hittorfs die Entdeckung der Kathodenstrahlen im Jahre 1869. Die Kathodenstrahlen, die gradlinig und senkrecht zur Kathode ausgehen, bilden sich erst, wenn in der Röhre von der ursprünglichen Luftmenge nur noch etwa der zehntausendste Teil vorhanden ist.

Der Faradaysche Dunkelraum wird hierbei immer größer, bis er schließlich die ganze Röhre ausfüllt. Mit dieser Verdunklung des Röhreninnern fängt auf einmal die Stelle der Glaswand der Röhre, welche der Kathode gegenüberliegt, in schöner, hellgrüner Fluoreszenz zu leuchten an. Wird in den Gang der Kathodenstrahlen ein Metallkörper, z. B. ein Aluminiumkreuz, wie es Crookes getan hat, gebracht, so wirft dies auf die gegenüberliegende Glaswand einen deutlichen Schatten.

Weiter zeigt sich, daß die Kathodenstrahlen die Glaswand, auf die sie treffen, erwärmen. Durch Konzentration der Strahlen mittels einer hohlspiegelförmigen Kathode kann die Wärmewirkung sehr gesteigert werden, so daß z. B. ein dünnes Platinblech erglüht.

Eine besonders merkwürdige, von den gewöhnlichen Lichtstrahlen abweichende Eigenschaft der Kathodenstrahlen ist ihre magnetische Ablenkbarkeit. Die Kathodenstrahlen verhalten sich danach im Magnetfelde wie elastisch biegsame Stromleiter, die an der Kathode befestigt, im übrigen aber frei beweglich sind, und in welchen der Strom nach der Kathode zu fließt. Sehr wichtig ist schließlich der Umstand, daß die Kathodenstrahlen eine negativ elektrische Ladung mit sich führen und infolgedessen auch elektrisch ablenkbar sind.

Alle diese Wirkungen der Kathodenstrahlen lassen sich nur im Innern einer hochevakuierten Röhre beobachten. Es scheint, daß sie in das Innere der Röhre gebannt sind und daß nichts von ihnen durch die Glaswand der Röhre hindurchdringen kann. Da beobachtete zuerst Heinrich Hertz, daß die Kathodenstrahlen durch ein im Innern der Entladungsröhre befestigtes Gold- oder Aluminiumblättchen hindurchgehen und dann noch imstande sind, die Fluoreszenz des Glases zu erregen. Auf Anregung von Hertz gelang es bald darauf seinem damaligen Assistenten Lenard, durch ein in die Glaswand der Röhre eingesetztes Fensterchen von dünner Aluminiumfolie die Kathodenstrahlen erstmals aus der Entladungsröhre in die freie Luft treten zu lassen. Die Strahlen können durch das Aufleuchten von Fluoreszenzschirmen oder durch ihre photographische Wirkung nachgewiesen werden. Auch lassen sie sich, ähnlich wie das unsichtbare ultraviolette Licht, photographieren.

Bei Untersuchung der Durchlässigkeit von Körpern für Kathodenstrahlen stellte man fest, daß es auf die optische Durchsichtigkeit der Körper gar nicht ankommt. Dünne Blattmetalle waren z. B. durchlässig, während eine dickere Quarzplatte undurchlässig blieb.

Die Lenardsche Entdeckung, die seit Hittorf den ersten größeren Fortschritt in der Erforschung der elektrischen Strahlen darstellt, lenkte erstmals die Aufmerksamkeit der Physiker auf die Umgebung der Kathodenröhre. Das eingehende Studium dieser Erscheinung führte W. K. Röntgen im Winter 1895/96 auf eine ganz neue Tatsache von weittragender Bedeutung. Er fand nämlich, daß von einer in schwarzes Papier gehüllten Kathodenröhre Strahlen ausgehen, die durch das Glas hindurchdringen und in der äußeren Umgebung der Röhre Fluoreszenzschirme zum Leuchten bringen. Röntgen erkannte alsbald, daß hier eine ganz neue Wirkung vorliegt, die von derjenigen der inneren und äußeren Kathodenstrahlen wesentlich abweicht und daß diese X-Strahlen, wie er sie nannte, von denjenigen Stellen der Glaswand ausgehen, die durch das Auftreffen der Kathodenstrahlen zur Fluoreszenz gebracht werden. Die X-Strahlen lassen sich im Gegensatz zu den gewöhnlichen Lichtstrahlen weder reflektieren noch brechen. Hält man zwischen Röhre und Fluoreszenzschirm ein Stück Holz, so ruft es einen kaum merklichen Schatten auf dem Schirm hervor. Die Röntgenstrahlen besitzen danach die merkwürdige Eigenschaft, daß sie auch undurchsichtige Körper durchdringen, und zwar um so leichter, je geringer die Dichte des betreffenden Körpers ist. Da die dichteren Körper für Röntgenstrahlen die undurchsichtigeren sind, so muß sich aus umhüllten oder eingeschlossenen Körpern der Inhalt als dunkler Schatten abzeichnen, falls er eine größere Dichte besitzt wie

die Umhüllung. Da nun die Knochen dichter sind als das Fleisch, so müssen sich im Schattenbild einer zwischen die Röhre und den Schirm gebrachten Hand die Handknochen als dunkle Schatten abbilden, während die Fleischteile nur einen hellen Schatten hervorrufen.

Zur photographischen Aufnahme des Schattenbildes verwendet man eine in schwarzes Papier eingewickelte Platte, legt auf diese die Hand und bestrahlt die Platte durch die Hand hindurch wenige Bruchteile einer Sekunde mit Röntgenstrahlen. Auf der Platte zeigt sich nach der Entwicklung das vielbewunderte Schattenbild der Knochenhand und damit hatte Röntgen das bisher Unsichtbare erstmals photographisch festgehalten. Röntgen stellte bereits fest, daß das Durchdringungsvermögen der X-Strahlen um so größer wird, je höher das Vakuum der verwendeten Röhre ist und je höhere Spannungen man infolgedessen an die Röhre anlegen muß. Man unterscheidet dieses verschiedene Verhalten der Röntgenstrahlen als „hart" und „weich". Die harten Strahlen geben wegen ihrer großen Durchdringungsfähigkeit wenig kontrastreiche Bilder, da sie z. B. mit derselben Leichtigkeit Knochen wie Fleischteile durchdringen.

So offen sich unserem Auge die leuchtenden Entladungsvorgänge in der Luft darbieten, so tief verbirgt sich die Ursache derselben unserem geistigen Blick. Zur Erklärung der merkwürdigen Eigenschaften der Kathodenstrahlen nahm der englische Physiker Crookes ursprünglich an, daß die Kathodenstrahlen aus negativ elektrischen Gasmolekülen, sog. Ionen, beständen, die von der Kathode mit großer Geschwindigkeit fortgeschleudert würden und bei der hohen Gasverdünnung ohne Zusammenstoß mit anderen Molekülen auf geradem Wege durch die Röhre flögen. Die geradlinige Ausbreitung, das Hervorrufen von Fluoreszenz und Wärme durch das Aufprallen der Moleküle auf das Glas, die magnetische Ablenkbarkeit, ließ sich aus dieser Annahme verständlich machen. Als indessen Hertz nachgewiesen hatte, daß die Kathodenstrahlen auch Blattgold durchdringen können, erkannte man, daß die Teilchen von viel feinerer Struktur sein mußten als gewöhnliche Moleküle oder Atome.

Diese Vermutung bestätigten die seit dem Jahre 1896 begonnenen genauen Messungen, an denen sich die bedeutendsten Physiker der letzten 25 Jahre beteiligt haben. Danach ist die Masse der Teilchen bei Verwendung von verschiedenen Gasen stets die gleiche, und zwar ist sie 1800mal kleiner als die Masse des Wasserstoffatoms. Wir haben also in den Kathodenstrahlen die masselosen Elektrizitätsatome, die sog. Elektronen, vor uns. Die Geschwindigkeit der Elektronen in den Kathodenstrahlen ist ganz beträchtlich; sie beläuft sich je nach der angelegten Spannung auf 60 000 bis 100 000 km in der Sekunde, das ist ein Fünftel bis ein Drittel der Geschwindigkeit des Lichtes.

Während die Kathodenstrahlen bald nach ihrer Auffindung als bewegte Elektronen erkannt wurden, blieb die Natur der Röntgenstrahlen bis vor zwölf Jahren ein Rätsel. Die Röntgenstrahlen lassen sich durch einen Magneten nicht ablenken, und das spricht gegen ihre Auffassung als Elektronenstrahlung. Anderseits zeigen sie außer der gradlinigen Ausbreitung keine der wesentlichen Eigenschaften der Lichtstrahlen. Sie werden weder an Spiegeln regelmäßig reflektiert noch durch Prismen gebrochen, auch zeigten sie zunächst keine Beugung.

Das Fehlen der Beugung erschwerte das Erkennen ihrer Natur in hohem Maße. Denn gerade die Beugung des gewöhnlichen Lichtes beim Durchgang durch enge Spalten oder Gitter ermöglicht uns, die Länge der Lichtwellen zu messen. Dabei muß man beachten, daß nur dann meßbare Beugungen des Lichtes aufttreten, wenn die beugende Öffnung nur wenig größer ist als die Wellenlänge des verwendeten Lichtes. Die kurzwelligste Lichtart, das ultraviolette Licht, besteht aus Wellen von 400 Millionstel bis 100 Millionstel Millimeter. Für ihre Auflösung lassen sich noch genügend feine Beugungsgitter herstellen, bei denen 17000 Teilstriche auf einen Zentimeter gehen, die Breite einer Spalte also 600 Millionstel beträgt. Für Röntgenstrahlen zeigten auch diese feinsten Gitter keine Beugungswirkung. Ihre Wellenlängen müssen also erheblich kleiner sein. Eine erste Schätzung auf Grund der sog. Bremstheorie ergab $^1/_{10}$ bis $^1/_{100}$ eines Millionstel Millimeters. Die Röntgenwellen sind danach 1000 bis 10000 mal kürzer als die kürzesten Wellen des ultravioletten Lichtes, und daraus wird das Mißlingen aller Beugungsversuche an mechanisch herstellbaren Gittern begreiflich. Da kam vor zwölf Jahren M. von Laue auf den genialen Einfall, daß die Natur selbst die feinsten Gitter (sog. Raumgitter) in den aus Atomen regelmäßig aufgebauten Kristallen schafft. Die Maschenweite dieses Raumgitters (sog. Gitterkonstante) läßt sich berechnen und ist von der Größenordnung von einigen Zehnteln eines Millionstel Millimeters. Sie wäre also gerade fein genug, um Röntgenwellen der vorhin angegebenen Länge abzubeugen. Der Versuch bestätigte die Vermutung Laues in überraschender Weise. Beim Durchstrahlen einer einen halben Millimeter dicken Platte kristallisierter Zinkblende ergab sich auf einer photographischen Platte hinter dem Kristall um den Durchstoßungspunkt des Hauptstrahles eine Reihe regelmäßig

angeordneter dunkler Flecken, die durch eine Abbeugung aus der Richtung des Hauptstrahles entstanden sind. Die entstandene Interferenzfigur entspricht vollkommen derjenigen, die man beim Durchgang des Lichtes durch ein Netz quadratischer Öffnungen erhält. Die Ausmessung des Beugungsbildes ergab, daß die Röhre ein Gemisch von Wellen verschiedener Länge in dem oben angegebenen Bereich aussendet.

Röntgenstrahlen, die man früher durch das unsichere Kennzeichen „hart" und „weich" unterschied, lassen sich also jetzt in scharfer Weise durch ihre Wellenlänge trennen. Die harten Strahlen entsprechen den kurzen Röntgenwellen und umgekehrt. Die Versuchsanordnung, mit welcher M. v. Laue, Friedrich und Knipping im Jahre 1912 an der Münchener Universität die Interferenz der Röntgenstrahlen nachgewiesen haben, stellt einen besonders wertvollen Besitz des Deutschen Museums dar.

Die Entdeckung der Interferenz der Röntgenstrahlen trug nicht nur für den Physiker und den Kristallographen sondern auch für den Chemiker reiche Früchte, indem man durch Verfolgung der Laueschen Beobachtung zu einer Röntgenspektroskopie der Elemente gelangte, die einen tieferen Einblick in den innersten Aufbau des Atoms gewährt. Von den Anwendungen der Röntgenstrahlen haben diejenigen auf dem Gebiete der Heilkunde bei weitem die größte Bedeutung. Das verheißungsvolle Zeichen der Röntgenschen Skeletthand hat auf ein Ziel gewiesen, das heute nicht nur erreicht, sondern bei weitem übertroffen ist. Hat doch außer der Kenntnis des kranken und gesunden Knochengerüstes auch die Erforschung der inneren Organe einen neuen Aufschwung genommen.

Die ersten Anwendungen fanden die Röntgenstrahlen wohl zur Feststellung der Lage von Fremdkörpern, wie Geschossen, Nadeln usw., die sich im Röntgenbilde als dunkle, scharfe Schatten abzeichneten. Sodann waren es Brüche und Verrenkungen der Gliedmaßen, die der Durchleuchtung am bequemsten zugänglich waren und deren genaue Feststellung früher auch dem erfahrenen Chirurgen große Schwierigkeiten bereitet hatte. Für den Patienten hat die neue Untersuchung das Angenehme, daß sie vollkommen schmerzlos ist.

Im Deutschen Museum hängt die erste von Professor Zehnder in Würzburg im Jahre 1896 hergestellte Röntgenaufnahme eines ganzen Menschen. Auch die inneren Organe, wie Herz, Magen, Lungen, heben sich durch ihre Schatten deutlich ab. Die Röntgenstrahlen besitzen außerdem, ähnlich wie die Lichtstrahlen, eine heilende, lebenspendende Kraft, die bei zahlreichen Erkrankungen der Haut und der inneren Organe mit Erfolg angewandt werden kann. Allerdings waren es zuerst Entzündungen und Verbrennungen der zu stark oder zu lange bestrahlten Haut, welche auf solche tiefergehende Wirkungen der Röntgenstrahlen hinwiesen. Als man die Gefährlichkeit der Röntgenstrahlen noch nicht kannte, ist leider manch tapferer Pionier auf dem neuentdeckten Gebiete ein Opfer der sog. Röntgenverbrennung geworden. Heute sind durch ausreichende Schutzmaßnahmen, wie Blenden und Wände aus Blei, Bleiglasfenster, Schutzdecken aus bleihaltigem Gummi, der Kranke, der Arzt sowie seine Gehilfen vor Schädigungen durch die Röntgenstrahlen geschützt.

Außer in der Medizin haben die Röntgenstrahlen auch in der Materialuntersuchung eine interessante Anwendung gefunden, die hier noch erwähnt sein soll. Bereits Röntgen hat in seinen ersten Veröffentlichungen an der Aufnahme des Doppellaufes eines Jagdgewehres mit zwei darin steckenden Kugel- und Schrottpatronen gezeigt, daß man auch die innere Struktur von Metallen oder aus verschiedenen Metallen bestehende Gegenstände im Röntgenbilde erkennen kann. Auch zur Untersuchung von Eisenplatten, Trägern, Röhren auf Gußfehler, Risse usw. hat man die Röntgenphotographie mit Erfolg angewendet. Soll hiebei das Eisen in den praktisch vorkommenden Stärken durchstrahlt werden, so sind allerdings die größten Apparate, welche die härtesten Strahlen liefern, erforderlich.

Ein anderes Anwendungsgebiet ist der Nachweis der Fälschungen von Edelsteinen und Perlen im Röntgenlicht.

Endlich sei noch der technischen Vervollkommnung des Röntgenapparates gedacht. Aus dem einfachen Laboratoriumsgerät Röntgens, das als wertvolles historisches Dokument in den Sammlungen des Deutschen Museums aufbewahrt wird, entwickelte die Technik in den letzten 25 Jahren zahlreiche den Bedürfnissen der Praxis angepaßte Instrumente.

Die wesentlichsten Bestandteile des Röntgenapparates sind die Hochspannungsquelle und die Röntgenröhre. Da zum Betrieb der Röntgenröhre Gleichspannungen von 100 000 bis 200 000 Volt erforderlich sind, so kommen als Hochspannungsquellen nur Funkeninduktoren mit Unterbrechern und Wechselstromtransformatoren mit Hochspannungs-

gleichrichtern in Betracht. Beide Apparattypen sind heute im Gebrauch; der Funkeninduktor eignet sich auch für kleinere Diagnostikanlagen, wie sie heute fast jeder Arzt besitzt, während die Wechselstromtransformatoren sehr kostspielig sind und meist nur für große Anlagen in Krankenhäusern montiert sind. Ein modernes Instrumentarium von Siemens & Halske mit Ventilröhrengleichrichter wird in dem Demonstrationskabinett des Deutschen Museums im Betrieb vorgeführt.

Die ersten Röhren, mit denen Röntgen seine grundlegenden Versuche anstellte, waren, wie die Sammlung des Deutschen Museums zeigt, gewöhnliche Hittorf-Crookessche Röhren, bei welchen die Röntgenstrahlen von der fluoreszierenden Glaswand ausgingen; da hierbei die Strahlen von verschiedenen Stellen der Glaswand ausgestrahlt wurden, waren die Schatten unscharf. Schon 1896 beschrieb Röntgen die sog. Fokusröhre, bei welcher ein Aluminiumhohlspiegel als Kathode dient, so daß die Kathodenstrahlen auf ein im Mittelpunkt der kugelförmigen Röhre angebrachtes, schräg gestelltes Platinblech — die sog. Antikathode — treffen. Von dem Auftreffpunkt der Antikathode gehen dann kräftige Röntgenstrahlen nach allen Richtungen aus und erzeugen scharfe Schattenbilder.

Diese Anordnung der Röntgenröhre hat sich bis zum heutigen Tage erhalten. Die weiteren Verbesserungen beziehen sich hauptsächlich auf die Kühlung der Antikathode und die Vorrichtungen zur Konstanthaltung des Vakuums. Eine grundsätzlich neue Art, Röntgenstrahlen zu erzeugen, wird in den durch Lilienfeld und Coolidge erfundenen Glühkathodenröhren angewendet. Die Kathodenstrahlen werden hier nicht durch Ionenstoß an einer kalten Kathode erzeugt, sondern sie gehen ebenso wie bei den Verstärkerröhren von einer Glühkathode aus. Hierbei kann auf jeden Gasrest in der Röhre verzichtet, das Vakuum also bis an die praktisch erreichbare Grenze getrieben werden.

Bei diesen Röhren kann die Härte und die Intensität der Strahlen durch Regulierung der Spannung und der Heizstromstärke auf jeden praktisch erforderlichen Wert eingestellt und konstant gehalten werden. Die Glühkathodenröntgenröhren bedeuten einen wesentlichen technischen Fortschritt; sie stehen zurzeit in Anbetracht ihrer Vorzüge im Wettkampf mit den früher ausschließlich verwendeten gashaltigen oder Ionenröhren. Wir dürfen hoffen, daß dieser Wettstreit die weitere Entwicklung der Röntgentechnik günstig beeinflussen wird.

Aus Zeit und Geschichte

General Henry T. Allen und sein Rheinland-Tagebuch[1])

Aus dem besetzten Gebiet wird uns geschrieben:

Am 2. Juli 1919 wurde General Henry T. Allen, der Verfasser des Buchs: „Mein Rheinland-Tagebuch" zum Höchstkommandierenden der nordamerikanischen Truppen in Deutschland ernannt. Im Mai 1920 erfolgte seine Ernennung zum Mitglied der „Hohen Interalliierten Rheinlandkommission" in Koblenz, womit er die höchste Zivil- und Militärvertretung der Vereinigten Staaten am Rhein in seiner Person vereinigte. Seine Tagebuchaufzeichnungen beginnen mit dem Tage seiner Ernennung zum Höchstkommandierenden und enden mit seiner am 19. Februar 1923 erfolgten Abreise. Natürlich kann er als Soldat, der noch kurz vor Übernahme des Oberbefehls über das Nordamerikanische Truppenkontingent gegen uns im Felde stand, nicht immer aus seiner Haut. Auch viele seiner Auslassungen über die Politik, wie sie von der Interalliierten Rheinlandkommission im Rheinlande betrieben wurde und für die er mitverantwortlich bleibt, waren, besonders zu Anfang der Besatzungsperiode, nicht ganz frei von subjektiven Einflüssen. Daß er sich aber redlich Mühe gab, objektiv zu urteilen und sich bei seinen offiziösen und nichtoffiziösen Handlungen von dem von ihm selbst aufgestellten Grundsatz einer auf Ehrlichkeit, Anstand und Rechtlichkeit gegründeten Politik leiten zu lassen, dies Zugeständnis wird ihm der ehrliche deutsche Leser gerne machen. Er ist jenem Grundsatze während seines ganzen dreiundeinhalbjährigen Aufenthalts am Rhein treu geblieben, so schwer ihm dies von seinen französischen Kollegen auch gemacht wurde. Wo er etwa daneben hieb, tat er es unabsichtlich. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß ihn sein sonst anerkennenswerter Grundsatz niemals so weit führte,

[1]) „Mein Rheinland-Tagebuch". Von General Henry T. Allen, Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland 1919—1923. Autorisierte deutsche Ausgabe, gekürzt und mit einer Einführung versehen. Mit einem Bildnis und einer Übersichtskarte. Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

auf die eigentlichen Kernpunkte der großen politischen Fragen der Nachkriegszeit, die Rechtlichkeit des Versailler Vertrags und die uns damit aufgezwungene Anerkennung der Schuld am Weltkrieg, einzugehen. Für Allen bildete der Versailler Vertrag die Grundlage der neuen durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse in Europa. Die genaue Befolgung seiner Bestimmungen waren das A und O seiner Politik. Hieran änderten auch seine im Laufe der Jahre am Beratungstisch und anderswo gemachten Erfahrungen über die Ziele der französischen Politik am Rhein nichts. Er mochte die Härten des Vertrags wohl bedauern und ihn politisch nicht für klug und weise halten, aber auf dessen Moral oder besser gesagt Unmoral näher einzugehen, dazu fühlte er sich anscheinend als Staatsmann und Soldat der Gegenseite nicht berechtigt. Was dem Leser bei der Lektüre wohl am meisten auffällt, das ist Allens diplomatisches Geschick, mit dem er viele verzwickte Fragen zu lösen wußte. Er legte dabei eine Geschicklichkeit an den Tag, wie man sie selten bei einem Berufssoldaten findet. Diesem Umstande war es denn auch wohl hauptsächlich zuzuschreiben, daß die vielen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und seinen Kollegen über die Deutschland gegenüber im besetzten Gebiet zu verfolgende Politik (bei Streiks, Ausweisungen, Behandlung der Separatistenfrage, Eingriffen in die deutsche Rechtspflege, Einmischung in die Zivilverwaltung usw.) niemals zu einer ernstlichen Trübung der Beziehungen der Alliierten untereinander führte. Wenn Allen auch selbst die französische Politik der Nadelstiche nicht mitmachte, sondern stets darauf bedacht war, den Deutschen Gerechtigkeit, so wie er sie versteht, widerfahren zu lassen, so wirft er in seinem Tagebuche doch niemals die Frage auf: „Was würden wir an Stelle der Deutschen tun? Würden wir die Erniedrigungen und Beleidigungen von einem Volke, das uns nur mit Hilfe mächtiger Freunde und der Hungerblockade untergekriegt hat, so ruhig hinnehmen?“ Nichts von alledem bei General Allen. Für ihn waren wir eben ein Volk, das das Pech gehabt hat, in dem großen Krieg zu unterliegen, und im Interesse der Sieger und deren Handels unter das kaudinische Joch muß, und dem er nur den wohlgemeinten Rat geben kann, politisch klüger zu sein, als der haßerfüllte, rachsüchtige Gegner. Von einem Versuch, in unsere Psyche einzudringen, unser ganzes Elend gewissermaßen mitzufühlen oder gar Verständnis für unsere Auflehnung gegen die Schuldlüge zu zeigen, danach sucht man in dem Tagebuch vergebens. Deshalb sind auch nach meinem Dafürhalten die von dem Reichskommissar, Fürst Hatzfeld, beim Abschied gebrauchten Worte: „Die Amerikaner kamen als Feinde und schieden als Freunde“ nur bedingt zutreffend.

Daß sich General Allen bei aller Liebe und Freundschaft für die Franzosen doch mit Stolz seiner Zugehörigkeit zur angelsächsischen Rasse bewußt ist, das geht aus mancher Aufzeichnung hervor, mit der er die Franzosen darauf hinweist, daß sie nur durch das Eintreffen der Amerikaner auf dem Kriegsschauplatz vor sicherem Untergang bewahrt blieben. Mit sichtlicher Genugtuung trägt er nach einer Einladung des belgischen Königspaares in Schloß Laeken im Dezember 1920 (S. 111) ein: „Nach dem Essen saßen wir an dem Kamin und erzählten uns. Der König erklärte mir nochmals, daß die Nationen fertig gewesen wären, als unsere Streitkräfte eintrafen, und daß ohne unsere Hilfe der Feind den endgültigen Sieg davongetragen hätte.“ Von einem englischen General, der im Oktober 1922 bei ihm zu Besuche weilte und die bemerkenswerte Überlegenheit des englischen und amerikaisnchen Soldaten über die Soldaten aller anderen Nationen betonte, schreibt er kurz und bündig (S. 287): „Leider gewinnen es wenige von uns über sich, die außerordentlichen Leistungen der deutschen Militärmaschine in all ihren Teilen anzuerkennen. Er (der englische General) scheint sich der entschieden schlechten Verfassung der Alliierten im Frühjahr 1918 nicht bewußt zu sein und ebensowenig zu wissen, daß nur die bevorstehende Ankunft von Reserven und Verstärkungen von jenseits des Ozeans Verhältnisse verhütete, deren Schrecklichkeit man sich nicht ausmalen kann.“ Im April 1922 äußert er sich über die französischen Versuche, Deutschland mit feindlichen Staaten einzukreisen. „Es ist einfach eine Torheit zu denken, daß 62 Millionen eines so mannhaften Volkes wie die Deutschen durch einen Gürtel von feindlichen Staaten eingeschnürt werden könnten.“ (S. 224).

Aus diesen Aufzeichnungen spricht eine, wenn auch nicht mit so und soviel Worten erläuterte, so doch deutlich erkennbare Bewunderung für ein Volk, mit dem er sich rassenverwandt fühlt. Zweimal stößt man in dem Tagebuch auf Stellen, die auf den Unterschied zwischen Germanen und Romanen hinweisen und erkennen lassen, daß sich der Verfasser zu den in Sitten, Gewohnheiten und Denkweise von der romanischen Rasse abweichenden Germanen zählt. Im August 1922 hatte er den englischen Grafen Errol und dessen Gemahlin, beide kraftvolle Typen ihres Landes, in Koblenz zu Besuch. Kurz vorher hatte er zwei Deutsch-Amerikaner empfangen. Hier anknüpfend trägt er in sein Tagebuch (S. 265) ein: „Wenn man diese Familie und die beiden erwähnten Deutsch-Amerikaner und auch den Durchschnitts-

amerikaner mit dem Durchschnittsfranzosen vergleicht, so ist der Gegensatz zwischen Germanen und Romanen nicht zu verkennen. Wenn die inneren geistigen Vorgänge sorgfältig untersucht werden könnten, so würde sich wahrscheinlich derselbe Rassenunterschied herausstellen". Noch deutlicher drückt sich Allen bei einer anderen Gelegenheit aus. Zwei hervorragende Damen der amerikanischen Gesellschaft sollen sich, wie ihm mitgeteilt wurde, in gar nicht schmeichelhaften Ausdrücken über die Franzosen ausgelassen haben, wobei sie behaupteten, seine Äußerungen und Beziehungen zu ihnen seien nicht auf echte Zuneigung, sondern eher auf diplomatische Anforderungen gegründet. Allen tritt diesen Äußerungen nicht in einer Form entgegen, die man vielleicht von einem Manne, der sich nach seinen eigenen Worten Mühe gibt, „die Rheinlandfrage vom Standpunkte der Franzosen aus zu betrachten", erwartet hätte. Er zeigt sich vielmehr auch hierbei vollkommen als der gewandte Diplomat, dem es zuguterletzt doch mehr auf die Meinung seiner Landsleute über ihn ankommt, denn er sagt (S. 185): „Diese Empfindung ist unglücklicherweise nicht nur auf die sprachliche Scheidewand, sondern auch auf die natürlichen Unterschiede in Gewohnheiten, Sitten und Lebensweise, kurz auf Rasseneigenschaften zurückzuführen. Die angelsächsische Zivilisation ist germanisch, und der Unterschied zwischen Germanen und Romanen tritt in diesen Zeiten zum Schaden des europäischen Friedens höchst auffällig zutage".

Es ist äußerst interessant zu beobachten, wie krampfhaft trotz dieser Erkenntnis und trotz der von Kapitel zu Kapitel deutlich erkennbaren, in seinem Inneren sich vorbereitenden Wandlung seine ehrliche Soldatennatur an den Beziehungen zu dem Bundesgenossen und Waffenbruder festhält. Er erkennt wohl die rachsüchtige Politik und bekämpft sie am Beratungstische aufs schärfste, indem er immer wieder auf den Wortlaut des Rheinlandabkommens hinweist und sich nicht von seiner Auffassung einer auf Ehrlichkeit, Anstand und Rechtlichkeit gegründeten Politik abbringen läßt. Er hat uns Deutschen dadurch manch guten Dienst erwiesen. Mit Erfolg erhebt er mehrere Male Einspruch gegen einen Kommissionsbeschluß, der das Eintreten eines ungesetzlichen Präzedenzfalles und einen durch den Vertrag nicht begründeten Anspruch verhindert. So während des Eisenbahnstreiks Ende 1921, wo die Franzosen, hauptsächlich General Payot, alles daransetzten, das Kriegsrecht zu erklären, um auf diese Weise in den Besitz der Eisenbahnen im besetzten Gebiet zu gelangen. Auch verhinderte er die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein, die er als berühmtes Rheindenkmal erhalten wissen wollte. Aber aus seiner Opposition die Folgerungen zu ziehen oder auch nur damit zu drohen, dazu konnte er sich doch nicht aufschwingen. Die Grundlage des Rheinlandabkommens ruht nach Allen in den Worten: „Erhaltung, Sicherheit und Versorgung der verbündeten Truppen", was eine Einmischung in die Zivilverwaltung oder deren Übertragung auf die Militärbehörde ausschließt. Die heute wieder so vordringliche Frage der Entwaffnung Deutschlands wird von ihm schon im Jahre 1922 als vollendete Tatsache festgestellt. Auf Seite 225 trägt er unter dem 29. April ein: „Auch kam Oberst Cox (amerikanischer Militärattaché in Berlin). Er bestätigt den Inhalt seines kürzlichen Briefes. Die französische Abteilung der Kontrollkommission unter Vorsitz des Generals Nollet erkenne an, daß Deutschland entwaffnet ist, daß aber politische Gründe erfordern, die Auffindung versteckter Waffen, seien sie auch noch so gering oder unbedeutend, an die Öffentlichkeit zu bringen". Einige Tage später verzeichnet er auf Seite 229: „General Bircham (Engländer) bestätigt, was viele von uns schon wissen, daß Deutschland entwaffnet und unfähig ist, Krieg zu führen, da es weder Mittel noch Geschütze hat. Er spricht damit auch in Nollets Sinn, doch die französische Presse fährt fort, jeden kleinen Waffenfund, der von der Kontrollkommission berichtet wird, aufzubauschen, und führt ihn zum Beweis an, daß Deutschland noch nicht entwaffnet ist". General Allen ist stets bemüht gewesen, den Franzosen die Unzulänglichkeit ihrer Rheinlandpolitik vor Augen zu führen und sie zu einer weiseren Politik Deutschland gegenüber zu bekehren. Zu dem französischen Vorsitzenden der Rheinlandkommission, M. Tirard, wie überhaupt zu seinen anderen französischen Kollegen und Kameraden, unterhält er die freundschaftlichsten Beziehungen. Es spricht zu Gunsten des ersteren, wenn Allen behauptet: „Tirard handelt auf Druck von Paris. Der militärische Einfluß und sein eigener Wunsch, Frankreich aus dem Kriege Nutzen ziehen zu sehen, erschweren die Ausführung guter Absichten". Allen erkennt, daß Frankreichs Geldbedürfnisse und seine Furcht es dazu treiben, Deutschland, solange es noch Zeit ist, zu vergewaltigen. „Deutschlands Versuche aber, sich wieder aufzurichten und keine Reparationen zu zahlen, machen überall Schwierigkeiten". So schrieb Allen im April 1921 (S. 132). Der Schlußsatz verrät deutlich seine Vorliebe für Frankreich. Kurz vor seiner Rückkehr nach Amerika lesen wir aber unter dem 21. Januar 1923 (S. 361) den für unsere Nachbarn wenig schmeichelhaften Eintrag: „Als Ergebnis des Krieges hat jenes Land eine Stellung und ein Ansehen erhalten, die es kaum zu behaupten vermag; der nationale Stolz aber verlangt, daß sie bei-

behalten werden. Es wird einige Jahre in Zentraleuropa mächtig sein, aber die unerbittlichen Gesetze der Kraft werden ihm schließlich diejenige Stellung in der Kategorie europäischer Staaten anweisen, zu der das eigene Können und die eigenen Verdienste es berechtigen".

Seine Achtung vor dem Begriff „fair" geht sogar so weit, daß Allen selbst die Handlungen des Präsidenten Wilson einer Kritik unterwirft. Er schreibt auf Seite 130, April 1921: „Gerade vor 4 Jahren unterzeichnete Präsident Wilson das Gesetz, in dem erklärt wurde, die Macht der Vereinigten Staaten solle Deutschlands Niederlage herbeiführen, nachdem er wenige Monate vorher den Gedanken ausgesprochen hatte Friede ohne Besiegte". — An einer anderen Stelle (S. 107) finden wir dann die treffende Bemerkung über die Forderungen der Alliierten an Sachleistungen in Verbindung mit ihrer Aushungerungspolitik: „Die Alliierten verlangen 810000 Milchkühe von Deutschland, während die Vereinigten Staaten große Geldsummen dafür aufwenden, um die unterernährten Kinder in Deutschland zu speisen. Tatsächlich scheint sich die Forderung unmittelbar gegen das Leben der deutschen Kinder zu richten, mag auch dafür die Absicht nicht bestimmend gewesen sein". — Die Forderung der Alliierten auf Auslieferung der „Kriegsverbrecher" erregt anscheinend seinen Unwillen, denn er vermerkt im Mai 1921 in sein Tagebuch (S. 139): „Die augenblickliche deutsche Regierung scheint alles zu tun, um ihren guten Willen zu zeigen, aber es ist unnatürlich und sogar unmenschlich, von einem Lande zu verlangen, daß es gutwillig diejenigen gerichtlich verfolgt, die es im Kampfe um seine Existenz verteidigt haben, ganz abgesehen von der Rechtslage". — Wir sehen an diesen Beispielen, wie sehr der Angelsachse von der Bedeutung des ihm durch seine sportliche Betätigung in Fleisch und Blut übergegangenen Wörtleins „fair" durchdrungen ist. Das Wort ist in dem Tagebuch geradezu zum Leitmotiv geworden. Allen sucht es bei seinen Bundesgenossen am Beratungstisch, findet es aber nicht. Selbst beim interalliierten Sport scheint es zu fehlen, denn anläßlich der von den Franzosen in Wiesbaden im Juni 1921 veranstalteten olympischen Spiele für die Besatzungstruppen, an welchen sich auch amerikanische Soldaten beteiligten, vermerkt er (S. 141): „Unsere Vertreter hatten keinen günstigen Eindruck von der französischen Auffassung des fair play". —

Hiermit wollen wir ein Buch aus der Hand legen, das infolge der hervorragenden Stellung, die sein Verfasser 3½ Jahre am deutschen Rhein einnahm, wie kein anderes geeignet ist, dem künftigen Historiker über die Vorgänge am Rhein zu dieser Zeit die wertvollsten Aufschlüsse zu geben.

Deutsche Auswanderung nach Argentinien

B. Aires, Mai 1925.

Sehr geehrter Herr Professor!

Wie Sie wissen, war die deutsche Auswanderung in den letzten Jahren vor dem uns von unseren Feinden aufgezwungenen Weltkriege nur gering, nachdem sie in den achtziger Jahren, als unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu wünschen übrigließen, recht bedeutend gewesen war, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Das ist leider nach dem Versailler Diktat, das unter dem überragenden Einfluß Clemenceaus stand, der der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß es 20 Millionen zuviel Deutsche in der Welt gebe, und der alles daransetzte, Deutschland in jeder Hinsicht zu bedrücken und zu schwächen, wesentlich anders geworden. Durch diesen sog. Frieden ist in Deutschland eine Lage entstanden, die zahlreiche unserer Landsleute, die früher nie solche Gedanken hegten, zur Auswanderung treibt. Da die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Tore, die früher gastlich weit geöffnet waren, mehr und mehr der Einwanderung verschließen, wenden viele Deutsche ihre Blicke nach Südamerika, besonders nach Argentinien, das im Kriege unter der Politik seines gerecht denkenden und einsichtsvollen Präsidenten Irigoyen neutral geblieben ist, und wo Deutsche an und für sich einen gern gesehenen und geachteten Bevölkerungszuwachs darstellen.

Aus umstehenden Zahlen ergibt sich, daß die Zahl der Rückwanderer eine recht hohe ist und weiter steigt. Daraus erhellt, daß viele Deutsche hier nicht gefunden haben, was sie suchten. Könnten alle deutschen Einwanderer zurückreisen, die hierzu den Wunsch hegen, so würde die Rückwanderung noch bedeutend größer sein, aber gar vielen fehlen dazu die erforderlichen Mittel, da sie das letzte, was sie hatten, für die Herreise und den anfänglichen Aufenthalt hier ausgegeben haben, so daß ihnen nun nichts übrigbleibt, als im Lande zu verharren. Es herrscht unter den deutschen Einwanderern in Argentinien sehr viel Not und Elend, obwohl die hier lebenden Deutschen sehr viel für ihre armen Landsleute tun, was aber von diesen nicht immer genügend anerkannt wird. Viele von diesen mittellosen und arbeitslosen Deutschen gehen elendiglich zugrunde. Viele verfallen auch dem Verbrechertum, wie

daraus erhellt, daß die Zahl der deutschen Verbrecher, die früher ganz minimal war, seit dem Kriege erheblich gestiegen ist.

Nach der vor einigen Tagen erschienenen zusammenfassenden Darstellung der argentinischen Einwanderung von 1857 bis 1924, die der Generaldirektor des Einwanderungsamts, Herr Dr. Juan P. Ramos, herausgeben ließ, betrug die deutsche Einwanderung:

	Einwanderer	Rückwanderer	im Lande Verbliebene
1911	3 593	2830	763
1912	4 337	3528	809
1913	4 620	4331	289
und nach dem Krieg:			
1921	4 113	1784	2329
1922	6 514	2496	4018
1923	10 138	1989	8149
1924	10 238	3388	6850

Im Jahre 1925 ist die Einwanderung bisher geringer als im Vorjahre, dagegen die Rückwanderung nicht unerheblich stärker gewesen. Außer diesen deutschen Einwanderern aus Deutschland selbst kommen noch zahlreiche Deutsche aus Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien (Siebenbürgen) nach Argentinien, die diese Länder verlassen, da sie dort in brutaler Weise von den nationalistischen Regierungen bedrückt werden. Ihre Zahl ist nicht festzustellen, da ihre Pässe nicht ersehen lassen, welcher Abstammung sie sind.

Es kann aus diesen Gründen nicht eindringlich genug vor unüberlegter Auswanderung nach Südamerika, besonders nach Argentinien gewarnt werden. Das Gold liegt keineswegs auf der Straße. Es muß hart, ja teilweise härter als in Deutschland in Konkurrenz mit den Angehörigen anderer Nationen gearbeitet werden, die sich für die hiesigen Verhältnisse und das hiesige Klima besser eignen als unsere deutschen Landsleute, wie z. B. Spanier, Portugiesen und Angehörige des Balkans. Vielen Deutschen gefallen die argentinischen Wohnungsverhältnisse und die Nahrungsmittel nicht. In der Tat sind die deutschen Wohnungsverhältnisse für ärmere Leute viel, viel besser als hier. Das Essen paßt vielen Deutschen nicht, obwohl es nahrhafter ist als in Deutschland; sie jammern nach den geliebten belegten Stullen und dem Kaffee, der hier den Arbeitern nicht oder nur wenig gegeben wird. Ein Nachteil für unsere Landsleute ist, daß sie meist kein oder doch zu wenig Spanisch kennen. Der Spanier findet hier seine Muttersprache vor, und der Italiener und Portugiese machen sich mit ihrer der spanischen Sprache ähnlichen Muttersprache unschwer verständlich. Die Einwanderer sollten sich viel mehr vor der Abreise und auf dem Schiff mit dem Spanischen befassen, denn die Unkenntnis der Landessprache erschwert oder verschließt ihnen gar manche Beschäftigung. Vielen Deutschen bekommt das wärmere, in einzelnen Teilen des Landes zu gewissen Zeiten heiße Klima des Landes nicht, während die Südeuropäer es leicht ertragen.

Die argentinische Regierung steht der deutschen Einwanderung durchaus wohlwollend gegenüber, aber sie ist mit Recht der Ansicht, daß es nicht in ihrem wie auch nicht im deutschen und namentlich nicht im Interesse der Einwanderer liegt, wenn die Einwanderer zugrunde gehen oder Schaden leiden. Die argentinische Regierung ist daher bemüht, gewisse Kautelen einzuführen, die oft bei uns falsch verstanden und als deutschfeindliche Maßnahmen gedeutet worden sind. Diese Auffassung ist falsch. Ich weiß von Generaldirektor Dr. Juan P. Ramos, daß er gerade auf die deutsche Einwanderung Wert legt, daß er aber darauf bedacht ist, die deutschen Einwanderer, die sich an und für sich hier nicht so leicht zurechtfinden als die Einwanderer vieler anderer Nationen, z. B. die Spanier, Italiener, Portugiesen usw., zu schützen und vor Unheil zu bewahren.

Am besten stehen sich die Einwanderer natürlich, die mit einem festen Vertrag herkommen, denn sie brauchen nicht erst nach einer Arbeitsgelegenheit zu suchen. Aber auch diesen Einwanderern ist zu raten, vorsichtig zu sein, da sie oft den Ruf und die Stabilität des sie engagierenden Unternehmers nicht beurteilen können, sowie ob sie mit dem angebotenen Einkommen genug zum Leben haben. Vielfach können die Auswanderer sich in Deutschland an den deutschen Auskunftsstellen orientieren, oft erscheint aber eine Anfrage in Argentinien nötig, d. h. bei der Deutschen Gesandtschaft, Calle Peru 375, dem Deutschen Volksbund, Calle Moreno 1059, dem Verein zum Schutze germanischer Einwanderer, Calle Moreno 740, denn es ist oft vorgekommen, daß die Unternehmungen, die die Leute aus Deutschland herkommen ließen, nicht hinreichend fundiert waren und zusammenbrachen, so daß die engagierten Leute stellenlos wurden.

Wesentlich ungünstiger sind die daran, die sich erst eine Arbeit suchen müssen. Die Einwanderer können zunächst im Einwanderungsheim am Hafen wohnen. Bis zu fünf Tagen haben sie dort auf kostenlose Verpflegung und Wohnung Anspruch, aber die argentinischen Behörden sind sehr entgegenkommend. Wenn im Einwanderungsheim Platz ist, hat man die Einwanderer bis zu fünf Wochen dort gelassen, teils ganz unentgeltlich, teils gegen ganz geringe Bezahlung: 1 Papierpeso für Erwachsene und ½ Papierpeso für Kinder pro Tag. Die Einwanderer sollten daher möglichst lange, d. h. bis sie eine Stelle haben, im Heim bleiben, denn die Hotels, selbst die billigsten, sind immer weit teurer. Im Einwanderungsheim gibt es auch Stellennachweise, aber die Deutschen sollten sich in Zweifelssachen immer bei den obengenannten deutschen Stellen Auskunft und Rat holen. Für Frauen ist noch der Deutsche Frauenverein Calle Aguero 1321 empfehlenswert, der auch Stellen vermittelt.

Leider kommen auch viele Deutsche her, die gar nicht ernstlich gewillt sind, zu arbeiten. Solchen Elementen ist natürlich nicht zu helfen. Sie bleiben besser drüben und versuchen sich dort durchzuschlagen, was ihnen da immer noch besser als hier gelingen wird.

Außerordentlich viele Einwanderer haben die Absicht, sich in der Landwirtschaft zu betätigen und hegen den Wunsch, ein Stück Scholle zu erwerben. Man nimmt bei uns an, daß in dem großen, noch dünn bevölkerten Argentinien, das nur etwa 9½ Millionen Einwohner zählt, die Verhältnisse besonders günstig liegen, um Grund und Boden billig zu erwerben. Nun ist aber der wertvollste Teil des Landes seit langer Zeit in privaten Händen; der Staat besitzt nur noch in abgelegenen Teilen des Landes, namentlich im Chao, in Missiones und in den südlichen Territorien größere Flächen von Grund und Boden.

Gerade die Einwanderer, die etwas Kapital besitzen, müssen besonders vorsichtig sein. Sie müssen sich namentlich vor den vielen Kolonisationsgesellschaften hüten, die nach dem Kriege bei uns wie Pilze aus der Erde wuchsen und deren Bestreben meist nur dahin ging, den gutgläubigen Auswanderungslustigen den Rest des Geldes abzunehmen, der ihnen nach dem Zusammenbruch geblieben war. Auch jetzt ist noch dringend Vorsicht geboten und zu raten, daß sich die Einwanderer an zuständiger Stelle in Deutschland und Argentinien genau über die betreffenden Kolonisationsunternehmungen erkundigen. Als Minimum für einen Ansiedler sind 4000 Doll. m/1 (Papierpeso), etwa gleich 6500 M. nach jetzigem Kurse anzunehmen. In dieser Summe ist ein Betrag enthalten für den Fall, daß die erste Ernte, wie es manchmal vorkommt, nichts einbringt. Diese Summe genügt aber nur für Regierungsland. Beim Ankauf von Privatland, das, wenn erhältlich, viel teurer ist, braucht der Einwanderer weit mehr. Familien mit mehreren Kindern über 12 Jahren, die gleich mitarbeiten können, stehen sich am besten, denn sie können auf fremde, teure, manchmal gar nicht zu beschaffende Arbeitskräfte verzichten. Familien mit kleinen Kindern, in denen sich die Frau mehr um die Kinder als um die Arbeit kümmern muß, haben es viel schlechter; auch alten Leuten, deren Arbeitskraft geringer ist, und die sich an Klima und neue Verhältnisse schlechter gewöhnen, kann nicht geraten werden, sich als Kolonisten zu betätigen.

Jeder, der mit Kapital ins Land kommt und aufs Land als Kolonist oder Pächter gehen will, sollte eigentlich ein Jahr lang als Arbeiter auf dem Lande Land und Leute kennenlernen und sein Geld auf einer der deutschen Banken (Banco Aleman Transatlantico und Banco Germanico de la America del Sud) in die Sparkasse tun. Es wird nicht immer, namentlich nicht bei älteren Leuten, möglich sein, als Arbeiter aufs Land zu gehen. Warnen möchte ich dringend davor, daß Einwanderer ihr Geld Landsleuten, die sie nicht von langer Zeit her genau kennen, anvertrauen. Da sind oft traurige Erfahrungen gemacht worden.

Es kann den Einwanderern, die als Kolonisten aufs Land gehen wollen, nicht eindringlich genug geraten werden, sich vor Unterzeichnung eines Vertrags bei einer der erwähnten deutschen Stellen in Buenos Aires Rat zu holen und namentlich in fremder Sprache keinerlei Verpflichtung zu unterzeichnen, ohne deren genauen Inhalt zu verstehen. Sie dürfen sich auch nicht auf mündliche Versicherungen verlassen, daß der Vertrag abgeändert werden würde oder daß neben dem Vertrag mündliche Abreden gehalten werden würden. Solche mündliche Zusagen bei einem schriftlichen Vertrage werden nicht gehalten werden. Sodann soll sich der Kolonist hüten, Wechsel (pagares) zu zeichnen, namentlich für den Kaufpreis des Landes und des Inventars. Ferner muß genau geregelt werden, was wird, wenn der Kolonist bei der Zahlung in Verzug gerät, denn oft wird ihm dann alles genommen und seine Anzahlungen verfallen. Es muß darauf gedrungen werden, daß der Käufer baldmöglichst den Titel, d. h. das Eigentum des Landes erhält und seine Restschuld als Hypothek eingetragen wird. Oft sind die Kolonisatoren gar nicht Eigentümer des Landes, das sie anbieten, und dann muß der Kolonist eventuell nochmals zahlen, wenn sich der Eigentümer meldet. Auch darauf ist zu achten.

Kurz und gut, der Kolonist kann nicht vorsichtig genug sein, namentlich auch bei Abmachungen mit Landsleuten. Die benannten Stellen in Buenos Aires sind fast immer in der Lage, dem Kolonisten guten, zuverlässigen Rat zu geben.

Im allgemeinen geht mein Rat dahin, daß jeder, der hierher auswandern will — ich glaube das von ganz Südamerika sagen zu können — sich sehr genau überlegen muß, ob er nicht besser daheim bleibt, denn leicht, das wiederhole ich, wird er es hier draußen nicht haben. Jeder wird gut daran tun, sich bei den leicht zugängigen Stellen in Deutschland zu orientieren. Dabei möge jeder Deutsche auf den Erbfehler unserer Nation, das Besserwissen, verzichten. Hat sich aber ein Deutscher fest entschlossen, nach Südamerika zu gehen, so soll er alles tun, um das Gelingen seines Planes zu fördern. Wesentlich ist für alle, den festen Willen und die Energie aufzuwenden, sich unter allen Umständen durchzusetzen. Sind diese Eigenschaften da — leider fehlt es oft sehr daran — so sind Aussichten des Gelingens gegeben, denn aus ihnen entwickelt sich alles andere.

Ich wiederhole, daß das Erlernen des Spanischen wesentlich ist, und daß der Einwanderer bei allen Schritten, namentlich auch in Buenos Aires mit Vorsicht zu Werke gehen muß. Er soll auch Landsleuten gegenüber nicht gutgläubig sein und auf den Rat der in Buenos Aires vorhandenen Stellen hören.

Ich würde mich freuen, Herr Professor, wenn Sie diesen meinen Ratschlägen weiteste Verbreitung geben wollten, denn ich bin überzeugt, daß man unsere Landsleute nicht eindringlich und oft genug vor unüberlegter Auswanderung warnen soll, die so viele Leute in Not und Elend gebracht hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ergebener

Freiherr v. d. Bussche,

Gesandter und Unterstaatssekretär z. D.

Bücher

Neuerscheinungen

Der Weltenbummler. Reisen und abenteuerliche Schicksale. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald. Dieses Unternehmen ist für jeden, der politisch nicht ganz indifferent ist (für welche Gemütsverfassung die Griechen das Wort „idiotes" erfunden haben), etwas vom Lesenswertesten überhaupt. Es zeigt uns die außereuropäische Welt nach dem Krieg, ohne Romantik, ohne Rosabrille, realistisch, als Konkurrenzobjekt der Weltmächte. Die Ausstattung ist glänzend, Ganzleinen, jeder Band enthält eine Menge scharfer Aufnahmen gänzlich unbekannter Gegenden. Rassul Galwan: Als Karawanenführer bei den Sahibs. Ein wegen der Ursprünglichkeit des Verfassers reizvolles Dokument über Karawanenreisen durch Tibet, Kaschmir, Turkestan, Pamir und die Mongolei. Entzückend naiv erzählt; der Übersetzer, Paul Fohr, hat das famos nachgebildet. Man hört den lustigen alten Burschen wirklich plaudern. E. A. Powell: Mit Auto und Kamel zum Pfauenthron. Ein kühler, klarer amerikanischer Militär über Jerusalem, Zionismus und seine Gefahren, die arabischen „Könige" von Englands Gnaden, britische Brutalität, das erwachende Arabien, das neue Persien und seinen Diktator. Wie richtig der Verfasser die politischen Marktverschiebungen taxiert, beweist der Wahabiter Krieg. Politischer Weitblick, nüchterner Tatsachensinn, sportliche Schneid, spannende Schreibweise sind die Vorzüge des Bandes. Haardt-Dubreuil: Die erste Durchquerung der Sahara im Automobil. Politisch hochwichtig, weil das Ziel Frankreichs ist, sein Neger-Reservoir für den nächsten Weltkrieg möglichst heranzuziehen. Interessant, wie Arbeiterinnen und Greisinnen an die waghalsigen Offiziere Briefe schreiben, in denen sie sie ihres Gebetes für das Gelingen des kühnen Unternehmens versichern: das ist französische Mentalität! Timbuktu, 1880 von Oskar Lenz als viertem Europäer betreten, ist fast rein französisch geworden. Die Verbindung zwischen Frankreichs neuem Karthago: Marokko-Algier-Tunis und seinem Kanonenfutter am Senegal und Niger ist damit auf eine Woche verkürzt. Es ist ja anzunehmen, daß die französischen Bäume auch nicht in den Himmel wachsen werden, aber diese einer zähen, zielbewußten Politik dienende Sportleistung verdient die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Erich Obst: Russische Skizzen. Das Werk von Prof. Obst gibt von Sowjet-Rußland einen wesentlich anderen Begriff, als was in unseren Zeitungen zu lesen steht. Dem Leiter des Instituts für

Wirtschaftsgeographie in Hannover erschlossen sich alle Kanzleien und Bureaus. Er sieht die Brutalisierung der Gebildeten durch die Masse, die ungeheuerliche Unsittlichkeit beider Geschlechter, die Abkehr von der Religion, den Leninkultus bis in den fernsten Hütten Sibiriens, das tödliche Dahinsiechen Petersburgs. Das erst seit dem Krieg ins Auge gefaßte Murmangebiet wird Rußlands größten eisfreien Hafen haben und Ausfallgebiet werden. Ich kenne keine lesenswertereren, besser ausgestatteten und billigeren (5 M.) Reisewerke, als diese prachtvollen Bände.

In der bekannten Memoiren-Bibliothek von Robert Lutz in Stuttgart sind zwei neue Bände erschienen, jeder in seiner Weise spannender als ein Roman. Das Pediskript, Aufzeichnungen aus dem Leben eines Armlosen, von C. H. Unthan (30 Bilder, geheftet 5,50, Ganzleinen 7 M.). Der Verfasser, ohne Arme auf die Welt gekommen, studiert Musik in Leipzig, feiert Triumphe als Geigerund Trompeter, tritt auf in Zirkus, Variété, Theater, in ganz Europa und Amerika. Eine der interessantesten Selbstbiographien, auch witzig, schlagkräftig geschrieben. „Unter Zuchthäuslern und Kavalieren", Russische Gestalten und Erkenntnisse von Viktor von Knobelsdorff (geh. 5, Ganzleinen 6,50): Deutscher Flieger, Notlandung, gefangen, lebenslängliche Zwangsarbeit, macht eine Reihe russischer Strafanstalten durch, erlebt Revolution, schlägt sich vom fernsten Osten bis in die Heimat durch.

In diesem Zusammenhange: Kapitän Ehrhardt, Abenteuer und Schicksale. Herausgegeben von Friedrich Freksa (Verlag Scherl): Was will der spannendste Kriminalroman gegenüber der abenteuerlichen Flucht Ehrhardts aus dem Leipziger Gefängnis! Mit welch anderm Gefühl legt man solche Bände aus der Hand, als den Sensationsfilm Ossendowskis!

Ludwig Schraudenbach: Muharebe. Der erlebte Roman eines deutschen Führers im osmanischen Heere 1916/17 (Drei-Masken-Verlag). Ein Quellenbuch von großer Bedeutung, zugleich ein Anklagebuch. Erlebte Romantik unter arabischen Stämmen, in der Glut des Irak, im armenischen Winter. Aus dem Werke geht immer wieder hervor, daß die Anforderungen des Weltkriegs die Kräfte der Türkei überstiegen. „Ich glaube mehr und mehr, daß die ganze Orientpolitik Deutschlands eine Utopie war" (S. 289). Oberst Schraudenbach schildert, wie er betont, die vorkemalistische Türkei. (Er ist übrigens mit den türkischen Offizieren ausgezeichnet gestanden). Die geschilderten Übelstände stellt er dar weniger als Folgen des Volkscharakters, als der fehlenden staatlichen Organisation. Er schätzt besonders die Anatolier als brav, anständig, nüchtern, anspruchslos, tapfer. Das Buch ist nicht etwa ein Jugendbuch, sondern ein kulturgeschichtliches Dokument. „Roman" will nicht besagen, daß der Inhalt erfunden sei. Vor allem ist das Buch als Schilderung fremder, von Europäern kaum betretener Kriegsschauplätze von militärwissenschaftlicher Bedeutung. „Muharebe" heißt Kampf. Diese Kämpfe am Ägäischen Meer, in Armenien und Mesopotamien, gegen Engländer und Russen, gegen ein mörderisches Klima, gegen eine morsche Armeeverwaltung haben etwas Packendes. Der Verlag hat dem Werke ein schönes Gewand gegeben. Es gehört sicher zu dem Wertvollsten über diesen Teil des Krieges, vor allem auch zu dem Aufschlußreichsten über deutsche Illusionspolitik.

Willy Seidels erster Erzählungsband „Der Garten des Schuchan" erweckte überaus glänzende Erwartungen, hinter denen seine folgenden Werke etwas zurückblieben. Auch sein neues Buch „Der Gott im Treibhaus", das er selbst einen Roman von Übermorgen nennt, läßt das vermissen, womit nun einmal trotz alledem eine Geschichte steht und fällt: eine innerlich packende Handlung. Daß man das Werk trotzdem bis zum Schlusse nicht aus der Hand legt, ist das Verdienst der schriftstellerischen Qualitäten des Verfassers. Aber dieser Kampf einfacher Menschen gegen die scheußliche Mechanisierung des Daseins, gegen die öde, zersetzende, geistig unproduktive Überkultur ist schon einmal geschrieben worden, in einem Roman, der die Bibel gewisser kommunistischer Kreise ist, und den daher auch Nicht-Kommunisten sehr gut täten zu lesen: „Cäsars Denksäule" von Donnelly (Reclam). Daß natürlich jeder Roman von Seidel lesenswerter ist, als das meiste, was heute erscheint, ist sicher. Der Verlag Buchenau & Reichert hat den Band vornehm gedruckt und gebunden.

Sicilia. 135 Aufnahmen, mit Einleitung von Karl Gröber (Augsburg, Benno Filser, geb. M. 14). Die Aufnahmen sind durchweg ebenso gut wie ihre Wiedergabe hervorragend ist. Eine schönere Illustration zu Viktor Hehns wundervollem Aufsatz über Sizilien in seiner „Italienischen Reise" (München, Albert Langen) ist nicht denkbar. Wenn erst Südtirol dieselben Rechte hat wie Italiens afrikanische Kolonien, wird man auch anständigerweise wieder nach Sizilien fahren können. Bis dahin ist es Gewissenssache für jeden Deutschen, der sich respektiert, das Land südlich von Salurn zu meiden, und sich so lang mit

derart schönen Abbildungen zu begnügen. Aufnahmen und Wiedergaben finde ich noch besser als die oft allzu effektvollen Kurt Hielschers.

Wie Edward Bok Amerikaner wurde. Eines holländischen Knaben Lebensrückblick nach 50 Jahren. Deutsch von Rickmer Rickmers. Mit 7 Bildern. Basel, Benno Schwabe & Co. Die Selbstlebensschau des Leiters der ersten amerikanischen Frauenzeitung ist ein wertvolles Buch. Was dieser geborene Holländer geleistet hat, ist amerikanisch im besten Sinn. Man kann recht viel daraus lernen: nicht nur wie man Zeitschriften in die Höhe bringt, sondern auch was wahre Demokratie ist, eine Demokratie der Tat, nicht der Phrase. Durch seine Herausgebertätigkeit ist Bok mit einer Menge prominenter Menschen in Berührung gekommen. Vernichtend ist sein Urteil über die Amerikanerin als Modesklavin, wenn es sich um Tierschutz, z. B. des Reihers, handelt.

Adolf Damaschke: Aus meinem Leben (Grethlein & Co.). Das Buch ist nicht nur die Geschichte eines merkwürdigen und tatkräftigen Menschen, sondern auch seines Lebenswerks, nämlich der Bodenreformbewegung. Auch ist es reich an interessanten Episoden, z. B. der schöne Besuch bei Frau Förster-Nietzsche. Der Vergleich mit dem Buche Edward Boks ist lehrreich: Der Amerikaner hat viel mehr freien Ellenbogenraum, und in Deutschland scheitert das Meiste an der blödsinnigen Parteizerklüftung. Sicher ist, daß Damaschke Ideale aufgestellt hat, die eines Tages doch verwirklicht werden müssen.

Jeremias Gotthelfs Ausgewählte Werke, mit Einleitung in 4 Bd. herausgegeben von Johannes Mumbauer (fast 2000 S., 4 Tafeln, in Leinen je M. 7). I: Einleitung und Kleinere Erzählungen: Wie Joggeli eine Frau sucht, Die schwarze Spinne, Elsi die seltsame Magd, Die Wege Gottes und der Menschen Gedanken, Das Erdbeer-Mareili, Der Besenbinder von Rychiswyl, Berthli der Korber. II: Wie Uli der Knecht glücklich wird. III: Geld und Geist, oder Die Versöhnung. IV: Käthi die Großmutter. Der Verlag Herder & Co. in Freiburg hat mit dieser trefflichen Auswahl seine bekannte Bibliothek Deutscher Klassiker wiederum bereichert. Gotthelf bleibt von allen Volksschriftstellern der gewaltigste, und gerade ihn, den reformierten Pfarrer, in einen ausgesprochen katholischen Verlag aufzunehmen und dadurch ihm eine ganz neue Leserschaft zu erschließen, ist ein großes Verdienst. Besonders angenehm ist, daß jeder Band dieser Bibliothek einzeln käuflich ist. Die Auswahl, die der in der katholischen Literaturbewegung rühmlich bekannte Piesporter Pfarrer aus dem überreichen Lebenswerke seines evangelischen Amtsbruders getroffen hat, ist dazu angetan, Gotthelf von allen Seiten zu zeigen. Wie alle Bände der Herderschen Bibliothek, verdienen auch diese vier vor allem Einstellung in die Klassen-Büchereien der Schulen jeder Art; es sollte wirklich keine Anstalt geben, wo sie nicht vertreten wären. Denn dieser Bauernschriftsteller war wie Gottfried Keller es aussprach: eine der größten epischen Begabungen aller Zeiten.

John Galsworthy: Der kleine Jon (Verlag Paul Zsolnay). Ein entzückendes Kinderbuch für Erwachsene. Was geht vor? Eigentlich gar nichts, wenn das erwachende Gefühl eines kleinen Knaben seiner Mutter gegenüber gar nichts ist. So laß ich mir Psychanalyse als angewandte Dichtung gefallen! Die Illustrationen von Sauter sind witzig, aber eigentlich ist das große Format des Buches ein Mißgriff. Ich hätte es noch lieber ganz klein, zum In-die-Tasche-stecken.

Neue Tauchnitzbände. Seit Shaws Jungfrau von Orleans-Drama Saint Joan sind über ein Dutzend neue Bände erschienen. David of King's von Benson ist ein amüsanter Ausschnitt aus dem Cambridger Universitätstreiben. Arnold Waterlow von May Sinclair vertritt den auch in der englischen Literatur neuerdings wieder gepflegten Typus des Entwicklungsromans, wobei der Nachdruck auf der inneren Biographie liegt. Der Amerikaner Josef Hergesheimer, einer der bedeutendsten der Gegenwart, ist bei Tauchnitz schon mit 7 Bänden vertreten; sein neuester, Balisand, behandelt eine tragische Herzensgeschichte mit politischem Hintergrunde. The Old Ladies von Hugh Walpole spielt in der gedämpften, beinahe Stormschen Umwelt der typischen Cathedral Town. Der neueste Band des unermüdlichen Arnold Bennett, Elsie and the child, enthält 13 ernste und heitere kurze Geschichten. A. E. W. Masons House of the Arrow ist eine äußerst spannende Kriminal-Erzählung. The White Monkey von Galsworthy behandelt die Probleme der Nachkriegszeit, die Spannung zwischen älterer und jüngerer Generation und schließt sich durch die Balzacsche Wiedereinführung eines früheren Helden eng an des Dichters Man of Property an. (Tauchnitz erwürbe sich ein Verdienst durch Aufnahme von Galsworthys entzückender Kindergeschichte „Der kleine Jon" in die Sammlung). Beatrice Harradens Youth Calling ist in der fortreißend pathetischen Art ihres Meisterwerkes Ships that pass in the Night. Sehr originell ist Orphan Island von Rose Macaulay, eine Art moderner Robinsonade zu Vierzig. Der Marburger Lektor Ashton Beacock hat schon 1909 darauf auf-

merksam gemacht, daß die Spannung zwischen dem auf unseren Schulen gelesenen Sprachstoff und dem zeitgenössischen Englisch immer bedenklicher wird. Das war offenbar mit einer der Gründe, warum die bayerische Unterrichtsverwaltung mit nachahmenswerter Initiative Englisch als erste Fremdsprache festsetzte. Die Schulverwaltungen der anderen Bundesstaaten werden wohl oder übel sich zu demselben Schritt entschließen müssen, wenn ihre Schüler wirklich das Englisch von heute lernen sollen. Das wertvollste Mittel, sich auf dem Laufenden zu erhalten, ist nach wie vor Tauchnitz.

Sprichwörter, Proverbs, Proverbes, Proverbi, Proverbios von Prof. Adolf Boeckler (Stuttgart, Fr. Frommann (H. Kurtz)). Die Bände Englische und Französische Sprichwörter der bekannten Miniatur-Bibliothek waren mir eine angenehme Straßenbahnlektüre. Dieser Band ist eine noch anregendere, weil er die Sprichwörter gleich in 5 Sprachen nebeneinander stellt und an sich viel reicher ist.

„Die Wunder der Wissenschaft" nennt sich ein neues Unternehmen des Verlags A. Langen in München. Es soll 5 Bände umfassen: Physik und Chemie, Astronomie, Erdgeschichte, Biologie und Medizin, Technik. Hiervon erschien der 1. Band, Physik und Chemie von Dr. Albert Neuburger (61 Abb., geheftet M. 5, Ganzleinen M. 7,50). Seit dem Hefte unserer Zeitschrift „Fortschritte der Physik und Chemie" (XVIII, H. 2) ist nichts Ähnliches erschienen bis zu Neuburgers Buch. In 22 Kapiteln werden alle aktuellen Probleme beider Wissenschaften behandelt: Relativität, Atomzertrümmerung, Goldmachen, nie rostendes Eisen, die Chemie als Sherlock Holmes, Radium, Kreisel, Fernwirkungen usw., nicht in der Form trockener Belehrung, sondern spannend und dennoch gediegen.

Wenn in einem Augenblick, da Sammlungen russischer Literatur ringsum aufschießen wie Pilze, eine Sammlung zu erscheinen beginnt, deren Titel und Programm „Bücher des Mittelalters" lautet, so wirkt das nicht nur wie eine, sondern als die Antithese schlechthin. Daß es ein mittleres und abendländisches Europa gibt, mit dem die geistige Wesenheit Europas selbst umschrieben ist, an welcher Rußland nur durch das Griechenerbe seiner Kirche teil hat, gehört zu jenen Wahrheiten, die ob ihrer zu großen Einfachheit Gefahr laufen, einer desorientierten Zeit für Paradoxe zu gelten. Wir verdanken Professor Friedrich von der Leyen den kostbaren Band „Älteste deutsche Dichtungen", Urtext und Übertragung nebeneinander (Insel-Verlag), der im Schranke keines Liebhabers unserer Vergangenheit fehlt. Wir verdanken ihm Organisation und Horizontweite der Märchensammlung des Diederichs'schen Verlags in Jena. Daß er der Herausgeber der „Bücher des Mittelalters" ist, bürgt dafür, daß die Sammlung nicht stecken bleibt und die rechte Mitte zwischen Wissenschaft und Zugänglichkeit für den großen Kreis der Bildungsbeflissenen einhält. Das Jahrtausend zwischen Völkerwanderung und Reformation hat uns noch Unendliches zu sagen, und sagt es uns am klarsten, wenn wir es selbst sprechen lassen, ihm nicht ins Wort fallen, es nicht zergeistreichen. Zwei Bände lassen Plan und Ziel des großen Unternehmens erkennen. — Wunder und Taten der Heiligen von dem Kölner Forscher Goswin Frenken: Apokryphen, Märtyrer-, Mönchs-, Bekennerlegenden, italienische, fränkische und irische Heiligenlegenden, solche indischen Ursprungs, aus Heldensage und Spielmannslied. Sagen und Geschichten aus dem alten Frankreich und England, von Werner und Maja Schwartzkopff: merowingische Sagen, geistliche epische Lieder, Heldengesänge, gereimte Zeitgeschichte, altfranzösische Prosa von Villehardonin über Joinville und Froissart bis Commynes. Daß die Bände gediegen eingeleitet und erläutert seien, war nicht anders zu erwarten. Eine Überraschung jedoch ist die selbst für den Verlag F. Bruckmann ungewöhnlich schöne und preiswerte Ausstattung. Jeder Band enthält 16 Tafeln nach Bildwerken der Zeit, darunter die Hälfte in Farben. Der erste kostet M. 9, der zweite ebenfalls in grünem Ganzleinen mit reichem Goldaufdruck M. 10. Die Sammlung wendet sich nicht nur an Gelehrte und Bibliotheken, sondern an Gebildete und Bildung Suchende jeden Standes. Sie dient der Belehrung nicht minder als dem edlen Genusse. Sie stellt in Buchform dar, was das Germanische Museum in Gestalten und Dingformen bietet: das mittelalterliche Erbe, das, antik fundamentiert und germanisch durchgebildet, uns abendländische Völker auch nach und trotz dem Weltkriege als eine zusammengehörige Gemeinschaft empfinden läßt, gegenüber allem halbmorgenländischen Europa, das dieser Ahnen und ihres Vermächtnisses entbehrt.

Rosenheim Josef Hofmiller.

Kleine Tatsachen und Gedanken

Selbstbestimmungsrecht

In den deutschen Schulen Südtirols hängt überall der letzte Armeebefehl des italienischen Armeekommandanten vom Weltkrieg mit dem Datum vom 4. November 1918. Darin steht, daß die viel schwächeren italienischen Truppen in kühnen, mutigen Kämpfen dem österreichischen Heere eine vernichtende Niederlage beigebracht haben. Die Welt weiß aber wohl, daß in der Katastrophe des Schlußaktes die tschechischen und ungarischen Regimenter zuerst abgezogen sind, und daß die Österreicher allein blieben. Es wurde den österreichischen Armeen verkündigt, daß Waffenstillstand sei, man veranlaßte durch allerlei Vorspiegelungen die österreichischen Regimenter stehen zu bleiben, die Italiener umzingelten sämtliche österreichische Truppen und erklärten den ahnungslosen Österreichern, für Italien gelte der Waffenstillstand erst nach 36 Stunden. Sie seien Gefangene Italiens. Die Italiener machen, wie man sieht, von ihrem antiken Erbe unbedingter „patriotischer" Geschichtsschreibung — man könnte auch ein kürzeres Wort wählen — einen starken Gebrauch.

Die Italiener haben Südtirol nicht erobert, sondern es ist ihnen trotz schwerster Niederlagen durch das Friedensdiktat zugesprochen worden. Jenes Friedensdiktat baut sich, wie wiederum alle Welt weiß, auf dem Waffenstillstand auf, und der Waffenstillstand wurde moralisch möglich durch die vierzehn Punkte Wilsons. Die vierzehn Punkte Wilsons enthielten aber auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir haben in Südtirol den seltsamen Fall, daß ein bis auf die Knochen geschlagenes Volk in ein fremdes Land eindringt, es besetzt und dort — das beweist das Wüten der Italiener gegen die deutschen Schulen in Südtirol — das Mark der Selbstbestimmung ausschneidet, sich vergreift an der unmittelbarsten und ehrwürdigsten Äußerung der menschlichen Seele: der Muttersprache.

Noch niemals ist so viel von Befriedung, von Recht, von der Freiheit der Völker geredet worden wie heute, überhaupt ist die Atmosphäre des ganzen Erdballs durch den Mißbrauch hoher Ideen und Worte übelriechend geworden. Um beim besonderen Falle Südtirols zu bleiben, sieht die Wirklichkeit so aus, daß in Südtirol gegen die deutsche Sprache, das von Jahrhunderten her ererbte höchste geistige Gut, ein barbarischer Kampf geführt wird. Im Etschland unter Bozen spricht ein Mädchen in der Schule ein deutsches Wort, sie wird zur Strafe sofort eingesperrt. Ein gewiß stattlicher und martialisch dreinschauender Carabinieri begegnet einem siebenjährigen Mädchen, das von einem Ort des Eisacktals aus der Schule seinem hochgelegenen Vaterhause zugeht. Der stolze Carabinieri durchsucht ihre Bücher, findet eine deutsche Fibel, zerreißt sie und wirft sie voll des Geistes einer stolzen Kulturnation dem Mädchen zu Füßen. In Neumarkt gibt ein deutscher Lehrer in Privathäusern Unterricht in der deutschen Muttersprache. Der „Verbrecher" wird entdeckt, die Stunden verboten, beim Lehrer wird Haussuchung gehalten und in seiner Tasche ein Taschenmesser entdeckt. Dieses Taschenmesser ist um einen halben Zentimeter länger als das vorgeschriebene Normalmaß. Um eine solche furchtbare Waffe besitzen zu dürfen, hätte der Lehrer einen Waffenschein sich beschaffen müssen. Er hat ihn nicht, und wird gefesselt ins nächste Gefängnis abgeführt.

Die Tiroler Kinder müssen natürlich auch sonst ihre Begeisterung für die durch Niederlagen über das Land ihrer Väter Herrgewordenen einlernen, vor der Fahne, gegen die ihre Väter auf den heiligen Bergen der Heimat wie Helden gekämpft haben. Wie man sieht, ist Wahrhaftigkeit die Grundlage einer solchen Kulturpolitik, Menschlichkeit und Zartgefühl sind ihre Mittel, Achtung vor dem ursprünglichsten Menschenrecht ist ihr Bürge. Wahrhaftig, die Deutschen müssen den Kelch der Bitterkeit bis zur Neige leeren. Sie müssen zusehen, wie überall an ihren Grenzen Mord an der deutschen Seele verübt wird.

München. Tim Klein.

Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten

Die Wahlen des 4. November 1924 haben in beiden Häusern die Mehrheiten für Aufrechterhaltung des Verbots verstärkt; im Senat um 4 Stimmen; im Repräsentantenhaus um 12 Stimmen. Von den 33 Senatoren ist nur einer vollständig Verbotsgegner (wet); vier weitere sind zwar nicht „dry", grundsätzliche Verbotsanhänger, aber doch für Durchführung der Gesetze, solange sie bestehen; im andern Haus 320 dry, 115 wet.

In drei Staaten gab es bisher keine Staatsgesetze zur Durchführung des Bundesverbots, so daß es dort nur von Bundesbeamten gehandhabt wurde. Auch diese Zahl hat sich, am selben Tag, verringert: Massachussetts nahm ein Ausführungsgesetz zur Verbots-

durchführung, das zwei Jahre früher noch mit 103000 Stimmen Überschuß abgelehnt worden war, jetzt mit 4000 Stimmen Überschuß an.

Seit 1922 findet zwischen England, Kanada und den Vereinigten Staaten ein systematischer Meinungsaustausch der studierenden Jugend in der Form von Erörterungsreisen hervorragender studentischer Debatteredner-gruppen statt. Die Gruppen stellen den sie empfangenden Universitäten einige Gegenstände der Erörterung zur Wahl, letztere wählen aus, welcher davon zur Sprache kommen soll. Unter diesen Gegenständen ist das Alkoholverbot einer der häufigsten. Im Mai 1923 reiste eine Debattiergruppe der amerik. Universität Colgate nach Manchester, Nottingham, Sheffield, Oxford, Cambridge, Birmingham und London mit zwei Gegenständen: Völkerbund und Alkoholverbot. Die Engländer wählten an drei Orten das erste, an vieren das zweite Thema. England antwortete um die Jahreswende 1923/24 mit einer Gruppe aus Oxford, welche mit ihren Erörterungen in vier Monaten rund um die Welt reiste, indem sie nach Erledigung der amerikanischen und kanadischen Welt auch noch Neuseeland aufsuchte. Auch diese Gruppe war, als Gegner, auf das Alkoholverbot vorbereitet; es wurde von 9 amerikanischen Universitäten als Gegenstand des Wortkampfs mit den Gästen gewählt, welche (bei der Abstimmung im Zuhörerraum nach der Debatte) durchwegs unterlagen, mit Ausnahme der Debatte in Chicago, wo sich eine kleine Mehrheit (27 bei 900 Stimmen) gegen das Verbot ergab. Es waren in

Ann Arbor	1247	für,	520	gegen,
Minnesota .	1348	„	493	„
Cincinnati .	1714	„	698	„
Coe	437	„	95	„
Hillsdale . .	432	„	88	„
Westminster	976	„	246	„

Desgleichen gab Columbia und Kansas den Verbotsfreunden große Mehrheiten. Die Hauptargumente für das Verbot, die in diesen Debatten geltend gemacht wurden, waren neben statistischen Feststellungen wirtschaftlicher und hygienischer Art: kein als solches erkanntes soziales Übel hat ein Daseinsrecht; Beschränkung der persönlichen Freiheit ist der Preis für die Geselligkeit in der Menschheit; Freiheit, welche mit der Wohlfahrt der andern unvereinbar ist, hat keine Aussicht auf Dauer; die sozialen Übel, welche der gewöhnliche Alkoholismus in einer menschlichen Gemeinschaft herbeiführt, sind so ernst, daß sie das Verbot rechtfertigen; moralische Einwirkung ist viele Jahre versucht worden, aber vergebens, weil der Spirituosenhandel sich um nichts kümmert, außer um die Gewalt des Gesetzes; der freie Gebrauch von berauschenden Mitteln ist unter den heutigen Umständen nicht Freiheit, sondern Zügellosigkeit.

In den Kreisen der erwachsenen Träger des Verbotsgedankens ist man nicht blind gegen die Neigung zu seiner Übertretung im Sinne einer jugendlichen Kraftprobe bei den Bemittelten eines gewissen Alters, aber man nimmt sie nicht tragisch, weil sie sich als vorübergehend nachweisen läßt und ihr die unbedingte Ablehnung des Alkohols bei sportlicher Ausbildung jeder Art wirksam entgegensteht. Für die Gesamtheit der amerikanischen Jugend betrachten Sachverständige, wie Frau Grace Abbot[1]), das Verbot als eine der wirksamsten Hebungsmaßnahmen, die es geben kann. Beispielsweise ist in New York die Straffälligkeit der Jugend von 8851 Fällen im Jahr 1919 auf 4421 Fälle im Jahr 1923 gesunken.

Tübingen. Studienrat Dr. Hermann.

Aus unserem Tagebuch

Es ist ganz unsicher, wie man sich gefallen würde, wenn man es nicht selber wäre.

*

Analogie ist das Wirkungsvollste, um diese Welt zu erhellen und eine andere zu verdunkeln.

*

Die wichtigste der falschen Analogien ist, daß man glaubt, mehrere Seelen seien im selben Sinn mehr als eine Seele, wie mehrere Körper mehr sind als ein Körper. Der Grundgedanke der Historiker und Soziologen ist, daß das Ziel von Geschichte und Gesellschaft in etwas liegt, das mehr ist als eine Seele — als ob es so etwas gäbe!

*

Geschichte — Philosophieersatz.

*

Der Prüfstein dafür, ob es einem mit einer Sache ernst ist: ob man bereit ist, sich für sie ins Unrecht zu setzen.

*

Die Gabe der Maus, auf kürzestem Weg ein Mausloch zu erreichen, ist das, was man Talent nennt.

*

[1]) Vorsteherin des Bundeskinderamts in Washington.

Redaktionell abgeschlossen am 24. Juni 1925.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. — Druck- und Buchbinderarbeiten: R. Oldenbourg, München. — Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich

Von Jakob Reinhardt in München

Eines der schmählichsten Kapitel in der Geschichte des großen Weltkrieges bildet die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen. Seit Beginn des Krieges haben die Süddeutschen Monatshefte in verschiedenen Veröffentlichungen[1]) darzustellen gesucht, wie Frankreich die von ihm selbst unterschriebenen Grundsätze der Genfer Konvention mit Füßen getreten hat. Die menschenunwürdigen Unterkunftsverhältnisse hinter Stacheldraht und unter freiem Himmel, Hunger und Durst, schwerste körperliche Arbeiten unter Beaufsichtigung von Schwarzen, Beschimpfungen durch den französischen Pöbel, körperliche Mißhandlungen, haarsträubende Urteile der französischen Justiz, Auswüchse des französischen Sadismus in Lazaretten, völkerrechtswidrige Behandlung von Sanitätspersonal — das alles sind Tatsachen, die heute allgemein bekannt sind und keiner eingehenderen Darlegung mehr bedürfen.

Neutrale Staaten, der Papst und Rote-Kreuz-Organisationen trachteten schon früh, das Los der Kriegsgefangenen zu erleichtern. Auskunfts- und Sammelbureaus wurden die Mittelpunkte der Kriegsgefangenenfürsorge. Seit Februar 1915 schritt man auf Anregung Benedikts XV. auch zur Internierung von dauernd kriegsunbrauchbar gewordenen Gefangenen in neutralen Ländern, besonders in der Schweiz und Holland. Bindende Verträge bestanden freilich nicht.

Die Vorgeschichte der Berner Vereinbarungen

Die deutsche Regierung erhielt zuerst durch Briefe von deutschen Gefangenen, die in Geheimschrift Mitteilungen über ihre Behandlung machten, und durch Berichte der Schutzmächte Kenntnis von den unglaublichen Zuständen in französischen Lagern. Durch Androhung, später durch Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen gelang es, in der Behandlung von Kriegsgefangenen in Frankreich kleine Änderungen herbeizuführen. Durch diese Maßnahmen wurde die französische Bevölkerung beunruhigt und verlangte, unterstützt von den Neutralen, eine Verständigung mit Deutschland. Dazu kam, daß eine fast vollständige Zerrüttung des öffentlichen Lebens durch die Einberufung der Männer von über 50 Jahren die Franzosen geneigter machte, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Die Verhandlungen begannen schon im Spätsommer 1916 in Bern, und zwar mit allen verbündeten Feindmächten, Belgien, Frankreich, England, Rußland und Japan, später auch Italien. Sie waren von Erfolg, und der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg konnte dem Reichstag am 2. März 1917 in einem Weißbuch Drucksache Nr. 645 das Ergebnis vorlegen. Von seiten Belgiens und Frankreichs waren die Verhandlungen mit der größten Unversöhnlichkeit geführt worden. Frankreich wollte nur eine gute Versorgung seiner Heeresangehörigen in Deutschland erreichen, während es bei den deutschen Gefangenen in Frankreich im wesentlichen beim alten bleiben sollte. Nur durch die Androhung von schärfsten Gegenmaßregeln wurde Frankreich zu Zugeständnissen gezwungen, denen sich dann die übrigen Staaten anschlossen. Aber selbst nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen fühlten sich die Franzosen zu keiner menschlichen Rücksichtnahme verpflichtet. Wenn sie trotzdem schon bald selbst eine Erweiterung und einschneidende Festlegung der von ihnen am 2. März 1917 unterschriebenen und nicht gehaltenen Leitsätze wünschten, so ist die Ursache in anderen Dingen zu suchen. Bereits im November 1915 wurde unter dem Protektorat des Prinzen Karl von Schweden, Präsidenten des schwedischen Roten Kreuzes, eine Zusammenkunft der Abgeordneten des deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Roten Kreuzes herbeigeführt, die Grundsätze für die Behandlung der

[1]) Vgl. die Hefte: Kriegsgefangen (März 1916); In englischer Gewalt (April 1916); Was wir litten (Januar 1920); Gegenrechnung (von Prof. Dr. August Gallinger, Juni 1921); Die Bestie im Menschen (Juli 1923). Außerdem vor allem wichtig: Die Gefangenenmißhandlungen, hg. mit Genehmigung des Ausw. Amtes, Berlin 1918, Carl Heymann.

Kriegsgefangenen in den drei Ländern festlegte. Am 13. Mai 1916 wurde von den Delegierten ein förmliches Protokoll unterzeichnet, das mit dem gleichen Datum in Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland in Kraft trat. Durch dieses Abkommen waren die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland viel besser gestellt als die französischen. Die deutsche Regierung sah auch strenge darauf und gab entsprechende Befehle an die Lagerkommandanten, das Abkommen nach Sinn und Wortlaut zu erfüllen. Die französischen Gefangenen setzten ihre Angehörigen bald genug davon in Kenntnis. Dazu kam, daß die Engländer bei Verhandlungen im Haag vom 26. Juni bis 2. Juli 1917 weitgehende Zugeständnisse in der Behandlung und in der Heimschaffung ihrer nicht mehr diensttauglichen Kriegsgefangenen erreichten. Die Vorbereitungen zu diesen Verhandlungen begannen schon bald nach Annahme der Richtlinien vom 2. März 1917. Durch seine Bevölkerung gedrängt, trat nun auch Frankreich durch Vermittlung des päpstlichen Nuntius Marchetti neuerdings an Deutschland heran, und so wurden im April 1917 die neuen Verhandlungen begonnen. Ein erstes Abkommen im April 1917 betraf hauptsächlich die Internierung von kriegsunbrauchbaren Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften in der Schweiz. Es kamen etwa 45000 Mann in Betracht, die aber infolge der Langsamkeit der Ausmusterungskommission im April 1918, als das große Berner Abkommen geschlossen wurde, noch nicht einmal zur Hälfte interniert waren. In der Folgezeit fanden noch mehrere Konferenzen statt, die aber zu keinem greifbaren Ergebnis führten. Erst eine große Konferenz im Dezember 1917 kann als Schrittmacher für das Berner Abkommen vom April 1918 gelten. Das Entgegenkommen der französischen Delegierten hatte eine starke Opposition in Paris zur Folge. Im Beschluß der Kammer wurde der französischen Regierung freilich zum Ausdruck gebracht, daß man von ihr die Einleitung der nötigen Schritte erwarte, um zu einem befriedigenden Ergebnis in den Verhandlungen zu kommen. Auf das Vorbild der deutsch-englischen Verhandlungen wurde dabei hingewiesen. Am 26. April 1918 führten die Verhandlungen dann auch zu der Unterzeichnung der Berner Vereinbarungen über Kriegs- und Zivilgefangene.

Ein Bericht der deutschen Delegation über ihren Aufenthalt in Bern läßt die Schwierigkeiten erkennen, die sich bei den Verhandlungen ergaben; er ist auch in anderer Hinsicht wertvoll, da er die Ansicht der leitenden Persönlichkeiten in der Schweiz über den Ausgang des Krieges kennzeichnet. Der Bericht lautet:

An

das Kriegsministerium

Berlin.

Generalmajor Friedrich, Departementsdirektor im Kriegsministerium, hielt sich in Begleitung des Majors Pabst von Ohain von der Abteilung Kriegsgefangenenschutz vom 14. bis 17. April in Bern auf, um über Gefangenenangelegenheiten zu verhandeln. Anfänglich war eine Zusammenkunft mit dem in Begleitung des Departementsdirektors im französischen Kriegsministerium, Herrn Cahën, zu gleicher Zeit in Bern befindlichen Minister Panafieu vom Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in Paris geplant. Die Anregung dazu war ursprünglich vom päpstlichen Internuntius Monsignore Marchetti und dem Minister Graf von Manneville von der französischen Botschaft in Bern ausgegangen. In letzter Stunde hatten die Franzosen jedoch erklärt, daß angesichts der deutschen Verwüstungen in dem Räumungsgebiet an der Somme eine persönliche Zusammenkunft ausgeschlossen sei, Herr Cahën, übrigens ein lothringischer Jude, der fließend deutsch spricht, hatte sich sogar zu der Äußerung verstiegen, daß er niemals wieder in seinem Leben mit einem Deutschen sprechen werde. Tatsächlich entwickelten sich jedoch in kurzer Zeit durch Vermittlung des Chefs des politischen Departements der Schweiz, Bundesrat Hoffmann, und vor allem des außerordentlich gewandten und tatkräftigen Armeearztes Oberst Hauser, allerdings ohne daß sich die Vertreter beider Länder sahen, regelrechte Verhandlungen, die zu einem Abschluß führten. Die deutsche Delegation hatte eine erweiterte Vollmacht, die über den Rahmen des Abkommens hinausgehen konnte, jedoch waren die französischen Unterhändler mit ungenügenden Vollmachten ausgestattet und mußten alle Abmachungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierung und vor allem der parlamentarischen Kommission für Gefangenenfragen, die in Paris unter dem Vorsitz des Herrn Combes tagt, treffen. Bezeichnenderweise äußerten sie bei

dem Empfang dem schweizerischen Bundespräsidenten Schultheß gegenüber, daß sie nicht in der beneidenswerten Lage des Generalmajor Friedrich wären, der so ausreichende Vollmachten besitze, daß er bestimmte Zusagen angeben könne. Man kann aussprechen, daß die französischen Unterhändler den besten Willen für eine Verständigung hatten, und daß die umfangreichen Vorarbeiten und Erhebungen, welche zweifellos ihrer Reise vorausgegangen waren, den Willen zum Abschluß einer brauchbaren Verständigung klar erkennen ließen. Die nach Rückkehr der deutschen Vertreter beim Kriegsministerium in Berlin eingehende Depesche des Vertreters des Kriegsministeriums bei der kais. deutschen Gesandtschaft in Bern läßt das gleiche erkennen. Die Franzosen geben nämlich auch bezüglich der Armeezone der deutschen Forderung nach und sind unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit bereit, die Kriegsgefangenen auf 100 km von der Feuerlinie zurückzunehmen und sie in Zukunft dem Kriegsministerium zu unterstellen. Interessant dürfte eine Äußerung des Herrn Cahën gegen Armeearzt Oberst Hauser sein, daß er nicht daran glaubt, daß der gegenseitige Austausch der etwa 45000 Kriegsgefangenen noch zur vollen Durchführung gelangen werde, sondern daß nach seiner Ansicht vorher die Feindseligkeiten eingestellt sein würden. Auf die Gegenfrage, ob Herr Cahën also glaube, daß bis dahin die Mittelmächte entscheidend geschlagen seien, erwidert Oberst Hauser, daß ihm das geradezu erfreulich erschiene, daß die Franzosen daran nicht mehr glauben.

Die deutschen Gegenmaßnahmen haben ohne jeden Zweifel bei den Männern, welche in Frankreich für die Behandlung der Kriegsgefangenen verantwortlich sind, den gewünschten Erfolg erzielt. Die Franzosen wissen ganz genau, daß die deutsche Heeresverwaltung ihre Forderungen unbeirrbar durchdrückt, und daß sie angesichts der bedeutend niedrigeren Gefangenenzahlen in französischer Hand letzten Endes doch gezwungen sind nachzugeben. Dieser Erkenntnis entsprach die durch Armeearzt Oberst Hauser übermittelte Bitte der französischen Unterhändler, in Zukunft vor dem Einsetzen neuer Gegenmaßregeln zu versuchen, durch persönliche wenn auch nicht unmittelbare Aussprache in Bern Klärung von etwaigen Mißverständnissen zu versuchen. Sie haben Armeearzt Oberst Hauser immer wieder versichert, daß sie zu jedem möglichen Entgegenkommen bereit seien. Und dies fand auch darin seine Bestätigung, daß die Franzosen den dringenden Wunsch äußerten, den Austausch des Sanitätspersonals nunmehr endgültig zum Abschluß zu bringen. Sie baten, daß ein Vertreter der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums bald nach Bern entsandt werde und versicherten, daß Minister Graf von Manneville ermächtigt sei, mit ihm alle vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Auch die der völligen Durchführung des Austausches bisher hinderlich gewesene Behandlung des deutschen Stabsarztes Lichtenberger, der angeblich bei der Gefangennahme aus seinem Wagen auf französische Truppen geschossen haben soll und deshalb von der französischen Regierung als Kriegsgefangener behandelt und des Schutzes des Genfer Abkommens entkleidet wurde, soll nach dem ausdrücklichen Versprechen des Herrn Cahën einer sofortigen und wohlwollenden neuen Prüfung unterzogen werden.

Die Verhandlungstage in Bern boten den Vertretern des Kriegsministeriums Gelegenheit zu einer Anzahl politischer Beobachtungen. Die militärisch notwendigen Zerstörungen im Räumungsgebiet an der Somme wurden von den Franzosen zu einer ausgiebigen Propaganda gegen Deutschland ausgenutzt. Alle französischen und teilweise auch schweizer illustrierten Zeitungen bringen Bilder der Verwüstungen, bei denen besonders die gefällten Obstbäume eine Rolle spielen. Dies seien Verbrechen, die der französische Landmann nie verzeihen werde. Auch die Niederlegung des Schlosses Couzy, dessen kunsthistorische Bedeutung die Franzosen zu diesem Zweck entdeckt haben, wird mit zahlreichen Bildern und Plänen immer wieder den französischen und neutralen Lesern dieser Zeitschriften vorgeführt. Eine umfangreiche bildliche Veröffentlichung der Zerstörungen der Russen in Ostpreußen und in dem augenblicklich beschossenen St. Quentin dürften als Gegenrechnung sehr empfehlenswert sein. Von der deutschen Gesandtschaft wurde geltend gemacht, daß die Aufsätze der deutschen Kriegsberichterstatter über die Niederlegung der Ortschaften im Räumungsgebiet mehr eine Art Genugtuung über die Grauenhaftigkeit des dortigen Landschaftsbildes enthielten als das Bedauern über die militärisch unbedingte Notwendigkeit solcher Zerstörungen. Dies dürfte besonders für die Auslandspropaganda zu beachten sein. Mit besonderer Vorliebe ergeht sich der Klatsch in der französischen Presse und in der Entente-Gesellschaft in Bern in Angaben über angebliche Roheiten der deutschen Offiziere gegenüber den Frauen und Mädchen der geräumten französischen Ortschaften im Kampfgebiet. Bundespräsident Schultheß erzählt, daß ein Franzose ihm gegenüber mit aller Bestimmtheit behauptet habe, die beiden Töchter des Souspräfekten von Noyons seien gezwungen worden, deutschen Offizieren als Maitressen zu folgen. Er bat diese Fälle mit größter Beschleunigung aufzuklären, das Verblei-

ben der beiden Mädchen festzustellen... Er versprach auch in Zukunft alle derartig bestimmt angegebenen Fälle zur Kenntnis von Generalmajor Friedrich zu bringen, um ihm Gelegenheit zu einer Widerlegung zu geben. Die Zahlen des im Monat März versenkten Schiffsraums der Entente wurden ebenso wie die Angaben der geringen Verluste unserer Unterseeboote z. Zt. während des Aufenthalts der deutschen Vertreter in Bern bekannt und machten ohne Zweifel einen tieferen Eindruck als die kurz vorher errungenen örtlichen Erfolge der Engländer bei Arras. Bundespräsident Schultheß äußerte sich bei einer vertraulichen Unterredung ganz offen dahin, daß jeder vernünftige Mensch, der imstande sei zu rechnen, einsehen müsse, daß der Unterseebootskrieg den Kampf für Deutschland entscheiden werde, wenn es nicht den Engländern innerhalb zwei Monaten gelungen sei, ein wirksames Mittel gegen diese furchtbare Waffe zu finden. Wie groß die Vorräte der englischen Regierung an Lebensmitteln seien, wäre ihm nicht bekannt. Das wisse er jedenfalls genau, daß in Frankreich nichts organisiert wäre und bereits bitterer Mangel herrsche. Er erzählte folgende Tatsachen: Ein Kommissar der Schweizer Regierung sei vor kurzem mit unbeschränkten Vollmachten und Geldmitteln in Marseille gewesen, um dort 300 Waggon Mais für die Schweizer Regierung zu kaufen. Er habe in der ganzen Stadt Marseille kein einziges Korn Mais auftreiben können und habe erzählt, daß es ihm auch in dem besten Restaurant nicht gelungen sei sich satt zu essen. Die Kohlennot in Frankreich wäre ungeheuerlich. Der Vorsitzende der S. S. S.[1]), ein Westschweizer und fanatischer Anhänger der Entente, sei vor kurzem von einem Besuch der französischen Ostfront zurückgekehrt und hätte ihm erzählt, daß Frankreich vor Eintritt dieses Winters Kohlenbergwerke erobern müsse, sonst habe es den Krieg verloren.

Auf der Rückreise von Bern fuhren die deutschen Vertreter mit der spanischen Militärmission zusammen, welche jetzt die deutsche Ostfront bereist. Ihr Führer, der spanische Oberst Marquis de Zajos, sprach sich sehr freimütig gegenüber Generalmajor Friedrich aus. Er erzählte von der Kohlennot in Paris, woselbst die besten Hotels trotz der empfindlich kalten Witterung ungeheizt waren. Das Straßenbild wäre gegen früher nicht wieder zu erkennen. Überall lägen Haufen von Schmutz, deren Beseitigung in unzureichender Weise von Senegalnegern vorgenommen würde. Die anläßlich des Unterseebootskrieges in Spanien betriebene Hetze der Entente gegen Deutschland sei lediglich Pressemache...

Generalmajor Friedrich und Major Pabst von Ohain waren einen Monat vor dem geschilderten Aufenthalt ebenfalls zu Verhandlungen in Bern anwesend und haben übereinstimmend die Ansicht gewonnen, daß sich bei der französischen Regierung und ihren Vertretern in Bern sowie bei den Neutralen ein entschiedener Umschwung gezeigt hat. Die Siegeszuversicht der Entente und ihrer mehr oder minder offenkundigen neutralen Freunde beginnt wankend zu werden ..

Die gewaltigen inneren Erschütterungen des russischen Reiches und die vernichtende Wirkung des deutschen Unterseebootskrieges im Verein mit der Festigkeit der Fronten der Mittelmächte ließen nach Ansicht aller einsichtsvollen Schweizer Kreise das für Deutschland günstige Ende des Krieges in greifbarer Nähe erscheinen. Unterschrift.

Die Berner Vereinbarungen vom 26. April 1918.

Die deutsche Delegation in Bern konnte grundsätzlich keinem Abkommen zustimmen, das empfindliche Schädigungen in der Schlagfertigkeit der deutschen Armee mit sich gebracht hätte. Anderseits war zu erwägen, ob nicht durch ein großzügiges Abkommen dem deutschen Volke eine Freude bereitet werden könnte, die einen Ruck nach vorwärts brachte. Diese beiden Gesichtspunkte wurden glücklich vereint.

Abkommen über Kriegsgefangene

Der Plan zum Austausch der Kriegsgefangenen von Land zu Land war auf deutscher Seite entstanden und wurde schon lange verfolgt. Die Franzosen versteiften sich darauf, daß dieser Austausch nach Kategorien vor sich gehen müsse und nicht Kopf gegen Kopf. Das war für Deutschland unmöglich. Im Dezember 1917 kam man dann den Franzosen etwas entgegen in bezug auf die Achtundvierzigjährigen. Der Austausch sollte uns bei einer Transportannahme von monatlich 8000 Mann bis zum Ablauf des Abkommens (31. Juli 1919) ungefähr sämtliche deutschen Gefangenen in Frankreich aus den Jahren 1914, 1915 und 1916 zurückbringen, zusammen etwa 140000 bis 150000 Mann. Die Franzosen hätten dafür nur die Kriegsgefangenen aus den ersten drei Kriegsmonaten bekommen. Die Franzosen wollten dem lange nicht zustimmen und empfanden es als unbillig. Allmählich näherten sich die Vorschläge, und es kam zum Abschluß der Vereinbarungen. Hin-

[1]) Die Schweizer Gesellschaft zur Überwachung der Ein- und Ausfuhr. D. Schr.

sichtlich der sogenannten Kategorienleute, bei denen der Austausch ohne Rücksicht auf Zahl und Grad erfolgen sollte, hatten die Franzosen uns gegenüber einen Vorteil, der ungefähr 8 bis 10% betrug. Dieses Entgegenkommen war aber geboten und wäre vollkommen dadurch ausgeglichen worden, daß wir viel jüngere, d. h. weniger lange in feindlicher Gefangenschaft befindliche Leute zurückbekommen hätten als die Franzosen. Auf einen Zug von 700 Gefangenen wären gegen 50 deutsche, aber gegen 100 französische Kategorienleute gekommen.

Der Austausch der Offiziere ließ sich nicht erreichen. Die Gründe lagen wahrscheinlich auf politischem Gebiet, Frankreich wollte offenbar die Rückkehr der französischen Offiziere nach Frankreich vermeiden. Auf deutscher Seite mußte man sich mit der Internierung in der Schweiz begnügen. Gleich zu Beginn des Austauschs sollten 900 deutsche Offiziere in der Schweiz interniert werden, das wären alle von 1914 und der größte Teil von 1915 gewesen. Späterhin sollten die Offizierstransporte in die Züge der Mannschaften eingeteilt werden. Die deutschen Offiziere von 1914, 1915 und 1916 wären danach bis Ende des Jahres 1918 aus Frankreich herausgekommen und in der Schweiz interniert gewesen. Das Verhältnis der noch zurückbleibenden Gefangenen hätte sich durch diesen Austausch sehr zugunsten Deutschlands verschoben, vielleicht wie 1 : 4. Die Räumung der Schweiz von deutschen Offizieren, die bis zum Abschluß der Vereinbarung dort untergebracht waren, hatte die Delegation durchgesetzt. Wir bekamen vom 22. Mai 1918 bis 15. Juli 1918 ungefähr 200 deutsche Offiziere und ca. 6500 Unteroffiziere und Mannschaften aus der Schweiz heraus. Die Heimschaffung der Offiziere, die während der Dauer ihrer Gefangenschaft in der Schweiz interniert wurden, mußte die deutsche Delegation an die Bedingung einer ernsten Erkrankung oder eines schweren Unglücksfalles knüpfen (Artikel 14). Für einen internierten französischen Offizier gab nämlich die Untersuchung durch Schweizer Ärzte viel leichter die Möglichkeit in seine Heimat zu kommen als für einen deutschen.

Abkommen über Zivilgefangene

Das Abkommen über Zivilgefangene erscheint auf den ersten Blick nicht so bedeutsam wie das über Kriegsgefangene, tatsächlich aber ist es für die Franzosen in politischer Hinsicht viel schwieriger gewesen. Die deutsche Delegation vertrat den Standpunkt, daß beide Abkommen untrennbar wären und daß sie das eine ohne das andere nicht abschließen könne. Bei dieser Gelegenheit wurde die ganze Elsässerfrage aufgerollt. Die Franzosen wollten alle Elsässer, deren französische Herkunft aus der Zeit vor dem Frieden von 1871 herrührt, nicht als Deutsche anerkennen. Die Delegation mußte diese Ansicht zurückweisen und zwang die Franzosen ausdrücklich festzulegen, daß unbeschadet ihres theoretischen Standpunkts in der Praxis die Elsaß-Lothringer nicht von dem Abkommen ausgeschlossen werden dürften. Die Elsässer-Frage war damit einwandfrei gelöst. Auch die Insassen der sogenannten refugiés, die nichts anderes waren als Gefangenenlager, wurden durch das Abkommen betroffen. Die Bedingung, daß die Zivilpersonen nach ihrem früheren Heimatsorte überführt werden sollten, wurde von den Franzosen angenommen. Ungefähr 95% aller in Frankreich internierten Deutschen wären danach nach Deutschland zurückgekehrt, dagegen hätten bei den Franzosen lediglich 90% das Recht gehabt, in das von uns besetzte Gebiet zurückzukehren. Besondere Wünsche von Zivilpersonen wegen einer Ausreise über die Schweiz sollten berücksichtigt werden, wenn nicht militärische Gründe dagegen sprachen.

Die Internierung hatte als solche nach der Unterzeichnung des Vertrags aufgehört. Die Leute sollten als freie Ausländer behandelt werden. Das Abkommen über die Zivilpersonen mußte für die noch Internierten innerhalb drei Monaten durchgeführt sein, für die auf freiem Fuß befindlichen innerhalb sechs Monaten. Der erste große Elsässer-Transport sollte schon am 25. Mai 1918 stattfinden.

Das Abkommen setzte vier Kategorien von Zivilgefangenen fest:

1. Zivilgefangene, die aus den von deutschen Truppen vorübergehend besetzten aber wieder aufgegebenen Teilen von Frankreich und Belgien stammen und in deutsche Gefangenenlager überführt wurden,

2. diejenigen, welche sich bei Ausbruch des Krieges in Deutschland befanden und noch in Gefangenenlagern untergebracht waren,
3. diejenigen, welche aus dem noch von deutschen Truppen besetzten Gebiet Frankreichs und Belgiens stammten und dorthin wieder entlassen werden sollten,
4. diejenigen, welche in Deutschland zu bleiben wünschten.

Nach diesen vier Punkten hatte auch Frankreich zu verfahren.

Strafen

Nachdem noch die Ernährung der Kriegsgefangenen festgesetzt war, wurde über die Anwendung von gerichtlichen und disziplinären Strafen verhandelt. Pflicht der deutschen Delegation war, alles zu versuchen, um unsere deutschen Leute aus den französischen Gefängnissen und Zuchthäusern zu erlösen. Es kam daher zu der im Artikel 34 festgelegten Vereinbarung über die Vollstreckung der gerichtlichen Strafen. Die Milderung sollte darin bestehen, daß die Leute aus den Gefängnissen und Zuchthäusern herausgenommen und in ein Sonderlager zusammengelegt werden sollten. Diese Maßnahme sollte keine Strafaussetzung, sondern nur eine besondere Art der Strafvollstreckung bedeuten. Bei den Disziplinarstrafen wurde ein Mittelweg zwischen der deutschen und der französischen Disziplinarstrafe gefunden. In Deutschland sollten die Landesherrn den Kriegsministerien die Ermächtigung geben, die neue Art der Vollstreckung der Disziplinarstrafen nach dem Abkommen durchzuführen. An die Art der Strafvollstreckung waren wir unbedingt gebunden. Die Lagerkommandanten durften keine besonderen Arten der Vollstreckung mehr einführen. Bezüglich der Vollstreckungsmaßregeln konnten wir uns keinen Täuschungen hingeben. Es wurde den französischen Delegierten erklärt, daß Deutschland weiterhin ein wachsames Auge auf die Zustände in der Gefangenenbehandlung haben und auch künftig, da wo es not tue, rücksichtslos mit Vergeltungsmaßregeln eingreifen werde. Bezüglich der Arbeitszeit der Kriegsgefangenen (Anlage 2, IV) wurde als selbstverständlich betrachtet, daß die Kriegsgefangenen in gleicher Weise beschäftigt werden konnten wie unsere freien Arbeiter. Die 10 Stunden sollten nur die allgemeinen Richtlinien geben. In Frankreich mußten unsere Leute oft 13 Stunden und länger arbeiten.

Frankreich verleitet die Austauschgefangenen zu Sabotage und Spionage

Während Deutschland das Abkommen sofort in Vollzug setzte, wußte Frankreich immer und immer wieder den reibungslosen Verlauf zu erschweren. Bereits im Mai 1918 hat es den Reisekommissionen den Zutritt zu den Strafanstalten und Zuchthäusern verwehrt. Auch bei den Untersuchungen der zu Internierenden machte es Schwierigkeiten. Ganz widersprechend dem Geiste der Berner Vereinbarungen war es schließlich, daß Frankreich die zum Austausch kommenden französischen Kriegsgefangenen zu ausgiebiger Spionage und Sabotage zu verleiten suchte. Bei der Prüfung des Büchleins „Le Scarabée d'or" von Edgar Poe aus der im Verlage A. Fayard & Co. in Paris erschienenen Romanserie „Les meilleurs Livres" wurde auf S. 45 dieser Schrift eine systematische Anleitung für Geheimtinten sowie eine Geheimschrift mit Schlüssel entdeckt. Zum Versand gelangten diese Bücher von der Société Franklin, rue Christine 1, Paris, mit dem angeblichen Zweck, an kriegsgefangene Franzosen Lesestoff zu vermitteln. In einem Kriegsgefangenenlager kamen Lehrbücher der Nationalökonomie an (Ch. Gide, Cours d'économie politique; 1913), die von dem Hilfswerk der schweizerischen Hochschulen zugunsten der kriegsgefangenen Studenten, Ausschuß der Universität Freiburg in der Schweiz, abgesandt wurden. Sie stammten von der librairie de la société du Recueil Sirey, 22 rue Soufflot, Paris, und wurden in Bordeaux bei Y. Cadoret, rue Poquelin-Molier, gedruckt. Im Buchrücken war ein Kartenausschnitt, die Gegend des großen Hauptquartiers darstellend, eingebunden. Außerdem enthielten die Bücher Anleitungen zur Sabotage (S. 716ff.). In einem anderen Lager wurden in einem Bücherpaket an kriegsgefangene Franzosen Beschreibungen von Städten und Ortschaften des Kampfgebiets und von besonderen Baulichkeiten gefunden. Der Text war nichts anderes als eine große Hetze gegen Deutschland und schloß mit den Worten: „Der plötzliche Überfall des verräterischen Tieres Ende Juli 1914 ist bekannt." In einem anderen Heft, betitelt „Reims avant la guerre"

wurde der Kampf um Reims geschildert. Von der Kathedrale wurde gesagt: „Das ist die Zielscheibe, auf die sich seit so vielen Monaten die deutschen Scharfschützen einüben. An einem solchen Ort, wo die Andenken an 15 Jahrhunderte reiner lateinischer Zivilisation angehäuft sind, macht jedes Geschoß mit Vorteil ganze Arbeit für die teutonische Kultur. Das ist ein gefundenes Fressen für Vandalen. Ihre Schläge beeinträchtigen indessen weder unsere Ausdauer noch unseren Willen, morgen das wieder herzustellen, was sie jetzt verwüstet haben; sie werden das Maß der Rache darstellen, die uns zukommt und die wir nicht vergessen werden." Die Beweise für Aufforderung zu Sabotage und Spionage ließen sich ins Unzählige vermehren. Material für alle diese Angaben liegt beim Auswärtigen Amt in Berlin.

Ergebnisse

Für die deutsche Kriegswirtschaft hatte das Abkommen einschneidende Veränderungen zur Folge. Die ausgetauschten französischen Gefangenen mußten der deutschen Wirtschaft entzogen werden, um unseren schwer geprüften kriegsgefangenen Landsleuten die Heimkehr zu ermöglichen. Die zweifellos entstehende Schädigung der deutschen Kriegswirtschaft ist von den beteiligten Stellen nach reiflicher Erwägung um des hohen Zieles willen mit in Kauf genommen worden. Die Abgabe der französischen Kriegsgefangenen wurde jedoch nur möglich unter der Voraussetzung, daß sie baldigst durch die zurückkehrenden Deutschen ersetzt würden, die den Platz der Ausscheidenden im Wirtschaftsleben einzunehmen hatten. Es lag auf der Hand, daß bei der mächtigen Anspannung der gesamten deutschen Kriegswirtschaft kein Mann entbehrt werden konnte und die Zurückkehrenden früher, als es unter anderen Umständen geschehen sein würde, zur Arbeit eingestellt werden mußten. Im allgemeinen konnte ihnen nur ein vierwöchentlicher Erholungsurlaub zugestanden werden. Es wurde aber dafür gesorgt, daß die Heimkehrenden wenn möglich an ihrem alten Wohnort oder in seiner Umgebung Verwendung fanden. Von einer militärischen Verwendung wurde abgesehen. Selbstverständlich hätte sich der Abtransport der über 18 Monate in französischer Gefangenschaft befindlichen Leute, der mehr als 45 Jahre alten und der 40jährigen Familienväter, die mehr als drei Kinder hatten, monatelang hingezogen. An deutschen Kriegsgefangenen, die sich 18 Monate in französischer Gefangenschaft befanden, kamen allein 2000 Offiziere und 120000 Mann in Betracht. Die Kriegsgefangenen, die am 15. April 1918 krankheitshalber in der Schweiz interniert waren, wurden unverzüglich in die Heimat entlassen. Um einige Zahlen anzugeben, so hatten die Franzosen am 10. Juni 1918, also zur Zeit, als die Austauschaktion im Gange war, 20916 bayerische Heeresangehörige in Gefangenschaft. Außerdem waren in der Schweiz 436 Bayern interniert. Durch das Abkommen von Bern wurde auch ein Austausch der Listen der in Feindesland Verstorbenen vereinbart. Wir erhielten eine solche erstmals am 31. Juli 1918. Die Verschiebungen im Stand der Internierten, Ausgetauschten, Gefangenen und in Gefangenschaft Gestorbenen zeigt folgende Tabelle, die bis zum Mai 1919 führt, also bis zu der Zeit, in welcher der Austausch aufhörte.

1918:	31. 7.	31. 8.	31. 9.	31. 10.	31. 11.	31. 12.
Internierte	865	657	639	641	602	599
Ausgetauschte	1316	1857	1850	1934	2251	2766
Noch in Gefangenschaft .	20975	21150	21338	21734	21987	22556
Gestorbene	1189	1199	1214	1221	1230	1238

1919:	31. 1.	28. 2.	31. 3.	30. 4.
Internierte	540	535	477	477
Ausgetauschte	3381	3387	3465	3456
Noch in Gefangenschaft .	22322	22780	23275	23461
Gestorbene	1246	1287	1320	1358

Der Waffenstillstand

Der deutsche Zusammenbruch hatte einschneidende Veränderungen im Gefangenenaustausch zur Folge. Schon im türkischen und österreichisch-ungarischen Waffenstillstandsvertrag (30. Oktober und 2. November 1918) forderte die Entente die Rückgabe aller alliierten Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit. Zur Zeit des Bekanntwerdens dieser Verträge befand sich Major Pabst von Ohain als Vertreter des Kriegsministeriums (Abt. Kriegsgefangenenschutz) dienstlich in Bern und suchte sofort den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes und damaligen Minister des Innern, Herrn Ador auf, um ihn zu bitten unverzüglich Schritte zu unternehmen, daß diese harten Bedingungen nicht auf die fast 800000 in alliierter Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen angewendet würden. Ador (ein stark frankophil gerichteter Westschweizer) erwiderte zunächst, der Waffenstillstandsvertrag sei eine rein militärische Angelegenheit, in die er sich unmöglich einmischen könne. Vermutlich werde man die deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau Frankreichs verwenden. Pabst von Ohain wies darauf hin, daß es sich hier um eine Frage der Menschlichkeit handle, für die sich das Internationale Rote Kreuz einsetzen müsse. Er bat Ador nicht als schweizerischen Minister, sondern als Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes für unsere Kriegsgefangenen etwas zu tun und zu erreichen, daß der Artikel 1 der Genfer Konvention vom 6. Juli 1906 in Wirksamkeit gesetzt werde, in dem es heißt: „Militärpersonen und andere den Heeren dienstlich beigegebene Personen, die verwundet oder krank sind, sollen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit von der Kriegspartei, in deren Händen sie sich befinden, geachtet und versorgt werden." Er bat des weiteren, daß das Internationale Rote Kreuz veranlassen möchte, daß die deutschen Kriegsgefangenen der Heimat und ihren Angehörigen wiedergegeben würden. Ador versprach, sich mit dem französischen Botschafter in Bern in Verbindung zu setzen und zu versuchen, drohendes Unheil von den deutschen Kriegsgefangenen abzuwenden.

Einige Tage später wurden die harten Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland bekannt. Hinsichtlich unserer Kriegsgefangenen bestätigten sich die schlimmsten Befürchtungen. Deutlich zeigte sich die Absicht der Franzosen, in Deutschland nicht den im ritterlichen Kampfe gestreckten Gegner zu erblicken, sondern den zu Tode gehetzten Feind, dem gegenüber kein menschliches Erbarmen am Platze sei. Und deutlich trat auch die Auffassung zutage, die deutschen Kriegsgefangenen nicht als ehrenvoll unterlegene Gegner, sondern als rechtlose Sklaven zu betrachten. Unter anderen Umständen und Verhältnissen wäre ein Schrei der Entrüstung durch ganz Deutschland gegangen, aber die inneren politischen Verhältnisse schoben auch diese in das deutsche Volksleben einschneidende Frage in den Hintergrund. Die Revolution brauste wie ein schweres Wetter über unser Vaterland; wohl bangten Millionen Herzen um das Schicksal unserer Kriegsgefangenen, doch des Volkes Mund blieb stumm und die Presse hatte in diesen Tagen keinen Raum für das künftige Schicksal und das Elend der Schwergeprüften.

Der für die deutschen Kriegsgefangenen so verhängnisvolle Artikel 10 des Waffenstillstandsvertrages sah die Aufhebung aller schon geschlossenen Austausch-Verträge, die Aufhebung aller Schutzmaßnahmen für die deutschen Kriegsgefangenen vor. Er bestimmte die Auslieferung aller feindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen durch Deutschland, während unsere Kriegs- und Zivilgefangenen in Feindeshand verbleiben mußten. Es soll anerkannt werden, daß die deutschen Vertreter, Staatssekretär Erzberger, General von Winterfeldt und Kapitän von Fanselow, mit eindringlicher Wärme für unsere Kriegsgefangenen eintraten. Es zeigte sich jedoch vom ersten Augenblick an, daß die Franzosen eine Milderung des Artikels 10 nicht zulassen wollten, und daß von vornherein jede Gegenseitigkeit ausgeschlossen sein sollte. Wiederholte Hinweise auf die bedauernswerte Lage der Gefangenen, auf die Enttäuschung ihrer Angehörigen sowie ein Appell an das Menschlichkeits- und Gerechtigkeitsgefühl blieben vollständig wirkungslos. Es wurde von gegnerischer Seite erwidert, den Gefangenen ginge es ausgezeichnet. Die Bestimmungen des Absatzes 2 im Artikel 10 des Waffenstillstandsvertrages waren besonders hart für

solche Kriegsgefangene, deren Rückführung bereits durch Verträge gesichert war. Nach heißen Bemühungen der deutschen Vertreter wurde als Absatz 3 zum Artikel 10 noch folgende Bestimmung durchgesetzt: „Indessen wird die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher weitergehen. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird nach Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden."

Marschall Foch verstand sich zu der mündlichen Erklärung, daß alle zugunsten der Kriegsgefangenen getroffenen Vereinbarungen über Behandlung, Beköstigung, Sonntagsruhe, Arbeitszeit usw. restlos aufrecht erhalten werden sollten. Jedoch verblieb es bei der Erklärung, aufrecht erhalten wurden weder die Vereinbarungen noch die Versprechungen.

Verhandlungen der Waffenstillstandskommission

Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages wurde der Vertreter des Kriegsministeriums Major Pabst von Ohain (Abt. Kriegsgefangenenschutz) der Waffenstillstandskommission beigeordnet, um mit den Vertretern des Feindbundes die notwendigen Einzelheiten für die Durchführung des Artikels 10 des Waffenstillstandsvertrages festzulegen. Wenn dieser Artikel 10 auch kaum einen Hoffnungsstrahl für unsere deutschen Kriegsgefangenen erblicken ließ, so war es doch eine selbstverständliche Pflicht, bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit für die in Feindeshand schmachtenden Brüder einzutreten. Dazu war Major Pabst von Ohain der geeignete Mann.

In der ersten Sitzung der Unterkommission für Kriegsgefangenenfragen stellte er sich auf den Standpunkt, daß nach dem Geiste des Artikels 10 (Absatz 2 und 3) die Rückgabe der deutschen Schwerverwundeten und die Internierung der Kranken und Verwundeten in Holland und der Schweiz unmöglich aufhören könne. Der Vertrag könne nicht dahin ausgelegt werden, daß es sich um einen Austausch handle, sondern um die Heimsendung und Hospitalisierung auf Grund ärztlichen Urteils. Er bat im Interesse der Menschlichkeit dieses Verfahren weitergehen zu lassen. Die Antwort war eine schroffe Ablehnung.

Von Ohain trat darauf in persönliche Fühlung mit dem englischen Vertreter und mit dem Vertreter des französischen Kriegsministeriums. Mit letzterem hatte er zu einer Zeit, da Deutschland in einer erheblich günstigeren Lage gewesen war als Frankreich, wochenlang in Bern verhandelt und dort dessen ständigen Appell an Menschlichkeit, Gerechtigkeit usw. anhören dürfen. Nun erinnerte ihn der deutsche Vertreter an jene Zeit und bat ihn sowie den englischen Vertreter, wenigstens mit dem Schwerverwundeten-Austausch, der Internierung Kranker und Verwundeter im neutralen Ausland und dem Austausch der Familienväter bis Weihnachten zu beginnen. Er erhielt tatsächlich die Zusage beider Herren zu entsprechenden Bemühungen in London und in Paris.

Die Engländer haben dann auch in der Folge zugestimmt und ihr Wort gehalten und 850 Schwerverwundete aus England und 400 Schwerverwundete aus der Armeezone herausgegeben. Nur die Franzosen waren zu keinem Zugeständnis zu bewegen.

Auf Anregung des Vertreters des Kriegsministeriums wurde am 3. Dezember 1918 durch das Auswärtige Amt nachstehendes Telegramm an den deutschen Gesandten in Bern gesandt:

„Deutsche Kriegsgefangene und Zivilgefangene in Feindeshand sind auf das härteste getroffen durch Waffenstillstandsbedingungen, die Gegenseitigkeit der Entlassung versagen. Ernstliche Gefahr völligen Niedergangs durch wirtschaftlichen Verfall und gänzliche Verwahrlosung der Kinder bedroht große Anzahl deutscher Familien, deren Väter Kriegsgefangene und Zivilinternierte in Feindeshand sind. Bitte daher Verwendung päpstlichen Stuhles herbeizuführen, daß Ententestaaten aus Gründen der Menschlichkeit die kriegsgefangenen und zivilinternierten deutschen Familienväter ohne Rücksicht auf Lebensalter und Kinderzahl zwecks Heimkehr zu Weihnachten in die Heimat baldigst entlassen."

Ein erfolgloser Vermittlungsversuch des Papstes

Am selben Tag ging eine Verbalnote ähnlichen Inhalts durch Vermittlung der Schweiz an sämtliche feindliche Regierungen. Daraufhin trat der Vertreter des Papstes in Bern, Monsignore Maglione, an den der französischen Botschaft in Bern

für Gefangenenfragen beigeordneten Gesandten, Graf Manneville, heran, um mit ihm die Waffenstillstandsbedingungen, soweit sie die Gefangenen betreffen, zu besprechen. Auch Graf Manneville hatte in einer Zeit, als Deutschland die Oberhand hatte, nicht genug an das Menschlichkeitsgefühl Deutschlands appellieren können. Nun sagte er, daß er für die Fortsetzung der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich nichts tun könne. Er verspüre auch kein Verlangen, sich dafür einzusetzen, denn er sei soeben aus der Gegend von Roubaix zurückgekehrt und fände es begreiflich, wenn die deutschen Kriegsgefangenen noch sehr lange in Frankreich zurückgehalten würden, um das so fürchterlich zerstörte Gebiet wieder herzustellen. Monsignore Maglione antwortete dem Grafen, daß eine derartige Maßnahme einen unauslöschlichen Haß in Deutschland hervorrufen würde, der als ein vorzügliches Propagandamittel für einen dereinstigen Rachekrieg ausgenützt werden könnte. Zum mindestens sollten die Alliierten mit der Herausgabe der 18monatigen Gefangenen und der Kategoriengefangenen fortfahren. Während des Sommers hätten die Alliierten ja hinreichend neue Gefangene gemacht, um die Wiederherstellungsarbeiten einzuleiten. Es sollte aber die Regel bleiben, daß jeder Gefangene, der seine 18 Monate abgedient habe, entlassen werde. Graf Manneville hatte darauf nur zu erwidern, die deutschen Delegierten könnten ja einen solchen Vorschlag bei Gelegenheit in Versailles machen. Dieses Vertrösten auf eine spätere Gelegenheit mußte der Vertreter des Kriegsministeriums bei seinem nächsten Vorstoß ebenfalls erfahren. Am 7. Dezember 1918 verlangte der französische Vorsitzende Erleichterungen der Lagerbestimmungen für die Ententegefangenen. Nach den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages hätten sie umgehend heimbefördert werden müssen; da dies aber nicht möglich war, müßte der Wunsch nach größerer Freiheit als berechtigt angesehen werden. Der Vertreter des deutschen Kriegsministeriums, Major Pabst von Ohain, schlug eine Regelung dieser Angelegenheit durch gegenseitige Zugeständnisse vor, indem auch die Lage der in den Ländern der Entente befindlichen kriegsgefangenen Deutschen eine Erleichterung erführe. Dies wurde von Oberst Demain abgelehnt mit dem Hinweis, daß der Waffenstillstandsvertrag sich lediglich auf die in Deutschland befindlichen Angehörigen der Entente beziehe. Den kriegsgefangenen Deutschen seien durch den Waffenstillstandsvertrag keinerlei Rechte eingeräumt worden. Sie würden deshalb weiter mit derselben Strenge behandelt wie bisher. Der deutsche Vertreter erinnerte in seiner Antwort an die vor dem Waffenstillstand in Bern geführten Verhandlungen über die Frage der Kriegsgefangenen und an die damaligen französischen Appelle an die Menschlichkeit, denen die deutschen Behörden nachgekommen seien, indem sie die Heimbeförderung der kriegsgefangenen Familienväter und der mehr als 45 Jahre alten Leute bewilligt hätten. Unter Berufung auf die damalige Haltung der deutschen Behörden sei es deshalb berechtigt, wenn im Namen der Menschlichkeit jetzt auch Erleichterungen für die kriegsgefangenen Deutschen verlangt würden. Der französische Vorsitzende stellte hierauf den deutschen Delegierten anheim, bei den Verhandlungen in Trier am 12. und 13. Dezember die Annahme von solchen Bestimmungen zu erwirken.

Um die Schwerverwundeten

Am 12. Dezember fand eine Sitzung der Unterkommission statt, an der Major Pabst von Ohain und die Vertreter des Marschall Foch, Oberst Demain und Major Poupinel, teilnahmen. Pabst von Ohain wies die Franzosen auf die unmenschliche Grausamkeit hin, seit Abschluß des Waffenstillstandes selbst die Schwerverwundeten vom Austausch auszuschließen und die Hospitalisierung der Kranken und Verwundeten in den neutralen Ländern einzustellen. Er erhielt die kühle Antwort, daß eine Aufnahme des Austausches der Schwerverwundeten und der Hospitalisierung der Kranken und Verwundeten nicht beabsichtigt sei. Auf seine Frage, was Frankreich daran liegen könne, Kranke und Verwundete fern der Heimat sterben zu lassen, antwortete der Vertreter des Marschalls, es sei doch bekannt, wie vortrefflich die Kriegsgefangenen in Frankreich gepflegt würden. Der letzte Versuch galt den Familienvätern. Der deutsche Vertreter erinnerte an

Bern, an alle schönen Reden der Herren Georges Cahën, Panafieu und Ador über Humanité, Loyauté, Justice und den Hoffnungsstrahl, den die deutschen Unterhändler damals den bedauernswerten französischen Kriegsgefangenen gewähren sollten. Alles war vergebens. Die Vertreter Fochs erwiderten nur, daß sie nicht berechtigt seien, über diese Fragen zu verhandeln, da in Trier lediglich die Fragen der Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages zu besprechen wären, in dessen Abmachungen die deutschen Kriegsgefangenen keinen Raum hätten. Er stellte dem Vertreter des Kriegsministeriums anheim, die bevollmächtigten deutschen Vertreter zu veranlassen, ihre Wünsche bei Marschall Foch selbst vorzubringen.

Dies ist in einer noch am 12. Dezember 1918 vom Staatssekretär Erzberger dem Marschall Foch überreichten Denkschrift geschehen, die mit folgenden Worten schließt: „Das deutsche Volk erwartet mit Recht, daß spätestens nach Freigabe der feindlichen Kriegsgefangenen seine eigenen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückkehren dürfen, und daß mindestens zu Weihnachten alle Familienväter über 40 Jahren mit mehr als 2 Kindern ihren Familien zurückgegeben werden." Es braucht kaum betont zu werden, daß es den deutschen Bevollmächtigten am 13. Dezember 1918 im Zuge Fochs, wo die Verhandlungen stattfanden, nicht besser erging als dem Vertreter des Kriegsministeriums, und daß alle Bitten glatt abgelehnt wurden.

Inzwischen hatten, wie erwähnt, die Engländer ihr Versprechen, die Schwerverwundeten herauszugeben, eingelöst. Der Vertreter des Kriegsministeriums bat bei den weiteren Verhandlungen in Spa die Vertreter der anderen alliierten Staaten nachdrücklichst, die deutschen Schwerverwundeten so bald wie möglich über den Rhein nach Deutschland zu befördern. Diese Bitte wurde durch ein Telegramm der französischen Regierung, das der französische Vorsitzende der Unterkommission am 4. Januar 1919 vorlas, zunächst abgelehnt. Major Pabst von Ohain sprach über diese Antwort sein tiefstes Bedauern aus. Ihr Bekanntwerden werde in Deutschland unter den Angehörigen der Kriegsgefangenen geradezu niederschmetternd wirken, da man bestimmt gehofft habe, daß die Alliierten und besonders die Franzosen, welche die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in ihren Händen hätten, dem Beispiel Englands folgen und die Schwerverwundeten herausgeben würden.

Französische Menschlichkeit

Auf die Absage der französischen Regierung hin wurde an den Vorsitzenden der Interalliierten Waffenstillstandskommission eine offizielle Note gerichtet, worin gebeten wurde, die Frage der Heimschaffung schwerverwundeter deutscher Kriegsgefangener einer neuen Untersuchung zu unterziehen und sie einer Lösung zuzuführen, die nichts als eine Tat der Menschlichkeit gegenüber diesen bedauernswertesten Opfern dieses Krieges bedeuten würde. General Nudant gab in der nächsten Vollsitzung auf diese Note mündlich folgende Antwort: „Wir haben von niemand Lehren über die Menschlichkeit anzunehmen. Wenn wir die verwundeten Kriegsgefangenen nicht nach Deutschland haben zurückführen können, so liegt das am Mangel an Transportmitteln. Erst wenn Sie uns geholfen haben, unsere Leute heimzuschaffen, kann darüber gesprochen werden, ob wir das gleiche tun. Das ist alles, was ich zu sagen habe." Auf die erneute Vorstellung des stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Oberst v. Müller, daß es sich um Blinde und Amputierte handle, denen schnell geholfen werden müsse, sagte General Nudant, daß der Abtransport der alliierten Kriegsgefangenen am 15. Januar 1919 beendet sein müsse, worauf die deutschen Schwerverwundeten bis Ende Januar heimbefördert werden könnten.

Zu gleicher Zeit, am 8. Januar 1919, wurde dem Vorsitzenden der englischen Waffenstillstandskommission, General Haking, folgende Note überreicht:

„Die Waffenstillstandsbedingungen haben eine Entscheidung über das Los der in Händen der Alliierten befindlichen deutschen Kriegsgefangenen ausgeschaltet. Tiefe Sorgen der Heimat und steigende Aufregung unter den Kriegsgefangenen sind die Folge. Während für die in Deutschland befindlichen alliierten Kriegsgefangenen alles getan wird, um ihren Abtransport in jeder Hinsicht zu beschleunigen, bleiben die deutschen Kriegsgefangenen in völliger Ungewißheit über ihr Schicksal. Gleichwie die Alliierten durch Entsendung von

Delegierten in die in Deutschland befindlichen Gefangenenlager eine Beruhigung ihrer eigenen Kriegsgefangenen erreicht haben, so ist ein ähnlicher Erfolg mit Sicherheit zu erwarten, wenn durch Zulassung deutscher Delegierter den hoffnungslosen deutschen Kriegsgefangenen wenigstens das Bewußtsein erhalten bleibt, daß sie von der Heimat nicht vergessen sind. In der Sitzung der Unterkommission für Kriegsgefangene am 22. 12. 18 wurde die Erlaubnis erbeten, daß deutsche Krankenschwestern, Geistliche und Ärzte in die deutschen Gefangenenlager der Alliierten gesandt werden dürften. Eine wohlwollende Prüfung wurde zugesagt. Es wird nicht daran gezweifelt, daß die Frage im zustimmenden Sinne von der britischen Regierung beantwortet werden wird. Es wird noch die Bitte hinzugefügt, daß einer Abordnung des deutschen Roten Kreuzes der Besuch der Gefangenenlager Großbritanniens gestattet wird, um dort durch persönliche Einwirkung den seelischen Zustand der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen zu heben. Es wird darauf hingewiesen, daß der Delegierte des britischen Roten Kreuzes, Herr Abramson, auf seine unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandes gestellte telegraphische Anfrage sofort die Erlaubnis zum Besuch der in Deutschland befindlichen Lager erhalten hat."

Eine Antwort auf diese Note ist nicht ergangen.

Der Vertreter des Kriegsministeriums übersandte ebenfalls im Januar an die Reichszentrale für den Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit Einverständnis des Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, General von Winterfeldt, den Entwurf einer Note, mit der Bitte sie durch das Auswärtige Amt an sämtliche alliierten Regierungen zu richten und gleichzeitig im In- und Ausland zu verbreiten. Diese Note klingt in folgenden Worten aus:

„Etwa Mitte Januar wird der Abtransport der Kriegsgefangenen der alliierten Länder und der Vereinigten Staaten im großen und ganzen beendigt sein. Über die Veröffentlichung der Verhandlungen über den Präliminarfrieden ist noch nichts bekannt geworden. Alle dahin gehenden Anfragen Deutschlands blieben bisher unbeantwortet. Es ist daher ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit die Verhandlungen über die Zurückführung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen unverzüglich beginnen zu lassen. Eine weitere Verzögerung würde die täglich wachsende Unruhe der Millionen von Angehörigen und die hoffnungslose Stimmung der Gefangenen zur Verzweiflung steigern und eine durch nichts gerechtfertigte nutzlose Grausamkeit gegen Männer bedeuten, die ihrem Vaterlande treu gedient haben und schuldlos ein an sich schweres Schicksal tragen müssen. Eine derartige Härte muß so unauslöschliche Gefühle von Haß und Verbitterung im ganzen deutschen Volke erzeugen, daß der große Gedanke eines Friedens der Gerechtigkeit und der Versöhnung auf das höchste gefährdet erscheint. Die deutsche Regierung bittet daher ihr den Tag des Beginns der Verhandlungen mit größter Beschleunigung mitzuteilen."

Dies ist in großen Zügen der Stand der Verhandlungen über die Rückführung unserer Kriegs- und Zivilgefangenen Mitte Januar 1919 gewesen. Am 23. Januar 1919 übergab die deutsche Vertretung in der letzten Sitzung der Internationalen Waffenstillstandskommission nochmals eine Note, in der sie auf die endgültige Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen drängte. Die Franzosen hatten in der Unterkommission für Kriegsgefangene den deutschen Vorschlag, Lagerlisten zur Vorbereitung des Abtransports aufzustellen, mit dem Bemerken abgelehnt, daß sich 200 000 deutsche Gefangene auf dem Weg nach den zerstörten Gebieten befänden, um dort zum Wiederaufbau verwendet zu werden. An diesen Bescheid anknüpfend ersuchte die deutsche Delegation den französischen Vorsitzenden um Bestätigung seiner Erklärungen und stellte fest, daß nach dem Rücktransport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland kein Grund mehr vorliege, den Rücktransport der schwerverletzten und kranken deutschen Gefangenen zu verhindern. General Nudant, der die Hauptpunkte der Note sofort dem Oberkommando der Alliierten zur Kenntnis zu geben versprach, sagte eine günstige Lösung für die kranken und schwerverletzten Gefangenen zu. Hinsichtlich der allgemeinen Rückführung halte er es jedoch für besser, in Deutschland bekannt zu geben, daß diese Frage wohl kaum vor den Vorfriedensverhandlungen gelöst werden könne. Auf den Einwand, diese Behandlung der Frage sei unvereinbar mit dem Geiste des Waffenstillstandsabkommens, bemerkte General Nudant abschließend, die Maßregeln seien nötig geworden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen

nicht rechtzeitig nachgekommen sei. Einen weiteren Schritt unternahm die deutsche Regierung am 22. Februar. Sie wies darauf hin, daß seit über drei Monaten vergeblich die Freilassung der deutschen Gefangenen erbeten werde und daß selbst die Rückgabe der Schwerverwundeten noch nicht einmal begonnen habe, obwohl General Nudant sie für Ende Januar in Aussicht gestellt hatte. Tausende von deutschen Zivilinternierten vertrauerten nun das fünfte Jahr ihres Lebens völlig zwecklos hinter Stacheldraht. So wurde General Nudant erneut ersucht, schnelle Abhilfe zu veranlassen, wiederum erfolglos. Lediglich durch die ungemein geschickten und wirkungsvollen Bemühungen des päpstlichen Stuhles ist es schließlich gelungen, die in den Abmachungen von Bern betroffenen Schwerverwundeten und zum Teil auch die schon 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Familienväter mit mehreren Kindern frei zu bekommen, letztere freilich nur sehr willkürlich und in beschränkter Zahl. Im Mai 1919 wurde auch dieser Austausch ausgesetzt, und es begann das eigentliche große Ringen um unsere Kriegsgefangenen. Die Frage der Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen wurde immer verbunden mit erpresserischen Forderungen, so vor allem in der Entwaffnungspolitik, in den Kohlenlieferungen, in der Herbeischaffung französischen Eigentums, das aus den besetzten Gebieten nach Deutschland überführt worden war (Kesselanlagen, Maschinen, Viehlieferungen usw.). So sehr sich auch Deutschland bemühte, allen diesen Forderungen gerecht zu werden, um die Freilassung seiner Kriegsgefangenen zu erreichen, die französische Regierung verstand es immer wieder neue Forderungen aufzustellen, um bis zur Erfüllung derselben den Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen zu verhindern.

Annahme der Friedensbedingungen

Nach schweren inneren Kämpfen erfolgte schließlich die bedingungslose Annahme der Friedensbedingungen durch Deutschland. Gemäß Artikel 214 sollte die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen sobald als möglich nach Inkrafttreten des Versailler „Vertrags" sattfinden und mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. Artikel 215 lautete:

„Die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wird durch einen Ausschuß gesichert, der aus Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte einerseits und der deutschen Regierung andererseits besteht. Für jede der alliierten und assoziierten Mächte regelt ein Unterausschuß, der sich nur aus Vertretern des beteiligten Staates und aus Abgeordneten der deutschen Regierung zusammensetzt, die Einzelheiten der Heimschaffung der Kriegsgefangenen."

Die Verwendung der Gefangenen zum Wiederaufbau

Sobald die Kommission zusammengestellt und genehmigt war, sollte die praktische Arbeit des Abtransports der deutschen Gefangenen beginnen. Die französische Presse verlangte dagegen, ohne die Entrüstung in der uns noch freundlich gesinnten neutralen Presse, besonders der Schweiz, Hollands und Schwedens zu beachten, daß man die deutschen Kriegsgefangenen solange zurückhalte, bis die verwüsteten Gebiete in Nordfrankreich wieder aufgebaut seien. Graf Brockdorff-Rantzau protestierte bereits bei der Überreichung des Entwurfs der Friedensbedingungen am 7. Mai feierlich gegen diese Forderungen. In dieselbe Richtung wies aber dann die bekannte vom französischen Parlament rückhaltlos gebilligte Rede Clemenceaus, die für den Fall einer Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen die zwangsweise Überführung einer gleichen Anzahl deutscher Arbeiter nach Frankreich forderte. Tatsächlich wurde von der deutschen Regierung diese Frage erörtert und sogar mit den Gewerkschaften besprochen, allerdings nicht auf Grund zwangsweiser Abstellung von Arbeitern, sondern auf Grund freiwilliger Meldung. Die eingeleiteten Besprechungen mit Frankreich kamen aber nicht vom Fleck, weil die französische Regierung den deutschen Arbeitern das Recht der freien Koalition und Organisation nicht zugestehen wollte und im übrigen ihren Aufenthalt in Frankreich davon abhängig machte, daß sie nur beschränkte Bewegungsfreiheit genießen, daß sie kaserniert werden und sich unter französische Militärjustiz stellen sollten. Dies wurde von den deutschen Gewerkschaften abgelehnt, und so war der gute Wille der deutschen Arbeiter, den Kriegsgefangenen zu Hilfe zu kommen, vergebens ge-

wesen. Die Motive Frankreichs werden in einem Aufruf des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes an die Arbeiterschaft aller Länder (Ende November 1919) sehr richtig gekennzeichnet:

Die Stellung der deutschen Gewerkschaften

„Herr Clemenceau hat die bekannte Rede gehalten, wonach Deutschland die Pflicht auferlegt werden soll, an Stelle der Kriegsgefangenen den französischen Unternehmern 900000 deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen, d. h. also: Deutschland erhält seine Kriegsgefangenen nur zurück, wenn es an deren Stelle andere Gefangene nach Frankreich entsendet! Angesichts dieser Tatsachen fragen wir die französischen Arbeiter und insbesondere die französischen Gewerkschaften: Seht Ihr denn nicht, wie das französische Unternehmertum in trauter Gemeinschaft mit Euerer Regierung die deutschen Kriegsgefangenen, Euere Klassengenossen, zurückhält, nur zu dem Zweck, um sich aus der Sklavenarbeit der Kriegsgefangenen die Taschen zu füllen! Seht Ihr nicht, wie die deutschen Kriegsgefangenen auch dazu mißbraucht werden, um Euere eigenen berechtigten Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegsgefangenen, gebraucht werden, um sie gegen Euch ausnutzen zu können, wenn Ihr es wagen wolltet einen gerechten Anteil am Ertrage Euerer Arbeit zu fordern! Wenn Ihr das einseht — und Ihr müßt ja erkennen, daß es so ist —, dann richten wir an Euch, französische Arbeiter und Klassengenossen, die ganz besondere Aufforderung, uns in unserem Kampfe um die Befreiung unserer gefangenen Brüder wirksam zu unterstützen.... Wenn Ihr das nicht tun wollt, dann fällt auf Euch die Verantwortung dafür, daß in der Weltgeschichte das französische Volk den Namen und den Ruf einer Kulturnation für immer verliert. Wir appellieren aber auch an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam ihre Stimmen zu erheben zum Protest gegen die ungeheuere Vergewaltigung des deutschen Volkes und die rohe Barbarei der französischen Machthaber!“

Von Deutschland wurde alsbald der in Artikel 215 festgelegte Unterausschuß gebildet. Auf seiten der alliierten Mächte geschah dies nicht. Die Franzosen stützten sich rein formell darauf, daß der Vertrag von den drei gegnerischen Hauptmächten noch nicht ratifiziert sei und deswegen noch nicht in Kraft treten könne. Am 10. Mai 1919 überreichte Graf Brockdorff-Rantzau eine Note, in der vorgeschlagen wurde, die kommissarischen Beratungen zur Klärung aller Vorfragen des Abtransports schon jetzt, getrennt von dem übrigen Fragenkomplex, beginnen zu lassen und dabei auch die wegen anderer als disziplinärer Vergehen bestraften Gefangenen einzubeziehen. Weiterhin wurde betont, daß alles geschehen müsse, um die seelische und körperliche Verfassung der Heimkehrenden zu heben. Sie sollten beim Heimtransport auf Kosten der deutschen Regierung mit neuer Unter- und Ziviloberkleidung sowie mit Schuhzeug versehen werden. Auf eine Antwort vom 20. Mai, die jede Neueinkleidung der Gefangenen für undurchführbar erklärte, dagegen die Befreiung der wegen krimineller Vergehen Verurteilten rundweg abschlug, kam endlich am 29. Mai eine weitere Note der deutschen Friedensdelegation, in der am Anspruch auf Gegenseitigkeit in dieser Frage festgehalten wurde, da Deutschland bereits unterschiedslos alle Kriegsgefangenen freigegeben hatte. Am 28. Juni bat sodann der Gesandte von Haniel um Auskunft darüber, wann die im Artikel 215 vorgesehene Hauptkommission zusammentreten könne. Diese Note blieb ebenso ohne Antwort wie eine weitere, die der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation am 21. Juli an Clemenceau richtete.

Die Behandlung der deutschen Gefangenen

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich wurden inzwischen mit allen Mitteln weiter gequält. Kompagnieweise wurden sie in das frühere Kampfgebiet geschickt und mußten dort unter den denkbar schlechtesten Bedingungen Aufräumungsarbeiten ausführen. Für die Sicherheit des Lebens war dabei in keiner Weise gesorgt, so daß noch viele Hunderte das Leben verloren. Sie mußten Blindgänger ausgraben und sammeln, Munitionsvorräte aus den Unterständen hervorholen, Schützengräben zuschütten und einebnen. Sie wurden dabei großenteils von Leuten bewacht, die als Kriegsgefangene in Deutschland kriminell bestraft worden waren. Die Beköstigung war mehr als mangelhaft, die Unterkunftsverhältnisse erwiesen sich, wie auch eine deutsche Note vom 23. März feststellen mußte, als völlig unzureichend. Die Gefangenen blieben oft bis zu 10 Wochen ohne Nach-

richt von der Heimat, da ihnen die Post so lange vorenthalten wurde. Ihre Liebesgabenpakete waren fast immer beraubt. Diese Tatsache stellte der Reichsminister des Äußeren Müller am 12. August in einer Rede in Weimar ausdrücklich fest. Die seelischen Qualen der Kriegsgefangenen erreichten ihren Höhepunkt, als sie sehen mußten, daß Amerika und England allmählich mit dem Abtransport ihrer Kriegsgefangenen begannen. Von den Lagerkommandanten und den Bewachungsmannschaften wurde ihnen immer und immer wieder versichert, daß Deutschland die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen nicht mehr haben wolle, und daß sie solange in Frankreich bleiben müßten, bis der Wiederaufbau vollendet sei. Gar mancher hat in dieser verzweifelten Stimmung zum Selbstmord gegriffen, Hunderte von anderen sind auf verwegener Flucht von den Franzosen erschossen worden. Die Bestialität der Franzosen ging so weit, daß sie auf einen geflohenen und wieder eingefangenen deutschen Soldaten, gleichgültig ob lebendig oder tot, einen Kopfpreis setzten. Nur in ganz wenigen Fällen kamen sie unverwundet in das Lager zurück, und wenn sie verwundet waren, wurden sie auf gemeine und niederträchtige Weise mißhandelt und gequält. Man warf sie rücksichtslos und ohne sich darum zu kümmern, welcher Art ihre Verletzungen waren, auf einen Wagen und schaffte sie in irgendein Lazarett, wo sie dann starben. Es kann ruhig behauptet werden, und die Beweise hierfür sind im Archiv des Auswärtigen Amtes vorhanden, daß $^9/_{10}$ aller Todesfälle nach dem Friedensschlusse auf Mißhandlungen der geschilderten Art und völkerrechtswidriges Verwenden der Kriegsgefangenen zu Aufräumungsarbeiten in den Munitionslagern zu setzen sind.

Deutsche Liebesgaben

Deutschland sorgte sich trotz seines Elendes um seine zurückgehaltenen Söhne. Eine großartige Liebesgabensammlung setzte ein, in der auch der ärmste Mann nicht zurückblieb und sein Scherfchen hergab. Ungeheure Mengen von Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Geld wurden in die Gefangenenlager gesandt. Es ist rührend in den damals umgehenden Listen zu lesen, wie selbst kleine Kinder ihre Sparsgroschen im Betrage von 70 Pfennig bis zu 100 Mark zu diesem Zwecke opferten. Im Monat Juli wurden allein Liebespakete im Werte von M. 1487500 und im gleichen Monat nochmals eine Sendung im Werte von M. 25350 nach Frankreich abgeschickt. Im ersten Halbjahr 1919 bezifferte sich der Gesamtbetrag für Liebesgabensendungen auf M. 3143434,03, im August auf M. 2283800, im September auf M. 1512850, in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November 1919 wurden über Bern Kleidungsstücke, Decken, Zigaretten, Lebensmittel im Gesamtwert von Fr. 988437 nach Frankreich geschickt. Die vom Hilfsdienst für Kriegs- und Zivilgefangene in Bern im Dezember 1919 abgefertigten Weihnachtssendungen an die Offiziers- und Mannschaftslager in Frankreich hatten einen Wert von Fr. 120859,50. Diese Weihnachtssendungen wurden durch Delegierte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und durch die schweizerische Lastkraftwagenabteilung nach Frankreich gebracht. Nur durch die unermüdliche und opferwillige Tätigkeit aller Beteiligten ließ sich die mustergültige Durchführung dieses Liebeswerkes ermöglichen. Die deutsche Gesandtschaft in Bern erhielt denn auch von der deutschen Regierung den Auftrag, der schweizerischen Regierung und dem schweizerischen Heere, insbesondere dem schweizerischen Kraftwagendienst, ebenso auch dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz für ihre wertvolle Hilfe den tief empfundenen Dank der deutschen Regierung auszusprechen und diesen Dank insbesondere auch Herrn von Müller, Hofwyl bei Münchenbuchsee, zu übermitteln, der die Seele der ganzen Kraftwagenorganisation war und sich in der uneigennützigsten und aufopferndsten Weise der Sache gewidmet hatte. So hielt die Liebesgabentätigkeit an, bis endlich Frankreich, die deutschen Gefangenen herausgab.

Die Stimmung in Deutschland

Note auf Note wurde gewechselt, bis es so weit war. Am 1. August 1919 hatte Freiherr von Lersner in einer Sitzung mit den Ententemächten zu Paris neuerlich darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Minister Loucheur hatte versprochen, dem Präsidenten Clemenceau sofort Vortrag darüber zu halten. Aber es kam keine Antwort. Am 20. August 1919 hat die deutsche

Nationalversammlung in Weimar daraufhin einen leidenschaftlichen Appell an die Welt gerichtet. Präsident Fehrenbach sagte damals: „Ich richte namens des ganzen deutschen Volkes an die vielgerühmte Humanität und vielgerühmte Zivilisation unserer Feinde den letzten und dringendsten Appell, endlich einmal ein Ende zu machen mit den Grausamkeiten des Krieges und in die Taten des Friedens einzutreten, und endlich unsere Gefangenen die Heimat wiedersehen zu lassen." Diese Worte wurden durch Funkspruch in England, Nordamerika, Frankreich und Italien verbreitet. Ein ähnlicher Appell ging vom Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen aus, der nach kurzer Zeit bereits 2000000 Mitglieder umfaßte. Er richtete an den Reichspräsidenten Ebert einen offenen Brief, mit der Bitte, als oberster Bürger des deutschen Staates seine Stimme zu erheben und zu fordern, daß im Namen der Menschlichkeit endlich einmal Anstalten zur Heimkehr der Gefangenen getroffen würden:

„Wir gaben neben allem Gut, durch das uns das Leben schön und wertvoll war, das Bedeutungsvollste, unsere Männer und Söhne, hin. Wir gaben sie freiwillig und oftmals, bevor sie gerufen wurden. Manche unter uns hat ihren Sohn nicht einmal, sondern dreimal gegeben, denn wenn er krank und zerschossen aus dem Felde heimkam, haben wir ihn immer wieder gesund gepflegt, um ihn neuen Kämpfen und dem sicheren Tode entgegenzuführen. Wir haben dies stumm und klaglos getan. Wir haben alle unsere Tränen nach innen geweint, wir haben alle unsere Schreie in unsere Herzen zurückgestoßen. Wir wußten, daß alle diese Leben, die wir Deutschland gaben, zu Millionen auf den Schlachtfeldern starben, daß sie aus den Lüften zu Tode stürzten und in die Tiefe der Wasser versanken.

Was wir aber nicht hinnehmen, worüber wir nicht mehr schweigen wollen, ist die Zurückhaltung unserer Söhne über alle Kriegsenden und Friedensschlüsse hinaus in den feindlichen Ländern.

Erheben Sie daher Ihre Stimme, Herr Präsident, denn Sie haben bisher geschwiegen, und wir glauben deshalb, daß man Sie draußen besser hören wird. Erheben Sie Ihre Stimme, daß sie in alle fernen Erdteile dringt! Erheben Sie Ihre Stimme von der überragenden Stelle, die Ihnen das Vertrauen des deutschen Volkes eingeräumt hat!"

Der Reichspräsident gab diesen offenen Brief durch Funkspruch aller Welt, der Entente und den neutralen Regierungen bekannt.

Das Eintreten des Auslandes für die deutschen Gefangenen

Auch das Ausland nahm sich der Sache an. Schweden, die Schweiz, Holland, Dänemark unternahmen Schritte zur Befreiung der deutschen Gefangenen. Selbst die französischen Gewerkschaften erhoben ihre Stimme, wie folgender in der Sitzung des Gesamtvorstandes der Confédération générale du travail vom 8. August 1919 angenommene Beschluß zeigt:

„Die C. G. T. protestiert als natürliche Verteidigerin des Rechts von neuem gegen das Schicksal, welches den Angehörigen der fremden Nationen bereitet wird. Nachdem nun seit neun Monaten die militärischen Operationen an der französischen Front eingestellt sind, kann nichts mehr die Aufrechterhaltung der während des Krieges notwendigen polizeilichen Maßnahmen entschuldigen, und es erscheint allen fühlenden Menschen undenkbar, unserem Lande noch länger die Schande der Konzentrationslager auferlegt zu sehen. Der Gesamtvorstand protestiert gegen diesen Zustand und verlangt von der Regierung, daß sie für diejenigen, die innerhalb unserer Grenzen wohnen, die Lebensbedingungen wiederherstellt, die einst während der verschiedenen Epochen unserer Geschichte, unserer Vergangenheit, die Ehre unseres Landes gewesen sind. Das Gastrecht muß, soweit es nur wünschenswert, wieder hergestellt, dem Menschenrecht der weiteste Spielraum gewährt, die Konzentrationslager müssen aufgehoben werden."

Diese Entschließung, die sich hauptsächlich gegen die Kriegsgefangenenabsperrung wendete, hatte wenigstens den Erfolg, daß von der französischen Regierung einige Erleichterungen gewährt wurden. Der deutsche Vorsitzende des Hauptausschusses für Kriegsgefangene, Major Draudt in Versailles, erhielt bei einer Rücksprache mit dem Direktor des dänischen Roten Kreuzes in Paris, Kapitän Hage, Gelegenheit dies festzustellen. Herr Hage, der sich durch besondere Fürsorge für die deutschen Gefangenen in Frankreich große Verdienste erworben hat, bestätigte, daß sich die Lage der deutschen Gefangenen in der ehemaligen Kampfzone erheblich gebessert habe, und daß ihre Kleidung und Ernährung als befriedigend bezeichnet

werden müsse. Das gleiche bestätigten die Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes, Oberst Pagan, sowie die Herren Aubert und Oberstleutnant Bordier. Es wurden in den Gefangenenlagern Kantinen eingerichtet, wo die Kriegsgefangenen sich zu erschwinglichen Preisen Tabak usw. kaufen konnten. Dazu kam, daß die Kriegsgefangenen, die zur Arbeit herangezogen wurden, größere Ablenkung hatten. Besorgter sprach Herr Hage von den kriegsgefangenen Offizieren, Unteroffizieren und von den Zivilinternierten, die nicht systematisch zur Arbeit herangezogen wurden. Das Leid dieser Ärmsten sei viel größer als das der arbeitenden Gefangenen. Nach der Meinung Hages konnte nur eine grundsätzliche Änderung der Verhältnisse eine Besserung bringen.

Ende August faßte auch die internationale Sozialisten-Konferenz in Luzern zugunsten der Kriegsgefangenen eine Entschließung, in der gesagt wird:

„In der Erwägung, daß zehn Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durch alle Kriegführenden und mehrere Wochen nach der Friedensunterzeichnung in verschiedenen Ländern Europas noch fast 1½ Millionen Krieger als Gefangene oder Internierte zurückgehalten werden; daß Deutschland allein über 800000 Gefangene hat, wovon 345000 durch Frankreich, 200000 durch England, 50000 durch Belgien und fast 50000 sowohl in Serbien als in Rumänien zurückgehalten werden, erhebt die internationale Sozialisten-Konferenz mit Entrüstung gegen eine eigentliche Versklavung von 1½ Millionen Menschen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich seit dem Waffenstillstand in beängstigender Weise verschlimmert haben, die es ihnen oft unmöglich machen mit ihren sich ängstigenden Familien in Verbindung zu treten, so daß sie manchmal nicht einmal wissen, ob ihre Eltern, Söhne oder Frauen gesund oder krank oder überhaupt noch am Leben sind; daß eine derartige Lage nur den furchtbaren, nationalen und dem Krieg entsprungenen Haß weiter fortpflanzt; in der Erwägung, daß die nötige Wiederherstellung der durch den Militarismus in schrecklicher Weise zerstörten Gebiete in Frankreich keine so schändliche Versklavung von Hunderttausenden von Männern zulassen dürfe, die als Krieger ihre Pflicht getan und nun als Truppen gegen streikende französische Arbeiter verwendet werden, in der Erwägung, daß ohne jedes Recht und Billigkeit viele Tausende von Zivilinternierten noch in Konzentrationslagern zurückbehalten werden, erklärt die Konferenz, daß

1. die gefangenen Zivilinternierten sofort in ihre Heimat zu entlassen sind,
2. die Sozialisten aller Länder die dringende Pflicht haben, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf ihre einzelnen Regierungen einzuwirken, damit die Heimbeförderung in die Hand genommen werde,
3. für die Länder, in denen die Beziehungen zwischen den Regierungen noch nicht hergestellt sind, das internationale Rote Kreuz und seine verschiedenen lokalen Ausschüsse sich mit dem Abtransport der Gefangenen beschäftigen, und daß zu diesem Zwecke die Regierungen alle möglichen Erleichterungen gewähren sollen,
4. die freie Willensäußerung genau berücksichtigt werden soll in bezug auf ihren Wunsch, in ihre Länder, gleichgültig, welche Regierungsform sie haben, zurückzukehren, oder daß ihnen, unter dem Schutz des Roten Kreuzes die Möglichkeit gewährt werde, vorläufig in den Ländern zu bleiben, in denen sie bereits sind; daß kein Druck ausgeübt werden soll, um sie zu veranlassen, sich für irgendwelche Truppenkörper anwerben zu lassen."

Der letzte Satz bezog sich auf die völkerrechtswidrige Werbung für die Fremdenlegion unter den deutschen Kriegsgefangenen. Man bediente sich dabei solcher Deutscher, die entweder in der Fremdenlegion waren und sich als Franzosen naturalisieren ließen, oder bereits eingekleideter französischer Fremdenlegionäre. Diese Leute schilderten das Leben in der Legion in den rosigsten Farben und sagten den Gefangenen, daß sie mit einem Schlage freie Menschen wären, denn Deutschland wolle seine Kriegsgefangenen nicht mehr zurückhaben, und außerdem gebe es in dem ausgehungerten Deutschland nichts zu essen und keine Arbeit. Es muß aber gesagt werden, daß die Lockungen, trotzdem sie mit Wein und Rauchwaren freigebig unterstützt wurden, wenig Erfolg hatten. Neben der Werbung für die französische Fremdenlegion ging eine andere; man suchte unter den etwa 15000 gefangenen Bulgaren in Frankreich Soldaten für eine weiße Armee gegen Rußland. Jedenfalls war die Entschließung der Konferenz eine deutliche Warnung für Frankreich.

Bemühungen des Genfer Roten Kreuzes

Unablässig bemühte sich das Internationale Komitee für Kriegsgefangene vom Roten Kreuz in Genf, die Entente zur Herausgabe der Gefangenen zu bestimmen. In einer Note vom 22. August 1919 schrieb das Komitee an den interalliierten Obersten Rat in Paris folgendes:

„Herr Präsident, meine Herren!

Das internationale Komitee vom Roten Kreuz, beseelt von einem rein menschlichen Gefühl, tritt bei Eurer hohen Obrigkeit für die möglichst baldige Heimkehr der Kriegsgefangenen ein, die noch in den Ententeländern zurückgehalten werden. Wenn schon das Schicksal der Gefangenen, die zum größten Teil seit mehreren Jahren gefangen sind, des Mitleids wert erscheint, wie viel mehr ist es noch das Schicksal ihrer Angehörigen, die seit so langer Zeit in Ängsten sind. Der Waffenstillstand und kürzlich die Unterzeichnung des Friedens haben Hoffnungen wach werden lassen, die immer wieder enttäuscht worden sind. Die Heimkehr, vorgesehen durch den Artikel 214 des Vertrags von Versailles, soll stattfinden nach dem Inkrafttreten des Vertrages, d. h. nach der Ratifizierung durch Deutschland und durch drei Großmächte. Der Artikel 215 sieht die Bildung einer Haupt- und mehrerer Unterkommissionen vor, die die Art der Ausführung festlegen werden. Es ist richtig, daß augenblicklich der von Deutschland ratifizierte Vertrag noch nicht durch drei alliierte Großmächte ratifiziert worden ist, aber wenn Sie aus diesem formellen Grunde glauben, daß die Heimkehr noch nicht beginnen könne, so scheint doch nichts im Wege zu stehen, schon heute die Mittel und Wege dazu ins Auge zu fassen. Sie haben an sich selbst beurteilen können, als es sich darum handelte, die alliierten Kriegsgefangenen der Zentralmächte in ihre Heimat zurückzusenden, welche Schwierigkeiten die Heimsendung einiger 100000 Männer macht. Das Problem, das sich uns heute darbietet, erscheint unendlich umfangreicher, auf Grund der größeren Zahl der Kriegsgefangenen, die sich noch in der Hand der Entente befinden und auf Grund ihres Zerstreutseins in den verschiedensten Gegenden. Einige Hunderttausende befinden sich sogar außerhalb Europas bis tief in Asien hinein. Will man also die Heimkehr dieser bedeutenden Menschenmassen unmittelbar nach Inkrafttreten des Vertrages vor sich gehen lassen, will man die Heimkehr vor Beginn der kalten Jahreszeit beendet sehen, so ist es nötig, daß vorher die verschiedenen Lösungen dieser Frage einer Prüfung unterzogen und die endgültigen Pläne festgelegt werden. Dies ist der Grund, aus dem wir Sie recht inständig bitten, die durch den Artikel 215 des Vertrages vorgesehenen Sonderkommissionen in den Stand zu setzen, unmittelbar ihre Arbeit zu beginnen und entsprechende Kommissionen aufzustellen, um auch mit den österreichischen Delegationen zu beraten. Diese Maßnahmen werden im hohen Grade dazu beitragen, die Familien zu beruhigen, von denen viele seit bald fünf Jahren ihres Ernährers beraubt sind. Sie werden dartun, daß die verbündeten Mächte nicht die Absicht haben, die Kriegsgefangenen einem neuen Winter der Gefangenschaft auszusetzen, und daß sie alle Maßnahmen treffen, um die prompte Erledigung einer der Hauptklauseln des Friedensvertrages sicherzustellen. In dieser Gewißheit bitten wir den Herrn Präsidenten und die Herren Mitglieder an die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung zu glauben.

gez. Eduard Naville, Präsident d. Komitees v. R. Kr.
gez. Albert Gautier, Vizepräsident d. Komitees v. R. Kr.

Eine Entschließung des Obersten Rats

Die geschilderten Bemühungen hatten wenigstens einen Erfolg. Am 29. August veröffentlichte die Agentur Havas folgende Entschließung des Obersten Rats:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu vermindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimschaffung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Arbeiten der Heimschaffung (opérations de rapatriement) werden sofort beginnen, und zwar unter Leitung einer interalliierten Kommission, der nach Inkraftsetzung des Vertrags ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll.

Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile ziehen werden, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen."

England und Amerika geben die Gefangenen frei

Tatsächlich hielt eine interalliierte Kommission für den Rücktransport der deutschen Gefangenen noch am gleichen Tage ihre erste Sitzung in Paris ab. Am 30. August traf dann England erste Anordnungen zur Heimbeförderung der auf französischem Boden in seiner Hand befindlichen Gefangenen. Die weiteren Einzelheiten wurden am 6. September in Köln zwischen den Engländern einerseits und

dem deutschen Delegierten, Oberst Bauer, von der Reichswehrbefehlstelle Preußen und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, Herrn Schlesinger, anderseits geregelt. Auch die Amerikaner begannen am 17. September 1919 mit dem Abtransport über Koblenz. Nur Frankreich weigerte sich beharrlich, die Sonderkommissionen einzusetzen. Um bei den deutschen Kriegsgefangenen ja keine Hoffnung aufkommen zu lassen, ließ es durch die schweizerische Gesandtschaft in Berlin eine Verbalnote an das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches richten, in der es heißt:

Frankreich will nur die Zivilgefangenen herausgeben

„Schweizerische Gesandtschaft in Paris telegraphiert, daß nach beim Ministerium des Äußeren eingezogenen Erkundigungen nur die in englischer und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen unverzüglich heimgeschafft werden. Die Zivilinternierten in Frankreich werden zuerst freigelassen. Die Heimschaffung der in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen wird nach Ratifizierung des Friedensvertrages zur Ausführung kommen, wobei mit den inneren Lagern begonnen wird."

Die Transporte der Zivilgefangenen aus Frankreich nahmen nach einigen Wochen wirklich ihren Anfang. Durch die vorzugsweise Behandlung der Zivilgefangenen entstand unter den Kriegsgefangenen eine große Aufregung, und die Gemütsstimmung sank aufs tiefste. Dazu kam noch das fortwährende Hetzen zur Arbeit, die geflissentlich von Kommandanten der Strafkompagnien verbreitete Lüge, daß Deutschland seine Gefangenen nicht mehr haben wolle, und die vielen Unglücksfälle bei der Arbeit. Die deutsche Regierung legte wiederholt Verwahrung gegen die Verbreitung dieser Lügen ein und machte der französischen Regierung im Oktober 1919 auch einen Kommandanten namhaft, der es besonders toll trieb. In dieser Note heißt es:

„Der deutschen Regierung liegen Nachrichten aus zuverlässiger Quelle vor, wonach der französische Kommandant der Cie. P. G. 304, Dépôt Départementale Nancy, das Los der Kriegsgefangenen dadurch erschwert, daß er ihnen wahrheitswidrig erklärt, die französische Regierung wolle die Gefangenen gern frei lassen, aber die deutsche Regierung wolle ihre Gefangenen nicht zurückhaben. Das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches legt gegen diese seelische Peinigung die schärfste Verwahrung ein."

Neue Verschlechterung in der Behandlung der Gefangenen

In den Gefangenenlagern wurden die Vergünstigungen, die man den Kriegsgefangenen gewährt hatte, zum Teil wieder aufgehoben oder erschwert. Die Sonntagsarbeit wurde wieder eingeführt und in jeder Hinsicht alles getan, um die Gefangenen zu quälen. Der schweizerische Delegierte Fl. Dehorbe erstattete 15 Berichte über die Besuche bei den Kriegsgefangenenkompagnien im Aisne-Departement in der Zeit vom 6. bis 11. November 1919. Sämtliche Berichte schließen mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß die Kriegsgefangenen in völliger Ungewißheit hinsichtlich des Abtransports gehalten werden. Der Delegierte verweist wiederholt auf die tiefe Niedergeschlagenheit der Leute und bemerkt im Bericht über die Cie. 886 in Moy, daß die als ungerecht empfundenen Maßnahmen wie die Sonntagsarbeit die dumpfe Niedergeschlagenheit der Leute in bittere Unzufriedenheit verwandelt habe. Vereinzelt erklärten die Lagerkommandanten auf die Frage nach dem Termin der Heimschaffung, sie hätten in dieser Beziehung keine Instruktionen. Die von den Kriegsgefangenen gewählten Lagerältesten beschwerten sich darüber, daß die Kriegsgefangenen ein Jahr nach dem Waffenstillstand noch derselben strengen Freiheitsbeschränkung wie früher unterliegen, und verlangten Einführung von Spaziergängen. Diese blieben aber untersagt. Auch durch das Verbot des Lesens von Zeitungen war eine Verschlechterung des früheren Zustandes eingetreten. Fünf der besuchten Kompagnien waren noch in Zelten untergebracht, die allerdings heizbar waren und meist doppelte Zeltwände hatten. In Amifontaine wurden der Kälte wegen weitere Decken verlangt. Die vorhandenen waren zum Teil zu klein und zerrissen. Die Lagerhöfe waren versumpft. 12 Todesfälle waren zu verzeichnen, von denen 10 durch einen Unglücksfall entstanden waren.

Auch sonst wurde die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich immer hoffnungsloser. Dazu trug besonders die strenge Behandlung, das schlechte Essen

und das fortwährende Antreiben zur Arbeit bei. In der Bestrafung wurde insofern eine Verschärfung vorgenommen, als diejenigen, die nach Ansicht der französischen Wachmannschaften nicht genug arbeiteten, eine Mindeststrafe von 14 Tagen Zelle bei Wasser und Brot bekamen. Sie wurden in Spezial-Kompagnien gesammelt, wobei ihnen eröffnet wurde, daß sie als letzte zum Abtransport gelangen würden, wenn Frankreich überhaupt noch die Gefangenen herausgäbe. Auf Fluchtversuch waren 60 Tage Zelle gesetzt. Wer das Unglück hatte, bei einem Fluchtversuch ergriffen zu werden, mußte tatsächlich diese 60 Tage bei Wasser und Brot absitzen, ohne daß ihm jemals etwas Warmes gereicht wurde. Sofort nach Entlassung aus dem Gefängnis mußte er entkräftet zur Arbeit. Meldete sich einer beim Arzt, so erhielt er noch eine Zusatzstrafe. Die Schweizer Kommissionen stellten diese Mißstände ausdrücklich fest. Die Erbitterung im deutschen Volke wurde immer größer. Die Stellen, die mit der Kriegsgefangenen-Rückführung betraut waren, wurden mit Briefen der Angehörigen überschwemmt. Kinder, die kaum schreiben konnten, füllten seitenlange Briefe mit rührenden Klagen um ihren Vater. Ein Teil der Briefe strotzte von wüsten Beschimpfungen der deutschen Regierung. Es wurde darin ausgedrückt, daß diese keine ernsthaften Schritte unternehme, um die Gefangenen zurückzuerhalten, und daß sie diese als Sklaven verkaufe. Man kann daraus ersehen, daß die französische Lüge, Deutschland wolle seine Gefangenen nicht mehr zurückhaben, ihre Wirkung ausübte. Die Gefangenen schrieben solche Äußerungen ihrer Kommandanten nach der Heimat. Diese Briefe wurden, wie wiederholt festgestellt werden konnte, von der Zensur vorzugsweise behandelt, während andere, in denen Klagen über die Behandlung enthalten waren, oft wochenlang liegen blieben.

Die Kriegsgefangenen in Frankreich waren in ca. 1000 Gefangenen-Kompagnien eingeteilt. Die Zahl der Unglücksfälle, herbeigeführt durch völkerrechtswidriges Verwenden der Gefangenen zur Aufräumung von Munition, waren in allen Kompagnien sehr hoch. Es ist von französischer Seite niemals Meldung gemacht worden, an welcher Krankheit ein Kriegsgefangener nach dem Waffenstillstandsschluß starb.

Ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht war die Zurückhaltung des deutschen Sanitätspersonals in Frankreich und seine Verwendung zu Arbeiten, die durch die Genfer Konvention in keiner Weise zu rechtfertigen waren. In zahlreichen Noten der deutschen Waffenstillstandskommission ist bei der interallierten Waffenstillstandskommission dagegen Einspruch erhoben worden. Aus den unzähligen Fällen wurden in der Note vom 16. Dezember 1919 besonders drei herausgegriffen und zur Kenntnis der interalliierten Waffenstillstandskommission gebracht:

1. In Troyes, Hospital 34, wurde der größte Teil des dort untergebrachten deutschen Sanitätspersonals zu Aufräumungsarbeiten oder zum Reinigungsdienst in den mit französischen Kranken belegten Krankenzimmern verwendet.

2. In Troyes, Hospital 40, wurde von den dort untergebrachten 70 Mann deutschen Sanitätspersonals nur einer zur Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen verwendet, während der Rest ebenfalls Arbeitsdienst und Aufräumungsarbeiten verrichten mußte.

3. In Mesgrigny, Hospital 55, war wiederum nur einer auf dem Saal der deutschen Kriegsgefangenen beschäftigt, dagegen wurden 6 in der Abteilung für französische Geschlechtskranke, 2 zur Reinigung der Krankenzimmer französischer Kranker und 49 zu Aufräumungsarbeiten verwendet.

Die Bemühungen des Genfer Roten Kreuzes waren besonders auch den Verwundeten zugewendet, und tatsächlich erreichte es die Zusage, daß die verwundeten Kriegsgefangenen anfangs Oktober nach Deutschland abtransportiert werden sollten. Am 20. Oktober 1919 sind denn auch 400 Schwerverwundete in Konstanz eingetroffen. So war wenigstens etwas erreicht, aber nur ganz allmählich kamen die Verwundeten und Zivilinternierten in die Heimat zurück. Laut Aussage der Verwundeten verstand es das französische Transportpersonal, die Leute immer noch seelisch zu quälen, indem es ihnen ihren Bestimmungsort nicht bekanntgab.

In einer Rede des deutschen Reichskanzlers Bauer vom 7. Oktober 1919 in der Nationalversammlung waren folgende Ausführungen der Kriegsgefangenenfrage gewidmet:

„Der vom ganzen Volke so lang ersehnte Rücktransport hat endlich begonnen, außerordentlich schmerzlich ist es aber, daß er erst so geringe Fortschritte gemacht hat. Wie furchtbar lang sind diese Monate noch den Kriegsgefangenen da draußen und ihren Angehörigen hier geworden. Seit einem Jahre ruhen die Waffen, und noch sind viele Hunderttausende fern der Heimat. Ein unbeschreibliches, unausdenkbares Leiden geht dort vor sich, mit Bitterkeit denken wir an die Leichtigkeit, mit der man über dieses Leid bei unseren Gegnern zur Tagesordnung übergeht. Wir wollen gerne anerkennen, daß mancher auch unter den Führenden dort ein warmes Herz für die Kriegsgefangenen zeigt, aber eine große Bewegung der Menschlichkeit, die zu großen Entschlüssen geführt hätte, haben wir vergeblich erwartet."

Ein Aufruf des Schweizer Bundesrats

Auch der Monat Oktober ging vorüber, ohne daß Frankreich seinen Standpunkt änderte. Mehr als 300000 deutsche Kriegsgefangene aus englischer, amerikanischer, belgischer und italienischer Hand waren allmählich heimgekehrt. Der Angehörigen der noch in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen hatte sich eine immer mehr steigende Unruhe bemächtigt. Verzweiflungsvoll suchten sie nach einer Erklärung. Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, die Seelenpein ihrer Angehörigen wurden eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes. Die Bitten der deutschen Regierung um beschleunigte Freigabe der Gefangenen hatten nie das menschliche Mitgefühl und die Großmut des Siegers erreicht. In dieser Lage kam der Schweizer Bundesrat dem deutschen Volke zu Hilfe. Er erließ am 29. November 1919 einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:

„Geleitet von einem höheren, humanitären Interesse haben neuerlich über hundert Mitglieder des Schweizer Nationalrates einen Antrag, dem sich der Rat mit Einmütigkeit anschloß, eingebracht, der den Bundesrat ersucht, bei den interessierten Regierungen Schritte zu unternehmen, um eine möglichst schnelle Heimschaffung der fern von ihrem Vaterlande zurückgehaltenen Kriegsgefangenen zu erlangen. Heute ist die Mehrzahl der Opfer des Krieges ihrem Lande wiedergegeben worden. Aber es ist ein tief betrübender Gedanke, daß ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes Hunderttausende von Gefangenen weiterhin in Ungewißheit und Qual den Augenblick ihrer Erlösung erwarten. Der Bundesrat verkennt in keiner Weise die Schwierigkeiten technischer Art, die auch jetzt noch der Heimschaffung einer großen Zahl von Gefangenen hinderlich sind. Aber in welchem Lande immer diese Gefangenen noch zurückgehalten werden, und welches auch die Gründe der unbegrenzten Verlängerung ihrer Gefangenschaft sein mögen, so muß dies bei ihnen und ihren Familien bittere Enttäuschung und seelische Bedrückung hervorrufen, und eine wahre soziale Gefahr könnte sich aus dem Geisteszustande ergeben, der Hunderttausende einer solchen Prüfung unterworfener Männer unheilbar zu fassen droht.

In Berücksichtigung der laut bekundeten Gefühle der Parlamente und des Schweizer Volks, getreu den humanitären Bestrebungen, welche den Bundesrat stets gegenüber allen Kriegsgefangenen geleitet haben, glaubt er bei Anbruch des Winters noch einmal die hochherzige Aufmerksamkeit der verschiedenen Regierungen auf die traurige Lage der noch nicht befreiten Gefangenen hinlenken und an sie die inständige Bitte richten zu müssen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um endlich den allzu langen seelischen und körperlichen Leiden dieser Kriegsopfer ein Ziel zu setzen."

Auch das Komitee der christlichen internationalen Arbeiter-Vereinigung in Zürich-St. Gallen richtete im Namen der christlichen Arbeiterschaft aller Länder an den Hohen Obersten Rat in Paris einen dringenden Appell, in dem die Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert wird. Es heißt darin:

„Ein volles Jahr nach abgeschlossenem Waffenstillstand schmachten noch Hunderttausende von Soldaten und Offizieren in schmachvoller und teilweise qualvoller Kriegsgefangenschaft, zu einem entwürdigenden Sklavendasein verurteilt, und dies zum Teil entgegen feierlichen Zusagen auf Rücktransport nach Friedensschluß. Hunderttausende von Kriegsgefangenen werden noch in Frankreich (432000), Tausende in Serbien, in Rumänien, in Griechenland und in den Eiswüsten Sibiriens festgehalten. Dies ist etwas in allen Jahrhunderten noch nie Dagewesenes. Die ganze zivilisierte Welt und die neutralen Länder empfinden es als eine brennende Schmach für unser ganzes Zeitalter, als einen Frevel und ein

Verbrechen in den elementarsten Begriffen von Recht und Gerechtigkeit, von Menschlichkeit und Kultur, als eine brutale Herausforderung des Gewissens der Menschheit. Wie soll da der Glaube und das Vertrauen auf künftiges Völkerglück Wurzel fassen können? Die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen mit angeblicher oder wirklicher Nichteinhaltung sämtlicher Waffenstillstandsbedingungen von einzelnen der früheren Kriegführenden begründen zu wollen, geht nicht an. Das Recht verlangt die sofortige Heimbeförderung aller Kriegsgefangenen nach Zustandekommen der Friedensverträge. Das Völkerrecht kennt keine Faustpfandstellung der Kriegsgefangenen für Erfüllung aller solcher Vertragsbestimmungen. In Gedanken an das ungeheuere Elend, im Namen der Greise, der Väter und Mütter der Gefangenen, im Namen der verlassenen Gattinnen und Kinder erheben wir angesichts Gottes und der Menschheit lauten feierlichen Protest gegen jede weitere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Wir fordern die sofortige Befreiung der Gefangenen in allen Ländern und den raschesten Heimtransport derselben, sowie es England, die Vereinigten Staaten und Italien in ehrenhafter Weise tun."

Frankreich gab auch diesen dringenden Appellen kein Gehör. Es wurde sogar in verschiedenen Lagern öffentlich durch Plakate der angebliche Ausspruch Erzbergers verbreitet: „Wir brauchen die Kriegsgefangenen nicht zurück, wir haben Arbeitslose genug." Ob dieser Ausspruch tatsächlich gefallen ist, kann hier nicht geprüft werden. Die Reichsregierung hat damals eine Untersuchung eingeleitet und hat bekanntgegeben, es sei undenkbar, daß Reichsminister Erzberger eine derartige gefühlsrohe und treulose Äußerung getan haben solle. Reichspräsident Ebert hat vor den Heimkehrern aus England im Durchgangslager Göttingen damals öffentlich betont, daß die Reichsregierung seit Jahr und Tag kein Mittel unversucht gelassen hätte, um die Rückkehr unserer unglücklichen Brüder aus der Gefangenschaft zu beschleunigen.

Der Notenwechsel im November und Dezember

Die unausgesetzten Bemühungen der deutschen Regierung erfahren durch den Notenwechsel im November und Dezember 1919 eine eingehende Erläuterung. Die deutschen Noten zeichnen sich durch ruhige und sachliche Darstellung der Tatsachen aus. Sie sind maßvoll und zwingend in ihrer Begründung. Sie werden trotzdem rasch abgefaßt und bezeugen damit, daß es Deutschland wirklich um jeden Tag zu tun ist. Die französischen Antworten dagegen, ausweichend und verletzend im Ton, kommen immer so spät, daß die Absicht einer Verzögerung der Sache schon aus den Daten deutlich genug abzulesen ist.

Die deutsche Note vom 9. November 1919 nahm Bezug auf die amtliche Veröffentlichung der Agentur Havas vom 29. August, nach welcher sich die alliierten und assoziierten Regierungen entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages, soweit er den Rücktransport der deutschen Gefangenen betrifft, vorzudatieren. Sie stellt fest, daß die Heimbeförderung der in amerikanischer, belgischer, englischer und italienischer Hand befindlichen Gefangenen tatsächlich begonnen habe. Die französische Regierung allein versage den deutschen Gefangenen die Freiheit und fühle sich nicht einmal durch ihre eigene, auf Grund des deutschen Drängens und der Fürsprache des Roten Kreuzes abgegebene Erklärung gebunden, daß die Heimschaffung der Kriegsgefangenen unmittelbar nach Ratifikation des Friedens durch Frankreich beginnen solle. Denn Frankreich habe jetzt ratifiziert, aber noch immer warte Deutschland auf die Rückkehr seiner Söhne. Die Note weist auf die körperlichen und seelischen Qualen der Gefangenen hin, auf die zunehmende Erbitterung des deutschen Volkes, auf die schweren wirtschaftlichen Schädigungen und Gefahren, welche die französische Politik für Deutschland zur Folge haben werde, schließlich noch darauf, daß sich die deutsche Regierung mehrmals zu einem über die schweren Friedensbedingungen weit hinausgehenden Entgegenkommen bereit gefunden habe, nachdem ihr von autorisierter französischer Seite ausdrücklich versichert worden war, daß ein solches Entgegenkommen auf die Kriegsgefangenenfrage einen günstigen Einfluß haben werde.

Die französische Antwort vom 15. November, die erst am 21. November in Berlin eintraf, leugnet zunächst einfach, daß Frankreich irgendein über die Bestimmungen des Versailler „Vertrags" hinausgehendes Versprechen gegeben habe.

Die Gefangenen würden augenblicklich zum Wiederaufbau in Nordfrankreich verwendet, da noch immer keine deutschen Arbeiter für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden seien. Im übrigen wird der deutschen Regierung vorgeworfen, sie habe planmäßig die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verzögert, so daß keinerlei Entgegenkommen gerechtfertigt sei.

So sah sich die deutsche Regierung gezwungen, auf diese offenkundige Verdrehung der Tatsachen am 26. November genauer einzugehen. Sie verwies nochmals auf die in der französischen Antwort vollständig übergangene Erklärung vom 29. August und betonte, daß dieselbe nicht etwa freiwillig, aus Gründen der Menschlichkeit abgegeben worden sei, daß sie vielmehr die Gegenleistung für Zugeständnisse darstelle, zu denen die französische Regierung die deutsche dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach. Die sachliche Begründung dieser Auffassung ist ungemein kennzeichnend für die französische Art, die Kriegsgefangenen als Druckmittel zu benutzen:

„Es handelt sich dabei einmal um die Kohlenlieferungen und zweitens um den Fall des Sergeanten Manheim.

1. Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde dem deutschen Vertreter am 22. August erklärt, Deutschland werde für seine Wünsche in der Kriegsgefangenenfrage kein Gehör finden, ehe mit den Kohlenlieferungen begonnen sei. Sobald diese Lieferungen eingesetzt hätten, werde die Entente in dieser Frage weites Entgegenkommen zeigen.

2. Im Falle des Sergeanten Manheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmaßnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von einer Million Frank abgelehnt. Darauf wurde ihr von autorisierter französischer Stelle nahe gelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen; in diesem Falle werde Marschall Foch seinen Einfluß für die alsbaldige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen einsetzen. Auch in Paris wurde zur selben Zeit der Fall Manheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht. Als der deutsche Vertreter am 26. August, nachdem der sofortige Beginn der Kohlenlieferungen zugesagt war, mit Beziehung auf die vorausgegangene Zusage die Bitte aussprach, alsbald in die Verhandlungen über die Heimschaffung der Kriegsgefangenen einzutreten, wurde dies zwar mit dem Bemerken versprochen, daß ihm der Ministerpräsident Herr Clemenceau in den nächsten Tagen darüber schreiben werde. Zugleich aber bat ihn der französische Vertreter, sich für die Zahlung der im Falle Manheim verlangten Million einzusetzen, da die Erledigung dieser Angelegenheit dem Ministerpräsidenten Herrn Clemenceau sehr am Herzen liege. In Berlin wurde dann die Vereinbarung getroffen, daß der Betrag von einer Millionen Frank der französischen Regierung für das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt werde, daß innerhalb einer Woche nach der Zahlung die im Artikel 215 des Friedensvertrages vorgesehene Kommission zur Regelung der Heimschaffung der Kriegsgefangenen zusammentreten und daß dies durch die Agence Havas bekannt gegeben werden solle.

Als die Einsetzung der Kommission sich verzögerte und der deutsche Vertreter in Paris an die Erfüllung des Versprechens mahnte, wurde ihm am 18. September mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Zuerst kämen die Kriegsgefangenen aus England, dann die aus Amerika, zuletzt die aus Frankreich an die Reihe. Deutsch-französische Verhandlungen über die Transporte seien nach Auffassung des Ministerpräsidenten Herrn Clemenceau unnötig.

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr erlangt hat, die Heimschaffung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrage bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen."

Die Note geht dann im einzelnen auf die französischen Vorwürfe ein. Besonders wichtig ist die Feststellung, daß der deutschen Regierung seit dem 11. Juli 1919 wiederholt von maßgebender französischer Seite versichert wurde, die Kriegsgefangenenfrage solle nicht mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete verquickt werden:

„Daran, daß noch immer kein endgültiges Abkommen über die Bereitstellung deutscher Zivilarbeiter zustande gekommen ist, trägt die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit erklär , deutsche Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zu stellen, und hat an den sich anschließenden Verhandlungen

eingehende Vorschläge über die Art ihrer Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurden im Inland die bereits vor Unterzeichnung des Vertrags begonnenen Vorbereitungen zur Entsendung der Arbeiter auf das eifrigste gefördert. Die französische Regierung ist darüber auf dem laufenden gehalten worden. Die deutsche Regierung bedauert, daß es trotz ihres wiederholten Ersuchens der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschnitte zu bezeichnen, in denen die Wiederaufbauarbeiten von deutschen Arbeitern ausgeführt werden können."

Die deutsche Regierung erreichte mit dieser Note nichts weiter, als daß am 2. Dezember eine neue ablehnende Antwort Clemenceaus überreicht wurde, die alle aufgeführten Gründe für die Freilassung der Gefangenen zurückwies und wieder schwere Anschuldigungen gegen das deutsche Volk erhob. Die Beziehung zwischen der Erklärung vom 29. August und den deutschen Zugeständnissen in der Kohlenfrage und in der Frage des Sergeanten Manheim wurde überhaupt ohne nähere Begründung abgeleugnet. Dagegen ergebe sich die Verantwortlichkeit Deutschlands für alle Verzögerungen daraus, daß die deutsche Regierung auf eine Note der Alliierten vom 1. November, die aus dem Waffenstillstandsabkommen und den Zusatzverträgen eine Reihe von Forderungen herleitete, bisher keine Antwort erteilt hätte, und daß die deutschen Vertreter, nachdem sie zur Regelung der Arbeit der zur Ausführung des Friedensvertrags eingesetzten Kommission nach Paris entsandt waren, zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder nach Berlin zurückberufen wurden. Es sei also die deutsche Regierung, die eine dilatorische Haltung einnehme und sich der Kriegsgefangenen zur Erregung der deutschen öffentlichen Meinung gegen Frankreich bediene.

Die Gefangenen als Druckmittel bei der Durchsetzung des Schlußprotokolls

Diese Erklärungen wirken um so ungeheuerlicher, als Frankreich gerade damals das Schlußprotokoll durchzusetzen suchte, das bekanntlich das deutsche Wirtschaftsleben auf unabsehbare Zeit hinaus lähmen sollte. Ohne die Annahme des Schlußprotokolls wäre die Herausgabe der Gefangenen nie erreicht worden und so suchte der Gegner durch die drohende Versklavung der Gefangenen einen entscheidenden Druck ihrer Angehörigen auf die deutsche Regierung herbeizuführen. Die auch von der deutschen Presse teilweise übernommene Behauptung, Deutschland habe die Verhandlungen über das Schlußprotokoll und vor allem über die anderen aus dem Friedensvertrag hergeleiteten Forderungen Frankreichs verzögert oder gar unterbrochen, ist durch die Tatsachen leicht zu widerlegen. Am 24. November 1919 kehrte der eine der beiden Bevollmächtigten, Herr von Simson, nach Berlin zurück, um neue Instruktionen einzuholen. Das Beharren der Entente auf ihren Strafforderungen machte diese Rückreise und eine neue Stellungnahme der Reichsregierung notwendig. Am 25. November bereits ergingen diese neuen Instruktionen an den in Paris gebliebenen bevollmächtigten Unterhändler, Herrn von Lersner, der daraufhin sofort die Besprechungen fortsetzte. Am selben Tag kam die französische Note, in der sich der oberste Rat mit der Abreise des Herrn von Simson beschäftigt und Auskunft über die Absichten der deutschen Regierung verlangt. Am 28. empfing Herr von Lersner auch darüber die eingehendsten Instruktionen, die er am 1. Dezember in ausführlicher Unterhaltung Herrn Dutasta vortrug. Darin war der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Schiedsgerichtsvorschlag an erster Stelle enthalten und Herr Dutasta versprach, der deutschen Regierung möglichst bald die Antwort zukommen zu lassen, damit sie Unterhändler und Sachverständige zu den weiteren Verhandlungen entsenden könne. Die Antwort war aber bis Ende 1919 noch nicht eingelaufen. Wie sehr der deutschen Regierung an der schleunigen Ratifikation und der Schaffung eines Protokolls gelegen war, das mögen einige Stellen aus der Instruktion erweisen, die am 28. November 1919 nach Paris gegangen ist. Darin hieß es:

„Die ausgesprochenen Zweifel an der aufrichtigen Absicht Deutschlands, die Bestimmungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung verwahrt sich gegen den Vorwurf für die Verzögerung des Inkrafttretens des Friedensvertrages verantwortlich zu sein. Bereits am 16. Juli haben wir ratifiziert, seitdem

warteten wir darauf, daß die zur Errichtung des ersten Ratifikationsprotokolls erforderliche Zahl ratifizierender Hauptmächte zusammenkäme. Der deutsche Vertreter in Paris war seit langem mit Vollmacht zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls versehen. Erst am 2. November wurde uns davon Kenntnis gegeben, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation vollzogen haben. Diese drei Mächte haben aber nicht ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Frieden durch Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben hiefür neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrag stehen. Die deutsche Regierung wünscht nach wie vor eine schleunige Herstellung des Friedenszustandes durch Inkraftsetzung des Versailler Vertrages."

Am 8. Dezember 1919 gingen zwei neue Noten Clemenceaus ab, die in der Hauptsache die harten Entschädigungsforderungen der Entente für die Versenkung der deutschen Schiffe in Scapa Flow betrafen. Zur Frage der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich wurde in dem einen der beiden Schriftstücke mit folgender Erklärung Stellung genommen:

„Der Oberste Rat ist der Ansicht, daß der Artikel 221 des Friedensvertrages, der sich auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen bezieht, vollkommen klar ist und keiner Ergänzung bedarf. Frankreich hat schon wiederholt erklärt, daß es die Kriegsgefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages freigeben würde. Frankreich kat keinerlei Anlaß dies noch einmal zu wiederholen."

Eine Note der deutschen Regierung vom 15. Dezember nahm Kenntnis von dieser Erklärung. Im übrigen gab sie die grundsätzliche Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zu einer Entschädigung für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe zu erkennen. Eine Kommission von Sachverständigen, die nach Paris delegiert worden war, sollte eingehende Vorschläge über die Art des Schadenersatzes machen, die, wenn sie auch bei der Lage Deutschlands eine neue drückende Last bedeuten würden, doch nicht als mit seinen Lebensinteressen unvereinbar angesehen werden dürfen. Damit hoffte die deutsche Regierung endlich das Zustandekommen des Schlußprotokolls zu erreichen und die grausam verlängerte Leidenszeit unserer Kriegsgefangenen zu beenden.

Dem heißen Verlangen nach Befreiung der Gefangenen gab die Nationalversammlung am 17. Dezember 1919 durch folgende Entschließung einstimmig Ausdruck:

„Die Nationalversammlung nimmt mit tiefstem Schmerz Kenntnis davon, daß mehr als eine halbe Million deutscher Brüder noch immer ihrer Befreiung aus der Kriegsgefangenschaft harren. Der größte Teil dieser Kriegsgefangenen wird in Frankreich festgehalten, England hat eine große Anzahl unserer Offiziere noch nicht herausgegeben. Bei Abschluß des Waffenstillstandsvertrages mußte Deutschland seine Gefangenen sofort entlassen. Wenn das mit den gefangenen Russen nicht durchweg geschah, so deshalb, weil die Zurücksendung auf Verlangen der Entente eingestellt werden mußte. Seit Abschluß des Waffenstillstands ist ein Jahr vergangen, seit Ratifikation des Friedensvertrages durch uns sechs Monate, und noch immer schmachten Hunderttausende in der Kriegsgefangenschaft. Die Nationalversammlung fühlt und leidet mit den unglücklichen Gefangenen wie mit ihren Eltern, Frauen und Kindern, die jetzt beim Herannahen des Weihnachtsfestes mit besonderer Sehnsucht ihrer fernen Lieben gedenken. Sie wendet sich an die Neutralen, denen sie heißen Dank sagt für ihr Eintreten für unsere Gefangenen, sie wendet sich an diejenigen Männer und Frauen in den bisher feindlichen Ländern, die sich ein menschlich fühlendes Herz bewahrt haben, das teilnehmend für die Leiden der unglücklichen Gefangenen schlägt, daß sie laut ihre Stimme erheben zu dem Rufe: Gebt den Frauen ihre Männer, den Kindern ihre Väter und den gebeugten Eltern ihre Söhne wieder."

Trotz allem fand auch das zweite Weihnachtsfest unsere Kriegsgefangenen noch in fremden Landen. Es ist bezeichnend, daß die meisten französischen Lagerkommandanten die Abhaltung deutscher Weihnachtsfeiern verboten. Ebenso war es strenge verboten deutsche Weihnachtslieder zu singen. Verstöße gegen diese Verbote wurden mit Kostabzug und Arrest bestraft, ja in manchen Gefangenenlagern mußten die Kriegsgefangenen selbst an den Feiertagen arbeiten.

Der „Versailler Vertrag" tritt in Kraft

Neujahr 1920 kam heran, und immer noch bestand keine Aussicht für Heimkehr der Gefangenen. Endlich am 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, wurde der Friedensvertrag in Kraft gesetzt. An diesem Nachmittage zeichneten im Kabinett des

französischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simson und Freiherr von Lersner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. November, über die Abwicklung der noch verbleibenden Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und über die Entschädigung für die in Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe. Nach Vollzug der Unterzeichnung übergab Ministerpräsident Clemenceau als Vorsitzender der Friedenskonferenz die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow. Hierauf fand im Uhrensaal des Quai d' Orsay die Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden statt. Als Clemenceau unterzeichnet hatte, begab er sich zu den deutschen Delegierten und erklärte ihnen wörtlich: „Ich habe die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß noch heute Abend der Befehl zur Heimsendung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird."

So öffneten sich denn genau 14 Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes die Drahtgitter, hinter denen unsere Brüder in Frankreich diese schrecklich lange Zeit hindurch noch schmachten mußten. Was die Menschlichkeit gebot, was eine Kulturnation als eine unabänderliche Pflicht hätte ansehen müssen, was vom völkerrechtlichen Standpunkt aus zwingende Notwendigkeit schien: die Kriegsgefangenen nicht eine Stunde länger auf Feindesboden zurückzuhalten, als es sich durch die Lage der Dinge rechtfertigte — dagegen ist von Frankreichs Seite am schwersten gesündigt worden.

Am 20. Januar 1920 hat der Abtransport der deutschen Gefangenen aus der ehemaligen französischen Kampfzone begonnen. Er vollzog sich zu Lande auf den Linien:

1. Aachen—Köln—Düsseldorf,
2. Trier—Koblenz—Limburg,
3. Metz—Worms—Mannheim,
4. Straßburg—Kehl—Appenweier.

Auf der Linie 1 liefen täglich 3 Züge, auf den übrigen Linien täglich 1 Zug.

Zuerst kamen die links des Rheins beheimateten Gefangenen an die Reihe. Sie wurden durch 28 Züge befördert und in die Durchgangslager Jülich, Düren, Eschweiler, Worms und Griesheim gebracht. Zur Versorgung und Weiterleitung der eintreffenden deutschen Kriegsgefangenen hatte die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene die „Kriegsgefangenenheimkehr" organisiert, die mit Reichs- und Privatmitteln einsprang und an größeren Bahnhöfen Aufnahmestellen errichtete. Das französische Oberkommando hatte natürlich einen förmlichen Empfang in den Durchgangslagern und überhaupt jegliche Kundgebung auf den zu durchfahrenden Bahnstrecken oder zu durchschreitenden Straßen, ebenso jegliche Bahnhofausschmückung untersagt. Der Abtransport der Gefangenen, die im unbesetzten Deutschland zu Hause waren, setzte am 25. Januar auf der Linie 1 und zwei Tage später (nach Vollendung des Abtransports der linksrheinischen Gefangenen) auch auf den übrigen Linien ein. Es wurden 106 Züge auf der Linie 1 und 98 Züge auf den übrigen drei Linien dazu gebraucht.

Der Abtransport der deutschen Gefangenen aus dem französischen Hinterland begann am 25. Januar. Alle zwei Tage wurde ein Zug für die Mannschaften und alle vier Tage ein Zug für Offiziere abgelassen. Die Züge kamen über Basel—Konstanz. Außer dem Landweg wurde nach Möglichkeit auch der Seeweg für die Heimschaffung unserer Gefangenen benutzt. Vier deutsche Dampfer „Rügen", „Gotenhof", „Herbert Horn" und „Melilla", liefen am 10. und 18. Januar nach den französischen Häfen Rouen, St. Nazaire und Le Havre aus, um die Gefangenen an Bord zu nehmen. Auch die Benutzung des Hafens St. Malo ist nachträglich von der französischen Seite zugestanden worden. Am 26. Januar traf der Dampfer „Rügen" bereits mit 550 Heimkehrern aus dem französischen Hinterland in Cuxhaven ein.

Der größte Teil unserer Kriegsgefangenen war nunmehr der Heimat wiedergegeben. Wie von einem schweren Druck erlöst, atmete ganz Deutschland auf und mit tiefer herzlicher Freude wurden die Angekommenen überall begrüßt. Aber nicht alle deutschen Kriegsgefangenen sahen die Heimat wieder. Viele deckt die fremde Erde. Sie sind angeblich an irgend einer Krankheit gestorben, in Wirklichkeit sind sie zu Tode gemartert, auf der Flucht erschossen worden oder an Entkräftigung zugrunde gegangen. Frankreich ist sich bis zur letzten Minute treu geblieben. Noch unterm 20. Januar 1920 mußte die deutsche Regierung an die schweizerische Gesandtschaft (Vertretung deutscher Interessen) eine Note richten, in welcher sie auf die schikanöse Behandlung im Offiziersgefangenenlager Montoire sur Loire aufmerksam machte. Dort wurde von den Posten wiederholt grundlos in die Stuben hineingeschossen. Die Brotration wurde von 350 auf 300 Gramm herabgesetzt, weil ein Offizier entflohen war. Die Wachtposten wurden angewiesen im Dunklen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, sobald sie ein Geräusch hören oder in einem Stall, in dem seit Jahren deutsche Offiziere untergebracht waren, Licht sahen. Unter dem gleichen Datum protestierte die deutsche Regierung bei der schweizerischen Gesandtschaft gegen die Mißhandlungen in dem zur Compagnie P. G. R. L. 983 gehörigen Detachement 639 in Epernay Marne und gegen die Bestimmungen, daß wieder ergriffene Flüchtlinge 60 Tage Arrest bei Wasser und Brot zudiktiert erhielten und in Spezialkompagnien gesammelt wurden.

Zurückhaltung der kriminell Bestraften

Die sogenannten kriminell Bestraften behielt Frankreich zurück, offenbar, um sich damit ein Faustpfand zu schaffen. Im Jahre 1921 befanden sich in Avignon noch 396 Mann, in Agai etwa 173, in Cuers etwa 150 Mann. Genaue Ziffern über die beiden letzteren Straforte konnten nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Verbrechen, deren man die kriminell Bestraften beschuldigte, waren nicht so groß, daß sich ein solch grausames Verfahren hätte rechtfertigen lassen. Es waren meist Diebstähle, die auf der Flucht ausgeführt wurden, und die sich in der Hauptsache nur auf Brot, Lebensmittel oder Kleider erstreckten. Unter den über 600 Zurückgehaltenen waren nur 2, die sich ein wirkliches Verbrechen zu schulden kommen ließen; einer davon hatte den Bauern erschlagen, dem er zur Arbeit zugeteilt war, und ebenso dessen Frau, als sie sich seiner Flucht entgegenstellte, der andere hatte ein Sittlichkeitsverbrechen begangen. Die kriminell Bestraften erhielten für ihre Taten unverhältnismäßig hohe Strafen. Das kam daher, weil die französische Regierung von Anfang an nicht deutlich die Behandlung der Kriegsgefangenen von derjenigen der Strafgefangenen und der Verdächtigen gemeinen Rechtes unterschied. Die Angelegenheiten der deutschen Kriegsgefangenen waren der Abteilung „Contentieux et Justice militaire“ des französischen Kriegsministeriums übertragen, welche die Verbrechen, die vor das Kriegsgericht gestellt werden, behandelte. Dem entsprach auch das Verfahren der französischen Behörden gegen deutsche Kriegsgefangene. Im Jahre 1917 und 1918 wurden deutsche Mannschaften und Offiziere, denen man keine strafrechtlich verfolgbare Handlung vorwerfen konnte, wochen-, ja monatelang in den Strafgefängnissen und Zuchthäusern Chalons sur Marne, Vitry-le-François und Clermont (Oise) eingesperrt. Auch nach dem 20. Januar 1920 waren noch deutsche Kriegsgefangene in französischen Zuchthäusern.

Die kriminell Bestraften wurden gesammelt und kamen zum großen Teil zuerst in das Vergeltungslager Carpiagne, wo sie besonders grausam behandelt wurden. Der Hunger, den sie dort leiden mußten, war so stark, daß sie gezwungen waren, Gras zu essen. In der grausamen Behandlung der Kriegsgefangenen tat sich besonders ein Leutnant Philippo hervor, der sich sogar nicht scheute, Verwundete mit einer schweren Hundepeitsche zu schlagen. Später kamen die Gefangenen in das Zuchthaus Avignon zurück und wurden auf verschiedene Arbeitskommandos verteilt. Entgegen den Berner Vereinbarungen wurden sie mit französischen Zuchthäuslern zusammengelegt; Haare und Bart wurden ihnen geschoren, dann wurden sie in Sträflingskleider gesteckt. Die Behandlung durch das Aufsichtspersonal war furchtbar. Nicht nur, daß sie unbarmherzig geschlagen und ganze Nächte

nackt in kalten Zellen verbringen mußten, waren sie auch vor sexueller Vergewaltigung durch die französischen Zuchthäusler nicht sicher. Die Zellen waren ohne Fenster und Licht und ohne Luftzufuhr; nur eine kleine Öffnung von ca. 30 qcm war in die Türen eingeschnitten. Die Zellen, die eine Größe von 1,50 × 3 m hatten, waren immer überfüllt. Die Luft war unerträglich, da der Abortkübel immer in der Zelle stand. Die Gefangenen legten ihre Gesichter an die vergitterten Türöffnungen, um frische Luft zu bekommen, wurden aber von den Posten mit dem Bajonett zurückgetrieben. Die Verpflegung bestand nur aus Wasser und Brot, letzteres noch dazu in ganz unzureichender Menge. Liebesgabenpakete und Briefe wurden den Gefangenen während des ganzen Jahres 1920 nicht ausgehändigt, erst Mitte des Jahres 1921 bekamen sie sie, natürlich beraubt, in die Hände. Die ärztliche Versorgung war vollkommen unzureichend; der Arzt kümmerte sich um nichts, es war ihm einerlei, ob seine Verordnungen ausgeführt wurden oder nicht. Vorzugskost, die er verordnete, wurde auf Befehl des Kommandanten wieder entzogen. Wurde vom Arzt Diät vorgeschrieben, so wurde dies vom Kommandanten dahin verstanden, daß der Kranke überhaupt nichts zu essen bekam. Stahl aber ein solcher Kranker, durch Hunger getrieben, einem französischen Gefangenen ein Stück Brot, so bekam er 30 Tage Zelle dafür. Wertsachen, die den Gefangenen bei ihrer Einlieferung abgenommen wurden, haben sie nie mehr ausgehändigt bekommen.

Diese Zustände dauerten bis Mitte des Jahres 1921, nachher trat eine kleine Besserung ein. Die Gefangenen durften sich in der Kantine etwas kaufen und erhielten die Pakete, die ihre Angehörigen schickten. Die Gefangenen, die von Avignon aus auf verschiedene Kommandos verteilt wurden, standen unter der gleich strengen Bewachung wie in Avignon selbst. Sie mußten 14 Stunden arbeiten und wurden sowohl von der Wachmannschaft als auch von den Bauern mißhandelt. In Ruth bei Orange (Vaucluse) mußten sie in den Weinbergen giftige Mischungen streuen; untergebracht waren sie zusammen mit Schweinen in einem Stall.

Auf keinem Landkommando war die Behandlung menschenwürdig und den Berner Vereinbarungen angemessen. In Agai war sie bis Mitte Juni 1921 sehr schlecht und grausam. Die Gefangenen wurden von Schwarzen bewacht, die von französischen Offizieren aufgehetzt sich das Unglaublichste in der Behandlung von Menschen leisteten. Ein junger Kriegsfreiwilliger aus Kiel, namens Kollwitz, flüchtete zugleich mit einem Fliegerfeldwebel, namens Zorn. Diesem gelang es zu entkommen, Kollwitz aber, sehr erschöpft von einer eben überstandenen Arreststrafe, wurde von den Schwarzen eingeholt. Er flüchtete in eine Ausbuchtung unter einer Brücke. Auf den Zuruf der Schwarzen er solle herauskommen, folgte er nicht sogleich und wurde auf schreckliche Weise mit dem Gewehrkolben mißhandelt. Schwerverwundet zog man den armen Menschen heraus, und der französische Sergeant Leferon schoß ihm eine Kugel durch den Kopf. Ein Schwarzer nahm einen großen Stein und zerschmetterte mit diesem den Kopf des Toten vollständig. Auf demselben Kommando wurde ein Mann mit Namen Sternbeck, im Juli 1920 von einem schwarzen Soldaten erschossen. Sternbeck, Vater von fünf Kindern, hätte seine Strafe bald verbüßt gehabt und wäre in nächster Zeit entlassen worden. Er arbeitete mit noch drei Mann unter Bewachung eines schwarzen Soldaten im Walde. Ein Mann trat aus, und als er nach längerer Zeit nicht zurückkam, wurde nach ihm gesucht. Als der Schwarze die Überzeugung hatte, daß der Gefangene flüchtig geworden sei, nahm er sein Gewehr und schoß den bei ihm stehenden Sternbeck nieder. Für diese Heldentat wurde der schwarze Soldat zum Unterkorporal befördert. Die Beispiele von schlechter und grausamer Behandlung auf diesem Kommando ließen sich in das Unzählige vermehren. Ausgangs 1921 kam ein neuer Kommandant nach Agai, und die Behandlung besserte sich etwas.

Auf dem Kommando Cuers, von dem wir erst 1921 Kenntnis erhielten, waren die Verhältnisse gleich schlecht. Die Gefangenen mußten schwere Erdarbeit verrichten und hatten unter dem Befehl des Adjutanten Oktobone Schreckliches zu leiden. Die Flucht bedeutete dort fast ausnahmslos den sicheren Tod. Von allen

Gefangenen, die in Cuers waren, wird Oktobone als eine Bestie in Menschengestalt geschildert, der in Quälereien eine fast krankhafte Erfindungsgabe besaß. Die Bekanntgabe der Mißhandlungen durch geflüchtete Gefangene in der deutschen Presse löste eine starke Agitation zugunsten dieser Unglücklichen aus, an der sich sogar französische Blätter beteiligten. Daraufhin wurde die Behandlung besser. Ende 1921 wurde Agai und anfangs 1922 Cuers aufgelöst; die Gefangenen wurden nach Avignon gebracht. 13 Bayern, die sich in Avignon befanden, wurden im November 1921 begnadigt.

Anfangs 1922 wurde auch Avignon aufgelöst. Nachdem verschiedene Kriegsgefangene ihre Strafe abgebüßt hatten und entlassen worden, andere durch die Bemühungen des Internationalen Roten Kreuzes in Genf begnadigt worden waren, kam der Rest von 48 Mann nach Toulon. Im März 1922 befanden sich dort 27, am 11. August noch 25 Mann, die stündlich auf ihre Befreiung harrten. Dann endlich konnte Frankreich dem Druck, der von neutraler und besonders von päpstlicher Seite aus ausgeübt wurde, nicht mehr widerstehen und wurde der Rest der noch in Toulon befindlichen, sogenannten kriminellen Kriegsgefangenen begnadigt. Sie wurden nach Kehl und von da nach Stuttgart transportiert. Hier wurden sie mit großem Jubel unter Anteilnahme der Spitzen des württembergischen Ministeriums und der Bevölkerung feierlich empfangen und in ihre Heimat entlassen.

Interessant genug ist die Aufstellung der Sterbefälle, die unter den Kriegsgefangenen sowohl in Frankreich wie in Deutschland vorgekommen sind. Nach den von dem französischen Kriegsminister im Jahre 1923 veröffentlichten Zahlen waren in Deutschland 475000 französische und in Frankreich 421000 deutsche Soldaten als Kriegsgefangene interniert. Davon sind gestorben 18223 Franzosen in Deutschland und 22105 Deutsche in Frankreich; also von den Deutschen in französischer Kriegsgefangenschaft 5,2%, von den Franzosen in deutscher Kriegsgefangenschaft 3,8%.

Ungeheuer groß ist die Vermißtenliste der deutschen Armee. Viele deutsche Soldaten sind von ihren Kameraden bei der Gefangennahme in französischen Lagern gesehen worden und seither vermißt. Während aber Deutschland es dulden mußte, daß englische, französische, italienische, belgische usw. Kommissionen umhereisten und nach Vermißten ihres Landes forschten, freilich ohne Ergebnis, hat die französische Regierung bisher noch nicht gestattet, daß eine deutsche Kommission in Frankreich Nachforschungen anstellt.

Freiwillig sind in Frankreich nur etwa 60 deutsche Soldaten zurückgeblieben. Nach den Aussagen der zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen ist aber die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß viele ehemalige deutsche Kriegsgefangene in die französische Fremdenlegion verschleppt wurden. Um so mehr muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß Frankreich einer deutschen Kommission Nachforschungen gestattet, wo die vielen Tausenden von deutschen Vermißten geblieben sind. Die Aufklärungen, die auf Anfragen der deutschen Regierung an die französische Regierung gekommen sind, sind mehr als kläglich.

Dies ist die Geschichte der Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich, in der sich die Glorie, Humanität und Ritterlichkeit der französischen Kulturnation im hellsten Lichte zeigt.

Wissenschaftliche Rundschau

Die moderne Chirurgie im Rahmen der Kulturentwicklung

Von Geheimrat Professor Dr. Ferdinand Sauerbruch in München

In der Sitzung des Münchner Aerztlichen Vereins im Juni 1925 hielt Geheimrat Ferdinand Sauerbruch einen Vortrag über die Entwicklung der Chirurgie im Rahmen der Kultur. Nach einem Überblick über die Anfänge der chirurgischen Heilkunst in prähistorischer Zeit und bei den Völkern des alten Orients schilderte er ausführlicher die Fortschritte seiner Wissenschaft in der griechischen und römischen Antike, im Mittelalter und in der Renaissance und wandte sich schließlich der neuzeitlichen Entwicklung zu. Diese letzten programmatisch bedeutsamen Teile des Vortrags folgen hier mit einigen unwesentlichen Kürzungen. D. Schr.

Der neue Geist, der im 18. Jahrhundert die europäische Kultur umgestaltet, erfaßt auch die Medizin. Die sogenannte alte Wiener Schule ist die Wiege der modernen Medizin. Gekennzeichnet ist diese ganze Zeit durch bedeutende naturwissenschaftliche Entdeckungen und Erfindungen und durch den Wunsch, die Ergebnisse der Technik für die Medizin geltend zu machen. Auch die um sich greifende Naturphilosophie gibt Anregung und Förderung. Der Hauptgrund für die verhältnismäßig kurze Dauer dieser Epoche liegt in dem immer wieder hervortretenden Streben der ärztlichen Forschung, den praktischen Erfolgen eine bessere theoretische Unterlage zu geben. Dieses Streben fand im 18. Jahrhundert seinen sichtbarsten und bedeutendsten Ausdruck in dem Manne, den man als den ersten ärztlichen Naturforscher im modernen Sinne bezeichnen kann: Albrecht von Haller. Die großen Fortschritte in der Anatomie und Physiologie des 18. Jahrhunderts haben die Chirurgen ganz außerordentlich befruchtet. Namentlich die anatomisch-chirurgische Technik entwickelte sich unter dem Einfluß der Franzosen Petit, Chopart und des Deutschen Heister. Zum ersten Male in der deutschen Medizin entschloß sich ein wissenschaftlich gebildeter Arzt Chirurg zu werden. Heister hat das erste brauchbare Lehrbuch der Chirurgie, das im Jahre 1780 in Nürnberg erschien, verfaßt. Nach ihm bekannten sich auch bald andere Ärzte freimütig zur Chirurgie, wie Richter, Siebold und Theden. In Wien besonders wurden den Chirurgen nach und nach mehr Rechte und eine bessere Stellung eingeräumt. In Berlin schuf Friedrich der Große eine Militärakademie. Dadurch wurden die Regiments-Chirurgen Ärzte, die den anderen an allgemeinem Wissen nicht nachstanden, außerdem aber noch technische, chirurgische Ausbildung hatten. Die mit der Chirurgie verwandte Geburtshilfe machte gewaltige Fortschritte, seit dem der flandrische Chirurg Palfyn die Geburtszange eingeführt hatte, die in primitiver Form allerdings im Altertum schon bekannt war. In Österreich stiftete die 1785 errichtete medizinisch-chirurgische Josefsakademie viel Nützliches und in Dresden wurde 1748 die erste staatliche chirurgische Klinik eröffnet.

Man fing jetzt allgemein an, von den Ärzten auch eine möglichst gute chirurgische Ausbildung zu verlangen und die entsprechenden Bildungsanstalten wurden mit den medizinischen vereinigt. So fiel die letzte Scheidewand. Trotzdem blieb die Chirurgie noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ohne grundsätzlichen Fortschritt und ohne Fühlung mit der rasch fortschreitenden inneren Medizin und Pathologie. Nur wenige Fachvertreter mit großen persönlichen Leistungen wurden ihr geschenkt. Die meisten Anregungen gingen von Paris aus. Hier wirkte der Schöpfer der neuen Kriegschirurgie Larrey, der Leibarzt Napoleons I., neben ihm Dupuytren, Nélaton, Pravaz u. a. Auch in Deutschland und Österreich war der Einfluß Frankreichs stark. Nur wenige, wie Friedrich Graefe, Dieffenbach, Stromeyer gingen eigene Wege.

Die letzte große, vielleicht größte Epoche in der Entwicklung der Chirurgie setzt in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein. Der allgemeine Fortschritt der Medizin und Naturwissenschaften befruchtet die Chirurgie und allgemein medizinisches Denken beginnt. Drei gewaltige Ereignisse, Einführung bzw. Wiedereinführung der Narkose, Antisepsis und künstliche Blutleere sind die Marksteine dieser neuen Zeit.

Was die allgemeine Betäubung bedeutet, braucht kaum gesagt zu werden. Mit ihr fielen die großen Hemmungen für die Entwicklung der Chirurgie fort. Die Schmerzfreiheit des Kranken ermöglichte der chirurgischen Arbeit Ruhe und Sicherheit in bisher nicht gekanntem Maße. Nicht ganz so bedeutungsvoll, aber trotzdem von ungeheurem Einfluß auf die operative Chirurgie, war die Einführung der antiseptischen Wundbehandlung. Sie hat ihre Vorläufer

n Altertum. In der hippokratischen Chirurgie gab es genaue Vorschriften für die Reinigung er Hände und des Operationsgebietes. Aber dieser wichtige Besitz war im Laufe der Jahrunderte vollständig verloren gegangen. Noch in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts ngen Chirurgen, die sehr häufig gleichzeitig Anatomie lehrten, von einer Leicheneröffnung i einer Entbindung. Das Kindbettfieber gehörte daher zu einer ständigen Einrichtung aller eburtshilflichen Anstalten. Es ist heute nicht zu verstehen, mit welchen gehässigen Widerständen der Wiener Arzt Ignaz Philipp Semmelweis zu kämpfen hatte, der als erster in der bertragung infektiöser Stoffe durch die Hände und Instrumente der Ärzte die wahre Ursache es Kindbettfiebers erkannte. Auch überrascht, daß die grundlegenden Entdeckungen asteurs so spät für die Medizin fruchtbar gemacht worden sind. Denn erst im Jahre 1867 verfentlichte der englische Chirurg Lister seine entscheidenden Lehren über die Antisepsis. usgehend von dem Gedanken, daß die in der Luft enthaltenen niederen Organismen die eigentchen Erreger der Eiterung seien, werden hier zum ersten Male antiseptische Maßnahmen ir Wundbehandlung angegeben. Die dritte wichtige Errungenschaft der modernen Chirurgie rdanken wir Friedrich von Esmarch: Abschnüren der Glieder zur Erzeugung einer künstchen Blutleere ist das Wesen seiner Methode. Auch sie war schon im Altertum bekannt id wurde später von den Kriegschirurgen geübt. Nur war ihre Anwendung vergessen. esonders die Extremitäten-Chirurgie hat von dieser Neuerung große Vorteile erfahren.

Schlagartig waren so wie durch einen Zauber alle Hindernisse der früheren Zeiten gefallen. eder Tag brachte neue Anregung und neue Probleme, die der Lösung harrten. Männer waren i, die sich mit Begeisterung den neuen Aufgaben hingaben, wie der hochgebildete Bernhard n Langenbeck, Karl Thiersch, der Begründer der Transplantationslehre, Gustav Simon, ichard Volkmann, Ernst von Bergmann, vor allem aber Theodor Billroth. Neue ebiete der Chirurgie werden erschlossen und in Anlehnung an die Pathologie und innere Medizin eitere Gesichtspunkte für die Erkennung und Behandlung chirurgischer Krankheiten gewonnen.

Im Vordergrund stand die noch junge Bauchchirurgie, aber schon bald begannen tastend ie ersten Versuche operativer Eröffnung auch anderer Körperhöhlen. Verbesserung der Diaostik, ruhigere Indikationsstellung für die einzelnen Eingriffe und Vereinfachung der Techik sicherten den Erfolg. Die Tatsache, daß sich sehr häufig die Vorstellung der internen Medizin n Art und Wesen der Krankheiten als unrichtig erwies, zwang die Chirurgie zu selbständiger orschung. So wurden große Gebiete der Pathologie durch die Erfahrung im Operationssaal undlegend umgestaltet. Ich erinnere an die Blinddarm-Entzündung, an die Erkrankung er Gallenblase und des Magendarmkanals. Was Klinik und Operationserfahrung anregten, urde dann in experimentalen Studien weiter durchforscht. Der bedeutungsvollste Gewinn am aber aus der innigen Gemeinschaft der Chirurgie mit der inneren Medizin. Und nun kam i diesen unerhörten Fortschritten gegen Ende des Jahrhunderts noch Röntgens geniale rfindung hinzu — wiederum neue Antriebe, neue Fragestellungen und neue, namentlich diagostische Leistungen.

Der Medizin und Chirurgie des 19. Jahrhunderts drücken Naturwissenschaft und Technik ren Stempel auf. Naturwissenschaftliches Denken und Forschen durchdringt das ganze Kulr- und Geistesleben. Die großen Erkenntnisse, wie sie sich in dem Gesetz der Erhaltung der raft, in der Vererbungslehre, in der Darwinschen Theorie und anderem ausdrücken, ließen ne materialistische Denkweise in Wissenschaft und Kunst entstehen. Der Glaube an den aterialismus mußte notgedrungen in der Folge zu Aberglauben und Irrlehre führen. Aus elen Theorien und Arbeitsrichtungen entwickelte sich endlich eine neue, hoffnungsfrohe issenschaft, die Lehre vom Leben. Die Biologie mit ihren zahlreichen Problemen und ihrer nigen Beziehung zum geistigen Leben rückt in den Vordergrund. Sie wird gerade für die edizinische Wissenschaft von besonderer Bedeutung und bestimmt auf lange Zeit ihre Arbeitschtung. Mit ihr aber beginnt eigentlich auch der Umschwung, der auf eine so glänzende ntwicklung notgedrungen kommen mußte. Er setzt um die Jahrhundertwende ein.

Gerade durch die Ausdehnung naturwissenschaftlicher Methodik werden uns die Grenzen nseres Erkennens vor Augen geführt. Wie in einem großen Experiment werden wir über den rtum der materialistischen Weltauffassung aufgeklärt, gerade durch die Naturwissenschaft. escheiden beginnen wir wieder uns zu besinnen. Wir empfinden, daß auch die bedeutendste issenschaftliche Entdeckung über das Letzte und Eigentliche nichts sagen kann. Ihre Ergebsse müssen ergänzt und geführt werden von einem innerlichen Verständnis rein menschlich elischer Dinge. Diese Gesinnung kommt auch in der heutigen Medizin zum Ausdruck. Der rzt erkennt, daß pathologisch anatomische Betrachtungsweise der Krankheiten, die ja rade den großen Umschwung eingeleitet hatte, nur eine einseitige Vorstellung von ihrem esen gibt. Die Bakteriologie hatte durch ihre Lehre von der Infektion und in begreiflicher

Überschätzung ihrer naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse den Chirurgen unhaltbare Anschauungen aufgedrängt. Den Krankheitsvorgang und die ihn bestimmenden Faktoren, die sich aus der ganzen Eigenart des erkrankten Menschen ergaben, hatte man gegenüber den pathologisch-anatomischen Befunden vernachlässigt. Heute wissen wir wieder, daß die medizinische Wissenschaft Krankheiten erforschen kann, daß aber keine wissenschaftliche Methode Auffassungen über den kranken Menschen so vermittelt, wie sie einem begabten Arzte gefühlsmäßig zuströmen. Der Chirurg, der überall dort, wo es sich um Lösung eines mechanischen Problems handelte, wie z. B. bei der narbigen Verengerung des Magens oder der Abschnürung des Darmes, so erfolgreich helfen konnte, mußte einsehen, wie seine Kunst versagte, wo zusammengesetzte und schwierig zu erkennende Bedingungen Art und Verlauf der Krankheit bestimmen. Auch die Hoffnungen, die manche auf weitere Spezialisierung setzten, haben getrogen. Im Gegenteil, sie hat den Blick für die großen Zusammenhänge getrübt und darum besonders verhängnisvoll gewirkt.

Heute fühlen Arzt und Chirurg wieder, daß ihr Fach, das ja auf nüchternen klaren Vorstellungen beruht, eine erhebliche Ergänzung notwendig hat. Über allem Wissen und Können, das eine Zeit vermittelt und bestimmt, muß die Eigenart des behandelnden Arztes stehen. Damit wird seine Tätigkeit zur Kunst. Hier ist etwas, das unbeeinflußt von allen Zeitströmungen unverändert bleibt und letzten Endes das Beste und Größte unseres Berufes ist. Mit dem schönen Wort „Heilkunst" ist von alters her unsere praktische Arbeit richtig gekennzeichnet.

Was ist nun bei dieser Umgestaltung des ganzen medizinischen Denkens und Forschens für die Zukunft zu erwarten? Die Geschichte zeigt, daß es keine absoluten Wahrheiten und keine immer geltenden Gesetze gibt. Ein System löst das andere ab, und nicht einmal Echtes und Wahres bleibt in aller Zukunft bestehen. Ja, es ist, so unwahrscheinlich es auch klingen mag, durchaus denkbar, daß unsere epochalen Leistungen und Fortschritte unter dem Einfluß gewaltiger kultureller Umwälzungen verloren gehen können, so wie es einst nach der großen Blüte in Alexandrien geschah. Auch die Medizin unserer Tage ist nur ein Übergang. Wir fühlen bereits heute, daß etwas Neues kommen will, das wir nur noch nicht klar erschauen. Aber die neue Zeit, die sich schon in mancherlei Äußerungen verkündet, kann verhängnisvoll werden. Auch das lehrt die Geschichte. Immer stellt sich nach großen politischen und sozialen Umwälzungen, namentlich wenn sie mit wirtschaftlicher Not einhergehen, ein Hang zur Mystik ein. Dieser aber ist, wie wir sahen, das Grab jedes Fortschritts. Das notwendige Maß der Reaktion gegen die zu stürmische Entwicklung der letzten 50 Jahre muß erkannt, übertriebene Spekulation und mystische Schwärmerei ferngehalten werden. Hier setzt eine ernste Pflicht ein. Wir sind berufen, dem Nachwuchs die erprobte naturwissenschaftliche Arbeitsmethodik zu vermitteln und zu erhalten. Erfüllt die Medizin hier ihre Pflicht, so wird sie über ihren eigenen Rahmen hinaus zum Wegweiser der Kultur. Beide, Kultur und Medizin haben eine Doppelnatur. Der verstandesmäßige Trieb der Erkenntnis steht neben dem aus dem Gefühle stammenden Verlangen nach Menschenliebe und hilfreicher Betätigung. In der harmonischen Vereinigung dieser beiden entgegenliegenden Kräfte liegt das eigentliche Wesen sowohl der Kultur wie der ärztlichen Kunst. Selten nur wird diese Vereinigung in einzelnen Persönlichkeiten, noch seltener und nur unter ganz besonderen Bedingungen von der Allgemeinheit erreicht. Dann aber entstehen einzelne Höchstleistungen oder große Epochen in Kultur und Medizin. Das lehrt die Geschichte der Chirurgie besonders eindrucksvoll.

Und ein letztes soll noch gesagt sein: Medizin und Chirurgie sind mit dem gesamten nationalen und politischen Geschehen, mit dem inneren und äußeren Geschick der Völker unabänderlich verbunden. Die politischen Katastrophen, nationale und kulturelle Vergewaltigung der deutschen Völker, können darum auch an unserer Wissenschaft nicht spurlos vorübergehen. Aber die Geschichte lehrt, daß Deutschland nie größer war als in seiner Not. Auch diesmal werden wir zur Selbstbesinnung kommen und werden wieder merken, daß die Hauptwurzeln unserer Kraft in der Eigenart der deutschen Stämme, in der eigenen Kultur und nicht in internationalen Beziehungen und internationalem Austausch allein zu suchen sind. Eine Verinnerlichung wird kommen, die uns alle enger zusammenschließt, die wir mit gleicher Sprache, gleicher Not, auch gleiche Zukunftsträume haben. Die äußere Macht und den äußeren Glanz hat man zerschlagen. Aber der Glaube an unsere Eigenart, an unsere Kulturaufgabe und an unsere Zukunft ist ungebrochen. Möge an der Wiedergeburt unseres allgemein kulturellen und politischen Lebens, das kommen muß und kommen wird, auch die Medizin wirksamen Anteil haben.

Leopold Ranke und die Gegenwart

Der altangesehene Ranke-Verleger Duncker und Humblot (München) schenkt uns soeben die ersten Bände einer umfassenden Neuausgabe seines großen Meisters. In je 5 Bänden legt er die „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation" und die „Französische Geschichte vornehmlich im 16. und 17. Jahrhundert" vor, beide gleich vornehm und würdig im äußeren Gewande, billig im Preis, sorgfältig in der Wiedergabe des Textes, so daß man vielleicht wohlwollend ein Auge zudrücken mag, daß in dem ersten der Werke die Rankeschen Fußnoten unterdrückt wurden, welche durchaus nicht nur für den fanatischen Spezialisten wichtig erscheinen. Zur selben Stunde kündigt nun aber auch der hiesige Drei-Masken-Verlag eine Neuausgabe der Rankeschen Werke an, ein Projekt größter Ausmaße, unter Beifügung eines kritischen Apparates, Aufnahme sämtlicher Schriften, Mitarbeit erster Gelehrter: unter Voraussetzung offenbar eines breitesten und günstigsten Bodens. Was ist es, das solch weitausgreifenden Unternehmen die Möglichkeit, ihren Trägern die berechtigte Hoffnung auf ein gutes Gelingen gibt?

Es ist heute nicht mehr ganz leicht, über Ranke zu sprechen und nicht banal zu werden. Man kann sagen, daß seit der Jahrhundertwende eine Ranke-Renaissance im Gange ist, die über alle Wendungen unseres äußeren Schicksals und unserer inneren Entwicklung nur noch zugenommen hat. Es ist die Klassik des Ganz-Großen, die ihn mit der zunehmenden Entfernung in nur noch geheimnisvollerer und plastischerer Deutlichkeit über alles Dazwischenliegende hinaushebt. Wir beugen uns als vor einem Symbol menschlich-geistiger Größe, wir bewundern stets aufs neue eine einzigartige Verbindung künstlerischer Intuition, wissenschaftlicher Forschung und literarischen Gestaltens. Aber sind es über diese absoluten Werte hinaus nicht auch noch ausgesprochen in unserer Zeit begründete und durch sie umgrenzte Motive, die gerade unser Geschlecht zu den lauten Verkündern dieser Renaissance machen?

Motive, so möchte man antworten, gleich wissenschaftlichen und geistesgeschichtlichen wie politischen und weltanschaulichen Charakters! Wovon wir uns heute abwenden, war nie sein Teil, und was wir suchen, hat Ranke zeit seines Lebens dargestellt und verkörpert. Unsere Tage kehren sich immer unzweideutiger vom reinen Empirismus — in Rankes historischem Werk erscheint jeder Satz Tiefsinn und Philosophie. Es wurde vielleicht nie so heiß und ernst um die Wiedergewinnung der Form gerungen — Ranke schrieb eine Prosa, wie sie heute nach 100 Jahren noch ebenso neu, hauchbedeckt, zwingend, immer gültig erscheint, wie an ihrem ersten Tag. Durch unser aller Reihen geht aber vor allem eine tiefe Reaktion gegen jeden schrankenlosen Historismus — in eine unbeschreibliche subjektive Einheit aufgelöst begegnet uns in Rankes Werk historische Eigengesetzlichkeit und eine doch mit ihr verwobene Hierarchie absoluter Werte. Dieses letzte scheint mir aber der zentrale Punkt, von dem aus man Rankes ganzes weltweites Anschauungsreich übersehen kann, zugleich der, wo die Strahlen seines Werkes mit dem Weg, den wir uns bahnen, im Innersten zusammenfallen und ihr Licht weithin über ihn verbreiten.

Und zwar ordnen sich hier auch die politischen Bezüge ein. Man hat mit Recht bemerkt, daß keine der Rankeschen Ideen so populär geworden sei, wie die Lehre vom Primat der äußeren Politik — und in der Tat gibt es wenig, was aus Ranke und unserem Gegenwarterleben mit gleicher Deutlichkeit in die Augen träte. Aber diese Lehre, um deren Wiedererweckung sich in hohem Maß Max Lenz und Herm. Oncken verdient gemacht haben, ist doch nur der Teil eines größeren Gebäudes. Ranke war seiner tiefsten Natur nach ein universaler, auf die Gemeinschaft, auf das ihn umgebende Ganze gerichteter Mensch: diesem allgemeinen habe alles einzelne zu dienen. Er besaß eine letzten Grundes synthetische Lebensauffassung, die der primär-individualistischen seiner liberalen Zeit schnurstracks entgegengesetzt war: nur als eine letzte Konsequenz von ihr erscheint seine Lehre von der entscheidenden Bedeutung des äußeren Staatenlebens hervorgewachsen, an der er mit einer Art religiöser Andacht hing. Aber es kann gar keine Rede davon sein, daß mit diesem einzelnen Satz Rankes Philosophie aufhörte — er bedeutet vielleicht den wichtigsten und immer wieder entscheidensten Hebel in dem komplizierten Mechanismus, nie aber seinen einzigen, noch viel weniger etwas, das um seiner selbst willen da wäre; es ist bekannt wie er selbst immer wieder innere und äußere Politik „auf das genaueste" zusammengehörig bezeichnet hat. Das geistige und innerpolitische Leben kommt durchaus zu seinem Recht und bestimmt sein Geschichtsbild in weitestgehendem Maße. Welcher Historiker hätte, wie er, die geheimen Tiefen einer religiösen Bewegung ergriffen, wie er es nicht nur für die deutsche Reformation getan hat, sondern auch etwa für die Reform-Kirchenbewegung des Mittelalters, die er, wie jene, mit überlegenem Auge und kühnem Griff in den universalen Zusammenhang der Entwicklung der Weltreligionen stellte! Wer wäre, wie er, gleichzeitig den Bahnen der ästhetischen Kultur, von Dichtung und Baukunst, nachgegangen

wer hätte sich, wie er, in die gleich künstlerischen wie inneren Reize des katholischen Kultus, der römischen Messe, versenkt, wer, wie er, gleich verehrungsvoll alles Gewordene in dem Leben und Wesen der Völker umfangen, Sprache, Verfassung, Recht, die er als echter Antipode der Aufklärung alle in einer großen organisch-individuellen Einheit sah. Aber überall scheint es allerdings die Wechselbeziehung zwischen Individuum und Ganzem, zwischen Einzelströmung und Gesamtbewegung, die sein Interesse gefangen hält, und stets kommt er, von der Seite der zweiten Glieder: von staatlicher Einheit und kirchlicher Gemeinschaft, vom Wesen der Nation und „Vaterland in uns", von der Gemeinsamkeit mit der umgebenden Welt der Zeitgenossen und der harmonischen Verbundenheit mit der Reihe der Geschlechter vor und nach uns, von dem über uns schwebenden Schicksal, dem geheimen Walten der göttlichen Vorsehung.

Ist es schwer, von diesem Ranke herüber die Fäden zu unserer Zeit zu schlingen? Einer Zeit, deren innerste Gärungen doch vielleicht auf die tiefe Krisis zurückzuführen sind, die über ihre liberale Weltansicht hereingebrochen ist, über ihren Liberalismus, der, noch bevor er seine offizielle Herrschaft begonnen, auf der einen Seite von dem marxistischen vierten Stand und auf der anderen von einer im Grunde fraglos reaktionären Strömung angegriffen wird. Einer Strömung, die breit und vielerlei Gewässer mit sich führend vom völkischen Nationalismus bis zum betonten Kirchentum herüberreicht, deren bestimmende Faktoren Autorität, Gemeinschaft, Glaube, Nation sind. Wer will heute sagen, wohin die Fahrt geht? Aber wer einmal in die inneren Lebensvorgänge und Regungen der heutigen Jugend hineingehorcht, der weiß, daß diese Bewegung, oft in revolutionärem Gewande, doch tief konservativ ist. Mehr und mehr schließt sie sich um die überkommenen Güter von Volkstum, Bildung, nationaler Geschichte, zusehends gewinnt sie die Ehrfurcht vor dem Unergründlichen und Ewigen zurück, ohne die kein Leben ist; auch glauben wir, nicht falsch zu prophezeien, wenn wir sie zunehmend in die noch immer an starken Quellen reichen deutschen Landschaften und historischen Einzelstaaten einmünden lassen, in denen des Deutschen Herz noch je unmittelbarer schlug, wie in dem ihm vielfach fremden Ganzen.

Schwerer, ohne Frage, wäre es, alles das im einzelnen zu umreißen, was diese Gegenwart etwa von Ranke trennt. Aber nicht darauf kam es uns in unserem Zusammenhang an, sondern die verbindenden Linien galt es, aufzudeuten. Solch ein Versuch trägt naturgemäß Züge des Gewaltsamen, bis zu einem gewissen Grade Unhistorischen an sich, denn jede Zeit ist für sich einmalig und gerade auch der Genius, der Ranke war, „ruht in sich selbst". Aber noch keine Zeit, die geistig lebte und nach Großem rang, ist darum herumgekommen, sich ihre Sterne vom Himmel zu holen, auch wenn sie sich nicht mehr ganz in die gewöhnliche Ordnung der veränderten Erde fügten.

München. Dr. Kurt v. Raumer.

Aus Zeit und Geschichte

Der deutsche Untergang

Unser Herausgeber veröffentlichte in der Festschrift des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger zur Tagung in Königsberg am 12. Juli folgenden Aufruf.

Die größte Gefahr für den Fortbestand des deutschen Volkes bildet der gemütliche Glaubenssatz „ein Sechzig-Millionenvolk kann nicht untergehen".

In Wirklichkeit geht dieser Untergang täglich vor unseren Augen vor sich. Von heute auf morgen kann ein Sechzig-Millionenvolk allerdings nicht untergehen. Man darf nicht erwarten, daß 5 Jahre nach dem Krieg in Berlin nicht mehr deutsch gesprochen wird. Aber der Untergang schreitet von den Grenzen her täglich fort. Tausende von deutschen Schulen im Osten sind geschlossen; in Elsaß und Lothringen können die meisten Schulkinder nicht mehr richtig Schriftdeutsch; in Wien gab es 1918 eine private tschechische Volksschule, 1922 gab es 104 öffentliche tschechische Volksschulklassen.

Bei manchen deutsch-schweizer Städten ist ein Vordringen des Französischen, nicht nur sprachlich, zu bemerken. Bei den Deutschamerikanern ist die deutsche Sprache und damit die deutsche Kultur während dieser 10 Jahre mehr zurückgegangen als vorher in einem Jahrhundert. Die Auslanddeutschen in anderen Ländern vermögen vielfach ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr zu erhalten.

Im Innern des uns verbliebenen Reichs-Torsos bewirkt der zu enge Lebensraum und die Verarmung Wohnungsnot und damit Geburtenrückgang. Im Jahr 1914 gab es in den Münchener Volksschulen 75961 Schulkinder, im Jahre 1924 waren es noch 50827 Kinder.

Der Umfang des Reichs an deutschem Gebiet hat sich seit dem Zusammenbruch des mittelalterlichen Kaisertums bis auf den heutigen Tag ständig verringert mit einziger Ausnahme der Zurückgewinnung von Elsaß und Lothringen im Jahre 1870.

Wenn trotzdem der Anschein von „Aufbau", „Aufstieg" und dergleichen entsteht, so liegt das außer an der Gemütlichkeit der deutschen Denkweise daran, daß es vielen einzelnen Deutschen wirtschaftlich nicht schlecht geht. Die Reste des Bismarckschen Reiches sind noch nicht aufgezehrt und die Tüchtigkeit der Deutschen erzielt Einzelerfolge, wo immer sie sich betätigen mögen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß jedes deutsche Kind, das nur noch Französisch, Englisch, Italienisch, Tschechisch lernt, einen Teil des Untergangs bildet.

Dem Untergang kann nur entgegengewirkt werden durch ein Gemeinschaftsgefühl der deutschen Kultur. Der Ausdruck und das wichtigste Instrument dieses Gemeinschaftsgefühls ist die Presse. Für sie ergibt sich die Aufgabe, das Gemeinschaftsgefühl auf allen Gebieten zu pflegen, unter Deutschen stets das Gemeinsame, nicht das Trennende zu betonen.

Einen Gleichgewichtszustand gibt es in der Geschichte so wenig wie in der Natur. Entweder das deutsche Volk überwindet seinen inneren Hader und wird im Frieden so einig, wie es bisher nur in Stunden höchster Kriegsnot gewesen ist — dann beginnt jetzt der Siegeslauf der deutschen Kultur; oder es erleichtert den von allen Himmelsrichtungen eindringenden Feinden die Arbeit, indem es sich wie seit zwei Jahrtausenden selbst bekämpft. Entweder stehen wir am Anfang der deutschen Geschichte oder an ihrem Ende.

Frankreich als Kolonialmacht

Von Dr. Theodor Seitz in Berlin, ehemals Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika.

Die Depêche Coloniale et Maritime vom 25. Januar d. Js. bringt eine Art Dislokationsliste der französischen Kolonialarmee. Ob die Liste vollständig ist, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls gibt sie einen interessanten Überblick über die Verteilung der gewaltigen farbigen Armee Frankreichs. Über Gendarmerie und Polizeitruppen fehlt jede Angabe, ebenso über die Kopfstärke der einzelnen Regimenter und Bataillone. Es läßt sich also nicht beurteilen, ob die eingeborenen Truppen, die nach dem Organisationsplan des früheren Kolonialministers Sarrault 320000 Mann stark sein sollten, diese Zahl bereits erreicht haben. Auch läßt sich nicht bei allen Truppenteilen mit Bestimmtheit ersehen, aus welchen Kolonien sie rekrutiert sind. Viele Regimenter und Bataillone sind lediglich als indigènes bezeichnet. Die Flugzeuge sind durchweg mit weißen Franzosen besetzt, die Artillerie anscheinend zum größten Teil, nur von madagassischer Artillerie ist die Rede.

Vom politischen Standpunkte aus ist die Verteilung der eingeborenen Truppen auf Frankreich und die Kolonien besonders interessant. Nach den Mitteilungen der Depêche Coloniale garnisonieren von der insgesamt aus 26 Regimentern, 17 Bataillonen und 3 Halbbrigaden bestehenden Eingeborenen-Armee in dem europäischen Frankreich zur Zeit 7 Regimenter, 13 Bataillone und 1 Halbbrigade. Davon ist ein Regiment Marokkaner in Landau und Ludwigshafen stationiert. Es ist bezeichnend, daß sich die Depêche Coloniale über die anderen im besetzten Gebiet garnisonierten farbigen Truppen vollständig ausschweigt.

Das ganze Westafrika und der Kongo sind, abgesehen von der Artillerie und einem Bataillon weißer Kolonialinfanterie, nur mit Senegalesen, 5 Regimentern und 8 selbständigen Bataillonen besetzt. Das 17. eingeborene Tirailleur-Regiment und eine Gruppe madagassischer Artillerie sind der Orientarmee in Syrien zugeteilt.

Algier, Tunis und Marokko haben je zwei eingeborene Tirailleur-Regimenter. Wie groß die Besatzung dieser Kolonien an weißen Kolonialtruppen und Fremdenlegionären ist, kann aus der Liste nicht entnommen werden.

Sehr stark sind die in Indochina stationierten Truppen: eine Infanterie-Division zu drei Brigaden. Jede Brigade besteht aus zwei Regimentern weißer Kolonial-Infanterie, zwei Bataillonen der Fremdenlegion und fünf Regimentern annamitischer und tonkinesischer Schützen. Dazu kommen zwei Artillerie-Regimenter, eingeborene Geniekompagnien und andere kleinere Formationen, sowie zwei Eskadronen Luftschiffer. Ein weißes Kolonial-Infanterie-Regiment und eine Batterie garnisonieren in Tientsin.

Endlich findet sich eine Kompagnie Spahis in Pondichéry, dem letzten Rest der einst so bedeutenden ostindischen Besitzungen Frankreichs.

In Madagaskar befinden sich neben einem Bataillon weißer Kolonial-Infanterie zwei Regimenter und ein Bataillon madagassischer Schützen, eine Gruppe madagassischer und französischer Artillerie nebst einigen Arbeiter-Kompagnien. Aus der Stärke und Verteilung der eingeborenen Truppen ergibt sich ohne weiteres, daß diese Armee nicht nur zum Schutze

der Kolonien, sondern in erster Linie zur Ergänzung der weißen französischen Armee für einen kommenden Krieg in Europa bestimmt ist.

Die Absicht der Franzosen, wie sie besonders klar in dem Kammerbericht vom März 1924 niedergelegt ist, geht dahin, diese große Armee an Eingeborenen als einen vollkommen gleichwertigen Bestandteil der französischen Armee einzugliedern. Das zeigen besonders die eingehenden Erörterungen über den Ersatz von eingeborenen Offizieren und Unteroffizieren. Durch Ausbildung in Militärschulen will man eingeborene Offiziere und Unteroffiziere heranbilden, die den europäischen gleichwertig sind und rechnet dabei besonders auf den Ehrgeiz der vornehmen Familien in Indochina. Natürlich sind auch hie und da einem Franzosen die Gefahren aufgegangen, die eine derartig starke Durchsetzung der französischen Armee mit farbigen Elementen, besonders aber die Garnisonierung so zahlreicher eingeborener Regimenter in Frankreich selbst mit sich bringen müssen. Der obenerwähnte Kammerbericht findet sich indessen mit diesen Bedenken leicht ab. Er meint, es sei auf das Beispiel Karthagos hingewiesen worden, das an seinen fremden Söldnertruppen zu Grunde gegangen sei. Der Vergleich treffe aber nicht zu, denn die französische Eingeborenen-Armee, die in die nationale Armee eingegliedert sei, könne sich nie zu einem dem Staate gefährlichen selbstständigen Fremdkörper ausbilden. Diese Auffassung entspricht durchaus dem Zuge der heutigen französischen Politik, die einen Unterschied zwischen weißen und farbigen Franzosen nicht mehr kennt, vielmehr dahin geht, das französische Volk durch farbiges Blut aufzufrischen und zu erneuern. Darum werden auch alle bedenklichen Erscheinungen, die diese Politik zeitigt, offiziell entweder totgeschwiegen oder für harmlos erklärt. Und an solchen bedenklichen Erscheinungen fehlt es nicht. Der Conseil de la Société des Études Coloniales et Maritimes hat sich in seiner Sitzung vom 29. März 1924 eingehend mit der beklagenswerten materiellen und moralischen Lage der eingeborenen nordafrikanischen Arbeiter in Frankreich beschäftigt und den Wunsch ausgesprochen, für die Nordafrikaner, die in Frankreich und besonders in Paris als Arbeiter beschäftigt werden, ähnlich günstige Bedingungen zu schaffen, wie sie in Marseille schon vorhanden sein sollen. Man will damit der bolschewistischen Agitation unter den Farbigen den Boden entziehen. Allerlei Vorfälle deuten darauf hin, daß die bolschewistische Agitation an den französischen Farbigen nicht spurlos vorübergegangen ist. Unter den eingeborenen Truppen in französisch Indochina sollen durch die Bolschewisten von China her revolutionäre Flugblätter und Zeitungen verbreitet worden sein, und ein Teil der französischen Presse will das Bombenattentat, das auf den französischen Generalgouverneur von Indochina in Kanton verübt wurde — wahrscheinlich allerdings mit Unrecht — auf diese bolschewistischen Umtriebe zurückführen. Bei den Streiks in Tunis und Bizerta will man neben muselmännisch-nationalistischen auch bolschewistische Kräfte an der Arbeit gefunden haben und selbst in Paris marschierten bei einer kommunistischen Kundgebung im September v. J. farbige, nordafrikanische Arbeiter an der Spitze mit Tafeln, die die Räumung Marokkos durch die Franzosen forderten. Das alles gibt zu denken, zumal sich die bolschewistische Propaganda in Moskau, nachdem sie sich zur Freude der Franzosen lange Zeit nur mit den englischen Kolonien, besonders mit Indien befaßt hatte, neuerdings energisch der französischen Kolonien angenommen hat. Die Bolschewisten haben eine besondere koloniale Kommission mit dem Sitze in Genf begründet, die nach einzelnen Nachrichten auch in Berlin eine Filiale haben soll, und haben sie mit reichlichen Geldmitteln, angeblich drei Millionen Gold-Rubel, ausgestattet. Madagaskar soll als Zentrale der bolschewistischen Propaganda in Ostafrika, Dahomey als solche für Westafrika ausersehen sein. Propaganda-Schulen sollen im Sudan, am Senegal, auf den Antillen und in Tonkin gegründet werden. Man braucht diesen Nachrichten keine übermäßig große Bedeutung beizumessen. Aber wenn man die von Amerika aus durch Marcus Garvey betriebene panafrikanische Agitation, die von Osten her kommenden panislamitischen Bestrebungen, die auf absolute Gleichstellung zwischen schwarz und weiß gerichtete, im wesentlichen von gebildeten christlichen Eingeborenen in Südafrika und in den westafrikanischen englischen Kolonien getragene Bewegung, wenn man den Gegensatz zwischen englischer und französischer Eingeborenenpolitik betrachtet, dann wird man zugeben müssen, daß ein Hineintragen bolschewistischer Ideen die Köpfe der Eingeborenen nur noch mehr verwirren und schließlich zu gewaltsamen Entladungen führen muß. Meiner Ansicht nach tritt die Bedeutung der panafrikanischen und panislamitischen Bewegung, gleichgültig, ob diese Bewegungen einen mehr oder weniger bolschewistischen Charakter annehmen, für die Entwicklung der Menschheit zurück hinter der Frage, ob das französische Prinzip der Vermischung von weiß und schwarz oder besser weiß und farbig siegen wird, oder das, wenigstens heute noch von den Engländern vertretene Prinzip der Rassenreinheit, das ja an sich nicht ausschließt, die politische bürgerliche und soziale Stellung der Eingeborenen ihrer fortschreitenden Entwicklung anzupassen.

Fragt man nun, wie sich die neue französische Kolonialpolitik nach außen hin auswirkt, so muß man zugeben, daß sie für den Augenblick die Machtstellung Frankreichs in der Welt außerordentlich gestärkt hat. Die Franzosen verfügen heute in Afrika und Asien über militärische Machtmittel, die jedem Angriff gewachsen und besonders in Afrika den Engländern entschieden überlegen sind. Dazu kommt die merkwürdige Tatsache, daß die französische Kolonialpolitik mit ihrem Bestreben, die Eingeborenen den Weißen gleichzustellen und eine Mischung beider Rassen herbeizuführen, ihre unausbleiblich gefährlichen Wirkungen zunächst viel mehr auf die englischen als auf die französischen Kolonien ausübt. Die Engländer haben in ihren afrikanischen Kolonien, nicht nur in Südafrika, sondern auch auf der Goldküste und einem Teil Nigeriens, die fortgeschrittensten Eingeborenen, bei denen die Parole „Afrika den Afrikanern" nicht ohne Wirkung geblieben ist, zumal sie durch das starke indische Element in Süd- und Ostafrika unterstützt wird. Die französischen Kolonien sind in dieser Beziehung entschieden weiter zurück. Bei ihnen wirkt zur Zeit die einseitige Französierung mit der Aussicht auf Wahlrecht zum französischen Parlament, auf Offiziersstellen und nicht zuletzt auf weiße Weiber noch stark genug, um Trennungsgelüste in größerem Umfang nicht aufkommen zu lassen. So ist heute die Stellung der Franzosen in Afrika entschieden stärker. Wir hören zwar nachträglich, daß es bei den Eingeborenen-Rekrutierungen im Weltkrieg nicht nur in Indochina, sondern auch am Senegal zu schweren Unruhen gekommen ist, ja es wird sogar behauptet, diese Unruhen seien zum Teil absichtlich herbeigeführt worden, um die Gefangenen zwangsweise in die französische Armee einstellen zu können. Aber an der Zuverlässigkeit der Senegalesen-Regimenter ist, solange die Leute gut bezahlt und richtig behandelt werden, vorläufig nicht zu zweifeln. Diese Leute sind die geborenen Söldner und nach dem Urteil des Major Dominik, der wie wenige die Eingeborenen auf ihre militärischen Eigenschaften einzuschätzen wußte, ein ausgezeichnetes Soldatenmaterial. Allerdings wenn die heute von den Franzosen eingeleitete Politik, die den Eingeborenen nicht nur den Zugang zu den Offiziersstellen — es sollen bereits farbige Offiziere in weiße Regimenter eingestellt sein — sondern auch in viel weiterem Umfang als bisher die Wahl ins Parlament geöffnet hat, weiter geht, dann müssen die Eingeborenen früher oder später auf den Gedanken kommen, statt nur für ihre Brotherren zu kämpfen, lieber gleich die Herrschaft an sich zu reißen. Heute aber sind sie noch lange nicht so weit.

Die plötzlich in die Erscheinung getretene koloniale Macht Frankreichs ist den Engländern schwer auf die Nerven gefallen. Die einsichtigen englischen Kolonialpolitiker verhehlen sich nicht, daß es ein großer Fehler war, Deutschland aus der Reihe der Kolonialmächte auszuschalten. Sie fürchten nicht nur die militärische Machtstellung Frankreichs in Afrika, sondern vor allem die Rückwirkung der französischen Eingeborenen-Politik auf die englischen Kolonien. Aber die englische Politik — beschwert durch die Sorge um Indien und Ägypten und neuerdings, wenn es auch nicht eingestanden wird, um Südafrika — steht diesen Verhältnissen hilflos gegenüber. Einen Entscheidungskampf mit Frankreich um Afrika glauben die Engländer heute nicht wagen zu können, er würde, und zwar unter recht ungünstigen Verhältnissen, zum Entscheidungskampf um das Britische Reich. Daher die Politik: Freundschaft mit Frankreich um jeden Preis, daher Chamberlains Rheinpolitik. Solange die Franzosen hoffen können, in Europa die unbeschränkte Herrschaft zu gewinnen, werden sie, so glaubt man wohl in England, das afrikanische Problem nicht mit Gewalt aufzurollen versuchen; solange hat England Zeit, an der Wiederbefestigung seiner erschütterten Stellung in Indien und Afrika zu arbeiten. Bei dieser englischen Rechnung ist aber ein Faktor außer acht gelassen: nämlich der Charakter der Eingeborenen. Es ist etwas anderes, ob man in Deutschland auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht eine große Armee ausbildete, bei der jeder wußte, daß sie nur zur Verteidigung des Vaterlandes bestimmt war, oder ob man in Afrika 1½ Millionen Eingeborener — auf diese Zahl sollen nach dem Kammerbericht die ausgebildeten Mannschaften der französischen Kolonialarmee gebracht werden — zum militärischen Dienst zwingt. Diese Leute, die durchweg kriegerischen Stämmen entnommen werden, wollen kriegerisch beschäftigt sein, sonst werden sie sich früher oder später gegen die eigenen Lehrmeister wenden. Auch die Verwendung als Besatzungstruppen am Rhein, die schließlich auch einmal ihre Grenze hat, oder das Garnisonieren in Frankreich wird diesen Söhnen Afrikas auf die Dauer nicht genügen. Sie wollen das, was ihnen angeborener Beruf ist und wozu sie noch besonders ausgebildet sind, auch in der Praxis ausüben. Diese Tatsache kann auch die größte Nachgiebigkeit gegenüber dem französischen Imperialismus nicht aus der Welt schaffen. Die französische Kolonialarmee ist und bleibt die größte Gefahr für den Weltfrieden und wird einer derjenigen Faktoren sein, die über kurz oder lang das gekünstelte Gebäude, in dem die Siegerstaaten ihre Beute zu bergen versuchen, über den Haufen werfen.

Politische Dokumente des Großadmirals von Tirpitz

Deutsche Flottenpolitik

Von Konteradmiral a. D. Waldemar Vollerthun in München

Die Ende vorigen Jahres erschienenen „Politischen Dokumente, der Aufbau der deutschen Weltmacht" (Verlag Cottasche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Berlin) des Großadmirals von Tirpitz müssen als eine wertvolle und notwendige Ergänzung der Aktenpublikationen des Auswärtigen Amtes hoch eingeschätzt werden. Botschafter- und Attaché-Berichte, Briefwechsel mit dem Kaiser und anderen führenden Persönlichkeiten, Tagebuchaufzeichnungen, Immediatvorträge mit verbindendem und einleitendem Text in klassisch geschriebener Form aus der Feder des Großadmirals beleuchten die deutsche Marinepolitik der letzten 10 Vorkriegsjahre und enthüllen uns das ungeheure, weltgeschichtliche Drama unserer entschluß- und ziellosen Außenpolitik der nachbismarckischen Zeit. Und die heftigen, recht wenig parlamentarischen und ganz unberechtigten Angriffe, denen Tirpitz wegen seiner Veröffentlichungen von gewisser Seite in Deutschland ausgesetzt war, beweisen am besten, wie nötig diese Ergänzungen waren, um Entstellungen und Einseitigkeiten vorzubeugen. „Um meinem Volk zu helfen, weiß ich keinen anderen Weg als den der Wahrheit"; mit diesem Motto kennzeichnet Tirpitz zutreffend die lauteren Ziele, die ihn zur Veröffentlichung dieses für das Verständnis unserer Vorkriegsgeschichte unerläßlichen Materials geführt haben.

In geschlossener und plastischer Gesamtdarstellung entwirft uns der geniale Flottenbaumeister ein erschütterndes Bild unserer Marinepolitik — und das mag ohne Übertreibung gesagt sein — unserer Außenpolitik schlechtweg der letzten Vorkriegsjahre, der ganzen Gefahrperiode, die sie zu durchlaufen hatte, bis wir endlich 1912 am Ziele sind, unsere Flotte eine Stärke erreicht hat, die es England als ein ernstes Wagnis erscheinen läßt, sie anzugreifen, womit automatisch die Entspannung mit England eintritt.— Da, 1914 ein Straucheln unserer Außenpolitik, und alles ist verloren, nicht weil die Rechnung falsch war, sondern weil das Auswärtige Amt die kontinentalen Sicherungen und die behutsame Behandlung unserer europäischen Außenpolitik außer acht gelassen hatte, denn ohne jene Sicherungen war die Durchführung unseres Flottengesetzes nur um den Preis der Einkreisungspolitik unserer Gegner zu haben gewesen. Aber diese brauchte durchaus noch nicht zum Kriege zu führen, wir waren auf dem besten Wege zur Verständigung mit England, nicht trotz unserer Flottenpolitik, sondern weil wir mit der Flotte ein Machtinstrument besaßen, das England anzugreifen sich scheute. Und jedes weitere Jahr mußte in England den Wunsch, mit Deutschland als gleichberechtigtem Partner im Weltgeschäft zu verhandeln, lebendiger werden lassen. Selbst unsere Flottengegner, Bethmann und die deutsche Botschaft in London bestätigten das, und Lloyd George sagte am 10. November 1914: „Als der Krieg ausbrach, waren wir mit Deutschland in besseren Beziehungen, als wir vor 15 Jahren (also zum Beginn unserer Flottenentwicklung) lebten." Wenn Lord Grey neuerdings in seinen zur Rechtfertigung seiner Vorkriegspolitik geschriebenen Erinnerungen diesen gewichtigen Zeugnissen zu widersprechen und die Behauptung aufzustellen wagt, die wachsende Seemachtstellung Deutschlands hätte gewiß koloniale Verhandlungsmöglichkeiten eher erschwert als erleichtert, so wird man aus diesen Darlegungen eines der Hauptförderer der Einkreisungspolitik und Schürers zum Weltkrieg leicht die falsche Farbe der Tendenz herauserkennen.

Denn nichts vermag über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß der seit Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts schnell wachsende deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz nur durch deutsche Machtansammlung überwunden werden konnte. Seit das deutsche Volk infolge seiner zunehmenden Industrialisierung auf den Weg über See angewiesen war, hatte es um seine Seegeltung und Weltstellung gegen die seit einem Jahrhundert unbestrittenen Herrschaftsansprüche Englands zu ringen. Und dieser Kampf war spätestens mit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts für Deutschland zur Existenzfrage geworden. Die Scholle vermochte den gesunden Bevölkerungsüberschuß nicht mehr zu nähren, 50 Prozent unseres Wirtschaftslebens entfielen auf die Industrie. In der Mitte Europas, mit sechs tief einschneidenden Strömen gelegen, war Deutschland zum naturgegebenen Stapel- und Verteilungsplatz der von Übersee kommenden und dorthin abflutenden Güter in Europa geworden. Mit diesem überseeischen Ausdehnungsdrang aber schob es sich in die Domäne Großbritanniens hinein. Für England, das an Rohstoffen und hochorganisierter Wirtschaft reiche Land, war damit gewiß noch kein Grund zur Furcht gegeben, von Deutschland überflügelt zu werden. Tatsache aber war, daß der schnelle deutsche Aufschwung seit den 70er Jahren in wachsendem Maße Neid und Besorgnis jenseits des Kanals auslösten. Auch Bismarck erkannte die tieferen Ursachen dieses wachsenden deutsch-englischen Wirtschaftsgegensatzes, als er 1898 einmal sarkastisch sagte: er bedauere, daß die deutsch-englischen Beziehungen nicht besser seien,

er wisse aber kein Mittel sie zu bessern, da die einzige Abhilfe, die Unterbindung des deutschen Gewerbefleißes, doch wohl nicht gut anwendbar sei.

„Von drei Faktoren", sagt Tirpitz, hing die Erhaltung des Friedens ab: „von der Ausschöpfung unserer Volks- und Wehrkraft zu Lande, von einer vorsichtigen und auf die Erweiterung unserer Bündnisse bedachten Diplomatie, und schließlich von der Seemachtbildung." Mit Bedauern wird der unbefangen Prüfende heute feststellen müssen, daß die Unterschätzung und falsche Wertung der beiden ersten Faktoren seitens unserer politischen Leitung unsern Gegnern Anreiz bot, uns mit Übermacht zu überfallen. Die bitteren Erfahrungen mit unserer Ohnmachtspolitik seit dem Zusammenbruch sollten aber auch diejenigen eines Besseren belehrt haben, die wähnten und heute noch der Überzeugung sind, daß wir eine große Stunde versäumt hätten, als wir Josef Chamberlains Bündnisangebot um die Jahrhundertwende ausschlugen. Als Ohnmächtige zur See hätte uns ein Bündnis mit den englischen Vettern nur zum Söldner Englands gemacht, und der Friede, den wir auf diesem Wege uns möglicherweise erkauften, mußte zur Verkrüppelung unserer überseeischen Wirtschaft führen, auf die wir angewiesen waren.

Andererseits erheischte das Emporwachsen aus maritimer Ohnmacht zu einem Seemachtfaktor, der stark genug war, Englands Angriffslust zu zügeln, kontinentale Rückendeckung. Wir durften nicht auf der Basis einer aus rein kontinentalen Bedürfnissen heraus geschaffenen Dreibundpolitik eine zielbewußte Überseepolitik betreiben wollen, ohne Gefahr zu laufen, vor lähmendem englischen Druck auf halbem Wege stecken zu bleiben. Eine Neuorientierung nach Rußland hin war erforderlich, war auch noch bis zur Beendigung des russisch-japanischen Krieges möglich. Daß es nicht geschah, wir auch in der Behandlung der Balkan-, der Türken-, der Marokkopolitik keineswegs immer behutsam waren, zeigt nur, wie gering zumeist bei den Leitern unserer auswärtigen Politik der Sinn für Machtentwicklung und Machtverschiebung war. Hatte man erkannt, daß die Durchführung des Flottengesetzes eine Lebensnotwendigkeit für uns darstellte, so wurde die Flottenpolitik identisch mit der Außenpolitik und nicht wie unter Bethmann und Kiderlen etwas ihr Entgegenstrebendes, Feindliches.

Drei Krisenperioden mit stärksten englischen Drohungen und politischem Druck hatte der deutsche Flottenbau bis 1912 zu durchlaufen. Die Epoche 1905/06, in der unser Flottengesetz in der ersten Durchführung begriffen war, aber der deutsche Wille zu seiner Vollendung den Engländern doch schon begreiflich wurde, die Epoche 1908/09, in der diese Erkenntnis zu scharfen englischen Gegenaktionen führte, und schließlich die Periode von 1911/12, die Abschlußperiode unseres Flottenbaues, in der England einen letzten Ansturm gegen das Flottengesetz versuchte. Außenpolitisch war ohne Zweifel 1905 die Gefahr eines durch England heraufbeschworenen Präventivkrieges nicht von der Hand zu weisen. 1904 hatte England mit Frankreich die Entente cordiale abgeschlossen, Rußland war durch Japan zurückgeworfen und zunächst keine Quelle der Sorge mehr für Indien. Der Huller Zwischenfall wurde gegen Deutschland ausgebeutet. Der Kanzler Bülow will, um dieser drohenden Lage Herr zu werden, die 1900 vertagte Kreuzerforderung durch Herabsetzung der Altersgrenze der Linenschiffe und beschleunigten Ersatzbau erweitern; er erkannte ebensowenig wie der ihm beistimmende Kaiser, daß bei der langen Bauzeit unserer Schiffe eine Bewilligung noch lange keine wirkliche Verstärkung bedeutete. Außen- wie innenpolitisch hielt Tirpitz diesen Plan für unausführbar und widersetzte sich ihm mit Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit; mit Mühe wurde die Krise beigelegt, die fast mit der Verabschiedung des Staatssekretärs der Marine ihr Ende gefunden hätte.

Anders lagen die Dinge bei der Flottenkrise 1908/09. In der Flottennovelle dieses Jahres war verwirklicht worden, was wir außenpolitisch in der Novelle 1905/06 noch nicht vermocht hatten, eine Herabsetzung der Lebensdauer der großen Schiffe und damit eine jährliche Erhöhung der Baurate von drei auf vier große Schiffe für die nächsten 4 Jahre. Das große Ziel, das Tirpitz für diesen Bauabschnitt vorschwebte, war, die Gefahrperiode abzukürzen, die wir zu durchlaufen hatten, und bald zu einem festen Stärkeverhältnis mit England zu kommen, das der Staatssekretär auf der Grundlage des Risikogedankens stets als Endziel seiner Flottenpolitik angesehen hatte. Der Augenblick, diesen Schritt zu tun, war 1908 besonders günstig insofern, als die Dreadnought- d. h. die Großkampfschiffpolitik des englischen ersten Seelords, Sir John Fishers, sich als ein schwerer Methodenfehler herausgestellt hatte, durch den nicht, wie beabsichtigt, Deutschlands, sondern in erster Linie Englands Vordreadnoughtflotte entwertet wurde. Auch außenpolitisch rechtfertigte sich unser Vorgehen. Mit Frankreich allein ließen sich englische Kriegsdrohungen nicht verwirklichen; dazu war Deutschland zu Lande und zur See schon zu stark. Rußland aber war durch den unglücklichen Ausgang des Krieges mit Japan für längere Zeit lahm gelegt. Man konnte daher nur schwer verstehen, warum sich Fürst Bülow dieses Mal im Gegensatz zu seiner Haltung 1905/06 durch die Botschaft in London und die bekannte Unterredung des Kaisers mit dem britischen Unterstaats-

sekretär Sir Charles Hardinge im Schlosse zu Cronberg soweit einschüchtern ließ, unter Hinweis auf die unmögliche Galstersche Kleinkriegidee auf Verlangsamung des Bautempos zu dringen. Jede Beschneidung unserer schon dem Reichstag vorliegenden Novelle unter englischem Druck hätte Demütigung bedeutet und geradezu kriegsschürend gewirkt.

Glücklicherweise wußte sich auch jetzt wieder die zielbewußte, kluge Politik des Großadmirals gegen alle Zweifel und Verdächtigungen durchzusetzen. Es folgt die Ära Bethmann-Kiderlen, in der die ungeschickte Behandlung außenpolitischer Fragen wahre Triumphe feiert. Um vager politischer Versprechungen aus London willen sind der neue Kanzler und sein Außenminister sofort bereit, das ganze Flottengesetz zu opfern. Nur mühsam und unter Einsatz seiner ganzen Autorität vermag Tirpitz diesem Treiben zu wehren. Es gelingt ihm schließlich, England davon zu überzeugen, daß auch die neuen Männer, deren Schwäche jenseits des Kanals bald erkannt ist, nichts an dem zielsicheren Kurs der deutschen Marinepolitik zu ändern vermögen. Im März 1910 endlich bekennen sich der britische Außen- und der Marineminister öffentlich zur Aufgabe des Zweimächtemaßstabes und sind bereit, ein Stärkeverhältnis von 3 : 2 der großen Schiffe anzunehmen. Das letzte Ziel der deutschen Flottenpolitik scheint erreicht, wenn der deutsche Kanzler zugreift. Warum tat er es nicht? Noch immer hoffte er gegen die Flotte ein utopisches Kolonialreich in Afrika einzutauschen. Da platzte in diese Entwicklung wie eine Bombe der von Kiderlen heraufbeschworene Agadirzwischenfall hinein, und mit einem Schlage stürzte Bethmanns ganzes Kartenhaus zusammen. Blitzartig beleuchtete das marokkanische Abenteuer die Stärke der gegen uns gerichteten Front. „Die Entsendung des ‚Panther' nach Agadir", sagt Tirpitz, „war die Handlung von Inlandspolitikern und Dilettanten auf der See und im Weltgetriebe, sie verschob die Spitze von Frankreich auf England." Mit diesem diplomatischen Faschoda wurde zugleich die dritte und letzte, die Flottenkrise 1911/12 eingeleitet.

Bethmann sträubt sich zwar zunächst, durch eine neue Rüstungsvorlage zu Lande und zu Wasser die Ohrfeige wett zu machen, die er in Agadir erhalten. Schließlich aber gibt er nach. In England empfindet man deutlich, daß in Deutschland etwas geschehen muß, um die ungeheure diplomatische Schlappe auszugleichen, und geschickt sucht man durch neue Versprechungen von der Flottennovelle abzulenken, die materiell und personell das Ziel verfolgt, das Endstadium unseres Flottenausbaus von 1920 auf 1917 zu verschieben, um das letzte Ende der Gefahrperiode weiter zu verringern. Haldane operiert als „offizieller" Privatmann gewandt in Berlin mit dem ganzen Bündel afrikanischer Versprechungen, das er in verdächtig reichem Ausmaß dem deutschen Kanzler zu Füßen legt, wenn sich dieser bereit findet, der Flottennovelle und — dem Flottengesetz den Todesstoß zu geben. Schließlich wird gegen Bethmanns Votum auch dieser Ansturm abgeschlagen und bald zeigt sich, daß die schlaue englische Politik auch hier ohne ernste Absichten des Gebens nur Fühler ausgestreckt hat, wieweit man gehen könne. Der klare und zähe Wille des Großadmirals aber war es gewesen, der den englischen Tatsachenmenschen von neuem kund tat, daß Deutschland sich in nationale Wehrfragen nicht von außen hineinreden lasse. „Nach diesem letzten Kampf war Deutschland", so schreibt Tirpitz, „endlich in den Rang einer von England anerkannten Weltmacht gewachsen, und die Wirkung, die sich während der ganzen beiden letzten Friedensjahre zeigte, war eine ungeheure." Selbst das Auswärtige Amt muß anerkennen, daß nur der Flottenpolitik des Großadmirals dieser Stimmungsumschwung in England zu verdanken ist. So schreibt im Dezember 1912 Kiderlen: „Jetzt sind die Engländer so zahm, daß sie mir aus der Hand fressen", und Kühlmann in London äußert sich am 8. Januar 1913: „Wenn England uns jetzt soweit entgegenkommen will (es handelte sich um das mehrfach erwähnte Kolonialabkommen in Mittelafrika und Vorderasien), so ist dies dem Druck der deutschen Entwicklung und dem Druck der deutschen Macht zu danken."

„Auf der deutschen Flotte in erster Linie ruhte das europäische Gleichgewicht. Es kam nur darauf an, diese trotz der komplizierten Bündnissysteme ohne Zweifel vorhandene Gleichgewichtslage nicht zu stören." Man wird, wenn man die zum Kriege 1914 führende Entwicklung überdenkt, auch diese Worte des Großadmirals wohl anerkennen können, freilich mit der Beschränkung, daß bei der Übermacht unserer Gegner der leiseste politische Fehltritt unsererseits zum Kriege führen mußte. Ohne politische Umgruppierung auf dem Kontinent, die wir rechtzeitig herbeizuführen versäumt hatten, war auf die Dauer jedenfalls kaum ein Gleichgewicht zu erhalten. Die 1914 noch nicht vollendete deutsche Flotte aber hätte in den Händen eines klugen deutschen Kanzlers mit Naturnotwendigkeit drei Jahre später zu dieser Umgruppierung geführt. So betrachtet, sind die politischen Dokumente des Großadmirals von Tirpitz eine epochemachende Ergänzung zu den einschlägigen Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes, und als historisches Denkmal ersten Ranges wird das deutsche Volk sie dankbar zu würdigen verstehen.

Lord Northcliffes Generalstabschef

Von Adolf Dresler in München

Während des Weltkrieges sind auf seiten unserer Gegner in viel höherem Maße geistige Kräfte in den Dienst der Politik gestellt worden, als dies bei uns der Fall war oder auch nur erkannt worden ist. Gelehrte, Universitätsprofessoren, Männer der Presse, Leute, die weit gereist waren und reiche Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt hatten, boten großenteils freiwillig der Ententekriegführung ihre Hilfe an, von der dann auch oft in sehr wirksamer und für die Mittelmächte nachteiliger Weise Gebrauch gemacht wurde. Besonderer Wert wurde dabei von unseren Feinden auf die Einrichtung einer großzügigen Propaganda gelegt. Inzwischen ist eine Reihe von Schriften erschienen, die hiervon Zeugnis ablegen. Genannt seien an dieser Stelle nur die beiden Bücher: „Durch die feindlichen Linien" (A travers les lignes ennemies) der Franzosen „Hansi" und E. Tonnelat (Paris 1922 bei Payot, 191 S.), das den bezeichnenden Untertitel trägt „Drei Jahre Offensive gegen die deutsche Moral", und „Die Geheimnisse aus Crewe House" (The secrets of Crewe House) des Engländers Sir Campbell Stuart, die 1922 in deutscher Übersetzung bei Weicher in Leipzig erschienen sind (208 S.). Lernen wir aus diesen beiden Werken den mächtigen Propagandaapparat kennen, den unsere Gegner während des Völkerringens zu unserer geistigen Bekämpfung schufen, so können wir aus einem anderen erst kürzlich erschienenen Buche ersehen, welch ungeheure Macht im Auslande die Presse besitzt, welch überaus wichtige Rolle sie im Kriege gegen uns gespielt hat, wie sie auch vor dem Kriege schon zur Erregung von Mißtrauen gegen Deutschland benutzt wurde, immer mehr zielbewußt zur Schädigung des deutschen Ansehens überall verwandt wurde und wesentlich dazu beitrug, in der ganzen Welt den gefährlichen Haß gegen das Deutschtum zu erwecken, der auch heute noch nicht aufgehört hat, zu bestehen und zu wirken. Dieses Buch sind die Erinnerungen des langjährigen Herausgebers der einflußreichsten englischen Zeitung, der „Times", Heinrich Wickham Steed, die unter dem Titel „Durch 30 Jahre" (Through Thirty Years) 1924 in London bei Heinemann erschienen sind (I. Bd. 412 S., II. Bd. 416 S.). Die beiden dicken Bände dieses Buches enthalten soviel Bedeutsames, daß es geboten ist, auf einiges aus ihrem Inhalt sowie auf die politische Tätigkeit ihres Verfassers einzugehen.

Steed, der 1871 geboren ist, beschloß schon früh, Journalist zu werden. Um Nationalökonomie zu studieren, begab er sich 1892 nach Deutschland, im folgenden Jahre nach Frankreich an die Pariser Universität und kehrte von dort 1896 als Vertreter der „Times" nach Berlin zurück, von wo er dann 1897 im Auftrage seines Blattes nach Rom entsandt wurde. Im Jahre 1902 wurde er darauf nach Wien versetzt und hier nahm er mehr und mehr dem Deutschtum sowohl in Österreich-Ungarn als auch im Reiche gegenüber eine feindliche Haltung ein. Waren seine Ansichten über das Deutsche Reich dadurch mit bestimmt worden, daß er die Bekanntschaft der sozialistischen Führer Liebknecht, Bebel und Singer gemacht hatte sowie durch seinen späteren Aufenthalt in Frankreich, so seine Anschauungen über die Donau-Monarchie durch die vorhergehende Tätigkeit in dem trotz seiner Zugehörigkeit zum Dreibund nicht wohlgesinnten Italien und durch die Verbindung, die Steed alsbald mit fast allen Führern der nichtdeutschen Völker und Parteien des Habsburgerreiches anknüpfte. Wichtig war vor allem Steeds enge Fühlungnahme mit den Tschechenführern Kramarsch und Masaryk. Beide haben auf Steeds politische Gedankengänge erheblich eingewirkt, wie das in Steeds 1914 für Österreich-Ungarn verbotenem Buch „Die Habsburger Monarchie", in seinen Berichten an die „Times" und seiner festen Überzeugung vom bevorstehenden Ausbruch eines Weltkrieges zum Ausdruck kam, durch den Österreich-Ungarn zertrümmert, Deutschland besiegt und zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, ein unabhängiger tschechoslowakischer Staat geschaffen und die Südslawen Österreichs-Ungarns mit Serbien in einem Reiche vereinigt werden sollten. Dies findet seine Erklärung darin, daß Steeds Freunde Kramarsch und Masaryk beide eifrige Mitglieder der allslawischen Bewegung waren, daß Kramarsch schon seit Jahren ausgezeichnete Verbindungen nach Rußland hin besaß, Masaryk solche zu den Südslawen innerhalb und außerhalb der Habsburger Monarchie 1909 anknüpfte. Vertraut, wie er also mit den allslawischen Plänen war, rechnete Steed so fest mit einem großen Kriege, daß er 1910 nach dem Tode König Eduard VII., den er in seinem Buche als den einzigen aufrichtigen Schirmer des europäischen Friedens hinstellt, nach England zurückkehren und seine Landsleute auf die drohenden Gefahren aufmerksam machen, sie zu umfangreicher Rüstung gegen das angeblich kriegslüsterne Deutschtum anspornen wollte. Er wollte sich dazu der „Times" bedienen, oder, wenn das nicht möglich wäre, eines anderen Blattes (Bd. 1, S. 327).

Steeds Ersuchen um seine Versetzung nach London wurde jedoch nicht bewilligt, sodaß er noch bis Mitte 1913 in Wien verblieb. So konnte er 1912 das große allslawische Turnerfest

in Prag an der Seite Kramarschs und Masaryks mitmachen, das ja bekanntlich den Auftakt der Befreiung der slawischen Völker Österreich-Ungarns bilden sollte. Zunächst freilich entlud sich die allslawische Bewegung im ersten Balkankrieg, der die Vertreibung der Türken und ein festes Bündnis der Serben mit den Bulgaren bezweckte. Der Vertreter der „Times" auf dem Balkan, J. D. Bourchier, unterstützte dabei tatkräftig die Slawen (Bd. 1, S. 360) und auch Steed spielte hier schon eine diplomatische Rolle, über deren Einzelheiten er sich jedoch ausschweigt. Jedenfalls muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Friedensverhandlungen in London geführt wurden. Dann freilich verliefen die Ereignisse nicht mehr programmäßig. Serben und Bulgaren gerieten über die Kriegsbeute in Streit und der zweite Balkankrieg machte zunächst die Hoffnung auf eine nunmehrige Losreißung der österreichisch-ungarischen Slawen aus der Doppelmonarchie zunichte. Der Plan einer sogenannten trialistischen Lösung, d. h. der Bildung eines dritten, slawischen Teiles neben den deutschen und ungarischen Teilen des Habsburgerreiches trat wieder in den Vordergrund, wobei dessen Einheit erhalten geblieben wäre. Freilich war dies nur als Zwischenlösung gedacht, die Vereinigung aller Südslawen behielt man weiter im Auge, 1914 bemühte sich Masaryk persönlich um eine serbisch-bulgarische Verständigung.

1912 hatte Steed abermals nach London zurückkehren wollen, wurde aber durch den Ausbruch des Krieges daran verhindert. Erst im Juli 1913 trat er die Heimfahrt an, nachdem er noch zuvor sein Buch über Österreich-Ungarn fertiggestellt hatte. Im November übernahm er die Leitung der Außenpolitik der „Times". Daneben hielt er politische Vorträge in London, Oxford, Cambridge und anderen Städten, betonte in ihnen die Notwendigkeit militärischer Bereitschaft für England und sprach von einer deutschen Gefahr. Der Mord von Serajewo wurde von ihm sofort als von österreichischer und deutscher Seite erwünschter Vorwand für einen Krieg gegen Serbien hingestellt und die Schuld am Ausbruch des Weltkampfes den Mittelmächten zugeschoben. Dabei führte Steed folgende Beweise ins Treffen.

Im Mai 1913 hatte Masaryk vertraulich Steed mitgeteilt, daß Erzherzog Franz Ferdinand an Paralyse leide und nicht mehr als zurechnungsfähig gelten könne (Bd. 1, S. 367). Anderseits will Steed erfahren haben, daß zwischen Franz Ferdinand und Kaiser Wilhelm bei dessen Besuch in des Thronfolgers Schlosse Konopischt kurz vor dem Kriege ein den Frieden Europas schwer bedrohender Plan, der sogenannte „Pakt von Konopischt" vereinbart worden sei. Auf diesen Plan spielte Steed bereits im Oktober 1914 in einem „Österreichs Quintessenz" überschriebenen Aufsatz in der „Edinburgh Review" an mit der Absicht, ihn als einen Hauptgrund für den Ausbruch des Krieges hinzustellen. Im Dezember 1915 will Steed sodann von einem österreichisch-polnischen Aristokraten den Inhalt des „Paktes von Konopischt" erfahren haben. Steed teilte ihn in der Zeitschrift „The Nineteenth Century" mit, deren gesamte Auflage mit seinem Artikel sofort vergriffen war. Nach Steeds Ausführungen (Bd. 1, S. 396ff.) soll Kaiser Wilhelm im Juni 1914 dem Erzherzog, dessen Kinder nicht als thronfolgeberechtigt anerkannt worden waren, den Vorschlag gemacht haben, nach einem siegreichen Kriege gegen Frankreich und Rußland zwei neue Königreiche zu gründen, ein von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichendes Polen und ein Böhmen, Ungarn und die südslawischen Länder bis Saloniki umfassendes Reich. Über beide sollte Franz Ferdinand auf Lebenszeit herrschen und seine Kinder sollten ihm auf dem Throne folgen. Der Erzherzog Karl (der spätere Kaiser) sollte Deutschösterreich und Triest erhalten. Alle drei Reiche sollten mit dem vergrößerten Deutschen Reiche als Bundesstaaten vereinigt werden. Um nun die Vermutung wahrscheinlich zu machen, daß Erzherzog Franz Ferdinand von österreichischer Seite aus ermordet worden sei zur Herbeiführung eines Krieges mit Serbien, behauptete Steed, die Pläne des Thronfolgers, für die er freilich nicht den geringsten Beweis vorzubringen vermag, hätten am Kaiserhofe höchstes Mißfallen erregt, auch hätten die 80 Erzherzöge und Erzherzoginnen befürchtet, nach dem Tode Kaiser Franz Josephs in wirtschaftliche Abhängigkeit von einem geisteskranken Herrscher zu geraten, dessen einziges Ziel es sei, seinen Kindern zu einem Throne zu verhelfen. Franz Ferdinand selbst habe übrigens geahnt, daß man etwas gegen ihn im Schilde führe, denn er hätte 1913 einmal geäußert: „Ich werde nie Kaiser werden. Wenn mein Onkel ernstlich krank wird, wird mir etwas Schreckliches zustoßen."

Steed trug weiter eine ganze Reihe von Umständen zusammen, die angeblich beweisen sollten, daß der Mord von Serajewo den Wiener Hof keineswegs überraschte, daß er von dort aus vermutlich sogar angestiftet worden sei. Solche Umstände waren: das Fehlen einer militärischen Begleitung des Thronfolgers, der Mangel besonderer Polizeimaßnahmen zu seinem Schutze, die Nichtverwundung irgendeines Polizeibeamten, die Belassung aller verantwortlichen Männer in ihren Ämtern, die Worte des Erzbischofs von Serajewo Stadler: „Das Verbrechen war die Folge geschichtlicher Verwicklungen, es mußte sich früher oder später ereignen", die Nichtteilnahme deutscher Fürsten bei der Beisetzung usw., wobei man sich jedoch

des Eindrucks nicht erwehren kann, daß Steed nach einer vorgefaßten Meinung willkürlich Zusammenhänge aufzudecken suchte, ohne für sie wirklich überzeugende Unterlagen beibringen zu können. Das möchte nun belanglos sein, wenn Steed irgendein beliebiger Zeitungsschreiber wäre, seine Meinung von der österreichischen Anstiftung der Tat von Serajewo wurde aber verhängnisvoll, da durch sie die Haltung der „Times" entscheidend beeinflußt wurde und sich später auf ihr die Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege aufbaute.

Vom 29. Juni an warnte Steed in der „Times" vor Ausdrücken der Entrüstung über den Mord am Thronfolger Franz Ferdinand, „da die österreichisch-ungarischen Behörden, wenn nicht gar einige Mitglieder der kaiserlichen Familie geneigt seien, ihn nicht zu beklagen, sondern auf jeden Fall Kapital aus ihm zu schlagen" (Bd. 1, S. 394). Steed wollte durch diese Warnung verhindern, daß die englische Presse „den Kriegstreibern in Wien und Berlin in die Hände arbeite". Am 16. Juli war Steed bei dem Londoner Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes" eingeladen und traf bei ihm den österreichisch-ungarischen Generalkonsul Grafen Sizzo-Noris, einen Freund des ermordeten Erzherzogs. Ihn fragte er, warum in Serajewo keine Schutzmaßnahmen für den Thronfolger getroffen worden seien. Aus der ganz unbestimmten Antwort des Generalkonsuls: „All das ist schwer zu erklären" glaubte Steed ein Eingeständnis österreichischer Schuld herauslesen zu können! Am 21. Juli war Steed bei dem österreireichisch-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff zu Gast.

Mensdorff sprach die Hoffnung aus, der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien werde keine weiteren Verwicklungen herbeiführen, und bemerkte, er habe die Zusicherung erhalten, daß England sich nicht einmischen werde. Steed erwiderte jedoch: „Wir werden bestimmt eingreifen". „Sie wollen uns also nicht helfen?", fragte Mensdorff, worauf Steed entgegnete: „Unter gar keinen Umständen", und den Botschafter sofort verließ, um sich zum Auswärtigen Amt zu begeben und Lord Grey vor einer Unterstützung Österreich-Ungarns zu „warnen". Grey war beschäftigt, so daß Steed einem Beamten einen Brief an ihn übergab. Er äußerte, Österreich-Ungarn und Deutschland seien zum Kriege entschlossen. Der Beamte meinte jedoch: „Sie sind nicht bei Sinnen, wir haben nicht den geringsten Beweis, daß Deutschland nicht friedlich gesonnen ist, eher das Gegenteil. Eine öffentliche Agitation würde jetzt die ganze diplomatische Atmosphäre trüben". Steed aber blieb hartnäckig: wenn Grey das Land nicht aufrütteln wolle, so werde er selbst es tun.

So kam es denn auch; am 22. Juli ließ Steed in der „Times" den ersten einer Reihe von alarmierenden Aufsätzen erscheinen in dem es schon hieß: „Es ist nicht gewiß, daß Österreich-Ungarn, wenn es zum Schwerte greift, den Konflikt lokalisieren wird, auch wenn es das könnte, und es ist klar, daß die Entscheidung dann nicht bei ihm allein liegen würde." Steed erwähnt, daß seine Aufsätze in England und im Ausland großes Aufsehen erregten. Mehrere Parlamentsmitglieder wandten sich gegen Steeds Stellungnahme, vergebens, „Ihren besten Traditionen folgend führte die ‚Times' das Land", wie Steed schreibt, führte es zur Teilnahme am kurz darauf ausbrechenden Weltkrieg. Daß Steed hierzu von Anfang an entschlossen war, geht aus seinen Worten zu Lord Northcliffe Ende 1913 hervor: „Ich sagte, ich wisse, daß ein europäischer Krieg in absehbarer Zeit bevorstehe, und ich sei entschlossen, alles zu tun, um dem englischen Volk die Lage vor Augen zu halten. Wenn die Times mein Wirken nicht wünsche, so würde ich es anderwärts beginnen, unternehmen aber würde ich es bestimmt."

So spricht denn auch Steed in seinem II. Bande von dem „Feldzug der Times", den er leitete, während Lord Grey auf die Erhaltung des Friedens und der Neutralität Englands bedacht gewesen sei. Nach Steeds eigenen Angaben waren auch die Liberalen und die Mehrheit des Volkes überhaupt für einen Krieg nicht zu haben.

Der französische Botschafter Cambon erhielt daher zunächst nicht die gewünschte Zusicherung einer Unterstützung Frankreichs durch England. Dann aber berichtet Steed (Bd. II, S. 13): „Die Regierung entschied sich erst am Sonntag, den 2. August, zu handeln. Sir Edward Grey befand sich damals bei Lord Haldane in dessen Haus in der Queen Anne's Gate. Nach dem Essen kam ein Telegramm mit der Meldung, daß die Deutschen wahrscheinlich in Belgien einmarschieren würden. Grey und Haldane stimmten darin überein, daß sofort gehandelt werden müsse. Sie begaben sich zusammen zum Erstminister Asquith, der Lord Haldanes Vorschlag billigte, daß die britischen Expeditionskräfte am nächsten Morgen mobilisiert werden sollten. Die Mobilisationsbefehle wurden denn auch am Montag den 3. August um 11 Uhr vormittags gegeben. Hinsichtlich der Flotte waren verschiedene Vorsichtsmaßregeln schon getroffen worden und die Anordnungen gingen sehr glatt vonstatten."

Steed bemerkt noch, daß am 2. August ein Postbeamter auf zahlreiche, aus allen Teilen Englands einlaufende und nach Charlottenburg gerichtete Briefe aufmerksam wurde, daß er sie eigenmächtig öffnete und in ihnen Nachrichten für den deutschen Generalstab fand. Der Beamte habe durch seine Entschlossenheit zur Aufdeckung des deutschen Spionage-

dienstes in England wesentlich mit beigetragen. Weiter setzt sich Steed mit einem sehr ungeschickt abgefaßten Brief Ballins an die „Times" eingehend auseinander, der Deutschlands Friedensliebe betonte, dessen Veröffentlichung Steed aber verhinderte. Sodann berichtet Steed das folgende bemerkenswerte Gespräch, das er am 21. Dezember 1920 mit Cambon über den Eintritt Englands in den Krieg geführt hat. Cambon sagte danach, er habe erst (wir würden sagen „schon") am 2. August abends von Asquith die Nachricht von der englischen Mobilisation und die Zusicherung erhalten, daß die britische Flotte die ungeschützte Nordküste Frankreichs verteidigen werde. „Aber erst," heißt es dann wörtlich (Bd. II, S. 14), „ als Grey am Montag den 3. August im Unterhaus sprach, da konnten wir wirklich aufatmen." Steed fragte nun Cambon: „Aber gewiß wußte die Regierung bereits um das deutsche Ultimatum an Belgien und hatte den Krieg beschlossen, Herr Gesandter? Die Entscheidung muß im Kabinettsrat am Sonntag den 2. August gefällt worden sein?". Die Antwort Cambons lautete nun: „Sie mag von dem Ultimatum gewußt oder nicht gewußt haben, aber sie wußte nichts von dem Einmarsch nach Belgien". Wie sehr man schon von Anfang an in England mit einer Teilnahme am Kriege gerechnet hatte, geht übrigens auch daraus hervor, daß Steed erwähnt, Canada habe schon am 1. August seine Mithilfe angeboten und Australien habe sich am 3. August zur Stellung von 200000 Mann Truppen bereit erklärt.

Für Steed handelte es sich nun darum, in England die von ihm vermißte „Kriegsstimmung" anzufachen. Er wurde nicht müde, die Schuld am Kriege Deutschland in die Schuhe zu schieben. Für seinen Propagandafeldzug aber benötigte er eine wirkungsvolle Losung. Er gesteht selbst ein, daß er nicht habe schreiben können, England müsse für Frankreich kämpfen, für dasselbe Frankreich, gegen dessen Vormachtstreben England vor hundert Jahren bei Trafalgar und Waterloo gekämpft habe. Auch konnte es nicht gut heißen, man solle „für Serbien" streiten — damals war die Lüge von Deutschlands Schuld und Serbiens Unschuld nämlich noch nicht sehr verbreitet und von einer deutschen Regierung auch noch nicht unterschrieben —, hätte Herr Steed hinzufügen können. Da erfolgte der deutsche Einmarsch nach Belgien, von dem Steed geradezu behauptete, er habe „das britische Imperium gerettet", denn nun erst kam das kühle Blut der Engländer in Wallung und die gewünschte „Kriegsstimmung" ließ sich prächtig erzeugen. Steed bemerkt, wenige Zeit zuvor habe man in England noch kaum etwas von Belgien gewußt und sich fast nicht um dieses Ländchen gekümmert. Nun aber gab es das Kriegsgeschrei für England ab, die Legende der deutschen Greuel tauchte auf, man konnte Deutschland so schön vor aller Welt auf jede Weise verdächtigen und herabsetzen. Wieviel Anteil Steed an diesem Treiben gehabt hat, darüber sagt er allzu bescheiden in seinem umfangreichen Werke nichts, er gibt nur seine Freude ob des gefundenen Propagandastoffes kund. Wir wissen aber auch so zur Genüge, wie Englands größte Zeitung, die „Times", deren politischer Leiter Steed während des Krieges war, dem Deutschtum auf der ganzen Erde geschadet hat. Dabei ist jedenfalls bemerkenswert, daß Steed schon im April 1916 in einem Aufsatz in der „Edinburgh Review" unter der Überschrift „Ein Friedensprogramm" die Verschärfung der Blockade gegen das schuldige Deutschlaud verlangte, daß er von seiner wirtschaftlichen Versklavung nach dem Kriege sprach, die umso länger dauern müsse, je länger Deutschland zu kämpfen fortfahre, daß er die Zahlung von „Entschädigungsgeldern" forderte und Friedensbedingungen aufstellte, wie sie später fast wörtlich wahr gemacht worden sind (Bd. 2, S. 93 ff.). Sein „Friedensprogramm" wurde damals fast von der gesamten englischen und von einem großen Teil der französischen und der übrigen Ententepresse veröffentlicht, erörtert und zumeist gebilligt.

Mit der Zeit zerreißt ja nun das feindliche Lügengewebe doch mehr und mehr, leider noch zu wenig durch unsere eigene Mitwirkung. Großenteils verraten sich zu unserem Glück die Gegner oft selbst. So hat zum 10. Jahrestag des Kriegsausbruches der serbische Unterrichtsminister vom Juli 1914 ein Buch unter dem Titel „Blut des Slawentums" erscheinen lassen (Ljuba Jowanowitsch, Kro Slovenstra), nach dessen Darstellung über den Mord von Serajewo das ganze kunstvolle Gebäude der Lüge von Deutschlands Kriegsschuld zusammenbrechen und auch der Verleumdungsfeldzug Steeds als bösartige Entstellung der Tatsachen erscheinen wird. Jowanowitsch schreibt: „Ich weiß nicht mehr genau, ob es Ende Mai oder Anfang Juni war, daß Herr Pasitsch zu uns sagte, gewisse Leute schickten sich an, nach Serajewo zu gehen und Franz Ferdinand, der dort feierlich empfangen werden sollte, am St. Veitstag zu ermorden". Es heißt dann weiter, die Attentäter hätten einem Geheimbund bosnischer Studenten in Belgrad angehört, der Minister des Innern habe sie an der Grenze festhalten lassen wollen, aber die Grenzbehörden hätten mit den Studenten sympathisiert und sie durchgelassen. Zu diesen Angaben Jowanowitschs hat sich nun der Engländer Seton-Watson, einer der engsten Mitarbeiter Steeds während des Krieges, in der „Times" vom 16. Februar

ds. Js., mithin ziemlich spät, geäußert. Seton-Watson bemerkt in seiner Zuschrift, daß er bisher von der Unschuld und Nichtwisserschaft der serbischen Regierung an dem Verbrechen von Serajewo überzeugt gewesen sei. Dann aber muß er zugeben, daß nach „erstklassigen Beweisen" festgestellt worden sei, die serbische Regierung, die nach dem Buche von Jowanowitsch um den Mordplan gegen den österreichischen Thronfolger wußte, habe es unterlassen, die Wiener Regierung von ihm in Kenntnis zu setzen und zu warnen. Seton-Watson schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Sollte es Belgrad nicht gelingen, eine Aufklärung (über die Mitwisserschaft der Regierung an dem Mord von Serajewo) zu geben, so würde dadurch nicht nur unser Urteil über die unmittelbar dem Kriege vorausgegangenen Ereignisse beeinflußt werden, sondern vor allem auch unsere Haltung dem amtlichen Südslawien von heute gegenüber, dessen Schicksale von denselben Männern geleitet werden, die im Juni 1914 an der Macht waren."

Das ist deutlich und zeigt bei Seton-Watson wenigstens Streben nach Ehrlichkeit. Ob Steed ebenso mutig sein wird, wie sein Mitarbeiter am Propagandafeldzug?

Literatur

Der Dichter des Bürgertums

Zum dritten Band der Jean Paul-Briefe

Von Dr. Wilhelm von Schramm in München

Bis vor kurzem war eine rechte Wertung Jean Pauls dadurch erschwert, daß seine Briefe, diese wichtigsten Selbstzeugnisse, nur in Einzelsammlungen zugänglich oder zerstreut veröffentlicht waren. Man gewann dadurch keinen richtigen Überblick. Der Briefwechsel mit Christian Otto z. B. und derjenige mit Friedrich Heinrich Jacobi waren schon kurz nach seinem Tode erschienen, den größten Teil der übrigen Korrespondenz hatte Ernst Förster erst zu dem hundertsten Geburtstag 1863 veröffentlicht, seitdem war dann noch vieles einzelne, vor allem durch die Arbeiten Paul Nerrlichs hinzugekommen. Aber die Wiedergaben waren meist unvollständig und lückenhaft. Die Texte, zumal die unmittelbar nach dem Tode Jean Pauls veröffentlichten, konnten kaum Anspruch auf wissenschaftliche Treue erheben; man mußte annehmen, daß sie in manchen, vielfach gerade in den persönlichsten Angelegenheiten verstümmelt oder verändert waren. Da ist es freilich nicht rühmlich, daß so lange eine zuverlässige Gesamtausgabe der Briefe gefehlt hat; es hat den Anschein, als ob gerade die materialistisch orientierte Wissenschaft nicht immer zwischen Wert und Unwert des Materials unterschieden und die Einzelforschungen ganz der persönlichen Willkür und ihrer Zufälligkeit überlassen hätte. Außerwissenschaftliche Bewegungen haben hier vielfach erst korrigierend eingreifen müssen.

Die konservative Wissenschaft hatte jahrzehntelang gegen Jean Paul ein traditionelles Vorurteil; sie ist dafür in dem Vierteljahrhundert, seit dem die breitere Öffentlichkeit wieder Jean Paul zu entdecken begann, oftmals gelästert worden. Trotzdem hat sie nun doch, wenn auch spät, mit allem Bedacht und aller Gründlichkeit ihre Arbeit getan; sie hat sich selbst das Fundament zu einer gerechten Wertung Jean Pauls gelegt und die gesammelten Briefe, die einer ihrer besten Vertreter, Eduard Berend, seit drei Jahren (im Georg Müller Verlag in München) erscheinen läßt, werden dem bleibenden Ruhme Jean Pauls viel tiefer nützen als alle die Lobeserhebungen, die seit einigen Jahren wieder in Mode gekommen sind.

Denn das letzte Jahrzehnt hat eigentlich nur immer eine Seite Jean Pauls gesehen und verherrlicht: Jean Paul den Schwärmer und Phantasten; um die Totalität seines Wesens hat es sich wenig gekümmert. Alle extremen Neigungen unserer Zeit schienen bei ihm willkommene Nahrung zu finden, und so ist denn oft und oft nur der Rebell und Umstürzler in ihm gepriesen worden. Man betrachtete ihn als Bundesgenossen gegen Form, Herkommen und Klassik, wie es schon Börne in seiner berühmten Denkrede auf Jean Paul getan hat, von dem eigentlich diese Verkennung ausging; es schien eine Zeitlang sogar, als gehöre Jean Paul geradezu zu den Vätern des Sozialismus.

Nun haben sich aber die Verehrer Jean Pauls in allen Kreisen unseres Volkes seit der Jahrhundertwende vermehrt. In den Zeiten des Umsturzes sind noch besonders viele dazu gekommen, eben weil sie in ihm einen Propheten neuer, besserer Zeiten zu finden glaubten. Gleichzeitig haben andere die konservativsten Züge in ihm entdeckt und andere haben sich an den religiösen, ja mystischen, geistergläubigen eine Bestätigung ihrer eigenen Überzeugung geholt. Der ganze Jean Paul aber wurde noch sehr wenigen zum Erlebnis.

Da ist eben zur rechten Zeit der dritte Band der Briefe erschienen, nachdem seine Ausgabe durch die Folgen der Inflation fast zwei Jahre verzögert war. Er bringt zu einem innerlichen Verständnis Jean Pauls neue Voraussetzungen, indem er ihn in der unmittelbarsten Berührung mit seinem Zeitalter darstellt, in jenen wichtigen Jahren, als der zum Manne Gewordene Hof endgültig verlassen hat und zunächst in Leipzig und dann in Weimar Wohnung nimmt, während ihn viele Reisen noch mit den kulturell wichtigsten Teilen des damaligen Deutschland in Berührung bringen.

In den Briefen aus dieser Zeit erscheint Jean Paul vielfach anders, als man ihn bisher gesehen hat. Auch die Zeitgenossen, die inzwischen gezwungen waren, die Grundlagen des Lebens wieder schärfer zu prüfen, werden ihn heute anders beurteilen, als es vor zwanzig Jahren etwa geschehen wäre. Sie werden in manchem der Wissenschaft recht geben, daß sie Jean Paul nicht voll anerkannt hat, sie werden aber auch diejenigen bleibenden Werte sehen, die ein klassischer Maßstab niemals erfassen konnte; auf dem rechten wie auf dem linken Flügel, wenn man so sagen darf, hat sich eine gewisse Ernüchterung und Besinnung eingestellt. Indem man heute die Grenzen Jean Pauls erkennt, wird man mit um so größerem, innerlichem Gewinn zwischen dem Ewigen und dem Geschichtlichen seines Werkes zu unterscheiden wissen.

In den Briefen nun, die dieser dritte Band mitteilt, und die, vom November 1797 bis Ende September 1800 reichend, ungefähr den Höhepunkt seines Lebens bezeichnen, erweist sich Jean Paul durchaus nicht zuerst als Persönlichkeit. Er scheint ebenso sehr dem klassischen Vorurteil gegen ihn recht zu geben wie seine revolutionären Freunde damit zu enttäuschen: alles das Neue, das ihm begegnet ist, erlebt er eigentlich nur als Typus und zwar durchaus als Typus des Kleinbürgers. Trotz allem scheinbaren Subjektivismus hält er an allen Anschauungen fest, die er aus seiner Heimat mitgebracht hat; unversöhnt stehen sie jenen der Kreise entgegen, in denen er sich nun doch fast immer bewegt. So hat er in ihnen auch keinen wirklich Vertrauten finden können: der nächste an seinem Herzen bleibt nach wie vor Christian Otto in Hof und die zahlreichen Briefe, die er an ihn geschrieben hat, verraten nur allzu deutlich, daß sich Jean Paul in diesen Jahren in einer ihm innerlich fremden Welt befindet. Er hat sich ihr auch, trotz vieler äußerer Zugeständnisse in seinem Wesen kaum angeglichen: so fest ruht dieser scheinbar extreme Subjektivist in dem ererbten Typus.

Ist dieser aber wirklich ein geistiger Nachteil?

Seit der Vermischung der Stände hat man vergessen, daß auch das Kleinbürgertum bestimmte Ideen verkörpert, genau wie Patriziat und Adel. So hat man auch nicht bedacht und bemerken wollen, daß die wahre Bedeutung Jean Pauls darin bestanden hat, daß er zum erstenmal diese Ideen darzustellen versucht — wenn ihm das auch nicht in Reinheit gelungen ist. Jedenfalls hat er, wenn auch noch halb unbewußt und ohne die letzte Endschiedenheit, einer Welt der Entartung und moralischen Anarchie die festen Lebensideale des Kleinbürgertums und seine sittliche Ordnung entgegengestellt.

Darin liegt seine eigenartige, zeitlose Bedeutung.

Es sind altväterliche Lebensideale, die sich in den Briefen Jean Pauls aus Leipzig und Weimar kundtun, altmodische Tugenden, an die sich damals nur noch die Kreise des einfachen Bürgertums hielten, von denen ihr Leben aber Beständigkeit und harmonische Ordnung empfangen hat. Die gesunde moralische Festigkeit dieses Bürgertums hat auch Jean Paul selbst in Leipzig und Weimar verkörpert. Er erhielt so durch eine überpersönliche Autorität den Maßstab für sein Verhalten und für sein Urteil, und zwar, wie man bemerken muß, ohne sich dessen vollkommen bewußt zu sein; die Grundsätze, an denen er festhielt, waren lebendig um ihn seit der Kinderzeit; mehr mit dem Herzen als mit dem Kopf empfand er demgegenüber die Haltlosigkeit der Gesellschaft.

Diese typische, anererbte Moralität zeigt sich in diesen kritischen Jahren vor allem im Umgang mit Frauen. Man kann sich nicht vorstellen, was aus Jean Paul geworden wäre, wenn er nicht diesen festen inneren Halt besessen hätte. Er wird geradezu in dieser Zeit von den Frauen verfolgt, und es sind besonders die „unverstandenen" Frauen der besten Gesellschaft, die sich geschieden oder in unglücklicher Ehe lebend, an ihn zu klammern wissen. Was hat Jean Paul mit Emilie von Berlepsch und Charlotte von Kalb erlebt! Beinahe muß man bedauern, daß ihn kein anerzogenes Vorurteil hier besser geschützt hat, denn er nähert sich ihnen ohne Rückhalt, in einem vollkommenen Vertrauen auf ihre Unschuld und Arglosigkeit. Man spricht so viel von den zahllosen Geliebten Jean Pauls; dabei ist es sicher, daß er bis zur Ehe keine einzige wirklich besessen hat (darüber kann man in den Briefen an Christian Otto, die genaue Rechenschaft geben, im einzelnen nachlesen). Äußere Grundsätze mochten ihm allerdings fehlen, sonst hätte er vielleicht doch nicht so viele Frauen und Mädchen an sich herankommen lassen — und so viele geküßt, wie er getreulich und nicht ohne behagliche Selbstironie nach Hof berichtet — seine inneren typischen, anererbten Grundsätze waren dafür

um so fester. Sie gaben ihm Kraft aus den gefährlichsten Lagen rein hervorzugehen.

Es ist ein typischer Zug, wenn Jean Paul die Geliebte verschmäht, aber nach der liebenden Frau verlangt. Es ist nur die Ehe, die ihn erfüllen kann. Emilie von Berlepsch und Charlotte von Kalb haben sie ja beinahe mit ihm erzwingen wollen, aber er hat sich ihnen doch noch zuletzt nach schweren inneren und äußeren Konflikten entzogen, als er erkannte, daß hier nicht die Ehe nach seinem Herzen war. Gerade in dieser Zeit hat er das Ideal seines eigenen Lebens, wie es in seinem Innersten lebte, in jener einzigartigen Konjekturalbiographie gezeichnet, die in dem Büchlein „Jean Pauls Briefe und bevorstehender Lebenslauf" enthalten ist. Hier ist das kleinbürgerliche Leben in der reinsten Verklärung dargestellt, wie überhaupt in dieser Konjekturalbiographie zumeist solche Dinge vorkommen, die er in Leipzig und Weimar und auf den Reisen in dieser Zeit vermißte: ein einfacher, geordneter Hausstand, die Stille des Landlebens („Mein Gütlein Mittelspitz"), eine liebe, einfache Frau, liebe Freunde, eine Schar von fröhlichen Kindern und jene nüchterne Innigkeit des Alltags, wenn man so sagen darf, wie wir sie etwa kennen aus dem Leben Johann Sebastian Bachs — denn auch in dieser erträumten Familie Jean Pauls ist Musik die verklärende Zauberin. Es ist also ein typisches Bild gegeben jener nach außen unscheinbaren, aber tief innerlichen Kultur des kleinen deutschen Bürgertums. Außerordentlich bezeichnend heißt es in der Konjekturalbiographie: „Es wird vernünftig vom Haushalten gesprochen, das ich zwar nicht verstehe, aber aus guten Gründen mit führen helfe, weil ein Poet, um nicht ohne Haltung zu zerrinnen, immer das idealische oder poetische Leben mit etwas vom bürgerlichen (es sei ein Amt oder Handarbeit oder Ökonomie) versetzen muß, wie man goldne Gefäße mit Kupfer legiert, damit sie weniger abgeführt und verbogen werden." Die ganze Einstellung zu der Gesellschaft und ihren Gebrechen offenbart sich auch, wenn Jean Paul ganz in demselben Sinne an Josephine von Sydow schreibt (26. September 1800): „Die Ökonomie ist die Arznei einer verwundeten Seele. Ihr Geschlecht ist — zumal in den hohen Ständen — oft bloß darum so krank und so trübe, weil es nicht genug zu tun hat. Arbeiten und ökonomische Ziele, die man erreicht, stillen das Sehnen nach den höheren, die man auf der Erde nicht erreicht."

Aber einmal wäre Jean Paul doch beinahe seinem innersten Wesen untreu geworden: das war als er die Verlobung mit Karoline von Feuchtersleben einging. Karoline allerdings unterschied sich stark von seinen anderen Freundinnen; sie war ihnen gegenüber noch durchaus Typus; sie muß ein feines, aristokratisches Wesen gewesen sein. Die Briefe, die zwischen Jean Paul und Karoline gewechselt wurden, sind allerdings fast ohne Ausnahme vernichtet; doch berichten die an Christian Otto immerhin noch genug. Es lag kein äußerer Anlaß vor, daß sich Jean Paul wieder von Karoline getrennt hat, im Gegenteil: zu dem entscheidenden Zeitpunkt war endlich der Widerstand der Familie von Feuchtersleben gegen die Heirat aufgegeben. Auch Jean Paul war sich wohl selber nicht völlig über seine tieferen Gründe klar. Aber es ist kein Zweifel, daß Karoline bei allen persönlichen Werten doch nicht die Frau nach seinem Herzen gewesen ist: sie war ein anderer Typus und hat andere Lebensideale verkörpert; einer standesbewußten adeligen Familie entstammend, konnten sie nicht in dem bescheidenen Kreis des bürgerlichen Lebens beschlossen sein. Eine Ehe zwischen ihr und Jean Paul hätte infolge ererbter Unterschiede der Grundanschauuungen eine wirkliche Mesalliance bedeutet. Herder freilich — ein charakteristischer Zug — konnte das nicht verstehen; in klassischer Einstellung übersah er die tiefen organischen, typischen Unterschiede, die durch die Geburt gegeben sind. Er rechnete mit jener höchsten persönlichen Losgebundenheit, die nur durch die allgemeinen Ideale der Humanität wieder Prägung und Bindung erfahren hat. Wenigstens rechnete er hier in dem praktischen Leben nur mit den Persönlichkeiten; die schienen einander wert zu sein; er rechnete nicht mit den tieferen Unterschieden der eingeborenen Natur und der Gattunng.

Auch bei Jean Paul muß man immer wieder bemerken, daß er sich selbst über die letzten Unterschiede, durch die er von der Gesellschaft der Zeit getrennt wird, nicht vollkommen im klaren ist; vielfach hält er noch typische Unterscheidungen für persönliche. So schreibt er nach seiner Trennung von Karoline von Feuchtersleben an Gleim, der ihm von allen literarischen Freunden eigentlich menschlich am nächsten steht — er schreibt an den bürgerlich Gleichgearteten am 16. Juni 1800: „Allerdings heirat' ich jenes Fräulein nicht, das die Herders viel zu parteiisch malen (in den von Förster herausgegebenen Denkwürdigkeiten heißt es nur: „das die Herders bezeichnet"), nicht ihr Stand, sondern moralische (Förster; „andere") Unähnlichkeiten scheiden uns." Er fährt dann zur Kennzeichnung einer vermeintlich persönlichen, aber so typischen Sehnsucht fort: „Aber die Ehe ist meinem Glück und meinem Gewissen unentbehrlich. Außer der Ehe verstrickt man sich durch die Phantasie in so viele Verbindungen mit Weibern, die immer ein oder gar zwei Seelen auf einmal beklemmen und unglücklich machen. Mein Herz will die häusliche Stille meiner Eltern, die nur die Ehe gibt. Es will keine Heroine — denn ich bin kein Heros — sondern

ein liebendes sorgendes Mädchen." Genau in demselben Sinne heißt es am 25. August in einem Briefe an Christian Otto: „Es ist freilich komisch, daß meine Treppe zum Ehebette so unendlich lang sein soll. Ich sorg' indes in Berlin spring ich hinein; aber es muß bloß ein sanftes Mädchen darin liegen, das mir etwas kochen kann und das mit mir lacht und weint. Mehr begehr ich gar nicht. Das Schicksal wird mich doch nicht in Goethes Pferdefußstapfen jagen wollen, oft überleg ichs freilich, aber es ist nicht daran zu denken; sogar in einer solchen Unehe sänn' ich wieder auf Ehe. Ich muß und werde ein Mädchen heiraten, dessen ganze Sippschaft ein Freudenfest feiert, daß ich mich herabgelassen."

Noch ein anderer typisch volkstümlicher Zug hat sich in dieser Zeit bei Jean Paul bemerkbar gemacht: das Heimweh. Unter der Mißachtung der Bürger in Hof, die ihn eigentlich aus der Heimat vertrieben hat, leidet er am meisten, denn es sind ihm doch die von Natur Verwandten und Vertrauten; sein Zorn, ja oft seine Aufwallung von Haß gegen sie, der immer wieder in den Briefen zum Durchbruch kommt, ist doch nur aus verschmähter Liebe entstanden. Schon in Leipzig entsteht der Plan, wenn auch nicht mehr nach Hof, so doch in die weitere Heimat zurückzukehren. „Wie sehn' ich mich oft nach den alten Schauplätzen, wo ich so glücklich war und so dumm." „Hof und Bayreuth, so wenig ihre Wirklichkeit für mich taugt, sind die Grundierung meiner blühendsten Vergangenheit und meiner jetzigen indischen Träume. Ach damals, damals! — So glücklich kann mich jetzt kein Gott mehr machen, als mich damals hätte der Teufel machen können . . ."

Jean Paul verkörpert in Leben und Werk die Ideale des deutschen Bürgertums. Gerade in Leipzig und Weimar haben sie sich im Gegensatz zu der Gesellschaft und dann wohl auch im Gegensatz zu der Romantik und Klassik herausgebildet, allerdings niemals zu der geistigen Einseitigkeit, Reinheit und lebenerweckenden Kraft, daß sie sich damals schon neben den klassischen Idealen als ebenbürtig hätten behaupten können. Bis man zu einer rechten Erkenntnis kam, der ewigen Werte, deren Verklärung eigentlich seine Dichtung gegolten hat, darüber mußte infolgedessen mehr als ein Jahrhundert vergehen, alle vermeintlichen Grundlagen des Daseins mußten bis dahin erschüttert sein. Inzwischen aber ist man der Erkenntnis geneigt, daß die Ideale Jean Pauls natürlich, lebensvoll, unwandelbar und typisch deutsch gewesen sind, ja daß sie wohl zukunftskräftiger, in reinstem Sinne volkstümlicher waren als die abstrakten und künstlichen Ideale der Klassiker. Jean Paul hat aus dem Stand, in dem er geboren war, Maß, Gesetz und Idee — trotz alles scheinbaren Subjektivismus — für Leben und Werk empfangen; er war dadurch in der natürlichsten Weise gebunden und ist der einzige deshalb unter den großen Dichtern der klassischen Zeit, der wahrhaft volklich geblieben ist. So bedurfte er nicht der Bindung an die Antike und deren Humanität, deren Maß und Gesetz. Jean Paul war Typus, er war nicht klassische Persönlichkeit, also nicht frei, wenn man so sagen darf. Aber weil er so noch von ererbten Dingen bestimmt und gehalten war, konnte er auch in seiner eigenen Zeit verharren, er brauchte nicht nach entfernten Zeiten und zu vergangenen Menschen zu flüchten. Die Antike brauchte er ebensowenig wie das Mittelalter. Er fühlte sich noch zusammengehörig mit allem, was um ihn war. So zeigen auch alle die Ideale, die in diesen entscheidenden Jahren zum Ausdruck kommen, eine natürliche gegenwartskräftige Haltung, über der doch niemals die höchste, transzendentale Sehnsucht vergessen wird.

Alles Revolutionäre an Jean Paul ist deshalb nur scheinbar. Er wendet sich nur gegen Adel und Bürgertum, wo sie den metaphysischen Grundzug des Standes vergessen haben und nur diesseitig geworden sind, wo ihnen das Gefühl für Verantwortlichkeit vor einem höheren Richter bereits ermangelt. Jean Paul ahnte, daß er eine besondere Sendung hatte und daß er diese nicht preisgeben dürfe, er ahnte auch, daß in der Zeit Entscheidendes vorging. So schrieb er am 27. Januar 1799 an Christian Otto: „So viel ist gewiß, eine geistige und größere Revolution als die politische und nur eben so mörderisch wie diese, schlägt im Herz der Welt. Daher ist das Amt eines Schriftstellers, der ein anderes Herz hat, jetzt so nötig und braucht so viel Behutsamkeit. Ich nehme in meine Brust keine Veränderungen auf, aber desto mehr in mein Gehirn; nur dieses hat in Weimar Irrtümer abzulegen."

Es ist freilich eine letzte Unklarheit und Unentschiedenheit über dem Werk Jean Pauls geblieben; seine Gebundenheit an den Typus und an die Zeit erweist sich freilich auch darin, daß er von Merkmalen der Entartung, der Formlosigkeit auf der einen und der Überfeinerung auf der anderen Seite nicht frei geblieben ist, aber diese extremen Seiten sind für die heutige Wertung nicht mehr entscheidend. Jean Paul bleibt immer der Dichter des Bürgertums, dessen Ideale verherrlichen seine Werke. Man beginnt sich jetzt wieder dem Glauben zuzuneigen, daß es auch in diesen geistig-seelischen Dingen nichts Allgemeines, Gleichmäßiges gebe, sondern auch hier nur Arten und Typen — die Erscheinung Jean Pauls wird diesen Glauben gewiß bestätigen. Jean Paul hat eine bestimmte Sendung an unser Bürgertum, das seit mehr als einem Jahr-

hundert seinem Wesen und seinem inneren Herkommen untreu geworden ist: Sein Werk ist ein geistiger Vorgang, ein gestaltetes Beispiel, daß sich dieses Bürgertum wieder auf seine eigentümliche Art besinne, daß es wieder sich selbst erkenne und daß es vor allem auf seine eingeborene, natürliche Art glücklich und selig zu werden lerne.

Das Erscheinen des III. Bandes der Briefe Jean Pauls ist eine vaterländische Angelegenheit. Die ganze Nation ist Eduard Berend zu Dank verpflichtet, daß er mit so unvergleichlicher Sorgfalt die riesige Arbeit geleistet hat. Nicht nur, daß er einen vollständigen und zuverlässigen Text geschaffen hat, und ihn eingehend und genau kommentiert hat, er kann auch zahlreiche bisher unbekannte Briefe Jean Pauls zum erstenmal veröffentlichen. Man wünscht nur, daß die weiteren Bände bald folgen möchten und daß dann endlich unserer Nation die vollständige Ausgabe der Werke Jean Pauls geschenkt wird. Sie könnte, wenn man sie recht versteht, eine neue Selbstbesinnung unseres gesunden Bürgertums einleiten.

„Der Zauberberg" und „Das letzte Kapitel"

Von Dr. Arthur Hübscher in München

Fast gleichzeitig sind zu Ende des vorigen Jahres die beiden großen Romane „Der Zauberberg" von Thomas Mann[1]) und „Das letzte Kapitel" von Knut Hamsun[2]) erschienen. Beide behandeln das Leben und Erleben in einem Sanatorium, ein nicht mehr unbekanntes Motiv. Wir finden es bei Hermann Bang, in einem Roman B. Harradens, „Ships that pass in the night", und verschiedentlich auch in der deutschen Literatur, beispielsweise in Hermann Hesses fragmentarischen „Aufzeichnungen eines Herrn im Sanatorium"[3]). Aber in den Romanen des reifen Norwegers und des reifen Deutschen bedeutet es anderes und mehr als bei diesen Vorläufern. Es steht gewissermaßen symbolisch für einen inneren Abschluß, die endgültige Abrechnung mit einer langen Reihe von Vorstellungen und Gestalten. Denn die ganze Welt des früher Geschaffenen ist in diesen Romanen noch einmal vereinigt, und gerade, daß sie sich an so zweifelhaftem Ort zusammenfindet, deutet auch schon eine gewisse kritische Besinnung an, ein leises Eingeständnis, daß etwas an all diesen Gestalten zweifelhafter Art gewesen sein muß. So gibt jeder Versuch einer Genealogie nicht nur genauere Erklärung der jüngsten Prägungen, sondern wirft rückwirkend auch Licht auf alles Frühere. Man fühlt es deutlicher, wie sehr die Einzelbilder vielfältiger Verfalls- und Krankheitserscheinungen mit einemmal zu einer letzten großzügigen Auseinandersetzung mit der Zeit entwickelt sind.

Das Sanatorium Torahus ist eine der Erfindungen oder Gründungen, die wir in verschiedenen Werken Hamsuns finden und die manchmal nicht nur Maschinen betroffen haben, sondern beispielsweise auch Märchen und Geschichten. Fräulein Ellingsen erinnert uns daran. Die Schuld und Sühne von Fräulein d'Espard aber ist zum mindesten schon durch die Frau des Markgrafen Isaak im „Segen der Erde" vorgelebt. Und der Selbstmörder ist der Nachfahr jener vielen unruhigen Geister, deren glänzendsten Vertreter wir in Johann Nagel sehen, dem Helden des Jugendwerks „Mysterien". Aber in Heimat und Geschlecht Hans Castorps, des unbedeutenden Helden im „Zauberberg" bemerkt man unverkennbare Nachklänge der „Buddenbrooks", und Hans Castorp selbst weist deutlich genug auf Klaus Heinrich, den Helden im zweiten großen Roman Thomas Manns, „Königliche Hoheit", zurück. Wir sehen in dem Arzt Dr. Krokowski, in dem okkulten Phänomen Holger die Fragwürdigkeit mancher Künstlergestalten der früheren Werke wieder aufleben, die Gestalt des Zivilisationsliteraten wird abgeklärter noch einmal in dem liebenswürdigen Dialektiker Settembrini[4]) bedeutsam und in seinem Gegner Naphta lebt noch die ganze fanatische Unerbittlichkeit des Bruders Girolamo aus „Fiorenza". Aber das alles ist nicht jenes Hinüberschreiten von Gestalten aus einem Werke in das andere, das wir von Balzac her kennen. Das kleine Welttheater der beiden großen Erzähler mußte sehr wesentlich gewandelt sein, um auf der bedenklichen Bühne des Sanatoriums agieren zu können. Es ist, als ob die altbekannten Spieler inniger und zugleich unheimlicher mit ihren Rollen verknüpft seien. Als wahre und als eingebildete Kranke, Narren und Betrüger, Kokotten und Idealisten, Fanatiker und demutvoll Ergebene vollführen sie einen tändelnd leichten Totentanz. Die gleiche Grundstimmung ist herrschend, hier wie dort: daß alles Leben nur ein Warten auf den Tod ist, mag auch die Düsterkeit Hamsuns sich schließlich zu dem befreienden Ausblick zweier innerlich gesundeter Menschen lichten, während die etwas schwermütige Ironie Thomas Manns auch noch das dunkel vorausgeahnte Ende seines treuherzigen

[1]) 2 Bände, S. Fischer Verlag, Berlin. [2]) 2 Bände, Verlag Grethlein & Co., Leipzig und Zürich. [3]) Erschienen im Mai-Heft 1910 der Südd. Monatshefte. [4]) Man erinnert sich des Historikers und Revolutionärs Luigi Settembrini (1813—1877).

Sorgenkindes überschattet. Denn im Grunde ist es keine Frage stofflicher Verschiedenheit, sondern nur eine Frage persönlicher Entscheidung gegenüber demselben Stoff: ob man den Geist von Unberührtheit, Erde und Natur dem Zivilisationsgeist des Verfalls entgegenhalten will oder verzichtend sich mit der reinen Feststellung begnügt, ob man im letzten Absatz seines Werkes das Wort von „erdenhafter Beschäftigung" zu sagen weiß oder mit einem Zweifel und einer großen Frage seinen Helden ziehen läßt: „Fahr wohl — du lebest nun oder bleibest! Deine Aussichten sind schlecht; das arge Tanzvergnügen, worein du gerissen bist, dauert noch manches Sündenjährchen, und wir möchten nicht hoch wetten, daß du davonkommst. Ehrlich gestanden, lassen wir ziemlich unbekümmert die Frage offen. Abenteuer im Fleische und Geist, die deine Einfachheit steigerten, ließen dich im Geist überleben, was du im Fleische wohl kaum überleben sollst. Augenblicke kamen, wo dir aus Tod und Körperunzucht ahnungsvoll und regierungsweise ein Traum von Liebe erwuchs. Wird auch aus diesem Weltfest des Todes, auch aus der schlimmen Fieberbrunst, die rings den regnerischen Abendhimmel entzündet, einmal die Liebe steigen?"

Die gleiche Umwelt schafft gleiche Motive und Situationen: die mancherlei Anforderungen des Saisonbetriebes, die Weihnachtsfeiern mit Geschenken für den leitenden Arzt, Todesfälle in vielen außergewöhnlichen und ungereimten Spielarten. Das Krankhafte der ganzen Atmosphäre, dem bezeichnenderweise auch die Ärzte verfallen sind, entlädt sich in Höhepunkten scharfer Dialektik. Ein verneinendes und ein bejahendes Prinzip bekämpfen sich in dem Selbstmörder und Anton Moß bei Hamsun, und ihnen entspricht genau das Paar Naphta und Settembrini bei Thomas Mann. Freilich, der Selbstmörder ist zu sehr Selbstmörder von Beruf, sein überwacher Sinn vereitelt im letzten Augenblick die Tat, zu der sein Vorläufer Nagel sich stark genug fühlt. Aber Naphta, der Jesuit ostjüdischen Geblüts, Mystiker und zugleich Theoretiker des Anarchismus, nimmt sich in einer Lage, da sich niemand dessen versieht, wirklich das Leben. Das bejahende Prinzip wird in beiden Fällen von den eigentlich Kränkeren vertreten, von Anton Moß, dem hilflos erblindenden, und von Settembrini, dem schwindsüchtigen Agitator des Fortschritts, der Demokratie und der Zivilisation. Die Krankheit scheint den Lebenswillen nur zu stärken.

Eine eigene und in sich abgeschlossene Welt ist hier geschaffen. Wer dem Tiefland angehört, wird sie niemals verstehen, wird im schlimmsten Fall sogar an ihr zerschellen, wie die einzige Persönlichkeit von Format im Zauberberg, Mynheer Peperkorn, den die Wucht und Klarheit seines Lebenstriebes, die Ehrfurcht vor den einfachen, den klassischen Gaben des Lebens von seinen Leidensgenossen sondert. Freilich treibt ihn die Altersangst um das Gefühl in den Tod, aber sie ist im Grunde doch auch nichts anderes als das Gefühl der Fremdheit in dieser Welt, die man mit königlichen Kulturgebärden beherrscht oder der man unterliegt. Andere macht diese Welt zum Mörder wie David, den einfachen Naturburschen, den Fräulein d'Espard als Vater für ihr Kind gewinnt, und der schließlich, ohne die Geschehnisse zu begreifen, den wirklichen Vater erschießt. Auch er übt einige Tage eine Art von Herrschaft auf den Bergen aus, bis er die Nutzlosigkeit des Widerstands erkennt. Wer aber einmal die Berührung mit Torahus oder dem Zauberberg gesucht hat, ist rettungslos dem Bann verfallen, gleichgültig sind die früheren Beziehungen, wesenlos und unwirklich liegt das Flachland unter ihm. Gewiß versucht manch einer auch in dieser Lage noch sich dem Verhängnis zu entziehen, aber das gelingt nur dem kerngesunden Onkel Hans Castorps, Konsul Tienappel; die anderen müssen immer wiederkommen. So geht es Fräulein d'Espard und dem Selbstmörder im „Letzten Kapitel", so geht es Madame Chauchat und Joachim Ziemssen im „Zauberberg". Manchmal auch rächt sich ein Fluchtversuch bitter genug, wie eben an dem ehrliebenden und bescheidenen Vetter Hans Castorps, der sich bald nach seiner Rückkehr zum Sterben niederlegt.

Es ist selbstverständlich, daß sich die meisten still und ohne weiter Auffälliges daran zu finden, in das Unvermeidliche fügen. So ist Hofrat Behrens einst selbst unvermerkt in den Bannkreis von Haus Berghof gezogen worden und so wird es Hans Castorp: Er hat eben seine Studien abgeschlossen und will nur einige Wochen zur Erholung bleiben. Aber merkwürdig, er verträgt das Klima schlecht, zieht sich eine Erkältung zu, der Arzt stellt eine feuchte Stelle in seiner Lunge fest, und aus den paar Wochen werden Monate, der Zeitpunkt der Abreise rückt weiter und weiter hinaus, das Jahr schließt sich und noch immer ist kein Ende dieses Aufenthalts abzusehen. Die Begriffe von unten verlieren allmählich ihre Geltung. Die kleinste Zeiteinheit ist der Monat. Aber auch sie hat im Grunde keine reale Bedeutung, und eine bürgerlich zuverlässige Bestimmung, wie drei, vier, fünf Monate wäre mehr als gewagt. Die Zeit als einteilendes Prinzip des Lebens hat ihre Herrschaft eingebüßt. Die Komposition des Romans verdeutlicht dies: Die Neuheit und Ungewohntheit der ersten Eindrücke erfordert eine breite

Schilderung der Ankunft, der vorgefundenen Umwelt und der ersten Aufenthaltstage. Je mehr sich aber der Held in die Gewohnheit fügt, desto bündiger und andeutender gibt sich die Darstellung. Gegen Ende hebt sich aus dem fliehenden Ablauf der Zeit nur noch hie und da ein besonderes Ereignis auf, eine spiritistische Sitzung, eine Prügelei, eine Ehrenaffaire, und wenn der große Donnerschlag am Ende die Welt des Zauberbergs vernichtet, dann haben wir kaum selbst bemerkt, daß Hans Castorp 7 ganze Jahre hier oben zugebracht hat.

In dieser Weise kommt die Zeit und ihr geheimnisvoller Ablauf bei Hamsun freilich nicht zur Veranschaulichung. Sie ist ja immer nur dem Neuling relativ, dem Alteingesessenen ist sie das ewige lähmende Einerlei. Es könnte immer so fortgehen in dieser Welt von Zersetzung, Verfall, Krankheit, Ausschweifung, Elend und Tod. Ein Ende ist nur durch äußere Gewalt denkbar. Und darum wird Torahus durch eine Feuersbrunst vernichtet. Unter dem einstürzenden Gebäude werden die Fragwürdigsten der Fragwürdigen begraben. Über den Zauberberg aber geht das große Gewitter des Krieges hin, zerstreut die Insassen in alle Winde und setzt damit auch dem Aufenthalt Hans Castorps ein Ende. Ununterscheidbar, grau und bescheiden entschwindet er im Donner der Granaten unseren Blicken.

Sozialistische Literatur

[Von Ernst Drahn in Berlin]

Eine Kennzeichnung unserer zeitgenössischen sozialistischen Literatur wäre nicht vollständig, wenn man nicht die Zeitschriften mit in den Kreis der Betrachtung zöge. Dies ist schon darum notwendig, weil Titel und Charakter der Nachkriegserscheinungen ständig wechselten, was für jeden den sozialistischen Parteien und Gruppen ferner Stehenden verwirrend wirkt. Bei der großen Anzahl der Titel muß man sich allerdings auf die Vorführung der wichtigsten Zeitschriften beschränken[1]).

Zwei sozialdemokratische Organe wurden in jahrzehntelanger Folge noch zu Ende des Krieges im Sinne der „Mehrheits-Sozialdemokratie" geleitet: „Die Neue Zeit" und die „Sozialistischen Monatshefte". Letztere Zeitschrift steht außerhalb der Partei, wurde von Dr. Arons begründet, durch all die Jahre von J. Bloch geleitet und ist stark vom politischen und gewerkschaftlichen Revisionismus beeinflußt. Der mehrfache Wechsel in seiner außenpolitischen Einstellung scheint dem über den engeren Kreis der Sozialdemokratie hinaus bisher sehr einflußreichen Blatt geschadet zu haben. Jedenfalls ist es das einzige ernst zu nehmende deutsche sozialistische Organ, das Kriegs- und Inflationszeit überdauerte. Die „Neue Zeit" dagegen stellte im verflossenen Jahr ihr Erscheinen ein. Dies offizielle Parteiblatt war bis zum letzten Quartal 1917 von Kautsky geleitet worden. Es war eigentlich stets viel weniger das Organ der deutschen Sozialdemokratie als eine internationale Revue, in der vorwiegend alle zum marxistischen Zentrum gehörenden Männer der II. Internationale zu Wort kamen. Wir rechnen die Austro-Marxisten zu diesen außerdeutschen, zentristischen Marxisten und können nur feststellen, daß mehr fremdstämmige Beiträge als deutsche den Gesamtinhalt des Blattes bildeten. In den letzten Jahren der Schriftleitung Kautskys hatte der journalistische Wert eine entschiedene Einbuße durch das Ausscheiden Franz Mehrings erlitten, dieses feinsinnigen, glänzendsten Stilisten alter Schule innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Die letzte Spanne ihres bald vierzigjährigen Bestehens verschaffte der „Neuen Zeit" wenigstens den Vorzug, daß einmal ein deutscher Marxist, der kenntnisreiche Professor Heinrich Cunow, in die Schriftleitung des einflußreichen Organs kam, so daß es im Sinne der Mehrheitspartei wirken konnte. Dieser Einstellung fiel dann auch das Blatt zum Opfer, als bei der Vereinigung von S. P. D. und U. S. P. die letztere Gruppe mit ihrer Politik das Übergewicht in der deutschen Sozialdemokratie erhielt. Ein Ersatz „Die Gesellschaft" wird heute wieder von einem Austro-Marxisten, dem früheren Hauptschriftleiter des „Vorwärts", Hilferding, geleitet. Der Kreis seiner deutschen Mitarbeiter hat sich gegenüber dem der „Neuen Zeit" noch mehr verengert. Die „Gesellschaft" ist damit nicht eigentlich die Fortsetzung der „Neuen Zeit" geworden, sondern vielmehr die des im Kriege entstandenen U. S. P.-Organs, des von Breitscheid geleiteten „Sozialist", der inzwischen sein Erscheinen einstellte. Während des Krieges begann als Gegengewicht gegen die damals noch nach Gedankengängen der U. S. P. von Kautsky geleitete „Neue Zeit" die von dem früher radikalen Russen Dr. Helphand (Parvus) herausgegebene „Glocke". Der spätere preußische Kultusminister Konrad Haenisch leitete sie bis in das Jahr 1919 hinein entschieden geschickt im Sinne des vaterländisch gesinnten, rechten Flügels der

[1]) Vgl. Ernst Drahn: Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus 1914—1922. Berlin Komm.-Verlag „Kniga". 1923.

S. P. D., eine Richtung, die im großen ganzen von seinen Nachfolgern in der Schriftleitung bis heute, wenn auch mit Rückfällen in den zentristischen Internationalismus innegehalten wurde. In gleichem Sinne, doch mit betonter rechtssozialistischer, zu Zeiten rein antibolschewistischer Einstellung, suchte der 1919 begründete „Firn" zu wirken, dessen geschickter Schriftleiter Arno Franke im letzten Jahr die Folgerungen aus seinen Anschauungen zog und aus der Vereinigten sozialdemokratischen Partei austrat. Nach einer Zwischenzeit mit Fritz Ebert jun. gibt heute der der Zentralkommission deutscher Gewerkschaften nahestehende A. Baumeister das Blatt heraus. Dieser ist zugleich in der Schriftleitung der „Internationalen Rundschau der Arbeit" tätig, einer Zeitschrift, die eine Menge Material über das Gebiet der Arbeiterfrage bringt und von dem zum Völkerbunde gehörenden „Internationalen Arbeitsamt", Berlin, herausgebracht wird. A. Baumeister war es auch, der während des Krieges die sehr aufschlußreiche „Internationale Korrespondenz" begründete, die die große Presse Deutschlands einzigartig über die Haltung der sozialistischen Parteien des Auslandes zu unterrichten verstand. Im letzten Kriegsjahre leitete sie der frühere Schriftleiter der „Chemnitzer Volksstimme", der jetzt die sozialdemokratisch-parteioffiziöse „P. P. S." herausbringt. Die Gegenspielerin der „Internationalen Korrespondenz" im Lager der U. S. P., die Breitscheidsche „Sozialistische Auslands-Korrespondenz", hatte nur ein kurzes Dasein. Jedenfalls wurde sie lange nicht so viel beachtet als das Informationsmaterial der an die U. S. P. angeschlossenen Spartakusgruppe, „Die Spartakusbriefe". Tatsächlich handelt es sich bei diesem Titel um einen Kriegsnamen, denn es hat weder eine Korrespondenz noch eine Zeitschrift dieses Titels gegeben. Ganz schlicht erschienen seit Mitte 1915 in unregelmäßigen Abständen je einige Schreibmaschinenbogen in Folio unter dem Titel „Zur Information". Sie änderten diesen im Januar 1916 in „Politische Briefe" und führten sich mit einer kurzen Anrede, unterzeichnet „Spartakus", ein. Bis zum 22. April leitete sie Karl Liebknecht, vom 15. Mai ab, nach Liebknechts Verhaftung, der Russe Jogiches. Vom 20. September bis Oktober 1918 erschien das Material in Zeitschriftform unter dem Titel „Spartakus" (die „Spartakus-Briefe" sind 1920/21 übrigens im Neudruck erschienen). Im Jahre 1915 wurde auch eine Zeitschriftengründung der gleichen Richtung „Die Internationale" von Mehring-Luxemburg versucht, deren erste Nummer aber gleich verboten wurde. Es gelang, ihre Fortsetzung im Jahre 1919 in die Wege zu leiten. Das Blatt besteht heute noch unter wenig geschickter Leitung als Organ der Kommunistischen Partei. Nur das dokumentarische Material darin ist der Beachtung wert. Viel besser war dagegen schon die nur 1919 und 1920 erscheinende „Kommunistische Räte-Korrespondenz", die auch ein Organ der K. P. D. war, während die im 5. Jahrgang jetzt als Wochenschrift und dreimal wöchentlich als Presseinformation erscheinende „Internationale Presse-Korrespondenz" ein Organ der III. Internationale ist, das redaktionell wie inhaltlich allen Ansprüchen genügt und jedenfalls zu dem besten Quellenmaterial gehört, das über die der III. Internationale angeschlossenen Parteien, über weltwirtschaftliche Dinge usw. unterrichtet. Andere Zeitschriften der III. Internationale, so die ohne Frage interessante „Arbeiter-Literatur", die nur den Jahrgang 1924 erlebte, die „Kommunistische Internationale", ein deutscher Ableger der in Moskau seit 1919 erscheinenden russischen Zeitschrift, sollen wenigstens angemerkt werden. Die „Kommunistische Internationale", von Zinowjew, Radek usw. geleitet, enthält gewiß viel Wissenswertes. Die praktische Verwertung ihres Inhalts ist nur dadurch gehemmt, daß Aufsätze fremdsprachlicher Mitarbeit (also auch deutsche) zuerst ins Russische und dann wieder ins Deutsche übersetzt wurden. Dieses Blatt gehört, wie die „Rote Gewerkschaftsinternationale", zum eisernen Bestande der russischen Propaganda in Deutschland, der auch bis vor kurzem die „Russische Korrespondenz" diente. Schon früh im russischen Sinne tätig, d. h. die Anschauungen der Bolschewisten vertretend und verbreitend, waren im Kriege die „Bremer Arbeiterpolitik", von Knief redigiert, und Julian Borchardts „Lichtstrahlen". In ihnen finden wir schon 1916/17 Beiträge von Lenin, Trotzky, Radek u. a. m. Überhaupt verstanden es die Bolschewiki meisterhaft, ihre Vertreter in der deutschen Presse auszusuchen. Däumigs „Arbeiterrat", Herzogs „Forum", Gumperz' „Gegner" u. a. m. legen Zeugnis davon ab. Der „Gegner" brachte sogar von Zeit zu Zeit ein satirisches Beiblatt und heute gibt ein solches gesondert die K. P. D. heraus, unter dem Titel „Der Knüppel". Aufmachung und Inhalt erinnern an die wilde Jugendzeit des „Simplizissimus". Mit ihm sind das nach dem Kriege eingegangene Witzblatt der S. P. D. „Der wahre Jakob", der es trotz seiner Witzlosigkeit auf 360000 Abonnenten brachte, und sein von Kuttner redigierter Nachfahre „Lachen links!" nicht zu vergleichen. Nimmt man zu diesen Zeitschriften die wichtigen gewerkschaftlichen Organe „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" und die geschickt-populär redigierte „Gewerkschaftliche Frauenzeitung",

von konsumgenossenschaftlicher Seite die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau", aus den Kreisen der proletarischen Freidenker den „Atheist", so bleiben zum Schluß nur noch zwei ernst-wissenschaftliche Zeitschriften übrig, die hier nicht ungenannt bleiben dürfen: Professor Dr. Carl Grünbergs „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung" und Dr. Heinrich Brauns „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung". Die erste sollte niemand übersehen, der sich mit geschichtlichen Studien über den Sozialismus beschäftigt, der Wert der zweiten ist durch die Person des Herausgebers, des Gründers des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" hinreichend gekennzeichnet. Selbstverständlich ist mit dieser kurzen Aufzählung die sozialistische Literatur im deutschen Blätterwalde nicht erschöpft. Die Menge der Branchenblätter aus der gewerkschaftlichen Bewegung der beiden sozialistischen Richtungen sind ein Kapitel für sich, auch die kommunalen, Sport-, Jugend-Zeitschriften und illustrierten Blätter würden noch Seiten füllen, wenn man sie würdigen sollte. Wir versagen es uns hier. Angedeutet muß werden, daß sich ein ganzes Netz von kommunistischen Zeitschriften der öffentlichen Kenntnis entzieht. Es sind die in vielen deutschen Industrieanlagen zu Abertausenden umgehenden „Betriebszeitungen" unter verschiedenen Titeln, die Organe der „Zellen", die jetzt als kleinste Einheit die Grundlage der kommunistischen Organisation in aller Welt bilden.

An neuer Buchliteratur des Sozialismus ist seit der Abfassung meines letzten Berichts[1]) manches Bemerkenswerte in den Handel gekommen. Wichtig für die historische Wissenschaft in ihrem Teil „Biographie" sind die folgenden Veröffentlichungen: „Lassalles Briefwechsel aus den Jahren seiner Arbeiteragitation 1862—1864". Es ist der fünfte Band der von Gustav Mayer herausgegebenen Lassalle-Briefsammlung, die bei der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, seit 1921 im Erscheinen begriffen ist. Der wertvolle Inhalt früherer Bände, die Hatzfeldt-Lassalle- und die Marx-Engels-Lassalle-Volumen sind wohl noch in frischer Erinnerung. Herrschten in diesen früheren Bänden die Briefe aus Lassalles Feder vor und gaben sie in ihrem eigenartigen Stil und gedankenreichen Inhalt ein reiches Material zum Studium der Psyche dieses großen, national gerichteten Sozialrevolutionärs, so nimmt hier den breitesten Raum das Briefwerk politischer Persönlichkeiten der Zeit ein, die schriftlichen Verkehr mit Lassalle pflogen. Es sind Äußerungen des alten, konsequenten Demokraten Franz Ziegler, der heute ziemlich vergessen, der jetzigen Generation wohl nur noch durch seine eigenartige novellistische Leistung „Landwehrmann Krille"[2]) bekannt ist, Georg Herweghs, Ludwig Löwes, der Bismarck-Trabanten Lothar Bucher und August Braß, des Kriegsgeschichtsforschers Wilhelm Rüstow, des Dichters der Wüsten- und Revolutions-Romantik Ferdinand Freiligrath, des Begründers der Frankfurter Zeitung Leopold Sonnemann, des Kommunisten-Rabbi Moses Hess, des Ägyptologen August Böckh, der dem Kreise westlicher Revolutionäre angehörenden Mazzini und Louis Blanc und weiter der langen Reihe von Personen, die bei der Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" beteiligt waren, der Bernhard Becker, Otto Dammer, Heinrich Wuttke, Karl Bruhn, Julius Vahlteich, Jakob Andorf, Eduard Willms und vieler anderer — im ganzen rund 230 Briefe. Lassalles eigene Mitteilungen erreichen knapp ein Viertelhundert. Dennoch steht der Inhalt dieses Bandes nicht hinter seinen Vorgängern zurück. Die vorbereitenden Jahre der preußischen Konfliktzeit, der Kriege, die zur Einigung unseres Vaterlandes führten, spiegeln sich mit ihren politischen Kämpfen, ihrem unruhvollen Suchen nach Lösung der auftauchenden neuen Lebensfragen in den hier reproduzierten vergilbten Blättern, deren Originale heute nach langem Schlummer in den verstaubten Bodenräumen der rheinischen Schlösser der Grafen Hatzfeldt ihren Platz im Reichsarchiv zu Potsdam gefunden haben. Auch die verhältnismäßig wenigen Briefe Lassalles geben von diesen zeitgeschichtlichen Dingen wertvolle Kunde. So klingt derartiges u. a. aus den Zeilen an Rüstow heraus, die Lassalle Anfang Mai 1863 absandte, also zur Zeit als er sich mitten in den Vorbereitungen zur Agitation für seine neue Partei befand: „Worauf ich allein sehe, ist der Arbeiterstand", schreibt er. „Ich habe die tiefe Überzeugung, daß sich mit der deutschen Bourgeoisie gar nichts machen läßt. Ist der Arbeiterstand noch so weit zurück, daß man ihn in seiner ungeheuren Majorität unter dem Fortschrittsbanner festhalten und gegen meine Bewegung votieren machen kann, ist er noch so unreif und schon so entmannt — ja dann ist's für ein Dezennium mindestens zu früh. Dann läßt sich nichts machen. Darauf allein sehe ich. Ich will nur eine Minorität, das ist natürlich. Alles, was in der Welt passiert ist, ist mit Minoritäten gemacht. Aber es muß eine anständige Minorität sein. Mit hundert Arbeitern — —. Damit ist eine politische

[1]) Vgl. Maiheft 1925 der S. M. „Die Kriegsziele der Entente", S. 51ff.
[2]) Erschienen in Reclams Universalbibliothek, Nr. 4937.

Partei nicht zu machen. Eine Sekte für spätere Zeiten ließe sich damit gründen. Keine Partei. Dann habe ich unrecht gehabt, dann bin ich zu früh gekommen, dann, wenn mein Arbeiterverein binnen Jahresfrist nicht zehntausend Arbeiter hat, dann allerdings werde ich mir überlegen, ob ich nicht ganz auf die Politik verzichte, da alle Aufopferung dann nutzlos wäre..." Gibt diese Äußerung vielleicht einen Schlüssel zum Geheimnis der Tragödie auf Rigi-Kaltbad wenig mehr als ein Jahr später? — Jedenfalls sollte auch dieser Briefband Beachtung finden —. Haben wir hier neues Material zum Leben eines frühen deutschen Arbeiterführers, so in dem nächsten Buch Gleiches zu dem eines modernen. Es ist Parvus, Dr. Alexander Helphand, jener südrussische Jude, der während des Krieges und der Revolution ziemlichen Einfluß auf Führer der Mehrheitssozialdemokratie ausübte. Konrad Haenisch, der große Optimist und kindhafte Gefühlsmensch, der Freund so vieler russischer Revolutionäre in der Vorkriegszeit, hat dem jüngst Verstorbenen einen Nachruf gewidmet. Haenisch selbst will diese Schrift nicht als Biographie[1]) gewertet wissen und er tut recht daran, denn wenn es auch das schöne Vorrecht eines Redners am Grabe seines Freundes ist, in dem Tun und Handeln des Verblichenen alles Edle und Beste, alles Licht schattenlos darzustellen, so ist es die bittere Pflicht des Historikers, fein zu nuancieren und kritisch zu schauen. Dem Biographen bleibt also noch die Aufgabe, in historisch-wissenschaftlicher Form zu verfahren und festzustellen, welchen Einfluß der lebende Parvus in der deutschen Politik ausübte, welche wirklichen Ziele er verfolgte und mit welchen Mitteln er sie zu erreichen suchte. Für die „Bausteine", die Haenisch ihm in seiner Schrift zugetragen hat, wird er gewiß dankbar sein. Wichtiger als für die Parvus-Biographie scheint mir das Büchlein für die Haenisch-Psychologie. — Erwähnt mag hier weiter sein, daß K. K. Nicolaisen eine literarische Skizze Martin Andersen Nexö (bei Oskar Wöhrle in Konstanz erschienen) schrieb. Der skandinavische Dichter sozialer Romane ist eine Erscheinung, an der man gewiß nicht vorübergehen kann; auch der Amerikaner Jack London[2]) hat in dem modernen Seeräuber und phantasievollen Schriftsteller Franz Jung seinen Biographen in deutscher Sprache gefunden. Er wertet ihn besonders als „Dichter der Arbeiterklasse" und belegt seine Auffassung mit gutgewählten Proben. Wir kennen London sonst als feinen Beobachter der Tierwelt der halbarktischen Teile Nordamerikas und schätzen seine schriftstellerische Tätigkeit besonders auf diesem Gebiet. Die überragende Gestalt Lenins setzt immer noch die Federn Rußlands in Bewegung. So hat J. Stalin ein Buch „Lenin und der Leninismus" (Wien 1924) veröffentlicht. Es wendet sich gegen Leo Trotzki, der seinerseits als „Material für einen Biographen" temperamentvoll und anschaulich „Über Lenin" (Berlin 1924) schrieb. Dem Verfasser hat dieses Buch manche Widersacher geschaffen, dennoch war es nicht der letzte Anstoß zu seinem Sturz, sondern seine Schrift „1917. Die Lehren der Revolution"[3]). Es ist das gewiß schöne Wort „Trotzkiismus" im Gegensatz zum „Leninismus" in bezug darauf geprägt worden, weil Trotzki angeblich zu dem Glaubenssatz des alten Fritz neigen soll, daß der liebe Gott immer bei den stärksten Bajonetten ist. Militärfromme Ketzereien verzeiht man eben in der S. S. S. R. am allerwenigsten. Die deutsche Ausgabe dieses Buches ist nur dadurch zustande gekommen, daß die Freunde Trotzkis das russische Original, dessen Ausfuhr streng verboten war, nach Deutschland herüberpaschten. Dr. Paul Levi, der frühere Vorsitzende des Spartakusbundes und jetzige S. P. D.-Außenseiter, der bisher selbst nur mit Mühe den Ketzerrichtern seiner jetzigen Partei entgangen ist, schrieb ein lesenswertes Vorwort dazu. — Zu den Leniniana gehört übrigens noch ein neues Album ikonographischen Inhaltes, betitelt: „Dem unvergeßlichen Führer des internationalen Proletariats Wladimir Iljitsch Uljanow Lenin" (Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1925). — Zu unserm Thema gehören auch die neuen Bücher über Rußland. Unter ihnen hervorzuheben ist Erich Obst: Russische Skizzen (Berlin, Kurt Vowinkels Verlag, 1925). Das Ergebnis einer Kreuz- und Querreise durch die Sowjetrepubliken ist hier niedergelegt. Der flott geschriebene Text ist trotz mancher wichtigen Bemerkung eigentlich nur Beiwerk zu dem gut reproduzierten überreichen Illustrationsmaterial. Der schon erwähnte Franz Jung hat zu Ullsteins „Wege zum Wissen" ein Bändchen „Das geistige Rußland von heute" geliefert. Wenn er sich auf das „Literarische Rußland" in seiner Darstellung beschränkt und diesen Teil der Schrift noch etwas ausgebaut hätte, so wäre das für die Veröffentlichung von Vorteil ge-

[1]) Konrad Haenisch: Parvus. Ein Blatt der Erinnerung Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft, 1925.

[2]) Franz Jung: Jack London. Ein Dichter der Arbeiterklasse. Wien, Verlag für Literatur und Politik, 1924.

[3]) Trotzki: 1917. Die Lehren der Revolution. Mit einem Vorwort von Paul Levi. Berlin, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, 1925.

wesen, denn über diese Seite des Lebens in Rußland berichtet er mit vieler Sachkenntnis. — Rykow, der neue regierende Volkskommissar der S. S. S. R., berichtete aufdem 6. Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion über „Die Wirtschaftslage der Sowjet-Union". Die Schrift ist kürzlich im Führer-Verlag, Berlin, erschienen und gibt manchen Aufschluß zum Thema. — Solche wirtschaftliche Nachrichten, die sich nicht allein auf Rußland beschränken, vermittelt uns regelmäßig der früher ungarische, jetzt sowjetistische Professor Eugen Varga. Sein neuester Überblick über die „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im IV. Vierteljahr 1924" füllt ein zwei Bogen starkes Sonderheft der „Internationalen Presse-Korrespondenz" mit statistischen Zahlen und ihren Erläuterungen (Nr. 21 vom 5. Februar 1925). — Wirtschaftlich von Interesse ist auch der Bericht, den der russische Staatsverlag von seiner fünfjährigen Tätigkeit gibt. Titel, Zahlen und Diagramme, Photos und Reproduktionen von Buchillustrationen weisen nach, daß die Buchkultur in Sowjetrußland im entschiedenen Aufstieg begriffen ist. „Gosudarstvennoe Izdatelstvo za pjat let" („Fünf Jahre Staatsverlag") Moskau 1924, betitelt sich der Privatdruck, der schön ausgestattet, einer Reihe von deutschen Bibliotheken geschenksweise zugegangen ist. Sehr nteressant ist auch ein Journalisten-Handbuch „Spravotschnaja Knishka journalista", das, von P. Novitzkij redigiert, Moskau 1924, herauskam. Es bringt alles Wissenswerte über das sowjetistische Zeitungs- und Zeitschriftenwesen auf seinen rund 700 S., dazu staatswissenschaftliches und biographisches Material aus aller Welt. Es ist so etwas wie ein russisches „Statesman's Yearbook".

Neuerscheinungen

Eine neue Form des Jahrbuchs stellt der Ganymed dar: Herausgegeben von Meier-Gräfe, geleitet von Hausenstein, verlegt von Piper & Co. in München. Die Verbindung von Text, Originalgraphik, Lichtdruckwiedergaben und Abbildungen im Text machen den Ganymed zu einer ungemein vornehmen Veröffentlichung in der Art des „Pan". Er ist weder auf bildende Kunst einseitig festgelegt, noch auf eine Zeit oder ein Programm. Neben großen Essays über Malerei, wie Eßweins Cranach, Swarzenskis Tintoretto, Hausensteins Renoir und Baldung, Meier-Gräfes Corinth und Bonnard, Reifenbergs Vermeer van Delft, enthält er solche zur Literatur, wie Eßweins E. T. A. Hoffmann, Kaßners Gogol, Suarès Molière, und zur Musik, wie Vrieslanders Ph. Em. Bach und Einsteins Heinrich Schütz. Er bringt Originalgraphik, wie Hans Götts „Schlafendes Mädchen", Schinnerers „Überfahrt", Mesecks „Landschaft mit Ziegen". In seinen Wiedergaben bringt er Werke der sogenannten romanischen und alten deutschen Kunst neben etruskischen, griechischen und ägyptischen, Palladio, Manet, Oberländer, Hans von Marées, Degas, Munch, Cézanne, Picasso, Boucher, — ars una. Es ist eine großzügige und anti-akademische Auffassung von Kunst, die durch diese Bände geht, seine Leidenschaft für künstlerische Äußerung jeder Art um ihrer selbst willen. Wir sind durchaus nicht mit allem einverstanden, was z. B. Meier-Gräfe schreibt, und manche Proben modernster Kunst sind nichts als umgekehrte Gemeinplätze (nach Turgenjews Definition), aber daß von diesem Ganymed Leben ausströmt, Feuer, Energie, daß hier etwas Elektrisches vor sich geht, daß sich etwas rührt, daß er ein Brennpunkt der künstlerischen Bestrebungen unserer Zeit ist, das läßt einen immer wieder das, was einem gegen den Strich geht, übersehen um der außerordentlichen Anregung des Ganzen willen.

Eine neue ungewöhnlich preiswerte Sammlung von Kunstbüchern: Schriften des Kunstgeschichtlichen Seminars Marburg (Rütten& Loening, Frankfurt a. M.), jeder Band 60 ganzseitige Abbildungen (je M 2); es ist ein Rätsel, wie um diesen niedrigen Preis so schöne Bände hergestellt werden können. Erschienen sind: Griechische Tempel. Tempel Italiens. Olympische Kunst. Deutsche Köpfe des Mittelalters (großartige Aufnahmen! unentbehrlich für jeden, der Sinn hat für die herrliche deutsche Plastik: daß die Deutschen ein unplastisches Volk seien, ist eine der blödsinnigsten Phrasen, sie ist aber immer wieder zu lesen). Deutsches Ornament (mit der Steinzeit beginnend und mit Bernhard Pankok schließend). Besonders für höhere Schulen ein unschätzbares, weil spottbilliges Anschauungsmaterial. Format und Ausstattung der besten blauen Langewiesche-Bände.

Ludwig von Pastor: Die Fresken der Sixtinischen Kapelle und Raffaels Fresken in den Stanzen und den Loggien des Vatikans beschrieben und erklärt (5 Tafeln, Freiburg, Herder & Co., Leinwand M. 4). Eine umsichtige Zusammenstellung der betreffenden Teile aus Pastors großem Papstwerke, in praktischem Taschenformat.

Über Beethoven besitzen wir eine umfangreiche Literatur, aber eine Beethoven-Kritik gab es seit dem Werke Ulibischeffs nur noch in Form gelegentlicher Bemerkungen; z. B.

wenn Gustav Ernest in seinem „Beethoven“ (Berlin 1920, Verlag Bondi) spricht von „einer fast schon zur Manier gewordenen Eigenart, die auf eine gewisse Begrenzung der ihm zu Gebote stehenden Ausdrucksmittel hinweist. Wo immer er die Empfindung jubelnder Freude wiedergeben will, tauchen dieselben flatternden Figuren auf“, nebenbei eine Bemerkung, die von den herabstürzenden Violinpassagen an ähnlichen Stellen in den späteren Werken Wagners genau so gilt. „Beethovens Vollendung“ von Walter Krug (München, Allgemeine Verlagsanstalt) nun ist ein bemerkenswerter Ansatz zu einer Gesamtkritik des Beethovenschen Schaffens. Es regt überall energisch an, oft zu Zweifeln, oft zum Widerspruch. Die konsequent durchgeführte Vergleichung der Missa Solemnis mit Bachs H-Mollmesse hat etwas Blendendes; daß natürlich die Hohe Messe bedeutender ist, muß jeder Musiker zugeben. Andererseits kommt ein einsätziges Gloria und Credo naturgemäß gegenüber Bachs koordinierten Riesensätzen, die wie erratische Blöcke daliegen, zu kurz. Eigentlich kann man die beiden Werke doch nicht vergleichen. Die Durchbesprechung der Symphonien usw. zeugt von genauester Kenntnis, aber das Negative wird doch oft beinahe karrikaturistisch scharf gesagt, z. B. über das Finale der Fünften. Und was soll z. B. der Satz „Brahms war kein Symphoniker“? Da müßte man sich zuvor einigen auf eine Definition von Symphonie, aber auch von diesem Himmel gilt, daß in ihm viele Wohnungen sind. Schließlich läuft jede Beethovenkritik darauf hinaus, daß scheinbare oder offensichtliche Schwächen des Künstlers durch seine ergreifende Menschlichkeit nicht nur gutgemacht, sondern geradezu in einzigartige Vorzüge verwandelt werden, wie die Furchen eines vom Leben und Erleben verwitterten edlen Antlitzes. Lesen sollte dieses Beethovenbuch jeder ernste Musiker.

Von Karl Storcks „Opernbuch“, ein Führer durch den Spielplan der deutschen Opernbühnen, erschien das 83.—88. Tausend (Stuttgart, Muth, Ganzleinen 5 M.). Die beste Vorbereitung zum Hören für Theaterbesucher und Rundfunkempfänger.

Die neue Knut-Hamsun-Ausgabe des Verlags A. Langen, deren Text von J. Sandmeier entweder ganz neuhergestellt oder überarbeitet ist, ist beim 3. Bande angelangt, der den Roman „Die Weiber am Brunnen“ enthält. Die Ausstattung ist vorbildlich.

Max Dauthendey: Letzte Reise. Aus Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen (Albert Langen). Das fast 600 S. starke Buch des „Kraterchens“, wie sich Dauthendey gern unterschreibt, trägt mit Recht den Vorspruch „Die Liebe höret nimmer auf“. Diese Aufzeichnungen sind von einer seltsamen Reife, besonders auch die Gedichte. Sie sind schlechthin ergreifend. Man sollte glauben, die Äußerungen eines von der Welt abgeschiedenen Zivil-Internierten — denn das war doch eigentlich Dauthendeys Existenz auf Java — wirkten auf die Dauer monoton. Das Gegenteil ist richtig: er hat nie ein innerlich spannenderes Buch geschrieben als diese niemals für ein Publikum bestimmten rein gefühlsmäßigen Seiten.

Paul de Lagarde: „Deutsche Schriften“ und „Ausgewählte Schriften“ (J. F. Lehmann, München, geheftet je M. 5). Der erste Band enthält die schon bisher bekannten „Deutschen Schriften“ nach der Gesamt-Ausgabe letzter Hand; hinzugekommen ist ein 35 S. umfassendes Personen- und Sachregister, durch welch beide das Werk doppelt und dreifach so wertvoll wird. Ganz neu ist der andere Band. Er enthält die allgemein wichtigen Stellen, Exkurse, Abschnitte aus den wissenschaftlichen Werken Lagardes, geordnet nach ff. Rubriken: Lebens- und Zeitgeschichte; Schulen und Universitäten, Bücher und Bibliotheken; Aus dem Gelehrtenleben Lagardes; Urgeschichte der Menschheit und Urreligion, Christus und Christentum; Judentum; Luther, Reformation, Protestantismus, Ritschl. Dazu abermals 16 S. Register. Es bedarf wohl keines Wortes der Hervorhebung, daß diese beiden Bände, vorab der zweite, zu den allerbedeutendsten Erscheinungen nicht nur des letzten Jahres, sondern der letzten Dezennien gehören, und für jeden, der sich mit den brennenden Fragen der Zeit beschäftigt, schlechthin unentbehrlich sind.

Edda-Übersetzungen besitzen wir seit Simrock eine stattliche Zahl. Welche unbedingt vorzuziehen sei, dies zu erörtern, geht über Umfang und Absicht dieser Büchernennungen weit hinaus. Soviel glaube ich mit gutem Gewissen sagen und vertreten zu können: Für solche, die noch gar nichts von der Edda wissen, sind Leopold Webers Prosa-Erzählungen „Asgard“ (= Göttersage) und Midgard (= Heldensage), beide bei Thienemann, Stuttgart, das Rätlichste. Sodann die zweibändige Edda von Rudolf J. Gorsleben: 1. Band Lieder-Edda (Heldenlieder, Sprüche, Götterlieder), 2. Band Erzählende Edda (Das Blendwerk der Götter, Prägers Erzählungen, Der Nornengast, Wotans Wunschsöhne; beide Bände zusammen in zwei Ganzleinenbänden M. 12; Verlag „Die Heimkehr“, Pasing bei München). Wer den Willen hat, in die herrliche eddische Welt einzudringen, versuche es mit diesen Büchern, er wird reich belohnt werden. Denn schließlich ist die Edda doch das Schönste vom Germanischen und das Germanischeste vom Schönen!

Rosenheim. Josef Hofmiller.

Kleine Tatsachen und Gedanken

Der bayerische Ministerpräsident über den Völkerbund

Bei der rheinischen Jahrtausendfeier in München am 19. Juni 1925 sagte Ministerpräsident Dr. Held u. a.: „Wir haben einen Bund geschlossen mit dem Gott der Gerechtigkeit, der da straft und belohnt nach dem Maße der Verdienste. Dieser Bund ist unser Völkerbund."

In seinem Berichte über die verschiedenen Jahrtausendfeiern bezieht sich Clemenceaus Blatt „Homme libre" besonders auf die Rede Dr. Helds, die ihm über die Maßen mißfallen hat. Es schreibt u. a.: „Dabei hatten wir jahrelang in Frankreich an den bayerischen Separatismus und die frankophilen Tendenzen dieser Leute, besonders des Dr. Held und seiner Freunde vom bayerischen Zentrum, geglaubt. Zum Henker mit dem rheinischen Partikularismus und dem bayerischen Separatismus! Wir stehen heute einem Deutschland gegenüber, einem großen, mehr als je geeinten Deutschland, das einen kompakten Block von 64 Millionen Einwohnern bildet, nur eine Sehnsucht kennt: seine alte Militärmacht, und nur ein Ziel: ihre baldige Wiederherstellung."

Es ist nicht zu leugnen: gewisse Fortschritte zur Nation sind seit den schönen Zeiten des Rheinbunds gemacht worden. Das ist auch uns bei der Rede von Dr. Held zum Bewußtsein gekommen. L'homme libre möchte aber nicht, daß ein Deutscher l'homme libre ist und verabscheut deshalb nichts so sehr wie deutsche Einigkeit.

Elsaß[1])

Es ist eine Freude, heutzutage ein gutes Stück zu lesen, das heißt: eines von rein völkischer Gesinnung und in edeldeutscher Sprache. Aber sogleich mischt sich ein Kummer ein: wo ist die deutsche Bühne für ein solches Stück? Welcher möchte man es anvertrauen? Welche würde es überhaupt annehmen? „Nicht zeitgemäß für unser Publikum!" Und wir hätten es gerade für sehr zeitgemäß gehalten, nur in ganz anderem Sinne! Die rechte deutsche Bühne soll nicht vergänglichen Moden dienen, was man „Fortschritt" nennt, sondern dem Dauernden, Beständigen, Eingewurzelten, echt Deutschen, in welcher neuen Form es sich dem Altehrwürdigen angliedern mag. Wir, die wir völkisch fühlen und denken, wollen keine gallisch, slawisch, jüdisch angekränkelte, entstellte, verseuchte Bühne. Wir nennen nicht „zeitgemäß", was deren Publikum hören will, sondern, was deutsches Volk zu hören bekommen sollte. Das bedarf unsere Zeit, und das hat sie nicht. Es ist nur ein Wunder, daß sie doch noch immer Dichter hat, welche eine deutsche Bühne brauchten. Mir scheint, daß Gerhard Tischer zu diesen gehört. Sein Weihespiel „Elsaß", noch aus dem Ende der Kriegszeit, gewinnt sofort durch seine Sprache. Darin lebt noch — oder lebt wieder — Schillerscher Geist, Schwung und Würde. Wo die Handlung sich stark belebt, schlägt sogar etwas Kleistsche Glut und Kraft durch. Wenn hier Schiller mehr in Ausdruck idealer Gesinnung zu spüren ist, so liegt sichere Verwandtschaft mit Kleist in der glühenden Vaterlandsliebe. Das engere Vaterland, dessen Schicksal für die große Tragödie Deutschland das typische Vorbild darbietet, ist in diesem Stücke das Elsaß zur Zeit seiner „Reunion" durch den Landraub Ludwigs des XIV. Ein Stück nach dem andern, eine Stadt nach der anderen wird geraubt; danach folgen sich die „Bilder", in welche das Stück eingeteilt ist. Mit Recht! Es sind nicht einzelne Bilder, als eigentlich auseinander hervorwachsende Normen einer dramatischen Entwicklung; aber man muß sagen: jedes dieser Bilder ist doch eine dramatische Norm in sich selbst. Es geht brausendes Leben durch das ganze Stück. Man könnte ihm vorwerfen, daß es gleich von Anfang an mit gleicher Stärke braust, daß man aus der stürmischen Not kaum auf ruhigere Augenblicke herauskommt. Ja, das liegt nun einmal am Stoff, und weil es darin liegt, konnte er auch nur gewählt werden, wo es galt, ein völkisches „Weihespiel" zu dichten. Es ist also nicht im fachmäßigen Sinne ein Bühnendrama, aber es gehört doch auf die Bühne, ist durchaus szenisch gesehen und will leben und erlebt sein, weil es innerlich lebendig ist. Bezeichnend für diese seine Eigenart ist es auch, daß die Gegenspieler, Franzosen, Römlinge, „international" denkende Kaufmannsseelen, nur Nebenrollen spielen, gegen die Vertreter des Deutschtums etwas flüchtig gezeichnet zurücktreten. Immerhin spielt gerade eine der besten Szenen nicht im Elsaß, sondern am jesuitischen Wiener Hofe: die vergebliche Audienz des elsässer Grafen Eckebrecht-Dürkheim beim kaiserlichen Habsburger Leopold, wo der römische Großinquisitor den Ausschlag gibt. Eckebrecht ist eine Hauptperson des Stückes,

[1]) Elsaß, ein Weihespiel für das deutsche Volk in fünf Aufzügen. Von Gerhard Tischer. (München, J. F. Lehmanns Verlag.)

der charaktervolle Typus deutschen Adels, daneben der „Waldschmied", derjenige des deutschen Volkes, prächtige Gestalten. Übrigens täte man dem Werke Unrecht, wenn man in ihm nur ein Tendenzstück sehen wollte. Natürlich hat es seine sehr bestimmte völkische Tendenz, aber sie ist ganz gegenwärtig-geschichtliche Handlung geworden. Sie redet nicht durch den Mund der Personen, sondern indem die Personen reden „wie ihnen der Mund gewachsen ist," reden sie völkische Tendenz, sie können gar nicht anders. Mag sein, daß ein dichterisches Genie selbst bei diesem Stoffe sich höher darüber stellen könnte, weniger mitten dabei sein müßte, um den Stoff frei zu bewältigen. In diesem Falle würde am Ende der etwas symbolisch gestaltete Schluß natürlicher wirken, wenn das Genie ihn überhaupt nötig gehabt hätte. Goethe griff danach im Egmont, und Schiller tadelte ihn herb darob. Der Stoff des „Elsaß" ergibt eben nicht reine Dichtung, dafür ist er allzu stark Geschichte. Aber diese Geschichte ist wiederum mehr als ein einzelner Vorgang, ist typisch, in der wahrhaft tragischen steten Wiederkehr für das deutsche Volk. Und darum wirkt das ganze Stück allerdings in jedem Teile, jedem Worte fast, wie „auf den Tag" gemünzt. Es stellt wohl nur dar: „so war es", aber jedermann fühlt: „so ist es!" Darauf beruht seine Wirkung und Bedeutung. Darum wünscht man ihm die Möglichkeit der vollen szenischen Erscheinung vor einem möglichst großen deutschen Publikum. Also: die deutsche Bühne. Und schließlich muß man wiederum fragen: „Wo ist sie?" — Eine haben wir: Bayreuth. Das kommt hier nicht in Frage; es dient allein dem einzigartigen Stile idealer Hochkunst. Hier handelt sich's ums deutsche Schauspiel. Mehr und mehr regen sich Reformversuche, jüngst der Plan einer Festbühne in Koburg (zu erfragen bei Frhrn. v. Lichtenberg, Gotha, Moltkestr. 10). Das ernsthaft Gemeinte sei ebenso ernstlicher Förderung der Deutschgesinnten empfohlen! Es gilt nicht nur dem Besten der Dichter, vielmehr dem Wohle der Volksseele, der man das klare Bewußtsein davon wünschen möchte: daß der Gewinn einer deutschen Bühne wesentlichen Anteil hat an Deutschlands Erneuerung!

Bayreuth. Hans v. Wolzogen.

Die Frau als Wählerin

Vor der Hindenburgwahl frage ich eine Frau Dr. X., wen sie zum Reichspräsidenten wählen werde. Die leicht verschämte Antwort: „Hellpach habe ich schon das letzte Mal gewählt" — macht mich neugierig. Ich frage weiter, aus welchen Gründen die Dame Hellpach gewählt habe, und erhalte von der trefflichen deutschen Staatsbürgerin die Antwort: „In einer illustrierten Zeitung hat mir sein Gesicht am besten gefallen. Seine Augen sind so ausdrucksvoll!!" — Für kommende Wahlen ergibt sich daraus folgender beachtenswerte Rat: Im Hinblick auf das Wahlrecht der Frauen ist bei der Kandidatenauslese neben oder vor staatsmännischer Fähigkeit vor allem auf ausdrucks- und seelenvolle Augen Wert zu legen! Könnte ferner nicht seitens der politischen Parteien künftig berücksichtigt werden, daß Kandidaten womöglich Junggesellen sein und sich verpflichten müssen, wenn sie gewählt werden, — eine ihrer Wählerinnen zu heiraten?

Waldenburg (Wttbg.). Fritz Losch.

Nachschrift der Schriftleitung: Wir können unserem Mitarbeiter nicht ganz folgen. Die Beurteilung nach der Physiognomie ist nicht die schlechteste, jedenfalls zuverlässiger als die nach Wahlaufrufen. Und wenn man annimmt, daß vielen Wählern (auch männlichen) das Gesicht von Hindenburg besser gefallen hat als das von Marx, so hat Pfarrer Losch gegen diese Anwendung der Physiognomik gewiß nichts einzuwenden.

Das apokalyptische Rußland

heißt ein Heftchen, das der Becksche Verlag in München soeben herausgibt. Ein Verzeichnis von bereits erschienenen und noch erscheinenden Büchern des Verlags mit einer Einleitung von Oswald Spengler — ein wahres Muster eines Bücherverzeichnisses. Man braucht nur die Bilder anzusehen, um zu erkennen, daß hier nicht Stoff zur Unterhaltung der blasierten Westeuropäer geboten wird, sondern das wirkliche, dämonische, für uns unergründliche Rußland.

Karikaturen der Magdeburgischen Zeitung

Eine Auswahl der besten Karikaturen, die seit Anfang 1924 in der Magdeburgischen Zeitung erschienen sind, kommt soeben im Verlag der Faberschen Buchhandlung, Magdeburg heraus. Die Zeichnungen und das Titelblatt sind Arbeiten des bekannten Karikaturisten Werner Hahmann. Sie sind witzig, im Strich prägnant und schlagkräftig und erbringen den besten Beweis für die Behauptung des Vorworts, daß „oft die Karikatur die politischen Zusammenhänge viel schärfer beleuchtet und im Angriff wie in der Verteidigung viel schärfer wirken kann als der beste Leitartikel.... Auf jeden Fall ist die Karikatur die wirksamste Ergänzung des

geschriebenen Wortes." So wirkt diese gut ausgestattete Broschüre in doppelter Hinsicht: künstlerisch und als Dokument eines der ereignisreichsten Abschnitte der Weltpolitik.

Die traurige Prinzessin

Es war einmal eine Prinzessin, die war das schönste und klügste Mädchen auf der Welt. So schön war sie, daß sie jeden Spiegel nur einmal gebrauchen konnte, denn entweder schmolz er aus lauter Rührung über so viel Schönheit zu einem Klümpchen Glas zusammen oder er blähte sich aus lauter Stolz, daß sie in ihn hineingeschaut hatte, derart auf, daß er krumm wurde. Und so klug war sie, daß die gescheitesten Leute der Welt ins Irrenhaus gebracht werden mußten, wenn sie nur einmal mit ihr geredet hatten, denn danach kamen sie sich wie reine Idioten vor.

Aber eines war da, was ihrem Vater, dem König, und ihrer Mutter, der Königin, ja dem ganzen Volke furchtbaren Kummer bereitete: sie hatte nie in ihrem Leben gelacht. Die berühmtesten Ärzte hatte man zu Rate gezogen und die weisesten aller Weisen; niemand konnte helfen. Bloß eines wußten sie alle: wenn es so weitergehe, müsse die Prinzessin bald sterben, weil ja jeder um so früher sterben muß, je weniger er in seinem Leben gelacht hat.

Nun sah die Prinzessin nicht gerade so aus, als wollte sie dieses Jammertal bald verlassen, denn sie blühte wie eine eben erst erschlossene Rose. Groß war sie und vollschlank; sie hatte wundervolle Glieder, und ihre Hände waren geradezu ein Gedicht. Ihr Haar war ein goldenes Vließ, um das jeder Jason gerne ein Dutzend Argonautenzüge unternommen hätte; und ihr Gesichtchen war das Vollendetste, was ein Gott sich erdenken konnte. Bloß die Augen! O, diese Augen! Es war, als hätten sie alles Leid gesehen, das die Menschheit je erlebt, als hätten sie all' den Kummer erfahren, der Menschenbrust durchbebt. Das vergangene, das gegenwärtige und das zukünftige Weh der Menschheit lag in diesen Augen, die doch so groß und so blau und so weich und so samten in die Welt blickten. Über die sich die Brauen in herrlichem Bogen wölbten und deren Wimpern einen merkbaren Schatten auf die Rosen der Wangen warfen.

Als der König von den Ärzten und den Weisen erfuhr, daß seine Tochter unbedingt zum Lachen gebracht werden müsse, da ließ er in seinem ganzen Reiche und darüber hinaus in den Nachbarländern es verkünden, daß derjenige die Prinzessin zur Frau bekommen solle, der sie zum Lachen brächte.

Und wie dies bekannt wurde, setzte eine wahre Völkerwanderung zur Hauptstadt ein. Alle kamen, denn alle hatten die gleichen Aussichten: Prinzen und Bettler, Kaufleute und Landstreicher, Gelehrte und Handwerksburschen, Reiche und Arme. Jeder glaubte, er müsse sie gewinnen, jeder wußte etwas, worüber er in seinem Leben einmal recht herzlich gelacht hatte.

Mein Gott, was für komische Dinge sie alle vorbrachten! Da war ein Prinz, der erzählte, daß in einem Nachbarlande der König davongejagt worden war, weil jeder Steinträger sich einbildete, er könne ebensogut regieren wie Fürsten und Minister. Nun, er war halt ein Prinz, aber die Prinzessin fand, das sei gar kein Spaß und ließ ihn hinauswerfen.

Und dann kam ein Maurergeselle, der behauptete, das Komischste, was ihm je vorgekommen sei, das habe er als Soldat erlebt. Da habe der Hauptmann gesagt, ein richtiger Soldat müsse für sein Vaterland auch das Leben lassen. Die Prinzessin meinte, das sei nicht komisch, sondern voller Ernst und ließ ihn hinauswerfen.

Die meisten aber erzählten lustige Geschichten, Anekdoten, Witze oder sie führten irgend etwas Komisches auf. Da war einer, der erfrechte sich, vor der jungfräulichen Prinzessin zu behaupten, er habe eine Frau gekannt, die nach ihrem sechsten Kindbett noch an den Storch geglaubt habe. Die Prinzessin fand das unverschämt und ließ ihn hinauswerfen.

Dann kam ein anderer, der erzählte, er sei einmal am Nordpol gewesen und da wäre er mit ein paar Gefährten unversehens auf eine Eisscholle geraten, die sie ins offene Meer trug und da hätten sie einfach Rollmöpse gefangen und sich aus den Hölzchen, die in den Rollmöpsen stecken, eine Nothütte gebaut. Die Prinzessin sagte, das sei eine unverschämte Lüge und ließ ihn hinauswerfen.

Und dann kam einer, der hatte einen Flohzirkus und der hatte seine Zöglinge so dressiert, daß sie an seinen Armen hinaufliefen und auf seiner Nase sich zum Namenszug der Prinzessin zusammenstellten. Die Prinzessin fand diese Schmeichelei abgeschmackt und ließ ihn hinauswerfen.

Und dann kam einer, der glaubte es ganz schlau anzufangen. Er konnte weiter nichts als lachen, aber das konnte er wirklich. Er stellte sich hin vor die Prinzessin und tat, als bemerkte er irgend etwas Komisches an ihr, schlug die Augen zu Boden und verzog den Mund zu einem leisen Lächeln. Als er wieder aufblickte, lächelte er wieder, bescheiden zwar, aber doch merklicher als das erstemal. Und dies Lächeln ging über

in ein Lachen, und dies Lachen wurde stärker und stärker, und dabei war es so aufrichtig und herzlich und ansteckend, daß schließlich der ganze Thronsaal voller Menschen mitlachte. Bloß die Prinzessin blieb ernst, fand, es sei da gar kein Grund zum Lachen vorhanden und ließ ihn hinauswerfen.

Und dann kam einer und der erzählte die Geschichte von einem Bauern, dessen Esel sich verlaufen hatte und der nun dies laut auf dem Markte verkündete und jedesmal „Gott sei Dank!" dazu sagte. Und als man ihn fragte, warum er das tue, da sagte er: „Ich danke Gott dafür, daß ich nicht auf meinem Esel saß, sonst wär' ich jetzt selber verloren." Die Prinzessin fand, es sei nicht lächerlich, wenn einer gar so dumm sei und ließ den Erzähler hinauswerfen.

Und dann kam einer, der erzählte eine Geschichte von einem Dackel, dem gescheitesten Dackel der Welt. „Ich bin einmal krank geworden," sagte er, „und da hat mir der Doktor eine Medizin verschrieben, und wie meine Frau die Medizin auf mein Nachttischl stellte, da sprang mein Dackel drauf zu und packte sie und schleppte sie hintern Ofen, wo's Katzerl immer sitzt. Er hat halt gemeint, die Medizin wär für die Katz." Der König lachte, die Königin auch, aber mit mehr Würde, der ganze Hof brüllte vor Vergnügen, bloß die Prinzessin blieb ernst. Das sei doch eine aufgelegte Lüge, meinte sie und ließ ihn hinauswerfen.

Und dann kam einer, der war Schnellzeichner. Der malte mit Kreide einen Eselskopf auf den Boden und wie man genau hinschaute, trug der Esel die Züge des ersten Ministers. Und weil den keiner leiden konnte, lachten alle unbändig über den gelungenen Witz. Bloß der Minister nicht. Und die Prinzessin auch nicht. Sie fand das respektlos und ließ den Zeichner hinauswerfen.

Viele, viele kamen noch und versuchten ihr Glück mit demselben Erfolg. Und nun kam endlich der letzte an die Reihe. Er hatte schon die ganze Zeit über in eifrigem Gespräch mit einem andern Herrn gestanden, und wie er nun vortrat, wandte er sich noch einmal um und rief diesem zu: „Und ich sage Ihnen, Deutschland ist doch am Kriege schuld!" Betroffenes Schweigen in der ganzen Runde; bloß die Prinzessin lachte. Lachte aus vollem Halse, lachte bis ihr die Tränen über das liebe Gesichtchen liefen.

Der König aber und die Königin und alle Anwesenden klatschten Beifall und freuten sich, daß die Prinzessin endlich zum Lachen gebracht worden war. Und die Eltern der Prinzessin umarmten den Mann und nannten ihn ihren lieben Schwiegersohn und nahmen ihn bei der Hand, um ihn ihrer Tochter zuzuführen.

Die Prinzessin aber wandte sich ab und sagte: „Nein, ich danke, einen solchen Esel nehm' ich nicht."

München. Adolf Dirr.

Aus unserem Tagebuch

Die Jeunesse dorée ist beim Anhören junger Sängerinnen in einer ähnlichen Lage wie die Dorfkatze, wenn sie im Frühjahr die jungen Vögel zwitschern hört.

*

Die Fehler sind es, die den Menschen reizvoll machen.

*

Nackt gilt als unschicklich, besonders bei der Wahrheit.

*

Die Mehrzahl der Christen gleicht den sog. passiven Mitgliedern eines Gesangvereins, die die Konzerte des Vereins besuchen, aber nicht singen.

*

Wenn meine Mitmenschen sich selbst als Maßstab und Vorbild für alle andern aufstellen, möchte ich immer sagen: Du bist gewiß ein vortrefflicher Engel, wenn es aber nur eine Sorte von vortrefflichen Engeln gäbe, so wäre es doch langweilig.

*

Die anregendsten Schriften sind die, die ein klein wenig dümmer sind als wir selber.

*

Das Schicksal stellt wie ein guter Lehrer den besten Schülern die schwierigsten Aufgaben.

*

Dichten hat nur Zweck, wenn es keinen Zweck hat.

*

Der Genius ist immer zu zweit.

*

Man blickt mit Stolz auf sein Talent, mit Demut auf sein Genie.

*

Wirklich Neues kann nur in der seelischen Welt gefunden werden.

*

Die Geschichte hat stets ein Loch in die Ewigkeit.

*

Redaktionell abgeschlossen am 25. Juli 1924.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. — Druck- und Buchbinderarbeiten: R. Oldenbourg, München. — Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Die Lage der Landwirtschaft

Von Geh. Ökonomierat Dr. Georg Helm in Regensburg

Wir stehen inmitten einer schweren Agrarkrise. 5 Millionen selbständige landwirtschaftliche Besitzer kämpfen einen schweren Kampf um ihre Existenz. Dabei gibt es keine Ausnahme und keinen Unterschied zwischen Großbesitz, Mittel- und Kleinbesitz. Die Ursachen sind bei allen Besitzgrößen die gleichen: im Vergleich zur Vorkriegszeit verminderte Einnahmen, auf der anderen Seite steigende Ausgaben, 3 bis 7fache Steuerlast gegenüber Friedenszeit, das 2½ bis 4fache an Schuldzinsen gegenüber Friedenszeit, höhere Preise für alle menschlichen und wirtschaftlichen Bedarfsartikel als im Frieden. Wesentlich wird die Lage durch die Mindererträge gegenüber der Vorkriegszeit verschärft. Während der Kriegs- und der ersten Revolutionsjahre wurde wegen Mangel an Rohstoffen Raubwirtschaft getrieben. Der dadurch entstandene Ausfall an Erträgen ist bis zur Stunde noch nicht ausgeglichen. Während des Kriegs und der ersten Revolutionsjahre war beispielsweise Kunstdünger nur in ganz unzulänglichem Maße zu beschaffen. Erst in den Jahren 1922/23 hat eine gesteigerte Produktion den Ausfall ausgeglichen. Kaum machte sich eine Besserung und ein Aufschwung bemerkbar, so kam die Stabilisierung der Währung und mit der Stabilisierung die Kreditnot in der Landwirtschaft. Jetzt sind wohl Rohstoffe vorhanden, aber es fehlt der Landwirtschaft an Geld zum Einkaufen.

Soweit der Landwirtschaft Rentenbankkredite und Kredite aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wurden, sind sie vollständig unzulänglich und die Schuldzinsen sind so hoch, daß sie die Landwirtschaft unmöglich verdienen, geschweige denn das Schuldkapital zurückzahlen kann.

Die Verschuldung schreitet unaufhaltsam vorwärts und verfällt nach dem Gesetz der fallenden Körper fortschreitend in ein immer rapideres Tempo.

Bayern steht als Agrarland an der Spitze der deutschen Länder. Es ist das Land der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Es zählt 450000 Bauern mit Besitz zwischen 2 und 100 ha. Bei der Bayer. Landwirtschaftsbank, einer genossenschaftlichen Hypothekenbank, die ausschließlich landwirtschaftliche Anwesen belehnt, laufen seit Monaten täglich 120 bis 160 Kreditgesuche ein. Es bestehen aber in Bayern zurzeit noch weitere 7 Hypothekenbanken, die zum Teil in namhafter Weise landwirtschaftlichen Grund und Boden belehnen. Es darf angenommen werden, daß bei diesen 7 Instituten zusammen mindestens die dreifache Zahl von Gesuchen einläuft. Wenn der Ansturm der Kreditgesuche anhält — und das ist bis zur Stunde der Fall und es besteht kein Grund anzunehmen, daß er zurückgeht, im Gegenteil — dann gehen bis zum Ende des Jahres 1925 200000 Kreditgesuche um Hypothekarkredit ein. Nachdem aber bereits im Jahre 1924 viele Hypothekengesuche durch Kreditgewährung erledigt wurden, ist heute schon die Hälfte der sämtlichen landwirtschaftlichen Betriebe mit Neueintragungen in den öffentlichen Hypothekenbüchern belastet und bis Jahresfrist ist wohl keiner der 420000 bayerischen bäuerlichen Betriebe verschont geblieben. Das ist ein Tempo der Verschuldung, wie es seit Jahrhunderten noch nie da war. Es ist eine Verschuldungsflut.

Ganz bedenklich aber ist die Tatsache, daß nach meinen Kenntnissen 30% der Schuldaufnahmen zwecks Entrichtung von Steuern erfolgen. In den meisten Fällen beauftragt der neue Hypothekenschuldner die Bank, das Kapital unmittelbar an die Steuerbehörde abzuführen.

Daraus geht hervor, daß es sich nicht um Aufnahme von Kapital zur Förderung und Belebung der Wirtschaft handelt, sondern um unwirtschaftliche Schulden. Eine schärfere Kritik der Steuergesetzgebung, als wie sie aus diesen Feststellungen heraus spricht, ist überhaupt nicht denkbar. Die Steuern können nicht mehr aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Dazu sind sie zu hoch. Sie werden auf Kosten der Substanz, auf Kosten des Wirtschafts- und Betriebskapitals entrichtet. Das ist Enteignung.

Und das Bedenklichste hiebei ist, daß unter diesen Umständen die Produktion zurückgehen muß. Der Fall, daß ein Kleinbauer, der 4 Kühe in seinem Stall hat, eine Kuh verkaufen muß, um damit Steuern zu zahlen, ist alltäglich. Das bedeutet für die Wirtschaft dieses Mannes einen Rückgang an Stall- und Bodenertrag. Er ist damit schon auf den Weg der Verarmung gedrängt.

Ich habe den Eindruck, daß die breite Öffentlichkeit in Deutschland und selbst ernstdenkende Männer, die sonst solche Dinge nicht gleichgültig hinnehmen, keine Ahnung haben von dem Umfang der gegenwärtigen Agrarkrise und der damit verbundenen Gefahr. Man tröstet sich vielfach, wie es scheint, in diesen Kreisen mit der Hoffnung, daß doch aus der Zeit der Inflation, wo die Landwirtschaft angeblich so glänzend verdient hat, noch reichlich Reserven vorhanden wären. Man ist auch zu sehr geneigt, alle ernsten Hinweise damit abzutun, daß die „Agrarier" immer das Klagelied gesungen hätten. Es wäre frevelhafter Leichtsinn, sich damit über den Ernst der Lage hinwegzutäuschen.

Wir sind jetzt im ersten Stadium der Agrarkrise: es ist das Stadium der Verschuldung. Das zweite Stadium heißt: Vergantung, Verarmung, Proletarisierung, Abwanderung. Wenn die Dinge so weitergehen, wie bisher, wenn die Steuerlast nicht ermäßigt wird, wenn die Preise der Agrarprodukte dem Bauer nicht den gerechten Arbeitslohn sichern, wenn die Preise der für ihn notwendigen Produktionsmittel nicht zurückgehen, wenn die Schuldzinsen nicht herabgesetzt werden, wenn dem Bauer nicht billiger Kredit zur Verfügung gestellt wird, dann wird dieses Stadium schon mit Ende dieses Jahres in die Erscheinung treten. Heute sind Notverkäufe von landwirtschaftlichen Betrieben bereits alltäglich. Die Agrarkrise wird alle anderen Stände berühren. Sie ist furchtbar in ihren Auswirkungen und folgen wird eine Krise in Industrie und Handel. Heute schon wird die Industrie von der Krise schwer berührt. Daß dies in ihren Kreisen jetzt erkannt wird, geht aus den Beratungen von Industriellenverbänden der letzten Wochen klar hervor. Ihr größter Abnehmer ist der Inlandsmarkt und vor allen anderen Ständen der Bauernstand.

Ich habe während der Inflationszeit gegenüber ungerechten Beschuldigungen, die den Bauern wucherische Bereicherung vorwarfen, immer wieder darauf hingewiesen, daß wir vor einer nahen Agrarkrise stehen; das erstemal im Jahre 1917. Heute stehen wir vor einer Katastrophe, die furchtbare Folgen haben wird. Es knistert im Gebälk der Bauernhäuser, der Mörtel fällt ab ...

Wirtschaftliche und politische Aufgaben des Großgrundbesitzes

Von Landrat a. D. Tilo Frhr. v. Wilmowski in Marienthal bei Eckartsberga (Thür.)

Großgrundbesitz — ein Begriff, mit dem sich in weiten Kreisen das Bild des monokeltragenden, weingeröteten Junkers verbindet; ingrimmig wird festgestellt, daß Goethe noch immer recht behielt, als er hinwies auf „die Heiligen und die Ritter, sie trotzen jedem Ungewitter, und nehmen Kirch' und Staat zum Lohn". Wie selten wird auch nur der Versuch gemacht, zu prüfen, ob denn Großbetrieb und Bauernbetrieb in der Landwirtschaft wirklich nur geschichtlich und politisch bedingt seien, ob sie nicht etwa auch auf natürliche Ursachen zurückgeführt werden müssen.

Die landläufige Ansicht unterscheidet Ostelbien und Westelbien. Und in der Tat, will man die Grundbesitzverteilung in großen Strichen schildern, so bietet sich westlich der Elbe im wesentlichen das Bild der „Bauernwirtschaft", östlich der Elbe das des „Großgrundbesitzes". Dabei macht die Grundbesitzverteilung nicht etwa an den politischen Grenzen halt; der bäuerliche Charakter der Wirtschaft wird nach Westeuropa eher stärker, während der Großbetrieb an Umfang zunimmt, je weiter wir nach Osten gehen.

Man kann nicht, wie dies durchweg geschieht, diese Verschiedenheit der Betriebsform lediglich auf geschichtliche und politische Ursachen zurückführen; vielmehr ist sie mindestens ebenso stark, wenn nicht stärker bedingt durch natürliche, klimatische und darum dauernde Ursachen. Es ist ein Verdienst von Dr. Barocka, auf diese Gesichtspunkte hingewiesen zu haben[1]). Er untersucht den Einfluß, welchen die Güte des Bodens, die Bodenarten, die Oberflächengestaltung und das Klima auf die Betriebsverfassung haben und kommt zu dem Ergebnis, daß diese natürlichen und unabänderlichen Tatsachen eine sehr wesentliche und bisher noch nicht genügend gewürdigte Wirkung haben. Sie begünstigen in West- und Südeuropa mehr die bäuerliche Betriebsform, in Osteuropa den Großbetrieb. Es würde zu weit führen, hier in Einzelheiten zu gehen; es genüge die Aufstellung der These. Aus ihr folgt, daß die von der Natur bedingte Betriebsform, wenn sie aus politischen Gründen zerschlagen wird, im Laufe der Zeit wiederkehrt; beim Großbetrieb in Form des freien Eigentums oder der Staats-Domäne; beim bäuerlichen Betrieb in Form der inneren Kolonisation oder der Bewirtschaftung von Latifundien durch bäuerliche Pächter.

Es scheint, als ob in Osteuropa die Probe darauf gemacht werden solle. In Rußland ist der Großbetrieb und Großgrundbesitz durch die Revolution zerstört und beseitigt. Die besitzenden Geschlechter sind verjagt oder getötet; die Gebäude, der Viehbestand vernichtet; die wirtschaftliche Einheit aufgelöst. Was in Rußland die kommunistische Zerstörungswut erreicht hat, das versucht in den anderen osteuropäischen Ländern die nationalistische Verblendung. Alle neu entstandenen Randstaaten von Rumänien über Jugoslavien, Tschechien, Polen bis zu den baltischen Staaten haben ihre „Agrarreform". Sie bedeutet Beseitigung oder zum mindesten erhebliche Behinderung des landwirtschaftlichen Großbetriebes.

Ist anzunehmen, daß in Rußland an die Stelle der verschwundenen Großbetriebe als alleiniger Erbe ein aufstrebender, blühender Bauernstand tritt, wie vor 100 Jahren in Frankreich, der dieses Erbe festhält? Höchst unwahrscheinlich. Bisher ist die „Agrarreform" für den Bauernstand mit furchtbarer Verarmung und mit Hungersnöten begleitet. Die Entblößung an Vieh, Werkzeugen und Saatgut ist so groß, daß an eine Bestellung der großen brach liegenden Flächen des ehemaligen Großgrundbesitzes und an einen Ersatz des Großbetriebes durch viele Kleinbetriebe nicht zu denken ist. Die Sowjetregierung bemüht sich im Gegenteil krampfhaft, die verwüsteten Großbetriebe durch Vergebung von hochkapitalistischen „Konzessionen" wieder in Gang zu setzen, weil sie instinktiv fühlt, daß sie, allen kommunistischen Theorien zum Trotz, von der Natur des Landes bedingt sind.

Nicht viel anders ist es in den übrigen Ländern der osteuropäischen „Agrarreform"; Länder wie Rumänien und die Tschechei, früher starke Ausfuhrländer, sind Zufuhrländer geworden, also verarmt; alle unparteiischen Beobachter berichten übereinstimmend, daß die derzeitige Agrarverfassung einen ungeheuren kulturellen und wirtschaftlichen Rückschritt bedeute.

In Deutschland allein (sonst nur in Rest-Ungarn) besteht der Großgrundbesitz und der Großbetrieb der Landwirtschaft noch ungeschmälert; eine erstaunliche und für die Erhaltung der europäischen Kultur sehr wesentliche Tatsache. Erstaunlich, denn ein riesiges verstädtertes und industrialisiertes Proletariat macht, aufgestört durch einen unglücklichen Krieg, soziale Revolution, erobert die Staatsmaschine, beherrscht sie einige Jahre — und macht doch Halt vor den bestehenden Besitzverhältnissen auf dem Lande. Es schreitet nicht zu zerstörenden Akten, die auch nur annähernd so brutal wären, wie die der russischen oder der französischen Revolution, obwohl die gesammelte Kraft der städtischen Massen hier zweifellos größer war, als bei irgend einer der früheren sozialen Revolutionen. Gewiß, es sind viele Bedrohungen, Terrorakte, auch Morde vorgekommen, aber im ganzen sind

[1]) Dr. Egon Barocka, Grundbesitzverfassung und Bevölkerungswachstum, Leipzig 1924, Verlag G. Wittrin.

mitten in den hoch industrialisierten Bezirken die Personen und das Eigentum erhalten geblieben.

Wie ist dies zu erklären? Der bekannte Volkswirt Dr. Schiele in Naumburg hat darauf hingewiesen, daß die eine Ursache bei der Industriearbeiterschaft liegt, bei ihrer Besonnenheit, bei ihrem deutschen Charakter, bei ihrer sittlichen Mäßigung, bei einer instinktiven Vorahnung, daß sie sich selbst vernichten würde, wenn sie zur Zerstörung der großen Landwirtschaft schreiten würde. Hier werden die Lehren der feindlichen Blockade wirksam. Die andere Ursache liegt auf der agrarischen Seite, auf dem Verhältnis zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum.

Der Großgrundbesitz wäre verloren gewesen, wenn er in dieser industrialisierten und proletarisierten Welt allein gestanden hätte. Zu seinem Segen aber stand er nicht allein; er war in Wirklichkeit nichts anderes als die Spitze einer großen Pyramide, welche Bauernschaft heißt, und welche in Deutschland einen besonders gut geformten und gefestigten Aufbau hat.

Wir haben in Deutschland 2600000 kleinbäuerliche Betriebe (bis 20 ha), 262000 mittelbäuerliche Betriebe (bis 100 ha) und nur 23600 Großbetriebe, die man als Großbauernschaft oder Großgrundbesitz bezeichnen muß; mithin eine wunderbare Harmonie der Zahl — Abstufung von 100 auf 10 auf 1, wenn man von unten nach oben geht. Hierin zeigt sich die gemeinsame und geschlossene Front der Landwirtschaft. Sie war, gegenüber dem besitzfeindlichen Ansturm, von gemeinsamem Geist erfüllt. Das Kleinbauerntum — gewitzigt durch Blockade und Zwangswirtschaft — dachte nicht darin, sich von dem bolschewistischen Gift infizieren zu lassen; die gleiche deutsche Besonnenheit, die den Industriearbeiter leitete, warnte es, sich von den Neidvorstellungen so verführen zu lassen, wie die armen, dummen proletarisierten Kleinbauern Rußlands.

Bei aller lähmenden Trauer, die uns beim Rückblick auf die letzten Jahre befällt, ist es doch immer wieder ein Trost, daß endlich Groß und Klein in der deutschen Landwirtschaft begriffen haben, wie stark sie aufeinander angewiesen sind. In der Tat, der Großgrundbesitz, politisch nur auf sich gestellt, ist verloren, aber mit ihm der Bauer, verloren gegenüber den Mächten des mobilen Kapitals, des einheimischen sowohl wie des fremden. Solange aber die Eigentümer auf dem Lande zusammenstehen, solange ist mir um die deutsche Kultur und die deutsche Zukunft nicht bange!

Liegt die Erhaltung des deutschen Großgrundbesitzes nur im Interesse der derzeitigen zufälligen Eigentümer? Wir wollen zunächst von den Leistungen ausgehen, die in unserer materiell eingestellten Zeit in erster Linie kritisch geprüft zu werden pflegen, der Leistung für den Markt. Diese ist natürlich beim landwirtschaftlichen Großbetrieb bedeutender, als bei der mittleren oder kleinen Bauernschaft. Das beweist ein Vergleich der Marktleistungen Süd- und Westdeutschlands mit denen Ostelbiens. Es könnte zwar bewiesen werden, daß ein hannöverscher Bauernhof, der mit sehr viel Intelligenz und kaufmännischer Umsicht bewirtschaftet wird, mehr Leistung pro Hektar aufweist, als viele ostelbische Rittergüter, aber er wird wiederum weit übertroffen durch die Marktleistungen gewisser, intensiv bewirtschafteter Großbetriebe z. B. der Provinz Sachsen. Der Vergleich im Großen läßt keine Zweifel darüber, daß die Fortexistenz der Massenbevölkerung in den deutschen Städten abhängig ist von den Leistungen der nord- und ostdeutschen großen Landwirtschaft. Die Zeiten der öffentlichen Verteilung haben das zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Wenn eine ähnliche „Agrarreform", wie die in Osteuropa versuchte, über unsern Großgrundbesitz verhängt würde, so wäre die unausbleibliche Folge: Teuerung, Mangel, Lebensbedrohung für die städtischen Massen. Großstadt und Großgrundbesitz hängen sehr eng miteinander zusammen; sie rufen einander hervor. Zwar liegen die Latifundien, von deren Agrarproduktion die deutschen Großstädter leben, zu einem Teil in Übersee; aber in dem Maße wie die deutsche Industrieausfuhr sinkt und drüben immer mehr Industrien entstehen, werden diese Agrarprodukte immer

teurer und außerdem immer schwerer erreichbar[1]) für die deutschen Industriearbeiter. Um so mehr sind sie für die Fortexistenz ihres Lebens und ihrer Arbeit darauf angewiesen, daß die deutsche Landwirtschaft in allen ihren Teilen sehr viel intensiver werde. Das wird nicht erreicht, ohne daß der landwirtschaftliche Großbetrieb vorangeht, der diese Forderung am schnellsten verwirklichen kann. Die städtische Bevölkerung muß sich darüber klar werden, daß sie einer sehr ernsten Zeit entgegengeht. Wenn die so freigebig fließenden Auslandskredite nicht mehr gegeben werden, wird die Zukunft erst ihr wahres Gesicht zeigen. Wir werden dann gewahr werden, daß wir abermals einer Art Blockade gegenüber stehen, einer Art Ausfuhrblockade, die sich gegen die deutsche Industrie und Industriearbeiterschaft richtet. Wo aber keine Ausfuhr ist, da ist auch keine Einfuhr. Dann wird es klar werden, daß das Leben der deutschen Großstädte und die Erhaltung der deutschen Industrie abhängt von der Fortdauer und der höchsten Leistung des Großbetriebes unserer Landwirtschaft.

Die Erhaltung der deutschen Menschenmassen ist ein Problem der landwirtschaftlichen Betriebstechnik. Es kann nur gelöst werden dadurch, daß die sandigen und regenarmen Böden unseres Ostens die Grundlage abgeben für einen viel intensiveren Hackfruchtbau, insbesondere der Kartoffel. Es ist ja bekannt, wie die Gesamtleistung an Kohlehydraten und Eiweiß gesteigert wird durch den intensiven Hackfruchtbau der Rübe und der Kartoffel; der Getreidebau selbst wird durch den Wechsel mit der Hackfrucht rentabler. Alles dies verlangt vermehrte Maschinenarbeit, vermehrte menschliche Arbeit, kurz Intensivierung, die im Großbetrieb die größten Erträge abwirft. Vor allem aber verlangt die kommende Not eine schnelle Leistung; denn es ist klar, daß die Umstellung von 2 Millionen Landwirten auf ein neues betriebstechnisches Ziel nicht so leicht zu erreichen ist.

Aber die Aufgabe der Landwirtschaft liegt nicht allein in der Steigerung der materiellen Produktion; es handelt sich nicht allein um die Brot-, Milch- und Fettversorgung des Volkes, sondern darüber hinaus um eine staatliche und soziale Aufgabe größten Stils. Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht uns starke industrielle Arbeitslosigkeit bevor. Es kann nicht ohne Wirkung bleiben, daß die deutsche Industrie heute nur noch halb so viel ausführt wie früher, und daß außerdem die Kaufkraft des Binnenmarktes viel kleiner geworden ist. Der große Industrieapparat und mit ihm Massen von Arbeitskräften sind vorhanden, aber er hat viel Leerlauf; er hat die Märkte verloren, von denen er früher gelebt hat. Bisher ist dieser Zustand durch künstliche Mittel verschleiert worden; zuerst durch die Inflation, die ein Versuch war, die Industriemassen in Arbeit zu erhalten auf Kosten des Vermögens anderer Berufsstände; dann durch den Verbrauch der Rentenbank-Hypothek; und jetzt durch den Verbrauch von Auslandskrediten. Einmal kommt die Krise und damit die Arbeitslosigkeit.

Wie kann diesem Zustand begegnet werden? Jedenfalls nicht durch Finanzierung der Arbeitslosen mit Hilfe neuer Steuern; sondern durch Überführung eines Teiles der industriellen Arbeitskräfte — soweit sie dafür geeignet sind — auf ein anderes Feld, wo ihre Arbeitskraft fruchtbar gemacht werden kann, nämlich in die Landwirtschaft. In den industriellen Gegenden des Rheinlandes, Württembergs, Sachsens wird das auf die einfachste Weise dadurch geschehen, daß die bodenständigen, hausbesitzenden Arbeiter, die in den letzten Jahrzehnten auf ihren Rädern in die Fabriken gefahren sind, sich nunmehr wieder — wie in früheren Zeiten — der landwirtschaftlichen Arbeit zuwenden. Dadurch wird das Hindernis beseitigt, das in dem letzten Menschenalter den Bauernstand hauptsächlich vom intensiveren Betriebe und insbesondere von intensiverem Hackfruchtbau zurückgehalten hat, nämlich der Arbeitermangel. Sowie für den bäuerlichen Betrieb ein anderes Verhältnis zwischen Löhnen

[1]) Hierüber mehr in einem sehr lesenswerten Buch, das von dem Institut of Economics in Washington herausgegeben ist und in Übersetzung bezogen werden kann vom Verlag Dr. Schiele in Naumburg a. S. Nourse, Amerikanische Landwirtschaft und die europäischen Industrievölker.

und Preisen der Hackfruchtkultur eintritt, entsteht eine ganz neue Zukunft; dieses veränderte Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen ist freilich Voraussetzung für die Umschichtung.

Dieser Vorgang aber wird für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht genügen, und der Großbetrieb der Landwirtschaft wird sich rüsten müssen, neue Arbeitskräfte aufzunehmen zu dem doppelten Zweck der Intensivierung der Kultur und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Es kommt alles darauf an, daß diese Umschichtung in Formen geschieht, daß nicht etwa ein gefährliches kulturloses Landproletariat geschaffen wird, welches den Brennstoff für eine bolschewistische Agrarrevolution abgibt. Der Großgrundbesitz muß sich klar sein, daß er nicht nur materielle und ökonomische Verpflichtungen gegenüber der Nation hat, sondern auch soziale und völkische, daß die Landwirtschaft nicht nur dazu da ist Kartoffeln und Schweine zu produzieren, sondern Menschen zu produzieren und zu erhalten, und zwar in einer solchen sozialen Form, daß daraus die wohlgegliederte Einheit werde, die „Volk" heißt.

Zweierlei muß vermieden werden: daß die Arbeitslosen in den Städten aus öffentlichen Mitteln erhalten werden, was natürlich unter heutigen Verhältnissen zum größten Teil die Landwirtschaft zu bezahlen hätte, weil zu gleicher Zeit die städtischen Berufe leistungsunfähig werden — und ferner, daß sie in ungeordneten Herden auf das Land geschickt werden. — Der Rückstrom muß so vor sich gehen, daß durch eine freiwillige Auslese die Elemente, die vom Lande stammen, aus den Betrieben herausgenommen werden, und dadurch die Arbeitslosigkeit weniger in Erscheinung tritt. Auch dieser Vorgang wird eingeleitet und unterhalten hauptsächlich durch ein anderes Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen der Landwirtschaft, gegenüber der Industrie. Es handelt sich dabei zunächst nicht um das, was man „innere Kolonisation" nennt, sondern um Vermehrung des nichtlandbesitzenden Arbeiterstandes auf dem Lande.

Innere Kolonisation bedeutet Schaffung selbständiger Ackernahrungen, ein hohes und bedeutsames Werk. Nur fehlt uns, um es in irgendeinem nennenswerten Maßstab durchzuführen, augenblicklich die erste Voraussetzung, das Kapital. Wir müssen einsehen lernen, daß ein Volk, das sein Betriebskapital aufgezehrt hat, nicht im großen Stil Bauernhäuser, Scheunen und Ställe bauen kann, sondern daß es durch intensivere Ausnutzung der noch vorhandenen Wirtschaftskräfte erst einmal neues Kapital schaffen muß.

Wird der landwirtschaftliche Betrieb intensiver gestaltet, so eröffnet sich eine weitere Möglichkeit zur Behebung der Industrienot, die Steigerung der Kaufkraft des inneren Marktes für deutsche Industrieprodukte. Erfreulicherweise gewinnt auch in maßgebenden Kreisen der Industrie die Erkenntnis immer mehr an Boden, daß nur durch Belebung des inneren Marktes unsere industrielle Produktion am Leben erhalten bleiben kann. Gerade auf der letzten Industrietagung in Köln ist dies mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden.

Bei dieser großen und unendlich schwierigen Aufgabe der Überführung großer Arbeitermassen in die Landwirtschaft soll und muß der Großgrundbesitz mit Führer sein. Er soll es sein, weil das Bestehen der von ihm geleiteten Betriebe Voraussetzung und Grundlage des Rettungswerkes ist. Er muß es sein, weil er sonst vor einer schweren Bedrohung seiner Existenz steht. Er wird bedroht von der kalten Sozialisierung durch Steuern und Zinsen. Noch immer hat jede Revolution die Umwälzung der Besitzverhältnisse erstrebt: Ôtes-toi que je m'y mette. So sehen wir auch seit 1919, wie von der Führung der Masse mit allen Mitteln der Gesetzgebung und Verwaltung daran gearbeitet wird, den alten Besitzer, sei er Großlandwirt oder Bauer, zu enteignen. In der Stadt ist diese Enteignung zu einem Teil bereits geglückt; das Land hat sich weiter mit Erfolg zu wehren verstanden. Aber ich sehe bedrohliche Zeichen. Die Verschuldung, angeblich durch Inflation geschwunden, ist höher als zuvor; von Rente kann auf leichteren Böden überhaupt nicht mehr gesprochen

werden; an ihre Stelle tritt die Steuerleistung. Der Landwirt, ob groß, ob klein, ist sich aber in der Mehrzahl der Fälle noch gar nicht klar darüber, daß er mit jeder neuen Schuldenaufnahme zu Zinsen, die er niemals herauswirtschaften kann, den angestammten Grund und Boden den neuen Mächten ausliefert, den Banken.

In dieser Gefahr muß der Großgrundbesitz seine Stimme erheben. Es ist kein Zufall, daß der größte Landwirt der Provinz Sachsen, der Oberamtmann Wentzel-Teutschenthal, in diesen Tagen warnend darauf hinwies, daß fast der gesamte Wert der zu erwartenden Ernte durch Ausstellung von Wechseln im abgelaufenen Geschäftsjahr vorverkauft, also verbraucht ist, daß mithin alles geschehen müsse, um für das kommende Erntejahr eine höhere Ernte zu erzielen, d. h. daß die Intensivierung der Landwirtschaft vom Staat ermöglicht werden muß.

Warnend soll der Großgrundbesitz aber auch seine Stimme erheben gegen die letzte Ursache dieser Übersteuerung, welche die Enteignung nach sich zieht, gegen die Verschwendung in Reichs-, Staats- und Gemeinde-Verwaltungen. Wie es berufene Industrieführer schon längst getan, so muß auch er immer wieder für eine vernünftige Dezentralisation der Verwaltung, für wahre Selbstverwaltung der Betroffenen und nicht der Beamten, für Abbau des viel zu weitgesteckten Feldes der Staatsaufgaben, für Sanierung der öffentlichen Haushalte kämpfen. Ein Lebensinteresse an den so gezeichneten Zielen hat nicht nur der Landwirt, der Eigentümer ist, sondern in erster Linie auch der Industriearbeiter. Über kurz oder lang muß der Tag kommen, an dem die Lebensmitteleinfuhr durch Auslandskredite nicht mehr gedeckt werden kann. Sollen dann wie in Deutsch-Österreich Zehntausende von Arbeitertrupps unter Leitung ihrer eigenen Gewerkschaftssekretäre zusammengestellt und nach Nord- oder Südamerika abtransportiert werden? Hat dann die Arbeitermasse ein Interesse daran, daß der ländliche Großbetrieb von Direktoren unpersönlicher Gesellschaften oder von durch Steuern erdrückten Staatspächtern nach rein materiellen Gesichtspunkten geleitet wird? Muß sie nicht vielmehr wünschen, daß als Grundeigentümer und Betriebsleiter eine Schicht von Männern erhalten bleibt, die aus dem Boden gewachsen ist, in ihm nicht die Ware, sondern den Lebensspender erblickt, die nicht nur ihre wirtschaftliche, sondern auch ihre politische und soziale Aufgabe begreift?

Wird die bereits einmal bewiesene Besonnenheit der städtischen Bevölkerung hinreichen, diese Zusammenhänge zu verstehen? Und wird ihre Nervenkraft ausreichen, um die unvermeidliche Steigerung der Agrarpreise ins Auge zu fassen, ohne zu agrarfeindlichen Mitteln ganz besonders gegen den Großgrundbesitz zu greifen? Das ist eine wichtige Schicksalsfrage, sowohl für die städtischen Massen, als auch für den Großgrundbesitz, denn beide hängen eben in ihrer Existenz zusammen.

Wird die deutsche Bauernschaft auch in Zukunft Verständnis für die Bedeutung des Großgrundbesitzes zeigen? Sie sehe ins Ausland, in Staaten, wo es kein großes Landeigentum gibt, wo Bankiers und Syndici der großen Geldmächte hinter dem Vorhang radikaler Demokratie die eigentlichen Regenten sind. Da ist die Bauernschaft nie etwas anderes gewesen, als eine stumme Herde, die dazu da ist, Wolle und Fleisch zu geben — für die Leitung der eigenen Geschicke aber nichts zu sagen hat.

Und endlich, wird der deutsche Großgrundbesitz sich seiner Aufgabe gewachsen zeigen? Sie ist unendlich schwierig; aber sein Schicksal hängt davon ab, wie weit er das Vertrauen der verbrauchenden Masse trotz aller Verhetzung der an Enteignung und Neiderregung interessierten Mächte zu gewinnen versteht, wie lange er sich als geborener und treuer Sachverwalter der Bauernschaft und als verantwortlicher Führer des Landvolkes erhält; wie weit es ihm gelingt, Agrarpolitik nicht allein für die Wirtschaft, sondern für das Volksganze zu treiben. Möge er sich dieser großen und bedeutungsvollen Aufgabe gewachsen zeigen!

Die Kreditnot der Landwirtschaft

Von Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Eichhorn, Direktor der Bayer. Landwirtschaftsbank in München

Der Bedarf der deutschen Landwirtschaft an fremdem Geld muß zwangsläufig viel größer sein als vor dem großen Krieg, denn die Betriebsausgaben sind stark vermehrt, die Steuern vervielfacht, die Einnahmen aus dem Betrieb stehen in bedenklichem Mißverhältnis zu den Ausgaben und zur Geldentwertung, die Rente aus Kapitalvermögen, die sparsame Landwirte genossen und die als Betriebskapital diente, ist zunichte geworden. Tatsächlich hat nun auch die Landwirtschaft in der kurzen Zeit seit der Stabilisierung der Währung, der Zinslast nach gerechnet, mehr Schulden gemacht, als in gleicher Zeitspanne vor 1914. Aber der Summe nach oder gar nach der Kaufkraft des Geldes ist der der deutschen Landwirtschaft gewährte Kredit viel geringer. Also fehlt der Landwirtschaft Betriebskapital, nicht zu reden von Investierungkapital für Betriebsverbesserungen.

Die Landwirtschaft konnte und kann sich das nötige Kapital nicht beschaffen, denn der Zins von 12 bis 15% und mehr im Jahre bedeutet geradezu Selbstmord für den Landwirt, dessen Rente der Volkswirt vor dem Krieg auf 1½ bis 3% bemaß und heute noch viel geringer bemessen muß. Zudem steht das erforderliche Leihkapital gar nicht zur Verfügung.

Dem Landwirt war das vom Gläubiger unkündbare Tilgungsdarlehen, wie es sich als Pfandbriefhypothekdarlehen der deutschen Hypothekenbanken, der Landschaften und ähnlicher Institute mustergültig herausgearbeitet hatte, mit seinen 4 bis 4½% Jahreszins und ½ bis 1% jährlicher Tilgung ehedem wie auf den Leib zugeschnitten. Diese Kreditquelle ist zwar nicht ganz versiegt, aber der Kursverlust beim Verkauf der Pfandbriefe und der Spesenabzug, verursacht besonders durch hohe Pfandbriefverkaufskosten (Bonifikationen, wie man diese Vergütungen an Banken und Bankiers liebenswürdig nennt) und durch Wertpapierstempel und sonstige staatliche Gebühren, sind so hoch, daß dieses Geld auf 12% und mehr im Jahr zu stehen kommt. Dem Landwirt bleibt nur der unsichere Trost, daß er vielleicht die Pfandbriefe seinerzeit wieder unter pari zur Rückzahlung der Schuld kaufen kann, wenn er zu Geld kommt. Übrigens können die Kreditanstalten der an sich durch diesen hohen Zins eingeschränkten Nachfrage zurzeit gar nicht genügen, denn die Beleihungssätze mußten wegen der ungünstigen Lage der Landwirtschaft und wegen der hohen Zinsen stark heruntergesetzt werden und der Pfandbriefverkauf geht trotz des Anreizes durch die erwähnten hohen Bonifikationen wegen der Verarmung des deutschen Volkes nur stoßweise und schleppend vor sich.

Der private Realkredit, der ehedem stark ins Gewicht fiel, besonders für den kleinen und mittleren Landwirt, fehlt mangels Kapitalbildung. Auch Sparkassen, Stiftungen, Versicherungsgesellschaften und staatliche Anstalten sind als Geldgeber für Dauerkredit fast ganz ausgeschieden. Also eine große Leere an Realkredit!

Es müssen rasch Mittel und Wege gefunden werden, um der Landwirtschaft den Realkredit zu verbilligen und zu vermehren. Es ist für die allgemeine Wirtschaft und die Währung eine große Gefahr, daß in der Landwirtschaft kurzfristiger Kredit in großem Umfang für Daueranlagen verwendet ist und deshalb noch viel mehr eingefroren ist, als das als Betriebskapital verwendete fremde Geld. Und es ist ein Unglück für Wirtschaft und Handelsbilanz, wenn durch Kapitalmangel unsere Bodenerträge noch weiter zurückgehen; der Anreiz zu extensiver Wirtschaft ist an sich schon durch die rasche Steigerung der Betriebskosten vorhanden; er wird durch den Mangel an ruhig liegendem Leihgeld vervielfacht. Es ist eine leider recht irrige Meinung, daß die deutsche Landwirtschaft in der Inflation gesundet sei; der Rückgang der Bodenerträge, die Verschlechterung der Viehbestände, die erschreckend vielen unbereinigten Gutsübergaben und Erbauseinandersetzungen, die gesunkenen Bodenpreise, die in den meisten Gegenden unter dem Vorkriegsniveau liegen, sind

zwingender Gegenbeweis. Was hilfts, wenn mancher Landwirt sich mit unnützem Geräte oder schlechtem Inventar in der Inflationszeit überversorgt hat; wie wenig fallen die Neubauten und Gebäudeverbesserungen dieser Zeit ins Gewicht gegenüber den Tausenden von Landwirten, die in der Inflationszeit ihr Vermögen verloren oder die nicht wagten, fremdes Geld zu Betriebsverbesserungen zu nehmen. Und wie hart trifft die verspätet versuchte Aufwertung den Landwirt, ohne in gleichem Maß seinem Gläubiger zu dienen.

Wir halten nicht viel vom staatlichen, gesetzlichen Eingreifen ins Wirtschaftsleben, immerhin ist es wünschenswert, daß die Reichsregierung sich um das Bonifikationswesen oder besser -unwesen in vorsichtiger, Wirtschaftsgesetze berücksichtigender Weise annimmt. Wirksam eingreifen können ferner Reich und Länder, wenn sie Sorge tragen, daß die freilich in bescheidenem Umfang beginnende Kapitalbildung der Stiftungen und Anstalten, der Vermögensverwaltungen und der Unmündigen sich wieder des durch landwirtschaftliche Hypotheken gesicherten Pfandbriefes bedienen, der Sicherheit und der Rente nach eine gute Kapitalanlage für den Käufer. Vor allem aber muß sich der Staat mehr Mäßigung in seinen Gebühren und Stempeln für staatliche Akte im Grundbuchwesen und Pfandbriefverkehr auferlegen, die fast alle weit über Vorkriegshöhe stehen. Staat und Gemeinden müssen ihre Kassen und Anstalten anhalten, den landwirtschaftlichen Dauerkredit zu pflegen, soweit als irgend ohne Versteifung möglich. Es muß die Erkenntnis noch mehr durchbrechen, daß die Erhaltung unserer bedrohten Landwirtschaft keine Frage nur dieses Berufstandes ist, sondern eine Lebensnotwendigkeit des ganzen Volkes.

Eine Besserung des Hypothekdarlehensmarktes bringt hoffentlich die vielumstrittene Rentenbankkreditanstalt. Bisher waren ja alle Bemühungen, deutsche Hypothekenpfandbriefe im Ausland unterzubringen ergebnislos. Die Rentenbankkreditanstalt, die Tochter der deutschen Rentenbank, die im Ausland einen guten Namen hat, hat sicherlich Aussicht, ihre durch Hypotheken auf gutem, deutschem, landwirtschaftlichem Boden gesicherten Bonds im Ausland zu verkaufen, so daß der Realkredit flüssiger und billiger wird. Es müssen ihr alle Wege geebnet werden, vor allem durch Befreiung der Zinsscheine von der Kapitalertragssteuer, die im Ausland hemmend wirkt. Für unser Volk und unsere Wirtschaft ist diese Art Auslandskredit bedeutsam, die nicht wie beim Aktienerwerb Einfluß auf das Wirtschaftsleben gewährt. Befürchtungen, die da und dort wegen unserer Währung laut wurden, hat der Reichsbankpräsiden tselbst wiederholt zerstreut. Bestünden Bedenken, so müßte eben für Handel und Industrie, die sich immerhin schon beträchtliche Auslandsmittel gesichert hat, ebenso rationiert werden, wie die landwirtschaftliche Rentenbankkreditanstalt durch die Genehmigungspflicht ihrer Bonds überwacht ist.

Ein schweres Unglück für die Landwirtschaft, besonders in den genossenschaftlich gut organisierten Teilen des Reiches, ist es, daß die Dorfbanken, die Raiffeisenvereine, die Spar- und Darlehenskassen, in der Inflationszeit ihre Vermögenssubstanz einbüßten und wegen der besonderen Kapitalarmut der ihnen zugehörigen Kreise heute und in absehbarer Zeit noch über keine nennenswerten Spareinlagen verfügen. Auch die genossenschaftlichen Zentralen können nicht wirksam helfen. So müssen diejenigen, welche eine kapitalistische Einstellung an diesen Zentralen bemängeln, sich überzeugen, daß die Kapitalkraft der Zentralgenossenschaften nicht einmal ausreicht, um die Einlagen der angeschlossenen Vereine angemessen aufzuwerten.

So sind die örtlichen Genossenschaften, die vor dem Krieg dem Bauernstand den laufenden Kredit gewährten, heute fast nur noch die Vermittler des Rentenbankkredits und der bescheidenen Summen, die ihre Zentralen ihnen zur Verfügung stellen können, und der unten erwähnten Sonderkredite. Der Wiederaufbau wird trotz ungebrochener Zähigkeit und trotz Wachsens des genossenschaftlichen Sinnes nur langsam vor sich gehen. Darum ist Ersatz dringend notwendig. Zahllose Landwirte sind in die Hände skrupelloser Agenten geraten, die sie wucherischen Geldgebern zuführen. Andere jagen dem Phantom des Auslandskredits nach und enden mit Verlust

kostbarer Zeit bei teuren inländischen Geldgebern. Die Reichsbank hat im Bewußtsein der Bedeutung der Landwirtschaft lange Zeit den landwirtschaftlichen Wechselkredit gepflegt; nun ist durch die Umgestaltung der Reichsbank diese Quelle für die Landwirtschaft versiegt, soweit der Landwirt nicht Handelswechsel anbieten kann. Dafür trat in letzter Zeit die Deutsche Rentenbank und die ihr angegliederte Treuhandstelle ein. Wir sahen, daß der kurzfristige Kredit, der sog. Personalkredit zwangsläufig in den Vordergrund gedrängt ist, weil der Hypothekarkredit beengt ist und weil der Landwirt mit Recht erst an den Dauerkredit herangeht, wenn jede andere Kreditquelle erschöpft ist. So laufen allein ohne Erntekredite mehr als 870 Millionen Mark Rentenbankkredit in der deutschen Landwirtschaft um, die überdies nach dem Liquidationsgesetz in den nächsten 2½ Jahren abgedeckt werden müssen, wenn nicht die Rentenbankkreditanstalt helfend eintreten kann. Dieser Rentenbankkredit war eine dankenswerte Hilfe für die Landwirtschaft, vorzüglich zu der Zeit der Kreditrestriktion der Reichsbank; heute ist er mit 12% gegenüber dem sonstigen Wechseldiskont nicht mehr billig; Industrie und Handel können jetzt sogar billigeren Wechselkredit erlangen. Wir erhoffen auch hier von der Rentenbankkreditanstalt eine Besserung. Aber wenn wir auch das Beste von ihr erwarten, so wird sie in nächster Zeit kaum mehr leisten können als die Ablösung der Rentenbankkredite. Die große Kreditlücke, die auch bei besserer Ernte noch bestehen muß, kann sie nicht schließen. Zwar ist den maßgebenden Faktoren die Erkenntnis aufgezwungen worden, daß eine Fortsetzung der noch vor Ende der Inflationszeit begonnenen Steuerpolitik zum Ruin der Landwirtschaft führt. Aber auch die neuen Steuergesetze werden die Steuerschraube so auf den Landwirt wirken lassen, daß zwangsläufig rein durch die Steuerverpflichtungen Kreditbedarf entstehen muß. Wer nicht weiß, wie wenig Bargeld schon in besseren Zeiten aus der Landwirtschaft herausgewirtschaftet werden konnte, der macht sich keinen Begriff, was heute ein Steuertermin für eine Bauernfamilie bedeutet. So muß auch in einer Abhandlung über das landwirtschaftliche Kreditwesen mit Nachdruck unterstrichen werden, daß das Kreditbegehren der Landwirtschaft in erster Linie durch übermäßige Steuerleistungen hervorgerufen ist. Reich und Länder haben versucht, mit zahllosen Sonderkrediten nachzuhelfen. Manche dieser Sonderkredite z. B. der Winzerkredit, tragen deutlich die entschuldigende Verlegenheit des Geldgebers zur Schau. „Wiedergutmachung" ist diese Kreditgewährung nicht; der gesunde Sinn unseres Bauernstandes lehnt tatsächlich trotz Kreditnot auch diese, mit staatlichen Geldopfern verbilligten Kredite nicht selten ab, weil der Bauer weitere Verschuldung auch bei verbilligtem Kredit fürchtet und weiß, daß er diese kurzfristigen Kredite aus dem Ertrag seiner Ernte nicht abdecken kann, denn blieben ihm außer dem Lebensunterhalt, dem Zinsendienst, der Steuerlast noch verfügbare Mittel, dann wäre die Lage der Landwirtschaft ja erträglich. Als Erzieher bewährt sich der Staat bei diesen Krediten wahrhaftig nicht; naturgemäß muß er diesen knapp bemessenen Krediten einengende, kontrollierende Bestimmungen mit auf den Weg geben, die bei dem einen Landwirt als Mißtrauensvotum empfunden, Unwillen hervorrufen, den andern in Versuchung führen, sich das Geld den Bestimmungen zuwider zu verschaffen.

Selbstverständlich muß auch bei der Kreditgewährung an die Landwirtschaft darüber gewacht werden, daß nicht durch allzureichliche Ausschüttung eine Gefährdung der Währung entsteht, aber in keinem Erwerbsstand muß die Eigenart des Individuums und die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse mehr gewürdigt werden als in der Landwirtschaft. Darum muß das für die Aufrechterhaltung des Betriebs notwendige Kreditminimum gesichert sein unter Berücksichtigung des unheilvoll langsamen Umsatzes der Bauernwirtschaft. Für Wirtschaft und Nerven ist's unerträglich, wenn der Landwirt von Vierteljahr zu Vierteljahr vor der bangen Frage steht, ob ihm wohl sein Wechselkredit doch wenigstens bis nach der Ernte verlängert wird. Ja und diese Wechsel! Dem Bauern predigte man je und je, daß er nicht querschreiben soll und nun wurde er in den letzten Jahren durch Reichsbank- und

Rentenbankkredit ganz offiziell in den Wechselkredit hineingezwungen. Man wende nicht ein, daß diese Wechsel ja unbedenklich sind, weil sie nur durch die landwirtschaftlichen Kreditorganisationen laufen! Von der Unterschrift solcher landwirtschaftlicher Wechsel zur Unterschrift anderer ist nur ein Schritt. Wie viele Landwirte haben ihn, gedrängt von Wucherern oder getäuscht von fragwürdigen Geldvermittlern getan und haben an dem gefährlichen Instrument des Wechsels schweren, unheilbaren Schaden gelitten! Darum weg so schnell wie möglich mit dem landwirtschaftlichen Wechsel für den kleinen und mittleren Landwirt und zurück zu den Dorfbanken, die ihre Leute kennen und der Wechselsicherung entraten können! Stärkung und Ausbau der örtlichen landwirtschaftlichen Kreditquellen, das muß das erste Selbsthilfeziel der Landwirtschaft sein, in dessen Dienst sich im wohlverstandenen eigenen Interesse auch die Allgemeinheit stellen müßte, statt, wie es nicht selten geschieht, diese Organisationen anzufeinden.

Schuldenmachen ist für den Landwirt allewege eine gefährliche Sache, denn seine Einnahmen sind bescheiden, auch in guten Zeiten, einfach weil sein Umsatz langsam ist. Solide Erübrigungen hat allezeit nur der Bauer gemacht, der in harter Arbeit und unsagbarer Anspruchslosigkeit in Gottessegen das Seine tat. So oft es schon betont wurde, so muß es doch noch einmal unterstrichen werden, daß mit Kredit zu den heutigen Zinssätzen dem Landwirt nicht geholfen werden kann. Wenn ihm aber nicht billigeres Geld beschafft wird, so leidet die Bauernwirtschaft, die Urzelle unserer Volkswirtschaft und mit ihr der Bauer und seine Kraft, diese starke Stütze des Wiederaufbaus unseres Volkes.

Die steuerliche Überlastung der Landwirtschaft

Von Genossenschaftsdirektor Dr. Maximilian Wittwer in Kempten

Die schwere Agrarkrise, die seit der Stabilisierung der deutschen Währung im Jahre 1923 die gesamte deutsche Landwirtschaft erfaßt hatte und die bis heute, wenn auch in gemilderter Form mit schwerem Druck auf der Landwirtschaft und dem ganzen deutschen Wirtschaftsleben lastet, hat nicht zuletzt ihren Grund in der ungeheuren steuerlichen Überlastung. Je weniger allmählich Steuern und Abgaben aller Art aus dem Ertrag der Landwirtschaft bestritten werden konnten, desto mehr mußte der immer wiederkehrende Eingriff in den Viehstapel und die Betriebsmittel die Krise verschärfen, die durch die Preisschere und den Kreditmangel die Intensität der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands schwächte. So bildet neben der Schutzzollfrage eine durchgreifende Steuerreform das wichtigste Problem neudeutscher Agrarpolitik.

Es ist selbstverständlich, daß die zunehmende Anspannung der Bedürfnisse in Reich, Ländern und Gemeinden bei gleichzeitiger Schmälerung der Produktionskraft des deutschen Wirtschaftskörpers eine schwere steuerliche Belastung der Wirtschaft zur Folge haben mußte. Wir stehen noch immer in der Liquidation des Weltkrieges, die doppelt belastend wirken muß für ein Land, das sich nicht nur mit den Folgen des Krieges im eigenen Lande auseinandersetzen muß, sondern zudem als politisch ohnmächtiger Staat zur Bezahlung der Kriegsschäden anderer Länder bis zum Weißbluten herangezogen wird. Auch die verminderten Lasten, die uns durch das Sachverständigen-Gutachten und die auf ihm fußenden Londoner Vereinbarungen in Höhe von 2½ Goldmilliarden jährlich auferlegt wurden, werden nicht tragbar sein. Ob es zweckmäßiger gewesen wäre, die Grenzen der Kraft der deutschen Wirtschaft klarer und schärfer aufzuzeigen, ist eine politische Frage, aber die Landwirtschaft steht im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wie sie auch größtenteils die Auffassung vertritt, daß versäumt wurde, die als notwendig anerkannte Erfüllungspolitik mit einem nationalen Ethos zu erfüllen, das die Aufbringung der Opfer leichter gemacht hätte.

Wenn eine amerikanische Sachverständigenkommission die Einbuße Deutschlands an Steuerfähigkeit 1924 gegenüber 1914 auf 135 Goldmilliarden, also auf fast die Hälfte des von Helfferich vor dem Kriege auf 300 Milliarden geschätzten Volksvermögens bezifferte und dabei die Minderung der Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft und die Verluste an Toten und Verstümmelten noch nicht einmal in Anschlag brachte, obwohl beide eine weitere gewaltige Einbuße an Steuerkraft, sei es aus Grundrente oder Arbeitseinkommen bedeuten, dann wird auch eine amtliche deutsche Schätzung den Tatsachen entsprechen, die für ein Sinken des deutschen Volkseinkommens von 40 Milliarden 1914 auf 20 Milliarden 1924 und ein Sinken des Durchschnittseinkommens pro Kopf der Bevölkerung von 600 M. auf 300 M. feststellt. Nachdem aber die Ausgaben für öffentliche Zwecke 1924/25 etwa 10 Milliarden ohne Reparationsausgaben betragen, ist erwiesen, daß hiedurch die volle Hälfte des gesamten Volkseinkommens aufgezehrt wird gegenüber etwa 10% im Frieden. So ist sich die Landwirtschaft vollständig klar, daß die Steuerlast schwer sein muß, denn gerade in der Landwirtschaft ist die Überzeugung tief verwurzelt, daß jeder Staatsbürger rechtlich und moralisch verpflichtet ist, innerhalb des Staatsorganismus zur Erfüllung der Existenz- und Fortschrittsbedingungen des Ganzen nach seinen wirtschaftlichen Mitteln beizutragen, weil die Landwirtschaft mit dem Staatswesen inniger verbunden ist als jeder andere Stand, verbunden mit Familie und Eigentum, mit Geschichte und Gesinnung. Aus diesen Gründen wurde auch die steuerliche Überlastung, die mit und wegen der Stabilisierung der Mark eintreten mußte, wenn auch mit Mühe, so doch mit Einsicht und Vernunft getragen. Mit der Rückkehr zu einigermaßen normalen Verhältnissen auf dem Gebiete der Währung hätte aber die Umkehr erfolgen sollen zu dem von der Steuerwissenschaft und jeder gesunden Steuerpolitik längst anerkannten Grundsatz, daß die Steuern in der Hauptsache aus dem Ertrag der Wirtschaft getragen werden müssen, weil durch die Wegsteuerung der Vermögenssubstanz und der Betriebsmittel die Produktionskraft geschwächt und die Steuerquelle verschüttet werden muß. Der Hinweis, daß die Landwirtschaft während der Inflation zu wenig Steuern bezahlt habe, und daß sie durch die Inflation schuldenfrei geworden sei, bildet keine Rechtfertigung für das jetzige Übermaß der Steuerlasten, denn er läßt außeracht, daß die ganze Zwangswirtschaft eine soziale Steuerbelastung der Landwirtschaft in allergrößtem Umfang darstellte und daß die Befreiung von Schulden aufgehoben wird durch die vollständige Entblößung von allen Bar- und Betriebsmitteln, weil die Inflation auch das Sparkapital der Landwirtschaft verbraucht hat (bei den Darlehenskassen lagen allein 4 bis 5 Goldmilliarden) und weil die wieder einsetzende Verschuldung mit ihren hohen Zinssätzen schwerer drückt als die nominell höhere Schuldenlast im Frieden.

Die verderbliche Wirkung der derzeitigen Besteuerung geht aus folgenden von der bayerischen Landesbuchstelle zusammengestellten Steuerbeispielen hervor.

Im Jahre 1924 hatten an Steuern zu leisten:

I. Ein Betrieb mit 10 ha = 30 Tagwerk

in Bodenklasse	I	II	III	IV	Va	Vb
an 1: Einkommensteuer (4 Mk. je 1000 Mk. Vermögensteuerwert)	114	72	62.40	52.80	37.80	24.—
„ 2. Vermögensteuer (3, 4, 5‰ nach den Rahmensätzen)	114	54	46.80	39.60	28.35	18.—
„ 3. Umsatzsteuer 2½% bis 1. Okt. 2% bis Dez.	92.20	78.80	60.80	45.—	38.20	28.70
„ 4. Rentenbankschuldzins (von 4% des Mehrbeitragwertes 6% Zinsen	68.40	43.20	37.40	31.70	22.55	14.40
Sa. Reichssteuern	388.60	248.—	207.40	169.10	127.—	85.10

in Bodenklasse	I	II	III	IV	Va	Vb
„ 5. Grundsteuer	28.80	24.—	19.20	14.40	9.60	4.80
„ 6. Haussteuer	16.—	16.—	12.—	12.—	8.60	8.—
„ 7. Wohnungsbauabgabe	52.50	52.50	37.50	37.50	24.35	24.35
„ 8. Geldentwertungsausgleich . . .	54.60	54.60	39.—	39.—	25.35	25.35
„ 9. Kreis-, Bezirks-, Gemeinde- und Kirchenumlagen	288.80	254.—	199.20	164.40	109.60	74.80
Sa.	440.70	401.10	306.90	267.30	176.90	137.30
Gesamtsumme:	829.30	649.10	514.30	436.40	303.90	222.40

II. Ein Betrieb mit 30 ha = 90 Tagwerk:

in Bodenklasse	I	II	III	IV	Va	Vb
an Reichssteuern	1153.85	852.—	669.10	546.80	409.40	255.10
„ Landessteuern und Umlagen . . .	931.10	812.20	644.—	525.20	356.40	237.60
insgesamt:	2084.95	1664.20	1313.10	1072.—	765.80	492.70

Zieht man den Wegfall des Geldentwertungsausgleiches in Betracht und legt die durchschnittliche Höhe der kommunalen Umlagen der Berechnung zu Grunde, so ergeben sich, wiederum nach Berechnungen der bayerischen Landesbuchstelle folgende Zahlen:

	Betriebe (in mittleren Bodenlagen) mit 30 Tagw.	mit 90 Tagw.	mit 150 Tagw.
1. Einkommensteuer	62 M.	187 M.	312 M.
2. Vermögensteuer	47 „	187 „	390 „
3. Umsatzsteuer	61 „	182 „	304 „
4. Rentenbankgrundschuld . . .	37 „	112 „	187 „
Reichssteuern zusammen:	207 „	668 „	1193 „
5. Grundsteuer	19 „	58 „	96 „
6. Haussteuer	12 „	14 „	16 „
7. Wohnungsbauabgabe	41 „	46 „	54 „
8. Umlagen	119 „	256 „	396 „
Landessteuern zusammen:	191 „	374 „	562 „
Steuern insgesamt:	398 „	1046 „	1755 „

Für das Tagwerk ergibt sich also eine Gesamtsteuerbelastung bei Betrieben mit 30 Tagwerk von 13,3 M., mit 90 Tagwerk von 11,6 M. und mit 150 Tagwerk von 11,7 M.

Die tatsächlichen Reinerträge für das Jahr 1924 liegen für Bayern noch nicht vor. Für Norddeutschland sind für das Jahr 1924 folgende Schätzungen auf Grund von Buchführungsergebnissen vorhanden:

Der Reinertrag pro Tagwerk betrug:

in Bodenklasse	I	II	III	IV	Va	Vb
	20,—	15,—	6,5	2,6	1,0	1,0

Wenn auch diese letzten Zahlen nur Näherungswerte geben können, so dürften sie die tatsächlichen Ergebnisse des Mißjahres 1924 ziemlich erreichen. Sicher ist, daß die schlechten Böden in der Rentabilität verhältnismäßig am schlechtesten abschneiden und deshalb auch am schwersten unter den Steuern leiden. Sie arbeiten bereits vielfach mit einer ausgesprochenen Unterbilanz. Die durchschnittliche Steuerbelastung betrug im Durchschnitt der drei bayerischen Beispiele und der 6 Bodenklassen pro Tagwerk 12,2 M., eine Summe, die im Durchschnitt die infolge der Mißernte und der gedrückten Preise im Jahre 1924 gedrückten Reinerträge sicher weit übersteigt. Der durch die Steuern notwendig gewordene Eingriff in die Betriebsmittel drückt sich ja auch in dem Rückgang des Verbrauchs an Kunstdünger und Saatgut und der Eingriff in die Substanz in den Vieheinschlägen, Holzfällungen und vor allem in der zunehmenden Verschuldung mit aller Deutlichkeit aus; letztere ist Januar bis Dezember 1924 auf vielleicht 1,5 bis 2 Milliarden zu veranschlagen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat im Reichstag selbst anerkannt, daß die steuerliche Belastung der Landwirtschaft 1924 mindestens 30% des Bruttoertrages verschlinge. Damit gibt er selbst zu, daß alle Betriebe mit über 70% Betriebsausgaben die Steuern nur aus der Substanz decken können; dieser Satz von 70% wird aber bei den mittleren und schlechteren Bodenklassen durchweg erreicht; hier verschlangen 1924 die Betriebsausgaben 80 bis 100% der Bruttoeinnahmen.

Nicht immer hat die Reichsregierung diese steuerliche Überlastung der Landwirtschaft richtig anerkannt. Sie hat vor allem in ihrer, dem Sachverständigenkomitee vorgelegten Denkschrift diese Belastung mit unhaltbaren Zahlen dargelegt, indem sie die steuerliche Belastung der Landwirtschaft auf 1,74% des Friedenswertes des landwirtschaftlichen Grundvermögens bezifferte. Dagegen hat der deutsche Landwirtschaftsrat in seiner durch Freiherrn von Wangenheim dem Sachverständigenkomitee übergebenen Denkschrift die Gesamtbelastung auf rd. 2,5% der Vermögensteuerwerte, also der Ertragswerte angegeben. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß die gegenwärtigen Ertragswerte, wie sie der Vermögensbesteuerung und 1924 auch der Einkommensbesteuerung zugrunde gelegt wurden, in keiner Weise an die amtlichen Vermögenssteuerwerte heranreichen, und zwar ist der Unterschied um so größer, je geringer der Boden ist. Die Betriebsstelle beim deutschen Landwirtschaftsrat hat gefunden, daß nach den Betriebsergebnissen des Wirtschaftsjahres 1923/24 auf gutem Boden der Ertragswert im Durchschnitt etwa 50 bis 70% des Vermögenssteuerwertes beträgt, auf mittlerem Boden 30 bis 50% und auf geringem Boden sogar nur 20 bis 30%. Dementsprechend beträgt die steuerliche Belastung unter Zugrundelegung von 2,5% der Vermögenssteuerwerte in Prozent der tatsächlichen Ertragswerte

auf guten Böden	3,6 bis 5 %,
auf mittleren Böden	5 „ 8,3%,
auf geringen Böden	8,3 „ 12,5%.

Brachte schon im Frieden das landwirtschaftliche Grundvermögen nur eine Rente von 2 bis 4%, dann zeigen uns die angeführten Zahlen in erschreckender Weise das Übermaß der steuerlichen Belastung, die den Reinertrag weit übersteuert.

Geht aus diesen Ausführungen hervor, daß die Steuerlast der Landwirtschaft zu groß ist, soll nunmehr dargelegt werden, daß sie auch ungerecht ist. Bald nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 hat Dr. Heim die kommende Entwicklung voraussehend eine schwere steuerliche Belastung gerade des sichtbaren Besitzes vorhergesagt und damit leider nur zu sehr recht behalten. Der soziale Überschwang, der seit der Revolution auf allen Gebieten zum Durchbruch kam, äußerte sich in der Steuergesetzgebung mit geradezu sozialisierenden Tendenzen. Der sichtbare Besitz ist in durchaus ungerechter Form steuerlich belastet. Nach unserer obigen Aufstellung zahlt ein Bauernhof mit 30 Tagwerk in besserer Lage über 500 M. an Steuern und Umlagen aller Art. Diese Summe ist zu zahlen aus einem Familieneinkommen. Ein reines Gehaltseinkommen eines Beamten oder Angestellten von 7200 M., das dieser allein verdient, zahlt 1924 (Familie mit 2 Kindern gerechnet) ebenfalls 500 M. Gesamtsteuer. Nehmen wir den unmöglichen Fall an, der Bauer mit 30 Tagwerk habe die ganze Fläche mit Weizen bestellt und auf 1 Tagwerk 20 Ztr. geerntet und jeden Zentner um 12 M. verkauft, dann erzielte er ein Bruttoeinkommen von $30 \times 20 = 600 \times 12 = 7200$ M. Hievon sind die Betriebsausgaben zu bestreiten in Höhe von 60 bis 80% des Bruttoeinkommens. Der betreffende Bauer aber hat vielleicht ein tatsächliches Bruttoeinkommen von 3 bis 4000 M. und zahlt so viel Steuern wie bei einem Reineinkommen von 7200 M., eine Ungerechtigkeit, die niemals zu rechtfertigen ist. Die Steuerquellen sind eben grundfalsch und ungerecht erfaßt. Das Gesamtsteueraufkommen verteilte sich

	1913	1924
auf Besitz	18%	70%
auf Zölle und Verkehrssteuern	42%	3%
auf indirekte Steuern	40%	27%

Man hat das Schwergewicht der Steuererfassung auf den Besitz verschoben und alle Steuerreformen sind null und nichtig, wenn hier keine Wandlung erfolgt. Wir müssen den Besitz entlasten, sonst bricht unsere Wirtschaft zusammen. Eine stärkere Belastung des Verbrauchs durch die Steuern könnte paralysiert werden durch eine Verminderung der Kleinhandelsspannen, die fast durchweg zu hoch sind.

Die heutige Steuerpolitik steht im Zeichen der „Erfassung der Sachwerte", eines der Schlagworte, an denen unsere Zeit so reich ist. Wenn die Sachwerte durch die Steuern aufgezehrt werden, wird von der deutschen Wirtschaft bald nichts mehr übrig sein. Vor allem in der Landwirtschaft ist die Sachwerterfassung ein Unding, weil ein landwirtschaftlicher Betrieb ein Organismus ist, den Amputationen zu Siechtum und Tod verurteilen. Wie soll der Bauer den „Eingriff in die Substanz" machen? Soll er Boden verkaufen, dann hat er zu viel Vieh, soll er Vieh verkaufen, dann fehlt ihm der Wirtschaftsdünger für die Fläche, soll er Zugtiere oder Nutztiere veräußern, dann geht die Produktion und mit ihr die Steuerfähigkeit zurück. Ein Bauernhof ist kein Aktienpaket, von dem man beliebig wegverkaufen kann, sondern ein wirtschaftliches Lebewesen, in dem alle Teile organisch verbunden sind. Die Landwirtschaft muß ihre Steuern aus dem Ertrag leisten können, alles andere ist ungesund, wirtschaftsfeindlich und ein Schaden für die ganze Volkswirtschaft.

Wie die steuerliche Überlastung im einzelnen zustande kommt, ist von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung; jedenfalls ist sie da. Der landwirtschaftliche Betrieb ist eben von zu vielen Seiten steuerlichen Attacken ausgesetzt und wo die Steuersätze niedrig sind, da ist die Veranlagung zu hoch. Das derzeitige System der Besteuerung durch Reichs- und Landessteuern läßt sich nicht länger halten. Neben einer Reichs-, Vermögen- und Einkommensteuer, die den landwirtschaftlichen Ertrag fast vollständig wegsteuern, haben ein Grund- und Haussteuer und Umlagen aller Art keinen Platz mehr; die Ertragssteuern der Länder hatten früher, wo das Reich Steuern aus Vermögen und Einkommen nicht erhob als Zusatzbesteuerung für das fundierte Einkommen einen Sinn, heute haben sie ihn verloren und entweder müssen Reich und Länder sparsamer wirtschaften oder es muß eine andere Steuerverteilung unter Abbau des von Erzberger eingeführten Zentralismus erfolgen; dieser hätte ein Finanzgenie erfordert, was weder Erzberger war noch einer seiner Nachfolger, und deshalb wären wir wohl weiter gekommen, wenn die alte Dezentralisation den Zwang zur Sparsamkeit kleineren Gebilden aufgezwungen hätte, wo heute alles auf die Unerschöpflichkeit der zentralen Suppenschüssel sündigt.

Es geht auch nicht an, daß eine zu hohe Veranlagung der Landwirtschaft über die tatsächliche Höhe der Besteuerung hinwegzutäuschen sucht. Das ist vor allem bei der Vermögenssteuer zu beklagen, bei der ein scheinbar niederer Satz mit einer um das doppelte zu hohen Veranlagung verbunden ist. Ob es zweckmäßig war, dem zugriffslustigen Ausland so hohe Vermögensteuerwerte der Landwirtschaft vorzuzaubern, statt den Steuersatz zu erhöhen, wenn schon bestimmte Summen herausgeholt werden sollten, muß füglich bestritten werden. Nach dem Gesetz ist das landwirtschaftliche Grundvermögen nach dem Ertragswert zu veranlagen, der nach dem mit 25 kapitalisierten Reinertrag errechnet wird; der Reinertrag wiederum ist der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Ausgaben, wobei anzunehmen ist, daß der Betrieb mit entlohnten fremden Arbeitskräften bewirtschaftet wird, also die eigentliche Grundrente. Die Reichsfinanzverwaltung hat sich nicht der Mühe unterzogen, diese Grundrente festzustellen, sondern einfach Rahmensätze für die „Friedensertragswerte" diktiert und von diesen ausgehend die jetzigen Ertragswerte durch Abschläge abgeleitet. Im Landesfinanzamtsbezirk München ergaben sich hiernach für das Tagwerk folgende „Ertragswerte":

Bodenklasse	I	II	III	IV	Va	Vb
Friedenswerte . . .	800—1100	700—800	600—700	500—600	400—500	unter 400
Jetztwerte	640— 990	560—640	480—560	350—480	280—350	unter 280

Demgegenüber hat die bayerische Landesbuchstelle in 40 bayerischen Betrieben Reinerträge für 1913 von 0 bis 21,16 M. und damit Ertragswerte von 0 bis 529 M. für das Tagwerk festgestellt. Selbst diese Zahlen sind für die Krisenverhältnisse des Jahres 1924 noch zu hoch; vor allem kann ein Kapitalisierungsfaktor von 25, der sich auf einem landesüblichen Zinsfuß von 4% aufbaut, gar nicht mehr in Frage kommen; wir müssen den Zinsfuß mit mindestens 8% in Ansatz bringen und hieraus errechnet sich ein Kapitalisierungsfaktor von 12,5 oder damit schon eine Halbierung der amtlichen Werte. Ein höherer Kapitalzins muß ja den Bodenpreis drücken, weil das Kapital andere günstigere Anlagemöglichkeiten sucht. Wird das nicht anerkannt, ergeben sich Ungerechtigkeiten. 1924 z. B. wurden ein Handelsvermögen oder irgendein mobiles Vermögen von 15000 M. genau so besteuert wie ein Bauernhof mit 30 Tagwerk mittlerer Güte; nun wird das erstere Vermögen im Jahre mehrmals umgesetzt, während in dem Betrieb von 30 Tagwerk vielleicht ein Kapitalsumsatz von 3 bis 4000 M. zu verzeichnen ist. Das Handelsvermögen bringt also vielleicht einen Gewinn von 20% im Jahre 1924, eine Summe, die der Bauernhof vielleicht in der Bruttoeinnahme erreicht. Trotzdem werden beide Vermögen gleich besteuert — ein unhaltbarer Zustand. Der Steuerfiskus läßt sich wie die öffentliche Meinung gerne von den hohen Verkaufspreisen für Grundstücksparzellen und für kleinere landwirtschaftliche Anwesen irreführen und vergißt, daß im ersteren Falle die Kaufpreise über den Ertragswert geschlossener Güter gehen können, weil die organische Ergänzung eines Betriebs durch Parzellenzukauf und die bessere Ausnützung vorhandener Arbeitskräfte wie von ohnehin vorhandenen Zugtieren und Betriebsmitteln dem kaufenden Landwirt eine andere Kalkulation möglich machen, und daß im letzteren Falle die Nachfrage nach kleinen Gütern sehr groß ist, weil der zweite Bauerssohn, der den väterlichen Hof nicht übernehmen kann, nicht so sehr nach der Rente sieht, die er mit seinem angelegten Kapital erzielen wird, als vielmehr darauf, eine Arbeitsstätte, eine Heimat zu erwerben, wie sie Vater und Großvater auch hatten. So steigen die Bodenpreise mit abnehmender Betriebsgröße. In der Caprivizeit, also in einer Zeit ähnlicher Ungunst der wirtschaftlichen Lage, kostete das inventarisierte Tagwerk bei größeren Betrieben höchstens 350 M., bei kleineren Betrieben 5 bis 600 M. Es ist zu hoffen, daß durch das neue Reichsbewertungsgesetz die Veranlagung der Landwirtschaft auf eine gerechtere Grundlage gestellt wird, indem tatsächliche Ertragswerte ermittelt werden.

Neben der Vermögensteuer bildet die Umsatzsteuer ein ständiges Objekt der landwirtschaftlichen Kritik. Nach dem Willen des Gesetzgebers soll diese Steuer überwälzt werden, was bei der landwirtschaftlichen Produktion nicht möglich ist. Ich kann nicht sagen: die Produktionskosten sind für 1 Ztr. Weizen 10 M., 2 M. verlange ich Unternehmergewinn und 30 Pfennig schlage ich Umsatzsteuer darauf. Wenn an dem Tage, an dem ich verkaufe, der Weizenpreis auf 9 M. steht, kümmert sich kein Mensch um meine Rechnung, denn den Preis der landwirtschaftlichen Produkte macht nicht die Kalkulation, sondern der Markt. Die Überwälzbarkeit der Umsatzsteuer ist erst gegeben, wenn ein Produkt eine Verarbeitung erfährt. Erst dann kommt ein kombinierter Preis zustande aus Gestehungskosten und Gewinn, wobei auch die Umsatzsteuer einkalkuliert werden kann. Man wende nicht ein, daß die Gestehungskosten in der Landwirtschaft in größeren Zeiträumen doch zum Vorschein kämen, indem bei unrentablen Preisen die Produktion und damit das Angebot zurückgehe, so daß dadurch der Preisausgleich geschaffen würde. Die Weltagrarkrise hat lange angehalten, ohne daß das Mißverhältnis zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Preisen eine Verminderung des Angebots bewirkt hätte. Schlechte Preise äußern sich beim Bauern zunächst nicht in einer Verringerung der Produktion, sondern in einer Verschlechterung der Lebenshaltung; das liegt sowohl in der Eigenart des Bauern, der um keinen Preis zurückkommen will, soweit es irgendwie geht und der deshalb lieber noch länger arbeitet und noch mehr spart, als auch in der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebs, den man nicht plötzlich umstellen kann, weil vor allem beim Körnerbau die Produktionsperioden sehr lang sind. Jedenfalls

erhebt aus diesen Erwägungen heraus weder Frankreich noch Serbien von der Landwirtschaft seine Umsatzsteuer. Soweit die Umsatzsteuer auch den Eigenverbrauch der Familienangehörigen rein schematisch besteuert, ist sie eine glatte Ungerechtigkeit, die vollständig außeracht läßt, ob ein Bauer seine Kinder mit Kraut und Kartoffeln oder mit Fleisch und Schmalznudeln ernährt. Von diesen Gesichtspunkten aus begrüßt auch die Landwirtschaft den jetzt einsetzenden allgemeinen Abbau der Umsatzsteuer überhaupt.

Unhaltbar ist auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer innerhalb der bäuerlichen Familie. Hier muß unter allen Umständen ein Kompromiß mit den Verfechtern der Erbschaftssteuer, die auf das Gewicht der fiskalischen Notwendigkeit und der sozialen Momente hinweisen können, gefunden werden. Das bäuerliche Vermögen ist eine Errungenschaftsgemeinschaft aller Familienmitglieder. Es tritt also mit dem Tode der Eltern ein Eigentumswechsel zwar rechtlich, aber nicht tatsächlich ein. Die Erbschaft bedeutet selten einen Vermögenszuwachs, sondern sichert nur die bisherige wirtschaftliche Existenz der Erben. Es ist ein grundsätzlicher Unterschied, ob ein Kind, das frühzeitig in einem eigenen Geschäftsunternehmen tätig ist, das Geschäft seines Vaters hinzuerbt, oder ob ein Bauernsohn, der vielleicht 20 Jahre mit und unter seinem Vater auf einem Hofe tätig war, nach dem Tode des Vaters das Anwesen weiterführt.

Die Schwierigkeiten der Einkommenbesteuerung der Landwirtschaft sind vor allem in dem Mangel an Buchführungen und in der Schwierigkeit der bäuerlichen Buchführung begründet. So ist die Schematisierung dieser Besteuerung fast unentbehrlich, obwohl Eigenverbrauch und Ertrag, Betriebsweise und Arbeitsmethoden grundverschieden sind und den Arbeitsertrag wie die Vermögensrente grundlegend beeinflussen. Eine gerechte Besteuerung wird sich da nur durch Verlegung des Schwerpunkts der Veranlagung in Sachverständigenausschüsse erreichen lassen. Die derzeitige weitestgehende Schematisierung der landwirtschaftlichen Besteuerung, die den landwirtschaftlichen Betrieb viel zu sehr als rein kapitalistisches Erwerbsunternehmen betrachtet, hat in landwirtschaftlichen Kreisen selbst zum Vorschlag der reinen Flächensteuer geführt, die Vermögen- und Einkommensteuer und die Landesertragssteuern ersetzen soll. Darnach wäre der Boden nur nach seiner natürlichen Fruchtbarkeit ohne Rücksicht auf individuelle Verhältnisse zu besteuern; ein bestechender Gedanke, da die Steuerleistung bereits zu Beginn des Wirtschaftsjahres bekannt wäre und der gute und sparsame Wirtschafter belohnt wird, während ihn das heutige Steuersystem bestraft. Die Bewegung des Bodens „zum besten Wirt" würde dadurch beschleunigt; fiskalisch wäre die Steuer billig und einfach zu erheben. Und trotzdem ist der Gedanke gerade vom Standpunkt der klein- und mittelbäuerlichen Verhältnisse Süddeutschlands aus außerordentlich bedenklich. Die reine Flächensteuer setzt eine gewisse Stabilität des Wirtschaftserfolges voraus, was beim größeren Besitz eher der Fall sein kann als beim kleineren und mittleren. Schlechte und gute Ernteerträge, Unglück im Stall usw. werden sich beim größeren Besitz in kleineren Zeitabschnitten ausgleichen und auch in schlechten Jahren kann der Gesamtreinertrag noch ausreichen, eine Steuer überhaupt zu bezahlen. Ganz anders ist das beim Kleinbetrieb. Wenn ein Bauer mit 10 bis 15 Tagwerk im 1. Jahr eine Kuh verliert und im 2. Jahre vom Hochwasser heimgesucht wird, dann braucht er einige Jahre, bis er bei seiner kleinen Betriebsfläche diesen Verlust ausgleichen kann. Die Flächensteuer aber müßte er trotzdem bezahlen. Den Bauern wird außerdem vielfach die Vorbildung, Geschäftsgewandtheit und endlich das Kapital oder der Kredit fehlen, um sich die Vorteile der Flächensteuer durch hochintensive und fortschrittliche Wirtschaftsweise zu sichern. Der Gedanke der Flächensteuer verliert seine Berechtigung in einer Zeit, wo der auf einem Landbesitz von gegebener Fruchtbarkeit erzielbare Reinertrag weit weniger von der persönlichen technischen Tüchtigkeit als von seiner spekulativen Geschicklichkeit in den Inflationsjahren und in der Gegenwart abhängt. Auch auf die Gefahr muß hingewiesen werden, daß wir unter

Anwendung der Flächensteuer dem Steuerfiskus nur eine Berechnungsgrundlage an die Hand geben, eben die landwirtschaftliche Nutzfläche, was bei den hohen Steuererfordernissen um so gefährlicher wäre, als die Vergleichsmöglichkeit mit der Steuerbelastung anderer Erwerbsstände fehlen würde. Auch aus außenpolitischen Gründen halten wir eine Goldbilanz der deutschen Landwirtschaft, wie sie die Flächensteuer erfordern würde, für sehr bedenklich. Der Gedanke der modernen Einkommensteuer mit dem Grundsatz der Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit muß gerade jetzt aufrecht erhalten bleiben, wo bei der schweren Steueranspannung undurchsichtige Experimente unabsehbaren Schaden bringen können. Die neue Steuergesetzgebung des Reichstages hat auch die individuelle Einkommenbesteuerung festgehalten; sie hat wohl alte Forderungen der Landwirtschaft wie Veranlagung nach dem Wirtschaftsjahr und soziale Rücksichtnahme auf die Kinderreichen verwirklicht, aber doch die Sätze für die Landwirtschaft angesichts der hohen zusätzlichen Besitzbesteuerung durch Länder und Gemeinden zu hoch belassen.

Die Landwirtschaft braucht einfache, weniger zahlreiche, gerechtere und niedrigere Steuern. Eine Steuerlast wie 1924 ist nicht mehr tragbar und wird auch nicht mehr getragen. Sie führt nicht nur zu schweren Produktionsstörungen, sondern zu einer schweren Erschütterung der Steuermoral und der staatspolitischen Gesinnung unseres Landvolkes. Möchte man sich darüber klar sein, bevor es zu spät ist. Das Mehrergebnis, das eine rücksichtslose Steuerpolitik im Jahre 1924 in Höhe von über 2 Milliarden über den Voranschlag aus der deutschen Wirtschaft herausgepreßt hat, schädigt die gesamte Produktionskraft der deutschen Volkswirtschaft aufs schwerste. Das gegenwärtige Steuersystem verhindert nicht nur jede Kapitalsbildung, es führt geradezu zu einer Austrocknung unseres Wirtschaftslebens. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, die sogar im Sachverständigengutachten bezüglich ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit eine Begutachtung erfuhr, wie wir sie von Seite der Reichsregierung vermissen mußten; dort heißt es: „Das Komitee schlägt die Befreiung der Landwirtschaft von der (Reparations-)Hypothek vor. Da wir uns der Bedeutung der Landwirtschaft für eine Nation bewußt sind, die ihre Lebensmittelversorgung nicht völlig decken kann, so meinen wir bei einem Vorschlag über die Last, die der Landwirtschaft billigerweise auferlegt werden sollte, um so größere Zurückhaltung üben zu müssen." So spricht ein Komitee, das wirklich nicht zu wenig aus der deutschen Wirtschaft herausholen wollte. Der Münchner Geschichtsphilosoph Spengler hat Recht, wenn er davon spricht, daß die ganze deutsche Steuerpolitik allmählich in einen trockenen Bolschewismus ausarte, der alles einzuebnen drohe, was zu den Vorbedingungen eines höheren technischen Denkens und damit die Höhe unserer Wirtschaftsordnung gehöre. Die vollständige Ausschöpfung der Privatwirtschaft führe zur Enteignung der wertvollsten Schichten durch den Steuerzettel und schaffe ein neues Emigrantentum, nicht aus dem Vaterlande, sondern aus dem alten Besitz. Gelinge es nicht, sich von den Vorurteilen und Empfindlichkeiten des demokratischen Zeitalters freizumachen, so sinke unsere Zeit wirtschaftlich auf eine Stufe, welche die Erhaltung der vorhandenen Menschenmasse nicht mehr gestatte, geschweige denn die Erhaltung ihrer Kultur.

Die handelspolitische Lage Deutschlands und die deutsche Landwirtschaft

Von Dr. Michael Horlacher, Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des Reichstags

Der glänzende Aufstieg, den Deutschland vor dem Kriege genommen hat, war wesentlich mitbedingt durch die Grundlagen seiner Wirtschaft, und zwar sowohl durch die landwirtschaftliche wie durch die gewerbliche und industrielle Grundlage. Ich halte es für die Führung der praktischen Wirtschaftspolitik in Deutschland für ein Schlagwort, der deutschen Wirtschaftsentwicklung ohne weiteres das Gepräge der ausschließlichen Entwicklung zum Industriestaat zu geben. Unsere geographische Lage und die Natur unseres Landes und die Rücksichtnahme auf die nationalen Notwendigkeiten bringen es mit sich, daß die deutsche Volkswirtschaft auf einer starken Landwirtschaft aufbauen muß, die dem gewerblichen, industriellen Leben durch einen kaufkräftigen Inlandsmarkt den sicheren Rückhalt gibt. Dadurch konnte Deutschland auf einer gesunden Grundlage in den Weltexport hineinwachsen und wird auch zukünftig mit solcher Grundlage wieder hineinwachsen können und müssen. Deutschland ist noch immer ein wichtiger Agrarstaat trotz seiner großen industriellen Entwicklung und trotzdem die deutsche Landwirtschaft unter viel ungünstigeren Bedingungen arbeiten muß, als wie die Landwirtschaft der meisten übrigen Länder, insbesondere die Landwirtschaft in den Überseegebieten. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre Produktion bis vor dem Kriege innerhalb 3 Jahrzehnten mehr als verdoppeln können, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Jahre 1907 nach der damaligen Berufszählung nur rund 9,9 Millionen betrug gegenüber 8,2 Millionen im Jahre 1882. Dagegen hat sich die erwerbstätige Bevölkerung in Industrie, Handel und Verkehr gewaltig vermehrt. In Industrie und Gewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 6,4 Millionen im Jahre 1882 auf 11,3 Millionen im Jahre 1907 und die Zahl der im Handel und Verkehr Erwerbstätigen von 1,6 Millionen im Jahre 1882 auf 3,5 Millionen im Jahre 1907. Hinsichtlich der in den Hauptberufsgruppen von den Erwerbstätigen ernährten Personen, also bezüglich der Gesamtzahl der Berufszugehörigen ergibt sich sogar ein Absinken der der Land- und Forstwirtschaft zugehörigen Personen von 19,2 Millionen im Jahre 1882 auf 17,7 Millionen im Jahre 1907 oder von 42,5 v. H. der Gesamtbevölkerung auf 28,6 v. H., während die Berufsangehörigen in Industrie und Gewerbe von 16 Millionen auf 26,4 Millionen oder von 35,5 v. H. auf 42,8 v. H. und die vom Handel ernährte Bevölkerung von 4,5 Millionen auf 8,3 Millionen oder von etwa 6 v. H. auf 13,4 v. H. anstiegen.

Der Wert der landwirtschaftlichen Bruttoerzeugung wurde 1905 amtlich auf 15 Milliarden Mark geschätzt, während der Wert der gewerblichen Erzeugung im Jahre 1905 auf 36 Milliarden geschätzt wurde. Wenn man aber bei der Schätzung dieses Produktionswertes die Weiterverarbeitung der aus der Landwirtschaft kommenden Erzeugnisse im Gewerbe in Betracht zieht und weiterhin sich vergegenwärtigt, daß rund 70% der gewerblichen Erzeugung auf dem Inlandsmarkte zum Absatz kamen, so ergibt sich aus dieser Betrachtung die überragende Bedeutung der Landwirtschaft für die Festigung unseres wirtschaftlichen und gewerblichen Lebens.

Geheimrat Dr. Heim, der anerkannte Führer der deutschen Landwirtschaft, hat einmal den Grundsatz aufgestellt, daß es Aufgabe der Landwirtschaft ist, durch Mehrerzeugung und rastlose Tätigkeit Devisen gegenüber dem Auslande zu ersparen, während es die Aufgabe der Industrie und des Gewerbes ist, Devisen vom Auslande zu beschaffen. Infolge einer richtigen Wirtschaftspolitik im Frieden konnten wir trotz gewaltig steigender Bevölkerungszahl es dahin bringen, daß unsere Handelsbilanz fast ausgeglichen war, so daß das Maß der Einfuhr vom Auslande nur wenig erhöht war gegenüber dem Maße der Ausfuhr nach dem Auslande. Die Verdoppelung der landwirtschaftlichen Erzeugung hat zu diesem günstigen Bild der deutschen

Handelsbilanz wesentlich beigetragen. Die kleine Passivität unserer Handelsbilanz wurde dann ausgeglichen durch das Maß der Geldmehrforderungen aller Art an das Ausland, so daß wir eine aktive Zahlungsbilanz aufzuweisen hatten. Ich erinnere an die Erträgnisse unseres Schiffsverkehrs im Dienste des Auslandes und unserer ausländischen Niederlassungen.

War es schon in Friedenszeiten eine unbedingte Notwendigkeit für das deutsche Volk durch eine möglichst starke Selbsternährung unsere Handelsbilanz einigermaßen auszugleichen, so dürfte dieses handelspolitische Ziel heute noch mehr anzustreben sein. Durch das Friedensdiktat von Versailles haben wir durch die Abtrennung deutscher Randgebiete bedeutsame gewerbliche Rohstoffgebiete und landwirtschaftliche Erzeugungsgebiete verloren. Deutschland verlor 79,5 v. H. seines Erzvorkommens, etwa 25 v. H. seiner Kohlenlager, etwa 25 v. H. seiner Getreide- und Kartoffelerzeugung und etwa 12 v. H. der Vieherzeugung. Das deutsche Gewerbeleben ist also in der Zukunft von der Rohstoffzufuhr außerordentlich abhängig, auch der Bedarf an Nahrungsmitteln vom Auslande hat sich zunächst erhöht. Während aber für die gewerblichen Rohstoffe im allgemeinen ein Ersatz in Deutschland nicht zu schaffen ist, kann der Ausfall an landwirtschaftlicher Produktion durch Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wettgemacht werden. Die glänzende Entwicklung, die die deutsche Landwirtschaft bis vor dem Kriege gegenüber der Landwirtschaft der ganzen Welt genommen hat, sie bürgt dafür, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, wieder in der Hauptsache das deutsche Volk zu ernähren. Dieser technische Fortschritt der Landwirtschaft kann aber nur sichergestellt werden, wenn der Staat in der Handhabung seiner Wirtschaftspolitik auf die Erhaltung der Rentabilität der Landwirtschaft die gebührende Rücksicht nimmt.

Die größte Erschütterung, die jemals dem Leben und der Wirtschaft eines Volkes beschieden war, ist in Deutschland hervorgerufen worden durch eine nie geahnte Entwertung unseres Geldes. Durch Einführung der Rentenmark gelang es noch in letzter Minute dem deutschen Wirtschaftsleben wieder einen festen Boden unter den Füßen durch eine stabile Währung zu geben. Aber nach Einführung der stabilen Währung, nachdem die Flut des Papiergeldes geschwunden war, zeigte sich die gewaltige Verarmung des deutschen Volkes. Und was vorher auch schon in Zeiten der Papierflut wirtschaftspolitisch geschulte Männer voraussagten, war eingetreten, nämlich eine bedeutende Agrarkrisis. Diese Krisis beruhte auf einem außerordentlichen Tiefstand der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und wurde noch verschärft durch das starke Abfallen der Preise der landwirtschaftlichen Produkte gegenüber den Preisen, die der Landwirt für seine Erzeugnisse anlegen mußte. Sie beruhte weiter darauf, daß bei gewaltigem Steuerdruck der Landwirt sich nicht durch Kreditaufnahme gegenüber dem wirtschaftlichen Rückschritt wehren konnte. Im ersten Halbjahr 1924 bewegten sich die Getreide- und Viehpreise 30 bis 40 v. H. unter den Friedens- und Weltmarktpreisen.

Was die Entwicklung der deutschen Getreidepreise anlangt, so ist dafür von einschneidender Wirkung die Sperrung der Getreideausfuhr von geringen Ausnahmen abgesehen einerseits, und das Überfluten des deutschen Marktes, insbesondere mit den Fertigerzeugnissen, mit dem Auslandsmehle, andererseits, dessen Einfuhr nach Deutschland noch durch Umsatzsteuerfreiheit bei der Einfuhr und beim ersten Inlandsumsatz ganz bedeutend begünstigt ist. Dadurch ergibt sich trotz des Anziehens der Preise seit Juli 1924 das Zurückbleiben der deutschen Getreidepreise gegenüber den Auslandspreisen und es war ein Unglück für das deutsche Volk, daß die schon bestehende Agrarkrisis noch durch die schlechten Ernteergebnisse des letzten Jahres verschärft wurde. Es wäre ein ganz falsches Unterfangen gewesen, auf diesen anormalen Verhältnissen, die auf dem Weltmarkt noch durch eine gewaltige Getreidespekulation genutzt wurden, den dauernden Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik aufbauen zu wollen. Denn schlechte Ernteergebnisse sind selbst bei steigenden Preisen immer ein schlechtes Geschäft für den deutschen Landwirt und schlechte Ernten bringen immer Notzeiten für den Landwirt.

In welchem Maße die deutschen Getreidepreise gegenüber den Auslandspreisen frei deutscher Seehäfen zurückblieben, was die Folge der oben geschilderten Ursachen ist, und in welchem Maße die Getreidepreisgestaltung des Wirtschaftsjahres 1924/25 (Juli 1924 bis Juli 1925) anormalen Einflüssen unterlag, möge folgende Übersicht beleuchten:

Gegenüberstellung der Berliner Börsenpreise und der Bremer- bezw. Hamburger Cif.-Notierungen in Mark für die Tonne

a) Weizen

Stichtag	Berlin		Hamburg		Bremen	
	M f. d. t	Sorte	M f. d. t	Sorte	M f. d. t	Sorte
5. 3. 24	164,5	märk.	—	—	220.—	Manitoba I
31. 3. 24	175,5	„	—	—	220.—	„ I
28. 5. 24	156—159	„	201.70	Manitoba I	212.—	„ I
3. 6. 24	151—154	„	197.—	„	210.—	„ I
28. 7. 24	185—190	„	268.—	„	—	—
27. 8. 24	203—209	„	254.30	„	—	—
9. 9. 24	212—222	„	259.30	„	—	—
23. 9. 24	226—234	„	272.95	„	260.—	Hartwinter
11. 11. 24	217—227	„	293.15	„ III	306.—	Manitoba I
9. 12. 24	214—220	„	305 20	„ I	288.—	„ I
30. 1. 25	267—273	„	380.25	„ I	356.—	Hartw. II
3. 3. 25	257—265	„	366.20	„ I	340.—	„ II
24. 3. 25	248—251	„	317.30	„ I	315.—	„ II
15. 4. 25	251—254	„	302.30	„ I	296.—	„ II
28. 4. 25	243—245	„	285.60	„ I	280.—	„ II
18. 5. 25	265—267	„	327.60	„ I	306.—	„ II
26. 5. 25	268—272	„	331.80	„ I	310.—	Manitoba IV
9. 6. 25	265—268	„	325.30	„ I	302.—	„ IV
23. 6. 25	266—269	„	299.50	„ I	284.—	„ IV
11. 7. 25	259	„	289.80	„ I	280.—	„ IV
21. 7. 25	265—267	„	285.60	„ III	284.—	„ IV
8. 8. 25	255—258	„	327.60	„ I	288.—	„ IV
15. 8. 25	246—250	„	310.80	„ I	290.—	„ IV
18. 8. 25	240—244	„	319.40	„ I	280.—	„ IV
22. 8. 25	229—233	„	321.90	„ I	280.—	„ IV

b) Roggen

5. 3. 24	133,5	„	—	—	166.—	Western II
31. 3. 24	141.—	„	—	—	163.—	„ II
28. 5. 24	132—137	„	148 60	Western II	160.—	„ II
3. 6. 24	130—134	„	142.90	„ II	156.—	„ II
28. 7. 24	135—143	„	—	—	183.—	„ II
27. 8. 24	155—162	„	—	—	200.—	„ II
9. 9. 24	180—186	„	194. 4	südrussisch	206.—	„ II
23. 9. 24	210—214	„	217.—	„	230.—	„ I
11. 11. 24	218—227	„	246.60	„	260.—	„ I
9. 12. 24	209—213	„	247.90	amerik.	258.—	„ I
30. 1. 25	266—270	„	312.65	„	322.—	„ II
3. 3. 25	250—254	„	288.95	„	298.—	„ II
24. 3. 25	230—234	„	250.50	„	252.—	„ II
15. 4. 25	230—232	„	231.30	„	243.—	„ II
28. 4. 25	216—218	„	214.20	„	218.—	„ II
18. 5. 25	222—225	„	226.80	„	256.—	russisch
26. 5. 25	220—224	„	228.45	„	254.—	„
9. 6. 25	216—220	„	218 85	„	234.—	amerik. II
23. 6. 25	215—219	„	218.40	„	218.—	„ II
11. 7. 25	225—228	„	218 40	„	236.—	„ II
21. 7. 25	193—197	„	214 20	„	240.—	„ II
8. 8. 25	190—198	„	204.95	„	218.—	„ II
15. 8. 25	179—185	„	205.80	„	220.—	„ II
18. 8. 25	177—184	„	207.—	„	220.—	„ II
22. 8. 25	169—175	„	203.60	„	220.—	„ II

Wenn auch zuzugeben ist, daß hier die Qualitätsunterschiede gerade wegen der schlechten Ernte von 1924 in Deutschland noch eine Rolle spielen, so darf andererseits nicht verkannt werden, daß diese Unterschiede zum großen Teile bereits in den Gewichtsunterschieden ihren Ausgleich finden.

Die vorstehenden Übersichten zeigen uns, in welchem Maße die schlechte Welternte 1924 und die gleichzeitige europäische Fehlernte auch großen Spekulationen der weltbeherrschenden amerikanischen Getreidemärkte Vorschub leistete, die nicht zuletzt auf den Zuschußbedürfnissen Europas sich aufbauten. Die überseeischen Getreidepreise wurden vom November 1924 bis Mai 1925 in einem solchen Maße überhöht, wie dies niemals durch eine maßvolle deutsche Schutzzollpolitik möglich gewesen wäre. Die nicht bloß auf schlechten Ernten, sondern infolge dieser auch auf Spekulation beruhende Getreideteuerung verdient unsere vollste Beachtung im Hinblick auf die künftige Führung der deutschen Wirtschaftspolitik. Das Ausfallen eines starken deutschen Getreidebaus zöge zweifellos beim Zusammentreffen unzureichender oder nicht übermäßiger Ernteergebnisse ein überseeisches Getreidemonopol nach sich, das die nachteiligsten wirtschaftlichen und nationalen Folgen für das deutsche Wirtschaftsgebiet mit sich brächte. Auf den anormalen Getreidepreisverhältnissen 1924/25 wurde von deutschen Professoren wie Dr. Sering-Berlin auch die sogenannte Preisscherentheorie aufgebaut, die dartun wollte, daß sich im Laufe des Wirtschaftsjahres 1924/25 die früher bedeutende Divergenz zwischen industriellen, gewerblichen Preisen einerseits (oberer Scherenflügel) und landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen andererseits (unterer Scherenflügel) ausgeglichen oder die Preisschere geschlossen hätte. Die Entwicklung auf dem Getreidemarkt der letzten Wochen im Zusammenhalt mit der dieser Entwicklung nach unten entgegengesetzten Preisversteifung auf gewerblichem Gebiet tut zur Genüge dar, daß man die gegenüber der Landwirtschaft einzuschlagende Wirtschaftspolitik nicht durch eine Preisscherentheorie, die sich auf Konjunkturverhältnisse eines Jahres aufbaut, bestimmen lassen darf. Die Wirtschaftspolitik muß bestimmt werden durch die Rücksichtnahme auf die nationalen Produktionskosten aller für die heimische Wirtschaft wichtigen Erwerbszweige gegenüber dem Ausland, wobei selbstverständlich auf das gegenseitige Preisverhältnis bei der Ausgestaltung der Schutzzollpolitik Rücksicht genommen werden muß. Von Juni 1925 ab zeigt die Preiskurve in Brotgetreide ein ständiges langsames Absinken, das sich in letzter Zeit verstärkte, wozu vor allem das drängende Angebot der mit kurzfristigen Schulden überlasteten Landwirtschaft und trotz Freigabe der Getreideausfuhr ab 20. August die Unmöglichkeit einer entsprechenden Getreide-, vor allem Roggenausfuhr angesichts des Fehlens der früheren Getreideeinfuhrscheine beiträgt. Indes darf angenommen werden, daß die vom Reichstag verabschiedete kleine Zollvorlage zunächst ein weiteres Absinken der Preise aufhielt und die am 1. September in Kraft tretenden Getreidezölle stabilere und gegenüber dem Weltmarkt entsprechende Preisverhältnisse anbahnen.

Besonders drückend wirkte auf die deutsche Landwirtschaft und auf die deutsche Mühlenindustrie eine nie gekannte Konkurrenz des Auslandsmehls. Die überseeische Mühlenindustrie ist besonders durch die Kriegswirkungen außerordentlich erstarkt und sie ist heute daran, unter jeder Bedingung und mit allen Mitteln auch dem deutschen Markte Konkurrenz zu machen. Im Jahre 1924 kam nach Deutschland eine Auslandsmehlmenge von 629000 t herein, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß in dieser Ziffer die in das besetzte Gebiet gegangenen und bis zum Oktober des Jahres 1924 statistisch nicht erfaßten bedeutenden Mehlmengen noch nicht einmal enthalten sind. Heute haben wir eine namhafte Mehleinfuhr infolge des ungeschützten deutschen Marktes, während in den letzten Friedensjahren die deutsche Mühlenindustrie in bedeutendem Umfange für das Ausland gearbeitet hat. Es betrug damals die Mehrausfuhr der deutschen Mühlenindustrie an Mehl rd. 400000 t. Diese Ziffern allein beweisen die gewaltige Erschütterung der deutschen Wirtschaft durch die Auslandskonkurrenz auf diesem Gebiete und daraus ergibt sich die selbstverständliche Forderung, hier sobald wie möglich das deutsche Wirtschaftsleben gegenüber der Auslandskonkurrenz zu schützen. Im ersten Halbjahr 1925

bezifferte sich die Mehleinfuhr bereits wieder auf rund 2,5 Millionen Doppelzentner und die Brotgetreideausfuhr auf rund 9 Millionen Doppelzentner.

Was dann die gesamte Einfuhr an Auslandsgetreide unter Hinzurechnung der in Getreide umgerechneten Mehleinfuhr betrifft, so ergibt sich im Jahre 1924 eine Gesamtbrotgetreideeinfuhr von nicht weniger als rd. 2,6 Millionen t, während wir in Friedenszeiten selbst bei schlechteren Ernteverhältnissen nur 900000 t Zuschußbedarf hatten und diese Ziffer sich unter Berücksichtigung des Wegfalls der landwirtschaftlich wichtigen Ostgebiete höchstens auf etwa 1,5 Millionen erhöhen dürfte. Der deutsche Getreidebau müßte in seinen Existenzgrundlagen untergraben werden, wenn diese Verhältnisse weiterhin anhielten.

Der fehlende Schutz der deutschen Landwirtschaft gegenüber der Auslandskonkurrenz macht sich auch auf den anderen wichtigen Gebieten der Landwirtschaft bemerkbar. Was die Entwicklung der Viehpreise anlangt, so möge darüber folgende Übersicht unterrichten.

Entwicklung der Schlachtviehpreise am Münchener Markt seit 1924

(in Pfennigen für das Pfund Lebendgewicht)

Zeit		Großvieh Pfg. f. d. Pfd.	Kälber Pfg. f. d. Pfd.	Schweine Pfg. f. d. Pfd.
1913		23—57	50—67	45—64
1924	5.—11. I.	8—39	23—45	40—70
	23.—29. II.	14—47	39—56	54—68
	15.—21. III.	10—49	42—58	51—70
	19.—25. IV.	12—58	38—62	44—65
	17.—23. V.	10—46	32—58	45—58
	14.—20. VI.	10—46	36—63	38—57
	12.—18. VII.	10—41	26—56	46—60
	23.—29. VIII.	13—52	50—64	45—80
	20.—26. IX.	14—55	64—80	60—86
	18.—24. X.	20—56	58—83	60—84
	15.—21. XI.	13—52	40—70	56—76
	13.—19. XII.	17—54	57—74	55—78
1925	21. I.	15—53	50—78	50—75
	18. II.	13—50	55—80	50—70
	25. III.	14—55	46—75	48—66
	15. IV.	14—56	52—82	48—70
	20. V.	14—56	50—82	53—70
	27. V.	20—62	70—86	56—75
	10. VI.	21—62	70—98	60—83
	17. VI.	19—57	44—90	55—80
	24. VI.	22—58	50—84	58—80
	1. VII.	22—58	60—85	65—84
	8. VII.	18—55	58—85	60—84
	15. VII.	29—57	48—76	64—86
	22. VII.	27—57	52—76	64—86
	29. VII.	22—56	65—79	72—90
	5. VIII.	22—63	60—80	68—92
	12. VIII.	20—58	68—82	70—95
	19. VIII.	20—59	60—82	70—95
	26. VIII.	19—60	66—85	72—97

Zur Erläuterung dieser Übersicht sei bemerkt, daß die Preise für Großvieh in der Regel seit langem unter den Friedenspreisen sich bewegen. Es werden zwar bei den besten Qualitäten die Friedenspreise zum Teil überschritten, doch bewegen sich die Preise bei den mittleren und geringeren Qualitäten durchwegs immer unter den Friedensverhältnissen und diese ungünstige Viehpreisgestaltung wird dann noch verstärkt in den landwirtschaftlichen Gebieten, die unter schlechten Verkehrsverhält-

nissen zu leiden haben. Nur in der letzten Zeit zeigen die Viehpreise infolge der verringerten Auftriebsziffer — jedesmal im Sommer — eine steigende Linie, wovon die Schweinepreise am stärksten betroffen werden. Doch drückt nach wie vor die Auslandskonkurrenz in bestem Vieh die mittleren und schlechteren Qualitäten.

Auf dem Gebiete der Fleischversorgung des deutschen Volkes ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage war, in steigendem Maße den wieder anziehenden erhöhten Fleischbedarf zu befriedigen, und daß ihr das auch möglich gewesen wäre, ohne daß vom Auslande so bedeutende Vieh- und Fleischmengen hereingebracht worden wären. Die deutsche Landwirtschaft mußte während der vergangenen 1½ Jahre oft darüber klagen, daß es ihr nicht möglich war, ihr Vieh auf den Märkten abzusetzen, während andererseits aus dem Auslande bedeutende Fleischmengen hereingenommen wurden. Während im Jahre 1913 die Fleischeinfuhr sich auf 491 000 Doppelzentner belief, war sie im Jahre 1924 bereits auf 1,7 Millionen Doppelzentner gestiegen. Zu dieser Fleischeinfuhr, meist in gefrorenem Zustande, kommt neuerdings noch die bedeutende Lebendvieheinfuhr aus dem Auslande, aus Ungarn, Polen, Dänemark, ja selbst aus den Überseegebieten hinzu. Bei der Würdigung dieser Einfuhrziffern ist nicht zu übersehen, daß sie seit Jahresfrist eine ansteigende Linie zeigen.

Es beträgt die Einfuhr an

	Rindfleisch		Schweinefleisch	
	frisch	gefroren	frisch	gefroren
	in Doppelzentnern		in Doppelzentnern	
1. Vierteljahr 1924	2391	147313	21231	28189
2. „ 1924	5377	160832	49496	8735
3. „ 1924	2975	201870	13982	6357
4. „ 1924	17969	256777	81417	10268
1. Vierteljahr 1925	95235	174952	227633	24578
2. „ 1925	120992	250642	128343	11586

	Bullen	Ochsen	Kühen	Kälbern unter 6 Wochen	Schweinen
	in Stück				
1. Vierteljahr 1924	516	2111	14947	2914	65672
2. „ 1924	530	4538	21977	2474	93047
3. „ 1924	586	2731	9754	193	41401
4. „ 1924	1260	2188	17645	2082	101152
1. Vierteljahr 1925	1393	5681	22058	2877	27641
2. „ 1925	3385	16811	27593	10981	66303

In diesem Zusammenhange darf dann auch auf jene Änderungen hingewiesen werden, die sich gegenüber der Vorkriegszeit bei den Molkereierzeugnissen ergeben. Hier tritt infolge des ungeschützten deutschen Marktes die starke Konkurrenz des Auslandes, besonders seitens der Niederlande, der Schweiz, Dänemark und neuerdings besonders auch von Kanada in die Erscheinung. Selbst die Einfuhr von Frischmilch hat bedeutend angezogen. Die Hartkäseeinfuhr ist von 243000 Doppelzentnern im Jahre 1913 auf 382000 Doppelzentner im Jahre 1924 gestiegen. Die Einfuhr von Kondensmilch weist im Jahre 1924 gegenüber einer Friedenseinfuhr von nur wenigen Hunderten von Doppelzentnern eine Einfuhr von rund 121000 Doppelzentnern auf.

In den Monaten Januar bis Juni 1925 gestaltete sich die Einfuhr an Molkereiprodukten folgendermaßen:

	Milch		Butter	Hartkäse	Weichkäse
	frisch, entkeimt oder peptonisiert, Magermilch	eingedickt oder eingetrocknet	in Doppelzentnern		
Januar 1925	75045	10246	54283	38759	9468
Februar „	73758	7673	67105	43159	8029
März „	94287	7072	82935	44332	6926
April „	49500	6522	71029	43101	7832
Mai „	34407	8535	89295	54496	6993
Juni „	26866	9261	80229	76064	5948

Auch hier zeigt sich eine bedeutende allgemeine Steigerung gegenüber den Frühjahrsziffern des Jahres 1924.

Auf allen Seiten wird darüber geklagt, daß der Stand unserer Handelsbilanz außerordentlich ungünstig ist. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Vergebung von Auslandskrediten nach Deutschland die Rohstoffeinfuhr begünstigen mußte, und wenn man dabei weiter zugibt, daß die deutsche Industrie das Bedürfnis nach erhöhter Rohstoffeindeckung von dem Auslande im allgemeinen hatte und diese Rohstoffeindeckung sich später wieder in einer Bessergestaltung der Handelsbilanz durch gesteigerte Ausfuhr von Fertigwaren nach dem Auslande bemerkbar machen muß, so bleibt immerhin doch das eine festzustellen, daß dadurch die gewaltige Mehreinfuhr von 2,7 Milliarden Goldmark aus dem Auslande im Jahre 1924 nie und nimmer ihre volle Erklärung finden kann. Eine so gewaltige Mehreinfuhr aus dem Auslande ist für das deutsche Wirtschaftsleben auf die Dauer unerträglich und müßte neuerdings dazu führen, daß eine Erschütterung unserer Kreditwürdigkeit durch die steigenden Mehrforderungen des Auslandes an uns eintreten müßte. Das Maß dieser Mehrforderungen muß dann schließlich seine Auswirkungen auf die internationalen Wechselkurse haben und am Ende dieser Entwicklung stünde neuerdings eine Minderbewertung des deutschen Geldes und ein neuerlicher Zerfall unserer Währung. Besonders nachdenklich müssen nach dieser Richtung hin die Ziffern der letzten Monate stimmen, wonach der Einfuhrüberschuß (ohne Gold und Silber) im Monat Januar auf 586, im Februar auf 441, im März auf 328, im April auf 337 im Mai auf 266, im Juni auf 322, im Juli sogar auf 411 Mill. Reichsmark sich bezifferte. Geht man den Grundursachen dieser schlechten Gestaltung der deutschen Handelsbilanz nach, so befindet sich zweifelsohne darunter auch der zurzeit ungeregelte Handelsverkehr mit dem Ausland und die zurzeit besonders bei der Landwirtschaft fehlende handelspolitische Rüstung gegenüber dem Auslande. Das Ausland steht heute bei den Handelsvertragsverhandlungen wohl gerüstet durch Erhöhung seiner Zollsätze da, während in Deutschland ein geschlossenes Schutzzollsystem für die heimische Wirtschaft noch nicht geschaffen ist.

Zwar ist jetzt die Lücke ausgefüllt worden durch die kleine Zollvorlage. Bei Behandlung der kleinen Zollvorlage seitens der Öffentlichkeit wäre es wünschenswert, wenn dabei von allen Seiten entgegen der gewöhnlichen Tagespolitik die großen Gesichtspunkte unserer handelspolitischen Lage und der nationalen Erhaltung des deutschen Volkes in den Vordergrund gerückt würden. Die Dinge können gehen wie sie wollen; es ist und bleibt eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk, daß es möglichst auf heimischer Scholle ernährt werden kann. Fehlt dem deutschen Volke diese wirtschaftliche Rüstung, dann ist es auch auf die Dauer um seinen politischen und nationalen Einfluß gebracht, und so müssen die wichtigsten wirtschaftlichen Lebensbelange des deutschen Volkes auch unter dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Rüstung des deutschen Volkes für alle Zukunft betrachtet werden.

Bei der Beurteilung der Lage der Landwirtschaft geht man in der öffentlichen Meinung vielfach von der unmittelbaren Preisvorstellung aus, die sich beim Erwerb der Lebensmittel durch den unmittelbaren Verbraucher darbietet. Erst in jüngster Zeit widmet man auch dem Weg erhöhtes Verständnis, der bei der Preisbildung zwischen Erzeuger und Verbraucher zurückgelegt wird. Es ist in der Tat an der Zeit, daß den gegenüber dem Frieden bedeutend gewachsenen Spannungen zwischen Erzeuger- und Konsumpreis nachgegangen wird, die Ursachen ermittelt und darnach die Abhilfemaßnahmen getroffen werden. Wenn die Ursachen zum größten Teil auch nicht dem beteiligten Gewerbe zur Last fallen sollten, dann ist es im Interesse der Allgemeinheit erst recht wichtig, Ursachen und Wirkungen klarzulegen. Ich habe oben von der Getreidepreisentwicklung, beeinflußt durch Ernteergebnis und Spekulation, gesprochen. Die folgende Übersicht über Getreide-, Mehl- und Brotpreis in München scheint darzutun, daß die seit Monaten sinkenden Mehlpreise keine Preisentspannung beim Brote auslösten, die Spanne zwischen Mehl- und Brotpreis pro Zentner hat sich von 2,25 Mk. zur Zeit des höchsten Mehlpreises auf 6,77 Mk. bei dem niedrigsten Mehlpreis, wie er in der folgenden Übersicht enthalten ist, erhöht:

Spannung zwischen Getreide-, Mehl- und Brotpreis in München

Roggenpreis		70% Roggenmehlpreis		Roggenbrotpreis		Spannung zwischen	
vom . . . . bis	Mark pro Ztr.	vom . . . . bis	Mark pro Ztr.	am	Mark pro Ztr.	Getreide- und Mehlpreis Mark	Mehl- und Brotpreis
21.—26. XII. 24	12.40	27. XII. 24—3. I. 25	19.71	7. I. 25	22.—	7.31	2.29
16.—23. I. 25	12.82	24. I.—31. I. 25	21.75	4. II. 25	24.—	8.93	2.25
1.— 7. III. 25	12.87	7. III.—14. III.	20.37	17. III. 25	24.—	7.50	3.63
4.—11. V.	11.65	11.—18. IV.	18.31	22. IV. 25	23.—	6.66	4.69
2.— 9. V.	11.50	9.—16. V.	18.41	20. V. 25	23.—	6.91	4.59
31. V.—6. VI.	11.30	6.—13. VI.	17.66	17. VI. 25	23.—	6.36	5.34
4.—11. VII.	10.85	11.—18. VII.	18.56	22. VII. 25	23.—	7.71	4.44
18.—25. VII.	10.80	25. VII.—1. VIII.	17.10	5. VIII. 25	23.—	6.30	5.90
25. VII.—1. VIII.	10.15	1.— 8. VIII.	16.60	12. VIII. 25	23.—	6.45	6.40
1. VIII.—8. VIII.	9.57	9.—16. VIII.	16.35	19. VIII. 25	23.—	6.78	6.65
9.—16. VIII.	9.40	17.—24. VIII.	16.23	26. VIII. 25	23.—	6.83	6.77
1913	8.36	1913	13.30	1913	16.—	4.94	2.70

Zur Belegung des mit besonderer Lebhaftigkeit jetzt erörterten Verhältnisses zwischen Vieh- und Fleischpreis noch folgende Übersicht:

Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreis in München

Preise in Pfennigen pro Pfund				Spannung
Mastrinder Ia Qual. Lebendgewicht je Pfund (Marktpreis)		Mastrindfleisch Ia Qualität je Pfund (Ladenpreis)		
vom . . . . bis	Pfg.	Stichtag	Pfg.	Pfennige je Pfund
27. XII. 24—3. I. 25	52	7. Jan. 25	120	68
24. I. 25—31. I. 25	50	4. Febr. „	130	80
7. III. —14. III.	53	17. März „	140	87
11. IV. —18. IV.	52	22. April „	140	88
9. V. —16. V.	52	20. Mai „	130	78
6. VI. —13. VI.	58	17. Juni „	140	82
11. VII. —18. VII.	52	22. Juli „	140	88
25. VII. — 1. VIII.	54	5. Aug. „	140	86
1. VIII.— 8. VIII.	57	12. „ „	140	83
9. VIII.—16. VIII.	57	19. „ „	140	83
17. VIII.—24. VIII.	56	26. „ „	140	84
1913	54	1913	104	50

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf gewerblichem Gebiete. Es treten also in der Tat zu der wichtigen Aufgabe der Aufrechterhaltung der inländischen Erzeugung und ihres Schutzes gegenüber dem Ausland noch andere grundlegende, damit eng zusammenhängende Aufgaben hinzu, die Reinigung der inländischen Wirtschaft von allem Ungesunden, die Hebung der Kauflust des breiten Volkes durch diesen Reinigungsprozeß und die dann erst mögliche völlige Wiederflottmachung der deutschen Ausfuhr. Dabei möchte ich aber betont haben, daß an eine durchgängige Erreichung friedensmäßiger Verhältnisse aus tiefliegenden Gründen heraus, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit geworden, auf absehbare Zeit hinaus wohl kaum zu denken ist.

Der Niedergang der Bauernschaft

Von Gutsbesitzer Wilhelm Rieth, Gut Zaisberg bei Rosenheim

In aller Stille vollzieht sich heute ein Prozeß, welcher der schwer kämpfenden deutschen Nation den Boden unter den Füßen hinwegzuziehen droht: das Absterben der deutschen Bauernschaft.

Der Bauer im allgemeinen ist leider zu schwerfällig um von sich aus seine Not in die Öffentlichkeit hinauszuschreien. Einen Einblick in seine Lage erhalten nur die Kreise, die geschäftlich mit ihm in Berührung kommen und vielleicht — das Finanzamt. Letzteres von Natur aus mißtrauisch, schenkt den Erklärungen der Steuerpflichtigen nur bedingt Gehör. Die anderen beteiligten Kreise stehen den Verhältnissen, als nicht zu ändern, apathisch gegenüber. Wenn man jedoch als Bauer unter Bauern wohnt, mit Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge die Augen aufmacht, so bemerkt man den Rückgang der Wirtschaft seit Jahr und Tag, die immer mehr zunehmende Verwahrlosung der Höfe, den Rückgang in der Qualität des Viehs und, was das Wesentlichste ist, den Rückgang im Gesundheitszustand und der Schaffensenergie der bäuerlichen Bevölkerung.

Im Nachstehenden sollen die Verhältnisse wiedergegeben werden, die meine eingehenden privaten Erhebungen in einem kleinen Teile Oberbayerns zeitigten, der freilich wegen seines verhältnismäßig guten Bodens, seiner gemischten Wirtschaft (Getreide und Vieh) vor dem Kriege als wirtschaftlich gesunde Gegend galt. Umsomehr müssen diese Verhältnisse zutreffen auf Gegenden mit wirtschaftlich ungünstigen Bedingungen. Es sind von mir an die Besitzer von Höfen der verschiedensten Ausmaße eingehende Fragebogen ausgegeben worden, die hier natürlich nur im Auszuge wiedergegeben werden können:

1. Besitz 105 Tagwerk, Äcker, Wiesen, Wald. 2 Pferde, 20 Stück Vieh. Elektrische Kraft, Dreschmaschine, Mühle.

Im Frieden Einnahme 4000 M., Ausgabe 3800 M., Überschuß 200 M.
Im Jahre 1924 Einnahme 3028 M., Ausgabe 3320 M., Defizit 292 M.

Es mußten verschiedene notwendige Reparaturen am Anwesen wegen Geldmangel zurückgestellt werden. Auch Vieh und Inventar leiden sehr. An Kleidern und für Lebenshaltung kann nur mehr das allernotwendigste beschafft werden. Kunstdünger kann nicht genügend beschafft werden, wodurch ein erheblicher Rückgang der Ernteerträgnisse zu verzeichnen ist. Das Defizit in den Einnahmen wurde durch Verkauf einer Waldparzelle von 1½ Tagwerk gedeckt. Einfache Buchführung.

2. Besitz 79 Tagwerk, Äcker, Wiesen, Wald. 2 Pferde, 20 Stück Vieh. Elektrische Kraft, Dreschmaschine.

Im Frieden Einnahme 2500 M., Ausgabe 2250 M., Überschuß 250 M.
Im Jahre 1924 Einnahme 2216 M., Ausgabe 2927 M., Defizit 711 M.

Die Instandhaltung des Anwesens sowie Kleidung und Lebenshaltung ist bedeutend zurückgegangen. Sollte das längere Zeit so fortgehen, so tritt eine Überschuldung des Anwesens ein und die Unmöglichkeit den Betrieb weiterzuführen. Kunstdünger wegen Mangel an Geld gar nicht beschafft. Das Defizit wurde gedeckt durch den Verkauf von 40 cbm Holz zum Preise von 736 M. — Buchführung einfache Aufschreibung.

3. Besitz 23½ Tagwerk, davon 4 Tagwerk Jungholz, Rest Wiesen und Äcker. 6 Stück Vieh, 1 Schwein. Elektrische Kraft, Häckselmaschine und Schrotmühle.

Im Frieden Einnahme 1500 M., Ausgabe 1500 M., Überschuß — M.
Im Jahre 1924 Einnahme 1078 M., Ausgabe 1821 M., Defizit 743 M.

Anwesen ist nicht so imstande wie notwendig, Kleidung und Lebenshaltung eingeschränkt. Suche augenblicklich nach einem Nebenerwerb, da es mir sonst unmöglich ist, das von meinem Vater im Jahre 1908 übernommene Anwesen zu halten. Frist sehr kurz, sonst muß ich verkaufen. Das Defizit wurde gedeckt durch Aufnahme von Geld teils von der Verwandtschaft und 400 M. vom Raiffeisenverband zu 18% Zinsen. Einfache Buchführung.

4. Besitz 15 Tagwerk, davon 1 Tagwerk Jungholz, Rest Wiesen und Äcker. 5 Stück Vieh, 1 Ferkel, elektrische Kraft, Anteil Dresch- und Häckselmaschine.

Im Frieden deckten sich Ein- und Ausgaben bei acht Kindern.
Im Jahre 1924 Einnahme 631 M., Ausgabe 651 M., Defizit 20 M. Jetzt sind jedoch nur noch zwei Kinder im Hause, die übrigen in Stellung.

Die Schlußbemerkungen des Fragebogens seien hier wörtlich wiedergegeben: „Ich verbesserte mein Anwesen von 1908 bis 12, da ich rund 6 Tagwerk Äcker und Holz gekauft habe, die Scheune 2 mal größere, den Stall vergrößert, den Viehstand vermehrt, und heutzutage ist nichts mehr möglich wegen den schlimmen Verhältnissen. Bei heutiger Lage geht's immer etwas abwärts, Kunstdünger, Futtermittel, Maschinen verbessern oder umtauschen ist nicht möglich, oder Kleidungsstücke, was ich sehr notwendig hätte, kann man nicht mehr schaffen. Vor der Kriegszeit hatte ich eine Familie mit Frau und 8 Kinder zu besorgen, habe Schuldzinsen zu zahlen, habe Teilzahlung gemacht, dennoch verbesserte ich mein Anwesen, und in jetziger Zeit muß man offenherzig sagen, ich muß meine Grundstücke herunterkommen lassen und ganz und gar der Verwahrlosung überlassen. Was kann ich zum Schlusse meinen 8 Kindern geben?" Das Defizit wurde durch einen in Stellung befindlichen Sohn gedeckt. Einfache Buchführung.

Bei der Auswahl der 4 Beispiele habe ich mich leiten lassen von dem Gedanken, Besitzer von Höfen verschiedener Ausmaße unter besonderer Berücksichtigung der kleinen zu Wort kommen zu lassen und weiter nur solcher, von denen angenommen werden konnte, daß sie zuverlässige Angaben machen. Meine eigenen Beobachtungen bestätigen im übrigen im vollen Umfange die hier gemachten Angaben.

Um der allgemeinen Skepsis gegenüber den Klagen aus landwirtschaftlichen Kreisen Rechnung zu tragen, folgen nachstehend die Angaben von solchen Berufen, die mit dem Bauer durch ihr Geschäft verwachsen sind, die also den Niedergang der Bauernschaft zuerst am eigenen Leibe spüren.

Bericht einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik.

Bedarf und Kauflust ist bei der Landkundschaft vorhanden, ebenso das Bestreben nach Vervollkommnung der Betriebe. Neuerungen ist man mehr zugänglich als in früheren Jahren. Bei Gewährung von zwei- bis dreimonatlichen Krediten sind sogar größere Verkäufe zu erzielen. Der Bauer wirtschaftet aber von der Hand in den Mund, und schlägt der Ertrag eines in Aussicht genommenen Produktes fehl, so müssen verlängerte Zahlungsziele gegeben werden, bei denen nur ein ganz mäßiger Zinssatz gerechnet werden darf. Könnte der Landwirt 5 bis 10% seines Besitzwertes flüssiges Geld zu erträglichen Zinsen als Betriebskapital bekommen, so wäre es ihm möglich, seine Wirtschaft geordnet durchzuführen. Als besonders lästig wird empfunden, daß die Steuern sich in verschiedene Arten zersplittern und daß deshalb jede Woche eine andere Erhebung stattfindet. Möglichste Vereinfachung auf diesem Gebiet ist nötig, ebenso eine Verringerung der sozialen Lasten.

Bezüglich des Absatzes in landwirtschaftlichen Maschinen stelle ich fest, daß der Umsatz von 1924 bloß 25 bis 50% des Friedensumsatzes ausmacht, wovon die Besserung erst in den letzten Monaten zu verzeichnen war. Außerdem kann ich bemerken, daß mein Umsatz in Dreschmaschinen durchwegs höher war als bei meinen sämtlichen bayerischen Kollegen, worüber ich als Vorsitzender des Fachverbandes sehr gut im Bilde bin. Es mag dies damit zusammenhängen, daß in unserer Gegend die Landwirtschaft stark elektrisiert worden ist und die Höfe durchwegs weit auseinanderliegen, wodurch der einzelne Bauer mehr oder weniger darauf angewiesen ist, seine eigene Maschine zu haben.

Bericht eines Landtierarztes.

1. Der Bauer ist durchwegs immer in Geldnot. Selbst früher sog. „gute Bauern", das sind in hiesiger Gegend solche mit 15 bis 25 Stück Vieh und 2 bis 4 Pferden, sind selten in der Lage, eine Rechnung sofort zu begleichen. Daß Rechnungen zwei und drei Monate ausstehen, ist fast die Regel, für den Tierarzt jedenfalls keine angenehme Lage. Ein Anpassen der Preise für tierärztliche Bemühungen an die durchwegs erhöhten Kosten der Lebenshaltung ist unmöglich, ich bin gezwungen, nach Friedenstarif zu arbeiten, und bin froh, wenn ich da mein Geld allmählich bekomme. Erhöhte Rechnungen dürfen nicht gestellt werden.

2. Infolge der Geldnot ist ein Teil der Bauern zwar geneigt, auf das Vieh und dessen Gesunderhaltung erhöhtes Augenmerk zu richten und bei Erkrankungen eines Kalbes und sogar des Geflügels tierärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, andererseits aber werden viele Fälle zu spät dem Tierarzt übergeben, eben aus Scheu vor den Kosten, so daß die Hilfe oft zu spät kommt. Die Furcht vor den Kosten führt natürlich auch sehr viele Tierbesitzer dem billig arbeitenden Pfuschertum zu.

3. Eine längere Behandlung durch den Tierarzt kommt überhaupt nur bei Pferden in Frage, kein Bauer will länger als zwei bis drei Tage die tierärztliche Behandlung einer Kuh. Einerseits wieder aus Scheu vor den hohen Kosten, andererseits aus Angst, die Behandlung könnte erfolglos sein. Hauptsächlich kommen hier die Tuberkulosebekämpfung und Behandlung der Sterilität in Frage. Eine Unmenge guter Tiere werden aus diesen Gründen zu früh geschlachtet, zumal ja die Händler nie verfehlen, dem Bauern die Überzeugung beizubringen, daß ja doch keine Hilfe möglich ist.

4. Dem Händler ist der Bauer in seiner Geldnot vollständig ausgeliefert. Selbst in Fällen, in denen das Recht durchaus auf Seite des Bauern ist (bei Kauf und Verkauf, Währschaftsfällen), wagt es dieser nicht, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wieder aus Furcht vor den Kosten. Er läßt sich lieber einen Abzug vom Kaufpreis gefallen oder (wenn er Käufer und der Händler der Verkäufer ist), er behält ein notorisch krankes Stück Vieh, wenn ihm der Händler einen kleinen Nachlaß gewährt. Es mangeln dem Bauern die gewöhnlichsten Kenntnisse der gesetzlichen Bestimmungen über den Viehhandel. Eine Unmasse von mehr oder minder zweifelhaften Elementen sind im Viehhandel tätig, gedeihen auf Kosten der Bauern gar nicht schlecht und untergraben das Ansehen des reellen Handels. Eine alte Kuh, mager mit wenig Milch und unansehnlich, braucht nur vom Händler berührt (gekauft) zu werden, um billigen Preis natürlich, und sie verwandelt sich in ein stattliches Tier in den besten Jahren, gut in Milch usw., wenn sie vom Händler wieder einem Bauern verehrt wird.

5. Zusammenfassend kann ich behaupten, daß die Lage der Landwirtschaft wirklich schlecht ist. Schon werden die Bestände an Vieh angegriffen, um die unerschwinglichen Steuern aufzubringen, dazu verschlechtert sich unaufhaltsam die Qualität des Viehs. Der Bauer, der Waldung besitzt, greift zu Axt und Säge und erschreckend wird allmählich die Abholzung unserer schönen Wälder. Baldige Hilfe tut not, wenn der Bauernstand in Not und Elend versinkt, ist das Ende da.

Bericht eines Landarztes.

Ich habe 1924 die Angehörigen von über 400 Bauernfamilien der Gemeinden V... G... S..., Sch..., H..., Z..., P... behandelt.

Ich kenne in den allermeisten Fällen ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Ihr Charakter ist meist gutartig, niemand wollte mich betrügen, so ist das Folgende zu verstehen:

10% bezahlen den Arzt in der Sprechstunde,
15% nach Behandlungsschluß,
15% nach Wiederherstellung,
20% ½ Jahr nach Wiederherstellung,
15% nach ¾ Jahren,
25% nicht, weil sie nicht können.

Zehn Fälle wollten trotz schwerster Erkrankung keinen Arzt, da sie mittellos waren, sechs Fälle endeten tödlich, weil Hilfe zu spät gerufen wurde. In manchen Familien und schwerkranken oder Todesfällen war nach vertraulicher Mitteilung nicht ein Pfennig im Hause. Schnell wirkende Nahrungs- und Arzneimittel können nicht beschafft werden. Notwendige Operationen zur Herstellung oder Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit müssen unterbleiben, weil das dazu verkaufte Stück Vieh für den nächsten Steuertermin fällig ist. Geldaufnahme ausgeschlossen, da Zinsen nicht bezahlt werden können.

Unter diesen Umständen auch auf dem Lande zählbare Zunahme der Tuberkulose, Rachitis, Geschlechtsleiden. Um schnell und billig gesund zu werden, Flucht zum Gesundbeter

und Kurpfuscher. Nach langer Hinhaltung kommen sie, unheilbar und ausgebeutet, in fachgemäße, aber zu späte Behandlung.

Am schlechtesten die Lage der Kleingütler mit vielen Kindern in wirtschaftlicher und sanitärer Hinsicht, die als Einnahme nur ihr wenig Getreide, das sie selbst brauchen, und die paar Stücke Vieh besitzen, die die Steuer verschlingt.

Folge: Tuberkulose, Unterernährung, hochgradige Anämie, sexuelles Verkommen.

Bericht eines Geistlichen, der 21 Jahre in der Seelsorge steht.

1. Während meiner Seelsorgetätigkeit an meinem jetzigen Posten wurden bis vor ungefähr einem Jahre nur Ämter angegeben, keine einzige Messe. Während des letzten Jahres jedoch gingen die angegebenen Ämterstipendien soweit zurück, daß sie fast nicht mehr für die Sonn- und Festtage reichten. Es werden jetzt fast nur mehr Messen zelebriert, bis auf ganz wenige Ausnahmen. Das Stipendium für ein Amt beträgt M. 4, für eine Messe M. 0,50. Die Leute können das Stipendium von M. 4 für ein Amt nicht mehr leisten.

2. Es ist hier üblich, daß nach persolviertem Gottesdienst das Stipendium verabreicht wird. Dieser Brauch wurde auch gewissenhaft gehalten. Jetzt aber muß der Priester nicht selten zwei bis drei Monate warten, bis er sein Stipendium bekommt. Es ist schon einige Male vorgekommen, daß Leute bei mir sich entschuldigten mit den Worten: Ich habe jetzt kein Geld daheim, ich kann jetzt nicht bezahlen. Das ist früher nie geschehen.

3. Das hochwürdigste Ordinariat hat bei Festsetzung der Stolgebühren an den Seelsorgeklerus den Auftrag hinausgegeben, daß möglichste Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung der betreffenden Seelsorgegemeinde genommen wird. — Der Seelsorger einer Gemeinde mit Bauernbevölkerung fühlte sich damals mit gutem Gewissen an diesen oberhirtischen Auftrag nicht gebunden. Heute ist es anders geworden. Heute muß der Priester diese Stolgebühren sogar großen Bauern gegenüber herabsetzen.

4. In einer Gemeinde mit fast ausschließlicher Bauernbevölkerung (665 Seelen) mußte, weil das beträchtliche Kirchenvermögen durch die Inflation verfallen ist, eine freiwillige Ortskirchenumlage erhoben werden von M. 920 für 1924. Die Bauern erklärten diese Summe nicht leisten zu können. Und weil der Ortsseelsorger bei der herrschenden Steuernot, Preisnot, Kreditnot der Landwirtschaft dieser Behauptung und dieser bitteren Klage unbedingt Glauben schenken mußte, so schenkte er von seinem Guthaben der sehr arm gewordenen, früher aber reichsten Kirchengemeinde der Umgebung 190 M., der Kirchenpfleger 50 M.

Bericht der Gastwirtschaft in Z . . .

Umsatz der Wirtschaft im Jahre 1913	im Jahre 1924
311 hl Bier	152 hl Bier
5 Hausschlachtungen von Großvieh	keine Hausschlachtungen
40 Pfund Fleisch u. Wurst wöchentlich gekauft	5 Pfund Wurstwaren wöchentlich gekauft
zusammen rund 40 Zentner Fleischverbrauch	2½ Zentner Fleischverbrauch

Aus der Landwirtschaft wurden verkauft:

25 Zentner Weizen und Korn	10 Zentner Korn
3 Stück Großvieh	2 Stück Jungvieh

Steuern:

M. 152,88 einschließlich Hagel- und Brandversicherung	M. 680 ausschließlich Hagel- und Brandversicherung

Ferner lieferte die Brauerei im Jahre

1913 der Wirtin 35 hl Treber für Futterzwecke umsonst	im Jahre 1924 nichts.

Zu bemerken ist, daß der in Oberbayern übliche Haustrunk von Bier überhaupt nicht mehr ins Haus kommt. In der heißen Zeit wird etwas Sirup ins Wasser getan.

Meine Anfrage bei einer großen bäuerlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft in unserer Gegend betreff den Umsatz in Kraftfutter wurde dahin beantwortet, daß im Jahre 1924 nur 10% des Umsatzes an Kraftfutter im Vergleich zur Vorkriegszeit erzielt wurden.

Aus den Erhebungen und Berichten ist in erster Linie zu ersehen, daß die Lebenshaltung des Bauern ganz bedeutend zurückgegangen ist. Wenn man berücksichtigt, daß die selbständigen Bauern sich größtenteils in mittleren Jahren befinden, also den Krieg mitgemacht haben und oft heute noch und zum Teil bis an ihr Lebens

ende an den Folgen des Krieges leiden (schwere Nervenleiden, rheumatische Leiden, Nierenleiden, Tuberkulose usw.) und wenn man weiter berücksichtigt, daß diese Leute unter den heutigen Verhältnissen viel schwerer schaffen müssen als vor dem Kriege, so wird man verstehen, was ein derart starker Rückgang in der Lebenshaltung für die Gesundheit und Schaffensenergie unserer Bauern bedeutet. Der Rückgang in der Lebenshaltung geht aus den bäuerlichen Erhebungen nicht so deutlich hervor, wie aus den Mitteilungen über Fleischverbrauch und dem Bericht des Arztes. Wenn der Bierverbrauch nur auf die Hälfte des früheren zurückgegangen ist, so hat dies seinen Grund darin, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter während der Sommerarbeit ihr Bier nach wie vor verlangen. Der reine Verbrauch des Bauern wäre ein Bruchteil des Vorkriegsverbrauchs.

Zu dem Bericht der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik über den Umsatz von Maschinen, der in den letzten Monaten eine Besserung zu verzeichnen hätte, ist zu bemerken, daß dies jedenfalls darauf zurückzuführen ist, daß seit Beginn des Winters der Holzverkauf durch die Bauern erschreckende Ausmaße angenommen hat. Der Erlös aus diesen Verkäufen dient in erster Linie zur Deckung der Schulden oder Steuern und wenn beim Verkauf einer ganzen Parzelle wie gewöhnlich etwas übrig bleibt, so kauft der Bauer vernünftiger Weise dafür eine Maschine, die er dringend braucht und wofür sich vielleicht auf Jahre hinaus jetzt die letzte Gelegenheit bietet. Diese Möglichkeiten treffen natürlich nur auf den größeren Bauern zu, der schlagbaren Wald besitzt.

Sehr auffällig tritt in den Erhebungen bei den Hofbesitzern der Rückgang in den Einnahmen gegenüber der Vorkriegszeit zutage. Die Gründe hierfür liegen zunächst in der zunehmenden Verwahrlosung der Böden (mangelhafte Maschinen, Mangel oder Fehlen von Kunstdünger) und damit natürlich in der geringeren Produktion. Weiter, und das wird vielen Außenstehenden leider unbekannt sein, in den schlechten Preisen für Getreide und Fleisch, die das Jahr 1924 zeitigte. Die Getreide und Viehpreise lagen durchwegs unter Friedenspreis. Davon kann sich jeder überzeugen, der einen Börsenbericht des Jahres 1924 mit einem der Vorkriegszeit vergleicht. Die Getreidepreise hatten Ende Dezember 1924 gerade etwa die Vorkriegspreise erreicht, während die Viehpreise noch drunter standen. Die einzigen Produkte, die höher als vor dem Kriege standen, waren Butter, Milch und Eier. Butter wird in unserer Gegend wenig verkauft, sondern hauptsächlich Milch. Der hierfür erzielte höhere Preis wurde erschlagen durch den Rückgang der Produktion. Da der Bauer nicht mehr in der Lage war Kraftfutter zu kaufen, mußte der Milchertrag zurückgehen. Eier spielen beim Bauer eine geringe Rolle und werden lediglich als eine Nebeneinnahme der Bäuerin betrachtet.

Wenn der Verbraucher im Jahre 1924 höhere Preise für Lebensmittel zahlen mußte als in der Vorkriegszeit, so kann der Bauer dafür nicht verantwortlich gemacht werden, denn der hat tatsächlich nur die in den Börsenberichten notierten Preise und oft genug darunter erhalten.

Kurz zusammengefaßt dürfte das Ergebnis der Erhebungen folgendes sein:

1. Zunehmende Verwahrlosung der Anwesen: Höfe — Wiesen — Äcker, Folge: Rückgang der Produktion von Getreide und Viehfutter.

2. Rückgang der Qualität des Viehes, Folge: Geringere Fleisch- und Milchproduktion.

3. Verwüstung der Wälder, Folge: Hier wie bei Verwahrlosung der Höfe Verminderung der Substanz, bzw. des Gesamtvermögens.

4. Rückgang des Gesundheitszustandes der bäuerlichen Bevölkerung, Folge: Erlahmung der Schaffenskraft, Sinken der Moral mit allen Folgeerscheinungen und selbstverständlich auch hierdurch Rückschlag auf die Produktion.

5. Durch den Produktionsrückgang bedingte Mehreinfuhr von Cerealien, Futtermitteln und Fleisch, dadurch ungünstige Einwirkung auf die Handelsbilanz.

Daß die Lage in der deutschen Alpwirtschaft ebenso traurig ist wie in der bäuerlichen Wirtschaft des Flachlandes, zeigen folgende Ausführungen des Herrn Dr. Wolf, Zuchtinspektors des Algäuer Zuchtverbandes. Sie sind zwar zunächst vom Standpunkt der Algäuer Alpwirtschaft aus geschrieben, aber die Lage der oberbayerischen Alpwirtschaft ist vom Algäu bis nach Berchtesgaden die gleiche.

„Wenn man weiß, daß das Algäuer Alpgebiet 46000 ha umfaßt mit 532 Alpen, auf denen jährlich gegen 11000 Kühe und 13000 Stück Jungvieh gesömmert werden, wenn man ferner annehmen darf, daß auf diesen Alpen jährlich innerhalb 4 Monaten Alpzeit ca. 8 Millionen l Milch (pro Kuh 700 l Milch während der Alpzeit) und 400000 kg Fleisch (pro Stück 30 kg Zuwachs während der Alpzeit) produziert werden, so kann man aus diesen Zahlen die Bedeutung der Alpwirtschaft für die Volksernährung deutlich ersehen. Dabei ist aber noch unberücksichtigt der Wert, den die Älpung für das Jungvieh insofern hat, als die Alpen sozusagen eine unerschöpfliche Vorratskammer darstellen, aus welcher sich das Jungvieh Gesundheit und Widerstandskraft holen kann. Die Züchter des Aus- und Inlands bevorzugen daher mit Recht die geälpten Tiere. Während der Inflationszeit waren die Landwirte dazu gehalten, möglichst viel Vieh zu züchten, weil sie im Vieh einen ständig bleibenden Wert in der Hand hatten. Mit dieser für die Viehzucht zwangsläufig äußerst günstigen Konjunktur hing eine ungeheuer rege Nachfrage nach Älpung zusammen. Es mußten jährlich viele 1000 Tiere von der Älpung zurückgewiesen werden, weil für sie kein Platz mehr da war, weil die Alpen nicht ausreichten.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit konnte teils aus Personalmangel, teils aus Mangel an Barmitteln in den Alpen wenig oder gar nichts verbessert werden und sie mußten daher auch im Ertrag mehr und mehr zurückgehen. Daher konnte man auch nicht mehr so viel Vieh auf die Almen auftreiben wie in Friedenszeiten. Der Mangel an Weidegelegenheit führte sogar dazu, daß man in Bayern an Österreicher verpachtete Almen verpflichtete, bayerisches Vieh anzunehmen, was zu großen Unzuträglichkeiten führte, weil zu wenig österreichisches Vieh gesömmert werden konnte.

Mit der Stabilisierung der Mark trat hier ein Umschwung ein. Alles verarmte, mit am meisten die Landwirtschaft. Man war, um die hohen Ausgaben und unerträglich hohen Steuerlasten decken zu können auf laufende Einnahmen aus Milchgeld angewiesen und aus diesem Grund wurde weniger gezüchtet, erstens weil man mehr Milch unmittelbar verkaufen wollte, anstatt sie an die Zuchtkälber zu verfüttern, und zweitens weil es doch immer länger dauert, bis man ein Tier so weit aufgezogen hat, daß man es verkaufen kann. Diese Verarmung, dieses von der Hand in den Mund leben, wirkt sich für die Viehzucht denkbar ungünstig aus, da doch einmal der Augenblick kommt, wo der Bauer sich eine neue Kuh anschaffen muß, weil die alte abgemolkene zu wenig Milch gibt. Wenn er dann seinen Bedarf nicht selbst nachgezogen hat, wird er sich wohl oder übel eine Kuh kaufen müssen und in nicht seltenen Fällen kann er den hohen Preis nicht bezahlen, er muß Schulden zu den Schulden machen. Sind doch die Nutzviehpreise sehr ansehnlich, wohingegen die Schlachtviehpreise lächerlich gering sind. Noch heute muß ein Bauer 3 bis 4 Schlachtkühe verkaufen bis er eine Nutzkuh für das Geld bekommt.

Dieser zahlenmäßige Rückgang der Viehzucht hat notwendig einen Rückgang der Alpwirtschaft im Gefolge und schon heuer konnte man ganz im Gegensatz zu früheren Jahren die Nachfrage nach Weidegelegenheit leicht decken, ja viele Alpenbesitzer konnten ihre Alpen nicht einmal vollbesetzen, weil sie das nötige Vieh nicht auftrieben. Ein Rückgang der Alpwirtschaft hat aber die Gefahr zur Folge, daß bäuerlicher Alpbesitz wie früher wieder abgestoßen wird, und zwar hauptsächlich an Großindustrielle, die die Alpen in erster Linie aus jagdlichen Gründen erwerben. So kommt es, daß heute etwa $^1/_3$ des gesamten Alpbesitzes in Händen solcher Besitzer ist. Weiter ist die Folge, daß die Alpen von diesen Großalpenbesitzern gepachtet werden müssen und der Bauer in der Alpe nicht mehr sein eigener Herr ist. Daß Pachtalpen nicht so gut bewirtschaftet werden, wie Eigentumsalpen, liegt in der Natur der Sache, insbesondere wenn die Alpen nur kurzfristig verpachtet werden. Infolgedessen auch aus diesem Grund ein Zurückgehen der Alpwirtschaft."

Der Zeitpunkt des beginnenden Rückganges der Landwirtschaft liegt bereits in der Inflationsperiode, allerdings ohne daß der Bauer dies merkte. Er konnte es nicht bemerken, weil er sich in dem phantastischen, täglich sich ändernden Zahlenwirrwarr nicht mehr zurechtfand. Weil auch für rechnerisch geschultere Leute eine Kalkulation und Übersicht nicht mehr möglich war. Als die Stabilisierung der Mark einsetzte, waren irgendwelche Betriebsmittel nicht mehr vorhanden. Allerdings hat der Bauer, wo er Hypotheken auf seinem Anwesen hatte, diese abtragen können, abzüglich natürlich der Aufwertung. Dafür bekam der Bauer die Rentenbankschuld auf seinen Hof, die mindestens so hoch ist, wie die frühere Durchschnittshypothekenschuld, dazu hat er die 15proz. Aufwertung der alten Hypotheken. Er steht sich also was Schulden anlangt heute meistens schlechter als in der Vorkriegszeit.

Es ist nun in städtischen Kreisen unendlich viel von dem großen Verdienst der Bauern während der Inflation geredet worden. Eine sinnlose Hetze seitens eines Publikums, dessen Urteil durch keinerlei Sachkenntnis getrübt war, gegen den Bauern setzte ein. Ständig hörte man den Ruf, die landwirtschaftlichen Produkte ständen über dem Weltmarktpreis. Die wirklichen Verhältnisse können beispielsweise folgende Zahlen zeigen:

Weizen kostete am 14. Oktober 1923, bei einem Dollarstand von 4 Milliarden 6,3 Milliarden = 6,7 Goldmark — im Frieden 10 bis 12 Goldmark.

Roggen: 5,6 Milliarden = 5,95 Goldmark — im Frieden 9 bis 10 Goldmark.

Gerste: 5,85 Milliarden = 6,25 Goldmark — im Frieden 8 bis 9 Goldmark.

Vieh: Für eine Kälberkuh wurden am 10. Oktober 1923 in Rosenheim bezahlt 40 Milliarden, Dollarstand 3,7 = 47 Goldmark. Wert im Frieden 250 bis 300 M. Der betreffende Bauer konnte sich für den Erlös einer Kuh mit Kalb noch nicht einmal zwei Paar Kinderstiefel kaufen, die am gleichen Tage 50 Milliarden kosten sollten.

In der ersten Oktoberwoche wurden einem Bauern für eine Kuh im Friedenswerte von 250 M ganze 30 Goldmark geboten, worauf er die Kuh wieder mit heim nahm.

Am 8. Oktober verkaufte ein Bauer in Rosenheim einen 7-Zentnerstier für 13 Milliarden (pro Pfund ca. 20 Millionen). Am 18. Oktober kostete ein Pfund Ochsenfleisch in Rosenheim trotzdem 1 Milliarde.

Milch: Am 14. Oktober, kurz nach der Erhöhung, Erzeugermilchpreis 33 Millionen. Dollarstand 4 Milliarden = Literpreis von 3½ Goldpfennigen, im Frieden 14 bis 16 Pfennige.

Kartoffel: Bericht des Lebensmittelmarktes in München vom 13. Oktober. Dollarstand von nur 4 Milliarden angenommen, bei einem Preise von 30 Millionen das Pfund = 3,2 Goldpfennige. Dies würde etwa dem Kleinhandelspreise im Frieden entsprechen, wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß der Erzeugerpreis wieder weit darunter steht. Die Kartoffel wäre also unter den angeführten Beispielen das einzige Nahrungsmittel, bei dem der Friedenspreis erreicht wurde.

Gegenüberstellung der Lebensmittelpreise und der für den Bauern nötigen Bedarfsartikel:
Nägel, Draht, bessere Eisenwaren das 3½fache des Friedenswertes.
Beispiel: 1 Kistchen Nägel 11½ Goldmark, im Frieden 3 Goldmark.
Textilwaren das 1½fache des Friedenswertes,
Leder das 2½fache des Friedenswertes,
Stiefel das 1½fache des Friedenswertes,
Inventurreparaturen das 2fache des Friedenswertes,
Glaserarbeiten das 2fache des Friedenswertes,
Getreide etwa $^2/_3$ bis ½ des Friedenswertes,
Vieh etwa $^1/_5$ bis $^1/_8$ des Friedenswertes,
Milch etwa $^1/_1$ des Friedenswertes,
Kartoffel etwa Friedenswert.

Selbst der landwirtschaftliche Laie muß nach Studium der angeführten Zahlen zugeben, daß von einem Verdienst des Bauern hier nicht mehr die Rede sein kann. Im Gegenteil, in dieser Zeit liegt wie oben bereits gesagt der Keim zum Niedergang, der nun immer unaufhaltsamer vor sich geht.

Wie die Verhältnisse nach der Markstabilisierung im Jahre 1924 lagen und heute noch liegen, darüber geben die im ersten Teile niedergelegten Erhebungen über den Niedergang der Bauernschaft ein Bild.

Die Gründe für den Niedergang sind heute noch dieselben wie in der Inflationszeit. In erster Linie ist es das Preismißverhältnis zwischen den Erzeugnissen der Landwirtschaft und den übrigen Bedarfsartikeln, das ein Balancieren der bäuerlichen Wirtschaft vollkommen ausschließt. Ende des Jahres 1924 standen die Cerealien im großen und ganzen etwa auf Vorkriegspreis, der Fleischpreis um etwa 20% darunter. Der Lebenshaltungsindex betrug jedoch 122,9%.

Da die Landwirtschaft vor dem Kriege so gestellt war, daß sie bei intensiver Bewirtschaftung und gründlichen Kenntnissen des Unternehmers sich gerade halten konnte, so ist es einleuchtend, daß dieselbe Wirtschaft, die durch den Krieg und die Nachkriegsjahre auch noch heruntergekommen ist, sich nicht mehr halten kann, wenn sie für ihre Erzeugnisse gerade die früheren Preise erhält, während sie für alle Bedarfsartikel — Zukauf zum Haushalt, Maschinen, Kunstdünger usw. — im Durchschnitt 22,9% mehr zahlen muß.

Wenn ich sage im Durchschnitt, so trifft dies auch nicht ganz zu, denn gerade die Artikel, die der Bauer benötigt, stehen meist über der Indexziffer.

Von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen standen allein Milch und Butter über Vorkriegspreis, die Milch etwa dem Index entsprechend, Butter höher. Das würde für die rein Vieh haltenden Bauern einen Vorteil gegenüber den mit Gemischtwirtschaft arbeitenden bedeuten, wenn nicht der unter Vorkriegspreis stehende Viehpreis diesen Vorteil wieder aufheben würde.

Das Händlerunwesen, anders kann man es nicht nennen, hängt eng mit den Viehpreisen zusammen. Es gibt unzählige Leute, denen es viel bequemer ist, den Bauern zu übervorteilen, als zu arbeiten. Diese Arbeitsscheu ist eine bekannte Nachkriegserscheinung. Da nun bei der viel zu großen Zahl von Vieh- und Pferdehändlern der einzelne seinen Verdienst nicht mehr im großen Umsatz finden kann, so muß eben jeder einzelne Fall ausgenützt werden. Daß die Praktiken dieser kleinen Händler dann nicht mehr einwandfrei sein können, liegt auf der Hand. Abgesehen vom Kettenhandel, der gang und gäbe ist, begnügt sich der einzelne nicht mit einer Art Provision. Es muß etwas Tüchtiges heraussspringen. Man denke hier nur einmal an die Umsatzsteuer — ob sie gezahlt wird, ist eine andere Frage — in jedem Falle ist der Bauer derjenige, der sie zu tragen hat.

Die Eisenbahntarife tragen heute ebenfalls wesentlich zur Verteuerung der für den Bauern notwendigen Artikel bei. Landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger, Futtermittel, Streumittel haben eine mehr oder minder große Reise hinter sich, bis sie den Käufer, den Bauern erreichen. Bei ganzen Waggons beträgt die Fracht von Hamburg bis Südbayern etwa 2 M. pro Zentner, um sich bei Einzelsendungen bis auf 4 M. zu erhöhen. Nun wird der Bauer, wo irgend angängig seinen Bedarf von den Genossenschaften beziehen, die ganze Waggons kommen lassen können. Dort kommen aber die Ausladespesen, Aufbewahrungsspesen und noch einiges drauf, so daß nicht allzuviel gewonnen sein dürfte. Futtermittel wie Ölkuchen, Fischmehl kommen aus Hamburg oder dem nördlichsten Deutschland, und im Sack bezogen ist ein Frachtzuschlag von 4 M. bei Einzelbezug untragbar. Dasselbe trifft zu für landwirtschaftliche Maschinen, die je nach dem Erzeugungsort das halbe Reich durchreisen und bei ihrem meist sehr hohen Gewicht ungeheure Frachtspesen aufweisen.

Beispiel: Ein Waggon Torfmull ab Bremen kostet laut Rechnung der Torfmull 536 M., die Fracht bis Rosenheim 212 M., d. s. rd. 40% des Gutwertes an Fracht.

Fischmehl im Frieden 11 bis 12 M. für den Zentner, ca. 1 M. Fracht. Wird jetzt in Norddeutschland angeboten für 25 bis 26 M., dazu 4 M. Fracht bei Stückgut, ergibt mehr als das Doppelte der Vorkriegspreise.

Im ganzen genommen, stehen die heutigen Eisenbahntarife zwischen 60% und 100% über dem Friedenstarif.

Ein letzter und sehr einschneidender Grund für den landwirtschaftlichen Niedergang ist die Steuerpolitik. Derartige Steuern wären in der besten Zeit der Landwirtschaft vor dem Kriege vielleicht tragbar gewesen, wenn auch die Instandhaltung der Anwesen in dem Falle nicht so hätte durchgeführt werden können, wie dies für eine gedeihliche Wirtschaft notwendig ist. Wenn in der wirtschaftlich besten Zeit größere Höfe nur einen reinen Überschuß von 200 und 250 M. hatten bei einer Steuerlast von durchschnittlich 150 M. dann war es wie gesagt vielleicht möglich eine Steuerlast von 700 bis 1000 M. zu tragen, wenn — die Lebenshaltung bedeutend zurückgeschraubt, Anwesen und Inventar zurückgingen, ein Dienstbote entlassen und dafür der sommerliche Arbeitstag von 12 bis 14 Stunden noch verlängert wurde. Eine solche Steuerlast hätte man dann den Betrieben auch nur vorübergehend zumuten dürfen, wollte man nicht das Fundament unterhöhlen. Unter den heutigen Verhältnissen ist die verlangte Steuer absurd.

Wissenschaftliche Rundschau

Der Kriegsgewinn der Chirurgie[1])

Von Prof. Dr. Otto Lanz, Direktor der chirurgischen Universitätsklinik Amsterdam

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge": diesem Worte des griechischen Philosophen Heraclitus stehen wir heute, unter dem unmittelbaren Eindruck der furchtbaren Ereignisse dieser letzten zehn Jahre, verständnislos gegenüber. Denn für uns steht fest, daß der Krieg Millionen von Menschenleben vernichtet, unschätzbare Kulturwerte und Kunstwerke zerstört hat; und vor unseren erschreckten Augen spielen sich heute noch, in der Form von sog. Revolutionsgerichten, die Schrecken und Greuel früherer rechtloser Jahrhunderte wieder ab, während wir glaubten, das Mittelalter hinter uns zu haben.

Das Verhängnis, das über Europa schwebt, will sich noch immer nicht aufhellen. Zehn Jahre lang ist die alte Welt am Vernichten und Zerstören gewesen und in dem aufgepeitschten Meer politischer Leidenschaften und ökonomischer Stürme vermögen wir noch immer nicht festes Land, eine gesicherte Küste zu entdecken. Denn die Zuckungen des europäischen Geschehens dehnen sich aus bis an die äußerste Peripherie unseres Gesichtsfeldes, und angstvoll fragen wir uns, ob nicht die rückflutende Welle in der Form fremder Elemente unsere Kultur wegspülen, ob nicht der Rückschlag unsere Zukunftshoffnungen zerschlagen werde, was für die ganze Welt ein Unglück wäre, da sich bis heute doch wohl die europäische Geisteswelt als die reichste, lebendigste und schöpferischste der Erde erwiesen hat.

Ein Gefühl der Unsicherheit, der Ratlosigkeit, liegt in der Luft: wir fühlen uns zerrissen, während es für uns Menschen ein Bedürfnis ist, uns als Teile eines Ganzen zu wissen; eines Begriffes, der uns heute verlorengegangen ist. Denn wo wir hinsehen, erblicken wir unversöhnlich erscheinende Gegensätze, Auflösung und Zersetzung. — Selbstbestimmungsrecht der Völker, Schutz der Rechte kleiner Nationen, allgemeine Entwaffnung, kurz alle die schönen Losungsworte, sie sind als Kriegsphrasen verweht. Und an deren Stelle sind getreten Vergewaltigung, willkürliche Grenzen, Rechtlosigkeit, Nichtbeachtung persönlichen Eigentums, allgemeine Verarmung (im Hinblick auf die allgemeine Verarmung dürfte man sich heute mehr als jemals an den Rat des französischen Finanzministers Baron Louis erinnern, der 1830 im Ministerrate erklärte: „Faites moi une bonne politique et je vous ferai de bonnes finances") und allgemeine Unzufriedenheit.

Wir haben zwar vorausgesetzt, daß die einzelnen Staaten nach dem Kriege vielleicht einer Generation bedürften, um wieder in ein gewisses Gleichgewicht zu kommen. Denn wir wußten, daß das System der Weltwirtschaft ein Uhrwerk war, das mit tausend Rädern ineinander griff. Wir dachten aber, daß der einzelne Mensch, daß das Individuum seine früheren Existenzbedingungen rascher wiederfinden werde.

Jedoch, wie viel schwieriger, wie viel mühsamer ist unser Leben geworden! Um mit einer sichtbaren Äußerlichkeit zu beginnen: Wie viel beschränkter ist unsere Bewegungsfreiheit! — Ein kleines Beispiel: 1913, zu einer Konsultation nach Südrußland gerufen, saß ich eine halbe Stunde nach Empfang des Telegramms im Zuge. Die einzige kleine Schwierigkeit, der einzige

[1]) Rektoratsrede, gesprochen am dies academicus der Universität Amsterdam, 8. Januar 1925.

Rest Mittelalter war die russische Grenze, war das Passieren derselben ohne Visum. Drei Tage später war ich bei meinem Patienten. In diesem Zeitraume würde ich heute nicht einmal die nötigen Formalitäten erfüllt haben, um die Reise beginnen zu können. Ohne übrigens zu wissen, wann und ob ich überhaupt mein Reiseziel erreichen werde! Ist schon die Beschränkung der Bewegungsfreiheit für viele unter uns lästig, wieviel ernster erst ist der im Vergleich zu früher so schwer gewordene Kampf des Einzelnen um seine Existenz!

Aber wir leben nicht nur in einer Zeit ökonomischer, sondern in einer Zeit seelischer Krisis: Mit verwundertem Staunen blicken wir zurück in die Zeiten der Flagellanten, der Kinderkreuzzüge, des Veitstanzes; mit demselben verwunderten, mit Mitleid gemischten Staunen werden wohl spätere Jahrhunderte auf uns zurückblicken!

Zwar lagen schon vor dem Kriege Zeichen der Auflösung in der Luft ... ich denke da z. B. an das Schlagwort „das Jahrhundert des Kindes", durch das man dem Kinde den einzigen festen Halt untergraben hat, die Autorität der Eltern; ich denke an gewisse gesellschaftliche Auswüchse, an den zum Schwimmbassin gewordenen Ballsaal und an Tanzbewegungen, die vielleicht in Zentralafrika für anständig gehalten werden mögen. Ich denke in der Poesie an die Dadaisten. Da dieselben als körperlich Erwachsene es wohl nicht mehr fertig kriegen, gleich dem Säugling die große Zehe in den Mund zu stecken, sehe ich sie eines schönen Tages noch daumenlutschend durch die Großstadt ziehen. Ich denke in der Kunst an die moderne Richtung, die in der Plastik auf die Negerkunst, in der Malerei auf die Kunstäußerungen der Buschmänner, ja auf diejenigen der Steinzeit, der Höhlenbewohner zurückgreift. Der Entschluß, eine derartige Ausstellung oder Sammlung zu besuchen, ist nicht leicht; denn sind die ausgestellten Werke wirklich ernst gemeint, so ist es grausam, zu lachen, und sind die Darbietungen nicht ernst gemeint, sondern nur ein Versuch, wie weit sich die Torheit treiben, das Publikum zum Narren halten läßt, so haben ernste Menschen keine Zeit hiezu. Ich denke an die Kakophonien des modernen Konzertsaals, an Komponisten, die das Fehlen musikalischer Inspiration zu ersetzen suchen durch Lärm und verblüffende Instrumentation!

Der Krieg hat diesen Zersetzungsprozeß furchtbar befördert und außerdem nicht nur bei den Nationen, sondern auch bei den einzelnen Menschen schlimme Eigenschaften, böse Leidenschaften wachgerufen oder potenziert. So daß heute nicht nur das Geld, sondern auch das Leben an Wert verloren hat. Der Krieg hat allen viel genommen, vielen alles. Hat er auch etwas gegeben? Hat er, neben den zerstörenden, auch Momente des Aufbaus, außer den negativen Elementen auch positive Werte gezeitigt?

Daß der Krieg die Technik befruchtet hat, wer wird es leugnen! Da denken wir wohl alle zunächst an die Eroberung der Luft, deren Zeugen wir waren. Der stolze Traum, den die Menschheit seit ihrem Erwachen geträumt hat, der Flug des Ikarus: heute ist er Wirklichkeit geworden! 1913 wurde ein Preis ausgeschrieben für einen Drei-Strömeflug in Holland; wenn wir heute von einem Drei-Strömeflug sprechen, so denken wir an die Donau, den Euphrat und den Ganges. Die Luftlinie Amsterdam—Batavia ist gezogen; die neue Welt mit der alten verbunden durch das Luftschiff des Grafen Zeppelin.

Und wenn wir an einem klaren Sommertage 3000 m hoch über London plötzlich, ohne zunächst den Flieger zu entdecken, der sie schreibt, eine Wolkenschrift lesen, deren einzelne Buchstaben 1½ km lang sind, dann erinnern wir uns an die Versuche, die während des Krieges gemacht wurden, um das Flugzeug durch einen Rauchschleier der Beschießung zu entziehen. Gleich wie der Tintenfisch der Verfolgung durch Schwarzfärbung des Wassers zu entgehen sucht. — Was heute zu Reklamezwecken dient, morgen wird es zu einem optischen Signaldienst ausgebaut werden! Erinnern wir uns da nicht unwillkürlich des „Zeichens an der Wand", das Belsazar mahnte, denken wir nicht an die Flammenschrift, an das „Menetekel", das heute gewiß nicht minder am Platze wäre, wie seinerzeit in Babylon?

Wir denken an die Eroberung der Wüste. Die zu Vernichtungszwecken erdachten Tanks haben den Weg gebahnt durch die ungeheuren Sandflächen der Sahara: Timbuktu ist von Paris in 14 Tagen erreichbar. Wir denken an den wunderbaren Ausbau der drahtlosen Übertragungen, die durch die Ausschaltung der Drahtverbindungen während des Krieges, die Zerstörung der Unterseekabel mit veranlaßt und mächtig gefördert wurden.

Wenn ich die Repräsentanten verschiedener Wissenschaften, wenn ich namentlich die Vertreter der Physik und der Chemie, der Geographie, der Geologie, der Archäologie mit fragendem Auge mustere, so werden sie alle aussagen, daß der Krieg ihre Fachwissenschaft befruchtet oder doch das Reifen verschiedener Probleme gefördert hat. Alle Wissenschaften, Technik, Physik, Chemie, Medizin haben bei Ausbruch des Krieges die Friedensarbeiten beiseite und sich selbst vollständig und nach allen Seiten hin in den Dienst des bedrohten Vaterlandes gestellt.

Die Chirurgie war hierzu besonders berufen und — indem ich zunächst mein unendliches Leidwesen ausdrücken muß, daß in der gleichen Stunde, in welcher der Chirurge ein einzelnes armseliges Menschenleben rettet, in der Schlacht schonungslos tausende junger kräftiger Menschenleben vernichtet werden — möchte ich als Vertreter der Chirurgie Ihnen heute hier kurz Rechenschaft darüber ablegen, welche Förderungen mein Fach, die Chirurgie, dem Kriege zu verdanken hat.

*

Erste und vornehmste Pflicht des Chirurgen ist die Wundbehandlung. Die Kriegschirurgen der letzten Jahrzehnte hatten sich wesentlich auf das humane Infanterie-Mantelgeschoß, hatten sich auf den Bewegungskrieg eingestellt. 1914 sind die Ärzte ins Feld gezogen mit der Überzeugung, die Schußwunde sei in den meisten Fällen als praktisch nicht infiziert anzusehen und müsse daher konservativ behandelt werden. Diese Auffassung knüpfte sich an die Namen Ambroise Paré und Ernst v. Bergmann.

Als im Jahre 1515 eine Armee des Königs Franz I. den Mont Cenis überschritt, war ihr als junger Chirurge unter anderem der nachmals so gefeierte Ambroise Paré beigegeben — „encore bien doux de sel", wie er selbst schreibt; der große französische Chirurg, dem wir das schöne bescheidene Wort verdanken: „Je l'ai pansé, dieu l'a guarist." Die damalige Lehre war, daß die Schußwunden vergiftet seien und daher mit kochendem Hollunderöl ausgegossen werden müßten. Nach der ersten Schlacht, dem Gefecht von Villane, war der Zudrang der Verwundeten so groß, daß das Hollunderöl ausging. Schlaflos verbrachte Paré nach dem schweren Tage die noch schwerere Nacht und ging im ersten Mogengrauen zu seinen Verwundeten. Wie erstaunte er, als er die mit Öl behandelten mit Entzündungserscheinungen und Schmerzen fiebernd fand, während die Nichtbehandelten friedlich schliefen. „Darauf beschloß ich," schreibt Paré, „meine Verwundeten nie wieder so gräßlich zu mißhandeln." Im Laufe der Zeit geriet aber diese Beobachtung wieder in Vergessenheit. Die Schußwunden wurden wieder drauflos sondiert, exploriert, tamponiert, Kugeln extrahiert.

Lebhaft steht vor meinem Auge das Bild, wie wir — groß und klein — an den Winterabenden 1870/71 in einem Schweizerdorfe am Familientische saßen und aus alten Hemden Charpie zupften, die abwechselnd den deutschen und den französischen Kriegslazaretten überwiesen wurden. Wie in der Schweiz, so geschah's damals gewiß auch in Holland. Und wieviele Verletzte mögen dieser unzweckmäßigen Liebestätigkeit zum Opfer gefallen sein!

Mit aller Schärfe trat dann Ernst v. Bergmann gegen diese Polyprogmasie bei Schußwunden auf. Nachdem seine Kriegserfahrungen ihn von der Schädlichkeit all dieser Maßnahmen überzeugt hatten, lehrte er mit der ihm eigenen Überzeugungskraft, daß die Schußwunde als praktisch nicht infiziert lediglich vor Sekundärinfektion beschützt werden solle; jedes Sondieren und Tamponieren sei von Übel, sei ein Kunstfehler.

Diese Auffassung jedoch, daß die Schußwunde primär nicht infiziert sei, hat sich in diesem Kriege als eine Irrlehre erwiesen. Das heißt, sie gilt immer nur für die platten Durchschüsse durch kleinkalibrige Mantelgeschosse. Da aber 80% sämtlicher Verletzungen nicht durch Mantelgeschosse, sondern durch Granatsplitter — in der Folge Minen, Bomben, Handgranaten zustande kamen, haben diese zerfetzten, mit Erde und Schmutz infizierten Wunden den Charakter der Kriegschirurgie völlig, aber auch völlig verändert: der Kampf gegen die Infektion begann das ganze Denken und Handeln des Chirurgen zu beherrschen. So geschah es, daß die Wundbehandlung immer aktiver wurde und schließlich einerseits im Ausschneiden der Wundränder (Friedrich u. a.), andererseits in der Rückkehr zu den verlassenen Antiseptica gipfelte, zu denen als wichtigste Errungenschaft des Krieges der Chlorkalk in Form der Carrel-Dakinschen Lösung hinzukam.

Wie furchtbar dringend wurden, sobald es zum Stellungskriege kam, die Notrufe der Chirurgen nach Tetanus-Antitoxin! Ich kann nicht umhin, meinem verehrten Kollegen Professor Spronck in Utrecht auch an dieser Stelle herzlich zu danken dafür, daß er mich instand stellte, den verzweifelten Hilferufen einer Reihe von Chirurgen in so großem Umfange zu entsprechen.

Der Tetanusbazill gedeiht im Kulturboden; in Amsterdam ist diese furchtbare Erdinfektion viel seltener als z. B. in Bern. Er produziert ein strychninartig wirkendes Gift, dessen Mortalität auf 80 bis 90% berechnet wird. Ist der Wundstarrkrampf einmal ausgebrochen, dann kommt die Behandlung mit Heilserum in der Regel zu spät. Sobald aber die sofortige prophylaktische Injektion des Behringschen Antitoxin bei jeder Verwundung angeordnet und systematisch durchgeführt wurde, gelang es, diese furchtbarste Geißel der ersten Kriegsmonate auszuschalten. So vollständig, daß — nachdem in den ersten Monaten Tausende junger Männer auf die grausamste Weise unter fürchterlichen Krämpfen zugrunde gegangen

waren — der Tetanus einfach von der Bildfläche verschwand. Und dann gibt es heute noch unter angeblich gebildeten Menschen „Impfgegner"!

Außer dem Kampf gegen Eiterkokken und Tetanusbazille galt es — namentlich in der hochkultivierten Erde Flanderns — denjenigen gegen den Gasbrand. Auch der Bazillus des malignen Ödems, der gangrêne foudroyante, ist in Amsterdam nach meinen Erfahrungen selten; die schwerste Infektion sah ich bei einem Patienten, der durch einen Kehrichtwagen überfahren worden war. Namentlich da, wo tiefgehende Gewebeschädigung durch Granatsplitter zu Nekrose geführt hat, kann eine ganze Extremität im Verlaufe weniger Stunden unter Gasentwicklung erschreckend rasch zerfallen. In dem abgestorbenen Gewebe findet der Gasbazillus einen günstigen Nährboden: die Muskelmassen werden gangränös, die Gefäße mit eitrigen Thromben verstopft, die Haut verfärbt sich blauschwarz und grünlich; überall entstehen Gasblasen. Und ist man mit der Amputation nicht rasch bei der Hand, so ist der Tod durch Allgemeininfektion unter den Erscheinungen schwerster Sepsis unabwendbar. Bei frühzeitiger Erkennung der Gasphlegmone kann ein Versuch mit breiter Spaltung des Herdes und Sauerstoffzufuhr in Frage kommen, da der Bazillus des malignen Ödems anaerob ist, d. h. nur unter Sauerstoffabschluß gedeiht. Als allgemeine Regel hat aber zu gelten: Lieber ein Glied opfern, als das Leben aufs Spiel setzen!

Nachdem die Gegengiftbehandlung in den ersten Kriegsjahren versagt hatte, ist ein wie es scheint wirkungsvolles Gasbrandserum erst in den letzten Monaten des Krieges gefunden worden. Namentlich Sauerbruch hat mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die primäre Gewebeschädigung eine wichtige Voraussetzung ist für die Entwicklung des Gasbrandes und der Wundfäulnis. Durch Freilegung des ganzen Verletzungsgebietes und Abtragung aller veränderten oder abgetöteten bis auf die gesunden Gewebe ist es ihm in der Folge gelungen, des Gasbrandes bei seinem Armeekorps Herr zu werden.

Wesentlich abgekürzt wurde der Heilungsprozeß sehr ausgedehnter Verwundungen durch die Sonnenbehandlung . . . vor einem Jahre hat uns ja Dr. Bernhard aus St. Moritz, meiner Einladung Folge leistend, an dieser Stelle in Bild und Wort die Vorteile seiner systematisch durchgeführten Sonnenbehandlung vorgeführt.

Neben der Sicherheit der Wundbehandlung ist das Vermeiden der Schmerzempfindung die wichtigste Forderung, deren Einlösung die Chirurgie dem 19. Jahrhundert verdankt. Asepsis und Narkose sind die Grundlagen, auf denen das schöne Gebäude der modernen Chirurgie sich erhebt. In der Vorrede zu Dieffenbachs berühmtem Lehrbuche der operativen Heilkunde lesen wir noch (1846): „Die Operation geschieht unter dem Geschrei der zu Verstümmelnden." Von beidem ist keine Rede mehr: die heutige Chirurgie verstümmelt nicht mehr, sondern sie erblickt ihre Aufgabe in der Erhaltung. Und daß sie dieser konservativen Aufgabe gerecht werden kann, verdankt sie der Narkose und der Lokalanästhesie. Die Technik der Lokalanästhesie ist durch den Krieg zum Allgemeingut des chirurgisch tätigen Arztes verbessert und ihr Indikationsgebiet derart erweitert worden, daß sie heute geradezu Mode geworden ist. Ich habe Kriegslazarette besucht, in denen sozusagen nicht mehr narkotisiert, sondern alle Eingriffe in örtlicher Betäubung ausgeführt wurden. Dies erscheint mir als unrichtig und übertrieben, wenn ich auch gerne zugebe, daß die Lokalanästhesie sich bei Schädelverletzungen und namentlich auch bei der Behandlung von Kieferschüssen wunderbar bewährt hat: am Kopfe, also gerade einem Gebiete, in dem der Narkose ganz besondere Nachteile anhaften. — Jedenfalls aber gehören gewisse Auswüchse der Leitungsanästhesie — hohe Rückenmarksanästhesie, Splanchnikusanästhesie — nicht zum Gebiete der Chirurgie, sondern in dasjenige der experimentellen Pathologie. Unter der Voraussetzung, daß die Narkose gut und sorgfältig geleitet, mit Äther, nicht mit Chloroform ausgeführt wird, kommt ihr meines Erachtens die Hauptaufgabe, der Lokalanästhesie ein beschränkteres Gebiet zu. Interessant war die Beobachtung, daß bei schwerer Erschöpfung eines Verwundeten schon mit ganz kleinen Ätherdosen völlig schmerzlos operiert werden konnte.

Die dritte fundamentale Entdeckung, die das 19. Jahrhundert der Chirurgie gebracht, ist diejenige der Röntgenstrahlen. Den Verwundeten aller kriegführenden Nationen ist diese Entdeckung des kürzlich verstorbenen großen deutschen Gelehrten Wilhelm Röntgen segensreich zugute gekommen! Für keine Disziplin spielt sie eine so wichtige Rolle wie für die Chirurgie; wir können uns die Chirurgie ohne Röntgenstrahlen heute kaum mehr denken.

Wie mühsam konnte z. B. früher gelegentlich eine Nierensteindiagnose sein; wie leicht ist sie heute! Die Wunder der Röntgenuntersuchung sind eine unendlich wichtige Ergänzung der klinischen Beobachtung. Im Kriege und nach demselben haben die X-Strahlen natürlich die größte Rolle gespielt bei der Entfernung von Fremdkörpern, Geschossen, Sekundärprojektilen, z. B. Splittern von Armband- oder Taschenuhren, denen das Geschoß seine

lebendige Kraft mitteilt und die infolgedessen wiederum als Geschosse wirken. Dadurch sind denn auch die Methoden der Tiefenbestimmung bedeutend verbessert worden. Denn die Anforderungen an die Röntgentechnik wurden so enorm, daß z. B. v. Eiselsberg in Wien sich durch Holzknecht einen eigenen Operationssaal hat bauen lassen, für den die ganze Röntgeninstallation im Souterrain, die Röntgenröhre in einem Kasten unter dem Operationstische angebracht ist. Die Entfernung der Kugel, der Knochensplitter in der Nähe eines gefährdeten Organes geschieht auf diese Weise unter ständiger Kontrolle durch das Röntgenlicht.

Auch der Begriff der ruhenden Infektion, der Tatsache, daß Fremdkörper monate- und jahrelang einheilen und erst in der Folge Anlaß zum Aufflackern eines infektiösen Prozesses geben können, ist durch die Kriegsbeobachtungen präzisiert worden. Dieser Tage noch habe ich einen großen Granatsplitter entfernt, der sechs Jahre lang reaktionslos eingeheilt erst jetzt zu einem tiefen Abszeß und dadurch zu der Notwendigkeit seiner Entfernung geführt hat.

Wenn wir nun an einzelne Gebiete der Chirurgie herantreten und zunächst an die Hirnchirurgie denken, so kommt uns da in erster Linie der Name Bárany auf die Zunge. Als ich mich, wenige Jahre vor dem Kriege, auf den Wällen Przemysls erging, da machten die in der Sommersonne träumenden Werke den Eindruck tiefsten Friedens. Kein Mensch hätte ahnen können, daß diese in tiefer Vergessenheit schlafende Grenzfestung eines so nahen Tages so furchtbar heiß umstritten werde.

Nachdem die russischen Einfallsarmeen mit gewaltiger Übermacht den Durchbruch von Rawa-Ruska erzwungen hatten, nahmen die 4., 5. und 8. russische Armee die Verfolgung des österreichischen Heeres auf, während ihre 3. Armee Przemysl und Jaroslau belagerte. Das brennende Jaroslau wurde in der Nacht auf den 21. September 1914 von der Besatzung geräumt, Przemysl mit starken russischen Kräften eingeschlossen. Die Eroberung der wichtigen Sanfestung schien der größten Opfer wert; sie wurde gestürmt und immer wieder gestürmt. Am 2. Oktober verlangte Radko Dimitrieff ihre Übergabe. Er erfuhr durch Kusmanek eine scharfe Ablehnung: der Verteidiger war entschlossen, die Festung bis zum letzten Mann zu halten. Dimitrieff hatte keine Zeit zu verlieren, da vom Njemen her Hindenburg in überraschenden Eilmärschen Entsatz brachte. Nach schwerer Beschießung erfolgte Angriff auf Angriff, Sturm auf Sturm. Während Sperrfeuer russischer Artillerie den Todesgürtel um das Werk legte, gelang es am 9. Oktober einem russischen Bataillon, nachdem drei Bataillone hintereinander an derselben Stelle zerschellt waren, den letzten Wall zu überrennen und in die zerschossene Festung einzudringen. Das eingebrochene Bataillon wurde nach dreistündigem Verzweiflungskampf im Innern der Festung niedergemacht. Am gleichen Tage mußte die Belagerung abgebrochen werden, denn schon wurden die Spitzen Hindenburgs sichtbar, der — nach der Vernichtung des russischen Heeres bei Tannenberg und nach dem Siege über die Armee Rennenkampf an den masurischen Seen — ohne Atem zu schöpfen in Gewaltmärschen durch die Sümpfe Südpolens heraneilte. Während aus Galizien herauf unerwartet wieder österreichischer Kanonendonner hörbar wurde ....

In der Hölle dieser so wütend umstrittenen Festung nun stand Bárany unermüdlich am Operationstische und fand Zeit und Mut und Nervenstärke, der Behandlung schwerer Schädelschüsse und Hirnverletzungen seine ganze Aufmerksamkeit zu widmen und neue Wege zu weisen.

Es sind namentlich die Spätkomplikationen der Hirnverletzungen gefürchtet: 10% der Hirnverletzten erkranken in der Folge an schwererer oder leichterer Epilepsie; nach Tuffier und Gillain wurden außerdem unter 6664 Hirnverletzungen 94 Fälle von Hirnabszeß beobachtet, während Meningitis und Meningo-Encephalitis sich in der Regel bei ihrem Auftreten der Hirnverletzung unmittelbar anschließen, seltener als Spätkomplikation auftreten. Die früher übliche Tamponade, Drainage und höchstens partielle Okklusion ersetzte Bárany durch eine primäre aktive Wundversorgung mit Exzision der geschädigten Gewebe und primärem vollständigen Wundverschluß; wodurch er vielen der genannten sekundären Komplikationen vorzubeugen vermochte.

Ich mußte mit zwei Worten ein Bild des Krieges heraufbeschwören, um die Tat Báranys ins helle Licht zu setzen. Gerade in diesem Kriege waren die Schädel- und Hirnverletzungen ganz besonders häufig infolge des Schützengrabenkampfes, der ja auch zur Neuerfindung des Stahlhelms führte. Und gerade bei der Behandlung der so furchtbaren Schädelschüsse darf diese Errungenschaft des Krieges, darf das aktive Vorgehen, die frühe sofortige Trepanation, die sorgfältige Toilette der Wunde, die Ausschneidung der zersetzten Hautränder, Glättung der Hirnhäute, Entfernung der losen Knochenstücke und des zertrümmerten Hirngewebes mit tunlichstem Verschluß der Haut, der früheren exspektativen Therapie gegenüber als ein wichtiger Kriegsgewinn gebucht werden.

Für das Rückenmark waren neu die eigentümlichen Beobachtungen typischer, ganz schwerer Rückenmarkserscheinungen, bei denen die Laminektomie keine nachweisbare Beschädigung des Rückenmarks ergab, wobei es sich also nicht um direkte Verletzungen, sondern um bis dahin unbekannte Fernwirkungen handelte. In Fällen, wo das drückende Projektil oder Knochensplitter Lähmungen der unteren Extremitäten, der Blase, verursachten, konnten durch Entfernung derselben an Wunder grenzende Heilungen erzielt werden, falls das Rückenmark noch nicht zu schwer geschädigt war.

Lebendig stehen vor meinem geistigen Auge die ersten Opfer von Granatexplosionen, die ich 1914 ohne jede äußere Verletzung mit vollständiger Lähmung der unteren Extremitäten sah. Unvergeßlich der Eindruck — es war 1915 im glanzberauschten Theater von Budapest —, den mir solche Explosionsopfer mit allgemeiner Ataxie, jugendschlanke kräftige Offiziere, machten, die mit dem ganzen Körper bebten und stotterten wie Greise. Diese Erscheinungen, ein ganz neues Krankheitsbild, werden als Luftdruckkontusionen gedeutet; Extension und Korsettbehandlung haben sich als die Heilmittel erwiesen. Wie enorm der Luftdruck sein kann, illustriert eine freilich nach Münchhausen klingende Beobachtung (v. Eiselsberg), wonach ein englischer Offizier durch eine hinter seinem Graben platzende Granate nicht verletzt, aber durch den Luftdruck bis in den deutschen Graben herübergeschleudert wurde, wo er unverletzt landete.

Die zahllosen Schußverletzungen der Nerven haben zunächst unsere Erfahrungen mit der Nervennaht bereichert. Im allgemeinen brachte diese eine große Enttäuschung. Zwar sind namentlich für den nervus radialis, der durchschossen war und durch Naht wieder vereinigt wurde, eine ganze Reihe günstiger Ergebnisse bekanntgeworden. Dagegen haben die verschiedenen sinnreichen Methoden zur Deckung von Nervendefekten, die Transplantation, die Überleitung, die Einschaltung der Nerven die Erwartungen nicht befriedigt.

Im Winter 1914/15 nahm ich in deutschen Lazaretten wahr, wie Patienten mit Neuritis nach Schußverletzung die Hände der intensiven Schmerzen wegen in Eiswasser steckten. Ich erinnerte mich der Beobachtung des französischen Kriegschirurgen Larrey, der Napoleon I. auf seinen Feldzügen begleitete und dem es aufgefallen war, daß die nach der Schlacht von Eylau in grimmigster Winterkälte ausgeführten Amputationen ganz auffällig schmerzlos waren. Ich habe daraufhin 1915 Nerven, Gefäße, Muskeln, verschiedene Organe experimentell am Tiere durch Gefrierung mit Chloräthyl funktionell ausgeschaltet und — da deren histologische Beschädigung eine auffällig geringe war — 1916 die Frage aufgeworfen, ob durch diese Gefrierung auch ein praktischer Nutzen, ob eine direkte zeitweise Ausschaltung oder eine dauernde „Umstimmung" von Geweben und Organen zu erzielen sei. Diese Frage haben Trendelenburg und Perthes bejahend beantwortet, und es sind in der Folge bei Neuralgien mit der Gefriermethode schöne Ergebnisse erzielt worden. — Weitaus am wichtigsten waren aber die durch die so zahlreichen Nervenverletzungen ermöglichten oder veranlaßten Untersuchungen über den Verlauf der sensibeln Fasern im Nervensystem, sowie das Studium des Zusammenhangs von Nervensystem mit Entzündungsprozessen und trophischen Störungen. In Deutschland gipfelten diese Untersuchungen in den Arbeiten von Stoffel, in Frankreich in denjenigen von Leriche.

Wie Sie alle wissen, ist unser Gehirn die Zentralstation und dessen Hauptbahnkörper das Rückenmark. Von diesem gehen die Nervenlinien ab, die doppelsporig zentrifugal motorisch, zentripetal sensibel, die letzteren dem Gehirn Gefühlsempfindungen übermitteln, während sich das Gehirn als Direktive der motorischen Nerven zur Exekutive bedient.

Außer diesem Hauptsystem besteht ein zweiter Nervenapparat, der Sympathikus. Die Kenntnis des letzteren hat sich in den letzten Jahren so erweitert, daß neben dem zentralen Nervensystem ein zweites, das vegetative Nervensystem, ausgebaut worden ist.

Leriche, der schon 1913 den Gedanken an eine künstliche Unterbrechung der Reizleitung durch periarterielle Sympathiektomie konzipiert hatte, sah sich durch den Krieg in die Lage versetzt, den Gedanken zur Tat zu verdichten. Und so sind wir heute durch die Operation von Leriche imstande, eine Reihe von trophischen Störungen operativ zu heilen, denen wir früher rat- und machtlos gegenüberstanden.

Morgenrot, Morgenrot,
Leuchtest mir zum frühen Tod:
Heute noch auf stolzen Rossen,
Morgen durch die Brust geschossen.

Hat das Reiterlied oder haben die Erfahrungen der Kriegschirurgen recht, welche die Brustschüsse zu den leichteren Verletzungen rechnen wollen? Leider das Reiterlied! Denn es ist früher übersehen worden, ein wie großer Teil der Thoraxverletzten den unmittelbaren

Tod auf dem Schlachtfelde findet. Und daß eben nur ein Bruchteil dieser Verletzungen in die Behandlung des Chirurgen kommt. In den Vogesenkämpfen untersuchte Sauerbruch die Gefallenen auf ihre Verletzungen. Von 300 auf dem Schlachtfelde liegenden Soldaten hatten 112 Brustschüsse, also ca. 30%.

Aber auch bei den Überlebenden waren — namentlich durch Infektion bedingte — Komplikationen, die sekundär zum Tode führten, überaus häufig. Auch auf diesem Gebiete wurde daher die frühere exspektative Behandlung in der Folge verlassen. In der französischen Armee sank die Gesamtsterblichkeit der Verletzungen des Thorax unter der operativen Behandlung von 45% auf 10%, sobald die Erkenntnis sich durchgerungen hatte, daß Wunden der Brustwand und der Lunge nach denselben Grundsätzen zu behandeln sind wie alle übrigen Kriegsverletzungen: Toilette mit Entfernung von Fremdkörpern, zerfetztem Gewebe, Knochensplittern, Stillung der Blutung. Dies alles womöglich unter Lokalanästhesie.

Die Eröffnung der Brusthöhle bietet bekanntlich die Gefahr des Zusammensinkens, des Kollapses der Lunge durch den Druck der in die Brusthöhle eindringenden Luft. Der daraus resultierende Pneumothorax erschwert die Atmung; es muß daher weiteres Eindringen von Luft zunächst verhindert, die unmittelbare Lebensgefahr durch möglichst frühzeitigen hermetischen Schluß der Wunde beschworen werden. Bei Unmöglichkeit eines einfachen Nahtverschlusses infolge zu großer Bresche wurden durch luftdichte Einnähung der Lunge in die Lücke gute Erfolge erzielt, und bei großen Eingriffen in der Brusthöhle stellte sich das Sauerbruchsche Druckdifferenzverfahren als eine sehr bedeutende Errungenschaft heraus. Stets allgemeiner kamen Überdruckapparate zur Verwendung, welche die Lunge am Zusammensinken hindern, und in der Folge werden die deutschen Lazarette ganz allgemein mit Druckdifferenzapparaten ausgestattet.

Der tägliche Umgang mit der verletzten Lunge, die tägliche Übung in der Lungenchirurgie haben der Friedenschirurgie ganz neue Gebiete erschlossen: bestimmte Formen kavernöser Lungentuberkulose mit ihrer früher so trüben Prognose gelingt es heute zu teilen; die Eröffnung der Lungenabszesse ist sicherer und erfolgreicher geworden; die Exstirpation ganzer Lungenlappen wegen Tumoren und Bronchiektasien wird zurzeit zu einer typischen Operation ausgebildet, ich darf Sie an den Eindruck weckenden Vortrag erinnern, den Sauerbruch, meiner Einladung in liebenswürdigster Bereitschaft entsprechend, im vergangenen Winter über diese neuesten Fortschritte der Lungenchirurgie hier an dieser Stelle gehalten hat.

Sind die Lungenschüsse glatt, mit kleiner Ein- und Ausschußöffnung, so verlaufen gewiß viele derselben recht harmlos; auf der „Lungenstation" meines Freundes Siegert, Köln, sah ich eine Reihe solcher völlig glatt verlaufender perforierender Schußverletzungen. Doch dies darf leider nicht als die Regel, sondern muß als die Ausnahme betrachtet werden.

Für die Herzchirurgie gilt dasselbe wie für die Lungenchirurgie. Naht von Herzschüssen, Entfernung von Geschossen aus dem Herzmuskel haben auch dieses Organ in die Interessensphäre des Chirurgen gebracht. Kaiserin Elisabeth von Österreich, die vor zwanzig Jahren einer Stichverletzung des Herzens, dem Dolchstoß eines Mörders zum Opfer fiel, würde heute wahrscheinlich gerettet werden!

Die Naht der Blutgefäße wurde vor dem Kriege fast ausschließlich experimentell, nur im Tierversuch ausgeübt. Die am Tiere gewonnenen Erfahrungen wurden im Kriege auf den Menschen übertragen; sie konnten zum ersten Male in großem Maßstabe praktisch erprobt werden; die Gefäßnaht Carrels hat diese Probe glücklich bestanden. Die nützlichste Verwendung fand sie bei den durch Arterienverletzung entstandenen traumatischen Aneurysmen, die ja in der Friedenspraxis nur ganz vereinzelt beobachtet werden. So hat Küttner bei 131 Gefäßnähten großer Arterien nur zwei Todesfälle zu verzeichnen. Die zirkulare Naht der wegen Aneurysma resezierten A. carotis ist eine Errungenschaft der Kriegschirurgie.

Nicht nur dem Mediziner kann ich zurufen, daß die Briefe von Theodor Billroth, dem großen Chirurgen, dem großen Menschen, ein ganz besonders wertvolles Buch sind. Als ich während der Ferien konsultierender Chirurg an den Lazaretten von Trier war, gehörte das schöne Buch zu meinem Reisegepäck; am späten Abend meiner Ankunft griff ich zu ihm, und so — ärztlich wie menschlich — fesselnd ist es geschrieben, daß ich es, fertig gelesen, erst aus der Hand legte, als schon der Morgen durch die Scheiben schien. Das Verständnis für viele seiner Kriegserfahrungen — so z. B. für die „doch ich darf meine Kranken nicht verlassen; es ist die schwerste Zeit, die Zeit der starken Blutungen infolge des Eiteranfressens der großen Adern!" — ist uns erst durch den Krieg wieder aufgegangen. Denn wir hielten die septischen Nachblutungen eigentlich für einen überwundenen Standpunkt.

Auch die Bluttransfusion, die im Kriege namentlich zur Bekämpfung des akuten Blutverlustes und des Shoks vielfach angewandt wurde, ist durch den Krieg wieder zu einem

Ansehen gekommen, das sie verloren hatte. Der Krieg hat gelehrt, daß Blut eben doch etwas anderes ist als Wasser und „ein ganz besonderer Saft". Überdies ist die Technik der Transfusion vereinfacht und verbessert worden.

Als ich vor 40 Jahren in München studierte, war die Bauchchirurgie noch in ihren Anfängen und machte in ihren Kinderschuhen ihre ersten ängstlichen Gehversuche. Ich sah damals bei dem berühmten Nußbaum während eines ganzen Semesters nicht so viele Eröffnungen der Bauchhöhle, wie wir sie heute an einem Tage auszuführen gewohnt sind. Und während heute die Laparotomie zu einem gefahrlosen Eingriffe geworden ist, sah ich damals keinen der operierten Patienten den Eingriff überleben.

Aus dem Burenkriege nun hat Mac Cormac für die Bauchschüsse die Doktrin nach Europa gebracht: „Die Bauchverletzten, die man operiert, sterben, die nicht operierten bleiben eher am Leben". Der Satz wurde zum geflügelten Wort, obschon er den Erfahrungen der Friedenspraxis nicht entsprach, und es sind denn auch 1914 die Chirurgen aller Länder ins Feld gezogen unter dem Eindruck der These Mac Cormacs. Aber diese Auffassung hat sich sehr bald als eine Irrlehre erwiesen und es hat sich immer bestimmter herausgestellt, daß die Friedenserfahrung zu Recht besteht; die Auffassung, die bei jeder perforierenden Bauchverletzung die grundsätzliche Laparotomie fordert. Im Laufe des Krieges hat sich mit absoluter Sicherheit ergeben, daß nur ein aktives Vorgehen, die frühzeitige, mit „Nottoilette" des Peritoneum kombinierte Darmnaht bzw. Darmresektion den Verletzten rettet. Durch die Anwendung dieses Friedensgrundsatzes auf die Kriegschirurgie wurde die anfängliche Sterblichkeit der perforierenden Bauchverletzungen von 80% auf 50% zurückgebracht; in der Folge wurde vielfach in unmittelbarer Nähe der Front laparotomiert, wie ich denn schon zu Beginn des Krieges möglichst vorgeschobene „Laparotomiestationen" gefordert hatte.

Je weiter hinter der Front, desto fehlerhafter wird eben die Statistik auf Kosten der Wirklichkeit, und zwar zugunsten des Ergebnisses, da viele der Darmverletzten schon vorher ihrer Verletzung erlegen sind. Die Frage, ob Bauchschüsse konservativ oder operativ zu behandeln seien, konnte daher nur von den Frontärzten entschieden werden. Sie ist heute unumstößlich zugunsten der Laparotomie gelöst: alles kommt darauf an, daß die Bauchverletzten möglichst früh der Operation zugeführt werden. Nach 12 bis 14 Stunden soll man sich nur noch bei ganz gutem Allgemeinzustand zum Eingreifen entschließen, sonst ist der Eingriff bereits aussichtslos geworden. — Da sehr oft multiple Darmverletzungen vorliegen, muß breit laparotomiert und der ganze Darm rasch revidiert werden, sonst wird zu leicht ein Loch übersehen.

Der Grabenkrieg hatte zur Folge, daß — ganz anders wie im Bewegungskriege — der Kopf am meisten exponiert war, so daß Gesichts- und namentlich auch schwerste Kieferverletzungen sich furchtbar häuften. Die Zahl der Kieferverletzungen und ihre schweren ästhetischen und funktionellen Folgeerscheinungen nötigte zu besonderen ärztlichen Maßnahmen; hier mußte Rat geschaffen werden! Und wirklich: Hilfe wurde den traurig Verstümmelten gebracht, dadurch daß sich Chirurgie und zahnärztliche Technik die Hand reichten. Es kam zur Errichtung eigener „Kieferstationen", deren bekannteste wohl diejenige in Düsseldorf wurde. In diesem, ausschließlich für Kieferverletzte bestimmten Düsseldorfer Lazarette arbeiteten der Zahnarzt Professor Bruhn und der Chirurg Dr. Lindemann zusammen und entwickelten es zu einer hohen Schule zahnärztlicher Chirurgie, für Prothetik wie für operative Plastik.

Auf diesem Gebiete sind besonders bedeutende Fortschritte erzielt, das früher so trostlose Schicksal dieser grauenhaft Verstümmelten mit ihrem erschreckenden Anblick, ihren Sprach- und Ernährungsstörungen ist beschworen, dem Verletzten ein menschenwürdiges Dasein zurückgegeben worden. Die daraus resultierenden Fortschritte der plastischen Chirurgie sind auch der Friedenschirurgie bei Gesichtsverletzungen, namentlich aber bei eingreifenden Krebsoperationen zugute gekommen.

Welche fundamentalen Veränderungen die Chirurgie der Extremitäten, der Knochen und Gelenke seit 1870 durchgemacht hat, wird am grellsten beleuchtet durch die folgende Stelle des Tagebuches von Reichwald: „Als ich in die Dorfkirche von Spichern eintrat, die zu einem Feldlazarett eingerichtet war, bot sich mir ein Anblick dar, den ich nie vergessen werde. Das erste, was ich sah, waren mehrere große Operationstische, an denen wohl ein Dutzend Ärzte ihres schweren Amtes walteten und Amputationen vornahmen. Links an der Türe standen bereits gegen 50 amputierte Unterschenkel, rechts an der Türe 20 ganze Beine, wie Holzstücke an die Wand gelehnt."

Bei Gelegenheit einer Konsultation mit dem Nestor der deutschen Chirurgie Ernst v. Bergmann in Kieff vor 30 Jahren begleitete ich ihn zu seinem Altpatienten General Dragomirow.

— Unvergeßlich ist mir die lebhafte Schilderung Bergmanns geblieben, wie er 1877 im Russisch-Türkischen Kriege mit seiner großen chirurgischen Erfahrung den russischen Militärärzten zu Hilfe eilte. Trotzdem er schon damals einen internationalen Namen hatte, wurde er von den russischen Kollegen nicht besonders freundlich empfangen. Da traf bei der Belagerung von Plewna den russischen General Dragomirow ein Granatsplitter ins Kniegelenk. Die Lage der Russen vor Plewna war kritisch, die Verantwortung der Chirurgen enorm; Bergmann wurde herbeigerufen. Er verzichtete auf jeden Eingriff und schützte die Wunde einfach durch einen sterilen Okklusivverband vor Sekundärinfektion, wie er dies schon früher gelehrt hatte. Dragomirow heilte tadellos und das Beispiel wirkte so frappant, daß die Extremitätenchirurgie vielleicht zu extrem konservativ wurde. Ist früher zu viel, in diesem Kriege ist eher zu wenig amputiert worden. Namentlich jüngere Chirurgen fürchteten das Odium einer Verstümmelung. Doch muß natürlich die Rücksicht auf die Erhaltung des Lebens in die erste Linie, diejenige auf die Erhaltung einer Extremität in die zweite Linie treten!

Die letzten Vorkriegsjahre hatten für die Amputationstechnik das Ergebnis des tragkräftigen Amputationsstumpfes gebracht, das wesentlich das Verdienst Biers ist. Bier erreichte dies Ergebnis durch Abschluß der Markhöhle mit seinem Knochendeckel, ich mit einem künstlichen Brückenkallus durch Hinüberklappen der Fibula, Wilms mit der tendinoplastischen, Bunge mit der aperiostalen Methode. Kaum war diese Lösung gefunden, so wurde das Problem wieder anders, das Ziel höher gestellt durch Sauerbruch, der uns gelehrt hat, durch Benutzung der Muskulatur des Amputationsstumpfes der Prothese, der künstlichen Hand, willkürliche Beweglichkeit zu verleihen. Viele von Ihnen werden sich an den schönen Vortrag meines früheren ersten Assistenten Professor ten Horn, zurzeit Oberarzt an der chirurgischen Klinik in München, über die künstliche Hand sowie an seine überzeugenden Demonstrationen erinnern. Bei einem Besuche der chirurgischen Klinik in München sah ich im vergangenen Sommer eine Krankenschwester, die nach Amputation des Vorderarms wegen Tuberkulose mit ihrer Kunsthand nicht nur Verbandstoffe in äußerst geschickter Weise vorbereitete, Binden wickelte usw., sondern sogar nähen und feine Handarbeiten verrichten konnte!

*

Alles ist in ewigem Flusse, so auch die Chirurgie. Aus einem, oft Jahrhunderte lang versickerten Bächlein ist sie ein Strom geworden, der auf seinem breiten Rücken manch stolzes Schiff trägt mit gesicherter Fracht; und daneben manch ein Segel, das durch den Wind der Hoffnung gebläht in die Zukunft Kurs nimmt.

Die Zukunft der Gemeinschaft aber ist heute dunkler als je. Hat die Menschheit denn aus der fruchtbaren Lektion des Krieges nichts gelernt?

Für den Einzelmenschen gilt jedenfalls die Losung, daß jeder in der Erfüllung seiner Arbeit seine Zukunft sucht. Am Tage von Sedan hat ein französischer Bauer in einem nahen Tale, unbekümmert um Kanonengebrüll, mit einem weißen Pferde seinen Acker gepflügt; und wenn die Welt stürzte, er hielt es für seine Pflicht, seinen Acker zu bestellen. Und haben wir nicht das Vorbild des größten Niederländers vor uns? 1662 war Rembrandts ökonomische Lage so aussichtslos geworden, daß er sogar an den Verkauf von Saskias Grab denken mußte, um das Grab von Hendrike zu bestellen. Er arbeitete weiter, unermüdlich, und sein Werk wurde durch das Leid nur größer und edler. — Damit aber ein jeder Einzelne seiner Arbeit, ein jeder nach dem ihm zugeteilten Pfunde den Anforderungen, die das Leben an ihn stellt, gerecht werden kann, muß zunächst dafür gesorgt werden, daß der junge Mann nicht durch die Schulstube geschwächt, durch die Examen erschöpft an seine eigentliche Lebensaufgabe herantritt. Das Leben ist nicht für die Schule, die Schule ist für das Leben da!

Wir haben seinerzeit gehofft, daß einmal unsere Kinder in der Schule nicht mit dem ganzen, vielfach so überflüssigen Ballast beschwert würden, mit dem wir geplagt worden sind. — Jedenfalls hat die Schule dafür zu sorgen, daß die Kinder nicht überbürdet, nicht nervenkrank werden, dann brauchen wir weniger Nervenheilanstalten zu bauen. In dieser Richtung, glaube ich, können wir Kontinentalen viel von den englischen Erziehungsmethoden lernen.

Für die Allgemeinheit, für die Völker aber stellt sich als die dringendste Erkenntnis, als die furchtbarste Kriegslehre wieder einmal die Kardinalfrage, ob wirklich Goethe in alle Ewigkeit recht haben soll mit seinem Satze: „Seitdem es eine Geschichte gibt, haben die Völker einander gequält und gemordet und allem nach werden sie es so treiben, solange es eine Geschichte geben wird.“ Ob Hegel recht behalten soll, „daß niemals ein Volk von der Geschichte gelernt hat“?

Als ein Wunder erscheint es, daß die Infektionskrankheiten, daß Typhus, Cholera, Pocken in diesem Kriege beherrscht, d. h. immer wieder lokalisiert, eingedämmt werden konnten.

Man wird sich erinnern, daß 1871 durch Gefangene aus dem nicht durchgeimpften französischen Heere in Deutschland Pocken eingeschleppt wurden und 100 000 Todesfälle zur Folge hatten. Niemals werde ich die Zeit vergessen, wie damals, nach Internierung der Armee Bourbakis in der Schweiz, mein Vater, Arzt in einem Schweizer Dorfe, Tag und Nacht zu Pferde saß, um die infektionskranken Internierten zu behandeln und die ihm anvertrauten Dörfer zu beschützen. So daß wir Kinder damals unseren Vater wochenlang nicht mehr zu Gesicht bekamen. Die streng durchgeführten Schutzimpfungen haben — ein Experiment in größtem Maßstabe — Kriegführende wie Neutrale wenigstens vor diesem Massenelend behütet.

Klingt es nicht wie eine donnernde Mahnung an die Menschheit, daß die drei Großen, denen wir am meisten zu verdanken haben, in der Erkennung und Bekämpfung dieser fürchterlichen Geißel des Menschengeschlechtes, der Infektionskrankheiten, die in früheren Jahrhunderten ganze Dörfer und Städte, ganze Täler ausrotteten, ein Engländer, ein Franzose, ein Deutscher waren: Jenner, Pasteur, Koch.

Als eine Mahnung, daß wiederum die Erkenntnis der „Wundinfektionen", die im Kriege 1870/71 noch — ein Jahrtausende altes ungelöstes Rätsel — Tausenden Leichtverwundeter das Leben kosteten, das Ergebnis völlig internationaler Zusammenarbeit ist. Denn diese Kenntnis der chirurgischen Infektion ist das segensreiche Ergebnis

der Arbeiten von Schultze, Schwann und Helmholtz über generatio aequivoca,
der Einsichten von Semmelweis über das Kindbettfieber,
der Forschungen von Pasteur über Gärung,
ihrer Übertragung auf die Flüssigkeiten des menschlichen Körpers durch Lister und
der Züchtung der Erreger der Wundinfektion durch Robert Koch.

Und erwächst nicht aus diesem, allein aus der jüngsten Geschichte der Medizin geholten Beispiele eine furchtbar ernste Mahnung allgemeiner Art: ein Appell an die Solidarität der Völker Europas!

Der Krieg hat die schweren Gewitterwolken, die sich Jahrzehnte lang über unserem Erdteil zusammengeballt hatten, zur Entladung gebracht. Jede Regierung, jedes Volk schreckte vor der ungeheuren Verantwortung eines Krieges zurück, aber schließlich sind alle durch die Verkettung tragischer Umstände wie durch die Gewissenlosigkeit einzelner führender Politiker das Opfer eines ungeheuren Schicksals geworden. Und für jede der kriegführenden Nationen wurden Schillers Worte Wallensteins zur furchtbaren Wirklichkeit:

„Wär's möglich, könnt ich nicht mehr, wie ich wollte?
Nicht mehr zurück, wie mir's beliebt? Ich müßte
Die Tat vollbringen, weil ich sie gedacht?"

Mit einem deutschen Freunde hatte ich 1914 für Ende Juli eine Ferienreise verabredet. Der drohenden Kriegsgefahr wegen schrieb ich eine Woche vorher ab, erhielt aber zur Antwort: „Kommen Sie bitte. 1911 war die Situation noch gefährlicher. Die Diplomaten werden die Gefahr auch diesmal beschwören. Niemand will den Krieg." Angekommen fand ich einen Abschiedsgruß meines Freundes vor, der Hals über Kopf als Heerführer ins Feld gerufen war, und fand eben noch Zeit, am Tage des Kriegsausbruches die Heimatgrenze zu passieren. So furchtbar rasch haben sich die Ereignisse überstürzt, daß ein Heerführer derjenigen Nation, der die Schuld am Kriege zugeschrieben wird, am Vorabend des Krieges noch Ferienträume träumte!

Europa hat zwei Jahre gebraucht, um den Frieden von Münster und Osnabrück zu schließen, der dem Dreißigjährigen Krieg ein Ende machte. Heute dauern die Verhandlungen bereits sechs Jahre und trotz 16 Friedenskonferenzen und Völkerbund ist ein wirklicher Frieden noch immer kaum in Sicht!

Im Jahre 404 v. Chr. beim Abschlusse des Peloponnesischen Krieges stand die griechische Welt schon einmal derselben Situation gegenüber wie Europa heute: die Entwaffnung Athens, die Auslieferung seiner Schiffe, seine territoriale Verstümmelung waren vollzogen — alles dies unter der Parole von Gerechtigkeit, Völkerbund und ewigem Frieden. Was ist aus Griechenland geworden!

Es ist doch selbstverständlich, daß ein wahrer Frieden der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen sein muß. Ebenso selbstverständlich ist es, daß eine moralische Abrüstung unendlich sicherere Garantien bietet als eine durch Gewalt erzwungene äußere Abrüstung und Vergewaltigung — oder Gebietserweiterung. Die Zahl und Namen der Reiche, die Alexander der Große eroberte, haben kein Interesse für die Menschheit. Die Namen seiner Generale sind vergessen bis auf denjenigen Parmenios. Als Alexanders Heere in der Wüste vor Durst verschmachteten, brachte dieser ihm Wasser in seinem Helm. Alexander schüttete es aus, er wollte es nicht besser haben als seine Soldaten. Diese Handlung lebt fort, ist unsterblich.

Die Not Europas ist eine gemeinsame. Gemeinsame Not, gemeinsame Gefahr fordern gemeinsame Abhilfe. Wenn ein Glied unseres Körpers in Verwesung übergeht, so geht der ganze Körper zugrunde: Europas Wohl und Wehe, Europas Schicksal wird ein gemeinsames sein. Nur gemeinsame Arbeit seiner Völker, nur gemeinsames Einstehen für die allgemeinen europäischen Interessen kann Europa vor einer neuen Katastrophe bewahren.

Möge Europa wieder zur Besinnung kommen; möge der Völkerbund die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen: aus dem Chaos, aus der allgemeinen Auflösung, aus den Nebeln der Gegenwart eine neue Schöpfung hervorbrechen, die Sonne des Friedens die alte Welt wieder durch ihren Glanz verjüngen.

Literatur: Th. Billroth, Briefe, hrsg. von Dr. Georg Fischer, 1895. H. v. Eiselsberg, Wie wurde die klinische Chirurgie durch die Erfahrungen des Weltkrieges beeinflußt? Vortrag. Wien. H. Küttner, Meisterwerke der Kriegschirurgie. Deutsche Revue, September 1917. O. Lanz, Oorlogs indrukken. Ned. Tydschr. v. geneesk., 1915. I. 6. F. Sauerbruch, Kriegschirurgische Erfahrungen. Vortrag am schweizerischen Chirurgentag. 4. III. 1916. H. Stegemann, Geschichte des Krieges. Deutsche Verlagsanstalt, 1917.

Aus dem deutschen Geistesleben

Zur Wiedergeburt Jean Pauls

Von Präsident Professor Dr. Friedrich Zahn in München

Am 2. August ds. Js. fand im Zusammenhang mit der letzten Aufführung des Losburgfestspiels eine Gedächtnisfeier zu Ehren von Jean Paul († 14. November 1825) in seinem Geburtsort Wunsiedel statt, bei welcher der Präsident unseres Statistischen Landesamts als engster Landsmann des Dichters die nachfolgende Festrede hielt. D. Schr.

Ehrt eure deutschen Meister, dann bannt ihr gute Geister! Unter dieser Losung hat der Bürgermeister und der Stadtrat von Wunsiedel uns alle hieher gerufen, hat ein prächtiger Chor uns eben bewillkommnet. Gerne sind wir der Einladung gefolgt. Mir persönlich ist es eine große Freude, nach langer Zeit die Stadt wieder zu begrüßen, in der ich durch meine Geburt, durch die vierzigjährige Lehrtätigkeit meines Vaters, durch die bürgerliche und ehrenbürgerliche Wirksamkeit meiner alteingesessenen mütterlichen Verwandten fest verwurzelt bin. Und eine besondere Freude ist es mir, gerade auf dem Platze und vor dem Hause zu stehen, wo sich meine ganze Kindheit abspielte, wo ich den Grund zu meiner Ausbildung legte, von wo aus ich mich für die Kunst, für die weltliche und kirchliche Musik unter Leitung meines Vaters zu begeistern lernte, von wo aus ich den Sinn für die Schönheit der Natur, den Sinn für die Worte: „Auf den Bergen wohnt die Freiheit, Kraft und Ausdauer“ in mir aufnahm. Angesichts dieser meiner geistigen und seelischen Herkunft ist es mir geradezu Herzensbedürfnis, auf dem mir wohlvertrauten Platze teilnehmen zu können an der Ehrung des Großen Sohnes unserer Stadt, an der Ehrung von Jean Paul.

Bekanntlich ist die Geschichte unserer Stadt keineswegs arm an bedeutenden Persönlichkeiten, die aus ihren Mauern hervorgegangen. Eine Reihe von Männern der Praxis und Wissenschaft, der Verwaltung und Wirtschaft mit bleibenden, über Ort und Zeit ihres Wirkens weit hinausragenden Verdiensten darf die Stadt Wunsiedel als die ihrigen in Anspruch nehmen. Ich erinnere nur an den großen Stifter Sigmund Wann, an den Theologen und Leipziger Buchdruckpionier Dr. Andreas Friesner, an den Historiker Pertsch, an die Familie Pachelbel, an die Familien von Apotheker und von Stadtphysikus Schmidt, an den großen Philologen Iwan v. Müller, an die berühmten Mediziner Dr. Tappert und Dr. Heß, an die Bürger Brandenburg, Meinel, Retsch, Ritter, Stoll.

Aber der Wunsiedler, welcher mit seinem Leben und Schaffen nationale, internationale, säkulare Bedeutung erlangt hat, ist Jean Paul. Schon bei Wiederkehr seines 100. Geburtstags zeigte sich dies. Es wird noch offenbarer werden bei den Ehrungen, die diesem Geistesgewaltigen anläßlich der Wiederkehr seines 100. Todestages zuteil werden. Wunsiedel tut gut daran, daß es diese Ehrung mit der heutigen Feier einleitet. Dem Gefühl der Liebe, Treue und Dankbarkeit gegen ihren edelsten Sohn weiht die Stadt diese Stunde, den heutigen Tag. Sie ehrt damit den Meister, aber auch sich selber, sie bannt zugleich gute Geister.

Weshalb ist Wunsiedel zu dieser Jean-Paul-Feier besonders berufen? Was ist Wunsiedel für Jean Paul? Was ist Jean Paul für Wunsiedel? Was ist unsere Pflicht?

„Ich bin gern in Dir geboren, Du Städtchen am langen hohen Gebirge, dessen Gipfel wie Adlerhäupter zu uns niedersehen ... Ich bin gern in Dir geboren, Du kleine, aber gute lichte Stadt." Wie aus diesem Selbstbekenntnis erhellt, schätzt Jean Paul sich glücklich, in einer kleinen Stadt aufgewachsen zu sein, wo die Individualität sich ganz anders entfalten und erschließen konnte als in einer alles übertäubenden Großstadt. Die lichte Stadt am Fuß des Fichtelgebirges ist ihm die Quelle für seinen lebhaften Natursinn, für sein schwärmerisches Gemüt. Die ganze Gegend unserer Mainlinie, wo ein herzenswarmer Süden an den rauheren graueren Norden grenzt, gibt seiner geistigen Einstellung ein unverkennbar ostoberfränkisches Gepräge. Selbst die harten Geistesbrocken, die unser Heimatdichter zu verdauen gibt, haben eine gewisse Verwandtschaft mit unserem Fichtelgebirgsgranit. Aber nicht bloß die Natur, auch unser Volkstum übt auf Jean Paul nachhaltigen Einfluß. Die schlichte, einfache, ja ärmliche Bevölkerung unserer Gegend, sie ist auch das Milieu, in dem Jean Paul geboren und aufgewachsen ist. Diese Herkunft erscheint ihm selber ein Vorzug. Nicht um viel Geld möchte er in der Jugend viel Geld gehabt haben. In ehrlicher Armut geboren zu sein und um des Lebens Notdurft in der Jugend arbeiten und kämpfen zu müssen, das betrachtet auch er als die beste Schule zur Entwicklung seiner Fähigkeiten. In der Tat hat er eine besondere Energie, eine vorbildliche Arbeitsamkeit aufgeboten, um sich eine gediegene Bildung zu verschaffen, die ihm dann die Basis gab zu so vielseitiger Entfaltung seiner Anlagen. Ja, er ist förmlich froh, daß er in kleinen Orten jung gewesen. Hier konnte er trotz der geistigen Saharawüste, die ihn z. B. in Joditz umgab, so manche ländlich-idyllische und romantische Eindrücke in sich aufnehmen. Hier wurde er vertraut mit dem Leben des Pfarrers und Schullehrers, dieser Kulturträger auf dem Lande. Und diesem Selbsterlebtem entstammt seine eigentliche Dichtersphäre, das kleinbürgerliche Leben, die Schul- und Pfarrhausidylle, die er später mit so anmutiger Kleinmalerei gezeichnet hat. Hier liegen die Wurzeln für seine spätere Volkstümlichkeit, von hier aus wird er wieder — nach Jahrhunderten — als Dichter der erste Sohn des Volkes, der erste Herold des erwachenden Volkstums. Diese Umwelt legt auch den Grund zu seiner Wahrhaftigkeit, zu seiner herzensreinen, warmen Liebe.

Und noch etwas wurde wichtig. An der Wiege des Dichters stand die heilige Cäcilie. Seine Seele, ähnlich der seines Vaters, war der Tonkunst überall aufgetan. Er lernt sie, übt sie mit Begeisterung aus. In ihr gibt er seinen Stimmungen Ausdruck, bevor er sie in Worte setzt. Musik beherrscht seine ganzen Empfindungen; ergreift ihn eine Empfindung so, daß er sie darstellen will, so drängt sie nicht nach Worten, sondern nach Tönen, und er will sie auf dem Klavier aussprechen. So durchdringt die Musikalität sein ganzes dichterisches Gemüt, gibt seiner Schaffenskraft die bekannte lyrische Färbung. Wie an jeder Kunst ein Erdgeruch bleibt, so betrachtet Jean Paul auch seine Kampfesfreude, seine Kunst, den Gegner zu stellen, als Erbe von der tapferen Art, die seine Geburtsstadtahnen gegenüber den Hussiten bewiesen. Er wünschte sich ähnliche Lorbeerkränze für seine Siege über literarische Gegner.

Indessen, „kein Mensch ist der bloße Widerschein seiner Verhältnisse. Er ist sein eigenes Licht, sein eigener Schein. Er gibt und leiht zweiten Schein". Jean Paul tut dies in reichstem Maße. Wohl gilt auch von ihm: „Und was man ist, das ist man anderen schuldig." Aber wie hat er mit diesen Pfunden gewuchert! Wie hat er Wunsiedel, wie hat er seinen anderen oberfränkischen Heimatorten vergolten, was sie ihm gegeben! Jean Paul entfaltet seine dichterischen Anlagen durch titanenhaften Fleiß zur höchsten Leistung. Seine philosophische, empfindsame und humoristische Seele verleiht ihm eine unerreichte Fähigkeit in der Charakterisierung von Personen und Szenen, in der reizvollen Gestaltung selbst des sprödesten Gegenstandes. In schärfster Willensdisziplin ringt er sich durch zu einem harmonischen Charakter, der keinen Zwiespalt kennt zwischen Kopf und Herz, ringt er sich durch zu jenem sittlichen Gleichgewicht, dessen Frucht ihn zum Apostel der Freude und des Humors machte, obschon er die Bitterkeit des Lebens bis zur Hefe gekostet hat. Seines Charakters Lauterkeit und Wahrhaftigkeit erschließt deutsche Herzlichkeit und Innigkeit, deutsche Herzensunschuld, deutsche treue Liebe. Sie stempelt den Meister zu dem lange Zeit bevorzugten Dichter der Freundschaft. Die Gefühlskraft, mit der seine ideenreiche Poesie die Tiefe der deutschen Volksseele erklingen läßt, sie macht Jean Paul zum musikalischen Dichter, vergleichbar der gehalt- und seelenvollsten Musik eines Richard Wagner. Durch seinen Höhenflug in das Reich der Ideale wie durch sein liebevolles Versenken in die Niederungen seiner Volksgenossen wird er im besten Sinn der völkische, der volkstümliche Dichter. Und ist auch in seiner Sprache und Schreibweise manche Überschwenglichkeit, manches Überladene und Unebene zu finden, so werden diese Mängel — wer wollte sie leugnen oder was ist vollkommen auf dieser Welt — doch wettgemacht durch glänzende Schön-

heiten, wie nur er sie in dieser Art besitzt, so zeugen auch sie nur von einem überquellenden Reichtum dieses gottbegnadeten Genies. Es entstehen in der Hand unseres Meisters Werke, viel gelesen und geschätzt von seinen Zeitgenossen, namentlich auch von den breiten Volksschichten — und zwar nicht bloß im Inland, sondern auch im Ausland, das diesen unübersetzbarsten aller Dichter in fast sämtliche europäischen Sprachen übertragen ließ, Werke, deren Gedanken und Stimmungen mehrfach von Komponisten wie Robert Schumann, Wilhelm Taubert, Karl Reinecke, Ernst Methfessel usw. in Musik gesetzt wurden.

So wurde aus dem Sohn unserer Stadt ein Geistesgewaltiger, dessen Berühmtheit damals der der anderen klassischen Heroen Goethe, Schiller usw. gleichkommt. Sein Name, sein Weltruf wirft auch einen Abglanz auf die im Zusammenhang mit dem Meister immer wieder genannte Geburtsstadt und führt Wunsiedel aus dem anspruchslosen Dunkel in den Glanz der großen Welt. Und seine Werke tun ein weiteres. Sie verewigen Natur und Menschen der hiesigen Gegend. Die mitteldeutsche Ackerbaustadt und das Dorf geben nicht selten den Ort der Handlung. Der Inhalt ist kleinbürgerlichen Kreisen entnommen. Das Schul- und Pfarrhausidyll spielt dabei eine vorwiegende Rolle. Gerade die gelungensten Gestalten, wie wir sie in seinen besten idyllischen Dichtungen finden, im „Quintus Fixlein", im „Leben des vergnügten Schulmeisterleins Maria Wuz in Auenthal", im „Leben Fibels", in den „Flegeljahren", sie sind herausgeboren aus dem Gebiet der damals weltverlorenen Heimat, ja sie muten geradezu an wie alte Wunsiedler von echtem Schrott und Korn. Sein Roman Siebenkäs ist eingereiht in die 30 bedeutendsten Romane der Weltliteratur, wie sie unlängst in einer besonderen Sammlung zusammengestellt sind (Epikon, Paul List, Leipzig).

Was uns aber in der Gegenwart an gewissen Werken von ihm besonders interessiert, das ist ihre nationale Einstellung. Als einziger der Dichterheroen seiner Zeit hat Jean Paul lebhaften Anteil an den wichtigen politischen Ereignissen der Zeitgeschichte genommen, als einziger hat er sich vom deutschen Unglück in den Tagen eines Napoleon rühren lassen. Er, der Dichter der Mühseligen und Beladenen, der Armut und der Verlassenheit, kann an der deutschen Not und des Volkes Elend nicht achtlos vorbeigehen. Nicht ohne eine Spitze gegen Goethes Heiterkeit und Eigenwilligkeit innerhalb der Unruhe der Zeit fragt er: „Welches ist der größere Weise, der, welcher sich über die Stürme der Zeit erhebt und sie, ohne zu handeln, nur beschaut, oder der von der Höhe herab sich kühn in das Schlachtengetümmel der Zeit wirft?" „Wahrlich, man kann nicht anders, und ich achte keinen Menschen, der sich jetzo bloß der Kunst zuwendet, ohne die Kunst selbst gegen die Zeit zu kehren." So rechtfertigt er seine inzwischen ausgeführten Taten im Jahre 1820. Sobald Napoleon gegen Preußen vorgeht, stellt Jean Paul sein dichterisches Wesen ganz in den Dienst der nationalen Sache. Es ist, als ob der Dichter plötzlich über der Not des Vaterlandes aus der Erdferne gerissen würde. Ein Jahrzehnt — von ca. 1795 bis 1805 — hatte er an seinen großen Romandichtungen Hesperus, Quintus Fixlein, Siebenkäs, Titan, Flegeljahre gearbeitet Nun opfert er während des nächsten Jahrzehnts seine dichterische Kraft fast restlos dem Vaterlande, dem deutschen Volke, dem Gedanken eines ewigen Weltfriedens. Ich sage ausdrücklich: „opferte". Denn er fühlt sich von diesem Tagesdienst oftmals als abgemüdet, wie einem Verdammten zumute „starr, trocken und kalt". Aber er will starr, kalt bleiben, bis das große Welt-(Europa-)Spiel gewonnen ist. Sein sonst so gefühlvolles Wesen wird ernst, der bisher so Sentimentale spricht plötzlich eine gerade, offene und harte Sprache. Aus dem Kosmopoliten wird ein begeisterter Patriot. Aber nicht in dem Sinn Patriot, daß er in hinreißender patriotischer Lyrik die deutsche Jugend für den Krieg begeistert, im Gegenteil, er kennt die Brutalität und Sinnlosigkeit des kriegerischen Geschehens seiner Zeit und verurteilt den Krieg. Jean Pauls patriotische Tat liegt vielmehr darin, daß er mit unverwüstlichem Optimismus das Volk in seinem Kriegsunglück tröstet, daß er ihm immer wieder neue Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zuspricht, nicht zuletzt aber darin, daß er dem Volke, den Regierenden und Regierten warmherzige Ratschläge erteilt, wie am besten an der deutschen Zukunft gebaut werden könnte.

Zahllose Gedanken, die er in seinen nun politischen Schriften von 1805 an ausspricht — in der Friedenspredigt, in den Dämmerungen für Deutschland, in den Fastenpredigten — machen den Eindruck, als seien sie für heute geschrieben. So fordert er in der Friedenspredigt 1808 mehr hoffend als klagend zunächst eine sittliche Läuterung und Erhebung der Deutschen als erste Bedingung ihres politischen Aufschwungs. Er verlangt innere Besserung, mehr Vertrauen auf eigene Kraft, Mäßigung des Luxus und alles Übermaßes in Lust und Selbstsucht, entschiedenes Streben nach echter Bildung des Herzens und des Geistes, vernünftige Regelung des Verhältnisses zwischen Regierung und Volk. Mit vertrauensvoller Begeisterung verfolgt er den Kampf seines Volkes gegen Napoleon. Als das Vaterland befreit ist, hält er ihm im Mai 1814 die Pflichten vor, die der Sieg ihm auferlegt: „In Regierung

und Volk erblühe das wechselseitige Unglück der Entbehrung und das wechselseitige Erkennen des gereiften Werdens zu einem neuen Leben, zu einem edlen Herrschen und Dienen, das Abstoßen zwischen Wehr-, Lehr- und Nährstande möge nun, seitdem auf dem Schlachtfelde die Herzen aller Stände Eine Brust dem Feinde und dem Tode entgegenpflanzten, in ein gemeinschaftliches Anziehen zur Vaterlandsliebe übergehen."

Dazu gehört nach Jean Paul, daß bei jedermann die Menschenwürde geachtet und hochgehalten werde. „Denke bei dem Bettler, dem ich gebe, ebensosehr an den Ehrenpunkt seines Ichs als bei anderen Menschen." Mit dieser sozial-ethischen Auffassung wird Jean Paul zum Dichter der Niedriggeborenen, der auch für die ärmsten Bürger die Menschenwürde vom Staat fordert, und setzt die Anfänge zu einer politisch-sozialen Literatur . Allen Menschen soll die gleiche Entwicklungsmöglichkeit ihrer Seele geboten werden. Aber die wenig Auserwählten gilt es zu heben und zu stützen, sie zu wirklichen Deutschen zu bilden. Denn keine Menge würde durch sich groß und frei oder weise werden, sondern nur durch einen oder einige. Von dieser Gesamtauffassung aus interessiert Jean Paul sich lebhaft für die Jugend. Immer wieder preist er die Herrlichkeit des jugendlichen Menschen — besonders tief empfunden im Titan, er prägt den Begriff „Ehrfurcht vor der Jugend". Seit 1805 ist ihm die tüchtige Erziehung der Jugend eine Hauptfrage seines Lebens, weil wesentliches Erfordernis für Aufschwung der Nation. Noch im vorgerückten Alter beteiligt er sich als alter Tribun der neuen jugendlichen Zeit, der ewige Jüngling unter unseren Dichtern, begeistert an der burschenschaftlichen Bewegung in der akademischen Jugend, die zum erstenmal die Folgerungen im großen Stil aus dem deutschen Freiheitskrieg zieht, und er läßt sich davon auch in der Zeit der großen Verfolgung der Burschenschaften nicht abhalten. Das Bekenntnis zum gemeinsamen Vaterland war ihm so selbstverständlich, daß er auf die Huldigung der Heidelberger Studenten die denkwürdigen Worte antwortete: „Wenn Sie mir als einem Deutschen Ihre Anerkennung zollen, so lasse ich das freudigst gelten, für den Dichter aber nehme ich das nicht an."

Die Erziehung und Ausbildung im deutschen Geist, das Bewußtwerden deutscher Geistesart, wie er es immer wieder mit Feuereifer verlangt, ist ihm wichtige Etappe auf dem Weg der staatlichen Einheitsbestrebungen, ist ihm bedeutsamer Fortschritt zur echten Volksgemeinschaft, zur deutschen Volkseinheit, auch zu der von ihm so sehr gewünschten Annäherung der beiden christlichen Konfessionen. Jean Paul, der ein Jahrzehnt andauernder Kriege miterlebt hat, liebt den Krieg nicht, aber er muß die Naturgegebenheit des Krieges bejahen. Mit seherischem Blick prophezeit er eine weitere nahe kriegerische Zukunft, aber auch eine fernere friedliche Zukunft. Im Vertrauen zur menschlichen Entwicklung, die zur allmählichen Überwindung des Krieges führen muß, schreibt er sogar in den Dämmerungen eine „Kriegserklärung gegen den Krieg". Nach seiner Überzeugung endet jeder künftige Krieg in einen immer höheren, kosmopolitischeren Friedensschluß. Die Völker werden sich in immer größere Staaten zusammenschließen — er spricht von einem Staatenbund und Föderativsystem der Erdkugel —, aber ein Gleichgewicht Europas genüge noch nicht, erst von einem Gleichgewicht der fünf Weltteile dürfe man sich Erfolg versprechen. Fürwahr, weitgreifende politische Reflexionen. Bei alledem bleibt Jean Paul immer Deutscher, weil er trotz aller Fehler und Mängel der Deutschen bestimmt an die geistige Weltmission der Deutschen glaubt. Im großen Nationalstaat erblickt er die Grundlage für die Weiterentwicklung der Völker. Nationalvereinte Völker würden sich leichter verständigen; Kosmopolitismus und Internationalismus unter Aufgabe der nationalen Gebundenheit sei ein Unding. Rastlos tritt unser Heros deshalb ein für die Einigung des deutschen Volkes zu einem großen weltpolitisch bedeutsamen Staat, aber auch rastlos für die Ideen des Friedens, für die geistige und sittliche Wiedergeburt, die allein in der Lage sind, die Wege zur Menschheitsvollendung zu ebnen. Und was war die Wirkung dieser mehr als zehnjährigen politisch lehrenden Tätigkeit? Das gesamte Deutschland (außer Weimar) von dem Gestade der Nord- und Ostsee bis zum Fuß der Alpen jauchzte in seltener Einmütigkeit dem Verfasser solcher politischen Predigten zu. Eine überschwengliche Verehrung, die die Zeit ihm zollte, war die Folge. Allerorten, wohin ihn seine vielen Reisen führten, feierte er glänzende Dichtertriumphe.

Sollte dieser Geistesfürst, den seine Mitwelt den Einzigen nannte, den ein Herder über Goethe stellte, den nur ein öder Materialismus und Rationalismus späterer Jahrzehnte nicht mehr verstand, sollte dieser Geistesfürst nicht auch unserer Zeit Bildner und Führer sein? Unser Volk ächzt und stöhnt heute ebenso unter den Nachwirkungen eines fürchterlichen Kriegs wie damals. Mit der Erlahmung der wirtschaftlichen Kraft, die Haß und Neid des äußeren Feindes in vieler Hinsicht geschwächt hat, ist zugleich die moralische, die seelische Not im Volke ähnlich groß geworden wie damals. Darum so wenig Haltung bei unserer

Not, so wenig Größe bei unserer Armut, so wenig Kraft gegen den fremden Druck. Ist es da nicht Pflicht, unseren Genius Jean Paul aus dem dämmernden Halbdasein zu wecken, ihn hineinzutragen in unser Volk, das Verständnis für seine zeitgemäßen Gedanken weiteren Kreisen zugänglich zu machen? Sollen wir deren Reichweite nicht soviel als möglich vergrößern, deren Wirkung vertiefen? Ohne langes Zögern muß dies zur Tat werden. Das Lebensinteresse des deutschen Volks, des Deutschen Reichs gebietet es, nicht bloß dankbare Ehrfurcht vor Jean Paul. Und wer wäre berufener, diese Wiedergeburt von Jean Paul einzuleiten als die Stadt, in der er so gern geboren?

Laßt uns von Wunsiedel aus im Benehmen mit Hof und Bayreuth den Weckruf verwirklichen! Laßt uns alles tun und fördern, damit das Volk die Schätze von Jean Paul wieder erwirbt, um sie zu besitzen und zu nützen, damit das Volk sich an seinen Werken begeistert und darnach handelt — eingedenk der Erfahrung: Es ist der Mensch, der auf den Menschen wirkt, es sind Männer, nicht Massen, die die Geschichte machen, es ist der Geist, der die Geschichte macht.

Als Wegbereiter seiner Auferstehung sind in jüngster Zeit eine Reihe bemerkenswerter Schriften und Aufsätze erschienen: Ich nenne Josef Müller, Fritz Klatt, Eduard Berend, deren grundlegende Studien ich auch heute verwertete, Richard Benz, Stefan George, Ludwig Hacker, Eduard Herold, Franz Muncker, Iwan v. Müller, Paul Nerrlich, Wilhelm v. Schramm, Ferd. Schneider usw. Sie haben teils durch Charakterbilder unseres Heimatdichters, teils durch neue handliche Ausgaben von gewissen Werken Jean Pauls bereits hochwillkommene Pionierdienste geleistet, zeigen eindringlich, wie dieser große Deutsche so recht ein Mann auch unserer Zeit ist.

Aber es muß noch viel mehr geschehen. Der 100. Todestag Jean Pauls muß zur Wirkung haben, daß nunmehr planmäßig die Gedanken unseres Zentenars dem Verständnis des Volkes nahegebracht und sie hier fortgebildet werden. Wie es eine Goethe-Gesellschaft mit dem Sitz in Weimar gibt, so möge in Bälde eine Jean-Paul-Gesellschaft in Bayreuth erstehen, welche die zahlreiche, bereits vorhandene Jean-Paul-Gemeinde organisiert. Sie ermögliche eine zielbewußte Arbeitsgemeinschaft aller Jean-Paul-Freunde. Sie setze sich mit Reich, Staat und den Jean-Paul-Städten, mit bestehenden einschlägigen Gesellschaften ins Benehmen, um ihre Aufgaben rasch zu einem Erfolg zu führen. Sie sichere sich die Zusammenarbeit mit der unlängst in München gegründeten Deutschen Akademie, die sich ja auch wohl um die deutsche Literatur und Dichtkunst als lebendigen Odem der Volksseele nach dem Beispiel der französischen Akademie zu kümmern haben wird. Ihre alljährliche Tagung werde ein Sammelpunkt aller Freunde von Jean Paul und immer wieder eine Quelle wechselseitiger Anregung und Erbauung in seinem Geiste. Mit der Herausgabe eines Jean-Paul-Jahrbuchs halte sie ständig Fühlung mit ihren Mitgliedern. Daneben veranlasse sie Veröffentlichungen von Jean Pauls Werken zu billigen Preisen in Urgestalt oder in Bearbeitung, auch für dramatische Zwecke. Und sie sorge dafür, daß auch die Schulen, denen es doch vornehmste Pflicht ist, die Jugend in ihrem eigenen Volkstum heimisch zu machen, mehr als bisher sich um Jean Pauls Leben und Wirken annehmen. Wenn noch außerdem die vorhandenen Ansätze in der Rollwenzelei zu einem Jean-Paul-Museum entsprechend ausgebaut werden, so muß es gelingen, die ewigen, unvergänglichen Schätze, die uns in den Werken unseres Meisters gegeben sind, endgültig zu heben und sie zum Gemeingut unseres Volkes zu machen.

Indem wir geloben, diesen Jean-Paul-Dienst mit allen Kräften zu pflegen, sind wir uns bewußt, daß wir damit nicht sowohl den großen Sohn unserer Stadt und unsere Stadt selber ehren, wir erweisen damit vor allem unserem Volk und Reich den besten, hehrsten Dienst. Für unser zerklüftetes, rechtloses, gedemütigtes, verarmtes Deutschland brauchen wir nichts dringender als was unser Heimatdichter unablässig in seinen Grundsätzen betont: „Einigkeit und Recht und Freiheit." Sein Optimismus, seine innere Herzhaftigkeit sind unserer Gegenwart ein gutes Leitseil. Seine Menschlichkeit erzeugt solidarisches Denken. Sein Humor und Witz erleichtert die Lasten des Alltags. Mögen sich diese Grundsätze von Einigkeit, Recht und Freiheit unter Führung unseres wiedererstandenen Genius endlich durchsetzen, dann wird die innere Erneuerung unseres Volkslebens auch die Früchte nach außen bringen: Ein mächtiges Reich in allen seinen Teilen, ein angesehenes Reich im Rate der Völker. Und wie wir unsere Gefühle der Dankbarkeit, Verehrung und Treue zu Jean Paul der Wiederaufrichtung, dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes weihen, so wollen wir auch die Gefühle, die uns in dieser Weihestunde beseelen, ausklingen lassen in den Ruf: Unser liebes engeres und weiteres Vaterland, Bayern und das Reich — sie leben hoch!

Zur Kritik der Religionen

Von Freiherr Alfred v. Mensi-Klarbach in München

Es ist etwa zwanzig Jahre her, daß in Österreich die Wellen der „Los-von-Rom-Bewegung" so hoch gingen, daß sie stellenweise auch auf andere katholische Länder übergriffen und nicht nur die Zeitungen voll von ihr waren, sondern daß sie auch eine, freilich rasch wieder verschwindende Literatur zeitigte. Da erschien unter anderem 1906 bei Gerold & Co. in Wien ein 158 Seiten starkes Buch unter dem Titel „Zur Charakteristik der Los-von-Rom-Bewegung" von Graf Heinrich Coudenhove-Kalergi, Dr. jur. et phil., k. u. k. Legationssekretär a. D. Man durfte nach diesem Titel annehmen, daß es eine der vielen Streitschriften für oder gegen diese Bewegung, halb politischen, halb religiösen Inhalts sei. Es kommt weit öfter vor, daß ein Buch weniger hält, als sein Titel verspricht, als daß ein Titel weit hinter dem Inhalt zurückbleibt und das Buch in keinem Vergleich mehr, ja anderes bietet, als der Titel vermuten läßt. Dies letztere traf bei Graf Coudenhoves Buch zu — leider, denn der unzureichende, ja irreführende Titel ist dem Buche zum Verhängnis geworden: es ging mit der politischen Tagesliteratur unter, und nur seine wenigen Besitzer wissen, daß es ein Werk ist, das zu bleiben verdient und das uns heute noch genau soviel zu sagen hat wie den Lesern von 1906.

Wie kommt das? Die unter diesem unzureichenden Titel, ohne Kapiteleinteilung und Gruppierung, ohne Inhaltsverzeichnis erschienene Schrift sollte nur der Auszug aus einem größeren Werke sein, an dem der Verfasser seit Jahren arbeitete und das die Geschichte der Verneinung des Willens zum Leben und die ihr zugrunde liegende Wahrheit in den verschiedenen theologischen und philosophischen Systemen darstellen sollte. Aber noch in demselben Jahre, als dieser sein Auszug erschien, ist Graf Coudenhove leider gestorben. Die Vorarbeiten, die er zu seinem größeren Werke hinterlassen und die mir zugänglich waren, bestehen nur in weitläufigen Auszügen aus der unabsehbaren Literatur, die sich dieser aristokratische Diplomat auf allen möglichen Gebieten und in den verschiedensten Sprachen zu eigen gemacht hat. Bevor ich aber auf Coudenhoves merkwürdiges Buch eingehe, sei von der Persönlichkeit des Verfassers kurz die Rede, woraus wohl am besten seine Berechtigung es zu schreiben, hervorgehen mag.

Erst drei Jahre vor seinem plötzlichen Tode hatte Graf Heinrich Coudenhove diesem seinem brabantischen Stamme eigenen Namen den weiteren „Kalergi" angefügt — gewissermaßen als einen Akt der Anhänglichkeit und Dankbarkeit für seine Mutter und Großmutter — beide geistig bedeutende Frauen in der internationalen Gesellschaft des vorigen Jahrhunderts, insbesondere am Hofe des dritten Napoleon. Heine hat sie besungen, Lenbach gemalt, und Richard Wagner zählt sie in seiner Selbstbiographie zu seinen Freundinnen und Gönnerinnen. Von ihnen scheint Coudenhove die geistige Begabung, den Forschungs- wie den Wandertrieb geerbt zu haben. Seine diplomatische Laufbahn ermöglichte ihm in drei Weltteilen, Europa, Amerika und Asien, nicht nur Erfahrungen zu sammeln, sondern auch unter der Leitung christlicher, jüdischer, mohammedanischer und buddhistischer Lehrer vier Religionssysteme an ihren Ursprungsorten kennenzulernen. Von Athen, seiner ersten diplomatischen Station, wo er auf den Spuren Platons wandelte, kam er nach Buenos Aires, von dort nach Konstantinopel, wo er türkisch, und nach Tokio, wo er japanisch lernte. Wie ein ihm befreundeter Biograph, Sigmund Münz, seinerzeit erzählte, erkannte Coudenhove dort schon 1891 instinktiv die Stärke der neugewonnenen japanischen Kultur und hatte sogar den Mut, die buddhistische Ethik den moralischen Anschauungen in Europa überlegen zu finden. „Der milde Geist des Buddhismus hatte sein ohnehin aller edlen und menschlichen Regungen so fähiges Gemüt gestreift. Etwas von einem Buddhisten oder sagen wir Urchristen war in ihm. Es kamen Wallungen über seine feurige Seele, daß man ihn für einen Jünger indischer Weisheit oder des heiligen Franziskus von Assisi hätte halten können." Politisch sind die Erfahrungen und Warnungen, die Coudenhove als österreichisch-ungarischer Geschäftsträger in Tokio dem damaligen Wiener Kabinett mitteilte, von diesem genau so wenig beachtet worden wie die manches deutschen auswärtigen Gesandten in Berlin — man glaubte ihnen einfach nicht.

So mehr zu diplomatischer bloßer Repräsentation verurteilt, gab sich Coudenhove mit doppeltem Eifer seinen wissenschaftlichen Neigungen hin mit jener mitleidsvollen und entsagenden Weltanschauung, die indischen Ursprungs ist. Wenn Sonntags die Gesandtschaftskanzlei geschlossen blieb, ließ er auf einen kleinen Wagen Säcke mit Reis laden und ging hinaus, um den Reis an arme Leute zu verteilen. Er lebte mehr mit Japan als mit Europa. Und zuletzt holte er sich auch seine Frau von dort. Er ließ sich zuerst nach japanischem

Ritus, in Tokio später nach katholischem mit der jungen Japanerin Mitsu Aoyama trauen, die ihm noch auf dem Boden Japans zwei Söhne schenkte, später selbst zum Katholizismus übertrat und die Taufnamen Maria Thekla annahm. Der Tod seines Vaters und die Notwendigkeit, die von ihm hinterlassenen böhmischen und ungarischen Güter nun selbst zu übernehmen und zu verwalten, veranlaßten den Grafen, den ihm angebotenen Posten eines Geschäftsträgers für Siam und Konsuls in Singapore nicht mehr anzunehmen, sondern im Alter von 38 Jahren aus der diplomatischen Laufbahn zu scheiden und sich auf sein im Böhmer Walde gelegenes Schloß Ronsperg zurückzuziehen. Hier entstanden seine Schriften über oder eigentlich gegen den Antisemitismus und gegen das Duell und zuletzt, als bedeutendste, die uns hier beschäftigt: der Extrakt aus dem großen Werke, das er mit dem auch unzureichenden, weil mißverständlichen Titel „Das Reich der Verneinung" versehen wollte, aber nicht mehr vollenden konnte.

Schon Schopenhauer hat im Buddhismus und Katholizismus pessimistische, im Judentum, Islam und Protestantismus optimistische Religionen zu erblicken vermeint. Optimistisch und pessimistisch nicht im landläufigen und mißverständlichen Sinne aufgefaßt, sondern in dem, den auch Coudenhove schon in der Vorbemerkung zu seinem Buche mit den Worten charakterisiert: „Die Verneinung des Willens zum Leben ist in einem ewigen Kampfe gegen die Bejahung, den sog. Optimismus verstrickt, und dieser Kampf ist so recht eigentlich das Thema und der Grundbaß der Weltgeschichte." Man wird es tief bedauern müssen, daß es Coudenhove nicht vergönnt gewesen, diese großartige Parallele vollständig durchzuführen. Der vorliegende Auszug „Zur Charakteristik der Los-von-Rom-Bewegung", der 1906 eigentlich in des Verfassers Selbstverlag erschienen ist und für den der nominelle Wiener Verleger, wie ich mich ein Jahr später dort selbst überzeugen konnte, gar kein weiteres Interesse hatte, schränkt das Thema auf eine Parallele des Katholizismus mit dem Protestantismus ein. Der Protestantismus ist nach Coudenhove „das Reich dieser Welt" mit seiner Herrlichkeit, seinem bedeutenden Fortschritt, seiner Kultur, seiner Freiheit und Wissenschaftlichkeit, die aber die Menschheit nicht glücklicher machen können und die in ihren Konsequenzen zum Materialismus führen müssen, der ja jedem frohen, heiteren Lebensgenuß eigentlich zugrunde liegt. Der Katholizismus stellt das „Reich der Verneinung" dar, das nicht „von dieser Welt" ist und daher auch jedesmal, wenn es sich für diese Welt einrichten will, von Fiasko zu Fiasko kollert, die Menschen jedoch glücklich, selig und heilig machen kann, wenn sie sich ihm ganz, gewissermaßen mit Haut und Haaren, Leib und Seele in die Arme werfen. „Civitas mundi! Civitas Dei!"

Coudenhove erzählt, wie kurze Zeit nach Verkündigung des Dogmas der päpstlichen Unfehlbarkeit einer in einer Gesellschaft nicht genug Worte des Tadels über diesen neuen Glaubenssatz habe finden können. Er sei ein guter gläubiger Katholik, aber diese Zumutung sei denn doch zu stark. Worauf einer der Anwesenden erwiderte, daß, wer als frommer Katholik an die Geschichte der Sintflut, des Sündenfalles, der Schöpfung, des Turmbaus zu Babel, an die stehengebliebene Sonne des Josua, an den Auszug der Israeliten aus Ägypten mit einer Geschwindigkeit von 100 km in der Stunde, an den wandelnden Stern, an die besessenen Schweine, die redende Eselin usw. glauben könne, getrost auch noch an die Unfehlbarkeit des Papstes glauben könne. Aber nicht das Dogma und der Glaube daran ist das Kriterium für die Frage, welche von den zwei Glaubenslehren, die katholische oder die reformierte, der Wahrheit näher kommt. Wenn es richtig ist, daß das Fundament der Moral die Gottes- und Nächstenliebe, das Mitleid ist, und daß das Wesen der Religion in der Caritas besteht, in der Verneinung des Willens zum Leben, in der Askese, so ist die Frage bald entschieden: in welcher Religion finden wir mehr Willensverneinung, mehr Aufopferung aller Freuden und Genüsse des Lebens zum Wohl anderer, vielfach ganz fremder Kranker und Leidender, selbst anderer Konfessionen, eine größere und unbedingtere Aufopferung der Gesundheit, Freiheit und aller jener Dinge, welche das Leben, menschlich gesprochen, überhaupt lebenswert erscheinen lassen, aus Liebe zu Gott und zum Nächsten?

Coudenhove beantwortet diese seine Frage unter anderem mit der Erzählung eines eigenen Erlebnisses: „Als ich im Jahre 1895 in Tokio als Geschäftsträger weilte, brach in Yokohama die Cholera aus. Die japanischen Behörden verweigerten einem katholischen Missionar, mit welchem ich befreundet war, den Zutritt in die Spitäler aus Furcht vor Verschleppung der Seuche. Dieser Priester kam nun zu mir und bat mich inständigst, meinen persönlichen Einfluß geltend zu machen, damit ihm im Interesse der armen Kranken und Sterbenden der Zutritt in die Spitäler gewährt werde. Es gelang mir, seine Bitte zu erfüllen. Wenige Tage darauf war ich in Sapporo, der Hauptstadt der Insel Yezzo, der ultima Thule des fernen Ostens. Als ich abends in den Straßen der Stadt spazieren ging, sah ich in einem Hause

ein ebenerdiges, beleuchtetes Zimmer und drinnen mehrere Herren und Damen bei Tisch in Gesellschaft vereinigt. Ich fragte meinen Führer, wer die Herrschaften wären, und erhielt zur Antwort, daß es protestantische Missionäre aus dem Süden seien, welche vor der Cholera fliehend, sich nach Yezzo begeben hätten." — Fast jeder protestantische englische Reiseschriftsteller schreibt denn auch voll Bewunderung über jene Elite der römischen Kirche und erwähnt gewöhnlich ausdrücklich, daß der protestantische Missionär dem katholischen an Aufopferung und Selbstverleugnung nicht gleichkomme. Und das ist auch ganz natürlich: „Denn wie kann man von einem Missionär, der Weib und Kind hat, die Kinder notgedrungen in seiner Heimat erziehen lassen muß, und dessen Frau an Heimweh leidet, verlangen oder erwarten, daß er sein ganzes Leben in einem koreanischen oder cochinesischen Neste abgesperrt bleibe oder sich mit japanischen oder birmanischen Aussätzigen in einem Spital für immer interniere."

Coudenhove vergißt nicht anzumerken, daß es auch unter den Protestanten Männer gegeben hat und gebe, die ähnlicher Aufopferung fähig waren. Ihre Zahl sei aber im Vergleich mit den katholischen verschwindend klein. Unter den protestantischen Mädchen jedoch ist ein größerer Prozentsatz zu finden, z. B. die Diakonissinnen. Aber ihnen steht der Rücktritt in die Welt jederzeit offen, und nicht wenige haben Ärzte und Patienten geheiratet. „Ob es wohl Diakonissinnen gibt, die nie eine Zeitung, einen Roman oder eine sonstige Unterhaltungslektüre zur Hand nehmen? Die in ihren freien Stunden nur Erbauungsbücher lesen?" Der Verfasser erinnert in diesem Zusammenhang an die Unterdrückung jeder Individualität im Jesuitenorden und an die schwerste Bußübung bei den Trappisten, die in der ununterbrochenen Dauer des gemeinsamen Lebens besteht. Und doch sagte ein Mitglied dieses strengsten Ordens einmal zu Coudenhoves Mutter: „Wenn die Könige der Erde eine Ahnung davon hätten, wie glücklich wir Trappisten sind, sie würden sich ins Meer stürzen, um uns entgegenzuschwimmen."

Am schärfsten kommt die Objektivität des Katholiken Coudenhove und seine Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse bei seiner Beurteilung der Stellung beider christlicher Konfessionen zur Wissenschaft zum Ausdruck. „Der Protestantismus hat zwei Körperteile des Menschen befreit, welche die römische Kirche in eisernen Fesseln hält: das Gehirn (Intellekt) und die Genitalien (die Geschlechtsliebe), daher seine große Popularität ... Der Kampf der (katholischen) Kirche gegen die Wissenschaft ist zu offenkundig, als daß er geleugnet werden könnte. Selbstverständlich gibt es unter den katholischen Gläubigen ebenso gelehrte und wissenschaftlich gebildete Männer, aber sie müssen schweigen, sonst kommen sie sofort mit ihrer Kirche in Konflikt ... Überall Pfeiler, welche zeigen, wo der Weg läuft, der bei Strafe der Exkommunikation eingehalten werden, ganz vorn am Ende des Hippodroms das Ziel, wo angelangt werden muß, d. h. ein solches, das der sog. Offenbarung nicht widerspricht. Eine saubere Wissenschaft fürwahr, daß Gott erbarm!" „Mein Reich ist nicht von dieser Welt! In diesem Satze liegt die Erklärung für das unglaubliche Fiasko der katholischen Staaten. Die römische Kirche kann wilde Barbaren durch ihre Milde bekehren und bändigen, Völker regieren kann sie nicht und wird es nie können. Alle Länder, in denen sie allmächtig wurde, hat sie, ohne zu wollen und ohne zu wissen wie, zugrunde gerichtet. In Frankreich herrschte die Kirche seit Chlodwigs Zeit unumschränkt, der Schluß war die französische Revolution, deren Grundlehren die Umkehrung aller Grundsätze des Katholizismus vorstellen. So miserabel, schwach und resultatlos war ihr Einfluß auf die Nation!" „... Am Schmerzenslager, am Sterbebette, da zeigt die Kirche ihre höchste Macht. Da mögen die anderen Bekenntnisse mit ihr konkurrieren, wenn sie wollen, wenn sie können." Sie ist eben die Religion der Willensverneinung, der Weltflucht, des Mönchtums par excellence und daher der Gegensatz zu Welt und Natur. Daher die Forderung des Zölibats. „So hehr und erhaben über die anderen Menschen der fromme, gläubige, asketisch und keusch lebende katholische Priester dasteht, so scheußlich wird er, wenn er, seiner Eide vergessend, den Willen bejaht und sich eine Konkubine nimmt."

In eingehenden Ausführungen, die sich auf eine überraschende Kenntnis der katholischen wie der protestantischen theologischen Literatur stützen, kommt Coudenhove auf die Stellung Luthers und der Reformatoren sowie der katholischen Kirche zur Ehe und Ehescheidung zu sprechen, und hier tun sich ihm interessante Parallelen sowohl zu den christlichen wie auch zu den jüdischen, mohammedanischen und persischen Mystikern und Philosophen auf; vor allem aber auch zur indischen Yoga-Lehre und zu der Buddhas, soweit ihm beide vor zwanzig Jahren zugänglich waren. „So schart sich denn alles, was die Welt, ihre Pracht, ihre Herrlichkeit, ihre Lüste bekämpft, alles was dagegen Sturm läuft, um das Panier jenes größten und heiligsten aller Weltüberwinder (Christus). Selbstverständlich bloß im Bereiche des ungeheuren Gebietes, welches das Christentum bis heute erobert hat, während dort

im fernsten Asien alles, was den Kampf gegen die Welt aufgenommen, diese unter Buddhas Führung bekriegt, jenes Fürstensohnes, der allem entsagt hat, um ein armer Mönch zu werden." — Wie sehr Christus selbst Weltflucht, Entsagung und Abtötung in Wort und Tat gepredigt, dafür führt Coudenhove gerade an der Hand der approbierten Bibelübersetzung Alliolis eine lange Reihe von Stellen an, und von modernen, dieselbe Meinung teilenden, zudem protestantischen Philosophen wie Arthur Schopenhauer und Eduard v. Hartmann.

Im Gegensatze zum Katholizismus, den Coudenhove mit dem echten Christentum identifiziert, gehört der Protestantismus dagegen „zu den weltbejahenden Religionen, zum sadduzäischen Judentum und teilweise zum Islam, zur Religion des Konfuzius und Zoroaster, dessen Devise lautet: Mach' dir's kommod." Dies haben nicht selten auch protestantische Laien eingesehen, und ich erinnere mich eines Falles, in dem ein angesehener schwäbischer Protestant seinen Pfarrer an sein Sterbebett gebeten und ihm seine Zweifel mitgeteilt hatte. Auf die beruhigenden Versicherungen des Pastors meinte der Kranke vom Protestantismus: „Es ist halt gar a so bequemes Gläuble!" Bequem aber soll ein Glaube, eine Religion unter keinen Umständen sein, denn sie soll und muß uns auf schier unerreichbare Ideale hinweisen, sonst wird der Anhänger nicht einmal die erreichbaren anstreben.

„Der Kampf zwischen Katholizismus einerseits und Protestantismus und modernem Judentum und der stets vom Judentum begleiteten Aufklärung andererseits ist der uralte Kampf zwischen dem System der Bejahung und Verneinung des Willens zum Leben. Die christliche Religion ist in den ersten christlichen Jahrhunderten von den heidnischen Römern aufs grausamste verfolgt worden, weil die heidnische Zivilisation den Standpunkt höchster Lebensbejahung vertrat; als später die katholischen Staaten zu Macht und Reichtum gelangten und selbst bejahend wurden, verfolgten sie die übrigen Bekenntnisse. Ebenso ist der Buddhismus in China auf das furchtbarste verfolgt worden, und zwar Jahrhunderte hindurch und bloß deshalb, weil er lebensverneinend war, und der Konfuzianismus, der Verfolger, lebensbejahend." Buddhistisch gesprochen: Die aus der reinen Wirklichkeit (der Nirvana-Sphäre) auftauchenden Wesen wollen zum allergrößten Teile das Phänomen des Lebens, andere wollen es nicht mehr und suchen es deshalb wieder aufzuheben. Sie werden von den ersteren bekämpft.

So seiner Verwandtschaft nach der Familie der großen weltverneinenden Religionen angehörend, überragt der Katholizismus nach der Meinung Coudenhoves sie jedoch durch tätige Nächstenliebe „mit der einzigen Ausnahme seiner Moral gegen die Tierwelt", wie Coudenhove selbst zugeben muß. Darauf hat schon Schopenhauer mit drastischen und empörten Worten hingewiesen, und man braucht nicht einmal an ein katholisches Land, wie z. B. Italien, zu denken, um von dieser schwachen Seite der „christlichen Nächstenliebe" einen traurigen Begriff zu bekommen. Das biblische Gebot: Du sollst nicht töten, hat nicht das Christentum, sondern einzig der Buddhismus im weitesten Sinne erfaßt und befolgt.

„Es ist gut protestantisch zu leben, aber auch gut katholisch zu sterben," hat Melanchthon zu seiner sterbenden Mutter gesagt. Luther aber schrieb am 1. August 1521 an ihn: „Sei ein Sünder und sündige kräftig, aber sei kräftiger im Glauben und freue dich in Christo, der da Sieger ist über Sünde, Tod und Welt ... Vom Lamme Gottes wird uns die Sünde nicht wegreißen, wenn wir auch tausendmal an einem Tage Unzucht und Totschlag verübten." Coudenhove setzt diesen Zitaten hinzu: „Bequem! Wie gerne glaubt dann mancher an Christum und ans Alte und Neue Testament dazu. So ist denn die protestantische Religion die bequemste, vergnügteste, die den Lebenswillen, die Lebensfreude am meisten bejahende Religion, die herrlichste Religion für die Glücklichen dieses Planeten. Die freie Forschung hat den Intellekt, die Möglichkeit der Ehescheidung den Geschlechtstrieb, die Abschaffung der Fasten den Magen befreit. Kann man sich ein bequemeres System, das nichts verlangt als den Glauben an einige wenige Sätze, die einen in keiner Weise genieren, plagen noch ärgern, auch nur vorstellen! Eine Religion für das Reich dieser Welt, das eben nach Christi Ausspruch nicht sein Reich ist, sondern das direkte Gegenteil. Da es die für diese Welt geschaffene Religion ist, hat sie auch in dieser Welt am meisten Erfolge erzielt. Alle protestantischen Staaten haben alle katholischen weitaus überflügelt. Ein Offizier hat mir einmal versichert, man erkenne auf Märschen in Deutschland sofort, ob ein Dorf protestantisch oder katholisch sei. Ist das Dorf rein, nett, in Ordnung, klappt alles, so ist es sicherlich protestantisch, und das Hauptverdienst daran gebührt dem Pastor. In allen protestantischen Ländern sind die Pastoren gewöhnlich Muster guter Familienväter, überall blühen die Wissenschaften, der Handel, das Gewerbe. Die Zahl der unehelichen Kinder ist geringer in protestantischen Ländern: kurz in allem, was man Kultur und Zivilisation nennt, ist der Protestantismus voraus ... Aber Heilige, eine heilige Theresia, Elisabeth, Hildegarde, einen Ignatius von Loyola, Franz von Assisi, Vincenz von Paul, Philippus Neri — diese Edel-

menschen sucht man im Protestantismus umsonst. Männer und Weiber, die nichts ihr eigen nennen, die alles, was sie besaßen, den Armen geschenkt, die nichts Irdisches mehr lieben, die ihren Intellekt, ihren Geschlechtstrieb, ihre freie Zeit, ihre persönliche Freiheit, ihre natürlichen Gefühle für Eltern, Kinder, Geschwister: mit einem Worte alles, ohne Ausnahme, Gott in Liebe geopfert, die ihr Ich auf dem Altare der Gottes- und Nächstenliebe freudig hingeben, wo sind die im Protestantismus?" —

Es würde zu weit führen, wenn ich die tiefgründigen Parallelen, die Coudenhove im weiteren Verlaufe seines fesselnden Buches in bezug auf Geschlechtsliebe, Ehe, Wissenschaft, Kunst usw. nicht nur zwischen Katholizismus und Protestantismus, sondern auch mit anderen Religionssystemen zieht, im einzelnen verfolgen wollte. Augustinus sagt, daß das Christentum immer in der Welt war seit Beginn des Menschengeschlechts; neu sei nur der Name. Der Buchstabe tötet, der Geist macht lebendig. Daraus würde folgen, daß auch die christlichen Heiligen im Grunde bloß der Nirvana-Sphäre als dem Reiche völliger Verneinung entgegenstrebten. Und Coudenhove schließt sein Buch mit den Worten: „Sollte es mir gelungen sein, durch diese Schrift auch nur einen Einzigen von Übertrittsgedanken zum Protestantismus heimgesuchten Katholiken seiner Kirche zu erhalten oder gar einen Abgefallenen wieder zurückzuführen, so bin ich reichlich belohnt."

Ob es Coudenhove gelungen ist, katholische Glaubensgenossen vom Übertritt zum Protestantismus abzuhalten, wissen wir nicht, können es aber nicht recht glauben, und zwar aus zwei Gründen. Der erste geht aus eigener Erfahrung hervor. Als ich vor zehn Jahren ernstliche und andauernde Versuche machte, Coudenhoves Schrift mit Zustimmung seiner Familie in neuer und ihrer Bedeutung besser entsprechender äußerer Form mit einer biographisch-kritischen Einleitung herauszugeben, konnte ich keinen Verleger dafür finden. Die katholischen Verleger, denen ich sie natürlich zuerst anbot, lehnten das Buch ab: trotz seiner katholischen Tendenz (kämpfte es doch gegen die Los-von-Rom-Bewegung) war es ihnen zu freigeistig, zu wenig (kirchlich-)katholisch. Die protestantischen oder religiös indifferenten Verleger wollten dagegen nichts davon wissen, weil es „zu katholisch" sei. Sollte diese beiderseitige Ablehnung nicht gerade für die große Objektivität des Buches sprechen?

Dann aber der zweite Grund. Der kirchlich gesinnte Katholik kann Coudenhoves Schrift wirklich nicht anerkennen. Würde er sie anerkennen, so müßte er augenblicklich — Buddhist werden. Freilich, so hatte es der Verfasser nicht gemeint. So wie er nur den kirchlich erstarrten und entarteten Katholizismus und Protestantismus — nicht das Christentum Jesu — rings um sich sah, so hat er in Japan und in den übrigen buddhistischen Ländern nur den lamaistischen und materialistischen Buddhismus der Gegenwart kennengelernt. Den Christen beider Konfessionen hat er zwar die intensiv nach Schopenhauer wieder erkannte asketische Religion des Urchristentums mahnend vorgehalten und auch die tiefliegenden Parallelen im Buddhismus wohl erkannt. Die ganze reine Lehre Buddhas aber hat er wohl schwerlich gekannt. Sie ist uns Deutschen eigentlich erst vermittelt worden durch das Lebenswerk von Coudenhoves Wiener Landsmann Dr. Karl Eugen Neumann, dessen 60. Geburtstag und 10. Todestag seine Freunde und Verehrer am 18. Oktober ds. Js. feiern. Seine meisterhafte, sprachgewaltige Übertragung der wichtigsten Texte des Pali-Kanons ins Deutsche hat uns, lange bevor der Buddhismus gewissermaßen zur Mode geworden ist (aber was für einer!), die strenge Lehre Buddhas in seinen „Reden" wieder auferstehen lassen[1]). Hätte Coudenhove sie jedoch gekannt, so wäre er vielleicht sogar selbst Buddhist geworden oder hätte wenigstens seine geliebte Mitsu Buddhistin bleiben lassen.

Bücher

Flicken auf „das Loch in der Arbeiterbewegung"

Auf der Grundlage unanfechtbarer Dokumente in gedrängter und dennoch anschaulicher Form das Verhalten der Sozialdemokratie im Laufe des Weltkrieges darzustellen", ist der Zweck einer neuen Schrift, die unter dem Titel: Ph. Scheidemann, „Für Volk und Vaterland" (106 Seiten), Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft 1925, erscheint. Die Notwendigkeit dieser inhaltreichen Veröffentlichung begründet der Verfasser damit, daß zu wenig Menschen die Geschichte der letzten zehn Jahre kennen, daß die Arbeiter besonders

[1]) S. meinen im Mai-Heft 1916 der Süddeutschen Monatshefte „Die Schweiz im Krieg" erschienenen Nachruf auf K. E. Neumann und das Kapitel „Deutsche Buddhisten" in meinem Buche „Vor und hinter den Kulissen der Welt- und Kulturgeschichte" (1925).

nicht genügend unterrichtet, die Bildungsbestrebungen vernachlässigt worden sind und daß dadurch „ein Loch in der Arbeiterbewegung“ entstanden sei, „aus dem die Kommunisten ihre Mit- und Nachläufer rekrutieren konnten“. Stilschön ist dieses Bild Scheidemanns gerade nicht, aber es mag mit durchgehen, da die Schrift „in wenigen Tagen fertiggestellt werden mußte“. Der Verfasser will denn auch keine Geschichte der Sozialdemokratie im Weltkrieg liefern, zum Teil hat er dies ja auch schon in seinem Buch „Der Zusammenbruch“ (Berlin 1921) getan. Was er will, ist: durch Zitate aus den Reden der „Mehrheits-Sozialdemokraten“ während des Weltkrieges und ein wenig später beweisen, daß die Sozialdemokratie im Weltkriege „Für Volk und Vaterland“ eingetreten ist. Zu diesem Thema bringt Scheidemann gewiß ein überreiches, vielfach sonst schwer zugängliches Material, einen wahren Zitatenschatz. Die übersichtliche Gruppierung macht es ebenfalls leicht, das Buch gelegentlich für Agitationszwecke zu benutzen; auch scheint mir, wenn es überhaupt nötig ist zu beweisen, daß weite Kreise der Mehrheits-Sozialdemokratie aufrichtig bestrebt waren, im Sinne der Vaterlandsverteidigung zu wirken, daß dies, so gut es durch Zitate bewiesen werden kann, hier durch den Verfasser geschehen ist. Dennoch ist ein „Loch“ auch in der Beweisführung Scheidemanns, denn er setzt sich nicht nur für die S. P. D. ein, also für die Mehrheitspartei, die sich im Kriege für das Vaterland gern und willig einsetzte, sondern auch für die heutige Partei, die aus S. P. D. und U. S. P. „Vereinigte Sozialdemokratische Partei“. Sieht man sich allein die Mitglieder des heutigen Parteivorstandes an, so wird man eine ganze Reihe darunter finden, von denen Scheidemann wohl schwerlich behaupten wird, daß sie sonderlich für die Vaterlandsverteidigung begeistert und willig tätig waren. Man könnte einen ganzen Zitatensack ausschütten, dies nachzuweisen. Das ist aber gar nicht nötig. Ein paar kurze Bemerkungen aus der S. P. D. und eigene Geständnisse der U. S. P.-Mitglieder, die heute im Parteivorstand sitzen, sagen nach dieser Richtung hin genug. So wurde Crispien, einer der Vorsitzenden des heutigen Parteivorstandes, bald nach Beginn des Krieges vom damaligen Parteivorstand wegen seiner Haltung gegenüber der die Kriegskredite bewilligenden Mehrheitspartei aus der Schriftleitung der „Schwäbischen Tagwacht“ entfernt; Dittmann, einer der Beisitzer des heutigen Parteivorstandes, äußerte über seine Stellung zur Revolution auf dem „Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte“ Berlin vom 16. bis 21. Dezember 1918 als Antwort auf einen Vorwurf Ledebours: „... bei der Haltung, die Haase und ich einnahmen, hat es sich um eine taktische Frage gehandelt, um die Frage, ob man in einem gegebenen Zeitpunkte der Meinung war, daß alle Vorbereitungen und alle Vorbedingungen erfüllt seien, um dem Volke ein Gelingen der Revolution zu garantieren. Über diese Dinge lediglich war man geteilter Meinung ...!“ — Hilferding war zu Anfang des Krieges leitender Redakteur des Berliner „Vorwärts“, der das Sprachrohr der Opposition, der späteren U. S. P., war. Heute ist er Beisitzer im Parteivorstand. In dem Prozeß der oppositionellen Gruppe der Vorwärtsredakteure gegen den Parteivorstand der S. P. D. — 1916 — bezeichnete der Verteidiger des Parteivorstandes die Haltung der Vorwärtsredaktion als schädlich für die Landesverteidigung. — Scheidemann selbst spricht am 12. Januar 1915 gegenüber der Opposition aus: „Was die Fraktion zur Begründung ihres Verhaltens zu sagen hatte, ist kurz und bündig in der Erklärung gesagt worden: ‚In der Stunde der Gefahr usw.‘ Neuerdings freilich wird man von manchen Genossen angefahren, wenn man das Wort Vaterland gebraucht ... Ich wünsche nicht zweierlei Argumentation unsererseits, eine vaterländische vor und eine vaterlandslose nach den Wahlen. Schauen Sie einmal in die Flugblätter, die selbst in den Kreisen der radikalsten Genossen verbreitet worden sind. Auf der Fraktion lastete eine furchtbare Verantwortung am 4. August. Sie hat das Richtige getroffen meiner Überzeugung nach“; und am 7. Januar 1916 sagt er an derselben Stelle: „Es ist zweifellos, daß das Verhalten der Opposition ... den Krieg nur in die Länge ziehen kann ... Wir werden zu unserem Lande stehen müssen, bis auch die Gegner zum Frieden bereit sind. Die Genossen Ledebour, Liebknecht, Haase, Herzfeld, Bernstein, Wurm, Cohn usw. glauben, mit den englischen, französischen, belgischen und russischen Genossen um so schneller neue Bande knüpfen zu können, wenn sie die Bande mit den eigenen deutschen Freunden zerreißen.“ (Wegen der Abstimmung über die Kriegskredite nämlich.) Nach diesen eigenen Zeugnissen Scheidemanns wird er wohl selbst einsehen, daß in bezug auf eine ganze Reihe von Mitgliedern der heutigen S. P. D. seine Beweissammlung nicht ohne weiteres zutrifft. Für die Haltung der Mehrheitspartei im Kriege sind es Ergänzungen zu dem Material des Scheidemann-Buches. Haase hat sich übrigens zu den Erklärungen am 4. August 1914 und am 2. Dezember, zu denen er tatsächlich in Opposition stand, nur schwer entschließen können und kippte denn auch bald zur offenen Opposition um. Wie er mit Dittmann in bezug auf die Revolution einig ging, haben wir schon gehört. Übrigens gewährte das wissenschaftliche Organ der U. S. P., der

„Sozialist", schon während des Krieges dem deutschfeindlichen Verfasser des Buches „J'accuse", Grelling, Raum für seine ententefreundlichen Ergüsse.

Der Verfasser der Schrift „Für Volk und Vaterland" schießt also ganz gewiß über das Ziel hinaus, die heutige Sozialdemokratie in Bausch und Bogen als willige, feurige Landesverteidigerin im Weltkriege zu reklamieren. Er scheint es nicht gut überlegt zu haben, daß es auf diese Weise nicht gelingen kann, „Flicken auf das Loch in der Arbeiterbewegung" zu setzen; denn nicht überall decken diese die Blößen, die tatsächlich bei einem so verschieden gearteten Parteigebilde, wie es sich aus Zusammenschluß von S. P. D. und U. S. P. ergeben hat, immer wieder schämig zum Vorschein kommen müssen.

Berlin. Ernst Drahn.

Die Wiederherstellung der Eisenbahnen auf dem östlichen Kriegsschauplatz

Als zweiten Teil eines umfassenden Werkes über das deutsche Militär-Eisenbahnwesen im Weltkrieg hat der Archivrat Dr. Wilhelm Kretzschmann soeben ein beachtenswertes Buch über die Wiederherstellung der Eisenbahnen auf dem östlichen Kriegsschauplatz veröffentlicht[1]). Dem vor drei Jahren erschienenen ersten Bande, der den westlichen Kriegsschauplatz behandelt, hatte der Verfasser allgemeine Betrachtungen über die Bedeutung des Eisenbahnwesens für die Kriegführung, über die Organisation der Eisenbahntruppen bei Kriegsbeginn und ihre vielseitigen Aufgaben vorausgeschickt. Diesmal hebt er in einem einleitenden Kapitel die eigentümlichen Schwierigkeiten hervor, vor die sich unsere Eisenbahner in Galizien, Polen und Rußland gestellt sahen. Zunächst gehören dazu die Weitmaschigkeit und der mangelhafte Ausbau des meist eingleisigen Bahnnetzes in den östlichen Ländern — auch dem österreichischen Galizien — und die sich daraus ergebende geringe Leistungsfähigkeit; bei den russischen Bahnen außerdem die breitere Spur. Vielmehr noch fielen die geographischen Eigenheiten des Kriegsschauplatzes ins Gewicht: die zahlreichen breiten Ströme mit ihren riesigen Brücken, mit viel Hochwasser und Eisgang; überhaupt die ungünstigen Witterungsverhältnisse und dazu die geringe Wegsamkeit. Besonders erschwerend war schließlich der Umstand, daß in dem ganzen Gebiet für technische Arbeiten nur sehr dürftige Hilfsmittel aufzutreiben waren.

Dem Verlauf der kriegerischen Ereignisse folgend schildert der Verfasser dann im einzelnen die Wiederherstellung der Bahnen, für die bei den Kunstbauten die Privatindustrie in weitem Umfange herangezogen worden ist. Auch der Betrieb konnte später teilweise zivilen Formationen übertragen werden. Auf russischem wie auf österreichischem Boden sind im Interesse der Kriegführung auch ganz neue Vollbahnen erbaut worden.

Da Kretzschmanns Bücher das Militär-Eisenbahnwesen hauptsächlich von der technischen Seite aus beleuchten, sei dabei an die vortreffliche Darstellung der strategischen Bedeutung der Eisenbahnen erinnert, die Oberst v. Velsen zum 8. Bande des Schwarteschen Sammelwerkes „Der große Krieg" beigesteuert hat.

Kretzschmann, der im Felde Major im Generalstabe des Chefs des Feldeisenbahnwesens war, bestätigt in mehr als einem Punkte die alte Wahrheit, daß die sorgfältigsten Überlegungen im Frieden die praktische Kriegserfahrung nie zu ersetzen vermögen. So berichtet er nicht nur, daß die Organisation mehrfach ganz anders ausgebaut werden mußte, als man es sich vorgestellt hatte, sondern zeigt auch, daß die in der Theorie sehr beliebten Feldbahnen den auf sie gesetzten Hoffnungen in größeren Verhältnissen wenig entsprachen und daß man meist besser gleich den Neu- oder Ausbau von Vollbahnen in Angriff genommen hätte.

Nur wenige von den Tausenden, die bei den häufigen großen Transporten über die wiederhergestellten Strecken und Brücken rollten, haben wohl daran gedacht, welcher Aufwand von geistiger und körperlicher Arbeit nötig war, um die großen, von unseren Gegnern bewunderten Truppenverschiebungen technisch zu ermöglichen. Schon die 57 ausgezeichneten Abbildungen von Brückenbauten, die dem Bande beigegeben sind, können auch dem Nichtfachmann eine Vorstellung von den Leistungen der Eisenbahntruppe wie der sie trefflich unterstützenden Privatunternehmungen vermitteln. Darum sind dem Werke über den Kreis der Offiziere und technisch interessierten Laien hinaus recht zahlreiche Leser zu wünschen.

Konnte noch der Feldmarschall Moltke die Eisenbahnen als ein Mittel der Kriegführung unter anderen, allerdings ein besonders wichtiges betrachten, so wird man heute dem General Gröner beistimmen müssen, wenn er sagt, daß die Eisenbahnen „einen Teil der lebendigen Kraft des Volkes ausmachen, die sich zusammensetzt aus der wehrfähigen Mannschaft mal Eisenbahnen". Mittels der Menschenbeine allein sind moderne Operationen überhaupt nicht mehr durchzuführen.

Harlaching bei München. Oberstlt. a. D. Heinrich Heide.

[1]) Berlin 1925, Mittler und Sohn.

Reisen und Völkerkunde

Eine der wunderbarsten Kulturen der Neuen Welt, denen die Berührung mit dem Europäertum auch alsbald den Untergang brachte, schildert Otfrid v. Hanstein in einem recht hübschen Buch „Die Welt der Inka" (Dresden 1923). Die ersten Kapitel sind der Beschreibung der Geschichte, des sozialen, religiösen und politischen Aufbaus des Inkareichs gewidmet — daher auch der Untertitel „Ein Sozialstaat der Vergangenheit" —, die folgenden der schauerlichen Episode der Eroberung, der gewaltsamen Bekehrung zum Christentum, der Ausplünderung und schließlichen vollständigen Vernichtung durch die Spanier. Die Geschichte Perus vom Augenblick an, wo ein Pizarro den Fuß auf den Boden des Inkareiches setzte, ist eines der traurigsten Kapitel des Entdeckungszeitalters. Das Buch ist mit Liebe geschrieben, nur hätte es freigebiger mit Bildern versehen werden dürfen, was bei dem Formenreichtum der materiellen Kultur des alten Peru nicht schwer gewesen wäre.

Unterhaltend und lehrreich erzählt vom heutigen und vom alten Griechenland Bernard Guttmann in seinem Bande „Tage in Hellas" (Frankfurt 1924). Viel über die Geschichte des Landes in den zehn, zwanzig letzten Jahren, aber auch interessante Rückblicke auf das Griechenland des Wittelsbachers und das alte Hellas bis zurück in die mykenische Zeit. Man mag über die heutigen Griechen denken wie man will, eines haben sie, wenn auch das anthropologische und völkische Substrat, wie Fallmerayer will, sich fast ganz geändert hat, aus dem Altertum übernommen: die politische Parteiwut. Sie beherrscht das Denken des Einzelnen und damit die ganze Politik; also kein Wunder, wenn dieses „neutrale" Volk jetzt fast ebenso leidet, wie eines der Völker, die am Kriege teilgenommen haben.

München. Adolf Dirr.

Meyers Lexikon in neuer Bearbeitung

Im Dezemberheft 1923 der S. M. „Tausend Jahre Franzosenpolitik" konnten wir mit Brockhaus' vierbändigem „Handbuch des Wissens" das erste zeitgemäße Nachschlagewerk anzeigen, das nach der Umwälzung der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu einem Gesamtüberblick über unser heutiges Wissen vorzudringen suchte. Die Notwendigkeit eines raschen Erscheinens und eines trotz der allgemeinen, durch die Inflation geschaffenen Notlage noch erträglichen Preises machten damals noch die Beschränkung auf einen verhältnismäßig engen Raum notwendig. Die siebente Auflage von Meyers Lexikon, deren erster Band heute vorliegt, beginnt jedenfalls unter günstigeren äußeren Bedingungen zu erscheinen. Trotzdem nimmt auch sie auf die gesunkene Kaufkraft breiter Volksschichten gebührend Rücksicht; sie ist im ganzen auf 12 Bände, nicht wie ihre Vorgängerin auf zwanzig berechnet. Übrigens hat die straffere Zusammenfassung des Stoffes der Darstellung, soweit sich nach dem ersten Bande urteilen läßt, kaum geschadet. Die Anzahl der Stichwörter und Verweisungen scheint sogar noch erhöht worden zu sein. Das ganze Werk soll etwa 160 000 Artikel enthalten und außerdem mit zahlreichen Textbildern, Tafeln und Karten ausgestattet werden.

Schon der erste Band, der von A bis Bechstein führt, beweist, daß sich das Lexikon der neuen Zeit in weitgehendem Maße angepaßt hat. Die sozialpolitische Gesetzgebung, das neue Arbeitsrecht, Auswanderungs- und Siedlungsfragen, die Errungenschaften der Technik und der Naturwissenschaft bis zur Atomtheorie haben ihren gebührenden Platz erhalten. Die Umwälzungen in Politik, Wirtschaftsleben, Pädagogik, Rechtswissenschaft haben auch sonst zu einer merklichen Umgestaltung des sachlichen Inhalts und darüber hinaus zu einer Umstellung in den leitenden Gesichtspunkten überhaupt geführt. Die moderne sozialpsychologische Betrachtungsweise zeigt sich allenthalben wirksam. Nur nebenbei sei die geschmackvolle und gediegene Ausstattung des Werkes erwähnt. In Zwischenräumen von vier bis fünf Monaten sollen die weiteren Bände erscheinen, so daß zu hoffen steht, daß wir in etwa vier Jahren das Gesamtwerk besitzen.

Neuerscheinungen

Stimmen des Rheines. Ein Lesebuch für die Deutschen von Friedrich Wolters und Walter Elze (Breslau, Ferdinand Hirt). Das ist ein wertvolles Buch, vielleicht das Gewichtigste, was zum Rheinland-Jubiläum überhaupt erschien, etwas für alle kommende Zeit Bleibendes, eine Rüstkammer. Nach einer bedeutenden Einleitung „Der Rhein unser Schicksal" folgen Abschnitte und Ausschnitte aus den verschiedensten Werken, Goethe, Bismarck, alte Flugschriften, Riehl, Karl Julius Weber, Simrock, Johannes von Müller, Arndt, Görres, Dehio, um nur die am öftesten angeführten zu nennen, verteilt auf die drei Kapitel: Rhein-

lob, Franzosen am Rhein, Deutsches Wesen. Aus der Einleitung nur einen einzigen Satz: „Nur Kinder und Narren können sich täuschen über die Tiefe und Niedertracht des französischen Hasses, nur neutrale und deutsche Narren können auch heute noch glauben, es seien nur einige böse Führer, die diese Ziele verfolgten und nicht das ganze französische Volk". Und ein einziges aus den Hunderten von Zitaten: „Keinem Deutschen darf es verborgen oder gleichgültig bleiben, daß, wenn Frankreich und Deutschland je miteinander abrechnen, alles Soll auf seiner, alles Haben auf unserer Seite steht. Nur wir haben von Frankreich zu fordern, was es uns widerrechtlich entrissen. Frankreich dagegen hat nichts von uns zu fordern, nicht ein Dorf, nicht einen Baum." Nein, doch noch eins: es gab schon einmal einen Dr. Wirth, der hielt eine Rede auf dem Hambacher Fest, da sagte er aber nicht „Der Feind steht rechts", sondern er sagte: „Eher muß man mit dem Absolutismus in gleicher Linie fechten, als nur das kleinste Teil von Deutschland an Frankreich opfern." Das Buch gehört in jede Redaktion und jede Schulbibliothek.

Rudolf Sieck, „Von der Landschaft", 23 seiner feinen Bilder, farbig wiedergegeben, teils photolithographisch, teils in Offset, dazu Texte von Adalbert Stifter, Henry H. Thoreau, Hans Mayr, Lorenz von Westenrieder: ein ganz reizendes Büchel, kostet nur M. 4 (Verlag Eugen Salzer, Heilbronn).

Von Brandstetters (Leipzig) Heimatbüchern deutscher Landschaften erschien in 2., verbesserter und vermehrter Auflage „Das Schwabenland", ein Heimatbuch für Württemberg und Hohenzollern, herausgegeben von Tony Kellen (27 Zeichnungen, 3 alte Stiche, 8 Schattenrisse, geb. 5,50). Von den Mitarbeitern seien genannt: Robert Gradmann, Rudolf Krauß, Eugen Gradmann, Wilhelm von Scholz, Auguste Supper, natürlich fehlt auch keiner der großen Schwaben des 19. Jahrhunderts. Hoffentlich regt das Buch recht viele Deutsche an, das herrliche Württemberg aufzusuchen.

Von W. H. Riehls „Familie" erschien die 13., von „Land und Leute" die 12. Auflage (Stuttgart, Cotta, geheftet je 6 M.), ein Beweis, wie lebendig diese Bücher sind. Riehl ist zu einem Hausgeist des deutschen Hauses geworden, dessen gemütvoller Art man eine wesentlich längere Zukunft voraussagen kann, als den modischen Geschwollenheiten von heute.

Neue Deutsche Beiträge. Herausgegeben von H. v. Hofmannsthal. Verlag der Bremer Presse, München. In dieser außerordentlichen Zeitschrift (die nebenbei sehr billig ist, trotz ihrer bibliophilen Ausstattung) erschienen bisher: von Hofmannsthal das Salzburger große Welttheater und das Trauerspiel Der Turm. Von R. A. Schröder: Übertragung des ersten Buches der Georgica und das große Gedicht Die Heimkehr. Von Rudolf Borchardt Gedichte, Übertragungen, Essays. Von Max Mell das Apostelspiel; lauter Werke, die völlig außerhalb des literarischen Tages stehen. Nicht minder bedeutend sind die Buchveröffentlichungen desselben Verlages, die Cato-Maior- und Vergilübertragungen Schröders, Borchardts Tacitus, Dante, Homerische Hymnen und Provenzalische Trobadors. Die Bremer Presse, die anerkanntermaßen erste Privatpresse Deutschlands, stattet auch die billigen Veröffentlichungen ihres allgemeinen Verlages mit gleicher Sorgfalt aus.

Deutscher Humor aus fünf Jahrhunderten gesammelt von W. Fränger (München, Piper & Co., Halbleinen M. 18). Es handelt sich in diesen zwei Bänden wirklich um Humor, nicht nur um Witz, Ulk u. dgl. Verwechslungen, von Grimmelshausen bis zu heute noch Lebenden. Vorzüglich passen dazu die ausgewählten Proben deutscher Holzschneide- und Griffelkunst vom 16. Jahrhundert bis zu Klee und Kubin. Natürlich wird man bei einer Auswahl dieser Art immer dies vermissen, jenes überflüssig finden, aber die Auswahl ist mit Kenntnis und Geschmack gemacht, und die Ausstattung in ihrer leicht altertümlichen Art famos.

Von den Hymnen des Breviers, lateinischer Urtext mit deutscher Übersetzung, erschien der 2. Teil (Herder, Ganzleinen 3,20). Er behandelt die Heiligenhymnen. Wie kritisch der Übersetzer Hans Rosenberg dem Stoffe gegenübersteht, beweist die freie Charakterisierung dieser späteren kirchlichen Lyrik, verglichen mit der früheren (S. 7). Wie meisterhaft er übersetzt, beweist z. B. seine Nachdichtung des Stabat Mater, wo er sogar jeden Binnenreim nachschafft. Die Anmerkungen sind eine Fundgrube.

Rudolf G. Binding: Aus dem Kriege (Rütten & Loening). Dies ist nicht, wie Hans Carossas Rumänisches Tagebuch, ein Werk dichterischer Prosa, sondern im allgemeinen Aufzeichnungen harter Stimmungen und härterer Tatsachen. Was z. B. S. 273 über die Erbärmlichkeit des damaligen Reichstags steht, oder 318 über die Torheit und Unerzogenheit des deutschen Mannes, oder über die Verschleuderung der EK, oder S. 337 über die zwölf Rennpferde des Kronprinzen und seinen großen Affen im Hauptquartier, ist sehr, sehr lesenswert.

In der schon in 366000 Exemplaren verbreiteten Sammlung „Die schönsten Erzählungen" des Verlags A. Langen erschien als 20. Band: Turgenjew. Inhalt: Erste Liebe, Pjetuschkow, Mumu, als 21.: Erzählungen und Schwänke von Hermann Kurz, eingeleitet von Dr. Owlglaß, und als 22.: Die schönsten Erzählungen von Ludwig Steub, eingeleitet von Josef Hofmiller (in Ganzleinen je M. 4). Die außerordentliche Verbreitung dieser Sammlung — zusammen mit der nichtbelletrischen Reihe „Bücher der Bildung" fast eine halbe Million — spricht für das Bedürfnis, dem sie in einer kaufschwachen Zeit entgegenkommt, und für Ausstattung und Preis.

Paul Schulze Berghof: Kattes letzte Stunden (Leipzig, Theodor Weicher, geb. M. 3,50, mit Bildern von H. Skarbina). Die erschütternde Freundschaftstragödie aus der Jugend Friedrichs des Großen in Novellenform, unter genauer Beachtung der Überlieferung und der gleichzeitigen Berichte.

Die Heimkehr des Odysseus. Homers Odyssee in ihrer ursprünglichen Gestalt wieder hergestellt, nach dem Tageplan, mit Beigaben über homerische Geographie und Kultur von Wilhelm Dörpfeld, in deutsche Prosa übertragen von Heinrich Rüter (2 Bd. Verlag Buchenau & Reichert, München. Preis M. 16). Wenn der Leiter des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, der Ausgrabungen in Troja, Olympia, Mykenä sich über Homer äußert, wird man ihn mit größtem Respekt und Interesse anhören, selbst wenn man seine Hypothese von den zehn Tagen in zehn ursprünglichen Gesängen für nicht richtig hält. Der Nichtfachmann wird sich hüten, in den Streit einzugreifen, wenn auf der einen Seite Dörpfeld steht, auf der anderen H. Diels, der im Unterweltsgesang den „Kern des Odysseusmythus, nicht etwa ein späteres Stück" erkennt (Neue Jahrbücher, Bd. 50, Heft 7, S. 240). Die Übersetzung ist ein Schritt weiter zu jenem deutschen Homer, der einmal kommen muß und kommen wird, einem Homer in Prosa, wie ihn schon Goethe und Jakob Grimm als wünschenswert bezeichneten. Die Bände sind vorzüglich ausgestattet und mit Karten, Skizzen und Bildern versehen.

Eines der belehrendsten und zugleich unterhaltendsten Bücher, Hertslets „Treppenwitz der Weltgeschichte" erschien, von Helmolt bearbeitet, in 10. Auflage (Berlin, Haude & Spener, Ganzleinen 10 M.). Es gehört in jede gute Bibliothek, zum mindesten wie Büchmanns „Geflügelte Worte", wenn nicht mit noch größerem Rechte. Denn wenn es schließlich nicht so wichtig ist, von wem ein landläufiges Zitat stammt, so ist es durchaus nicht gleichgültig, ob gewisse weltgeschichtliche Pointen überhaupt je gesprochen wurden oder nicht. Das für uns noch auf lange Zeit hinaus aktuellste Kapitel des Werkes ist das letzte: „Der Weltkrieg und die Schuldlüge". Der „Treppenwitz" ist vor allem auch unentbehrlich für jeden Lehrer der Geschichte.

In seinem Buche „Die Jesus-Sage" versucht Georg Brandes auch die Berichte über Jesus zum großen Teil als Treppenwitz nachzuweisen (Berlin, Erich Reiß), benimmt aber seinen eigenen Argumenten die Beweiskraft durch die feuilletonistische Form, den Mangel an wissenschaftlicher Methode und die lockere Disposition.

Der Ritter Karl Heinrich von Lang. Idyllen und Kämpfe aus den Jahren 1770—1830. Herausgegeben und eingeleitet von Richard Elchinger (11 Abbildungen, Rikola-Verlag). Eine geschickte Auswahl aus dem Originalwerk, sehr lesenswert für Leute, die an die „gute alte Zeit" glauben und keine Ahnung von der schauerlichen Rechtlosigkeit noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts haben. Adalbert von Raumer hat in seinem Werke „Der Ritter von Lang und seine Memoiren" die Glaubwürdigkeit Langs erwiesen (Verlag R. Oldenbourg). Dieses auf gründlichen Forschungen beruhende Buch sollte jeder lesen, der die Ausgabe des Rikola-Verlags oder die in der bekannten Lutz'schen Memoiren-Bibliothek besitzt. Die Leser dieser Zeitschrift werden sich besonders über die herrliche Einleitung K. A. v. Müllers über seinen gefallenen Freund freuen.

Von Emil Ludwigs 3 Bänden „Goethe, Die Geschichte eines Menschen" hat der Verlag Cotta eine schöne Volksausgabe in einem Band veranstaltet (697 Seiten, 12 Bildnisse Goethes, geh. 9, Halbleinen 11,50). Die Auffassung Goethes, die durch das Werk geht, ist eigenartig und widerspricht der herkömmlichen in vielem. Goethes Leben einmal von dem Standpunkte aus zu betrachten, daß es weder glücklich, noch harmonisch war, sondern ein sechzigjähriger Kampf, ist lehrreich. Natürlich ist auch diese These eine Konstruktion, genau wie die entgegengesetzte. Wir sind nachgerade gewöhnt, mit einem und demselben Material die entgegengesetztesten Thesen bewiesen zu sehen, z. B. in Sachen der Frau von Stein oder Christianens. Jede Zeit und jeder Autor machen sich schließlich ihren Goethe nach ihrem Bild und Gleichnis.

Fritz Dehnow: Ludwig Thoma. Inhalt: Heimat. Wider das Unechte. Hoch und niedrig. Politik. Krieg, Militär, Polizei. Verwaltung, Justiz. Geistlichkeit. Kunst, Literatur. Geschlechtlichkeit. Jugend. Die einzelnen Werke. (Albert Langen, geb. 2 M.) Das Interessanteste an diesem begeisterten, warm empfindenden Buch über den altbayerischen Satiriker ist, daß sein Verfasser ein norddeutscher Staatsanwalt ist! Ein wenig bekanntes Bild Thomas vor seinem Hause mit seinem Dackel schmückt den Einband.

Kalender, die nicht veralten: Der Bayerische Hauskalender der Münchener Neuesten Nachrichten, ein reichhaltiges, belehrendes und unterhaltendes Hausbuch (2 M.). Gustav Bosses Almanach der deutschen Musikbücherei 1924/25: eine bleibend wertvolle Gabe für jeden Musikfreund, mit zahlreichen Bildern. Die Amalthea-Almanache des gleichnamigen Verlags (Preise zwischen 0,75 und 1,20), die seit 1919 erscheinen, etwa in der Art der Insel- und Piper-Almanache, reich an dauernd wertvollen Beiträgen und Führer zu guten Büchern. Ganz besonders aber ist in diesem Zusammenhange der von Karl Heinemann umsichtig zusammengestellte Goethe-Kalender der Dietrichschen Verlagsbuchhandlung zu nennen.

Deutsche Musikbücherei. Anton Bruckner, Gesammelte Briefe, herausgegeben von Fr. Gräflinger. Anton Bruckner, Gesammelte Briefe, Neue Folge, herausgegeben von Max Auer (beide mit Bildern und Faksimiles). 3 Bände von Hans von Wolzogen: Lebensbilder, seine Selbstbiographie, viel zu bescheiden und kurz, man möchte so gerne mehr von ihm lesen! Wagner und seine Werke: ausgewählte Aufsätze, vornehmlich über den „Ring", „Meistersinger" und „Parzifal". Großmeister deutscher Musik: Bach, Mozart, Beethoven, Weber, Wagner (mit 5 Bildnissen). Die Deutsche Musikbücherei des wagemutigen und selbstlosen Verlegers Gustav Bosse wird mehr und mehr zum Sammelpunkt der besten deutschen Werke über Musik und Musiker.

Neue Bände von Kröners Taschenausgaben. Karl Paul Hasse (Karl Markgraf von Montoriola): Die italienische Renaissance, 2. Auflage, wesentlich (ca. 50 Seiten) erweitert. Eine gute Vorschule für jedes andere Werk über diesen Zeitraum, weil gut aufgebaut: Einleitung, Vorspiel, Humanismus, Platonismus, Literatur und Kunst, Lorenzo, Savonarola, Hochrenaissance, Vom Zeitalter Leos X. zur Gegenreformation. — Was sagt Voltaire? Eine Auswahl aus seinen Werken von dem besten Voltairekenner der Gegenwart, Prof. Sakmann in Stuttgart. Diese Auswahl ist sehr verdienstlich; sie ist nicht nur belehrend, sondern geistreich und witzig fast auf jeder Seite. Voltaire ist immer noch ein erfreulich lebendiger Toter, mit dem seine Gegner wohl überhaupt nie fertig werden. — Hegel: Auswahl aus seinen Werken. Wenn man das dem Bande beigegebene Bildnis Hegels von Schlesinger betrachtet, ist man betroffen von diesem prachtvollen Kopf, der zum mindesten so großartig ist wie der seines fanatischen Gegners Schopenhauers, einer der mächtigsten deutschen Köpfe überhaupt. — Nietzsche: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, und: Schopenhauer als Erzieher. Es ist angenehm, daß der Verlag auch anfängt Werke Nietzsches in seine hübschen, dabei billigen (durchschnittl. 2 M.) Taschenausgaben aufzunehmen.

Haessel-Reihe: Von Conrad Ferdinand Meyer „Die Richterin", „Der Schuß von der Kanzel", „Die Hochzeit des Mönchs". Von Jakob Bosshardt „Wenns lenzt", „Vom Golde", „Salto Mortale". Über Jakob Bosshardt habe ich an dieser Stelle im August 1913 geschrieben, zu einer Zeit, wo sein Name im Reich noch wenig bekannt war. Ich empfehle jedem, der Sinn hat für gediegene Erzählungskunst, einmal mit diesen drei Bändchen zu beginnen. Er wird einen der besten schweizerischen Erzähler überhaupt kennenlernen.

Neue Tauchnitz-Bände. A. E. W. Mason, The Winding Stair, eine Abenteuergeschichte, die in Marokko spielt. Daß zum erstenmal ein Roman von Compton Mackenzie in der T. E. erscheint, ist ein kleines Ereignis: The Old Men of The Sea spielt im stillen Ozean und ist zum Bersten voll von Ereignissen, Zyklonen, Erdbeben, Vulkanausbrüchen, alles im Ich-Ton mit einer gewissen ironischen Kühle erzählt. Zum Son of Tarzan von Burroughs ist nur zu bemerken, daß das Publikum auch in diesem Falle instinktiv das Surrogat dem Echten, nämlich Kipling, vorzieht. Die Tales of Hearsay, 4 Novellen aus dem Nachlasse des großen unlängst gestorbenen Erzählers Joseph Conrad, gehören teils der frühesten, teils der allerletzten Schaffenszeit an. Bemerkenswert ist die prachtvolle Einleitung von Cunninghame-Graham zu dem Bande, ein Meisterstück englischer Prosa. The Face in the Night von Edgar Wallace ist eine spannende Detektiv-Geschichte. Bealby, von H. H. Wells, zeigt den immer aufs neue überraschenden Dichter von einer neuen Seite: Die Geschichte eines durchbrennenden Jungen, nur eine Woche füllend, und doch hat der Held und der Leser das Gefühl, als wären es Jahre.

Rosenheim. Josef Hofmiller.

Kleine Tatsachen und Gedanken

Hindenburg in Paris

Man glaube nicht etwa, daß Hindenburg als Reichspräsident einen Höflichkeitsbesuch in Paris macht, sondern es handelt sich um das Auftreten Hindenburgs im Kasperltheater der Buttes Chaumont in Paris. Während dort bisher der Übeltäter, der immer jämmerlich geprügelt wird, einen Türkenkopf trug, hat man ihm jetzt einen Hindenburgkopf aufgesetzt. Für das Stück hat man eine sehr geistreiche Intrige erfunden: Hindenburg hat die Absicht, den Invalidendom zu stehlen und eine riesige Pickelhaube daraus zu machen. Die Spießgesellen (Admiral Tirpitz und Herr Boschmann!), die er nach Paris schickt, erhalten aber eine gehörige Tracht Prügel und Hindenburg selbst wird ein — Nachttopf über den Kopf gestülpt.

(„Hessische Landeszeitung", 23. Juli 1925.)

Heinrich II. von Frankreich als Vorläufer von Wilson

Heinrich II., der dem Deutschen Reich Toul, Verdun und Metz raubte, erließ in deutscher Sprache ein Manifest an die Deutschen, in dem er sich als den Erretter der deutschen Freiheit ausgab. „Wir wöllen nur männiglich hiermit kundt thun, welches wir mit Gott dem Allmächtigen bezeugen, auch bey unsern Königlichen wahren Worten sagen und bekräfftigen, daß wir aus diesem mühseligen, schweren und gefährlichen Vorhaben, großen Unkosten, auch Sorge und Gefahr unserer eigenen Person keinen andern Nutz oder Gewinn suchen noch verhoffen dann, daß wir aus freyem Königlichen Gemüth die Freyheit der Deutschen Nation und des heiligen Reiches zu fördern gedenken und daß wir hierdurch einen unsterblichen Namen, wie hie vor Zeiten Flaminio in Graecia beschehen, in effectu zu erlangen gedenken." Er bestritt jede Absicht auf Erwerbungen. „Sondern es sol männiglich bey seiner habenden Gerechtigkeit Ehren Güter und Freyheiten, welche wir wieder zu erretten unnd zu recuperieren diesen Krieg vorgenommen haben, unverletzt bleiben." (Nach Aloys Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1918, S. 127.)

Eine entdeckte alldeutsche Verschwörung

Es ist für uns Deutsche immer ungemein belustigend und auch ein wenig beschämend, wenn wir, frisch von der an Aberwitz grenzenden Parteizerfahrenheit, haßerfüllten Selbstzerfleischung, kaum die Anerkenntnis des gemeinsamen Menschentums übrig lassenden Zerspaltung des deutschen politischen Lebens hinweg zu einem französischen Blatte greifen und finden, wie wir dort als ein unheimlich geschlossenes und politisch zielbewußtes, sozusagen einen einzigen Geheimbund bildendes Volk erscheinen, das nur zur Täuschung seiner Gegner seine innerpolitischen Kämpfe aufführt. Die vollständige Verständnislosigkeit, mit der die Franzosen einerseits der tieferen Problematik unserer Politik, anderseits der Regsamkeit und Initiative unseres wirtschaftlichen und sonst privaten Lebens gegenüberstehen, läßt sie zu der sie hartnäckig verfolgenden Vorstellung einer Millionen umfassenden Verschwörung gelangen, in welcher alles bis ins kleinste zur Täuschung und hinterlistigen Schwächung der edlen Arglosigkeit Frankreichs technisch bewunderungswürdig zusammenarbeitet. Zur Kennzeichnung dieser Geistesverfassung diene folgende Entdeckung, die neuerdings aus dem reichen Arsenal deutscher Niedertracht ans Licht gezogen wurde. Sie findet sich im „Journal d'Alsace et de Lorraine" Nr. 351 vom 21. 12. 1924, wobei erläuternd zu bemerken ist, daß diese Zeitung in keiner irgendwie wesenhaften Beziehung zu Elsaß-Lothringen steht, sondern, reinsten französischen Schlages, nur sozusagen zufällig in Straßburg erscheint. Man höre. Es handelt sich um die Handelsvertragsverhandlungen, die Deutschland absichtlich verschleppe, da die Zeit für es arbeite. Nur mit Mühe kann sich der Leitartikler enthalten, auch den Tod des Vaters des deutschen Unterhändlers Trendelenburg als ein absichtliches deutsches Verschleppungsmanöver anzusehen. Man wolle die französischen Unterhändler mürbe machen, um mit einer ungeheuren industriellen Offensive zu beginnen, die zu gewinnen man sich geschworen habe.

„Und wie im Kriege haben auch die vorbereitenden Maßnahmen einer heimtückischen Propaganda, einer finsteren Arbeit zur Unterwühlung der Geister nicht gefehlt. Man hat sie im Elsaß wohl bemerkt, als zu Allerheiligen unsere Grenzen zum Gräberbesuch so weit geöffnet wurden. Damals hat man nicht nur die Kirchhöfe besucht, sondern nebenher noch das tückische Mittel gefunden, unseren Fabrikanten klarzumachen, ihre Preise seien zu niedrig. Welch eine Bosheit! Indem sie bei uns die Preise nach oben trieben, wurde der Vergleich für die

gleichartigen deutschen Erzeugnisse später desto günstiger angesichts dieser Unterstreichung des Preisunterschiedes. Unter allen diesen Erzeugnissen interessiert das Elsaß am meisten das Bier. Da bedarf es großer Aufmerksamkeit, denn Germanien sieht weit. Für dieses ist es schon etwas, eine Ware unterzubringen; aber was besser ist, das ist, sich ihrer noch überdies zu bedienen, um bei derselben Gelegenheit in den politischen und psychologischen Bezirken Fuß zu fassen. Indem man also deutsches Bier verkauft, macht man zugleich deutsche Propaganda — eins geht nicht ohne das andere! Man muß Ausschänke haben, d. h. ebensoviele Mittelpunkte der Vereinigung zunächst der Deutschen, dann der Deutschfreundlichen, der Unzufriedenen und der allfälligen Begünstiger von Unordnung. Jedes Lokal, wo man deutsches Bier zu schmecken bekommt, hat eben dadurch die größten Möglichkeiten, ein Ausbreitungsherd des deutschen Gedankens zu werden, ein Ort politischer Zusammenkunft. Und hat man an die Wirtshausschilder gedacht, an die Reklame, an andere Einzelheiten, welche geeignet sind, an ein Deutschland vor unseren Toren zu erinnern, ja es offen in Geltung zu setzen, ein Deutschland, das auf jede Gelegenheit lauert, die französische Aktion zu behindern. Nirgends wie in Straßburg haben wir jene großen Unternehmungen am Werk gesehen, Germania, Löwenbräu, Münchener Kindl, e tutti quanti. Das waren ebensoviel Orte, wo mit dem Bier das deutsche Gefühl ausgeschänkt wurde, der haßerfüllte und intransigente Patriotismus, welche die obersten Herren an diesen Örtlichkeiten waren. Und die Ohren hallen uns noch von den wilden Freudenschreien, die bei der Mobilisation ausgestoßen wurden, und dann während des Krieges jenen Invektiven gegen Frankreich, jenen der Rothäute würdigen Siegessängen, die, von dem Hurra wilder Tiere begleitet, das Glas in der Hand, hinausgeheult wurden. Wenn wir jemals diese Mittelpunkte der Sauferei wieder aufleben sähen, die heute verschwunden sind, wo Deutschland so schön zu Hause war, könnten wir versichert sein, daß das Reich sich nicht genieren und sich dessen für seine Pläne bedienen wird. Schon schickt sich das bayerische Bier an, mit seinem Vortrupp, dem badischen, welche so gefährlich für unser Elsaß sind, den Rhein zu überschreiten. Alles ist dafür schon beschlossen. In erster Linie werden die Lastkraftwagen sofort nach dem Geben des Signals über die Brücken rollen und uns mit den teutonischen Flüssigkeiten überschwemmen. Immer vorausschend und minutiös, hat die deutsche Regierung im Oktober die Herstellung von Starkbier gestattet, welches vom Januar an dann verkauft werden kann. Der bayerische Landtag hat anderseits das Mittel ins Auge gefaßt, den Bierpreis durch Ausübung eines regierungsseitigen Drucks zu senken! Mit einem Wort, alles ist für die unmittelbare Wiederaufnahme einer intensiven Ausfuhr organisiert. Was die Schankstellen anlangt, so wird diese Frage sicher gelöst werden. Mit Vorschüssen von Geld (und das hat man dort) ist nichts unübersteigbar. Es ist überdies sichergestellt, daß schon in diesem Augenblick im Elsaß von verschiedenen Seiten die verführerischsten Angebote gemacht werden mit der Absicht, die notwendigen Lokale zu erlangen. Beim ersten Aufruf wird die mit Sorgfalt vorbereitete Offensive losbrechen. Hoffen wir noch, daß unsere Pariser Unterhändler zu hören verstehen und hinlänglich unterrichtet sein werden, um hinter der wirtschaftlichen Fassade die reale politische Gefahr zu bemerken, die sehr häufig besteht. Dem deutschen Bier helfen, sich bei uns einzuführen, heißt gleichzeitig die Durchdringung durch das Deutschtum, die feindliche Propaganda erleichtern — man muß das mit hohen Tönen wiederholen. Und Frankreich würde nach der militärischen Invasion von 1914 die wirtschaftliche von 1925 sehen!! Von den Marken des Vaterlandes aus, an den Ufern des Rheins, können wir nichts tun als den Alarm- und Hoffnungsschrei ausstoßen: caveant consules!"

Freiburg i. B. Erich Brock.

Knut Hamsun über die Engländer

In Hamsuns Roman „Die Weiber am Brunnen" (Ges. Werke bei Albert Langen, München, 9. Bd., S. 272f.) lesen wir:

„Der Engländer hat seine eigene Religion hier auf der Welt und rechtfertigt sie auf ganz englische Weise. Er unterjocht Volk um Volk, nimmt ihnen die Selbständigkeit, kastriert sie und macht sie dick und still. Dann sagt der Engländer eines Tages: Laßt uns nun der Heiligen Schrift gemäß gerecht sein! Und dann gewährt er den Kastraten etwas, das er Selbstverwaltung nennt....

Ich frage mich, ob nicht vielleicht die Engländer ihren eigenen Gott haben, einen englischen Gott, wie sie auch ihr eigenes Gepräge haben. Könnten Sie sich sonst erklären, daß sie unablässig auf der ganzen Welt Eroberungskriege führen, und nachher, wenn sie gesiegt haben, meinen, sie hätten eine gute und hochherzige Tat vollbracht? Sie verlangen von allen Menschen, daß sie es so auf-

fassen, sie danken ihrem englischen Gott dafür, daß die Untat gelungen ist, sie werden fromm davon. Und nun erlebt man den merkwürdigen Zug an den Engländern, daß sie voraussetzen, auch andere Völker werden sich dessen freuen, was sie getan haben: Nun müssen doch die Menschen gut werden, sagen sie, laßt nun die Gerechtigkeit walten, werdet fromm! Anderen Völkern kommt es merkwürdig vor, daß die Engländer nicht ihre Augen niederschlagen; sie müssen unbedingt ihren eigenen Gott haben, der mit ihnen zufrieden ist und ihnen Rechtfertigung erteilt. Sie schreiben in den Zeitungen, jetzt sei der Augenblick gekommen, jetzt müsse die Menschheit anders werden, sie machen es zu ihrem Programm: Kommt jetzt, wir wollen uns hinsetzen und fromm werden, sagen sie, was haben wir denn sonst zu tun? O, wie ganz anders müssen die Menschen jetzt werden, alle müssen anders werden als zuvor, andere Bilder müssen an die Wände, andere Bücher auf die Bücherbretter, andere Prediger in die Kirchen, wir müssen ein anderes Volksgewissen bekommen. Und ein anderes Zusammenleben unter den Menschen, andere Einrichtungen in den Häusern, eine andere Wissenschaft, eine andere Liebe, eine andere Gottesfurcht — kurz gesagt, jetzt soll es ein anderes Paar Stiefel werden! Warum? Weil die Menschheit sich plötzlich gegen früher verändert hat? Die Menschheit wird nur ungeheuer langsam und nach vielen, vielen Erdenleben anders, als sie gewesen ist."

Amerikanische Kadettenanstalten

In dem schönen Buch „Großdeutsches Wollen. Aus den Lebenserfahrungen eines Seeoffiziers" (Zweite Auflage, Nationale Jugend, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin) berichtet Admiral von Trotha u. a. über Eindrücke, die er bei Begleitung des Prinzen Heinrich auf der Reise durch die Vereinigten Staaten im Jahre 1902 empfangen hat:

„Für uns war der Besuch der Marineschule in Annapolis und der Kadettenschule in West Point besonders interessant.

Hier war der Grundgedanke der Erziehung bis zum Äußersten ausgebildet: volles Aufgehen im neuen Beruf, ganze Hingabe von Wissen und Kraft nur für das eine Ziel: Stärkung von Willen, Entschluß, Verantwortung und Charakter. Unser einfaches Erziehungssystem des preußischen Kadettenkorps war nicht entfernt so streng, so rücksichtslos in der Art, wie es die Jugend sich eingli derte, als die Kadettenschule des demokratischen Nordamerikas in West Point. In dem herrlichen waldreichen Berggelände am Hudson, in großzügigster Weise ausgebaut, war die Kadettenanstalt so angelegt, daß in weitem Umkreise keine Ortschaft oder privates Anwesen zu finden war. Die jungen Leute wurden so nur auf ihre rein militärische Erziehung eingestellt. Im ersten Jahre wurde Urlaub in die Heimat nicht erteilt, ein Besuch von Eltern oder Angehörigen nur mit Schwierigkeiten und nur auf kurze Stunden möglich. So wurden die Kadetten fast gewaltsam aus allen Beziehungen herausgerissen und dem militärischen Gedanken und der Kameradschaft eingegliedert.

Wir würden das in dieser Art nie tun, weil uns der Wert des Familienlebens viel zu hoch steht, aber lernen können wir davon, wie ernst und scharf dieser demokratische Staat die Frage der Wehrmacht nimmt, wie er bestrebt ist, sie freizuhalten von allem, was ihre Einheitlichkeit schwächen, sie von dem Gedanken der selbstlosen Aufopferung loslösen könnte."

Aufklärungsunterricht

Kürzlich rühmte der französische Ministerpräsident, Frankreich sei das erste Land gewesen, von dem die Verkündung der Menschenrechte ausgegangen sind. Leider ist's nicht wahr. Bereits 13 Jahre früher als Frankreich, im Jahre 1776, wurden die Menschenrechte von Amerika erklärt, von wo Lafayette dieses Ideal mitbrachte.

*

Ein Pazifist, der sich dafür einsetzt, unter allen Umständen Frieden zu halten, ist wie ein Mensch, der verspricht, sich nicht zu wehren, was man ihm auch antun möge.

*

Ein Wort Clemenceaus:

Ah, elle était belle, la république — sous l'empire. (Ah, wie war die Republik schön — unter dem Kaiserreich.)

München. August Gallinger.

Aus unserem Tagebuch

Die schriftliche und gedruckte Überlieferung, in der die abendländischen Gebildeten leben, hat dazu beigetragen, sie aus dem ahnungsvollen Dunkel zwischen Geburt und Tod in die künstliche Beleuchtung einer Bücherei zu versetzen.

*

Dem allgemeinen Bewußtsein ist im Abendland früher die Freiheit des Willens wohl ebenso einleuchtend gewesen wie jetzt seine Unfreiheit.

*

In dem Maß ist einer ein tiefer Denker, wie er sich von Analogie und Antithese freihält.

*

Wir möchten das Leben wie eine Lotterie behandeln, bei der es nicht auf die Höhe des Einsatzes ankommt, sondern auf das Glück.

*

Deutscher Pazifismus

In anderen Ländern nimmt man an, daß starke Rüstungen den Gegner abhalten, Krieg zu führen. In Deutschland nimmt man an, daß sie ihn reizen. In der übrigen Welt nimmt man an, daß die Ablehnung aller Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie vor dem Krieg die Gegner zum Krieg reizte, weil sie hofften, daß die Sozialdemokraten nicht mitmachen würden. In Deutschland nimmt man an, daß solche Handlungen friedensfördernd wirken. Man glaubt, daß die Erklärung, man sei für den Frieden, den Frieden herbeiführe.

*

Englische Pazifisten

Unter der Regierung Macdonald wurden, nach der Vossischen Zeitung, Nr. 189 vom 20. April 1924, die von Deutschland abgelieferten Docks für große Schlachtschiffe umgebaut.

*

Man muß deutscher Theoretiker sein, um zu glauben, daß eine Nation ohne Nationalgefühl und daß Sozialismus ohne soziales Gefühl möglich ist.

*

Der Ungeniale spricht in alten Gleichnissen, der Geniale in neuen.

*

Dicke Leute wirken durch Vitalität, dünne durch Intuition.

*

In Lagen, in denen der Dichter dichtet, schriftstellert der Schriftsteller.

*

Wenn ein Kind in einer dunklen Kammer aufgezogen und ihm darin Naturgeschichtsstunde gegeben würde — würde ihm, wenn es plötzlich einen Garten im Sonnenschein und Schmetterlinge auf den Blumen umherfliegen sähe, Amseln von den Bäumen herunterpredigen und Lerchen im Fliegen zwitschern hörte, dies alles weniger wunderbar sein als uns, wenn wir plötzlich an einen Ort kämen, wo Tiere sprechen, aus Quellen Nymphen emportauchen und auf Wolken Engel segeln?

*

Lichtenbergs Originalität ist von der Art, daß sie zeigt, wie traditionell die übrigen Menschen sind. Er lebte in einem epigrammatischen Zeitalter, aber wenn er von Wein und Küssen spricht, sind sie nicht nur Epigramm-Stoff wie bei Lessing. Der Rationalismus liegt bei ihm nicht, wie etwa bei Boie, in der Schwäche des Gefühls, sondern in der Stärke des Verstands. Man vergleiche die Charakteristik Büttners bei Goethe mit der bei Lichtenberg. Bei diesem gibt es kein Schema für Charakteristiken. Goethe ist weise, Lichtenberg gescheit.

*

Wenn man so viel Verstand hat wie Lichtenberg, macht das Denken an sich Vergnügen; so wie einem starken Menschen der Gebrauch der Muskeln. Lichtenberg hat etwas Antikes, nicht nur in seinem Verhältnis zu den naturalia, sondern auch in seinem Witz, der nichts Anderes ist als Prägnanz, und zwar Prägnanz des Denkens, nicht des Sprechens. Man betrachte seine Bemerkungen übers Jenseits; er stellt es sich anschaulicher vor als Leute, die mehr daran glauben.

*

Bei seinen Briefen ist man überrascht, wie wenig von der französischen Revolution die Rede ist. Im zweiten Band seiner nachgelaßnen Schriften sieht man, daß er auf die Einzelheiten nicht eingegangen ist, weil er auf das Allgemeine aus war.

*

Die wissenschaftliche Phantasie, wo sie nicht mit Gründlichkeit verbunden ist, ist gefährlich; im höchsten Maß finden wir die Verbindung dieser beiden Eigenschaften bei Lichtenberg, der am strengen Leitseil eines elektrisch geladenen Drahtes seinen Affen lustig herumspringen läßt.

*

Wenn Lichtenberg von einem Professor, den er für einen gemeinen Kerl hielt, eine Gemeinheit zugefügt wurde, hat er sich über die Gemeinheit gewiß weniger geärgert, als über das Zutreffen seiner Voraussage gefreut. Ja, er hat sich gewiß auch gefreut, wenn er an sich selbst eine neue Sünde entdeckte. So sehr überwog die Freude am Erkennen jede andere.

*

Die Mathematik ist gescheiter als der Mathematiker.

*

Es ist angenehmer die Welt zu verbessern als sich.

*

Redaktionell abgeschlossen am 5. September 1925.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. — Druck- und Buchbinderarbeiten R. Oldenbourg, München. — Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern b. i Pforzheim.

Eine Brunnen-Trinkkur zu Hause

mit dem altberühmten heilkräftigen

Lauchstädter Brunnen

ist zur Förderung der Gesundheit jedem zu empfehlen.

Seit mehr als 200 Jahren geradezu hervorragend bewährt und ärztlich empfohlen bei

Rheumatismus, Gicht, Nervosität,
Blutarmut, Bleichsucht, Mattigkeit, schlechter Blutbeschaffenheit

Bestes Kurgetränk bei

Zucker- und Nierenleiden

Gesundes Blut ist die Grundlage der Lebenskraft, schlechtes Blut der Träger von Krankheitsstoffen

Deshalb ist es für jeden Menschen, ganz besonders aber für den, der **nervös, abgespannt** und **überarbeitet** ist, wichtig, sein Blut von Zeit zu Zeit aufzufrischen, um die Spannkraft und Elastizität des Körpers zu erhalten oder wiederzugewinnen, durch eine Trinkkur zu Hause mit dem altberühmten heilkräftigen Lauchstädter Brunnen. Schon von Goethe, Schiller, Gottsched u. anderen Geistesheroen getrunken.

Was sich aber Jahrhunderte hindurch so außerordentlich bewährt hat, das muß schon zuverlässig und gut sein.

Der Brunnen ist wohlschmeckend und erfrischend

Lauchstädter Brunnen ist zu beziehen durch Apotheken, Drogenhandlungen und Mineralbrunnengeschäfte

oder direkt durch den

Brunnenversand der Heilquelle zu Lauchstädt in Thüringen

Brunnenschriften und Heilberichte kostenlos durch den Brunnenversand Lauchstädt in Thüringen

Neue Bücher

Als ersten Band einer Reihe „Die alten Volksbücher" legt der Alster Verlag, Hamburg, „Till Eulenspiegel" vor. Peter v. Zobeltitz stellte nach der ältesten bekannten Druckausgabe von 1515 eine gelungene Auswahl der humorvollen und witzigen, kurz der dauernd gültigen unter den zahllosen Streichen her. Köstlich und die Seele jener Zeit atmend sind die Holzschnitte von Professor Bruno Goldschmitt, München, in dem prächtig gedruckten Bande.

In eine uns fast unbekannte und doch uralt verwandte Welt führt Adrian Mohr mit seinem Werk „Was ich in Island sah" (Otto Uhlmann Verlag, Berlin). Er führt nicht nur, er erschließt dieses große, fälschlich nur als „Insel der Stürme" bekannte Land und seine 200000 Bewohner. In dem musterhaft ausgestatteten Reisewerk fesseln unter den vielen Bildern besonders die farbigen Wiedergaben von Landschaften des isländischen Malers Jonsson.

Noch viele Deutsche werden in den nächsten Jahren ihr Brot in der Fremde suchen müssen. Wenn sie die Heimat auch für das leibliche Auge mitnehmen wollen, so hat ihnen Kurt Hielscher in dem herrlichsten Bilderbande „Deutschland" des bekannten Verlags Wasmuth (Berlin) Landschaft und Menschenwerk von den Alpen bis zum Meer, also das Bild des ganzen Deutschland aufgebaut. Auswahl und Wiedergabe der 304 großen Tafeln sind über alles Lob erhaben. Das Geleitwort schrieb Gerhart Hauptmann; der 85jährige Hans Thoma nahm in einem wundervollen Schreiben die Widmung an. Ein Altar der Heimatliebe und der Schönheit!

Nach zweijähriger Pause erscheint zum 22. Male Weyers „Taschenbuch der Kriegsflotten" 1925 (J. F. Lehmanns Verlag, München, 10 M.). Das weltbekannte, auch in England geschätzte Nachschlagewerk mit seinen Bildern, Skizzen und Schattenrissen weist durch das Washingtoner Abrüstungsabkommen und durch die vielen Neubauten an Kreuzern, Torpedo- und U-Booten große Veränderungen auf. — Zum vierten Male bringt uns der gleiche Verlag das „Taschenbuch der Luftflotten" 1925, herausgegeben von Dr.-Ing. Werner v. Langsdorff (in Ganzleinen M. 12). Der Umfang wird von Jahr zu Jahr stärker. Die Tabellen über Luftschifftypen und Flugzeuge mit und ohne Motor für Krieg, Sport, See, Verkehr und Übung sind sorgfältig und durch 793 Lichtbilder und Skizzen erläutert. Trotz der entehrenden Beschränkung im Flugzeugbau braucht Deutschland die Hoffnung nicht aufzugeben; so

Fortsetzung s. S. XX.

Der skandinavische Norden ist zu einem bestimmten Kulturbegriff geworden, der eine eigenartige Macht auf den Deutschen ausübt. Nicht nur gemeinsame Herkunft und dunkle Vorzeit, von der viele Märchen, Mythen, Heldenlieder, Sagen erzählen, verbinden den Deutschen mit den Völkern des Nordens, sondern vor allem eine parallele geistige Entwicklung, manche gemeinsame Ziele und Ideale. — Diese innige Verbundenheit zeigt sich am deutlichsten in den wechselseitigen Beziehungen, stärksten Anregungen der Dichter und Denker. Zur Förderung dieser äußerst fruchtbaren Wechselbeziehungen will die Sammlung

Nordische Bücher

Herausgeber: Heinrich Goebel

die wertvollsten Dokumente nordischer Geisteskultur in repräsentativer Auswahl, der hohen Aufgabe würdigen Übersetzungen zusammenstellen. Das unvergängliche Alte (z. B. Holberg) soll nicht weniger vertreten sein als die großen Repräsentanten nationaler Kulturen (z. B. Runeberg und Topelius) oder die zur Weltliteratur gehörenden Größen (z. B. Jacobson, Strindberg, Lagerlöf); vom neuesten Schaffen finden typische, hervorragende Werke (Sigbjörn Obstfelder, Peter Egge, Regine Normann u. a.) ihren Platz.

Die Preise der erschienenen Bände in grünem Leinen sind:

1. August Strindberg, Vom Heiraten. Neun Ehegeschichten. Aus dem Schwedischen von Heinrich Goebel . . . . . M. 3.80
2. Selma Lagerlöf. Unsichtbare Bande. Aus d. Schwedischen v. Ilse Meyer-Lüne M. 3.80
3. Zachris Topelius. Finnländ. Märchen, A. d. Schwedischen v. Ilse Meyer-Lüne M. 3.80
4. Zachris Topelius, Neue finnländische Märchen. Aus dem Schwedischen von Ilse Meyer-Lüne . . . . . M. 3.80
5. Holberg, Der politische Kannegießer. Der Franzosennarr. Aus dem Dänischen von Heinrich Goebel . . . . . M. 4.60
6. Sigbjörn Obstfelder, Das Kreuz und andere Novellen. Autorisierte Übertragung a. d. Norwegischen v. Heinrich Goebel M. 3.80
7. Joh. Ludw. Runeberg, Hanna. Der Weihnachtsabend. Zwei Dichtungen. Aus dem Schwedischen v. Johannes Öhquist M. 3.80
8. C. J. L. Almquist, Das Jagdschloß. Aus dem Schwedischen von Heinrich Goebel M. 3.80
9. C. J. L. Almquist, Die Kapelle. Der Palast. Aus dem Schwedischen von Heinrich Goebel . . . . . M. 3.80
10. Zachris Topelius, Die Herzogin von Finnland. Ein Roman. Aus dem Schwedischen von Rita Öhquist. . . . . M. 5.50
11. Peter Egge, Das Herz. Ein Roman. Autorisierte Übertragung aus dem Norwegischen von Heinrich Goebel . . . . . M. 4.60
12. J. P. Jacobsen, Niels Lyhne. Roman. Aus dem Dänischen von Heinrich Goebel M. 5.50
13. Regine Norman, Die Krabbenbucht. Berechtigte Übersetzung aus dem Norwegischen von Ellinor Drösser . . . . M. 4.60
14. Verner von Heidenstam, Der Wald rauscht. Sagen und Erzählungen. Aus dem Schwedischen von Ilse Meyer-Lüne M. 3.80

H. HAESSEL / VERLAG / LEIPZIG

Wollen Sie die nationale Aufklärungsarbeit unterstützen?

Endlich wieder einmal ein neuer deutscher Dichter und ein junges Buch voll Frühlingsahnen und Zuversicht!

Kurz vor Weihnachten erschien bei uns ein kleiner Roman, der in der Presse jetzt viel Beachtung findet, obgleich keiner der Rezensenten weiß, wer der Autor ist:

DIE CHRONIK VON ST. JOHANN

auf holzfreiem Papier bei POESCHEL & TREPTE gut gedruckt mit Buchschmuck und Einband von PROFESSOR DR. EMIL PREETORIUS
Glanzleinenband RM. 6.–

AUS DEN BESPRECHUNGEN:

Das einzig dichterische und gekonnte Buch der Jugendbewegung; in seiner Erlebniskraft und Beseeltheit steht es Hamsuns „Pan" ganz nahe.
Otto Zarek im Tagebuch.

Ein Buch, das man nicht wieder vergißt. Breslauer Zeitung.

Der deutsche Roman drohte im Nur-Soziologischen zu ersticken, hier wuchs wieder einmal eine Romanschöpfung aus der Naturverbundenheit eines dichterischen Menschen, der ein veritabler Epiker ist. Eine Naturidylle, die an Stifter gemahnt... Was zwischen diesen sechs Menschen webt... Gefühle, Träume, Schicksal, Umwelt, das wird mit so volksliedhaften reinen Klängen und verstehendem Ahnen um die Geheimnisse der Menschenseele festgehalten, daß diese „Chronik von St. Johann" zu einem unverlierbaren Besitz wird. Berliner Tageblatt.

Diese Chronik von St. Johann ist in unserer Literatur ein Ereignis, das eine neue Epoche anzeigt. Darmstädter Zeitung.

Man spürt ein echtes Welt- und Naturgefühl und erstaunliche Innigkeit der Darstellung, die sich im Primitiven verströmen möchte. Leipziger Tageblatt.

So weit wir heute schön, wahr und gut sein können, soweit ist es dieses Buch.
Neue Hamburger Zeitung.

Das ganze Leben dieser jungen Menschen ist eine Sehnsucht nach Harmonie und Reinheit und Vollendung. Und wie ihr Leben geschildert wird, erinnert ganz an homerische Erzählerkunst. Breisgauer Zeitung, Freiburg.

KURT WOLFF VERLAG / MÜNCHEN

Fortsetzung von Seite XVIII.

wurden z. B. nach der Weltluftverkehrsstatistik im Jahre 1923 auf Flugzeugen englischer Herstellung 12900, auf deutschen aber 28900 Menschen befördert.

„Was sagt Bismarck dazu?" Unter diesem Titel gibt August Klemm bei August Scherl (Berlin) in zwei Bänden einen „Wegweiser durch Bismarcks Geistes- und Gedankenwelt" heraus, eine gewaltige Zahl alphabetisch nach Stichworten geordneter Äußerungen Bismarcks. Und zwar nicht nur „alle faß- und greifbaren Werturteile über irgendwelche Gegenstände oder Personen" sondern auch „alle die unzähligen launigen Einfälle, jene köstlichen Geistesblitze voll Humor und Satire, deren Wert oft nur in einem unvergleichlichen feinen Scherzwort liegt". Das gibt aus vielen kleinen Steinen ein großes Bild des Staatsmannes und des Menschen mit überraschend vielen neuen Farben und blitzenden Lichtern. Nicht nur der Bismarckforscher wird dieses Werk im Schranke neben die „Gedanken und Erinnerungen" stellen. Welche Fülle von Geist, Weisheit, Humor, kurz welche Fülle von Menschlichkeit überall in höchsten wie in geringsten Dingen in so herrlich klarer, in so einfacher Form!

Jedes Studium italienischer Architektur, Malerei und Plastik wird auch Jakob Burckhardts „Cicerone" beiziehen müssen. Von dieser klassischen „Anleitung zum Genuß der Kunstwerke Italiens" hat der Verlag Alfred Kröner, Leipzig, einen Neudruck der Urausgabe in einem starken handlichen Dünndruck-Taschenband herausgebracht samt dem Orts- und Sachregister.

ha.

Romane und Novellen

Zu den humoristischen Zeitromanen stellt sich Ernst v. Wolzogens neues Buch „Wenn die alten Türme stürzen" (Eysler & Co., Berlin). Es schildert den Zusammenbruch eines alten Geschlechts und den Aufstieg einer Proletarierfamilie. Umfassender ist der Versuch Hedwig v. Soyters, den Roman von 1870 bis 1920 zu geben. Ihr „Michael Matrei" (Verlag Die Heimkehr, Pasing) bekundet reife Erkenntnisse auf dem Gebiete sozialer Romanpraxis. Für eine bildhafte Erfassung des Wechsels der letzten 50 Jahre ist das Fundament vielleicht zu wenig tragfähig; dennoch ergibt der Versuch einer psychologischen Erfassung des großen, allmählich sich anbahnenden Wandels eine für den Zeitroman

Fortsetzung s. S. XXII.

Deutsche Musikpflege

In allen Fragen der Musik das

führende Sammelwerk 1925

Preis Mk. 7.50

Bitte Prospekte mit Inhaltsangaben anfordern.

Herausgeber: Prof. Dr. Jos. Lud. Fischer und Ludwig Lade, München.
Mitarbeiter: Namhafte Künstler und Wissenschaftler.
Umfang ca. 220 Seiten. Einlagen: Bilder zeitgenössischer Tonsetzer.
Ausstattung: Titel von Albert Fuß. Blütenweißes Papier.

Verlag des Bühnenvolksbundes G. m. b. H. Frankfurt a. M.
Im Sachsenlager 1

Brauchen Sie genaues Material über die Vorgeschichte des Weltkrieges

Ausgewählte Werke des

Jeremias Gotthelf

(Albert Bitzius)

Mit einer Einleitung, in vier Bänden herausgegeben von

Johannes Mumbauer

Mit vier Bildern. Vier Ganzleinenbände je 7 M.

I. Bd.: Kleinere Erzählungen. (Wie Joggeli eine Frau sucht / Die schwarze Spinne / Elsi, die seltsame Magd / Die Wege Gottes und der Menschen Gedanken / Das Erdbeeri-Mareili / Der Besenbinder von Rychiswyl / Barthli der Korber.) / 2. Bd: Wie Uli der Knecht glücklich wird. Eine Gabe für Dienstboten und Meisterleute. / 3. Bd.: Geld und Geist oder die Versöhnung / 4. Bd.: Käthi die Großmutter.

„. . . Wir leben halt in einem Zeitalter, wo niemand mehr Exempel nehmen, aber jeder Bube, der noch nicht trocken hinter den Ohren ist, dem höchstens ein Schnauz gewachsen ist, ein Exempel für andere sein will, das heißt, in einem Zeitalter, welches die Geschichte verachtet, aus der Vergangenheit keine Lehren mehr ziehen will, sondern jeder Tropf meint, bei ihm solle die Geschichte erst anfangen, er sei der erste Mensch, der erste wahre Kulturstöffel." (Aus „Käthi die Großmutter".) — Soll etwa, wer so schreibt, sich über seine Aktualität noch besonders ausweisen? Steht damit nicht der ganze Jeremias Gotthelf als ein Zeitgenosse mitten unter uns? Der naturgewaltige Dichter und Schilderer des Schweizer Bauerntums, vielleicht der größte Epiker deutscher Sprache, ist in seinen Werken zu neuem Leben und neuer Bedeutung erwacht. Durch den Zeitabstand den politischen Kämpfen des Tages entrückt, bietet er wie wenige andere Erzähler in monumentaler Gestalt jene Kräfte dar, die allein zu einer Erneuerung des Volkstums führen können. — Dieser „Gotthelf" bringt den kritischen Originaltext und enthält in vier Bänden wohl das Wertvollste aus dem Schaffen des großen Schweizers. Es dürfte mit dieser Aufgabe das erzählerische Gesamtbild des genialen Pfarrers von Lützelflüh vollständig erfaßt sein. — Die 89 Seiten umfassende Einleitung Mumbauers gibt interessante Einblicke in das Werden und Werk des Dichters und rundet die Ausgabe glücklich ab.

VERLAG HERDER / FREIBUBG IM BREISGAU

Zwei wertvolle Kulturwerke

aus dem Verlag Dr. P. Langenscheidt, Berlin

M. Bauer, Liebesleben in deutscher Vergangenheit

Mit 75 Abbildungen
392 Seiten Lexik.-Format
Geheftet Rm. 12.—
In Halbleder Rm. 18.—

Berliner Tageblatt: Ein Meisterstück! Es berichtet über die Germanen, die Ritter, Bauern, Mönche, Nonnen, behandelt eingehend die Freudenhäuser, die „fahrenden Frauen", die Bäder, Tanz und Spiel, Ehe und außerehelicher Verkehr, Schönheitsideale und Mode, Liebeszauber und Hexenkunst, endlich das Treiben an den Höfen der Fürsten. Ein außerordentlich lesenswertes Buch von seltener Gehaltsfülle!

P. Dufour, Geschichte der Prostitution

Mit 16 Kunstblättern
516 Seiten Lexik.-Format
Geheftet Rm. 20.—
In Halbleder Rm. 28.—

Ein gewaltiges Stück Kulturgeschichte, von unschätzbarem Werte. (Polizeipräsident Dr. Roscher.) Ein mustergültiges Werk, mit einer Fülle von historischen Rückblicken und vorwärtsweisenden Gedanken. (Reichsoberarchivrat Dr. von Kauffungen.) Das Sensationelle ist wunderbar abgeschliffen. Wir werden überwältigt von den wunderbar verschlungenen Wegen der Kultur. (Ministerialdirektor Dr. Wulffen.)

Zu beziehen durch:

Deutsches Bücherhaus, Abt. C, Berlin W 35, Steglitzer Str. 66

so beachten Sie die vorletzte Seite dieses Heftes!

Fortsetzung von Seite XX.

schätzenswerte Vertiefung. Das verleiht dem „Michael Matrei" unter den Frauenbüchern eine besondere Stellung. Durch Sachlichkeit und Problemweite ragt er über eine ganze typisch individualpsychologische Frauenliteratur hinaus, für die an sich sehr verschiedene Neuerscheinungen bezeichnend sind: Friede H. Krazes anmutige und nur manchmal zu sentimentale Episodenreihe „Dies war Mariebell" (Kösel & Pustet, Kempten), Lisa Wengers farbige Tessiner Skizzen und Erzählungen „Der Garten", Marga Thomés Legende „Der Sendling", Margarete Windthorsts Erzählung „Die Verkündigung" (beide im Führer-Verlag, München-Gladbach) u. a. In die wirtschaftlichen und sozialen Strömungen der Gegenwart ist der Held von Erich Wieprechts „Märzsturm" (Deutschakad. Verl. Wien) gestellt, ein entgleister und vergeblich gegen die feindlichen Mächte der Umwelt ankämpfender Akademiker. Freilich vermag es der Verfasser nicht, das Einzelschicksal zu symbolischer Geltung zu erheben. Als Zeitschilderung behauptet „Elisa", die Geschichte einer schönen Seele von Valerian Tornius (Verlag O. Quitzow, Lübeck) zweifellos einen höheren Rang. Sie spiegelt das Zeitalter der Empfindsamkeit in der Gestalt eines weiblichen Werther. Das Problem der schwierigen Heiratswahl, zuletzt von Watzlik in der „Reise nach Ringolay" behandelt, erfährt in Jakob Bührers Roman „Die sieben Liebhaber" der Eveline Breitinger" (Verlag Grethlein & Co., Leipzig) eine gefällige Abwandlung. Alle sieben Liebhaber weisen neben unleugbaren Schwächen unleugbar Echtes und Liebenswürdiges auf, so daß die Ratlosigkeit der kleinen Heldin leicht erklärlich ist.

Alma Johanna König scheint mit ihrer Neigung für die Epochen römischer und byzantinischer Dekadenz einstweilen abgeschlossen zu haben. Ihr neuer Roman „Die Geschichte von Half dem Weibe" (Rikola-Verlag, Wien 24) wendet sich dem isländischen Sagenkreis zu. Das Motiv der weiblichen Erziehung des Helden erinnert an den Achillesmythus, ist aber durchaus eigenartig durchgeführt und für eine nach Stil und Darstellung sehr glückliche Erneuerung des heroischen Freiheitsbegriffes genutzt. Man kann ohne Übertreibung von einer selten erreichten Verlebendigung des altnordischen Geistes sprechen. Leider bringt der Schluß eine unnötige und unwahrscheinliche Abschwächung. Der Kreuzestod hätte eine letzte und trotzigste Bekräftung sein sollen. Aber der Held benimmt ihm selbst allen Wert durch schwächlichen Zweifel am eigensten Sinn seines Lebens. hü.

Die Interessen der Industrie

im Rahmen der deutschen und insbesondere der süddeutschen Gesamtwirtschaft finden stets tatkräftigste Förderung durch die

Münchner Neuesten Nachrichten

Als unbestritten führende Zeitung Süddeutschlands mit einer Auflage von über 130 000, die von keiner anderen süddeutschen Zeitung auch nur annähernd erreicht wird, und als unentbehrliches Informationsorgan von Industrie, Handel und Finanz widmen die „Münchner Neuesten Nachrichten" den für die Industrie so lebenswichtigen Fragen der technischen Entwicklung eine wöchentlich in der Gesamt-Auflage erscheinende

TECHNISCHE BEILAGE

„Fortschritte der Technik"

Die technische Beilage der „Münchner Neuesten Nachrichten" stellt durch den reichen, fachlich hochwertigen Inhalt ihres redaktionellen Teils eine Quelle der Anregung und Belehrung für die einschlägigen Kreise dar und in ihrem Anzeigenteil ein

erstklassiges Werbemittel der technischen Industrie

Kennen Sie das Januarheft „Leidensjahre der Pfalz"?

Eine Brunnen-Trinkkur zu Hause

mit dem altberühmten heilkräftigen

Lauchstädter Brunnen

ist zur Förderung der Gesundheit jedem zu empfehlen.

Seit mehr als 200 Jahren geradezu hervorragend bewährt und ärztlich empfohlen bei

Rheumatismus, Gicht, Nervosität,
Blutarmut, Bleichsucht, Mattigkeit, schlechter Blutbeschaffenheit

Bestes Kurgetränk bei

Zucker- und Nierenleiden

Gesundes Blut ist die Grundlage der Lebenskraft, schlechtes Blut der Träger von Krankheitsstoffen

Deshalb ist es für jeden Menschen, ganz besonders aber für den, der **nervös, abgespannt u. überarbeitet** ist, wichtig, sein Blut von Zeit zu Zeit aufzufrischen, um die Spannkraft und Elastizität des Körpers zu erhalten oder wiederzugewinnen, durch eine Trinkkur zu Hause mit dem altberühmten heilkräftigen Lauchstädter Brunnen. Schon von Goethe, Schiller, Gottsched u. anderen Geistesheroen getrunken.

Was sich aber Jahrhunderte hindurch so außerordentlich bewährt hat, das muß schon zuverlässig und gut sein.

Der Brunnen ist wohlschmeckend und erfrischend.

Lauchstädter Brunnen ist zu beziehen durch Apotheken, Drogenhandlungen und Mineralbrunnengeschäfte

oder direkt durch den

Brunnenversand der Heilquelle zu Lauchstädt in Thüringen

Brunnenschriften und Heilberichte kostenlos durch den Brunnenversand Lauchstädt in Thüringen

Neue Bücher

Zwei Romane von Ernst Didring, „Hölle im Schnee" und „Der Krater" erscheinen in Übersetzung von Else von Hollander bei G. Westermann, Braunschweig. Sie gehören zu den nicht allzu zahlreichen Erscheinungen moderner ausländischer Literatur, mit denen man sich eingehend beschäftigen sollte. „Hölle im Schnee" ist ein Roman aus Lappland. Er ruft ein reines und gewaltiges Erlebnis nordischer Landschaft herauf, den Atem der Schneefelder, die ungeheure Einsamkeit des Menschen und ein urbeginnliches Ringen von Natur und Geist. Die Großartigkeit des Motivs erfüllt noch das zweite Buch „Der Krater". Aber es schildert nicht mehr den fast grotesken Kampf gegen die Elemente, sondern ihre Bezwingung. Die Industrie beherrscht mit neuen Verheerungen die alten Menschen. Agitation, Betrügerei, Zynismus, Brutalität, Leiden und Leidenschaften und soziale Fragen — das alles verrückt den ursprünglichen Problemkreis in bekanntere Bereiche und bedingt damit freilich auch die fast unausbleibliche Abschwächung einer Fortsetzung.

Ein neuer Roman von Werner Jansen, „Die irdische Unsterblichkeit" (G. Westermann, Braunschweig) gestaltet an einem Enoch-Arden-Schicksal den mittelalterlichen Dualismus von ritterlicher Lebensbejahung und mystischer Askese. Hoffnungslos ist das Problem von Julius Berstls Erzählung „Das Bild im Spiegel" (ebenfalls G. Westermann, Braunschweig). Der bürgerlich durchaus gefestigte Held begegnet dem täuschenden Spiegelbild seiner Braut in einem Straßenmädchen. Müssen gleichgeartete Körper nicht auch gleichgeartete Seelen in sich bergen? Diese Frage bestimmt die stoffliche und geistige Gespanntheit der Geschehnisse. Aber der G. A. Bürgerroman des Verfassers war überzeugender und besser.

Technisch-politische Gegenwarts- und Zukunftsromane sind wieder einmal Mode. Das Schicksal eines von deutschen Ingenieuren geschaffenen Reiches am Nordpol behandelt Karl August v. Laffertin „Feuer am Nordpol". In Otfried v. Hansteins „Das Licht im Osten" führt die Erschließung Sibiriens die große Wendung im Weltgeschehen herbei, in E. Dammerts zeit-politischem Roman „Im Weltkrieg der andern" Verlag J. Neumann, Neudamm, die Erfindung neuer deutscher Fernstrahlen. Die anläßlich der letzten Marsopposition wieder viel erörterte Fahrt zum Mars bringt A. N. Tolstois „Aëlita" in Zusammenhang mit dem Atlantismythos (Allgemeine Verlagsanstalt, München).

Fortsetzung s. S. XX.

Hochwertige Lektüre bieten die roten, leuchtenden Bändchen der Sammlung:

Die Haessel-Reihe

1. RICHARD EURINGER — Gleichnis der Zeit
2. RICHARD EURINGER — Pan und die Fliege
3. RICARDA HUCH — Fra Celeste / Erzählung
4. RICARDA HUCH — Die Maiwiese / Erzählung
5. ROBERT FAESI — Der König von Ste Pélagie
6. HANS BRANDENBURG — Legende des heiligen Rochus
7. RICARDA HUCH — Der Mondreigen von Schlaraffis
8. RICARDA HUCH — Haduvig im Kreuzgang
9. WILL VESPER — Der Pfeifer von Niclashausen
10. WILL VESPER — Der arme Konrad
11. WILL VESPER — Der Bundschuh zu Lehen
12. RICARDA HUCH — Der arme Heinrich
13. RICARDA HUCH — Teufeleien und andere Erzählungen Lügenmärchen, Weltuntergang
14. CURT BLASS — Der Grund / Novelle
15. C. FERD. MEYER — Die Hochzeit des Mönchs
16. C. FERD. MEYER — Der Schuß von der Kanzel
17. C. FERD. MEYER — Die Richterin / Novelle
18. JAKOB BOSSHART — Wenn's lenzt / Novelle
19. JAKOB BOSSHART — Vom Golde / Novelle
20. JAKOB BOSSHART — Salto mortale / Novelle

Durchschnittspreis des Halbleinenbandes M. 2.40 — Geheftet M. 1.50

H. Haessel / Verlag / Leipzig

Melden Sie die Anschriften von Interessenten an

R. Oldenbourg / München
GLÜCKSTR. 8

Jeder Deutsche im In- und Ausland und jeder Deutschfreund soll

die beiden groß angelegten reich illustrierten Wochenausgaben der führenden Süddeutschen Tageszeitung

„Münchner Neueste Nachrichten"

kennen;

„Alemania Ilustrada — Gaceta de Munich"

illustrierte Wochenschrift in spanischer Sprache

und

„Ost und West"

illustrierte Wochenschrift in deutscher Sprache

Beide Zeitschriften dienen der Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit dem Ausland.

Verlangen Sie Probenummer gegen Einsendung des Portos in Briefmarken beim Verlag der Zeitschriften, München, Sendlingerstraße 80.

WILHELM SCHÄFER

DIE DREIZEHN BÜCHER DER DEUTSCHEN SEELE
27. bis 32. Tausend. Halbleinen Mk. 13.–, Halbleder Mk. 20.–
DIE DREIZEHN BÜCHER DER DEUTSCHEN SEELE
Dünndruck-Ausgabe
Erstausgabe 16. bis 26. Tausend. Leinen Mk. 8.–, Ganzleder Mk. 14.–
DER DEUTSCHE GOTT. Fünf Reden an mein Volk
Geheftet Mk. 6.–
DREIUNDDREISSIG ANEKDOTEN
5. bis 9. Tausend. Broschiert Mk. 5.–, gebunden Mk. 7.–

Prospekte stehen kostenlos zur Verfügung

Georg Müller-Verlag, München

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Fortsetzung von Seite XVIII.

„Die letzte Nacht" heißt ein beachtenswerter Novellenband von Walther Eckart, der als Dichter der Sonettsammlung „Im Tierkreis" und der Tragödie „Moses" heute kein Unbekannter mehr ist. Die letzte Nacht steht als symbolische Bezeichnung für jenen Augenblick, in dem sich die unerbittliche Entscheidung menschlicher Schicksale vollzieht. Da entlädt sich angestaute Leidenschaft in gewaltsamem Ausbruch, läßt der Fall von lang getragenen Masken das wahre Antlitz blicken, findet ein vollgemessenes Maß der Schuld tödliche Sühne. Die Verdichtung des gesamten Geschehens auf den einen Schauplatz dieses höchsten und letzten Augenblickes bedingt eine bewußt dramatische Technik: Aufrollung der Vorgeschichte in dem entscheidenden Dialog, gedrängte, spannunggetragene Erlebnisfülle und gepreßte, zu Antithesen gesteigerte Wucht der Sprache. Es ist bezeichnend, wie zwanglos sich die zweite und vermutlich stärkste dieser Novellen „Apostel Judas" in die dramatische Form eines Kammerspiels „Der stille Mann" (vgl. das Gegenspiel Jahrg. 1, Heft 2, S. 44ff.) umschreiben ließ. Man hat die Lobsprüche meisterlicher Bewältigung des Technischen und bildnerischer Sprachgewalt schon allzu oft gezollt, als daß sie der kraftvollen Eigenart der Sammlung gerecht zu werden vermöchten. Der junge Bayern-Verlag, München hat sie als verheißungsvolles Mal an den Beginn seines Weges gestellt. A. H.

Dem Grenzlanddeutschtum

Erfreulich wachsende Anteilnahme an dem Kampfe unserer Brüder in den abgerissenen Gebieten ist in Deutschland feststellbar. Nach dem schon in 2. Auflage erscheinenden Tschechenheft der Süddeutschen Monatshefte gibt auch die bekannte nationale Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" (J. F. Lehmanns Verlag München) ein besonderes Grenzmarkenheft heraus. Als Mitarbeiter finden wir darin einflußreiche Persönlichkeiten des Grenzlanddeutschtums. So den Siebenbürger Deutschenführer Staatssekretär a. D. Dr. Lutz Korodi, mit einem Beitrag: „Deutschland und der europäische Südosten". Prof. Dr. G. H. Hartmann (Graz), behandelt das „Randstaatenproblem". Er entwirft ein Bild der Entstehung und Entwicklung der Randstaaten und ihrer Stellung gegenüber dem Deutschtum. Von unseren Brüdern in Böhmen berichtet uns der Abgeordnete Dr. Rudolf Lodgman-Auen (Teplitz) und ein weiterer Sudetendeutscher. Adolf Dresler führt uns die Leiden des tapferen Tiroler Volkes in ihrer ganzen Furchtbarkeit vor Augen. „Das Völkerbundsregime an der Saar" zeigt Dr. Hüttebräucker. Von besonderem Interesse sind schließlich die Darlegungen Hans Roesselmanns zur elsaß-lothringischen Frage.

Süddeutsche Monatshefte
Heft 7 22. Jahrg. April 1925

Süddeutsche Monatshefte

Jedes Heft ein Thema zu den lebenswichtigen Fragen des Deutschtums; insbesondere: Kriegsschuld- und Greuellügen, Vorgeschichte des Weltkriegs, Nachkrieg, Grenz- und Auslanddeutschtum, Sozialismus, Bolschewismus.

Nicht nur 3½ Millionen

deutscher Brüder in Böhmen sind heute entrechtet, an Gut und Blut bedroht durch die Tschechen, Frankreichs Bundesgenossen und Vorkämpfer des Panslawismus, sondern

das Deutschtum überhaupt!

Im Aprilheft der Süddeutschen Monatshefte „Die Tschechen" haben sachkundige Mitarbeiter nun eine neue geistige Waffe geschmiedet! Ergreift sie!

Soeben ist schon die 2. Auflage erschienen!

AUS DEM INHALT:

Der tschechische Imperialismus
Deutsche und Tschechen i. d. Neuzeit
Über Herkunft und Siedlung
Deutsche und Tschechen im Mittelalter
Außenpolitik der Tschechen
Tschechen und Friedenskonferenz
Tschechische Militärpolitik
Die Nationalitätenverhältnisse
Das tschechische Schrifttum
Die Innenpolitik der Tschechen
Die Tschechen in Wien

Einzelheft Mk. 1.10. Vierteljährlich Mk. 3.—. In jeder Buchhandlung; wo keine am Platze beim Verlag der Süddeutschen Monatshefte, München, Amalienstr. 6

Eine Brunnen-Trinkkur zu Hause

mit dem altberühmten heilkräftigen

Lauchstädter Brunnen

ist zur Förderung der Gesundheit jedem zu empfehlen.

Seit mehr als 200 Jahren geradezu hervorragend bewährt und ärztlich empfohlen bei

Rheumatismus, Gicht, Nervosität,
Blutarmut, Bleichsucht, Mattigkeit,
schlechter Blutbeschaffenheit

Bestes Kurgetränk bei

Zucker- und Nierenleiden

Gesundes Blut ist die Grundlage der Lebenskraft,
schlechtes Blut der Träger von Krankheitsstoffen

Deshalb ist es für jeden Menschen, ganz besonders aber für den, der **nervös, abgespannt** u. **überarbeitet** ist, wichtig, sein Blut von Zeit zu Zeit aufzufrischen, um die Spannkraft und Elastizität des Körpers zu erhalten oder wiederzugewinnen, durch eine Trinkkur zu Hause mit dem altberühmten heilkräftigen Lauchstädter Brunnen. Schon von Goethe, Schiller, Gottsched u. anderen Geistesheroen getrunken.

Was sich aber Jahrhunderte hindurch so außerordentlich bewährt hat, das muß schon zuverlässig und gut sein.

Der Brunnen ist wohlschmeckend und erfrischend.

Lauchstädter Brunnen ist zu beziehen durch Apotheken, Drogenhandlungen und Mineralbrunnengeschäfte

oder direkt durch den

Brunnenversand der Heilquelle zu Lauchstädt in Thüringen

Brunnenschriften und Heilberichte kostenlos durch den Brunnenversand Lauchstädt in Thüringen

Kennen Sie das Januarheft „Leidensjahre der Pfalz“?

Notizen

Von einer späteren, hoffentlich glücklicheren Generation wird wohl einmal untersucht werden, in welchem Umfang und in welcher Art bei der großen Umschichtung der deutschen Vermögen die Gestalt des „Neureichen" in die Literatur gedrungen ist. In der literarischen Tagesware jener schrecklichen Jahre ist sie zwar ebenso häufig wie oberflächlich dargestellt zu finden. Auch die tieferen Erfassungen müssen heute bei dem kurzen Abstand von jener Zeit noch satirisch sein. In dem Roman „Der große Baal von Mompitz" von Arthur Pleißner (Deutscher Literatur-Verlag Dresden) liegt eine solche vor. Ihr Wert beruht in der aufgezeigten typischen Entwicklung einer mitteldeutschen Schieberfamilie und ihrer bürgerlichen wie proletarischen Umwelt.

Im vorigen Heft „Der Völkerbund" wurde an dieser Stelle der Roman „Im Weltkrieg der Anderen" (Verlag J. Neumann in Neudamm) besprochen. Dabei ist beim Namen des Verfassers, Dannert, ein Druckfehler unterlaufen, was wir hiemit berichtigen, nicht ohne nochmals auf dieses höchst fesselnd geschriebene Buch eines Geopolitikers über den kommenden Krieg zwischen den Siegerstaaten hinzuweisen.

Grenzlanddeutschtum? Auslanddeutschtum? Politische Bildung?

Langsam beginnt uns Deutschen die Bedeutung dieser Worte zu dämmern. Seit über zehn Jahren stehen die *Süddeutschen Monatshefte* an vorderer Stelle in Deutschlands geistigem Lebenskampf. Ihre besondere Stoßkraft: Jedes Heft behandelt ein Thema zu den lebenswichtigen Fragen des Deutschtums; insbesondere: *Kriegsschuld- und Greuellügen, Vorgeschichte des Weltkriegs, Nachkrieg, Grenz- und Auslanddeutschtum, Sozialismus, Bolschewismus.* Verlangen Sie kostenfrei das Gesamtverzeichnis und den Sonderdruck „Eine deutsche Zeitschrift im Krieg 1914—1924". Bezugspreis vierteljährlich M. 3.—, Einzelheft M. 1.10. In jeder Buchhandlung, sonst beim Verlag der Süddeutschen Monatshefte, München, Amalienstraße 6

•• Das behagliche Heim ••
Münchner Möbel- und Raumkunst
ROSIPALHAUS — ROSENSTRASSE 3
Sonderabteilung
für Wiederverkäufer von Artikeln für Haus- und Wohnbedarf:
„EIKO" En gros- und Export-Musterschau.
Rindermarkt 17.

Versandstelle vergebe nach jedem Ort. Rückporto. P. Holfter, Breslau E. 1809

Es erscheint
im Verlag Dr. SCHIELE
in Naumburg a. S.
in deutscher Übersetzung das Buch:
E. G. NOURSE
Amerik. Landwirtschaft und die europ. Industrievölker
Preis: geb. M. 15.— brosch. M. 12.—
mit vielen Tabellen und Kurven.
Vorausbestellungen an den Verlag erbeten.
Der Text erscheint zunächst auszugsweise in den „Naumburger Briefen" Heft 6 und 7 (Preis je M. 3) im obigen Verlag.

*

Die Veröffentlichung ist sehr wertvoll, sowohl für den deutschen Landwirt wie auch für den Verbraucher. Es leitet aus der Vergangenheit in die Zukunft unserer Nahrungsmittelversorgung. Diese wissenschaftliche Arbeit, welche von hervorragend klarer Darstellung ist und viel gute Kurvenbilder u. Tabellen enthält, ist das verdienstliche Werk des Institute of Economics in Washington, eines wissenschaftlichen Instituts von vollkommener Unabhängigkeit.

Jeder Deutsche im In- und Ausland und jeder Deutschfreund soll
die beiden groß angelegten reich illustrierten Wochenausgaben der führenden Süddeutschen Tageszeitung
„Münchner Neueste Nachrichten"
kennen;
„Alemania Ilustrada — Gaceta de Munich"
illustrierte Wochenschrift in spanischer Sprache
und
„Ost und West"
illustrierte Wochenschrift in deutscher Sprache
Beide Zeitschriften dienen der Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit dem Ausland.
Verlangen Sie Probenummer gegen Einsendung des Portos in Briefmarken beim Verlag der Zeitschriften, München, Sendlingerstraße 80.

Neue Bücher

Eine geschichtslogische Untersuchung ist Johannes Thyssens Versuch über „Die Einmaligkeit der Geschichte" (Fr. Cohen, Bonn). Der Problemkreis dieser Schrift ist nicht durch die Frage nach der ewigen Wandlung oder der Wiederholbarkeit geschichtlicher Formen bestimmt, sondern durch die andere Frage, ob die Wissenschaft der Geschichte (gleich den Naturwissenschaften) Verallgemeinerungen zum Gegenstand nehme oder konkrete Einzeldinge. Besonders Ottmar Dittrich und Simmel haben die Bedeutung des Zeitprinzips für die geschichtliche Betrachtung erkannt. Hier aber liegt zum erstenmal eine Theorie vor, die Geschichte logisch durch die Einmaligkeit der Zeitstelle, nicht des immer neuen Inhalts geschichtlicher Objekte bestimmen will.

Im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin, erscheint ein Bilderwerk „Deutschland. Ein Buch der Größe und der Hoffnung 1914—1924." Es bringt auf 80 Seiten eine Menge hervorragender photographischer Wiedergaben von den Leistungen deutscher Arbeit vor dem Kriege, im vierjährigen Ringen des deutschen Volkes auf allen Kriegsschauplätzen und in den Nachkriegsjahren eines wiedererstarkenden Wirtschafts- und Kulturlebens.

Forts. s. S. XVIII.

Zur gefl. Beachtung!

Den diesem Heft beiliegenden Prospekt des **Erich Reiß-Verlages,** Berlin, über das Masaryk-Buch „Die Weltrevolution" empfehlen wir der besonderen Beachtung unserer Leser.

Geh. San.-Rat Dr. Köhlers Sanatorium in Bad Elster hat auch in diesem Jahr, dank seiner vorzüglichen Einrichtungen insbesondere auf dem Gebiete der physikalischen Heilmethoden, einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Der Chefarzt des Sanatoriums, Geh. San.-Rat Dr. Köhler, hat nach kurzer, durch eine Operation bedingten Unterbrechung seiner Tätigkeit im April, seine Funktionen im vollen Umfange wieder aufgenommen und steht seitdem wie früher an der Spitze der ärztlichen Leitung. Die Einrichtungen des Sanatoriums sind weiterhin in allen Einzelheiten verbessert und auf den neuesten Stand der wissenschaftlichen Technik gebracht worden, sodaß das Sanatorium besonders für Patienten mit Bewegungsstörungen und orthopädischen Leiden einen geradezu idealen Aufenthalt bietet.

Wissen ist Macht! Wer schnelle und gewissenhafte Auskunft sucht, findet sie in dem in der vorliegenden Nummer angezeigten „Kleinen Brockhaus" in einem Bande. Er enthält das Neueste auf allen Wissensgebieten, klare bunte und einfarbige Karten und Abbildungen, viele auf einen Blick unterrichtende Diagramme. Er ist zugleich Orts-, Namen- und Sachlexikon, Hausarzt und Fremdwörterbuch, kurz — ein Ratgeber in allen Fragen des täglichen Lebens. Auf das große Gewinnmöglichkeiten bietende Preisausschreiben für alle Subskribenten (bestellen Sie sofort!) sei noch besonders hingewiesen. Unsere Leser mögen die Anzeige der bekannten Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, beachten, die das Werk gegen bequeme Monatszahlungen liefert.

Jeder Deutsche
im In- und Ausland
und jeder Deutschfreund soll

die groß angelegte reich illustrierte Wochenausgabe der führenden Süddeutschen Tageszeitung

„Münchner Neueste Nachrichten"

kennen:

„Alemania Ilustrada — Gaceta de Munich"

illustrierte Wochenschrift in spanischer Sprache

*

Die Zeitschrift dient
der Förderung der kulturellen
und wirtschaftlichen Beziehungen
Deutschlands mit dem Ausland.

*

Verlangen Sie Probenummer gegen Einsendung des Portos in Briefmarken beim Verlag der Zeitschrift, München, Sendlingerstraße 80.

Soeben erschienen:

Robert Saitschick

Menschen und Kunst der italienischen Renaissance

Zweite, durchgesehene Auflage
XIV, 633 S., 8°. Geh. M. 16, in Ganzl. M. 20.—

Mit diesem Werke Robert Saitschicks ist Tausenden, die heute nach Italien fahren, ein Cicerone dargeboten, der sie nicht mit historischen Tatsachen und Zahlen plagt, sondern der ihnen den eigentümlichen Reiz, das Seelische Italiens zu verdeutlichen sucht.

„Eine ebenbürtige Ergänzung zu Burckhardt"
(Literarischer Handweiser)

C. H. BECK'SCHE VERLAGS-BUCHHANDLUNG/MÜNCHEN

Fortsetzung von Seite XVII.

Bei E. Kuner, Leipzig und Köln, erscheint, herausgegeben von Michel Becker-Cleve, „Das Rheinlandbuch". Im Gegensatz zu den von Wolters nach historischen Gesichtspunkten zusammengestellten „Stimmen des Rheines" wird hier vom Standpunkt der Gegenwart aus Wesen und Richtung der rheinischen Geistigkeit untersucht. Künstler, Dichter und Wissenschaftler von Rang haben zu dem Buche beigetragen, das in seiner Gesamtheit ein beachtenswertes Zeitdokument darstellt.

Die beiden ersten Bände einer Scharnhorst-Trilogie von Gustav Kohne legt der Verlag Fr. Wilh. Grunow, Leipzig, vor. „Jugendsehnen" schildert die Kindes- und Jünglingszeit; „Mannesstreben", weniger reich an äußerem Geschehen, allen Nachdruck auf die seelische Entwicklung legend, das Heranreifen und Erstarken zum Manne, der über alle Hindernisse hinweg die deutsche Wehrmacht schafft.

Ein Gegenwartsroman, der über den Tag hinausdauern wird, ist Hans Friedrichs „Die gnadenlose Ferne". Hier ist die Umwelt der Südseeinsel nicht aus dem schwächlichen Drang zum Exotischen gewachsen. Vielmehr ist der Traum der Ferne eins mit einer äußersten Gewalt des Erlebens und einem äußersten Begreifen, die beide doch nur zu leicht im Überschwingen letzter Grenzen den vernichtenden Aufbruch gnadenloser Gewalten des angetasteten Seins entfesseln. Das Buch erschien im Weltbund-Verlag Hamburg.

Mit fünf Bändchen eröffnet der Verlag H. Wigankow, Berlin NW 39, eine Sammlung „Die Bücher der Ernte". Sie enthalten von E. Th. A. Hoffmann Meister Martin der Küfer, von Theodor Storm In Sankt Jürgen und Angelika, von Grillparzer den armen Spielmann, von Mörike Mozart auf der Reise nach Prag und von Gottfried Keller Dietegen. Die Ausstattung ist lobenswert, der Druck klar und groß. (Preis Halbl. M. 1,25, Pappb. M. 1,—).

Bei der allgemeinen Verlagsanstalt München erscheint Papinis „Lebensgeschichte Christi" in deutscher Übertragung von M. Schwarz. Das Buch ist im Ausland bereits in vielen Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet. Sein Verfasser, früher Atheist, heute überzeugter Katholik, versucht eine Ausdeutung des Wesens Christi, seines Lebens und seiner Lehre, die als Zeugnis eines schönen Bekennertums gelten kann. Er gibt ein Erlebnisbuch wie David Friedrich Strauß, aber auf Grund des Wissens unserer Zeit und im Rahmen des katholischen Dogmas. Wo er sich von popularphilosophischen und exegetischen Neigungen freihält, hinterläßt er starke, teilweise bleibende Eindrücke.

Die Interessen der Industrie

im Rahmen der deutschen und insbesondere der süddeutschen Gesamtwirtschaft finden stets tatkräftigste Förderung durch die

Münchner Neuesten Nachrichten

Als unbestritten führende Zeitung Süddeutschlands mit einer Auflage von über 130 000, die von keiner anderen süddeutschen Zeitung auch nur annähernd erreicht wird, und als unentbehrliches Informationsorgan von Industrie, Handel und Finanz widmen die „Münchner Neuesten Nachrichten" den für die Industrie so lebenswichtigen Fragen der technischen Entwicklung eine wöchentlich in der Gesamt-Auflage erscheinende

TECHNISCHE BEILAGE

„Fortschritte der Technik"

Die technische Beilage der „Münchner Neuesten Nachrichten" stellt durch den reichen, fachlich hochwertigen Inhalt ihres redaktionellen Teils eine Quelle der Anregung und Belehrung für die einschlägigen Kreise dar und in ihrem Anzeigenteil ein

erstklassiges Werbemittel der technischen Industrie

BV German

Süddeutsche Monatshefte
Heft 12 22. Jahrgang September 1925

OCT 31 1925
UNIVERSITY OF ILLINOIS

Bauer in Not

Die Lage der Landwirtschaft. Von Geh. Ökonomierat Dr. Georg Heim

Wirtschaftliche und politische Aufgaben des Großgrundbesitzes. Von Landrat a. D. Frh. v. Wilmowski

Die Kreditnot der Landwirtschaft. Von Oberregierungsrat Dr. Eichhorn, Direktor der bayr. Landwirtschaftsbank

Die steuerliche Überlastung der Landwirtschaft. Von Genossenschaftsdirektor Dr. Wittwer

Die handelspolitische Lage Deutschlands u. die deutsche Landwirtschaft. Von Dr. Michael Horlacher, Direktor der bayr. Landesbauernkammer

Der Niedergang der Bauernschaft. Von Gutsbesitzer Wilhelm Rieth

Aus dem übrigen Inhalt:

Der Kriegsgewinn der Chirurgie. Von Prof. Dr. Otto Lanz (Amsterdam)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis siehe Seite II!

Dieses Heft enthält das Gesamtregister des XXII. Jahrgangs.

Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H. München
Einzelheft GM. 1.10 Vierteljährl. GM. 3.–

Bayerische Vereinsbank

München * Nürnberg

Gegründet 1869

Niederlassungen an allen größeren Plätzen Bayerns

Besondere Einrichtungen für den Fremdenverkehr

Ausstellung von Kreditbriefen auf Reichsmark und ausländische Währungen

Moderne Stahlkammeranlage zur vorübergehenden Aufbewahrung von Wertgegenständen

Württemberger

im Ausland bleiben in enger Verbindung mit ihrer Heimat und erhalten ein umfassendes, zuverlässiges Bild der dortigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse durch die

Auslands-Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur

Der seit 1875 in Stuttgart erscheinende Merkur ist bekannt als das Blatt der Schwaben, er hat im ganzen Lande seine eigenen Berichterstatter, und die führenden Männer Württembergs nehmen in ihm Stellung zu allen schwäbischen Angelegenheiten

Man bestellt bei der

Vertriebsabteilung des Schwäbischen Merkur in Stuttgart

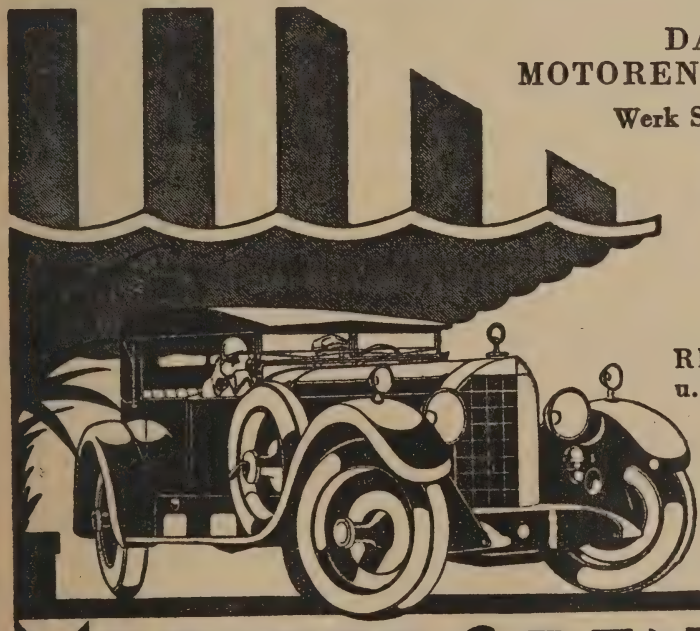
ERNEMANN

Cameras mit lichtstärkster Optik bis 1:2,0

Universal-Cameras für Tag und Nacht

vom billigen Schülerapparat bis zur unübertroffenen Spiegelreflex-Camera.
Kataloge mit Abb. durch die Photohändler, wo nicht erhältlich, auch direkt

Photo-Kino-Werke ERNEMANN-WERKE A.-G. DRESDEN 102 Optische Anstalt



DAIMLER
MOTORENGESELLSCHAFT
Werk Stuttgart-Untertürkheim
Werk Marienfelde
Werk Sindelfingen

BENZ & CIE.
Rheinische Automobil- u. Motorenfabrik A. G.
Werk Mannheim
Werk Gaggenau

MERCEDES-BENZ

Süddeutsche Monatshefte

September 1925

Bauer in Not

Seite

Die Lage der Landwirtschaft. Von Geh. Ökonomierat Dr. Georg Heim in Regensburg 1

Wirtschaftliche und politische Aufgaben des Großgrundbesitzes. Von Landrat a. D. Tilo Frh. v. Wilmowski in Marienthal bei Eckartsberga (Thüringen) 2

Die Kreditnot der Landwirtschaft. Von Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Eichhorn, Direktor der Bayer. Landwirtschaftsbank in München 8

Seite

Die steuerliche Überlastung der Landwirtschaft. Von Dr. Maximilian Wittwer, Genossenschaftsdirektor in Kempten . . . 11

Die handelspolitische Lage Deutschlands und die deutsche Landwirtschaft. Von Dr. Michael Horlacher, Direktor der Bayer. Landesbauernkammer, Mitglied des Reichstags, in München 19

Der Niedergang der Bauernschaft. Von Gutsbesitzer Wilhelm Rieth, Gut Zaisberg bei Rosenheim 27

Wissenschaftliche Rundschau

Der Kriegsgewinn der Chirurgie. Von Prof. Dr. Otto Lanz, Direktor der chirurgischen Universitätsklinik in Amsterdam 35

Aus dem deutschen Geistesleben

Zur Wiedergeburt Jean Pauls. Von Prof. Dr. Friedrich Zahn, Präsident des Statistischen Landesamts in München 45

Zur Kritik der Religionen. Von Alfred Frh. v. Mensi-Klarbach in München 50

Bücher

Flicken auf „das Loch in der Arbeiterbewegung". Von Ernst Drahn in Berlin 54

Die Wiederherstellung der Eisenbahnen auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Von Oberstlt. a. D. Heinrich Heide in München-Harlaching 56

Reisen und Völkerkunde. Von Prof. Dr. Adolf Dirr in München 57

Meyers Lexikon in neuer Bearbeitung 57

Neuerscheinungen. Von Dr. Josef Hofmiller in Rosenheim 57

Kleine Tatsachen und Gedanken

Hindenburg in Paris 61

Heinrich II. von Frankreich als Vorläufer von Wilson 61

Eine entdeckte alldeutsche Verschwörung. Von Erich Brock in Freiburg im Br. 61

Knut Hamsun über die Engländer 62

Amerikanische Kadettenanstalten 63

Aufklärungsunterricht. Von Prof. Dr. August Gallinger in München 63

Aus unserem Tagebuch 63

Titel und Gesamtregister des XXII. Jahrgangs befindet sich am Ende dieses Hefts!
Einbanddecken zum XXII. Jahrgang sind zum Preise von M. 1.30 zu beziehen!

Schriftleitung: München, Königinstraße 103
Verlagsleitung: München, Amalienstraße 6

Alleinige Anzeigen-Annahme: Ala Anzeigen-Aktienges.
Erscheinungstag 15. September 1925

AN UNSERE BEZIEHER!

Wir veröffentlichen auf Seite XII des Anzeigenteils dieses Hefts eine wichtige Mitteilung über die mit dem Oktoberheft beginnende neue Abteilung „Der deutsche Erzähler", sowie über Änderung des Bezugspreises.

Wichtige Neuerscheinung! Soeben erschienen!

DIE DEUTSCHEN TRÄUMER

Von Paul Nikolaus Cossmann und Karl Alexander v. Müller

Erfüllte Prophezeiungen. Erkenntnisse zur Gestaltung deutscher Gegenwart und deutscher Zukunft. – Mit Wiedergabe der von der Zensur gestrichenen Stellen und einem Anhang „Briefe an die Zensur".

Preis broschiert M. 2.50, vornehm in Halbleinen M. 3.50.

Verlag der Süddeutschen Monatshefte G.m.b.H. München

Auch bei schrägem Blick

durch die Randteile der Zeiss Punktalgläser wird auf der Netzhaut ein vollkommen scharfes Bild erzeugt. Das ist die Folge der wissenschaftlich errechneten besonderen Form der Zeiss Punktalgläser sowie ihrer peinlich genauen Ausführung im Zeisswerk Jena. Das große Blickfeld und die wiedergewonnene Freiheit des Umherblickens wirken sehr wohltuend auf die Augen. Mit „Zeiss Punktal" fühlt sich der Brillenträger wieder dem Normalsichtigen gleich.

Zeiss Punktal-Gläser

für Brillen, Klemmer und Lorgnetten

Jedes Glas trägt das Schutzzeichen Z. Lassen Sie es sich auf den Gläsern nachweisen! Niederlagen überall bei den durch dieses Zeichen kenntlich gemachten Optikern. Druckschrift „Punktal 5" und jede Auskunft kostenfrei von

CARL ZEISS / JENA

Abt. A

Gesellschaft für
Linde's Eismaschinen A.-G.
Wiesbaden

Kältemaschinen

Kühl- und Gefrier-Anlagen für alle Verwendungszwecke

z. B. für

Eiserzeugung, Lebensmittel- u. Getränke-Zubereitung und Aufbewahrung sowie für die chemische Industrie

Maschinenfabrik Eßlingen

Unsere Haupterzeugnisse:

Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Schiebebühnen, Spills, Dampfkessel, Dampfmaschinen, Ölmaschinen, Kompressoren, Preßluftanlagen, Pumpen, Kältemaschinen, Krane, Verladeanlagen, Wehranlagen, Eisenbrücken, Eisenhochbauten, Elektromotoren, Elektrokarren, Dynamos, Transformatoren, Schaltanlagen, Maschinenguß, Zylinderguß besonders für Verbrennungsmaschinen, hochsäurebeständiger Guß, Lagermetall EK.

Eßlingen a. N.

Felsche.

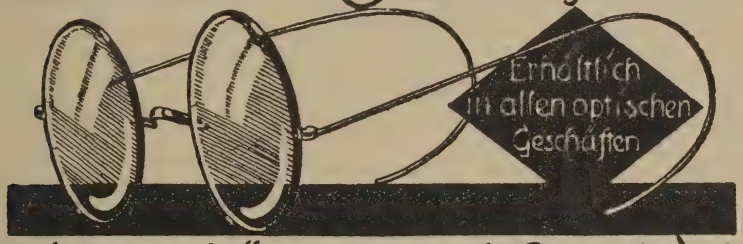
Kakao
Schokolade Pralinen

Wilhelm Felsche, Leipzig-Gohlis
Kakao- und Schokoladen-Fabrik

N.G. - Busch

Punktisken

die idealen Brillengläser



Nitsche & Günther
Optische Werke A.-G.

Emil Busch A.-G
Optische Industrie
Rathenow

Dr. Köhlers Sanatorium Bad Elster

Wasser-, Licht-, Elektr.-, Diät-Kuren, Zander-Institut, Massage, Röntgen-Behandlung

Bewegungsstörungen, Orthopädie

Das ganze Jahr geöffnet

Der Glaube an das Proletariat

DER GROSSE BUCHERFOLG DES JAHRES!

HANNS LERCH

PESTILENZ

Eine Vision

Hanns Lerchs gross angelegter, utopischer Zukunftsroman schildert einen Krieg der Bakterien gegen die kultivierte Menschheit. „Pestilenz" ist das spannendste und aktuellste Buch der letzten Jahre. Schlaglichtartig werden die brennendsten Zeitfragen und Probleme beleuchtet. Dr. E. H. Müller-Dresden urteilt: „In seinem neuesten Roman zeigt uns der Dichter ein Spiegelbild der Zerrissenheit unserer Zeit . . . Erschütternd und von packender Wucht sind die Szenen, die den Verlauf der Pestepidemie schildern . . . . Der Stil des Buches ist hart und streng. Wie gemeisselt stehen die Sätze nebeneinander . . . Man scheidet von dem Buche mit dem Bewußtsein, einem wirklichen Dichter begegnet zu sein, und freut sich schon im stillen seines nächsten Werkes."

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

v. Kommerstädt & Schobloch / Verlag / Dresden-Wachwitz

Eine neue, einfache, unschädliche Kur, entfernt überflüssiges Fett an jeder gewünschten Stelle.

Nur 5 Minuten täglich anzuwenden!

Tausende von Frauen und Männern haben nur an gewissen Stellen zu viel Fettansatz während die Figur sonst ganz normal ist. Viele haben zu starke Hüften, viele nur einen zu starken Leib, andere zu plumpe Waden und dicke, höchst unschön wirkende Knöchel, obwohl der Körper sonst in Schönheit wohlgeformt ist. Auch Sie können jetzt vielleicht, wie nie zuvor, an jeder gewünschten Stelle den lästigen Fettansatz beseitigen und zwar durch die geniale Erfindung des **„Sascha-Reduzierers"**. Er ist so wunderbar leicht zu gebrauchen, nur 5 Minuten täglich, und wirkt doch so schnell. Das Prinzip, auf dem dieses Wunder der Wissenschaft aufgebaut ist, ist so vollkommen natürlich, wie die Fettbildung selbst. Fett bildet sich, wenn die Blutzirkulation zu träge ist, es zu lösen und aus dem Körper hinauszubefördern; und wenn einmal vorhanden, wird durch diese Anhäufung die Blutzirkulation behindert. Der **„Sascha-Reduzierer"** bewirkt durch sanftes, aber durchdringendes Saugen eine natürliche Blutzirkulation in den fetten Partien, die rotierende Saugbehandlung löst das Fett und macht dessen Lösung dem Blute leichter, wodurch die Hinausbeförderung aus dem Körper leicht vonstatten geht. Gymnastische Übungen haben dasselbe Prinzip, doch kann man damit nicht bestimmte Körperteile vom lästigen Fett befreien. Außerdem wird durch oft zu eifrige Übungen das Herz und andere Organe angegriffen. Der **„Sascha-Reduzierer"** wirkt direkt an den gewünschten Partien. Nach Gebrauch haben Sie in diesem Teil eine warme, lebhafte Empfindung, und sofort merken Sie das Blut an der Arbeit, wie es auf natürlichem Wege das überflüssige Fett ausscheidet. **Diese kurze 5 Minutenbehandlung wirkt volle 2 Stunden nach.** Sie können selbst beobachten, wie bei der Anwendung des **„Sascha-Reduzierers"** Ihr Leib, Ihre Hüften, Brust, Schenkel oder Waden täglich schlanker werden. — Eine bequemere Art, bestimmte lästige Fettstellen zu überwinden und dadurch Gesundheit und Schönheit wieder zu erlangen, gibt es nicht. **Zu viel Fett ist für die Gesundheit Gift, deshalb weg damit!! — Sie erhalten unweigerlich ihr Geld zurück, wenn Sie keinen Erfolg haben.** Der **„Sascha-Reduzierer"** kostet Mk. 6.— (Nachnahmeversand) und ist nur zu beziehen von der

Fabrik med. Apparate Dr. Ballowitz & Co., Berlin-Pankow 60, Arkonastr. 3

Wildunger Helenenquelle

Bei Nieren-, Blasen- und Frauenleiden, Harnsäure, Eiweiß, Zucker
1924: 13500 Badegäste

Schriften und Nachweis billigster Bezugsquellen durch die Kurverwaltung Bad Wildungen

Berchtesgaden

Schönster Herbstaufenthalt der bayr. Berge

500—1100 m. Herrliche Umgebung: Königssee – Hintersee – Funtensee – Watzmann – Untersberg – Göll u. a. – Direkte Wagen von München. Anschluß an den Flugverkehr. Unterkunft für alle Ansprüche bei ermäßigten Preisen in der Nachsaison. Näheres Kurdirektion und Fremdenverkehrs-Verein Berchtesgaden-Land.

Was das Kind wissen will

Handbüchlein zur geschlechtlichen Aufklärung der Jugend

Die kleine Ausgabe von „Am Lebensquell"

6. bis 10. Tausend

Handlich kartoniert Gm. 1.80, in Halbleinen geb. Gm. 3.–

Das Beste vom Besten, was je über geschlechtliche Aufklärung der Kinder von den ersten Jahren ihrer Erkenntnis bis zur völligen Empfindung ihrer körperlichen Reife geschrieben worden ist.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von

Alexander Köhler Verlag, Dresden-A.

Eisenach

Emilienstr. 12

Elsa Beyer, Töchterheim: a) Staatl. anerk. Ziele d. hausw. Frauenlehrj. – b) wissenschaftl. Weiterbildung. (Reisez. f. Vollanst.) Eingehen auf Eigenart. A. D. T.

Seele

Monatsschrift im Dienste christlicher Lebensgestaltung

Herausgegeben von

Dr. Alois Wurm

Die Zeitschrift will denen dienen, die von der Erschütterung der Zeit, Schuld, Leid und Gnade berührt, ein neues Leben von innen heraus ernsthaft versuchen

Bezugspreis halbj. 1.50 M. (Gold). Probeheft gratis

Josef Habbel, Regensburg

Die
neue Zigarette
der
Österr.
Tabak-Regie

Pagat

in milder,
feiner Qualität

4 Pfg.

ist bereits
in
allen guten
Zigarren-
geschäften
erhältlich!

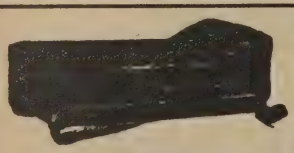
HUGO STINNES LINIEN
REGELMÄSSIGER
PASSAGIER- UND FRACHTVERKEHR
VON **HAMBURG** NACH
SÜDAMERIKA
OSTASIEN
MITTEL-AMERIKA

HAMBURG 36, JUNGFERNSTIEG 30

VERTRETUNGEN
AN ALLEN GRÖSSEREN PLÄTZEN
Frachtkontor der Hugo Stinnes-Linien
Düsseldorf, Benratherstr. 25

Ingenieur-Ausbildung

.. Das behagliche Heim ..
Münchner Möbel- und Raumkunst
ROSIPALHAUS — ROSENSTRASSE 3
Sonderabteilung
für Wiederverkäufer von Artikeln für Haus- und Wohnbedarf:
„EIKO" En gros- und Export-Musterschau.
Rindermarkt 17.



Ein Griff

Raummangel? Wohnungsnot?
beseitigen
„Schlafe patent" — Jaekel-Möbel
Preisliste 11 umsonst und portofrei

Ein Bett

R. Jaekels Patent-Möbel-Fabrik, München, Dienerstr. 6

Das Oktoberheft bringt den „Deutschen Erzähler" —

Dr. Müller's Sanatorium Dresden-Loschwitz **Schroth-Kur** Gr. Erfolge i. chron. Krankh. Prosp. fr.

A.W.FABER

"CASTELL"

DIE BESTEN
BLEI-KOPIER-TINTEN u. FARBSTIFTE
·DER GEGENWART·

Institut Dr. Büchler, Rastatt
(Baden)
Realschule mit Erziehungsheim

*

Vorbereitung zum Abitur. Individuelle Behandlung. Beständige Aufsicht. Sorgfältige Erziehung. Nichtversetzte Schüler holen das Jahr ein. — Gute Verpflegung. Prospekte durch d. Direktion. Telephon 245.

mit dem Beginn des Romans „Die Heimatsucher"!

Italienische Reise

Von

GEORG MÖNIUS

Mit zwölf Bildern von
Johannes Thiel

Gebunden in Leinwand M. 13.50

Ein philosophisch und geschichtlich hochgebildeter Deutscher, den die zukunftsschweren Probleme der Gegenwart erschüttert haben, ein Mann voll künstlerischen Empfindens und feiner Sprachkultur, durchwandert Italien auf Goethes Spuren. Lugano, Mailand, die Certosa von Pavia, Genua, Fiesole und Florenz, Siena, Neapel, Sizilien, Capri und Sorrent, Montecassino, endlich Rom, dann noch Assisi, Bologna, Venedig, Padua und Verona sind die Stätten, die er besucht, deren Schönheit er mit durstiger Seele trinkt und in glänzender Sprache darstellt, man möchte sagen, besingt. Man merkt, daß hinter dem Buche ein starkes Erleben und eine tiefe persönliche Erfahrung steht.

*

HERDER / FREIBURG I. BR.

WANDERER

DAS FAHRRAD GEDIEGENSTER QUALITÄT

WANDERER-WERKE A.G.

SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

Eisenach
Bismarckstr. 14

Töchterheim Feodora A. D. T., Christlich. Haus, Staatl. anerk., gibt Töchtern aus gutem Hause gründliche hauswirtschaftl. Ausbildung nebst ernster geistiger Fortbildung (Frauenlehrzeit) * Frau Marie Bottermann, Vorsteherin, versendet Prosp. u. Arbeitsplan.

Süddeutsche Monatshefte
Jahrgang 12—20
tadell. erhalten, zu verkaufen. Angebote an Wätzoldt, Hamburg, Magdalenenstr. 62.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg
Gymn. u. real. Klassen: Sexta- bis Reifeprüfung. Sport. Verpflegung durch eigene Landwirtschaft.

Dr. 4ling Seife

Hersteller J. Kron, München

Preis 50 Pf.

Für frischduftende, gesunde und zarte Haut

Praktische und theoretische Vorbereitung für Kolonialwirtschaft auf der Grundlage heimischer Landwirtschaft

Deutsche Kolonialschule

Kolonialhochschule

Witzenhausen a. d. Werra

Semesterbeginn: Ostern und Herbst. Lehr- und Anstaltsplan (Internat) gegen Einsendung von M 1.—

Spöhrer'sche Höhere Handelsschule Calw

Bedeutende Privatlehranstalt mit Schülerheim / Handels- und Realabteilung / 300 Schüler

Kein Heft der Süddeutschen Monatshefte veraltet!

VERLAG DER BREMER PRESSE
MÜNCHEN, GEORGENSTRASSE 16

Deutsches Lesebuch

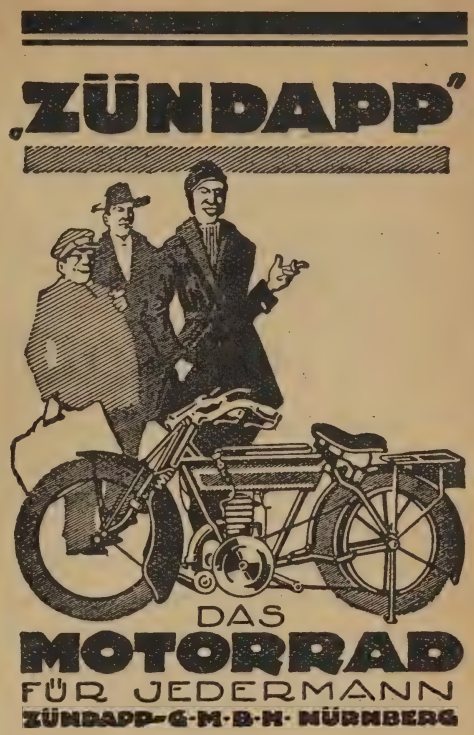
Herausgegeben
von
Hugo von Hofmannsthal

2 Bände in Ganzleinen 20 M.
2 Bände in Pappband 12 M.

*

Enthält
achtzig Prosastücke
aus dem
deutschen Jahrhundert
1750—1850

VERLAG DER BREMER PRESSE
MÜNCHEN, GEORGENSTRASSE 16


„ZÜNDAPP"
DAS
MOTORRAD
FÜR JEDERMANN
ZÜNDAPP-G·M·B·H· NÜRNBERG

Deutschlands bedeutendste
nationale Monatsschrift
für Politik, Unterhaltung
und Allgemeines ist die
Ernte.
Jedes Heft reich illustriert
etwa 100 Seiten stark. Wer
die „Ernte" kennen lernte,
bevorzugt sie immer wieder.
Durch jede Postanstalt oder
Buchhandlung für 3 Mark
vierteljährlich beziehbar.

Adalbert Reinwald
Menschen

Band I: Männer
3. Auflage
Geheftet RM. 3.50, gebund. RM. 4.50

Biographien von Kleist, Beethoven, Emerson, Thoreau, Whitman, Carlyle, Wagner, Nietzsche, Dehmel, Liliencron, Fidus, Stefan George.

*

Band II: Frauen
4. Auflage
Geh. RM. ca. 4.—, geb. RM. ca. 5.—

Biographien von Sappho, Elisa v. d. Recke, Frau Rat, Frau Carlyle, Königin Luise, Frau v. Stein, der Droste u. a.

Verlag E. Haberland, Leipzig

Besitzen Sie das Heft „Der Völkerbund"? In- und ausländische Stimmen!

Mitteilung an unsere Bezieher!

Mit dem kommenden Oktoberheft, das ist mit Beginn des 23. Jahrgangs unserer Zeitschrift, erweitern wir Inhalt und Umfang durch eine neue Abteilung

„Der deutsche Erzähler"

Der deutsche Erzähler wird getreu den besten Vorkriegsüberlieferungen der Zeitschrift Novellen und Romane von hohem Rang bringen. Näheres über Werke und Autoren der nächsten Hefte teilen wir auf S. XIV des Anzeigenteiles dieses Heftes mit. Nach wie vor bleibt der Hauptteil jedes Heftes einem bestimmten Thema gewidmet. Die „Wissenschaftliche Rundschau" und die bisherigen Abteilungen „Aus Zeit und Geschichte" und „Kleine Tatsachen und Gedanken" werden fortgeführt und weiter ausgebaut. Mit dem Oktoberheft und seinem besonders aktuellen Hauptinhalt werden die S. M. äußerlich ein neues, schmuckes Gewand anziehen.

Zu einer Preisänderung

sahen wir uns auch ohne die geplante Erweiterung infolge der im laufenden Jahrgang wiederholt eingetretenen starken Erhöhungen der Herstellungskosten, insbesondere der Druck- und Papierkosten, schon lange genötigt. Wir nehmen sie im Interesse unserer Bezieher erst mit Beginn des neuen Jahrgangs vor.

Ab Oktober 1925 kosten die Süddeutschen Monatshefte mit dem deutschen Erzähler vierteljährlich Mk. 4.– zuzüglich Zustellgebühr. Das Einzelheft kostet Mk. 1.50.

(Frühere Jahrgänge und Einzelhefte werden zu den alten Preisen geliefert.)

Wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß der Ausbau der Zeitschrift nicht nur den Beifall unserer alten Bezieher finden, sondern uns überdies viele neue Freunde gewinnen wird. Unsere alten getreuen Freunde aber bitten wir auch hierzu wiederum um ihre bewährte Hilfe. Wir sehen allen Vorschlägen sowie der Anforderung von neuem, kostenl. Werbematerial gerne entgegen. Das Oktoberheft wird sich zur Werbung ganz besonders eignen. — Nicht zuletzt bitten wir in öffentlichen Bibliotheken und Lesehallen, aber auch in den Lesezimmern guter Hotels stets die Süddeutschen Monatshefte zu verlangen und uns kurze Nachricht zu geben, wo sie nicht aufliegen.

Süddeutsche Monatshefte G.m.b.H. Verlag
München, Amalienstraße 6

Werben Sie den Süddeutschen Monatsheften neue Freunde!

Am
11. Okt. 1925

C. F. MEYER
100 JAHRE

13 verschiedene Ausgaben seiner Werke:

I. Oktav-Ausgabe

8 grüne Pappbände	M 40.—
8 grüne Leinenbände	M 46.—
6 blaue Buckrambände	M 52.—
8 braune Halblederbände	M 64.—
4 handgebundene Halbpergamentbände	M 70.—
8 handgebundene und handbeschriftete Ganzpergamentbde.	M 140.—

Die beiden erstgenannten Ausgaben sind auch in Einzelbänden lieferbar.

II. Neue Dünndruck-Ausgabe

4 blaue flexible Ganzleinenbände	M 40.—
4 braune flexible Ganzlederbände	M 60.—

III. Taschen-Ausgabe

14 goldgelbe Pappbände	M 26 90
14 graugrüne Halbleinenbände	M 35.70
14 blaue Ganzleinenbände	M 41.50
8 rote flexible Ganzleinenbände	M 40.—
14 rote flexible Ganzlederbände	M 147.20

Sämtliche Ausgaben sind auch in Einzelausgaben lieferbar.

Sonderprospekt „C. F. Meyer" ist in jeder Buchhandlung vorrätig

H. Haessel · Verlag · Leipzig

Der deutsche Erzähler

heißt die neue

Abteilung, welche die allbekannten Süddeutschen Monatshefte vom Oktoberheft 1925 ab ständig in jedem Heft außer dem gewohnten aktuellen Inhalt führen. Der deutsche Erzähler bringt, getreu den besten Vorkriegsüberlieferungen der nunmehr im dreiundzwanzigsten Jahrgang stehenden großen Zeitschrift Novellen und Romane von hohem Rang, so in den ersten Heften

Die Legende vom letzten Walde
Von Ernst Wiechert

Ein packendes Kunstwerk voll tiefen deutschen Wesensgehalts und großer Schönheit der Form vom Dichter des „Totenwolf", das Verderbliche der Naturentfremdung zu bisher kaum erreichter Verlebendigung bringend.

Der Zauberer
Novelle von Börries Freiherr von Münchhausen

Die vor kurzem vollendete erste Novelle des berühmten Balladendichters.

Bernhard von Troyes und der Narr Lothario
Novelle von Werner von der Schulenburg

Ein Meisterwerk der feinen psychologischen Kunst des Verfassers hervorragender historischer Romane.

Das Hasenmaul
Novelle von Josef Magnus Wehner

Eine Dorfgeschichte von düsterem, tragischem Inhalt, in welcher der bekannte Dichter das unheimliche Weiterwirken schwerer Schuld durch Geschlechter hindurch aufzeichnet.

Die Heimatsucher
Roman von Wilhelm von Schramm

Das erste größere Prosawerk eines bisher nur als Novellist hervorgetretenen fränkischen Dichters, ein Landschaftsroman. Die spannende Handlung, von heißem Erleben erfüllt, spielt im Siedlungsgebiet und erfaßt die ganze Not des Menschen unserer Tage.

Melden Sie die Anschriften von Interessenten der S. M. an:

Was bedeutet diese Erweiterung der Zeitschrift?

Der deutsche Erzähler

bedeutet nicht Umgestaltung, sondern Ausgestaltung. Er bedeutet eine Bereicherung des bisherigen reichen Inhalts. Er bedeutet eine neue und starke innere Bindung mit alten und neuen Freunden der Zeitschrift. Der deutsche Erzähler bedeutet, obgleich selbst ernst und gewichtig, durch seinen schöngeistigen Inhalt doch einen gewissen Ausgleich gegen den ernsten und gewichtigen Hauptteil. Denn, um über dem Neuen das Alte nicht zu vergessen: Nach wie vor behalten die Süddeutschen Monatshefte ihre bisherige Eigenart bei: Der Hauptteil jedes Heftes ist einem bestimmten aktuellen Thema zu den lebenswichtigen Fragen des Deutschtums gewidmet. (Und ein weiterer Bogen bringt stets eine „Wissenschaftliche Rundschau", Aufsätze verschiedenen Inhalts unter der Sammelüberschrift „Aus Zeit und Geschichte", ein lebendiges kleines Feuilleton „Kleine Tatsachen und Gedanken" und eingehende Besprechungen der Neuerscheinungen der schönen Literatur und Kunst.) Der Hauptteil aber mit seinem wertvollen, dauernd gültigen Material veraltet nie. Von zahlreichen Heften werden bekanntlich immer wieder Neuauflagen nötig – eine Erscheinung, die man bei Zeitschriften bisher nicht kannte. Dieses Nichtveralten gilt auch vom „Deutschen Erzähler".

So hat also jedes Heft der Süddeutschen Monatshefte mit dem deutschen Erzähler zusammen erst recht den Wert eines guten, immer wieder benötigten Buches. Und gar ein Jahrgang bildet schon eine kleine, reiche Bücherei voll Wissen und Schönheit. Noch eins: Zur Allgemeinbildung gehört heute politische Bildung. Jeder Deutsche muß sie sich aneignen. Denn der Kampf gegen das Deutschtum ist seit 1919 nicht schwächer geworden. Er hat nur andere Formen angenommen. Dieser Kampf kann nicht nur mit den Kräften des Willens und des Geistes geführt werden, er ist mit der Seele zu kämpfen. Der Seele Erholung aber soll deutsche Kunst sein, bestes deutsches Schrifttum vor allem. Rüstzeug des Geistes und Erholung der Seele – und alles für Deutschland, das sind die

Süddeutschen Monatshefte

mit dem deutschen Erzähler

Wir bitten zur Bestellung eines Probe-Abonnements untenstehenden Schein ausfüllen, abtrennen und gleich einsenden zu wollen.

Bestellschein.

An die Buchhandlung .....

Ich bestelle hiemit auf ein Vierteljahr die **Süddeutschen Monatshefte mit dem deutschen Erzähler** zum Preise von Mk. 4.– zuzüglich Zustellgebühr

Name: ..... Stand: .....

Ort: ..... Straße: .....

Datum: .....

Verlag der Süddeutschen Monatshefte, München, Amalienstr. 6

DER
KLEINE BROCKHAUS
mit seinem Preisausschreiben
für Subskribenten! 5000 Mark bar und viele Trostpreise!
Das Konversationslexikon in einem Bande!
40000 Stichwörter, 5400 Abbildungen im Text, 90 zum Teil bunte Tafeln, 37 Übersichten. So vielseitiges Wissen ist kaum je so preiswert geboten. Bei Bestellung vor dem 1. Oktober 1925 gilt der
Subskriptionspreis
von 21 M. für die Halbleinenausgabe, bzw. 28 M. für die Halblederausgabe. Später Preiserhöhung! Bestellen Sie noch heute. Ich liefere das Werk gegen Monatszahlungen von nur
4 M.
für die Halbleinenausgabe bzw. 5 M. für die Halblederausgabe. Kein Teilzahlungs-Zuschlag. Zahlkarten kostenlos.

Bestellschein. Ich bestelle lt. Anzeige in „Südd. Monatsh." bei der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, Kochstr. 9, den Kleinen Brockhaus in 1 Band zum Subskriptionspreis von 21 M. (Halbleinen) — 28 M. (Halbleder) — gegen bar — gegen Monatszahlungen von ..... M. Der ganze Betrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — ist nachzunehmen. (Nichtgewünschtes streichen!) Erfüllungsort Berlin.

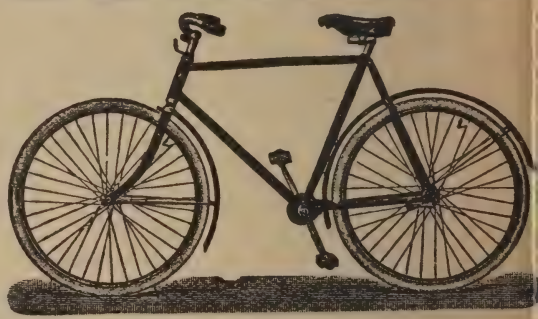
Name u. Stand: .....

Ort u. Datum: .....

BUCHHANDLUNG
KARL BLOCK, BERLIN SW 68, Kochstraße 9 Postscheckkonto: Berlin 207 49

Vasenol-Puder
Wund-u. Kinder-

DÜRKOPP



SPEZIALITÄT: KETTENLOS LEICHT

NÄHMASCHINEN
FÜR HAUSHALT UND GEWERBE

DÜRKOPPWERKE A. G., BIELEFELD

Alleinige Anzeigenannahme: Ala Anzeigen-Aktiengesellschaft in Interessengemeinschaft mit Haasenstein & Vogler A.-G. und Daube & Co. G. m. b. H. München, Karlsplatz 8, Augsburg, Berlin, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Friedrichshafen, Halle, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln a. R., Königsberg, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Nürnberg, Stettin, Straubing, Stuttgart.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: ADOLF DOHN, München.

ANTON RIEMERSCHMID

WEINBRENNEREI • MÜNCHEN

GEGR 1835

SPEZIALMARKEN:

BENEDIKTBEURER KLOSTERGOLD, CORDIAL MEDOC,

WEINBRAND RIEMERSCHMID CABINET, MIXED DRINKS

St-Emmeram
Abtei-
-Likör
der Weinbrennerei
Macholl-München
Asbach „uralt"
Asbach Uralt
Asbach Privatbrand

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 082418150